



C/2024/2245

26.4.2024

Euro-Wechselkurs ⁽¹⁾
25. April 2024
(C/2024/2245)

1 Euro =

Währung			Kurs	Währung			Kurs
USD	US-Dollar		1,0720	CAD	Kanadischer Dollar		1,4659
JPY	Japanischer Yen		166,76	HKD	Hongkong-Dollar		8,3920
DKK	Dänische Krone		7,4587	NZD	Neuseeländischer Dollar		1,7990
GBP	Pfund Sterling		0,85675	SGD	Singapur-Dollar		1,4581
SEK	Schwedische Krone		11,6390	KRW	Südkoreanischer Won		1 473,23
CHF	Schweizer Franken		0,9792	ZAR	Südafrikanischer Rand		20,3377
ISK	Isländische Krone		150,10	CNY	Chinesischer Renminbi Yuan		7,7682
NOK	Norwegische Krone		11,7140	IDR	Indonesische Rupiah		17 355,14
BGN	Bulgarischer Lew		1,9558	MYR	Malaysischer Ringgit		5,1215
CZK	Tschechische Krone		25,152	PHP	Philippinischer Peso		61,940
HUF	Ungarischer Forint		392,98	RUB	Russischer Rubel		
PLN	Polnischer Zloty		4,3165	THB	Thailändischer Baht		39,691
RON	Rumänischer Leu		4,9761	BRL	Brasilianischer Real		5,5050
TRY	Türkische Lira		34,8475	MXN	Mexikanischer Peso		18,2670
AUD	Australischer Dollar		1,6415	INR	Indische Rupie		89,3155

⁽¹⁾ Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.



C/2024/2814

26.4.2024

BESCHLUSS DES PRÄSIDIUMS

vom 11. September 2023

**mit Durchführungsbestimmungen zum Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments und
Aufhebung des Beschlusses des Präsidiums vom 19. Mai und 9. Juli 2008**

(C/2024/2814)

DAS PRÄSIDIUM DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS,

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 223 Absatz 2,

gestützt auf das Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments ⁽¹⁾,

gestützt auf Artikel 25 der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Im Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments („Statut“) sind die Regelungen und allgemeinen Bedingungen für die Wahrnehmung der Aufgaben der Abgeordneten im Europäischen Parlament („Abgeordnete“) festgelegt. Neben den Bestimmungen über die institutionellen Aspekte der Rechte der Abgeordneten enthält das Statut auch einheitliche Finanzvorschriften, die für die Abgeordneten während ihres Mandats sowie nach Beendigung ihrer parlamentarischen Tätigkeit gelten. Für die Umsetzung der finanziellen Aspekte des Statuts ist ausschließlich das Präsidium zuständig.
- (2) Die vorliegenden Durchführungsbestimmungen sollen das Statut ergänzen, und zwar nicht nur bezüglich der Bestimmungen, in denen ausdrücklich vorgesehen ist, dass die Bedingungen für ihre Umsetzung vom Parlament festgelegt werden, sondern auch hinsichtlich der Bestimmungen, deren Umsetzung die vorherige Festlegung von Durchführungsbestimmungen erfordert.
- (3) Die vorliegenden Durchführungsbestimmungen ersetzen ferner die Kostenerstattungs- und Vergütungsregelung für die Mitglieder des Europäischen Parlaments (KVR) ersetzt, die am Tag des Inkrafttretens des Statuts aufgehoben wurde.
- (4) Bezüglich der Erstattung der Krankheitskosten wurde unter anderem zur Verringerung des Verwaltungsaufwands beschlossen, auf das für die Richter beim Gerichtshof der Europäischen Union und die Mitglieder der Europäischen Kommission („die Kommission“) geltende System zurückzugreifen, konkret durch die Abrechnungsbüros des Gemeinsamen Krankheitsfürsorgesystems (GKFS), wobei die im Statut vorgesehenen spezifischen Bedingungen eingehalten werden.
- (5) Bezüglich der Erstattung der Kosten im Zusammenhang mit der Ausübung des Mandats, darunter der Reisekosten, beruhen die vorliegenden Durchführungsbestimmungen auf den vom Präsidium am 28. Mai 2003 gebilligten Vorschriften, mit denen das Prinzip der Erstattung auf der Grundlage der tatsächlich entstandenen Kosten eingeführt wurde. Im Einklang mit diesen Vorschriften und der geltenden Rechtsprechung wird jedoch ein begrenzter Teil der mit der Ausübung des Mandats verbundenen Kosten weiterhin mittels eines Pauschalbetrags erstattet.
- (6) Was die Übernahme der Kosten durch das Parlament anbelangt, die den Abgeordneten für die Beschäftigung persönlicher Assistenten tatsächlich entstehen, so müssen klare Vorschriften für die Beschäftigung von Assistenten festgelegt werden, die in den Mitgliedstaaten, in denen die Abgeordneten gewählt wurden, eingestellt wurden um zu arbeiten. Zum Beispiel müssen diese Verträge von Assistenten zwingend von Zahlstellen verwaltet werden. Darüber hinaus muss der rechtliche Status der akkreditierten Assistenten berücksichtigt werden, für die besondere rechtliche Regelungen gelten sollen, die auf der Grundlage von Artikel 336 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), und insbesondere der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union erlassen werden. Mit Blick auf die Entschließung des Parlaments vom 22. April 2008 erscheint es angebracht, die Finanzierung von Verträgen zu untersagen, die mit Familienangehörigen der Abgeordneten geschlossen werden.

⁽¹⁾ Beschluss 2005/684/EG, Euratom des Europäischen Parlaments vom 28. September 2005 zur Annahme des Abgeordnetenstatuts des Europäischen Parlaments (ABl. L 262 vom 7.10.2005, S. 1).

- (7) Darüber hinaus sollten die Übergangsbestimmungen sicherstellen, dass Personen, die auf der Grundlage der KVR bestimmte Leistungen erhalten, diese auch gemäß dem Grundsatz des Vertrauensschutzes weiterhin in Anspruch nehmen können. Ferner sollte dafür gesorgt werden, dass die Ruhegehaltsansprüche, die auf der Grundlage der KVR vor Inkrafttreten des Statuts erworben wurden, weiterhin bestehen bleiben. Außerdem muss die Sonderregelung für diejenigen Abgeordneten berücksichtigt werden, die während eines Übergangszeitraums bezüglich der Finanzvorschriften für die Ausübung des Mandats gemäß Artikel 25 oder Artikel 29 des Statuts unter die nationalen Systeme des Mitgliedstaats fallen, in dem sie gewählt wurden.
- (8) Der Beschluss des Präsidiums vom 19. Mai und 9. Juli 2008 zur Annahme der Durchführungsbestimmungen zum Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments ⁽²⁾ wurde mehrfach in wesentlichen Punkten geändert. Nach fünfzehn Jahren sollten weitere Änderungen vorgenommen werden, um die Beziehungen zwischen den Abgeordneten und der Verwaltung des Parlaments zu erleichtern, die Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung in Bezug auf die den Abgeordneten zur Verfügung gestellten Mittel sicherzustellen, die Transparenz und Rechenschaftspflicht zu verbessern und dafür zu sorgen, dass der Grundsatz der Unabhängigkeit des parlamentarischen Mandats geachtet wird. Aus Gründen der Klarheit sollte der Beschluss des Präsidiums vom 19. Mai und 9. Juli 2008 aufgehoben und durch einen neuen Rechtsakt ersetzt werden, der alle Änderungen enthält. Dieser neue Rechtsakt soll am ersten Tag der Tagung nach der Wahl zum Europäischen Parlament in Kraft treten, die 2024 stattfindet.

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS GEFASST:

TITEL I

AUSÜBUNG DES PARLAMENTARISCHEN MANDATS

KAPITEL 1

Parlamentarische Entschädigung

Artikel 1

Anspruch auf die parlamentarische Entschädigung

Ab dem Zeitpunkt des Beginns ihres Mandats und bis zum letzten Tag des Monats, in dem dieses Mandat endet, haben die Abgeordneten Anspruch auf die Entschädigung gemäß Artikel 10 des Abgeordnetenstatuts des Europäischen Parlaments.

Artikel 2

Kumulierungsverbot

1. Die Entschädigung, die die Abgeordneten für die Ausübung eines Mandats in einem anderen Parlament gleichzeitig mit einem Mandat im Europäischen Parlament erhalten, wird auf die in Artikel 10 des Statuts vorgesehene Entschädigung angerechnet.
2. Für die Zwecke dieses Artikels ist unter einem „anderen Parlament“ jedes Parlament zu verstehen, das in einem Mitgliedstaat eingerichtet wurde und legislative Zuständigkeit besitzt und auf das Artikel 7 Absatz 2 des Akts zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Mitglieder des Europäischen Parlaments ⁽³⁾ keine Anwendung findet.
3. Die Berechnung erfolgt auf der Grundlage des Gesamtbetrags jeder der beiden Entschädigungen vor Abzug der Steuern.
4. Die Abgeordneten sind gehalten, in ihrer Erklärung über die finanziellen Interessen jedes Mandat im Sinne von Absatz 1 und jede in diesem Rahmen erhaltene Entschädigung anzugeben.

⁽²⁾ ABl. C 159 vom 13.7.2009, S. 1.

⁽³⁾ ABl. L 278, 8.10.1976, S. 5, ELI: [http://data.europa.eu/eli/dec/1976/787\(2\)/oj](http://data.europa.eu/eli/dec/1976/787(2)/oj).

KAPITEL 2

Krankheitskosten

Artikel 3

Anspruchsberechtigte und Erstattungsmodalitäten

1. Gemäß Artikel 18 des Statuts und entsprechender Anwendung der gemeinsamen Regelung zur Sicherstellung der Krankheitsfürsorge für die Beamten der Europäischen Gemeinschaften⁽⁴⁾ („GKFS-Regelung“) und ihrer allgemeinen Durchführungsbestimmungen⁽⁵⁾ haben folgende Personen Anspruch auf Erstattung von zwei Dritteln der Kosten, die ihnen durch Krankheit, Schwangerschaft oder Entbindung entstehen:

- a) die Abgeordneten und die ehemaligen Abgeordneten, die das Übergangsgeld gemäß Artikel 13 des Statuts oder ein Ruhegehalt gemäß den Artikeln 14 und 15 des Statuts beziehen, in Bezug auf ihre Kosten sowie die Kosten
 - i) ihrer Ehegatten oder ihrer festen Partner in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft, sofern die in Artikel 62 Absatz 2 der vorliegenden Durchführungsbestimmungen genannte Bedingung erfüllt ist, sowie
 - ii) ihrer unterhaltsberechtigten Kinder gemäß der Definition in Artikel 62 Absatz 3 der vorliegenden Durchführungsbestimmungen bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres oder spätestens des 25. Lebensjahres dieser Kinder, sofern sie sich in Vollzeit in einer Schul- oder Berufsausbildung befinden, oder auf unbestimmte Zeit, wenn sie an einer schweren Erkrankung oder Behinderung leiden, die es ihnen unmöglich macht, für ihren Lebensunterhalt zu sorgen,

sofern diese Ehegatten, festen Partner in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft oder unterhaltsberechtigten Kinder keine Leistungen dieser Art und in gleicher Höhe wie die Abgeordneten oder ehemaligen Abgeordneten gemäß anderen rechtlichen Bestimmungen oder Vorschriften erhalten können,
- b) Personen, die gemäß Artikel 17 des Statuts Anspruch auf eine Hinterbliebenenversorgung haben.

Den unter den Buchstaben a und b genannten Personen steht die Wahl des Arztes und der Krankenanstalt gemäß Artikel 19 Absatz 1 der GKFS-Regelung frei.

2. Wenn Artikel 24 Absatz 2 der GKFS-Regelung Anwendung findet, ist mit dem Verweis auf das monatliche Grundgehalt gemäß der Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 259/68 des Rates⁽⁶⁾ („Beamtenstatut“) für die in Absatz 1 Buchstaben a und b genannten Personen die Entschädigung gemäß Artikel 10 des Statuts gemeint.

3. Die in Absatz 1 dieses Artikels vorgesehenen Erstattungen gehen zulasten des Haushalts des Parlaments. Artikel 72 Absätze 3 und 4 des Beamtenstatuts und Artikel 20 Absatz 6 der GKFS-Regelung finden Anwendung.

4. Vorauszahlungen im Sinne von Artikel 30 der GKFS-Regelung können nur in Form einer Übernahme der Kosten eines Krankenhausaufenthalts geleistet werden. Der Teil der Kosten, der nach Anwendung der Erstattungsmodalitäten von den in Absatz 1 dieses Artikels genannten Anspruchsberechtigten zu übernehmen ist, wird dem Parlament unter den in Artikel 30 Absätze 2 und 3 der GKFS-Regelung vorgesehenen Bedingungen zurückerstattet.

⁽⁴⁾ Gemeinsame Regelung zur Sicherstellung der Krankheitsfürsorge für die Beamten der Europäischen Gemeinschaften, von den Anstellungsbehörden der Organe im gegenseitigen Einvernehmen beschlossen, vorgesehen in Artikel 72 des Statuts der Beamten der Europäischen Union gemäß der Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 259/68 des Rates.

⁽⁵⁾ Beschluss C(2007)3195 der Kommission vom 2. Juli 2007 über die Festsetzung der allgemeinen Durchführungsbestimmungen für die Erstattung der Krankheitskosten.

⁽⁶⁾ Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 259/68 des Rates vom 29. Februar 1968 zur Festlegung des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften und der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union (ABl. L 56 vom 4.3.1968, S. 1, ELI: [http://data.europa.eu/eli/reg/1968/259\(1\)/oj4/eli/reg/1968/259\(1\)/oj4](http://data.europa.eu/eli/reg/1968/259(1)/oj4/eli/reg/1968/259(1)/oj4)).

5. Abgeordnete und ehemalige Abgeordnete, die das Übergangsgeld gemäß Artikel 13 des Statuts oder ein Ruhegehalt gemäß Artikel 14 und 15 des Statuts beziehen, können mit Wirkung ab dem ersten Tag des Monats, der auf die Antragstellung folgt, auf ihren Anspruch auf Erstattung der Krankheitskosten gemäß Absatz 1 verzichten. Ein solcher Verzicht gilt rückwirkend ab dem Beginn des ersten Mandats der betreffenden Abgeordneten, wenn der entsprechende Antrag innerhalb von drei Monaten nach diesem Zeitpunkt gestellt wird, sofern die betreffenden Abgeordneten in diesem Zeitraum keine Erstattung von Krankheitskosten beantragt haben.

Verzichten Anspruchsberechtigte auf ihren Anspruch auf Erstattung der Krankheitskosten, haben sie Anspruch auf Erstattung von zwei Dritteln des für die Krankenversicherung zahlbaren Beitrags bis zu einem Höchstbetrag von 400 EUR pro Monat.

6. Abgeordnete und ehemalige Abgeordnete, die gemäß Absatz 5 auf ihren Anspruch auf Erstattung von Krankheitskosten verzichtet haben, sind erst nach Ablauf von zwölf Monaten ab dem Zeitpunkt des Wirksamwerdens des Verzichts berechtigt, in das in Absatz 1 vorgesehene Erstattungssystem für Krankheitskosten zurückzukehren. Ebenso können spätere Änderungen, sei es eine Rückkehr in das in Absatz 1 vorgesehene Erstattungssystem für Krankheitskosten oder ein Verzicht auf dieses System, erst nach Ablauf von mindestens zwölf Monaten vorgenommen werden.

Unbeschadet von Unterabsatz 1 werden spätere Anträge auf Änderungen am ersten Tag des Monats wirksam, der auf die Antragstellung folgt.

7. Der vorliegende Artikel gilt auch für die ehemaligen Abgeordneten, die das in Artikel 13 des Statuts genannte Übergangsgeld erhalten, und zwar für den Zeitraum vom ersten Tag nach dem Ausscheiden aus ihrem Amt bis zum Tag der Entstehung des Anspruchs auf das Übergangsgeld.

8. Der vorliegende Artikel gilt auch für die ehemaligen Abgeordneten, die das in Artikel 52 genannte Ruhegehalt erhalten, und zwar für den Zeitraum vom ersten Tag nach dem Ausscheiden aus ihrem Amt bis zum Tag der Entstehung des Anspruchs auf das Ruhegehalt, wenn sie die in Artikel 52 Absatz 1 genannten Bedingungen bereits vor dem Ausscheiden aus ihrem Amt erfüllen.

Artikel 4

Verfahren

Die Erstattungsanträge werden im Einklang mit den dafür vorgesehenen Verfahren auf vereinheitlichten Formularen und zusammen mit den Belegen direkt bei der Abrechnungsstelle der Kommission eingereicht. Auf Anfrage berät die zuständige Dienststelle des Parlaments bei der Einreichung solcher Anträge.

Artikel 5

Finanzierung

Die Finanzierung des Erstattungssystems und die Modalitäten der Kostenabrechnung werden durch eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen dem Parlament und der Kommission auf der Grundlage der Bestimmungen des Statuts und der GKFS-Regelung geregelt. Für das Parlament wird diese Vereinbarung von seinem Präsidenten nach Konsultation der Quästoren unterzeichnet.

Artikel 6

Einspruch

Ungeachtet von Artikel 76 wird jede Streitigkeit in einem besonderen Fall, die sich aus der Auslegung dieses Kapitels ergibt, zusammen mit etwaigen Belegen innerhalb von zwei Monaten nach Mitteilung der strittigen Entscheidung dem Generalsekretär unterbreitet, der nach Stellungnahme des Verwaltungsausschusses des GKFS und nach Konsultation der Quästoren entscheidet.

KAPITEL 3

Versicherungsschutz zur Deckung der mit der Ausübung des parlamentarischen Mandats verbundenen Risiken

Artikel 7

Allgemeine Bestimmungen

1. Die Abgeordneten haben vorbehaltlich der in den Versicherungsverträgen vorgesehenen Bedingungen Anspruch auf
 - a) eine Versicherung gegen Unfälle, die ihnen in Ausübung ihres Mandats zustoßen können,
 - b) eine Versicherung gegen Diebstahl und Verlust persönlicher Gegenstände während der Ausübung ihres Mandats.
2. Zwei Drittel der fälligen Versicherungsprämien werden aus dem Haushalt des Parlaments bezahlt, das restliche Drittel geht zulasten der Abgeordneten. Der Beitrag der Abgeordneten wird direkt von ihrer Entschädigung gemäß Artikel 10 des Statuts einbehalten.
3. Dieser Artikel gilt für die Abgeordneten ab dem Beginn ihres Mandats, sofern sie dem Generalsekretär nicht schriftlich ihren ausdrücklichen Verzicht auf ihren Versicherungsanspruch mitteilen. In diesem Fall erlischt ihr Versicherungsanspruch am letzten Tag des Monats, in dem der Verzicht mitgeteilt wurde.

Artikel 8

Unfallversicherung

1. Die Bestimmungen der Unfallversicherung sehen die Deckung der Kosten bei Unfällen vor, die den Abgeordneten während der Dauer ihres Mandats in der ganzen Welt zustoßen können.
2. Die Bestimmungen der Unfallversicherung sehen Folgendes vor:
 - a) im Todesfall: die Zahlung eines Betrags in Höhe des Fünffachen des Jahresbetrags der in Artikel 10 des Statuts vorgesehenen Entschädigung an die nachstehend aufgeführten Personen:
 - an den Ehegatten oder den festen Partner in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft, sofern die in Artikels 62 Absatz 2 genannte Bedingung erfüllt ist, und an die Kinder des verstorbenen Abgeordneten nach dem für den Abgeordneten geltenden Erbrecht, wobei der an den Ehegatten oder den festen Partner in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft zu zahlende Anteil nicht weniger als 25 % des Gesamtbetrags betragen darf,
 - falls es keine Personen gibt, die in die Gruppe gemäß dem ersten Spiegelstrich fallen: an die anderen Abkömmlinge nach dem für den Abgeordneten geltenden Erbrecht,
 - falls es keine Personen gibt, die in die Gruppen gemäß dem ersten und zweiten Spiegelstrich fallen: an die Verwandten aufsteigender gerader Linie nach dem für den Abgeordneten geltenden Erbrecht,
 - falls es keine Personen gibt, die in die Gruppen gemäß dem ersten, zweiten und dritten Spiegelstrich fallen: an das Parlament;
 - b) bei dauerhafter Vollinvalidität: die Zahlung eines Betrags in Höhe des Achtfachen des Jahresbetrags der in Artikel 10 des Statuts vorgesehenen Entschädigung an den Betroffenen;
 - c) im Falle dauerhafter Teilinvalidität: die Zahlung eines Teils des unter Buchstabe b vorgesehenen Betrags an den Betroffenen, berechnet auf der Grundlage des Tarifs, der in der gemeinsamen Regelung zur Sicherung der Beamten der Europäischen Gemeinschaften bei Unfällen und Berufskrankheiten ⁽⁷⁾ („gemeinsame Regelung“) festgelegt wurde.

⁽⁷⁾ Gemeinsame Regelung zur Sicherung der Beamten der Europäischen Gemeinschaften bei Unfällen und Berufskrankheiten, von den Anstellungsbehörden der Organe im gegenseitigen Einvernehmen beschlossen, vorgesehen in Artikel 73 Absatz 1 des Beamtenstatuts.

3. Die gemeinsame Regelung ist mit Ausnahme der Bestimmungen über Berufskrankheiten und die lebenslange Rente sowie aller Bestimmungen, deren Anwendung untrennbar mit dem Beamtenstatus verbunden ist, entsprechend auf die Abgeordneten anwendbar.

Es findet das Beschwerdeverfahren gemäß Artikel 76 der vorliegenden Durchführungsbestimmungen Anwendung.

Die in der gemeinsamen Regelung definierten Zuständigkeiten der Anstellungsbehörde werden gegenüber den Abgeordneten vom Präsidenten des Parlaments wahrgenommen.

Die Anerkennung einer dauerhaften Voll- oder Teilinvalidität gemäß diesem Artikel und der gemeinsamen Regelung greift in keiner Weise der Anwendung von Artikel 15 des Statuts vor. Ebenso schließt die Anwendung von Artikel 15 des Statuts die Anerkennung einer dauernden Voll- oder Teilinvalidität gemäß diesem Artikel und der gemeinsamen Regelung nicht aus..

4. Unter den Bedingungen, die in der gemeinsamen Regelung festgelegt sind, sind darüber hinaus Arztkosten, Kosten für Arzneimittel, Krankenhausaufenthalte, Operationen, Prothesen, Röntgenaufnahmen, Massagen, orthopädische Hilfsmittel und klinische Behandlungen, Transportkosten sowie alle durch den Unfall bedingten ähnlichen Kosten gedeckt. Diese Erstattung erfolgt jedoch erst, nachdem die Mittel, die die Betroffenen gemäß den in Artikel 18 des Statuts vorgesehenen Bestimmungen über die Erstattung der Krankheitskosten erhalten, erschöpft sind, zusätzlich zu diesen Beträgen.

Artikel 9

Versicherung gegen Verlust und Diebstahl

1. Die Bestimmungen der Versicherung gegen Diebstahl und Verlust persönlicher Gegenstände sehen Folgendes vor:

- a) eine weltweite Deckung,
- b) die Höchstversicherungssumme von 5 000 EUR pro Diebstahl oder Verlust,
- c) einen Selbstbehalt in Höhe von 50 EUR, der im Schadensfall zulasten der betreffenden Abgeordneten geht,
- d) die Anwendung der Versicherung auf persönliche Gegenstände,
- e) den Abzug eines Prozentsatzes des tatsächlichen Wertes für die Abschreibung des Gegenstands bei der Erstattung.

2. Diebstahl und Verlust außerhalb der Räumlichkeiten des Parlaments sind nur dann gedeckt, wenn sich die betreffenden Abgeordneten zum Zeitpunkt des Diebstahls oder Verlusts auf einer vom Parlament oder von einer Fraktion finanzierten Reise befinden. Ein Diebstahl in den Räumlichkeiten des Parlaments ist nur dann gedeckt, wenn sich der gestohlene Gegenstand an einem sicheren Ort befand.

3. Ein Verlust oder Diebstahl von Geld außerhalb der Räumlichkeiten des Parlaments, der polizeilich gemeldet wurde, ist bis zu einem Höchstbetrag von 250 EUR gedeckt, wenn das gestohlene oder verlorene Geld Teil sonstiger verlorener oder gestohlener persönlicher Gegenstände war. Diebstahl oder Verlust von Geld in den Räumlichkeiten des Parlaments ist nicht gedeckt.

4. Wenn das Gepäck der Abgeordneten auf einer vom Parlament oder von einer Fraktion finanzierten Reise an einen anderen Ort als ihren jeweiligen Wohnort für eine Dauer von mehr als zwölf Stunden vom Transporteur fehlgeleitet wird oder verloren geht, sind die Kosten, die den Abgeordneten dafür entstehen, dass sie persönliche Gegenstände kaufen oder leihen müssen, bis zu einem Betrag von 500 EUR gedeckt.

5. Ein Diebstahl oder Verlust persönlicher Gegenstände außerhalb der Räumlichkeiten des Parlaments ist von den Abgeordneten bei der Polizei zu melden. Wenn der Diebstahl oder Verlust in den Räumlichkeiten des Parlaments stattfand, ist er der für Sicherheit zuständigen Dienststelle des Parlaments zu melden.

6. Diebstahl und Verlust sind innerhalb von acht Tagen dem Generalsekretär anzuzeigen. Dem Anzeigeformular ist die Rechnung des verlorenen oder gestohlenen Gegenstands oder, sofern diese nicht vorliegt, die Rechnung eines Ersatzgegenstands beizufügen, wenn der Betrag 700 EUR überschreitet.

7. Die Versicherung deckt keinen durch eine Privatversicherung der Abgeordneten gedeckten Diebstahl oder Verlust.

KAPITEL 4**Kostenerstattung****Abschnitt 1****Erstattung der Reisekosten****Unterabschnitt 1****Gemeinsame Bestimmungen****Artikel 10****Anspruch auf Erstattung der Kosten für offizielle Reisen**

1. Die Abgeordneten haben Anspruch auf Erstattung der tatsächlich entstandenen Kosten für
 - a) Reisen ab oder zu den Arbeitsorten des Parlaments oder den Sitzungsorten eines seiner offiziellen Organe gemäß der Definition in Absatz 3 („normale Reisekosten“),
 - b) Reisen, die sie im Rahmen der Wahrnehmung ihrer Aufgaben außerhalb des Mitgliedstaats, in dem sie gewählt wurden gemäß Artikel 22 unternommen haben („zusätzliche Reisekosten“),
 - c) Reisen, die sie in dem Mitgliedstaat, in dem sie gewählt wurden gemäß Artikel 23 unternommen haben.
2. Als normale Reisekosten gelten ferner
 - a) die Reisekosten, die den Abgeordneten entstehen, um eine vom Präsidenten, vom Präsidium oder von der Konferenz der Präsidenten genehmigte besondere Mission durchzuführen,
 - b) die Reisekosten, die den Vorsitzenden von Ausschüssen oder Unterausschüssen entstehen, um an den Sitzungen des Rates teilzunehmen.
3. Unter „offiziellen Organen des Parlaments“ sind die in Titel I Kapitel 3 der Geschäftsordnung des Parlaments definierten Organe des Parlaments sowie die Ausschüsse, die interparlamentarischen Delegationen, die anderen auf der Grundlage der Geschäftsordnung eingesetzten Delegationen, die Fraktionen und die anderen vom Präsidium oder von der Konferenz der Präsidenten genehmigten Organe zu verstehen.

Artikel 11**Grundlage für die Erstattung**

Die Reisekosten werden auf der Grundlage des Anwesenheitsnachweises gemäß Artikel 12 und gegen Vorlage der entsprechenden Reiseunterlagen sowie bei Bedarf anderer in Artikel 14 genannter Belege erstattet.

Artikel 12**Anwesenheitsnachweis**

1. Die Anwesenheit der Abgeordneten wird durch die persönliche Unterzeichnung der zentralen Anwesenheitsliste bescheinigt, die den Abgeordneten zu diesem Zweck während der vom Präsidium festgelegten Öffnungszeiten zur Verfügung steht. Alternativ wird die Anwesenheit der Abgeordneten durch die persönliche Unterzeichnung der Anwesenheitsliste bescheinigt, die direkt im Plenarsaal oder im Sitzungssaal eines offiziellen Organs des Parlaments ausliegt. Anstatt der persönlichen Unterzeichnung kann ein elektronischer Nachweis der Anwesenheit der Abgeordneten verwendet werden.

2. Ausnahmsweise können die Abgeordneten ihre Anwesenheit durch andere Unterlagen nachweisen, aus denen ersichtlich ist, dass sie zu den normalen Sitzungszeiten am Sitzungsort anwesend waren. Diese Möglichkeit kann in jedem Kalenderjahr höchstens fünfmal in Anspruch genommen werden.

3. Die Erklärungen der Abgeordneten oder anderer Personen gelten nicht als Anwesenheitsnachweis im Sinne der Absätze 1 und 2 dieses Artikels. In den in Artikel 10 Absatz 1 Buchstaben b und c und Artikel 10 Absatz 2 genannten Fällen wird die Anwesenheit jedoch durch die Erklärung der Abgeordneten bescheinigt.

Artikel 13

Reiseunterlagen

1. Dem Antrag auf Erstattung der Reisekosten sind Belege beizufügen, aus denen der gezahlte Preis, die zurückgelegte Strecke, die Klasse sowie das Datum und die Uhrzeit der Reise hervorgehen, wobei es sich insbesondere um folgende Belege handelt:

- a) bei Flugreisen um die personenbezogenen Tickets und alle Einsteigekarten oder den elektronischen Beleg über die Verwendung der jeweiligen Tickets,
- b) bei Reisen mit der Eisenbahn oder mit dem Schiff um alle Fahrscheine.

2. Abweichend von Absatz 1 haben die Abgeordneten im Falle einer Reise mit dem Pkw eine Erklärung vorzulegen, aus der das Kennzeichen des Fahrzeugs, das für die Reise benutzt wurde, sowie für Reisen mit dem Pkw in dem Mitgliedstaat, in dem sie gewählt wurden, die zurückgelegte Entfernung und der Abfahrts- und Ankunftsort hervorgehen.

Die Abgeordneten müssen entweder nachweisen, dass das für die Reise benutzte Fahrzeug ihnen gehört oder sie die damit verbundenen Kosten tragen, oder belegen, dass die Kosten, die sich aus der Nutzung des Fahrzeugs für die Reise ergeben, tatsächlich ihnen entstanden sind. Für die Zwecke dieses Unterabsatzes wird davon ausgegangen, dass die Abgeordneten die Kosten für Fahrzeuge tragen, die ihren Ehegatten, festen Partnern in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft oder Kindern gehören.

Im Falle einer Reise über mehr als 480 km sind dieser Erklärung Belege beizufügen, aus denen der Streckenverlauf sowie der Zeitpunkt der Reise hervorgehen.

Die Belege müssen mindestens eine Quittung für eine Transaktion enthalten, die unterwegs in einer Entfernung von mehr als 100 km vom Abfahrts- oder Ankunftsort getätigt wurde (etwa eine Tankquittung, eine Quittung für eine Mahlzeit oder ein Beleg für die Autobahnmaut).

Bei Reisen zwischen Brüssel und Straßburg müssen immer Belege vorgelegt werden, anhand derer sich der Zeitpunkt der Reise ermitteln lässt.

3. Die Kosten von Abonnements oder einer personenbezogenen Karte, die zu einer Fahrpreisermäßigung für die unternommenen Reisen berechtigt, können in Form eines Vorschusses erstattet werden. Der Vorschuss wird am Ende der Gültigkeitsdauer des Abonnements oder der Karte abgerechnet.

4. Ein Abgeordneter, der die Fahrscheine im Reisebüro des Parlaments erwerben, kann unter seiner alleinigen Verantwortung und nach Unterzeichnung einer Empfangsbescheinigung beantragt, dass die zuständige Dienststelle des Parlaments die Kosten dem Reisebüro direkt erstattet. In diesem Fall kann die zuständige Dienststelle des Parlaments die in Absatz 1 aufgeführten Belege aus dem Reservierungssystem des Reisebüros abrufen.

Artikel 14

Sonstige Belege

Anträgen auf Erstattung der Reisekosten sind die folgenden Unterlagen beizufügen:

- a) in den Fällen gemäß Artikel 10 Absatz 1 Buchstabe b eine Einladung oder ein Programm der Veranstaltung, an der die Abgeordneten teilgenommen haben, oder sonstige Belege, aus denen hervorgeht, dass die Reise im Rahmen der Ausübung ihres Mandats unternommen wurde, oder in den Fällen nach Artikel 22 Absatz 3 eine Erklärung der Abgeordneten, dass die Reise im Rahmen der Ausübung ihres Mandats unternommen wurde,

- b) in den Fällen gemäß Artikel 10 Absatz 1 Buchstabe c eine Erklärung der Abgeordneten, aus der der Zweck der im Rahmen der Ausübung ihres Mandats unternommenen Reise hervorgeht,
- c) in den Fällen gemäß Artikel 10 Absatz 2 Buchstabe a eventuell eine Genehmigung des Präsidenten, des Präsidiums oder der Konferenz der Präsidenten,
- d) in den Fällen gemäß Artikel 10 Absatz 2 Buchstabe b eine Einladung des Rates.

Artikel 15

Erstattungsbeträge

1. Die Reisekosten werden auf der Grundlage der tatsächlich entstandenen Kosten erstattet, und zwar bis zu
 - a) dem Tarif der Business Class im Falle einer Flugreise, wobei dieser Betrag höchstens dem öffentlichen Tarif der Klasse D entsprechen darf,
 - b) dem Tarif erster Klasse im Falle einer Reise mit der Eisenbahn oder mit dem Schiff.
2. Im Falle einer Reise mit dem Pkw werden die Reisekosten auf der Grundlage der tatsächlich entstandenen Kosten wie folgt erstattet:
 - a) Pro einfacher Strecke werden die Kosten für bis zu höchstens 720 km erstattet.
 - b) Für alle Reisen mit dem Pkw in dem Mitgliedstaat, in dem die Abgeordneten gewählt wurden, werden die Kosten bis zu dem in Artikel 23 Absatz 1 Buchstabe b festgelegten jährlichen Höchstbetrag erstattet.
 - c) Für alle Reisen mit dem Pkw gemäß Artikel 10 Absatz 1 Buchstaben a und c und Artikel 10 Absatz 2 in dem Mitgliedstaat, in dem die Abgeordneten gewählt wurden, werden die Kosten für bis zu höchstens 60 000 km pro Kalenderjahr erstattet.
 - d) Bis die Höchstbeträge für die Erstattung gemäß den Buchstaben a, b und c dieses Absatzes erreicht sind, beträgt die Erstattungsobergrenze 0,58 EUR/km.
 - e) Muss im Zuge einer Reise mit dem Pkw ein Gewässer überquert werden, können die Kosten für die benutzte Autofähre oder andere Verkehrsmittel erstattet werden.

Unterabschnitt 2

Für normale Reisekosten geltende Bestimmungen

Artikel 16

Erstattung und Reisetage

1. Damit die Kosten für Reisen gemäß Artikel 10 Absatz 1 Buchstabe a erstattet werden können, müssen diese Reisen im Zusammenhang mit offiziellen Tätigkeiten unternommen worden sein, die während der im Sitzungskalender des Parlaments dafür vorgesehenen Tage stattfinden.

Die Abgeordneten können die Reisen gemäß Artikel 10 Absatz 1 Buchstabe a auch in den für externe parlamentarische Tätigkeiten vorgesehenen Wochen unternehmen.

2. Die Reisen gemäß Artikel 10 Absatz 2 dürfen nur an den Tagen erfolgen, die von dem zur Genehmigung der Reise befugten Organ festgesetzt werden.

Artikel 17

Strecken

1. Die Erstattung der Kosten für eine Reise ab oder zu einem Arbeitsort des Parlaments oder einem Sitzungsort erfolgt auf der Grundlage der direktesten Strecke zwischen dem Abreise- oder Ankunftsort der Abgeordneten und dem Arbeits- oder Sitzungsort.

2. Unter „Wohnort“ ist der im Gebiet der Union gelegene gewöhnliche Wohnsitz der Abgeordneten zu verstehen (d. h. der Ort, an dem sie dauerhaft wohnhaft sind), wenn sie nicht im Zuge der Wahrnehmung ihrer parlamentarischen Verpflichtungen verreist sind. Der Wohnort wird von den Abgeordneten bei der zuständigen Dienststelle des Parlaments gemeldet.

3. Für die Berechnung der direktesten Strecke wird Folgendes zugrunde gelegt:

- a) bei Flugreisen der zu dem Abreiseort der Abgeordneten nächstgelegene Flughafen, für den ein Flugschein zu dem in Artikel 15 Absatz 1 genannten Tarif ausgestellt werden kann, sowie die Entfernung zwischen diesem Flughafen und dem Ziel,
- b) bei Bahnreisen der zu dem Abreiseort der Abgeordneten nächstgelegene Bahnhof sowie die Entfernung zwischen diesem Bahnhof und dem Ziel,
- c) bei Reisen mit dem Pkw oder dem Schiff die Entfernung zwischen dem Abreiseort der Abgeordneten und dem Ziel.

4. Die Abgeordneten werden bei Beginn ihres Mandats oder bei einer Änderung ihres Wohnorts über den Flughafen, den Bahnhof und die direktesten (d.h. die kürzesten) Strecken informiert, die für die Zwecke der Anwendung der vorliegenden Durchführungsbestimmungen zugrunde gelegt werden.

5. Die Abgeordneten können der zuständigen Dienststelle des Parlaments jederzeit schriftlich unter Angabe von Gründen eine andere Strecke vorschlagen, die eine erhebliche Zeitersparnis oder einen erheblich größeren Komfort bietet, ohne dass sich die Reisekosten dadurch um mehr als 20 % erhöhen. Wenn diese Strecke akzeptiert wird, ersetzt sie die gemäß Absatz 3 bestimmte direkteste Strecke.

Wird die Strecke nicht akzeptiert oder erhöhen sich durch die von den Abgeordneten vorgeschlagene Strecke die Reisekosten um mehr als 20 %, wird die Frage dem Generalsekretär unterbreitet, der vor einer Entscheidung die Quästoren anhören kann.

6. Damit die Kosten für Reisen der Abgeordneten ab oder zu einem der Arbeitsorte des Parlaments oder dem Ort einer offiziellen Sitzung gemäß diesem Unterabschnitt erstattet werden können, darf die Reise nicht länger als für eine Übernachtung unterbrochen werden. Dauert die Unterbrechung der Reise länger als eine Übernachtung, werden die Reisekosten ab dem letzten Abreiseort erstattet.

Wird die Reise in Brüssel oder Straßburg unterbrochen und dauert die Unterbrechung länger als drei Übernachtungen, werden die Reisekosten ab Brüssel bzw. Straßburg erstattet.

7. Wenn der Abreise- oder der Ankunftsort nicht der Wohnort der Abgeordneten ist und entweder außerhalb des Mitgliedstaats, in dem sie gewählt wurden, oder in einem Gebiet in äußerster Randlage der Europäischen Union liegt, werden die in Artikel 15 genannten Reisekosten auf der Grundlage der direktesten Strecke zwischen dem Abreise- und dem Ankunftsort bis zu dem Betrag erstattet, der den Abgeordneten entstanden wäre, wenn sie diese Reise ab oder zu ihrem Wohnort auf der direktesten (d. h. kürzesten) Strecke unternommen hätten.

Die Erstattung nach diesem Absatz gilt nur für Reisen innerhalb der Union.

8. Im Falle einer Reise zwischen zwei Arbeitsorten, zwischen zwei Sitzungsorten oder zwischen einem Arbeits- und einem Sitzungsort gelten die Absätze 3 und 7 entsprechend.

9. Die für die Zwecke der vorliegenden Durchführungsbestimmungen zugrunde gelegten Tarife werden regelmäßig aktualisiert, und zwar mindestens zweimal pro Jahr.

Artikel 18

Modalitäten

1. Die Abgeordneten haben Anspruch auf Erstattung der Kosten für eine Hin- und Rückreise pro Arbeitswoche des Parlaments zwischen ihrem Wohnort oder einem anderen Abreiseort in dem Mitgliedstaat, in dem sie gewählt wurden – mit Ausnahme der Gebiete in äußerster Randlage –, und einem der Arbeitsorte des Parlaments oder einem Sitzungsort („Hauptreise“).

2. Außer in den im Sitzungskalender des Parlaments für Tätigkeiten außerhalb seiner Arbeitsorte ausgewiesenen Wochen haben die Abgeordneten ferner Anspruch auf Erstattung der Kosten für eine Hin- und Rückreise in einer Arbeitswoche des Parlaments zwischen einem der Arbeitsorte des Parlaments oder einem Sitzungsort und ihrem Wohnort oder einem anderen Ort in dem Mitgliedstaat, in dem sie gewählt wurden („eingeschobene Reise“).

3. Der Anspruch auf Erstattung der Kosten für eingeschobene Reisen besteht unabhängig von dem in Artikel 10 Absatz 1 Buchstabe c vorgesehenen Anspruch auf Erstattung der Kosten für eingeschobene Reisen, die in dem Mitgliedstaat unternommen werden, in dem die Abgeordneten gewählt wurden.
4. Die Abgeordneten erhalten keine Erstattung für die Strecken, die mit einem vom Parlament zur Verfügung gestellten Verkehrsmittel zurückgelegt wurden.
5. Gemäß dem Beschluss des Präsidiums vom 30. November 2011 über die Regelung über die Beförderung von Abgeordneten an den Arbeitsorten des Europäischen Parlaments haben Abgeordnete, die keinen Dienstwagen nutzen können, gegen Vorlage der Belege Anspruch auf Erstattung der Taxikosten für die Strecken, die zwischen dem Ankunfts- oder Abreiseflughafen oder dem entsprechenden Bahnhof und dem Arbeitsort des Europäischen Parlaments oder einem Sitzungsort zurückgelegt wurden.

Artikel 19

Anspruch auf Entfernungszulage und Zeitaufwandsvergütung

1. Die Abgeordneten haben bei Reisen innerhalb der Union Anspruch auf eine Entfernungszulage und eine Zeitaufwandsvergütung zur Deckung aller Kosten im Zusammenhang mit ihrer Reise. Dieser Anspruch gilt nur für die Hauptreise im Sinne von Artikel 18 Absatz 1.
2. Im Falle einer Reise gemäß Artikel 10 Absatz 1 Buchstaben b und c oder in den in Artikel 18 Absatz 4 vorgesehenen Fällen besteht kein Anspruch auf Entfernungszulage und Zeitaufwandsvergütung. Eine Reiseunterbrechung gemäß Artikel 17 Absatz 6 oder anderer Art begründet keinen zusätzlichen Anspruch auf Zeitaufwandsvergütung oder Entfernungszulage.
3. Die Höchstbeträge der Entfernungszulage und der Zeitaufwandsvergütung für Reisen zwischen dem Wohnort der Abgeordneten und den Arbeitsorten des Parlaments werden zu Beginn des Mandats der Abgeordneten für dessen Dauer festgesetzt und nur bei einer Änderung des Wohnorts überprüft.

Wenn der Abreise- oder der Ankunftsort nicht der Wohnort der Abgeordneten ist, werden die Höchstbeträge der Entfernungszulage und der Zeitaufwandsvergütung für jede Reise einzeln festgesetzt und entsprechen höchstens dem Betrag, den die Abgeordneten für die Reise ab oder zu ihrem Wohnort erhalten hätten.

4. Für Reisen ab oder zu anderen Sitzungsorten im Sinne von Artikel 10 Absatz 1 Buchstabe a und Artikel 10 Absatz 2 werden die Höchstbeträge der Entfernungszulage und der Zeitaufwandsvergütung für jede Reise einzeln festgesetzt und entsprechen höchstens dem Betrag, den die Abgeordneten für die Reise ab oder zu ihrem Wohnort erhalten hätten.
5. Die Abgeordneten können entscheiden, ob sie den vollständigen Betrag oder einen Teilbetrag der Entfernungszulage und der Zeitaufwandsvergütung erhalten wollen.
6. Die Abgeordneten sollten Bonusmeilen, Treuepunkte oder andere Treuevorteile, die sie im Zuge einer aus dem Haushalt des Parlaments finanzierten Reise erhalten, für künftige Reisen verwenden, die sie im Zuge der Ausübung ihres Mandats unternehmen.

Artikel 20

Höhe der Entfernungszulage

1. Der Höchstbetrag für die Entfernungszulage wird wie folgt berechnet:
 - a) für die Teilstrecke zwischen 0 und 50 km: 25,91 EUR,
 - b) für die Teilstrecke zwischen 51 und 250 km: 0,145 EUR/km,
 - c) für die Teilstrecke zwischen 251 und 1 000 km: 0,07 EUR/km,
 - d) für den Teil der Strecke über 1 000 km: 0,03 EUR/km.

2. Die Beträge werden entsprechend der kürzesten Strecke für die Hin- bzw. Rückreise zwischen der Stadtmitte des Wohnorts der Abgeordneten und der Ankunftsinfrastruktur des Sitzungsorts berechnet. Bei Reisen mit dem Pkw gilt für die Berechnung der Entfernungszulage der Höchstbetrag der Erstattung für eine einzige Hin- oder Rückreise gemäß Artikel 15 Absatz 2.

Wenn für eine Bahnreise die Berechnungsparameter unbekannt oder schwer zu ermitteln sind, werden die Parameter für eine Reise mit dem Pkw zugrunde gelegt.

Artikel 21

Höhe der Zeitaufwandsvergütung

1. Die Zeitaufwandsvergütung wird wie folgt berechnet:
 - a) für eine Reise mit einer Gesamtdauer von zwei bis vier Stunden: ein Betrag in Höhe von einem Achtel der in Artikel 24 vorgesehenen Vergütung,
 - b) für eine Reise mit einer Gesamtdauer von vier bis sechs Stunden: ein Betrag in Höhe von einem Viertel der in Artikel 24 vorgesehenen Vergütung,
 - c) für eine Reise mit einer Gesamtdauer von mehr als sechs Stunden ohne Übernachtung: ein Betrag in Höhe der Hälfte der in Artikel 24 vorgesehenen Vergütung,
 - d) für eine Reise mit einer Gesamtdauer von mehr als sechs Stunden, die aus triftigen Gründen eine Übernachtung erfordert: gegen Vorlage der Belege ein Betrag in Höhe einer vollen Vergütung gemäß Artikel 24.
2. Die Gesamtdauer der Reise wird wie folgt berechnet:
 - a) für Reisen mit dem Flugzeug, der Eisenbahn oder dem Schiff:
 - Dauer der Reise zwischen dem Wohnort der Abgeordneten und dem Flughafen, dem Bahnhof oder der Anlegestelle bei einer Geschwindigkeit von 60 km/h,
 - Dauer der Flug-, Bahn- oder Schiffsreise nach Flug- bzw. Fahrplan,
 - eine Stunde vor dem „Boarding“ oder vor der Abfahrt des Zuges bzw. des Schiffs, 30 Minuten nach dem Aussteigen oder der Ankunft,
 - 30 Minuten für den Transfer zwischen Flughafen, Bahnhof oder Anlegestelle und den Gebäuden des Parlaments in Brüssel, Luxemburg und Straßburg (Entzheim), wobei das Präsidium die Dauer der Reisen nach Straßburg über andere Flughäfen entsprechend der Verfügbarkeit der Verkehrsmittel festlegt ⁽⁸⁾;
 - b) für Reisen mit dem Pkw: Dauer der Fahrt zwischen dem Wohnort der Abgeordneten und dem Arbeits- oder Sitzungsort bei einer Geschwindigkeit von 80 km/h und für höchstens 9 Stunden pro einfacher Strecke.

Unterabschnitt 3

Bestimmungen für zusätzliche Reisen und Reisen in dem Mitgliedstaat, in dem die Abgeordneten gewählt wurden

Artikel 22

Zusätzliche Reisekosten

1. Der jährliche Höchstbetrag für die Erstattung der in den Fällen gemäß Artikel 10 Absatz 1 Buchstabe b angefallenen Reisekosten wird auf 5 500 EUR festgesetzt.

⁽⁸⁾ Siehe Punkt 15 des Protokolls der Sitzung des Präsidiums vom 4. Mai 2009 und die Aufzeichnung der Quästoren Nr. 23/09.

2. Die Abgeordneten können vorbehaltlich des in Absatz 1 genannten jährlichen Höchstbetrags und gegen Vorlage der Originalrechnung auch die Erstattung der Taxikosten, der Mietwagenkosten, der Hotelkosten und sonstiger während der Ausübung ihrer offiziellen Tätigkeiten entstandener Nebenkosten beantragen. Dieser Anspruch erstreckt sich auch auf einen Tag vor Beginn und einen Tag nach Ende der offiziellen Tätigkeiten.

3. Wenn Abgeordnete in einer Woche, in der keine offiziellen Tätigkeiten des Parlaments stattfinden, an einen der Arbeitsorte des Parlaments reisen, ist die Erstattung zusätzlicher Reisekosten auf die Erstattung der Reisekosten, einschließlich der Taxikosten in den durch den Beschluss des Präsidiums vom 30. November 2011 über die Regelung über die Beförderung von Abgeordneten an den Arbeitsorten des Europäischen Parlaments gesetzten Grenzen, und der Hotelkosten beschränkt.

4. Bei Reisen, die zur Teilnahme an einer Tätigkeit auf Einladung von Abgeordneten oder von Fraktionen des Europäischen Parlaments unternommen werden, sind den entsprechenden Erstattungsanträgen auch andere Belege beizufügen, aus denen hervorgeht, dass die Reise in Ausübung des Mandats unternommen wurde.

5. Die Abgeordneten können normale und zusätzliche Reisen miteinander kombinieren.

Die Kosten für die Hin- und Rückreise im Rahmen der kombinierten Reise werden gemäß Artikel 10 Absatz 1 Buchstabe a bis zu dem Betrag erstattet, der den Abgeordneten entstanden wäre, wenn sie diese Reise ab oder zu ihrem Wohnort auf der direktesten, d. h. kürzesten, Strecke unternommen hätten. Etwaige zusätzliche Kosten werden auf die in Absatz 1 dieses Artikels vorgesehene zusätzliche Reisekostenvergütung der Abgeordneten angerechnet.

6. Die Abgeordneten können zusätzliche Reisen mit anderen inoffiziellen Tätigkeiten kombinieren, sofern dies nicht dazu führt, dass die zu erstattenden Reise- und Aufenthaltskosten steigen.

7. Für die Tätigkeiten im Zusammenhang mit einer zusätzlichen Reise darf keine anderweitige öffentliche oder private Erstattung der entstandenen Kosten erfolgen.

8. Der jährliche Höchstbetrag für die Erstattung der tatsächlichen Reisekosten, die bei Reisen angefallen sind, die die Vorsitzenden von Ausschüssen oder Unterausschüssen unternehmen, um an einer Konferenz oder Veranstaltung mit einem in die Zuständigkeit ihres Ausschusses bzw. Unterausschusses fallenden europäischen Thema und mit parlamentarischer Dimension teilzunehmen, wird auf 4 886 EUR festgesetzt. Die Teilnahme erfordert die vorherige Genehmigung des Präsidenten des Parlaments nach einer Überprüfung der verfügbaren Mittel im Rahmen des genannten Höchstbetrags.

Die Vorsitzenden der Ausschüsse oder Unterausschüsse können einen ihrer stellvertretenden Vorsitzenden oder, falls dies nicht möglich ist, ein Mitglied ihres Ausschusses oder Unterausschusses schriftlich ermächtigen, an ihrer Stelle an einer derartigen Konferenz oder Veranstaltung teilzunehmen.

Diese Kosten unterliegen denselben Erstattungsbedingungen, wie sie auch für die zusätzlichen Reisekosten gelten.

Artikel 23

Kosten für Reisen in dem Mitgliedstaat, in dem die Abgeordneten gewählt wurden

1. Für die Erstattung der Kosten für die in Artikel 10 Absatz 1 Buchstabe c genannten Reisen in dem Mitgliedstaat, in dem die Abgeordneten gewählt wurden, gelten pro Kalenderjahr die folgenden Obergrenzen:

a) 24 Reisen (hin und zurück) bei Reisen mit dem Flugzeug, der Eisenbahn oder dem Schiff,

wobei den Abgeordneten höchstens zwei Reisen in Gebiete in äußerster Randlage erstattet werden, die zum Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats gehören, in dem sie gewählt wurden, sofern sich ihr Wohnort im Sinne von Artikel 17 Absatz 2 nicht in diesen Gebieten befindet,

und ihnen höchstens zwei Reisen in die mit der Union assoziierten überseeischen Länder und Gebiete erstattet werden, die besondere Beziehungen zu dem Mitgliedstaat unterhalten, in dem sie gewählt wurden,

- b) für Reisen mit dem Pkw eine Entfernung von höchstens
- 26 000 km für die in Deutschland, Spanien, Frankreich, Italien, Polen, Rumänien, Finnland oder Schweden gewählten Abgeordneten,
 - 20 000 km für die in Bulgarien, der Tschechischen Republik, Irland, Griechenland, Ungarn, Österreich, Portugal oder der Slowakei gewählten Abgeordneten,
 - 14 000 km für die in Belgien, Dänemark, Estland, Kroatien, Zypern, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, den Niederlanden oder Slowenien gewählten Abgeordneten.
2. Auf schriftlichen Antrag hin können Abgeordnete, die ihr in Absatz 1 Buchstabe a festgelegtes Kontingent für Reisen mit dem Flugzeug, der Eisenbahn oder dem Schiff ausgeschöpft haben, das ihnen gemäß Absatz 1 Buchstabe b zustehende Kontingent für Reisen mit dem Pkw in das Kontingent für Reisen mit dem Flugzeug, der Eisenbahn oder dem Schiff überführen, wobei 2 % der maximal zulässigen Kilometerzahl für Reisen in dem Mitgliedstaat, in dem sie gewählt wurden, einer einfachen Reise mit dem Flugzeug, der Eisenbahn oder dem Schiff entsprechen.
3. Die Parkgebühren und Kosten der mit öffentlichen Verkehrsmitteln einschließlich Taxis innerhalb eines Ballungsraums unternommenen Reisen werden gegen Vorlage der für das benutzte Verkehrsmittel üblichen Belege erstattet. Der für Taxifahrten erstattete Betrag wird durch den Betrag dividiert, der für Reisen mit dem Pkw pro Kilometer zahlbar ist, und das Ergebnis von der Zahl der in Absatz 1 Buchstabe b vorgesehenen Kilometer abgezogen.
4. Unternehmen Abgeordnete, deren Wohnort gemäß der Definition in Artikel 17 Absatz 2 sich in einem anderen Mitgliedstaat als dem Mitgliedstaat befindet, in dem sie gewählt wurden, in Ausübung ihres Mandats eine Reise zwischen diesem Wohnort und dem Mitgliedstaat, in dem sie gewählt wurden, so gelten die unternommenen Reisen für die Zwecke von Absatz 1 Buchstaben a und b als Reisen in dem Mitgliedstaat, in dem die Abgeordneten gewählt wurden.

Abschnitt 2

Erstattung der Aufenthaltskosten

Artikel 24

Tagegeld

1. Die Abgeordneten haben Anspruch auf ein Tagegeld für jeden Tag ihrer Anwesenheit
- a) an einem Arbeits- oder Sitzungsort, wenn ihre Anwesenheit gemäß Artikel 12 ordnungsgemäß bescheinigt wird und sie sich nicht auf einer Reise befinden, für die ihnen eine Erstattung der Kosten gezahlt wird, die im Rahmen von zusätzlichen Reisen oder Reisen in dem Mitgliedstaat, in dem sie gewählt wurden, entstehen,
 - b) in einer Sitzung eines Ausschusses oder eines anderen Organs eines nationalen Parlaments, die außerhalb des Wohnorts der Abgeordneten stattfindet, gegen Vorlage einer offiziellen Einladung und des offiziellen Protokolls dieser Sitzung, in dem die Anwesenheit der Abgeordneten und die Dauer der Sitzung festgehalten sind.

In den für externe parlamentarische Tätigkeiten vorgesehenen Wochen haben die Abgeordneten für höchstens drei Tage Anspruch auf Tagegeld, außer wenn ein Tagegeld gemäß den Buchstaben a und b dieses Absatzes zahlbar ist oder einer der im Beschluss des Präsidiums vom 19. Oktober 2009 vorgesehenen besonderen Fälle vorliegt.

2. Erfolgt die in Absatz 1 genannte Anwesenheit im Gebiet der Union, erhalten die Abgeordneten eine Pauschalvergütung in Höhe von 350 EUR.
3. Erfolgt die in Absatz 1 genannte Anwesenheit außerhalb des Gebiets der Union, erhalten die Abgeordneten
- a) eine Pauschalvergütung in Höhe der Hälfte des in Absatz 2 vorgesehenen Betrags während des Zeitraums zwischen der Abflugzeit des letzten vor Beginn der Sitzung infrage kommenden Flugzeugs und der Ankunftszeit des ersten infrage kommenden Flugzeugs nach der Sitzung oder zwischen den Abflug- und Ankunftszeiten der vom Parlament gecharterten Sonderflugzeuge, wobei für die Zwecke dieser Berechnung Zeiten von mehr als zwölf Stunden als ganzer Tag und Zeiten von mehr als sechs, aber weniger als zwölf Stunden als halber Tag zählen,
 - b) gegen Vorlage der Originalrechnung die Erstattung der Unterbringungskosten in angemessener Höhe am Sitzungsort,
 - c) gegen Vorlage der Belege die Erstattung der Kosten für ein Visum und der damit zusammenhängenden Ausgaben,

- d) im Falle ordnungsgemäß begründeter außergewöhnlicher Umstände die Erstattung der während der Reise selbst entstandenen Aufenthaltskosten in angemessener Höhe.
4. Bei Hauptreisen, die an einem einzigen Tag unternommen werden, wird das Tagegeld um die Hälfte gekürzt, wenn die Dauer des Aufenthalts der Abgeordneten am Arbeitsort weniger als sechs Stunden beträgt.

Abschnitt 3

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 25

Unterstützung von Abgeordneten während einer vom Parlament oder von einer Fraktion finanzierten Reise

1. Abgeordnete, die während einer vom Parlament oder von einer Fraktion finanzierten Reise schwer erkranken, einen Unfall haben oder Opfer unvorhergesehener Ereignisse werden, die einem reibungslosen weiteren Verlauf der Reise entgegenstehen, haben Anspruch auf Unterstützung durch das Parlament. Diese Unterstützung umfasst die Organisation der Rückführung und die Übernahme der Zahlung aller damit verbundenen Kosten. Die Abgeordneten oder ihre Vertreter können die Rückführung an einen der Arbeitsorte des Parlaments oder an ihren Wohnort verlangen.
2. Versterben Abgeordnete im Verlauf einer vom Parlament oder von einer Fraktion finanzierten Reise, so werden die Kosten für den Transport der Verstorbenen zu ihrem Wohnort ebenfalls erstattet.
3. Das Parlament kommt seinen Unterstützungspflichten mittels einer Versicherung nach. Die Ansprüche der Abgeordneten nach den Absätzen 1 und 2 richten sich nach den in der Versicherungspolice aufgeführten Bedingungen.
4. Die Versicherung deckt unter anderem die Kosten für die folgenden Unterstützungsleistungen:
 - Unterstützung im Falle von schwerer Krankheit, Unfall oder Tod der Abgeordneten,
 - Unterstützung und vorzeitige Rückkehr im Falle einer Naturkatastrophe, im Falle einer ernststen Bedrohung der öffentlichen Ordnung oder im Falle von schwerer Krankheit, Unfall oder Tod von Familienangehörigen der Abgeordneten,
 - logistische und administrative Unterstützung im Falle des Verlusts oder des Diebstahls von Dokumenten,
 - Unterstützung im Falle eines Gerichtsverfahrens gegen die Abgeordneten,
 - ergänzende Lebens- und Invaliditätsversicherung (ausstehender Betrag).

Artikel 26

Unterstützung für Abgeordnete mit Behinderungen

Die Quästoren können auf Vorschlag des Generalsekretärs und nach Stellungnahme des Ärztlichen Dienstes des Parlaments die Genehmigung dafür erteilen, dass das Parlament bestimmte Kosten übernimmt, die im Zusammenhang mit der Unterstützung von Abgeordneten mit Behinderungen entstehen, damit diese ihr Mandat ausüben können. Der Grad der Behinderung und die Notwendigkeit und Angemessenheit der vorgeschlagenen Unterstützung bedürfen einer regelmäßigen Untersuchung und Bestätigung durch den Ärztlichen Dienst des Parlaments. In der Genehmigung der Quästoren werden die Modalitäten der Unterstützung und die Gültigkeitsdauer der Genehmigung genau festgelegt.

*Artikel 27***Abwesenheiten**

Das Tagegeld gemäß Artikel 24 wird für jeden Tag einer Tagung, an dem die Abgeordneten an mindestens 50 % aller namentlichen Abstimmungen nicht teilgenommen haben, um 50 % gekürzt, wobei namentliche Abstimmungen über die Annahme der Tagesordnung des Parlaments hiervon ausgenommen sind. Handelt es sich bei der Hälfte aller namentlichen Abstimmungen nicht um eine ganze Zahl, so wird die Zahl für die Zwecke dieses Artikels auf die nächste ganze Zahl abgerundet.

*Artikel 28***Durchführung der gemäß der Geschäftsordnung erlassenen Maßnahmen**

1. Abgeordnete, gegen die gemäß Artikel 175 der Geschäftsordnung des Parlaments eine Maßnahme zum Ausschluss von der Plenarsitzung verhängt wurde, verlieren während der Dauer des Ausschlusses ihren Anspruch auf das in Artikel 24 der vorliegenden Durchführungsbestimmungen vorgesehene Tagegeld.
2. Die Abgeordneten verlieren ihren Anspruch auf Tagegeld gemäß Artikel 24 der vorliegenden Durchführungsbestimmungen, wenn der Präsident des Parlaments dies gemäß Artikel 176 der Geschäftsordnung beschließt.

*KAPITEL 5***Unterstützung durch persönliche Mitarbeiter***Artikel 29***Übernahme von Ausgaben für parlamentarische Assistenz**

1. Die Abgeordneten haben Anspruch auf Unterstützung durch persönliche Mitarbeiter, die sie frei auswählen können. Das Parlament übernimmt die tatsächlich getätigten Ausgaben, die vollständig und ausschließlich aus der Einstellung von Assistenten oder der Inanspruchnahme von Dienstleistungen gemäß den vorliegenden Durchführungsbestimmungen und den vom Präsidium festgelegten Bedingungen resultieren.
2. Übernommen werden nur Ausgaben für Assistenzleistungen, die für die Ausübung des parlamentarischen Mandats der Abgeordneten erforderlich sind und damit in unmittelbarem Zusammenhang stehen. Es werden unter keinen Umständen Kosten gedeckt, die dem Privatbereich der Abgeordneten zuzuordnen sind.
3. Die Ausgaben werden für die Dauer des Mandats der Abgeordneten übernommen. Ausgaben können nur übernommen werden, wenn sie
 - a) in Fällen, in denen der die Ausgaben verursachende Vertrag oder eine entsprechende Vertragsänderung vorgelegt werden muss, innerhalb eines Zeitraums von höchstens 30 Tagen angefallen sind, bevor der Antrag auf Registrierung des neuen Vertrags oder der Vertragsänderung gestellt wurde, oder
 - b) in allen anderen Fällen innerhalb eines Zeitraums von höchstens 90 Tagen angefallen sind, bevor der Antrag auf Kostenübernahme gemäß diesem Kapitel gestellt wurde.
4. Der monatliche Höchstbetrag, der für sämtliche in Artikel 30 genannten persönlichen Mitarbeiter übernommen werden kann, beträgt mit Wirkung vom 1. Juli 2023 28 696 EUR.
5. Beginnt das Mandat der Abgeordneten nicht am ersten Tag des Monats oder endet es nicht am letzten Tag des Monats, werden die für den betreffenden Monat zu übernehmenden Ausgaben für parlamentarische Assistenz anteilmäßig berechnet.
6. Der nicht verwendete Restbetrag des monatlichen Höchstbetrags nach Absatz 4, der sich zum Ende des Haushaltsjahres angesammelt hat, wird höchstens in der Höhe des in diesem Absatz angegebenen monatlichen Höchstbetrags auf das nächste Haushaltsjahr übertragen.

Artikel 30

Allgemeine Grundsätze

1. Die Abgeordneten können folgende Personen beschäftigen:
 - a) „akkreditierte parlamentarische Assistenten“, d. h. natürliche Personen im Sinne von Artikel 5a der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union, die gemäß Artikel 20 des Beamtenstatuts an ihrem Dienstort wohnhaft sind und den Abgeordneten in den Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments an einem seiner drei Arbeitsorte direkte Unterstützung leisten sollen, und
 - b) „örtliche Assistenten“, d. h. natürliche Personen, die die Abgeordneten in dem Mitgliedstaat, in dem sie gewählt wurden, unterstützen und die mit ihnen einen Arbeits- oder Dienstleistungsvertrag nach dem jeweils geltenden nationalen Recht zu den in diesem Kapitel genannten Bedingungen geschlossen haben.

2. Zwei oder mehr Abgeordnete können sich zu einer Gemeinschaft zusammenschließen, um gemeinsam einen oder mehrere der in Absatz 1 genannten Assistenten oder einen oder mehrere Praktikanten einzustellen oder deren Dienste in Anspruch zu nehmen, sofern sie dies schriftlich und unter Verwendung der vom zuständigen Anweisungsbefugten genehmigten Mustervereinbarung tun. In diesem Fall benennen die betreffenden Abgeordneten aus ihren Reihen mindestens eine Person, die befugt ist, im Auftrag der Gemeinschaft die Verträge zu unterzeichnen oder einen Antrag auf Einstellung einzureichen. Die Bezeichnung der Gemeinschaft darf keine Bezugnahme auf eine politische Partei, Stiftung oder Bewegung enthalten.

Die Abgeordneten übermitteln der zuständigen Dienststelle des Parlaments eine schriftliche Erklärung, in der die Verteilung der jeweiligen Anteile festgelegt wird, die von dem in Artikel 29 Absatz 4 genannten Betrag abzuziehen sind. Auf kein Mitglied der Gemeinschaft darf ein Anteil von mehr als 80 % entfallen.

Zur Berechnung der Zahl der Verträge pro Abgeordneten wird jeder für eine Gemeinschaft eingestellte Assistent oder Praktikant einem Abgeordneten zugewiesen, der vom zuständigen Abgeordneten benannt wird.

3. Die Artikel 32 bis 40 gelten nicht für akkreditierte parlamentarische Assistenten.
4. Die Ausgaben, die im Rahmen von Praktikumsvereinbarungen anfallen, die auf der Grundlage der vom Präsidium festgelegten Bedingungen geschlossen wurden, können ebenfalls übernommen werden.
5. Die Abgeordneten können auch natürliche Personen, die in einem Mitgliedstaat niedergelassen sind, oder juristische Personen mit Sitz in einem Mitgliedstaat in Anspruch nehmen, die ihnen genau festgelegte Spezialdienste erbringen und mit denen sie einen Dienstleistungsvertrag nach dem jeweils geltenden nationalen Recht zu den in diesem Kapitel genannten Bedingungen geschlossen haben. Diese Dienstleister müssen über angemessene Qualifikationen oder Erfahrungen hinsichtlich der Erbringung der betreffenden Dienstleistungen verfügen.

Juristische Personen, die Dienstleistungen im Wert von mehr als 60 000 EUR einschließlich Mehrwertsteuer erbringen, müssen in einem Mitgliedstaat gegründet worden sein und zum Zeitpunkt des Beginns des mit den Abgeordneten geschlossenen Vertrags seit mindestens einem Jahr im betreffenden Bereich tätig sein.

Wenn die Kosten der Dienstleistungen einen Schwellenwert von 60 000 EUR einschließlich Mehrwertsteuer überschreiten, wird der Dienstleister im Wege eines Vergabeverfahrens ausgewählt, es sei denn, es handelt sich um Dienstleistungen, die von örtlichen Assistenten gemäß Absatz 1 Buchstabe b erbracht werden. Dieser Schwellenwert gilt für Verträge für ähnliche Leistungen desselben Dienstleisters auf kumulierter Basis. An dem Vergabeverfahren müssen mindestens fünf völlig unabhängige Bewerber beteiligt sein. Eine Entscheidung über die Zuschlagserteilung kann nur getroffen werden, wenn mindestens drei gültige Angebote eingereicht wurden. Das Angebot mit dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis erhält den Zuschlag.

6. Die erbrachten Dienstleistungen dürfen nicht die Bereitstellung von Personal einschließen; ausgenommen davon ist die Erbringung vorübergehender Dienstleistungen durch Dienstleister, die Personal fachgerecht und regelmäßig bereitstellen und dies nach einzelstaatlichem Recht dürfen.

Gemäß Absatz 1 Buchstabe b erbrachte Dienstleistungen dürfen nicht an Unterauftragnehmer vergeben werden. Gemäß Absatz 5 erbrachte Dienstleistungen dürfen nur in hinreichend begründeten Fällen nach Unterrichtung der zuständigen Dienststelle des Parlaments an Unterauftragnehmer vergeben werden, wobei nur höchstens 20 % des Gesamtwerts des betreffenden Auftrags vergeben werden dürfen.

7. Das Präsidium nimmt eine Liste der erstattungsfähigen Ausgaben im Rahmen der parlamentarischen Assistenz ⁽⁹⁾ an.
8. Die Namen der Assistenten und der Praktikanten sowie die Namen und die Firmenbezeichnungen der Dienstleister und der Zahlstellen werden für die Dauer ihres Vertrags zusammen mit den Namen der Abgeordneten, für die sie tätig sind, auf der Website des Parlaments veröffentlicht.

Assistenten, Praktikanten, Dienstleister, Zahlstellen und die betreffenden Abgeordneten können in hinreichend begründeten Fällen, etwa zum Schutz ihrer Sicherheit oder im Falle einer Aussetzung oder Beendigung des betreffenden, noch aktiven Vertrags, beim Generalsekretär schriftlich beantragen, dass ihre Namen oder Firmenbezeichnungen nicht auf der Website des Parlaments veröffentlicht werden. Der Generalsekretär entscheidet, ob einem solchen Antrag stattgegeben wird. Die Entscheidung wird allen betroffenen Parteien mitgeteilt.

9. Ungeachtet der jeweiligen Arbeitszeitregelung dürfen den Abgeordneten zu keinem Zeitpunkt mehr als je vier akkreditierte parlamentarische Assistenten bzw. je zehn örtliche Assistenten gleichzeitig zugewiesen sein. Die Höchstzahl der akkreditierten parlamentarischen Assistenten kann ausnahmsweise für einen Zeitraum von höchstens einem Monat auf fünf erhöht werden, wenn dies erforderlich ist, um den Übergang zwischen den Arbeitsverträgen von zwei Assistenten zu erleichtern.

Akkreditierte parlamentarische Assistenten, die eingestellt werden, um die ordnungsgemäß begründete Abwesenheit eines akkreditierten parlamentarischen Assistenten gemäß Artikel 18 Absatz 6 der Durchführungsbestimmungen zu Titel VII der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union ⁽¹⁰⁾ auszugleichen, werden nicht auf die in Unterabsatz 1 genannte Höchstzahl angerechnet.

10. Die Abgeordneten sollten die Qualifikationen und Erfahrungen ihrer akkreditierten parlamentarischen Assistenten, die ihnen übertragenen Aufgaben, die Möglichkeit einer Laufbahnentwicklung und die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Haushaltsführung berücksichtigen, wenn sie Angaben zu ihrer Einstufung machen.

11. Mindestens 40 % des in Artikel 29 Absatz 4 vorgesehenen Betrags dieser Durchführungsbestimmungen sind der Deckung der Kosten vorbehalten, die sich aus Titel VII der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union ergeben. Deshalb dürfen alle Kosten im Zusammenhang mit Ausgaben für parlamentarische Assistenz, die sich nicht aus Titel VII der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union ergeben, zusammen nicht mehr als 60 % des in Artikel 29 Absatz 4 vorgesehenen Betrags dieser Durchführungsbestimmungen ausmachen.

Außerdem dürfen die Ausgaben im Zusammenhang mit der Erbringung von Dienstleistungen gemäß diesem Artikel nicht mehr als 20 % des in Artikel 29 Absatz 4 vorgesehenen Betrags ausmachen.

Diese Grenzwerte werden für jedes Haushaltsjahr berechnet, indem die monatlichen Ansprüche nach Artikel 29 Absatz 4 zusammengerechnet und anteilig etwaige nicht verwendete Restbeträge, die gemäß Artikel 29 Absatz 6 auf das nächste Haushaltsjahr übertragen werden, hinzugerechnet werden.

12. Das Parlament übernimmt die Kosten für das Bruttogehalt von natürlichen Personen, die von den Abgeordneten als örtliche Assistenten oder für die Erbringung von Spezialdiensten eingestellt wurden, oder deren Honorare ohne Mehrwertsteuer bis zu monatlichen Obergrenzen. Diese Obergrenzen werden durch das Präsidium gemäß Absatz 13 festgesetzt und können vom Präsidium jährlich angepasst werden. Die geltenden Obergrenzen werden auf der Website des Parlaments veröffentlicht.

13. Die Obergrenzen entsprechen dem Dreieinhalbfachen des Referenzbetrags. Der Referenzbetrag entspricht einem Zwölftel des von Eurostat veröffentlichten Betrags des durchschnittlichen jährlichen Bruttogehalts eines Vollzeitbeschäftigten in dem Mitgliedstaat, in dem der betreffende Abgeordnete gewählt wurde.

Die so berechneten Obergrenzen dürfen allerdings nicht niedriger als das Grundgehalt eines akkreditierten parlamentarischen Assistenten in der Besoldungsgruppe 6 und nicht höher als das Grundgehalt eines akkreditierten parlamentarischen Assistenten in der Besoldungsgruppe 19 sein.

Ein etwaiger Bonus wird nur bis zu den genannten Obergrenzen übernommen, die jährlich berechnet werden, und ist auf ein Sechstel des jährlichen Bruttogehalts des Assistenten begrenzt.

⁽⁹⁾ Siehe die Auflistung der erstattungsfähigen Ausgaben im Rahmen der parlamentarischen Assistenz, die vom Präsidium am 5. Juli 2010 und 26. Oktober 2015 angenommen wurde.

⁽¹⁰⁾ Beschluss des Präsidiums vom 14. April 2014.

Die Obergrenzen werden anteilig herabgesetzt, wenn örtliche Assistenten teilzeitbeschäftigt sind oder keinen vollen Monat arbeiten.

14. Das Bruttogehalt örtlicher Assistenten, deren Hauptaufgabe die administrative Unterstützung und Sekretariatsarbeiten sind, die jedoch auch redaktionelle und beratende Tätigkeiten wahrzunehmen haben, darf 60 % der vom Präsidium gemäß Absatz 13 festgesetzten monatlichen Höchstbeträge nicht überschreiten.

Das Bruttogehalt örtlicher Assistenten, deren Hauptaufgabe redaktionelle und beratende Tätigkeiten sind, die jedoch auch Aufgaben der administrativen Unterstützung und Sekretariatsarbeiten wahrzunehmen haben, darf 70 % der vom Präsidium gemäß Absatz 13 festgesetzten monatlichen Höchstbeträge nicht überschreiten, es sei denn, der jeweilige örtliche Assistent verfügt über ein Diplom, das den erfolgreichen Abschluss eines Hochschulstudiums von mindestens drei Jahren bescheinigt, oder über eine gleichwertige Berufserfahrung.

15. Das Parlament übernimmt die tatsächlich entstandenen Reisekosten örtlicher Assistenten für gelegentliche Dienstreisen, die sie auf Aufforderung der Abgeordneten im Zuge der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unternehmen. Dienstreisen im Zusammenhang mit Plenartagungen des Parlaments gelten als gelegentliche Dienstreisen.

Diese Ausgaben werden gegen Vorlage der Belege übernommen.

Es sind die wirtschaftlichsten und effizientesten Verkehrsmittel und Unterkünfte auszuwählen, sofern sie zum jeweiligen Zeitpunkt verfügbar und zugänglich sind. Flug- und Zugreisen erfolgen in der Economy Class bzw. in der zweiten Klasse. Die Unterbringung erfolgt in einem Standardzimmer. Taxis dürfen nur in Ausnahmefällen und für kurze Strecken, für die keine öffentlichen Verkehrsmittel zur Verfügung stehen, in Anspruch genommen werden.

Die Erstattung ist auf den im anwendbaren nationalen Recht vorgesehenen Mindestbetrag und im Fall von Unterbringungskosten auf die für die Beamten und sonstigen Bediensteten des Parlaments geltenden Obergrenzen begrenzt.

Artikel 31

Finanzielle Konsequenzen bei nachweislicher Belästigung von akkreditierten parlamentarischen Assistenten

Hat der Präsident nach einem internen Verfahren bei Belästigung, in dem beide Seiten angehört wurden, einen Fall von Mobbing oder sexueller Belästigung vonseiten eines Abgeordneten gegenüber einem akkreditierten parlamentarischen Assistenten festgestellt, werden sämtliche Zahlungsverpflichtungen, die sich aus dem Vertrag des akkreditierten Assistenten ergeben, insbesondere sein Gehalt, abweichend von Artikel 29 vom Parlament von der Zulage für parlamentarische Assistenz dieses Abgeordneten in Abzug gebracht, ohne dass der Abgeordnete Anspruch auf Leistungen dieses Assistenten hat.

Artikel 32

Zahlstellen

1. Sämtliche von Abgeordneten oder Gemeinschaften von Abgeordneten geschlossenen Arbeits- und Dienstleistungsverträge sowie Praktikumsvereinbarungen hinsichtlich Praktikanten, die in dem Mitgliedstaat wohnhaft sind, in dem die Abgeordneten gewählt wurden, werden durch eine in einem Mitgliedstaat niedergelassene Zahlstelle verwaltet.

2. Die Dienste einer Zahlstelle werden von einer natürlichen oder juristischen Person erbracht, die in einem Mitgliedstaat zur Ausübung einer beruflichen Tätigkeit befugt ist, die die Behandlung der steuerlichen und sozialversicherungsrechtlichen Aspekte von Arbeits- oder Dienstleistungsverträgen unter Zugrundlegung des nationalen Rechts umfasst.

Die natürliche oder juristische Person, die die Dienste einer Zahlstelle erbringt, darf sich nicht in einer der Ausschlussituationen nach Artikel 136 Absatz 1 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juli 2018 ⁽¹⁾ („Haushaltsordnung“) befinden.

⁽¹⁾ Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juli 2018 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1296/2013, (EU) Nr. 1301/2013, (EU) Nr. 1303/2013, (EU) Nr. 1304/2013, (EU) Nr. 1309/2013, (EU) Nr. 1316/2013, (EU) Nr. 223/2014, (EU) Nr. 283/2014 und des Beschlusses Nr. 541/2014/EU sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 (ABl. L 193 vom 30.7.2018, S. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2018/1046/oj>).

Die Zahlstellen müssen ein professionelles computergestütztes Gehaltsabrechnungssystem verwenden.

3. Die Abgeordneten schließen einen individuellen Vertrag mit einer Zahlstelle ihrer Wahl, die die Anforderungen gemäß Absatz 2 erfüllt.

Die mit der Inanspruchnahme der Dienste einer Zahlstelle gemäß Absatz 1 dieses Artikels verbundenen Kosten werden aus dem in Artikel 29 Absatz 4 genannten Betrag bestritten und unterliegen nicht den Begrenzungen gemäß Artikel 30 Absatz 11 Unterabsatz 2 für Dienstleistungen.

Das Honorar der Zahlstelle ohne Mehrwertsteuer darf 4 % des Betrags gemäß Artikel 29 Absatz 4 nicht übersteigen.

Der Höchstbetrag des Honorars der Zahlstelle wird für jedes Kalenderjahr auf kumulierter Basis anteilig zur Dauer des Vertrags der Zahlstelle geprüft.

4. Die Verträge zwischen den Abgeordneten und den Zahlstellen werden auf der Grundlage eines vom zuständigen Anweisungsbefugten gebilligten Mustervertrags geschlossen.

Es muss jeweils die neueste Fassung des Mustervertrags verwendet werden, nachdem sie den Abgeordneten übermittelt wurde. Neue Fassungen des Mustervertrags haben keine Rückwirkung auf bestehende Verträge.

In diesem Mustervertrag werden die Zahlungsmodalitäten für die Verträge im Sinne von Absatz 1 gemäß diesem Kapitel sowie das Entgelt und die Verantwortlichkeiten der Zahlstelle festgelegt.

Artikel 33

Modalitäten der Verwaltung der Verträge mit den persönlichen Mitarbeitern

1. Die Zahlstelle sorgt im Zusammenhang mit den von ihr verwalteten Verträgen für die ordnungsgemäße Anwendung des nationalen Rechts und des Unionsrechts, insbesondere hinsichtlich der sozialversicherungsrechtlichen und steuerlichen Verpflichtungen.

2. Das Honorar der Zahlstelle wird gegen Vorlage entsprechender Rechnungen oder Honorarforderungen gezahlt.

3. Die Abgeordneten übermitteln der Zahlstelle alle Unterlagen und Angaben, die für die Sicherstellung der Rechtmäßigkeit und die ordnungsgemäße Verwaltung der ihnen übertragenen Verträge benötigt werden, und zwar insbesondere die Unterlagen und Angaben, die in Artikel 34 Absatz 2, Artikel 35 Absatz 1 Buchstabe a, Artikel 38, Artikel 39 Absatz 1 Buchstabe a und Artikel 40 genannt werden.

4. Das Parlament überweist der Zahlstelle gegen Vorlage der erforderlichen Belege die Zahlungen, die zur Ausführung der dieser Zahlstelle übertragenen Verträge, einschließlich der Praktikumsvereinbarungen, fällig sind.

5. Das Parlament leistet der Zahlstelle im Zusammenhang mit Arbeitsverträgen oder Praktikumsvereinbarungen Vorschüsse auf Ausgaben für Dienstbezüge, Sozialversicherungsbeiträge und Steuern.

Für die Abrechnung dieser Vorschüsse, die gemäß den vorliegenden Durchführungsbestimmungen und dem anwendbaren nationalen Recht zu erfolgen hat, sind die Abgeordneten und ihre Zahlstellen verantwortlich.

Artikel 34

Antrag auf Übernahme der Kosten für parlamentarische Assistenz

1. Anträge auf Übernahme der Kosten für parlamentarische Assistenz in Anwendung von Artikel 30 Absatz 1 Buchstabe b und Artikel 30 Absätze 2, 4 und 5 sind von den Abgeordneten oder von ihrer Zahlstelle unter Angabe der Begünstigten und der zu überweisenden Beträge bei der zuständigen Dienststelle des Parlaments einzureichen und von allen betroffenen Abgeordneten sowie der Zahlstelle gegenzuzeichnen. Bei Arbeitsverträgen sind den Anträgen die in Artikel 35 genannten Belege und bei Dienstleistungsverträgen die in Artikel 39 genannten Belege beizufügen.

2. Die Abgeordneten unterrichten die Zahlstelle und die zuständige Dienststelle des Parlaments unverzüglich über jede Änderung der Vertragsbeziehungen und der für die Zahlungen geltenden Anweisungen unter Angabe der am Vertrag vorgenommenen Änderungen.

Die Zahlstelle leitet diese Informationen und die entsprechenden Belege unverzüglich der zuständigen Dienststelle des Parlaments zu, ohne die Abrechnung abzuwarten.

Artikel 35

Im Rahmen eines Arbeitsvertrags vorzulegende Unterlagen

Anträge auf Kostenübernahme für einen Arbeitsvertrag enthalten

- a) den Arbeitsvertrag, den die Abgeordneten mit ihren örtlichen Assistenten geschlossen haben, im Original,
- b) eine ausführliche Stellenbeschreibung sowie die genaue Anschrift des Dienstorts,
- c) eine genaue Aufstellung der Gehälter, der Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer und sonstiger vorhersehbarer, im Laufe des Kalenderjahres sowie bei Beendigung des Vertrags zu zahlender oder zu übernehmender Kosten, die den Bestimmungen des nationalen Rechts, einschließlich jenen über Mindestlöhne, und den vertraglichen Verpflichtungen, einschließlich einer etwaigen Übernahme von Dienstreisekosten, Rechnung trägt,
- d) eine beglaubigte Kopie eines gültigen Identitätsdokuments der örtlichen Assistenten,
- e) einen Nachweis des gewöhnlichen Wohnsitzes der örtlichen Assistenten,
- f) einen Nachweis der Qualifikationen und der Berufserfahrung der örtlichen Assistenten und
- g) eine Liste aller bezahlten oder unbezahlten Nebentätigkeiten der örtlichen Assistenten, d. h. aller beruflichen Tätigkeiten, politischen Ämter, Hochschulstudien, Fortbildungskurse von mehr als einem Monat, Praktika und Tätigkeiten für politische Parteien, Stiftungen, Bewegungen oder Fraktionen, zusammen mit
 - i) einer Erklärung der Assistenten, mit der sie bestätigen, dass sie während der gesamten Dauer ihres Vertrags keine anderen mittelbaren oder unmittelbaren Tätigkeiten – auch nicht auf unentgeltlicher Basis – ausüben werden, die die Ausübung ihrer Aufgaben als Assistenten beeinträchtigen oder zu einem Interessenkonflikt führen können, und
 - ii) einer Erklärung der Abgeordneten, in der sie bestätigen, dass sie die Liste der Nebentätigkeiten der Assistenten zur Kenntnis genommen haben und dass diese weder die Ausübung ihrer Aufgaben als Assistenten beeinträchtigen noch zu einem Interessenkonflikt führen.

Artikel 36

Abrechnung der Ausgaben

1. Die Zahlstelle übermittelt der zuständigen Dienststelle insbesondere zum Zweck der Abrechnung geleisteter Vorauszahlungen spätestens bis zum 31. März des auf das Bezugshaushaltsjahr folgenden Jahres für die einzelnen örtlichen Assistenten und Praktikanten, die in dem Mitgliedstaat beschäftigt sind, in dem die Abgeordneten gewählt wurden, Aufstellungen der gezahlten Gehälter, Steuern und Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer sowie aller sonstigen erstattungsfähigen Ausgaben. Sie erbringt ferner einen Nachweis dafür, dass die betreffenden örtlichen Assistenten einem Sozialversicherungssystem angeschlossen sind, wobei die Abgeordneten als Arbeitgeber angegeben sind, und stellt eine jährliche Einkommenserklärung sowie eine Bescheinigung über den Abschluss einer Berufsunfallversicherung bereit, wenn eine derartige Versicherung nach dem geltenden nationalen Recht erforderlich ist. Sie bestätigt auch, dass alle sich aus dem anwendbaren nationalen Recht ergebenden Verpflichtungen erfüllt wurden, und legt auf Verlangen der zuständigen Dienststelle des Parlaments alle für den Berichtszeitraum ausgestellten Gehaltsabrechnungen sowie einen Nachweis über die Zahlung von Gehältern, Sozialversicherungsbeiträgen und Steuern vor.

Bei Beendigung des Vertrags zwischen Zahlstellen und Abgeordneten und bei Ablauf des Mandats der Abgeordneten sind diese Verpflichtungen innerhalb von höchstens drei Monaten zu erfüllen.

Die Aufstellungen nach Unterabsatz 1 werden gemäß den Vorgaben des Parlaments erstellt.

2. Werden die Aufstellungen nach Absatz 1 nicht fristgerecht eingereicht, so gelten alle entsprechenden Zahlungen als zu Unrecht gezahlte Beträge. Nach Überprüfung der Aufstellungen gemäß Absatz 1 oder bei fehlender Einreichung dieser Aufstellungen wird der Zahlstelle von der zuständigen Dienststelle des Parlaments mit Kopie an den Abgeordneten eine Mitteilung zugesandt, in der die Ordnungsmäßigkeit oder Nichtordnungsmäßigkeit der geleisteten Zahlungen festgestellt und bei Bedarf angegeben wird, welche Unterlagen fehlen und nachzureichen sind.

Wird in der in Unterabsatz 1 dieses Absatzes genannten Mitteilung die Nichtordnungsmäßigkeit der Zahlungen festgestellt, sind die zur Feststellung ihrer Ordnungsmäßigkeit erforderlichen Unterlagen innerhalb eines Monats nach dem Datum der Mitteilung bei der zuständigen Dienststelle des Parlaments einzureichen. Werden diese Unterlagen nicht fristgerecht eingereicht, wendet das Parlament je nach Fall Artikel 71, Artikel 72 oder beide Artikel an.

Artikel 37

Verpflichtungen im Rahmen der Verträge örtlicher Assistenten

1. Die Zahlstelle führt ein Gehaltsabrechnungsbuch, in dem die ausgezahlten Gehälter und, sofern zutreffend, die abgeführten Steuern und die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer ausgewiesen sind, und bewahrt dieses während des im jeweiligen nationalen Recht vorgesehenen Zeitraums auf, mindestens jedoch bis Ablauf von fünf Jahren nach Ende der betreffenden Wahlperiode.

Unbeschadet von Unterabsatz 1 ist den Abgeordneten sowie allen von ihnen benannten qualifizierten Berufsangehörigen nach Ende des Vertrags der Zahlstelle unverzüglich eine beglaubigte Kopie aller Gehaltsabrechnungsunterlagen zu übermitteln.

2. Die Assistenten unterlassen jegliches Verhalten, das im Widerspruch zu den Interessen der Abgeordneten, für die sie tätig sind, und des Parlaments steht. Sie unterrichten die Abgeordneten unverzüglich über ihre Absicht, eine Nebentätigkeit gegen Entgelt oder ohne Entgelt auszuüben, sowie über ihre Absicht, bei einer Wahl zu kandidieren.

Die Entfernung ihres Wohnorts zu ihrem Arbeitsort muss mit der ordnungsgemäßen Ausübung ihrer Aufgaben vereinbar sein.

3. Die Abgeordneten unterrichten die zuständige Dienststelle des Parlaments unverzüglich über alle Änderungen der Beschäftigungsbedingungen, die sich auf die Ausgaben für die parlamentarische Assistenz auswirken, sowie über die Absicht ihrer Assistenten, andere als die bereits gemäß Artikel 35 Buchstabe g angegebenen Nebentätigkeiten aufzunehmen oder bei einer Wahl zu kandidieren. Die Abgeordneten müssen dafür sorgen, dass Nebentätigkeiten und Kandidaturen für Wahlen nicht die Ausübung der Aufgaben der Assistenten beeinträchtigen oder den finanziellen Interessen der Union zuwiderlaufen, indem sie geeignete Vorkehrungen treffen und etwa mit den Assistenten vereinbaren, dass ihre Arbeitszeit angepasst wird oder dass sie Jahresurlaub oder unbezahlten Urlaub nehmen. Die zuständige Dienststelle des Parlaments kann Nachweise für die Vereinbarungen verlangen, die zu diesem Zweck mit den betroffenen Assistenten getroffen wurden.

4. Örtliche Assistenten, die beabsichtigen, bei einer Wahl zu kandidieren, handeln gemäß dem nationalen Recht für Wahlkämpfe. Werden sie gewählt, endet die mit ihnen verbundene Kostenübernahme, es sei denn, sie können nachweisen, dass ihr Mandat mit der Ausübung ihrer Aufgaben als parlamentarische Assistenten vereinbar ist.

5. In den zwischen Abgeordneten und Assistenten geschlossenen Verträgen müssen die in den Absätzen 2 und 4 festgelegten Bedingungen enthalten sein.

6. Die Kosten im Zusammenhang mit Arbeitsverträgen mit örtlichen Assistenten können übernommen werden, sofern die Mindestarbeitszeit fünf Stunden pro Woche beträgt und die Gesamtarbeitszeit, einschließlich der für Nebentätigkeiten aufgewendeten Zeit, 48 Stunden pro Woche nicht überschreitet. Für die Zwecke dieses Absatzes werden die in Artikel 35 genannten unbezahlten Tätigkeiten nur berücksichtigt, wenn sie in dem betreffenden Fall üblicherweise vergütet werden.

Artikel 38

Kosten bei Beendigung des Arbeitsvertrags

1. Kosten, die entstehen, wenn die von den Abgeordneten mit ihren örtlichen Assistenten geschlossenen Arbeitsverträge beendet werden, können übernommen werden, wenn
 - a) sich diese Kosten zwingend aus dem anwendbaren nationalen Arbeitsrecht einschließlich der Tarifverträge ergeben und
 - b) die Abgeordneten den gesetzlichen Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Beendigung des Arbeitsvertrags mit ihren örtlichen Assistenten einschließlich der fristgerechten Kündigung rechtzeitig vor dem Ende ihrer Amtszeit nachgekommen sind, es sei denn, das Ende ihrer Amtszeit war nicht vorhersehbar.
2. Die in Absatz 1 dieses Artikels genannten Kosten können bis zum gesetzlichen Mindestbetrag und im Rahmen des Höchstbetrags gemäß Artikel 29 Absatz 4 übernommen werden.
3. Zusätzliche Ausgaben, die sich aus einer besonderen Vereinbarung zwischen den Parteien ergeben, die über die gesetzlichen oder tarifrechtlichen Verpflichtungen hinausgeht, können im Rahmen des Höchstbetrags gemäß Artikel 29 Absatz 4 nur bis zu einem Betrag übernommen werden, der dem durchschnittlichen monatlichen Bruttogrundgehalt der örtlichen Assistenten im letzten Beschäftigungsjahr entspricht.
4. Absatz 3 gilt nicht, wenn
 - a) die betreffenden örtlichen Assistenten weniger als zwölf Monate für die Abgeordneten gearbeitet haben,
 - b) die betreffenden Assistenten innerhalb von zwei Monaten nach Beendigung ihres Vertrags wieder als Assistenten von Abgeordneten oder einer Gemeinschaft von Abgeordneten eingestellt werden.
5. Wenn die Abgeordneten den Assistenten aufgrund des anwendbaren nationalen Arbeitsrechts Kosten im Zusammenhang mit der Beendigung des Vertrags zahlen müssen, die deren durchschnittliches monatliches Bruttogehalt um mehr als das Dreifache übersteigen, so können diese Kosten gegen Vorlage ordnungsgemäß ausgestellter Belege, die von den zuständigen nationalen Behörden zwingend zu bestätigen sind, übernommen werden.

Artikel 39

Im Rahmen eines Dienstleistungsvertrags vorzulegende Unterlagen

1. Außer für Spezialdienste, die nicht mehr als 500 EUR einschließlich Mehrwertsteuer kosten, müssen Anträge auf Übernahme der Kosten für Dienstleistungsverträge Folgendes enthalten:
 - a) den Vertrag, den Abgeordnete mit einem Dienstleister geschlossen haben, in dem die Art der zu erbringenden Dienstleistungen klar festgelegt ist,
 - b) außer bei Dienstleistungsverträgen mit örtlichen Assistenten die Auftragsunterlagen, wenn die Dienstleistungen mehr als 60 000 EUR einschließlich Mehrwertsteuer kosten, darunter
 - die Bekanntmachung mit einer Beschreibung der Bedürfnisse und Anforderungen, den Zuschlagskriterien und einem vorläufigen Zeitplan,
 - die Einladungen an die Bieter oder sonstige Veröffentlichungsmaßnahmen,
 - die eingegangenen Angebote sowie
 - die Begründung für das ausgewählte Angebot,
 - c) im Fall von Dienstleistern, die juristische Personen sind, eine Kopie ihres Eintrags ins Handelsregister oder ein gleichwertiges Dokument, aus dem der Ort und das Datum ihrer Gründung hervorgehen, zusammen mit der Satzung oder im Fall von Dienstleistern, die natürliche Personen sind, ein Dokument, aus dem der Ort ihrer Niederlassung hervorgeht, die Dokumente nach Artikel 35 Buchstabe d bis f und – außer für Verträge für Spezialdienste – die Dokumente nach Artikel 35 Buchstabe g,
 - d) im Fall von Dienstleistern, die juristische Personen sind, eine Liste der natürlichen Personen, die an der Erbringung von Dienstleistungen durch die juristische Person beteiligt sind, zusammen mit Informationen über ihre Bildungsabschlüsse, ihre beruflichen Qualifikationen und die für die Erbringung der betreffenden Dienstleistungen relevante Erfahrung sowie eine Erklärung, in der bestätigt wird, dass kein Interessenkonflikt im Sinne von Artikel 66 Absatz 2 vorliegt und dass keine dieser Personen ein Assistent im Sinne von Artikel 30 oder eine der in Artikel 41 Buchstabe d genannten Personen ist,

- e) eine von den Abgeordneten gegengezeichnete Erklärung, in der bestätigt wird, dass die Dienstleistungen nur in hinreichend begründeten Fällen nach Unterrichtung der zuständigen Dienststelle des Parlaments an Unterauftragnehmer vergeben werden, wobei nur höchstens 20 % des Gesamtwerts des betreffenden Auftrags vergeben werden dürfen, oder im Falle von Dienstleistern, die örtliche Assistenten sind, eine von den Abgeordneten gegengezeichnete Erklärung, dass die Dienstleistungen nicht an Unterauftragnehmer vergeben werden.

2. Die Übernahme der Kosten der Dienstleistungen erfolgt gegen Vorlage einer detaillierten Rechnung oder Honorarforderung über die tatsächlich erbrachten Leistungen sowie einer Kopie des mit dem Dienstleister geschlossenen Vertrags durch die Abgeordneten bei der zuständigen Dienststelle des Parlaments. Die Rechnung oder Honorarforderung wird zusammen mit der Bestätigung der Abgeordneten eingereicht, dass die Leistung tatsächlich erbracht wurde. Auf Antrag der zuständigen Dienststelle des Parlaments legen die Abgeordneten ferner die wesentlichen Belege vor.

Falls die Leistungen teilweise oder vollständig von der Mehrwertsteuer befreit sind, kann die zuständige Dienststelle des Parlaments von der Zahlstelle eine Bestätigung der Rechtsgrundlage der Befreiung verlangen.

Artikel 40

Außerordentliche Kosten

Sind auf der Grundlage eines Arbeitsvertrags beschäftigte örtliche Assistenten länger als drei Monate wegen Mutterschaftsurlaub oder schwerer Krankheit abwesend, kann ab dem dritten Monat der Abwesenheit zusätzlich zu dem in Artikel 29 Absatz 4 genannten Betrag der Teil der durch ihren Ersatz entstehenden Kosten erstattet werden, der nicht durch die Leistungen gedeckt ist, die nach dem jeweiligen nationalen Sozialversicherungssystem an den Arbeitnehmer gezahlt werden. Anträge auf Übernahme dieser Kosten sind von den Zahlstellen bei der zuständigen Dienststelle des Parlaments einzureichen und von den Abgeordneten gegenzuzeichnen.

Artikel 41

Nicht erstattungsfähige Kosten

Die in Anwendung dieses Kapitels gezahlten Beträge dürfen weder direkt noch indirekt dazu dienen,

- a) Verträge mit einer Organisation zu finanzieren, die politische Ziele verfolgt, wie einer politischen Partei, einer Stiftung, einer Bewegung oder einer Fraktion,
- b) Kosten zu decken, die im Rahmen anderer Vergütungen erstattet werden können, die in den vorliegenden Durchführungsbestimmungen oder anderen Bestimmungen der Geschäftsordnung des Parlaments vorgesehen sind,
- c) Kosten zu decken, die im Rahmen eines Dienstleistungsvertrags entstehen, der zu einem Interessenkonflikt führen kann, insbesondere in Fällen, in denen die Abgeordneten oder die in Buchstabe d genannten Personen
 - Eigentümer der gesamten oder eines Teils einer als Dienstleister der Abgeordneten fungierenden Gesellschaft oder Organisation mit Gewinnerzielungsabsicht sind,
 - dem Verwaltungsrat oder einem anderen Exekutivorgan einer als Dienstleister der Abgeordneten fungierenden Gesellschaft oder Organisation mit Gewinnerzielungsabsicht angehören,
 - Zugang zum Bankkonto der Dienstleister der Abgeordneten haben,
 - ein Interesse an den Tätigkeiten des Dienstleisters haben oder ihnen aus diesen Tätigkeiten ein wie auch immer gearteter finanzieller Vorteil entsteht,
- d) Verträge zu finanzieren, mit denen die Abgeordneten ihre Ehegatten oder festen Partner beziehungsweise ihre Eltern, Kinder, Brüder und Schwestern beschäftigen oder deren Dienste in Anspruch nehmen oder die allgemein zu Interessenkonflikten gemäß Artikel 66 Absatz 2 führen können,

- e) Kosten im Zusammenhang mit Verträgen zu decken, die mit natürlichen Personen geschlossen wurden, die als akkreditierte parlamentarische Assistenten eingestellt wurden, aber nicht gemäß Artikel 20 des Beamtenstatuts an ihrem Dienstort wohnhaft sind, und den Abgeordneten in den Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments an einem seiner drei Arbeitsorte direkte Unterstützung leisten sollen.

KAPITEL 6

Ausstattung mit Material

Artikel 42

Zugang zu internen Dienstleistungen und Ausstattung mit Material

1. Das Präsidium legt die Bestimmungen für den Zugang der Abgeordneten zu internen Dienstleistungen des Parlaments und ihre Ausstattung mit Material fest, insbesondere für
 - die Benutzung der Dienstfahrzeuge,
 - das Mobiliar der Abgeordnetenbüros,
 - die Bereitstellung der Informatik- und Telekommunikationseinrichtungen,
 - den Papier- und Büromaterialbedarf,
 - die Benutzung der in den Verbindungsbüros des Parlaments zur Verfügung gestellten Büroflächen durch die Abgeordneten und die Fraktionen des Parlaments,
 - die Bearbeitung der Archive der Abgeordneten, die einem Institut, einer Vereinigung oder einer Stiftung als Schenkung oder Legat zur Verfügung gestellt werden,
 - die Modalitäten, die es den Abgeordneten bei Erlöschen ihres Mandats während einer Wahlperiode erlauben, ihre persönlichen Gegenstände, die sich in ihrem Büro in Brüssel und in Straßburg befinden, in ihr Herkunftsland transportieren zu lassen,
 - die Benutzung von Dienstfahrrädern,
 - Sprach- und Informatikkurse für die Abgeordneten,
 - die Nutzung der vom Ärztlichen Dienst des Parlaments bereitgestellten Dienstleistungen.
2. Das Präsidium kann ferner Bestimmungen für den Zugang ehemaliger Präsidenten des Parlaments (während ihres parlamentarischen Mandats) und ehemaliger Abgeordneter des Parlaments zu den Einrichtungen des Parlaments festlegen.

KAPITEL 7

Allgemeine Kostenvergütung

Artikel 43

Anspruch auf allgemeine Kostenvergütung

1. Die Abgeordneten haben Anspruch auf eine allgemeine Kostenvergütung zur Deckung der mit ihrer Tätigkeit als Abgeordnete verbundenen Kosten.
2. Die allgemeine Kostenvergütung wird im Einklang mit Erwägung 17 und Artikel 20 Absatz 3 des Statuts in Form eines Pauschalbetrags gezahlt.
3. Die Abgeordneten haben mit Wirkung ab dem Monat, in dem der entsprechende Antrag auf Zahlung eingeht, Anspruch auf die allgemeine Kostenvergütung.

4. Die Abgeordneten können entscheiden, ob sie den vollständigen Betrag oder einen Teilbetrag der allgemeinen Kostenvergütung erhalten wollen.

Artikel 44

Abgedeckter Zeitraum

1. Die allgemeine Kostenvergütung ist für die Dauer des Mandats der Abgeordneten zahlbar.
2. Der monatliche Betrag der allgemeinen Kostenvergütung wird auf 4 950 EUR festgesetzt.
3. Beginnt das Mandat nach dem 15. eines Monats, so besteht nur Anspruch auf die Hälfte der für den betreffenden Monat vorgesehen allgemeinen Kostenvergütung.
4. Die Hälfte der allgemeinen Kostenvergütung ist ferner für einen Zeitraum von drei Monaten nach Ablauf des Monats, in dem das Mandat endet, zahlbar, sofern die Abgeordneten ihr Mandat mindestens sechs Monate lang ausgeübt haben und nicht wiedergewählt werden.

Artikel 45

Zahlungen und Abwesenheiten

1. Alle Zahlungen im Zusammenhang mit der allgemeinen Kostenvergütung werden unmittelbar an die Abgeordneten geleistet.
2. Waren Abgeordnete während eines parlamentarischen Jahres (1. September bis 31. August) an mindestens 50 % der für Plenartagungen des Parlaments festgesetzten Tage nicht anwesend, so haben sie dem Parlament 50 % der allgemeinen Kostenvergütung, die sie für dieses Jahr erhalten haben, zu erstatten.
3. Eine unter Absatz 2 fallende Abwesenheit kann vom Präsidenten entschuldigt werden, wenn die betreffenden Abgeordneten erkrankt waren, schwerwiegende familiäre Gründe vorlagen oder sie sich andernorts auf einer vom Präsidenten, vom Präsidium oder von der Konferenz der Präsidenten genehmigten Reise befanden. Die Belege sind den Quästoren spätestens zwei Monate nach Beginn der Abwesenheit zu übermitteln.
4. Abgeordnete, die ein Kind erwarten, sind während eines Zeitraums von drei Monaten vor der Entbindung von der Teilnahme an den offiziellen Sitzungen des Parlaments befreit. Sie müssen eine ärztliche Bescheinigung über den voraussichtlichen Zeitpunkt der Entbindung vorlegen. Nach der Entbindung sind die Abgeordneten für einen Zeitraum von sechs Monaten von der Teilnahme an den offiziellen Sitzungen freigestellt. Sie müssen eine Kopie der Geburtsurkunde des Kindes vorlegen.

Artikel 46

Abgedeckte Kosten

1. Die allgemeine Kostenvergütung dient unter anderem zur Deckung von Kosten wie Bürobetriebs- und Bürounterhaltungskosten, Bürobedarf und Dokumentation, Kosten für Büroausstattung, Kosten für Repräsentationstätigkeiten oder Verwaltungskosten.
2. Stellen die Abgeordneten fest, dass die Beträge, die im Rahmen anderer Vergütungen gemäß den vorliegenden Durchführungsbestimmungen oder sonstigen Regelungen des Parlaments vorgesehen sind, vollständig in Anspruch genommen wurden, dürfen sie die allgemeine Kostenvergütung für Tätigkeiten verwenden, die durch diese Vergütungen abgedeckt sind.

Artikel 47

Grundsätze für die Verwendung der allgemeinen Kostenvergütung

1. Zur Erleichterung der Verwaltung und Überwachung der Ausgaben durch die Abgeordneten überweist das Parlament die für die allgemeine Kostenvergütung vorgesehenen Mittel auf ein Konto, das ausschließlich für diese Vergütung vorgesehen ist und auf das es keine anderen Zahlungen überweist. Für ein solches Konto gelten die üblichen mit dem Mandat verbundenen Garantien.

2. Die Abgeordneten tragen die ausschließliche Verantwortung dafür, wie die gemäß diesem Kapitel zur Verfügung gestellten Beträge verwendet werden.

3. Es steht den Abgeordneten frei, die Verwendung dieser Beträge – im Detail oder nach den in Absatz 4 dieses Artikels aufgeführten Kostenarten – eigenständig oder mithilfe eines externen Prüfers zu dokumentieren und diese Informationen ganz oder teilweise im Einklang mit Artikel 11 der Geschäftsordnung des Parlaments auf der Website des Parlaments zu veröffentlichen.

4. Die in Absatz 3 genannten Kostenarten sind folgende:

Kategorie 1: Miete eines lokalen Büros und Nebenkosten,

Kategorie 2: Betriebskosten eines lokalen Büros,

Kategorie 3: Bürobedarf, Papier- und Schreibwaren und Büromaterial,

Kategorie 4: Bücher, Zeitschriften, Zeitungen und Pressespiegel,

Kategorie 5: Büroausstattung und Möbel,

Kategorie 6: Protokoll und Vertretung,

Kategorie 7: Organisation von Veranstaltungen, Seminaren und Konferenzen,

Kategorie 8: sonstige Verwaltungskosten,

Kategorie 9: Tätigkeiten, für die andere bereits aufgebrauchte Vergütungen vorgesehen waren,

Kategorie 10: sonstige Kosten im Zusammenhang mit dem parlamentarischen Mandat der Abgeordneten.

5. Das Präsidium nimmt etwaige zusätzliche Maßnahmen an, die seiner Ansicht nach erforderlich sind, um die Umsetzung der Beschlüsse der Abgeordneten gemäß Absatz 3 zu erleichtern.

TITEL II

ENDE DES PARLAMANTARISCHEN MANDATS

KAPITEL 1

Übergangsgeld

Artikel 48

Anspruch auf Übergangsgeld

Ab dem ersten Tag des Monats, der auf ihr Ausscheiden folgt, haben die ehemaligen Abgeordneten Anspruch auf ein Übergangsgeld gemäß Artikel 13 des Statuts.

Artikel 49

Bedingungen

1. Wenn ehemalige Abgeordnete, die Anspruch auf das Übergangsgeld haben, ein Mandat in einem anderen Parlament oder ein öffentliches Amt übernehmen, wird das Übergangsgeld um die Vergütungen gekürzt, auf die sie Anspruch haben.

2. Artikel 2 Absatz 3 gilt sinngemäß für das Übergangsgeld.

3. Im Sinne dieses Artikels ist unter einem „anderen Parlament“ jedes Parlament mit legislativer Zuständigkeit in einem Mitgliedstaat zu verstehen.

4. Im Sinne dieses Artikels ist unter einem „öffentlichen Amt“ Folgendes zu verstehen:
 - a) ein besoldetes Wahlamt, das mit der Wahrnehmung von Befugnissen der öffentlichen Hand verbunden ist,
 - b) ein Amt als Mitglied einer nationalen oder regionalen Regierung,
 - c) ein Amt als hoher Beamter, der Träger öffentlicher Gewalt ist, oder als Beamter oder Mitglied eines Organs der Union.

Artikel 50

Verrechnung der Leistungen

1. Haben ehemalige Abgeordnete gleichzeitig Anspruch auf Zahlung des Übergangsgeldes gemäß Artikel 13 des Statuts und auf Zahlung des Ruhegehalts gemäß Artikel 14 des Statuts oder des Ruhegehalts wegen Dienstunfähigkeit gemäß Artikel 15 des Statuts, so gilt für sie die Regelung, für die sie sich entscheiden. Sie teilen ihre Entscheidung spätestens drei Monate nach Ende ihres Mandats dem Generalsekretär mit. Diese Entscheidung ist unwiderruflich.
2. Entscheiden sich die ehemaligen Abgeordneten für die Zahlung des Übergangsgeldes, so wird die Zahlung des Ruhegehalts oder des Ruhegehalts wegen Dienstunfähigkeit während des Zeitraums unterbrochen, in dem sie Anspruch auf das Übergangsgeld haben.

Artikel 51

Verfahren

1. Um das Übergangsgeld erhalten zu können, beantragen die ehemaligen Abgeordneten das Übergangsgeld unter Beifügung einer schriftlichen Erklärung, aus der hervorgeht, ob sie ein Mandat oder Amt gemäß Artikel 49 der vorliegenden Durchführungsbestimmungen wahrnehmen, innerhalb von drei Monaten nach Ablauf ihres Mandats. Nach Ablauf dieser Frist wird der Anspruch auf Übergangsgeld am ersten Tag des Monats wirksam, in dem der Antrag bei den zuständigen Dienststellen des Parlaments eingegangen ist. Die Dauer des Anspruchs auf Übergangsgeld wird gemäß Artikel 13 Absatz 2 des Statuts festgelegt.
2. Der in Absatz 1 genannten schriftlichen Erklärung wird bei Bedarf die in Artikel 50 Absatz 1 genannte Entscheidung der Abgeordneten beigelegt.
3. Jede Änderung der Voraussetzungen für die Gewährung des Übergangsgeldes, die eine Änderung des Anspruchs der ehemaligen Abgeordneten auf das Übergangsgeld bewirken könnte, ist der zuständigen Dienststelle des Parlaments unverzüglich mitzuteilen. Im Zweifelsfall kann der Generalsekretär die ehemaligen Abgeordneten auffordern, Bemerkungen zu unterbreiten.
4. Wenn der Generalsekretär auf der Grundlage von Fakten, die anhand öffentlich zugänglicher Quellen nachprüfbar sind, davon Kenntnis erlangt, dass ehemalige Abgeordnete ein Mandat oder Amt gemäß Artikel 49 wahrnehmen, so setzt er die Zahlung des Übergangsgeldes aus und unterrichtet die betreffenden ehemaligen Abgeordneten darüber.
5. Die ehemaligen Abgeordneten können jederzeit auf ihren Anspruch auf Übergangsgeld verzichten. Sie teilen ihre diesbezügliche Entscheidung dem Generalsekretär mit.

*KAPITEL 2***Ruhegehalt***Artikel 52***Anspruch auf Ruhegehalt**

1. Abgeordnete, die ihr Mandat mindestens ein volles Jahr ausgeübt haben, haben nach Ende des Mandats Anspruch auf ein lebenslanges Ruhegehalt, das im Einklang mit Artikel 14 des Statuts ab dem ersten Tag des Monats zahlbar ist, der auf den Monat folgt, in dem sie das 63. Lebensjahr vollenden.

Außer in Fällen höherer Gewalt stellen die ehemaligen Abgeordneten oder ihre gesetzlichen Vertreter den Antrag auf Auszahlung des Ruhegehalts innerhalb von sechs Monaten nach Entstehung des Anspruchs. Nach Ablauf dieser Frist wird der Ruhegehaltsanspruch am ersten Tag des Monats wirksam, in dem der Antrag eingegangen ist.

2. Werden Ruhegehaltsempfänger in das Parlament wiedergewählt, so wird die Zahlung des Ruhegehalts unterbrochen. Die Ruhegehaltsansprüche, die Abgeordnete im Verlauf ihres neuen Mandats erwerben, werden zu den vor ihrer Wiederwahl erworbenen Ruhegehaltsansprüchen hinzugerechnet. Die Zahlung des Ruhegehalts wird wieder aufgenommen, sobald die Abgeordneten ihr Mandat im Parlament niederlegen.

3. Wenn mehrere Mandate, die von ein und demselben Abgeordneten ausgeübt werden, durch einen Unterbrechungszeitraum getrennt sind, werden bei der Berechnung des Ruhegehalts alle Mandatszeiten zusammengerechnet.

*Artikel 53***Kumulierungsverbot**

1. Das Ruhegehalt, das ehemalige Abgeordnete im Rahmen eines Mandats erhalten, das sie gleichzeitig mit dem Mandat im Europäischen Parlament in einem anderen Parlament ausgeübt haben, wird auf das in Artikel 14 des Statuts vorgesehene Ruhegehalt angerechnet.

2. Für die Zwecke dieses Artikels ist unter einem „anderen Parlament“ jedes Parlament im Sinne von Artikel 2 Absatz 2 zu verstehen.

3. Die Berechnung erfolgt auf der Grundlage des Gesamtbetrags der beiden Ruhegehälter vor Abzug der Steuern.

4. Ehemalige Abgeordnete, die gleichzeitig mit dem Mandat im Europäischen Parlament ein Mandat in einem anderen Parlament ausgeübt haben, geben das Ruhegehalt an, auf das sie im Rahmen des Mandats in diesem anderen Parlament Anspruch haben.

*Artikel 54***Erlöschen des Ruhegehaltsanspruchs**

Das Ruhegehalt wird bis zum letzten Tag des Monats gezahlt, in dem die ehemaligen Abgeordneten versterben.

KAPITEL 3

Ruhegehalt wegen Dienstunfähigkeit

Artikel 55

Anspruch auf Ruhegehalt wegen Dienstunfähigkeit

1. Abgeordnete, denen gemäß dem in Artikel 59 vorgesehenen Verfahren eine Vollinvalidität anerkannt wird, die sie bis zum Ende der Wahlperiode dienstunfähig werden lässt, und die aus diesem Grund ihr Mandat niederlegen, haben vorbehaltlich Absatz 3 ab dem Tag, an dem diese Mandatsniederlegung in Kraft tritt, Anspruch auf ein Ruhegehalt wegen Dienstunfähigkeit.
2. Der Anspruch auf Ruhegehalt wegen Dienstunfähigkeit erlischt, wenn die Abgeordneten die Niederlegung ihres Mandats nicht innerhalb von drei Monaten ab dem Zeitpunkt der Entscheidung, mit der ihnen ihre Dienstunfähigkeit offiziell mitgeteilt wurde, bekannt geben.
3. Der Anspruch auf Ruhegehalt wegen Dienstunfähigkeit beginnt am Ende der Wahlperiode, während der die Dienstunfähigkeit eingetreten ist, wenn
 - a) die Abgeordneten ihr Mandat aufgrund ihrer Dienstunfähigkeit nicht niederlegen können,
 - b) die Entscheidung zur Feststellung der Dienstunfähigkeit nach Ende der Wahlperiode angenommen wurde, in der die Dienstunfähigkeit eingetreten ist, oder
 - c) die Wahlperiode vor Ablauf des in Absatz 2 vorgesehenen Zeitraums endet.

Artikel 56

Berechnung des Ruhegehalts wegen Dienstunfähigkeit

1. Das Ruhegehalt wegen Dienstunfähigkeit beträgt für jedes volle Jahr der Ausübung des Mandats 3,5 % der Entschädigung nach Artikel 10 des Statuts und für jeden weiteren vollen Monat ein Zwölftel dieses Betrags, mindestens jedoch 35 % und höchstens 70 % der Entschädigung.
2. Die Bestimmungen für die Berechnung des Ruhegehalts gelten entsprechend für die Berechnung des Ruhegehalts wegen Dienstunfähigkeit.

Artikel 57

Kumulierungsverbot

1. Das Ruhegehalt wegen Dienstunfähigkeit, das ehemalige Abgeordnete im Rahmen eines Mandats erhalten, das sie gleichzeitig mit dem Mandat im Europäischen Parlament in einem anderen Parlament ausgeübt haben, wird auf das in Artikel 55 vorgesehene Ruhegehalt wegen Dienstunfähigkeit angerechnet.
2. Für die Zwecke dieses Artikels ist unter einem „anderen Parlament“ jedes Parlament im Sinne von Artikel 2 Absatz 2 zu verstehen.
3. Ehemalige Abgeordnete, die gleichzeitig mit dem Mandat im Europäischen Parlament ein Mandat in einem anderen Parlament ausgeübt haben, geben das Ruhegehalt an, auf das sie im Rahmen des Mandats in diesem anderen Parlament Anspruch haben.

Artikel 58

Verrechnung der Leistungen

Wenn die ehemaligen Abgeordneten gleichzeitig Anspruch auf das Ruhegehalt wegen Dienstunfähigkeit und das Ruhegehalt haben, erhalten sie das Ruhegehalt. Die Höhe des Ruhegehalts darf jedoch nicht unter dem Betrag des Ruhegehalts wegen Dienstunfähigkeit liegen.

*Artikel 59***Verfahren**

1. Die Abgeordneten oder ihre gesetzlichen Vertreter reichen beim Präsidenten des Parlaments den Antrag auf Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit ein, dem ein ärztliches Attest beizufügen ist, in dem der Name des Arztes genannt wird, der beauftragt ist, sie im Invaliditätsausschuss gemäß Artikel 60 zu vertreten.
2. Innerhalb von drei Monaten ab seiner Einberufung durch den Generalsekretär legt der in Artikel 60 genannte Invaliditätsausschuss im Rahmen des vom Parlament festgelegten Mandats ein ärztliches Gutachten vor, in dem begründet und bewertet wird, ob die in Artikel 55 Absatz 1 vorgesehenen Voraussetzungen für den Erhalt des Ruhegehalts wegen Dienstunfähigkeit erfüllt sind. In Ausnahmefällen kann diese Frist vom Generalsekretär verlängert werden.
3. Wird in dem ärztlichen Gutachten festgestellt, dass der betreffende Abgeordnete wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt werden kann, bestätigt der Präsident des Parlaments den Anspruch des Abgeordneten auf das Ruhegehalt wegen Dienstunfähigkeit, teilt diese Entscheidung dem betreffenden Abgeordneten mit und ersucht ihn, sein Mandat niederzulegen. Wird in dem ärztlichen Gutachten festgestellt, dass der betreffende Abgeordnete nicht wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt werden kann, unterrichtet der Präsident den Abgeordneten über die Einspruchsmöglichkeiten.

*Artikel 60***Invaliditätsausschuss**

1. Dem Invaliditätsausschuss gehören drei Ärzte an, die wie folgt benannt werden:
 - der erste von dem betreffenden Abgeordneten,
 - der zweite vom Parlament,
 - der dritte einvernehmlich von den beiden Erstgenannten.

Falls innerhalb von zwei Monaten ab der Benennung des zweiten Arztes keine Einigung über die Benennung des dritten Arztes erzielt wird, wird der dritte Arzt auf Ersuchen des Parlaments von Amts wegen vom Präsidenten des Gerichtshofs der Europäischen Union benannt.

2. Die Kosten für die Arbeit des Invaliditätsausschusses, einschließlich der Reisekosten, werden vom Parlament übernommen.
3. Die Abgeordneten können dem Invaliditätsausschuss alle Befunde oder Atteste der sie behandelnden Ärzte oder anderer Fachleute, die sie auf eigenen Wunsch hin konsultiert haben, vorlegen.
4. Die Arbeiten des Invaliditätsausschusses sind geheim.

*Artikel 61***Überprüfung der Dienstunfähigkeit**

1. Ehemalige Abgeordnete, die die in Artikel 55 Absatz 1 genannten Voraussetzungen für den Erhalt des Ruhegehalts wegen Dienstunfähigkeit nicht mehr erfüllen, verlieren ihren Anspruch auf dieses Ruhegehalt.
2. Solange die ehemaligen Abgeordneten das 63. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, kann das Parlament sie alle fünf Jahre von einem Arzt untersuchen lassen, um zu überprüfen, ob sie noch immer die für den Erhalt des Ruhegehalts wegen Dienstunfähigkeit erforderlichen Voraussetzungen gemäß Artikel 55 Absatz 1 erfüllen.
3. Diese Untersuchung kann auch vor Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist vorgenommen werden, insbesondere dann, wenn das Parlament darüber unterrichtet wird, dass die ehemaligen Abgeordneten eine besoldete Funktion wahrnehmen. In diesem Fall wird die Situation auf der Grundlage von Fakten bewertet, die anhand öffentlich zugänglicher Quellen nachprüfbar sind, wobei die Umstände im jeweiligen Einzelfall zu berücksichtigen sind und zuvor eine Ermittlung durchgeführt wird, in deren Rahmen beide Seiten Gelegenheit erhalten, Stellung zu nehmen und auf die Bemerkungen der Gegenseite zu antworten.

4. Auf Vorschlag des Arztes, der die Untersuchung vorgenommen hat, kann der Invaliditätsausschuss feststellen, dass sich der Gesundheitszustand der ehemaligen Abgeordneten so verbessert hat, dass sie die Voraussetzungen für den Erhalt des Ruhegehalts wegen Dienstunfähigkeit gemäß Artikel 55 Absatz 1 nicht mehr erfüllen.

5. Die Entscheidung, das Ruhegehalt wegen Dienstunfähigkeit nicht mehr zu zahlen, wird vom Präsidenten des Parlaments auf der Grundlage der Schlussfolgerungen des Invaliditätsausschusses getroffen. Die Artikel 59 und 60 gelten entsprechend. Wenn die ehemaligen Abgeordneten keinen Arzt beauftragen, sie im Invaliditätsausschuss zu vertreten, findet Artikel 60 Absatz 1 Unterabsatz 2 Anwendung.

KAPITEL 4

Hinterbliebenenversorgung und Waisengeld

Artikel 62

Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung und Waisengeld

1. Überlebende Ehegatten und unterhaltsberechtigzte Kinder von Abgeordneten oder ehemaligen Abgeordneten, die zum Zeitpunkt ihres Todes Anspruch oder eine Anwartschaft auf ein Ruhegehalt oder ein Ruhegehalt wegen Dienstunfähigkeit hatten, haben Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung bzw. Waisengeld.

2. Für die Zwecke dieses Kapitels werden feste Partner in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft genauso behandelt wie Ehegatten, sofern das Paar ein von einer zuständigen Behörde eines Mitgliedstaats ausgestelltes offizielles Dokument vorlegt, das den Status als Partner in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft belegt.

3. Als „unterhaltsberechtigzte Kinder“ gelten eheliche, nichteheliche oder an Kindes statt angenommene Kinder von Abgeordneten, ehemaligen Abgeordneten oder deren Ehegatten, wenn sie von den Abgeordneten oder ehemaligen Abgeordneten tatsächlich unterhalten wurden. Als unterhaltsberechtigzte Kinder gelten auch ungeborene Kinder sowie Kinder, für die die Abgeordneten oder ehemaligen Abgeordneten ein Adoptionsverfahren eingeleitet haben und deren Adoption nach ihrem Tode erfolgt.

Artikel 63

Berechnung der Hinterbliebenenversorgung und des Waisengeldes

1. Der Höchstbetrag der Hinterbliebenenversorgung und des Waisengeldes darf die Höhe des Ruhegehalts, auf das die Abgeordneten am Ende der Wahlperiode Anspruch gehabt hätten, nicht übersteigen, wobei der Zeitraum zwischen dem Todestag und dem Zeitpunkt des Endes der Wahlperiode berücksichtigt wird.

2. Bei ehemaligen Abgeordneten darf der Höchstbetrag der Hinterbliebenenversorgung und des Waisengeldes das Ruhegehalt, das die Abgeordneten erhalten haben oder auf das sie Anspruch gehabt hätten, nicht übersteigen.

3. Überlebende Ehegatten erhalten 60 % des in Absatz 1 oder 2 genannten Betrags, mindestens jedoch 30 % der Entschädigung nach Artikel 10 des Statuts; letztgenannten Betrag erhalten sie auch dann, wenn dieser die Beträge gemäß den Absätzen 1 und 2 übersteigt.

Der Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung für überlebende Ehegatten wird durch eine Wiederverheiratung nicht berührt. Überlebende Ehegatten haben keinen Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung, wenn die Umstände des jeweiligen Einzelfalls keinen vernünftigen Zweifel daran lassen, dass die Ehe ausschließlich zu Versorgungszwecken geschlossen wurde. Gegebenenfalls wird die Situation auf der Grundlage von Fakten bewertet, die anhand öffentlich zugänglicher Quellen nachprüfbar sind, wobei die Umstände im jeweiligen Einzelfall zu berücksichtigen sind und zuvor eine Ermittlung durchgeführt wird, in deren Rahmen beide Seiten Gelegenheit erhalten, Stellung zu nehmen und auf die Bemerkungen der Gegenseite zu antworten.

4. Das Waisengeld für unterhaltsberechtigzte Kinder beläuft sich auf 20 % des in Absatz 1 oder 2 genannten Betrags.

5. Bei mehr als zwei unterhaltsberechtigten Kindern wird das jedem unterhaltsberechtigten Kind zu zahlende Waisengeld abweichend von Absatz 4 berechnet, indem der Betrag, der 40 % des in Absatz 1 bzw. 2 genannten Höchstbetrags entspricht, durch die Zahl der unterhaltsberechtigten Kinder geteilt wird.

6. Falls erforderlich, wird der Höchstbetrag der zu zahlenden Versorgung zwischen dem Ehegatten und den unterhaltsberechtigten Kindern mit den in den Absätzen 3, 4 und 5 vorgesehenen prozentualen Anteilen aufgeteilt.

7. Gibt es keine überlebenden Ehegatten, so beläuft sich das jedem unterhaltsberechtigten Kind zu zahlende Waisengeld abweichend von den Absätzen 4 und 5 auf 20 % des in Absatz 1 bzw. 2 genannten Höchstbetrags. Bei mehr als fünf unterhaltsberechtigten Kindern wird der in Absatz 1 bzw. 2 genannte Höchstbetrag jedoch zu gleichen Teilen zwischen den unterhaltsberechtigten Kindern, die einen Anspruch auf Waisengeld haben, aufgeteilt.

Artikel 64

Dauer der Zahlung der Hinterbliebenenversorgung und des Waisengeldes

1. Die Hinterbliebenenversorgung oder das Waisengeld wird ab dem ersten Tag des auf den Todestag der Abgeordneten oder ehemaligen Abgeordneten folgenden Kalendermonats gezahlt.

2. Im Falle des Todes der Anspruchsberechtigten erlischt der Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung am Ende des Monats, in dem der Todesfall eingetreten ist.

3. Der Anspruch auf Waisengeld erlischt am Ende des Monats, in dem das unterhaltsberechtigte Kind das 21. Lebensjahr vollendet.

Der Anspruch auf Waisengeld besteht jedoch für die Dauer der Schul- oder Berufsausbildung der unterhaltsberechtigten Kinder fort, höchstens aber bis zum Ende des Monats, in dem diese das 25. Lebensjahr vollenden.

Der Anspruch auf Waisengeld besteht auch fort, wenn unterhaltsberechtigte Kinder aufgrund einer Krankheit oder einer Behinderung außerstande sind, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Diese Krankheit oder Behinderung muss vom Amtsarzt des Parlaments anerkannt werden. Die Anspruchsberechtigten können die Entscheidung des Amtsarztes durch die Anrufung eines Ausschusses anfechten, der entsprechend den Modalitäten des in Anhang II Abschnitt 3 des Beamtenstatuts vorgesehenen Invaliditätsausschusses zusammengesetzt wird.

Dieser Anspruch erlischt, sobald die unterhaltsberechtigten Kinder ihren Lebensunterhalt wieder selbst bestreiten können. Das Parlament kann die unterhaltsberechtigten Kinder alle fünf Jahre durch einen Arzt untersuchen lassen, der prüfen soll, ob sie die Bedingungen für die Gewährung des Waisengeldes immer noch erfüllen.

4. Überlebende Ehegatten und unterhaltsberechtigte Kinder, die Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung bzw. Waisengeld haben, müssen ihren Antrag auf Zahlung der Hinterbliebenenversorgung bzw. des Waisengeldes innerhalb von sechs Monaten nach Entstehung ihres Anspruchs stellen. Nach Ablauf dieser Frist wird der Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung bzw. Waisengeld am ersten Tag des Monats wirksam, in dem der Antrag bei den zuständigen Dienststellen des Parlaments eingegangen ist.

TITEL III

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN

KAPITEL 1

Zahlungsmodalitäten

Artikel 65

Einhaltung der Haushaltsordnung

1. Bei der Umsetzung der vorliegenden Durchführungsbestimmungen sowie den gemäß diesen Durchführungsbestimmungen eingereichten Auszahlungsanträgen muss die Haushaltsordnung eingehalten werden.
2. Wenn die vorliegenden Durchführungsbestimmungen den Abschluss von Verträgen zwischen dem Parlament und Dritten vorsehen, ist der zuständige Anweisungsbefugte ermächtigt, diese zu unterzeichnen.

Artikel 66

Grundsatz für die Verwendung der Mittel

1. Die gemäß Titel I Kapitel 4, 5 und 6 überwiesenen Beträge sind ausschließlich für die Finanzierung von Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Ausübung des Mandats der Abgeordneten vorgesehen und dürfen nicht verwendet werden, um persönliche Ausgaben oder politische Zuschüsse oder Spenden zu finanzieren.
2. Die Abgeordneten achten bei der Verwendung der im Einklang mit den vorliegenden Durchführungsbestimmungen zur Verfügung gestellten Mittel darauf, dass ihre eigenen Interessen nicht mit den Interessen der Union in Konflikt geraten.

Ein Interessenkonflikt besteht, wenn die Tätigkeit eines Abgeordneten durch familiäre oder private Verbundenheit, wirtschaftliche Interessen oder andere direkte oder indirekte persönliche Interessen beeinflusst wird.

3. Die Abgeordneten erstatten dem Parlament die nicht verwendeten Beträge außer in den Fällen, in denen diese als Pauschalbetrag gezahlt werden.

Artikel 67

Banküberweisung, Devisen und Umrechnungskurse

1. Die Zahlungen im Rahmen der vorliegenden Durchführungsbestimmungen erfolgen per Banküberweisung gemäß der Richtlinie (EU) 2015/2366 des Europäischen Parlaments und des Rates⁽¹²⁾. Das Parlament trägt die zulasten des Zahlers gehenden Entgelte. Etwaige weitere Entgelte trägt der Zahlungsempfänger.
2. Die Zahlungen werden in Euro geleistet, es sei denn, der Empfänger wurde in einem Mitgliedstaat gewählt bzw. hat seinen Wohnort in einem Mitgliedstaat, der eine andere Währung als den Euro hat, und beantragt die Zahlung des Gesamtbetrags oder eines Teils dieser Summe in der Währung dieses Mitgliedstaats.
3. Die Umrechnung zwischen dem Euro und einer anderen Währung erfolgt auf der Grundlage des monatlichen Umrechnungskurses des Euro, der gemäß Artikel 19 Absatz 3 der Haushaltsordnung festgesetzt wurde.
4. Für die Überweisung der Kosten für parlamentarische Assistenz erfolgt die Umrechnung zwischen dem Euro und einer anderen Währung abweichend von Absatz 3 auf der Grundlage des monatlichen Umrechnungskurses des Euro für den Monat Dezember des Vorjahres. Der auf eine andere Währung als den Euro lautende monatliche Höchstbetrag der den Abgeordneten gewährten Kostenübernahme darf jedoch während einer Wahlperiode nach Berücksichtigung der jährlichen Indexierung und einer etwaigen vom Präsidium beschlossenen Anhebung nicht unter dem für das Vorjahr festgesetzten monatlichen Höchstbetrag liegen.

⁽¹²⁾ Richtlinie (EU) 2015/2366 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 über Zahlungsdienste im Binnenmarkt, zur Änderung der Richtlinien 2002/65/EG, 2009/110/EG und 2013/36/EU und der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010 sowie zur Aufhebung der Richtlinie 2007/64/EG (ABl. L 337 vom 23.12.2015, S. 35, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dir/2015/2366/oj>).

*Artikel 68***Bankkonten**

1. Unmittelbar nach Beginn ihres Mandats teilen die Abgeordneten der zuständigen Dienststelle des Parlaments die Bankdaten (z. B. die IBAN-Nummer und den BIC-Code sowie die Anschrift der betreffenden Bank) für mindestens ein Konto mit, das auf ihren Namen in einem Mitgliedstaat der Union geführt wird und auf das die in Artikel 10 des Statuts vorgesehene Entschädigung, andere Vergütungen sowie die anderen Kostenerstattungen überwiesen werden sollen.

Sofern keine andere Anweisung der Abgeordneten, der ehemaligen Abgeordneten oder ihrer Rechtsnachfolger vorliegt, wird das für den Erhalt der Entschädigung gemäß Artikel 10 des Statuts eröffnete Konto auch für die Zahlung des Übergangsgeldes und der Versorgungsbezüge verwendet.

2. Für jede Zahlung an andere Personen als die Abgeordneten selbst muss zuvor ein von der Bank der Begünstigten ausgestelltes Dokument vorgelegt werden, in dem bestätigt wird, dass diese Inhaber des Kontos sind, auf das die Überweisung erfolgen soll, und aus dem auch die IBAN-Nummer des Kontos sowie der BIC-Code und die Anschrift der Bank ersichtlich sind.

3. Für die Überweisungen im Rahmen der parlamentarischen Assistenz teilen die Abgeordneten der Zahlstelle bzw. der zuständigen Dienststelle des Parlaments die Kontoangaben ihrer persönlichen Mitarbeiter mit. Die Bankkonten der persönlichen Mitarbeiter sind in einem Mitgliedstaat der Union zu eröffnen. Die Überweisungen lauten auf die Währung, in der das Gehalt oder das Honorar des jeweiligen persönlichen Mitarbeiters gezahlt werden.

Die Zahlstelle teilt ihre Bankangaben der zuständigen Dienststelle des Parlaments mit.

*Artikel 69***Zahlungen**

1. Die in Artikel 10 des Statuts vorgesehene Entschädigung, das Übergangsgeld und die Versorgungsbezüge werden am 15. des Monats für den laufenden Monat überwiesen. Die allgemeine Kostenvergütung wird am 1. des Monats für den laufenden Monat überwiesen.

2. Die Überweisungen an die Zahlstelle zur Erstattung der Kosten für parlamentarische Assistenz erfolgen am 15. des Monats für den laufenden Monat.

Bei diesen Überweisungen werden die bis zum 25. des Vormonats übermittelten Anweisungen der Abgeordneten berücksichtigt.

3. Die anderen Kostenerstattungen erfolgen gegen Vorlage der in den vorliegenden Durchführungsbestimmungen genannten Belege.

Auf Antrag der zuständigen Dienststelle des Parlaments legen die Empfänger von Versorgungsbezügen eine Lebensbescheinigung in Form einer von einem Arzt oder einer zuständigen Behörde ausgestellten Bescheinigung vor.

4. Für die Vorlage der gemäß den vorliegenden Durchführungsbestimmungen erforderlichen Belege gelten folgende Fristen:

- a) für die Reise- und Aufenthaltskosten: spätestens am 31. Juli des Kalenderjahres, das auf das Jahr folgt, in dem die betreffende Reise angetreten wurde,
- b) für die Ausgaben für parlamentarische Assistenz und die anderen Ausgaben: vor dem in den geltenden Bestimmungen festgelegten Fälligkeitstermin und spätestens am 7. Dezember des Haushaltsjahres, für das die Kostenübernahme bzw. die Erstattung beantragt wird.

5. Der Generalsekretär kann besondere Bestimmungen für die Vorauszahlungen bezüglich der normalen Reisekosten und der Aufenthaltskosten erlassen.

KAPITEL 2

Abrechnung und Einziehung

Artikel 70

Ersatzbelege

Im Falle des Verlusts der vorzulegenden Belege müssen die Abgeordneten eine Verlusterklärung einreichen, der mit den Vorschriften der vorliegenden Durchführungsbestimmungen übereinstimmende Ersatzbelege beizufügen sind.

Artikel 71

Einstellung der Zahlungen durch das Parlament

1. Verstoßen Abgeordnete, ehemalige Abgeordnete, ihre Rechtsnachfolger oder ihre Zahlstellen gegen die vorliegenden Durchführungsbestimmungen oder die KVR, so kann der zuständige Anweisungsbefugte die betreffenden Zahlungen ganz oder teilweise einstellen.
2. Der zuständige Anweisungsbefugte teilt der betreffenden Person zunächst schriftlich seine Absicht mit, die betreffenden Zahlungen einzustellen, und gibt ihr Gelegenheit, schriftlich Stellung zu nehmen und Belege einzureichen. Eine Kopie dieser Mitteilung wird je nach Sachlage an alle betroffenen Dritten übermittelt.
3. Erbringt die betreffende Person keine ausreichenden Nachweise für die Einhaltung der vorliegenden Durchführungsbestimmungen oder der KVR, so trifft der zuständige Anweisungsbefugte eine Entscheidung zur Einstellung der entsprechenden Zahlungen. Artikel 72 der vorliegenden Durchführungsbestimmungen bleibt von dieser Entscheidung unberührt.

Artikel 72

Rückforderung zu Unrecht gezahlter Beträge durch das Parlament

1. Alle gemäß den vorliegenden Durchführungsbestimmungen oder der KVR zu Unrecht ausgezahlten Beträge werden von den betreffenden Abgeordneten oder ehemaligen Abgeordneten oder deren Rechtsnachfolgern zurückgefordert. Die Rückforderungsentscheidung wird vom Generalsekretär erlassen.
2. Der Generalsekretär setzt die betreffende Person vor Erlass der Rückforderungsentscheidung schriftlich über die Eröffnung des Rückforderungsverfahrens in Kenntnis und gibt ihr Gelegenheit, schriftlich Stellung zu nehmen und Belege einzureichen.
3. Nach Erlass der Rückforderungsentscheidung nimmt der Generalsekretär die Rückforderung gemäß der Haushaltsordnung vor. Die Rückforderungsmaßnahmen dürfen den Abgeordneten nicht daran hindern, ihr Mandat wirksam auszuüben.
4. Der Generalsekretär kann die ihm übertragene Zuständigkeit gemäß den Absätzen 1, 2 und 3 dem zuständigen Generaldirektor übertragen.
5. Dieser Artikel findet auch auf Dritte Anwendung.

KAPITEL 3

Sonstige allgemeine Finanzvorschriften

Artikel 73

Indexanpassung

1. Die in Artikel 3 Absatz 5, Artikel 15 Absatz 2 Buchstabe d, Artikel 20, Artikel 22 Absätze 1 und 3, Artikel 24 Absatz 2 und Artikel 44 Absatz 2 genannten Beträge können vom Präsidium jährlich angepasst werden, und zwar maximal bis zur Höhe der von Eurostat veröffentlichten jährlichen Inflationsrate der Union für den Monat Oktober des Vorjahres.
2. Der in Artikel 29 Absatz 4 der vorliegenden Durchführungsbestimmungen genannte Betrag wird bei Bedarf jährlich vom Präsidium auf der Grundlage des von Eurostat im Einvernehmen mit den statistischen Ämtern der Mitgliedstaaten gemäß Artikel 65 des Beamtenstatuts aufgestellten Index angepasst. Diese Indexierung erfolgt rückwirkend ab dem Monat Juli des vom Index betroffenen Jahres.

Artikel 74

Besteuerung

Für die Abgeordneten und die Empfänger eines Übergangsgeldes gemäß Artikel 13 des Statuts oder von Versorgungsbezügen gemäß Artikel 14, 15 und 17 des Statuts gilt unter den in Artikel 12 des Statuts festgelegten Bedingungen die Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 260/68 des Rates ⁽¹³⁾.

Artikel 75

Pfändung

1. Die Entschädigung gemäß Artikel 10 des Statuts, das Übergangsgeld, das Ruhegehalt gemäß den vorliegenden Durchführungsbestimmungen oder das Ruhegehalt gemäß Anlage III der KVR können auf der Grundlage einer richterlichen Entscheidung oder einer Entscheidung der zuständigen Verwaltungsbehörde bis zu einem Drittel gepfändet werden.
2. Der Generalsekretär erteilt Anweisungen im Hinblick auf die Durchführung einer derartigen Maßnahme. Bei diesen Anweisungen ist der letzten verfügbaren Armutsgefährdungsschwelle, die von Eurostat für den Wohnsitzstaat der betreffenden Abgeordneten oder ehemaligen Abgeordneten festgelegt wurde, gebührend Rechnung zu tragen, und es ist darauf zu achten, dass die Abgeordneten ihr Mandat wirksam ausüben können. Bevor derartige Anweisungen erteilt werden, sind die betreffenden Abgeordneten anzuhören.

KAPITEL 4

Schlussbestimmungen

Artikel 76

Beschwerde

1. Abgeordnete oder ehemalige Abgeordnete, die der Auffassung sind, dass die vorliegenden Durchführungsbestimmungen, was sie betrifft, von der zuständigen Dienststelle nicht korrekt angewandt wurden, können eine Beschwerde an den Generalsekretär richten.

⁽¹³⁾ Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 260/68 des Rates vom 29. Februar 1968 zur Festlegung der Bestimmungen und des Verfahrens für die Erhebung der Steuer zugunsten der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 56 vom 4.3.1968, S. 8, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/1968/260/oj>).

2. Abgeordnete oder ehemalige Abgeordnete, die mit der Entscheidung des Generalsekretärs nicht einverstanden sind, können eine Beschwerde an die Quästoren richten, die nach Stellungnahme des Generalsekretärs eine Entscheidung treffen. Die Beschwerde ist an den amtierenden Vorsitz der Quästoren zu richten.

3. Ist eine Partei im Beschwerdeverfahren mit der Entscheidung der Quästoren nicht einverstanden, kann sie eine Beschwerde an das Präsidium richten, das eine endgültige Entscheidung trifft. Eine solche Beschwerde ist auf dieselben Belege zu stützen, die bereits zusammen mit den Beschwerden gemäß den Absätzen 1 und 2 eingereicht wurden und an den Präsidenten zu richten.

4. Eingereichte Beschwerden gemäß den Absätzen 1, 2 oder 3 sind zu begründen und innerhalb von zwei Monaten nach der Mitteilung der angefochtenen Entscheidung zusammen mit etwaigen Belegen schriftlich einzureichen.

5. Das Parlament stellt sicher, dass die Beschwerdeführer eine Empfangsbestätigung für jede von ihnen eingereichte Beschwerde erhalten.

6. Wenn Abgeordnete eine Entscheidung, die Gegenstand einer eingereichten Beschwerde gemäß den Absätzen 1, 2 oder 3 ist, mit einer Nichtigkeitsklage auf der Grundlage von Artikel 263 AEUV anfechten, bevor die zuständige Beschwerdestelle eine Entscheidung getroffen hat, wird die Beschwerde für gegenstandslos erklärt und das Verfahren abgeschlossen.

Eine Beschwerde auf der Grundlage der Absätze 1, 2 oder 3 wird für unzulässig erklärt, wenn sie von den Abgeordneten nach Erhebung einer Nichtigkeitsklage auf der Grundlage von Artikel 263 AEUV eingereicht wird.

7. Dieser Artikel gilt auch für die Rechtsnachfolger der Abgeordneten und ehemaligen Abgeordneten.

Artikel 77

Elektronische Übermittlung gescannter Belege

1. Wenn in den vorliegenden Durchführungsbestimmungen von der Einreichung von Anträgen auf Erstattung oder Kostenübernahme die Rede ist, heißt das, dass sie in elektronischer Form mit einer digitalen Signatur eingereicht werden können.

2. Wenn in den vorliegenden Durchführungsbestimmungen von der Einreichung von Belegen die Rede ist, heißt das, dass sie in Form gescannter Kopien übermittelt werden können, sofern die Abgeordneten ehrenwörtlich versichern, dass die eingereichten gescannten Kopien der Belege deren Originalen entsprechen.

3. Damit überprüft werden kann, ob die gescannten Kopien der Belege deren Originalen entsprechen, müssen die Abgeordneten die Originale bis zum 31. Dezember des Kalenderjahres aufbewahren, das auf das Kalenderjahr folgt, in dem der Erstattungsantrag eingereicht wurde.

Die zuständige Dienststelle des Parlaments führt ein System von stichprobenartigen Kontrollen ein, um sicherzustellen, dass die gescannten Kopien der Belege deren Originalen entsprechen.

Artikel 78

Berechnung der Fristen

Für die Berechnung der in den vorliegenden Durchführungsbestimmungen vorgesehenen Fristen gelten die Artikel 2 und 3 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1182/71 des Rates ⁽¹⁴⁾.

⁽¹⁴⁾ Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1182/71 des Rates vom 3. Juni 1971 zur Festlegung der Regeln für die Fristen, Daten und Termine (ABl. L 124 vom 8.6.1971, S. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/1971/1182/oj>).

*Artikel 79***Mitteilungen**

1. Mitteilungen der Dienststellen des Parlaments im Rahmen der vorliegenden Durchführungsbestimmungen und der KVR-Regeln können mit allen verfügbaren Mitteln erfolgen, mit denen eine wirksame Übermittlung sichergestellt werden kann, auch per E-Mail oder auf andere elektronische Weise. Mitteilungen an die Abgeordneten per E-Mail gelten nach Erhalt einer Lesebestätigung oder spätestens fünf Arbeitstage nach Eingang der Bestätigung der Zustellung der E-Mail an ihre offizielle E-Mail-Adresse des Parlaments als zugestellt.
2. Für die Zwecke der Übermittlung von Mitteilungen teilen die Abgeordneten dem Parlament am Ende ihres Mandats und danach bei jeder Änderung innerhalb eines Monats ihre E-Mail-Adresse und die Anschrift ihres ständigen Wohnsitzes mit. Dies gilt auch für die Rechtsnachfolger der Abgeordneten und ehemaligen Abgeordneten, die dem Parlament bei Eintritt der Rechtsnachfolge und danach bei jeder Änderung innerhalb eines Monats ihre E-Mail-Adressen und die Anschriften ihres ständigen Wohnsitzes mitteilen.
3. Für die Zwecke von Artikel 98 Absatz 2 Unterabsatz 2 der Haushaltsordnung gilt jede Verzögerung durch das Parlament bei der Übermittlung einer Zahlungsaufforderung an einen Schuldner als dem Verhalten des Schuldners zuzurechnen, wenn dieser unter Absatz 2 dieses Artikels stand und gegen diesen verstoßen hat.

*Artikel 80***Inkrafttreten**

Die vorliegenden Durchführungsbestimmungen treten am ersten Tag der Tagung nach der Wahl zum Europäischen Parlament in Kraft, die 2024 stattfindet.

*Artikel 81***Aufhebung**

Der Beschluss des Präsidiums vom 19. Mai und 9. Juli 2008 mit Durchführungsbestimmungen zum Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments wird mit Wirkung am ersten Tag der Tagung nach der Wahl zum Europäischen Parlament, die 2024 stattfindet, aufgehoben. Die KVR-Regeln sind am Tag des Inkrafttretens des Statuts ungültig, gelten jedoch weiterhin für die Zwecke der in Titel IV der vorliegenden Durchführungsbestimmungen festgelegten Übergangsbestimmungen.

TITEL IV

ÜBERGANGSBESTIMMUNGEN*Artikel 82***Hinterbliebenenversorgung, Ruhegehalt wegen Dienstunfähigkeit und Ruhegehalt**

1. Die Hinterbliebenenversorgung, das Ruhegehalt wegen Dienstunfähigkeit, das für die unterhaltsberechtigten Kinder gewährte zusätzliche Ruhegehalt wegen Dienstunfähigkeit und das Ruhegehalt gemäß den Anlagen I, II und III der KVR-Regeln werden gemäß diesen Anlagen auch weiterhin den Personen gezahlt, die diese Leistungen bereits vor dem 14. Juli 2009 erhalten haben.

Versterben ehemalige Abgeordnete, die das Ruhegehalt wegen Dienstunfähigkeit beziehen, nach dem 14. Juli 2009, wird die Hinterbliebenenversorgung nach den Bedingungen gemäß Anlage I der KVR-Regeln an ihre Ehegatten, ihre festen Partner in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft oder ihre unterhaltsberechtigten Kinder gezahlt.

2. Die vor dem 14. Juli 2009 gemäß Anlage III der KVR-Regeln erworbenen Ruhegehaltsansprüche bleiben bestehen. Personen, die im Rahmen dieser Ruhegehaltsregelung Ansprüche erworben haben, erhalten ein Ruhegehalt, das auf der Grundlage ihrer gemäß dieser Anlage erworbenen Ansprüche berechnet wird, sobald sie die in den nationalen Rechtsvorschriften des betreffenden Mitgliedstaats vorgesehenen Bedingungen erfüllt und den in Artikel 3 Absatz 2 dieser Anlage genannten Antrag gestellt haben.

Artikel 83

Zusätzliches Ruhegehalt

1. Ein zusätzliches Ruhegehalt, auf das ehemalige Abgeordnete oder sonstige Begünstigte ab dem 1. Juli 2023 gemäß Artikel 1, 3 und 4 der Anlage VII der KVR Anspruch haben, wird unter den folgenden Bedingungen und Ausnahmeregelungen ausgezahlt:

- a) Der Betrag des Ruhegehalts gemäß Artikel 2 Absatz 1 der Anlage VII der KVR und der Höchst- und Mindestbetrag des Ruhegehalts gemäß Artikel 2 Absatz 2 dieser Anlage werden um 50 % gekürzt.
- b) Als Grundgehalt eines Richters beim Gerichtshof der Europäischen Union im Sinne von Artikel 2 Absätze 1 und 2 der Anlage VII der KVR gilt das Grundgehalt am 30. Juni 2023, und nach diesem Zeitpunkt wird keine Aktualisierung mehr vorgenommen.
- c) Das Ruhegehalt gemäß Artikel 1 der Anlage VII der KVR wird ab dem ersten Tag des Kalendermonats gewährt, der auf das Datum folgt, an dem die Abgeordneten das 67. Lebensjahr vollendet haben.
- d) Haben Abgeordnete zum Zeitpunkt ihres Todes das 67. Lebensjahr noch nicht vollendet, so beginnt der Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung und Waisengeld gemäß Artikel 4 Absatz 1 der Anlage VII der KVR am ersten Tag des Kalendermonats, der auf den Monat folgt, in dem die verstorbenen Abgeordneten das 67. Lebensjahr vollendet hätten.

2. Bei Ruhegehaltern, auf die ehemalige Abgeordnete oder sonstige Begünstigte vor dem 1. Juli 2023 gemäß den Artikeln 1, 3 und 4 der Anlage VII der KVR Anspruch haben, werden die Beträge ab diesem Tag verringert und wie folgt angepasst:

- a) Der Betrag des Ruhegehalts gemäß Artikel 2 Absatz 1 der Anlage VII der KVR und der Höchst- und Mindestbetrag des Ruhegehalts gemäß Artikel 2 Absatz 2 dieser Anlage werden um 50 % gekürzt.
- b) Als Grundgehalt eines Richters beim Gerichtshof der Europäischen Union im Sinne von Artikel 2 Absätze 1 und 2 der Anlage VII der KVR gilt das Grundgehalt am 30. Juni 2023, und nach diesem Zeitpunkt wird keine Aktualisierung mehr vorgenommen.

3. Ehemalige Abgeordnete oder sonstige Begünstigte, die aufgrund der Anwendung von Absatz 1 Buchstaben a und/oder b oder Absatz 2 Buchstaben a und/oder b unterhalb oder weiter unterhalb der jüngsten verfügbaren Armutsgefährdungsschwelle für den Staat ihres ständigen Wohnsitzes leben müssten, können bei den Quästoren eine Erhöhung des Ruhegehalts beantragen. Bei diesem Schwellenwert handelt es sich gegebenenfalls um den von Eurostat festgelegten Schwellenwert. Dem Antrag müssen alle relevanten Informationen und Belege beigefügt werden, anhand deren das Parlament die sonstigen Einnahmen und die finanzielle Lage der ehemaligen Abgeordneten oder sonstigen Begünstigten beurteilen kann, etwa eine von einer zuständigen nationalen Behörde ausgestellte Bescheinigung ihrer sonstigen Einnahmen und ihrer finanziellen Lage.

Unter Berücksichtigung der sonstigen Einnahmen und der finanziellen Lage der ehemaligen Abgeordneten oder sonstigen Begünstigten können die Quästoren eine Erhöhung des Ruhegehalts gewähren, durch die die Armutsgefährdungsschwelle erreicht wird. Der Betrag des Ruhegehalts nach der Erhöhung darf jedoch nicht höher sein als das Ruhegehalt, das gemäß den Artikeln 1 bis 4 der Anlage VII der KVR am 30. Juni 2023 gewährt worden wäre.

Wenn die Quästoren eine Erhöhung des Ruhegehalts gewähren, legen die betreffenden ehemaligen Abgeordneten oder sonstigen Begünstigten der zuständigen Dienststelle des Parlaments jährlich eine Aktualisierung der in Unterabsatz 1 genannten Belege vor, damit bewertet werden kann, ob die Bedingungen für die Gewährung der Erhöhung weiterhin erfüllt sind. Ergibt die jährliche Bewertung durch die zuständige Dienststelle des Parlaments, dass die ursprüngliche Entscheidung aufgehoben werden muss oder dass eine zusätzliche Erhöhung zu der ursprünglich gewährten Erhöhung erforderlich ist, legt die zuständige Dienststelle des Parlaments den Quästoren einen Vorschlag für eine entsprechende Entscheidung vor. Über alle anderen Anpassungen der ursprünglich gewährten Erhöhung entscheidet die zuständige Dienststelle des Parlaments.

Sind die ehemaligen Abgeordneten oder sonstigen Begünstigten mit der Entscheidung der Quästoren gemäß Unterabsatz 2 oder 3 nicht einverstanden, können sie innerhalb von zwei Monaten nach der Mitteilung dieser Entscheidung beantragen, dass im Einklang mit Artikel 76 Absatz 3 das Präsidium mit der Angelegenheit befasst wird.

4. Jedes zusätzliche Ruhegehalt gemäß Artikel 1 und 2 der Anlage VII der KVR, auf das bis zum 1. Januar 2019 noch kein Anspruch besteht, unterliegt einer besonderen Abgabe, die sich auf 5 % des Nennbetrags des Ruhegehalts beläuft. Die Abgabe ist direkt an den zusätzlichen (freiwilligen) Pensionsfonds zu entrichten.

5. Das zusätzliche (freiwillige) Ruhegehalt für sonstige Begünstigte gemäß Artikel 3 und 4 der Anlage VII der KVR, auf das bis zum 1. Januar 2019 noch kein Anspruch besteht, unterliegt einer besonderen Abgabe in Höhe von 5 % des Nennbetrags des Ruhegehalts. Die Abgabe ist direkt an den zusätzlichen (freiwilligen) Pensionsfonds zu entrichten.

6. Die folgenden 2009 gewählten Abgeordneten können nach dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Statuts gemäß Anlage VII der KVR weitere Ansprüche erwerben:

- a) Abgeordnete, die dem Parlament bereits in einer vorherigen Wahlperiode angehörten,
- b) Abgeordnete, die im Rahmen des zusätzlichen Altersversorgungssystems bereits Ansprüche erworben haben oder im Begriff waren, diese Ansprüche zu erwerben,
- c) Abgeordnete, für die der Mitgliedstaat, in dem sie gewählt wurden, eine abweichende Regelung gemäß Artikel 29 des Statuts beschlossen hat oder die sich gemäß Artikel 25 des Statuts selbst für das nationale System entschieden haben, und
- d) Abgeordnete, die keinen Anspruch auf ein nationales oder europäisches Ruhegehalt aufgrund ihres Mandats als Abgeordnete im Europäischen Parlament haben.

7. Die von den Abgeordneten zu dem zusätzlichen (freiwilligen) Pensionsfonds entrichteten Beiträge sind aus ihren privaten Mitteln zu bestreiten.

8. Unbeschadet des Artikels 1 Absatz 6 der Anlage VII der KVR können Abgeordnete oder ehemalige Abgeordnete, die dem zusätzlichen (freiwilligen) Altersversorgungssystem im Sinne der Anlage VII der KVR beigetreten sind, innerhalb von sechs Monaten ab dem 1. Juli 2023 den Austritt aus dem zusätzlichen (freiwilligen) Altersversorgungssystem sowie die Zahlung des zusätzlichen Ruhegehalts im Wege einer einmaligen Abschlusszahlung in Form eines Pauschalbetrags beantragen. Der Antrag wird von den Abgeordneten oder ehemaligen Abgeordneten unterzeichnet und dem Generalsekretär vorgelegt. Nach Gegenzeichnung durch den Generalsekretär wird der Antrag verbindlich und unwiderruflich. Der Generalsekretär kann die Befugnis zur Gegenzeichnung einem Vertreter der zuständigen Dienststelle des Parlaments übertragen.

Der Betrag der einmaligen Abschlusszahlung in Form eines Pauschalbetrags wird von der zuständigen Dienststelle des Parlaments am Ende des Monats festgesetzt, in dem der Antrag gemäß Unterabsatz 1 eingegangen ist. Er wird als Summe zweier Beträge berechnet. Der erste Betrag entspricht dem Nennbetrag der gesamten Beiträge der betreffenden Abgeordneten oder ehemaligen Abgeordneten zum zusätzlichen (freiwilligen) Altersversorgungssystem abzüglich des Nennbetrags der bereits erhaltenen Ruhegehaltszahlungen. Dieser Abzug darf den Gesamtbetrag der von den Abgeordneten oder ehemaligen Abgeordneten eingezahlten Beiträge zum zusätzlichen (freiwilligen) Altersversorgungssystem nicht übersteigen. Der zweite Betrag entspricht 20 % des Nennbetrags der gesamten Beiträge der betreffenden Abgeordneten oder ehemaligen Abgeordneten zum zusätzlichen (freiwilligen) Altersversorgungssystem. Alle Beträge sind in Euro zu zahlen.

Am Ende des Monats, in dem der Antrag gemäß Unterabsatz 1 dieses Absatzes eingegangen ist, werden alle erworbenen Ansprüche und/oder künftigen Ansprüche im Altersversorgungssystem der betreffenden Abgeordneten, ehemaligen Abgeordneten oder sonstigen künftigen Begünstigten endgültig bestimmt. Insbesondere sind die in Artikel 1, 3 und 4 der Anlage VII der KVR-Regeln festgelegten Ansprüche nicht länger anwendbar und gilt Absatz 3 nicht für die betreffenden Abgeordneten, ehemaligen Abgeordneten oder sonstigen künftigen Begünstigten.

Die einmalige Abschlusszahlung in Form eines Pauschalbetrags wird spätestens drei Monate nach Eingang des Antrags gemäß Unterabsatz 1 beim Parlament gezahlt.

Artikel 84

Übergangsgeld

1. Das gemäß Anlage V der KVR gewährte Übergangsgeld wird gemäß dieser Anlage auch weiterhin den Personen gezahlt, die diese Vergütung bereits vor dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Statuts erhalten haben.
2. Abgeordnete, deren parlamentarisches Mandat am Ende der sechsten Wahlperiode endgültig erlischt, erhalten das in der genannten Anlage V vorgesehene Übergangsgeld.
3. Für die Abgeordneten, die die in Artikel 10 des Statuts vorgesehene Entschädigung erhalten und deren Mandat nach dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Statuts endet, wird der Zeitraum der Ausübung des Mandats vor diesem Datum bei der Berechnung des Betrags des in Artikel 13 des Statuts vorgesehenen Übergangsgeldes berücksichtigt.
4. Die in Absatz 3 genannten Abgeordneten können jedoch beantragen, dass der Anteil des Übergangsgeldes für die Mandatszeit vor dem Inkrafttreten des Statuts gemäß den Bestimmungen von Anlage V der KVR berechnet wird. Die für die Berechnung dieses Anteils berücksichtigte Mandatsdauer wird von der in Artikel 13 Absatz 2 des Statuts festgelegten Höchstdauer in Abzug gebracht.

Artikel 85

Abgeordnete, die unter Artikel 25 oder Artikel 29 des Statuts fallen

1. Die 2009 wiedergewählten Abgeordneten, die das ihnen durch Artikel 25 des Statuts eingeräumte Optionsrecht wahrgenommen haben, erhalten die Entschädigung, das Übergangsgeld, das Ruhegehalt, das Ruhegehalt wegen Dienstunfähigkeit und die Hinterbliebenenversorgung für den Zeitraum nach dem 14. Juli 2009 nur unter den Bedingungen, die in den Rechtsvorschriften des Mitgliedstaats, in dem sie gewählt wurden, vorgesehen sind, wobei die Kosten ausschließlich zulasten des Haushalt dieses Mitgliedstaats gehen.

Außerdem können die in Unterabsatz 1 genannten Abgeordneten beim Parlament die Zahlung des Übergangsgeldes für die Mandatszeit bis zum 14. Juli 2009 gemäß den in Anlage V der KVR vorgesehenen Bestimmungen beantragen.

2. Absatz 1 gilt auch für die Abgeordneten, für die der Mitgliedstaat, in dem sie gewählt wurden, gemäß Artikel 29 des Statuts eine abweichende Regelung beschlossen hat.
3. Abweichend von Artikel 7 Absatz 2 der vorliegenden Durchführungsbestimmungen wird für Abgeordnete, für die der Mitgliedstaat, in dem sie gewählt wurden, gemäß Artikel 29 des Statuts eine abweichende Regelung beschlossen hat oder die sich gemäß Artikel 25 des Statuts selbst für das nationale System entschieden haben, ein Drittel des Versicherungsbeitrags, der von den Abgeordneten zu zahlen ist, direkt und individuell von ihrem persönlichen Konto überwiesen.
4. Abweichend von Artikel 3 Absatz 1 der vorliegenden Durchführungsbestimmungen haben ehemalige Abgeordnete, die gemäß Artikel 25 oder Artikel 29 des Statuts ein Ruhegehalt nach der nationalen Regelung erhalten, unter den in den vorliegenden Durchführungsbestimmungen festgelegten Bedingungen Anspruch auf Erstattung von zwei Dritteln der Kosten, die ihnen durch Krankheit, Schwangerschaft oder Entbindung entstehen, sofern sie über keine primäre Krankenversicherung verfügen.

5. Ehemalige Abgeordnete, die ein nationales Ruhegehalt gemäß Artikel 25 oder 29 des Statuts erhalten und die an einer anerkannten schweren Krankheit leiden, haben Anspruch auf Erstattung ihrer Krankheitskosten für die Fortsetzung einer laufenden Behandlung in Übereinstimmung mit den in den vorliegenden Durchführungsbestimmungen festgelegten Bedingungen, sofern

- a) die schwere Erkrankung durch ein Ereignis verursacht wurde, das innerhalb der Amtszeit eingetreten ist und die Abgeordneten daran gehindert hat, ihre Amtszeit zu beenden,
- b) die schwere Erkrankung vom Parlament als solche anerkannt wurde, während sich die Abgeordneten noch im Amt befanden, und
- c) die Behandlung noch während der Amtszeit der Abgeordneten begonnen wurde.

Falls die ehemaligen Abgeordneten über eine primäre Krankenversicherung verfügen, besteht dieser Anspruch lediglich auf ergänzender Grundlage (d. h. nur für die Kosten, die nicht durch die primäre Krankenversicherung abgedeckt sind).

C/2024/2815

26.4.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 12. JUNI 2017

(C/2024/2815)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2017-2018

Sitzungen vom 12. bis 15. Juni 2017

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode	3
2. Erklärungen des Präsidenten	3
3. Genehmigung der Protokolle der vorangegangenen Sitzungen: siehe Protokoll	4
4. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll	4
5. Antrag auf Aufhebung der Immunität: siehe Protokoll	4
6. Zusammensetzung der Delegationen: siehe Protokoll	4
7. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 69c GO): siehe Protokoll	4
8. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 78 GO): siehe Protokoll	4
9. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll	4
10. Große Anfragen (Artikel 130b GO) (Vorlage): siehe Protokoll	4
11. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	4
12. Arbeitsplan: siehe Protokoll	4

Inhalt	Seite
13. Beteiligung der Union an der Partnerschaft für Forschung und Innovation im Mittelmeerraum (PRIMA) (Aussprache)	4
14. Bewertung der Umsetzung des Programms Horizont 2020 (Aussprache)	12
15. Bausteine für die Kohäsionspolitik der EU in der Zeit nach 2020 — Verstärkung des Engagements der Partner und der Sichtbarkeit im Hinblick auf die Leistung der europäischen Struktur- und Investitionsfonds – Spezifische Maßnahmen zur Bereitstellung zusätzlicher Unterstützung für von Naturkatastrophen betroffene Mitgliedstaaten (Aussprache)	26
16. Zustand der Fischbestände und sozioökonomische Lage der Fischerei im Mittelmeerraum (Aussprache) . . .	44
17. Kosteneffizienz des Siebten Forschungsprogramms (kurze Darstellung)	53
18. Notwendigkeit einer EU-Strategie zur Beendigung und zur Vermeidung des geschlechtsbedingten Rentengefälles (kurze Darstellung)	57
19. Staatenlosigkeit in Süd- und Südostasien (kurze Darstellung)	63
20. Ausführungen von einer Minute zu Fragen von politischer Bedeutung	66
21. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	72
22. Schluss der Sitzung	72

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 12. JUNI 2017

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Presidente

(La seduta è aperta alle 17.05)

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Presidente. – Dichiaro ripresa la sessione del Parlamento europeo interrotta giovedì 1° giugno 2017.

2. Erklärungen des Präsidenten

Presidente. – Cari colleghi, purtroppo, ancora una volta, siamo costretti, all'avvio di una sessione, a ricordare vittime innocenti colpite dalla follia del terrorismo.

Una capitale dell'Unione europea – Londra – è stata colpita, con molte vittime di diversi paesi. Ma il terrorismo assassino ha colpito anche fuori dai confini dell'Unione europea. È stato dato un assalto al Parlamento di Teheran e noi non possiamo non denunciare anche quell'orribile attentato, sapendo bene che la forza della libertà e della democrazia non si piega di fronte alla violenza del terrorismo. Non cambieremo il nostro modello di vita. Andremo avanti, come europei, per dare un contributo determinante alla sconfitta del terrorismo.

Detto questo, però, vi invito a raccogliervi in un minuto di silenzio, per ricordare le vittime di Londra, ma anche quelle di Teheran.

(Il Parlamento, in piedi, osserva un minuto di silenzio)

Cari colleghi, prima di aprire la sessione, vorrei anche esprimere la nostra preoccupazione per la sorte dell'avvocato Taner Kilic, presidente di Amnesty International in Turchia, arrestato dalle autorità di quel paese mercoledì scorso, insieme ad altri 22 avvocati. Chiediamo alle autorità turche il rilascio immediato di Taner Kilic e di tutte le altre persone arrestate e di far cadere tutte le accuse a loro carico, ove non vi fossero prove certe del loro coinvolgimento nel mancato colpo di Stato di luglio 2016.

(Applausi)

Ci tengo a ricordare che l'Europa è una comunità di valori e di libertà e che saremo sempre dalla parte di tutti coloro che si battono per difendere i diritti umani. L'Europa è impegnata a proteggere la libertà di espressione in tutto il mondo. Ecco perché voglio inoltre esprimere la nostra preoccupazione a seguito dell'arresto, avvenuto questo pomeriggio, del leader dell'opposizione russa Alexei Navalny e di molti sostenitori che lo accompagnavano.

Non dimentichiamo i molti altri casi che sono oggetto di violenza e di discriminazione in nome di valori che condividiamo e di cui siamo instancabili sostenitori. Voglio inoltre sottolineare che Loujain al-Hathloul, arrestata all'aeroporto di Dammam in Arabia Saudita, è stata rilasciata senza alcuna accusa.

3. **Genehmigung der Protokolle der vorangegangenen Sitzungen: siehe Protokoll**
4. **Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll**
5. **Antrag auf Aufhebung der Immunität: siehe Protokoll**
6. **Zusammensetzung der Delegationen: siehe Protokoll**
7. **Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 69c GO): siehe Protokoll**
8. **Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 78 GO): siehe Protokoll**
9. **Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll**
10. **Große Anfragen (Artikel 130b GO) (Vorlage): siehe Protokoll**
11. **Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll**
12. **Arbeitsplan: siehe Protokoll**

PRZEWODNICTWO: BOGUSŁAW LIBERADZKI

Wiceprzewodniczący

13. Beteiligung der Union an der Partnerschaft für Forschung und Innovation im Mittelmeerraum (PRIMA) (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest debata nad sprawozdaniem sporządzonym przez Sofię Sakorafę w imieniu Komisji Przemysłu, Badań Naukowych i Energii w sprawie wniosku dotyczącego decyzji Parlamentu Europejskiego i Rady w sprawie uczestnictwa Unii w partnerstwie w dziedzinie badań i innowacji w regionie Morza Śródziemnego (PRIMA) podejmowanym wspólnie przez kilka państw członkowskich (COM(2016)0662 – C8-0421/2016 – 2016/0325(COD)) (A8-0112/2017).

Σοφία Σακοράφα, Εισηγήτρια. – Κύριε Επίτροπε, αγαπητοί συνάδελφοι, με ιδιαίτερη ικανοποίηση εισηγούμαι, μετά από έξι μήνες εντατικής αλλά ταυτόχρονα δημιουργικής και συλλογικής δουλειάς της διαπραγματευτικής ομάδας της επιτροπής ITRE, σε συνεργασία με τη Μαλτέζικη Προεδρία και την Ευρωπαϊκή Επιτροπή, την υιοθέτηση της ευρωμεσογειακής εταιρικής πρωτοβουλίας PRIMA. Πρόκειται για την πρώτη εταιρική σχέση με νομική βάση το άρθρο 185 της Συνθήκης για τη λειτουργία της Ευρωπαϊκής Ένωσης, που αφορά σε συμπράξεις μεταξύ δημοσίων φορέων, επικεντρώνεται σε συγκεκριμένη γεωγραφική περιοχή, αυτή της Μεσογείου, και περιλαμβάνει τη συμμετοχή γειτονικών χωρών της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Δεκαεννέα συνολικά χώρες, έντεκα κράτη μέλη, τρεις συνδεδεμένες και πέντε τρίτες χώρες μετέχουν από κοινού στο πλαίσιο του «Ορίζοντα 2020», στην πρωτοβουλία με κοινοτική συνεισφορά 220 εκατομμύρια ευρώ και ισόποση συνεισφορά των συμμετεχόντων.

Με δεκαετή ορίζοντα υλοποίησης, το PRIMA φιλοδοξεί να προωθήσει μια πληρέστερη ενσωμάτωση σε επιστημονικό, διαχειριστικό και οικονομικό επίπεδο των χωρών της Μεσογείου στους τομείς των συστημάτων γεωργικών προϊόντων, διατροφής και παροχής διαχείρισης του νερού. Πιο συγκεκριμένα, ο γενικός σκοπός του PRIMA είναι η υλοποίηση ενός κοινού προγράμματος για την ανάπτυξη και την υιοθέτηση καινοτόμων και ολοκληρωμένων λύσεων για τη βελτίωση της απόδοσης, της ασφάλειας, της προστασίας και της βιωσιμότητας των συστημάτων γεωργικών προϊόντων διατροφής και της παροχής και διαχείρισης των υδάτων της περιοχής της Μεσογείου. Ο γενικός σκοπός, λοιπόν, είναι απόλυτα συμβατός με τους πρόσφατα εγκριθέντες στόχους των Ηνωμένων Εθνών αλλά και την επικείμενη στρατηγική της Ευρωπαϊκής Ένωσης για την αειφόρο ανάπτυξη. Ο γενικότερος στόχος του PRIMA είναι να συμβάλει στη βιώσιμη και χωρίς αποκλεισμούς οικονομική ανάπτυξη στο πλαίσιο της ευρωμεσογειακής εταιρικής σχέσης, ενώ ο ειδικός του στόχος συνίσταται στον συντονισμό, την ενίσχυση, τη διεύρυνση και την ευθυγράμμιση των επί του παρόντος κατακερματισμένων εθνικών προγραμμάτων έρευνας και καινοτομίας στον τομέα των συστημάτων γεωργικών προϊόντων διατροφής και παροχής και διαχείρισης των υδάτων, στο πλαίσιο μιας πολυπαραγοντικής, πολυδιάστατης και ολοκληρωμένης προσέγγισης.

Αγαπητοί συνάδελφοι, όλοι γνωρίζουμε ότι οι στρατιωτικές επεμβάσεις, οι ένοπλες συγκρούσεις, η πολιτική αστάθεια, η αλλαγή του κλίματος, η μη βιώσιμη διαχείριση των πόρων και η ραγδαία αύξηση του πληθυσμού είναι οι πιο κρίσιμοι παράγοντες που συμβάλλουν στη μετανάστευση. Η πρόσβαση σε νερό, τροφή και υπηρεσίες αποχέτευσης είναι υψίστης πολιτικής, κοινωνικής και οικονομικής σημασίας στην περιοχή και αποτελούν καθοριστικές και αλληλένδετες προκλήσεις σε αυτόν τον τομέα. Για αυτόν τον λόγο, το PRIMA αποτελεί, εξ αντικειμένου, μια από τις σπάνιες προστάθειες επιστημονικής διπλωματίας της Ευρωπαϊκής Ένωσης που μπορεί να συμβάλει στην αντιμετώπιση και του αναγκαστικού εκπατρισμού των κατοίκων της Μεσογείου.

Τόσο προσωπικά, ως εισηγήτρια, όσο και οι συνάδελφοί μου σκιώδεις εισηγητές προσπαθήσαμε σε εξαιρετικά ασφυκτικές χρονικές προθεσμίες να συμβάλουμε στη βελτίωση ενός καλού αρχικού κειμένου με τροπολογίες, που κυρίως επικεντρώθηκαν στα εξής ζητήματα: στην αποκλειστική εστίαση του PRIMA σε εφαρμογές πολιτικού και μη στρατιωτικού χαρακτήρα, στον σεβασμό των θεμελιωδών δικαιωμάτων, στην αναγνώριση του ανθρώπινου δικαιώματος για πρόσβαση σε ασφαλές και καθαρό πόσιμο νερό και σε στοιχειώδεις εγκαταστάσεις αποχέτευσης. Στην ανταπόκριση στα αιτήματα των πολιτών της περιοχής, συμβάλλοντας στη βελτίωση της απόδοσης, της ασφάλειας, της προστασίας και της βιωσιμότητας των συστημάτων γεωργικών προϊόντων διατροφής και της ολοκληρωμένης παροχής και διαχείρισης του νερού. Στην υποστήριξη όλων των τύπων δραστηριοτήτων έρευνας και καινοτομίας για προώθηση έργων ευρέος φάσματος τεχνολογικής ετοιμότητας και εξασφάλιση κατάλληλης ισορροπίας μεταξύ μικρών και μεγάλων σχεδίων. Στην ενίσχυση μιας δίκαιης και ισορροπημένης γεωγραφικής συνεργασίας στο πλαίσιο της ευρωμεσογειακής εταιρικής σχέσης. Στην αποτροπή εξωτερικής συμμετοχής εξωτερικών και εσωτερικών λαθρεπιβατών, με τη θέση συγκεκριμένων προϋποθέσεων και επαρκών δεσμεύσεων. Στην ενδυνάμωση του ανοιχτού χαρακτήρα για όσες χώρες θέλουν να συμμετάσχουν και στην εξασφάλιση διαφανούς διακυβέρνησης, διαχείρισης και εφαρμογής του.

Αγαπητοί συνάδελφοι, ανοίγοντας τη συζήτηση, θέλω να επισημάνω ότι η κοινή προσπάθεια μεταξύ των θεσμικών οργάνων –της Επιτροπής, του Συμβουλίου– και ειδικότερα, της Μάλτεζικης Προεδρίας, που έθεσε το PRIMA ως πρώτη της προτεραιότητα στον τομέα της έρευνας και της καινοτομίας, αλλά και των πολιτικών ομάδων, εξελίχθηκε σε ένα εξαιρετικό κλίμα συνεργασίας που επέτρεψε την εξεύρεση των βέλτιστων δυνατών συμβιβασμών για την έγκαιρη ολοκλήρωση της διαδικασίας και για αυτό τους ευχαριστώ.

Carlos Moedas, Member of the Commission. – Mr President, honourable Members, dear rapporteur Sofia Sakorafa, I am delighted to be in the European Parliament today on the eve of the vote on PRIMA. Our modern concept of Northern and Southern Mediterranean is an artificial distinction. Proximity to this sea creates a shared heritage, and with that comes shared challenges; and science and innovation must be the tools to tackle those challenges.

PRIMA is recognisably the greatest achievement to date in Euro-Med collaboration in research and innovation. It is also an excellent example of successful cooperation between the European institutions. This cooperation would not have been possible without the personal commitment of Ms Sakorafa, and the tireless efforts of the Maltese Presidency and the hard work of the negotiation teams are a testament of this cooperation. So I want to seize this opportunity, as Ms Sakorafa just did, to thank the European Parliament, and in particular the rapporteur, Ms Sofia Sakorafa, but also everyone involved in this work and this amazing team that put all the institutions working together.

Today, during this debate, we need to keep in mind three things about PRIMA: the what, the why and the how. First, the what. PRIMA will seek to ensure two of people's most basic needs today: food and water. Why is this an issue for us? It is an issue because it is the biggest issue that we have in front of us as people, as human beings. Without food and water we cannot make it. But if you look at the Mediterranean region, with 180 million people that are considered 'water-stressed', this water stress was brought on by changing climate patterns, but also by unsustainable resource management and demographic changes.

Water availability, and thus agricultural production, is of strategic importance for the whole Mediterranean Sea. It means the livelihoods of rural and urban populations, and it means territorial development. Water shortages have a negative impact on crop yields, so access also means the health and well-being of the population. We have to acknowledge that these issues are the root causes of migration, both within and beyond borders.

How do we solve these issues? I think that part of that answer is exactly PRIMA. These challenges are border blind and are often too big to be addressed by a single country. So no effort can be spared to identify novel approaches to ensure water availability. Right now there is an insufficient level of research and innovation and investment in the region. This means a lack of innovative solutions that are adapted to the Mediterranean region's geographical needs and that are easily transferable. But we have to put in the means, we have to put in the resources. So PRIMA will fill this critical gap. It will bundle know-how and resources to encourage long-term research and innovation cooperation between the Mediterranean countries, from the North to the South.

Ladies and gentlemen, I am personally invested in seeing this unique initiative succeed. I count on you, honourable Members of Parliament, to seize this historic opportunity, and to help shape the future of the Mediterranean basin by adopting the PRIMA initiative in tomorrow's vote.

The Mediterranean region has a shared history. As the great Croatian writer Predrag Matvejević once said, and I quote: 'Being Mediterranean entails more than history or geography, tradition or memory, birth right or belief. The Mediterranean is a destiny'. Let us then help the Mediterranean countries to take charge of their shared destiny by embracing cooperation and by uniting against their common challenges.

Pilar Ayuso, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor presidente, señor comisario, en primer lugar quiero felicitar a la ponente, la señora Sakorafa, por el gran trabajo que ha realizado, y también al resto de los ponentes alternativos, así como expresar mi agradecimiento al Consejo, que ha facilitado el poder llegar a un acuerdo en primera lectura.

A la Comisión quiero felicitarla por haber presentado esta propuesta de Decisión sobre la asociación PRIMA para la región del Mediterráneo, en la que participan varios Estados miembros. La iniciativa PRIMA tiene una gran trascendencia, no solo por su interés científico y tecnológico, sino porque puede convertirse en un instrumento esencial para intentar solucionar dos de los problemas más graves que tiene la cuenca mediterránea. Uno es el agua y el otro, consecuencia de ello, la producción de alimentos.

Hay que destacar también el hecho de que van a participar financiera y tecnológicamente países de ambas orillas del Mediterráneo, y eso supone unos lazos de unión que van más allá de lo meramente tecnológico. Por otra parte, no hay que olvidar que tiene un valor añadido europeo, pues contribuye a que numerosas actuaciones bilaterales o unilaterales que se están haciendo en este ámbito se lleven a cabo de una manera conjunta y coordinada.

En mi opinión, el acuerdo adoptado tiene un carácter ambicioso y coherente al mismo tiempo, ya que PRIMA va a apoyar actividades de investigación e innovación de diferentes niveles garantizando el equilibrio adecuado entre proyectos grandes y proyectos pequeños. La negociación con el Consejo y la Comisión ha mejorado sustancialmente la propuesta en aspectos como, por ejemplo, que la iniciativa esté abierta al mayor número de países posible, pero siempre en igualdad de condiciones con los Estados miembros que ya han hecho un esfuerzo para participar financieramente. Va a delimitar claramente las orillas norte y sur del Mediterráneo, para que no haya países que puedan ser elegibles en ambas orillas.

Y por último, sobre el tema de las garantías, ha sido muy positivo que la Comisión haya aceptado presentar una declaración que clarifique que las garantías que aportan los Estados participantes deben ser suficientes para cubrir los fondos aportados por la Unión Europea, evitando al mismo tiempo que sean excesivas. El objeto no es otro que incentivar la participación, por lo que pido el voto a favor de este acuerdo mañana.

Patrizia Toia, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, vi è un'elevata aspettativa riguardo a PRIMA che non possiamo assolutamente deludere. Questa proposta arriva dopo molto tempo – ringrazio il Commissario Moedas – ma mette proprio alla prova. Dobbiamo dimostrare di essere capaci di conciliare un'intuizione, una buona idea, con la capacità di realizzazione della stessa idea.

Perché tante aspettative? Non sfugge a nessuno che questo progetto interviene in un'area strategica, ma anche molto problematica per l'Unione europea. Aspettative perché, ponendo al centro della ricerca le risorse idriche e la loro gestione e i riflessi sui sistemi alimentari, ci si aspetta concretamente che questo progetto, questa piattaforma di ricerca, contribuisca a far fronte ad alcune delle sfide più grandi che noi abbiamo nel Mediterraneo: quella del cambiamento climatico, quella della sicurezza alimentare e quella della migrazione.

Infine, una grande aspettativa perché è una forma di partenariato molto significativa. Può essere emblematica anche per il futuro. Mette sullo stesso piano paesi europei e paesi extraeuropei, in questo caso africani, chiamandoli a competenze paritarie, ma anche a un'assunzione di responsabilità molto precisa. Io penso che questa cifra, questa modalità di andare di pari passo tra competenze e responsabilità, noi dovremo assumerla sempre, per quelle che sono tutte le azioni di cooperazione.

Infine, e concludo, sarà molto importante, signor Commissario, che si occupa di ricerca e di innovazione, dimostrare che la ricerca può essere uno strumento concreto per il miglioramento della qualità della vita e dell'ambiente e per i suoi riflessi precisi sullo sviluppo.

Νότης Μαριάς, *εξ ονόματος της ομάδας ECR*. – Κύριε Πρόεδρε, σε μια φάση που η Μεσόγειος πλήττεται από τη φτώχεια και την ανεργία, σε μια φάση που οι πολεμικές συρράξεις και οι εμφύλιοι πόλεμοι έχουν «χτυπήσει κόκκινο» στην ασιατική και αφρικανική πλευρά της Μεσογείου, σε μια φάση που οι μεταναστευτικές ροές κατακλύζουν την Ελλάδα και την Ιταλία, η Ευρωπαϊκή Ένωση οφείλει να σταθεί στο ύψος των περιστάσεων και να αναλάβει αποφασιστική δράση για την ανακούφιση των λαών της Μεσογείου. Στο πλαίσιο αυτό, απαιτείται η εμβάθυνση της ευρωμεσογειακής συνεργασίας, που, ως γνωστό, δρομολογήθηκε το 1995 με τη διαδικασία της Βαρκελώνης.

Ειδικότερα, η υπό συζήτηση εταιρική σχέση στους τομείς της έρευνας και της καινοτομίας, το PRIMA, θα μπορούσε υπό αυστηρούς όρους και προϋποθέσεις να συμβάλει στη βιώσιμη ανάπτυξη της περιοχής, στην πρόσβαση σε τροφή και νερό. Αυτό απαιτεί επικέντρωση στα αγροδιατροφικά συστήματα και στη διαχείριση του νερού. Απαιτεί αυξημένους πόρους από πλευράς της Ευρωπαϊκής Ένωσης, που όμως δεν διατίθενται. Επιπλέον, απαιτείται να αποκλειστούν από τη χρηματοδότηση του PRIMA χώρες που ενισχύουν τους τζιχαντιστές, όπως είναι η Τουρκία. Επίσης, η Ελλάδα ως συμβαλλόμενη χώρα, λόγω της δεινής οικονομικής κατάστασης και της φτώχειας που της δημιούργησαν τα μνημόνια, πρέπει να απαλλαγεί από τις σχετικές εθνικές συνεισφορές. Τέλος, οι μαζικές μεταναστευτικές ροές που πλήττουν την Ελλάδα και την Ιταλία πρέπει να ανακοπούν. Στο πλαίσιο αυτό, η Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει να επικεντρωθεί στο «χτύπημα» της φτώχειας και της υπανάπτυξης με ένα γενναίο πρόγραμμα επενδύσεων στην περιοχή και με ανάληψη πρωτοβουλιών για την ειρηνική διευθέτηση των προβλημάτων στην περιοχή.

Pavel Telička, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, the Euro-Med cooperation process in research and innovation was launched in Barcelona in 2012: that is five years ago. It took us five years to arrive at the day where we are today where we have a programme which, in my opinion, is pretty significant in that area, a programme that should lead to integration of capacities, our capabilities and abilities.

We quite often speak of the Euro-Med region as in some respects problematic. Some of us or many of us speak of it as a region which also generates migration. The fact is that this region has socioeconomic challenges that we need to cope with and this is one of the possible replies.

I am a little bit concerned that it was quite difficult to negotiate the budget for this programme: it is as if we always have a difference between the ambition and the understanding that we need the means to tackle the issues at the roots, but then when we have a programme which has a solid basis, we have the difficulties to allocate the necessary financial means. But I think that the outcome is a positive one, it is something that we can build on. Yes, it is public-public, but that has a spillover effect as we say that it has to be close to the market.

The areas concerned: water management, wastewater, climate change, I mean, we are even talking about issues which concern the circular economy. These, if successful, will have significant implications on the living conditions in that region, in those countries concerned. Everyone participating has something to offer. So thank you Commissioner, Madam rapporteur, thank you for your cooperation, I think this is a good programme to embark on and let us make it a success.

Mireille D'Ornano, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, la réalité des difficultés d'accès à l'eau remet aujourd'hui en cause notre modèle de développement. Pire, certains de nos engagements environnementaux favorisant l'usage de biocarburants aggraveront les restrictions d'accès à l'eau et nous conduiront à un arbitrage difficile entre autosuffisance alimentaire et énergétique.

Pour être claire, l'Europe n'est donc pas à l'abri d'une pénurie d'eau. Quant aux rives sud de la Méditerranée, elles sont prises en étau entre explosion démographique, urbanisation galopante et réchauffement climatique. Quasiment les trois quarts de la population du monde arabo-musulman, notamment méditerranéen, vit avec moins de 1 000 m³ annuels d'eau, soit le seuil de pénurie. Aussi est-il évident que l'autosuffisance alimentaire y est menacée, puisque l'agriculture capte entre 60 et 80 % des ressources hydriques. Pour l'Europe, cette situation est annonciatrice de vagues migratoires sans précédent.

À l'heure où certains États investissent massivement dans des technologies d'avenir pour la gestion des ressources hydriques, l'Europe ne saurait être à la traîne de l'innovation mondiale.

Dans la limite de nos capacités financières, les projets soutenus par l'initiative PRIMA doivent porter sur des solutions techniques à la hauteur de l'enjeu d'un approvisionnement durable et suffisant en eau. C'est pourquoi je soutiendrai la participation de l'Union européenne à PRIMA, en comptant sur un contrôle rigoureux des projets financés.

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, queria, em primeiro lugar, felicitar o trabalho da relatora. Um programa como este é um programa excelente. Pode, no entanto, ser melhorado ainda na sua *governance*.

Em primeiro lugar, a Comissão propõe que a contribuição financeira seja principalmente aplicada em atividades de níveis de maturidade tecnológica elevada, sob a forma de número limitado de projetos-piloto.

É importante ir mais além: abranger diversidade de ideias e projetos, níveis de preparação de baixa e alta tecnologia, incluir formas de investigação orientadas pela curiosidade e investigação baseada na prática.

Em segundo lugar, nos termos do programa, a participação no PRIMA está aberta a qualquer Estado-Membro e a qualquer país associado ao Horizonte 2020, bem como a países terceiros. E muito bem!

No entanto, a seleção dos projetos deve ser feita por um consórcio dos Estados que contribuem para o orçamento do PRIMA. Só assim podemos garantir que as prioridades estratégicas desses Estados são salvaguardadas.

Temos, por isso, Sr. Comissário, Sra. Relatora, um excelente programa e, com estas alterações, ficará ainda melhor.

(O orador aceita responder a uma pergunta «cartão azul» (n.º 8 do artigo 162.º)).

Paul Rübig (PPE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Ich darf mich für Ihre Ausführungen sehr herzlich bedanken. Meine Frage geht in die Richtung: Wie, glauben Sie, könnten sich die *sustainable development goals*, die Nummer 6, gerade im Bereich Wasser auf diese neue Strategie auswirken, und wie könnte man diese Strategie noch verstärken, um die Ziele früher zu erreichen?

Carlos Zorrinho (S&D), *Resposta segundo o procedimento «cartão azul»*. – Agradeço muito a pergunta. É uma pergunta, de facto, clara e o carácter integrado deste projeto, envolvendo não apenas os investigadores da margem sul do Mediterrâneo mas também aqueles que estão na outra margem e os utilizadores em concreto desse projeto – as universidades, os centros de investigação, o consórcio global para a solução do problema e a consciência do problema, é o melhor caminho para podermos aplicar bem os recursos que temos disponíveis.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D). – Señor presidente, quiero comenzar felicitando al señor comisario y especialmente también al Parlamento —y, en concreto, a su ponente— por haber hecho posible que después de cinco años de trabajo esta iniciativa finalmente vea la luz.

Una iniciativa que centra el progreso, la estabilidad y la prosperidad en la cooperación en I+D, claramente importante e innovadora, en concreto, en agua y en agroalimentación, recursos de los que más de 180 millones de personas del Mediterráneo carecen, y fuente, como aquí se ha dicho, de nuevos conflictos. Una iniciativa que reconoce el valor de la ciencia como instrumento de diálogo, de intercambio y de cooperación.

Y es que los retos sociales a los que se enfrentan el sur de Europa y el Mediterráneo son debidos, en gran parte, a las enormes desigualdades, debido a que se trata de las zonas con mayor salto de renta entre sí.

Y es que la diplomacia científica es necesaria y oportuna para trabajar por la paz, el desarrollo y el conocimiento. Por lo tanto, mi bienvenida y mi felicitación por esta gran iniciativa.

Francesc Gambús, *ponente de opinión de la Comisión de Medio Ambiente, Salud Pública y Seguridad Alimentaria.* – Señor presidente, señor comisario, como ponente de opinión de la Comisión de Medio Ambiente, quisiera, en primer lugar, agradecer el trabajo de los ponentes alternativos, así como también el del ponente general y el señor comisario.

PRIMA es una oportunidad para profundizar en la construcción de una diplomacia de investigación y desarrollo entre las dos orillas del Mediterráneo, que son de las más expuestas a los efectos del cambio climático y que deben profundizar en el intercambio de experiencias y conocimientos en el desarrollo de mecanismos para la optimización del uso de recursos tan escasos como el agua y así, también, garantizar la seguridad alimentaria.

Y es que hoy la pobreza hídrica, definida como la condición de no tener acceso a agua suficiente o de una calidad adecuada para satisfacer las necesidades básicas personales, afecta aproximadamente a 180 millones de personas en el área del Mediterráneo. Por ello, esta asociación, que agrupa a once países de la Unión y ocho terceros países, surgida de la Conferencia sobre Investigación e Innovación celebrada en Barcelona en abril de 2012, debe ser constituida sin demora.

El debate que tenemos hoy es la conclusión de los trabajos del Parlamento en relación con la PRIMA y nos muestra el interés y la urgencia de llevar adelante esta iniciativa. Debemos recordar que en muchas zonas y cuencas hidrográficas la presión sobre los recursos hídricos no ha hecho sino aumentar tanto por la demanda de la población como por el aumento de las zonas de regadío, poniendo en riesgo algunas economías locales artesanales, así como zonas de especial protección ambiental.

Por ello, el desarrollo de la iniciativa PRIMA debe tener una aproximación holística, que trate tanto la eficiencia de las zonas de regadío de los cultivos y de las canalizaciones urbanas como la protección de las zonas naturales, humedales y zonas de especial protección, de acuerdo siempre con la legislación europea, y en especial, en adecuación y cumplimiento de la Directiva marco del agua.

Debemos, pues, tener una rápida tramitación para que la entrada en funcionamiento de la asociación sea lo más rápida posible.

Zgłoszenia z sali

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'attuale situazione di agitazione sociale e politica nel bacino del Mediterraneo induce a riflettere sulle grandi sfide economiche e sociali in atto. I conflitti armati, l'instabilità politica, il cambiamento climatico, la gestione insostenibile delle risorse e la rapida crescita della popolazione sono i fattori più critici che contribuiscono alla migrazione.

In questo contesto, accolgo con favore l'iniziativa del programma congiunto PRIMA, finalizzato ad una crescita sostenibile e inclusiva nel quadro del partenariato euro-mediterraneo. Il coordinamento e l'ampliamento dei programmi nazionali di ricerca e innovazione in ambito agroalimentare e della gestione delle risorse idriche rappresenta un passaggio indispensabile per un approccio globale e integrato. Lo sviluppo di soluzioni innovative comuni renderà l'approvvigionamento idrico e i sistemi alimentari sostenibili e più efficienti in termini di costi.

Ritengo essenziale un monitoraggio costante dei benefici del partenariato per valutare ex post ulteriori ampliamenti delle politiche di prevenzione dell'immigrazione ed estendere il medesimo sistema ai paesi limitrofi nel contesto delle politiche di vicinato dell'Unione europea.

Ελευθέριος Συναδινός (ΝΙ). – Κύριε Πρόεδρε, η βιώσιμη ανάπτυξη των χωρών της λεκάνης της Μεσογείου, μέσω της δράσης για το κλίμα, το περιβάλλον, την αποδοτικότητα των πόρων και τις πρώτες ύλες, δεν εξαρτάται από τα διάφορα χρηματοδοτικά μέσα ή τη σύσταση της εκτελεστικής δομής PRIMA. Τα προβλήματα της λειψυδρίας, της επισιτιστικής ασφάλειας, της βιώσιμης γεωργίας και δασοκομίας, της ναυτιλίας και της οικονομίας οφείλονται κυρίως στην έλλειψη ευαισθητοποίησης, κατάρτισης και κινητικότητας των εμπλεκόμενων φορέων, κρατικών και ιδιωτικών, αλλά και στην έλλειψη λογοδοσίας και δίωξης των παραβατών. Αν προσθέσουμε και την προσπάθεια ιδιωτικών κερδοσκοπικών συμφερόντων να ιδιωτικοποιήσουν το νερό, το οποίο είναι δημόσιο αγαθό, τότε μιλάμε και για έλλειψη ανθρωπισμού, εθνικής συνείδησης και πατριωτικής αυτογνωσίας. Το περιβάλλον πρέπει να προστατεύεται ως εθνική περιουσία και τα φυσικά αγαθά πρέπει να διατίθενται προς όφελος του κοινωνικού συνόλου. Δεν χρειάζεται η χρηματοδότηση δαπανηρών θεσμικών ευρωπαϊκών οργάνων, αλλά η συνεργασία μεταξύ κυρίαρχων εθνικών κρατών.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Carlos Moedas, Member of the Commission. – Mr President, thank you very much to all of you; I think it is fantastic when we come to Parliament and we all agree on one crucial point – that the challenges we have ahead of us have no borders. If you talk about water or if you talk about food, there is just one way that we can do it and that is together and what I saw here today in Parliament was exactly that: we are together thinking about how we can increase our food production in the future for the more than two billion people on planet Earth by 2050.

What we talked about today was also how we can have water for everybody. I started my career as a very young civil engineer in precisely this field of water and at that time, in 1993, the drinkable water that we had per person in the world was three times higher than it is today. We have to solve this, we have to create a technology, we have to have the innovation that will change for the better and that is something that we will do together.

Ms Pilar Ayuso said it: this project goes beyond technology, it creates ties for the future, it creates bridges and I think, Madam, that you have a point. Ms Toia talked about a project of equals which is, I think, exactly what we want with PRIMA, on this project: a project of equals in between all the countries with the same rights as partners and peers.

Mr Zorrinho and Mr Telička talked about difficulties that we had at the beginning but that we were able to overcome those difficulties to arrive at something that really makes sense. I thank you for that because I think that it took the effort, it took the capacity of us sitting around the table all together, but we arrived at a conclusion that is really better than what we had before. We have here a better proposal and we have here a better solution and that is fantastic for all of us.

Mr Gambús talked also about the environmental angle of these problems, which are definitely part of our ability to solve it or not.

So I want to thank everybody – the rapporteur, the shadow rapporteur – who were able to do something really very unique and which represents also for me, personally, one of the really unique moments of these two years and a half: to achieve with you, all together, PRIMA. I wish you the best for tomorrow on the vote and I thank everyone who was here to support this amazing initiative.

Σοφία Σακοράφα, *Εισηγήτρια*. – Κύριε Επίτροπε, αγαπητοί συνάδελφοι, είμαι ικανοποιημένη γιατί πραγματικά δίνουμε σάρκα και οστά σε μια σπάνια απόπειρα επιστημονικής διπλωματίας της Ευρωπαϊκής Ένωσης, της πρώτης εταιρικής σχέσης που αφορά στις συμπράξεις δημόσιων φορέων και επικεντρώνεται στη Μεσόγειο με τη συμμετοχή γειτονικών χωρών της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Το PRIMA είναι ίσως μια μικρή ακτίδα φωτός, κατά την άποψή μου, μια μικρή νίκη. Ωστόσο, δεν μπορώ παρά να υπογραμμίσω το αυτονόητο. Το φαινόμενο της μετανάστευσης, λόγω της κατάστασης στην περιοχή, έχει τέτοιες διαστάσεις που τέτοιες πρωτοβουλίες είναι σίγουρα αναγκαίες, πλην όμως είναι σταγόνα στον ωκεανό σε σύγκριση με το μέγεθος του προβλήματος. Χρέος μας είναι να υποστηρίξουμε μια μακροπρόθεσμη ολοκληρωμένη, συντονισμένη και ανθρωποκεντρική στρατηγική και μια κοινή πολιτική μετανάστευσης, μια πολιτική που θα αντιμετωπίσει τις γενεσιουργές αιτίες για τις οποίες φέρει ευθύνη βεβαίως η Ευρωπαϊκή Ένωση, απέναντι στο φοβικό και αναποτελεσματικό μοντέλο μιας Ευρώπης που οχυρώνεται πίσω από τείχη, φράχτες και συρματοπλέγματα. Μια κοινή πολιτική που θα βασίζεται στις αρχές της πραγματικής αλληλεγγύης και της δίκαιης κατανομής των ευθυνών, θα εγγυάται τον σεβασμό των ανθρωπίνων δικαιωμάτων και θα σέβεται το πνεύμα και το γράμμα των διεθνών συνθηκών.

Σας καλώ, λοιπόν, να υπερψηφίσετε την έκθεση γιατί η αίσια και γρήγορη ολοκλήρωση των εργασιών μας θα επιτρέψει να ολοκληρωθούν έγκαιρα οι ενωσιακές ενέργειες και η σύναψη των διεθνών συμφωνιών με όσες χώρες απαιτείται. Έτσι επιτυγχάνεται ο συλλογικός στόχος, να τεθεί δηλαδή το PRIMA σε λειτουργία, σε πλήρη επιχειρησιακή μορφή από την 1η Ιανουαρίου του 2018. Σας ευχαριστώ και πάλι όλους.

Przewodniczący. – Myślę, że już można Pani pogratulować i chciałbym, jeśli można, odnotować z satysfakcją odpowiedź pana komisarza, gdzie odniósł się on po nazwisku do podstawowych mówców grup politycznych. Bardzo dziękuję za tę debatę.

Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się we wtorek 13 czerwca 2017 r.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – Hailing from Malta, I understand the need to bring together different countries in the Mediterranean region. Where others see a challenging region, I see a region that can offer immense opportunities for people who have many similarities. The PRIMA initiative is not only a tool that can help different countries come together, but equally importantly it focuses on very important aspects of our environment, climate change, our food supplies and the serious implications that these can have.

The Mediterranean region is one of the most vulnerable regions. We already have restricted and fragile natural resources and any changes will have devastating effects on our people. Climate change will inevitably lead to people displacement and this in turn can result in the political destabilisation of regions and countries. PRIMA can be the right tool for both the EU and southern Mediterranean countries which together can pool their resources to develop common solutions for very pertinent issues.

I look forward to a successful initiative with positive impacts for the next 10 years and I would like to congratulate the Maltese Presidency and the Commission for successfully closing the negotiations that are leading to the setting up of this crucial initiative.

María Teresa Giménez Barbat (ALDE), *por escrito*. –En diciembre de 2014 el Parlamento y el Consejo respaldaron la propuesta de establecimiento de PRIMA, la Asociación para la Investigación e Innovación en la Región del Mediterráneo, y se pidió a la Comisión que elaborase una propuesta de ejecución —en virtud del artículo 185 del TFUE—, centrada en dos cuestiones socioeconómicas estratégicas para la región: los sistemas agroalimentarios y la gestión del agua. Considero que esta iniciativa tiene un valor añadido y un interés científico-tecnológico indudable, pues contribuye a concretar actuaciones bilaterales ya existentes entre países en sectores como el agua y la alimentación.

Más evidente aún es el interés desde el punto de vista de la «diplomacia científica» que fomenta el diálogo, la cooperación y la prevención de conflictos, promoviendo el entendimiento mutuo entre países. Desde el Proceso de Barcelona en 1995 y la Declaración de El Cairo en 2007 hemos empezado un ambicioso camino de colaboración entre ambos lados del Mediterráneo en el cual la investigación y la innovación son claves para crear un espacio común de paz, estabilidad social y prosperidad económica. Hoy llegamos a un acuerdo sobre un instrumento financiero que puede realizar estos objetivos de manera concreta.

Barbara Kappel (ENF), schriftlich. – PRIMA ist eine Partnerschaft zwischen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und Mittelmeer-Anrainerstaaten. Ziel dieser Zusammenarbeit ist es, gemeinsam innovative Lösungen für die Wasser- und Lebensmittelversorgung zu entwickeln und dadurch die Versorgung wirksamer, kostengünstiger und nachhaltiger zu gestalten. Die Koordination der PRIMA-Initiativen erfolgt durch die EU, während die Erarbeitung konkreter Maßnahmen und deren Implementierung Aufgabe der Programm-assozierten Partnerländer ist. In Einklang mit den Prioritäten von Horizont 2020 besteht die allgemeine und übergeordnete Zielsetzung von PRIMA darin, Forschungs- und Innovationskapazitäten aufzubauen sowie Know-how und gemeinsame innovative Lösungen für nachhaltige Agrar- und Ernährungssysteme und eine integrierte Wasserwirtschaft im Mittelmeerraum zu entwickeln. Die Beteiligung der Union an PRIMA findet im Rahmen der im AEUV vorgesehenen Zuständigkeiten statt und umfasst lediglich die (auch finanzielle) Unterstützung der teilnehmenden Länder bei der Umsetzung der PRIMA-Ziele. Die teilnehmenden Länder werden zusammenarbeiten müssen, um die nationalen Programme oder Tätigkeiten besser zu koordinieren, aneinander anzupassen und einzubetten und letztlich eine gemeinsame langfristige strategische Forschungsagenda auszuarbeiten. Auf diese Weise kann Forschung und Entwicklung zur Lösung größerer Probleme im Bereich der Ernährung, der Gesundheit und des sozialen Friedens in den Staaten des südlichen Mittelmeerraums beitragen und durch den Abbau von Fluchtgründen auch der Massenmigration entgegenwirken.

14. **Bewertung der Umsetzung des Programms Horizont 2020 (Aussprache)**

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest sprawozdanie sporządzone przez Soledad Cabezón Ruiz w imieniu Komisji Przemysłu, Badań Naukowych i Energii w sprawie przeglądu wdrażania programu „Horyzont 2020” w celu dokonania jego okresowej oceny oraz przygotowania wniosku dotyczącego 9. programu ramowego (2016/2147(INI)) (A8-0209/2017).

Soledad Cabezón Ruiz, ponente. – Señor presidente, en primer lugar quiero agradecer la colaboración, por supuesto también de la Comisión, del comisario Moedas, pero muy especialmente de los ponentes alternativos del informe. Quiero agradecer el ambiente de colaboración entre todos los grupos políticos, porque la importancia de este informe requiere de un consenso, especialmente con vistas al próximo Noveno Programa Marco.

En primer lugar, hay que saber —como ustedes reconocen— que Horizonte 2020 es el mayor programa de investigación con financiación pública del mundo, cuyo reto es dar respuesta a los retos sociales y económicos de la sociedad, por lo que su evaluación no puede más que comenzar reconociendo su acierto y su oportunidad. Un programa que nace bajo los objetivos de la Estrategia Europa 2020, especialmente condicionado por la situación de crisis económica y de desindustrialización de Europa, que confería un importante papel a la innovación, la mejora de la competitividad, el reforzamiento de las pymes. Todo ello desde la excelencia como prioridad, lo que ha permitido un efecto de apalancamiento de un euro sobre once.

No obstante, los rápidos y profundos cambios a los que se enfrenta la sociedad europea —como populismo, xenofobia, terrorismo, flujos migratorios, retos sociosanitarios, tecnológicos, etc.— confieren un nuevo paradigma al que dar respuesta y que debemos incluir.

La ciencia debe servir para alcanzar una sociedad del conocimiento al servicio del interés de la ciudadanía, una sociedad sostenible e inclusiva en la que la comunidad científica y la industria son medios para alcanzar el fin último de una ciencia para y por la sociedad. En definitiva, para dar respuesta a estos retos sociales.

No obstante —y es lo primero que hay que resaltar—, se hace necesario reforzar el compromiso de todos los actores de la Unión Europea con la investigación y la innovación.

La Unión Europea invirtió en el año 2015 una media de un 2,03 % de su PIB en I+D, con una variación entre el 0,48 % y el 3,26 %, muy lejos del 3 % que nos marcamos en la Estrategia Europa 2020 y muy lejos del 4 % que ya han superado algunos de los países más competitivos en investigación y en tecnología del mundo.

Estos datos ponen de manifiesto esta disparidad y la necesidad —y este es el primer llamamiento— de que los Estados miembros y las regiones hagan un mayor esfuerzo en I+D.

En segundo lugar, es necesario un presupuesto adecuado del programa. Necesitamos al menos 120 000 millones de euros para dar respuesta y cabida a toda la excelencia que no ha cabido en solo el 14 % de proyectos que ha recibido financiación del programa.

La excelencia, por supuesto, tiene que seguir siendo el centro de la evaluación. Pero necesitamos más centros excelentes. Una Europa más excelente necesita, además, centros excelentes y, por ello, las regiones infrarrepresentadas tienen que conseguir una mayor participación. También las ciencias sociales y humanas tienen que ser tenidas en cuenta y, por supuesto, se necesita una mejor definición del criterio de impacto.

Para abordar las brechas entre las regiones, además de presupuesto, tenemos, entre otras medidas, que mejorar y hacer una realidad las sinergias. Para ello hay que reforzar el papel de la I+D, pero también hay que revisar la normativa sobre las ayudas de Estado, armonizar la normativa de los Fondos Estructurales con el propio Horizonte 2020 y hacer que los Estados miembros cumplan el principio de adicionalidad entre fondos.

Los retos sociales: seguimos defendiendo que el Parlamento tiene que tener una especial voz para definirlos y orientarlos en el próximo programa marco.

Necesitamos que las ciencias sociales y humanas estén mejor integradas, así como que tengan una dotación económica adecuada.

Necesitamos el reconocimiento y la introducción de las capacidades investigadoras y de emprendimiento desde las etapas más tempranas, con un refuerzo del papel de los jóvenes investigadores, un retorno justo de lo público, así como mayor esfuerzo en la ciencia abierta, la separación de la defensa del programa de investigación y un mayor esfuerzo por parte de la industria... —termino, señor presidente—, mayor inversión por parte de la industria, involucración en el acceso abierto y, sobre todo, valor añadido de sus proyectos.

Y, finalmente, mayor participación en cuestiones de género para alcanzar los objetivos que nos hemos marcado en el propio Horizonte 2020.

Przewodniczący. – Jeszcze raz zwracam się z prośbą o zachowanie dyscypliny wypowiedzi.

Carlos Moedas, Member of the Commission. – Mr President, I am very pleased to have the opportunity to address Parliament today, and I would like to build on the excellent cooperation between our two institutions, and thank you for the continuous and strong support for policy initiatives in research and innovation. Today, what we are discussing here is a crucial report for all of us, and I would like to congratulate Ms Cabezón Ruíz and the shadow rapporteurs for their work on this report.

The report includes many recommendations for further improving Horizon 2020, but not only that, for further improving the future and the future programme of research and innovation in the future cycle that we are having and that we will have in 2020. So as you know, we are already addressing a lot of these points, the points raised in the report, but I think that it is exactly because we are raising these that we have to take action, like simplification, or EU added value, or excellence and many more that we will address during the next two years and that will be streamlined through this idea of the European Innovation Council.

This report will be a crucial input for the preparation of that future FP9, and we have been preparing in the Commission our own interim evaluation over the last month, and it has been a long, challenging and exciting process and it is not over yet. So next October we will publish a Communication on the interim evaluation with the political conclusions from all this work. It will also include a reaction to the recommendations of the High-Level Group, chaired by Pascal Lamy, on how to maximise the impact of our next framework programme.

So today, I want to share with you some of the key findings from the interim evaluation reflected in this report. The interim evaluation shows that Horizon 2020 is performing well, is highly relevant for stakeholders and is on track with delivering its objectives. So putting research and innovation in one single programme has produced great results. More than half of the participants in Horizon 2020 are newcomers to the programme and we had a 65% increase in applications per year when we compared it to FP7.

However, this has led to a serious under-funding problem. Today we can only fund one out of four of the many high-quality proposals received. Just before coming here, I did the calculations. What does this mean? It means that more than EUR 60 billion in additional funds would have been needed to fund all these exceptional projects.

I am therefore very heartened by your support for allocating more funding to the EU's research and innovation. We know that 83% of the funded projects would not have gone ahead without EU funding. This shows that the framework programme is value-added, is EU added value: there is no question about it, because those 83% of projects would not have been a reality if the programme was not there.

The EU supports projects that produce patents of greater commercial value, and research teams that receive EU support grow faster and attract more international researchers than their peers. The programme is also on track to meet its knowledge creation objectives. The excellence of our scientific publication is world-class, and they are cited more than twice the world average.

So based on the interim evaluation, we have learned some really important lessons that I want to share with you. Firstly, it is clear that much more needs to be done in value creation, in supporting market creation innovation in Europe. Secondly, while stronger than FP7, there is room to strengthen the involvement of civil society in Horizon 2020. We have to create and involve end-users, involve citizens to co-design and implement our programme. Thirdly, we need to communicate better, to explain the results better. To show people what we do, and that we support the future of all of us through these projects, in a way that people in the street understand.

It is also an area where you can help by spreading information about the results and impact of research and innovation and Horizon 2020 in your constituencies. On 3 July, Pascal Lamy will present a report by his High-Level Group with recommendations on how to maximise the impact of using investments in research and innovation.

Having read the Parliament position, I wanted to share my observations: the complexity, the low-success rate, the decrease in international cooperation and the need for better feed-back to applicants, just to mention a few. These concerns are yours and are mine. We share with you these concerns, we keep a close eye on these issues and envisage the specific measures to address them in the future.

Your report also paid special attention to ensuring better synergy between research and innovation in other areas, like Structural Funds in higher education. We have to do more and I count on your support for that. I took note of your concern regarding the balance between research and innovation and I think it is not 'either or', it is both. We have to have both. You notice also the issues and differences in rates of participation among different Member States and again, we have to do more with your help.

I am sure that you will find many of our observations in the interim evaluation interesting, and I am ready to continue our dialogue with you. The interim evaluation provides a solid basis for the future. I count on your support. I count on your suggestions. I hope you count on me.

Przewodniczący. – Myślę, że rozmawiamy o sprawach kluczowych – badania, rozwój, wykształcenie wyższe. Cieszę się, że na galerii mamy przedstawicieli młodego pokolenia, którzy tego słuchają – to jest w dużej mierze do Was adresowane. Witam zwłaszcza grupę studentów i młodzieży z Lublina i regionów zaproszonych przez posła Piotrowskiego. Gratuluję Panu Posłowi, gratuluję uczestnikom. Tylko proszę nie klaskać, bo jest to niedozwolone.

Nils Torvalds, *föredragande av yttrande från budgetutskottet.* – Herr talman! En av de frågor som väcktes i budgetutskottet kring Horisont-2020 var om det finns något mervärde i att medlemsländerna betalar in pengarna till kommissionen. Kommissionen sitter på de här pengarna en stund och funderar på vilka olika program man eventuellt kunde bekosta med dem, och sedan går pengarna tillbaka till medlemsländerna.

Den naturliga frågan som då uppstår är: finns det något extra värde med den här rundgången? Eller är det bara en transaktionshandling som mer sliter på resurserna än ger någonting extra? Det intressanta med kommissionens svar på den punkten var att man den här vägen faktiskt skapar internationella forskarteam, internationella forskarprogram, och de facto också åstadkommer nya och bättre forskarteam än tidigare. Av den orsaken var vi ganska nöjda med kommissionens svar på våra frågor och tror att det finns en stor framtid också för följande utvecklingsprogram.

Matthijs van Miltenburg, *rapporteur voor advies van de Commissie regionale ontwikkeling*. – Het Horizon 2020-programma is zo succesvol omdat het toponderzoek en hoogwaardige innovatie steunt. Ik ben dan ook blij dat de Commissie regionale ontwikkeling excellentie als uitgangspunt voor een toekomstig kaderprogramma heeft omarmd.

Programma's onder het cohesiebeleid en Horizon 2020 kunnen elkaar aanvullen. Daarvoor moet onder meer de synergie tussen Horizon 2020 en de andere programma's verder worden versterkt.

Daarnaast moet een goede onderzoeks- en innovatiestrategie voor slimme specialisatie centraal staan: een zogeheten RIS3 om op regionaal niveau ecosystemen te kunnen opbouwen.

Horizon 2020 is bijzonder succesvol, maar door het gebrek aan financiële middelen sterven veel kansrijke projecten helaas een stille dood. In mijn adviesrapport pleit ik daarom voor een begroting van 100 miljard euro voor het volgende programma. Ik zou verheugd zijn als het Europees Parlement die inzet zelfs wil verhogen tot 120 miljard euro. Daarmee kan Europa toonaangevend worden in de wereld van onderzoek en wetenschap.

Barbara Kudrycka, *w imieniu grupy PPE*. – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! W 9. programie ramowym będziemy już po rozwodzie z Wielką Brytanią. Wielka Brytania, której najlepsze uczelnie i naukowcy znacząco wzmacniają globalną, ale przede wszystkim europejską naukę, w 9. programie ramowym będą już tylko nas wspierać na zasadzie państwa trzeciego. Stawia to przed nami wyzwanie polegające na tym, by nauka i innowacje pozostałych krajów Unii Europejskiej lepiej niż dotychczas radziły sobie z globalną konkurencją. Ocena wdrażania „Horyzontu 2020” wskazuje, że do tego muszą być spełnione trzy warunki.

Po pierwsze, większe nakłady z Unii Europejskiej i z budżetów krajowych. Apelujemy więc o ambitny budżet dla programu ramowego po 2020 r.: aż 120 mld euro. Ale też wyzwania stojące przed Unią są ogromne – to wyzwania bardzo dynamiczne, od kryzysu migracyjnego po kryzys ekonomiczny, demografię, zdrowie, wyzwania kosmiczne, klimatyczne. Wielu nie jesteśmy w stanie dziś przewidzieć, ale nauka będzie musiała za nimi nadążyć i musimy zapewnić jej do tego narzędzia i środki. Oczekujemy, że lista tych wyzwań w programie ramowym będzie weryfikowana i na bieżąco dostosowywana do rzeczywistych potrzeb. Wzywamy też kraje członkowskie do wypełnienia ich zobowiązań dotyczących nakładów w wysokości 3 % PKB na badania i rozwój. Fundusze strukturalne czy granty z programów ramowych nie mogą służyć do łatania dziur w budżetach narodowych.

Po drugie, nowe zarządzanie nauką powinno służyć temu, aby było mniej biurokracji, a więcej efektów. Granty muszą pozostać najważniejszym źródłem finansowania prac badawczych. Pożyczki i inne instrumenty finansowe to uzupełnienie. Portfolio nowej Europejskiej Rady ds. Innowacji powinno pomóc w lepszym wspieraniu rynkowych innowacji, w upowszechnianiu badań wspólnych dla nauki i biznesu, w zasypywaniu „dolin śmierci”, we wzmacnianiu wspólnych przedsięwzięć, które już dziś odnoszą ewidentne sukcesy. Potrzebujemy też lepszej integracji w zarządzaniu i finansowaniu nauki, choćby poprzez efektywne łączenie funduszy z następnego programu ramowego ze środkami strukturalnymi, tak aby żadne euro wydane na badania i rozwój się nie zmarnowało. Nie stać nas na to. Nowe innowacyjne rozwiązania powinny znacząco wzmacniać konkurencyjność Europy, tworzyć miejsca pracy, ale przede wszystkim wspierać najbardziej innowacyjny przemysł, a przez to też dobrostan Europejczyków. Nie możemy jednak zapomnieć o czystej nauce, nawet jeśli jej zastosowania odnajdziemy dopiero po latach.

Po trzecie, potrzebna jest nowa jakość na nowe czasy. W rezolucji wskazujemy na potrzebę szerszego otwarcia programów ramowych na te kraje i regiony Unii, które dziś mają w nich znikomy udział. Jeśli chcemy zbudować prawdziwą europejską przestrzeń badawczą, a nie jej papierową atrapę, musimy sięgnąć do potencjału całej Europy i sprawić, by żaden prawdziwy talent naukowy się nie zmarnował. Dlatego najistotniejszym kryterium finansowania powinny pozostać doskonałość i rzetelność naukowa, a nie rutyna i przyzwyczajenia środowiska akademicko-przemysłowego. Potęgę naukową można zbudować tylko wówczas, gdy zaryzykujemy finansowanie każdego przełomowego, przekraczającego wyobraźnię projektu, bez względu na to, w jakim kraju czy regionie, a także w jakiej instytucji powstał.

Przewodniczący. – Bardzo przepraszam, ale to jest przekroczenie czasu o 100 % i chciałbym prosić, żebyśmy tego nie naśladowali, bo będę bezwzględny.

Patrizia Toia, a nome del gruppo S&D. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, spero che sia altrettanto generoso con me. Caro Commissario, lei sta gestendo Horizon, che è uno, io credo, dei pochissimi risultati positivi della scorsa legislatura, accanto al programma 20-20-20 per il cambiamento climatico. Quindi, ha tra le sue mani una delle poche cose che io salverei dei cinque anni passati.

Oggi abbiamo capito tutti che Horizon è un esempio di successo, ma abbiamo anche capito che ha importanti margini di miglioramento e noi abbiamo il dovere di percorrere questi margini. Sappiamo – ormai credo che abbiamo trovato tutti un punto d'incontro – che dobbiamo agire su entrambe le direttrici, che qualche volta in passato abbiamo contrapposto. Da un lato, la ricerca di base e le eccellenze – i dieci anni dell'*European Research Council* hanno celebrato un po' queste eccellenze – e, dall'altro lato, tutto il tema dell'innovazione tecnologica.

Da questo punto di vista è molto importante l'*European Innovation Council* che lei sta preparando. Sarebbe importante che anche il Parlamento potesse partecipare a tutti i gruppi di lavoro e di riflessione, che stanno lavorando lungo questo obiettivo, ed è importante la partecipazione delle PMI, dell'industria, del settore industriale, che pure non ha aumentato però le sue quote di ricerca.

Qui c'è un grande problema di risorse che noi con lei cercheremo di risolvere. Come ultimo suggerimento – i contenuti gli ha detti la collega Cabezón – mi permetto di richiamare il tema della sanità. Ci sono in Europa istituti di ricerca, ricovero e cura di altissimo livello e bisogna creare una rete. Dovrebbe dare lei questo input, signor Commissario, per trarre da lì i frutti di una ricerca che ha un'immediata ricaduta sulla salute delle persone.

Przewodniczący. – Bardzo przepraszam, ale bardzo proszę o dyscyplinę czasową. Musimy skończyć tę debatę przed północą, dlatego będę wyłączał mikrofon, będę korzystał z tego przywileju.

Anneleen Van Bossuyt, namens de ECR-Fractie. – Ik ben blij dat we morgen over dit belangrijke verslag stemmen. Onderzoek en innovatie zijn essentieel voor de welvaart van de Europese Unie. Het is dan ook niet verwonderlijk dat Horizon 2020 zo'n groot succes is. De Europese Unie toont dat optreden op het vlak van onderzoek en innovatie een duidelijke meerwaarde heeft.

Helaas is het programma ook slachtoffer van haar eigen succes. We zien dat het slaagpercentage door overinschrijving enorm is gekelderde. Momenteel zitten we rond de 10 %, waardoor een aantal zeer briljante onderzoekers afhaakt en zijn kans niet waagt. Hierdoor dreigen wij op onze beurt alweer cruciale kansen te laten liggen. Daarom wil ik pleiten voor meer budget voor het volgende kaderprogramma en voor een strengere selectieprocedure in de tweestapsprocedure.

We hebben lang gedebatteerd over de rol van bedrijven in het kaderprogramma. Die bedrijven zijn essentieel voor een succesvol programma: daar wordt de meerwaarde gecreëerd, daar worden de onderzoeksresultaten omgezet in economische meerwaarde. Ik denk dan ook dat we de deelnameregels voor het volgende kaderprogramma tegen het licht moeten houden, met als doel er nog meer bedrijven bij te betrekken.

Tot slot wil ik meegeven dat het verslag volgens mij de juiste klemtonen legt op wat er goed en slecht loopt in het programma en een juiste visie heeft op het volgende kaderprogramma. We moeten blijven inzetten op de problemen waar de burger wakker van ligt: een goede baan, gezondheid en veiligheid. Ik ben dan ook blij te zien dat de geesten rijp zijn om te investeren in onderzoek voor defensie.

Lieve Wierinck, *namens de ALDE-Fractie*. – Blijven investeren in onderzoek en ontwikkeling is de enige manier om als maatschappij relevant te blijven. Het is dan ook heel belangrijk dat we duidelijk aangeven dat Horizon 2020 een enorme meerwaarde is voor de Europese Unie en de lidstaten. Niet alleen door extra middelen vrij te maken, maar vooral door een focus op grensoverschrijdende samenwerking.

Die kruisbestuivingen worden door alle deelnemers als erg belangrijk beschouwd en vormen samen met het excellentie-criterium de kern van dit programma. Als we dan naar kaderprogramma 9 kijken, zijn dat de elementen die absoluut behouden moeten blijven.

Ik heb me er altijd tegen verzet dat dit onderzoeksprogramma als een soort cohesiefonds wordt behandeld. We moeten erkennen dat er een probleem is met de opname van fondsen door de EU-13, maar die lidstaten moeten investeren in goede opleidingen en infrastructuur. Dat is natuurlijk een voorwaarde om excellent onderzoek te kunnen doen en Europese middelen te kunnen binnenhalen. Daarom vind ik het ook belangrijk dat we kijken naar het verder uitdiepen van synergiën met de structuurfondsen. Daar zit nu al een O&O-aspect in, maar dat kan nog verder worden uitgewerkt om het gat tussen de EU-13 en de EU-15 te dichten.

De deelname van de industrie is ook zeer belangrijk. Dit fonds moet niet uitsluitend basisonderzoek financieren of wetenschappelijke vraagstukken oplossen. We moeten het ook concrete toepassingen geven en deze op de markt brengen. Deze balans is heel belangrijk. We moeten hier evenwichtig mee omgaan en de focus voldoende verdelen tussen de hoge en de lage TRL-schalen.

We moeten ook erkennen dat de industrie een cruciale rol speelt bij het realiseren en implementeren van innovatie. Vaak komt het ook kmo's ten goede, die goed gedijen onder de vleugels van deze grote bedrijven. We geven met ons verslag een goed en duidelijk signaal af aan de Commissie en de lidstaten over hoe wij kaderprogramma 9 zien en waar ons onderzoeksbeleid naartoe moet gaan. Ik kijk alvast uit naar de verdere boeiende discussies hierover.

Marisa Matias, *em nome do Grupo GUE/NGL*. – Senhor Presidente, quero começar por agradecer à relatora o documento que nos apresenta. É verdade que todos e todas concordamos com a importância do relatório que é apresentado e a forma como fala do Horizonte 2020, mas há uma diferença grande entre achar que é importante e acreditar que é realmente importante.

Há muitas coisas importantes que se passaram nos últimos anos e creio que das boas notícias da União Europeia provavelmente o Horizonte 2020 é das melhores. Não há assim muitas mais às quais nos possamos agarrar.

No entanto, onde houve cortes também foi no Horizonte 2020. Por isso, é importante reforçar o investimento. Não pode acontecer o que vimos acontecer nos últimos anos. É que de cada vez que é preciso dinheiro para alguma coisa, seja lá ela o que for, onde é que se vai buscar? Ao Horizonte 2020.

Chegamos aqui ao plenário e dizemos que é muito importante investir na investigação; a seguir, precisamos de dinheiro para outra coisa e o que é que dizemos? Vamos tirar dinheiro à investigação. Não pode ser.

Para articular investigação e inovação, precisamos realmente de ter investimento público e de qualidade. Não há outra hipótese.

Da mesma forma, não podemos sacrificar a investigação, porque nunca teremos inovação a sério se matarmos a investigação de base, a investigação de qualidade e, portanto, temos de continuar a apostar.

Não podemos tratar mal os investigadores, temos que lhes dar trabalho com direitos: aos que já estão a trabalhar, há muito tempo, e aos jovens investigadores que precisam de ter uma garantia de futuro.

Precisamos de ter mais igualdade entre homens e mulheres e precisamos de investir mais nas pequenas e médias empresas.

Correu muita coisa bem, mas ainda há um longo caminho a fazer e espero, sinceramente, que o investimento, sendo público, aumente no próximo Programa-Quadro e que se não vá buscar ao Horizonte 2020 de cada vez que é preciso, seja lá para o que for.

Florent Marcellesi, *en nombre del Grupo Verts/ALE*. – Señor presidente, el programa Horizonte 2020 es esencial para Europa. Sus casi cien mil millones de euros permiten fomentar la investigación e innovación para investigadores, empresas, centros tecnológicos y entidades públicas por todo el continente. Y para que este programa sea aún más eficiente y justo, necesitamos seguir reforzando el papel de las mujeres.

Porque hoy en día las mujeres siguen teniendo obstáculos para realizar una carrera científica. Algunos menos visibles, como los prejuicios de género, que condicionan a las jóvenes para escoger su carrera. Y otros más visibles, como la brecha salarial o los cuidados familiares, que realizan principalmente las mujeres.

Por eso es tan importante aprobar la Directiva sobre el permiso de maternidad, que fue adoptada en 2010 y que la Comisión Europea ha retirado. Cuando hablamos de mujer y ciencia, hablamos también de desigualdad. Sin duda, Marie Curie habría podido realizar mucho más si hubiera contado, en su tiempo, con el apoyo de las instituciones francesas.

Es cierto que la Comisión ha dado pasos positivos, con buenos resultados. Sin embargo, el objetivo del 50 % de participación de la mujer solo se ha superado en los grupos asesores. Su participación entre coordinadores de proyectos y en paneles de evaluación sigue por debajo de los objetivos, al igual que como la dimensión de género en los contenidos de investigación.

Por todo ello, pedimos a la Comisión que sea más ambiciosa y que se mantenga una financiación independiente para las iniciativas de igualdad de género en la investigación y la innovación y para los proyectos de cambio estructural en materia de género.

Financiar estas líneas es bastante simple. Dejemos de dedicar cada vez más dinero a la defensa y al gasto militar y usémoslo en proyectos que apuesten por la igualdad y la eficiencia. Es así como se construye una sociedad mejor y más justa y un continente en paz.

Jerzy Buzek (PPE). – Mr President, I would like to thank the Commissioner for all his hard work and good balance between fundamental research, applied research and innovation, innovation and innovation – let me underline this word three times!

Key global economic challenges lie in front of us and EU framework programmes are the tools to achieving our goals and to overcome the challenges.

My first point: I welcome recommendations to strengthen Horizon 2020, and with the budget of EUR 120 billion because this is not expenditure; it is, as a matter of fact, an investment in our good future.

Point number two: we have, of course, got the most important goal – to continue building our excellence within the European Research Area. On the other hand, we must address performance gaps and bring the low-performing regions back on track if we want to win. On the basis of the ambitious design of FP9 we should try to eliminate those gaps completely.

A small remark may be detailed at the end: very important – research on defence industry, which could be something like a leverage in many other fields, I would like to thank Ms Cabezón Ruiz for incorporating my amendment on this topic into the text.

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, queria começar por sublinhar o excelente trabalho da relatora, a reflexão que proporcionou. O Horizonte 2020 é um programa-chave para dar voz global à União Europeia e o processo de investigação, quando é aberto e forte, valoriza de forma transversal toda a sociedade, mobiliza os melhores recursos disponíveis e permite atrair para o nosso território pessoas e equipas de elevada qualidade.

É, por isso, preciso salvaguardar a base financeira do programa, os cento e vinte biliões para o Programa-Quadro, e aplicá-los segundo os princípios básicos da excelência, da abertura, do impacto na situação das empresas, incluindo as PME, no emprego e na qualidade de vida dos cidadãos. É preciso comunicar também, cada vez melhor, aquilo que conseguimos e aquilo que fazemos para o dia-a-dia das pessoas.

Queria, aliás, também, salientar e felicitar o Sr. Comissário pelo excelente trabalho e referir, como ele tem defendido, que a excelência deve ser cruzada com a abertura e o impacto concreto dos projetos. Deve incorporar ambição, tomada de risco, capacidade de abrir novas pistas para a afirmação da ciência, do conhecimento e da tecnologia europeia.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR). – Panie Przewodniczący! Pani Sprawozdawczyni! Panie Komisarzu! Też bardzo dziękuję za dobre opracowanie i solidną pracę. Myślę, że buduje się na tej sali konsensus w sprawie potrzeby zwiększenia budżetu na program „Horyzont 2020”, w sprawie zintegrowania go z innymi politykami unijnymi i wreszcie z tym najważniejszym, to znaczy z osiągnięciem wyższej niż dotychczas stopy sukcesu.

Chcę zwrócić uwagę na jeden nieobecny w tej debacie element, to znaczy na potrzebę włączenia miast do realizacji programu. Bardziej miast niż regionów, w moim przekonaniu. Miasta są miejscami działania uniwersytetów, instytucji badawczych, wielkich firm. Są miejscami szczególnego zainteresowania na rzecz rozwoju i innowacji i myślę, że Komisja powinna przemyśleć znacznie intensywniejszy udział miast jako partnerów tego programu. To jest moja rekomendacja.

Pavel Telička (ALDE). – Mr President, quite a few years back, together with Esko Aho and two other colleagues, we were evaluating the framework programme and I must say that it was quite depressing. In fact, from the interviews with the applicants, successful and unsuccessful, those that did not apply and the Commission, we found out that the best outcome was not working. In comparison with that, Horizon 2020 is a success for sure.

But I think there are three lines on which we can still improve. First, as many colleagues have said, we definitely need to recover the budget, so that is something where Parliament can deliver impetus. Second, we can still do better in terms of simplifying and lowering the administrative burden. This still plays a significant role in terms of, let us say, applicants avoiding it. And third, which is absolutely key, I think we should still fine-tune the tools of evaluation. For me, the question is how much did it lead to real innovation? How many projects led to commercialisation, and so on, and in a longer time span? Let us work on that.

Gunnar Hökmark (PPE). – Mr President, I would like to thank the rapporteur and the Commissioner. I think it is important to understand that in the global world and the global economy, there is no such thing as ‘almost innovating’ and there is no real idea of being ‘number two’ because that always means that you are losing. In the globalised economy, if Europe wants to be in the lead, we must ensure that the Framework Programme is facilitating leadership regarding the knowledge economy, research and science.

Three things are crucial: first of all, we need to have excellence at the centre of all our work, because otherwise we will not use the opportunity of the framework programmes. Excellence is the only way to achieve leadership and to ensure that we are not ‘number two’ or ‘number three’.

Second, we need to ensure that we are at the centre of global research and science, meaning that we shall be open and attracting research and science and investments from all over the world.

Third, and importantly, we need to raise our ambitions, we need to double our spending on research and science if we want things to come true, all the hopes and promises we have.

Krystyna Łybacka (S&D). – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Chciałabym poruszyć trzy kwestie związane z programem „Horyzont 2020”.

Sprawa pierwsza. Wyjaśnienia wymaga ogromna dysproporcja terytorialna beneficjentów programu. Mam nadzieję, że w zapowiadanej przez Pana Komisarza ocenie, która ma się ukazać w październiku, poznamy między innymi próby odpowiedzi na pytanie, dlaczego potencjał intelektualny wszystkich krajów członkowskich nie jest możliwie równomiernie wykorzystywany.

Sprawa druga. Powiedział Pan nam również, że tylko część projektów z uwagi na ograniczenie budżetowe może uzyskać finansowanie, ale to nie znaczy, że dobre projekty mają zniknąć. Dlatego proponuję rozszerzenie projektów wyróżnianych przez przyznanie pieczęci doskonałości na wnioski badawcze w ramach doskonałej bazy naukowej. To pozwoli tym projektom na pozyskanie finansowania z innych źródeł.

Sprawa trzecia. Wielu moich przedmówców wspominało o konieczności zwiększenia synergii między programem „Horizon 2020” a programami strukturalnymi czy programami inwestycyjnymi, ale to wymaga dużo większego zaangażowania krajowych punktów kontaktowych i przedstawicieli Europejskiego Banku Inwestycyjnego.

Ostatnia kwestia. Dziękuję, Panie Komisarzu, że zauważył Pan konieczność współpracy i korelacji między europejską przestrzenią badawczą a europejskim obszarem szkolnictwa wyższego.

Henna Virkkunen (PPE). – Arvoisa puhemies, korkea osaaminen, tiede ja tutkimus on edellytys Euroopan menestykselle myös tulevaisuudessa. On tärkeää, että taloudellisesti tiukkoinkin aikoina investoidaan riittävästi tutkimuksen ja tieteeseen. On huolestuttavaa, että tällä hetkellä vain muutama Euroopan unionin jäsenmaa – Suomi, Ruotsi, Tanska ja Itävalta – käyttää yli kolme prosenttia bruttokansantuotteestaan tutkimukseen ja tuotekehitykseen, kuten tavoitteeksi on asetettu. On tärkeää, että kaikkia jäsenmaita kannustetaan etenemään tällä tiellä.

Horisontti 2020 on meille Euroopan tasolla kaikkein tärkein ohjelma, jolla voimme edistää tutkimusta ja innovaatioita. Tiedämme, että nyt kaikkein tärkeintä on se, että turvaamme riittävät resurssit ohjelmalle myös jatkossa, ja lämpimästi suositan sitä, että nostamme ohjelman rahoitusta. Jatkossakin on olennaista, että tieteellinen huipputasaaminen ja perustutkimus pidetään keskeisenä tavoitteena tuossa ohjelmassa. Samoin on painotettava avustuspohjaista järjestelmää, koska ainoastaan se sopii perustutkimuksen rahoittamiseen. Hallintoa on edelleenkin pyrittävä keventämään, niin että prosessit sujuisivat tutkijoiden kannalta mahdollisimman hyvin.

ΠΡΟΕΔΡΙΑ: ΔΗΜΗΤΡΙΟΣ ΠΑΠΑΔΗΜΟΥΛΗΣ

Αντιπρόεδρος

Clare Moody (S&D). – Mr President, I would like to congratulate my colleague on this excellent report. It underlines that this Parliament is a champion of Horizon 2020, the largest research area in the world.

The programme delivers on the priorities of people across the EU, stimulating jobs and growth, not just now but long into the future. It is also a shining example of how the EU brings added value to all citizens, far beyond those directly involved. It is through this programme we can diagnose, treat and cure illnesses and diseases or find affordable, sustainable ways of meeting our energy needs.

We must recognise the success of Horizon 2020 and realise it demonstrates the need to allocate more resources to this excellence-based research long into the future to protect and strengthen its achievements.

Finally, when we do something well we should learn from it, build on it and, vitally, as the Commissioner said, tell people about it!

Διαδικασία catch the eye

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Panie Przewodniczący! Po co są sprawozdania, oceniające ten czas, który się kończy? Przede wszystkim po to, aby następna perspektywa, krótko mówiąc, była lepsza, bez luk, bez wad, aby sprawniej przebiegała. Myślę, że moi koledzy i koleżanki w debacie uzupełnili to sprawozdanie. Barbara Kudrycka mówiła o konieczności zwiększenia finansowania, poprawy istotności grantów. Jerzy Buzek powiedział między innymi, że trzeba wzmocnić obronność, tę obronność i to bezpieczeństwo, które uzależnione są od postępów nauki. Trzeba wzmocniać gałęzie przemysłu i technologie, które są związane z kosmosem. Bardzo mi to odpowiada, nie będę spierać się z niektórymi pojedynczymi diagnozami, ale na koniec chcę powiedzieć, że bardzo istotne jest, aby ta następna perspektywa była bardziej elastyczna, dlatego że wtedy sprawniej będziemy reagować na zdarzenia, które mają miejsce w określonym czasie.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, i veloci e drastici cambiamenti che l'Europa si trova ad affrontare, dai flussi migratori alle nuove sfide energetiche ed ambientali, richiedono che anche i programmi di ricerca vengano in qualche modo aggiornati e rafforzati.

Horizon 2020 è il principale programma di ricerca a livello mondiale, con tutto ciò che ne consegue in termini di complessità d'attuazione, rilevanza strategica degli obiettivi e necessità di attenzione politica. È fondamentale investire sempre maggiori risorse di bilancio, così come è necessario favorire forme di sinergia con altri programmi europei ed altre fonti di finanziamento e continuare a dare priorità all'innovazione del tessuto industriale.

Questa relazione è di fatto uno stimolo per la Commissione in vista della revisione intermedia di Horizon 2020. Oltre agli adattamenti che devono essere introdotti per rispondere alle nuove sfide, è necessario rafforzare la struttura e le fondamenta del programma e puntare ad un'attuazione più trasparente, chiara e semplificata, ad una minore frammentazione, come pure al monitoraggio ex post e alla misurazione dell'impatto dei finanziamenti pubblici.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, το πρόγραμμα «Ορίζοντας 2020» αποτελεί μια σημαντική πρωτοβουλία που επιτρέπει σε κάποιο βαθμό στην Ευρωπαϊκή Ένωση να ανταποκριθεί στις οικονομικές και κοινωνικές προκλήσεις. Το πρόγραμμα «Ορίζοντας 2020» επηρεάστηκε από την οικονομική κρίση, τη βίαιη αποβιομηχάνιση και την ανεργία. Για τον λόγο αυτό, το πρόγραμμα προσδίδει σημαντικό ρόλο στην καινοτομία, σαν εργαλείο βελτίωσης της ανταγωνιστικότητας της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Βέβαια, χρειάστηκαν αρκετά χρόνια προκειμένου η Ευρωπαϊκή Ένωση να αντιληφθεί ότι η ανταγωνιστικότητα της ευρωπαϊκής οικονομίας πρέπει να στηριχθεί στην έρευνα, την εκπαίδευση, την κατάρτιση, την καινοτομία, την αριστεία, και όχι στην «κινεζοποίηση» των μισθών που επιβλήθηκαν με το Σύμφωνο για το «Ευρώ+» τον Μάρτιο του 2010. Επομένως, είναι απαραίτητο να αυξηθούν οι επενδύσεις σε έρευνα και ανάπτυξη και να φτάσουν στο 5% του ΑΕΠ της Ένωσης. Στο πλαίσιο αυτό, τα πανεπιστήμια και τα ερευνητικά ινστιτούτα πρέπει να αναλάβουν σημαντικό ρόλο. Το ίδιο ισχύει για τα τεχνολογικά πάρκα, καθώς και τις μικρομεσαίες επιχειρήσεις. Επιπλέον, μεγάλες επιχειρήσεις οφείλουν να επενδύσουν δικά τους κεφάλαια στην έρευνα και στην καινοτομία και να μην περιμένουν απλά να εισπράξουν χρήματα από τα ευρωπαϊκά κονδύλια.

Νεοκλής Σουλκιώτης (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, το πρόγραμμα «Ορίζοντας 2020» έχει πολλές αδυναμίες που πρέπει να διορθωθούν. Όπως έχει αποδειχτεί, η πρόσβαση στη χρηματοδότηση, ιδιαίτερα για τις μικρομεσαίες επιχειρήσεις, είναι πολύ δύσκολη. Οι συνέργειες δε μεταξύ ακαδημαϊκής κοινότητας και ιδιωτικού τομέα, που ευνοούνται από το πρόγραμμα, μετατρέπουν πολλές φορές την έρευνα σε εργαλείο των μεγάλων πολυεθνικών, το οποίο αναπτύσσεται βάσει των δικών τους συμφερόντων. Ιδιαίτερα επικίνδυνη θεωρούμε τη νέα πρόταση, που προωθείται για δημιουργία ειδικού προϋπολογισμού, ώστε να χρηματοδοτείται η έρευνα στον στρατιωτικό τομέα. Εμείς απαιτούμε να γίνει κριτική στο ότι σήμερα, μέσω του προγράμματος, χρηματοδοτούνται φορείς που καταπατούν ανθρώπινα δικαιώματα, παραδείγματος χάρι, οι φορείς του Ισραήλ στα κατεχόμενα παλαιστινιακά εδάφη. Δεν θα δεχτούμε να αξιοποιηθεί το πρόγραμμα για τη στρατικοποίηση της Ένωσης. Αυτό που χρειάζεται είναι να προωθήσουμε ουσιαστικές μεταρρυθμίσεις στο πρόγραμμα, βάσει των αναγκών της κοινωνίας, να στηριχθεί η πραγματική οικονομία, να συμβάλει στην κοινωνική ανάπτυξη και να οδηγήσει στη δημιουργία νέων ποιοτικών θέσεων εργασίας μέσα από αυτά τα προγράμματα.

Michaela Šojdrová (PPE). – Bylo zde již několikrát jasně řečeno, že Horizont 2020 je významný pro zajištění konkurenceschopnosti evropského průmyslu, musí podporovat excelenci, základní výzkum a aplikovaný výzkum. S tím všichni souhlasíme stejně jako s navýšením prostředků.

Chci tu podotknout dvě věci, které považuji za zásadní. Není možné, aby dále pokračovala disproporce mezi čerpáním zemí západních a východních. 84 % ku 4,5 % je čerpání, za které nemohou jen členské státy, ale také Evropská komise. Pane komisáři, tady musí nastoupit více účinná opatření.

Druhá připomínka je brexit. Bude mít samozřejmě zásadní dopad na čerpání. Velká Británie je druhým největším příjemcem dotací z tohoto programu Horizont 2020 a já se ptám: Jaký má dopad na vnímání EU v členských státech? Jak to, že země, která má druhé největší čerpání z Horizont 2020, se rozhodla vystoupit z EU? Nad tím bychom se měli zamyslet.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, domnule comisar, dragi colegi, aplicarea programului Orizont 2020 a adus beneficii. Cred că nimeni nu poate contesta acest lucru. Este cel mai mare program, așa cum s-a spus, de cercetare din lume, dar are ca obiectiv și să ofere răspunsuri la provocările sociale și economice.

Susțin modificarea propusă a sintagmei „spațiul european de cercetare” cu „spațiul european de educație și cercetare”.

Avem nevoie de o educație aplicativă. Dacă dorim reindustrializarea Europei, dacă dorim dezvoltarea IMM-urilor, avem nevoie de o educație aplicativă, educație adecvată dezvoltării economice. Inovarea industriei, dezvoltarea cercetării din toate domeniile pot duce la o viață mai bună a oamenilor. Până la urmă, acesta este scopul cercetării. Este nevoie de îmbunătățirea abordării acestui program, astfel încât rezultatul cercetării și inovării să poată fi preluat, aplicat de IMM-uri mult mai ușor.

Evaluarea la jumătatea perioadei a acestui program permite formularea unor recomandări și o felicit pe raportoare, dar vreau să subliniez câteva lucruri. Aș dori ca acest program Orizont 2020 să aibă un mai mare impact asupra zonelor mai sărace și să contribuie mai mult la coeziunea socială și trebuie să susținem cercetătorii. În multe țări, cercetătorii nu-și pot aplica rezultatul cercetării.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedniče, ulaganje u istraživanje, razvoj i inovacije ulaganje je u budućnost naše djece. Zahvaljujući tehnološkom napretku svijet ubrzano grabi naprijed, stari statusi i bogatstva postaju sve manje važni, a nova tržišta rastu i potiskuju stara. Tko ne drži korak, osuđen je na stagnaciju i dugoročan pad, a Europa si to ne smije dozvoliti.

Podržavam Obzor 2020. jer vjerujem kako su istraživanje i inovacije područja u kojima su javna ulaganja nužna i opravdana. Ipak, moramo poraditi i na privlačenju privatnih ulaganja i tako mi je drago da je izjaviteljica to prepoznala.

No, ne mogu se složiti s preporukom da prednost damo financiranju istraživanja klimatskih promjena budući da Sjedinjene Države razmatraju proračunske rezove u tom području. Naša se strategija ulaganja u istraživanje, razvoj i inovacije mora temeljiti na našim potrebama i dugoročnim ciljevima, a ne na dnevnoj politici drugih globalnih aktera.

Franc Bogovič (PPE). – Program Horizon 2020 je ob Erasmusu, ki je tudi vlaganje v ljudi, zagotovo eden najpomembnejših programov in tudi najuspešnejših. Vlagamo v inovacije, v raziskave.

Želel bi poudariti to, da tudi sam želim, da bi bil program vlaganja v Horizon ambicioznejši, da bi vse države dosegle to, kar dosegajo Danska, Švedska, Finska pa tudi Avstrija, Nemčija – 3 % BDP vlaganj v raziskave. Najrazvitejše svetovne države, kot so Južna Koreja, Japonska, vlagajo še več.

Drugo, kar je pomembno, je, da bi vlagali v vseh državah, se pravi, da se v različne mreže povežejo države med sabo in na takšen način tudi preizkusijo mehanizmi, ki so danes vedno bolj uporabljeni tudi pri pametni specializaciji kot ključnem principu kohezijske politike.

In tretje, Evropa naj inovacije in raziskave, ki jih opravi sama, unovči tudi v novih delovnih mestih in v hitrejšem razvoju Evrope kot celote.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Mr President, dear colleagues, research, development and innovation are key to the future of European society, and money spent in this area should be seen as investment in the future, not as a cost. I welcome the fact that we have managed to get a solid majority for EUR 120 billion for the future Framework Programme 9 (FP9) to include a strong focus on Social Sciences and Humanities (SSH) to assert the open data principle, to balance fundamental research and innovation, to better involve small and medium-sized enterprises in collaborative projects and innovation.

Moreover, I am satisfied by the fact that we highlighted the need for FP9 to strengthen societal progress and create growth and jobs. I support the call for the policies to remove barriers such as low salaries in order to avoid a brain drain. Finally, we must put a very strong focus on the need to have better synergies between Framework Programmes and other EU funds.

Krzysztof Hetman (PPE). – Panie Przewodniczący! „Horyzont 2020” ma na celu budowanie europejskiej gospodarki w oparciu o wiedzę i innowacje i przez to zwiększanie konkurencyjności europejskich rynków i przedsiębiorstw. Co więcej, program przyczynia się do realizacji strategii „Europa 2020” i innych ważnych polityk Wspólnoty. Bez wątpienia jest to największy i najbardziej ambitny tego rodzaju program na świecie.

Nie oznacza to jednak, że „Horyzont 2020” nie posiada wad. Jak wspomniano w sprawozdaniu, alarmująco niski jest wynoszący poniżej 14 % wskaźnik sukcesu, co może bezpośrednio wpłynąć na rezygnację z udziału w programie mniej doświadczonych podmiotów. Innym niepokojącym faktem może być tendencja odchodzenia od dotacji na rzecz wykorzystania pożyczek, co z kolei przy badaniach na tak wysokim poziomie innowacyjności, które mają zrewolucjonizować dotychczasowe funkcjonowanie rynków, stanowi wysokie ryzyko dla inwestorów. Zachowanie finansowania przez dotacje, dalsze wprowadzanie uproszczeń i znoszenie barier dla synergii między funduszami, a także zapewnienie zrównoważonego zestawu małych, średnich i dużych projektów – to jedno z najważniejszych stojących przed nami wyzwań w odniesieniu do przyszłości „Horyzontu 2020”.

(Τέλος της διαδικασίας catch the eye)

Carlos Moedas, *Member of the Commission*. – Mr President, I would like to thank the honourable Members for this very good discussion.

I will start with the words of Jerzy Buzek, who said: this is not expenditure, it is an investment in our future.

The big challenge we have ahead is how to go round the countries and convince the governments that this is not expenditure, this is an investment and a priority for our future. If we do not do that, we will not thrive, we will not get to where we want to be.

When you look today at the number of publications we have in Europe, you see that with 7% of the population we have more than 33% of the entire number of publications and articles. If you compare that with the year 2000, you see a very interesting phenomenon – that we have surpassed the United States in highly cited publications. That represents a huge opportunity for the future if we continue to invest in that future.

I think it was Mr Torvalds who talked about the importance of added value. This year when Ben Feringa, of the Netherlands, received the Nobel Prize he said something that I think we have to keep in mind – that the only place in the world today where we still believe in the intuition of scientists is Europe. It is because we believed in the intuition of Ben Feringa that he was able to invent something, to create something, that will change life for future generations, and that is why he won the Nobel Prize.

In the space of 10 years, the European Research Council has been able to support researchers who have won six Nobel Prizes, four Fields Medals and five Wolf Prizes. That is the added value that we all recognise, and I am very happy that, right across the House, every one of you recognises that.

All of you raised the point of investment. How can we increase this investment? Ms Matias, Mr Buzek, Mr Telička, Mr van Miltenburg, Ms Kudrycka, Ms Van Bossuyt – all are asking for more, because we need more! As I said, just to keep on funding the very, very good projects we would need another EUR 60 billion, because we are funding just one out of four of the very good ones.

I am with you and I thank you for being so up-front with the amounts you think would be the right ones for the future. I thank you so much.

Then there was Ms Matias and Mr Marcellesi, who raised a point that is paramount for me, about gender and gender balance. I think we have been, somehow, an example. We have to improve, but it shows each time I meet with my advisory panels and I see that we have surpassed the 50% mark for women on those panels. We now have 53% on those advisory panels. It has increased from 33% in 1997, so here we are leading by example. A lot of scientists who are women and who come before those panels tell me they feel better when they see that there is gender balance in the room: there is a different energy and it produces different results.

On the expert panels, we are not doing so well. We had a target, as you know, of 40% and unfortunately we are still at 37%. We have not achieved that target but we will fight for it.

If you compare the results with those of the past, we are doing better. Is it enough in terms of gender? No, we are not doing enough. I want to do more and I hope that you can help me on that.

Then we talked here about vision, and you repeated three words that for me are crucial: the word 'excellence', the word 'openness' and the word 'impact'. I think it was Mr Zorrinho who said that excellence is when openness crosses impact, and that is exactly it. We need to be at that juncture. For the future we have to achieve the ability of looking at this programme in terms of a triangle. One axis is between the excellence that we need – because we need to be at the top, and for that we scale, speed and everybody working together – and then openness, because that, today, is our political statement. Openness is not just something that is natural for us, who love science. We know that there is no science without openness, there is no innovation without openness, there is no programme without being open to the world. Today it has become a political statement, and an important one. That is our difference, because we want to be open.

The third factor is impact. Impact matters not just in commercial terms – the impact we know, the impact of the product – but also in terms of the impact of everything we do in fundamental research. That is the impact which will come in 10, 50 or 100 years' time but which, we believe, will change the world at some point.

I would like to thank Ms Cabezón Ruiz very much for the report and for her hard work. All of you give me the energy to keep doing my job, and that is really unique.

Soledad Cabezón Ruiz, ponente. – Señor presidente, quiero resaltar, para terminar, algunas de las ideas que aquí se han puesto de manifiesto.

Equilibrio entre todas las partes y todos los intereses como clave y reto que creo que hemos conseguido que recoja este informe.

Consenso como base de la credibilidad y la confianza que necesita la comunidad científica y, *a posteriori*, como consecuencia de ello, el progreso de la sociedad europea.

Investigación como motor de desarrollo económico y social, como excelencia, pero también cohesión.

Presupuesto adecuado para proyectos con alto valor añadido europeo para la sociedad: garanticemos el retorno justo de la inversión para que la ciencia llegue a todos y cada uno de los ciudadanos europeos.

Género y jóvenes: será necesario reforzar esta cuestión en el próximo programa marco.

Si queremos una Europa excelente, necesitamos de todas sus regiones excelentes, de todos los jóvenes y, para ello, es necesario iniciar la cultura emprendedora e investigadora desde las edades más tempranas y contar con todo el potencial y toda la inteligencia.

Por ello, las mujeres tienen que estar mejor reflejadas en el programa de investigación Horizonte 2020.

Proponemos como criterio de desempate un estudio que determine cuáles son las barreras que lo impiden y, sobre todo, que impulsemos también un marco en los Estados miembros que permita aflorar todo el tejido de investigadoras con proyectos de alta calidad.

Pero quiero terminar como empecé, reconociendo el potencial y la importancia de este programa, un programa enormemente positivo y clave para el futuro de Europa.

Por lo tanto, creo que el mensaje que tenemos que tener y con el que tenemos que terminar es de refuerzo y de reconocimiento de su acierto.

Por supuesto, quiero reiterar el agradecimiento a los ponentes alternativos por la colaboración y el buen ambiente que han permitido este trabajo y, por supuesto, ofrecer colaboración al señor comisario para seguir trabajando en la misma línea.

Πρόεδρος. – Η συζήτηση έληξε.

Η ψηφοφορία θα διεξαχθεί την Τρίτη 13 Ιουνίου 2017.

Γραπτές δηλώσεις (άρθρο 162)

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – Pagal programą „Horizontas 2020“ lyčių lygybė ir lyčių aspektas, kaip kompleksinis klausimas, integruojamas į kiekvieną atskirą darbo programos dalį ir šioje programoje apibrėžiami trys integravimo tikslai, t. y. puoselėti lygias galimybes ir lyčių pusiausvyrą projektų grupėse, užtikrinti lyčių pusiausvyrą priimant sprendimus ir lyčių aspektą integruoti į mokslinių tyrimų ir inovacijų turinį, kuris turėtų būti kokybinis. Teigiamai vertinu tai, kad programa „Horizontas 2020“ mokslinių tyrimų įstaigoms padeda įgyvendinti lyčių lygybės planus, pvz., 2014 ir 2015 m. moterų dalyvavimas „Horizontas 2020“ patariamose grupėse siekė 52 proc. Tačiau manau, kad būtina dar viena peržiūra, pagrįsta patikimais ir palyginamais rodikliais, pavyzdžiui, moterų, dalyvaujančių šios programos veikloje ir koordinuojančių programos projektus, procentine dalimi. Taip pat manau, kad būtina padidinti programai „Horizontas 2020“ skiriamą biudžetą, siekiant didesnio dalyvaujančių universitetų ir mokslinių tyrimų įstaigų skaičiaus, ir svarbu paraginti valstybes nares sudaryti palankesnes sąlygas mokslo tyrėjoms ir mokslininkėms gauti dotacijas, kad būtų puoselėjama lygybė mokslinės karjeros srityje ir padidėtų konkurencingumas ES. Galiausiai, norėčiau paraginti valstybes nares dar labiau sustiprinti lyčių aspekto integravimą į programą „Horizontas 2020“ ir būsimą Devintąją bendrąją programą, remti ir stiprinti dialogą tarp mokslinių tyrimų įstaigų, įmonių ir atitinkamų socialinių partnerių bei nustatyti moterų ir vyrų lygybės tikslinius rodiklius strategijose, programose ir projektuose visais mokslinių tyrimų ciklo etapais.

Jakop Dalunde (Verts/ALE), in writing. – We welcome the report. It steers the Commission's proposal on the next FP in the right direction. In particular, we appreciate that the report clearly endorses excellence as the key selection criteria. It is also important that the report underlines the role of fundamental research in H2020. We must as well ensure gender balance and transparency in this and following FPs.

I am delighted that the Industry, Research and Energy Committee (ITRE) adopted my proposal – in the context of the Paris Agreement – to prioritise funding for climate change research. ITRE also supported my proposal concerning the need to ensure that 100% of the energy challenge funds are allocated to green energy research and innovation. Hopefully, the plenary will do the same.

Unfortunately if we fail to amend the language on the defence research my Group will not be able to support the report. The current wording could imply defence research funding from the EU budget resources, which is a red line for us. We believe that the inclusion of military research in the next MFF would create significant cuts in civilian research, which would harm European research and innovation. I would like to thank the rapporteur for her work and all those involved in this endeavour for constructive collaboration.

Marian-Jean Marinescu (PPE), în scris. – Decalajul dintre regiuni în materie de participare la programul Orizont 2020 este o problemă majoră. Cer Comisiei și, în special, agențiilor responsabile pentru punerea în aplicare a priorității excelenței științifice să promoveze colaborările și activitățile de coordonare, astfel încât să încurajeze participarea regiunilor cu capacitate redusă prin consolidarea capacității și să sprijine mobilitatea și dezvoltarea profesională în aceste regiuni.

Consiliul European pentru Cercetare ar trebui să se implice în mai multe proiecte de colaborare din Europa și să se dedice, în special, regiunilor și instituțiilor cu capacitate redusă, pentru a propaga politicile și know-how-ul în materie de C&I ale UE în întreaga Uniune Europeană.

Consider, de asemenea, că liniile bugetare ale programului Orizont 2020, care au fost reduse în perioada 2015-2020 pentru a alimenta FEIS, trebuie să fie redresate și că FEIS ar trebui finanțat din surse independente de programele UE deja aprobate.

Și, nu în ultimul rând, făcând bilanțul realizărilor înregistrate de întreprinderi comune precum Clean Sky și SESAR și de inițiativele tehnologice comune ECSEL, Shift2Rail, precum și de inițiativele tehnologice comune pentru bioindustrii, solicit Comisiei ca, pentru următorul program PC 9, să extindă sistemul de guvernare al inițiativelor tehnologice comune la noi sectoare industriale, precum tehnologiile spațiale.

Victor Negrescu (S&D), în scris. – Orizont 2020 este cel mai important program al Uniunii Europene destinat stimulării cercetării și inovării la nivel european. Chiar dacă obiectivele sale sunt unele pozitive, implementarea programului până acum indică multe probleme structurale. Prima problemă se referă la inegalitatea de tratament între diferitele categorii de aplicanți și beneficiari. În continuare, cercetătorii proveniți din Estul Europei sunt plătiți sub nivelul salarial al celor din Europa de Vest, iar această inegalitate se reproduce și în evaluarea proiectelor, universitățile cu vechime fiind punctate suplimentar chiar dacă proiectele și ideile instituțiilor de cercetare mai noi sau din Estul Europei pot fi mai bune. O altă problemă se referă la cultura consultanței stimulată de programul Orizont 2020. Lobby-ul structural, consorțiile tradiționale și anumiți consultanți au redus încrederea în rândul aplicanților. În final, o ultimă problemă semnalată este cea legată de ritmul lent de evaluare comparativ cu viteza inovării de pe piață. Se ajunge astfel ca

fondurile să fie primite după ce tehnologia a devenit obsoletă. Toate aceste probleme trebuie rectificate în perspectiva PC9.

15. Bausteine für die Kohäsionspolitik der EU in der Zeit nach 2020 — Verstärkung des Engagements der Partner und der Sichtbarkeit im Hinblick auf die Leistung der europäischen Struktur- und Investitionsfonds – Spezifische Maßnahmen zur Bereitstellung zusätzlicher Unterstützung für von Naturkatastrophen betroffene Mitgliedstaaten (Aussprache)

Πρόεδρος. – Το επόμενο σημείο στην ημερήσια διάταξη είναι η κοινή συζήτηση επί:

— της έκθεσης της Kerstin Westphal, εξ ονόματος της Επιτροπής Περιφερειακής Ανάπτυξης, σχετικά με τα δομικά στοιχεία για την πολιτική συνοχής της ΕΕ μετά το 2020 (2016/2326(INI)) (A8-0202/2017),

— της έκθεσης του Daniel Buda, εξ ονόματος της Επιτροπής Περιφερειακής Ανάπτυξης, σχετικά με την ενίσχυση της συμμετοχής των εταίρων και της διαφάνειας των επιδόσεων των Ευρωπαϊκών Διαρθρωτικών και Επενδυτικών Ταμείων (2016/2304(INI)) (A8-0201/2017), και

— της έκθεσης της Iskra Mihaylova, εξ ονόματος της Επιτροπής Περιφερειακής Ανάπτυξης, σχετικά με την πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για την τροποποίηση του κανονισμού (ΕΕ) αριθ. 1303/2013 του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου όσον αφορά συγκεκριμένα μέτρα για την παροχή πρόσθετης βοήθειας σε κράτη μέλη που έχουν πληγεί από φυσικές καταστροφές (COM(2016)0778 - C8-0489/2016 - 2016/0384(COD)) (A8-0070/2017)

Kerstin Westphal, Berichtstersterin. – Herr Präsident, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich von einem Mann aus Franken berichten: Franz-Josef, 50 Jahre alt, körperbehindert und seit mehr als 20 Jahren arbeitslos. Seit letztem Jahr arbeitet er als kaufmännischer Mitarbeiter in einer Firma in der Nähe von Nürnberg. Der ESF hat das ermöglicht. 20 Langzeitarbeitslose in der Region haben über den ESF einen neuen Job gefunden.

Warum erzähle ich Ihnen das? Die europäischen Strukturfonds ermöglichen vieles. Sie sind nah bei den Menschen und können Leben tatsächlich wieder lebenswert machen. Sie schaffen Jobs, sie helfen bei der Bewältigung des Klimawandels, bei den Investitionen in Forschung, beim Bau von Infrastrukturen, bei grenzüberschreitenden Projekten. Die Strukturfonds sind ein Motor für Jobs und nachhaltiges Wachstum. Diesen Motor müssen wir tatsächlich auch am Laufen halten! Die Diskussion darüber hat begonnen.

Und ich gestehe: Ich mache mir Sorgen. Es gibt Stimmen, die die Kohäsionspolitik reduzieren wollen, ja sogar abschaffen wollen. Davor kann ich nur nachdrücklich warnen.

Die Strukturpolitik ist nicht nur Wachstumsmotor. Sie ist auch Ausdruck gelebter Solidarität. Europa, dieses abstrakte Wesen in Brüssel, in Straßburg, wird durch die Strukturfonds vor Ort auch tatsächlich erlebbar und erfahrbar. Das dürfen wir uns nicht kaputt machen lassen!

Gemeinsam mit den Schattenberichtstattern habe ich daher diesen Bericht verfasst. Ich glaube, es ist in der Tat ein guter Bericht, der die Wirklichkeit darstellt und welchen Wert vor allem auch die Kohäsionspolitik hat, der aber auch gleichzeitig den Finger in die Wunde legt. Denn natürlich besteht Verbesserungsbedarf. Das fängt bei der Bürokratie an.

Es kann doch nicht sein, dass potenzielle Antragsteller von Formularen und Vordrucken regelrecht erschlagen werden und dann entnervt aufgeben und beschließen, vielleicht gar keinen Antrag zu stellen. Es kann auch nicht sein, dass die Verwaltungsbehörden unter ständiger Angst leiden, irgendeinen Fehler zu machen und dann an den Pranger gestellt zu werden.

Wir brauchen eine Vereinfachung der Regeln. Und wir brauchen flexiblere Regeln.

Wir und die Regionen müssen in der Lage sein, auf neue Herausforderungen zu reagieren. Vielleicht stehen im Jahr 2024 ja ganz neue Herausforderungen an, die wir mit europäischen Strukturfonds auch leisten und bewältigen müssen. Deshalb fordern wir in dem Bericht eine einfache Umprogrammierung.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch etwas zur morgigen Abstimmung sagen. Ich habe es ja bereits erwähnt: Die Zukunft der Strukturfonds steht tatsächlich auf dem Spiel. Mein Wunsch ist es, dass das Parlament hier ein klares, starkes Signal setzt für die Beibehaltung der Kohäsionspolitik.

Gleichzeitig wissen vor allem die Kolleginnen und Kollegen aus dem REGI: Im Ausschuss gibt es zwei Streitpunkte, wo unsere Fraktionen sehr, sehr unterschiedliche Auffassungen haben. Das eine betrifft die Makro-Konditionalität und das andere die sogenannte „golden rule“. Zu beiden Themen gibt es morgen Änderungsanträge. Ich verstehe den Wunsch der Grünen genauso wie den von Teilen meiner eigenen Fraktion, die eben gegen die Makro-Konditionalität sind, aber es nicht in dem Bericht erwähnen wollen. Ich weiß aber auch, dass die Makro-Konditionalität hier in diesem Haus Befürworter findet, die sie sogar verstärken wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie daher ganz, ganz herzlich: Lassen Sie uns diesen Kampf später führen! Lassen Sie uns morgen ein starkes Signal senden, an die Mitgliedstaaten, an die Kommission: Wir, das Europäische Parlament, wir wollen eine moderne, finanzstarke, entbürokratisierte Kohäsionspolitik. Wir wollen eine Kohäsionspolitik für alle Regionen, und wir wollen eine Kohäsionspolitik, die für die Menschen gemacht wird, mit einfacheren Verfahren, mit besseren Ergebnissen. Mit einem starken Signal werden wir Gehör finden.

Daniel Buda, Raportor. – Domnule președinte, doamna comisar, doamnelor și domnilor colegi, în primul rând doresc să mulțumesc tuturor celor care au contribuit la realizarea acestui proiect de inițiativă, Unității de comunicare din cadrul DG REGIO, reprezentanților Comitetului Regiunilor pentru contribuțiile aduse, secretariatelor grupurilor politice pentru sprijin și cooperare și, bineînțeles, raportorilor din umbră.

Vizibilitatea investițiilor europene și creșterea comunicării rezultatelor au devenit o preocupare la nivelul instituțiilor Uniunii Europene. Propunerea de raport vine cu idei concrete și instrumente adaptate pentru creșterea gradului de comunicare în privința fondurilor structurale.

Comisia a prezentat la finalul lunii martie la Luxemburg miniștrilor din statele membre propuneri concrete pentru creșterea vizibilității politicii de coeziune. Totodată, se pregătește un plan de acțiune privind metodele de comunicare a politicii de coeziune. În același timp, președinția malteză a recunoscut lipsa de vizibilitate a politicii de coeziune și confirmă acordul la nivelul Consiliului asupra metodelor prin care statele membre pot demonstra mai clar că această politică are un impact direct și pozitiv asupra vieții cetățenilor Uniunii Europene.

Am pornit în acest raport de la faptul că vizibilitatea în cadrul politicii de coeziune, precum și oportunitățile de finanțare sunt o responsabilitate a autorităților locale și regionale. Acestea sunt interfața cea mai apropiată de cetățean, beneficiind, după cum știm cu toții, de un grad ridicat de încredere. Pe de altă parte, deși politica de coeziune este finanțată cu un buget de peste 350 de miliarde de euro, efectele pozitive sunt cunoscute la un nivel scăzut de către cetățeni, iar concluzia evidentă a fost că metodele de comunicare nu au fost întotdeauna cele mai eficiente.

După cum am subliniat în conținutul propunerii, doar o treime dintre cei chestionați în Eurobarometrul din 2015, și subliniez, doar o treime, au auzit de proiectele finanțate prin politica de coeziune și de efectul pozitiv asupra vieții lor.

În acest context se impune, așadar, o mai bună coordonare între autoritățile publice, partenerii sociali și economici, dar și societatea civilă, pentru o comunicare eficientă a obiectivelor Uniunii Europene, cu scopul de a crește interesul cetățenilor față de apartenența la proiectul comun european.

Împreună cu colegii din Comisia REGI am insistat ca propunerea de regulament Omnibus să cuprindă un procent obligatoriu în cadrul asistenței tehnice dedicate publicității, având în vedere faptul că valorile procentuale utilizate în prezent sunt foarte reduse, în unele state aproape inexistente.

În același timp, am cerut un set de cerințe mai stricte pentru publicitatea proiectelor finanțate de Uniunea Europeană, deoarece s-a demonstrat că doar un simplu panou publicitar care să ateste prezența investițiilor prin fonduri europene nu este suficient.

În același timp, am atras atenția și asupra nevoii de a clarifica cadrul de reglementare pentru instrumentele dedicate comunicării, deoarece nu sunt puține cazurile în care beneficiarii evită să acceseze aceste instrumente din cauza lipsei de coerență a legislației în vigoare și, bineînțeles, de teama sancțiunilor ce pot interveni ulterior.

Pe termen lung, atingerea obiectivelor stabilite se poate realiza numai cu implicarea tuturor partenerilor relevanți în procesul decizional.

Este nevoie de dezvoltarea unor instrumente sau platforme de animare, având în vedere metodele actuale de guvernare participativă, prin implicarea cetățenilor într-un proces participativ de întocmire a bugetului. Accesul tot mai deschis la informații confirmă faptul că cetățenii doresc să fie chestionați cu privire la oportunitatea proiectelor de dezvoltare de la nivelul comunităților locale. Se impun, prin urmare, instrumente adaptate, având în vedere evoluțiile tehnologice și accesul tot mai larg al publicului la mijloacele digitale actuale.

Nu în ultimul rând, și cu asta închei, domnule președinte, un obiectiv nou propus în raport este externalizarea rezultatului politicii de coeziune în contextul viitoarei strategii de comunicare. Comisia ar trebui să adopte strategii de comunicare diferite pentru statele membre net contribuitoare, respectiv pentru cele net beneficiare.

Искра Михайлова, докладчик. – Неотдавнашната поредица от земетресения в Италия имаше пагубно въздействие върху засегнатите райони. Но не са само тези природни бедствия, които се случват в Европа – пожари в Португалия, наводнения в Румъния, само преди няколко часа земетресение в Западна Турция, което засегна Южна България и част от Гърция. Необходими са мащабни възстановителни работи с цел да се помогне на населението, особено в италианските региони, да живее при достойни условия и да се съхрани културното наследство на засегнатите региони.

Освен първоначалната подкрепа, предложена от фонд „Солидарност“ на Европейския съюз, на държавите членки биха могли да бъдат предоставени допълнителни суми от Европейския фонд за регионално развитие за възстановяване на региони, засегнати от големи природни бедствия. За да се предостави такава допълнителна помощ на държавите членки, засегнати от природни бедствия, общата правна уредба, установена за европейските структурни и инвестиционни фондове, трябва да бъде изменена.

Европейската комисия предложи да бъде изменен чл.120 от Регламента за общоприложимите разпоредби, като се въведе отделна приоритетна ос за проекти за възстановяване, подкрепени от Европейския фонд за регионално развитие в рамките на оперативните програми. Комисията предложи ставката за съфинансиране да достига до 100% за тези проекти.

Операциите, избрани от управляващите органи, ще бъдат финансирани в рамките на приоритетната ос единствено ако са свързани с възстановителни дейности, в отговор на голямо или регионално природно бедствие, съгласно определението в Регламент 2012/2002 за създаване на фонд „Солидарност“. Предложението няма отражение върху бюджета, като предложените дейности остават в рамките на общия размер на разпределените средства за периода 2014-2020 г., като целият пакет остава непроменен.

Докладът, който представям днес, подкрепя предложението на Комисията като фокусирано и неутрално от бюджетна гледна точка решение. Той изтъква, че политиката на сближаване трябва да се приспособи към нови предизвикателства и да осигури бърза реакция на всички държави членки, чиито региони са засегнати от големи природни бедствия. В резултат на проведени междунституционални преговори, Европейският парламент и Съветът постигнаха политическо споразумение относно законодателното предложение на Комисията. Последва приемане с голяма подкрепа на предложението в комисията по регионално развитие.

В тази връзка предлагам на вашето внимание поправка към законодателното предложение на Комисията, която включва, от една страна, подкрепа чрез Европейския фонд за регионално развитие до 95% съфинансиране в рамките на оперативна програма, но от друга страна, запазва предложението при първоначалния доклад на Парламента праг от 5% върху националното разпределение на Европейския фонд за регионално развитие за съответната страна член.

Политическото споразумение, което постигнахме, е израз на нашата солидарност. То показва разбирането ни, че всички ние сме уязвими, във всеки регион е възможно да се случи природно бедствие и ние следва взаимно да си оказваме подкрепа за справяне с тези предизвикателства, като предлагаме подкрепа за възстановяване на засегнатите райони.

Бих искала да ви обърна внимание в контекста на днешния дебат за кохезионната политика, че политиката за сближаване трябва да се приспособи към нови предизвикателства. Както в случая, да може да осигури бърза, адекватна реакция на всички държави членки, чиито региони са засегнати от природни бедствия. Трябва да бъде създадена проста, ефективна и ефикасна процедура за реагиране при непредвидени обстоятелства. Това прави Комисията с предложението си, това предлагаме ние с този доклад, който представям днес.

Corina Crețu, *Member of the Commission*. – Mr President, let me start by thanking Parliament's Committee on Regional Development, the Chair Iskra Mihaylova for organising this meeting, as well as honourable Members Kerstin Westphal and Daniel Buda for their reports.

As regards Ms Kerstin Westphal's report on building blocks for a post-2020 EU cohesion policy, the Commission welcomes their valuable contribution to current reflections on the future of Europe and to the next multiannual financial framework. This is a very timely input, in particular in view of our Cohesion Forum at the end of June. The Commission shares most of the views of this report. In particular, we believe, as you believe, that cohesion policy is more necessary than ever. As all three rapporteurs have underlined here, the European Union is facing tough challenges, such as globalisation, migration, which go beyond national borders, and this is where the European Union's cohesion policy can make a difference.

Cohesion policy, as Ms Westphal said, empowers thousands of stakeholders throughout the European Union to tap into each region's potential and make the best of innovation and smart specialisation, making sure that every EU region, no matter whether it is north, south, east or west, is better armed and resilient against globalisation, making sure that every European Union citizen can have access to the same opportunities.

So this policy works, but for the future it needs to strike a balance between change and stability, keeping what works, assessing carefully the costs and benefits of changes, providing the incentives for targeted structural reforms, to ease the link between investment, growth and jobs, enabling all funds to closely work together and exploiting to the largest possible extent the potential for simplification. But I hope you all agree with me that this is not sufficient. Our policy delivers, but we also have to make sure that EU citizens are aware of that. There is a long tradition in communicating the cohesion policy but now we need to do even better.

And that links me to the next report by Mr Buda but I shall not continue without once again thanking Ms Westphal, and also the shadow rapporteurs and all the team who worked on this report, for their efforts and their contributions. I shall now switch to my language because the rapporteur is Romanian.

Comisia Europeană apreciază foarte mult și raportul domnului Buda cu privire la consolidarea angajamentului partenerilor și a vizibilității fondurilor europene structurale și de investiții.

La fel ca și dumneavoastră, toate studiile noastre, așa cum аți subliniat, toate studiile noastre arată că foarte mulți oameni nu sunt încă informați în legătură cu ceea ce Uniunea Europeană face pentru pentru ei, în ciuda investițiilor pe termen lung, a tuturor școlilor, а spitalelor și а locurilor de muncă create.

Și, am mai spus o dată, provenim din aceeași regiune, eu am descoperit de-abia candidând pentru postul de parlamentar european faptul că în Cluj-Napoca liniile de tramvai sunt sponsorizate din fonduri europene. Cred că trebuie să facem un efort colectiv. De asemenea, în Sofia, săptămâna trecută, am extins linia de metrou și nu cred că foarte mulți cetățeni din Sofia știu faptul că deja beneficiază și merg с metroul din Sofia cofinanțat în proporție de 95 % din fonduri europene.

Deci cred că trebuie să facem un efort mai mare. Suntem într-o situație, аș putea spune, uneori dramatică. În ciuda acestor investiții, știm foarte bine că această politică de coeziune este mai atacată ca niciodată. Nu este deja un secret pentru nimeni acest lucru. De aceea, mă bucur că avem acest raport, mă bucur că am căzut de acord în privința necesității creșterii comunicării în privința fondurilor europene și а ceea ce fac aceste fonduri europene pentru viața de zi с zi а cetățenilor. Аșa cum аți arătat și dumneavoastră, suntem сu toții îngrijораți de lipsa de vizibilitate а политicii de coeziune. Аți cerut са acest aspect să fie rezolvat și astăzi, împreună сu doamna comisar Thyssen, ne-am propus să ne unim forțele сu statele membre și să consolidăm profilul investițiilor noastre.

De asemenea, acesta a fost și mesajul pe care l-am transmis și săptămâna trecută la Consiliul ministerial informal din Malta în prezența tuturor miniștrilor din cele 28 de state membre. Comunicarea cu privire la politica de coeziune reprezintă o responsabilitate comună, așadar ar trebui să fie un efort comun. Nu poate fi doar Comisia Europeană singura care acționează în această privință. Știți foarte bine că, în orice țară merg, vizitez oricâte proiecte pot ca persoană, dar statele membre, Parlamentul, Comitetul Regiunilor, autoritățile locale și regionale, societatea civilă ar trebui să își aducă, de asemenea, contribuția. Și știu că foarte mulți dintre dumneavoastră faceți acest lucru.

Eu cred că trebuie să povestim, să împărtășim poveștile de succes ale milioanele de întreprinderi mici și mijlocii care au beneficiat în ultimii zece ani de ajutor din partea fondurilor europene. Ar trebui să povestim mai mult despre antreprenorii ale căror visuri se îndeplinesc în sfârșit, despre mamele care pot în sfârșit să își găsească de lucru datorită fondurilor europene, mulțumită noilor oportunități pe care le oferă piața muncii.

De fapt, cred că ar trebui să menționez câteva inițiative promițătoare care au fost deja lansate, precum broșura germană cu privire la poveștile de succes sau planul de comunicare 'Let stars shine, engage in citizens, in the EU', să lăsăm stelele să strălucească, implicându-i pe cetățeni în privința prezentului și viitorului Uniunii Europene, elaborată de nouă membri ai Parlamentului conduși de domnul Lambert van Nistelrooij. Contez însă pe sprijinul și pe ideile dumneavoastră pentru a ne asigura că această politică va însemna vești bune pentru 500 de milioane de europeni.

Am luat notă de propunerile dumneavoastră. Vreau să știți că și până acum în programele operaționale existau bani pentru comunicare. Cred că nu ar fi inutil să vedem cum acești bani, destinați comunicării, au fost cheltuiți pentru fiecare program operațional în parte, mai ales pentru programele mari. Așa cum spuneți dumneavoastră, cred că trebuie mai multă claritate, mai multă transparență, să vedem ce înseamnă comunicare, ce înseamnă publicitate și sigur că aici trebuie să contăm foarte mult și pe sprijinul colegilor noștri din mass-media, care ar trebui să ne ajute cu publicarea acestor povești de succes.

Finally, concerning natural disasters, I would like to warmly thank this House and Madam Chair Iskra Mihaylova for your efforts to reach a swift agreement on natural disasters despite the difficulties. So now we will be able to help the Member States cover from the Structural Funds 95% of all the damage caused by natural disasters.

As we speak, there is an earthquake in Greece. Last year it was Italy, and we expressed our sympathy for the people in Italy. Now, we have an earthquake in the Aegean Sea in Greece, in Chios and Lesbos, Aegean islands which I will visit as from tomorrow. Especially in this time of crisis: they are all hit by the migrant crisis, and now we have this earthquake. My sympathies go to the people of Greece especially, today.

As I said, this dossier has an important political significance. We wanted from the very beginning to send a clear political signal that Europe cares about its citizens and that it is willing and able to provide help quickly. As I said, yesterday it was Italy, today it is Greece, tomorrow it could be Sweden or other countries. Therefore, it was important to urgently conclude an agreement and I believe that, under these circumstances, the compromise reached is reasonable. Thank you, and of course I am looking forward to our debate.

Jan Olbrycht, autor projektu opinii Komisji Budżetowej. – Pani Komisarz! Panie Przewodniczący! Debata w Parlamencie Europejskim na temat przyszłości polityki spójności odbywa się w bardzo ważnym momencie. Po pierwsze, Parlament Europejski rozpoczął prace nad przyszłą perspektywą finansową i bardzo dokładnie obserwujemy to, co się dzieje w Komisji, i z niecierpliwością czekamy na dokument refleksyjny, który pani komisarz z panem komisarzem Oettingerem przygotowuje na koniec czerwca. Bardzo jesteśmy zainteresowani, co w tym dokumencie się pojawi, to będzie rzutowało na przyszłe działania. Równocześnie kilka rządów ważnych w Europie wypowiedziało się na temat polityki spójności i to także bardzo dokładnie Parlament obserwuje.

Niezwykle ważne są dla nas wnioski z Malty, ponieważ w pracach na Malcie rzeczywiście próbowano przetłumaczyć scenariusze na przyszłość dla polityki spójności. To jest pierwsza tego typu próba pokazująca, jakie są wymierne konsekwencje poszczególnych rozwiązań dotyczących Unii Europejskiej.

Dyskusja na temat przyszłości Unii Europejskiej tak naprawdę jest dzisiaj dyskusją na temat w ogóle Unii Europejskiej, czym ma być Unia Europejska, czym mają być jej polityki, w jaki sposób ona ma funkcjonować. Kwestia samego kształtu polityki spójności po części ma charakter zasadniczy, po części techniczny, ponieważ z jednej strony wiemy dobrze, że polityka spójności jest kluczem do Unii Europejskiej, a z drugiej strony wiemy, że na przykład nie można będzie dokonywać żadnych zmian przy następnej perspektywie, o czym pani komisarz mówiła, ponieważ opóźnienia w tej perspektywie są tak duże, że nie można sobie pozwolić na kolejne wymyślanie nowych metod i nowych rozwiązań. Dzisiaj dla nas najważniejsze jest uproszczenie, symplifikacja i dla nas najważniejsza jest odpowiedź na pytanie, co z dzisiejszej perspektywy polityki spójności powinno być wzmocnione i przedłużone, i to jest właściwie klucz do całej sprawy i to będzie argument na rzecz utrzymania tej polityki w przyszłości.

Claude Rolin, *rapporteur pour avis de la commission de l'emploi et des affaires sociales*. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, seuls 34 % des Européens déclarent avoir entendu parler de projets cofinancés par l'Union européenne pour améliorer leur région, la région dans laquelle ils vivent. Ces projets sont pourtant nombreux. Ils sont essentiels à la cohésion régionale et sociale et ils ont un rôle important dans la réduction des disparités.

Il est essentiel de donner plus de visibilité à ces projets, car ils sont l'image concrète de l'action de l'Union européenne.

Il est et il demeure important de communiquer sur la valeur ajoutée européenne des projets qui sont financés.

Comme rapporteur sur ce dossier pour la commission de l'emploi et des affaires sociales du Parlement, je souligne les effets de ces projets sur les plans de la création d'emplois et de l'intégration sociale.

Il importe également de réduire la charge administrative, sans réduire les contrôles, afin de permettre un accès plus facile pour les petites et moyennes entreprises, en particulier celles situées dans des zones rurales.

Enfin, j'insiste sur l'importance de garantir la participation des partenaires sociaux et des acteurs de terrain. Ils doivent pouvoir être associés aux différentes étapes de la programmation, de la mise en œuvre ainsi que du suivi et de l'évaluation de l'utilisation de ces fonds.

Krzysztof Hetman, *w imieniu grupy PPE*. – Panie Przewodniczący! Sprawozdanie na temat elementów składowych polityki spójności po 2020 roku ma stanowić wkład Parlamentu Europejskiego w dyskusję na temat jej przyszłych priorytetów. Uważam za niezwykle istotne, abyśmy mieli wypracowane jasne i wspólne stanowisko. Nie ulega wątpliwości, że polityka spójności stanowi jeden z filarów Unii Europejskiej i jako unikalne na skalę światową narzędzie jest marką i unijnym znakiem rozpoznawczym w naszych miastach i regionach. To dzięki niej udało się złagodzić skutki kryzysu, a teraz ponownie pobudzane są inwestycje.

Dlatego chcemy zdecydowanie zakomunikować: polityka spójności po 2020 roku musi zachować swoje ważne miejsce w budżecie unijnym, stanowiąc przynajmniej taką samą jego część jak w obecnej perspektywie finansowej, gdyż jest korzystna dla całej gospodarki Unii. Co oczywiste, choć polityka spójności dobrze wypełnia swoje zadania, należy cały czas pracować nad maksymalizacją jej potencjału. Stąd ważne propozycje dalszych uproszczeń proceduralnych i przede wszystkim, co zawsze podkreślam, większej elastyczności, tak by mogła ona lepiej reagować na nieprzewidziane wydarzenia, a władze lokalne i regionalne miały możliwość swobodnego dostosowywania jej do lokalnych priorytetów i realiów.

Apeluję także, abyśmy mieli świadomość, iż polityka spójności stanowi integralną część całej gospodarki europejskiej. W związku z tym należy zachować wyważone podejście do jej powiązania z procesami zarządzania gospodarczego.

Derek Vaughan, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, as shadow rapporteur I wanted to say a few words on the Natural Disasters Agreement. We started discussions with differences between Parliament, the Council and the Commission. And indeed, there are also differences between the political groups within this Parliament. So it is a huge achievement but we managed to get a common position in Parliament and then a compromise agreement with the Council. Now, of course, it is important that the money goes to Italy as soon as possible, so the people there can benefit from these Structural Funds.

I also wanted to say a few words on the future of cohesion policy. I want to thank the rapporteur for her report and the Commissioner for her excellent words. I think we

in this Parliament can actually learn something from our discussions on the national disasters issue. We were much stronger in those negotiations because we were united and therefore we also need to be united in our position on the future of cohesion policy. If we are united and speak with one voice it will be much more difficult for others to ignore us.

I would say that, at this stage, we should not be talking about detailing too much. Detail can come much later, because at the moment there is so much on which we can agree with, we need to agree an adequate budget cohesion policy, that all regions should get something, that there should be more for poorer Member States. We should agree on simplification, we should agree that there should be a greater focus on performance, but the main thing today is to agree this report and to start the fight for the future of cohesion policy.

Președinte: IOAN MIRCEA PAȘCU

Vicepreședinte

Ruža Tomašić, *u ime kluba ECR*. – Gospodine predsjedniče, osnovna ideja Europske unije je otvorena politička suradnja i slobodna ekonomska razmjena između država koje su prirodno upućene jedne na druge, dijele iste vrijednosti i žele ostvariti iste ciljeve u budućnosti. Da bi to bilo moguće, europske nacionalne države moraju imati približno slične startne pozicije, jer će se u protivnom probuditi stari animoziteti i osjećaj da u ovom odnosu postoje oni koji profitiraju i oni koji su iskorištavani. Dođemo li do te točke, ideja europske integracije bit će ozbiljno ugrožena.

Ključna je uloga kohezijske politike upravo u osiguravanju slične startne pozicije za sve unatoč različitim povijesnim okolnostima u kojima su se sadašnje države članice razvijale. Cilj je na principu solidarnosti stvoriti Europu jednakih mogućnosti i od toga se u smije značiti povećanje opsega administracije, nego povećanje njezine učinkovitosti. Daljnju birokratizaciju moramo izbjeći pod svaku cijenu!

Sredstva iz različitih fondova moramo integrirati, a programe unaprijed pripremati na razini regija i država članica kako se ne bi ponovila loša iskustva iz prethodnog financijskog razdoblja. Podržavam i jačanje administrativnih kapaciteta, ali naglašavam kako to ne smije značiti povećanje opsega administracije, nego povećanje njezine učinkovitosti. Daljnju birokratizaciju moramo izbjeći pod svaku cijenu!

Matthijs van Miltenburg, *namens de ALDE-Fractie*. – We bespreken vandaag de bouwstenen om tot een cohesiebeleid na 2020 te komen. Een cohesiebeleid 2.0. Maar laten we daarbij het goede van het huidige beleid behouden, zoals bijvoorbeeld de ex-antevoorwaarden en de thematische concentratie.

Zo zouden ook na 2020 nog steeds alle regio's in Europa voor middelen uit structuur- en investeringsfondsen in aanmerking moeten komen. Zij brengen immers de Europese strategie van groei en verduurzaming in de praktijk.

Of die strategie nou Europa 2020 heet of straks wellicht Europa 2030, de brexit betekent wellicht dat het cohesiebeleid het na 2020 met minder middelen zal moeten doen. Dat betekent dan ook dat we nog sterker moeten sturen op resultaten in het cohesiebeleid. Daarom moet er een sterke koppeling tot stand worden gebracht met noodzakelijke structurele hervormingen in de achterblijvende landen en regio's, een koppeling tot stand worden gebracht met de opvolging van landenspecifieke aanbevelingen, met de zorg voor goed economisch bestuur door een evenwichtig verband te leggen tussen het cohesiebeleid en het Europees semester, met het behoud van macro-economische conditionaliteit en met eerbiediging van afspraken uit het stabiliteits- en groeipact. Dat is voor de ALDE-fractie noodzakelijk om de euro's die we met het cohesiebeleid investeren ook goed te kunnen laten renderen.

We zien de doorontwikkeling van het cohesiebeleid na 2020 ook als een kans. Een kans om een sterkere stedelijke dimensie aan te brengen. Een kans om verder te gaan op het pad van vereenvoudiging van de fondsen. Een kans om Interreg meer slagkracht te geven, zodat het cohesiebeleid ook na 2020 hét investeringsbeleid blijft voor samenhang in Europa met slimme, duurzame en inclusieve groei.

Younous Omarjee, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, le dernier sommet, qui s'est tenu à La Valette, renforce nos inquiétudes, puisque quatre des cinq scénarios qui ont été présentés annoncent des coupes sombres pour l'après-2020.

À cette inquiétude budgétaire s'ajoute l'inquiétude de ce que nous entendons d'États membres comme l'Allemagne, par exemple, qui évoque purement et simplement la possibilité d'une remise en cause des catégories de régions, ce qui est très grave.

En fait, la réalité, c'est que la politique régionale est devenue très attaquée et est désormais vouée à être dénaturée. Dénaturée, elle l'est déjà par les mesures de surveillance et de punition que sont les conditionnalités macroéconomiques; dénaturée, elle l'est encore quand elle vient à jouer ce rôle de variable d'ajustement du Semestre européen; dénaturée, elle le sera aussi, si les instruments financiers venaient à se substituer aux subventions.

De tout cela, nous ne voulons pas, et les régions les moins développées n'en veulent pas non plus. Ce que nous voulons, c'est une grande politique régionale ancrée dans la solidarité, performante, fidèle à sa vocation assignée par les traités.

Plus que jamais, l'Union européenne a besoin d'une grande politique de solidarité. C'est le sens du rapport Westphal et c'est ce à quoi nous devons travailler ensemble.

Terry Reintke, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr. President, cohesion policy is not just an exchange of money, it is a lived European solidarity. Cohesion policy can change the livelihoods of millions of citizens in the European Union, create a better life for the many, not just the few – if it is done well. Cohesion policy can let this continent grow together much faster and closer than before, but it can also tear it apart and that's why we need to make it better.

First of all, we need to invest in the future. Big money, big business will not solve the problems that Europe is facing today. That is why we do not just need any investment but sensible investments to fight inequality, to create jobs, to revolutionise our energy systems and to create a sustainable economy.

Secondly, we should not punish those who actually need our support the most. Sometimes in politics we hide behind technical terms to cover up problems and controversies. 'Macroeconomic conditionality' is one of those terms. Most Europeans probably don't even know what this means and there are some politicians who actually don't want them to know what it means, because they can have a devastating effect on their lives. It is very often punishing those countries who are in most need of European support. And anyway, why should a local NGO supporting long-term unemployed people pay for the possible mistakes that their government have been making. Macroeconomic conditionality is simply wrong, and this Parliament has been opposed to macroeconomic conditionality in the past and we should keep up this fight even if the Council and Commission are pushing us to change our position.

Lastly, we need to gear up the fight against fraud and corruption. Cohesion policy is not only about economic and social affairs, it goes deeply into questions of rule of law. We cannot have Europeans losing trust in the whole system because of those who are undermining its credibility. That is why we need a functioning European Public Prosecutor and mechanisms to end corruption. Yes, there are forces in the Council who want to get rid of cohesion policy altogether, but instead of being afraid of them we should pick up this battle; we should stand up and tell them: 'Bring it on!' We are ready to fight for cohesion policy for the future.

Rosa D'Amato, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, finalmente un dibattito sul futuro della politica di coesione, sulla politica di coesione post 2020, anche in plenaria.

In commissione, il nostro voto su questa relazione è stato favorevole, grazie soprattutto all'esclusione del cofinanziamento nazionale dal Patto di stabilità e crescita, come noi del resto abbiamo richiesto sin dall'inizio della legislatura. Questo paragrafo però adesso è fortemente a rischio per un emendamento presentato da PPE, ALDE e S&D.

Mentre la *Großkoalition* fa emendamenti che affossano le nostre economie, il Movimento 5 Stelle ne fa altri per i cittadini, contro la macrocondizionalità, contro la possibilità di sospendere i fondi se non si eseguono le vostre assurde raccomandazioni specifiche per paese.

Colleghi, se come Parlamento non siamo capaci di approvare la proposta della *golden rule* sugli investimenti, che osi criticare il meccanismo perverso della macrocondizionalità, come facciamo a negoziare con il Consiglio la difesa della futura politica di coesione? Con che faccia ci possiamo presentare davanti alle regioni, ai comuni e ai cittadini i cui progetti rischiano di essere sospesi e non programmati, perché i governi non avrebbero rispettato delle regole assurde?

Un po' di coraggio, colleghi, il coraggio che avete avuto votando le riforme strutturali. Abbiate lo stesso coraggio per andare contro le misure di austerità imposte. Svegliamoci e diamo segni della nostra esistenza come legislatori, prima che sia troppo tardi, prima che la politica di coesione sia cancellata da Katainen e da Dombrovskis ...

(Il Presidente interrompe l'oratore)

Olaf Stuger, *namens de ENF-Fractie*. – Vandaag wilde ik eigenlijk spreken over de verspilling van cohesiefondsen, maar de actualiteit heeft mij ingehaald. Kort geleden was het al raak bij het huurcontract van het Geneesmiddelenbureau. Daar bleken de goocherders van de EU een huurcontract te hebben afgesloten voor 30 jaar, zonder tussentijdse opzegmogelijkheid. En dan natuurlijk niet zomaar een wijk, het was Canary Wharf. Kosten voor de belastingbetaler: 350 miljoen euro.

En vandaag weer een mooie: het Paul-Henri Spaakgebouw in Brussel, u kent het, staat na 24 jaar op instorten en de kosten voor de nieuwbouw: 340 miljoen euro. Wie gaat het betalen? De belastingbetaler. Als de EU niet eens in staat is om een fatsoenlijk kantoorgebouw neer te zetten, waarbij ze er met de neus bovenop zit, hoe is ze dan in vredesnaam in staat om 27 landen van de EU aan te sturen?

Dan is er nog het Bureau voor fraudebestrijding OLAF, dat over het jaar 2015 maar liefst 631 miljoen euro aan fraude heeft ontdekt. Het blijkt maar weer dat de geldverspilling van de EU zich niet beperkt tot de cohesiefondsen. Ik hoop dat we hier allemaal zo snel mogelijk een einde aan maken en dat we ons weer bezig kunnen gaan houden met nuttige zaken.

Zoltán Balczó (NI). – Elnök Úr, az Európai Unió alapszerződése célul tűz ki népeink fejlődésének elősegítését, hangsúlyozva, hogy a gazdasági integráció elő kell, hogy segítse az életszínvonal emelkedését is. Ennek legfontosabb eszköze a kohéziós politika. A jelentés szerint 2008 után a tagállamok és a régiók közötti különbségek erőteljesen nőttek, a társadalmi és gazdasági egyenlőtlenségek egyre súlyosabbá váltak. A különbségek élesen mutatkoznak meg a munkabérekben. A 13 évvel ezelőtt csatlakozott országok lakossága elsősorban ennek alapján ítéli meg, hogy az ún. „uniós projekt” sikeres vagy sikertelen. Az Unión belüli bérszakadék a fejlett országoknak sem jó. A fejletlenebb országokból milliók kényszerülnek a megélhetésért munkát vállalni a fejlettekben, ott lenyomva a bért és társadalmi feszültséget okozva.

Ezt felismerve indította el a Jobbik Magyarorszáért Mozgalom azt az európai polgári kezdeményezést, amely az európai bérek felzárkóztatását tűzte ki célul, hét országban találva ehhez partnereket. Az Európai Bizottság befogadta ezt a kezdeményezést, ezzel elismerve annak jogosságát, és vállalva, hogy ha összegyűlik az egymillió aláírás, jogi aktusokat kezdeményez. Ennek egyik fontos területe lehet egy új kohéziós politika, amelyik támogatja a humánerőforrás-fejlesztést és a nagy hozzáadott értéket előállító vállalatokat, így tehát magát a munkabérek növekedését is.

Salvatore Cicu (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, sulle politiche attive di coesione che riguardano i nostri territori e riguardano la credibilità della tenuta dell'Unione europea, io intervengo in maniera particolare con riferimento all'aspetto del Fondo di solidarietà e con riferimento al finanziamento da dedicare alle zone terremotate.

Credo che sia centrale, all'interno di questo contesto, sostenere e destinare la nostra dedizione e la nostra attenzione a coloro che hanno vissuto e vivono dei momenti drammatici perché non si tratta solo dell'aspetto umano che prevale su tutto, ma si tratta di un sistema, quello economico, della nostra piccola e media impresa, del nostro sistema agricolo, dei nostri bottegai e dei nostri artigiani, che perdono la speranza e devono trasferirsi dai loro luoghi di origine, senza possibilità di capire qual è la prospettiva. Credo che, con questo tipo di politica ci sia un avvicinamento dell'Unione europea ai nostri territori e quindi alla politica di coesione.

Constanze Krehl (S&D). – Herr Präsident, liebe Frau Kommissarin! Mit dem Bericht von Frau Westphal möchten wir als Parlament eine starke Position zur Zukunft der europäischen Kohäsionspolitik äußern. Wir brauchen das, um in den Verhandlungen stark auftreten zu können. Aber wir brauchen das auch, um die Kommissarin in ihrem Engagement für eine wirkliche, gute Kohäsionspolitik zu unterstützen, nicht für ein Rumpfprogramm der Kohäsionspolitik. Wir brauchen dieses Investitionsprogramm, und zwar als Möglichkeit der Solidarität zwischen allen Regionen, und zwar auch in jede Richtung. Wir müssen Unterstützung geben beim Kampf gegen Arbeitslosigkeit, vor allen Dingen gegen die viel zu hohe Jugendarbeitslosigkeit. Wir brauchen Investitionen im Kampf gegen Armut. Und dazu ist es natürlich am sinnvollsten, wirklich eine nachhaltige moderne wirtschaftliche Entwicklung zu fördern und damit vor allen Dingen eben auch kleineren und mittleren Unternehmen Unterstützung zu geben.

Lassen Sie mich noch eine Bemerkung dazu sagen: Wir müssen vor allen Dingen auch Start-up-Unternehmen fördern, die das Risikokapital nicht alleine aufbringen können, wo es wirklich nur die Europäische Union ist, die bereit ist, hier zu investieren. Ich war letzte Woche in Nordschweden und habe dort hervorragende Beispiele gefunden, wo genau dieses umgesetzt wird. In einer dünn besiedelten Region werden Zukunftsideen unterstützt und umgesetzt und damit Arbeitsplätze geschaffen und Perspektiven für eine Region, die vielleicht manchmal gedacht hat, dass sie ein wenig weit weg ist von Brüssel und ein wenig abgehängt ist. Das müssen wir für alle Regionen umsetzen.

Und im Übrigen ist Deutschland dafür, dass es eine Kohäsionspolitik gibt, die alle Regionen unterstützt. Falls da ein Missverständnis aufgekommen ist – das ist die aktuelle Situation, und dafür kämpfen und streiten wir auch in Deutschland.

Wir brauchen Infrastruktur, wir brauchen den Kampf gegen den Klimawandel, wir brauchen Forschung und Innovation, wir brauchen gute Ideen. Und deswegen müssen wir als Abgeordnete des Parlaments, als Vertreter und Vertreterinnen der Wählerinnen und Wähler kämpfen für diese Kohäsionspolitik und uns stark machen für das, was wirklich das tägliche Leben der Menschen positiv beeinflusst. Lassen Sie uns morgen mit großer Mehrheit für diesen Bericht stimmen!

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η πολιτική συνοχής της Ευρωπαϊκής Ένωσης οφείλει να στηρίζει τις χώρες που έχουν υποστεί τεράστια οικονομική ζημιά λόγω της κρίσης. Αυτό αφορά κυρίως τις χώρες της ευρωπαϊκής περιφέρειας, και ιδίως την Ελλάδα που υποφέρει από τις πολιτικές λιτότητας και βίαιης δημοσιονομικής προσαρμογής. Επιπλέον, η Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει να διαμορφώσει μια πολιτική αποτελεσματικής αποζημίωσης των χωρών της συνοχής που έχουν υποστεί ζημιές λόγω σεισμών, όπως είναι και οι ζημιές που προκάλεσε πριν λίγες ώρες στη Λέσβο ο καταστροφικός σεισμός των 6,1 Ρίχτερ. Ταυτόχρονα, κυρία Cretu, πρέπει να υπάρξει γενναία αποζημίωση και για τις τεράστιες καταστροφές λόγω κατολισθήσεων στο λιγνιτωρυχείο Αμυνταίου της ΔΕΗ, το Σάββατο, όπου η ζημιά ανέρχεται τουλάχιστον σε ένα δισεκατομμύριο ευρώ. Κοιτάσματα 25 εκατομμυρίων τόνων λιγνίτη, αξίας 500 εκατομμυρίων ευρώ, θάφτηκαν κυριολεκτικά κάτω από τόνους λάσπης, όπως και τέσσερις εκοκαφείς αξίας 80 εκατομμυρίων ευρώ. Πρέπει, λοιπόν, να ληφθούν σοβαρά μέτρα για να αντιμετωπιστούν και αυτές οι καταστροφές.

Petras Auštrevičius (ALDE). – Mr President, cohesion policy's title sounds different in all official EU languages but the meaning remains very much the same. A more accelerated national economic and social development, more rapid economic growth and increasing employment: this is the value added of cohesion policy.

Cohesion policy encourages solidarity between EU regions and contributes to the strengthening of the EU single market. It is therefore beneficial not only for the less, but also for the more, developed Member States. In future, cohesion policy should be more flexible, while at the same time based on reasonable conditionalities. While implementing long-term investment goals it should also be able to contribute to meeting the new challenges. For example, to ease the effects of the economic and financial crisis, to react to migration and refugees' integration challenges, to deal with climate change, the digital agenda, innovation demand and energy safety issues, amongst many.

In order to retain its attractiveness cohesion policy should also be more simplified in all areas such as audit, state aid, public procurement and financial instruments, and I hope it is all achievable.

Δημήτριος Παπαδημούλης (GUE/NGL). – Κυρία Επίτροπε, το μήνυμα του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου είναι ισχυρό και σαφές: η πολιτική συνοχής όχι μόνο πρέπει να συνεχιστεί μετά το 2020, αλλά πρέπει και να ενισχυθεί, γιατί οι κοινωνικές και περιφερειακές ανισότητες έχουν αυξηθεί τα τελευταία χρόνια, όπως και η ανεργία, η φτώχεια και η απόσταση ανάμεσα στις πλούσιες και τις φτωχές χώρες, τις πλούσιες και τις φτωχές περιφέρειες. Χωρίς ισχυρή πολιτική συνοχή, χωρίς έμπρακτη ευρωπαϊκή αλληλεγγύη, κινδυνεύει η ίδια η ευρωπαϊκή προοπτική. Διότι όταν όλοι μαζί δουλεύουμε για κάτι, αλλά οι πλούσιοι γίνονται πλουσιότεροι και οι φτωχοί φτωχότεροι, τότε η ίδια η Ευρωπαϊκή Ένωση θα αντιμετωπίσει τον κίνδυνο μιας διαλυτικής κρίσης. Και, φυσικά, χρειάζεται επίσης λιγότερη γραφειοκρατία και περισσότερη διαφάνεια για να αντιμετωπιστούν και φαινόμενα διαφθοράς. Αλλά έχετε έναν ισχυρό σύμμαχο, κυρία Επίτροπε, στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο, γιατί ξέρετε πολύ καλά ότι, και μέσα στην Επιτροπή και ακόμη περισσότερο μέσα στο Συμβούλιο, υπάρχουν δυνάμεις που θέλουν την αποδυνάμωση της πολιτικής συνοχής.

Οι σεισμοί που έγιναν πριν λίγες ώρες στην Ελλάδα, όπως πριν λίγο καιρό στην Ιταλία, η κατολίωση ενός τεράστιου λιγνιτωρυχείου στη Βόρειο Ελλάδα χθες, δείχνουν την ανάγκη να ενισχυθεί ο Ευρωπαϊκός Μηχανισμός Αλληλεγγύης. Ειδικά για τη χώρα μου, που υποφέρει από μια πολύχρονη λιτότητα και ύφεση επτά χρόνων, τα ευρωπαϊκά κονδύλια, και όχι απλώς τα κροκοδείλια ευρωπαϊκά δάκρυα, πρέπει να χρησιμοποιηθούν για να μειωθεί ο ανθρώπινος και κοινωνικός πόνος, να δημιουργηθούν θέσεις εργασίας. Ο ευρωπαϊκός Βορράς πρέπει έμπρακτα να δείξει όχι μόνο στον ευρωπαϊκό Νότο αλλά και στην Ανατολική Ευρώπη την αλληλεγγύη του, ενισχύοντας και όχι υπονομεύοντας την πολιτική συνοχής.

James Carver (EFDD). – Mr President, this report highlights an increase in euro-scepticism and anti-EU reporting, which the rapporteurs claim distorts information on EU policies. In other words, it raises alarm bells at the obvious fact that, just as happened to the Roman Empire, the wheels are starting to come off the EU chariot.

You rightly understand that this rise in populism throughout the EU isn't going away, and is a threat to the existence of the EU institutions. So how do you respond? By expressing the desire to waste more taxpayers' money on dead-end projects and pro-EU political soundbites. This strikes me as a case of 'thou doth protest too much' and underlines that, in these times of austerity, the taxpayer has found you out. Indeed, with just 34% of citizens claiming to have heard about EU co-financed projects, it underlines how these projects are not doing much to help at all, yet you still call for more money to be wasted. As Abraham Lincoln famously said: 'You can fool all of the people some of the time, and some of the people all of the time, but you can't fool all of the people all of the time.'

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, αντίθετα με τα όσα ισχυρίζονται οι εκθέσεις που συζητάμε σήμερα εδώ, στην πραγματικότητα, η πολιτική συνοχής τείνει υπό αμφισβήτηση. Δεν έχει γίνει αντιληπτό πως η συνοχή δεν εξαρτάται μόνο από έργα υποδομών ή μεγάλες επενδύσεις, αλλά, αντίθετα, αφορά την καθημερινότητα των ευρωπαίων πολιτών. Στον τομέα αυτόν, εύκολα διαπιστώνουμε πως η ζωή του μέσου πολίτη της Δυτικής και Βόρειας Ευρώπης δεν έχει καμία σχέση με τη ζωή του μέσου πολίτη της Ανατολικής και Νότιας Ευρώπης. Με σαφέστατη ευθύνη και των ευρωπαϊκών οργάνων, οι πολίτες της Ελλάδος, για παράδειγμα, βιώνουν την καθημερινή υποβάθμιση του βιοτικού τους επιπέδου, ενώ, ταυτόχρονα, η γερμανική οικονομία συνεχίζει να επωφελείται από αυτό. Πέρα όμως από την άνιση κατανομή, σημαντικό ρόλο παίζει και η μεθοδική και προσχεδιασμένη υπονόμευση της εθνικής κυριαρχίας προς όφελος μιας ελάχιστα ελεγχόμενης γραφειοκρατίας των Βρυξελλών. Θεωρώ πως πρέπει να επιδιώξουμε έναν τρόπο λειτουργίας που θα εστιάζει στην αυτονομία των κρατών, θα περικόψει δραστικά τον προϋπολογισμό της Ενώσεως, και τα ευρωπαϊκά όργανα απλά θα συντονίζουν, όπου χρειάζεται, τη συνεργασία κυρίαρχων ανεξαρτήτων κρατών, τα οποία, όπως είναι φυσικό, γνωρίζουν καλύτερα τις ανάγκες των πολιτών τους.

Andrey Novakov (PPE). – Mr President, for me the Cohesion Policy is close to a miracle. For the first time in human history, in peacetime, independent, sovereign countries are contributing to other countries' prosperity voluntarily on a systemic basis. That has never happened before. This is more than bridges. This is more than highways. This is more than metro lines. This is our nature, this is our beliefs. And the only way to let the stars shine is by not taking even one step back from this nature, not even one step back from these beliefs.

I am glad that the proposal for the draft budget 2018 for European cohesion is the biggest in European history in terms of commitments, and I am glad that there is an increase of more than 20% foreseen for payments for Cohesion Policy.

Today, now, is the right moment to show the European citizens that Europe is stronger than ever, no matter what crises are hitting our Union.

Michela Giuffrida (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, prima di tutto volevo ringraziare il collega Buda e gli altri relatori di questa relazione sulla comunicazione dei fondi SIE per il lavoro che abbiamo svolto insieme e per il clima con il quale abbiamo lavorato. Un lavoro che ha messo ulteriormente in rilievo il fatto che esiste un serio deficit di comunicazione tra istituzioni europee e cittadini.

I cittadini non hanno la giusta percezione di cosa l'Europa faccia per loro, per il territorio in cui abitano, come sostenga le amministrazioni locali, le regioni. Vittima di una comunicazione strumentale al gioco politico dei movimenti populisti, l'Europa è oggi percepita purtroppo come solo un insieme di regole, di limiti, di veti e di burocrazia che ostacola la crescita degli Stati membri.

Solo una piccola parte della popolazione europea, ad esempio, conosce la politica di coesione. Molti hanno sentito parlare dei fondi europei, ma pochi sanno descrivere cosa viene realizzato con questi fondi. Eppure, la politica di coesione è la principale politica di investimento europea. Interviene massicciamente sui territori più deboli. Penso, ad esempio, alla mia regione, la Sicilia, che è grande beneficiaria dei fondi strutturali.

Migliorare la comunicazione dei successi e degli obiettivi raggiunti dalla politica di coesione vuol dire ritrovare il legame con i cittadini, dare informazioni chiare e reali, mostrare esempi concreti di come l'Europa sia la nostra prima opportunità di crescita e questo, il Commissario lo sa bene, serve a ricordare a chi vuole distruggere la politica di coesione che noi non possiamo permettercelo.

Martina Michels (GUE/NGL). – Herr Präsident! Machen wir uns nichts vor! Nicht nur die Brexit-Verhandlungen werden genutzt, um die Kohäsionspolitik anzugreifen oder zur Disposition zu stellen. Ich bringe es hier nochmal auf den Punkt: Kohäsionspolitik als bisher einziges solidarisches Instrument zur Angleichung der Lebensbedingungen ist für uns nicht verhandelbar. Damit sie ihre solidarische Grundlage auch nach 2020 ausbauen kann, brauchen wir mindestens drei Maximen. Erstens: Die EU-Strukturfonds eignen sich nicht als Straf- und Zwangsinstrument. Sie sollen vor allen Dingen auch in den südlichen Mitgliedstaaten einen Ausgleich schaffen.

Zweitens fordere ich die Kommission erneut auf, endlich die makroökonomischen Konditionierungen abzuschaffen, die noch immer an den Fonds kleben und de facto ihre Nachhaltigkeit verhindern. Drittens eignen sich die ausufernden Finanzinstrumente in der Regional- und Strukturförderung bisher wenig, um die Projekte und Innovationen in den Kommunen aus der Taufe zu heben.

Laura Agea (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissario, avrei voluto parlare a braccio in questa assise, ma in realtà sono coinvolta, siamo coinvolti emotivamente, sono umbra e ho vissuto la drammatica situazione del terremoto. Questa questione, una volta in più, ha messo in luce quanto quest'Europa con le chiacchiere sposta le montagne, ma con le azioni non riesce, dopo mesi dal sisma in Italia, a rimuovere nemmeno le macerie delle zone colpite.

Migliaia di cittadini, che sono nostri amici, nostri parenti, nostri conoscenti, aspettano ancora di poter essere tra i vincitori delle casette temporanee, come se averle fosse parte di un concorso a premi. Casette che ancora non ci sono o sono lì chiuse e inutilizzate. E mentre lor signori, in pompa magna, scendevano a Norcia a elargire solidarietà e sostegno alla popolazione colpita, quassù a Bruxelles, come presi da sdoppiamento della personalità, chiedevano il rispetto rigoroso e tassativo della stabilità, in nome della quale si è disposti a sacrificare la vita e la dignità di esseri umani che hanno perso tutto.

Nulla si può contro il rigore dei falchi delle politiche di austerità, nulla smuove le vostre fredde coscienze. Ci costringete a piegarci, convinti di essere nel giusto. Finché Dio non voglia, un giorno dovreste anche voi fare i conti con un ecosistema che non guarda alla stabilità dei conti pubblici, ma si abbatte impietoso e porta solo distruzione. Quel giorno, che vi auguriamo non arrivi mai, capirete cosa vuol dire perdere tutto ed essere soli.

Μαρία Σπυράκη (PPE). – Κυρία Επίτροπε, πριν ξεκινήσω την τοποθέτησή μου θα ήθελα να σας ενημερώσω ότι καταθέτω κατεπείγουσα ερώτηση για το αν η πατρίδα μου, η Ελλάδα, δικαιούται από το Ταμείο Αλληλεγγύης χρήματα για την τεράστια φυσική καταστροφή που υπέστη το ορυχείο στο Αμύνταιο και η οποία υπολογίζεται στο ένα δισεκατομμύριο ευρώ. Στο θέμα μας τώρα, το ερώτημα που σήμερα συζητάμε, εδώ, είναι πόσο ορατή είναι η πολιτική συνοχής. Ειδικά τώρα που τα διαρθρωτικά ταμεία μπαίνουν στο στόχαστρο και αρκετοί ετοιμάζονται να περικόψουν τον προϋπολογισμό τους λόγω και του Brexit. Πόσο, δηλαδή, τα κράτη μέλη που συνεισφέρουν είναι έτοιμα να καλύψουν το ποσό που αναλογεί στον προϋπολογισμό της συνοχής, ώστε να πληρώσουν για τα έργα για τα οποία δεσμεύτηκαν.

Η βελτίωση της επικοινωνίας, σε αυτό το πλαίσιο, είναι απαραίτητη. Είναι απαραίτητη και επείγουσα γιατί χρειάζεται συγκεκριμένη χρηματοδότηση στο πλαίσιο της τεχνικής βοήθειας. Είναι απαραίτητο οι αρχές διαχείρισης να ζητούν από τους δικαιούχους σε όλα τα στάδια συγκεκριμένες πληροφορίες και να τις επικοινωνούν. Τέλος, είναι απαραίτητο να εμπλέξουμε όλους τους φορείς – πανεπιστήμια, μικρές και μεσαίες επιχειρήσεις, δήμους, περιφέρειες – ώστε να υπάρχει κοινή αξιολόγηση και κοινή προώθηση των αποτελεσμάτων στην κοινωνία.

Elena Gentile (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissario, è chiaro che la sfida che abbiamo di fronte a noi è dentro la capacità di migliorare la percezione delle comunità locali in merito all'impatto socio-economico delle politiche di coesione e soprattutto dei suoi risultati. Una gestione democratica che coinvolga i territori, il partenariato e la filiera istituzionale per una più puntuale e capillare informazione delle strategie e degli strumenti e quindi anche dei risultati.

In modo particolare, voglio sottolineare il valore strategico della finalizzazione del Fondo sociale europeo, come le risorse siano per davvero una leva per incrementare le competenze e la formazione dei soggetti svantaggiati e per migliorare dunque le politiche attive per il lavoro, perché esse diventino strumenti conosciuti per favorire l'inclusione sociale. Dunque più comunicazione, più informazione, più semplificazione, immaginando strumenti efficaci anche per una valutazione meno empirica dei risultati, dentro un sistema di gerarchie istituzionali che ne condividano la visione.

Liliana Rodrigues (S&D). – Senhor Presidente, Senhora Comissária, caros Colegas, a política de coesão foi e é um auxílio à convergência e uma das formas mais elevadas de solidariedade europeia. Ela diminuiu as assimetrias e as desigualdades, mas ela também foi capaz de diagnosticar as necessidades específicas de cada região e o que ainda há por fazer. Daí que a política de coesão sejam um lugar proximidade com os cidadãos, daí que ela tenha sido uma preciosa ajuda durante os tempos de crise e de austeridade. Foi a ajuda europeia que lhes deu e continua a dar esperança. A política é isso, é ajudar aqueles que mais precisam e só assim é que podemos manter esta União. A política de coesão serve de facto este propósito.

Que fique claro que nenhum deputado, penso eu, está de acordo com a penalização através dos fundos europeus, mas isso deve ser discutido noutro lugar, num outro momento e deve ser alvo de uma reflexão entre todos nós, de forma aberta e franca. Portanto, sobre isso falaremos noutro momento porque não é esse o assunto que hoje debatemos e é também importante darmos um sinal aos poderes locais e nacionais da sua função na divulgação do investimento europeu. Que depois de 2020 sejamos capazes de manter o compromisso da coesão económica, social e territorial e o reforço de uma cidadania europeia. Que em 2020 haja mais e melhor intervenção no combate ao desemprego, uma melhor integração dos migrantes e que haja um maior investimento nas pequenas e médias empresas e que mantenhamos a luta pela saúde do nosso planeta. Sustentabilidade, integração e solidariedade: é isso que distingue esta União.

Procedura „catch the eye”

Csaba Sógor (PPE). – Mr President, cohesion policy has long marked the European integration project and is among the most valid European policies, on par with the single market and the monetary union. Over the years, from a mere economic tool it has developed into one of the EU's most widely-recognisable policies and a powerful symbol intra-EU solidarity.

I believe there are a number of prerequisites for cohesion policy to guard its essential role in the European project and to remain strong and effective in the post 2020 period. It should continue to be the strongest financial pillar for infrastructure projects for less endowed countries, as these are the bases without which there cannot be economic development. It should keep the central role of grants and remain the most suitable instrument for types of interventions and it should have its lead role in long-term development in Member States reinforced and its relationship with other additional financial vehicles, such as the European Fund for Strategic Investments, clarified.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, nei prossimi mesi si decideranno le linee strategiche per la politica di coesione per il post 2020, scelte che avranno una valenza determinante sulle sfide future e i bisogni dell'Unione. Occorre innanzitutto mantenere una dotazione finanziaria adeguata, tenendo conto del diverso grado di competitività delle regioni, al fine di conseguire uno sviluppo armonioso dell'Unione europea.

Alcune riforme introdotte nel passato ciclo di programmazione, come la concentrazione tematica e la condizionalità ex ante, hanno contribuito a dimostrare il valore della politica di coesione e vanno mantenute, ma va superato il meccanismo della condizionalità macroeconomica, che è in profonda contraddizione con l'obiettivo di tali politiche. Per lo stesso motivo, condivido pienamente la proposta di incorporare le quote di cofinanziamento nazionale dal calcolo del disavanzo secondo le regole del patto di stabilità e crescita.

Da rivedere, infine, il metodo di coinvolgimento degli attori interessati. Il ruolo del partenariato socioeconomico dovrà assumere, specie in fase di programmazione, un peso vincolante e una forma di coinvolgimento sistematica per il valore aggiunto che esso può garantire nell'efficace attuazione delle politiche di coesione.

Ricardo Serrão Santos (S&D). – Senhor Presidente, Senhora Comissária, a estratégia de coesão mantida ao longo de muitos anos por gerações de europeus exige continuação e, preferencialmente, intensificação. Este investimento humano e financeiro é um contributo decisivo para a competitividade da União e para a qualidade de vida de milhões de europeus. Têm sido decisivas para a trajetória de convergência socioeconómica das regiões ultraperiféricas com a média europeia, onde se incluem os Açores, de onde sou oriundo.

No mesmo sentido vem a proposta de apoios específicos para as catástrofes naturais. Viver em ilhas de origem vulcânica no meio do Oceano Atlântico, como é o meu caso, é uma experiência positiva, mas sujeita a riscos naturais. As medidas aqui propostas irão aumentar a nossa segurança e é nesta solidariedade planeada e voluntária que encontro uma das verdadeiras razões de ser da União Europeia.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, doamnă comisar, încep cu ce voiam să spun la sfârșit: ați constatat că în Parlament aveți o susținere. Este nevoie de continuarea acestei politici, apreciez foarte mult ceea ce faceți și toată strădania pe care o aveți pentru a convinge și Comisia și Consiliul că avem nevoie. Politica de coeziune exprimă în primul rând solidaritatea Uniunii Europene ca unul dintre principiile fundamentale ale Uniunii Europene și știm cu toții că, de fapt, convergența nu s-a realizat, că avem zone în care avem inegalități sociale și economice.

De aceea vreau să apreciez toate rapoartele și vreau să mă refer în mod deosebit la raportul Westphal. A definit foarte bine raportarea noastră: avem nevoie de o politică de coeziune și după 2020, debirocratizată, pentru toate regiunile și pentru oameni. De aceea, sper ca această politică de coeziune să fie îmbunătățită ca și principii și trebuie să nu avem condiționalități, trebuie să avem în toate regiunile o dezvoltare uniformă.

Mulțumesc și felicit toți raportorii.

Olga Sehnalová (S&D). – Politika soudržnosti pomohla v uplynulých letech na svět řadě užitečných projektů důležitých pro rozvoj strukturálně slabších regionů. Přesto bychom neměli přistupovat k politice soudržnosti bez dalších souvislostí.

Jednou z takových je například odliv zisků, který je v případě ČR každoročně odhadován na desítky miliard korun. I to jsou finance, které v rozpočtu chybí. Naše úsilí by mělo být proto namířeno k reálné ekonomické konvergenci, včetně konvergence mzdové, bez které se pak nevyhnutelně vytváří další nerovnosti a problémy pro fungování vnitřního trhu EU.

Pozitivní prezentace výsledků strukturálních fondů nezávisí na velikosti tabulí a počtu PR článků. Lidé musí prostě vidět, že evropské peníze jdou na skutečně potřebné věci. Spíše než malá prezentace dobrých je to existence některých špatných příkladů, která dělá strukturální fondům a celé politice soudržnosti medvědí službu. To však neznamená, že bychom ji měli jako celek jakkoliv zpochybňovat nebo relativizovat její význam a přínos.

(Încheierea procedurii „catch the eye”)

Corina Crețu, Member of the Commission. – Mr President, I will say a few words in English and then in my mother tongue. Thank you very much for your contribution to our debate today and thank you very much for your support for the Cohesion Policy.

I think these three reports came at a key moment for Europe and in particular for the Cohesion Policy. Discussions on the future will continue and intensify in the coming months.

Ms Westphal's report, together with the reflection paper on the social dimension, globalisation and Europe, provide valuable food for thought. You know very well that we are working together, Mr Oettinger and I, on a reflection paper on the future of EU finances which will be presented at the end of this month.

As was underlined here, I think we must, however, understand that the very best argument for strengthening this policy consists of actually making tangible progress on implementation. So we are working hand-in-hand with Member States to speed up the implementation on the ground because this year is of high political importance, it is not business as usual. It is very important to show that Member States are able to use this Cohesion Fund.

There is no better argument for the future than a convincing present. It is our responsibility to do it. Make people aware of what the European project has brought them in 70 years of peace, how it has helped improve their daily lives. Of course much has been done so far but I am sure together we can do still better.

Many ideas are now on the table, in particular those very helpful proposals by Mr Buda in his report about communication. The Commission is ready to do its part but it cannot do it alone. Please join forces with us and become ambassadors of the Cohesion Policy in your constituency.

On natural disasters, I will say some words in Romanian.

În primul rând, doamnă Spyraiki, domnule Papadimoulis și domnule Marias, am spus încă de la început că-mi exprim simpatia față de poporul grec. Sunt conștientă de acest dezastru natural, de cutremurele care au loc în Marea Egee în ultimele zile. Am schimbat programul: mâine voi fi la Atena, poimâine voi vizita Chios, Lesbos și insulele afectate.

Știți foarte bine că noi, în Comisia Europeană, am propus 100 % cofinanțare pentru dezastrele naturale. Vreau să-i mulțumesc doamnei Mihaylova, și vreau să mulțumesc Parlamentului European că a fost, până în ultima clipă, alături de propunerea Comisiei. Nu am înțeles și nu pot să înțeleg de ce putem cofinanța 100 % întreprinderi mici și mijlocii, de ce putem cofinanța 100 % atunci când e vorba de locuri de muncă pentru tineri, *ius garanti*, și nu putem finanța 100 % atunci când e vorba de oameni care pierd totul. Am văzut în Norcia oameni care stau în mașini de luni și luni de zile, am văzut în Madeira case arse, am văzut în Cascia și nu numai și o să fiu, așa cum am spus, în insule.

E foarte ușor să stai într-o sală la Bruxelles și să spui eu nu sunt de acord cu 100 % cofinanțare. De unde o să scoată statele membre 5 % pe care Consiliul l-a propus dacă nu îl au în buget? Asta ar fi însemnat solidaritate. Întrebați statele membre care au votat împotriva propunerii Parlamentului și Consiliului: ce stă în spatele acestui lucru? Noi, Comisia Europeană, am propus 100 % cofinanțare. Dacă mâine va fi un cutremur într-o țară membră, să vină ministerele de externe care au votat împotriva și să dea aceste cofinanțări, că noi nu mai avem buget pentru așa ceva.

În legătură cu Marea Britanie, iarăși aș vrea să fac o precizare: această politică de coeziune există datorită presiunii Marii Britanii și a Italiei, care, în '75 și-au închis minele în Țara Galilor și au făcut presiune că nu vor merge la Consiliul din Italia în '75. Câți dintre oamenii, apropo de comunicare, din Țara Galilor știu că acum au locuri de muncă datorită faptului că s-a creat acest FEDR, acest Fond de dezvoltare regională? Câți dintre oamenii din Cardiff știu că metroul este făcut de acolo? La fel ca în orice stat membru, nu există nici în Marea Britanie nicio regiune, niciun oraș care să nu fi beneficiat de fonduri europene. 250 de milioane de euro în Universitatea din Manchester, fără să fie niciun steag al Uniunii Europene.

Îmi pare foarte rău, dar când vine vorba de *Friday Agreement*, nu a fost nici Londra, nici Dublinul și nici Belfastul, a fost Bruxellesul care a adus acești oameni împreună și au construit poduri și au construit companii și au vindecat răni pe care noi le avem pe harta acestui continent. Din acest punct de vedere, vreau să vă mulțumesc pentru tot și vă asigur că voi fi până în ultima clipă alături de această politică de coeziune, pentru că eu cred, personal, că este singura dimensiune care ne mai ține împreună, cimentul care ne ține împreună. Această solidaritate financiară, despre care așa frumos vorbeați, domnule Novakov.

Kerstin Westphal, Berichterstatlerin. – Herr Präsident! Frau Kommissarin, ja, wir stehen an Ihrer Seite. Heute haben hier im Parlament tatsächlich ja nur Kohäsionspolitiker und —politikerinnen geredet – ein Ja zur Kohäsionspolitik. Aber die Wahrheit ist auch: Es gibt auch andere, auch innerhalb der Kommission. Das wissen Sie genauso gut wie ich, das wissen alle Kollegen und Kolleginnen. Es gibt Stimmen, die klar und ganz deutlich und ganz laut sagen: Wir brauchen in Zukunft diese Art von Politik nicht mehr, und dass es die große Solidarität innerhalb der Europäischen Union, in Zukunft nicht mehr geben soll.

Ich darf bei der Gelegenheit vielleicht auch daran erinnern, dass es eben auch das Weißbuch der Kommission über die fünf Szenarien gibt. Auch da gibt es ein Szenarium, das vom Rückbau der Regionalförderung, vom Rückbau der Kohäsionspolitik, am Ende vielleicht sogar eben vom Verzicht auf diese Kohäsionspolitik spricht.

Und meine Bitte – oder das, was ich mir vorstelle – ist, dass morgen wirklich in der Tat eine große, eine breite Mehrheit für diese Kohäsionspolitik, für unsere Politik, stimmt – für die Menschen vor Ort, damit wir uns auf das Wesentliche beschränken können. Denn das wollen wir, das haben auch die ganzen Redner und Rednerinnen immer wieder gesagt: Wir brauchen das Wesentliche im Blick.

Ich wünsche mir so sehr, dass im nächsten Jahr die Kommission einen Legislativvorschlag macht, denn den brauchen wir, weil hier schnell gearbeitet werden muss. Und dann, liebe Kollegen und Kolleginnen, haben wir genau dieses Ziel erreicht, das wir brauchen: Wir brauchen eine starke Mehrheit, damit wir auch verhandlungsfähig sind.

Über makroökonomische Konditionalität müssen wir an einem anderen Ort und zu einer anderen Zeit entscheiden. Jetzt brauchen wir Mehrheiten, starke Mehrheiten, eine große Mehrheit, damit das Europäische Parlament – und wir sind diejenigen, die direkt gewählt worden sind – auch tatsächlich gehört wird.

Daniel Buda, Raportor. – Domnule președinte, doamna comisar, doamnelor și domnilor colegi, mulțumesc tuturor pentru intervenții. De fapt, dezbaterile de aici ne demonstrează încă o dată cât de importantă este politica de coeziune și sunt absolut convins că cei care suntem aici suntem mai puternici atunci când apărăm politica de coeziune, pentru că și eu sunt convins de faptul că nu poate exista o Uniune Europeană puternică fără o politică de coeziune puternică. Iar acest lucru să fie foarte clar.

Sigur că se impune să facem ceea ce este necesar ca ea să fie mai vizibilă și, în acest sens, este important să adaptăm mijloacele existente de comunicare la evoluțiile tehnologice și diversificarea canalelor de comunicare, deoarece, așa cum ați spus, există foarte multe povești de succes care așteaptă să fie spuse. Este nevoie de implicarea beneficiarilor în procesul de comunicare a acestor investiții prin fonduri europene.

În același timp, să nu uităm că există inițiative locale de implicare a cetățenilor în actul de guvernare, care ar trebui promovate mai intens. Avem un exemplu la Gdańsk în Polonia și în Cluj-Napoca, acolo de unde provin și eu, unde comunitatea, sau unde autoritățile au lansat cu succes inițiative concrete, proiecte-pilot de implicare a cetățenilor în procesul luării deciziilor la nivel local, iar contribuțiile lor sunt esențiale în procesele bugetare pe principiul participării. Sunt convins că această inițiativă trebuie să fie pusă în practică și la nivelul instituțiilor europene și de aceea doresc o colaborare strânsă pe acest subiect atât cu directoratele Comisiei și guvernele naționale la nivelul Consiliului, precum și cu actorii sociali și economici, pentru a pune în practică un plan de acțiune coordonat.

Parcurgem o perioadă dominată de mișcări anti-sistem – și acest lucru îl știm cu toții – și de exprimarea unor rezerve tot mai mari față de proiectul european, iar comunicarea eficientă, vizibilitatea investițiilor și a oportunităților de finanțare, precum și implicarea cetățenilor sunt ingrediente esențiale care contribuie la consolidarea sentimentului de apartenență la proiectul european.

Искра Михайлова, докладчик. – Много ми е трудно след вашите пламенни думи да защита постигнатото споразумение по предоставената помощ за страни, пострадали от природни бедствия. Но бих искала да кажа, че реалистичният резултат, когато е резултат, е по-добър от нереалистичното желание. Ние имаме резултат, ние постигнахме добро споразумение, ние постигнахме политическо споразумение, което гарантира както подкрепата за пострадалите региони, така и пълната политическа подкрепа от политическите групи в Парламента.

Бих искала да благодаря на всички докладчици в сянка, да благодаря на Европейската комисия, която ни предостави изключително много данни, които ни помогнаха да вземем решението, и да подчертая още веднъж, че точно това решение за промяна на основния законодателен пакет показва потенциала на политиката за сближаване. Показва възможностите на тази политика да бъде близко до хората, да реагира на техните проблеми, да помага, когато е необходимо, но същевременно да гарантира развитие, растеж, работни места и конкурентоспособност на европейската икономика.

Това е смисълът на политиката, за която дискутираме днес, и примерът с доклада за законодателната промяна за подкрепа на страните, преживели природни бедствия, е точно доказателство за това, че има възможност политиката да бъде гъвкава, да бъде ефективна, да бъде близко до хората и да бъде разбираема за тях. Така че аз благодаря на всички, които участваха в дебата. Благодаря и за вашите думи и се надявам, че ще успеем в много близко бъдеще да говорим за реалната бъдеща политика.

Președinte. – Mulțumim și noi, doamnă Mihaylova. Să sperăm că apelul făcut de colega noastră va avea efect și mulțumim și doamnei comisar pentru pasiunea cu care și-a susținut punctul de vedere.

Dezbaterea a fost închisă.

Votul va avea loc marți, 13 iunie 2017.

Declarații scrise (articolul 162)

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), per iscritto. – Lo scorso anno, una serie di terremoti ha scosso l'Italia centrale, con gravi danni a persone, cose e patrimonio culturale. La proposta della Commissione di istituire un asse prioritario, dedicato alla ricostruzione in casi di catastrofi naturali, finanziata dal Fondo europeo di sviluppo regionale è quindi un'ottima notizia ed un intervento doveroso. Nonostante l'iter legislativo abbia abbassato la quota di cofinanziamento ad opera dell'Unione dal 100% proposto, al 95% e sia stato posto un tetto, pari al 5% dell'allocazione totale del FESR per Stato membro, è comunque prioritario che la proposta venga approvata ed i fondi possano essere sbloccati, il più in fretta possibile.

Benedek Jávor (Verts/ALE), írásban. – A kohéziós politika az EU egyik legfontosabb szakpolitikája, egyben az európai szolidaritás kifejeződése. A szegényebb tagországok felzárkózása javítja az EU pozícióját a globális versenyben, a társadalmi kohézió erősítése pedig az európai együttműködés folytatásának záloga. A kohéziós politika implementációja azonban több szempontból javítandó:

Vannak tagországok, amelyek tartósan a nemzeti jövedelmük 2-3 százalékának megfelelő összegben részesülnek kohéziós forrásokból anélkül, hogy eredményt értek volna el a régi tagországokhoz történő felzárkózás vagy a területi és társadalmi egyenlőtlenségek csökkentése területén. Ezek a problémák komolyan veszélyeztetik a kohéziós politika jövőjét. A 2020 utáni kohéziós politika tervezésekor mindenesetre meg kell állapítani és ki kell küszöbölni ezeket az okokat.

Számos kutatás szerint az egyik legfontosabb ok a fejlesztési célok kiválasztását is befolyásoló elítélt korrupció, ami csak a menedzsment- és kontroll-mechanismusok mélyreható reformjával, valamint a programokban való nemzeti részesedés arányának növelésével szorítható vissza. Az EU pénzügyi érdekeit sértő bűncselekmények üldözésére hivatott Európai Ügyészség (EPPO) létrejötté hozzá fog járulni az uniós forrásokkal elkövetett korrupció visszaszorításához – azokban a tagállamokban, amelyek részt vesznek az Európai Ügyészség megalapításában.

Az EPPO-ban azonban több olyan ország nem tag, aki komolyan részesedik az alapokból. Legitim érvek szólnak a Bizottság és a befizető tagországok részéről amellett, hogy uniós támogatást csak az EPPO-ban részes tagországok kaphassanak, ezért realitássá válhat az uniós források elvonásának veszélye Magyarországon és Lengyelországban.

Laurențiu Rebega (ENF), în scris. – Este indispensabil ca, după 2020, să existe bugetul necesar pentru ca politica de coeziune să poată reduce disparitățile între regiuni la nivelul Uniunii Europene, focusându-se în principal pe regiunile cel mai puțin dezvoltate. Trebuie să remarc însă două aspecte, inacceptabile din punctul meu de vedere, la acest raport. În primul rând, ideea de a finanța primirea și integrarea migranților din bugetul politicii de coeziune nu corespunde scopului acestei politici, în condițiile în care în UE, potrivit statisticilor, 118,7 milioane de persoane se află în risc de sărăcie sau excludere socială (23,7 % din populație). În al doilea rând, consider că este în beneficiul României ca produsul intern brut (PIB) pe cap de locuitor pentru fiecare regiune și PIB-ul mediu al UE să rămână indicatorii de bază pentru clasificarea regiunilor și stabilirea alocării fondurilor europene structurale și de investiții. În viitor, politici de coeziune trebuie să i se confere mai multă flexibilitate, fără însă ca această flexibilitate să conducă la noi restricții sau la creșterea poverii administrative. Acest lucru poate fi posibil printr-o reglementare minimă la nivel european, la nivel de principii, complementată de prevederile naționale.

Monika Smolková (S&D), písomne. – Politika súdržnosti je v súčasnosti v mnohých členských štátoch hlavným investičným zdrojom a sú za ňou viditeľné výsledky. Značný pokrok vďaka európskym štrukturálnym fondom sa dosiahol v infraštruktúre dopravnej, sociálnej, ale aj zdravotnej, vo vzdelávaní, v obnove miest, obcí, v životnom prostredí, ale predovšetkým sú evidentné výsledky v podpore nových pracovných miest. Preto je dôležité, aby aj po roku 2020 sa zachovala kohézna politika, ktorá vyrovnáva regionálne rozdiely a zabráňuje vyľudňovaniu odľahlých území. Preto je dôležité, aby na politiku súdržnosti bol vyčlenený primeraný rozpočet, aj napriek zníženiu príjmov v dôsledku brexitu. Po skúsenostiach so súčasným programovacím obdobím je dôležité, aby sa táto politika zjednodušila vo všetkých svojich fázach – od vyhlásenia výziev, cez realizáciu, až po financovanie a kontrolu. Dôležité pre čerpanie eurofondov je aj to, aby sa fondy dali v prípade nepredvídaných udalostí pružnejšie čerpať, napríklad pri prírodných katastrofách a nepredvídaných udalostiach. Kohézna politika má veľa odporcov, preto je tiež dôležité, aby to bola viditeľná politika, transparentná, aby sa dodržiavala zásada partnerstva a aby o každej investícii boli informovaní občania daného regiónu.

Mihai Țurcanu (PPE), *în scris*. – Politica de coeziune este considerată ca fiind un instrument principal de investiții al Uniunii Europene și are un impact direct asupra tuturor regiunilor și cetățenilor acesteia. Politica de coeziune are o contribuție majoră ținând cont de amploarea economiilor și investițiilor statelor membre. Cu un buget de 351 miliarde de euro, politica de coeziune reprezintă în medie 15 % din totalul investițiilor publice; mai mult, în unele state membre reprezintă între 60-80 %. Cu toate acestea, chiar dacă prin politica de coeziune se impulsionează creșterea economică și creșterea competitivității, încă mai rămân regiuni slab dezvoltate care au nevoie de politici de finanțare prioritare, așa cum este Regiunea Nord-Est din România. Susțin acest raport deoarece urmărește să sporească vizibilitatea fondurilor structurale și de investiții prin crearea de legături între instrumentele politicii de coeziune și politicile regionale pentru a spori participarea și deciziile adoptate la nivel local să fie cât mai eficiente. Mai rămân însă multe de făcut în privința eficientizării eforturilor de reducere a decalajelor între regiunile UE.

16. Zustand der Fischbestände und sozioökonomische Lage der Fischerei im Mittelmeerraum (Aussprache)

Președinte. – Următorul punct de pe ordinea de zi este dezbaterea privind raportul lui Marco Affronte, în numele Comisiei pentru pescuit, referitor la starea stocurilor de pești și situația socioeconomică a sectorului pescuitului din zona mediteraneeană (2016/2079(INI)) (A8-0179/2017).

Marco Affronte, relatore. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ogni anno la Commissione europea prepara la relazione sulle opportunità di pesca dell'anno successivo e ogni anno leggiamo dei dati, per quello che riguarda il Mediterraneo, che purtroppo si assomigliano. Vediamo che ci sono alcuni stock in ripresa in alcune parti d'Europa e altri che stanno raggiungendo il massimo rendimento sostenibile, e continuiamo a leggere che però nel Mediterraneo circa il 90 % degli stock ittici sono sovrasfruttati e sono quindi ben oltre il limite del massimo rendimento sostenibile.

Devo riconoscere – e l'ho fatto personalmente anche pochi giorni fa a New York alla Conferenza delle Nazioni Unite sugli oceani – al Commissario Vella che è riuscito nell'ultimo anno e mezzo a portare finalmente il focus dell'attenzione proprio sul Mediterraneo, con una serie di iniziative, e di questo siamo molto contenti. Abbiamo cominciato a Catania, dove finalmente ci siamo confrontati fra tecnici, politici e scienziati sulla situazione del Mediterraneo. Si è proseguito poi con gli incontri interministeriali e infine con la dichiarazione di Malta di qualche mese fa e con il progetto MedFish4Ever, lanciato proprio dalla Commissione europea.

Abbiamo pensato quindi che anche il Parlamento europeo su questa tematica così importante e così sentita e su questa situazione abbastanza complessa dovesse avere la sua posizione e la sua voce, per cui abbiamo presentato questa relazione d'iniziativa e abbiamo chiesto espressamente che ci fosse anche una discussione aperta qui in plenaria, perché è una tematica che richiede appunto uno sforzo di tante persone insieme e di tante politiche messe insieme.

La relazione è stata il frutto di un lavoro molto ben coordinato con i relatori ombra e ne è uscito un quadro abbastanza ampio. Abbiamo cercato di coprire un po' tutte le tematiche, facendo in modo che ci fosse il quadro della situazione che riguarda la pesca nel Mediterraneo, che è diverso da qualunque altro bacino europeo sia per il tipo di stock che abbiamo, sia per il bacino che abbiamo, che è condiviso con altri paesi terzi non europei, e sia anche per il tipo di pescatori, visto che l'80 % dei pescatori del Mediterraneo sono piccoli pescatori con imbarcazioni quindi minori di 12 metri. Abbiamo cercato di dipingere un quadro completo e poi abbiamo cercato di dare anche alcune idee, proposte e soluzioni per cercare di affrontare questa situazione.

I punti nella relazione sono numerosi, non li ricorderò tutti. Chi è in quest'Aula la relazione l'ha vista e la conosce bene. Ribadisco soltanto due o tre concetti. Non si può pensare a una soluzione per il Mediterraneo senza coinvolgere i paesi terzi. Per questo salutiamo veramente con molta soddisfazione gli incontri interministeriali portati avanti dalla Commissione europea, perché insistiamo sullo stesso bacino, insistiamo sugli stessi stock e i paesi terzi devono collaborare con noi per cercare di rendere questi stock sostenibili. Non esiste una pesca sostenibile dal punto di vista socio-economico se non ci sono degli stock in buona salute. Quindi dobbiamo raggiungere questo equilibrio. La situazione adesso è molto complicata ed è per questo che le soluzioni non sono univoche, ma ce ne sono diverse.

Abbiamo affrontato anche temi un po' difficili come la pesca illegale, ancora molto presente soprattutto in alcuni Stati del bacino del Mediterraneo. Abbiamo parlato anche di possibili misure di conservazione, affrontando anche il problema delle quote, che sembra essere un tabù nel Mediterraneo, senza proporlo e senza nemmeno dimenticarcelo, ma soltanto come qualcosa che è lì e che potrebbe essere utile.

Aspetto di sentire i commenti della Commissione e dei colleghi e credo che abbiamo fatto un buon lavoro e che sia importante che domani venga votata questa relazione per avere la voce del Parlamento su questa problematica.

Carlos Moedas, *Member of the Commission*. – Mr President, dear rapporteur, honourable Members, we have been making tangible progress in our efforts to improve fisheries governance in the Mediterranean. In 2016 we launched the Catania Process and this highlights the urgency in addressing precarious situations for our fisheries. It also made clear the need to join efforts across the region and to set in motion a coherent plan of action for the next ten years.

I think Mr Affronte just said that we cannot think about the solution for the Mediterranean without the third countries, and I think that is really on-spot. To do this, we organised a ministerial conference in March in Valletta and during this the ministers from 13 countries around the Mediterranean signed the Malta MedFish4Ever Declaration. This is a declaration that stresses environmental sustainability, social cohesion and viable economic perspectives.

We now have an action plan. This provides a clear set of objectives and targets, against which we can measure our progress. It addresses critical fisheries-related issues including data collection and scientific evaluation, the eco-system-based approaches in the fight against illegal, unreported and unregulated fishing and support for small-scale fisheries. The plan also deals with pollution and transport and their impact on fishing resources.

Now, the plan is in place but we must translate our words into concrete actions at three levels: at EU level, at multi-lateral level and across EU and non-EU countries.

At EU level we will continue to implement our Common Fisheries Policy. This will require progress on multiannual plans. The plans, like the small pelagic fisheries in the Adriatic will mark the first test on how genuine our commitments are. We are also working on a plan for demersal fisheries in the western Mediterranean and we are cooperating with the Member States on new national measures, in particular in the Gulf of Lion and the Jabuka/Pomo pit.

At a multilateral level we will strive to make further progress in the General Fisheries Commission for the Mediterranean at the plenary next October. This will include the adoption of a regional plan of action to fight illegal, unreported and unregulated fishing. It will also involve the establishment of a pilot project of an international inspection scheme in the Straits of Sicily.

Last, we must continue to ensure solidarity with non-EU Mediterranean countries. We will do this by supporting them in their structural reforms in fisheries, through the EU Neighbourhood funding instruments.

Our joint political partnership has the power to create a healthy environment, a thriving blue economy and a sustainable fishing sector in the Mediterranean. I am very pleased to see that the report by Mr Marco Affronte is going in that same direction. We would like to congratulate the European Parliament for this initiative. We see that your report is addressing issues that are also important to the Commission: the role of small-scale fishing, measures for third countries, socio-economic aspects, the need for better data and science-based allocation of fishing opportunities and impact of other human activities. The majority of the issues highlighted in your report are directly addressed in the MedFish4Ever Declaration. Both are in the interest of fishermen and citizens.

João Pimenta Lopes, *relator de parecer da Comissão do Emprego e dos Assuntos Sociais*. – Senhor Presidente, a situação socioeconómica da pesca no Mediterrâneo, maioritariamente de pequena escala, tem vindo a degradar-se pela redução dos rendimentos, desvalorização do pescado, restrições à pesca de determinadas espécies, aumento do custo dos combustíveis, o que tem contribuído, entre outros, para o aumento do esforço de pesca, com o inevitável aumento do risco para os pescadores.

Exigem-se medidas que salvaguardem a pequena pesca, envolvendo nos processos de decisão os pescadores e as suas associações e sindicatos, promovendo medidas, nomeadamente por via da canalização dos fundos europeus, para a renovação e modernização das frotas, melhorando as condições laborais, contribuindo para a sustentabilidade económica e ambiental, nomeadamente por via da redução do esforço de pesca. Medidas que valorizem o trabalho e a regulação laboral, os rendimentos, a proteção social, o recrutamento de jovens e a formação profissional, bem como o papel das mulheres na pesca, que representam 12 % da força de trabalho no setor.

Exigem-se medidas que reforcem substantiva e objetivamente a segurança com vista à redução dos elevados níveis de sinistralidade.

Verónica Lope Fontagné, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor presidente, en primer lugar quería agradecer al ponente su trabajo y su comprensión, que ha permitido que llegásemos a muchos acuerdos. En primer lugar, también, quisiera recordar la situación particular que se da en el Mediterráneo. En sus aguas habitan más de diecisiete mil especies marinas y su litoral lo comparten diecinueve países, lo que hace necesario que siga recibiendo un trato diferenciado al del resto de las cuencas marinas que se encuentran bajo la política pesquera común, ya que los terceros países juegan un papel clave en el estado de sus recursos.

Pero hay que reconocer que la situación de las poblaciones dista mucho de ser la mejor. Esto se debe a un conjunto de factores, entre los que se incluyen la sobrepesca, la contaminación o el cambio climático. Esta situación nos obliga a tener que tomar medidas, pero estas tienen que estar respaldadas por unos datos científicos tangibles y fiables, algo que, lamentablemente, no existe por el momento. En cuanto a las cuotas, estas deben seguir siendo unas medidas excepcionales y respetadas por todos los países.

Los aspectos socioeconómicos son otros factores a tener en cuenta, incluyendo aquellos relativos a la pesca recreativa. La pesca artesanal representa el 80 % de la flota pesquera y el 60 % de los empleos, por lo que toda medida que se valore tiene que tener en cuenta su impacto, así como las posibles repercusiones en muchas poblaciones costeras dependientes de la pesca artesanal, ya que una mala decisión puede tener efectos reversibles. Por ello, y para alcanzar un equilibrio entre la sostenibilidad de los recursos y los aspectos socioeconómicos, hay que tener presente la opinión y la experiencia de los pescadores.

Y, por último, quisiera terminar con la necesidad de reforzar la cooperación con los terceros países pertenecientes a la cuenca del Mediterráneo. Ninguna medida que planteemos, ya sea en cuanto a restricciones espacio-temporales de pesca, lucha contra la pesca ilegal o inclusión de zonas protegidas, podrá tener éxito si los terceros países quedan excluidos.

Renata Briano, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, grazie al collega Marco Affronte per il prezioso lavoro che ha svolto su questo dossier. Con le sue 17 000 specie il Mediterraneo è un mare ricchissimo di biodiversità. È importante quindi che le politiche di gestione della pesca abbiano un approccio multispecie ed ecosistemico, basato sulla ricerca scientifica e sullo scambio dei dati. Non basta però. È necessario tenere conto delle particolarità locali attraverso il principio della regionalizzazione che resta, a mio avviso, il miglior strumento e su cui stiamo lavorando, in sede di commissione per la pesca, su moltissimi dossier, a partire dalle misure tecniche.

Per raggiungere il rendimento massimo sostenibile entro il 2020, occorre lavorare su più fronti, dalla salvaguardia degli ecosistemi marini al rafforzamento della cooperazione coi paesi terzi, anche per combattere la pesca illegale, da un maggior coinvolgimento dei pescatori nei processi decisionali all'investimento sull'educazione alimentare a partire dalle scuole, perché un consumatore consapevole non mangia più pesce ma mangia più pesci.

Non dobbiamo limitarci a ridurre lo sforzo di pesca, quindi, ma dobbiamo agire su tutti i comparti con politiche trasversali. Il Mediterraneo è il mare in cui il trasporto marittimo è maggiore rispetto a tutti i mari del mondo ed è quindi su questo che bisogna lavorare, sull'urbanizzazione a terra e sui rifiuti in mare. Insomma, abbiamo tantissimi argomenti da sviluppare in tantissime commissioni.

Se si parla di Mediterraneo, quindi, non si può prescindere dalla pesca artigianale che rappresenta l'80 % della flotta. Si dà lavoro a centinaia di migliaia di persone, tra cui molte donne. E poi non parliamo solo di pesca, ma dobbiamo pensare anche a chi vende il pesce, a chi fa il ristorante, a chi lavora nella trasformazione, a chi produce e commercializza le attrezzature, e così via. Insomma, per garantire un futuro sostenibile dobbiamo coniugare gli aspetti ambientali con quelli sociali ed economici, altrimenti, tra qualche anno, saremo costretti a ritrovarci qui per scongiurare l'estinzione di un'altra specie, quella del pescatore.

Ruža Tomašić, *u ime kluba ECR*. – Gospodine predsjedniče, stanje ribljih stokova u Sredozemlju nije dobro, a tomu su kumovale dosadašnje politike koje su jednodimenzionalno gledale na ribarsku problematiku. Zaokret koji se već počeo događati kad je u pitanju ribarstvena politika mora se temeljiti na znanstvenim istraživanjima, konkretnim podacima i otvorenom dijalogu sa svim ribarima i njihovim predstavnicima.

Prošle je godine ovaj dom velikom većinom glasova uvojio moje izvješće o inovacijama i diversifikaciji malog obalnog ribolova u područjima koja ovise o ribolovu. No, Komisija se još uvijek oglašuje na apel ovog doma za izmjenom Mediteranske uredbe čija je puna primjena značajno oštetila ribarski sektor u Hrvatskoj i tisuće obitelji gurnula u tešku egzistencijalnu situaciju.

Ne možemo dozvoliti da se ribari između sebe optužuju tko je kriv za ovakvo stanje jer se tako udaljavamo od rješenja. Zato se pridružujem izvjestitelju Affronteu u pozivu da jasno definiramo određene oblike ribarstva i na temelju znanstvenih istraživanja procijenimo njihov utjecaj na stanje ribljih stokova i okoliš općenito. Samo tako ćemo moći osmisлити i provesti dobre politike koje će ostvariti ravnotežu između interesa svih ribara i, naravno, očuvanja morskih resursa.

Kolegi Affronteu čestitam na sjajnom izvješću koje ću, naravno, podržati na glasovanju.

Jordi Solé, *en nombre del Grupo Verts/ALE*. – Señor presidente, quiero felicitar, en primer lugar, al colega Affronte por su informe. El requisito previo a toda acción es la toma de conciencia, y en el Mediterráneo urge tomar conciencia del estado de un mar que tiene mala salud y que padece los efectos de una gran presión humana.

Pero el Mediterráneo también es un mar de diversidad con tipos de pesca muy variados, con predominio de pequeñas empresas familiares y de la pesca artesanal y donde terceros países también juegan un destacado papel en el estado de los recursos. Cualquier iniciativa para poner fin a la sobreexplotación debe tener en cuenta la singularidad y la diversidad de la actividad pesquera en este mar, así como también el hecho de que el sector acumula años de dificultades, debido al aumento de los costes de producción, el deterioro de las poblaciones, la reducción de las capturas y una baja constante de los ingresos.

Modelos innovadores de cogestión adaptados a las peculiaridades de la pesca en cada zona y que impliquen a administraciones, pescadores, comunidad científica y otros actores en la gestión sostenible de los recursos son, sin duda, una buena vía para restablecer el equilibrio en el Mediterráneo.

Maria Lidia Senra Rodríguez, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor presidente, compartimos plenamente la necesidad de adoptar un enfoque multiespecie a la hora de tomar decisiones sobre la gestión del Mediterráneo y también la necesidad de definir lo que se entiende por pesca artesanal, pesca costera y pesca a pequeña escala en la Unión Europea.

Nos parece, igualmente, muy oportuno que se destaque que la protección y la salvaguardia de los recursos pesqueros y marinos no deben recaer exclusivamente en los pescadores y pescadoras, y aquí consideramos imprescindible que se tomen medidas, incluida la prohibición de aquellas actividades de la economía azul que pongan en peligro el futuro de los océanos y de la pesca, como, por ejemplo, la extracción de petróleo, gas, la minería, la acuicultura industrial, etcétera.

Es urgente e imprescindible abordar la limpieza y regeneración de las rías e impedir que cada año toneladas de basuras y de plásticos acaben en el mar. Igualmente, urge establecer las medidas de prevención necesarias para detectar, erradicar y prevenir especies invasoras.

Otro de los aspectos positivos de este informe es el apoyo a la necesidad de que las posibilidades de pesca se asignen en base a criterios objetivos y transparentes, que tengan en cuenta el aspecto social, económico y medioambiental, y que el reparto se haga de forma que no se discrimine a la pesca artesanal y a la pesca a pequeña escala, tanto por el nivel de empleos que generan como por su menor impacto en el medio.

Gerard Batten, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, the Mediterranean illustrates perfectly the flaws in the common fisheries policy. It is very different from the Baltic or the North Sea, but the EU says one size fits all. The Mediterranean is not an EU sea and the EU has to buy off non-EU countries which are either massively corrupt, dictatorships or failed states. So agreements are not worth the paper they are written on and do nothing to help ordinary people.

This report is full of the usual nonsense, with unrealistic technical measures, unworkable quotas and unworkable minimal sizes of fish. It contains lies and half-truths about the behaviour of non-Western governments. There are no proper controls on subsidies, vested interests or industrial scale fishing. There are massive incentives to simply cheat the system. They are all backed up by platitudes and mother-and-apple-pie sentiments which tell us nothing.

In short, everything here does what you should not do – it reinforces the failure of the common agricultural policy (CAP). And while we are on the subject, Britain wants its territorial waters back and we want British fish for British fish and chips.

President. – That reminds me that Lord Nelson commanded a fleet in the Mediterranean, which were not the territorial waters of Britain, as far as I remember.

Gabriel Mato (PPE). – Señor presidente, quiero dar las gracias al señor Affronte.

El Mediterráneo ha sido durante muchos años el gran olvidado de la política pesquera común y, por tanto, estoy especialmente satisfecho hoy de que en los últimos tiempos se hayan emprendido muchas iniciativas alentadoras para abordar los problemas y desafíos de esta cuenca.

Como decía antes Verónica Lope, el Mediterráneo es de una riqueza extraordinaria que los países ribereños tienen la oportunidad de compartir, pero esos mismos países tienen la obligación de preservar esta riqueza.

Cualquier medida que se tome en un lado del Mediterráneo está condenada al fracaso si no hay medidas similares en el otro lado. Por el contrario, las medidas serán doblemente eficaces si los pescadores sienten que no son discriminados, si sienten que hay un mismo campo de juego para todos.

Un planteamiento plurianual con medidas técnicas adaptadas y adoptadas con la plena participación del sector creo que es el enfoque correcto. En mi informe en curso sobre las medidas técnicas abogo precisamente por una regionalización real.

En el Mediterráneo el tejido socioeconómico es muy frágil, compuesto principalmente por pescadores artesanales y tradicionales que son, además, muy respetuosos con el medio marino.

Estas artes y técnicas tienen que ser preservadas como parte de la integridad y del patrimonio cultural de la región y merecen especial consideración e incentivos. También la pesca recreativa, y, en ese sentido, es importante hacer posible las actividades pesqueras relacionadas con el turismo, que, si están bien reguladas, son una fuente muy importante de ingresos.

El Mediterráneo merece toda nuestra atención. No ignoremos nuestra responsabilidad.

Ricardo Serrão Santos (S&D). – Senhor Presidente, quero também felicitar o relator, Marco Affronte. Inerente à definição de desenvolvimento sustentável está a necessidade de não hierarquizar os três pilares que a sustentam. Portanto, ambiente, economia e sociedade têm que ser equacionados em sincronia. Nas pescas do Mediterrâneo, o pilar ambiental foi ignorado durante tempo demais Sem qualquer sucesso durante anos, testaram-se medidas técnicas, como sejam os tempos de operação ou os tamanhos das malhas das redes.

Agora é tempo de agir e proteger o pilar ambiental que acho que é o mais débil desta tríade. É absolutamente necessário respeitar um conjunto de áreas de reserva restritas e áreas de recuperação de mananciais e impor um sistema de quotas para as espécies piscícolas mais importantes do Mediterrâneo. Neste momento, o rabalo é o único recurso marinho em bom estado no Mediterrâneo, também o único com quotas aplicadas. Não aplicar com urgência um sistema de quotas será uma enorme responsabilidade que garantirá a falência dos pescadores.

Czesław Hoc (ECR). – Panie Przewodniczący! Na wstępie gratuluję koledze Marco Affronte sprawozdania, w którym przedstawił istotne kwestie zasobów ryb i skutków społeczno-gospodarczych w regionie Morza Śródziemnego. Wiele z tych kwestii jest ważnych także dla akwenu Morza Bałtyckiego. W mojej opinii należy chronić zarówno zasoby stad ryb, jak i wspierać rybołówstwo, szczególnie rybaków działających na małą skalę. Zatem należy nade wszystko uregulować i ograniczyć połowy przemysłowe, które mają degradujący wpływ na wrażliwe ekosystemy i ich zasoby. Trzeba wspierać i chronić rybołówstwo przybrzeżne łodziowe z zastosowaniem podejścia regionalnego. W kontekście rybołówstwa rekreacyjnego podzielam opinię sprawozdawcy – rybołówstwo rekreacyjne, również na Bałtyku, jest bardzo ważne dla armatorów, ale nade wszystko dla lokalnej społeczności i zasługuje na efektywne wsparcie.

Werner Kuhn (PPE). – Herr Präsident! Ich danke auch Marco Affronte für seinen Bericht, denn es ist ganz wichtig, dass wir uns in der Fischerei auch mit dem mediterranen Becken auseinandersetzen. Wir haben die *basic regulation*, die kann nicht überall in dem vollen Umfang angewendet werden, so wie wir sie bestimmt haben. Für den mediterranen Bereich ist es notwendig, dass wir uns speziell darum kümmern. Da sind Wiederauffüllungspläne ganz wichtig, da ist die Einbeziehung der Freizeitfischerei ganz wichtig.

Alles wird geschützt, überall, ob das nun Robben sind, ob das Kormorane sind oder sonst was. Aber wer schützt eigentlich den Fischer? Das ist immer die zentrale Frage, wenn wir auf solche Veranstaltungen gehen, wo die kleine und handwerkliche Fischerei, die Kutter- und Küstenfischer dann ihre Fragen stellen: Welche Zukunft haben wir?

Wir haben heute eine interessante Debatte über die Kohäsionspolitik – eine Solidarpolitik, die es in der Europäischen Union gibt, das heißt, die Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur. Auch für Fischereien sind da viele Dinge möglich: dass man auch die Flotte in gewisser Weise erneuern kann über den EMFF, dass man Fischereihäfen wieder attraktiver macht auch für den Tourismus. Gerade dieses Zusammenspiel spielt natürlich eine enorme Rolle.

Und wenn wir diese Dinge dann nachher in Angriff genommen haben, dann muss man einfach schauen, wie wir auch die Datenlage über die einzelnen *stocks* verbessern können, mit wissenschaftlicher Begleitung, so wie wir das in vielen anderen Bereichen auch machen, und die Fischer mit einbeziehen. Das ist die absolut wichtigste Frage. Wir können nicht über ihre Köpfe hinweg Entscheidungen fällen. Die kleine und handwerkliche Fischerei in der mediterranen See muss eine Zukunft haben!

Isabelle Thomas (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, chers collègues, je voudrais à mon tour remercier le collègue Affronte.

La Méditerranée est une mer fermée aux rivages très peuplés, qui subit toutes les pressions anthropiques. Sa biodiversité est menacée, notamment par les pollutions terrestres et marines qui mettent en péril la chaîne alimentaire et donc la ressource halieutique.

Quant à la surpêche, bien sûr, il y a les pays tiers, mais il y a aussi l'Union. De ce point de vue, je crois qu'il est temps de mettre en place des quotas pour toutes les espèces que les avis scientifiques estiment en danger.

Aujourd'hui, seuls le thon rouge et l'espadon bénéficient de quotas. Il y a une contradiction entre le cœur de la politique commune de la pêche de 2013, axée sur le rendement maximum durable, et le fait de ne pas en tirer de conclusions pour la mise sous quota des espèces en Méditerranée.

Soulignons que la disparition des ressources halieutiques met en péril, sur le plan socio-économique, le secteur de la pêche en Méditerranée et, comme l'indique la résolution, la préservation des emplois des pêcheurs doit aussi être prise en compte, alors que, je le rappelle, la convention 188 concernant les pêcheurs n'a toujours pas été transposée par les États membres.

Au-delà des déclarations d'intention, nous devons trouver l'équilibre constant entre l'aspect socio-économique et l'aspect environnemental, sans les opposer, ce qu'a fait le rapporteur, et je l'en remercie.

Sofia Ribeiro (PPE). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, os pescadores atravessam uma crise económica gravíssima e a Comissão Europeia tem de criar medidas e mecanismos de proteção do rendimento dos pescadores. E, no meu entendimento, isso faz-se em quatro dimensões: primeiro, a nível da formação, quer nas artes, quer na ciência para a valorização do pescado.

Em segundo lugar, implica também uma aposta no reforço da posição dos pescadores na cadeia de valor. É inadmissível que os pescadores tragam centimos para casa e que a grande distribuição tenha grandes margens de lucro e que os consumidores paguem fortunas pelo peixe que consomem. E isso implica, e é o meu terceiro ponto, a necessidade de nós reforçarmos ainda mais as organizações de produtores.

E, por último, quarto ponto, é necessário fazermos investimento ao nível do reforço e criação de um fundo de compensação salarial, quando há uma interdição na pesca. Refiro-me não ao existente, das paragens biológicas, mas às condições climáticas adversas. Isso é fundamental. Refiro-me também às catástrofes ambientais e à contaminação por biotoxinas. Se essas medidas forem aplicadas, nós teremos mais justiça social também na pesca.

Procedura „catch the eye”

Seán Kelly (PPE). – Mr President, while the topic here is about the fishing sector in the Mediterranean, fishing of course affects all areas and is important to everybody. I come from Ireland and fishing is a very important part of our economy. For that reason, I was pleased to hear Commissioner Moedas refer to the need to engage with stakeholders, and also the need to have up-to-date scientific evidence when we are making allocations, etc. That is a very important point.

I think also it was good to hear Commissioner Moedas refer to third countries, because we cannot do this on our own, even if we were perfect within the European Union in fish management, stocks, etc., we could not achieve much, and, especially in relation to climate change, the environment and the sea are very important. The amount of plastic in the sea is an absolute scandal and that is something we really have to work on, both from the point of fishing stocks but also from the point of view of climate change.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D). – Señor presidente, estamos en un debate importante. Es un informe de iniciativa sobre el mar Mediterráneo, y eso nos ha llevado a una reflexión importante. Yo soy de España, y uno de los mares que tenemos para nuestro sector pesquero es el Mediterráneo.

Pero yo quisiera mencionar aquí —algún colega ya se ha referido a ello— que en la situación del Mediterráneo no solo interfiere la sobreexplotación o el sector pesquero. También interfiere el incremento del transporte marítimo; también la situación urbanística del litoral y las sobreexplotaciones mineras. Es decir, hay muchas actividades, no solo la pesquera, que intervienen en el Mediterráneo y en la grave situación.

Yo estoy de acuerdo con que se deben tomar medidas en el Mediterráneo, pero se tiene que tener en cuenta todo. Hemos hablado de la pesca artesanal, pero ¿sabe, señor Moedas, cuál es el problema?

El problema es que, a la hora de aplicar un diferencial en la pesca artesanal, los Estados miembros no lo hacen. Y cuando hay que aplicar un sistema de cuotas hacen un sistema estándar y le dan más a la pesca industrial que a la artesanal, de ahí la preocupación por el sistema de cuotas. Si hay que aplicarlas en el Mediterráneo, que se apliquen. Pero hay que tener en cuenta los sectores que tienen una mayor sostenibilidad y hablar, por supuesto, con este sector.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, συζητούμε για την ανάγκη να ληφθούν μέτρα προκειμένου να έχουμε ιχθυαποθέματα στη Μεσόγειο και, λίγο ως πολύ, αυτοί που εμφανίζονται ότι είναι ο αποδιοπομπαίος τράγος είναι οι ίδιοι οι αλιείς, ενώ η πραγματικότητα είναι διαφορετική. Έχουμε μια τεράστια μόλυνση στη Μεσόγειο, που οφείλεται στο ότι έχουμε εξορύξεις για πετρέλαιο και φυσικό αέριο. Έχουμε, γενικότερα, μια μόλυνση στη Μεσόγειο που επηρεάζει, οπωσδήποτε, τα ιχθυαποθέματα. Το δεύτερο είναι ότι η αλιεία παίζει σημαντικό ρόλο για τους παράκτιους πληθυσμούς, ιδίως η αλιεία μικρής κλίμακας. Οι αλιείς υποφέρουν αυτή τη στιγμή σε όλη τη Μεσόγειο, και ιδίως στην Ελλάδα με τα μέτρα που έχει λάβει η τρόικα εναντίον τους. Επομένως, αυτό που χρειαζόμαστε είναι να πάρουμε μέτρα για την προστασία του εισοδήματος των αλιέων, να σταματήσει η «φορομπηχτική» πολιτική εναντίον τους, να υπάρξει ένα Ταμείο στήριξης της ίδιας της δράσης των αλιέων και φυσικά να στηριχθεί το εισόδημά τους, μαζί και οι επενδύσεις, για να έχουν έναν σύγχρονο αλιευτικό στόλο.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η αλιεία αποτελεί για τις παράκτιες χώρες σημαντικό παράγοντα για την επιβίωση του πληθυσμού τους και, παράλληλα, σημαντικό παράγοντα της οικονομίας της χώρας, διότι η εκμετάλλευση του δευτερογενούς τομέα της μεταποίησης απασχολεί χιλιάδες εργαζομένους. Το ίδιο συμβαίνει και στη Μεσόγειο με τη διαφορά ότι στη Μεσόγειο υπάρχουν πάρα πολλά προβλήματα. Έχουμε, κατ' αρχάς, υπεραλίευση. Τα αποθέματα των ιχθύων αλιεύονται σε ποσοστό μεγαλύτερο της μέγιστης βιώσιμης αποδόσεως, με αποτέλεσμα, σταδιακά, να εξαντλούνται. Επίσης υπάρχει μεγάλη μόλυνση, λόγω εξορύξεως πετρελαίου και αερίου και, τέλος, υπάρχει ο αθέμιτος ανταγωνισμός από τρίτες χώρες.

Χαρακτηριστικό παράδειγμα αυτής της καταστάσεως είναι η Ελλάδα, η οποία έχει κατακλυστεί από χιλιάδες ψάρια που προέρχονται από την Τουρκία σε πολύ φθηνές τιμές, λόγω του ότι μετά το περσινό πραξικόπημα έχει υποτιμηθεί σημαντικά η τουρκική λίρα και έτσι υπάρχει αυτός ο αθέμιτος ανταγωνισμός. Για να αντιμετωπιστούν όλα αυτά τα προβλήματα, πρέπει να συνεργαστούν οι χώρες της Μεσογείου, να μεταφέρουν την αλιευτική πολιτική στις τρίτες χώρες, να ελέγξουν τις ακτές τους και, τέλος, να μην επιτρέψουν στις ΜΚΟ να παρεμβαίνουν διότι εκείνο που κάνουν αυτές είναι να εξυπηρετούν τα συμφέροντα των διεθνών χρηματοδοτών τους.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il livello complessivo delle risorse ittiche pescate in eccedenza nel Mediterraneo è considerato doppio rispetto al livello del massimo rendimento sostenibile. Ma il Mar Mediterraneo è soggetto anche ad altre minacce, quali l'inquinamento, il traffico marittimo, il cambiamento climatico e l'estrazione di petrolio e gas. Il Mediterraneo va protetto attraverso una gestione pluriennale delle risorse in modo sostenibile, con attrezzi di pesca più selettivi, il rispetto della taglia minima, un maggior controllo sull'attività di pesca illegale e, ove e se gli studi scientifici lo richiedono, anche il fermo biologico.

Nello stesso tempo, però, va garantito ai pescatori europei un reddito dignitoso. Gli Stati membri dovrebbero creare un fondo di compensazione del reddito stabile proprio per coprire i periodi di blocco della pesca. La mancanza di un quadro normativo comune per le flotte dell'Unione europea e dei paesi terzi che operano nel Mediterraneo provoca una concorrenza sleale a scapito dei nostri pescatori. Va dunque assolutamente favorita una maggiore cooperazione con i paesi terzi che si affacciano sul Mar Mediterraneo.

(*Încheierea procedurii „catch the eye”*)

Carlos Moedas, Member of the Commission. – Mr President, I would like to thank everyone very much for all your interventions and valuable views. The Mediterranean Sea is part of our shared heritage, part of our cultural heritage and part of our economic heritage, a veritable hub of trade and economic growth. Today, this heritage is at risk, and that is why it is of the utmost importance to protect the region's ecological and economic wealth.

The good news is that it is not too late, and that initiatives such as the MedFish4Ever Declaration or the report that we are debating here today are crucial towards guiding us into the right direction. In order to concretely address these concerns, we should involve everyone: governments, commercial and recreational fishermen, scientists, non-governmental organisations and international and regional organisations, and together we can turn the situation in the Mediterranean around.

We look forward to working with all of you, to work with the European Parliament in the implementation of both the Common Fisheries Policy and a MedFish4Ever Declaration in the Mediterranean.

IN THE CHAIR: PAVEL TELIČKA

Vice-President

Marco Affronte, relatore. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, volevo ringraziare per la bella discussione che ci è stata e soprattutto i colleghi che hanno ricordato dei punti della relazione che io non avevo avuto il tempo, ovviamente, di ricordare prima. Ringrazio la commissione EMPL perché ha irrobustito e completato la parte socioeconomica della relazione che, nella mia prima stesura, forse per la mia estrazione, era un po' più debole del resto.

Per il resto, il dibattito è stato molto intenso e molto interessante, ma c'è comunque una visione più o meno generale di insieme e anche di accordo e siamo contenti che, come ho detto all'inizio, questa relazione porti la voce del Parlamento proprio su questa tematica così sentita.

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Tuesday, 13 June 2017.

Written statements (Rule 162)

Norbert Erdős (PPE), írásban. – Elnök Úr! Az Affronte-jelentésben is elismerjük, hogy a Földközi-tengeren a túlhalászott halászati erőforrások szintje kétszeresen vagy háromszorosan meghaladja a maximális fenntartható hozamot. Fennáll a veszélye, hogy a Földközi-tengert sivataggá változtatják, pedig az európai kultúra bölcsőjének is számító tenger a maga 17 ezer fajával a világ egyik legnagyobb biológiai sokféleségével rendelkező területe.

Látnunk kell azt is, hogy a túlzott halászat mellett a Földközi-tengert több más tényező is fenyegeti, például a környezetszennyezés, a partvonal és az élőhelyek megváltoztatása, valamint az olaj- és gázkitermelés. A fentiekből világosan látszik, hogy a halászat mellett fokozatosan teret kell adnunk a környezetkímélő és modernizált tengeri és édesvízi haltenyésztésnek. Például a magyarországi halastavak jelentős része Natura 2000 területen fekszik.

Ezek a halgazdaságok semmilyen veszélyt sem jelentenek e területek természeti értékeire. Sőt, sok esetben éppen a zárt rendszerű halastavainknak köszönhetőek az általuk létrehozott, illetve megőrzött egyedi vizes élőhelyi társulások. A jövő európai halászati politikájában ezért a környezetkímélő haltenyésztésre, akvakultúrára a jelenleginél jóval több uniós forrást kell majd fordítani.

Ivan Jakovčić (ALDE), napisan. – Sredozemno more jedno je od područja s najvećom biološkom raznolikošću na svijetu, te ima izniman socioekonomski utjecaj na obalno stanovništvo i direktno doprinosi sigurnosti opskrbe hranom. Povrh toga, veliki broj lokalnih zajednica ovisan je o malom, tradicionalnom, artizanalnom i rekreacijskom ribolovu koji predstavljaju veliku društveno-ekonomsku i turističku vrijednost, te značajno utječu na zapošljavanje.

Međutim, Sredozemlje se također suočava s ozbiljnim problemima prekomjernog izlova, sve većeg pomorskog prometa, gusto naseljene obale i rastućeg onečišćenja koji zahtijevaju zajednički odgovor temeljen na suradnji na svim razinama, od međunarodne do lokalne. Mišljenja sam da posebnu pozornost treba usmjeriti ka obnovi i održavanju populacija ribljih stokova kako bi se očuvala bioraznolikost i prirodno bogatstvo Sredozemnog mora. Nastavno tome, nužno je primjenjivati ekološke, gospodarske i socijalne kriterije poštujući pristup predostrožnosti u vidu zaštite kulturno-povijesne i tradicijske baštine, socioekonomskih okolnosti, ali istovremeno spriječiti neprijavljen, nezakonit i neregularan ribolov.

Vjerujem da učinkovito primjenjivanje smjernica održivog i odgovornog upravljanja morskim resursima zahtjeva snažne sveobuhvatne mjere i politike. Stoga, smatram da se održiv sektor ribarstva može osigurati samo koordiniranim djelovanjem s trećim zemljama Sredozemlja uzevši u obzir heterogenost morskih vrsta i okoliša. Tome se naravno mora pridodati prikupljanje i razmjena znanstvenih podataka, te visoka razina odgovornosti i osviještenosti.

17. Kosteneffizienz des Siebten Forschungsprogramms (kurze Darstellung)

President. – The next item is the report by Martina Dlabajová and Inés Ayala Sender, on behalf of the Committee on Budgetary Control, on cost effectiveness of the 7th Research Programme (2015/2318(INI)) (A8-0194/2017).

Martina Dlabajová, zpravodajka. – Zprávu o efektivnosti nákladů sedmého rámcového programu pro výzkum a inovace jsem připravovala ve spolupráci s kolegyní Inés Ayalovou Senderovou, které bych moc ráda poděkovala, a stejně tak i ostatním kolegům za mnoho cenných poznámek a názorů.

Sedmý rámcový program v období od roku 2007 do roku 2013 nakládal s prostředky v celkové výši téměř 55 miliard EUR, což představuje přibližně 3 % celkových výdajů na výzkum a technický rozvoj v Evropě. Během sedmiletého trvání tohoto programu bylo předloženo více než 139 tisíc výzkumných návrhů, z nichž bylo vybráno 25 tisíc projektů nejvyšší kvality, které obdržely finanční prostředky. Hlavními příjemci byly zejména univerzity, výzkumné a technologické organizace a malé, střední i velké podniky. Připomínám, že do rámcového programu se celkem zapojilo téměř 29 tisíc organizací z celé Evropy.

Odborníci vyhodnotili tento program jako úspěšný a já se k jejich stanovisku s radostí připojuji. Stejně jako oni bych ráda zdůraznila, že byla podpořena špičková vědecká činnost na individuální i institucionální úrovni. Podařilo se propojit malé a střední podniky a v rámci průmyslových odvětví navázat strategickou spolupráci a rozvíjet inovace. Chtěla bych vyzdvihnout také podporu mobility výzkumných pracovníků v Evropě, podporu investic do evropských výzkumných infrastruktur, budování komplexní sítě schopné řešit tematické výzvy, čímž je celkově posílen evropský výzkumný prostor.

Jedná se o zcela konkrétní projekty, jejichž přínos pro společnost i ekonomiku je nezanedbatelný. V oblasti medicíny jde například o nové metody zjišťování cukrovky, rakoviny či Alzheimerovy nemoci, přenosné detekční nástroje apod. V oblasti informatiky a komunikací se jedná zejména o rozvoj Internetu věcí či umělé inteligence. A mohla bych tak pokračovat i v oblasti energetiky, ochrany životního prostředí, bezpečnosti či dopravy.

Ale pozor, samozřejmě je také stále co zlepšovat. Při hodnocení efektivnosti programu jsme našli i spoustu slabých míst, jako je vysoká administrativní zátěž, složité právní a finanční předpisy, příliš úzký rozsah témat a výzev, nedostatečný důraz na účast průmyslu či nedostatečná komunikace. Jak veřejné konzultace s příjemci, tak celá řada auditů poukázaly na to, že hlavním zdrojem chyb pak bohužel byly nesprávně vypočítané osobní náklady a nezpůsobilé přímé a nepřímé náklady. V tomto ohledu bych ovšem ráda poděkovala Komisi a panu komisaři za to, že většina těchto slabých míst byla v Horizontu 2020 již odstraněna a intenzivně se na odstranění dalších chyb a systematických chyb pracuje.

Podpora výzkumu a inovací je pro budoucí vývoj Evropské unie klíčová. Proto bych moc ráda apelovala na členské státy, aby vyvinuly mimořádné úsilí ke splnění společného cíle – investovat 3 % unijního HDP do oblasti vědy, výzkumu a inovací. Jen tak budeme moci i nadále dosahovat špičkových výsledků ve výzkumu a v inovacích a přispět tak k ekonomickému růstu Unie.

Inés Ayala Sender, Ponente. – Señor presidente, quisiera expresar mi agradecimiento también a mi colega, la señora Dlabajová, por la buena cooperación que hemos tenido en este informe, que precisamente tenía como interés adelantarnos a posibles problemas sobrevenidos en la evaluación de Horizonte 2020 y en la preparación del Noveno Programa Marco para la investigación y el desarrollo. Porque precisamente veíamos con mucha preocupación, desde la Comisión de Control Presupuestario, que había una tasa de error recurrente y, además, preocupantemente alta, por la que nadie parecía tener interés.

La mayor parte de los años nos encontrábamos con un error, identificado por el Tribunal de Cuentas, de más del 5 %, que, tras muchas correcciones y mucha negociación, íbamos reduciendo, pero también con un porcentaje muy importante de operaciones con errores que —como bien ha dicho mi colega— respondían sobre todo a problemas de reembolsos que el Tribunal de Cuentas ha identificado como uno de los problemas mayores.

También retrasos en los plazos y, sobre todo, la sensación de una cierta opacidad por las redundancias, las incoherencias y algunos problemas en relación con —posibles o no— ayudas de Estado unidas al tema de las subvenciones, aparte de la externalización de las agencias, que también genera, en esa distancia, por otra parte, mayores problemas en la gestión.

Decir, pues, que tenemos mucho interés en que antes de 2020, por fin, se consiga, si es así —y el comisario nos dirá hoy—, si es posible, terminar no solo la implementación del anterior —es decir, del 7PM—, sino también su control, puesto que estamos ya en plena implementación de Horizonte 2020 y preparando el nuevo programa.

Finalmente, plantear que la gestión de la Dirección General sea más transparente, que los proyectos y los programas, algunos de ellos excepcionales y muy excelentes, que debemos mantener, coinciden a veces con otros de muy dudosa eficiencia o eficacia, sobre todo en la columna «Innovación» y en los retos sociales, donde falta todavía mucho por hacer.

Y, finalmente, plantear que hay algunas propuestas importantes o interesantes, como es el ir acordando con las regiones europeas un pacto por la ciencia y por la investigación que lleve a algo que creemos que es realmente relevante, y es que en todos los presupuestos de las regiones y de los Estados miembros de la Unión un 3 % del PIB de sus presupuestos estuviera dedicado a la investigación y a la innovación.

Creemos que es ahí donde programas como el 7PM y Horizonte 2020 deben intentar servir más que de lugar de colocación o de rentabilidad para algunos programas, que algunos de ellos son buenos, pero otros son más que dudosos.

Catch-the-eye procedure

Michaela Šojdřová (PPE). – Já bych chtěla především poděkovat oběma zpravodajkám za velmi kvalitní zprávu. Tato zpráva konstatuje, že sedmý rámcový program byl využit efektivně a upozorňuje na řadu dílčích nedostatků.

Já předpokládám, že i Komise se poučila a program Horizont 2020 již využil připomínky, které byly vzneseny z uplynulého období. Za rok 2015 byli největšími příjemci badatelé v Německu, Velké Británii, Francii, Itálii a Španělsku. Bohužel tato disproporce se ukazuje, že pokračuje i v tomto období, a bylo by velkou chybou, kdybychom nedokázali změnit tuto situaci.

Já bych v této věci apelovala na pana komisaře, aby spolu s členskými státy udělali vše pro to, aby Horizont 2020 byl lépe čerpán, pokud se týká geografického rozložení. Předpokládám, že jde samozřejmě o efektivní zaměření na exkluzivitu, ale přesto je škoda nevyužít potenciál více zemí.

Andrey Novakov (PPE). – Mr President, to begin with, I would like to congratulate both rapporteurs, Ms Ayala Sender and Ms Dlabajová, for their work and dedication. For me, after all, the 7th Framework Programme (FP7) was sufficiently and successfully implemented. However, there are lessons to be learnt, especially now that we are preparing for the 9th Framework Programme (FP9). We need a much stronger business-science relationship. We should define much more carefully the projects with huge market potential in order to choose the best of them. I would like to see more Nobel Prize winners coming from the EU. I am sure that the achievements we have made with Horizon 2020 and the FP7 are contributing to this.

However, there is a weak point: national points of contact. We should put in much more investments and efforts to make them work better in order to make a very good connection with citizens and future beneficiaries.

Stanislav Polčák (PPE). – Já souhlasím s paní zpravodajkou Dlabajovou, která jasně řekla, že tato politika je pro EU naprosto klíčová, stejně tak i ty 3 %.

Má-li EU obstát na globálním trhu, tak jsem pevně přesvědčen, že je nutné investovat nejen tato 3 %, ale také snížit administrativní a byrokratickou náročnost. To si myslím, že nás bohužel provází nejen u zde hodnoceného sedmého rámcového programu pro výzkum a inovace, ale např. i v kohézní politice. Podle mého názoru je nezbytné nesnižovat význam programu Horizont 2020 tak, jak se např. dělo pokusem tzv. Junckerova balíčku.

Je důležité, aby tato politika zůstala skutečně na prvním místě, protože výzkum a inovace by měly stát v popředí. Za druhé, aby byly plně transparentní a aby byly co nejvíce průhledné i z hlediska té administrativní náročnosti. Pro přípravu toho devátého rámce bychom se měli poučit z toho, že nejsme lídry v této oblasti, a měli bychom o tuto pozici lídra stát.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η συζήτηση για την οικονομική αποδοτικότητα του 7ου προγράμματος-πλαισίου για την έρευνα νομίζω ότι είναι πολύ σημαντική και αναδεικνύει πραγματικά τα προβλήματα τα οποία υπήρξαν κατά την εφαρμογή του. Θεωρώ ότι το ζήτημα της διαφάνειας είναι καθοριστικής σημασίας, όπως, επίσης, ότι υπάρχει και ένα τεράστιο διοικητικό άγχος, προκειμένου να προχωρήσουν αυτά τα προγράμματα. Επίσης, το σφάλμα υπολογισμού που φτάνει στο 5% νομίζω ότι είναι σοβαρό θέμα που πρέπει να μας απασχολήσει. Από εκεί και πέρα, είναι βέβαιο ότι πρέπει το πρόγραμμα αυτό να είναι πολύ πιο ανοιχτό και πολύ πιο φιλικό προς τις μικρομεσαίες επιχειρήσεις. Βλέπω μια τάση των μεγάλων επιχειρήσεων να μην θέλουν να επενδύσουν δικά τους κεφάλαια, απλά να θέλουν να χρησιμοποιήσουν τα κεφάλαια του «Ορίζοντα 2020», για να κάνουν δήθεν ανάπτυξη και επενδύσεις. Νομίζω, από εκεί και πέρα, ότι υπάρχει απόδοση σε σχέση με τον «Ορίζοντα 2020». Είναι σημαντικό το πρόγραμμα αυτό για να ενισχύσει την ανταγωνιστικότητα της ευρωπαϊκής οικονομίας και οπωσδήποτε ο στόχος του 3% επί του ΑΕΠ για την έρευνα πρέπει να εφαρμοστεί.

(End of catch-the-eye procedure)

Carlos Moedas, Member of the Commission. – Mr President, first of all let me thank the rapporteurs, Ms Martina Dlabajová and Ms Inés Ayala Sender, for their excellent report on the cost-effectiveness of the 7th research framework programme (FP7). I also take this opportunity to thank all the honourable Members for their continued interest in the field of research and innovation. We all agree on the crucial importance of research and innovation for European job creation, growth, competitiveness and in improving European citizens' lives.

Your report concludes, and rightly so, that, I quote, 'the Commission, overall, managed the FP7 cost effectively' and I very much welcome this conclusion concerning the previous research programme and I take the opportunity to thank publicly my predecessor Máire Geoghegan-Quinn for her tremendous work in her tenure. Your report and all the independent evaluations of FP7 that we have undertaken clearly underline that European research funding is a crucial piece for the future of Europe, which leads to concrete outputs – Mrs Dlabajová just referred to some of those concrete outputs – and for a more competitive economy and better lives for our citizens.

But I also agree with you that the successor of FP7, Horizon 2020, has led to further improvements. We have now one single and simple set of rules that is much more appreciated and more accountable. Your report recognises this, and especially the simplifications that we have been introducing and the second wave of simplification that we will introduce because it is an ongoing process. We are on the right track but we need to do more. We need especially to look at new ideas for funding. This is part of the debate that we will have with the research and innovation community and with this Parliament over the next few years and I look forward to it.

Some of you, I think, raised the questions that are important for the future. Mr Novakov said, how are we going to link better business to science? He said he wants to see more Nobel Prizes. I would just remind you that the European Research Council has produced in ten years six Nobel Prizes, four Fields Medals and five Wolf Prizes. Then I think that when you look at the question of how we are going to work with the Structural Funds, that Mrs Šojdrová said it. We need to work more in widening and look at how we can do better with other countries, how to help them to go up the ladder of excellence.

But let us be honest: Europe still lags behind other places, behind its competitors in some areas, and we are collectively failing to reach the target of 3% of GDP invested in research and development. I really welcome the idea that Ms Inés Ayala Sender put forward of this pact for science with the regions, which is, I think, the way to approach it; how you can actually go region by region in Europe, help them with this pact for science, with investing more, and I think this is something that we should work on together and I count on you.

We cannot therefore rest on our laurels and what we did well. We have to keep working in many areas to ensure that research and innovation framework programmes are as effective as possible, and that research and innovation is supported and encouraged across Europe. This includes having a budget that is sufficient to meet those challenges and again I count on you in this Parliament to help with looking forward to that budget of the future that today is clearly insufficient for what we need for Europe, for jobs and for growth.

Your report also identifies a number of the challenges that we face in implementing a large programme and you know that I take these challenges seriously. A number of them have already been solved and I think Ms Dlabajová recognised that in her speech. Others need to be addressed in the future programme. Your report will provide a good basis for future consideration. Taking as a basis paragraph 13 in your report I will continue to strive for, and I quote, 'optimal balance between the attractiveness of programmes to participants and the legitimate necessity of accountability and financial control.'

I think this balance is crucial and also answers the point made by Ms Inés Ayala Sender on the error rate, and I think too the point by another honourable Member, that we have to strike this balance between trust and accountability. How can we get this balance right so we have more innovation?

In conclusion, I am delighted that overall you concluded that the FP7 has been managed in a cost-effective manner, which is an encouragement to me and to my colleagues. FP7 has produced very good results and it has been a worthwhile investment of European money. Your report also shows that FP7 was not perfect. Horizon 2020 is in many respects a further improvement, but we should never stop working to improve our programmes.

Ms Dlabajová said several things, but one sticks in my mind: she said that sometimes the topics were too narrow – narrowly defined topics and I think that if you ask me what my dream is for the future, the first is to do what we do well, very well, and not touch it, but that we have to open up in science so we get the best of the best by not defining sometimes those topics as narrowly as you described in your words.

I think that we should not stop working for the benefit of researchers and innovators and for Europe as a whole, and all of you here can be assured that I will continue to work on this. So thank you very much for your attention.

President. – Commissioner, thank you for sharing your dream with us at this late hour.

The debate is closed.

The vote will take place on Tuesday, 13 June 2017.

18. Notwendigkeit einer EU-Strategie zur Beendigung und zur Vermeidung des geschlechtsbedingten Rentengefälles (kurze Darstellung)

President. – The next item is the report by Constance Le Grip, on behalf of the Committee on Women's Rights and Gender Equality, on the need for an EU strategy to end and prevent the gender pension gap (2016/2061(INI)) (A8-0197/2017).

My understanding is that the rapporteur cannot be present, so Ms Kozłowska-Rajewicz will step in for her.

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz, zastępca sprawozdawcy. – Panie Przewodniczący! Luka emerytalna to średnia różnica pomiędzy emeryturą kobiet i mężczyzn. W Unii Europejskiej wynosi ona 39 %. To oczywiście średnia, bo są kraje, które mają lukę w okolicy 45 %, i takie, gdzie jest to tylko 5 %. Musimy zdać sobie sprawę, że dzisiejsza luka jest konsekwencją kilkudziesięcioletniej historii funkcjonowania kobiet i mężczyzn na rynku pracy. Cokolwiek dziś postanowimy, nie wpłyniemy na teraźniejszość, ale możemy zmienić przyszłość. Dlatego w sprawozdaniu Constance Le Grip mówimy o zapobieganiu luce emerytalnej w przyszłości.

Luka emerytalna jest konsekwencją różnic w przebiegu całozyciowej kariery zawodowej kobiet i mężczyzn. Każda dyskontynuacja w pracy zawodowej, każda przerwa na urodzenie i opiekę nad dzieckiem, każdy przypadek pracy na część etatu zamiast na cały etat, opóźnienie awansu, gorzej wynegocjowane pierwsze wynagrodzenie obniża wysokość emerytury. Podobnie działa luka płacowa czy praca w gorzej płatnych sektorach i na niższych stanowiskach. Wszystkie te cechy – praca na część etatu, z przerwami, przy niższej pensji – częściej dotyczą kobiety niż mężczyzn. Dlatego to kobiety mają niższą emeryturę niż mężczyźni, szczególnie kobiety z dziećmi. To dodatkowy, zawstydzający aspekt tej historii. Kobiety z powodu macierzyństwa później niż mężczyźni wchodzi na rynek pracy, z powodu opieki nad rodziną i wnukami wcześniej z rynku pracy wychodzą, ostrożniej negocjują pierwszą pensję, wolniej awansują. Czasami całymi latami przebywają poza rynkiem pracy. Nieprzypadkowo najwyższy wskaźnik zatrudnienia kobiet w UE jest w grupie wiekowej 40-50 lat. Nieprzypadkowo wskaźnik zatrudnienia kobiet po 65 roku życia wynosi w UE 8 %.

Szanowni Państwo! Przyczyny, dla których kobiety wypracowują niższą emeryturę kumulują się w ciągu całego życia zawodowego. Stąd luka emerytalna to najlepszy, najbardziej sumaryczny wskaźnik nierówności płciowej – o wiele trafniejszy i prawdziwszy niż luka płacowa, bo obejmujący szersze spektrum czasu i przyczyn, a także efektów. Czas zacząć go używać.

40 % przepaść w emeryturach pomiędzy kobietami a mężczyznami w najbogatszej gospodarce światowej opartej na wartościach sprawiedliwości społecznej jest zawstydzająca. Nic dziwnego, że politycy prześcigają się w pomysłach, jak temu zjawisku zaradzić. Niestety nie wszystkie pomysły są dobre.

Główna przyczyna luki emerytalnej leży w niższej partycypacji kobiet w rynku pracy, krótszej pracy za niższą pensję. Dlatego właśnie na rynku pracy musimy szukać rozwiązań. Propozycja Komisji Europejskiej – pakiet dotyczący równowagi między życiem zawodowym a prywatnym – wychodzi naprzeciw tym potrzebom. Piszemy o tym w sprawozdaniu.

Kobiety muszą mieć szanse wypracować swoją emeryturę, ale nie może to się odbywać kosztem rodziny. Dlatego konieczna jest kompensacja przerw w pracy wynikających z urodzenia dziecka poprzez odprowadzanie przez państwo składek emerytalnych za czas spędzony na urlopie macierzyńskim czy rodzicielskim. Jednak to działanie musi być utrzymane w racjonalnych ramach. Trzeba szukać odpowiedzi na lukę emerytalną także w systemie emerytalnym, ale proponowanie np. gwarantowanej emerytury niezależnie od historii pracy – bo i takie propozycje padały podczas pracy nad sprawozdaniem – musi spotkać się ze sprzeciwem polityków szukających skutecznych i trwałych rozwiązań, skupionych na luce płciowej, a nie na emeryturach jako takich.

Przedstawiane sprawozdanie autorstwa Constance Le Grip stanowi zrównoważoną, racjonalną propozycję, w której zgodnie z opiniami ekspertów łączymy lukę emerytalną i potencjalne rozwiązania z przyczynami tego zjawiska. Apeluję do wszystkich posłów o poparcie tej racjonalnej linii, gdyż utrzymywanie status quo jest nieakceptowalne, a ekspertyzy mówią jasno: system emerytalny w niewielkim stopniu odpowiada za niskie emerytury kobiet. Aby zamknąć lukę emerytalną, trzeba umożliwić kobietom na sprawiedliwych zasadach wypracowanie emerytury zgodnej z ich zawodowym przygotowaniem i potencjałem. Trzeba też stale monitorować lukę emerytalną, do czego potrzebujemy odpowiednio zbieranych danych oraz odpowiednich wskaźników, aby korygować swoje polityki i ograniczać lukę emerytalną w przyszłości.

Catch-the-eye procedure

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, o relatório Le Grip tem o enorme mérito de dar visibilidade ao problema da disparidade nas pensões dos homens e das mulheres na União Europeia.

Apesar do aumento da participação das mulheres no mercado de trabalho nas últimas décadas e da redução das diferenças salariais entre os sexos, ainda são grandes as diferenças de género no mercado de trabalho e nas atividades domésticas.

O facto de, em média, na União Europeia as pensões de reforma das mulheres serem 38 % mais baixas do que as dos homens, além de, obviamente, aumentar o risco de pobreza das mulheres idosas, representa uma acumulação de desequilíbrios e desigualdades de género ao longo da vida ativa. Além de auferirem salários mais baixos, são as mulheres que veem a sua trajetória profissional e, logo, a continuidade das suas contribuições mais vezes interrompida, quer pelo facto de serem elas as que mais responsabilidades têm na família quer por serem elas que exercem mais trabalhos informais e precários.

A igualdade de género e a não discriminação são princípios fundamentais da União Europeia. Reduzir o fosso entre géneros em matéria de pensões passa por alterar o modelo patriarcal dos sistemas de proteção social concebidos há setenta anos e por prevenir e combater a dupla exclusão que afeta as mulheres na vida ativa e, mais tarde, na proteção social a que têm direito, na velhice.

Michaela Šojdrová (PPE). – EP ve své zprávě pravdivě odhaluje to, že důvodem rozdílu v důchodech žen a mužů je přerušení profesní kariéry a menší počet tzv. odpracovaných let v důsledku neplacené práce, kterou ženy a matky vykonávají ve svých rodinách.

Známe to z praxe. Je prokázáno statisticky, že rozdíly rostou v závislosti na počtu dětí. Pokud žena má 3 a více dětí, znamená to až o 20 % větší rozdíl. Jinými slovy, žena matka, která pečuje o děti, investuje svůj čas do jejich výchovy a zajišťuje budoucnost národa, taková žena je diskriminovaná a její práce není uznána.

EU nemůže diktovat členským státům, jak to mají udělat, ale je tedy na nich, na členských státech, zda upraví výši příjmů, zda upraví systémy důchodového pojištění, zda povzbudí rodiče ke sdílenému čerpání a odpovědnosti. Strategie EU ale musí spočívat v zásadní výzvě, podpoře mateřství a ocenění práce pečujících rodičů.

Stanislav Polčák (PPE). – Já chci úvodem říci, že i ČR v této položce má poměrně hodně bílých míst, která nedokázala zatím splnit, ale pokud jde o to evropské téma, já bych chtěl říci, že – možná, že to bude znít až troufale –, ale není možné, aby byl zcela totožný důchod.

Rovnost důchodů ekonomicky rozhodně jako kategorie nemůže existovat, musí to být zásluhový systém. Mělo by se rovněž zhodnotit, že žena ta léta věnovala výchově potomků, že ta léta nadále platí do toho systému, který má udržet sociální stabilitu. Já jsem přesvědčen o tom, že zásluhovost by měla být zhodnocena i v tom, co žena vykonala pro tu společnost.

Se vším, co zde řekli kolegové, souhlasím. Jenom si prosím uvědomme, že rovněž ženy tedy žijí delším životem, je to v průměru o 5 let, a že vlastně dostávají vyplaceno v tom systému tedy delší dobu, to je také nutno zhodnotit.

Caterina Chinnici (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, come emerge dalla relazione Le Grip, in Europa esiste una discriminazione di genere che inerisce tanto a una maggiore difficoltà di accesso delle donne al mercato del lavoro, quanto alla differenza di retribuzione, con un conseguente gap pensionistico che espone le donne a rischio povertà.

Eppure la parità di retribuzione fra lavoratori di sesso maschile e femminile costituisce un principio fondamentale dell'Unione. Garantire a tutti i cittadini, oggi e in futuro, un reddito di pensione adeguato e sostenibile è uno degli obiettivi europei prioritari. Occorre quindi dare una risposta europea che affronti le variabili da cui origina il divario pensionistico di genere. Occorre una strategia mirata a colmare il gap retributivo e altresì la previsione di misure che facilitino la conciliabilità tra lavoro e vita privata e il riconoscimento ai fini contributivi degli anni di assistenza familiare, compito che normalmente grava sulle donne.

Dobbiamo promuovere e realizzare una reale eguaglianza fra uomo e donna, nella consapevolezza del contributo che le donne, con il loro lavoro dentro e fuori casa, portano a beneficio dell'intera società.

Olga Sehnalová (S&D). – Téma rozdílu mezi platy mužů a žen se objevuje každý rok, když Evropská komise zveřejní tyto statistiky. Pokud jsou ale ženy stále platově diskriminovány, nemůže nás překvapovat, že ve stáří pobírají v průměru také o 40 % nižší důchod.

Hlavní důvody jsou dobře popsány ve zprávě paní kolegyně Le Gripové. Ženy pracují častěji než muži ve špatně placených odvětvích a častěji také pečují o rodinu, děti nebo staré rodiče. Na jedné straně se tedy od žen stále očekává, že budou pečovat o druhé, na straně druhé však není tato péče společností doceněna. Ženy přitom mohou udržet krok s vývojem svých profesí po návratu z mateřské dovolené, pokud mají k dispozici dostatečnou síť kvalitních jeslí a školek a pokud mohou pokračovat v práci na pružný pracovní úvazek.

Nestačí tedy jen přijímat další závazky a strategické dokumenty, ale musíme se zasadit o to, aby členské státy tato opatření co nejdříve zavedly do praxe. V opačném případě se zde ke stejné debatě budeme scházet stále i v příštích letech.

Νότης Μαρτιάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η συζήτηση για την ανάπτυξη στρατηγικής στην Ευρωπαϊκή Ένωση για να εξαλειφθεί και να προληφθεί σε μεγάλο βαθμό το συνταξιοδοτικό χάσμα μεταξύ ανδρών και γυναικών νομίζω ότι αναδεικνύει τα αίτια τα οποία έχουν οδηγήσει σε αυτή την κατάσταση. Πρώτα από όλα, υπήρχε εδώ και πάρα πολύ μεγάλο χρονικό διάστημα, δεκαετίες ολόκληρες, ένα χάσμα σε σχέση με τις αμοιβές ανδρών και γυναικών. Επομένως, αυτό επηρεάζει άμεσα και τις συντάξεις. Το δεύτερο θέμα είναι ότι οι γυναίκες απασχολούνται σε ευέλικτες μορφές απασχόλησης, με αποτέλεσμα να μην έχουν πολύ αυξημένα συνταξιοδοτικά δικαιώματα. Επίσης, ασχολούνται, ιδίως, έντονα στον αγροτικό τομέα, παραταύτα δεν αναγνωρίζεται αυτή η εργασία τους. Άρα, λοιπόν, πρέπει να ληφθούν μέτρα σημαντικά. Υπάρχει αυτό το χάσμα και στην Ελλάδα, όπου πραγματικά αυτή τη στιγμή έχουν καθηλωθεί οι συντάξεις. Μέχρι το 2022, δεν θα υπάρξει καμία αύξηση. Και θα υπάρχει πάλι ποιοι συντάξεις; Αυτών που ήδη έχουν μειωθεί κατά 60% με αποφάσεις της τρόικας.

Branislav Škripek (ECR). – Vážený pán predsedajúci, iste je nespravodlivé, že v Európskej únii v priemere muži okolo 65 rokov a viac dostávajú o 38 % vyšší dôchodok ako ženy. Zároveň musíme ujasniť, že dôchodkový systém spadá pod sociálny systém členských štátov, a preto to má byť plne v ich kompetencii. Dlhodobým problémom všetkých členských štátov, teda aj Slovenska, je situácia mužov či žien, ktorí strávia istý čas mimo pracovného procesu starostlivosťou o rodinného príslušníka, pričom sa im do dôchodku nezapočíta. Som preto presvedčený, že ženy aj muži musia mať slobodu si vybrať, aká forma starostlivosti bude ich dieťaťu či nezaopatrenému členovi v domácnosti vyhovovať. Ja považujem za najlepšiu domácu starostlivosť. Na Slovensku ale úplne absentuje ohodnotenie takejto domácej práce. Pokiaľ si spoločnosť nebude ceniť takúto prácu, tak výsledkom budú nespravodlivé dôchodky. Ale treba povedať, že skutočným problémom Slovenska sú hlavne celkovo nízke dôchodky. Ako možno odôvodniť, že naše dôchodkyne majú výrazne väčší problém si zaobstaráť základné potraviny či lieky ako muži, pričom na Slovensku je rozdiel v tých dôchodkoch druhý najnižší v EÚ v priemere – len 8 %. Sú to alarmujúco nízke dôchodky celkovo, spôsobené aj pracou na čierne.

Arne Gericke (ECR). – Herr Präsident! Ich glaube, uns liegt hier ein bestimmter Gedankenfehler vor. Es geht natürlich darum, dass generell Frauen etwa 20 % weniger verdienen als Männer und dadurch natürlich hier schon ein Ungleichgewicht besteht. Aber wenn wir von dem einen Problem sprechen, dass Frauen eben auch Kinder kriegen und dadurch Auszeiten haben im Beruf, dann ist das das Problem, das zentrale Problem in ganz Europa, in allen 28 Mitgliedstaaten – noch 28 Mitgliedstaaten.

Insofern geht es hier darum, dass die Familienarbeit nicht anerkannt wird. Wenn in der Krippe, im Kindergarten oder auch im Kinderheim Arbeit bezahlt wird, die in der Familie kostenlos erbracht wird, dann kommt es zu einem Ungleichgewicht, und hier muss es einen Ausgleich geben: dass es ein Erziehungsgehalt gibt, das eben diesen anderen angepasst wird, dass Familienarbeit anerkannt wird, dass auch eine Wiedereingliederung ins Berufsleben stattfindet und dass es steuerlich ein Familiensplitting gibt, dass Kinder mitberechnet werden und dadurch dieses Ungleichgewicht auch steuerlich nicht entsteht.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL). – Senhor Presidente, a disparidade no valor das pensões entre homens e mulheres tem causas objetivas. Às sistemáticas discriminações impostas à mulher ao longo de toda a sua vida ativa, na maternidade, no acesso ao trabalho e nos valores dos salários, maior vulnerabilidade ao trabalho precário e à pobreza, somam-se as consequências da política de austeridade e de direita que impõem em toda a Europa e em Portugal um brutal ataque aos direitos sociais e laborais.

Contrariar políticas de baixos salários, impor o princípio de salário igual para trabalho igual, valorizar a contratação coletiva, combater a precariedade, proteger a maternidade, criar redes públicas de cuidados para as crianças e idosos, a defesa integral de uma segurança social pública, universal e solidária como única garantia do direito a uma pensão de reforma digna são apenas algumas medidas urgentes e necessárias para reverter, no futuro, estas disparidades.

No imediato, urge implementar a atualização de pensões e rejeitar qualquer relação entre o aumento da esperança média de vida e a idade da reforma.

Tania González Peñas (GUE/NGL). – Señor presidente, en primer lugar, como ponente de opinión de la Comisión de Empleo, querría agradecer el trabajo colectivo a todos los ponentes alternativos, porque considero que ha sido muy positivo y que habría sentado las bases para diseñar una estrategia contra una brecha de género en pensiones que se sitúa hoy en el 39 % en la Unión Europea.

Desafortunadamente, la ponente, aludiendo a un conflicto de competencias en lo que en realidad eran diferencias políticas con la opinión de la Comisión de Empleo, eliminó párrafos que hacían frente a las causas estructurales de la discriminación laboral, que multiplican sus efectos llegada la edad de jubilación. Y ya vemos lo que le importa a la ponente combatir la brecha de género cuando ha preferido hoy estar en un acto político de su partido en lugar de estar aquí defendiendo su informe en esta Cámara.

Continúo refiriéndome a las enmiendas que planteamos desde la Comisión de Empleo para solventar estos párrafos que han sido eliminados; se refieren a la dignificación laboral y salarial de los sectores más precarios y feminizados, el fortalecimiento de los sistemas públicos de pensiones y los objetivos para combatir la discriminación laboral de la mujer.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL). – Senhor Presidente, eu quero chamar a atenção aqui, hoje, para a disparidade nas pensões que existe também na atividade agrícola, especialmente para aquelas agricultoras que desenvolvem a sua atividade no âmbito da exploração agrícola familiar.

Normalmente, começam a sua quotização mais tarde e depois, logicamente, têm menos anos de quotização social. Em muitos casos, permanecem invisíveis durante toda a sua vida laboral, chegando assim as situações de forte dependência dos maridos numa idade avançada e também a muitas situações de pobreza.

(End of catch-the-eye procedure)

Carlos Moedas, Member of the Commission. – Mr President, on behalf of my colleague Věra Jourová, let me thank everyone here for the work in this House on this very important topic.

Women account for almost two-thirds of pensioners in the EU, and they receive pensions which are, on average, 38% lower than men. They make up the bulk of the pensioners who have small pensions. As a result, many women experience retirement under financial constraints and with an increased loss of independence, as some of you described. Older women are also far more likely than men to live alone and with limiting disabilities. This makes their lower pensions even less adequate. Simply put, older women in the EU are at higher risk of poverty and social exclusion than older men.

The Commission is glad to see that the European Parliament has taken up this major issue, and I would like to thank Ms Le Grip and Ms Kozłowska-Rajewicz for their hard work on this report. It rightly puts emphasis on how to improve women's ability to build up pension entitlements. But, unfortunately, the gender gap in pensions is likely to persist as long as women continue to earn less and are more likely to interrupt their careers and to work part-time. These factors further reinforce the gap. We need decisive action to increase women's participation on the labour market. We need to ensure that they are no longer obliged to choose between their family and their professional career. We also want to give fathers more opportunities to take on more family responsibilities. This is precisely the aim of the initiative to support work-life balance for parents and carers which the Commission adopted in April 2017. This package of legislative and non-legislative actions is one of the concrete initiatives, putting the principles of the pillar of social rights into action.

In addition, the Commission is committed to taking action against the root causes of the gender pay gap. Discrimination on the grounds of gender is still prevalent at work, so strong monitoring and enforcement of existing rights is more necessary than ever. We will continue to support stakeholders in their effort to break the glass ceiling, to combat segregation on the labour market, to improve women's access to high-earning professions and to ensure that skills, efforts and responsibilities are recognised in all sectors. Action is needed to close gaps on the labour market, but it is equally important to guarantee decent pensions to current pensioners. We need to take into account the situation of older women who have already reached, or are nearing, retirement age.

I hear and share your concerns that recent pension reforms may actually exacerbate inequalities. We will be vigilant and further investigate the effect of a shift towards a multi-pillar system. For instance, in the framework of the 2018 Pension Adequacy Report, we will continue to draw attention to gender gaps in our cooperation with the Member States on pensions.

President. – Commissioner, thank you for your words and for being with us here this evening.

The debate is closed.

The vote will take place on Wednesday, 14 June 2017.

Written statements (Rule 162)

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), γραπτώς. – Δυστυχώς, το χάσμα μεταξύ των συντάξεων γυναικών και ανδρών στην ΕΕ, παραμένει αγεφύρωτο. Πολύ θλιβερό είναι το γεγονός πως η Κύπρος καταγράφει μία από τις υψηλότερες επιδόσεις όσον αφορά στη διαφορά που υπάρχει στις συντάξεις των δύο φύλων. Εμείς στηρίζουμε με όλες μας τις δυνάμεις κάθε προσπάθεια για επίτευξη πραγματικής ισότητας μεταξύ γυναικών και ανδρών, αλλά και πρόληψης της φτώχειας και της ευάλωτης κατάστασης στην οποία κινδυνεύουν να περιέλθουν οι γυναίκες που λαμβάνουν χαμηλές συντάξεις. Θεωρούμε λοιπόν απαραίτητη μια συνολική και γενικευμένη στρατηγική αντιμετώπισης τους συνταξιοδοτικού χάσματος μεταξύ των φύλων.

Viorica Dăncilă (S&D), în scris. – Studii recente la nivel european arată că în ultimii cinci ani decalajul pensiilor dintre bărbați și femei a continuat să crească în mai mult de jumătate dintre statele membre. De asemenea, criza financiară din ultimii ani a avut un impact negativ asupra veniturilor multor femei, iar, în multe dintre statele membre, între 11 și 36 % dintre femei nu beneficiază de niciun fel de pensie, ca urmare, în special, a unor fenomene de discriminare, de segregare și de întrerupere a parcursului profesional. În aceste condiții, este important ca statele membre, în colaborare cu executivul european, să facă eforturi pentru a combina politicile privind pensiile cu politici adecvate privind munca și îmbătrânirea activă, pentru a reduce disparitățile de gen în materie de remunerare și de pensii prin încurajarea cooperării și schimburilor de bune practici între statele membre, pentru a evita discriminarea în ceea ce privește formarea și promovarea profesională și a carierei femeilor. Susțin totodată propunerea raportorului privind necesitatea ca statele membre să pună în aplicare recomandările Comisiei referitoare la transparența salariilor, descrierile și clasificarea locurilor de muncă neutre din punctul de vedere al genului, inversarea sarcinii probei când vine vorba de contestarea discriminării de gen la locul de muncă.

Dominique Martin (ENF), par écrit. – La pension de retraite est devenue la source principale de revenu de 25% des citoyens de l'UE. Ce nombre va doubler d'ici à 2060 du fait du vieillissement de la population. L'enjeu est donc primordial, notamment pour lutter contre la pauvreté et l'exclusion sociale de nos aînés. Si l'organisation des systèmes de retraite est une compétence exclusive des États membres, l'UE a une compétence de soutien (article 153 TFUE). Malheureusement, nous faisons le constat d'une inégalité entre les hommes et les femmes: au sein de l'UE, cet écart était, en 2012, de 38% pour les plus de 65 ans. Les causes en sont le taux élevé de femmes peu rémunérées, la durée du travail et les temps partiels, souvent liés à la maternité. Il faut continuer à lutter contre ces discriminations et garantir une rémunération égale pour un travail égal et une ancienneté équivalente. L'instauration du crédit de points de retraite est un axe envisageable. En revanche, nous nous opposons à la retraite publique minimum (qui confine au salaire minimum européen) ainsi qu'à l'augmentation du nombre d'années minimum de cotisation. Enfin, nous sommes défavorables à l'individualisation des droits à la retraite qui remet en cause l'unité du foyer familial.

Daciana Octavia Sârbu (S&D), în scris. – Azi, în contextul creșterii speranței de viață, este nevoie mai mult ca oricând să se garanteze egalitatea reală între femei și bărbați, dar și prevenirea situațiilor de sărăcie și vulnerabilitate, care sunt mai susceptibile să afecteze femeile cu pensii mici. Diferența între pensii este în mod clar rezultatul unei serii de inegalități survenite de-a lungul vieții și al parcursului profesional al femeilor, iar Uniunea trebuie să contribuie activ la eliminarea acestora. Din păcate, în anul 2017, în UE continuă să existe diferențe de remunerare între bărbați și femei, acestea ridicându-se la 16,3 % în 2014, ca urmare, în special, a unor fenomene de discriminare, de segregare, dar și de întrerupere a parcursului profesional.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Nejednakosti u mirovinama muškaraca i žena u mnogim državama članicama Unije daju razlog za iznimnu zabrinutost. Kao sastavni dio sveobuhvatne strategije u borbi za jednakost spolova u svim sferama života, usklađivanje mirovinskih sustava od iznimne je važnosti za sve članove društva koji su izloženi većem riziku siromaštva zbog sustavnog ograničavanja njihovih prava.

Jaz prosječnog dohotka prije oporezivanja primljenog kao mirovina 2014. iznosio je 39,4 % u dobnoj skupini od 65 i više godina te bilježimo dramatični rast ovih brojki u više od pola država članica u posljednjih pet godina. Niže mirovine žena su neposredna posljedica razlike u plaćama na temelju spola, koje su unatoč zakonodavstvu o ravnopravnosti Unije, još uvijek rasprostranjene u državama članicama Europske unije. Podržavam ovaj Zakonodavni prijedlog zbog dosljedne i nužne potrebe za promjenom razlika u mirovinama muškaraca i žena.

Europska unija ne može dopustiti sustavnu diskriminaciju žena. Mirovina predstavlja glavni izvor dohotka za svakog četvrtog građanina EU-a. Dramatična situacija umirovljenica pogoršat će se ako kao prvo ne podignemo javnu svijest o postojećim nedostacima i potom ne poduzmemo sve potrebne mjere da bi se uklonile postojeće prepreke.

Romana Tomc (PPE), *pisno.* – Razlike v pokojninah med spoloma ostajajo ena izmed večjih izzivov, ko gre za oblike neenakosti med ženskami in moškimi. Leta 2012 je razlika v pokojninah med spoloma znašala kar 38 % v starostni skupini 65 let in več, kar je nesprejemljivo.

Skrajni čas je, da države članice pričnejo sprejemati ustrezne politike, ki bodo ta problem ustrezno razrešile. Cilj EU je doseči dejansko enakost med ženskami in moškimi, pa tudi preprečiti revščino in ranljivost, ki največkrat prizadene prav ženske z nižjimi pokojninskimi prejemki.

Veliko držav, med njimi tudi Slovenija, uporablja pay as you go sistem, ko gre za pokojninski sistem. To je sistem, kjer mladi plačujejo za starejše. Glede na to, da se razmere med mladimi in starejšimi bistveno spreminjajo korist starejših, kar je seveda dobrodošlo, saj živimo dlje, bodo morale posebej države, ki ta sistem uporabljajo, razmisliti o njegovi nadgradnji.

Na tem mestu se mi zdi pomembno, da je oblikovanje socialnih sistemov v domeni vsake posamezne države, vendar pa glede na problem, ki ga vidim, menim, da bi lahko bila tudi Unija bolj aktivna, predvsem ko gre za vprašanje vzdržnosti pokojninskih sistemov.

Seveda je na koncu dneva odgovornost držav članic, da uvedejo celostni pristop, tako pokojninskih sistemov kot reševanja problematike staranja in vse večje pojavnosti revščine med upokojenkami.

Ivo Vajgl (ALDE), *pisno.* – Spoštovani, močno podpiram sprejetje poročila o potrebi po strategiji EU za odpravo in preprečevanju razlik v pokojninah med spoloma.

Poročilo pregledno in argumentirano odpira problematiko razlik v pokojninah in poziva Komisijo, naj v tesnem sodelovanju z državami članicami oblikuje strategijo za odpravo teh razlik. Statistični podatki nazorno kažejo, da so razlike plod diskriminatorne obravnave žensk pri zaposlovanju ter nezadovoljivih opredelitev posameznih vrst dela pri pridobivanju pokojninske dobe in pokojninske osnove.

Poziv za strategijo, katere cilj je zmanjševanje in odprava razlik, je zato več kot upravičen. Ob tem moram tudi ponovno izpostaviti nujnost sprejetja strategije Evropske unije kot odziv na demografske spremembe v Evropi in ponavljam poziv Evropski komisiji, naj v sodelovanju z državami članicami pristopi k oblikovanju in sprejetju le-te. Potrebujemo dokument, ki bo izpostavil vse vidike starajoče se družbe v Evropi ter ponudil smernice, kako se na njih odzvati in prilagoditi.

Sporočilo vseh, ki si v Evropskem parlamentu prizadevamo za dostojno življenje starejših v družbi, je jasno in to opozarja tudi to poročilo: dostojna pokojnina je bistvenega pomena za boj proti revščini starejših in pri tem ne smemo pristati na kakršne koli oblike diskriminacije.

19. Staatenlosigkeit in Süd- und Südostasien (kurze Darstellung)

President. – The next item is the report by Amjad Bashir, on behalf of the Committee on Foreign Affairs, on statelessness in South and South-East Asia (2016/2220(INI)) (A8-0182/2017).

Amjad Bashir, rapporteur. – Mr President, I am honoured to address today's plenary as the rapporteur for the report on Statelessness in South and South East Asia. For the overwhelming majority of colleagues in the Committee on Foreign Affairs, it was felt that this report was worth embracing – from the very first draft through to the final text – unequivocally, and irrespective of political affiliation, because we are deeply appalled at the UN Refugee Agency's estimates that 135 million children under the age of five, across the South and South East Asia region, have not had their births registered and are at risk of becoming stateless. We are mindful that being a Rohingya, for instance, (the largest stateless ethnic group in the world) equals living literally in the shadows, as a non-person in the eyes of the authorities, unable to stay in, unable to move out, stripped of property rights and denied access to health, education and the right to start a business.

As a proud British Conservative, I uphold a rich tradition that champions the cause for the small state, both in number and regulatory functions. The *raison d'être* of the state, anywhere in the world, is to defend, protect and enforce the rule of law so that each and every individual is genuinely free. People of all ethnic, religious and cultural backgrounds must have their unalienable rights protected, down to the last individual, because the smallest minority is the individual.

My thinking is influenced by Aristotle's emphasis on the individual. Our prosperity in Europe is the result of the consciousness that no one should be above the law. It was the Magna Carta, in the early 13th Century, and the contributions of Thomas Hobbes and John Locke on the social contract, that paved the way forward. As in 18th Century Prussia, those at the mercy of the Myanmar authorities must be able to stand up and say that there are judges in Berlin. The Myanmar authorities' failure to fulfil these essential state functions must spur the international community to act. We must recognise the progress made in Indonesia, Cambodia and Vietnam. However, there are still millions who are stateless and persecuted every day because of it. Enhanced political and economic relations with Europe go in tandem with individual freedoms and the rule of law. These are the messages that Myanmar, and any other country in this region and the world, must be reminded of. I am proud of this House, honourable colleagues, because we seized this noble opportunity to focus across the political spectrum on the absolute essentials of life, liberty and the right to happiness. Tomorrow's vote will provide hope to those who are suffering and ensure that promoting citizenship is a priority for the EU.

Catch-the-eye procedure

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem chtěl vystoupit na podporu zprávy pana Bashira. Před několika měsíci jsme zde na plénu v rámci lidskoprávních bodů projednávali velmi složitou situaci Rohingyů a to, jak je tamní země, Myanmar, kdysi Barma, potlačuje. A jak z toho, že tito obyvatelé nemají občanství své země, jak na základě toho jsou šikanováni, perzekuováni a já se nebojím říct, že dokonce dochází k určitým genocidním praktikám. Rohingyové nejsou jedinou etnickou skupinou v jihovýchodní Asii, těch skupin je více a je dobře, že dnes vzniká obecný materiál, který jasně říká, že chceme, aby tyto země v Asii respektovaly úmluvy OSN z počátku šedesátých let, které jasně říkají, že člověk má právo na občanství, má právo na občanství země, kde se narodí, pokud nezíská jiné občanství. A měli bychom tento princip vynucovat a chtít v mezinárodních vztazích, aby byl uplatňován.

Csaba Sógor (PPE). – Elnök Úr, egyetértek a jelentésnek azon megállapításaival, amelyek a hontalanság jelenségének visszaszorítását és felszámolását tartják kívánatosnak, és kiemelik a burmai és bangladesi hontalanok elfogadhatatlan helyzetét. Támogatom azt a megközelítést, hogy minden helyzet különböző, ám eltérő történelmi okok nem szolgálhatnak alapot a hontalanság állapotának szándékos fenntartására egyes államok által. Ugyanakkor felhívnam a figyelmet rá, hogy az Európai Unióban még mindig több százezer ember él hontalanként, és ők nem menekültek. Senki sem vitatja a balti nemzetek Szovjetunió általi elnyomását, ám valóban meg kellene már haladni ennek a korszaknak a gondolkodását. Hogyan fogalmazhatunk meg kritikát olyan távoli országokkal szemben, mint Burma vagy Banglades, ha mi, a fejlett európaiak ugyanazt a politikát követjük? Ez a gyakorlat nemzetiségi alapú diszkrimináció az Európai Unió területén, ám nem beszélünk róla. Úgy teszünk, mint amikor egy család egy kellemetlen eseményről nem vesz tudomást, hátha megoldódik magától. Nem fordíthatjuk el a fejünket a saját problémáinkról, miközben hangosan ostromozunk másokat Bangladesben vagy Mianmarban.

Herbert Dorfmann (PPE). – Herr Präsident! Danke, dass Sie mir das Wort geben. Als selbst Angehöriger einer Minderheit kann ich nur nachfühlen, wie schwierig es für eine Gruppe sein muss, wenn ihr selbst eine Staatszugehörigkeit verwehrt wird. Ich denke, es ist richtig, dass wir in diesem Zusammenhang auch über die Situation der Rohingya sprechen. Ich muss aber auch sagen, ich hatte vor wenigen Wochen die Chance, mehrere Tage in Myanmar zu sein und sowohl Frau San Suu Kyi zu treffen als auch die von Kofi Annan geführte Kommission betreffend den Rakhine State. Ich glaube, es wäre richtig gewesen, wenn wir in dieser Entschließung zumindest auf die von Kofi Annan geführte Arbeitsgruppe hingewiesen hätten und darauf hingewiesen hätten, dass Frau San Suu Kyi derzeit sehr bemüht ist, die Situation zu verbessern, trotz aller Schwierigkeiten, die es im Gebiet gibt. Ich denke, das wären wir der Friedensnobelpreisträgerin schuldig gewesen. Ich glaube, es wäre richtig, wenn wir nicht nur verurteilen, sondern wenn wir den Staat Myanmar effektiv auch ermuntern würden, jetzt endlich in dieser Sache weiterzukommen und eine gute Lösung zu finden.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, για το δράμα των Ροχίνγκια έχουμε συζητήσει αρκετές φορές σε αυτήν εδώ την αίθουσα και είχαμε την ευκαιρία να καταγγείλουμε την απαράδεκτη και παράνομη συμπεριφορά της Μιανμάρ απέναντι σε αυτή τη μειονότητα, σε αυτούς τους ανθρώπους, οι οποίοι, κυρίως για θρησκευτικούς αλλά και εθνοτικούς λόγους, διώκονται και δεν έχουν καμία τύχη και κανένα δικαίωμα στη Μιανμάρ. Βλέπω, όμως, ότι υπάρχουν προβλήματα και με τους χιλιάδες Μπιχάρι, οι οποίοι αντιμετωπίζονται αντίστοιχα από το Μπανγκλαντές. Παρακολουθούμε προβλήματα σε όλη πλέον την Ασία. Το γεγονός ότι δεν καταγράφονται οι γεννήσεις και έχουμε 136 εκατομμύρια παιδιά που δεν έχουν πιστοποιητικό γεννήσεως, πραγματικά, αποδεικνύει την οικτρή κατάσταση στην οποία βρισκόμαστε. Όμως, αναφέρομαι στο σημείο 10 της έκθεσης που επισημαίνει ότι το δικαίωμα παροχής ιθαγένειας ανήκει στην αποκλειστική αρμοδιότητα κάθε κράτους και αυτό πρέπει να γίνεται σεβαστό.

Arne Gericke (ECR). – Herr Präsident! Staatenlosigkeit, 135 Millionen Kinder – das ist schon ein Problem, das für sich spricht. Keine Eigentumsrechte, keine Gesundheitsversorgung. Aber wir haben noch eine andere Form der Staatenlosigkeit, und die ist in unserer Kolonialgeschichte begründet. Die Insel Neuguinea ist geteilt zwischen Papua-Neuguinea und West-Papua. West-Papua gehörte zu dem Kolonialgebiet der Holländer, und als es da zur Unabhängigkeit seitens Indonesiens kam, wurde Indonesien empfohlen, diese Inselhälfte Papua-Neuguinea zuzuschlagen. Mittlerweile sind 54 % der Bevölkerung versetzt worden, auf die Inseln übertragen worden, heimatlos geworden, in dieser Form auch staatenlos. Es sind nur noch 46 % der ursprünglichen Bevölkerung da, die ein hohes Maß an Sprachen und Stämmen hat, so dass es dort unwahrscheinlich schwer ist, wieder aufzuräumen. Ich denke, das ist ein Auftrag, den wir als ehemalige Kolonialmächte haben, hier wieder aufzuräumen und zu sagen: Leute, dieser Zustand kann so nicht beibehalten werden.

Γεώργιος Επιτήδειος (ΝΙ). – Κύριε Πρόεδρε, ένα από τα βασικά ανθρώπινα δικαιώματα είναι και το δικαίωμα κάθε ατόμου να έχει την ιθαγένεια της χώρας στην οποία γεννήθηκε. Δυστυχώς, την αρχή αυτή δεν την εφαρμόζουν όλες οι χώρες του κόσμου. Υπάρχουν ορισμένες χώρες στη Νότια Ασία και στη Νοτιοανατολική Ασία, κυρίως η Μιανμάρ και το Μπανγκλαντές, που για διάφορους λόγους, οι οποίοι εξυπηρετούν απαράδεκτες σκοπιμότητες, δεν χορηγούν την ιθαγένεια στους υπηκόους τους. Αυτό έχει ως αποτέλεσμα οι δυστυχείς αυτοί άνθρωποι να μην μπορούν, ούτε να βρουν εργασία, ούτε να παντρευτούν για να δημιουργήσουν οικογένεια, ούτε να έχουν περίθαλψη, και στο τέλος να αναγκάζονται να εγκαταλείψουν τη χώρα τους παρά τη θέλησή τους. Πολλοί από αυτούς έρχονται ως παράνομοι κυρίως μετανάστες σε χώρες της Ευρωπαϊκής Ενώσεως με αποτέλεσμα να επιδεινώνουν το ήδη υπάρχον πρόβλημα της παράνομης μεταναστεύσεως. Εάν η Ευρωπαϊκή Ένωση θέλει να αποδείξει ότι πράγματι υπερασπίζεται τα ανθρώπινα δικαιώματα, οφείλει να πιέσει τις χώρες αυτές να υπακούσουν στη διεθνή νομιμότητα, να δώσουν ιθαγένεια στους υπηκόους τους και με αυτόν τον τρόπο να εξυπηρετήσουν, γενικότερα, τα ανθρωπιστικά συμφέροντα.

(End of catch-the-eye procedure)

Christos Stylianides, Member of the Commission. – Mr President, first of all I would like to congratulate Mr Bashir on his report. This topic is of great importance for the European Union and for me personally, and I am glad to be here today with you.

The European Union addresses statelessness in different aspects of its external policies, including in our political relationships and development cooperation programmes, as well as in the enlargement process. Through our humanitarian assistance we support the lives of stateless people: I have seen this myself on the ground very recently. We encourage third countries to ratify the 1954 Convention Relating to the Status of Stateless Persons and the 1961 Convention on the Reduction of Statelessness.

We urge partner governments to take measures to address situations of statelessness, including by granting citizenship to stateless persons, and we call on them to ensure that these people have access to public services, including health and education. Stateless persons are vulnerable to arbitrary treatment and crimes like human trafficking. Where whole communities are affected we can witness poverty and marginalisation and, as a consequence, significant humanitarian and development needs. The marginalisation of such people can create tensions in society. It can lead to radicalisation and this is extremely dangerous. It can lead to instability at both national and international level. Also, in extreme cases, it can lead to conflict and displacement.

Statelessness is an issue the EU addresses in a series of instruments and policies: first, the EU Action Plan for Human Rights and Democracy; second, the EU Human Rights Country Strategies for a number of countries; and third, the New European Consensus on Development – to name a few. The EU has funded a range of development and humanitarian assistance programmes in the area of statelessness. These programmes aim to raise awareness of the issue, assist stateless persons and support governments in addressing the problem.

Let me give you some concrete examples of our action in South and South East Asia. Maybe you know that last month I visited Myanmar. I met with the authorities and travelled to the troubled Northern Rakhine State to meet with Rohingya representatives and assess the humanitarian situation on the ground. This was the first ever visit by an EU Commissioner to that region and the first high-level international visit in general since the violent incidents of October 2016. I announced new humanitarian assistance for the current year 2017, and I stressed the need for full humanitarian access. I also asked for unrestricted access to health, education and other services for the Rohingya minority, the largest stateless group in the world.

What I stressed to all my Myanmar interlocutors is that only steps towards community reconciliation can bring peace and stability. Reconciliation is not an easy process – I know this from personal experience as a Cypriot – but it is the only way forward.

The situation in Rakhine State was the focus of the meetings that State Counsellor Aung San Suu Kyi had with President Tusk, High Representative Mogherini and me on 2 May in Brussels, just before my visit to the country. The plight of the Rohingya has been prominently discussed at human rights dialogues with Myanmar which the EU Special Representative for Human Rights has held since 2014.

The EU strategy with Myanmar of 2016 also calls on the Government of Myanmar to address the challenges of Rakhine State, including the status of the Rohingya. This requires inclusive development in all areas and a political process, including resolving citizenship for stateless persons in a non-discriminatory manner through a transparent, voluntary and accessible procedure.

In March 2017, the current year, just three months ago, the EU continued to table a resolution on the human rights situation in Myanmar in the EU Human Rights Council, and it was adopted without vote. The EU is a major donor to humanitarian assistance and development cooperation programmes in Rakhine State. Since 2010, more than EUR 76.5 million of humanitarian aid has been allocated to vulnerable people in the region. Our current development assistance in Rakhine State amounts to EUR 25 million, benefitting all communities.

The Union also provides long-standing and significant support to the Rohingya in the refugee camps in Bangladesh, with EUR 6.3 million in humanitarian aid allocated in 2016 and EUR 6 million as the EU's contribution to UNHCR for 2014-2017. Their situation is regularly discussed in political dialogues with the Government of Bangladesh. Birth registration was raised at the most recent human rights dialogue with the country, in December 2016, and also featured in the related EU statement which urged Bangladesh to provide assistance and protection and not to turn the Rohingya back to Myanmar.

In 2008, the Supreme Court ended the statelessness of the Bihari in Bangladesh. The European Union aims to reduce inequality and exclusion of all marginalised groups in Bangladesh, through its wider public diplomacy and development cooperation efforts.

In Nepal, the European Union, together with other international partners, is exploring sustainable solutions for the Bhutanese refugees. We are working with UNHCR on an exit strategy for them, while providing protection and multi-sectoral assistance.

I would like to thank the House for your attention, your suggestions and your observations, and please remain assured that the European Union remains committed to working with partner countries and other international partners towards eliminating statelessness.

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Tuesday, 13 June 2017.

20. Ausführungen von einer Minute zu Fragen von politischer Bedeutung

President. – The next item is the one-minute speeches on matters of political importance (Rule 163). May I say two things. First of all, the list is rather long so I will strictly apply the time of one minute. Secondly, I know that somebody has today proposed the possibility of speaking in his/her language, beyond the scope of the official languages of the European Union for which we are equipped here today. That is not possible and we will continue in the official languages of the European Union.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Pane předsedající, rád bych zde upozornil na případ českého válečného novináře Radana Šprongla zadrženého na letišti v Bangkoku před odletem do Iráku. Tento člověk čelí obvinění z nedovoleného držení válečného materiálu a hrozí mu pět let vězení jen pro to, že u sebe měl ochranou výzbroj, která slouží jako naprosto nezbytná ochrana novinářů ve válečných zónách. Navíc se nejedná o první případ svého druhu. Nedávno byli ze stejného důvodu zatčeni i dva novináři pocházející z Evropské unie, kteří již byli propuštěni. Thajské jednání by mělo Evropskou unii znepokojovat. Evropská diplomacie musí dát najevo, že se jí tento postup nelíbí, a měla by pomoci právě novinářům dostat se zpátky do zemí, kde mohou nadále plnit svoji důležitou funkci.

Andor Deli (PPE). – Elnök Úr, egy friss elemzés szerint Magyarországon mintegy 15 000 fuvarozói állás kerülhet veszélybe egyes nyugat-európai tagállamok által bevezetett korlátozások miatt. Az utolsó ilyen intézkedés a Németország által május 25-én bevezetett szigorítás, mely kimondja, hogy a 45 órás pihenőidőt nem lehet a jármű kabinjában tölteni. Mindeközben nem biztosítottak ehhez az infrastrukturális feltételek, hiszen nincs elégséges védett parkoló és szálláshely, amely a megnövekedett igényeket kielégítené. A rakomány, a jármű és az üzemanyag is kockázatnak van kitéve, de akár potenciális terrorista merényletre is szolgálhat az őrizetlenül hagyott jármű, és nem tisztázott a felelősség kérdése sem. Az előfeltételek megteremtése nélkül mindez nem a biztonságot szolgálja, és a sofőrök körülményeit javítja, hanem egyszerű protekcionista intézkedés benyomását kelti. Ezért arra kérem az érintett tagállamokat, hogy vizsgálják felül ezen intézkedéseiket, és ne büntessék a külföldi fuvarozókat addig, amíg nem teremtik meg a rendelkezés betartásának előfeltételeit.

Francesc Gambús (PPE). – *(El orador interviene en catalán.)*

President. – Mr Gambús, I am terribly sorry but there was No English interpretation. I will give you the opportunity to start once again so that colleagues can benefit from the English interpretation. Can we try it? Could you start again? I apologise once again.

Francesc Gambús (PPE). – *(El orador interviene en catalán.)*

President. – Mr Gambús, am I right in assuming that you are now speaking in Catalan?

Francesc Gambús (PPE). – Yes, I am speaking Catalan.

President. – Then I am afraid I have to apply what I said at the very beginning, which is that President Tajani was asked whether it would be possible to speak in any other language than the official languages of the European Union, and that is not possible. President Tajani refused that option, so you can speak Spanish or any other official language, but we do not have interpretation from Catalan, so I will have to ask you to refrain from using that language.

Francesc Gambús (PPE). – Señor presidente, entiendo que el Reglamento no prohíbe que yo utilice otra lengua. El Reglamento me da derecho a utilizar una lengua oficial, pero no me prohíbe utilizar una lengua que no sea oficial.

Asumo que no voy a ser interpretado.

President. – Fine. Please proceed, but there will be no interpretation and therefore limited reception.

Francesc Gambús (PPE). – *(El orador interviene en catalán.)*

President. – Mr Gambús, just to explain, I was initially informed that President Tajani had refused that possibility, but this was then corrected. I apologise, as I did not receive precise information.

László Tőkés (PPE). – Elnök Úr, miközben az EU felelős vezetői váltig azt hangoztatják, hogy a migrációs válságra csak közösen találhatunk megoldást – ezzel szemben évek óta képtelenek a válság kezelésére, sőt az igazi megoldásnak éppen ők a legfőbb akadályozói. Brüsszellel szemben Magyarország és szövetségesei valós alternatívát kínálnak az EU elhibázott bevándorláspolitikájára – ennek ellenére visszautasítás, elítélés és fenyegetés jut nekik osztályrészül. Mérhetetlen politikai vakságra vall, hogy az egész európai kultúránkat és identitásunkat fenyegető, sorozatos és brutális terrorcselekmények idején Magyarországot elmarasztaló állásfoglalásában Parlamentünk – Ahmed H. személyében – a terroristákat veszi pártfogásába, országunkat pedig lehetséges szankciókkal zsarolja. A kialakult válságos helyzetért nem Magyarországot, hanem az Unió migránspolitikáját terheli a felelősség. *(az Elnök megvonta a szót a képviselőtől)*

Pál Csáky (PPE). – Elnök Úr, az utóbbi időben sokat beszélünk arról, hogy a demokratikus elveket be kell tartani az Európai Unióban, a kisebbségek védelmét is. Igen, arról az 50 millió EU-s polgárról beszélek, akik kisebbségi kötődésűnek vallják magukat, s akik most az európai polgári kezdeményezés lehetőségeit kihasználva egymillió aláírás összegyűjtésébe kezdtek. Az Európai Bizottságtól, név szerint Frans Timmermans úrtól azt kérjük, hogy az Európa Tanács legfontosabb kisebbségvédelmi dokumentumait kötelező érvénnyel emeljük be az EU belső jogrendjébe. Közülük is a legfontosabbat, az éppen 25. születésnapját ünneplő Regionális vagy Kisebbségi Nyelvek Európai Chartáját. Az őshonos kisebbségek jogainak védelme ugyanis nem kielégítő például Szlovákiában sem, amelynek polgára vagyok. Hiányzik a pozitív hozzáállás, nem kielégítő a Charta alkalmazása. Ezt mi sem bizonyítja jobban, mint az a tény, hogy itt, az Európai Parlamentben anyanyelvemen mondhattam el ezt a felszólalást, s országomban ugyanígy tehettem volna 30 évvel ezelőtt, a kommunista diktatúrában. Ám ma, az EU-tagország Szlovákiában ilyenre nincs jogom, ez bizony sajnálatos módon visszalépés.

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, decorreu na semana passada, em Nova Iorque a Conferência dos Oceanos das Nações Unidas, na qual tive a honra de participar como chefe da delegação do Parlamento Europeu. Foi um verdadeiro ponto de viragem no reconhecimento de que o oceano, o nosso oceano, é crucial para o futuro e para a humanidade em toda a sua diversidade.

Esta Conferência visou apoiar a criação de condições para a implementação do 14.º Objetivo de Desenvolvimento Sustentável da ONU, dedicado à sustentabilidade dos Oceanos. A delegação do Parlamento Europeu participou em múltiplas reuniões bilaterais com representantes do Banco Mundial, do Programa das Nações Unidas para o Ambiente, da Convenção sobre a Diversidade Biológica e com as delegações dos EUA, China e Brasil, no quadro da melhoria da coordenação e cooperação entre organizações internacionais e criação de parcerias no domínio dos oceanos. 193 Estados membros da ONU aprovaram por aclamação a declaração «Our Ocean, Our Future: Call for Action», que compromete todos os países a trabalharem para a sustentabilidade dos oceanos.

Caros Colegas, a União Europeia assumiu importantes tipos de compromissos no reconhecimento político da importância de conservar os recursos e os ecossistemas marinhos. Cabe agora a tarefa urgente de agir em defesa dos oceanos e da implementação de uma nova e ambiciosa governação Internacional dos Oceanos.

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, dovolu mi, abych připomněla symbolické výročí. Před sedmdesáti lety, v červnu roku 1947, byl oficiálně oznámen tzv. Marshallův plán hospodářské obnovy poválečné Evropy. Proč je dobré si tuto událost připomenout? Jednalo se o bezprecedentní akt solidarity ze strany USA vůči Evropě zničené válkou. Marshallův plán byl výrazným prvkem silných transatlantických vztahů v době počínající studené války. Pro správu tohoto plánu vznikla tzv. Organizace pro evropskou hospodářskou spolupráci, z níž se později vyvinula OECD. Odmítnutí Marshallova plánu ze strany budoucích zemí východního bloku bylo symbolickým spuštěním železné opony. Zajímavých lekcí pro současnost spojených s Marshallovým plánem je mnoho počínaje důležitostí vztahů USA-Evropa přes význam evropské spolupráce. Toto gesto výjimečné solidarity, které se oběma kontinentům vyplatilo, je potřeba připomínat.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, naše evropské společnosti, které tolik vyznávají svobodu jako klíčovou hodnotu demokratického právního státu, ohrožují nebezpečí nová, doposud nepoznaná. Teroristé, kteří nemají žádné požadavky, žádnou pevnou strukturu, jejichž jedinou ideologií je co největší zlo a zmar, záměrně ničí životy bezbranných obětí a používají k tomu prostředky, které jsme dosud pokládali za relativně běžné spotřební zboží. Není nic jednoduššího než vzít auto a srážet bezbranné oběti k zemi jako kuželky. To se doposud v takové míře nedělo. Čelíme proto naprosto nestandardní hrozbě a měli bychom zvážit, zda nástroje, které proti této hrozbě používáme, jsou dostatečné. Pokládám za důležité, abychom více pozornosti věnovali také domácnostem, v nichž radikalizovaní mladíci – ať islámští fanatici či fanatic Breivik – žijí. Musíme žádat i jejich díl spoluodpovědnosti, aby byli povinni upozornit na indicie, které mohou vnímat v zásadě jen oni jako spolu žijící osoby, které jednoznačně potvrzují radikalizaci těchto lidí. Žádejme odpovědnost i od lidí, kteří žijí v takovýchto domácnostech.

Jonás Fernández (S&D). – Señor presidente, la semana pasada vivíamos en nuestro país la liquidación de una entidad bancaria centenaria como el Banco Popular. Sin duda, esa operación se ha realizado sin el uso de dinero público, pero tampoco deberíamos congratularnos, dado que ha generado problemas de inestabilidad financiera y, además, ha acabado con los ahorros de miles de pequeños inversores con poca información. Cabe preguntarse, por tanto, si existía alguna opción alternativa a esa liquidación, si era posible una venta ordenada del Banco Popular. En mi opinión, sí. Sin duda, los gestores del Banco Popular han adolecido de irresponsabilidad.

Ha habido malas praxis en la comercialización de capital convertible y en su última ampliación de capital, pero no podemos pasar por alto las declaraciones alarmistas de la presidenta del Mecanismo Único de Resolución, Elke König, en una entrevista del pasado 23 de mayo. Hay quien sitúa en esa entrevista el inicio del fin del Banco Popular. Por eso, he pedido la comparecencia de Elke König en esta Cámara, para que explique su actuación.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D). – Domnule președinte, la sfârșitul acestei luni Comisia Europeană va da publicității caietul de sarcini ce va trebui îndeplinit de statele care vor intra în cursa pentru relocarea Agenției Europene a Medicamentului.

Pe această cale, cer responsabililor din Comisia Europeană ca, la întocmirea criteriilor de eligibilitate, să țină cont de o rezoluție mai veche a Comisiei Europene cu rol de recomandare, care spune că la amplasarea pe teritoriul național de agenții europene nou înființate au prioritate statele care nu au nicio agenție. Această recomandare trebuie să fie valabilă și în cazul relocărilor de agenții europene, fenomen generat de Brexit și care în momentul emiterii recomandării, în 2011, nu exista.

Un alt lucru de care ar trebui să țină seama reprezentanții Comisiei Europene la întocmirea criteriilor este gradul de pericol terorist. Din fericire, România are avantajul că este unul dintre puținele state europene unde pericolul terorist este inexistent. Dacă vom câștiga această cursă, România ar fi primul stat din estul Europei care ar găzdui o instituție de importanță majoră pentru Uniunea Europeană, ceea ce ar fi și un semnal politic important în demersul de a demonstra unitatea Uniunii Europene.

Marek Jurek (ECR). – Panie Przewodniczący! Trzy tygodnie temu Komisja Praw Kobiet i Równouprawnienia naszego Parlamentu odbywała misję w Polsce, w ramach której odbyła spotkania z licznymi organizacjami feministycznym. Kierownictwo komisji nie chciało natomiast się spotkać z proszącymi o to organizacjami kobiecymi zaangażowanymi na rzecz prawa do życia i praw rodziny. Kierownictwo uniemożliwiło członkom komisji zapoznanie się z punktem widzenia tej części polskiej opinii publicznej a zainteresowanym organizacjom kobiecym publiczną dyskusję ze swymi oponentami. Wykluczenie to stanowi niestety najgorsze świadectwo dyskryminacji wobec środowisk kobiecych broniących życia i rodziny, a także dyskryminacji wobec zainteresowanych ich stanowiskiem posłów naszego Parlamentu. Liczę w tej sprawie na reakcję ze strony kierownictwa Parlamentu Europejskiego.

Urszula Krupa (ECR). – Panie Przewodniczący! Po wprowadzeniu preparatu o dźwięcznej nazwie ellaOne – w Polsce na receptę – rozpoczęły się protesty przeciwników życia poczętego, jednak nadal dla wielu lekarzy zastanawiające jest, na jakiej podstawie zezwolono na sprzedaż dzieciom bez recepty nieprzebadanego preparatu, jakim jest octan uliprystalu, podczas gdy w opisie produktu leczniczego jest adnotacja, że środek antykoncepcyjny, w zależności od cyklu także wczesnoporonny, nie jest przeznaczony dla dzieci i młodzieży, a jego bezpieczeństwo określono wyłącznie u kobiet powyżej osiemnastego roku życia i na ograniczonej liczbie dziewcząt, co jest skandalem i powinno budzić niepokój. Trzydziestomiligramowa dawka octanu uliprystalu, jaka może być podwojona według wskazań, jest bowiem znacznie większa niż podawana w leczeniu mięśniaków macicy, przy których wskazane jest kontrolne badanie endometrium z powodu rozwoju zmian histopatologicznych. Mogłabym cytować inne objawy uboczne, ale wymagałoby to kilku minut.

Yana Toom (ALDE). – Mr President, I will quote today's article in the biggest Estonian newspaper: 'every house has its own rules and it is up to the owner to decide how strangers can behave. In one family, they do not like it if you use the wrong fork, in another it is possible to crap in the corner.' What kind of family is Estonia? We respect newcomers and do not forbid them to follow their customs but they are not allowed to walk in dirty boots on the clean carpet.

Therefore, the discussion about language in kindergartens is ridiculous. There is no option about Estonian. Those who want to bring up their child in another language can do it at their own expense and at their own risk. This is said about 32 % of Russian-speaking Estonians, taxpayers who have lived in my country for more than three generations. About children whose mother tongue is compared with 'crap in the corner'.

Here in this House we discuss the problems of human rights and linguistic diversity in the world, but please, let us pay attention to the EU where we still have a number of unresolved minority issues and where, in order to justify xenophobia, we still speak in terms of owners and the guest in our common house.

Jan Huitema (ALDE). – *Spreker spreekt in het Fries.*

President. – I understood nearly all of it.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señor presidente, quiero sumarme esta noche a la declaración del 25.º aniversario de la promulgación de la Carta Europea de las Lenguas Minorizadas o Regionales, pensando, como se dice en mi lengua materna, *(la oradora interviene en euskera)*.

Porque el artículo 21 de la Carta de los Derechos Fundamentales prohíbe toda discriminación e incluye expresamente, entre muchas otras, la ejercida por razón de lengua o pertenencia a una minoría nacional.

Quienes no sufren esta discriminación piensan que ejercerla es un pecado venial, pero solo porque es habitual considerar que *(la oradora interviene en euskera)*, mientras que al menos 50 millones de europeos sentimos que se están vulnerando nuestros derechos fundamentales. Porque en la Unión nuestras lenguas maternas están proscritas. *(La oradora interviene en euskera.)*

En Europa y más naciones que Estados y más lenguas que las oficiales de los Estados miembros. Sin embargo los hablantes de esta última no estamos protegidos por los Tratados. La experiencia diaria lo demuestra.

Un espacio de democracia y libertad nunca será tal si *(la oradora interviene en euskera)*.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE). – *(El orador interviene en catalán.)*

Josu Juaristi Abaunz (GUE/NGL). – Señor presidente, el problema no es que aquí nieguen la interpretación a idiomas como el euskera. El verdadero problema es que esto mismo ocurre aún en mi país, donde el Estado español y el francés otorgan distintos derechos lingüísticos a la sociedad vasca y a veces hasta los niegan.

Pero no vamos a rendirnos tampoco aquí, y voy a hablar en euskera.

(El orador interviene en euskera.)

Liadh Ní Riada (GUE/NGL). – A Uachtaráin, táim chun labhairt anocht ar an gCairt Eorpach um Theangacha Réigiúnacha nó Mionlaigh agus sinn ag ceiliúradh 25 bliana ó glacadh leis. Is conradh é atá chun cosaint a thabhairt do chainteoirí teangacha neamhfhorleathana. Is buncheist bheo í teanga san Eoraip mar atá sí sa bhaile; agus cheana féin tá an iomarca modhanna leithcheala á ndéanamh agus níl aon amhras ach go bhfuil cearta teanga daoine á sárú i gcás gach teanga réigiúnach dúchasach nó mionlach san Eoraip. Ní teanga mhionlach mo theanga, is í an Ghaeilge mo phríomhtheanga agus ba mhaith liom go dtabharfaí an t-aitheantas iomlán sin di. Tá sé tábhachtach go seasfaimid mar fheisirí go láidir ar son ceart teanga agus ar son ceart daonna, agus ba mhaith liom ardmholadh a thabhairt do gach feisire eile a labhrann anseo anocht faoin ECRML, fiú nuair nach raibh ateangaireacht ar fáil-rud atá scannalach. Tá ár dteangacha tábhachtach, ní amháin dár bhféiniúlacht ach dár bhféinmhuinín, dár n-éiceolaíocht, dár gcultúr agus níos mó. A chairde, mar a dúirt mé cheana féin, nuair a thagann sé go dtín ár gcearta teanga nó aon chearta eile go bhfuilimid ina dteideal, nílimid ag stopadh go mbeidh siad againn agus bí cinnte go dtiocfaidh ár gcearta agus, leis sin, go dtiocfaidh ár lá.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL). – *(La oradora interviene en catalán.)*

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL). – Senhor Presidente, este ano cumprem-se 25 anos da adoção da Carta Europeia das Línguas Regionais ou Minoritárias.

Gostaria de chamar a atenção para o desrespeito sistemático da Carta Europeia por parte das autoridades galegas e espanholas, assim como para a necessidade de que o governo galego revogue todas as medidas que adotou contra a língua galega nos últimos anos, entre elas, o decreto relativo ao ensino. Estas práticas representam um desprezo intolerável da nossa língua e um ataque aos nossos direitos linguísticos por parte de quem tem precisamente a obrigação de os proteger e de proporcionar os meios para garantir a plena normalização da língua galega e dos seus usos em todos os âmbitos.

Exigimos também à União Europeia e às autoridades galegas espanholas que respeitem e apliquem a Carta Europeia e, ao Sr. Tajani, que reconheça plenamente a língua galega e que garanta os direitos linguísticos das galegas e dos galegos neste Parlamento.

Josep-Maria Terricabras (Verts/ALE). – *(El orador interviene en catalán.)*

Jordi Solé (Verts/ALE). – Mr President, do you want Catalonia to be an independent state in the form of a republic? The Catalan people will be called by our government to answer that clear question by voting on 1 October. Despite further threats and pressures that may come from the Spanish authorities, we will make our choice, we will exercise our democratic right even if the Spanish state does not want us to, because, in a democracy, setting out ballot boxes and letting people vote can never be illegal. For a democracy to prevent a legitimate and widely demanded vote would be a dour, perverse undertaking that no democracy should accept.

The people of Catalonia will vote because it is our right. This will be our opportunity to democratically take leave of a State with pervasive corruption, inefficient institutions, a politicised judiciary, and with a poor record in social justice and shared progress. Europe will then gain a new, modern republic.

Gerard Batten (EFDD). – Mr President, Theresa May has managed to snatch defeat from the jaws of victory. Consequently, there is much talk of a 'soft Brexit'. There is no such thing as a hard or soft Brexit. There is only exit. 'Soft Brexit' is just code for not really leaving the EU at all.

The Conservative and Labour manifestos were committed to implementing the result of the referendum but we cannot trust either party. Both are dominated by Remainers, who want to thwart Brexit if they can. Their best hope of doing that is by negotiating a deal whereby Britain leaves the EU in name, but not in substance. To avoid that, the British Parliament must immediately repeal the European Communities Act 1972, as the first step not the final step, in the process. We must leave the EU under our law, and then tell the EU how Brexit is going to work, not ask for permission on how we might leave.

Petr Mach (EFDD). – Když jsme vstupovali do EU a Brusel nám nařizoval kvóty na počty krav, posmívali jsme se tomu. Když jsme vstoupili do Evropské unie a dovozní kvóty nám zdrazily banány, pokrčili jsme rameny. Když EU zavedla kvóty na výrobu cukru a museli jsme zavřít naše cukrovary, byli jsme naštvaní. Když jste zavedli kvóty na migranty, začali jsme mít strach o vlastní bezpečnost a bezpečnost našich dětí. Evropská komise dnes naší zemi vyhrožuje a chce po nás pokuty, sankce. Že prý když bereme dotace, musíme brát i migranty. My ale máme naše vlastní pravidla udělování azylu a naše zákony a naše ústava mají přednost před nějakým rozhodnutím Evropské unie. Můžete nám vyhrožovat sankcemi, můžete nám vzít dotace, můžete na nás podávat žaloby. Ale bezpečnost je pro nás na prvním místě a za vaše eura ji nikdy nevyměníme.

Ignazio Corrao (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io prendo la parola in quanto rappresentante del Sud Italia, una terra ricca di eccellenze agroalimentari, per denunciare come, tra le cento indicazioni geografiche che sono state previste nell'accordo con la Cina, vi sia soltanto la mozzarella di bufala campana come prodotto del Sud Italia.

Mi sembra molto curioso che possa essere prevista la tutela del vino tedesco, che peraltro è un vino sofisticato, un vino zuccherato, o del vino slovacco, e non sia prevista la tutela del Nero d'Avola o del Bianco Alcamo, non sia prevista la tutela dell'olio extravergine d'oliva, non sia prevista la tutela delle meravigliose arance siciliane.

Peraltro, il Sud Italia è stato tagliato fuori dalla Via della Seta, a proposito di Cina, e sembra che ci sia un disegno che è mirato a distruggerne qualsiasi tipo di produzione, qualsiasi tipo di competitività, qualsiasi tipo di dignità da parte del lavoro e da parte dei prodotti provenienti da quella terra. Questo è inaccettabile e dobbiamo capire che cosa dobbiamo fare e dove si va così.

Gilles Lebreton (ENF). – Monsieur le Président, le 5 juin, l'Égypte et plusieurs pays arabes ont accusé le Qatar de soutenir le terrorisme. Dans les jours qui ont suivi, plusieurs États africains, dont le Sénégal, ont rompu leurs relations diplomatiques avec le Qatar.

Les accusations portées contre le Qatar sont très graves. Elles viennent d'un trop grand nombre de pays pour qu'on les prenne à la légère. Or, l'Union européenne brille par son silence. C'est l'Allemagne qui est intervenue en son nom, comme trop souvent, pour expliquer qu'il faut, je cite: «mettre fin au terrorisme, dans le cadre de la coalition anti-djihadiste dont le Qatar fait partie». Il faut arrêter la langue de bois.

Faire une minute de silence à la mémoire des victimes de l'attentat de Londres, comme nous l'avons fait aujourd'hui à Strasbourg, ne suffit pas. Il faut aussi et surtout placer le Qatar devant ses responsabilités. Le Qatar s'est moqué de nous, trop longtemps. Il a même poussé l'audace jusqu'à demander à ce Parlement la levée de l'immunité d'un eurodéputé dont le seul crime était de l'avoir critiqué.

Le temps est venu de réagir.

President. – That concludes the item. It was one rich in languages and maybe – in a rather narrower format – I could thank you all and thank the Commissioner for being with us until this late hour.

21. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

22. Schluss der Sitzung

(The sitting closed at 22.40)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



C/2024/2816

26.4.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 13. JUNI 2017

(C/2024/2816)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2017-2018

Sitzungen vom 12. bis 15. Juni 2017

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	4
2. Energieeffizienzkennzeichnung – Entschädigung für falsch gekennzeichnete energieverbrauchsrelevante Produkte (Aussprache)	4
3. Verbindliche Jahresziele für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Übereinkommen von Paris (Aussprache)	17
4. 30-jähriges Bestehen des Erasmus-Programms	32
5. Abstimmungsstunde	36
5.1. Verstärkung des Engagements der Partner und der Sichtbarkeit im Hinblick auf die Leistung der europäischen Struktur- und Investitionsfonds (A8-0201/2017 - Daniel Buda) (Abstimmung)	36
5.2. Kosteneffizienz des Siebten Forschungsprogramms (A8-0194/2017 - Martina Dlabajová, Inés Ayala Sender) (Abstimmung)	37
5.3. Staatenlosigkeit in Süd- und Südostasien (A8-0182/2017 - Amjad Bashir) (Abstimmung)	37
5.4. Grenzüberschreitende Verschmelzungen und Spaltungen (A8-0190/2017 - Enrico Gasbarra) (Abstimmung)	37
5.5. Beteiligung der Union an der Partnerschaft für Forschung und Innovation im Mittelmeerraum (PRIMA) (A8-0112/2017 - Sofia Sakorafa) (Abstimmung)	37
5.6. Spezifische Maßnahmen zur Bereitstellung zusätzlicher Unterstützung für von Naturkatastrophen betroffene Mitgliedstaaten (A8-0070/2017 - Iskra Mihaylova) (Abstimmung)	37
5.7. Energieeffizienzkennzeichnung (A8-0213/2016 - Dario Tamburrano) (Abstimmung)	37

Inhalt	Seite
5.8. Kulturhauptstädte Europas im Zeitraum 2020 bis 2033 (A8-0061/2017 - Santiago Fisas Ayxelà) (Abstimmung)	37
5.9. Bewertung der Umsetzung des Programms Horizont 2020 (A8-0209/2017 - Soledad Cabezón Ruiz) (Abstimmung)	38
5.10. Bausteine für die Kohäsionspolitik der EU in der Zeit nach 2020 (A8-0202/2017 - Kerstin Westphal) (Abstimmung)	38
5.11. Zustand der Fischbestände und sozioökonomische Lage der Fischerei im Mittelmeerraum (A8-0179/2017 - Marco Affronte) (Abstimmung)	38
6. Stimmerklärungen	38
6.1. Verstärkung des Engagements der Partner und der Sichtbarkeit im Hinblick auf die Leistung der europäischen Struktur- und Investitionsfonds (A8-0201/2017 - Daniel Buda)	38
6.2. Kosteneffizienz des Siebten Forschungsprogramms (A8-0194/2017 - Martina Dlabajová, Inés Ayala Sender)	40
6.3. Staatenlosigkeit in Süd- und Südostasien (A8-0182/2017 - Amjad Bashir)	40
6.4. Beteiligung der Union an der Partnerschaft für Forschung und Innovation im Mittelmeerraum (PRIMA) (A8-0112/2017 - Sofia Sakorafa)	41
6.5. Spezifische Maßnahmen zur Bereitstellung zusätzlicher Unterstützung für von Naturkatastrophen betroffene Mitgliedstaaten (A8-0070/2017 - Iskra Mihaylova)	42
6.6. Energieeffizienzkennzeichnung (A8-0213/2016 - Dario Tamburrano)	42
6.7. Bewertung der Umsetzung des Programms Horizont 2020 (A8-0209/2017 - Soledad Cabezón Ruiz)	43
6.8. Bausteine für die Kohäsionspolitik der EU in der Zeit nach 2020 (A8-0202/2017 - Kerstin Westphal)	44
6.9. Zustand der Fischbestände und sozioökonomische Lage der Fischerei im Mittelmeerraum (A8-0179/2017 - Marco Affronte)	46
7. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	47
8. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	47
9. Diskussionspapier zur Vertiefung der WWU bis 2025 (Aussprache)	47
10. Glyphosat und Zulassungsverfahren (Aussprache)	69
11. Lage in der Demokratischen Republik Kongo (Aussprache)	91
12. Humanitäre Lage in Jemen (Aussprache)	101
13. Bewertung der Umsetzung der Menschenrechtsleitlinien der EU in Bezug auf die Freiheit der Meinungsäußerung – online und offline (Aussprache)	109

Inhalt	Seite
14. Bericht 2016 über Serbien (Aussprache)	116
15. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll	127
16. Bericht 2016 über das Kosovo (Aussprache)	127
17. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	140
18. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	141
19. Schluss der Sitzung	141

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 13. JUNI 2017

Președinte: IOAN MIRCEA PAȘCU

Vicepreședinte

1. Eröffnung der Sitzung

(Ședința a fost deschisă la ora 9.00)

2. Energieeffizienzkennzeichnung – Entschädigung für falsch gekennzeichnete energieverbrauchsrelevante Produkte (Aussprache)

Președinte. – Următorul punct de pe ordinea de zi este dezbaterea comună privind:

— raportul lui Dario Tamburrano, în numele Comisiei pentru industrie, cercetare și energie, referitor la propunerea de regulament al Parlamentului European și al Consiliului de stabilire a unui cadru pentru etichetarea în ceea ce privește eficiența energetică și de abrogare a Directivei 2010/30/UE (COM(2015)0341 – C8-0189/2015 – 2015/0149(COD)) (A8-0213/2016) și

— întrebarea cu solicitare de răspuns oral referitoare la despăgubiri pentru etichetarea greșită a produselor energetice, adresată Comisiei de Martina Werner, în numele Grupului S&D, Dario Tamburrano, în numele Grupului EFDD, Michèle Rivasi, în numele Grupului Verts/ALE și Neoklis Sylikiotis, în numele Grupului GUE/NGL (O-000049/2017 – B8-0320/2017) (2017/2725(RSP)).

Dario Tamburrano, relatore. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, oggi sono particolarmente emozionato e vi racconterò una storia inedita, almeno in quest'Aula. Questo regolamento porta infatti all'interno delle normative europee alcuni concetti relativi all'efficienza energetica delle apparecchiature elettriche e della loro potenziale interazione dinamica con le reti elettriche. Queste nozioni le andavo apprendendo dieci anni fa, quando esercitavo la professione odontoiatrica e, per pura passione divulgativa, traducevo in italiano saggi di sostenibilità ambientale. Mai avrei potuto immaginare di trovarmi qui un giorno a rappresentare milioni di cittadini e ad avere l'onore di traslare all'interno di una legislazione europea quelle che erano all'epoca alcune proposte sperimentali di Lester Brown e di altri.

Le *smart appliances* sono le apparecchiature, ad esempio le lavastoviglie e le lavatrici, programmabili dall'utente, affinché entrino in funzione nei momenti in cui l'energia elettrica è disponibile in quantità più abbondante e più economica. L'impiego diffuso delle *smart appliances* sarà in grado non solo di far risparmiare denaro agli utilizzatori, ma anche di fornire un contributo non indifferente al bilanciamento di un sistema elettrico alimentato da fonti rinnovabili in misura sempre più crescente.

Immaginate un cittadino produttore di energia eolica o fotovoltaica. Alcune apparecchiature nella sua casa potranno entrare in funzione e svolgere la loro attività quando l'autoproduzione sarà più abbondante. Immaginate il vecchio e antiquato scaldabagno elettrico, che per sua natura non è particolarmente efficiente in termini puramente termodinamici, ma se lo scaldabagno scalderà l'acqua quando l'energia elettrica sarà più economica e più abbondante, il calore accumulato sarà una forma di fonte energetica a basso costo.

Gli apparecchi intelligenti segnano un nuovo traguardo nell'efficienza energetica non solo di tipo quantitativo ma anche di tipo qualitativo, non solo di quanta energia si consuma, ma anche di quando essa viene utilizzata. Ecco perché sono emozionati, perché dietro questo testo vi è un piccolo pezzo di utopia che si va trasformando in realtà per 500 milioni di cittadini. La dimostrazione che si può credere in un'idea, per quanto possa sembrare lontana, e pezzo dopo pezzo, con la costanza e la determinazione, arrivare a realizzarla.

Questo regolamento, per la prima volta, dà infatti ai produttori la possibilità di indicare sull'etichetta la capacità di un'apparecchiatura di essere *energy smart*. Questa piccola cosa permette al nuovo regolamento sull'etichettatura di essere al passo con i tempi e di entrare a pieno titolo all'interno del nuovo modello energetico dinamico, decentrato e rinnovabile, che vogliamo perseguire con l'Unione dell'energia.

Un'Unione dell'energia che ha tra gli obiettivi dichiarati anche quello di avere il cittadino al suo centro. Ebbene, insieme alle nuove etichette nascerà un database in *open data* cui sarà possibile collegarsi direttamente attraverso un telefonino, un QR Code, un link o simili, presente sull'etichetta cartacea, e potrà fornire agli acquirenti, nelle 24 lingue dell'Unione, non solo una serie di informazioni impossibili da stipare su un pezzo di carta, ma consentirà anche di sviluppare applicazioni per smartphone che permetteranno a cittadini e imprese di fare confronti immediati fra diversi modelli e di scegliere quello che offre il miglior risultato in termini di investimento iniziale e risparmio nel tempo, non rispetto a una media generica ma in rapporto alle abitudini personali di utilizzo.

Ho elencato due cose per le quali mi sono battuto e delle quali sono orgoglioso, ce ne sarebbero anche altre. Tuttavia, se devo essere intellettualmente onesto, come è mia abitudine, sento anche il dovere di condividere con voi un cruccio. All'inizio di questo processo feci la promessa che mi sarei fatto guidare da tre parole chiave: *smart*, *paperless* e *trust*. Senza dubbio siamo di fronte a un regolamento *smart* e nel quale l'impiego e l'importanza del supporto cartaceo viene ridotta in favore di un più fruttuoso utilizzo delle tecnologie digitali di documenti e database on line.

È vero che questo regolamento indubbiamente rafforza le autorità nazionali di sorveglianza del mercato, ma avremmo voluto di più. Avremmo voluto che fosse previsto un indennizzo da parte dei fabbricanti nel caso si venga a scoprire un giorno che le prestazioni energetiche di un prodotto sono inferiori a quelle dichiarate. Il Parlamento lo voleva compatamente, ma purtroppo abbiamo trovato davanti un muro, il muro del Consiglio che lo ha impedito. Ha impedito che i cittadini dell'UE avessero lo stesso diritto del quale hanno ad esempio potuto godere i cittadini statunitensi frodati dalla Volkswagen, che sono stati rimborsati.

Abbiamo ottenuto però dalla Commissione europea, che ringrazio, un impegno scritto allegato a questo regolamento, a studiare le possibilità per cancellare questo assurdo vuoto legislativo, che riteniamo sia un vero scandalo. Sono certo che i cittadini europei si aspettino che venga posta fine a questa assurdità quanto prima sia possibile.

Martina Werner, Verfasserin. – Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Energielabel ist eine europäische Erfolgsgeschichte. Es ist in jedem Haushalt vorhanden und den meisten Verbraucherinnen und Verbrauchern in der EU bekannt. Über 80 % der Bürgerinnen und Bürger kennen das Energielabel und nutzen es, wenn sie sich ein neues Gerät anschaffen. Elektrogeräte wie zum Beispiel Waschmaschinen, Kühlschränke oder Spülmaschinen sind in den letzten Jahren aufgrund des technologischen Fortschritts immer effizienter geworden, sodass die meisten inzwischen die beste, also die A+++-Klasse haben. Bei Waschmaschinen sind das schon 73 % aller Modelle in dieser Klasse, sodass kaum noch zwischen den besten Geräten unterschieden werden kann. Hinzu kommt, dass wir heute auch eine inkonsequente Klassifizierung der Effizienzklassen haben. Bei Staubsaugern ist A die beste, bei Waschmaschinen ist das die schlechteste Effizienzkategorie. Und das ist total irreführend für Verbraucherinnen und Verbraucher.

Daher war eine Reform des Energielabels notwendig, um das große Durcheinander auf dem Markt mit irreführenden Energielabeln zu beenden. Das neue Energielabel mit einer einheitlichen Skala von A bis G für alle Produktgruppen wird es Verbraucherinnen und Verbrauchern wieder ermöglichen, tatsächlich Strom und auch Geld zu sparen. Durch aussagekräftige Energielabel kann jeder Haushalt jedes Jahr bis zu 500 EUR an Energiekosten sparen, und außerdem können dank des Energielabels europaweit jährlich 19 Terawattstunden Strom gespart werden. Das entspricht ungefähr der Leistung von vier Atomkraftwerken.

Darüber hinaus beinhaltet die Verordnung auch Maßnahmen für eine stärkere Marktüberwachung in den Mitgliedstaaten. Zum einen wird es in Zukunft eine öffentlich zugängliche Informationsseite für Verbraucher geben. Auf dieser Internetseite können Verbraucherinnen und Verbraucher sich informieren, Geräte miteinander vergleichen, oder aber auch nachschauen, was die Symbole auf dem Energielabel eigentlich tatsächlich bedeuten.

Zum anderen erleichtert die Verordnung auch die Marktüberwachung in den Mitgliedstaaten. Heute ist es nämlich so, dass nationale Marktüberwachungsbehörden technische Dokumente bei den Herstellern immer erst anfragen müssen, bevor sie sie erhalten. In Zukunft werden ihnen sofort alle Dokumente auf einer geschützten Plattform zur Verfügung stehen, die sie für die Ausführung ihrer Kontrollaufgaben, die so wichtig sind, brauchen.

Für uns Sozialdemokraten war der Verbraucherschutz ganz wichtig. Wir haben auch bei den Verhandlungen dafür plädiert, dass Verbraucher für den Kauf von Elektrogeräten mit falscher Effizienzklasse auch tatsächlich entschädigt werden. Die Mitgliedstaaten haben sich hier aber leider überhaupt nicht kompromissfähig gezeigt. Das finde ich – wie mein Kollege Tamburrano gerade auch angesprochen hat – in Hinsicht auf die Abgasskandale sehr, sehr schade. Jetzt muss die EU-Kommission im Plenum dafür halt Rede und Antwort stehen zu dieser – aus meiner Sicht – Gesetzeslücke.

Claude Turmes, Verfasser. – Herr Präsident! Wir haben jetzt lange verhandelt, um einen Fehler von vor zehn Jahren wieder rückgängig zu machen. Erinnert euch daran, dass wir unter dem Druck der Konservativen hier im Haus vor zehn Jahren der Industrie auf den Leim gegangen sind. Die Industrie hat seinerzeit gesagt, dass man, anstatt A, B, C – also einfache, für die Bürger zu verstehende – Energieklassen zu haben, zu A+, A++, A+++ übergeht. Seinerzeit haben wir als Grüne davor gewarnt, dass das zu einer Abschwächung der Information für die Bürger führt. Und wir hatten Recht! Wir waren jetzt in einer Zeit, in der der letzte Kühlschrank, der überhaupt noch zugelassen war, in der Klasse A war. Das heißt, das ganze Labelling-Regime hatte keine Wirkung mehr. Das verbessern wir heute, und das ist auch die gute Nachricht. Das heißt, liebe Bürger draußen in ganz Europa: Ab sofort wieder klare Signale – A-Geräte kaufen bei Kühlschränken, Tiefkühlgeräten und so weiter.

Und wir haben eine Transparenzplattform eingeführt. Das heißt, wir werden es auch schaffen, dass wir an der Grenze von Europa effektive Kontrollen machen, wenn irgendwelche Ramschware versucht, nach Europa reinzukommen, um eigentlich die hochklassigen Produkte, die ja auch oft aus Europa kommen, zu schützen vor minderwertiger Qualität, die von außen kommt.

Das Ganze hat noch einen schwachen Punkt, und das ist die Frage: Wie gehen wir mit Öl- und Gasheizungen in der Zukunft um? Ich sehe, dass gerade Kollege Reul auch zu uns gestoßen ist. Herbert hat sehr erfolgreich dafür gekämpft, dass Öl und Gas quasi auf immer im Markt bleiben. Ich denke, wenn wir Klimaschutz ernst nehmen, dann muss auch irgendwann der Moment kommen, wo man in neuen Häusern sagt: Wir können es uns nicht mehr leisten, fossile Energieträger im Wärmebereich einzusetzen. Das hat auch mit der Diskussion morgen zu tun. Morgen reden wir über Trump, darüber, dass er aus Paris aussteigt. Wir können ja nicht an einem Tag sagen: „Trump ist unverantwortlich“, und dann nicht am anderen Tag quasi in Europa konsequent für Klimaschutz kämpfen.

Νεοκλής Σουλκιώτης, Συντάκτης. – Κύριε Πρόεδρε, αγαπητοί συνάδελφοι, η Ομάδα της Ευρωπαϊκής Ενωτικής Αριστεράς υποστήριξε εξ αρχής πως πρέπει να διασφαλίσουμε ένα σύστημα ενεργειακής επισήμανσης ευνόητο στους καταναλωτές, το οποίο, όμως, να περιλαμβάνει και όλες τις απαραίτητες πληροφορίες. Χαιρετίζουμε, λοιπόν, τις προτάσεις που έχουν περιληφθεί στην τελική συμφωνία για διαγραφή των παραπλανητικών συμβόλων και μετάβαση σε ένα απλούστερο ενιαίο σύστημα επισήμανσης από «Α έως G». Η πρόταση για το σύστημα από «Α έως G», σε συνδυασμό με την πρόταση για ανακατάταξη των προϊόντων στην κλίμακα βάσει πιο αυστηρών κριτηρίων, κατά την άποψή μας θα συμβάλει καθοριστικά και στην προώθηση της καινοτομίας για αύξηση της ενεργειακής απόδοσης. Εξίσου σημαντική θεωρούμε την απόφαση για δημιουργία της νέας ψηφιακής βάσης δεδομένων για τα προϊόντα, στην οποία οι καταναλωτές θα έχουν δωρεάν πρόσβαση. Η βάση αυτή πρέπει να δίνει όσο το δυνατόν περισσότερες πληροφορίες για τα προϊόντα, αλλά και για τα δικαιώματα των καταναλωτών, ώστε να ενισχυθεί η διαφάνεια και να τεθεί επιτέλους φραγμός στην αισχροκέρδεια και στην παραπλάνηση των καταναλωτών από τις μεγάλες επιχειρήσεις. Οι καταναλωτές έχουν δικαίωμα να έχουν σαφέστερες ενδείξεις για την ενεργειακή απόδοση ενός προϊόντος.

Δυστυχώς, με τα χρονοδιαγράμματα που τίθενται, οι θετικές προτάσεις που περιλαμβάνονται στην τελική συμφωνία δεν θα προωθηθούν στο άμεσο μέλλον, αλλά μετά από 8-10 χρόνια. Το γεγονός αυτό είναι πολύ απογοητευτικό και αποτελεί σημαντικό λόγο για επανεξέταση της συμφωνίας. Τέλος, θα ήθελα να υπογραμμίσω πως απαιτούμε να δοθεί άμεσα αποζημίωση στους καταναλωτές που εξαπατήθηκαν αγοράζοντας προϊόντα με λανθασμένη ενεργειακή επισήμανση. Παρόλο που η πρόταση αυτή δεν περιλήφθηκε στην τελική συμφωνία, ωστόσο, απαιτείται να προωθηθεί άμεσα.

Κύριε Επίτροπε, χαιρετίζουμε τη δήλωση της Επιτροπής ότι θα διερευνηθεί η δυνατότητα χορήγησης αποζημίωσης στους καταναλωτές που εξαπατήθηκαν από τις ετικέτες ενεργειακής απόδοσης. Ωστόσο, αναμένουμε από την Επιτροπή να διευκρινίσει άμεσα περαιτέρω τα ακριβή μέτρα που προτίθεται να λάβει, συμπεριλαμβανομένου του χρονοδιαγράμματος για τις ενέργειες αυτές, προκειμένου να υλοποιήσει τις δεσμεύσεις της.

Miguel Arias Cañete, *Member of the Commission*. – Mr President, let me start by welcoming the excellent agreement reached on the Energy Labelling Regulation between Parliament, the Council and the Commission at the last trilogue in March. We have on our table today a key file from the consumer perspective: the energy label is known and used by over 85% of consumers in Europe when they consider buying new household goods.

Energy labelling brings concrete monetary and energy savings. As a result of different measures taken in the context of the European Union's ecodesign and energy labelling policy, European households can save up to EUR 500 per year on their energy bills. Whilst these measures bring benefits at the level of individual households, they also do so at macro-economic level by reducing Europe's energy bill through energy savings and by contributing to the reduction of greenhouse gas emissions. In this way, they represent a direct contribution to the implementation of the Paris Agreement.

Furthermore, our industries are encouraged to develop increasingly energy efficient products strengthening Europe's competitiveness and our leading role in driving product energy performance standards at global level.

Focusing on energy efficiency first – whether it is for buildings, products or in industry – is more important than ever in order to ensure security of supply and a successful energy transition while promoting investment, growth and jobs. The revision of the framework legislation on energy efficiency for products was one of the first legislative initiatives of the Juncker Commission in the field of energy, adopted already in July 2015.

The agreement reached on the Energy Labelling Regulation represents a good balance between the interests of different parties. Let me briefly highlight what I consider are the key aspects of our agreement.

A pragmatic approach prevailed regarding the use of delegated acts for laying down product-specific labelling requirements. We now have a clear process for re-scaling the existing labels and returning to the more effective A-to-G scale, providing far better information to the consumer.

There will be a product registration database that will facilitate the work of national market surveillance authorities and will make it easier for consumers to compare the energy performance of many household appliances. Moreover, we have also succeeded in future-proofing the legislation by introducing provisions on software updates and smart appliances, and explicitly banning the use of defeat devices.

Finally, the label will be able to show information about, for example, durability or reparability, thereby further helping consumers to save money and at the same time contributing to the objectives of the circular economy.

With regard to the issue of consumer refunds in the case of non-compliant labels, and in response to the Oral Question tabled by Ms Werner, Ms Rivasi, Mr Tamburrano and Mr Sylikiotis, the Commission fully supports the principle of providing for financial compensation to consumers in the event of wrongly labelled energy-related products.

The Commission made a statement to that effect at the last trilogue in March which will be attached to the Minutes of today's vote. In this context, it has to be clear that the liability for a non-compliant label, and thus for providing compensation, lies with manufacturers – which are responsible for providing the correct label with their products – and not with retailers.

Therefore, horizontal consumer protection legislation may not provide the right legal framework, given that it generally does not address producers and covers the interaction of customers with their contractual partners. However, the Commission is currently developing legal proposals to strengthen enforcement of European Union harmonisation legislation for products. In this context, possible provisions on consumer compensation should the products they bought not comply with European Union harmonisation legislation, including energy labelling, are under close examination. The Commission aims to come forward with a final legal proposal on this before the end of the year.

Now, let me conclude by saying that, in the Commission's view, today's agreement will strengthen and future-proof the iconic European energy label. With the newly agreed rules for labelling, this framework will continue to deliver towards our 2030 energy efficiency objectives. On the basis of all these elements, I am confident that the vote in plenary later today will give a strong backing to this important agreement that we have achieved together.

Herbert Reul, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Das war ein mühsames Stück Arbeit, was wir da geleistet haben, und da hat sich das Projekt und das, was Vorschlag der Kommission war, auf der Strecke durchaus noch verändert – Kollege Turmes hat ja darauf hingewiesen –, und ich finde, das war gut so, dass wir auch an einigen Stellen korrigiert haben. Energie sparen wollen wir alle, und den Weg, das über die Information der Bürger zu machen, dass Verbraucher sich selber ein Urteil erlauben können und dann entscheiden, das Gerät zu kaufen, das weniger Energie verbraucht, halte ich für einen sehr klugen und richtigen Weg.

Die Geschichte ist bisher ja auch eine Erfolgsgeschichte gewesen. Es ging jetzt auch nicht um die Frage Ja oder Nein. Es ging um die Frage: Wie muss die Kennzeichnung aussehen? Müssen wir auf ein neues Bild setzen? Oder können wir in dem bisherigen Bild weiterarbeiten? Wir haben uns dann darauf verständigt, umzustellen, es einfacher zu machen, es eingängiger zu machen, weil die Auffassung überwog, dass die Bürger das besser verstehen als diese ++-Regulierungen.

Das Zweite war, dass wir aber auch die Wirksamkeit erhöhen wollen und dass in der Realisierung auch die Bürgerinnen und Bürger, aber auch die Industrie und die Händler damit umgehen können, und deswegen hat es unterschiedliche Zeitabläufe gegeben. Ich halte das für eine kluge Entscheidung – es ist sachgerecht. Wir haben versucht, den Aufwand für diejenigen, die umetikettieren müssen und die sich auf neue Situationen einstellen müssen, in einem überschaubaren Rahmen zu halten. Ich glaube, das ist eine pragmatische Lösung – es ist meistens gut, wenn man solche pragmatische Vorschläge macht. Aber längerfristig gesehen wird das den richtigen Weg gehen. Es macht bei Heizung, lieber Claude, überhaupt keinen Sinn, das jetzt sofort umzustellen, wenn man gerade eine solche Etikettierung gemacht hat. Also es ist in der Sache Unsinn, eine Entscheidung, welches Gerät welche Effizienz hat, heute zu treffen und morgen, am nächsten Tag, schon wieder neu zu treffen – also so kann man damit nicht umgehen.

Der kritischste Punkt bleibt für mich die Datenbank. Ich bin damit noch nicht ganz zufrieden. Es ist ein Kompromiss, insofern akzeptiere ich das. Es geht darum, dass Daten für Verbraucher zugänglich sind, dass Daten aber nicht für Konkurrenten von Unternehmen zu erreichen sind. Deshalb: Datenschutz gilt auch da, und nicht nur, wenn es uns passt, sondern Datenschutz auch für Unternehmen, die solche Produkte herstellen. Die haben ein Recht darauf, dass ihre industriellen Daten auch geheim bleiben.

Drittens: Bis heute habe ich nicht verstanden, warum die Kommission diese Daten braucht – die braucht sie überhaupt nicht! Wenn überhaupt, ist es für die Bürger interessant und für die Kontrolle derjenigen – das ist das allerwichtigste –, die prüfen, ob die Etikettierung richtig ist. Das ist alles gewährleistet und insofern eine gute Entscheidung.

Dan Nica, *în numele grupului S&D*. – Domnule președinte, domnule comisar Cañete, subliniez importanța etichetării în materie de eficiență energetică a produselor pentru consumatori, pentru producători și pentru îndeplinirea obiectivelor Uniunii Europene în materie de eficiență energetică. Conform evaluării Comisiei, rezultatul etichetării și al standardelor reprezintă o economie de energie de aproximativ 175 de milioane de tone echivalent petrol până în 2020, iar, pentru consumatori, o economie de 465 de euro pe an la facturile de energie pentru uz casnic. În plus, măsurile de eficiență energetică vor crea venituri suplimentare de 55 de miliarde de euro pentru companiile europene.

Aș vrea să felicit echipa de negociere a Parlamentului European, deoarece avem nevoie de reguli mai clare privind etichetarea energetică, care să vină în sprijinul consumatorilor. Dintre principalele realizări subliniez revenirea la o etichetare mai clară și introducerea unei baze de date publice care conține toate etichetele de eficiență energetică, crescând astfel transparența și oferind consumatorilor un instrument mai bun pentru a compara eficiența energetică a aparatelor de uz casnic.

Din păcate, regulamentul nu reflectă, așa cum bine ați menționat, domnule comisar, protecția consumatorilor care suferă pierderi din cauza etichetării greșite. De aceea, susținem, ca grup politic, compensații pentru produsele cu impact energetic etichetate necorespunzător și solicităm mai multe clarificări din partea Comisiei privind compensarea consumatorilor în caz de neconformitate în ceea ce privește clasa energetică indicată pe etichetă, precum și calendarul și eventualele măsuri pe care le are în vedere în acest sens Comisia. Salut intenția pe care ați anunțat-o astăzi ca, până la sfârșitul anului, să veniți cu niște măsuri concrete.

Ashley Fox, on behalf of the ECR Group. – Mr President, I would like to thank my colleagues and the rapporteur for their hard work and cooperation on this energy labelling file. Though discussions were rather slow at times, I am glad we did – at long last – reach an agreement. This new legislation will benefit consumers. They will see an end to the confusing system that includes an A, an A+, an A ++ and an A +++, and revert back to the original system, where A is, in fact, the most efficient product and G is the least. These new labels will prove provide clarity to consumers and will enable them to make more energy efficient and cost efficient choices.

On wrongly labelled products, we prefer to see this addressed as part of a wider review of consumer protection legislation. We have seen that abuses in the motor industry have impacted on consumer confidence, and therefore the introduction of a product database will add much-needed vigour to mass-market surveillance. My Group did have concerns about Mr Tamburrano's proposals for the product database and the burdens it would place on industry, particularly small manufacturers, but we are satisfied that obligations have been kept to the level where manufacturers only have to submit information necessary for market surveillance. The data will also be open source and allow app developers and retailers to incorporate the information in product searches and filters. This will help consumers to make better choices. Overall, my Group is happy and will support this report.

Lieve Wierinck, namens de ALDE-Fractie. – Energie-efficiëntie is de beste en goedkoopste manier om onze klimaatdoelstellingen te halen. Met deze herzieningen nemen we de plussen van de labels weg, zodat de consument duidelijkheid krijgt over de prestaties van zijn toestel en sporen we hem aan om het meest zuinige product te kiezen. Tegelijk zal het de producenten stimuleren om nog zuinigere toestellen te ontwikkelen en te produceren. We kiezen voor een aanpak die bedrijven, van grote producenten tot kleine handelaars, overbodige lasten bespaart. We verdelen de verantwoordelijkheid voor het verspreiden en het aanbrengen van het label, zodat iedereen duidelijk weet wat zijn taak is. Maar mijn aandacht gaat vooral naar de consument. Betere informatie zorgt namelijk voor betere keuzes. Daarom maken we een databank waarin appontwikkelaars en vergelijkingswebsites alle gegevens vinden om consumenten een duidelijk overzicht te geven. Tegelijk is het belangrijk dat we die consument voldoende beschermen. Dat dat absoluut nodig is, hebben we ook gezien bij het Volkswagen-schandaal met de sjoemelsoftware. Dat betekent voor mij niet alleen dat je een garantie geeft van minimaal twee jaar, maar ook dat je kan garanderen dat wagens of toestellen niet meer verbruiken of vervuilen dan aangegeven. Als er foutief gelabeld is, moet de consument aanspraak kunnen maken op de juiste vervangingen of vergoedingen. Ik ben blij dat de Commissie bestudeert hoe we dit in onze wetgeving het beste kunnen aanpakken. Collega's, met dit dossier laten we zien dat Europa werkt voor de burger. Het is een goed ontworpen en doelgerichte maatregel die elke consument over zijn verbruik laat nadenken en die helpt de goede keuzes te maken. De consument gaat energie besparen, wat goed is voor ons milieu, en dus minder geld uitgeven, wat goed is voor zijn portemonnee.

Jaromír Kohlíček, za skupinu GUE/NGL. – Energetická účinnost je tématem, o kterém mnoho lidí mluví, ale jen výjimečně najdeme někoho, kdo by přečetl alespoň jedno ze stovek vědeckých pojednání zveřejněných na toto téma v posledních letech.

Protože elektrických spotřebičů je řada skupin, je pro laickou veřejnost zpravidla velmi obtížné srovnat z hlediska energetické účinnosti na trhu nabízené výrobky. Nejjednodušší možností je zřejmě označení výrobků štítky, které naznačí zákazníkovi energetickou účinnost na vhodné zvolené stupnici. Současné značení je poněkud nepřehledné, a proto nejnovější nařízení navrhuje posunout celou stupnici, a tím jednoduše odlišit různé výrobky dané skupiny.

Desetiletý cyklus, ve kterém může proběhnout podobná změna, považuji za dostatečný. Jedinou nevýhodou této směrnice je odložení změny stupnice za několik let po datu přezkumu. Toto ustanovení výrazně znehodnocuje možný dopad na veřejnost, proto se skupina GUE/NGL při konečném hlasování o návrhu zdrží.

Bas Eickhout, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, finally we have an improvement. I have to say that already 10 years ago, when we did the first deal, we warned that a labelling system that goes from A+ to A++++ does not really help consumers understand what is energy efficiency and what is not. But, unfortunately, as happens in Europe sometimes, you need a compromise, you need to see that something is not working well, and then, finally, 10 years later we can improve the system, and that is good.

We have a clearer system now, we do not have the pluses anymore. We have a common database so that we can really check the improvements; so that we know, for sure, that not all the appliances later on will only have 'A', meaning there is no real choice for the consumer. But still, and there you see Europe again, we still move slowly sometimes, on boilers and heaters, because now the argument is: well, they just had to adjust to a label and that is why they need until 2030 before they can re-adjust their label.

Really? So now we think that industry needs 15 years to adjust to a label that works for consumers? That is really the lobby of the right. It is not in the interest of the consumers. It is in the interest of the industry, mainly the German industry, in this case. A pretty sad part of this deal, but in the end we are improving. It is a step forward, but please, let us not always fall for the industry's argument because if we listen to them we will only have labels in 2050.

Roger Helmer, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, can I say to Mr Eickhout that if we listen to industry perhaps we will have jobs and prosperity.

The European Union has hardly covered itself in glory with respect to energy efficiency regulation. Certainly the things we did with kettles and vacuum cleaners attracted ridicule in the UK, and I suspect across the rest of Europe, and tended to bring the European project into considerable disrepute. The problem we face is that we are constantly tinkering with regulations, and the effect of that is to confuse consumers and to create problems for industry. But in my party we reflect on the fact that we shall very soon be out of the European Union and shall be free to make our own rules – and frankly, if the rest of the European Union, the other 27, wish to tie themselves up in absurd red tape, 'Go for it' is what I say.

Angelo Ciocca, *a nome del gruppo ENF*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, questa Europa si dimostra, ancora una volta, peggio della Prima Repubblica italiana. Non vi è bastato distruggere le produzioni e i posti di lavoro del settore elettrodomestico in questi anni. In sette anni abbiamo perso 20 milioni di pezzi prodotti, abbiamo perso 130 000 posti di lavoro, abbiamo perso produzioni di cucine, congelatori, condizionatori e lavatrici. E la domanda è: a favore di chi? A favore delle produzioni dei paesi asiatici? A favore dei produttori della Corea?

Oggi si va ancora più a fondo in questa direzione e si vuole perseverare in una direzione di marcia sbagliata, usando la parola semplificazione, usando la parola «riscaldamento». Nel 1998 la Comunità europea ha stabilito le classi A, B, C, D, E, F e G, nel 2003 A+ e A++, nel 2010 non è bastato e ha stabilito le classi A+, A++, A+++. Adesso si dice che forse abbiamo sbagliato, che serve tornare indietro e quindi riscaldare quelle classi. Chi oggi ha investito, magari per arrivare ad un'A+ diventerà una G, diventerà una C. Questi costi che vengono riversati nell'impresa e nelle produzioni oggi è ovvio che determineranno un'ulteriore direzione di marcia e di delocalizzazione delle nostre aziende. Quindi delocalizzeremo ancora una volta le nostre produzioni.

Se questa Europa vuole realmente affrontare il tema dell'inquinamento ambientale ha solo uno strumento: riportare le produzioni in Europa, riportare le produzioni là dove c'è la cultura del rispetto dell'ambiente. Producendo in alcuni paesi del mondo si inquina di più. Questo è il messaggio.

Dopo di che vogliamo ridurre i costi al cittadino, serve togliere le numerose tasse che stanno sul kilowattora. È impensabile che il 50 % del costo di un kilowattora sia determinato da tassazioni del paese, come è inaccettabile vedere in diverse aule del Parlamento consumi energetici non ancora razionati.

Bendt Bendtsen (PPE). – Hr. formand. Tillykke til ordførerne, som har bidraget til dette resultat. Aftalen om en ny energimærkningsordning er et vigtigt skridt på vejen til at nå vores klima- og energimål fremadrettet. Vi ved, at importen i dag er mere end 50 % af vores energiforbrug i Europa, og det har været stigende de sidste ti år. Hvis vi skal gøre os fri af denne ubehagelige situation, skal vi blandt mange tiltag gøre vores energiforbrug både smartere og mere energieffektivt. Her har vi et sted, hvor forbrugerne kan spille en aktiv rolle og tage del i den grønne omstilling, hvis vi gør dem i stand til at træffe oplyste valg af hvidevarer og husholdningsudstyr. Derfor er aftalen om den nye energimærkningsordning et godt skridt på vejen, og det er ovenikøbet en af de lavt hængende frugter, vi har på hele vores dagsorden. Næste skridt er, at vi ved revisionen af bygningsdirektivet sørger for, at vores hjem og vores arbejdspladser følger trop i indsatsen for mere energieffektivitet, for at få et mere energieffektivt Europa. Der er jo ingen tvivl om, at dette er et af de områder, hvor vi virkelig kan bidrage, så vi også kan passe på vores industri fremadrettet.

Patrizia Toia (S&D). – Signor Presidente, onorevoli contenti, oggi siamo tutti contenti e soddisfatti che finalmente questa revisione della direttiva del 2010 possa eliminare quell'incertezza e quella confusione di fronte alle etichettature non chiare, spesso anche contraddittorie, che inducevano in contraddizione il consumatore. Questo mi sembra l'elemento più importante, avere portato chiarezza.

Lo dico, sottolineandone l'importanza, perché io sono convinta che rendere protagonista la domanda, e non l'offerta, nel settore dei consumi dell'energia sia una delle chiavi su cui possiamo agire per raggiungere i nostri obiettivi energetici. Un consumatore più consapevole è anche più informato e, rendendogli le cose più convenienti, è un consumatore che va nel senso proprio del risparmio e dell'efficienza, che sceglie le cose giuste anche a un prezzo adeguato, ma sa che cosa sceglie e qual è il rendimento.

Insisto su questo tema della domanda. Se vogliamo davvero raggiungere un obiettivo di rigore energetico, noi dobbiamo prendere in considerazione il cittadino consumatore. Da un lato questa è la leva, dall'altro è quella dell'innovazione tecnologica. Mi compiaccio che ci sia qui un meccanismo di revisione che renderà automatico praticamente l'adeguamento dell'etichettatura alle nuove innovazioni tecnologiche, senza dover rifare regolamenti, atti delegati, eccetera.

Quindi la semplificazione, non le cose che abbiamo sentito, la valorizzazione della qualità della nostra industria europea, non le cose che abbiamo sentito. Non stiamo lavorando contro l'industria, stiamo lavorando per l'efficienza, per il risparmio energetico, per la valorizzazione dei cittadini e anche a vantaggio dell'industria.

Anneleen Van Bossuyt (ECR). – De wetgeving die hier vandaag voorligt vormt een belangrijk onderdeel in de discussies die we hebben rond energie-efficiëntie. Met de nieuwe maatregelen rond de energielabels kunnen we op Europees niveau een energieverbruiksbesparing krijgen die gelijk staat aan het energieverbruik van de Baltische staten en Italië samen, dus niet te onderschatten. Toch een heel belangrijke bedenking. Het gaat hier om één van de vele maatregelen die we nemen en waarmee we de Europese energie-efficiëntiedoelstellingen zouden kunnen bereiken. Maar wat zien we? In de voorstellen rond het winterpakket, rond energie-efficiëntie, wordt heel duidelijk gesteld dat de Europese maatregelen die genomen worden in het kader van energie-efficiëntie door de lidstaten niet kunnen worden meegerekend om hun doelstellingen te bereiken. Daar stel ik mij toch wel ernstige vragen bij. Want wat zitten we hier dan te doen? Waarom maken we dan de Europese regels als zij niet kunnen meetellen?

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL). – Señor presidente, los consumidores van a agradecer enormemente el cambio de etiquetado de productos que aquí se propone. La nueva escala de eficiencia pondrá fin al antiguo modelo y ahora, por ejemplo, los electrodomésticos tendrán una escala más sencilla, de la «A» a la «G», eliminando aquellas categorías de aes más cruces, que resultaban bastante confusas.

Lo hemos hablado en esta Cámara muchas veces. La eficiencia energética es, junto al ahorro, una de las medidas centrales para lograr la necesaria transición energética y reducir las emisiones, pero es que, además, permite reducir nuestro consumo y, por tanto, también reducir nuestra factura. Otra vez, lo que es bueno para el medio ambiente, lo es también para nuestros bolsillos. Y creemos que esto también será bueno para la industria, porque estándares altos de eficiencia o medioambientales son los que convierten a nuestra industria en competitiva por arriba e impulsan la innovación, lo que aumenta el valor añadido y transforma finalmente nuestro tejido productivo en uno menos contaminante, en línea con el clima.

Jean-Luc Schaffhauser (ENF). – Monsieur le Président, chers collègues, derrière l'efficacité énergétique, je crains qu'une fois de plus, nous donnions à Bruxelles et à la Commission européenne de nouveaux pouvoirs.

Il est évident qu'il faut une harmonisation de l'étiquetage ainsi qu'une banque de données européenne pour les citoyens. Je suis un partisan absolu de l'efficacité énergétique depuis 1980, quand j'étais le chef, entre autres, de l'efficacité de l'énergie, ici. Mais, avec cette proposition de règlement, on fait tout pour déposséder les États de leurs prérogatives en passant de la directive au règlement, en donnant un blanc-seing à la Commission et en lui octroyant de très larges domaines pour adopter des actes délégués, notamment pour fixer les seuils des catégories de performance énergétique.

Cette logique de déresponsabilisation et de bureaucratisation de nos États avec des plans nationaux à adopter et des rapports obligatoires n'est pas bonne pour l'Europe. Nous devrions être plus pragmatiques, plus décentralisés et plus subsidiaires dans notre approche, plutôt que de tout décider depuis Bruxelles.

Enfin, ce projet se trompe dans son approche, en ne prenant pas en compte l'aval. Le consommateur doit aussi être informé de la performance énergétique du processus et du lieu de fabrication ainsi que du transport. C'est tout l'impact écologique et même, pourquoi pas, social qui devrait être l'objet d'une information au consommateur. Produire localement, c'est aussi limiter les importations. C'est aussi cela l'efficacité énergétique. Sinon, nous risquons de faire ce que nous faisons depuis des dizaines d'années avec notre réglementation écologique: nous exportons notre pollution et nous nous donnons bonne conscience en Europe.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, first of all I welcome the proposals here today and again compliment Commissioner Cañete and his team for the good work they are doing in helping us to meet the Paris climate targets.

This is one area where a lot can be done in a very easy fashion. Firstly, I am becoming more and more convinced that consumers in general want to reduce their carbon emissions, and all they need is help to do so. This is one area where consumers will embrace what we are trying to do. Simplifying the labelling is absolutely crucial. How could anybody come up with a scheme of A, A+, A++? If you are going to buy an appliance and you see it marked 'A', well, you cannot get better than 'A' so it does not really make a whole lot of difference whether it is A+ or A++.

But there is a big difference, psychologically, between A and C, and A and G, and also the seven different colours will help consumers. This is the way the European Union needs to move in everything. Make it easier for consumers to understand what it is about and they will comply.

One area I have a slight difficulty in understanding is the reference this morning to erroneous labelling. Erroneous labelling would not be possible if there were proper surveillance and proper penalties, because those who would engage in it would actually be put out of business. So I think that that is very important and I think the product database will help to ensure that that does not happen because it will mean proper compatibility of products, proper market surveillance, and will mean that suppliers will try and outbid one another to become more efficient and smarter in the appliances.

So this is actually a great opportunity for us to do something simple, straightforward, that will help us to meet the climate-change targets in Paris. Well done!

Edouard Martin (S&D). – Monsieur le Président, avant tout, je souhaite remercier le rapporteur, Dario Tamburrano, pour son excellent travail.

Ce que nous voterons demain et après le trilogue est, à peu de choses près, la position de la commission de l'industrie, de la recherche et de l'énergie.

Je remercie le rapporteur, car il y a encore quelques mois, avant de renouveler l'achat d'une machine à laver, par exemple, beaucoup s'y perdaient dans les étiquettes, sans réellement comprendre ni connaître la différence en ce qui concerne la consommation d'énergie. Le système était devenu illisible, voire contre-productif. Il était nécessaire de le simplifier. Cette directive se met donc dans la peau du consommateur citoyen.

Bonne nouvelle également: l'étiquette 2.0. Grâce à elle, le consommateur pourra comparer et choisir librement en connaissance de cause. Chaque consommateur devient ainsi testeur. Cette base de données limitera donc la fraude.

Seul petit bémol, pour les cas de tromperie sur l'étiquette, les socialistes et démocrates auraient souhaité aller plus loin et imposer, par exemple, des sanctions, des enquêtes et des remboursements.

Restons optimistes, cela finira par venir.

Francesc Gambús (PPE). – Señor presidente, señor comisario, desde el inicio de la presente legislatura, la Comisión ha liderado la transición de la economía europea hacia una economía baja en emisiones, más sostenible.

Prueba de ello es el marco financiero plurianual 2014-2020, en que el 20 % del presupuesto total de la Unión es destinado a acciones para la lucha contra el cambio climático. Fue junto al paquete del verano de 2015 cuando la Comisión propuso una revisión del etiquetado, principalmente porque con el desarrollo de las nuevas tecnologías era necesario actualizar la legislación sobre el etiquetado para hacerla comprensible.

Lo ha dicho el señor Eickhout: ¿Alguien sabría decir cuál es la diferencia entre un electrodoméstico con una eficiencia A++ o uno con eficiencia A+++? De eso estamos hablando.

Debemos clarificar la norma para que los consumidores puedan, de acuerdo con su criterio, adquirir los productos que más les interesen y señalar que, gracias a esta clarificación en el etiquetado, junto con el desarrollo del paquete de ecodiseño, podemos conseguir un ahorro de 500 euros en cada hogar europeo. Y no solo eso: podemos hacer también nuestra industria más competitiva, reportándole unos beneficios de 65 000 millones de euros, según datos de la propia Comisión, y un ahorro en el consumo de energía equivalente al anual de Italia y todos los países bálticos juntos.

Conseguimos, pues, volver a una clarificación del etiquetado —de la «A» a la «G», del verde oscuro al rojo intenso—, introducimos también una base de datos de registro de los productos para asegurar que las autoridades competentes puedan ejercer su papel supervisor y empoderamos a la ciudadanía, mediante una base de datos pública que contenga todas las etiquetas energéticas, para que puedan comparar las diferencias de eficiencia entre los equipos del hogar.

Por todo ello, creo necesario que aprobemos el acuerdo al que se ha llegado en el diálogo tripartito, y aprovecho para felicitar una vez más al ponente y a todos los ponentes en la sombra por el gran trabajo hecho.

Arne Gericke (ECR). – Herr Präsident! Sagen wir mal, ich halte eine kurze Rede, quasi A++++. So zumindest wäre es hier eingeordnet nach dem bisherigen System des europäischen Energie-Labelings – ein Unding, das die Kommission vollkommen zu Recht bereinigt hat. Kein Verbraucher hat etwas von einer Kennzeichnung, die allen Maschinen – egal, ob energieintensiv oder sparsam – ein A verleiht und sich nur an der Anzahl der Pluszeichen dahinter unterscheiden lässt. In Zukunft wird es auch wieder die erkennbaren C-, D-, E-Sünder geben, und das ist gut so.

Gut ist aber auch, dass wir auf Drängen meiner Fraktion mittelstandsfeindliche Auswüchse der Richtlinie vermeiden konnten, etwa die nachträgliche Umetikettierung bereits ausgelieferter Geräte. Das nämlich wäre eine unsägliche Bürde gerade für kleinere Elektrohändler gewesen.

Insgesamt haben wir ein neues Label erreicht, das verbraucher- und verkäuferfreundlich ist, und das ist gut so.

Simona Bonafè (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario Cañete, in Europa produciamo ben poca dell'energia che consumiamo e una buona parte della nostra energia arriva ancora da fonti fossili.

Sappiamo allora quanto siano importanti azioni che favoriscono la transizione energetica, attraverso un uso maggiore delle rinnovabili, ma sappiamo anche quanto sia importante ridurre il consumo di energia e quindi aumentare l'efficienza energetica. Con il nuovo regolamento sull'etichettatura energetica degli elettrodomestici e degli apparecchi elettronici facciamo proprio un passo in avanti in questa direzione.

Abbiamo visto che i consumatori sono molto attenti e, grazie al sistema delle etichette, scelgono apparecchi più avanzati e anche capaci di farli risparmiare a fine mese sulla loro bolletta. D'altro canto, grazie a questo sistema, l'industria sviluppa modelli sempre più efficaci per rimanere competitiva sul mercato.

L'esperienza ci ha dimostrato che in diversi casi, come per lavatrici e frigoriferi, in pochi anni la quasi totalità dei prodotti si è andata a collocare nelle classi di efficienza più alte. Anche per questo motivo, oggi si rende necessario aggiornare le etichette, come abbiamo fatto, ridefinendole in modo più chiaro, senza tutti quegli A+, e comprensibile per i consumatori.

Michał Boni (PPE). – Mr President, I would like to thank the rapporteur Mr Tamburrano and Herbert Reul from my Group for an excellent job. What is important in this solution, especially after the discussed and approved corrections, is that the energy enabling framework allows customers to be more aware of the energy efficiency and consumption of household appliances such as dishwashers, televisions and fridges, which will help them to reduce their energy costs. This Regulation also contributes to the moderation of energy demand and the achievement of the Union's energy efficiency targets, so there are macroeconomic savings and advantages with this solution. It establishes deadlines to replace the current A++ classes with an A to G scale. It also sets out a procedure for rescaling labels based on technological development, thus also providing incentives for innovation and pushing less efficient products out of the market. This will make energy labels more understandable for consumers and help them make better informed purchasing choices. The proposal also contains clearer rules on promotional campaigns and national incentives to promote higher classes of efficiency, and aims to improve enforcement mechanisms and transparency for customers by creating a platform with a database of products covered by energy labelling requirements. The revised energy efficiency label, together with eco-design, can save households close to EUR 500 per year. It has a clear microeconomic advantage. So let us start together, consumers and businesses, the real implementation.

Miroslav Poche (S&D). – Já jsem velmi rád, že jsme se dohodli s Radou a Komisí na novém značení energetické účinnosti a shodli jsme se na tom, že ten současný systém vyžaduje velmi výraznou změnu.

Já jsem rád, že se vracíme k té bývalé stupnici měření A až G a odstupujeme od toho systému A++. Já se domnívám, že se jedná o velmi dobrý krok, protože se ukazuje, že veřejnost, možná až 80 % veřejnosti, evropských občanů, se dívá na energetický štítek při nákupu spotřebiče. Pevně věřím, že tato úprava usnadní spotřebitelům orientaci v energetických úsporách a že lépe od sebe dokáží produkty odlišit. Tím se také sníží spotřeba energie a spolu s ní i částka, kterou občané za energii platí.

Mimo jiné považuji rovněž za zásadní, že EU znovu potvrzuje, že energetická účinnost je na prvním místě, že je klíčové, abychom se nadále drželi hesla, kterým je účinnost na prvním místě, pokud chceme dosáhnout úspor a cílů z balíčků „Čistá energie pro všechny Evropany“.

Procedura „catch the eye“

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, le etichette che indicano l'efficienza energetica di prodotti elettrici come frigoriferi, televisori e lavatrici finalmente cambiano, adeguandosi alla rivoluzione digitale, collegandosi ad un database di dati aperti e disponibili attraverso l'uso di QR Code. Sarà dunque possibile, anche in Europa, confrontare in modo efficiente ed efficace i consumi elettrici di diversi dispositivi al momento dell'acquisto e dunque favorire un consumo più consapevole e sostenibile, tarato sulle abitudini di utilizzo e sul prezzo e la disponibilità di energia elettrica.

È un piccolo passo, ma concreto ed importante, verso il miglioramento nell'utilizzo delle risorse. Tuttavia, è necessario proseguire il lavoro, introducendo criteri più stringenti per il mercato degli apparecchi elettrici e vincolando i produttori all'uso di tecnologie *smart*, in grado di adattarsi ai consumi e alla disponibilità di energia.

L'introduzione di un'etichettatura trasparente e chiara, che passa dalla confusione delle A++ ad una scala semplice da A a G è un netto passo in avanti nei confronti della tutela dei consumatori ma anche dell'industria. Vanno però assicurati controlli adeguati per garantire che quelle etichette corrispondono effettivamente a prodotti con le caratteristiche indicate.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, κατ' αρχάς θα ήθελα να συγχαρώ τον εισηγητή, τον κύριο Tamburrano, για τη σημαντική έκθεση η οποία, πραγματικά, δρομολογεί ενδιαφέρουσες εξελίξεις τόσο υπέρ των καταναλωτών όσο, βέβαια, και για τη στήριξη της ευρωπαϊκής βιομηχανίας. Η νέα διαδικασία σε σχέση με την επισήμανση στηρίζει πραγματικά τους ευρωπαίους καταναλωτές, διότι γίνεται πιο ξεκάθαρη, διότι σταματούμε να έχουμε αδιαφάνεια, σταματούμε να έχουμε σύγχυση. Επομένως, αυτό είναι πολύ σημαντικό, διότι δίνει στους καταναλωτές τη δυνατότητα να κάνουν τη σωστή επιλογή, μια επιλογή με ξεκάθαρα κριτήρια. Και εφόσον γίνει αυτή η επιλογή σωστά, αυτό σημαίνει, φυσικά, και μείωση της κατανάλωσης. Επομένως, σημαίνει και χρήματα στην τσέπη του ίδιου του καταναλωτή. Όμως πρέπει να υπάρξει ρύθμιση για την αποζημίωση του καταναλωτή, ο οποίος μέχρι στιγμής είχε πραγματικά υποστεί ζημιά ανεπανόρθωτη, λόγω της σύγχυσης που είχε δημιουργηθεί. Επιπλέον, χρειάζονται και μέτρα για να μην έχουμε βιομηχανίες οι οποίες παράγουν προϊόντα «μαϊμού» και δημιουργούν επίσης σύγχυση.

Kateřina Konečná (GUE/NGL). – U projednáváného nařízení jsem byla stínovou zpravodajkou pro stanovisko výboru ENVI. Od té doby uplynula spousta času a skoro bych řekla, že dokument přichází poněkud pozdě.

Ve světle pomalu končícího jednání o balíčku oběhového hospodářství bychom spíše měli již řešit revize předpisů o ekodesignu. Taktéž zůstává velkou otázkou jeho návaznost na teď projednávanou směrnici o energetické účinnosti. Nicméně obecněji jsem poměrně spokojená, jak vyjednávání v trialozích dopadla. Změna škály štítků od A do G je krok správným směrem, který konečně vnese světlo do současného matoucího a pro spotřebitele mnohdy zavádějícího systému značení. To by mohlo přinést nové energetické úspory domácností, které zajisté ocení nejen ony, ale také my v dalším vyjednávání o energetické účinnosti.

Taktéž velice vítám veřejně dostupnou databázi výrobků. Domnívám se totiž, že jen řádně informovaný spotřebitel, který má srovnání, je schopen změnit své chování. Co už se úplně nepovedlo, jsou četné výjimky vedoucí ke zdržování procesu přeštítkování určitých produktů. Domnívám se, že celý proces trvá až nepřiměřeně dlouho.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, domnule comisar, doresc să subliniez că acest raport reprezintă un progres în ceea ce privește etichetarea. Ca membră în Comisia IMCO, susțin etichetarea oricărui produs, deci și etichetarea energetică. Să fim corecți! Etichetarea energetică duce indirect la inovație, pentru că va apărea o concurență – cine poate să producă un aparat care are un consum energetic mai mic – și unul dintre obiectivele Uniunii Europene este și eficientizarea energetică.

Sigur că sunt de acord ca orice consumator care este indus în eroare să fie compensat. Eticheta trebuie să fie simplă, clară și consumatorul are dreptul să cunoască ce cumpără.

Însă vreau să atrag atenția că este foarte important, domnule comisar, să vedem cum facem ca să fie etichetate și produsele care intră pe piața internă din țările terțe, pentru a nu crea o competiție incorectă pentru industria europeană.

Într-un cuvânt, cred că etichetarea stimulează cercetarea, inovația în domeniul aparatelor și mijloacelor fixe consumatoare de energie și este necesar să avem acest sistem de etichetare.

Tibor Szanyi (S&D). – Elnök Úr, úgy gondolom, hogy a mai világban nagyon fontos mindannyiunk számára, hogy olyan cselekedeteket hajtson végre az európai intézményrendszer, amiből maguk az állampolgárok is érzik, hogy velük most valami jó történik. Ez a mostani téma ilyen. Ezekkel a címkékkel egyébként sokkal sűrűbben találkozik az európai polgár, mint bármelyik másik politikai eredményünkkel, ugyanakkor nem csak ezzel az egyféle címkézéssel, hanem az élelmiszerek világában is van egy európai uniós egységesítés a címkézés tekintetében. Én azt gondolom, hogy a jövő szempontjából valószínűleg az lenne a legokosabb, ha az élelmiszerek, illetve bizonyos iparcikkek esetében a címkézési módszer egyre inkább közelebb lenne, hogy már ránézésre is orientációt adjon szinte minden fontosabb dologban a fogyasztók számára arról, hogy mit is tart a kezében. Végezetül pedig szeretném elmondani, hogy a mostani igyekeztünk nem csupán energiatakarékosságról szól, hanem arról is, hogy a fogyasztók optimális döntést hozzanak, azaz előbb-utóbb figyelembe kell venni az árak kérdését is, hiszen a szegény ember sokkal nehezebben fordul a korszerűbb,

de drágább dolgok felé.

(Înceierea procedurii „catch the eye”)

Miguel Arias Cañete, *Member of the Commission*. – Mr President, I would like to thank honourable Members for all their contributions to this debate. Allow me to make three remarks.

The first is to say that we have the same labelling requirements for imports. It is not only local manufacturers; imports have to be labelled in the same way as products manufactured in the European Union. Many of you expressed concerns about the data, but the best way to ensure data protection is for the Commission to manage the database and also, with the data, we will be able to adjust the labels more efficiently.

On heaters, I saw different positions in the House, but I will say that the Commission proposal did not contain a definite requirement to re-scale. We think that it is an improvement that the agreed version contains a timetable and a final date by which the A and B label will only be available for heat pumps, renewables and CHP. We also think that the timetable makes sense and is reasonable because it will provide time and incentives to bring down the cost of these heaters to the benefit of our industry and our consumers.

Finally, I will recall that the energy union is one of the ten priorities of the Juncker Commission and that ‘energy efficiency first’ is one of its leading principles. In this respect, reaching an agreement on one of the key proposals for delivering real energy and monetary savings to European consumers and business is an important step towards the realisation of any union which aims to provide European Union consumers with secure, sustainable, competitive and affordable energy.

This shows that, when there is political commitment and shared objectives, we are able to offer a concrete response to the needs of business and European citizens. Let us keep this positive spirit and dynamic in the ongoing negotiations on the ‘Clean Energy for all Europeans’ package proposals that are now on the table of this House and the Council.

STATEMENTS BY THE COMMISSION

— This is word for word what was read out by the Commission at the last trilogue on 21 March 2017:

Commission statement on financial compensation for consumers:

‘In view of its ongoing efforts to strengthen the enforcement of Union harmonisation legislation for products, the Commission – in order to address potential financial loss by consumers due to wrongly labelled products or inferior energy and environmental performance than labelled – should investigate whether compensation for consumers in case of non-compliance with regard to the energy class displayed on the label can be addressed.’

Can the Commission support the statement on delegated and implementing acts as proposed by the Council?

— The statement referred to is the following:

Statement by the European Parliament, the Council and the Commission on Articles 290 and 291 TFEU:

‘Recalling the Inter-institutional Agreement on Better Law-Making of 16 April 2016, in particular, its paragraph 26, the European Parliament, the Council and the Commission declare that the provisions of this Regulation shall be without prejudice to any future position of the institutions as regards the application of Articles 290 and 291 TFEU in other legislative files.’

— The Commission can support this statement, as this declaration is in line with the Inter-institutional Agreement, and can be seen as a perpetuation of a similar declaration made at the time of the adoption of previous Energy Labelling Directive in 2010.

Dario Tamburrano, relatore. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, ho ascoltato con attenzione i vari interventi. Chiaramente apprezzo i complimenti, ma apprezzo anche alcune critiche, soprattutto quelle critiche che sono state rivolte al regolamento, che non sono critiche strumentali a dichiarare qualcosa in plenaria per attaccare qualcuno, sbagliando anche date e dati, ma quelle critiche che sono oggettive.

Ci sono effettivamente delle cose che potrebbero essere fatte meglio e il riscalaggio delle etichette, in maniera particolare per le caldaie e i boiler, è un altro cruccio. Poteva essere anticipato, ma confido nel *Clean Energy Package* e ci batteremo affinché venga creato un *environment* a livello europeo perché le caldaie a gas vengano in qualche maniera progressivamente poste fuori mercato, soprattutto nelle nuove norme per quanto riguarda l'efficienza energetica in edilizia e gli edifici attivi ed intelligenti.

Mi auguro però che una cosa venga risolta al più presto – e qui ritorno sul tema dell'interrogazione orale – e cioè che venga posta fine a questo vuoto legislativo nell'Unione europea. I cittadini europei si meritano di essere indennizzati nel caso vengano frodati. Questo vale per l'etichettatura energetica, come per tutti i sistemi di etichettatura dell'Unione europea. Senza indennizzo e senza controllo, ogni sistema di etichettatura rischia di non ricevere la giusta e necessaria fiducia da parte dei consumatori.

Președinte. – Dezbateră a fost închisă.

Votul va avea loc marți, 13 iunie 2017.

Declarații scrise (articolul 162)

Marc Tarabella (S&D), par écrit. – Il n'existait pas d'harmonisation en matière d'étiquetage sur l'efficacité énergétique des appareils électroménagers européens. Ce constat poussièreux sera bientôt à classer dans le placard à balais. Nous proposons donc un étiquetage unique étalonné de «A à G» afin de fournir des informations plus claires aux consommateurs et de réduire leur consommation d'énergie.

Cette mesure a également pour but de faire baisser la consommation des citoyens européens de 200 milliards de Kw/h: une économie substantielle pour leur portefeuille. De plus, tous les nouveaux produits mis sur le marché de l'Union devront être enregistrés dans une base de données en ligne, qui offrira une transparence accrue et facilitera la surveillance du marché par les autorités nationales.

85 % des consommateurs européens tiennent compte de l'indice énergétique lors de leurs achats. Cependant, jusqu'à 25 % des produits mis sur le marché ne sont pas conformes aux exigences en matière d'étiquetage énergétique. Il était donc urgent de rectifier le tir et d'améliorer la situation du consommateur.

3. Verbindliche Jahresziele für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Übereinkommen von Paris (Aussprache)

Președinte. – Următorul punct de pe ordinea de zi este dezbateră privind raportul lui Gerben-Jan Gerbrandy, în numele Comisiei pentru mediu, sănătate publică și siguranță alimentară, referitor la propunerea de regulament al Parlamentului European și al Consiliului privind reducerea anuală obligatorie a emisiilor de gaze cu efect de seră de către statele membre în perioada 2021-2030, în vederea realizării unei uniuni energetice reziliente și a respectării angajamentelor asumate în temeiul Acordului de la Paris, și de modificare a Regulamentului (UE) nr. 525/2013 al Parlamentului European și al Consiliului privind un mecanism de monitorizare și de raportare a emisiilor de gaze cu efect de seră și a altor informații relevante pentru schimbările climatice (COM(2016)0482 – C8-0331/2016 – 2016/0231(COD)) (A8-0208/2017).

Catherine Bearder, deputising for the rapporteur. – Mr President, the most powerful signal that the European Parliament can give is that it is serious about tackling climate change and is taking real action implementing the Paris Agreement by passing the climate action regulation tomorrow. It deals with almost two-thirds of all greenhouse gases emitted across the EU. This law will translate the Paris Agreement into concrete action by the Member States.

However, last week President Trump announced that he would withdraw the United States from the Paris climate change agreement. Even though we know that many US states, cities and businesses are continuing or even scaling-up climate action and green investment. This is sending a dreadful signal to the rest of the world. But, thankfully, China has restated their strong commitment to the Paris Agreement and President Macron has announced that France will do more compared to earlier commitments. So, with or without Trump, climate action and green investment under the Paris Agreement must move ahead.

I applaud that the groups here in the European Parliament have decided to unanimously give a strong signal to the international community that it will support this report in plenary tomorrow. I am also grateful for the strong support the report received in the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety (ENVI) and for the further work done ahead of the plenary to build an even stronger compromise.

As a result of this work, ALDE, the EPP and ECR groups agreed to table a set of joint amendments that will do three things: firstly, maintain the strength and emissions trajectory adopted by the ENVI Committee. The trajectory will secure the delivery of our 2030 target under the Paris Agreement.

Secondly, it will increase the optional use of forest credits from 119 million to 280 million tons, which will help build the business case for forest-based climate measures. In the long term, our forests are crucial to build the zero-carbon economy. At the same time, we must maintain a strong driver for energy efficient and clean transport.

Thirdly, we will give better support to lower-income Member States that have reduced their emissions significantly in earlier years. There are 17 Member States that will benefit from these measures. Farming is also covered in this regulation, and we will include special support for climate-efficient farmers. We must recognise the specific situation of the farming sector and ensure that they can continue to produce but protect at the same time.

The compromises reached will represent a balance between delivering on the EU's commitments on the one hand, and providing fairness for all Member States and regulating the regulated sectors on the other. Because of the politically balanced agreement reached and the strong signal the climate action regulation will give to the international community, I urge you all therefore to back the report in full, which includes the compromise package negotiated ahead of the plenary vote.

Miguel Arias Cañete, *Member of the Commission*. – Mr President, it is a pleasure to be here today in the plenary for the effort-sharing proposal. This is an important initiative to accelerate the low-carbon transition of key sectors of the economy in Europe, representing around 60% of European Union total emissions. The latest greenhouse gas emissions statistics, which the European Environment Agency released only two weeks ago, clearly point to the challenges. Emissions, in this sector, outside emissions trading, are increasing again, notably in the transport sector.

This debate, and the vote tomorrow, show that the European Union is serious about international climate commitment under the Paris Agreement and that it wants to progress without delay with domestic implementation. At the same time, Parliament is also making swift progress on one of the key legislative priorities of the European Union, and in the joint declaration on the European Union's legislative priorities for 2017 the three institutions have agreed that the 2030 climate action proposals shall be given priority treatment in 2017.

I very much appreciate the hard work of your rapporteur, Mr Gerbrandy. He would have been happy to be here today but unfortunately he cannot be with us. On this proposal, I want to thank him for the excellent cooperation and I also want to thank the shadow rapporteurs for their efforts in ensuring that Parliament's report could be presented to the plenary before the summer.

Many of the key elements of what you are proposing for the vote in this House tomorrow are in line with the Commission proposals, notably on the national targets and connection between sectors with the use of the flexibilities. This is encouraging for us. As in the Commission proposals, this maintains a careful balance of three central objectives: fairness, cost-efficiency and environmental integrity.

I also note your efforts to better reward early action, which is also a central issue in the discussions in the Council. The LULUCF flexibility proposed by the Commission is of high importance and its extent should be sufficient enough to recognise the lower mitigation potential of agriculture and incentivise actions promoting carbon sequestration in agricultural soils and afforestation.

Let me offer a few comments on two key aspects of the rapporteur's final proposals. Firstly, the report adopted by the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety (ENVI) includes a requirement for Member States to reduce greenhouse gas emissions in effort-sharing sectors by 80% by 2050 compared to 2005. It is true that consistent and long-term emission reductions are a cornerstone of European Union climate policy. However, I think it is too early to set national targets and emission trajectories for 2050 now already, without any thorough impact assessments and even before the Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) has provided its special report.

We must also consider the balance with the ETS and with a policy related to land use, land-use change and forestry. We should not set in stone now partial long-term legislation only covering 60% of total European Union emissions. The Commission will address the long-term issues in the context of developing the European Union mid-century strategy, which, in accordance with the G7 Commission, is to be delivered well ahead of the 2020 deadline.

Secondly, I note the proposal for a biennial compliance check instead of every five years. This would significantly increase the misery burden of implementation and would not constitute a good example of better regulation.

The Commission fully supports the efforts of Parliament and the Council to agree on the ETS and non-ETS proposal this year. On the ETS file, we are in trilogue negotiations and I welcome the renewed efforts to make progress there. I look forward to continuing to work with you on the effort-sharing proposal and bringing it to a successful conclusion with your support.

Merja Kyllönen, liikenne- ja matkailuvaliokunnan lausunnon valmistelija. – Arvoisa puhemies, komissio, hyvät kollegat, lämmin kiitos kaikille hyvin asiallisesta ja rakentavasta yhteistyöstä. Toivon, että muistamme aina, ettemme ole vähentämässä päästöjä EU:ta tai hallintoa varten, vaan ihmiskunnan ja planeettamme tulevaisuuden säilyttämistä varten.

Kun seuraamme erityisesti liikennesektorilta sitä vastuuta ja toimenpiteiden täytäntöönpanoa jatkossa, meidän on hyvä muistaa, että subsidiariteetin mukaan pallo on hyvin pitkälti jäsenmailla ja erityisesti niiden kaupunkiseuduilla. Rooli sekä hiilidioksidipäästöjen että muiden terveydelle haitallisten päästöjen torjunnassa kaupunkiseuduilla ja jäsenmailla on ehdottoman keskeinen. Kaupunkiliikenne tuottaa 23 prosenttia Euroopan liikenteen hiilidioksidipäästöistä, mutta kaupunkien liikennepolitiikan ja ratkaisujen suhteen EU:lla ei valitettavasti ole suoraa toimivaltaa.

Toivonkin, että komissio edistää kaikessa toiminnassaan hyvien käytänteiden monistamista ja edistämistä jäsenmaiden kesken hyvässä yhteistyössä, niin että pystyisimme suuntaamaan rahoitusta kaikissa hankkeissa nimenomaan päästöjen vähentämiseen.

Nicola Caputo, relatore per parere della commissione per l'agricoltura. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la proposta della Commissione sull'*effort sharing* è un ottimo inizio per assicurare, nei settori interessati, l'obiettivo della riduzione del 30 % delle emissioni entro il 2030. Si rendono tuttavia necessarie alcune modifiche per meglio promuovere la prevedibilità a lungo termine, garantire la coerenza con altre politiche, in particolare l'obiettivo di efficienza energetica, nonché assicurare una sufficiente flessibilità e solidarietà tra gli Stati membri. L'*effort sharing*, può infatti essere un *driver* importante per favorire la decarbonizzazione dell'economia e per adempiere all'accordo di Parigi.

Il settore agricolo è responsabile per il 10 % delle emissioni di gas a effetto serra nell'Unione europea e deve quindi fare necessariamente la sua parte. L'agricoltura è il settore che soffrirà di più gli impatti dei cambiamenti climatici, ma nello stesso tempo ci sono anche pratiche agricole che possono determinare una riduzione delle emissioni e offrire benefici ambientali aggiuntivi e un reddito supplementare per gli agricoltori.

La flessibilità nei settori LULUCF, in particolare il notevole potenziale di mitigazione e di assorbimento derivante dalle foreste, è fondamentale per ridurre i costi di adeguamento alla normativa e per assicurare un sostegno supplementare all'agricoltura che deve contribuire all'azione per il clima. Tuttavia, è essenziale garantire che i crediti LULUCF assicurino reali assorbimenti supplementari e permanenti.

Pilar Ayuso, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor presidente, señor comisario, dentro de las propuestas del paquete de cambio climático, esta se refiere al esfuerzo que tienen que hacer los sectores llamados difusos: la agricultura, el transporte y la construcción, los edificios, que van a tener que reducir en un 30 % sus emisiones respecto a las de 2005.

Los objetivos por países los han negociado la Comisión y el Consejo, y el Parlamento los ha respetado y no ha querido tocarlos. Nuestro debate ha sido y se ha centrado -que no ha sido nada fácil, por cierto- fundamentalmente en la fecha del comienzo de la trayectoria y en las flexibilidades.

Los acuerdos plasmados en las enmiendas de transacción que votaremos mañana son asumibles. Son asumibles y son equilibrados. Lo que menos le gusta a mi grupo político es el inicio de la trayectoria en 2018, pero se trata de una negociación y todos hemos tenido que ceder. Estamos, sin embargo, razonablemente satisfechos con una flexibilidad LULUCF de 280 millones de toneladas de carbono. Nos habría gustado que hubiese sido un suelo y no un techo, como al final hemos acordado, pero es lo que hemos acordado.

Una reserva por cumplimiento temprano de 90 millones de toneladas es muy satisfactoria, porque puede aliviar el esfuerzo de algunos países que han sido menos favorecidos en el reparto del esfuerzo. También es aceptable la flexibilidad ligada a la cancelación de derechos de emisión.

Como he dicho, no ha sido nada fácil. Quiero agradecerle muy vivamente al señor Gerbrandy su flexibilidad y su disposición para los acuerdos.

Todos tenemos el deseo y la ambición máxima de que todo sea bueno. Finalmente, el papel lo aguanta todo, los deseos son muy loables, pero al final esto se traduce en un esfuerzo para los sectores económicos que son los que crean empleo y, en definitiva, los que sostienen nuestro sistema.

Miriam Dalli, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, I would like to thank the Commissioner for being here with us and also Gerben-Jan Gerbrandy who, as the rapporteur of this effort sharing regulation, worked really hard on bringing the Groups together.

Unfortunately, for a long time, we had people who considered climate change to be a fictitious thing – this is happening today as well: if you pretend that it is not real, it will literally disappear. We know today that climate change is affecting every country in every continent. What we face today is a difficult task but an achievable one. The task before us goes beyond the choices that individuals privately make. This is about industries and it is about governments making the right choices and taking concrete measures. This is our moment for action. We had the opportunity to make serious policies with the emissions trading scheme and this is our opportunity now with this regulation.

We need to end once and for all the free ride that polluters have been given. This is not a technical debate but I believe that this is a human rights debate because our citizens and our children have a right to a cleaner world. As Socialists and Democrats, we believe that it is our duty to respond properly to our planet's greatest challenge with determination and honesty. I am proud that this political group was part of a group that stopped the attempts to water down this legislation. This is what we worked hard to achieve in the effort sharing regulation. There are no excuses: our economy will die if our ecosystems collapse.

The climate action legislation sets a clear trajectory to 2030, and a longer-term objective up to 2050, to reduce emissions in important sectors including transport, agriculture, buildings and waste. I would say to the Commissioner that we need to think now if we want to ensure our future and we need to have a long-term perspective. This Parliament must have a progressive and ambitious stand on these measures, closing loopholes and making sure that Member States reduce their emissions; ensuring also that all sectors contribute to a proper reduction in greenhouse gas emissions.

We pushed for more compliance checks, yes; every two years. Unlike the Commissioner, we know that this can be done and we want to be ambitious and we want to have something that really works. We aligned the review cycle with the global stocktake of the implementation of the Paris Agreement as well.

We believe that we have the means to stop this devastation but we need to have the political will to do so. This is our opportunity to really show that we are ready to stand up to the occasion. It is no longer time for watering down legislation, because we can make a positive impact. If we do not act now, the effects of climate change will become even worse.

Jadwiga Wiśniewska, w imieniu grupy ECR. – Panie Przewodniczący! Doceniam wysiłki sprawozdawcy, który po głosowaniu w komisji ENVI zgłosił na sesję plenarną poprawki uwzględniające również moje obawy. Dobrze, że sprawozdawca przywraca mechanizm elastyczności w wysokości 280 milionów ton dwutlenku węgla z sektora LULUCF, poszerzając go o leśnictwo. Szkoda jednak, że nie spotkała się ze zrozumieniem moja propozycja zwiększenia mechanizmu elastyczności do 425 milionów ton – tak, abyśmy promowali rozwój lasów i właściwych praktyk zarządzania lasami, co przecież jest zgodne z duchem porozumienia paryskiego. Właściwe działania w sektorze leśnictwa w znacznym stopniu równoważą emisje.

Ponadto, uważam za niesprawiedliwy przydział jednostek promujący państwa bogatsze. Wyznaczenie punktu odniesienia na lata 2016-2018 jest niekorzystne dla państw biedniejszych. Aby zachować ciągłość polityki, konieczne jest wyznaczenie poziomu emisji, który rozpocznie się z końcem obecnego okresu rozliczeniowego. Nie zgadzam się również na podniesienie ambicji redukcyjnych poprzez wyznaczanie trajektorii do ich obniżania od 2018 roku. Jeśli zaś chodzi o proponowaną rezerwę dla państw biedniejszych, to w minimalnym stopniu zrekompensuje ona ich ogromny wysiłek. Tak więc przegłosowane przez ENVI stanowisko jest w tym kształcie nieakceptowalne.

Nils Torvalds, on behalf of the ALDE Group. – Mr President, this is in very many ways a discussion about balances and imbalances. We have a lot of political imbalances, we have a lot of environmental imbalances and we have a lot of economic imbalances, and they all act together. Sometimes in a happy way, usually in a less than happy way.

The question about these three files – effort-sharing, emissions trading, and land use, land-use change and forestry – is in the same way a triangle and a very difficult one. It could turn out to be a Bermuda Triangle in which money, hope and environment are those things, or it could show itself to be a functional but very precarious triangle where all the three parts are deeply interconnected. If we are not able to keep up the emissions trading part of it, then things will fall down under effort-sharing and ultimately in the sinks in the forests. So, we need to have a very strong political approach to the problems we are seeing here.

If we do not manage this, if we give in to bad information, bad tweets from the Tweet House – formerly it was called the White House but it has got a new name: the Tweet House – if you do not do this properly, we are doomed. Therefore, the question of how we manage effort-sharing is of utmost importance and I think that Gerben-Jan Gerbrandy has done a terrific job to be able to put the pieces together and be slightly ahead of the curve, because we know that the closer we come to 2040-2050, the harder it will be. So thank you, but now we are in for a fight.

Kateřina Konečná, za skupinu GUE/NGL. – Předem mi dovolu poděkovat panu kolegovi Gerbrandymu, který si myslím, že to nevzdal, i když to vypadalo chvíli, že vlastně nenajdeme shodu. Nicméně jsme dnes zde a na pořadu jednání plenárního zasedání máme druhý stěžejní dokument pro boj s klimatem a emisemi skleníkových plynů v EU, který zapojuje taktéž dříve mnohem nesmyslně opomíjené sektory, jako je doprava, budovy a hlavně zemědělství.

Od těchto sektorů jsme zde v posledních letech jen slyšeli, jak nic nejde. Nařízení o sdíleném úsilí je tím propojujícím mostem mezi dokumenty EU ETS i LULUCF a dalšími politikami. Dnes více než jindy ve světle zpátečnických a zcela nesmyslných kroků současné administrativy USA je důležité, abychom toto nařízení schválili v ambiciózní a silné verzi, která prošla výborem ENVI, a to ještě před samotným zasedáním Rady pro životní prostředí. Je potřeba demonstrovat naše přetrvávající odhodlání v boji se změnou klimatu.

Vyjednávání byla složitá a nemohu říci, že se vším, co prošlo, jsem úplně spokojená. Speciálně nejsem spokojená s další nově zřízovanou povolenkovou rezervou nebo s dalšími zásahy do ještě ani nefungujícího MSR. Nicméně domnívám se, že se nám podařilo přijmout dostatečně ambiciózní dokument. Jsem třeba ráda, že se podařilo přijmout pozměňovací návrh zapojující zbylou námořní dopravu, které se nevěnujeme v novele ETS. Proto bych se nerada dočkala jeho vykosnění, tak jak se stalo před pár měsíci na plénu např. právě u ETS.

Chtěla bych vás požádat, vážené kolegyně a vážení kolegové, dejte nám silný mandát pro jednání v trialogu, ať se nám nestane to, co teď v ETS zažíváme, a ať jsme opravdu tím, kým chceme být. Těmi, kteří chtějí chránit občany EU, chtějí chránit životní prostředí a záleží jim na něm.

Bas Eickhout, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, first of all I would like to thank Mr Gerbrandy and express my regret that he cannot be here today for personal reasons. I very much regret this because he really put a lot of effort into this file and it is a pity that he cannot be here. Our thoughts are certainly with him.

Secondly, I would like to say that it is a bit strange that tomorrow we are going to discuss Trump withdrawing from the Paris Agreement and today we are going to discuss our own actions. I can tell you that the Greens tried to link those two discussions. A strange idea, is it not: that we link criticism of Trump together with what we ourselves are doing within the EU?

But the big parties, especially the Christian Democrats, did not want to link them and we know why: because it is much easier to criticise Trump, for free, while at the same time knowing that in our own actions we are not doing enough to implement the Paris Agreement at all. But of course we are happy to have that debate on another day.

That is really my main criticism, too, in this Parliament. When you criticise Trump tomorrow, remind yourselves at the same time of what we are doing ourselves. First of all – and we really know all this – the current target on the table that the EU is willing to take of minus 40% by 2030 is not enough for the implementation of the Paris Agreement. Stop saying that the EU is implementing the Paris Agreement. We are not on track.

Secondly, if you look at the two pieces of legislation on the table, we are watering it down. We are creating loopholes – loopholes in the legislation – so that this minus 40% is not even really minus 40%. That is not at all good. The Commission's proposal had too many loopholes. We improved the Commission's proposal. Unfortunately there are a couple of amendments on the table again – in order to get the Christian Democrats on board – to go back to the size of the Commission's loophole, so we are going backwards again, watering the proposal down again, but okay, that is what the Christian Democrats wanted and I hope that they will acknowledge this tomorrow when they criticise Trump.

But it is an improvement compared to the Commission's proposal and the big fight will be with the Member States, because they are also criticising Trump but at the same time watering down the proposal even further.

So please, ladies and gentlemen, let us vote for this and then we will have our proposal on the table. But when we are doing the negotiations, think every time that you criticise Trump that you are only credible in criticising him if you deliver at home.

Julia Reid, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, over the years I have witnessed in this House the perverse mechanism of the EU continuing to further develop a failing project. In the UK, we would say that this amounted to flogging a dead horse. The EU ETS is an example of this. However, in this instance, the project is one of the biggest threats to European industry and competitiveness. Once again, we are expanding and strengthening its remit. This time the European Commission proposal, Climate Action Regulation implementing the Paris Agreement, covers all sectors that currently fall outside the EU emission trading system, with particular regard to transport, waste, environment and agriculture. The aim of this proposal is to deliver, in the relevant sectors, 30% emissions reductions by 2030 compared to 2005 levels. The Paris Agreement sets out the goal to keep global temperature increases well below 2 °C and to strive for no more than 1.5 °C temperature increase. Consistent with these goals, the Paris Agreement also requires that zero net emissions must be achieved in the second half of this century. In addition, in 2009, the EU adopted its objective of 80-95% greenhouse gas emission reductions by 2050.

The EU's climate and energy policies keep perpetuating the same misguided path, continuing to be the solo leader in the futile battle against climate change, whereas the USA and others are acting in favour of progress and prosperity. The sole effect that this huge burden of climate regulation is going to have is to exacerbate the crisis already being experienced by European Union industries that are forced to move offshore, taking their emissions and their jobs with them. My party and I oppose the EU climate and energy policy. We reject climate hysteria and believe that the EU should accept that the Paris Agreement is close to its end.

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

Mireille D'Ornano, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, le retrait annoncé des États-Unis de l'accord de Paris justifie plus que jamais une action dans le cadre des organisations internationales dont les États-Unis sont encore membres. Faut-il rappeler que l'immense majorité des États européens font, eux aussi, partie de la convention-cadre des Nations unies sur les changements climatiques ou encore de l'Organisation de l'aviation civile internationale (OACI) pour le secteur aérien ou de l'Organisation maritime internationale (OMI) dans le domaine maritime?

Aussi, ce n'est pas la signature, la ratification et l'application des accords de Paris par l'Union européenne qui feront revenir les États-Unis au cœur d'une action pragmatique, efficace et mondiale pour le climat.

Enfin, l'Union européenne n'est pas à une contradiction près en voulant réduire les émissions d'un côté, tout en défendant, de l'autre, des modèles de libre-échange qui ne font qu'aggraver ces émissions.

En matière écologique, les circuits courts, la relocalisation des entreprises et le patriotisme économique, que nous proposons depuis des années, ne sont pas le problème, mais la solution.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η υπερθέρμανση του πλανήτη, η εξάντληση των φυσικών πόρων και η διαχείριση των αποβλήτων είναι προβλήματα που απαιτούν τη διεθνή συνεργασία, την ευαισθητοποίηση και την εφαρμογή καινοτόμων τεχνολογιών χωρίς επίπλαστα διλήμματα και μακριά από ιδιοτελή ιδιωτικά ή εθνικά συμφέροντα. Δυστυχώς, παρότι χρειάστηκαν περίπου 25 χρόνια από τη Συνάντηση Κορυφής για την προστασία της γης το 1992 στο Ρίο ντε Τζανέιρο και την επικύρωση του Πρωτοκόλλου του Κιότο, η συμφωνία του Παρισιού στερείται νομικής δέσμευσης, και αυτό αποδεικνύεται από την επικείμενη απόσυρση των Ηνωμένων Πολιτειών της Αμερικής. Η προστασία του περιβάλλοντος αφορά στον άνθρωπο και την επιβίωσή του και δεν πρέπει να αποτελεί πεδίο εφαρμογής μικροπολιτικής ή προσπάθεια επιβολής συμφερόντων μεταξύ κρατών. Ως εθνικιστής, πιστεύω ότι είναι δυνατή η συνύπαρξη ενεργειακής απόδοσης και ασφάλειας με την προστασία και χρηστή διαχείριση της βιοποικιλότητας και ταυτόχρονη μείωση των λογαριασμών των καταναλωτών, μέσω αυστηρής τήρησης των υποχρεώσεων που απορρέουν από την εθνική περιβαλλοντική νομοθεσία.

Peter Liese (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich dem Dank an den Berichtersterter Gerbrandy ganz ausdrücklich anschließen. Er hat hart gearbeitet, und ich glaube, am Ende liegt jetzt ein guter Kompromiss vor. Wir sollten ihm morgen durch ein gutes Abstimmungsergebnis die richtigen Grüße nach Hause schicken, in seiner schwierigen Situation. Ich bedanke mich aber auch bei allen anderen, die mitgeholfen haben, insbesondere bei Pilar Ayuso, der Schattenberichtersterterin der EVP.

Lieber Herr Kollege Bas Eickhout, wir werden morgen unmittelbar nach der Debatte über Trump über dieses Ergebnis abstimmen. Ich glaube, das ist richtig, wir brauchen ein bisschen Zeit, um das zwischen heute und morgen zu sortieren, aber wenn wir morgen eine große Mehrheit für den Bericht von Gerben-Jan Gerbrandy haben, dann ist das gerade das richtige Zeichen in Richtung USA und in die ganze Welt.

Wir sind mit diesem Vorschlag ambitioniert. Wir sind uns einig, dass das Startdatum 2018 sein wird – das ist ambitionierter als der Kommissionsvorschlag. Wir sind uns auch einig – selbst wenn das für manche Länder eine Herausforderung ist, aber es ist international wichtig –, dass kein Land als Basisjahr einen Wert haben wird, der weniger ambitioniert ist als das 2020-Ziel – das ist die richtige Antwort. Aber wir sind nicht überambitioniert.

Einige Mitgliedstaaten haben Herausforderungen: Ich nenne Irland, ich nenne Spanien und Italien, und darauf gehen wir mit der Flexibilität in den Änderungsanträgen von ALDE, EVP und ECR ein, die eben besser und angemessener sind als das, was der Umweltausschuss beschlossen hat. Deswegen glaube ich: Ambitioniert sein, aber realistisch – das ist die richtige Antwort auf Trump, nicht überambitioniert, dann werden wir nämlich auch nicht ernst genommen. Deswegen werbe ich für eine große Mehrheit für den Bericht und die Änderungsanträge von EVP, ALDE und ECR. Dann geben wir die richtige Antwort auf Trump.

Simona Bonafè (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, negli Stati Uniti il presidente Trump mette seriamente in discussione la necessità di combattere contro i cambiamenti climatici, mentre in Gran Bretagna per formare il governo si cerca il supporto di chi nega addirittura l'esistenza del fenomeno.

Ebbene, qui al Parlamento europeo, con l'approvazione di questo regolamento per la riduzione delle emissioni di CO₂ nei trasporti, negli edifici, in agricoltura e nella gestione dei rifiuti, vogliamo lanciare un messaggio chiaro: il futuro nostro e delle prossime generazioni passa per una società e un'economia più sostenibili. L'Europa ne è consapevole e sa anche che per ottenere dei risultati l'azione deve essere globale, perché le emissioni di CO₂, non si fermano alle frontiere di chi le produce.

Io definisco questo testo sull'*effort sharing* un buon testo, un testo ambizioso, ma anche assolutamente pragmatico, che prevede soprattutto un buon sistema di flessibilità per gli Stati membri, proprio per metterli in condizione di realizzare gli obiettivi che sono previsti. Se gestita bene, la transizione a un sistema a basse emissioni non è solo benefica per l'ambiente ma anche per una crescita economica florida delle nostre società.

Non è un caso che uno dei criteri previsti da questo regolamento per stabilire gli obiettivi di riduzione per i singoli Stati membri sia proprio il livello medio di PIL pro capite. Si riconoscono gli sforzi fatti fino ad ora e si permette di valorizzare in modo flessibile la specificità dei diversi territori, da quelli a vocazione più industriale fino a quelli a vocazione agricola o boschiva. Non viene chiesto a nessuno l'impossibile, ma di contribuire al meglio. *Effort sharing* è condivisione degli sforzi. Noi andiamo avanti, convinti e posso dirvi, di ritorno da una missione di lavoro negli Stati Uniti, che al di là dei grandi proclami anche milioni di americani ci credono.

Jørn Dohrmann (ECR). – Hr. formand! Jeg vil også sige tak til alle, og dette er selvfølgelig en god dag, hvor vi kan diskutere, hvad det egentlig er, der er sket, hvorfor fik vi ikke klimacertificeringen med i aftalen, så man kan vise, hvem det egentlig er, der har gjort noget, og anerkende disse folk. Vi ved, at der er nogle lande, der betaler høje skatter, høje afgifter og selvfølgelig gør en masse på dette område. Men vi skal også sige, at der skal være denne byrdefordeling imellem rig og fattig. Vi skal have fleksibiliteten, vi skal anerkende, at vi har noget teknologi, som skal overføres til nogle af de lande, som jo kunne være bedre bidragsydere til, at vi kan gøre mere for klimaet. Så derfor er det vores hensigt, at man netop får udvidet muligheden for at vise, at man har noget afprøvet teknologi, som vil være med til at hjælpe klimaet fremadrettet, og det synes vi er den vej, vi skal gå, og derfor er det godt, at man på denne måde kan lave en byrdefordeling, som kan være til gavn for alle, men også tager hensyn til alle.

Jan Huitema (ALDE). – Beste collega's, beste commissaris, de klimaatconferentie van Parijs erkent het belang van de agrarische sector voor onze voedselvoorziening. Toch wordt de land- en tuinbouwsector nog te vaak in de hoek gezet en dat terwijl de land- en tuinbouwsector juist een unieke eigenschap bezit. De agrarische sector is één van de weinige sectoren die ook broeikasgassen kan winnen uit de lucht en omzetten in organische stof in de bodem. Een win-win situatie, want hiermee wordt ook de bodemkwaliteit van onze landbouwgronden verbeterd. Het is daarom terecht dat afgevangen broeikasgassen meegenomen worden in de klimaatdoelstellingen. Het is nu aan de lidstaten om te komen tot een model waarbij de boer en tuinder ook daadwerkelijk beloond worden voor het afvangen van broeikasgassen. Dit kan bijvoorbeeld met een CO₂-handelssysteem of door meer ondernemersruimte te geven. Daarnaast loopt de Nederlandse land- en tuinbouw nu al voorop in innovaties die leiden tot een steeds lagere uitstoot van broeikasgassen per kilogram voedsel. Helaas blokkeert Europese wetgeving innovaties om van het overschot aan dierlijke mest kunstmestvervangers te maken. Hiermee kunnen we volgens berekeningen de consumptie van kunstmest met 15% reduceren, en daarmee dus ook de uitstoot van broeikasgas. De agrarische sector is dit dus niet het probleem, maar juist een deel van de oplossing.

Flexibiliteit binnen wet- en regelgeving is echter wel nodig om boeren en tuinders de mogelijkheid te bieden om te blijven innoveren.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL). – Señor presidente, en los últimos días Trump ha sacado del Acuerdo de París a uno de los países más contaminantes del mundo, junto con China, mientras aquí se utilizan herramientas falsas en la lucha contra el cambio climático.

El informe es un paso muy pequeño. No nos engañemos: hoy ya sabemos que no llegaremos a alcanzar los objetivos marcados por el Acuerdo de París.

De nada sirven los compromisos sobre el papel cuando todo se basa en comprar bonos para seguir arrasando con el planeta y haciendo negocios.

En España, Rajoy dice que hace falta un cambio y, sin embargo, castiga el autoconsumo. Aquí, Cañete abre las puertas a los *lobbies* energéticos, los más contaminantes del planeta. Porque lo único que saben hacer ustedes, señores, es ayudar a sus amigos de las multinacionales.

Y lo que está pidiendo a gritos este planeta es un cambio radical de modelo productivo en nuestro modo de vida, de consumo, en nuestra relación con la naturaleza; un cambio que solo llegará de la mano de una ciudadanía consciente y comprometida, porque lo que nos estamos jugando hoy, en esta Cámara, es el futuro de esta tierra.

Eleonora Evi (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'accordo di Parigi non è morto, l'accordo di Parigi semmai viene dimenticato quando, come in questa modifica di regolamento, ne abbiamo cambiato addirittura il titolo, richiamando appunto le azioni da intraprendere in linea con l'accordo di Parigi.

A mio avviso, siamo ben lontani purtroppo da intraprendere una vera strada che guarda davvero in direzione degli obiettivi di Parigi, anche perché i risultati di recenti studi ci dicono che la possibilità di ridurre e di mantenere l'aumento della temperatura globale entro 1,5 C° non sarà raggiunta e potrebbe già avvenire entro il 2030.

Questo dovrebbe darci l'urgenza della nostra necessità di agire, specialmente in questo regolamento che fa parte del secondo pilastro delle politiche climatiche insieme all'ETS, altro strumento che non funziona e che non favorisce gli investimenti verso appunto tecnologie pulite e una produzione davvero sostenibile e che soprattutto ci dà l'esempio di come non vengono utilizzati in maniera appropriata, ad esempio, i proventi delle aste, che dovrebbero e potrebbero essere utilizzati proprio per migliorare e fare degli investimenti nella mitigazione delle emissioni nei settori invece *effort sharing*.

Nessuno Stato membro ad oggi lo ha fatto. Siamo di fronte purtroppo all'ennesimo accordo che di fatto prende in giro l'opinione pubblica. Sono parole vuote, senza un vero contenuto. Io non sono d'accordo con il tentativo del relatore di tenere in barca tutti i grandi gruppi, soprattutto i gruppi conservatori che hanno fatto di tutto per smantellare questo documento e smantellarne l'ambizione. Stiamo per andare davanti al trilogico con il Consiglio e non possiamo permetterci di demolire ancora una volta l'ambizione di uno dei pilastri delle politiche per combattere il clima.

President. – Before I give the floor to my colleague, Mrs McGuinness, I would like to take this opportunity to wish her a happy birthday. She is speaking on her birthday, but still has just one and a half minutes.

(Applause)

Mairead McGuinness (PPE). – Mr President, I would like to take ten seconds to thank the visitors to Parliament for wishing me a happy birthday – and no, I am not going to tell you what age I am, but it is all transparent and it is available – and thank you, Mr President.

Now to the subject of this debate, because Mr Liese and Mr Huitema introduced the topic on my agenda: Ireland and agriculture. I know, Commissioner, that you are fully familiar with our problems in Ireland, because we have a strong and large agricultural sector. We are doing a lot of work on climate-smart agriculture, but there is only so far we can go.

I am all for ambition, and, Mr Eickhout, I hope you appreciate that. However, ambition with targets that are unachievable can be distracting, and our 2020 target was unachievable. We know that we have to do more, but what I would ask colleagues to understand is the situation where we do not have heavy industry, we have a large agricultural sector and we need much more flexibility on this issue, because farmers are concerned that the cost of this at the moment – if we look at the calculations – would be over EUR 1.7 billion in terms of purchasing carbon.

I do not want an opt-out here, because we all have duties and responsibilities, but I want an understanding that we are major producers of food – we export it to Europe and beyond – and we need an acknowledgment of that fact in the work, and I hope that in the negotiations it will be acknowledged.

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D). – Monsieur le Président, chers collègues, nous avons la lourde responsabilité de définir la politique climatique de l'Union européenne pour les trente prochaines années.

L'urgence climatique nous oblige et nous appelle à prendre des mesures à la hauteur des attentes et de la prise de conscience de nos concitoyens, pour faire face au défi de notre siècle: l'avenir de notre planète.

Le texte dont nous débattons aujourd'hui vise à traduire dans la législation européenne les engagements climatiques que l'Union et les États membres ont pris dans le cadre de l'accord de Paris.

Il s'agit donc de passer du discours aux actes. À l'heure où Donald Trump a pris la décision de quitter l'accord de Paris, il est plus que jamais crucial que l'Union européenne tienne ses engagements dans la lutte contre le réchauffement climatique.

Ce rapport, qui relève le niveau d'ambition de la proposition de la Commission européenne en inscrivant des objectifs à long terme d'ici 2050, en limitant certaines flexibilités et en renforçant le contrôle des efforts et la clause de révision pour revoir à la hausse les objectifs contraignants, permettra d'envoyer ce signal politique fort pour que l'Union européenne assume le *leadership* dans la mise en œuvre de l'accord de Paris.

En conséquence, j'appelle les députés européens à voter en faveur de l'ensemble du rapport adopté par la commission de l'environnement, de la santé publique et de la sécurité alimentaire.

On ne peut pas se réjouir en séance plénière de la ratification de l'accord de Paris puis, une fois les textes sur la table, essayer de revoir à la baisse le niveau d'ambition de l'Union européenne.

Mark Demesmaeker (ECR). – Fake news staat aan de verkeerde kant van de geschiedenis. Vandaag kunnen we tonen dat de Europese Unie wel woord houdt en het akkoord van Parijs uitvoert. We zijn het aan onze kinderen en onze kleinkinderen verplicht om die verantwoordelijkheid nu op te nemen. De strijd tegen klimaatverandering is een zaak van inspanningen, maar ook van kansen en daarbij moet iedereen zijn steentje bijdragen. Klimaat is immers geen verantwoordelijkheid van de overheid alleen. Vlaanderen zit op het goede spoor. De 2020-doelstelling ligt binnen handbereik. Het bereiken van de 2030-doelen zal heel wat bijkomende inspanningen vragen. Maar Vlaanderen is vastberaden die uitdaging aan te gaan. De Vlaamse regering onder leiding van minister-president Geert Bourgeois trekt daar stevig aan de kar. Het vinden van een delicaat evenwicht tussen ambitie en haalbaarheid blijft evenwel een uitdaging en het vervroegen van de startdatum blijft in die zin een punt van zorg voor ons.

Fredrick Federley (ALDE). – Herr talman! Först av allt vill jag gratulera föredraganden och skuggföredraganden för ett väldigt bra arbete, särskilt en tanke till vår kollega Gerben-Jan Gerbrandy, som tyvärr inte kan vara här den här veckan av personliga skäl, men som har lagt ner ett väldigt hårt arbete för att se till att vi kan leverera en bred kompromiss i det här huset som bär klimatpolitiken vidare på ett ansvarsfullt sätt.

Jag tror också att det är oerhört viktigt att vi inte låter presidenten i USA sätta agendan för den europeiska klimatpolitiken. När Donald Trump nu väljer att vända sig från ambition och från klimatansvar har vi faktiskt en stor öppning för Europa att göra ännu mer som kommer att leda till att vi får innovationer, att vi får nya företag och att vi kan leda en teknisk utveckling mot en bättre värld, som skapar morgondagens industri och morgondagens energiförsörjning.

Den delen vi pratar om nu, effort sharing, är en viktig del i klimatpaketet, tillsammans med ETS:n, där vi handlar, och som mer berör industrin. Men det är också viktigt att det energipaket som vi har på bordet nu blir till bra och kraftfull lagstiftning som bygger under det vi nu säger att vi ska göra genom effort sharing. Det finns också mycket att göra beträffande direktivet om förnybar energi, till exempel. Där finns det en risk att vi, med god vilja om att rädda miljön, slår undan de förnybara bränslena, som faktiskt är de som kommer att se till att vi klarar av energiomställningen och som skapar nya jobb på landsbygden och för europeiskt jordbruk. Idag tar vi ett stort steg framåt, men det är såklart väldigt mycket arbete kvar med den tekniska lagstiftningen.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL). – Mr President, I am sceptical in many ways towards the European Union, but on this, I think it is a challenge that we should meet. Unlike the drive for a single currency or the current drive for a European army, this project is in our interests. But, if we want it to be in our interests, we have to bring the people along with us. Mairead McGuinness, MEP and Vice-President for Parliament, talked about the challenges to Irish farming. There can be benefits if we meet this challenge; there can be benefits in producing our proteins locally, rather than bringing them thousands of kilometres across an ocean; there can be benefits in recycling the animal manure and reusing the energy and the fertiliser, saving on heavy use of energy in chemical fertilisers. There can be use in reusing water. In many cases in Ireland, we are using treated water. This can all bring benefits to the farming community, and we need to sell it to people by showing that there will be financial benefits locally, because if we produce locally, people can stay locally and everyone is happy and the planet benefits.

Giovanni La Via (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, caro Commissario Cañete, credo che il tema del quale stiamo parlando sia un tema importante perché passa dalla teoria alla pratica. Dopo l'accordo di Parigi proviamo a metterlo in pratica con la regolamentazione pertinente.

Certo, Trump, con una visione sicuramente miope, ha dato una linea diversa, ma non c'è che dire, gli Stati americani, le grandi città e le grandi imprese tendono a dire ogni giorno, sempre di più, che invece sulla linea dell'accordo di Parigi bisogna continuare a operare. L'Europa in questo deve essere leader, deve essere leader sul piano internazionale e sul piano mondiale. La proposta che è stata messa sul tavolo è una proposta interessante. Il Parlamento l'ha sicuramente migliorata e ha corretto alcuni errori che c'erano, signor Commissario, perché gli *early movers*, cioè i paesi che avevano già fatto un grande sforzo e che erano già andati avanti, avevano difficoltà a implementare la proposta e lei ha riconosciuto, sin dalla prima presentazione, che c'era qualcosa da correggere.

Oggi il Parlamento ha messo in atto i correttivi. Con la riserva a 90 milioni di tonnellate, proposta dal collega Gerbrandy, credo che andiamo proprio nella direzione giusta. L'Italia potrà implementare questa proposta, che all'inizio sicuramente era molto avversa al nostro paese. Dall'altro lato, l'ambizione del Parlamento, che come PPE abbiamo accettato di anticipare la curva discendente nell'applicazione degli accordi, è nella direzione giusta. Credo che stiamo lavorando bene e dovremmo votare gli emendamenti proposti.

(L'oratore accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento)).

Tibor Szanyi (S&D), Kékkártyás kérdés. – Köszönöm szépen Képviselőtársamnak, hogy elfogadja ezt a kérdést. Ön is említette az amerikai elnöknek a húzódozását, vagy hát inkább úgy mondanám, hogy otromba kivonulását. Kérdezem azt, hogy ez mennyire aggasztó az Ön véleménye szerint, hiszen úgy tűnik, hogy Amerikában az üzleti szféra maga azért messze túllép a megújuló energiahordozók felé?

Giovanni La Via (PPE), risposta a una domanda «cartellino blu». – Credo che l'impatto della scelta di Trump sia un impatto molto limitato per due ordini di motivi. In primo luogo, perché molti Stati, le grandi città e le grandi imprese vogliono continuare sulla linea dell'accordo di Parigi. Dall'altro lato, la procedura per uscire dall'accordo di Parigi è una procedura complessa, che dura del tempo, e sono certo che in ogni caso il prossimo governo americano, di qualunque colore sia, rivedrà la posizione sulla lotta al cambiamento climatico e dovranno recuperare il tempo perso.

Daciana Octavia Sârbu (S&D). – Domnule președinte, Uniunea Europeană și alți actori globali au reacționat cu forță și unitate la decizia de retragere a Statelor Unite din Acordul de la Paris. Am ales cooperarea internațională în detrimentul izolării și vom continua să jucăm un rol decisiv în combaterea amenințării grave reprezentate de schimbările climatice. Regulamentul pe care îl vom vota este o componentă importantă a politicii UE în privința schimbărilor climatice pe perioada Acordului de la Paris. El va asigura reduceri semnificative ale emisiilor de gaze cu efect de seră în sectoare care astăzi sunt răspunzătoare pentru mai mult de jumătate din emisiile de la nivelul Uniunii Europene. Legislația trebuie să fie ambițioasă. În același timp, însă, trebuie să evităm ca ea să aibă efecte economice disproporționate asupra statelor membre cu venituri mai reduse. Corelând obiectivele de reducere a emisiilor cu PIB-ul, această legislație se va asigura că

țările care au de atins obiective dure chiar își pot permite să le îndeplinească.

Norbert Lins (PPE). – Herr Präsident, sehr geehrter Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute geben wir Antwort auf den amerikanischen Präsidenten: Wir halten am Pariser Klimaschutzabkommen fest, und wir setzen das in ausgewogener Weise um. Das tun wir insbesondere mit den drei Vorschlägen: CO₂-Minderungen in unserer Industrie, jetzt der heutige Vorschlag für die Treibhausgasreduzierung in Verkehr, Gebäuden, Abfall und Landwirtschaft und im dritten Vorschlag der CO₂-Aufnahmekapazität unserer Wälder, also der sogenannten LULUCF-Sektor. Alle Sektoren hängen mit sogenannten Flexibilitäten eng zusammen und machen nur als Einheit Sinn.

Sehr bedeutend ist dabei die Rolle der Land- und Forstwirtschaft. Sie ist Teil der Lösung und nicht das Problem. Um das Potenzial der CO₂-Minderung ausschöpfen zu können – das war 2012 zum Beispiel 9 % der Gesamtemissionen aller Sektoren –, muss der Sektor auch eine Wertschätzung und einen Anreiz bekommen, CO₂-Gutschriften zu produzieren und damit mehr Aufnahme als Abgabe zu produzieren. Und er darf eben nicht bestraft werden. Deswegen bin ich für den ausgehandelten Kompromiss für die 280 Mio. Tonnen Flexibilität und glaube, dass dies ein sehr guter Kompromiss ist.

Jo Leinen (S&D). – Herr Präsident! Der Klimaschutz ist eine moralische und eine politische Verpflichtung – heute mehr denn je. Das Parlament hat mit dem Vorschlag für eine Klimaschutzverordnung bis 2030 vielleicht keinen perfekten Kompromiss vorgelegt, aber wir haben doch sehr klare Vorgaben für eine konsequentere Reduzierung der CO₂-Gase, auch für einen Fokus auf eine Langfriststrategie bis 2050 und auch für Optionen, wie die Bemühungen der Länder anerkannt werden und auch Flexibilität eingebaut wird, damit Länder nicht überfordert werden.

Jetzt brauchen wir den Rat, wir brauchen die Mitgliedstaaten, damit dieses Paket sehr bald über die Bühne gehen kann. Denn bis zur Klimakonferenz in Bonn, bis zur COP23, sollte die EU ihr Paket fertig haben: den Emissionshandel, diese Klimaschutzverordnung und auch LULUCF. So können wir der Welt zeigen, dass wir nicht nur Klimaschutz global propagieren, sondern auch zu Hause ernst nehmen. Unserer Klimaschutzdiplomatie muss es gelingen, dass wir einen globalen Konsens herstellen, auch wenn Trump dagegen ist.

Carlos Zorrinho (S&D). – A União Europeia não pode hesitar no caminho que traçou para liderar o processo de harmonização e combate às alterações climáticas. O relatório hoje em debate reforça o compromisso da União Europeia com as metas do Acordo Paris e ganha uma importância acrescida com a decisão tomada pela Administração americana de retirar os Estados Unidos desse acordo.

Este regulamento estabelece metas vinculativas de emissão de gases de efeito estufa para os Estados-Membros, englobando os setores da economia não regulamentados pelo RCLE. Esses setores representam quase 60 % das emissões totais na UE em 2014 e a definição de objetivos nacionais foi feita com um processo de equidade.

Esta é uma mudança que proporcionará oportunidades de emprego, crescimento e investimento para a Europa, enquanto mitiga as alterações climáticas e exige mudanças nos comportamentos, nos incentivos às empresas e aos investimentos. É por isso que é fundamental que as opções constantes deste relatório possam ter um amplo apoio neste Parlamento. Fizemos uma opção clara pela liderança na transição para a economia e a sociedade sustentável. Hesitar, no atual contexto global, poderia significar deitar tudo a perder.

Christel Schaldemose (S&D). – Hr. formand! Tak for det! USA og Trump vil desværre ikke være med til at efterleve Paris-klimaafalen, men vi vil i Europa! Klimaet og klodens befolkning har desperat brug for, at vi handler på de klimaforandringer, vi ser. I EU både kan og skal vi levere på vores løfter, og vi skal være ambitiøse. Også når det bliver svært, og også når vi skal fordele byrderne. Miljøudvalget har turdet være ambitiøst. Jeg støtter fuldt ud Miljøudvalgets betænkning. Vi er ambitiøse og balancerede. Særlig godt er det, at vi stiller krav om en tidlig start på indsatsen allerede i 2018. Jo før vi kommer i gang, jo bedre. Flexibiliteten er det mest omdiskuterede. Flexibilitet for de enkelte medlemslande er som udgangspunkt en god ting, men det må ikke blive så fleksibelt, at vi reelt slet ikke får lavet nogen nye klimaaftaler. Alle skal levere, alle sektorer skal være med, ellers får vi ikke løst vores klimaudfordringer.

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, o Acordo de Paris prevê que as partes tomem medidas para conservar e reforçar, se necessário, os sumidouros e os reservatórios de gases com efeito estufa, nomeadamente as florestas. A presente proposta é parte integrante da aplicação do compromisso assumido pela União Europeia no Acordo de Paris de reduzir as emissões em toda a economia.

Caros Colegas, estamos numa altura de grandes incertezas, de incompreensível negação das evidentes alterações climáticas por quem, como é o caso Estados Unidos, mais contribui para as emissões para a atmosfera.

A principal prioridade da União é criar uma união de energia resiliente que privilegie a eficiência energética e forneça energia segura, sustentável, a preços acessíveis aos cidadãos, bem como aplicar políticas de redução de emissões e substituição dos combustíveis fósseis. E essa, caros Colegas, é a nossa prioridade se quisermos liderar na assunção dos compromissos de Paris. Acredito que só através de uma ação climática ambiciosa se poderá contribuir para resgatar a tempo um planeta que seja sustentável à vida.

Gostaria de congratular o Sr. Gerbrandy por este excelente documento de compromisso e dizer que a Europa não pode agora recuar nos compromissos que assumiu em Paris. A Europa tem agora uma oportunidade única para mostrar ao mundo a sua liderança neste domínio.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, domnule comisar, reducerea obligatorie a emisiilor de gaze cu efect de seră este un obiectiv al Uniunii Europene și este un obiectiv al tuturor statelor membre. De fiecare dată când s-au analizat reducerea emisiilor, problemele de mediu, am considerat că trebuie să luăm în calcul un context mai larg, global, pentru a nu pune Europa și cetățenii ei într-o poziție defavorabilă. Trebuie să finanțăm împădurirea, este nevoie să finanțăm împădurirea, nu trebuie doar să spunem că avem nevoie de împădurire. Este normal să dorim protecția mediului. Până la urmă, vorbim de viață, de viața oamenilor.

Ce ne facem însă cu țările mai sărace, care nu pot să atingă aceste nivele? Ce facem cu poluatorii mari, Statele Unite și China? Ce vom face cu acordul TTIP, dacă America nu va răspunde cerințelor de mediu? Ce vom face cu competiția, cu industria europeană? Cred, domnule comisar, că trebuie să aveți în vedere ca, în toate acordurile comerciale, să puneți și aceste condiții de mediu, pentru că planeta trebuie salvată și nu putem decât prin măsuri corelate nu numai cu Europa, ci și cu celelalte continente.

Νότης Μαρτιάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, συζητούμε για την προστασία του περιβάλλοντος, για τη μείωση των εκπομπών αερίων ρύπων, για τους στόχους της συμφωνίας των Παρισιών, και όλα αυτά όταν πλέον ένας από τους μεγαλύτερους ρυπαντές παγκοσμίως, οι Ηνωμένες Πολιτείες της Αμερικής, δήλωσαν ότι αποσύρονται από τη συμφωνία των Παρισιών. Η απόφαση αυτή των ΗΠΑ ανατρέπει τα δεδομένα και βάζει εκ των πραγμάτων τη συζήτηση σε μια άλλη βάση, διότι οι ΗΠΑ προστατεύουν σε βάρος της ίδιας της υψηλής τη δική τους βιομηχανία και οικονομία. Για αυτόν τον λόγο, οι στόχοι της Ευρωπαϊκής Ένωσης πρέπει να είναι ευέλικτοι και ρεαλιστικοί και να στηρίζουν την κοινωνία και την οικονομία, λαμβάνοντας υπόψη τη δράση όλων των παγκόσμιων παικτών. Η Ευρωπαϊκή Ένωση, λοιπόν, οφείλει να ξαναδεί την τροπολογία που είχα καταθέσει επανειλημμένα, δηλαδή, να απαλλαγεί η ηλεκτροπαραγωγή στην Ελλάδα από την καταβολή εισφορών για δικαιώματα εκπομπής αερίων ρύπων, όπως συμβαίνει και στην Πολωνία και στη Βουλγαρία. Επιπλέον, οι στόχοι για το σύστημα ευφρών μεταφορών θα πρέπει να μην διαλύουν τη γεωργία.

Andrzej Grzyb (PPE). – Panie Przewodniczący! Wszystkie te cele związane z porozumieniem paryskim są niezwykle ważne, natomiast wydaje mi się, że powinna nam też towarzyszyć pewna refleksja, że powinniśmy być spójni w naszym działaniu, w tym, co robimy również w ramach Unii Europejskiej. Na przykład autor sprawozdania mówi o przyspieszeniu trajektorii redukcji w stosunku do propozycji Komisji z roku 2020 do roku 2018. Pytanie: czy to jest zasadne? Nie znajduje to oparcia w stanowisku wielu państw członkowskich. Z jednej strony mówimy o tym sprawozdaniu, a z drugiej bardzo komplementarne jest tu sprawozdanie posła Linsa, które dopiero będzie omawiane. Być może warto byłoby te dwa sprawozdania omawiać razem. Pani poseł McGuinness mówiła ponadto o kwestii obciążenia pewnych sektorów, na przykład rolnictwa. W niektórych krajach to może być poważny problem i to również wymaga pewnego rodzaju refleksji. I wreszcie wydaje mi się, że potrzeba nam więcej koordynacji, tak aby nasze decyzje w omawianym zakresie były spójne, aby cele wyznaczone w porozumieniu paryskim można było zrealizować.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, I am totally in favour of the Paris Climate Accord. I am totally in favour of the European Union approach and especially the 2030 targets and many of the proposals here make sense. They are, however, somewhat discriminatory against agricultural producing countries, including my own.

Mr Grzyb mentioned the starting date of 2018 instead of 2020, and the target is also not appropriate. For instance, we now have to start at the target rather than the actual emissions. It is estimated that this will cost us a billion, and the Commission's proposals took into account the mistakes that were made when the targets were set originally and if we had stuck with the Commission proposals we would have no difficulty.

Parliament is now going beyond this and it means that agricultures like Ireland will be hugely burdened. We will have to purchase compliance because we will be starting in a non-compliant area and this is something that will actually totally discriminate against us in view of the economic crisis, in view of Brexit coming down the track, and now this!

It is unnecessary and it should stop and I am tabling a split vote on it.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Miguel Arias Cañete, Member of the Commission. – Mr President, I have listened carefully to the debate today. I am encouraged by the Members' engagement with the issues, and I appreciate the commitment to maintain the European Union's role as a path-breaker in the area of international climate action.

On the two non-ETS proposals, the discussions have progressed well in the Council, the technical work is nearly finalised, and I would like to thank the Members for taking this important step in Parliament, which provides crucial political momentum for this proposal. I am convinced that the Council, under the leadership of the incoming Estonian presidency, will be able to move forward swiftly before the next climate conference in Bonn in November. The European Union, as a driving force behind the high-ambition coalition, cannot come to Bonn empty handed.

I would like to give answers on some other points raised, because it was hinted by someone that the European Union was not implementing the Paris Agreement. We should be clear on two things. The first is that we really are implementing the Paris Agreement. Out of the 140 nationally determined contributions, the European Union has the most ambitious one, namely a reduction of greenhouse gas emissions by 40%. This is the biggest, most ambitious target. But we have something that makes us different from the rest – in fact, two things. We have launched all the legislation needed to achieve our targets, and I can assure Mr Eickhout that, in all the legislation the Commission is launching, nothing is being watered down, and incidentally that goes for the decarbonisation study too. We will get there –taking into account also that Paris is not an agreement which stops in 2030, it is a dynamic agreement with a five-year ambition cycle, and I am sure we will work in such a way in the coming years that we will bring on board our international partners, including even the USA.

This is one president, but there will come other presidents and other administrations, and we also have to understand that we have seen a movement in the USA in response to Mr Trump's withdrawal: a massive one from states, big cities and major businesses who have announced that they will do their part to help fulfil the original US commitment of reducing emissions by between 26% and 28% in 2025 as against 2005.

So, we are implementing the Paris Agreement. We are serious in the legislation we are introducing, and what we are discussing today is of the utmost importance. Establishing binding targets for Member States was not easy in the discussions with them. Establishing such targets in agriculture, in transport and in the building sector will be a difficult exercise, and this Parliament has improved our proposals. With regard to the agricultural sector, as many of you – Mr Lynch, Mr Caputo, Mr Flanagan, Ms McGuinness and others – have pointed out, agriculture and forestry are part of the solution, and not of the problem. In the discussions, we will have to look further at future reform of the common agricultural policy, to see how we will ensure it contributes to the solution and to maintaining a dynamic and prosperous European agricultural sector.

So, my message today is one of optimism because I have just come from Bologna and, with the Environment Ministers of Canada, France, Germany, Italy, Japan and the United Kingdom, the European Commissioners are reaffirming their strong commitment to the swift and effective implementation of the Paris Agreement, which remains the global instrument for activity in tackling climate change and adapting to its effects. We are committed to its implementation, our partners are committed to its implementation, the European Parliament is supporting the Commission in having the most ambitious legislation possible.

I would like to thank all of you who took part in this debate, and particularly to thank Mr Gerbrandy, whom I am missing today, for the work he has done and for the good work I am pretty sure we will do in the trilogues.

Catherine Bearder, *deputising for the rapporteur*. – Mr President, I would like to thank all the speakers for their good wishes to my good friend and colleague, Gerben-Jan Gerbrandy, who is the rapporteur on this report, and who despite doing all the heavy work on this is unable to be with us today because he has a family crisis. I am sure I speak for all this House in wishing Gerben-Jan and his family all the best.

I would like to thank the Commission for its commitment to driving down CO₂ emissions. I heard earlier that there are concerns about how we can get to 2050. Well, nobody has ever said that tackling climate change is going to be easy, but it has to be done. Even the Paris Agreement still only brings us back to a level where we know we were emitting too much. The damage continues to be done to the whole planet. Every tonne of CO₂ that is emitted today will remain in the atmosphere for over a hundred years.

But there is good news. We can have a green economy. We can drive the innovation and business that can address that. It is tough for farmers to change their farming practices. We understand that. We have been as firm as we can but as amenable as possible to their difficulties in making sure that farmers can associate themselves with this message and this regulation.

We have heard from the deniers from – I am ashamed to say – the UK. They deny climate change, they even deny their existence as an effective political party in the UK, and have nearly been wiped out. I think everybody here agrees that climate change is a real issue and one on which action must be effected.

A strong vote from this Parliament tomorrow will send a message to businesses, to farmers, to industry, to consumers, and to voters and the young people of Europe that we are serious about climate change. It is a compromise, sure, but it is one that we have to make and the political groups here are committed to it.

Thank you very much for your support everyone, and for the support from the Commission.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet morgen, Mittwoch, 14. Juni 2017, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – Los socialistas españoles estamos a favor de la reducción de las emisiones de gases de efecto invernadero como primera medida urgente para mitigar los devastadores efectos del cambio climático. Tras el anuncio de la retirada de los Estados Unidos del Acuerdo de París, la Unión Europea ha de liderar el proceso y redoblar sus esfuerzos como región referente. Los socialistas queremos evitar que el incremento de la temperatura media global del planeta supere los 2° C respecto a los niveles preindustriales y defenderemos la necesidad de llevar a cabo esfuerzos adicionales para que el calentamiento global no supere los 1,5° C. Defendemos la necesidad de que las emisiones globales toquen techo lo antes posible, si bien somos conscientes de que esta tarea llevará más tiempo en países en desarrollo. En este sentido, apoyamos las contribuciones al Fondo Verde del Clima, dirigido a países en vías de desarrollo con el objetivo de que reduzcan sus emisiones y mitiguen las consecuencias del cambio climático. Para ello, los socialistas queremos mantener el objetivo de movilizar 100 000 millones de dólares al año en 2020 y ampliar esta medida hasta 2025.

György Hölvényi (PPE), írásban. – Az Európai Unió párizsi vállalása teljesítésének egyik legfontosabb eszköze az uniós kibocsátás-kereskedelmi rendszer alá nem tartozó üvegházi gázkibocsátásokat kezelő erőfeszítés-megosztási rendelet. Véleményem szerint a jogszabályjavaslatban megfogalmazott csökkentési célértékek kellően ambiciózusak, és megfelelően tükrözik az egyes tagállamok közös kibocsátás-csökkentési törekvésekhez való hozzájárulásának igazságos mértékét. Ugyanakkor fontosnak tartom azt is hangsúlyozni, hogy egyes országok esetében az előirányzott csökkentési célszámok jobban is igazodhatnak a 2020 előtti kibocsátási lehetőségeikhez. Egy olyan célérték meghatározás lenne ezért elfogadható, amely jobban reagál a 2020 előtti rendszerben tett korai csökkentésekre, mivel ezek kompenzációjára a jogosultságok átvitelének lehetősége nélkül a jól teljesítő tagállamoknak nincs lehetőségük, míg a kevésbé jól teljesítők a túlkínálat következtében lényegében értéktelen kibocsátási jogosultságok átruházásával könnyedén teljesíthetik a kívánt célértékeket 2020-ig. Emellett fontos arra is ügyelni, hogy a célértékekben jelenjen meg az egyes tagállamok tényleges fejlettségi szintje is.

Владимир Уручев (PPE), в писмена форма. – Уважаеми колеги, Парижкото споразумение напълно очаквано прави необратим процеса на декарбонизиране на световната икономика, предвиждайки до края на този век да се постигнат нулеви нетни емисии на парникови газове.

През 2009 г. ЕС прие своята цел за намаляване на тези емисии с 80-95% до 2050 г. Разглежданият днес регламент за споделяне на усилията или „за действия в областта на климата в изпълнение на Парижкото споразумение“ се отнася до 60% от емисиите на парникови газове в ЕС и обхваща секторите извън схемата за търговия с емисии, включително транспорт, отпадъци, строителство и селско стопанство. Общата цел на европейско ниво за намаляване на въглеродните емисии с 40% до 2030 г. става задължителна за посочените сектори на национално ниво.

Подкрепям установяването на траектория за постигане на намаляване на емисиите с най-малко 80% до 2050 г., с цел осигуряване на дългосрочна предсказуемост на политиките и нужните инвестиции. Приветствам сериозната гъвкавост, която се предоставя на страните членки при постигането на целите на регламента. Тя е особено важна за селското стопанство и горите, които могат да допринесат и за общото намаляване на емисиите чрез естествения механизъм на поглъщане на въглероден диоксид. Приемлив е и призивът за ранни действия, доколкото се съчетава с допълнителни бонуси за съответните страни на по-късен етап.

(Die Sitzung wird um 11.20 Uhr unterbrochen.)

(Das Parlament versammelt sich von 12.00 Uhr bis 12.30 Uhr zur Feier des 30-jährigen Bestehens des Erasmus-Programms.)

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Presidente

4. 30-jähriges Bestehen des Erasmus-Programms

Presidente – Signor Presidente della Commissione europea, signora Ministro Dalli, signor Commissario Navracsics, cari rappresentanti di Erasmus, cari giovani che partecipate al programma Erasmus, che siete seduti in tribuna, cari colleghi, oggi celebriamo i primi trent'anni del programma Erasmus. Si tratta di una grande storia di successo, che ha contribuito ad avvicinare l'Europa, i suoi valori, prima fra tutte la libertà, e le sue opportunità a nove milioni di giovani.

Non è un caso che questo programma prenda il suo nome da Erasmo da Rotterdam, un grande umanista del nostro Rinascimento, uno dei padri del pensiero libero, delle libere università, che sono alla radice della nostra identità europea. Erasmus vuol dire scambio, incontro tra culture, tra idee, apprendimento di lingue e mentalità diverse, di flessibilità e adattamento, del cercare di capire l'altro.

L'opera di Erasmo da Rotterdam «Elogio della follia» è parte del nostro patrimonio culturale. Pensare fuori dagli schemi ed essere creativi. Anche per questo, il programma Erasmus ha preparato intere generazioni, non soltanto per allargare i propri orizzonti, ma anche per trovare un lavoro o creare un'impresa.

L'idea di un singolo può cambiare l'Europa. Erasmus è nato così, dall'idea di Sofia Corradi, un'italiana, «mamma Erasmus». La professoressa Corradi non si è fermata davanti alle difficoltà, ma ha creduto in un sogno che è diventato realtà anche grazie alla sua determinazione. E da qui la vogliamo salutare.

Erasmus è iniziato nel 1987, con appena 3 000 studenti provenienti da undici paesi diversi. A quell'epoca, studiare all'estero era veramente un privilegio per pochi. Trent'anni dopo, la mobilità europea è diventata la norma. La generazione Erasmus è il simbolo di una rivoluzione culturale.

Oggi abbiamo invitato alcuni testimoni, che rappresentano i nove milioni di studenti Erasmus, per festeggiare insieme. Abbiamo qui la presidente di un'impresa di successo, un campione di moto mondiale paraolimpico, un designer, un grande chef e persino il Ministro dell'Istruzione del Portogallo, Tiago Brandão Rodrigues.

Per la straordinaria importanza che riveste come volano dell'integrazione e come simbolo della cultura europea, penso che Erasmus debba essere molto più che un programma, debba essere una possibilità per tutti i giovani europei, indipendentemente dal livello di reddito della propria famiglia o dal percorso di formazione intrapreso. Per questo dobbiamo lavorare per avere un bilancio europeo con risorse adeguate per sostenere Erasmus. Più fondi per Erasmus vuol dire anche meno disoccupazione giovanile.

Nella Dichiarazione di Roma ci siamo impegnati per una Unione in cui i giovani ricevano l'istruzione e la formazione migliori e possano studiare e trovare un lavoro in tutto il continente. Il Parlamento europeo assicurerà che questo impegno non resti soltanto sulla carta. Per questa prima generazione di europei, nata senza aver conosciuto la Guerra fredda, senza il muro di Berlino, l'Unione europea non vuol dire più solo la pace fra i popoli del continente, vuol dire integrazione, vuol dire Erasmus.

Do ora la parola al Ministro Dalli.

Helena Dalli, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, as one of the best known and most popular EU programmes, Erasmus has become a symbol of Europe and of our fundamental values, but it is also much more than a symbol. Since its inception in 1987, more than 9 million people have studied, worked or volunteered abroad under the programme. Erasmus has thus proved to be a key tool for international mobility and intercultural exchange. It gives real meaning to the idea of European citizenship. Thirty years means that we can already celebrate three generations of Erasmus students. I am very pleased to note that, amongst decision makers, including within the EU institutions, many colleagues have their own personal experience of having participated in the Erasmus exchange.

We are now midway through the current programme, Erasmus Plus. Our focus now needs to be turned towards the next programming period and we should already start reflecting on the ways in which we can further improve and develop the programme beyond 2020.

(Applause)

Presidente. – Grazie signora Ministro Dalli, perché ha parlato in rappresentanza anche della Presidenza maltese.

Je donne la parole sans plus tarder au président de la Commission européenne, Jean-Claude Juncker.

Jean-Claude Juncker, *président de la Commission*. – Monsieur le Président, Madame la Présidente du Conseil des ministres, Mesdames et Messieurs, chers collègues, j'ai trois minutes pour vous parler de 30 années de l'un des programmes les plus emblématiques de l'Union européenne qui, de 11 pays à l'origine, s'étend aujourd'hui à 33 pays et qui, en encourageant la mobilité de tous les jeunes et en leur permettant de développer leurs talents et leurs compétences, a fait émerger une véritable union des citoyens.

Trois minutes, c'est court. Je n'aurai donc qu'un seul message pour l'avenir, alors que nous allons fêter le 9 millionième jeune Erasmus: soyons ensemble au moins 9 fois plus ambitieux, car Erasmus est une bonne réponse à la bêtise des égoïsmes nationaux et du repli sur soi. Erasmus, c'est une Europe porteuse de grandes promesses, une Europe confiante, unie, résolument tournée vers l'avenir. Je compte donc sur vous pour que le budget européen soit à la hauteur du talent de notre jeunesse.

(Applaudissements)

Plusieurs membres de la Commission ont participé au programme Erasmus. Mon voisin Tibor Navracsics, lorsqu'il était jeune étudiant en Hongrie, n'a pas pu participer au programme, mais aujourd'hui il en est le commissaire responsable. De plus, alors que nous fêtons le trentième anniversaire du programme, il fête son anniversaire aujourd'hui, so happy birthday!

(Applaudissements)

Jeder Euro, den wir in Erasmus investieren, ist eine Investition in die Zukunft, nicht nur in die Zukunft eines jungen Menschen, sondern eine Investition in unsere europäische Idee. Denn Europa arbeitend und studierend zu entdecken, heißt auch, es auf Dauer lieben zu lernen. Viele, die bei Erasmus dabei waren, sagen mir, Erasmus hätte ihre Sicht, ihren Blick auf Europa verändert – ja, einige sagen sogar, ihr Leben verändert.

Europa bringt einen unermesslichen Reichtum, der in seinen Menschen und in der Vielfalt an Kulturen, Sprachen, Traditionen begründet ist. Dieser Zauber Europas hat Erasmus von Rotterdam schon vor 500 Jahren zu einem überzeugten Europäer werden lassen. So geht es mir heute auch noch. Wenn ich auf unserem Kontinent unterwegs bin, verliebe ich mich jedes Mal aufs Neue – also in den Kontinent. Das soll ja auch schon bei dem einen oder anderen Erasmus-Teilnehmer passiert sein, mitunter auf romantischere Weise. Inoffiziellen Gerüchten zufolge ist sogar von einer Million Erasmus-Babys die Rede. Damit hat die Kommission nichts zu tun.

(Beifall)

Dies ist nicht auf das Wirken der Kommission zurückzuführen, aber ich begrüße diese Art europäischen Zusammenwachsens sehr.

(Heiterkeit)

In diesem Sinne wünsche ich Erasmus weiterhin viel Erfolg!

(Beifall)

Le Président. – Merci monsieur le Président, votre discours a été bien accueilli par la plénière, donc nous sommes très contents.

I would now like to invite three former participants in the Erasmus programme, representing three generations, to go to the rostrum.

(Applause)

Brandão Rodrigues, Tiago. – Senhor Presidente, Senhoras e Senhores Deputados, Senhoras e Senhores Comissários, Senhora Ministra, caros «Erasmus», também aqui presentes, caros concidadãos europeus, bom dia a todos.

Feliz coincidência esta entre os recentes 30 anos de Portugal na União Europeia e os 30 anos de Erasmus em Portugal e na Europa. Coincidência entre um dos mais felizes capítulos da História recente portuguesa e um dos mais felizes programas da identidade europeia.

Eu sou somente um humilde exemplo dessa feliz coincidência. De classe média, de uma pequena vila rural do norte de Portugal, saí bem cedo de casa para me mudar para a cidade, para a grande cidade, para estudar no ensino secundário. Mudei-me depois para uma das mais antigas universidades portuguesas e depois tive a oportunidade de rumar à Europa. De mochila às costas, cheia, certamente, de incertezas, senti que conquistei Madrid como se fosse a minha pequena aldeia.

Foram 10 eternos e maravilhosos meses onde me fiz aprendiz de cientista e onde me fiz, já aí, europeu pleno. Mas, antes de rumar à Europa, eu já tinha vindo a sentir a Europa de uma forma muito especial, com todos os alunos Erasmus que visitavam a minha universidade e aí permaneciam um semestre ou um ano inteiro. Foram estes «Erasmus» que me antecederam que primeiro me ensinaram o que era ser verdadeiramente europeu.

Queria, dizer-vos, queria dizer-te, Europa, que estás certa quando tens ambição de fazer do Erasmus um parceiro ao longo da vida para todos os teus cidadãos. Terás, certamente, Europa, uma existência mais ampliada porque serás certamente mais Europa, porque nós, os que tivemos a experiência e todos os europeus, seremos mais cidadãos.

Quem vos fala é um embaixador ativo do programa Erasmus e da Europa. Relativamente aos meses que por lá passei, pouco direi, porque todos nós sabemos que o acontece no Erasmus fica no Erasmus.

Muito obrigado, Europa. Muito obrigado, Erasmus.

President. – Now I would like to give the floor to Mrs Alexandra Pascalidou. Ms Pascalidou comes from Sweden, and is a writer, television and radio presenter and human rights advocate, but her name is a Greek name.

Alexandra Pascalidou. – Mr President, I am delighted to be here.

Φίλες και φίλοι, κυρίες και κύριοι!

— Mina damer och herrar! Jag fick precis reda på att man kan prata svenska här, så fantastiskt!

Det är en ära och ett privilegium att vara här. Det bästa EU någonsin har gjort är Erasmus. Jag hade turen och förmånen att vara en av dem som fick denna ynnest att få studera. Det kanske är det viktigaste som någonsin har hänt i mitt liv. Det är också anledningen till att jag står här idag. Jag, som är ett invandrarbarn, ett migrantbarn från Grekland, med lågutbildade föräldrar, med föräldrar som har städat Sverige, som kommer till Sveriges fattigaste förort Rinkeby, utan någon som helst akademisk bakgrund, någonstans, någon gång i släkten, någonstans i kvarteren där jag bor, jag fick chansen att studera på ett svenskt universitet och sedan få ett Erasmus-stipendium för att uppleva mitt andra hemland, Grekland, där kunde jag läsa internationell politik och politisk sociologi. Min tacksamhet är oändlig, och min tacksamhet yttrar jag genom att uppmuntra unga människor i hela Europa att fortsätta ta detta tillfälle i akt, att röra sig och att se hela Europa som vårt gemensamma hem.

Framför allt upplever jag att det är en sådan ära att få vara här just idag. Det är så värdefullt med initiativ som Erasmus med tanke på de mörka och turbulenta tider vi lever i, med den rasism, den misogyni, den extremism, den segregation som är en stor utmaning för hela Europa och som jag och ni och väldigt många runt om i Europa, som inte här just idag, kämpar dagligen med. Erasmus är just detta brobyggande. Erasmus är den sociala hissen, som kan lyfta så många människor med enorm potential. Jag vill bara säga ett stort och varmt tack och lycka till. Jag kommer att bära det här minnet och den här förmånen och försöka sprida ordet. Tack så mycket och lycka till!

President. – Three different languages – English, Swedish and Greek – but the same European identity.

(Applause)

El presidente. – Yo no sé si va a hablar en español, en alemán o en inglés, pero ahora tiene la palabra nuestro amigo.

Schmitz, Jens. – Hallo zusammen! Die Zeit im Auslandspraktikum in Spanien damals hat mich in vielerlei Hinsicht weitergebracht in meinem Leben. Ich habe vieles gelernt, wovon ich heute noch zehren kann, sei es zum Beispiel die Selbständigkeit, sich in einem fremden Land trotz größerer sprachlicher, aber auch trotz kleinerer kultureller Differenzen zurechtzufinden. Ich habe meine Ängste abgelegt, in einer Fremdsprache zu kommunizieren, denn ich habe irgendwann gelernt, dass es gar nicht so wichtig ist, fehlerlos zu sprechen, sondern dass auch mit kleinen Fehlern eine Kommunikation mühelos möglich ist.

Des Weiteren habe ich natürlich auch viel Kulturelles gelernt über das Land und auch über den Arbeitsalltag in Spanien. Da fällt mir als Beispiel mein erster Arbeitstag in der Firma ein, wo ich, als ich ankam, eigentlich, so wie ich es aus meiner deutschen Heimat gewohnt bin, mit einem kleinen Begrüßungskomitee gerechnet hätte. Aber da war eigentlich keiner so richtig darauf vorbereitet, was letztendlich aber gar kein Problem war. In kürzester Zeit wurden die richtigen Leute zusammengetrommelt, und kurz darauf war ich dann auch schon auf einer Firmenbesichtigung, die auch mit kleinen sprachlichen Komplikationen verbunden war. Aber man hat viel mit Händen und Füßen und Zeichnungen gearbeitet, und deshalb war es kein Problem.

Also zusammenfassend lässt sich sagen, dass für mich das Praktikum ein Riesenerfolg war. Ich habe tolle Menschen kennengelernt, auch wunderschöne Orte gesehen, ich habe eine hervorragende Organisation seitens Erasmus+ vorgefunden, und ich habe viele Lektionen für mein zukünftiges Leben gelernt.

Glückwunsch Erasmus+ zum dreißigsten Geburtstag!

(Beifall)

Presidente. – I tedeschi che vanno in Germania in genere hanno fortuna, pensiamo a Carlo V. Quindi Erasmus porterà fortuna anche al nostro amico.

I would now like President Juncker and Minister Dalli to join us at the rostrum where we will give awards to the three representatives of Erasmus and gather for a picture.

(Posiedzenie zostało wznowione o godz. 12.30)

PRZEWODNICTWO: RYSZARD CZARNECKI

Wiceprzewodniczący

5. Abstimmungsstunde

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest głosowanie.

(Wyniki i inne szczegóły dotyczące głosowania: zobacz protokół)

5.1. Verstärkung des Engagements der Partner und der Sichtbarkeit im Hinblick auf die Leistung der europäischen Struktur- und Investitionsfonds (A8-0201/2017 - Daniel Buda) (Abstimmung)

— *Po zakończeniu głosowania:*

James Carver (EFDD). – Mr President, I wish to highlight that July is Scleroderma Awareness Month. As some colleagues will be aware, I have a lifelong commitment to raise awareness of this rare and wicked autoimmune and connective tissue disease that claimed the life of my late wife, Carmen, at the age of 42. This disease, which is particularly common in females, has no known cure but early diagnosis can be of huge benefit to treatment of patients.

Accordingly, I ask all colleagues and their staff to go away and find out more about scleroderma so that they may better raise awareness in their Member States. Furthermore, I would like to pay tribute to the work of two charities, Scleroderma and Raynaud's UK, and the Federation of European Scleroderma Associations, which work so hard supporting scleroderma patients and their loved ones.

(Applause)

5.2. Kosteneffizienz des Siebten Forschungsprogramms (A8-0194/2017 - Martina Dlabajová, Inés Ayala Sender) (Abstimmung)

5.3. Staatenlosigkeit in Süd- und Südostasien (A8-0182/2017 - Amjad Bashir) (Abstimmung)

5.4. Grenzüberschreitende Verschmelzungen und Spaltungen (A8-0190/2017 - Enrico Gasbarra) (Abstimmung)

5.5. Beteiligung der Union an der Partnerschaft für Forschung und Innovation im Mittelmeerraum (PRIMA) (A8-0112/2017 - Sofia Sakorafa) (Abstimmung)

5.6. Spezifische Maßnahmen zur Bereitstellung zusätzlicher Unterstützung für von Naturkatastrophen betroffene Mitgliedstaaten (A8-0070/2017 - Iskra Mihaylova) (Abstimmung)

5.7. Energieeffizienzkennzeichnung (A8-0213/2016 - Dario Tamburrano) (Abstimmung)

Dario Tamburrano, relatore. – Signor Presidente, giusto pochissime parole. Io vorrei ringraziare oggi i nostri instancabili collaboratori – Fernando, Andrea, Simona, Maria ed Erica – e gli attivisti del Movimento 5 Stelle che ci hanno votato e inviato qui e dato suggerimenti e conforto, e tutta la mia famiglia e mia moglie Laura che mi è sempre stata accanto fin dall'inizio a supportarmi in questa fantastica avventura, iniziata più di dieci anni fa. Grazie, grazie a tutti voi colleghi che ci avete votato. Grazie di cuore veramente.

5.8. Kulturhauptstädte Europas im Zeitraum 2020 bis 2033 (A8-0061/2017 - Santiago Fisas Ayxelà) (Abstimmung)

— *Przed rozpoczęciem głosowania:*

Santiago Fisas Ayxelà, ponente. – Señor presidente, quisiera agradecer a todos los ponentes alternativos su apoyo a este informe. Realmente, eso es lo que permite que haya una serie de países que pertenecen a la EFTA, o que son países candidatos a la adhesión a la Unión Europea, que puedan también participar en este programa de la capital cultural. Y eso no va a impedir en absoluto que los países actuales que forman parte de la Unión Europea sigan con el mismo programa. Es decir, habrá dos países que pertenecerán a la Unión Europea y un tercer país que se incorporará posteriormente o países EFTA.

Quisiera agradecer, de nuevo, su apoyo a todos los ponentes alternativos. Nada más.

5.9. Bewertung der Umsetzung des Programms Horizont 2020 (A8-0209/2017 - Soledad Cabezón Ruiz) (Abstimmung)

5.10. Bausteine für die Kohäsionspolitik der EU in der Zeit nach 2020 (A8-0202/2017 - Kerstin Westphal) (Abstimmung)

5.11. Zustand der Fischbestände und sozioökonomische Lage der Fischerei im Mittelmeerraum (A8-0179/2017 - Marco Affronte) (Abstimmung)

Przewodniczący. – Niniejszym zamykam głosowanie.

6. Stimmerklärungen

6.1. Verstärkung des Engagements der Partner und der Sichtbarkeit im Hinblick auf die Leistung der europäischen Struktur- und Investitionsfonds (A8-0201/2017 - Daniel Buda)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Krisztina Morvai (NI). – Elnök Úr, az utóbbi hónapokban vagy szinte évben már megszoktuk, hogy ilyen körülmények között az Elnök nem kezdi meg a szavazatindokolások lebonyolítását. Kérem szépen, hogy tartsuk magunkat ehhez a szokáshoz, és várjunk addig, amíg a képviselőtársaink szíveskednek elhagyni az épületet vagy a termet. Ez a választópolgároknak is a megalázása, hogy ilyen körülmények között beszéljünk. Kérem szépen még egy kis türelmét, hogy méltó körülmények között kezdhessem meg a felszólalásomat! Köszönöm szépen!

Przewodniczący. – Pani poseł, która teraz chciała przemówić, ma oczywiście rację. Zależy jej na komforcie w trakcie jej wystąpienia, a mówi ona rzeczach ważnych. Jeszcze raz apeluję o sprawne opuszczanie sali przez Panie i Panów Posłów. Bardzo proszę o przeniesienie rozmów w kuluari, ewentualnie do restauracji.

Pani Poseł, myślę, że możemy zaczynać.

Krisztina Morvai (NI). – Elnök Úr, engedjék meg, hogy felolvassak egy pontot a Foglalkoztatási és Szociális Bizottság indokolásából, illetőleg véleményezéséből, a 18. pont, amelyik azt mondja: „felhívja a Bizottságot, hogy alkalmazzon olyan eszközöket, amelyek révén nem csak a létrejött munkahelyek számát lehet értékelni, hanem a minőségét is, mivel a rossz, megfelelő védelem nélküli munkakörülmények vagy az olyan szerződések, amelyek a munkavállalók kizsákmányolásával járnak, hozzájárulnak a kohéziós politika negatív megítéléséhez”. Pontosan ez az, ami kapcsolódik ahhoz, amiért az ún. béruniós polgári kezdeményezés elindult nyolc volt szocialista ország részvételével. Az Európai Bizottság elfogadta, befogadta ezt a kezdeményezést, kezdődik az aláírásgyűjtés, és látjuk, hogy az elképzelés nincs is olyan távol az Európai Parlament, az Európai Unió jó erőinek, emberközpontú módon gondolkodó erőinek a gondolkodásától, mert hogy tarthatatlan, hogy a közép- és kelet-európai volt szocialista országok bérszínvonal, jövedelem-színvonal és munkakörülményei ilyen mértékben elmaradnak a nyugatiaktól, és az új kohéziós politika célja az kell, hogy legyen, hogy ez a távolság csökkenjen.

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, numai o treime dintre cetățenii europeni au auzit despre proiectele cofinanțate de Uniunea Europeană în zona în care trăiesc, deși fondurile structurale și de investiții sunt esențiale pentru a le îmbunătăți viața.

O altă problemă este gradul de absorbție a fondurilor. Ultimul raport al Comisiei arată că pentru 2014-2020 nivelul mediu de absorbție în Uniune este de 1,79 % – foarte, foarte puțin. România are 0,18 %. Deci trebuie să schimbăm toate mecanismele: oamenii trebuie să fie informați, proceduri simplificate, unitare, transparente, ușor de controlat, monitorizare strictă a cheltuiirii banilor.

În România, Code for Romania, un ONG de voluntari specialiști în diverse domenii, oferă soluții de bună guvernare și construiește chiar acum un proiect pentru ca cei interesați să aibă exemple de folosire eficientă a fondurilor europene. Deci nu statul face asta, ci societatea civilă. Îmi doresc să văd acest efort și la nivelul guvernelor. Ar fi o dovadă că le pasă de viața oamenilor și că vor să folosească bani europeni pentru autostrăzi, școli, grădinițe, spitale, justiție și pentru viața oamenilor.

Dubravka Šuica (PPE). – Gospodine predsjedniče, kohezijska politika je jako pridonijela jačanju rasta i zapošljavanja, te smanjenju rasta razlika među regijama Europske unije. Financiranje kohezijske politike Europske unije ima pozitivan učinak na gospodarstvo i život građana, ali rezultati nisu uvijek bili dobri, a svijest o pozitivnim učincima i dalje je prilično niska.

Svijest o lokalnim programima financiranja krajnjih korisnika i civilnog društva ključna je, bez obzira na razine financiranja u određenoj regiji, budući da dodana vrijednost kohezijske politike Europske unije nadilazi pozitivno gospodarsko, socijalno i teritorijalno djelovanje. Povećanje vidljivosti europskih strukturnih investicijskih fondova može pridonijeti poboljšanju percepcije o učinkovitosti kohezijske politike i povratiti povjerenje građana u europski projekt.

Podržavam jačanje partnerstva i značaj europskih fondova kroz nove načine komuniciranja rezultata kohezijske politike na terenu, a sve u cilju povećanja njegove vidljivosti, pružanjem jasne poruke građanima, i povratka povjerenja u zajedničku viziju europskog projekta.

Stanislav Polčák (PPE). – Já jsem podpořil tuto zprávu pana kolegy Budy, protože viditelnost kohézní politiky a jejich výsledků je pro naše budoucí období skutečně zásadní.

Myslím si, že je čím se pochlubit, tzn. přes jistou chybovost je důležité zviditelňovat i projekty, které byly úspěšné a byly vybrány k podpoře, snižují rozdíly právě v zaostávání těch nejchudších regionů a dokazují posilovat jejich růst.

My musíme zlepšit komunikaci, posílit ji, to již je obsahem té zprávy, ale také více zapojovat partnery. Myslím si, že pro budoucí období je jedním z témat, kterému bychom se měli věnovat, i možnost přímo v legislativě jaksí ocenit to, pokud je vybrán projekt s jasně danou mediální prezentací tak, aby EU se i pro to budoucí období mohla kohézní politikou dostatečně pochlubit. Myslím si, že je to věc, kterou nesmíme podceňovat.

Daniel Hannan (ECR). – Mr President, at least we are being honest about our intentions and our motivations. We are not pretending really that the purpose of these Structural and Cohesion Funds is really to improve the economies of the recipients. If it worked, then Greece would now be bailing out Germany, as the biggest recipient versus the biggest donor. What it is all about, as the report says, is the visibility of the European Union. In other words, if you put enough 12-star flags on things, maybe people will support the project, and thus more and more people get drawn into a nexus in which they believe that they are financially dependent on the European Union.

There is though a cost to be paid. If you encourage people to look for every rise in life to Brussels, then they are not out making things and selling things and contributing to the robustness of the private economy, and therein lies our problem.

Mairead McGuinness (PPE). – Mr President, I supported this report because we need people to understand how Europe works for them, unlike the comments of Mr Hannan. We have already had a very interesting presentation of the Erasmus Programme, which has been in existence for 30 years. Many students who are on Erasmus now do not realise that it is a European Union programme. So I say well done to the rapporteurs on this report.

It is time that Europe started speaking out about its successes. We are damned by those who will point to our problems, but there are enough successes to far outweigh the difficulties that Europe faces. I welcome this report and I think it is the start of a fight-back for the European Union. I am proud that the flag of Europe is on projects. I am also proud when there is an Irish flag on those same projects and I see no conflict. I see a strength in that, not a problem.

6.2. Kosteneffizienz des Siebten Forschungsprogramms (A8-0194/2017 - Martina Dlabajová, Inés Ayala Sender)

Ustne vyjaśnienia dotyczące głosowania

Dubravka Šuica (PPE). – Gospodine predsjedniče, Sedmi program za istraživanje Europske unije s raspoloživim sredstvima u iznosu od 55 milijardi eura dokazao je kako su istraživanje i razvoj najnovijih tehnologija ključni prioritet za daljnji gospodarski rast Unije. Inicijative i ulaganje u okviru Programa nisu samo svim državama članicama Unije od koristi, nego i državama kandidatkinjama i članovima Europskog gospodarskog prostora koji nisu članovi Unije.

Od velike je važnosti da su sredstva u velikoj mjeri među financiranjem 25 000 ostalih projekata u cilju poticanja mobilnosti znanstvenika, tehničkih inovacija i ulaganja u znanstvenu infrastrukturu i centre izvrsnosti bila upotrebljena za strateško poticanje malih i srednjih poduzeća.

Podržavam zaključke Izvješća, čestitam Komisiji na uspješno obavljenom Programu za istraživanja do 2020. godine, ali i podržavam prijedlog o širenju novih mehanizama, uspostavljenih u okviru Obzora 2020., kao što je paušal za posredne troškove, jedinstveni način kontrole i jedinstveni popis svih institucija koje sudjeluju u programu, dakle, širenje na druge strukturne fondove.

Stanislav Polčák (PPE). – Já bych chtěl pouze sdělit k této zprávě, že jsem hlasoval pro, stejně jako jsem se vyjadřoval k této zprávě na včerejším projednávání. Pokládám podporu výzkumu a inovací za skutečné klíče pro naši úspěšnou budoucnost.

EU na tomto poli není lídr, není to zase agenda, ve které bychom výrazně zaostávali, ale myslím si, že se můžeme výrazně posunout dopředu. Chci podpořit návrh, který byl odhlasován, tzn. 3 % hranici pro tu podporu, a lepší přípravu toho 9. rámce. My nyní hodnotíme 7. rámec, ale je nutné říci, že i ten 9. rámec pro nás představuje tu největší výzvu.

Zároveň bych byl velmi nerad, kdyby programy, jako je Horizont 2020 a jiné, byly oslabovány nástroji, které se vyvojily v poslední době, jako je zvláštní Junckerův fond. Myslím si, že na to bychom měli najít dostatečné zdroje a prostředky v jiných kapitolách. Takže určitě podpora výzkumu je naší budoucností a já jsem ji rád podpořil.

Ivana Maletić (PPE), – Gospodine predsjedniče, *(Početak govora nije dostupan - izlaganje započelo prije uključivanja mikrofona)* ... okvirnog programa za istraživanje i inovacije još uvijek u tijeku, iako je to program iz razdoblja 2007. i 2013., zbog toga još uvijek konačna revizija i evaluacija nije mogla biti napravljena, ali ono što nema jest i analiza troškovne učinkovitosti Programa, a ovo Izvješće je upravo o troškovnoj učinkovitosti Sedmog programa za istraživanja i inovacije.

Podržala sam Izvješće zato što, unatoč tome što nema evaluacije troškovne učinkovitosti, naglašava kolika je važnost ovog Programa kojim je potaknuta znanstvena izvrsnost na razini Europske unije, inovativnost, povezivanje s gospodarstvom, kojim se jača europska konkurentnost i doprinosi izgradnji Europske unije kao globalnog lidera.

Isto tako, u Izvješću su dane vrlo važne preporuke koje zaista moramo provoditi, poput uspostave zajedničkog centra za podršku, koji će pomoći u koordinaciji provedbi programa u sedam uprava Komisije i isto tako povećati uloge nacionalnih kontaktnih točaka, kako bi krajnji korisnici imali što kvalitetniju tehničku podršku na terenu.

6.3. Staatenlosigkeit in Süd- und Südostasien (A8-0182/2017 - Amjad Bashir)

Ustne vyjaśnienia dotyczące głosowania

Petras Auštrevičius (ALDE). – Mr President, this report is a big step forward towards awareness raising and the search for concrete solutions regarding the causes of statelessness and discrimination against stateless people in South and South East Asia. As a shadow rapporteur, I am very pleased to see that the emphasis in the report is on the identification and elimination of statelessness via empowerment of regional human rights bodies, coordination between states, and the encouragement of quantitative and qualitative research.

We draw particular attention to the Rohingyas' situation in Myanmar, where there are up to 1.2 million people denied basic human rights. In addition, we have called for examination of the role which the European Union can play in addressing this problem.

Dubravka Šuica (PPE). – Gospodine predsjedniče, osobe bez državljanstva su diljem svijeta osuđene na krajnje obespravljenju egzistenciju, često se nalazeći na marginama društva. One ne mogu stjecati kvalifikacije, nemaju zdravstveno osiguranje, ne mogu se legalno zaposliti, sklopiti brak ili ostvariti niz drugih građanskih i političkih prava.

Poseban razlog za zabrinutost je situacija osoba u mnogim državama južne i jugoistočne Azije, a naše znanje o broju ljudi koji ne posjeduju državljanstvo države u kojoj su se rodili i proveli cijeli život je ograničeno, s obzirom na to da se takvi podaci u nekim zemljama regije vrlo slabo prikupljaju ili objavljuju.

Iako se dosadašnje stanje osoba bez državljanstva može pripisati neučinkovitoj administraciji, ozbiljni problemi pojavljuju se tamo gdje se u političke svrhe jedna skupina ljudi marginalizira. Sustavna diskriminacija manjina, poput Mjanmara, predstavlja ozbiljno kršenje ljudskih prava i Unija mora poduzeti sve da se stanje ugroženih skupina u regiji poboljša, uključujući priznavanje tih osoba kao državljana njihove matične zemlje.

Podržavam Prijedlog zbog ključne važnosti pitanja osoba bez državljanstva. Moramo jasno konstatirati u kojim slučajevima postoji sustavna diskriminacija, a u kojima nedostatak upravnih kapaciteta i, ovisno o okolnostima, provesti potrebne mjere.

Mairead McGuinness (PPE). – Mr President, I want to put on the record my support for this report because there are citizens in the gallery here who, I hope, do not understand because they have not experienced what it means to be in this category of statelessness. But, as we heard from previous contributions, it means that you do not have rights, and you do not have what other citizens have. There is a real problem in South and South East Asia on this issue. This report highlights this, calls for more information and wants action to address the issue.

Mention was made of the situation in Myanmar and of the 1.2 million Rohingyas. This is a very big issue, and I am proud and happy that Parliament has supported this report. But we need to follow up with constant attention and vigilance to the issue, and we need to put pressure on regions and governments to do something about it.

6.4. Beteiligung der Union an der Partnerschaft für Forschung und Innovation im Mittelmeerraum (PRIMA) (A8-0112/2017 - Sofia Sakorafa)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Rosa D'Amato (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la proposta presentata ha accolto alcuni nostri emendamenti a favore della partecipazione di piccole e medie imprese, con misure e strumenti atti ad allargare il bacino dei potenziali candidati e soprattutto le opportunità concrete di ricevere una sovvenzione.

È per questo motivo che il mio voto sarà comunque a favore, nonostante il testo non sia assolutamente risolutivo in alcune gravi distorsioni già riscontrate. La ricerca, la scienza e lo sviluppo delle innovazioni dovrebbero essere strumenti per una conoscenza al servizio e nell'interesse dei cittadini. Ad esempio, il programma Horizon 2020 dovrebbe basarsi su norme etiche europee e quindi anche sul rispetto dei diritti umani e del diritto internazionale.

Assistiamo invece alla partecipazione di istituti e di università, ad esempio israeliane, collegate al settore militare, che spesso sono coinvolte nell'occupazione dei territori palestinesi o che sperimentano e impiegano direttamente i risultati dei progetti di ricerca contro la popolazione della Cisgiordania e di Gaza.

Questo non solo è contrario ai valori europei, ma è anche una complicità indiretta nella violazione del diritto internazionale. Questo è quindi inaccettabile per un programma di finanziamento europeo.

6.5. Spezifische Maßnahmen zur Bereitstellung zusätzlicher Unterstützung für von Naturkatastrophen betroffene Mitgliedstaaten (A8-0070/2017 - Iskra Mihaylova)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, υπερηφίσησα την έκθεση διότι είναι σημαντικό να αναλάβει δράση πλέον η Ευρωπαϊκή Ένωση και, με συμπληρωματικά μέτρα, να στηρίξει τα κράτη τα οποία έχουν υποστεί ζημιές από φυσικές καταστροφές. Αυτό ισχύει πλέον και για την Ελλάδα. Πρέπει να στηρίξουμε τη Λέσβο, η οποία έχει πληγεί από σεισμό 6,1 Ρίχτερ. Είχαμε ένα θύμα, μια συμπολίτισσά μας, και εκφράζουμε τη λύπη μας και τα συλλυπητήριά μας. Επίσης, η Βρίσα, ένα χωριό- φάντασμα, πλέον, χρειάζεται άμεση βοήθεια. Θεωρώ σημαντικό ότι η Επίτροπος, κυρία Crețu, απεδέχθη τη χθεσινή πρόταση που έγινε από την πλευρά μου να υπάρξει άμεση παρέμβαση για το ζήτημα αυτό. Επίσης, χρειάζεται στήριξη και η περιοχή του Αμυνταίου, όπου και εκεί είχαμε μεγάλη φυσική καταστροφή λόγω των κατολισθήσεων που έγιναν, ενώ οι ζημιές για τη ΔΕΗ ξεπερνούν το 1,5 δισεκατομμύριο ευρώ. Θεωρούμε, λοιπόν, σημαντικό το ότι το Κοινοβούλιό μας πήρε τις αποφάσεις αυτές να στηρίξει την Ελλάδα και τις άλλες χώρες λόγω των φυσικών καταστροφών που έχουν υποστεί.

6.6. Energieeffizienzkennzeichnung (A8-0213/2016 - Dario Tamburrano)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Michaela Šojdrotová (PPE). – Já jsem podpořila tento návrh, kterým se stanoví rámec pro uvádění spotřeby energie na energetických štítcích. Domnívám se, že tato změna povede ke zpřehlednění stávajícího systému označování, potažmo ke zlepšení informovanosti o dopadech jednotlivých výrobků na životní prostředí.

Klíčovým pro mé hlasování bylo zejména to, že tento návrh povede k větší transparentnosti a také ke komfortu evropských spotřebitelů. Vítám přestavbu stupnice energetických štítků, která je jádrem tohoto návrhu. Současná stupnice může být pro mnohé z nás zavádějící, a to z důvodu několika tříd A+.

Co se týče nové databáze výrobků, tak si myslím, že by mohla vytvořit prostor pro lepší dozor nad trhem, což také přispěje k větší důvěře evropských spotřebitelů v tento nový systém.

Adam Szejnfeld (PPE). – Panie Przewodniczący! Efektywność energetyczna jest bardzo ważna przede wszystkim w przemyśle, w gospodarce, ale nie mniej ważna jest w gospodarstwach domowych. Dbanie o wysoki poziom efektywności energetycznej to przecież po prostu oszczędność w domach, ale także oszczędność zasobów naturalnych na świecie. Służy wspieraniu zrównoważonego rozwoju, co jest istotą czasów, w których żyjemy. Efektywność energetyczna wzmacnia także rozwój techniczny, technologiczny, a więc innowacyjność, która jest niezwykle ważna. Rozmawialiśmy już o tym dzisiaj w Parlamencie i będziemy jeszcze rozmawiać. Zatem zmiany idące za rozporządzeniem są słuszne i potrzebne. Popieram je.

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, oamenii aleg produse electronice care consumă puțin, renunță pe cât pot la încălzirea cu combustibili fosili și își limitează consumul casnic. Sigur, asta și datorită furtului care se practică de către multe dintre companiile care au monopol pe furnizarea și distribuirea energiei electrice.

Dar acum vorbim despre etichetarea produselor electronice cu privire la consumul energetic. Aceasta este esențială. Este o măsură de transparență foarte bună, care vine în favoarea oamenilor. Fiecare persoană care cumpără un produs electronic trebuie să știe cât consumă acel produs și din ce fel de energie provine. Piața trebuie supraviețuită, pentru ca industriile și companiile să respecte aceste cerințe. Industria, la rândul ei, trebuie să se adapteze, mai ales spre energii regenerabile. Să nu uităm că nu oamenii trebuie să se adapteze industriilor, ci industriile trebuie să se adapteze către ceea ce vor oamenii.

Viitorul este al energiilor regenerabile și al renunțării la dependența de gazul rusesc. Cât timp nu suntem o Uniune Europeană – sau o țară, orice țară – independentă de gazul rusesc, nici politica externă nu este independentă.

Μαρία Σπυράκη (PPE). – Κύριε πρόεδρε, κύριοι συνάδελφοι, το ογδόντα τοις εκατό των καταναλωτών αναγνωρίζουν τη χρησιμότητα της κλίμακας ενεργειακής απόδοσης στις οικιακές και ηλεκτρικές συσκευές. Ωστόσο, οι περισσότεροι καταναλωτές της χώρας μας δεν γνωρίζουν ότι η πλειονότητα των ηλεκτρικών συσκευών εμπίπτουν στην κατηγορία Α και πάνω, δηλαδή και το τελευταίο ψυγείο που κυκλοφορεί στην αγορά είναι στην κατηγορία Α. Σήμερα διορθώνουμε μια στρέβλωση που προέκυψε μέσα στα χρόνια λόγω τεχνολογικής εξέλιξης. Δημιουργούμε μια ξεκάθαρη κλίμακα που θα καθιστά πλέον σαφές ότι δεν είναι όλες οι ηλεκτρικές συσκευές ενεργειακά αποδοτικές, μια κλίμακα που θέτει τα δεδομένα στην πραγματική τους βάση. Η εισαγωγή της κλίμακας από «Α έως G», αλλά κυρίως η πρόβλεψη της επικαιροποίησης της κλίμακας των προϊόντων, βοηθά τους

καταναλωτές να εξοικονομήσουν χρήματα και δίνει κίνητρα στους κατασκευαστές για περαιτέρω βελτίωση της ενεργειακής απόδοσης των προϊόντων τους. Με το νέο σύστημα, σύμφωνα με την πρόβλεψη, μπορούμε να εξοικονομήσουμε έως και 200 δισεκατομμύρια κιλοβατώρες τον χρόνο ή, αλλιώς, την ενεργειακή κατανάλωση της Εσθονίας, της Λετονίας και της Λιθουανίας μαζί. Κυρίως, όμως είναι μεγάλη η ευθύνη μας για τον πλανήτη που θα παραδώσουμε στα παιδιά μας και αυξάνεται καθημερινά.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, vótáil mé i bhfabhar na tuarascála seo agus bhí sé suimiúil a bheith ag éisteacht leis an Uasal Tamburrano nuair a bhí sé ag caint. Mhol sé a bhean chéile agus is dócha gur féidir a rá gur féidir linn tionchar na mban a fheiscint sna moltaí seo mar tá siad praiticiúil.

Ar dtús nuair a fhéachaimid ar an tseanscéim a bhí againn, A, A+, agus A++, chuir sé meascán mearaí ar chustaiméirí. Chonaic na mná, go háirithe mná céile, é sin agus tá athrú tagtha anois. Tá scéim i bhfad níos ciallmhaire againn, grád ag dul ó A go G agus dathanna éagsúla ag gabháil leo freisin, a chabhraíonn leis na custaiméirí a n-aighe a dhéanamh suas, a gcuid astaíochtaí a laghdú agus airgead a shábháil dóibh féin i ndeireadh na dála. Dá bhrí sin, is scéim phraiticiúil chiallmhar é seo agus molaim gach duine a bhí páirteach ann.

6.7. Bewertung der Umsetzung des Programms Horizont 2020 (A8-0209/2017 - Soledad Cabezón Ruiz)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Diane James (NI). – Mr President, international partners should be, and can be, reassured that research, development and innovation in the United Kingdom will continue at the same pace, if not faster, post Brexit. The European Union programme Horizon 2020 does not focus on wealth creation from innovation: it is all about support for researchers, and that is a serious flaw in the programme.

By contrast, Singapore and China, for example, undertake regular and rapid updates of focused R&D to further their commercial and global advantage. If the European Union is absolutely serious, then, instead of the self-congratulation that we heard in the report, this Parliament should be asking the Commission to focus on a new initiative, and on putting a focused team structure in place to galvanise research, exploration and exploitation.

Adam Szejnfeld (PPE). – Panie Przewodniczący! „Horyzont 2020” to ogromny program warty 80 mld euro. Europa musi szukać instrumentów utrzymania przewagi konkurencyjnej na globalnym rynku. Jestem przekonany, że głównym instrumentem w dzisiejszych czasach jest innowacyjność. Niestety większość krajów na innowacyjność wydaje poniżej poziomu, jaki przewiduje strategia „Europa 2020”. Przypominam, jest to 3 % produktu krajowego brutto. Tylko cztery kraje przekraczają ten poziom. W tym kontekście „Horyzont 2020” jawi się nam jako bardzo ważny instrument osiągnięcia tychże celów. Niestety państwa członkowskie nierówno korzystają z tego funduszu, na przykład państwa Europy Środkowo-Wschodniej wykorzystały do tej pory jedynie 4 % środków, podczas gdy państwa tzw. starej Europy ponad 90 %. Wniosek z tego taki, że więcej pieniędzy z tego funduszu powinno być kierowane do krajów Europy Środkowo-Wschodniej.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, το πρόγραμμα «Ορίζων 2020» δεν πρέπει να χρησιμοποιηθεί για την ενίσχυση των αμυντικών βιομηχανιών της Ευρώπης και σε αυτό είμαστε κάθετοι. Ταυτόχρονα, η Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει επιτέλους να κοιτάξει την ορθή εφαρμογή διαφόρων προγραμμάτων. Αναφέρομαι, εν προκειμένω, στα προγράμματα stage στην Ελλάδα, όπου δούλεψαν χιλιάδες έλληνες πολίτες, οι οποίοι όμως δεν αμειβθήκαν με βάση την οδηγία 1999/70/ΕΚ, αλλά και την απόφαση στην υπόθεση C-596/14 του Δικαστηρίου της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Οι απασχολούμενοι στα stage έπρεπε να έχουν λάβει αμοιβές σαν να είναι εργαζόμενοι αορίστου χρόνου. Οι αμοιβές αυτές δεν τους έχουν καταβληθεί. Η Ευρωπαϊκή Ένωση οφείλει, πλέον, να φροντίσει να καταβληθεί η διαφορά αυτή των αμοιβών που οφείλονται σε αυτούς τους χιλιάδες έλληνες πολίτες που δούλεψαν στα ευρωπαϊκά προγράμματα. Όπως, επίσης, οφείλει η Ευρωπαϊκή Ένωση να διασφαλίσει ότι θα καταβληθούν και οι ασφαλιστικές εισφορές στο ΙΚΑ, ιδίως τώρα που έχουμε και απόφαση του Αρείου Πάγου στην Ελλάδα. Έκκληση λοιπόν, επιτέλους, να εφαρμόζονται ορθά οι αποφάσεις της Ευρωπαϊκής Ένωσης σε όσους απασχολήθηκαν σε προγράμματα stage στην Ελλάδα.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Panie Przewodniczący! To było dobre sprawozdanie, ale chcę podkreślić, że jeszcze ciekawsza, jeszcze lepsza była sama debata. W debacie pojawiły się postulaty dotyczące następnej perspektywy i na nie chcę zwrócić uwagę. Otóż to, co jest kluczowe w samym sprawozdaniu, to uzupełnienie o problematykę bezpieczeństwa: bezpieczeństwa Europy, bezpieczeństwa technologii wojskowych, etc., etc. I w samym sprawozdaniu już określono, że kolejna perspektywa powinna wzmacniać finansowanie związane z bezpieczeństwem Europy, technologiami wojskowymi, cyberprzestrzenią. Ale teraz – podczas tej debaty, którą mamy za sobą – pojawił się jeden ważny postulat, na który zwracam dziś uwagę: aby wyodrębnić finansowanie tej problematyki i nie obciążać „Horyzontu 2020” w następnej perspektywie właśnie tymi celami. Z mojego punktu widzenia to jest bardzo dobre rozwiązanie i z tego też powodu właśnie to sprawozdanie zasługuje na wsparcie takie, jakie uzyskało.

Ivana Maletić (PPE). – Gospodine predsjedniče, privremena evaluacija programa Obzor 2020. izuzetno je važna za što bolju pripremu novog, Devetog okvirnog programa za istraživanje i inovacije za razdoblje iza 2020. Važno je da tijekom evaluacije kontaktiramo korisnike, znanstvenike i poduzetnike, jer moramo čuti njihov glas i odgovoriti na njihove potrebe.

Oni traže ubrzanje provedbe, traže pojednostavljenje, više sredstava srednjim i malim poduzetnicima, traže povezivanje s ESI fondovima i ujednačavanje pravila i to kako bi se što veći broj projekata mogao financirati, jer znamo da mnogi ne dobiju financiranje iz Obzora.

Uz to, premalo su zastupljene najmanje razvijene države članice i moramo pronaći zato rješenja i kroz ovaj program, a s ciljem jačanja jedinstvenog europskog istraživačkog prostora.

6.8. Bausteine für die Kohäsionspolitik der EU in der Zeit nach 2020 (A8-0202/2017 - Kerstin Westphal)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Момчил Неков (S&D). – Аз дадох подкрепата си за този доклад, защото силно вярвам в ролята, която има политиката на сближаване сега, а също така и в бъдещето на Европейския съюз. В тази връзка бих искал да заявя твърдата си подкрепа за тази политика. Кохезионната политика остава основен, много успешен и ценен инструмент за инвестиции и развитие в ЕС, особено в контекста на намаляването на публичните и частните инвестиции в някои държави членки през последните години.

Притеснение буди предстоящият Брекзит, но не трябва с лека ръка да бъде посягано на една от най-успешните политики – възпитание на европейската солидарност. Кохезионната политика може и трябва да играе важна роля в създаването на региони на растежа с подкрепата на дигитални проекти. Цифровата инфраструктура ще помогне да се намалят тенденциите на обезлюдяване, особено в селските райони.

Krisztina Morvai (NI). – Elnök Úr, mindig mélyen megrendít, amikor szakértők a televízióban, a rádióban azt magyarázzák, hogy kedves magyarok, értsétek meg, hogy a mi gazdaságunknak és a versenyképességünknek az alapja az alacsony munkabér. Ezt tudomásul kell venni, ezen nincs mit változtatni. A szociológusok ezt a jelenséget valószínűleg interiorizált öngyűlöletnek, vagy interiorizált alacsonyabb rendűségnek neveznék. Én büntetőjogásként odáig merészkednék, hogy ez szinte már egy diszkriminatív gyűlöletbeszéd. Azt sulykolni embereknek, hogy te alacsonyabb rendű vagy, te kevesebbet érdemelsz, te kevesebbet érsz a születési helyednél és a lakhelyednél fogva, mint az, aki tőled adott esetben 300 kilométerre él. Ez egy elképesztő dolog, és ezért is nyugtatott meg ennek a jelenségnek, ami a kohéziós politikáról szól 2020 után, az alapmódszerek, amelyek úgy szól, hogy a 2020 utáni időszakra szóló kohéziós politikának továbbra is az „egyenlőtlenséget kell felszámolnia és a szolidaritást kell erősítenie”. Ezt üzenem azoknak, akik bagatellizálják és negligálják a nyolc közép- és kelet-európai ország béruniós kezdeményezését.

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, politica de coeziune este cel mai important nucleu de dezvoltare al Uniunii Europene. Peste 350 de miliarde de euro, o treime din bugetul Uniunii, trebuie să îl folosim pentru creșterea economiilor, sigur, în mod inteligent, pentru stimularea investițiilor și crearea de locuri de muncă. Acum, noi spunem asta de ani de zile: nu toate statele răspund la fel, pentru că unele vor să își țină populația în sărăcie, ca să o controleze mai ușor.

Trebuie să ne gândim cum va arăta această politică de coeziune după 2020 și după Brexit. Nu avem linii clare de acțiune. Acum discutăm diverse strategii și posibile acțiuni. Ar trebui să avem planuri în paralel, pentru că, între timp, sunt alegeri și, în mai multe țări, unele schimbă în bine, altele în rău situația care urmează. De aceea lipsește previzibilitatea și acest lucru aduce nesiguranță pentru oameni.

O Europă a mai multor viteze, așa cum o susțin unii, este o Europă care va fi slabă, incoerentă și vulnerabilă, dar desigur că viteza depinde de voința politică a guvernelor din Uniunea Europeană. Dacă vor să dezvolte țara, vor stat de drept, vor oameni liberi, sănătoși și educați, atunci vor trece în viteză înapoi.

Stanislav Polčák (PPE). – Já jsem pro tuto zprávu nehlasoval, nepodpořil jsem ji ani na Výboru pro regionální rozvoj.

Já vnímám, že některé části této zprávy paní Westphalové jsou rozhodně pozitivní. Jako příklad mohu hovořit o tom, že volání po neomezování kohezní politiky po roce 2020 je samozřejmě i mně velmi vlastní, nebo naopak další kritika pozvolné destrukce kohezní politiky jinými nástroji, jako je Junckerův investiční plán.

S tím vším souhlasím, ale s čím jsem nemohl souhlasit, je opuštění či jisté rozmělnění kritéria HDP, pokud jde o používání tohoto kritéria při rozdělování evropských peněz. Jestliže bude toto kritérium rozmělněno, např. o demografický vývoj, po kterém EP podle této zprávy volá, tak to je podle mne krok špatným směrem, který povede na evropské úrovni ke zbytečným diskuzím a v neposlední řadě je i v rozporu se zájmy ČR. Proto jsem tuto zprávu, jak říkám, nepodpořil.

Tonino Picula (S&D). – Gospodine predsjedniče, podupirem Izvješće o temeljima kohezijske politike Europske unije nakon 2020., jer je jedan od ključnih poslova Unije poticanje ekonomske, društvene i teritorijalne kohezije te solidarnosti među njenim različitim regijama i zemljama članicama. Upravo se provođenje ovih ciljeva osigurava kroz Europsku kohezijsku politiku, ujedno i glavnu investicijsku politiku Europske unije.

Smatram da glavni naglasak treba staviti na zadržavanje iznosa sredstava i u sljedećem proračunskom okviru. Očekujem pojednostavljenje i fleksibilniju politiku, odnosno lakše programiranje, upravljanje i evaluaciju operativnih programa. Posebno ističem kako bi kohezijska politika nakon 2020. trebala pokriti sve regije Europske unije i priznati njihovu posebnost. Zadovoljan sam što su usvojeni moji amandmani, kojima pozivam na priznavanje posebnog statusa evropskih otoka, jer se otocima i otočanima mora olakšati povlačenje sredstava iz Kohezijskog fonda.

Zaključno, Europskoj uniji treba jaka, jasna i uključiva kohezijska politika i nakon 2020., kojom će jačati europski identitet utemeljen na zajedničkim evropskim vrijednostima.

Jiří Pospíšil (PPE). – Já jsem byl původně připraven podpořit tuto zprávu, která se týká kohezní politiky, protože kohezní politiku považuji za důležitý nástroj EU, jak podporovat méně rozvinuté regiony v rámci EU, ale protože bohužel prošly pozměňovací návrhy, které podle mého názoru porušují a bourají filozofii kohezní politiky tak, jak byla vnímána dosud v EU, tak jsem se nakonec u této zprávy zdržel. Proto podávám toto vysvětlení.

Pro mne je důležité, aby kohezní politika byla realizována tak, že přes evropské peníze podporujeme méně rozvinuté regiony, a tedy kritériem pro přidělování peněz má být HDP jednotlivých regionů. Bohužel prošly pozměňovací návrhy, které toto kritérium rozmělnují, tzn. i bohaté regiony, bohatší regiony budou moci na kohezní peníze dosáhnout a v tom případě pro mě tak trochu kohezní politika ztrácí smysl.

Proto jsem se u této zprávy zdržel a doufám, že nakonec kritéria obsažená v této zprávě nebudou v praxi prosazována, protože tato zpráva nemá normativní obsah.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, de la bun început am spus și în dezbaterile de ieri: susțin nevoia de a exista a acestui program de coeziune socială și după 2020. Am auzit voci în Parlament care au combătut acest lucru. Mie mi se pare că este esența Uniunii Europene și că respectă principiul de solidaritate. Ceea ce am cerut ieri Comisiei și doamnei comisar este să găsească un set de măsuri noi, astfel încât să existe o accesibilitate mai ușoară, mai ales a IMM-urilor, mai ales a zonei rurale și să avem posibilitatea să facem această combinație între fondurile de coeziune socială și Fondul european pentru investiții strategice.

Avem regiuni sărace. Nu s-a atins acea coeziune socială pe care o așteptam și cred că, printr-o politică și măsuri noi pe perioada de după 2020, vom reuși să facem ca viața oamenilor în zonele în care acum sunt încă probleme să fie mai bună. Este un program foarte bun, este un program important pentru Uniunea Europeană și cred în necesitatea continuării și nu vreau deturnarea fondurilor de coeziune socială pentru alte programe.

Ivana Maletić (PPE). – Gospodine predsjedniče, danas na žalost nisam podržala Izvješće kolegice Vesval, jer smatram da europski fondovi trebaju biti vjetar u leđa provedbi dobro osmišljenih razvojnih programa i reformi na nacionalnoj razini. Ako država nema svoj plan i program promjena i razvoja i ne postiže rezultate i dugoročni rast, onda europski fondovi samo pomažu u usporavanju pada i divergenciji koja je neizbježna, a to ne želimo. Europski fondovi moraju se uklopiti u dobre programe rasta i razvoja i biti dodana vrijednost.

Zbog toga, jako se zalažem za budućnost Kohezijske politike, za jačanje kohezijske politike u budućnosti, ali ona mora biti vezana uz dobro ekonomsko upravljanje. Isto tako, tražim od Europske komisije da što prije donese regulativu za novo razdoblje, kako bi se države članice na vrijeme mogle pripremiti za provedbu i kako bi odmah po početku nove perspektive imali projekte u provedbi.

6.9. Zustand der Fischbestände und sozioökonomische Lage der Fischerei im Mittelmeerraum (A8-0179/2017 - Marco Affronte)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Rosa D'Amato (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, con 17 000 specie marittime il Mediterraneo è un paradiso mondiale della biodiversità e la pesca rappresenta un settore economico di grande importanza per la comunità costiera e tutto l'indotto, in particolare quello su piccola scala. È per questo che bisogna trovare una sintesi tra questi due elementi nel nome dello sviluppo sostenibile.

La proposta va proprio in questa direzione. Essa sottolinea innanzitutto l'importanza del coinvolgimento di tutti gli operatori del settore nella definizione delle politiche da attuare, comprese le comunità costiere, e nel rispetto delle tradizioni e, al contempo, pone l'accento sulla necessità di tutelare le risorse ittiche del Mediterraneo, contrastando sia la pesca illegale sia gli altri fattori come l'inquinamento delle petroliere che mettono a rischio tali risorse.

Misure come il fermo biologico possono aiutare a ricostruire gli stock, ma vanno accompagnate da misure adeguate di sostegno al reddito. Inoltre, va contrastata la concorrenza sleale costituita dalle importazioni di pesce da luoghi dove non è garantita la sostenibilità e, al contempo, bisogna lavorare sul fronte del consumo critico, anche con un sistema di tracciabilità e di etichettatura efficace e affidabile.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL). – Señor presidente, uno de los espacios de mayor biodiversidad del mundo, el mar Mediterráneo, sufre sobrepesca en el 93 % de sus especies. Si hay sobrepesca en el Mediterráneo pero se está destruyendo empleo, ¿quién está pescando?

Es sencillo: pescan los grandes monopolios del atún rojo, que se quedan con el 80 % de la cuota para esta especie, mientras los pescadores artesanales se desesperan porque les impiden salir a faenar para ganar el pan.

En este Parlamento es casi una obligación moral, al hablar de pesca en el Mediterráneo, decir alto y claro que el Estado español incumple el artículo 17 de la política pesquera común. El Gobierno español reparte los cupos de pesca por criterios políticos y territoriales y tampoco está controlando, por ejemplo en Cataluña, el pago efectivo de los paros biológicos a la flota pesquera mediterránea.

Proteger la pesca artesanal y defender los recursos marinos van de la mano y ello exige voluntad política férrea porque se lo debemos a los pescadores y a sus familias, que llevan siglos alimentando al pueblo.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η προστασία των ιχθυοαποθεμάτων στη Μεσόγειο δεν θα πρέπει να γίνει σε βάρος των αλιέων μικρής κλίμακας, αυτών των ανθρώπων που παλεύουν για να βγάλουν το ψωμί τους. Είναι γνωστό ότι η υπεραλίευση οφείλεται κυρίως στις μεγάλες συγκροτημένες μονάδες που αλιεύουν ενώ, βεβαίως, οι μικροαλιείς ουσιαστικά δεν μπορούν να βγάλουν ούτε το ψωμί τους. Αυτό ισχύει πολύ περισσότερο για την Ελλάδα, όπου οι αλιείς υφίστανται τη φοροληξιασία από πλευράς των μνημονιακών πολιτικών. Να ληφθεί υπόψη ότι η μόλυνση στη Μεσόγειο είναι σημαντική. Οφείλεται στις εξορύξεις φυσικού αερίου και πετρελαίου, και από κει έχουμε επίσης μείωση των ιχθυοαποθεμάτων. Επίσης, πρέπει να ληφθούν σοβαρά μέτρα για την αντιμετώπιση των τοξικών ψαριών, όπως είναι ο λαγοκέφαλος που έχει εισέλθει από την Ερυθρά Θάλασσα μέσω Σουέζ και δημιουργεί τεράστια προβλήματα στους ίδιους τους αλιείς. Επομένως, χρειάζονται στήριξη οι αλιείς, χρειάζεται στήριξη το αλιευτικό εισόδημα, και ιδίως οι αλιείς στην πατρίδα μου, την Ελλάδα.

Przewodniczący. – Niniejszym zamykam wyjaśnienia dotyczące głosowania.

7. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(Posiedzenie zostało zawieszone o godz. 13.35 i wznowione o godz. 15.00)

Elnökváltás: GÁLL-PELCZ ILDIKÓ

alelnök

8. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

9. Diskussionspapier zur Vertiefung der WWU bis 2025 (Aussprache)

Elnök. – A következő pont a Bizottság nyilatkozata: Vitaanyag a GMU 2025-ig történő elmélyítéséről (2017/2726(RSP)).

Valdis Dombrovskis, Vice-President of the Commission. – Madam President, the reflection paper on the deepening of the EMU contributes to the broader political debate on the future of Europe started with the March White Paper. The Five Presidents' reports and the Rome Declaration underline that the Union should promote convergence and that we need to work towards completing the economic and monetary union. I would like to thank Parliament for its valuable input in several own initiative reports, namely Brok, Bresso, Verhofstadt and Berès.

The euro is one of Europe's most significant achievements. It is the currency of 340 million people in 19 countries and the second most used currency in the world. It has brought price stability and has made it easier to do business and to travel. The euro quickly became the symbol of prosperity for our citizens and it should remain so. The financial and economic crisis underlines the weaknesses in the way the euro is set up. The determined policy response has made EMU stronger but not filled all the gaps. There is still a lack of convergence and questions remain about the long-term resilience of the euro area.

We cannot wait for another crisis to act. The reflection paper presents a toolbox on the way forward. It is more targeted at what can be done over the next two years to 2019 and more open about what might come afterwards up to 2025. Key guiding principles for any advances are: a balanced approach in which responsibility and solidarity, risk reduction and risk sharing go hand in hand; the openness of the euro deepening process for all EU countries; and keeping the unity of the single market, transparency and democratic accountability.

Our ideas on the way forward are structured in three building blocks: financial union, economic and fiscal union, and governance and accountability. On financial union, we are aiming at renewed financial integration, safer financial institutions that can finance the real economy and more risk sharing via private channels. The capital markets union is key to broadening financial options, so I am glad of the recent agreements reached by the co-legislators on venture capital and securitisation and look forward to working with you on the initiatives on the mid-term review.

We should further reduce risks in our banking sector based on the package of November 2016. We are also working on Member States with a European strategy to reduce the stocks of non-performing loans. The EU framework for bank resolution will not be fully effective without a fiscal backstop to the single resolution fund, and without a European deposit insurance scheme depositors will not be protected to the same extent across the euro area. We need to further weaken the link between banks and sovereigns. In this context we are following the ongoing work in the European Systemic Risk Board on so-called sovereign bond backed securities. They can deliver tangible benefits by increasing the diversification of banks' balance sheets and by fostering private risk sharing. They do not involve debt neutralisation among Member States or changes in the regulatory treatment of government bonds. For the longer term, we need a debate about the zero risk rates of certain banks under current banking rules and a possible new European safe asset. So there are both complex and sensitive issues. Our reflection paper frames them with strong caveats, notably in terms of preventing unwarranted consequences for financial stability and for moral hazard.

In the area of economic and fiscal union, the aim is to see convergence between Member States towards more resilient economic structures. With the bulk of economic and social policies under national responsibilities, there is no doubt that we need to have a continued commitment to structural reforms. The European Semester will continue to be the main platform for policy coordination and we will continue to seek improvements. The capacity of macroeconomic stabilisation in the euro area could also be reinforced. We are presenting three options for such functions to assist countries hit by economic shocks too large to cope with on their own.

One option is the European investment protection scheme. In times of strain, public investment is the first item to be cut from the national budget and this can harm future growth. The investment protection scheme could take the form of a financial instrument and I believe could be set within the existing legal framework. Other options include the European unemployment reinsurance scheme and a rainy day fund. In any case, it should not lead to permanent transfers among countries nor undermine incentives for sound fiscal policy-making at national level.

Finally, we need greater democratic accountability and higher transparency, integrating intergovernmental agreements into EU law and ensuring proper democratic oversight. Pierre Moscovici will be elaborating on this in more detail. I would like to underline that the White Paper and reflection paper process is not an intellectual exercise for the Commission. We hope to reach a constructive debate across Europe in the coming months and to see a broad agreement emerging on the way forward.

Pierre Moscovici, *membre de la Commission*. – Madame la Présidente, Mesdames et Messieurs les parlementaires européens, avant de vous présenter certaines des idées-clés en complément de ce que vient de dire Valdis Dombrovskis, je voudrais faire peut-être une réflexion politique.

Il était clair, dès le début de ce processus de réflexion, que s'agissant de notre Union économique et monétaire, il n'était pas question de nous demander s'il fallait vraiment avancer. Il ne pouvait pas, cette fois-ci, être question d'avoir plusieurs scénarios, dont un d'entre eux aurait été le statu quo, parce que nous avons la conviction à la Commission, et je m'en réjouis, qu'il faut avancer pour compléter l'Union économique et monétaire. Pourquoi? Pour trois raisons: d'abord, parce que nous avons une reprise économique dans la zone euro qui est là, mais qui demeure trop fragile et trop inégale encore. Il faut la relancer et favoriser la convergence. Ensuite, parce qu'il y a un risque réel qui est celui d'une zone euro à deux vitesses. Ces conséquences seraient graves car, oui, il est vrai que le populisme a perdu quelques batailles politiques en Europe – je m'en réjouis comme Européen, comme commissaire et comme Français –, mais il n'a pas perdu la guerre. Il se nourrit toujours de l'insatisfaction économique et de l'inégalité. Enfin, parce qu'il me semble qu'il y a une «fenêtre d'opportunité» politique qui est en train de s'ouvrir en Europe. Il y a désormais un vent pro-européen qui souffle et c'est le moment, je crois, de nous en emparer.

Je veux souligner que ce que nous proposons aujourd'hui est nécessaire et souhaitable pour les États membres. Quand je dis «pour les États membres», je parle de tous les États membres actuels et je parle aussi de la future adhésion possible des autres. Il ne s'agit pas de forcer quiconque à adhérer, bien sûr, mais il est vrai qu'après le Brexit, le seul pays muni d'une clause d'exemption (*opt-out*) formelle sera le Danemark. Tous les autres ont vocation à adhérer à l'euro une fois les conditions remplies. Notre but n'est pas de rendre contraignant ce processus d'adhésion, il est de le rendre attractif, de faire en sorte que chacun ait envie d'adhérer à l'euro.

Quelles sont nos idées concrètes? Valdis Dombrovskis vous a déjà parlé de l'union financière. C'est le volet sur lequel nous devons articuler le plus finement les principes de solidarité et de responsabilité. Il y a plusieurs propositions concrètes sur la table qui doivent permettre de marier la réduction et le partage des risques, notamment pour les prêts non performants.

Il y a aussi d'autres chantiers sur lesquels le travail est moins avancé, mais qui ne sont pas moins importants. C'est le cas, par exemple, de l'idée de mettre en place un nouvel actif sans risque pour la zone euro, qui pourrait prendre plusieurs formes, mais qui ne doit pas être confondu avec ce qu'on appelait les «euro-obligations».

Ce sur quoi je voudrais insister surtout, c'est sur la création d'une véritable union économique et budgétaire, que nous devons poursuivre si nous voulons une convergence durable et vers le haut de nos économies. Qu'est-ce que cela implique? D'abord, à court terme, nous allons explorer les possibilités pour renforcer la dimension «zone euro» du Semestre européen et créer des critères de convergence avec des incitations financières pour les atteindre. Il existe aussi d'autres voies possibles pour renforcer les capacités existantes dans le budget européen afin d'aider à la stabilisation de nos économies. Mais nous sommes convaincus qu'à moyen terme, nous devons être plus ambitieux en créant une fonction de stabilisation macroéconomique pour la zone euro.

Un instrument de ce type aurait à nos yeux de nombreux avantages: il soutiendrait l'action des stabilisateurs budgétaires nationaux en cas de crise et il permettrait une meilleure politique budgétaire agrégée au niveau de la zone euro dans son ensemble, en particulier quand la politique monétaire atteint ses limites. Nous savons que cet instrument ne devra pas être un mécanisme de transfert permanent, qu'il ne devra pas encourager l'aléa moral, mais nous pensons qu'il doit être mis en place. Bien sûr, nous devons débattre de sa forme, de son utilisation, de son financement et de ses liens éventuels avec le budget européen ou avec un mécanisme européen de stabilité réformé. Là encore, je l'ai dit, il n'y a pas plusieurs scénarios, mais il y a très clairement plusieurs options sur notre schéma ambitieux.

Nous devons aussi discuter de la forme précise qu'il pourra prendre. Cela pourrait être un système de protection des investissements publics en cas de récession, un mécanisme de réassurance-chômage européenne ou encore un *rainy day fund* – un fonds de réserve pour les temps difficiles. L'interprétation la plus ambitieuse de cette idée serait celle d'un véritable budget de la zone euro. Cela a été débattu à plusieurs reprises au sein de votre assemblée. Chaque idée a ses mérites propres. La seule que nous écartons – si j'ose dire –, c'est celle de ne rien faire. Par conséquent, lançons le débat.

Enfin, et ce n'est pas la chose la moins importante, nous voulons aujourd'hui lancer un débat profond sur le renforcement de la gouvernance de la zone euro et sur sa capacité démocratique. Nous pensons qu'une Union économique et monétaire renforcée dépend du fait que nos États membres acceptent de partager plus de responsabilités, de prendre plus de décisions ensemble sur des matières d'intérêt commun avec un schéma juridique qui soit également commun. Il faut donc aller plus loin dans l'intégration politique de la zone euro. Il faut procéder de manière progressive, puis, en parallèle, peut-être lancer de nouveaux chantiers.

Un premier pas pourrait être – devrait être, à notre sens – la formalisation, d'ici à la fin de l'année prochaine, du dialogue, déjà très régulier, entre la Commission et le Parlement européen sur la politique économique. Nous avons des arrangements. Je pense qu'ils pourraient être étendus à d'autres institutions, à commencer par l'Eurogroupe dont, bien sûr, les membres – les ministres des finances – demeureront en premier lieu responsables devant leurs parlements nationaux. Cela pourrait donner lieu à un arrangement sur la responsabilité démocratique de la zone euro, signé par tous les acteurs, en vue de l'élection du prochain Parlement européen, en juin 2019. Puis, à plus long terme, je pense qu'un tel accord, s'il venait à voir le jour, pourrait être intégré dans les traités européens. Ajoutons que l'intégration du «pacte budgétaire» dans le droit européen a déjà été décidée par les États membres participants quand ils ont signé le traité. Il faudrait donc le mettre en œuvre rapidement.

On pourrait aussi explorer une autre voie, qui serait l'intégration du mécanisme européen de stabilité dans le schéma européen. Ce serait bien sûr lié à l'évolution de ce mécanisme européen de stabilité: certains parlent d'un Fonds monétaire européen.

Ce qui, me semble-t-il, est décisif pour faire en sorte que nos décisions soient prises davantage dans le sens de l'intérêt général, c'est la démocratie. C'est la raison pour laquelle, à mon sens et à notre sens, il faut créer un nouvel équilibre entre la Commission et l'Eurogroupe avec – c'est possible – la fusion des rôles de commissaire en charge de l'euro et de président de l'Eurogroupe. Nous pouvons et nous devons aussi avancer. Nous avons déjà fait des propositions à cet égard pour une représentation externe unifiée de la zone euro. Cela reprend ce que nous avons déjà dit au moment de la phase 1 du débat sur l'UEM. Nous pouvons aller encore plus loin avec la création d'un Trésor de la zone euro, qui pourrait prendre en charge les tâches en matière de surveillance budgétaire, de coordination et de gestion de la fonction de stabilisation que j'évoquais un peu plus tôt. Ce Trésor pourrait en quelque sorte rassembler les responsabilités et services existants, y compris le mécanisme européen de stabilité, une fois que celui-ci fera partie intégrante du schéma institutionnel de la zone euro. Ce Trésor pourrait, en définitive, être placé sous la responsabilité d'un ministre des finances de la zone euro. Il ne s'agit pas d'ailleurs de s'attacher à la nomination ou à la dénomination – M^{me} Mogherini qui préside le groupe de travail RELEX et qui est vice-présidente de la Commission n'est pas la ministre des affaires étrangères de l'Union –, il ne s'agit pas de superviser les ministres, mais il pourrait s'agir d'une personnalité qui, justement, pourrait exercer ces fonctions de présidente du conseil ad hoc, de l'Eurogroupe et de commissaire en même temps. Finalement, l'idée d'un Fonds monétaire européen, qui serait naturellement construit à partir du mécanisme européen de stabilité, mérite plus de débats.

Voilà vite rassemblées les idées que nous pouvons trouver. Elles ont différents degrés d'ambition et de précision. Il y a beaucoup d'options, mais nous avons voulu construire un ensemble qui soit équilibré. L'euro est déjà perçu comme un symbole et comme une garantie de stabilité par les Européens. Notre ambition, c'est d'en faire, au-delà de cela, un véhicule pour la prospérité. Comme disait Jacques Delors, «l'euro protège mais ne dynamise pas». Nous devons le compléter dans cette direction et nous pensons que c'est seulement en réduisant les divergences économiques et sociales dans la zone euro qu'on peut battre durablement le populisme, toujours dangereux dans nos pays.

Au fond, notre ambition et notre intention, c'est de dire qu'il est temps maintenant de compléter ce parcours que nous avons commencé à bâtir au moment du traité de Maastricht pour aller vers une véritable et complète Union économique et monétaire avec de vraies institutions et avec une dimension qui est manquante: quand nous sommes à l'Eurogroupe, nos concitoyens sont choqués et frustrés de ne pas savoir ce qui s'y passe, entre quatre murs. On décide parfois du sort de peuples sans que quiconque, à commencer par vous, Mesdames et Messieurs les parlementaires, en soit informé. Il faut de la démocratie, car il n'y a pas d'union politique sans démocratie.

Je crois que nous avons fourni, ici, un travail sérieux, qui est soumis à votre débat, et c'est ce débat que nous sommes bien sûr tout à fait disposés à conduire avec vous et, même plus que cela, désireux de le faire.

Françoise Grossetête, au nom du groupe PPE. – Madame la Présidente, Monsieur le Vice-président de la Commission, Monsieur le Commissaire, l'Europe serait-elle malade de sa monnaie? Nous sommes à son chevet aujourd'hui.

L'euro – vous l'avez dit – a été un grand succès. L'euro nous a protégés, certainement, mais aujourd'hui, notre zone monétaire est tiraillée par de trop grandes divergences macroéconomiques, et ces divergences creusent les inégalités et nourrissent l'euroscpticisme. L'euro est donc à la croisée des chemins.

Je félicite la Commission, parce que ses propositions sont ambitieuses et constituent une base de réflexion utile pour renforcer l'Union économique et monétaire. L'euro n'est plus un tabou: tout doit être mis sur la table.

Les clés de notre réussite sont au nombre de trois: la confiance, la responsabilité et la solidarité.

La confiance, d'abord, est un préalable indispensable; pourtant, cette confiance a été fragilisée par des promesses trop souvent avortées. De nombreux États sont sur la voie des réformes, j'espère qu'il en sera de même pour la France, mais les efforts de chacun sont indispensables pour renouer la confiance et compléter ainsi l'union bancaire, notamment avec une garantie européenne des dépôts – vous en avez parlé – qui fait encore cruellement défaut.

Le corollaire de cette confiance, c'est la responsabilité. Une gestion responsable des finances publiques, selon les règles, par exemple, d'un code de convergence, ouvrirait la voie à la création d'une capacité budgétaire commune et à un renforcement de la gouvernance de la zone euro.

La solidarité, enfin: si nous voulons partager la même monnaie, nous devons mettre en place des mécanismes de solidarité. Il ne s'agit pas, bien sûr, de créer une union de transferts, mais de pouvoir nous serrer les coudes en cas de coup dur. Je plaide à cette fin pour la mise sur pied d'un fonds monétaire européen.

Cependant, j'estime que nous ne pouvons pas attendre 2025 pour mettre en place ces réformes, il faut s'y atteler dès maintenant. Les astres politiques sont alignés, c'est maintenant ou jamais que nous devons agir.

Udo Bullmann, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Frau Präsidentin, die Herren Kommissare, werte Kolleginnen und Kollegen! Meine Fraktion will eine starke Eurozone. Der Euro ist eine unserer größten Errungenschaften, aber er braucht ein gestalterisches Umfeld. Er braucht politische Instrumente, er braucht einen Rahmen, in dem sich nicht nur die Währung entwickeln kann, sondern auch die Wirtschaft. Wir beglückwünschen die Kommission dazu, dass sie mit ihrem Papier in die richtige Richtung geht.

Wir brauchen mehr Investitionen, wir brauchen eine stärkere Koordination unserer Wirtschaftspolitik, wir brauchen verantwortliche Institutionen, und wir brauchen ein Verfahren, in dem die Modernisierung unserer Wirtschaft, die Modernisierung unserer Gesellschaften vorangetrieben wird – Modernisierung ökonomisch, Modernisierung ökologisch und Modernisierung sozial.

Ja, wir wollen ein Semester, das verbindliche Ziele hat. Man kann nicht erklären, warum die Regeln der Haushaltsdisziplin verbindlich sind, warum es aber nicht verbindlich ist, gegen Jugendarbeitslosigkeit zu kämpfen, oder warum diejenigen, die schneller ihre Bildungssysteme modernisieren, die schneller dafür sorgen, dass die Arbeit der Zukunft zu uns kommt und dass die jungen Menschen qualifiziert werden, nicht belohnt werden sollen. Sie werden in unseren Systemen behandelt wie diejenigen, die das Geld in eine wasserköpfige Bürokratie stecken.

Wir müssen unsere Instrumente schärfen, damit sie zwischen guter und schlechter Politik unterscheiden können. Das muss unser gemeinsamer politischer Rahmen leisten. Wir brauchen ein gemeinsames Budget, um diese Initiativen zu unterstützen. Und wir brauchen dieses Budget schnell.

Alles das wird nur gelingen, wenn das Europäische Parlament entsprechend beteiligt wird. Ich habe die Einladung der Kommission verstanden. Wir wollen diese Einladung annehmen, und wir freuen uns auf einen – hoffentlich – effektiven und schnellen Prozess der Stärkung der Europäischen Union und insbesondere hier der Eurozone.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Alexander Graf Lambsdorff (ALDE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Lieber Kollege Bullmann! Ich habe mit Aufmerksamkeit zugehört, und zum Schluss kam dann sozusagen die Aussage: Wir brauchen ein Budget. Ich gehe mal davon aus, gemeint ist ein Budget für die Eurozone. Wo kommt das her? Wer befüllt dieses Budget? Wer zahlt die Steuern, die in dieses Budget hineingehen? Soll die Europäische Union eine Steuererhebekompetenz bekommen – die sie bisher nicht hat –, oder wird das aus den Mitgliedstaaten gemacht? Ich finde das ein bisschen abstrakt und wäre für eine Konkretisierung dankbar.

Udo Bullmann (S&D), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Herr Kollege Lambsdorff! Sowohl in Ihrer heutigen Eigenschaft als auch in Ihrer möglicherweise zukünftigen Eigenschaft können Sie ein gerüttelt Maß dazu beitragen, dass es funktioniert. Meine Fraktion hat hinreichend Vorschläge dazu unterbreitet. Wir sind diejenigen, die aufgedeckt haben, wie viele Steuermilliarden der Europäischen Union jedes Jahr verloren gehen. Diese 1 000 Milliarden wollen wir gerne mit Ihrer Hilfe heben.

Insofern würden wir uns auch sehr freuen, wenn von Ihrer Fraktion nicht länger Anträge kämen wie gestern beispielsweise in der entsprechenden Abstimmung, wo das Country-by-Country-Prinzip unterminiert wird und wir nicht mehr in der Lage sind zu sehen, wo Steuergelder versteckt werden. Sie können also eine ganze Menge tun, um diese Initiativen zu beflügeln, und wir hoffen auf Ihre Kooperation.

Joachim Starbatty, im Namen der ECR-Fraktion. – Frau Präsidentin! Im Reflexionspapier heißt es: Der Euro ist mehr als eine Währung. Ja, das ist richtig. Richtig ist aber auch, dass eine falsch konstruierte Währungsunion Europa schadet und spaltet. Sie sagen es ja selbst. In Ihrem Vorwort steht: „Die Europäische Währungsunion ist noch nicht hinreichend in der Lage, das aus der Krise resultierende soziale und wirtschaftliche Auseinanderdriften der Euroländer aufzuhalten und umzukehren.“ Das ist ein entscheidender Satz.

Woran liegt das? Wir haben innerhalb der Eurozone einen falschen relativen Wechselkurs. Der Euro ist für Deutschland zu niedrig bewertet, für die Länder des Südens ist er zu hoch bewertet. In Deutschland laufen wir von Rekord zu Rekord. In den Ländern des Südens bleibt die Arbeitslosigkeit immer noch auf einem traurig hohen Niveau. Jetzt hat Draghi versucht, das über eine Nullzinspolitik zusammenzuhalten. Aber irgendwann muss er zu normalen Zinsen übergehen, und dann bricht es auseinander.

Und was machen Sie jetzt? Die nächste Phase der Vergemeinschaftung. Ich sage Ihnen: Unterschiedliche Entwicklungsfähigkeiten, unterschiedliche Wettbewerbsfähigkeit können Sie durch Vergemeinschaftung der Risiken nicht aus der Welt schaffen – das ist nun einmal so. Und dann heißt es in Ihrem Papier zum Schluss – ein wunderbarer Satz: „Es ist an der Zeit, Pragmatismus über Dogmatismus zu stellen.“

Wer ist mit Dogmatismus denn gemeint? Etwa Frau Merkel? Und was heißt das eigentlich? Pragmatismus heißt letztlich: Wir machen nicht mehr klare Lösungen. Und mit dieser Politik werden Sie Europa nicht retten, werden Sie die Eurozone nicht retten, sondern werden Sie die Europäische Union zerstören.

(Die Präsidentin entzieht dem Redner das Wort.)

Ramon Tremosa i Balcells, on behalf of the ALDE Group. – Madam President, we have had great news lately in the eurozone. For the first time in a while we are feeling more optimistic about the future of our project; that is great news. But before we rush into asking for more new instruments, maybe we should use all our energies to make sure that the current ones work properly. Implementation and enforcement are fundamental for our future. A good application of EU law is basic in order to regain the support of our citizens and increase the efficiency of our monetary union.

For the future of the euro we need to ensure that all Member States comply with the relevant EU economic legislation. Take the Late Payments Directive, for example. As you well know, more than one million jobs have been lost in the south of Europe in recent years due to the bad practices on payments by central banks and big enterprises, forcing thousands of solvent SMEs to close. A business is only made when it is cashed. This is the basis of our model. We need to ensure this before talking about more integration.

So, in my opinion it is better to concentrate our political capital on the outstanding projects that we have initiated, before beginning new ones. For instance, we have to implement the bail-in legislation in a consistent manner in all Member States and all Member States already have to implement correctly the Deposit Guarantee Scheme Directive.

Moreover, we have to rethink our current economic governance framework. Implementation of the deficit rules is still not satisfactory and many recommendations in the European Semester are never implemented by Member States. I hope that in the coming years we will do all this and leap forward in our euro integration, but before we think about eurobonds or an economic treasury, a European treasury, we have to ensure that this is properly done.

Finally, I think that the best way to achieve economic convergence in the eurozone is not through massive fiscal transfer between Member States, but by sharing and extending economic and financial best practices among us.

Miguel Viegas, em nome do Grupo GUE/NGL. – Num momento de impasse onde é por demais evidente a profunda crise deste modelo de integração da União Europeia, este documento de reflexão representa uma verdadeira fuga para a frente. Num momento em que se exigiria uma profunda reflexão sobre o papel da União Económica e Monetária, neste longo processo de divergência social e económica, este documento propõe, na prática, o aprofundamento de todos os fatores que estiveram na base desta divergência.

Na minha cidade, Aveiro, os trabalhadores que lutam hoje pelos seus direitos e estão em greve sentem bem na pele os efeitos desta União Europeia neoliberal dominada pelas multinacionais. A Europa não precisa de um Ministro das Finanças. Não será uma representação única no FMI que irá resolver os problemas do desemprego e da dependência económica. A capacidade orçamental, com todos os condicionalismos associados, irá apenas reforçar o carácter opressivo da zona euro e limitar a capacidade dos Estados-Membros para dar resposta aos seus problemas de acordo com os seus modelos e de acordo com a vontade do seu povo.

É hoje uma evidência que a zona euro representa um projeto político destinado a forçar uma agenda neoliberal e, por isso, o que se impõe como necessário não é o seu reforço, mas antes a sua dissolução num processo que inclua a recuperação das soberanias monetárias dos Estados-Membros e a renegociação das dívidas públicas cujo aumento não pode deixar de estar associado ao euro e à sua governação económica.

Philippe Lamberts, au nom du groupe Verts/ALE. – Madame la Présidente, aucune, je dis bien, aucune union monétaire – Monsieur Starbatty, l'Allemagne en est une –, aucune union monétaire n'est possible sans de puissants mécanismes de solidarité financière, à la fois privés et publics. Pour le dire simplement, sans une union bancaire complète, sans une union sociale, fiscale et démocratique, l'euro est voué à disparaître.

Cette évidence, le document de réflexion déposé par la Commission il y a deux semaines, la reconnaît, mais seulement en filigrane. Il s'ajoute à ceux proposés en 2012 par Barroso, d'une part, et par Van Rompuy, de l'autre, et au fameux rapport des cinq présidents déposé en 2015.

Cela fait donc cinq ans que nous tournons autour du pot, parce qu'il manque la vision et la volonté politique d'agir.

Oui, il nous faut compléter l'union bancaire en ajoutant à la supervision commune et à la gestion commune des crises une garantie commune des dépôts assortie d'un filet de sécurité public budgétaire commun.

Oui, il nous faut un budget de la zone euro pour investir en particulier dans la transition énergétique, parce que, déployé de manière contracyclique, il permettra d'amortir les chocs macroéconomiques, mais il améliorera aussi la solidité de l'économie européenne.

Oui, il nous faut approfondir la solidarité entre nos systèmes de protection sociale, par exemple avec un système de réassurance-chômage commun.

Enfin, si nous devons nous attaquer aux déficits excessifs, qu'il s'agisse de déficits de balances commerciales ou de déficits budgétaires, nous devons nous attaquer avec la même force aux excédents excessifs, car ils sont tout aussi délétères que les premiers.

De même, nous devons enrayer la croissance excessive tant des dettes publiques que des dettes privées, car leur augmentation est signe de danger. Rien de tout cela ne peut se faire sans un contrôle démocratique solide. Le Parlement européen et les parlements nationaux doivent être étroitement associés à ce dispositif.

Chers collègues, partager une monnaie, c'est partager un bien commun. Cela suppose à la fois des solidarités fortes et un sens des responsabilités partagées tout aussi fort. Tout cela n'est possible qu'avec des règles communes, par exemple pour le secteur financier. À ce sujet, permettez-moi de vous dire que ce à quoi nous assistons depuis un an, c'est davantage à un détricotage discret des quelques progrès que nous avons accomplis plutôt qu'à la simplification et au resserrement des règles dont nous aurions besoin.

Nous avons certes des règles en matière budgétaire, mais l'expérience nous montre qu'elles sont inapplicables, tout simplement parce qu'elles sont procycliques, c'est-à-dire qu'elles aggravent la situation quand elle est déjà grave et que, combinées à la doxa néolibérale qui continue de dominer cette assemblée, la Commission et le Conseil, elles font que ce sont les épaules les plus fragiles qui se retrouvent à porter la partie la plus lourde du fardeau.

Plutôt que de nous affranchir des règles, nous devons avoir le courage de les transformer, tant sur le plan financier que sur le plan budgétaire, pour qu'elles retrouvent leur sens, c'est-à-dire celui de la défense de l'intérêt général.

Je terminerai, Madame, si vous le permettez, en disant que l'Europe est un symbole. Certains voudraient en faire le symbole de l'oppression financière. Moi, j'affirme que l'Europe peut devenir ou redevenir le symbole d'une appartenance commune.

Marco Valli, a nome del gruppo EFDD. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, anch'io sono d'accordo con il professor Starbatty, che ha parlato prima di me, perché c'è bisogno di una profonda analisi critica di quella che è la situazione dell'attuale assetto legato alla governance economica e legato all'Unione economica monetaria.

Abbiamo una moneta che ha creato evidenti squilibri perché è stata inserita in un contesto non valutario ottimale. Questi squilibri non sono dei successi, perché sono stati i cittadini a salvare l'euro, svalutandosi nei paesi periferici i salari e creando le condizioni di competitività che la Commissione fortemente chiede, su impulso delle politiche neoliberali che sono richieste dai globalisti e dal mercato.

Con questa situazione e quest'analisi forse si può identificare quali sono i problemi. In un'Unione economica monetaria che funziona ci sono dei conferimenti da parte dei paesi in surplus e che godono dei benefici legati alla moneta unica verso le aree depresse. Forse con questa onestà intellettuale si potrebbe cercare di trovare una soluzione. Però non vedo i paesi nordici che godono di questi surplus a voler fare questo tipo di azione politica e quindi è molto difficile essere europeisti in questo momento, nel momento in cui non c'è onestà intellettuale da parte di chi mette il «Germany first» – diciamo così – da diversi anni all'interno dell'Unione europea.

Anche sulle banche, mi spiace dirlo, le soluzioni che vengono applicate adottano pesi e misure sbagliate perché, se analizziamo la situazione dal 2011 al 2013, che ha portato i paesi europei a fare interventi sulle banche, vediamo come ci sia una situazione distorta della concorrenza, dove sistemi bancari come quello tedesco hanno ricevuto quasi 250 miliardi e hanno creato delle situazioni di aiuto, che oggi invece non sono ad esempio consentite in Italia, nel momento in cui il sistema bancario ha bisogno di dare man forte a quello che è il sistema del credito, a sua volta messo sotto pressione dal mercato neoliberale e dalle regole di Basilea.

Mettendo questi principi sotto la lente di ingrandimento forse si potrebbero trovare delle soluzioni ma, visto che non vedo questo nella proposta della Commissione, io penso sia più opportuno al netto parlare di una posizione di disgregazione dell'Unione valutaria.

Barbara Kappel, im Namen der ENF-Fraktion. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Die Reform der Wirtschafts- und Währungsunion ist sicherlich neben einer nachhaltigen Lösung der Flüchtlingsproblematik und einer Neuausrichtung der Verteidigungspolitik ein ganz wesentliches Thema und ein ganz wesentlicher Schritt für die Zukunft Europas und der Eurozone. Das vorliegende Reflexionspapier spiegelt die Meinung der Kommission dazu wider. In einem, was Sie heute sagten, gebe ich Ihnen völlig Recht, Herr Kommissar Moscovici: Dieses Haus soll in verstärktem Maße in den Dialog mit einbezogen werden, denn nur so kann eine demokratische Legitimität gegeben werden.

Aber auch die Mitgliedstaaten sind zwischenzeitlich sehr aktiv. Sie wissen, es wird bis Juli ein Arbeitspapier zwischen Deutschland und Frankreich für eine Reform der Eurozone erwartet. Ein gemeinsamer Haushalt für die Eurozone samt Euro-Finanzminister, gemeinsame Steuern und besicherte Verschuldungsmöglichkeiten, eine Vergemeinschaftung der Arbeitslosenversicherung und der Einlagensicherung sind aus meiner Sicht keine probaten Antworten auf die Probleme der Währungsunion. Was die Währungsunion braucht, ist nicht mehr Umverteilung und mehr Transfer, sondern mehr Eigenverantwortung, mehr Wettbewerbsfähigkeit und ein Einhalten der geltenden Defizit- und Schuldenregeln.

Gerade die Eurokrise hat gezeigt, dass sich kaum ein Mitgliedstaat an die Maastricht-Kriterien hält. Warum auch? Echte Konsequenzen sind ohnehin nicht vorgesehen. Die Wirtschafts- und Währungsunion braucht auch keine weitere Vergemeinschaftung der Schulden in Form von Eurobonds oder ESBies. Viel wichtiger sind eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik, Maßnahmen, die Wachstum und Beschäftigung schaffen. So wird es uns gelingen, wieder Investitionen in Europa anzukurbeln, das Vertrauen der Investoren zu gewinnen und entsprechende Projekte zu generieren.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, η Ευρωπαϊκή Ένωση, σαν διακρατική συμμαχία του κεφαλαίου, δεν μπορεί να ξεπεράσει το DNA του καπιταλισμού: ανισομετρία οικονομικής ανάπτυξης και κοινωνική εκμετάλλευση. Μερίδα μονοπωλίων και κρατών προωθούν την περαιτέρω ενοποίησή της, με μία ή πολλές ταχύτητες, ενίσχυση ευρωπαϊκών εξαμήνων, σύνδεση χρηματοδοτήσεων στο κεφάλαιο με ένταση αντεργατικών μεταρρυθμίσεων. Ανταγωνίζονται με άλλες μερίδες που αναπτύσσουν φυγόκεντρες τάσεις, προστατευτισμό, με έκφραση τον αστικό ευρωσκεπτικισμό. Ανταγωνίζονται ποιος θα ωφεληθεί περισσότερο από μια ανάκαμψη ισχνή, αβέβαιη, προθάλαμο νέας κρίσης. Σε ένα συμφωνούν όλοι: κλιμάκωση παντού της αντιλαϊκής επίθεσης δίχως τέλος. Το ελληνικό χρέος που συζητείται μεθαύριο στο Eurogroup αντανakλά τέτοιες αντιθέσεις. Προϋπόθεση ρύθμισης του και ποσοτικής χαλάρωσης σημαίνουν παραπέρα μόνιμο σφαγιασμό μισθών, συντάξεων και επιδομάτων, ματωμένα πλεονάσματα για δεκαετίες για νέα κίνητρα στο κεφάλαιο, επιδοτήσεις και φοροαπαλλαγές. Ο λαός δεν χρωστά κανένα χρέος για να πληρώσει. Η αποδέσμευση από την Ευρωπαϊκή Ένωση με ανατροπή της εξουσίας του κεφαλαίου, με λαϊκή εξουσία, είναι ο μόνος δρόμος επιβίωσης του.

Burkhard Balz (PPE). – Frau Präsidentin, meine Herren Kommissare! Die Europäische Kommission leistet mit den Reflektionspapieren einen wertvollen Beitrag zur Debatte über die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion. Dies ist eine Debatte, die die europäischen Institutionen gemeinsam führen müssen. Wir benötigen einen breiten Konsens über die Stoßrichtung und die Reihenfolge der nächsten Schritte. Das gelingt uns nur, wenn wir die Glaubwürdigkeit im System stärken. Das heißt, wir müssen auf Basis der uns aktuell zur Verfügung stehenden Instrumente liefern. Das ist sicherlich der Ausgangspunkt, und das erkennt die Kommission ja auch richtigerweise an.

Die europäische Wirtschafts- und Währungsunion hat ihre ganz eigene Architektur. Die EU-Kommission hat Recht, wenn sie sagt, dass wir kein nationales oder internationales Modell kopieren sollten. Wir möchten auf unserem bestehenden System aufbauen, indem wir Regelanwendungen stärken, eine bessere Verknüpfung von nationalen Reformen mit europäischen Kontrollen und Mitteln erreichen, die wirtschaftliche Konvergenz nach oben und damit mehr Wettbewerbsfähigkeit anstreben und die Entscheidungswege in der Union stärken und vor allen Dingen transparenter machen.

Die Vervollständigung der Wirtschafts- und Währungsunion muss für alle EU-Mitgliedstaaten offen bleiben. Die Mitgliedschaft im Euro soll kein Trennungssymbol werden, sondern ein Symbol für Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit. Deswegen betont die Kommission auch richtigerweise, dass ständige Transfers nicht zur Stabilisierung der Wirtschafts- und Währungsunion beitragen. Ich glaube, wir müssen *moral hazard* vermeiden, und hier als Stichwort „Glaubwürdigkeit“ die vertraglichen Schranken, an die wir alle gebunden sind, achten. Das ist für uns die Grundvoraussetzung für alle weiteren Überlegungen. Die Kommission lässt dabei leider auch Chancen unberührt. Mir fehlt zum Beispiel ein Vorschlag für ein Staateninsolvenzrecht.

Der Austausch hat gerade erst begonnen. Ich glaube, dass wir alle engagiert und konstruktiv an der Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion mitarbeiten sollten.

Maria João Rodrigues (S&D). – Madam President, the European Union can only have a future if the eurozone becomes an area delivering prosperity and upward convergence for all its Member States and for all the other states which are planning to join.

We need to stop this machine for divergences which are not only economic; they are social and political. So we welcome the Commission's proposal with a plan which, finally, recognises that the problems of the eurozone are not only financial stability, but also growth, job creation and upward economic and social convergence.

Of course, Member States do need to engage in an effort of their own in reforms and investments in the framework of the European Semester. But exactly because they are confined by a common fiscal discipline, they must also count on an instrument to support this upward convergence. We hope that this instrument will be created in the upcoming next budgetary framework. We need to have it as soon as possible, otherwise we cannot reverse this logic of divergence.

Beyond that, of course, we need to equip the eurozone with the proper fiscal capacity and this fiscal capacity should be based on democratic governance. The proposal of having a Minister of Finance, who is also a Vice-President of the European Commission makes sense from our viewpoint, but this will suppose full accountability before the European Parliament. The proposal coming now from the Commission to have an agreement involving Parliament, the Commission and the Council to discuss this makes sense and we are available to do so.

Sander Loones (ECR). – Ik woon in de Astridlaan in Koksijde, Oostduinkerke, en wij hebben een goede regel in onze straat. De regel is dat iedereen voor zijn eigen deur veegt. Zo is de hele straat proper. Soms veeg ik ook voor de deur van mijn buurman, wanneer die ziek is bijvoorbeeld. Solidariteit. Als ik niet in de Astridlaan zou wonen maar in de Europastraat, dan zou dat anders zijn. Dan zou het noordelijke deel van de straat proper zijn, geveegd zijn, maar het zuidelijke deel niet. Want dat is wat we zien vandaag in Europa: verschillende Zuid-Europese landen weigeren hun deel van het werk te doen en zo werkt het natuurlijk niet in deze eurozone. De eurozone kan enkel draaien wanneer alle lidstaten hun verantwoordelijkheid nemen. Maar vandaag praten we hier niet over het nemen van verantwoordelijkheid. Neen, we praten opnieuw over eurobonds, over een Europees Monetair Fonds, over een Europese minister van Financiën, over het instellen van een Europese transferunie. Een transferunie! Met alle respect, dat is niet de oplossing. Dat is geen solidariteit, dat is profitariaat en dat is geen structurele toekomst voor onze eurozone.

(De spreker gaat in op een "blauwe kaart"-vraag (artikel 162, lid 8, van het Reglement))

Philippe Lamberts (Verts/ALE), "blauwe kaart"-vraag. – Meneer Loones, Duitsland bestaat nu min of meer 150 jaar. Sinds 150 jaar is Duitsland een monetaire unie. Sinds 150 jaar zijn er transfers binnen Duitsland. Noemt u Duitsland een groot profitariaat?

Sander Loones (ECR), "blauwe kaart"-antwoord. – Dank u wel voor de vraag. De vraag is hoe wij onze Europese economieën opnieuw sterker zullen maken. En wat stel ik vast? Ook in Duitsland werkt het transferbeleid niet. Het werkt ook niet in België trouwens, waar we jaarlijks miljarden transfers naar Wallonië hebben en ook Wallonië er niet bovenop geraakt. Het werkt ook niet in Italië. Een transferbeleid brengt geen sterkere economie, brengt geen sterkere eurozone. Dus dat is niet de weg vooruit. De enige weg vooruit is de weg van de verantwoordelijkheid. Doen wat moet. Structureel hervormen, zodat we samen vooruit kunnen gaan.

Nils Torvalds (ALDE). – Madam President, there is still a strong tendency to talk only about EMU, and that shows that we have a very short memory. Nobody cares to remember what happened after 1971: nobody wants to remember the tunnel, or the snake in the tunnel, and all the havoc they created. Then, all of a sudden, when we decide to get some systematic approach to the whole problem, then half of Europe more or less breaks in, because they had to come here.

I think part of this discussion is still about finding a culprit for a diverse range of things that happened outside our control. Things happened which we could not have any control over, but one of the issues – and I think Mr Loones spoke about it just now – is that, at the same time, we have a very sharp technological conflict going on. We have very steep technological development, and it is very easy to get left behind.

Δημήτριος Παπαδημούλης (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, κύριε Dombrovskis και κύριε Moscovici, πώς και πότε θα ενισχυθεί ο δημοκρατικός έλεγχος και η ευρωπαϊκή λογοδοσία του Eurogroup; Ως πότε το Eurogroup θα αποφασίζει πίσω από κλειστές πόρτες; Ελπίζω μεθαύριο, στις 15 Ιουνίου, στο Eurogroup, και με τη συμβολή της Επιτροπής, να υπάρξει ένας δρόμος που θα επιτρέψει στην Ελλάδα, τη χώρα μου, μια δίκαιη και ισχυρή ανάπτυξη. Νομίζω ότι αυτός είναι ένας στόχος όχι μόνο ελληνικός αλλά και ευρωπαϊκός. Αλλά χρειάζεται περισσότερη σαφήνεια και τόλμη και από την Επιτροπή, γιατί έχετε ένα περίσσειμα διαπιστώσεων και ένα έλλειμα προτάσεων. Χρειαζόμαστε νέες, τολμηρές λύσεις με ενίσχυση της ανάπτυξης, της πολιτικής διακυβέρνησης, της διαφάνειας, της δημοκρατικής λογοδοσίας, της αλληλεγγύης, και σε ευρωπαϊκό επίπεδο. Χρειάζεται περισσότερη πολιτική και δημοκρατική Ευρώπη και όχι μόνο αγορά. Για να γίνει αυτό, χρειάζεται να ενισχυθεί ο ρόλος του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και της Επιτροπής και όχι να αποδυναμωθεί, καθώς και να συγκροτηθεί, επιτέλους, και ένα Ευρωπαϊκό Νομισματικό Ταμείο.

Sven Giegold (Verts/ALE). – Frau Präsidentin, liebe Herren Kommissare, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal: Die Kommission hat aus unserer Sicht hier gute Vorschläge vorgelegt – sie weisen in die richtige Richtung. Wir brauchen mehr an einer gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Eurozone – daran führt kein Weg vorbei, wenn wir das Ganze zusammenhalten wollen.

Das bedeutet jetzt auch: Der Ball liegt jetzt im Spielfeld der Mitgliedsländer. Die Mitgliedsländer müssen jetzt endlich – nach Jahren der nicht funktionierenden Kooperation hinter verschlossenen Türen in der Eurogruppe – auf den Boden der europäischen Demokratie zurückfinden und selbst starke Vorschläge vorlegen, wie wir eben weiterkommen. Die Vorschläge, die Sie vorgelegt haben, müssen jetzt auch zu Ergebnissen führen.

Die Europäische Zentralbank kann nicht länger alleine dafür verantwortlich sein, die Eurozone zusammenzuhalten. Die Schäden, die das erzeugt, sind immer größer und nicht verantwortbar. Die Antwort darauf bedeutet aber, dass wir zu der gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzpolitik in Europa kommen müssen, statt Mario Draghi zu beschimpfen. Ich finde im Übrigen auch richtig, dass Sie kein gemeinsames Staateninsolvenzverfahren vorgelegt haben, noch dazu – wie der Kollege Balz vorgeschlagen hat –, ohne gleichzeitig irgendwelche Transfers zuzulassen. Warum? Das würde die Eurozone wieder auseinanderreiben, weil damit natürlich die schwächeren Staaten entsprechende höhere Lasten für ihre Staatsverschuldung zu tragen hätten. Damit treiben wir doch den Euro auseinander – statt dafür zu sorgen, dass er zusammenhält.

Jetzt muss es also darum gehen, dass diese Reformen nicht intergouvernemental umgesetzt werden – also rund um eine Vertiefung des Europäischen Stabilitätsmechanismus, wie Herr Schäuble das möchte –, sondern im Rahmen der europäischen Verträge: ein gemeinsames Budget, ein Eurofinanzminister, also ein EU-Kommissar, der gleichzeitig der Eurogruppe vorsitzt, auch ein Mehr an sozialer Verantwortung und Investitionen. All das können wir im Rahmen der Verträge machen. Packen wir es an!

Patrick O'Flynn (EFDD). – Madam President, eurozone leaders remain mired in denial. It is true that, by its miserable standards, the common currency is having a less disastrous year, transforming itself from a snail to a tortoise in terms of growth, but a fortnight ago Mr Dombrovskis claimed that, after its inception, the euro quickly became a symbol of prosperity for our citizens. Tell that to Italians, whose economy is not much bigger than it was at the turn of the century! Tell it to Greeks, whose death rates have soared amid the collapse of the healthcare system!

Mr Dombrovskis says recovery is firmly under way, after having incorrectly anticipated it for several years, but this so-called eurozone recovery is akin to a drunk managing to stagger three consecutive paces in a straight line. We know it is going to lurch face first into a brick wall at any moment, because this is a flawed political construct. To trap Greece and other southern economies in the same currency as Germany is simply folly. These economies need their own currencies that can depreciate to protect their activity levels in the face of Germany's superior productivity path. They do not have Germany's scale, brands, R&D budgets, communications infrastructure, technical education system, export networks, harmonious industrial relations or work ethic. Even their climates dictate a daily pause in activity. But instead of navigating back toward sensible economics, the EU keeps using the ideology of integration as its lodestar.

Even Romania and Bulgaria are expected to join the euro, lining them up for the same fate as has been visited upon Greece. Unless the people of Germany are willing to fund giant and permanent transfer payments to the weaker parts, which they are not, there is no long-term case for expanding or deepening the eurozone. Do not deepen it: dump it.

Siegfried Mureșan (PPE). – Madam President, I would like to thank the Commissioners for coming to the Parliament this afternoon. How we will make the Euro more stable by the year 2025? This is the key topic of the reflection paper put forward by the Commission which we are discussing this afternoon.

A more stable euro and a more stable Economic and Monetary Union will undoubtedly lead to more growth, more investment and more jobs. The stability of the euro and the job creation process in the European Union is one of the main concerns of the citizens of the European Union, and this is why we have to address this.

How should we achieve this? Firstly: by respecting existing rules. More than 20 Member States of the Union, over the course of the recent years, have been in excessive deficit procedures. We still have six excessive deficit procedures open right now. We should not start now by questioning the rules which we have given to ourselves, but we should start by applying these rules, because, as we know, unsustainable debt leads to loss of trust, loss of credibility and is also a big burden for the economy.

Besides respecting the rules, what should we do? Firstly, we should encourage and support the Member States of the Union to reform, to improve their competitiveness and to strengthen their economies. If this economic reality leads to the conclusion that we should adjust our institutional framework through the creation of a treasury and a finance minister, then we should be ready to think about this and to discuss it, but we should not start the debate about improving our economy by new changes in our institutional set-up in Brussels.

Pervenche Berès (S&D). – Madame la Présidente, Monsieur le Vice-Président, Monsieur le Commissaire, je vous remercie pour ce diagnostic. C'est une piste de réflexion utile pour défendre ce bien commun qu'est l'euro. Pour des raisons tant politiques qu'économiques, nous devons le préserver.

Vous nous éclairez sur ses faiblesses: c'est utile pour remettre en lumière la nécessité de compléter l'Union économique et monétaire, comme cela a déjà été fait dans le rapport des quatre présidents, dans le rapport des cinq présidents et dans de nombreuses résolutions de ce Parlement, dont la dernière sur un budget pour la zone euro.

Cette analyse peut être complétée, car il faut aussi relever les défauts de conception de l'Union économique et monétaire dans son état actuel et dans son évolution, qui conduisent à l'existence de règles trop complexes, trop opaques, parfois totalement inadaptées et qui induisent un biais contraire à l'investissement nécessaire au fonctionnement de la zone euro elle-même.

Dans le diagnostic, il nous semble peut-être qu'un sentiment d'urgence fait relativement défaut, car nous sommes dans un moment où l'intérêt stratégique de la zone euro a besoin d'être réaffirmé, y compris dans le contexte du Brexit.

Je voudrais m'attarder davantage sur les solutions que vous proposez, dont beaucoup vont dans le sens de ce que nous soutenons et de ce pour quoi nous nous mobilisons, à commencer, comme le commissaire Moscovici l'a indiqué, par un arrangement qui permette un fonctionnement plus démocratique de la zone euro elle-même.

Parmi les quatre principes directeurs que vous proposez, je vous suggère d'ajouter celui d'une contribution au développement durable et à la mise en œuvre des objectifs de la conférence de Paris. Je sais qu'il ne faut pas trop alourdir la barque, mais tout de même, on ne peut pas diviser nos moyens.

Vous proposez des mécanismes de stabilisation macroéconomique: nous le saluons, c'est une piste indispensable. Nous proposons également d'aller vers un code de convergence qui permette d'échapper à une logique trop punitive et qui favorise un système d'incitation grâce à un budget propre de la zone euro, dont le mécanisme européen de stabilité devrait être l'embryon.

Richard Sulík (ECR). – Vážená pani predsedajúca, Európska únia pripravuje spoločné ručenie za vklady, to znie pekne a európsky, avšak je to krajne nespravodlivé. Totiž, čím viac krajiny majú zlých úverov, tým je vyššia pravdepodobnosť, že ich banky skrachujú a bude sa z tohto vkladu, spoločného vkladu, ručiť. Zlých úverov je v Európe spolu vyše 1000 miliárd EUR a pozrime sa kde, v ktorých krajinách, sa tieto zlé úvery nachádzajú. Portugalsko 41 miliárd, Francúzsko 148, Španielsko 141, Grécko 115, Taliansko 276. Pre porovnanie, Slovensko má len 2 miliardy zlých úverov, pritom je len polovične tak veľké ako také Grécko alebo Portugalsko. Spoločné ručenie vkladov preto zásadne odmietam, lebo opäť raz na to len doplatia občania Slovenska, tak ako to už bolo v prípade Grécka, keď sme platili na grécke diaľnice my, oveľa chudobnejšia krajina.

PRÉSIDENCE DE MME Sylvie GUILLAUME

Vice-présidente

Alexander Graf Lambsdorff (ALDE). – Frau Präsidentin! Zunächst einmal vielen Dank an die Kommission. Es ist eine wichtige Debatte, die hier geführt wird. Es ist eine gute Debatte mit verschiedenen Ideen, und wir kommen mit der Debatte zurück zum Ausgangspunkt der Währungsunion, nämlich der Konvergenz, und zur Frage, wie wir zur Konvergenz kommen, also zum Zusammenwachsen der Wirtschaften in dieser einheitlichen Währungszone. Da stellt sich eine Frage, die oft gerade mit Blick auf Deutschland gestellt wird, nämlich: Schaffen wir es, mehr Konvergenz zu erzeugen, indem wir die stärkeren Mitglieder der Währungsunion schwächen?

Ich glaube, das ist der falsche Weg. Wir müssen dafür sorgen, dass die schwächeren Mitglieder aufschließen können, und dazu braucht es entschlossene Reformpolitik. Ich bin optimistisch, was Frankreich angeht. Ich bin nicht so optimistisch, was Italien angeht; da mache ich mir große Sorgen.

Zweiter Punkt: die Stabilisierung. Es kann unverschuldete Schocks, asymmetrische Schocks geben. Deswegen ist eine Aufwertung des Europäischen Stabilitätsmechanismus richtig. Aber, und das ist der dritte Punkt: Regeln werden nur eingehalten, wenn die Anreizsysteme stimmen. Deswegen ist es unmöglich, ein solches System zu bauen ohne ein Staateninsolvenzrecht. Denn ohne das gibt es Fehlanreize für schlechte Politik, was solide öffentliche Finanzen angeht. Wir brauchen aber solide öffentliche Haushalte.

Rina Ronja Kari (GUE/NGL). – Fru formand! Som et af ganske få lande har vi jo i Danmark faktisk holdt en folkeafstemning om euroen. Dengang fik vi at vide gentagne gange, at det kun handlede om økonomi, om renter, om vekselgebyrer. Siden har det jo vist sig, at man faktisk ikke kan have en møntunion med så forskellige lande uden også at indføre en egentlig politisk økonomisk union. Og det er så også den udvikling, vi har set lige siden finanskrisen. Opbygningen af en politisk union, hvor EU sætter stram styring af medlemslandenes økonomier, og hvor tusindvis af borgere lever med konsekvenserne af nedskæringer og velfærdsforringelser. Man kunne have håbet på, at Kommissionen med dette visionspapir ville have brudt bare en lillebitte smule med nedskæringsregimet. Men i stedet er der lagt op til mere EU-ensretning, stærkere kontrol med landenes økonomier og sørme også stærkere EU-institutioner med en eurofinansminister! Men kære venner, det er måske tillokkende at forsøge at løse verdens problemer med mere EU, men de borgere, der lever med konsekvenserne i dag, bliver altså ikke hørt i dette udspil – tværtimod.

Esther de Lange (PPE). – Het dak repareren, dat doe je natuurlijk beter als de zon schijnt. Ik denk dat de meesten het hier wel mee eens zullen zijn. En dus is het logisch en ook terecht dat de Europese Commissie het debat over de broodnodige verdieping en versterking van de eurozone met het reflectiedocument (*reflection paper*) weer aanzwengelt. Maar alles staat of valt met een gezond fundament, en volgens de EVP is dat in eerste instantie het stabiliteits- en groeipact – je houdt je aan de regels die je met elkaar afsprekt – en de drie-eenheid structurele hervormingen, investeringen en gezonde overheidsfinanciën. Als we stappen willen zetten in die vervolmaking van de eurozone, dan zullen we vooral moeten werken aan het herstel van vertrouwen, en dat doe je door concrete maatregelen. Ja, ook door een Europees verzekeringssysteem voor deposito's, maar dan wel een systeem dat gebaseerd is op verantwoordelijkheden daar waar het hoort: in de lidstaten én in Europa. Het is niet zo dat je je verantwoordelijkheid naar het Europese niveau kan afschuiven en vervolgens als lidstaat kan zeggen: red je er maar mee. De enige manier waarop wij hopelijk in 2019 met zo'n systeem kunnen beginnen, want het is nodig, is door een manier te vinden om die verantwoordelijkheid te delen en het geen excuusmechanisme, geen afschuiven van verantwoordelijkheid richting Europa te maken. Met andere woorden, concrete stappen die vertrouwen herstellen in plaats van een enorme vlucht vooruit met extra budgetten waarvan niemand weet hoe ze betaald moeten worden, ministers waarvan nog niemand weet wat ze zouden moeten gaan doen. Werk aan het concrete, dan werk je aan vertrouwen.

Roberto Gualtieri (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, noi accogliamo positivamente il documento della Commissione sull'approfondimento e il completamento dell'Unione economica e monetaria. È un documento ambizioso e realistico, allo stesso tempo, che in molti punti riflette le proposte avanzate da questo Parlamento e che ora deve trasformarsi in una concreta *roadmap*.

Per quanto riguarda l'Unione finanziaria, le misure necessarie al suo completamento sono chiare: garanzie e depositi, *backstop* che attendono solo di essere conclusi. Per quanto riguarda l'Unione economica e di bilancio, occorre invece uscire rapidamente dalla fase degli scenari possibili e intraprendere con coraggio e determinazione quella indicata dal Parlamento, e pure presente nel *paper*, vale a dire la realizzazione di uno scambio tra meccanismi rafforzati e vincolanti di convergenza delle politiche economiche e la costruzione di una capacità di bilancio della zona euro, da collocare nel bilancio dell'Unione e da utilizzare per funzioni di stabilizzazione, tra le quali la più efficace è senza dubbio quella di un'indennità di disoccupazione europea. In questo senso è utile precisare che tale indennità non richiede una preventiva armonizzazione delle regole del mercato del lavoro, ma al contrario può contribuire, insieme ad altri strumenti, a creare le condizioni per una maggiore convergenza in questo ambito.

È anche importante chiarire che, come il Parlamento ha dimostrato, sia le *Convergence Guidelines* sia la *Fiscal Capacity* possono essere realizzati a trattati costanti, senza far ricorso a soluzioni intergovernative, e sulla base del metodo comunitario, che è l'unico che può consentire un appropriato controllo democratico.

In questo senso accolgo positivamente l'invito del Commissario a formalizzare il dialogo tra Parlamento e Commissione sul Semestre, che per noi non è un *arrangement* ma un *interinstitutional agreement*. Per quanto riguarda la questione del *safe asset*, si tratta di un tema molto importante e positivo, che naturalmente richiede di essere affrontato con attenzione per evitare rischi sulla stabilità finanziaria.

Infine, per quanto riguarda l'integrazione del *Fiscal Compact*, la lezione di questi anni è che c'è ripresa e fiducia, anche perché è stata superata la politica rigida di austerità. Quindi integrazione del *Fiscal Compact* se c'è la sua riforma.

Peter van Dalen (ECR). – In de Europese Unie wordt vaak dezelfde fout gemaakt. Als een vraagstuk lastig is, dan wordt de grote sprong voorwaarts gemaakt. Nog altijd ontbreken duidelijke exit-criteria voor de euro, maar in plaats van die op te stellen, komt de Commissie nu met een grote sprong voorwaarts. Er wordt helaas niet nagedacht over de vraag hoe de bestaande problemen kunnen worden opgelost. Wat zijn die problemen? Frankrijk en een aantal zuidelijke lidstaten hervormen de arbeidsmarkt niet, hervormen de financieel-economische verhoudingen niet zoals Nederland en Duitsland al wel gedaan hebben. Gevolg is dus dat schulden blijven staan en dat de werkloosheid groeit. Wat moet er gebeuren? De instrumenten van het stabiliteits- en groeipact moeten worden benut en misschien iets worden aangescherpt. We moeten geen gemeenschappelijke schulden aangaan. Landen moeten zelf hervormingen doorvoeren en schulden afbouwen. Daar is zo'n grote stap voorwaarts met een totale EMU echt niet voor nodig.

Matt Carthy (GUE/NGL). – Madam President, in typical Commission fashion, a European unemployment insurance scheme is dangled like a carrot to gain public support, while the trade-off is the harmonisation of labour relations and anti-worker reforms. As for the proposed investment scheme, it is contradictory nonsense to create a scheme to protect investment during downturns while insisting on keeping the Fiscal Compact strait-jacket in place.

These measures will not solve the eurozone structural problems, and they demand a trade-off in rights, democracy and popular sovereignty. I do not oppose transfers to correct imbalances but I will oppose them if they are conditional. Social rights cannot be dependent on economic performance or a state's adherence to fiscal rules. Rights are rights.

We will not fall for the trap of surrendering more ground on democratic rights in exchange for crumbs off the table. What we ultimately need is a real public investment plan to stimulate growth. We need effective sanctions against current-account surpluses, investment to be excluded from the fiscal rules, and rejection of the Fiscal Compact being enshrined in the Treaties at the end of this year.

Bernard Monot (ENF). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, dix-huit ans après les débuts de l'euro, la zone monétaire optimale que vous nous aviez promise ne fonctionne pas.

De nombreux pays, dont la France, sont victimes de ce système de parité de change fixe, qui provoque une euro-divergence, dont les taux de croissance économique, les taux de chômage, les taux d'intérêt, les dettes souveraines ainsi que les dettes extérieures posent un grave problème.

Cette situation force les États à mener des politiques récessives de dévaluation interne, pudiquement appelées réformes structurelles, destinées à restaurer leur compétitivité économique.

Dans le sillage de MM. Sarkozy et Hollande, le président Macron va poursuivre et accroître cette purge qui, comme on l'a vu en Espagne ou en Grèce, frappe durement les plus fragiles.

Mais cela ne vous suffit pas. Pour résoudre les défauts structurels de cette monnaie, vous proposez, dans ce rapport sur l'Union économique et monétaire, de déposséder les nations de leurs derniers pouvoirs économiques et budgétaires en les transférant à Berlin via sa succursale de Bruxelles.

Ainsi, après avoir enlevé nos frontières nationales avec Schengen, notre monnaie avec l'euro, nos banques avec l'union bancaire, vous vous attaquez maintenant à nos finances publiques.

Monsieur Macron, nous vous combattons politiquement pour résoudre les problèmes de la zone euro dans le cadre d'une coopération et d'une concertation intergouvernementales.

Danuta Maria Hübner (PPE). – Madam President, I believe that the demand for change in Europe provides strong legitimacy for difficult and far-reaching reforms when it comes to the governance and functioning of the Economic and Monetary Union (EMU). It is true that there are changes feasible within the current Treaty framework but there are also others that need Treaty change, and of course discussions on decision-making processes are never without controversy.

There might not be great haste or great enthusiasm to embark immediately on Treaty change. Nevertheless, this should not prevent us from analysing where our Treaties should be improved. But the challenge is not only to strengthen the architecture and governance of the EMU. We must also find a way to strengthen its democratic legitimacy.

Lastly, we must make sure that the unavoidable integration gap between EMU members and the non-eurozone will be mitigated by safeguards protecting the integrity of the internal market and the consistency of policies across the Union.

Jonás Fernández (S&D). – Señora presidenta, señor comisario y vicepresidente, la verdad es que todos celebramos este nuevo informe que plantea un escenario a medio plazo para la unión monetaria. Yo creo que las recomendaciones que hacen tienen sentido; probablemente algunas de ellas deberían adelantarse en el tiempo, teniendo en cuenta que esa capacidad presupuestaria debería acomodarse al nuevo escenario plurianual, al nuevo presupuesto plurianual, que tendrá que discutirse en los próximos años.

En cualquier caso, uno se pregunta ya cuándo vamos a lograr pasar de los planes de las hojas de ruta, a las propuestas.

Conocíamos el informe de los señores Van Rompuy y Barroso, en 2012. En 2014 teníamos el informe de los cinco presidentes. La Comisión publicaba también otro Libro Blanco, hace unos meses, con distintas opciones para la Unión. Y ahora tenemos este Libro Verde sobre la unión monetaria.

Está bien la reflexión, está bien la discusión, pero necesitamos propuestas legislativas concretas por parte de la Comisión y necesitamos también que este Parlamento dé respuesta a algunas que ustedes ya han presentado.

(El orador acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

Paul Rübzig (PPE), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Ich möchte mich beim Kollegen Fernández recht herzlich bedanken, weil natürlich gerade dieser Aktionsplan neue Chancen für Beschäftigung gibt. Wie, glauben Sie, erhalten eigentlich die kleinen und mittleren Unternehmungen von diesen neuen Rahmenbedingungen einen positiven Effekt, der es ganz einfach ermöglicht, nicht nur in Europa tätig zu werden, sondern vor allem im Export, mit Private-Public-Partnership-Argumenten neue Märkte zu erschließen und auf beiden Seiten für Wohlstand zu sorgen?

Jonás Fernández (S&D), respuesta de «tarjeta azul». – Agradezco mucho la pregunta, porque cerrar el modelo de unión monetaria debe permitir ampliar la capacidad de crecimiento de todas las economías de la Unión y, por lo tanto, ofrecer nuevas perspectivas de futuro a las pymes —a las pequeñas y medianas empresas—, que conforman el núcleo de la economía europea.

Estamos discutiendo y se han discutido iniciativas en el marco de la unión del mercado de capitales para permitir que las pequeñas empresas puedan financiarse no solamente utilizando los canales bancarios, y yo creo que este esfuerzo para mejorar el funcionamiento de la Unión y la demanda interna es una apuesta de futuro para el conjunto de la Unión.

Bernd Lucke (ECR). – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Problem ist in der Tat die Konvergenz in der Eurozone – die Konvergenz, die nicht stattfindet. Wir haben keine Konvergenz, Graf Lambsdorff, wir haben Divergenz in der Eurozone. Über die letzten zehn Jahre hin sind diverse Staaten in der Eurozone, die arm sind, ärmer geworden; die Einkommensunterschiede in der Eurozone haben zugenommen. Diese Einkommensunterschiede, die jetzt größer sind, als sie vor zehn Jahren waren, geben jetzt Anlass für die Kommission zu sagen: Dann müssen wir eben umverteilen, dann müssen wir eben irgendwelche Formen von Transfers schaffen, dann müssen wir versuchen, die Ressourcen aus den reichen Ländern in die armen Länder hineinzubringen. Das sind die Maßnahmen, die der Kommission dazu einfallen. Aber das ist ein Kurieren an den Symptomen, es geht nicht an die Ursachen heran.

Die Ursache liegt darin, dass die Produktivitätsentwicklungen in unterschiedlichen Staaten nun einmal unterschiedlich sind. Wir können uns nicht einfach wünschen, dass sie überall die gleichen Produktivitätsentwicklungen durchmachen, sondern wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass sie unterschiedlich sind und dass sich dann entweder die Löhne ganz unterschiedlich entwickeln, was dazu führen wird, dass die EU oder zumindest die Eurozone starken Spannungen ausgesetzt wird, oder aber, dass wir den Euro abschaffen müssen, damit die Abwertungen wieder greifen können, die früher zur Konvergenz in der Eurozone geführt haben.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Alexander Graf Lambsdorff (ALDE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Herr Lucke, ich stimme Ihnen in vielen Punkten zu. Italien ist das beste Beispiel: Seit 20 Jahren gibt es keine Produktivitätsfortschritte. Das liegt an der Arbeitsmarktpolitik, es liegt an der Bildungspolitik, es liegt an der Reformverweigerung, es liegt an einem insgesamt sozialdemokratischen Politikverständnis, auch was die Sozialpartnerschaft angeht – da stimme ich Ihnen überall zu. Aber wenn die Kommission jetzt alleine gesagt hätte: „Wir müssen das Ganze mit einer Transferunion regeln.“, würde ich das genauso hart kritisieren, wie Sie das gerade getan haben. Das hat die Kommission aber gerade nicht getan, sondern sie hat eine Debatte angestoßen, wie wir es schaffen, mit demokratischer Kontrolle dafür zu sorgen, dass die Konvergenz endlich stattfindet. Sehen Sie das auch so?

Bernd Lucke (ECR), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Herr Kollege Lambsdorff! Ich stimme Ihnen nicht zu, dass demokratische Kontrolle dazu führen wird, dass Konvergenz einsetzt. Ich bin völlig bei Ihnen in der Kritik, die Sie auch in Ihrem Redebeitrag geäußert haben. Aber ich glaube nicht, dass wir durch Strukturreformen dahin kommen werden können, dass die Länder, die jetzt Schwierigkeiten in der Eurozone haben, werden wie Deutschland oder Dänemark oder die Niederlande. Es ist ein falscher Ansatz zu glauben, dass wir das, was wir an Strukturen in den fortgeschrittenen Ländern der Eurozone haben, einfach eins zu eins auf andere Länder übertragen können und dass sie auf die Dauer schon so werden wie wir. Diesen Ansatz, glaube ich, können wir nicht weiterverfolgen. Wir müssen die Heterogenität, die Unterschiedlichkeit der Länder in der Eurozone respektieren und akzeptieren.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL). – Señora presidenta, lo que su documento pone sobre la mesa es que no tienen un plan para el euro; que pretenden profundizar en las reformas neoliberales del mercado laboral y la austeridad, obviando que son estas reformas las que están desgarrando la zona euro, las que están empobreciendo a su periferia, las que están condenando a generaciones enteras a la pobreza, el paro y la precariedad.

No es por falta de imaginación, es cobardía frente a Alemania que, como los romanos, creó un desierto y lo llamó paz. Un desierto de deslocalizaciones, de desempleo masivo, de trabajadores obligados a bailar al son de un capital internacional que pone la música con la que bailan la Comisión y los gobiernos —por ejemplo, como el de mi país, España—.

Sin transferencias, sin armonización laboral, sin armonización fiscal, el único futuro del euro es su desintegración. Porque ningún pueblo puede vivir para ser esclavo de una moneda.

Gerolf Annemans (ENF). – Collega's, een muntzone creëren vanuit lidstaten die sociaal en economisch zo fundamenteel van elkaar verschillen, dat was vragen om instabiliteit. Het is mijn mening dat de instabiliteit structureel ingebakken was in het euro-concept. En nu stellen we, naarmate de mislukking steeds duidelijker wordt, vast dat het juist die instabiliteit is die door u wordt gebruikt om uw verdere Europese integratie, uw politieke integratie door te drukken. Het is die instabiliteit van de munt die wordt gebruikt om de verschillen uit te vlakken en in die discussienota (*reflection paper*) waar u nu mee aankomt, komt u op een vrij onbeschaamde manier naar voren met een politiek project. Een politiek project niet alleen van de bankenunie en van de kapitaalmarktenunie en van het afwikkelingsfonds, maar ook van een fundamentele voortzetting van de convergentiestandaarden en van een Europese minister van Financiën en een Europees Parlement, en natuurlijk van Europese schuldpapieren. U wil verder naar het verder uitvlakken van de verschillen, terwijl dat nu juist het on-Europese is aan dit hele project.

De verschillen die Europa hebben groot gemaakt, de concurrentieverschillen die Europa tot welzijn en welvaart hebben gebracht, worden verder uitgevlakt en volgens ons is dat een ernstige, fundamentele vergissing. Het is de vergissing die de Europese Unie altijd begaat: als er zich een probleem voordoet, moet er meer Europese Unie zijn, de vlucht vooruit. Het doordrukken van een politieke dwangbuis naar een politieke eenheid is wat ons betreft on-Europees. Dat is al bij uitstek het geval bij de monetaire politiek van uw ECB. Die moet proberen de instabiliteit te verhinderen door Zuid-Europese landen toe te laten, hun schuld te parkeren op de ECB-balans, wat onvermijdelijk tot transfers leidt. Dat is ook het geval voor het monetair beleid dat nu gevoerd wordt door Draghi en dat uiteindelijk fundamenteel onze reservecapaciteiten verkwist.

De potentiële stimuleringspakketten die we later nodig zullen hebben, wanneer we bij een daling van de conjunctuur of bij de eerstvolgende crisis moeten verhinderen dat we in een recessie terechtkomen, zullen niet meer mogelijk zijn. Uw arbeidsmobiliteit, uw immigratie, uw globalisering, dat zijn sociale uitvlakkingen waarvan de prijs de druk op de lage lonen en de armoede zijn. De schuldenniveaus zijn nog altijd dezelfde als voor de crisis. Lidstaten hebben geen rempedalen meer, geen motor meer, ze hebben zelfs het stuur niet meer in handen. U neemt hen dat allemaal af. We kunnen beter teruggaan naar de tekentafel en terugkeren naar de oorsprong van wat de Europese Unie was: een Unie van verschillende landen die door de verschillen juist meer welvaart en meer welzijn voor de bevolking hebben gecreëerd. U doet het omgekeerde.

Paul Tang (S&D). – De bijdrage van de Commissie komt op een uitstekend moment. Na de verkiezingen kan de Frans-Duitse as weer op gang komen en is er een nieuw debat over de euro. Dat is hoog tijd, want de euro werkt niet naar behoren. De euro zou landen bij elkaar moeten brengen, niet uit elkaar moeten drijven. Hij zou moeten zorgen voor stabiliteit en vooral volledige werkgelegenheid. Maar de Europese instrumenten voor de Europese munt die daarvoor nodig zijn, ontbreken. Een onderling waarborgfonds, waar het Europees Parlement in februari al vóór stemde, kan zorgen dat overheidsbestedingen op het juiste moment en op de juiste plek komen. Een Europese garantie voor spaartegoeden kan voorkomen dat banken landen omver trekken. En de democratische verantwoording moet beter. Waarom wel een schimmige Eurogroep en geen eurozone-parlement? Kortom, het is nog niet te laat om de euro te laten werken. Het is nog niet te laat om een einde te maken aan de struisvogelpolitiek. Het is nu tijd om keuzes te maken.

Νικόλαος Χουντής (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, η ONE και το ευρώ αποδείχθηκαν ένας μηχανισμός οικονομικής και πολιτικής επιβολής συγκεκριμένων πολιτικών υπέρ των ισχυρότερων οικονομικά χωρών και υπέρ του κεφαλαίου. Στα δεκαοκτώ χρόνια της ONE, και ιδιαίτερα στα χρόνια της κρίσης, στο όνομα της δημοσιονομικής σταθερότητας έχει εφαρμοστεί σκληρότερη λιτότητα με αποτέλεσμα να διευρυνθούν οι περιφερειακές και κοινωνικές ανισότητες. Χώρες, όπως η Ελλάδα, μπόκαν σε μνημόνιο για να σωθούν οι τράπεζες και το ευρώ. Μνημονιακές κυβερνήσεις, όπως αυτές της Ελλάδας, και ευρωπαϊκοί θεσμοί έχουν παραβιάσει εθνικά Συντάγματα, έχουν ακυρώσει δημοψηφίσματα, έχουν απαξιώσει τη βούληση των λαών και τη δημοκρατία. Σήμερα, η ανάγκη εμβάθυνσης της ONE επί της ουσίας ζητάει περισσότερη λιτότητα, περισσότερες ιδιωτικοποιήσεις, λιγότερα δικαιώματα για τους εργαζόμενους, και περισσότερη ανεργία και ανασφάλεια. Για τους ευρωπαϊκούς λαούς, η ONE και το ευρώ δεν προσφέρουν προοπτικές ευημερίας και ανάπτυξης. Οι λαοί της Ευρώπης θα βρουν εναλλακτικούς τρόπους οικονομικής συνεργασίας έξω και μακριά από τα δεσμά του ευρώ.

Κώστας Μαυρίδης (S&D). – Κυρία Πρόεδρε, σωστά ο Αντιπρόεδρος, κύριος Dombrovskis, σημείωσε ότι οι πολιτικές μας δεν πρέπει να αλληλοϋπονόμευονται με βάση τους κοινούς μας στόχους. Και πολύ ορθά ο Επίτροπος, κύριος Moscovici, τόνισε ότι μια ευρωζώνη δύο ταχυτήτων είναι επικίνδυνη. Ωστόσο, οι διακηρυγμένες πολιτικές μας, με βάση τον στόχο μας για σύγκλιση των οικονομιών μας, πρέπει να αξιολογούνται και εκ των υστέρων από τα αποτελέσματά τους. Για παράδειγμα, είναι γνωστό ότι η Τραπεζική Ένωση περιέχει και Ευρωπαϊκό Σχέδιο Εγγύησης Καταθέσεων, το οποίο είναι βασική παράμετρος για να υπάρχει σταθερότητα στην ONE. Όμως, χωρίς την εφαρμογή του, υπάρχει μια έμμεση διάκριση εις βάρος των κρατών μελών ιδίως του ευρωπαϊκού Νότου που είναι αδύνατα και μικρά. Πρόκειται για μεταφορά καταθέσεων σε άλλα κράτη μέλη. Καλά, λοιπόν, τα μεγάλα βήματα για Ευρωπαϊκό Νομισματικό Ταμείο, αλλά πρώτα ας εκπληρώσουμε όσα έχουμε συμφωνήσει.

Cătălin Sorin Ivan (S&D). – Doamnă președinte, Uniunea Europeană va avea succes dacă două condiții sunt îndeplinite în mod esențial: în primul rând, dacă această zonă euro va reuși să aducă prosperitate și convergență între statele membre ale Uniunii Europene, dacă solidaritatea între statele membre va fi o realitate, ceea ce nu a fost până acum, și, în al doilea rând, dacă cetățenii europeni vor susține în continuare Uniunea Europeană.

În acest moment nu avem o plasă socială de siguranță pentru cetățenii europeni. Toate costurile acestor reforme sunt puse în spinarea cetățenilor europeni și nu este normal să se întâmple acest lucru. De aceea, avem nevoie de un control democratic solid, de aceea, avem nevoie de implicarea Parlamentului European în luarea deciziilor în acest domeniu, pentru că Parlamentul European este singura instituție aleasă democratic de cetățeni, care reprezintă cetățenii europeni.

Nu în ultimul rând, lipsește un plan de susținere a țărilor care vor adera la această zonă euro. Nu există un plan de susținere a țărilor care vor intra în zona euro în viitor.

Alfred Sant (S&D). – Madam President, the eurozone still faces two major fundamental problems: its component parts diverge economically and socially, and divergence is increasing. This allows parts of the system to automatically benefit from the rules of the game and others to lose out. Secondly, the only available mechanism to repair imbalances is internal devaluation. This creates huge social hardship which, when unfairly distributed, undermines the legitimacy of EMU.

As in the Five Presidents' report, the Commission paper lists the tools that could, if properly used, help to counteract these two major flaws. However, experience has shown that tools lined up to address the problems of European integration – unless they are properly structured through political agreement – correct symptoms while leaving underlying problems to fester. This has been the case with the application of the two-pack and six-pack process, so we have budgetary balances while public investment remains in decline. Any new structural change in the eurozone's structure would need a prior political agreement between eurozone members regarding how such change would operate. Leaving it to be guided by free market forces or making it subservient to the dogma that there can be no transfer union would again simply give greater impetus to divergences while allowing social unfairness resulting from internal devaluation to grow.

Interventions à la demande

Ivana Maletić (PPE). – Gospodo predsjednice, dovršetak i jačanje Ekonomske i monetarne unije neophodno je, jer je to put za postizanje ciljeva koji su nam svima važni, a to je rast i razvoj Europske unije, stvaranje novih radnih mjesta, ekonomska konvergencija, financijska stabilnost. Prvi korak na tom putu je, kako su i mnoge kolege istaknule, kvalitetna primjena postojećih pravila. Ali, ja bih još dodala i izmjene i prilagodba u dijelovima za koje analize pokazuju da bi to bilo korisno i potrebno – ne smijemo se bojati biti fleksibilni.

Države članice izvan EMU-a treba poduprijeti i pomoći im na putu te važne integracije, osobito one koje primjenjuju sva pravila i ispunjavaju gotovo sve kriterije, poput Hrvatske, iz koje dolazim. Sve države članice trebaju sudjelovati u donošenju odluka o budućnosti EMU-a, biti na sastancima Euro grupe, ako ozbiljno mislimo da je njihova integracija sigurna u skorijoj budućnosti.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, una vera unione economica e monetaria richiede innanzitutto la promozione dell'interesse generale della zona euro e una maggiore trasparenza dei processi decisionali in campo monetario e finanziario. Una maggiore integrazione europea, in particolare sul piano finanziario, non potrà che contribuire a rafforzare l'Europa nel mercato globalizzato.

Una possibile *roadmap* per il 2025 includerebbe l'emanazione di titoli garantiti da obbligazioni sovrane per la zona euro, l'istituzione di un sostegno comune per il fondo di risoluzione e una semplificazione delle regole del patto di stabilità.

In sostanza dobbiamo portare a compimento l'Europa di Maastricht, dotandola di un'istituzione finanziaria di riferimento. Per farlo bisogna saper cogliere il momento e sfruttare i segnali positivi della riduzione del deficit in tutta l'eurozona, creando un *framework* in cui responsabilità e solidarietà vanno di pari passo a partire dagli strumenti di garanzia dei debiti sovrani.

Ma prima ancora bisogna fare in modo che l'aspetto economico e quello sociale convergano, specie in un momento come quello attuale, segnato da nuovi nazionalismi e populismi che remano in direzione contraria, chiedendo di tornare agli Stati europei in competizione tra loro.

Νότης Μαρτιάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η φιλοσοφία και η δομή της ευρωζώνης οδηγεί σε ανισορροπίες, με αποτέλεσμα αυξημένα εμπορικά πλεονάσματα στη Γερμανία και εμπορικά ελλείμματα στον Νότο. Ταυτόχρονα, η Οικονομική και Νομισματική Ένωση δεν προέβλεψε κανένα σύστημα δημοσιονομικής αλληλεγγύης και τη δημιουργία ευρωομολόγων. Ως αποτέλεσμα έχουμε στρατιές φτωχών και ανέργων, με τις χώρες του ευρωπαϊκού Νότου να μετατρέπονται σε «αποικίες» της γερμανικής Ευρώπης. Επαναλαμβάνουμε τη θέση μας ότι οι Εθνικές Κεντρικές Τράπεζες πρέπει να μετατραπούν σε ύστατους δανειστές των δικών τους κρατών. Ταυτόχρονα, το Ευρωπαϊκό Σύστημα Κεντρικών Τραπεζών πρέπει να γίνει ακόμη πιο αποκεντρωμένο και ευέλικτο, με στόχο οι Εθνικές Κεντρικές Τράπεζες να ασκούν αυτοτελή νομισματική πολιτική, προσαρμοσμένη στις ανάγκες

της οικονομίας της χώρας τους, αξιοποιώντας συμβατικά και μη συμβατικά μέσα, όπως η ποσοτική χαλάρωση (quantitative easing), δημιουργώντας χρήμα χωρίς την έγκριση της Ευρωπαϊκής Κεντρικής Τράπεζας και μέχρι του ποσοστού της συμμετοχής κάθε Εθνικής Κεντρικής Τράπεζας επί του εκάστοτε ισχύοντος ισολογισμού του Ευρωσυστήματος, που σήμερα ανέρχεται σε 3,5 τρισεκατομύρια ευρώ.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL). – Madam President, I heard earlier that, apparently, the symbol had become a symbol of prosperity. You can try and dream that up and say it is true, but it is not true. It is a symbol of incompetence; it is a symbol of bad planning. In fairness, you have admitted that there was bad planning, that you did not have the right architecture in place, and it was not very well organised.

Imagine you went out in the morning and bought a car, but when you went out to drive it you discovered when the dark came that there were no lights, and when you tried to put your foot on the brakes, it would not stop and crashed into the ditch. You have admitted that you caused the problem, but when that happens – when you go for something, when you promise something – if it goes wrong, you get compensation for what happened.

In Ireland, we got hit the tune of EUR 60 billion because you had no brakes or no lights on this vehicle. We are currently picking the glass out of our face. EUR 6 billion in the last two years we have borrowed and burned. Symbol of prosperity? Cop on, get real!

Rosa D'Amato (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, parliamo di un euro che insieme al Patto di stabilità e crescita e al *Fiscal Compact* ha impiccato i cittadini, acuendo le disuguaglianze, accentuando gli effetti della crisi, portando migliaia di persone al suicidio. Il *paper* sull'euro lo indica come uno strumento di successo, di convergenza, da preservare o addirittura portare avanti. E con cosa? Con l'unione bancaria, con la *Capital Market Union*, con strumenti per soddisfare la bulimia della grande finanza?

L'euro doveva dare prosperità, invece ha aumentato povertà e miseria. L'euro doveva spingere l'integrazione invece ha alimentato rancore e odio. L'euro doveva essere un mezzo e invece è diventato il fine di ogni azione politica da difendere a qualunque costo.

Ma l'Europa oggi è fatta anche di paesi che non hanno l'euro e che sono nell'EFTA ed è costituita da tanti cittadini che vorrebbero l'unione dei popoli, coesa a tutela del benessere sociale e dei diritti di ciascuno. Un'unione che sia cooperazione rafforzata e solidarietà. Di un'Unione così non è ancora apparso alcun *paper*. Mentre voi vi occupate della finanza, dell'euro e dei mercati, là fuori ci sono più di 500 milioni di cittadini che attendono un'Europa che ancora non si è vista.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, the title of this discussion is a reflection paper on the deepening of EMU by 2025, and I would like to compliment Commissioner Moscovici and Vice-President Dombrovskis for coming here and making their presentations and taking the views of Parliament on board. I am quite sure they will reflect on what has been said and eventually come up with good, practical proposals. One of the nicest headlines I have seen in the last couple of weeks was one which said: 'Eurozone economy grows more than expected' – 1.9%, in fact – and I was here in the last mandate when everybody was forecasting the demise of the euro and the European Union. Now that measures have been taken to get things on a proper footing and things are beginning to grow again, it is only right that we should reflect and see how we can keep this growing without impinging on national sovereignty. I think this is a good discussion and we can get good progress in due course.

Jean-Paul Denanot (S&D). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, vous l'avez dit, l'euro est un symbole de l'Union européenne. Tout à l'heure, nous avons fêté le 30e anniversaire d'Erasmus, autre symbole s'il en est, et je suis persuadé que l'euro a contribué à faire de nos étudiants des Européens convaincus.

Nous ne pouvons cependant pas regarder cette monnaie unique avec béatitude. Il nous faut, au contraire, faire une analyse critique pour mieux conforter cette monnaie devenue, quelque part, l'ADN de l'Union européenne. D'où le travail nécessaire que mène la Commission sur l'Union économique et monétaire avec l'idée de la création d'une zone euro forte et démocratique.

Un budget de la zone euro serait en effet le moteur d'un nouveau développement économique s'appuyant sur des investissements d'avenir, notamment ceux liés à la transition écologique, et permettant ainsi la création d'emplois dont la jeunesse européenne a tant besoin.

Cette zone devrait, bien entendu, constituer un espace de solidarité pour réduire les inégalités sociales et fiscales.

Neena Gill (S&D). – Madam President, I would like to thank the Vice-President and the Commissioner for the presentation. The more integrated the eurozone is economically, the stronger the EU will be. However, with the UK looking to develop a new relationship with the EU it is really critical that we have clarity in how capital markets union (CMU) becomes a reality for the EU-27. Given the important role the UK is playing in terms of market finance and given the importance of the euro as a global currency, how does this reconcile with calls to localise CCPs out of the UK?

Secondly, with the CMU mid-term review, one of the focuses is on greening of the CMU. This is really welcome and positive, but more needs to be done, for example on the investment side. How do we ensure, Commissioner and Vice-President, that greening of the EU economy finance becomes mainstream?

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), blue-card question. – First off, congratulations on Labour's great result. I would like to ask you this question: do you regret Britain not joining Economic and Monetary Union? If it had joined, Jeremy Corbyn would not have been able to make the wonderful promises that he did to put money into the economy and borrow forward into the future. You would not have been allowed to do that. You would not have had a choice in the election if you had joined EMU. Are you sorry you did not join it, or are you glad?

Neena Gill (S&D), blue-card answer. – Thank you for the congratulations and indeed we are very pleased with the result. We hope that this will lead to a different kind of relationship between the EU and the UK and that is what we are looking to do. Of course we had our reasons in terms of whether we could join the eurozone or not. The timing was not right for us and I am not going to go into what would have been the consequences had we joined or not. I think it was absolutely the right decision at the time for the UK not to join, but we wish the eurozone every success because our economy depends on the eurozone being successful.

(Fin des interventions à la demande)

Pierre Moscovici, membre de la Commission. – Madame la Présidente, Mesdames et Messieurs les députés, je vous remercie de ce débat qui a été de haute tenue et très constructif.

Évidemment, vous vous en doutez, la Commission se sent plus proche de ceux qui souhaitent donner à la zone euro une plus grande force et une plus grande ambition que de ceux qui croient aux idées, à mon sens assez régressives, qu'il est bon de la défaire et de revenir à je ne sais quelle situation antérieure, dont nous ne devons pas garder la nostalgie.

Je voudrais simplement faire deux remarques dans cette conclusion. La première, c'est que je suis convaincu qu'il est temps de faire de l'euro un outil de croissance partagée et plus seulement de stabilité. C'est bien de cela dont il s'agit. La question cruciale, c'est celle de la convergence et de la réduction des inégalités territoriales, sociales et économiques au sein de la zone euro pour assumer la cohésion de l'euro et pour lutter contre l'euroscpticisme qui nourrit à son tour les populismes.

De ce point de vue, il y a une notion que je retiens de votre débat, c'est qu'il faut bien faire l'équilibre entre les outils de solidarité, qui sont indispensables, et le principe de solidarité ainsi que les règles sans lesquelles il n'y a pas de zone euro qui tienne. Mais, en même temps, tout cela doit être intégré dans tous les champs: financier, économique et monétaire.

Enfin, ma dernière remarque est transversale à toutes les interventions qui ont été prononcées ici, c'est que nous avons besoin de plus de démocratie dans la zone euro mais pas de plus de technocratie. Nous avons besoin de rendre des comptes, nous avons besoin de transparence. Il y a, en effet, des situations qui ne peuvent pas tenir indéfiniment et qui ne concernent pas – vous avez eu raison de le dire, Monsieur Papadimoulis – que la Grèce, mais qui nous concernent tous. Un budget de la zone euro doit être voté et doit être contrôlé. Pour cela, il est très clair que même si les parlements nationaux jouent un rôle important, à mon sens, c'est le Parlement européen qui doit jouer le rôle de premier plan et qui doit être au cœur de cette construction démocratique.

Ce débat ne fait que commencer. Il est à poursuivre et nous le poursuivrons avec vous.

Valdis Dombrovskis, *Vice-President of the Commission*. – Madam President, I would like to begin by thanking the honourable Members for this debate. It clearly shows that views are often quite divergent, and indeed that there is no single answer or one-size-fits-all solution to the future shape of our Economic and Monetary Union. What is needed is an overall common approach and a vision of the future of our single currency.

The challenge now is to put the different ideas into practical solutions and to identify a way forward that is pragmatic and flexible, yet effective. The objective is to restart the process of convergence, to strengthen the euro as a source of shared prosperity and economic and social welfare, and to ensure inclusive and balanced growth, and price stability.

This reflection paper is the Commission's contribution to the debate on the way forward. We look forward to working closely and constructively with the European Parliament to deepen Economic and Monetary Union.

La Présidente. – Le débat est clos.

Déclarations écrites (article 162)

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Todos celebramos este nuevo informe que plantea un escenario a medio plazo para la unión monetaria. Creo que las recomendaciones que se hacen tienen sentido. Cerrar el modelo de unión monetaria debe permitir ampliar la capacidad de crecimiento de todas las economías de la Unión y, por lo tanto, ofrecer nuevas perspectivas de futuro a las pequeñas y medianas empresas, que conforman el núcleo de la economía europea. Probablemente algunas de ellas deberían adelantarse en el tiempo, teniendo en cuenta que esa capacidad presupuestaria debería acomodarse al nuevo escenario plurianual, al nuevo presupuesto plurianual, que tendrá que discutirse en los próximos años. En cualquier caso, es necesario pasar de los planes, de las hojas de ruta, a las propuestas. Recordemos el informe de Van Rompuy y Barroso, en 2012. En 2014 se publicó el informe de los cinco presidentes. La Comisión publicaba también otro Libro Blanco, hace unos meses, con distintas opciones para la Unión. Y ahora tenemos este Documento de Reflexión sobre la unión monetaria. Está bien la reflexión, está bien la discusión, pero necesitamos propuestas legislativas concretas por parte de la Comisión.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az Európai Unió egyik legnagyobb vívmánya az egész kontinensre kiterjedő közös valuta. Lassan minden tagállam bevezeti az eurót. A szomszédjaink közül a szlovákok és a szlovénok már rég, a románok és a bolgárok pedig most fogják bevezetni az eurót. Sajnos Magyarországon ez még a kanyarban sincs annak ellenére, hogy minden feltételt teljesítünk. A közös valutát használó országokban gazdasági növekedés indult be, és teljesen eltűnt az árfolyamkockázat.

Szlovákiában például az emberek jóval jobban élnek az euró bevezetése óta, az életszínvonal brutális növekedésnek indult. Sőt, az euróvezetben közös uniós védelem áll a bankbetétek mögött. Az euró a világ második legfontosabb valutája az amerikai dollár mögött. Miért ne akarnánk bevezetni? Miért nem akarnánk, hogy a magyarok a közös, erős euró minden előnyét élvezzék? Mi elköteleztük magunkat Magyarország eurócsatlakozása mellett, amely a magyar emberek érdekét képviseli.

Theodor Dumitru Stolojan (PPE), *în scris*. – Salut inițiativa Comisiei Europene de a pune în discuție direcțiile de acțiune pentru aprofundarea Uniunii Economice și Monetare. Regret că în acest raport s-a renunțat la ideea de a conveni cu statele membre din afara zonei euro planuri de acțiune și date previzibile pentru trecerea la euro. Aceste state membre, cu excepția Danemarcei, și-au luat angajamentul de a lua toate măsurile necesare pentru trecerea la euro și cele mai multe îndeplinesc criteriile de aderare. Constatăm că, sub presiunea în special a sistemului bancar, guvernele din aceste state membre respective „descoperă” fel de fel de argumente împotriva aderării la euro. Această poziție este contradictorie: pe de o parte, aceste țări se declară pentru aprofundarea integrării, iar, pe de altă parte, amână aderarea la euro pentru un viitor nedefinit. Consider că este timpul ca statele membre din afara zonei euro să prezinte Comisiei Europene și Băncii Europene Centrale un plan concret de acțiune și un termen pentru aderarea la euro. Acest termen nu ar trebui să fie mai departe de anul 2025.

10. Glyphosat und Zulassungsverfahren (Aussprache)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le débat sur la question orale à la Commission sur le glyphosate et les procédures d'autorisation d'Angélique Delahaye, Miriam Dalli, Julie Girling, Gerben-Jan Gerbrandy, Kateřina Konečná, Bart Staes, Piernicola Pedicini et Jean-François Jalkh, au nom de la commission de l'environnement, de la santé publique et de la sécurité alimentaire (O-000046/2017 — B8-0316/2017) (2017/2695(RSP))

Miriam Dalli, author. – Madam President, glyphosate, which we are speaking about today and the oral question that we are presenting and the topic that it is focusing on, is the world's most used herbicide, and obviously the European Union is no exception to this.

The carcinogenicity and the genotoxicity of the substance are confirmed by certain studies but denied by others. The fact is, that it is undeniable that there are serious doubts as to the substance's safety. The Commission keeps on insisting that it arrives to its decisions based on two things: scientific evidence and the rule of law. The issue we are dealing with today goes further. It is about the lack of transparency; it is about questionable scientific reliability and scientific independence. It is about losing public trust and about corporate giants overstepping their authority – and yes, transparency matters.

The glyphosate hazard classification process of the European Commission and its two agencies, the European Food Safety Authority (EFSA) and the European Chemicals Agency (ECHA), appears to be a good example of how lack of transparency regarding the scientific evidence that underlies important public health decisions can end up eroding public trust and raise serious concerns.

Independent analysis indicates serious flaws in the EFSA and ECHA safety assessments – namely, eight instances where increases in tumours as a response following glyphosate exposure were not included in the assessment by either agency. In March 2015, the International Agency for Research on Cancer, which forms part of the World Health Organisation, said that glyphosate was 'probably carcinogenic to humans'.

On the other hand, the Commission is claiming that ECHA and EFSA concluded that the available scientific evidence did not meet the criteria to classify glyphosate as a carcinogen, as a mutagen or as toxic for reproduction. No wonder that questions and doubts still exist. Is it too extreme to imagine that there could be an expert panel, financed by corporate giants, who would conclude that available data will not support the conclusion that that glyphosate is a 'probable human carcinogen'? How can we be sure of the validity of the conclusions about the safety or otherwise of glyphosate when there is lack of transparency, and when it has been publicly revealed by the latest US court cases that the scientific data provided by the company experts was falsified?

We have to take a strong stand on this issue. Until we know for certain that glyphosate is safe for our citizens and the environment, we cannot allow this substance to be freely sold in the EU market. And this is why we are presenting this Oral Question: we want to understand what steps the Commission is taking to make sure that the decision on the renewal of glyphosate is based on credible and independent scientific findings. We want the Commission to recommend ECHA and EFSA to critically revise the validity of the current studies, and not to propose the approval of glyphosate as long as the scientific uncertainties have not been clarified. We also require the Commission to rapidly ensure an independent review of the classification of glyphosate in relation to hormone disruption, genotoxicity and carcinogenicity.

Finally, we want the Commission to promote and support the agricultural sector so that our farmers can move towards glyphosate-free agriculture, and towards alternative sustainable and cost-efficient solutions for pest management. We asked precise questions on behalf of the Environment Committee to the Commission, and we are looking forward to precise detailed answers. Ultimately, people's right to health and a healthy environment should be our priority at all times.

Vytėnė Povilė Andriukaitė, *Member of the Commission*. – Madam President, I am pleased to attend this plenary session to talk about a substance which has generated a great deal of interest and debate, namely glyphosate. I hope that you will allow me a bit of time to insist on this point as it was repeatedly requested by various Members of this House who asked for the debate today, and of course I had slightly different questions compared to those which I received in writing. I believe that it is of the utmost importance to reply as precisely as possible to the specific questions raised by honourable Members.

On the chronology of events: as you know, glyphosate is the most frequently used active substance in herbicide products in Europe as it has already been on the national markets since 1970s. It was previously subject to national approval processes. Since 1 July 2002, this substance has been approved for use at European Union level after a review assessment. It is currently under evaluation as regards a possible renewal of its approval. This evaluation is done following the procedures laid down in the EU legislation concerning pesticides. This is a very strict legislation which you wisely contributed to put in place.

In April 2015, in accordance with the legislation, a comprehensive assessment of all available data was carried out by the Rapporteur Member State, Germany. This assessment included both studies that industry legally has to submit and independent peer-reviewed scientific literature. This assessment was then also peer reviewed by all other European Union Member State bodies and the European Food Safety Authority (EFSA) – a lot of bodies together, as you can see.

An agency of the World Health Organization (WHO), the International Agency for Research on Cancer (IARC), also carried out an assessment and concluded, in March 2015, that glyphosate is 'probably carcinogenic' to humans (Classification Group 2a). This is why, taking into account public concern, I asked EFSA to ensure that the IARC assessment was fully considered in the EU peer review of glyphosate.

In November 2015, EFSA concluded, in contrast to IARC, that glyphosate is unlikely to pose a carcinogenic hazard to humans. But the same conclusion was also reached by all – except one – of the regulatory agencies in the European Member States: 27 agencies. In 2016-2017, the same conclusions were also reached by agencies in Japan, New Zealand, Canada and Australia – a lot of agencies worldwide.

In May 2016, the Joint Food and Agriculture Organisation (FAO) and WHO Meeting on Pesticide Residues also reached their conclusions, taking into account the work of IARC, which was only a first step in the WHO assessment. I would like to draw your attention to the fact that, even without mentioning tobacco, solar radiation or processed meat – alcoholic beverages are, for instance, classified by IARC in Group 1 as 'carcinogenic to humans', contrary to glyphosate. But only glyphosate is high on the agenda in public debates. Does this mean that I should label processed meat or alcoholic beverages as carcinogens, or even ban them? That is an open question.

In 2016, the Commission discussed a possible renewal of the approval of glyphosate with the Member States. Following the divergent opinions between, as I mentioned, IARC and EFSA – and also between different Member States – on the carcinogenic potential of glyphosate, the Commission took a cautious approach, also in light of legitimate public concern. We also used the precautionary approach and therefore made a proposal to extend the expiry date of glyphosate until 31 December 2017 (at the latest!) to enable the European Chemicals Agency (ECHA) to deliver its opinion on the hazardous properties of glyphosate based on the proposal from the Rapporteur Member State, namely Germany. In parallel, in April 2016, your House adopted a resolution asking to renew glyphosate for seven years. As always, the Commission was very attentive to this expression of Parliament's position. We took good note of your support for a renewal of the approval based on scientific assessment conducted in the EU.

Lastly, on 15 March 2017, ECHA's Committee for Risk Assessment (RAC) concluded that glyphosate should not be classified as carcinogenic, mutagenic or toxic for reproduction. In recent weeks various sources have reported on the so-called 'Monsanto papers'. First, the facts. According to media reports and correspondence sent to the Commission, a US Court ordered the release of documents following a freedom of access to documents request, which you mentioned in your speech.

I will now turn to your first question. You rightly pointed to a very important aspect: 'in light of public concern, to ensure credible and independent scientific findings'. In this field, as in others, I heard and listened to public concerns and many questions are legitimate and I am happy to provide you once again with answers. From 2014 when I took office, I have indeed received a lot of letters, messages and emails concerning glyphosate, together with a European Citizens' Initiative registered in January this year, a request for a urine sample last year, and even a citizens' Monsanto Tribunal. This shows a real picture of different opinions and concerns.

We are working on this. For some people, glyphosate is a symbol of intensive agriculture and strongly linked to GMOs. This debate is broader than glyphosate, but this is why the need to maintain a strong scientific assessment in this context is crucial. We will also always take public concern very much into account. This is why we asked EFSA and ECHA to indicate what impact the allegations, if confirmed, would have on the Agencies' overall assessment and conclusions on glyphosate.

Both ECHA and EFSA reached the same conclusion. EFSA confirmed that: 'even if the allegations regarding ghost-writing proved to be true, there would be no impact on the overall assessment as presented in the EFSA Conclusion on glyphosate'. ECHA confirmed that: 'the information contained in the so-called "Monsanto papers" did not have an impact on the overall assessment as presented in the draft opinion of the Committee for Risk Assessment (RAC) on 15 March 2017'. This is because 'EU experts had access to the raw data and to the original study reports' and they produced their own independent conclusions based on the original data and not on another interpretation of it.

In contrast, the articles mentioned were study reviews summarising or substantiating the industry position on glyphosate that had been presented elsewhere. These study reviews were known by all assessing bodies and are not new as they were mentioned in the Declarations of Interests of the participating experts.

In other words, the study reviews have limited weight in the overall scientific assessment of glyphosate and, I quote, 'would not normally on their own be sufficient for a conclusion to be reached on a harmonised classification'. This answer is from scientific bodies. The statements of both agencies have been available online since last week.

Overall, there is thus broad convergence between the European and international community of scientists on the fact that glyphosate is not carcinogenic, keeping an eye on public opinion and different views around the world. All agencies – in Japan, Canada, New Zealand, Australia, the EU – came to the same conclusion and only one agency, IARC, had a different opinion. It was little strange to see that so many scientific bodies agreed but we will ask once again how to move forward, keeping an eye on scientific based arguments.

While individual persons may continue to disagree with this overwhelming convergence of scientific opinions, this cannot call into question the robustness of our system and we should proceed with the renewal of the approval of glyphosate as there is no reason to doubt the evidence-based arguments about the safety of the substance.

Therefore the Commission decided, in light of public concern, to propose a renewal for ten years. In parallel, three very clear recommendations to Member States were adopted last year: first, to ban the co-formulant Tallowamine from glyphosate-based products; second, to minimise use in public parks, public playgrounds and gardens; and, third, to be attentive to the pre-harvest use of glyphosate. Let me also recall that, even if glyphosate is approved at EU level, it is within the responsibility of Member States to authorise plant protection products containing glyphosate at national level and decide on the conditions of use. They of course have the right to ban it because it concerns co-formulants. The Commission is therefore not the only one to decide when it comes to pesticides.

On your second sub-question, on investigation, let me stress that, in the case you refer to, the Commission does not have any proof that the allegations are correct. I am not a lawyer but I know that we have a very thorough assessment. Let me turn now to your second question.

I can confirm that the way in which data and information is provided to the regulatory authorities and shared with the public for consideration of the approval of substances will be examined in the context of the REFIT evaluation of the European Union pesticides legislation. Indeed the Commission is specifically asking the external contractor that will conduct an external study on the preparation of the REFIT evaluation to look into this issue. This is actually reflected in the terms of reference which are publicly available, as is everything we do.

As the REFIT evaluation of the EU pesticide legislation and the fitness check of the General Food Law are still ongoing, it is a little bit too early to make assumptions or consider a different course of action at this stage. However, I would like to stress that the outcome of the fitness check of the General Food Law will also be publicly available, once completed, and the outcome of the REFIT evaluation of the EU pesticide legislation will be presented to this Parliament.

In the meantime, I am aware that Parliament is preparing an own-initiative report on the implementation of the Plant Protection Products Regulation. The Commission will of course carefully examine this report and its conclusions once it is finalised and will consider this during the preparation of the REFIT evaluation.

I will now turn to your third question. Let me start by first highlighting that the process of examining the claims made by companies to exclude the public release of certain information is, of course, directly managed by EFSA and Member States. Such claims are considered in conjunction with the rules outlined in the Plant Protection Products Regulation and the relevant rulings of the Court of Justice.

In this context, the Court of Justice rulings of November 2016 in relation to the implementation of the Aarhus Convention in the EU concern two important issues: first, access to confidential information related to the manufacturing and detailed composition of substances, in this case concerning the original approval of glyphosate; and, second, disclosure of studies on substances and formulated products submitted to Member States in the context of product authorisation.

In the first ruling the Court of Justice referred the case back to the General Court and the proceedings before the Court are still pending. As regards the protection of confidentiality and access to information at issue in this case, the Commission is awaiting the outcome. I can assure you that I welcome the initiative to have more clarity in this field. There is no doubt that we need more clarity.

In the second case, the Court of Justice defined information on emissions into the environment with regard to studies submitted for active substances in plant protection and biocidal products. The Commission and the Member States are currently assessing the consequences of this judgment.

I would like to emphasise the following: first, at my request, the companies applying for renewal of the approval of glyphosate made available to Members of Parliament and stakeholders the key studies underlying the assessment of glyphosate in a reading room; and, second, in addition EFSA provided Members of Parliament and stakeholders with access to raw data from a number of key studies, following a request for access to documents. This access is on top of the extensive documentation that had already been made available as part of the standard procedures by EFSA during the peer review of glyphosate.

Therefore, one can only conclude that there has been a particularly high level of transparency in the specific case of glyphosate in the light of public concern. I understand that this might not be enough for some of you in this House and I am also aware that a complaint is about to be lodged with the Court of Justice. Once again, I can only welcome the increased clarity that the Court would give on this matter.

Let me now turn to your fourth and last question. I would like to stress that the Commission, through its research and innovation programmes – such as the Seventh Framework Programme and Horizon 2020 — supports a broad body of research in plant protection to identify new low-risk products and biological control techniques. This is what I highlighted again last week in a very interesting conference in Parliament on biological low-risk pesticides.

Let me stress again that in the Seventh Framework Programme over EUR 100 million was invested by the European Union in cooperative research projects and coordination support actions in the areas of plant protection, plant health, integrated pest management, and risk assessment and diagnostics.

Furthermore, specifically in relation to alternatives to chemical herbicides, a Horizon 2020 initiative, supported by an EU contribution of EUR 7 million, is currently looking at strategies, tools and technologies for sustainable weed management. So, as you will notice, a lot of money has already been invested already in terms of research and development.

With regard to sustainable plant protection more specifically, the need to find alternatives to traditional chemical solutions is also reflected in the Sustainable Use of Pesticides Directive, which aims at reducing the risks and impacts of pesticide use on human health and the environment, and at promoting the use of integrated pest management and of alternative approaches or techniques such as non-chemical alternatives to pesticides.

The Commission audits Member States to monitor implementation of the Directive and also encourages Member States to share best practice, identify challenges and ensure harmonisation. The Commission is also undertaking several actions to increase the availability of low-risk products. These actions include prioritisation of the assessment for the renewal of potentially low-risk substances and amendment of the low-risk criteria to facilitate their identification.

IN THE CHAIR: PAVEL TELIČKA

Vice-President

Angélique Delahaye, *au nom du groupe PPE*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, chers collègues, vous l'avez dit, Monsieur le Commissaire, nous devons prendre des décisions sur la base d'analyses scientifiques solides et non sur des postures.

Certes, le sujet est technique, mais il est devenu, comme vous l'avez dit, politique.

Nous nous devons de protéger la santé de nos concitoyens de façon générale, mais et en particulier celle des utilisateurs.

Nous avons un système en place, en matière d'autorisation de substances, et n'en déplaise à certains, ce n'est pas parce que les résultats ne nous conviennent pas, que nous devons l'attaquer ou passer par des voies détournées pour le modifier, quand cela nous chante.

Par contre, nous devons avoir confiance en notre système afin d'assurer aux citoyens que les décisions qui sont prises, le sont bien dans leurs intérêts.

Le débat d'aujourd'hui est évidemment le bienvenu, puisque les doutes se sont immiscés depuis un an, comme vous l'avez souligné, Monsieur le Commissaire, et que ces doutes demeurent pour des raisons différentes: .

Premièrement d'abord, les approches différentes de nos agences, les unes basées sur le risque, les autres basées sur le danger – et tout cela crée une confusion, malheureusement savamment entretenue.

Moi, j'ai confiance dans notre système, Monsieur le Commissaire, et puis, comme vous l'avez souligné, le Parlement a pris une posture consensuelle sur dans une résolution l'année dernière. Mais compte tenu de la défiance de nos concitoyens européens et étant donné qu'un doute existe et voit le jour, nous devons clarifier les choses.

Je souhaite à ce titre-là que vous puissiez aller un petit peu plus loin dans les réponses que vous avez commencées à nous apporter, sur les précisions prises apportées données et les mesures prises par la Commission et les mesures qu'elle prend pour une meilleure transparence de ses décisions qu'elle prend qui sont prises par cette dernière, ceci afin de rétablir la confiance perdue par certains.

Vous avez été interpellé par des chercheurs. J'aimerais savoir comment la Commission a été prise en compte cette interpellation en compte. par la Commission, Et savez-vous ce que l'Autorité européenne de sécurité des aliments (EFSA) et l'Agence européenne des produits chimiques (ECHA) ont fait, ou ont fait de ces informations?

Vous avez souligné le fait que de nombreuses agences de par le monde, mettent en évidence le fait que cette substance ne présente «il n'y a pas de risque de cancer avec cette substance». Malheureusement, il faut aller plus loin et je souhaite que nous ayons, pour les professionnels, des solutions alternatives de rechange économiquement viables et environnementalement viable sur les plans économique et environnemental.

J'aimerais aussi, sur ce point, que vous alliez plus loin sur les mesures et le financement de la recherche.

Eric Andrieu, *au nom du groupe S&D*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, merci de votre intervention, je sais le travail que vous faites au sein de la Commission et je voudrais ici vous en remercier publiquement.

Ceci dit, il est vrai que, sur la question du glyphosate, la position que la Commission a prise quant au renouvellement de son utilisation pour dix ans ne paraît pas convenir à la situation du moment, tant il est vrai – vous l'avez rappelé dans vos propos – que nous sommes au cœur d'une controverse forte, même si bon nombre d'études – vous l'avez dit aussi – révèlent que le glyphosate ne serait pas potentiellement cancérigène. Pour autant, d'autres affirment le contraire. Il est vrai que, dans ce moment où nous devons choisir, vous, en tant que Commission mais aussi nous, ici, au sein du Parlement, avons un devoir d'exigence quant à la qualité et à la véracité des approches scientifiques. Vous n'êtes pas scientifique, nous non plus ici, et nous devons nous appuyer sur des recherches réelles. Mais, actuellement, ne pas s'appuyer sur le principe de précaution ne me semble pas adapté en tant que position responsable et politique.

Vous l'avez dit également, vous avez fait référence aux «Monsanto Papers» et nous savons les uns et les autres les révélations qui y sont faites. Au moment où la justice américaine et le tribunal californien se saisissent de cette situation, il apparaît, à notre connaissance, que Monsanto aurait su depuis 1999 que cette molécule était potentiellement cancérigène.

Aujourd'hui, c'est dans ce contexte que le débat a été ranimé, ici, à travers cette question orale. Dans tous les cas et en ce qui me concerne, je ne peux pas en prendre la responsabilité et je ne participerai pas à ce qui peut ou pourrait potentiellement s'apparenter à un acte criminel, tant il est vrai que, s'il était révélé exact que le glyphosate était potentiellement cancérigène, nous devrions assumer collectivement une grande responsabilité.

Aussi, je vous demande solennellement d'appliquer à l'instant ce principe de précaution absolu et, ensuite, de prendre en compte, comme vous l'avez dit expressément, l'ensemble des expertises scientifiques sur ce sujet et pas uniquement celles réalisées par les agences de la Commission européenne, et enfin permettre l'accès à toutes leurs études dans un souci de transparence absolue.

Enfin, je vous demande de préparer, dès à présent, d'autres molécules possibles pour nos agriculteurs dans l'hypothèse où le glyphosate se révélerait potentiellement cancérigène car, une fois encore, si nous ne faisons rien, ils seront les premières victimes d'un système dont ils sont les otages.

Τάκης Χατζιγεωργίου (GUE/NGL), *ερώτηση με γαλάζια κάρτα που απευθύνεται στην κυρία Delahaye*. – Κύριε Πρόεδρε, η γαλάζια κάρτα που είχα σηκώσει ήταν για ερώτημα προς την προηγούμενη ομιλήτρια. Δεν με είχατε προσέξει. Νομίζω ότι μπορεί να δοθεί η ευκαιρία να απαντήσει τώρα. Δεν είχα κατανοήσει καθόλου ποια ήταν η θέση της, αν ήταν υπέρ ή εναντίον της συγκεκριμένης ουσίας και θα την παρακαλούσα να το αποσαφηνίσει περαιτέρω.

Angélique Delahaye (PPE), *réponse «carton bleu» à Takis Hadjigeorgiou*. – Monsieur, il me semble très clair dans les propos que j'ai tenus tout à l'heure que la question n'est pas de savoir si on est pour ou contre, mais de savoir si ce produit présente ou non un danger pour la santé humaine.

J'attends que les scientifiques nous donnent des réponses claires et sûres pour pouvoir assumer mon rôle d'élue.

Bolesław G. Piecha, w imieniu grupy ECR. – Panie Przewodniczący! Glifosat od lat jest powszechnie stosowany jako składnik lub środek ochrony roślin i od lat toczą się wokół niego różnego rodzaju dyskusje, a w przypadku tych dyskusji wciąż operujemy na zbyt wielu niewiadomych. Wciąż pojawiają się sprzeczne ze sobą raporty dotyczące szkodliwości glifosatu, a co więcej w dyskusji zdarzają się często przeważać emocje, a nie ułatwiają one rzetelnego zabrania głosu i oceny sytuacji glifosatu. Apeluję jednak nie o emocje, a o rzeczowe i ściśle naukowe podejście do zagadnienia, zharmonizowane przede wszystkim na poziomie naukowym a dopiero w dalszym kontekście na poziomie ekonomicznym czy społecznym, przy czym bezpieczeństwo zdrowotne musi być priorytetem.

Choć pewne ostatnie badania odnotowują kolejne przypadki korelacji kancerogennych glifosatu, tak że niektórzy posłowie posądzają wręcz agencje europejskie o manipulowanie danymi naukowymi, to właśnie w myśl powyższego bardzo otwarcie wzywam Komisję Europejską do, po pierwsze, szczegółowego monitorowania i ścisłej współpracy z Europejskim Urzędem Bezpieczeństwa Żywności oraz Europejską Agencją Chemikaliów i innymi. Agencje te bezwzględnie również powinny współpracować z amerykańską Agencją Ochrony Środowiska, aby wspólnie wytworzyć pewien odpowiedni system, po pierwsze zbierania i analizy danych naukowych, ale również wypracować konkretny modus operandi w celu rozwiązania niejasności dotyczących glifosatu w kontekście zdrowotnym. Nie emocje, a dowody naukowe a do tego, Panie Komisarzy, potrzeba większej transparentności instytucji europejskich.

Frédérique Ries, au nom du groupe ALDE. – Monsieur le Président, la saga glyphosate continue donc. La balle est à nouveau, aujourd'hui, chez nous, au Parlement européen, quatorze mois jour pour jour après le vote de notre résolution qui, déjà, appelait à son interdiction dans des usages précis.

D'étude en étude, d'agence en agence, d'expert en contre-expert, les avis se succèdent et ne se ressemblent pas et la clarté n'est pas faite, j'use là d'un euphémisme.

En mars dernier, ce sont les «Monsanto Papers» qui mettent le feu à l'opinion aux États-Unis. Les documents déclassifiés ont parlé. Monsanto s'inquiétait sérieusement, dès 1999, du caractère mutagène du glyphosate. Une dissimulation de preuve s'il en est, mais l'enquête devra le dire.

Le groupe ALDE, que je représente, continue de faire confiance et veut faire confiance au travail de l'Autorité européenne de sécurité des aliments (EFSA) et à l'Agence européenne des produits chimiques (ECHA), qui a son siège à Helsinki. Nous savons pertinemment aussi – et le commissaire l'a rappelé – que, sur ce dossier comme sur les OGM, par exemple, les États membres cachent leurs divisions et ne prennent pas leurs responsabilités.

Pour autant, il n'y a plus de temps à perdre: la feuille de route de la Commission devrait reposer sur quelques principes. La Commission doit s'assurer que sa décision finale soit fondée sur des études scientifiques indépendantes et non sur des travaux et documents biaisés, fournis par Monsanto ou d'autres firmes. Dans cette phase de transition, avant le mois de décembre, il est impératif pour la Commission de changer de modèle et de passer enfin à une logique d'interdiction progressive de la substance, plutôt que de réhomologation et de dérogation.

Il faut aussi donner aux agences européennes les moyens de leurs ambitions. Je trouve assez choquant – je le dis en passant – que le budget de l'EFSA soit presque quatre fois inférieur à celui de l'Agence européenne des médicaments, alors que l'alimentation est le troisième poste de dépenses des ménages européens.

Voilà ce que vous devriez faire, Monsieur le Commissaire, mais que vous n'allez très probablement pas faire, au vu de ce que vous venez de nous répondre cet après-midi. En gros, tous les éléments sont connus, je vous cite, il n'y a rien à déclarer, pire encore, les «Monsanto Papers» n'y changeront rien, circulez.

C'est une fin de non-recevoir sidérante, que je trouve regrettable, et j'use encore d'un euphémisme, car, l'essentiel – et parfois les évidences doivent être martelées –, c'est que votre principe d'action publique, ce doit être le principe de précaution, Monsieur le Commissaire.

Kateřina Konečná, za skupinu GUE/NGL. – To, co děje poslední roky na Evropské komisi a EFSA ohledně autorizace glyfosátu, je nehorázný. Nebála bych se vůbec použít slovo fraška.

Evropský parlament dal v této věci Komisi několikrát jasné instrukce, kterými se však ona zjevně neřídí. V mezidobí prosakuje jeden skandál za druhým týkající se Monsanto a jejich již prokázaného přímého ovlivňování vědeckých studií glyfosátu. Studií, které jak se lze důvodně domnívat, používá i EFSA k podpoře svého stanoviska o nezávadnosti glyfosátu. Přitom tyto studie ani po letech nátlaku stále nikdo neviděl. Stále nejsou k dispozici dokonce ani Mezinárodní agentura pro výzkum rakoviny, která označila glyfosát za pravděpodobně karcinogenní. Dle uniklé komunikace je zjevné, že se Monsanto neštítelo ani takových praktik, jako je napsání si svých vlastních studií, které jim poté jenom někteří vědci nakonec podepsali, a následně je vydávalo za nezávislé. Navíc již 17 let má tato společnost podezření o tom, že je jejich vlajkový produkt rakovinotvorný, a snaží se to zakrýt, aby se na to nepřišlo. A EFSA i Komise stále mlčí.

Proto to znovu zůstává na Evropském parlamentu. Pokud Evropská komise urychleně nevyšetří, jak tyto praktiky Monsanto ovlivnily hodnocení glyfosátu ze strany EFSA, byla bych pro zřízení vyšetřovacího výboru k prověření této záležitosti. Pane komisaři, nepotřebujete 20 minut na vysvětlování navíc. My po vás chceme jediné: skutečné činy.

Bas Eickhout, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, if I have understood the Commissioner well, then everything is fine, everything has been done properly and we can just continue. That is more or less the summary of his 15 minute speech.

That, however, is not really paying attention to the huge scientific debate that has been ongoing on glyphosate from the 1980s onwards, broader than only carcinogenicity – it is broader than that – but secondly and more importantly, it is ignoring the fact that the Monsanto papers show that Monsanto was unduly influencing studies that were being used also, later on, by the European Food Safety Authority (EFSA). That is a concern and the problem is that EFSA is saying that they used more studies, one that for example the International Agency for Research on Cancer (IARC) did not use, but do not have access to it.

So we do not know exactly which studies have been used by EFSA to come to those conclusions. It is lack of transparency, it is lack of trust in these organisations, and we see in the United States that there is undue influence from Monsanto. We want a good investigation by the Commission on this issue, otherwise we will have to do it ourselves.

Julia Reid, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, the deadline for the re-approval of the use of glyphosate in the EU is rapidly approaching, and soon a decision must be made on this very important issue. Although I agree that the release of recent confidential documents disclosed to the public in the US are reason for concern, we take the position that glyphosate is one of the few herbicides that our farmers have at their disposal, and compared to earlier products is safer. Glyphosate is the world's most widely used herbicide, and such products are also used in public and private gardens, as well as in agriculture. However, as much as I would like to see herbicides phased out completely, realistically this is not possible, especially in the UK where we have a very mild, damp climate which is conducive to weed growth. Until an alternative product is found, I believe that we cannot remove a necessary tool from the arsenal of farmers who cultivate vast areas of land. I would, however, like to see Member States give more encouragement and financial help to those farmers that wish to farm organically.

Philippe Loiseau, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, parler du glyphosate, c'est évidemment parler du poids de Monsanto, mais aussi de l'opacité concernant la divulgation des études menées sur ce produit et sur son impact sur l'environnement et donc sur l'homme.

L'Agence européenne des produits chimiques a refusé de classer ce produit comme étant cancérigène, ce qui permet évidemment son maintien sur le marché.

L'immense majorité des agriculteurs souhaite continuer à utiliser le glyphosate, car il est le seul produit qui répond efficacement à leurs besoins.

Le principe de précaution pourrait bien sûr nous obliger à l'interdire, mais cela ne réglerait pas tout. Car c'est bien là le fond du problème: par quoi le remplacer?

Aujourd'hui, il n'y a pas de produits de substitution. Le débat n'est donc plus la dangerosité du glyphosate. La vraie question est sur quelle solution alternative travaille la Commission. Peut-elle être transparente sur les crédits alloués à la recherche et au développement des produits de substitution?

Enfin, je pense qu'il faut écouter les agriculteurs dans ces concertations, car ils sont les principaux utilisateurs de glyphosate, souvent parce qu'ils n'ont pas d'autre choix. Leur voix doit être écoutée et prise en compte dans le débat sur le glyphosate comme dans les recherches d'une solution alternative viable.

Diane James (NI). – Mr President, decisions involve choice and choice involves consequences, but the issue that I believe we are facing this afternoon is one of public confidence in the decisions that the European Union takes. Two of the issues that I have with what the Commissioner opened with is how can he stand there and make the points he did when the European Union expert body, the European Union Chemicals Agency, this year said it should not be classified as a carcinogen; the WHO conclusion: 'potentially' hazardous to human health – not conclusively hazardous to health. We have lots of products out there that are 'potentially' hazardous, but we do not ban those. We have to draw a line somewhere in terms of being reasonable.

Some of my colleagues have already highlighted – and others will, I am sure – the issues, the consequences, that will come of banning this particular product, and none of them are very positive for our farmers and for our agricultural business. I have read quite widely issues about protecting wildlife. If the decision to ban this is to protect the environment, I am for it – but not based on the flawed information we have heard.

Peter Liese (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte darauf verweisen, dass dieses Parlament nach intensiver Diskussion eine Position zu Glyphosat bezogen hat und diese Position mit großer Mehrheit angenommen hat. Das ist ein Kontrast zum Rat, wo sich viele Mitgliedstaaten, auch der, aus dem ich komme, weggeduckt haben. Aus politischen Gründen gab es keinerlei Position. Und ich glaube, wir sollten darauf aufbauen, und die Kommission sollte besser als bisher auf das hören, was das Parlament zu diesem Thema gesagt hat.

Glyphosat ist ein problematischer Stoff. Wenn am Anfang der Debatte über den Kommissionsvorschlag einige Kommissionsvertreter gesagt haben: „Man kann das trinken wie Wasser“, dann war das sicherlich falsch. Man muss damit sehr vorsichtig umgehen. Aber wenn er vorsichtig angewandt wird und wenn das nur in bestimmten Bereichen passiert, dann ist für eine begrenzte Zeit die Anwendung von Glyphosat vertretbar. Das hat das Europäische Parlament beschlossen, und dabei hat sicherlich eine Rolle gespielt, dass zurzeit wenige Alternativen vorhanden sind. Deswegen stimme ich Frau Delahaye zu, die sagt: Wir müssen da forschen, wir müssen neue Alternativen auf den Markt bringen. Das dauert aber seine Zeit, und wir können nicht Europa innerhalb kurzer Frist komplett auf Bio-Anbau umstellen. Deswegen: für eine begrenzte Zeit, aber das heißt nicht fünfzehn Jahre, das heißt nicht zehn Jahre. Das Parlament sagt: maximal sieben Jahre. Und wir sind für viele Einschränkungen – mehr, als die Kommission vorgeschlagen hat.

Für mich ist besonders wichtig, dass die Vor-Ernte-Behandlung aufhört. Es gibt immer noch die Praxis, dass vor der Ernte die Kulturfrucht mit Glyphosat abgetötet wird, um die Erntearbeit zu erleichtern. Das ist sicherlich nicht das, was wir vor unseren Bürgerinnen und Bürgern guten Gewissens vertreten können.

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns diese Position, die wir mit großer Mehrheit angenommen haben, weiter vertreten. Und, Herr Kommissar, warten Sie nicht auf den Rat; der wird Ihnen in dieser Frage nicht helfen. Orientieren Sie sich am Parlament!

President. – For the sake of clarity, transparency and understanding, I need to say that, due to time constraints, I will not be taking any blue-card questions.

Pavel Poc (S&D). – Jen abych ošetřil všechny přešlapy, které tu předvedla Komise, tak bych potřeboval 5 minut. Komise dostala 20, měla nárok na 3.

Jen namátkou, parlamentní rezoluce požadovala autorizaci maximálně na 7 let, ne na 15 let, a to s takovou sadou omezení, která by skutečně zajistila maximální bezpečnost, a Komise to v podstatě vůbec nerespektovala. To je trochu rozdíl oproti tomu, co zde bylo panem komisařem řečeno. Tu námitku jsem sám podával, takže si to velmi dobře pamatuji. Podával jsem ji proti návrhu Komise autorizovat glyfosát na 15 let.

Jedno ale prostě Komise popřít nemůže a to je, že skandál *Monsanto papers* prostě zpochybnil věrohodnost výzkumů financovaných průmyslem, který je na těch výzkumech finančně zainteresován, je zainteresován na jejich výsledku, a tím naprosto jednoznačně zpochybnil náš vlastní evropský systém autorizace, který je na těchto studiích závislý také.

Vždyť my víme, proč je takový rozpor mezi EFSA a IARC, a ta bulvární dehonestace IARC, kterou jsme zde slyšeli od Komise a která zní jak citát z webu výrobce glyfosátu, na tom vůbec nic nezmění. My to přeci víme. IARC i agentury používají různé statistické postupy, ale hlavně používají různé soubory dat. IARC používá veřejně dostupné akademické výzkumy a naše agentury bohužel používají práce financované průmyslem. V tom je ten rozdíl, proto je ten výsledek rozdílný.

Takže v žádném ohledu nikdo nemůže s klidným svědomím tvrdit, že je glyfosát bezpečný, a dokonce nemůže ani tvrdit, že byly při jeho schvalování dodrženy všechny náležité postupy. Musím říci zcela jasně, že po dnešním vystoupení Komise jsem definitivně přesvědčen, že musíme bezpodmínečně ustanovit parlamentní vyšetřovací výbor, a to nejen kvůli glyfosátu, ale i kvůli celému procesu autorizace pesticidů.

Richard Ashworth (ECR). – Mr President, I would like to say to the Commissioner that we are asking farmers to meet the challenge of climate change and to provide a growing world population with a reliable food supply. Only productive, competitive agriculture can do that, and the key is safe technology. So the message is absolutely clear: public health is not negotiable, but farmers need every tool in the box. This debate about glyphosate is going to be the first of many future technologies, and those debates have got to bring clarity, otherwise scientists are not going to invest in technology. It has got to bring consistency, otherwise farmers cannot plan their future. And it has got to bring confidence that the food we eat is safe. Any debate in the future about technology like glyphosate has to be balanced and has to be proportionate, and that means, Commissioner, the debate has to be about proven science – not about emotion.

Jan Huitema (ALDE). – Beste collega's, bij de toelating van gewasbeschermingsmiddelen zorgen de Europese Autoriteit voor Voedselveiligheid alsmede de nationale autoriteiten ervoor dat alle bewijzen worden meegewogen en iedereen gehoord. Deze instituten zijn ingesteld om onafhankelijk en met verstand van zaken te oordelen over de risico's van dit soort middelen. Erg belangrijk, want ik vind dat hierin wetenschap leidend moet zijn en niet onze politieke opvattingen. Een recent vrijgegeven briefwisseling trekt de geloofwaardigheid van een aantal door Monsanto gefinancierde studies in twijfel. Deze studies zijn gebruikt bij de evaluatie van de veiligheid van glyfosaat. Net als mijn collega's wil ik heel graag weten hoe betrouwbaar deze studies zijn en wat de consequenties hiervan zijn voor de risicobeoordeling van glyfosaat. We moeten het besluitvormingsproces altijd kritisch volgen en waar nodig verbeteren. Maar dat betekent absoluut niet dat we moeten ingeven op ons vertrouwen in de wetenschap. Want het alternatief, een politiek welles-nietes, ondermijnt de feiten en leidt tot onrust.

Anja Hazekamp (GUE/NGL). – Al in 2015 concludeerde de Wereldgezondheidsorganisatie dat glyfosaat waarschijnlijk kankerverwekkend is. Inmiddels hebben twee Europese instanties, EFSA en ECA, zich in allerlei bochten gewrongen om aan te tonen dat dit juist niet zo is. De onderzoeken waarop de één zich baseert zijn deels afkomstig van Monsanto, de producent van glyfosaat. De onderzoeksresultaten van de ander zijn zelfs mede geschreven door Monsanto. We kunnen ons natuurlijk afvragen hoe het kan dat Monsanto jarenlang onderzoek naar haar eigen producten kon manipuleren. Maar belangrijker is de vraag waarom het plan om de toelating van glyfosaat met tien jaar te verlengen nog steeds op tafel ligt. Als u zich niet langer baseert op gemanipuleerd en niet gepubliceerd onderzoek, dan heeft u geen enkele reden om milieu, mens en dier nog langer bloot te stellen aan glyfosaat. Glyfosaat is het symbool geworden van wat er mis is in Europa: multinationals boven milieu en geld boven gezondheid. En u, commissaris, heeft nog zes maanden om uw gezond verstand te gebruiken. En voorts ben ik van mening dat de Europese landbouwsector moet worden afgebouwd.

José Bové (Verts/ALE). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, je suis inquiet. Depuis des mois, Monsanto mène des actions de dénigrement contre le Centre international de recherche sur le cancer (CIRC), agence des Nations unies.

Cette firme menace les chercheurs indépendants pour les obliger à se taire. Cette campagne rappelle les pratiques scandaleuses, voire criminelles, de Philip Morris, ces dernières décennies, pour expliquer que le tabac était inoffensif. C'est le même cabinet qui défendait l'industrie du tabac qui défend aujourd'hui Monsanto. Depuis, ces industriels sont interdits de présence à l'Organisation mondiale de la santé (OMS), de même que l'Institut international des sciences de la vie (ILSI), qui est aujourd'hui le bras armé de la défense du glyphosate.

Les scientifiques du CIRC ont mis le glyphosate dans la catégorie «cancérogènes probables». Or, la Commission s'appuie sur le CIRC pour interdire un certain nombre de produits chimiques. Pourquoi ne le fait-elle pas pour le glyphosate?

Monsieur le Commissaire, je vous demande de mettre en place un moratoire tant que la lumière ne sera pas entièrement faite et, éventuellement, de prendre des mesures contre Monsanto si l'on constate que l'entreprise a triché.

Piernicola Pedicini (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, noi crediamo che trasparenza e accesso alle informazioni siano diritti non negoziabili. Perciò troviamo sconvolgente che la pericolosità di un prodotto come il glifosato debba essere valutata sulla base di studi scientifici prodotti dalla stessa industria che produce il glifosato, tra l'altro scegliendo i dati che sono più congeniali all'industria stessa.

Troviamo sconvolgente che ogni legittima richiesta di accesso agli atti venga sistematicamente negata perché questi dati sono classificati come «confidenziali». Noi crediamo che l'intero sistema regolatorio debba essere modificato e ripensato perché non sarà mai possibile avere studi indipendenti fino a quando sarà l'industria stessa a finanziare questi studi.

Non stiamo parlando soltanto di erbicidi, ma anche di mangimi animali, di carne, di latte, di prodotti derivati dal latte. Insomma, stiamo parlando di salute pubblica, per cui mi sembra davvero il minimo pretendere che le valutazioni scientifiche siano davvero accessibili, trasparenti e comunque indipendenti.

Jean-François Jalkh (ENF). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, le renouvellement de l'autorisation du glyphosate pour dix années supplémentaires révèle les limites de la réglementation européenne, qui peine à trouver une solution de substitution à cet herbicide.

Les «Monsanto Papers» ont achevé de nous mettre en garde sur la fiabilité des recherches privées et nous prouvent l'influence de très grands groupes sur les décideurs politiques. Ce rapport de force place les intérêts privés au-dessus de l'intérêt général.

La fusion Bayer-Monsanto, envisagée pour la fin de l'année, est une menace supplémentaire de voir un groupe privé et d'envergure mondiale peser davantage sur la décision politique et imposer sa vision de l'agriculture aux agriculteurs, comme aux pays européens.

La Commission peut-elle, à ce titre, nous préciser sa position concernant la fusion Bayer-Monsanto?

Deuxième problématique, c'est celle de la recherche, menée notamment dans les universités européennes et dans d'autres structures publiques, en vue de trouver un substitut suffisant au glyphosate.

À travers les programmes de recherche de l'Union européenne, la Commission entend-elle susciter une étude d'impact sur les autres molécules et technologies disponibles?

La raison d'être des institutions européennes réside en effet dans de telles initiatives.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κύριε Επίτροπε, θεωρώ απαράδεκτο το γεγονός πως η Επιτροπή δέχεται, σαν στοιχεία ικανά να ανανεώσουν την άδεια κυκλοφορίας της γλυφοσάτης, μελέτες χρηματοδοτούμενες από τη Monsanto, την εταιρία, δηλαδή, που παράγει το εν λόγω ζιζανιοκτόνο, ενώ υπάρχει αδυναμία διασταύρωσης των στοιχείων και συνεχίζει να αρνείται τη δημοσιοποίηση των μελετών, με το επιχείρημα ότι είναι επένδυσή της. Η Monsanto προφασίζεται κυρίως το εμπορικό απόρρητο και την πνευματική ιδιοκτησία, αλλά ο πυρήνας του μηνύματός της είναι πάντα ο ίδιος. Τα δεδομένα της μελέτης είναι ιδιοκτησία της και δεν παραβιάζονται. Πρέπει να εξακριβωθεί αντικειμενικά η επικινδυνότητα της γλυφοσάτης, τόσο για την ανθρώπινη υγεία όσο και για το περιβάλλον. Οι έρευνες θα έπρεπε να διεξάγονται από ανεξάρτητα εργαστήρια πολύ πριν τη διαδικασία ανανέωσης αδείας και τα επιστημονικά στοιχεία να τεθούν στη διάθεση της επιστημονικής κοινότητας. Είναι καθήκον των θεσμικών

οργάνων της Ευρωπαϊκής Ένωσης να αξιολογήσουν τη συμβολή που προσφέρουν οι πληροφορίες στην προστασία του δημοσίου συμφέροντος. Έτσι οι ευρωπαίοι πολίτες ίσως λάβουν ένα ξεκάθαρο μήνυμα πως οι ευρωπαϊκοί θεσμοί δεν εξυπηρετούν τα συμφέροντα των μεγάλων πολυεθνικών και δεν αδιαφορούν για την προστασία της υγείας τους και του περιβάλλοντος.

Norbert Lins (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das gleiche Thema, eine ähnliche Debatte – haben wir wirklich neue Erkenntnisse? Die ECHA hat bestätigt, dass Glyphosat nicht krebserregend ist – für mich keine neue Erkenntnis. Ich vertraue hier auf die Arbeit von EFSA und auch von ECHA. Deswegen ist es richtig, dass die Kommission einen nun veränderten Rechtsakt vorschlägt.

Nach meinem Dafürhalten sollte die Kommission sich nochmal die Entschließung des Europäischen Parlaments aus dem Jahr 2016 genau anschauen. Die wurde hier im Hause mit deutlicher Mehrheit verabschiedet. Wir haben uns für die Zulassung von Glyphosat für weitere sieben Jahren ausgesprochen – aber mit deutlichen Anwendungsbeschränkungen. Schon das erlaubt aus meiner Sicht mehr Artenvielfalt, vor allem, wenn wir es bei der Vor-Ernte-Behandlung einschränken würden und nicht mehr in Kindergärten bzw. auf öffentlichen Plätzen anwenden. Aus meiner Sicht brauchen die Landwirte Glyphosat, den Wirkstoff und die entsprechenden Mischungen, noch, weil es nicht wirklich Alternativen gibt.

Die Politik wäre aus meiner Sicht gut beraten, hier weniger auf Emotionen und stattdessen mehr auf wissenschaftliche Erkenntnisse zu setzen. Ich glaube aber auch, dass es richtig ist, die Forschung hier zu verstärken, um am Ende auch Alternativen zu haben. Ich würde mir wünschen, dass die Mitgliedstaaten im Rat nicht wieder dasselbe Theater aufführen, wie sie das im letzten Jahr getan haben. Übrigens wünsche ich mir auch von meinem Heimatland, dass es hier in dieser Diskussion endlich klar Position bezieht.

Jytte Guteland (S&D). – Herr talman! Hur många människor är det inte som lever med cancers skräckvælde på vår kontinent? Vår uppgift måste ju vara att se till att färre människor drabbas. Det är därför oansvarigt att kommissionen vill tillåta försäljning av ett ämne som Världshälsorganisationens internationella agentur för vetenskap om cancer klassificerat som just potentiellt cancerframkallande. Enligt EU-lag ska försiktighetsprincipen gälla, och det borde vara solklart här att den ska vara tillämplig. Det är människors hälsa det handlar om.

Glyfosat används i enorm utsträckning i dagens jordbruk världen över. Den osäkerhet som råder över hur det drabbar människor är djupt allvarlig. Jag tycker också att kommissionen är svag när det handlar om dess ansvar för människors hälsa på andra områden, exempelvis hormonstörande ämnen. Inte heller där visar man att man tar på allvar att människor riskerar att drabbas av cancer. Det finns nu – och flera kolleger har tagit upp det här i salen – återkommande problem kring hur Efsa agerar och vilken tillförlitlighet de har med tanke på hur de behandlar industrin.

Urszula Krupa (ECR). – Panie Przewodniczący! Po wieloletnim doświadczeniu kliniczno-naukowo-dydaktycznym w świecie, gdzie nie uznaje się prawdy absolutnej, wielkim problemem są sponsorowane badania naukowe. Jednak mimo wszystko obserwacje i niektóre doświadczenia od dawna dowodzą, że wbrew opinii Monsanto, glifosat jest słabo biodegradowalny, produkty jego rozpadu można znaleźć we krwi matek ciężarnych, we krwi noworodków. W krótkim czasie po urodzeniu wstrzykiwane są szczepionki, w których znajdowano zawartość glifosatu. Największe ilości, według piśmiennictwa, w kontrowersyjnej od dawna szczepionce przeciwko odrze, śwince i różyczce. Poza podejrzanym nawet przez organa ONZ-u działaniem rakotwórczym, udowodniony jest wpływ tego herbicydu – obecnego od lat w glebie, w wodzie – na powstawanie wad wrodzonych, uszkodzeń wątroby, nerek, zaburzeń płodności, alergii, zaburzeń hormonalnych – co jest wystarczającym dowodem na to, żeby zebrać badania wiarygodne z nadrzędnym celem, jakim jest ochrona ludzkiego zdrowia i życia.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL). – Señor presidente, si la Comisión Europea extiende finalmente la licencia de uso del glifosato por una década más, ¿saben lo que ocurrirá? Que a la ciudadanía le quedarán ya muy pocas dudas de que la Unión Europea está dominada por los lobbies de la industria química y agroindustrial y que la salud de las personas importa bien poco.

La Autoridad Europea de Seguridad Alimentaria se ha basado en estudios patrocinados por Monsanto para llegar a la conclusión de que no existen evidencias para considerar esta sustancia como cancerígena.

¿Quieren evidencias más allá de los estudios de la Organización Mundial de la Salud? Pregunten a los habitantes de barrios como Ituzaingó, en la ciudad argentina de Córdoba, rodeado de campos cultivados con soja transgénica y fumigados con glifosato.

Ya lo hemos dicho muchísimas veces: ¡no se puede jugar con la salud de nuestro pueblo!

Si la Comisión Europea ignora de nuevo el principio de precaución, quedará en evidencia la complicidad de unas instituciones que no están al servicio de la ciudadanía, sino al de las multinacionales.

¡Demuestren que la Unión Europea no está al servicio del agronegocio, que destruye el medio ambiente, pone en peligro nuestra salud y perpetúa las desigualdades sociales! ¡Impidan que el aire que respiramos en la Unión Europea siga impregnado de un pesticida cancerígeno! ¡Prohíban el glifosato!

Martin Häusling (Verts/ALE). – Herr Präsident! Herr Kommissar, ich dachte eigentlich, dass bei uns immer noch das Vorsorgeprinzip gilt. Es gibt bisher nicht ausgeräumte Zweifel an Glyphosat, und Sie ignorieren das ganz konsequent. Sie ignorieren auch, dass bei den Studien bestimmte Studien überhaupt nicht in das Prüfverfahren einbezogen wurden, sondern nur Studien, die die Industrie erstellt hat. Wir müssen doch mal ernsthaft darüber nachdenken, ob unser Prüfverfahren überhaupt noch den neuen Standards entspricht.

Und bei Ihnen kommen gar keine Zweifel auf. Wenn Sie die *Monsanto-Papers* aus den USA gelesen haben, dann müssten auch Ihnen Zweifel kommen, ob das Verfahren nicht doch von Monsanto ein wenig manipuliert wurde, um es mal vorsichtig zu formulieren. Und Ihre Konsequenz daraus ist überhaupt keine Einschränkung für Glyphosat, noch nicht einmal in der Vor-Ernte-Anwendung. Sie ignorieren komplett die Gefahren für die Biodiversität, und Sie sagen jetzt: *Business as usual*, es kann so weitergehen.

Das kann so nicht sein! Sie ignorieren auch die Tatsache, dass fast eine Million Menschen Unterschriften sammeln, um hier im Europäischen Parlament nochmal eine Debatte zu bekommen. Auch das ignorieren Sie komplett, und das ist keine gute demokratische Maßnahme.

Eleonora Evi (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, io vorrei farle una domanda diretta: lei personalmente non ritiene che sia più corretto utilizzare per le valutazioni scientifiche solo ed esclusivamente gli studi pubblicati e sottoposti alla revisione dei pari, per poter fare una valutazione scientifica da parte delle istituzioni europee e quindi autorizzare sul mercato un prodotto potenzialmente pericoloso come il glifosato? Io credo che questa sia la strada che ci chiedono i cittadini europei ed evidentemente è l'unica strada da poter intraprendere per il futuro, per ridare credibilità a quella che è l'istituzione europea che rappresentiamo.

Inoltre, io vorrei chiederle se fa una assicurazione. Io vorrei chiederle, nel momento in cui il glifosato dovesse essere bandito, io non vorrei che altre sostanze più tossiche e più pericolose, come ad esempio quelle per le quali sono resistenti alcuni nuovi OGM che stiamo autorizzando a livello comunitario e che sono resistenti al 2,4-D, il componente dell'Agente Arancio utilizzato in Vietnam, siano il futuro dell'agricoltura.

Mairead McGuinness (PPE). – Mr President, I would like to thank the Commissioner for his very detailed opening to this debate. I think we owe it to you, Commissioner, to read the detail and study it because there was quite a lot of information in this. I think it is also important to point out, because there seems to be some confusion about what glyphosate is, that it is a weed killer, not a pesticide and I think that is an important point.

Secondly, to those who say we can do without it – hands up those in this Chamber who will go out and weed the fields. Because there are very few of you who will do it. I used to do it as a child, and that is long, long time ago. I think we need to be mindful of the possibilities or the options for farmers who need it. I am looking in the gallery here and when I go into a garden centre anywhere in Europe, I see wall-to-wall glyphosate products because gardeners across Europe use this product.

This is a debate that is worth having. Monsanto, I think, is on trial here and I am happy for Monsanto to be on trial, as is GM technology, but I do think we need to be careful about the other issues and Agencies that are on trial here: the Food Safety Agency and the Chemicals Agency. We do have to have trust in these Agencies. I would be deeply troubled if this Chamber became the authorisation place for any product, but I do believe that this Chamber should be where we debate these issues. And that is why I welcome the debate but I am concerned about some of the comments that have been made.

This is an important part of the technology, as has been said, that farmers use. If I believed that there was a problem, I would call for a ban as well. However, the International Agency for Research on Cancer (IARC) is out of step with all of the other Agencies that have looked at this product and we need to acknowledge that. So perhaps Commissioner, when we analyse the information you have given us and follow up, as many of us will, with some questions, there will be greater clarity on this issue. However, I think many of us come to this debate with closed minds; mine is slightly open, to science.

Massimo Paolucci (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, devo essere sincero, signor Commissario, lei non mi ha convinto. Lei elude un punto essenziale. Non cattivi ambientalisti e pericolosi estremisti, ma gli atti di un tribunale mettono in evidenza con mail e trascrizioni atteggiamenti truffaldini poco trasparenti e pressioni indebite. Perché se tutto è in ordine si truccano le carte. Io ho fiducia nella scienza ma non ho fiducia in chi manipola le ricerche scientifiche a fini di parte. Ecco perché occorre fare chiarezza. Ecco perché serve una commissione d'indagine ed ecco perché, in assenza di questa chiarezza, la proroga per dieci anni sarebbe uno schiaffo al principio di precauzione.

Mark Demesmaeker (ECR). – Vorig jaar stemde ik tegen de verlenging van de licentie voor glyfosaat. Over de hamvraag of glyfosaat kankerverwekkend is, was immers geen wetenschappelijke consensus. Ik pleitte toen voor meer transparantie, duidelijkheid, onafhankelijk onderzoek en dat standpunt blijft vandaag volledig overeind. Het nieuws dat Monsanto onderzoek zou hebben gestuurd en gemanipuleerd, maakt de oproep naar transparantie zo mogelijk nog dwingender. De Commissie moet nu daadkracht tonen. Ik geloof sterk in “evidence based beleid” op basis van objectieve wetenschap. De vraag aan de Commissie hoe ze zo'n beleid verder wil garanderen en hoe ze omgaat met de roep om transparantie is dan ook essentieel. Tegelijk willen wij met een open vizier meedenken over eventuele structurele wijzigingen van het systeem inzake goedkeuring van herbiciden en pesticiden en pleiten we voor een grondige analyse van het professioneel gebruik van glyfosaat. Ik hoop dat de Commissie, net als wij, de bescherming van de volksgezondheid en van het milieu voorop plaatst en met duidelijke antwoorden komt.

Stefan Eck (GUE/NGL). – Herr Präsident, Herr Kommissar! Im März 2015 kam die IARC zu dem Schluss, dass Glyphosat krebserregend sein könnte. Nur ein halbes Jahr später kam die EFSA zu dem Ergebnis, dass eine karzinogene Gefährdung durch Glyphosat für den Menschen unwahrscheinlich sei. Also gibt es zwei unterschiedliche Bewertungen hinsichtlich der Gesundheitsrisiken. Das hat doch zur Verunsicherung und zu einem berechtigten Misstrauen in der Bevölkerung geführt.

Dazu kommt, dass die einzelnen Untersuchungen der EFSA und die Hintergründe, die zu dieser Studie führten, der Öffentlichkeit und uns nicht lückenlos vorliegen. Zu Recht ist der Verdacht aufgekommen, dass vielleicht Monsanto die Hände im Spiel haben könnte.

Herr Kommissar, um das Vertrauen zurückzugewinnen, hilft nur vollkommene Transparenz. Wenn es um die Gesundheit von Menschen geht, dann dürfen wir doch keinen Kniefall vor der Industrie oder vor den Landwirten machen. Ich appelliere an Ihr Gewissen, das Vorsorgeprinzip walten zu lassen.

Bronis Ropé (Verts/ALE). – Vadinamųjų Monsanto dokumentų istorija viešumon iškėlė skandalingus klausimus. Ar gali būti, kad Europos Sąjungos vykdomosios agentūros, tokios kaip Europos maisto saugos agentūra ir Europos cheminių medžiagų agentūra, vykdo ne tik Europos Sąjungos teisę, bet ir Monsanto nurodymus? Nenoriu tuo tikėti, tačiau turiu pripažinti, kad tokios kaltinimus labai smarkiai sustiprina bekompromisė jų pozicija, kurią šios dvi agentūros užima teigdamos, kad glifosatai nekenkia žmogaus sveikatai ir greitai suyra. Noriu tikėti, kad šis glifosatų skandalas taps riba, nuo kurios Komisija pradės atsakingiau vertinti potencialiai sveikatai žalingas medžiagas. Tai atlikti turi ne valdininkai, o nepriklausomi mokslininkai, tyrimų rezultatai turi būti aiškūs, prieinami visuomenei ir tokie, kuriuos galėtų patikrinti mokslo bendruomenė.

John Stuart Agnew (EFDD). – Mr President, for 40 years, we have been using this material in Britain very successfully. The British authorities were quite happy to pass it for safety under the risk-based assessment. The EU likes to use the hazard-based assessment – but of course anything can be a hazard, such as the salt and pepper we put on our food; it is the degree that counts. The Canadian authorities have crawled all over glyphosate and they cannot find anything wrong with it. And, of course, over these 40 years we have had canaries in the mine – these are the sprayer operators who handle the concentrated material. There would be queues in doctors' surgeries if there was a problem, but there are not queues in doctors' surgeries. The Health and Safety Executive in Britain, which looks at accidents on farms, sees far more problems with falling from heights, getting tangled in machinery, drowning in slurry or drowning in grain – exposure to pesticides is way down their list. The World Health Organization says this material is no more carcinogenic than sitting in front of a log fire, cutting human hair, working night shifts, being exposed to dry cleaning fluid or drinking the Argentinian drink 'mate'. The WHO says that this material is far less carcinogenic than drinking coffee, drinking alcohol or eating processed meat. We are being very silly here.

The burden of proof is obviously on the manufacturers, and they have always got in mind the thalidomide scandal. It now costs EUR 200 million and nine years to get a material through this process – only a large company can afford to do it. The green lobby are determined to kill agriculture.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE). – Panie Przewodniczący! Nasze zdrowie w dużej mierze zależy od jakości żywności, którą spożywamy, oraz od stanu środowiska naturalnego, dlatego myślę, że bardzo ważne jest, aby wszelkie dodatki i środki chemiczne, których używamy do produkcji żywności, ochrony roślin bądź w rolnictwie, nie wzbudzały żadnych wątpliwości.

Dzisiaj mówimy o glifosacie – herbicydzie, który najczęściej jest stosowany na świecie i patrząc dzisiaj na coraz częstsze przypadki zachorowalności na raka, na coraz mniejszą ilość naturalnych zapylaczy, patrząc na różne wyniki badań, a także patrząc na aferę z udziałem firmy Monsanto, to naturalne, że rodzi się wiele pytań i wątpliwości. Ja w zeszłym roku zadałam pytanie Komisji Europejskiej właśnie na temat negatywnego wpływu glifosatu na zdrowie ludzi i zwierząt, który według doniesień mógł być przyczyną powstawania wad wrodzonych, nowotworów i ciężkich chorób. Komisja odpowiedziała, że jest mało prawdopodobne, aby glifosat stwarzał zagrożenie rakotwórcze u ludzi. Ta odpowiedź stoi w sprzeczności z wynikami czy z opinią WHO, która powiedziała, że glifosat może być przyczyną zapadalności na raka, więc mam pytanie do Komisji – dlaczego, skąd te rozbieżności, na podstawie jakich badań, jakich opinii Państwo udzieliliście tej odpowiedzi? Myślę, że na te wiarygodne odpowiedzi czekają konsumenci, rolnicy, zwłaszcza w obliczu tego, że ma być przedłużone używanie glifosatu w Unii Europejskiej i my konsumenci mamy mieć stuprocentową pewność, że to jest bezpieczny produkt i że badania są wiarygodne, że nie były wykonywane na zlecenie, nie zapłaciła za nie firma, która jest najbardziej zainteresowana, bo jest producentem Roundupu czy innych produktów, które zawierają glifosat.

Karin Kadenbach (S&D). – Herr Präsident! Herr Kommissar, wir haben Sie in der Vergangenheit immer als sehr besonnenen und verantwortungsbewussten Menschen kennengelernt, der sich in seinen Entscheidungen immer wieder darauf berufen hat, dass die Entscheidung wissenschaftsbasiert sein muss, dass die Entscheidungen einer empirischen Forschung standhalten müssen. Und gerade deswegen fordere ich Sie heute auf, in diesem Sinne weiter zu agieren. Denn das, was wir vorliegen haben, was zu der Entscheidung geführt hat, dass Sie jetzt um zehn Jahre verlängern wollen – auf diese Entscheidung können wir uns nicht verlassen, weil wir nicht wissen, wie diese Studien zustande gekommen sind.

Wir haben im Vorfeld schon Studien gehabt, die auf der einen Seite behauptet haben: Ja, hier ist ein Risiko. Andere haben das Risiko nicht gesehen. Wenn jetzt ernsthafte Zweifel daran bestehen, dass diese Studien von Monsanto wirklich korrekt, transparent und ehrlich sind, und große Zweifel bestehen, ob ich mich darauf verlassen kann, dann dürfen Sie diese Studien nicht zur Entscheidung heranziehen.

Ich darf Sie nochmal ersuchen, darüber nachzudenken. Ich glaube, die Position des Parlaments von maximal sieben Jahren war schon eine äußerst weitgehende unter diesen Bedingungen.

Claude Turmes (Verts/ALE). – Herr Präsident! Seit März wissen wir, dass Monsanto lügt, verheimlicht und schlimmer: mit schlimmsten Geheimdienstmethoden Wissenschaftler einer UN-Behörde verfolgt und in den USA mit Trump jetzt versucht, die Gelder dieser UN-Organisationen zu kürzen – nur, weil diese Organisation unabhängige Wissenschaftler hat. Und was macht die Kommission seit den Monsanto-Leaks? Weiter so wie bisher. 10 weitere Jahre dieses Produkts.

Warum sind wir als Grüne an diesem Dossier interessiert? Hier geht es um die Glaubwürdigkeit Europas. Deshalb haben wir bereits im März Briefe geschrieben, deshalb gehen wir vor den Europäischen Gerichtshof, um zu klären, welche Studien denn zugänglich gemacht werden. Ich kann die Kommission von Herrn Juncker nur warnen: Hier geht es nicht nur um Gesundheit, hier geht es nicht nur um Landwirtschaft – hier geht es um das Vertrauen zu Europa.

PRZEWODNICTWO: BOGUSŁAW LIBERADZKI

Wiceprzewodniczący

Seán Kelly (PPE). – Mr President, I have listened to this debate. I heard Miriam Dalli outline the case against glyphosate and I listened to the Commissioner very carefully when he answered. I think that on balance the Commissioner is correct. Because if one reputable agency said glyphosate was safe, then you would be inclined to say: this is an independent agency saying it is safe, so you should go along with it. But when two agencies say it is safe, then I think to actually go against them, and especially to ask for a ban, does not make much sense to me.

I have spoken to many farmers, horticulturists, etc. about this, and they are deeply concerned. Before you talk about any ban, you should have an impact assessment on what the effects are going to be. Are we going to allow the weeds to destroy the village farmers' crops? The same for the horticulturists, the same for our gardens when glyphosate has been used for many decades and, to all intents and purposes, seems to be safe.

We have, of course, to take public concerns into consideration. We have to allay people's fears. But we can do so in a practical and logical manner. As the Commissioner pointed out, it is not just European agencies, agencies around the world have said similarly. So I think that this is an overreaction. We certainly have to be careful, we certainly have to be prudent and we have to allay, as I said, people's fears.

But in relation to Monsanto, they do not own the rights any more. They produce it, there is a company in Ireland that produces it and sells it, and they have been doing it for many years. Are we going to suddenly say: 'sorry folks, fold up the tent, your business is gone'? That is not the way to go ahead.

Christel Schaldemose (S&D). – Hr. formand! Ja, så står vi her igen med glyphosatsagen, sagen der ikke vil dø! Kommissionen siger, at der er ikke noget at komme efter. Videnskaben har talt, og alt er sikkert. Men alligevel siger I også, at det er vigtigt, at medlemsstaterne gør en stor indsats for at begrænse brugen af glyphosat i parker og private haver osv. Det ville I jo ikke gøre, hvis I ikke mente, at der var bekymringer og problemer omkring dette stof. Det, jeg synes, vi har brug for, er en klar plan fra Kommissionen. Vi har brug for, at I laver en plan for, hvordan vi udfaser glyphosat. Vi har brug for, at I laver en plan for, hvordan vi sikrer gennemsigtighed og troværdighed hos de myndigheder, der skal vurdere stoffer, som vi bruger i EU. Og så har vi også brug for en klar plan og finansiering for, hvordan vi kan finde alternative ukrudtsbekæmpelsesmidler, så vi kan komme af med glyphosat og round-up. Der er ikke behov for, at vi bruger det. Vi bliver nødt til at finde nogle nye. Det er farligt at fortsætte med den kurs. Kom nu med den plan!

Florent Marcellesi (Verts/ALE). – Señor presidente, el glifosato es, según la Organización Mundial de la Salud, una sustancia posiblemente cancerígena, es decir, dañina para nuestra salud. A pesar de esto, la Autoridad Europea de Seguridad Alimentaria lleva un año negándose a hacer públicos los estudios que avalan el glifosato.

Por supuesto, en el Grupo Verts/ALE no nos hemos quedado parados y hemos llevado esos hechos tan graves ante el Tribunal de Justicia Europeo. Queremos que los datos sean transparentes y que los expertos puedan trabajar con rigor científico. Y, también, conocer el papel de Monsanto en este proceso.

Mientras tanto, casi un millón de personas ya están pidiendo la prohibición del glifosato, a través de una iniciativa ciudadana europea. Pedimos sentido común a la Comisión Europea, una moratoria sobre el glifosato y una investigación independiente y transparente. Esto es básico para un debate democrático de calidad con el que repensar nuestro sistema agrícola y proteger nuestra salud.

Емил Радев (PPE). – Въпросът за употребата на най-широко използвания в света хербицид глифозат продължава да бъде актуален, като съществуващото одобрение за неговото използване ще изтече най-късно на 31 декември 2017 г.

Понастоящем глифозат се използва интензивно не само в земеделието, но и за поддръжката на паркове и обществени пространства. Това означава, че на контакт с него са изложени широка гама лица – от селскостопанските работници, влизащи в пряк контакт с продукта, до крайния потребител на земеделската продукция.

Всички знаем, че продуктът глифозат е силно оспорван, тъй като има съмнения, че предизвиква ракови заболявания, тежки увреждания на плода в утробата на майката, сериозни заболявания на стомашно-чревния тракт и редица други негативни влияния върху здравето на хората и животните. Ясни и категорични заключения за неговата токсичност или безопасност все още липсват.

От друга страна обаче продуктите, съдържащи глифозат, се използват широко в редица държави, не само в Европа, но и по целия свят. Това на практика означава, че дори неговата употреба на територията на Европейския съюз да бъде ограничена, влиянието му върху европейските граждани няма да бъде преустановено.

В тази връзка, за всички нас е изключително важно Комисията и държавите членки да разполагат с достоверни данни относно реалното въздействие на глифозат върху здравето на хората и животните. Тези данни трябва да се основават на независими, задълбочени и прозрачни научни изследвания и проучвания.

Marc Tarabella (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, comme vous, nous devons faire confiance à la science. Le politique doit s'appuyer sur la science pour décider, mais il y a plusieurs dizaines d'années, des scientifiques ont dit que l'amiante était tout à fait inoffensif et, aujourd'hui, l'amiante fait encore des centaines de milliers de morts par an sur la planète. Des scientifiques ont dit que l'aspartame était inoffensif et le disent encore aujourd'hui, mais l'aspartame est probablement une prochaine bombe alimentaire qui va exploser. Des scientifiques ont dit que le glyphosate était inoffensif, mais les «Monsanto Papers», depuis mars dernier, nous ont montré que certains scientifiques avaient modifié leurs résultats et avaient truqué leur enquête pour permettre la mise sur le marché du glyphosate.

Par conséquent, il est permis de douter des avis scientifiques qui sont remis. Il faut donc faire toute la transparence sur l'indépendance et la fiabilité des enquêtes sur lesquelles s'appuient nos agences pour remettre leurs avis.

Monsieur le Commissaire, c'est pour cette raison qu'il faut une commission d'enquête, pour établir toute la vérité et toute la fiabilité afin d'avoir confiance dans notre système. Il y va de l'intérêt des 500 millions de citoyens européens et de leur santé, et même des 7 milliards de citoyens qui peuplent la planète.

Susanne Melior (S&D). – Herr Präsident, verehrter Herr Kommissar, verehrte Kollegen! Wir haben viele Argumente ausgetauscht. Nicht alle kann ich unterstützen, aber vielen doch folgen. Ich danke Ihnen, verehrter Herr Kommissar, vor allem für Ihre sehr ausführliche Antwort zu Beginn dieser Diskussionsrunde hier im Parlament.

Ich glaube aber, dass wir uns einem Vorwurf ganz hart stellen müssen, und dieser Vorwurf betrifft unsere europäischen Agenturen, nämlich die ECHA und die EFSA. Da heißt es, dass hier eigennützige Studien von Monsanto hinzugezogen worden sind. Dieser Vorwurf muss ausgeräumt werden, auch und vor allem im Interesse unserer eigenen europäischen Agenturen. Deswegen müssen wir hier diskutieren, und deswegen müssen wir hier miteinander streiten und gucken, dass wir das in Zukunft sehr viel besser hinkommen. Dazu gehört auch – Frédérique Ries hat es vorhin schon angeführt – eine gute Ausstattung für die Agenturen, die wir in Europa haben.

Gilles Pargneaux (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, je connais votre probité, je connais votre expertise, je connais votre volonté, car nous travaillons ensemble, de protéger la santé des Européennes et des Européens.

Dans ce dossier, il y a urgence. Il y a urgence que vous preniez une initiative protectrice dans les mois à venir, avant l'automne prochain, pour contrer tout d'abord l'inquiétude grandissante des Européens devant les révélations récentes concernant ce perturbateur endocrinien préjudiciable à leur bonne santé et à leur espérance de vie.

Il y a aussi urgence sur les inquiétudes qui se développent en raison du manque de transparence. L'avis de l'Autorité européenne de sécurité des aliments (EFSA) aurait été fondé sur des études sponsorisées par l'industrie agrochimique. L'identité des 73 experts nationaux qui ont participé à cette évaluation reste inconnue.

J'espère donc qu'avant que les États membres prennent leur décision, à l'automne, le nouveau ministre français, Nicolas Hulot, sera en adéquation avec ce qu'il disait, le 20 avril, dans le cadre de la Fondation Nicolas Hulot: oui, il faut prendre ses responsabilités et protéger la santé des Européennes et des Européens, en interdisant ce renouvellement du glyphosate, compte tenu de l'inquiétude grandissante qu'il suscite.

Tibor Szanyi (S&D). – Elnök Úr, magam is egyetértek azzal, hogy az uniós állampolgárok egészségét maximális mértékben szem előtt kell tartanunk. Éppen ezért örülök, hogy itt a Parlamentben is napirendre tűztük ezt az ellentmondásokkal teli témát. Javaslom, hogy józan ésszel közelítsünk a kérdéshez. Egy Amerikában kirobbant állítólagos botrány ugyanis nem áthatja alá az Európai Élelmiszerbiztonsági Hatóságba és az Európai Vegyianyag-ügynökségbe vetett bizalmat. Amíg a termék szabadalmi védeltsége élt, addig furcsa mód a kérdés évtizedekig nem volt az asztalon. Mindezek ellenére úgy vélem, hogy minden esetben az elővigyázatosság elvét kell szem előtt tartanunk. Azt vallom, hogy minden méreg méreg, azonban a szabályozott használattal csökkenthető a káros hatásuk. Nem engedhetjük e szerek mértéktelen használatát, hiszen a 100 tonna számra kijuttatott szerek kumulálódnak a természetben. De a teljes tiltás sem megoldás. Alternatív megoldás hiányában éppen ezért úgy gondolom, hogy a kutatás-fejlesztés mellett a gazdálkodók ismeretanyagának bővítésére is figyelniünk kell. Továbbá kérem a Bizottságot, hogy dolgozzon ki védintézkedéseket, és biztosítsa az engedélyezési eljárások 100%-os megbízhatóságát.

Zgłoszenia z sali

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, o senhor é médico e, portanto, vai compreender o que lhe vou dizer. O glifosato é o herbicida mais utilizado no mundo, sendo que 76 % da sua utilização a nível mundial é na agricultura, em aplicações florestais, urbanas e jardins. O glifosato e os seus resíduos foram detetados na água, no solo, nos alimentos e no corpo humano. A OMS classificou este herbicida como carcinogénico provável para o ser humano e carcinogénico provado para os animais de laboratório. O glifosato tem um efeito negativo também nos oceanos, onde tudo depende do fitoplâncton que está no topo da cadeia alimentar.

A iniciativa Stop Glifosato visa pressionar a Comissão para dois objetivos: garantir a transparência e independência dos processos na reutilização de pesticidas e impor prazos obrigatórios para a redução progressiva do uso de todos os pesticidas.

O processo de autorização do glifosato na União tem corrido de forma pantanosa, com estudos contraditórios, documentos mantidos em segredo e conflitos de interesse revelados, e é por isso que precisamos de um estudo baseado em todos os dados científicos disponíveis respeitantes ao carácter carcinogénico do glifosato, bem como às eventuais propriedades perturbadoras do sistema endócrino.

Ao abrigo do princípio da precaução, continuarão a pressionar a Comissão a não renovar a autorização do glifosato, à luz do interesse público superior da defesa do ambiente e da saúde pública.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, non è la prima volta che discutiamo in quest'Aula di glifosato e ho la netta sensazione che non sarà neppure l'ultima. La recente pubblicazione dei Monsanto Papers ha fatto sorgere ragionevoli dubbi in merito alla credibilità di alcuni studi sponsorizzati dalla stessa Monsanto, che figurava tra le prove documentali utilizzate dall'EFSA e dall'ECA ai fini della valutazione della sicurezza del glifosato. Da settimane filtrano indiscrezioni sulla possibilità di un rinnovo ultra decennale dell'autorizzazione di questo principio attivo, mentre decine di campagne per la sua messa al bando sono già partite in tutti gli Stati europei.

Su questo tema la Commissione deve innanzitutto recuperare credibilità agli occhi dei cittadini europei, assumendo approfondite informazioni sulle accuse di indebito condizionamento della Monsanto, prima di concedere qualsivoglia autorizzazione. Quando è in gioco la salute pubblica, la trasparenza e la disponibilità di studi scientifici credibili rivestono massima importanza e l'Unione europea ha il dovere di rispondere in maniera adeguata alle legittime preoccupazioni di milioni di consumatori.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Επίτροπε, σας άκουσα με προσοχή, μιλήσατε 19 λεπτά, ίσως ήταν η πιο μακροσκελέστατη ομιλία Επιτρόπου που έχω ακούσει σε αυτήν εδώ την αίθουσα, και είμαι πολύ συχνά εδώ στην αίθουσα. Τελικά, μετά την ομιλία σας αυξήθηκαν τα ερωτήματά μου και η ανησυχία μου. Το ίδιο ισχύει και για την πλειοψηφία των βουλευτών, διότι αν, όπως ισχυρίζεστε, η γλυφοσάτη είναι, δήθεν, ακίνδυνη, τότε γιατί λαμβάνετε ειδικά μέτρα όταν έχουμε εφαρμογές σε προϊόντα προσιτά στα παιδιά; Γιατί αν δεν υπάρχει, δήθεν, πρόβλημα θα μπορούν τα κράτη μέλη να την απαγορεύσουν; Η αρχή της προφύλαξης πρέπει να εφαρμοστεί αυστηρά, ιδίως, μετά τα «Monsanto papers» από όπου προκύπτει ότι η γλυφοσάτη είναι δυνητικά καρκινογόνος ουσία. Η Monsanto, όπως γνωρίζετε, στα τέλη του έτους συγχωνεύεται με την Bayern. Επομένως, γιατί να υπάρχει χρήση αυτής της αμφιλεγόμενης ουσίας, βάσει αμφιλεγόμενων εκθέσεων αξιολόγησης, όταν ο ίδιος Παγκόσμιος Οργανισμός Υγείας την έχει χαρακτηρίσει καρκινογόνο;

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η ομιλία του κυρίου Επιτρόπου νομίζω ότι ήταν προβληματική. Η γλυφοσάτη, σύμφωνα με τον Παγκόσμιο Οργανισμό Υγείας, είναι προφανώς καρκινογόνος. Ο ΟΗΕ κάνει λόγο για επιθετικές και ανήθικες τακτικές μάρκετινγκ με σκοπό την παρεμπόδιση των μεταρρυθμίσεων και την παράλυση των περιορισμών στα φυτοφάρμακα. Στον βωμό του εύκολου χρήματος, οι θεσμικές διαδικασίες καταστρέφονται. Η επιστήμη εξαγοράζεται και τα στοιχεία αποκρύπτονται. Σε συνέχεια της απόφασης του Ευρωπαϊκού Οργανισμού Χημικών Προϊόντων, τονίζω ότι δεν πρέπει η ασφάλεια μιας ουσίας να βασίζεται αποκλειστικά στις βλαβερές ιδιότητές της. Η διασφάλιση υψηλού επιπέδου προστασίας της ανθρώπινης υγείας και η προστασία του περιβάλλοντος απαιτούν την πρόσβαση σε πρωτογενή δεδομένα και όχι απλή ανάλυση ερευνητικών αποτελεσμάτων που χρηματοδοτούνται από τις εμπλεκόμενες εταιρείες. Η βιομηχανία φυτοφαρμάκων ζητεί περισσότερη επιστήμη και λιγότερη πολιτική. Από την πλευρά μας, πρέπει να διασφαλίσουμε ότι η πολιτική παράγει αποτελέσματα, διασφαλίζοντας τη δημοκρατική νομιμοποίηση, αφουγκραζόμενοι τις ανάγκες της αγοράς και της κοινωνίας. Απαιτείται η παρακολούθηση των επιπέδων υπολειμμάτων γλυφοσάτης σε τρόφιμα και ποτά και η υποστήριξη του αγροτικού κλάδου ποικιλοτρόπως προς ανάπτυξη βιώσιμων λύσεων.

Franc Bogovič (PPE). – Sem sadjar iz Slovenije, ki že 25 let uporabljam glifosat, in če je komu do tega, da bi vedel, kaj je končna resnica glede glifosata, je ravno meni. Ker ne bi želel, da bi nikogar zastrupil s svojimi jabolki, ki jih prodajam, niti sebe ne bi rad zastrupil.

Pri svojem delu moram pač upoštevati tudi inštitucije, ki jih imamo za to ustanovljene. Pregledal sem tako poročilo EFSE, pregledal sem sedaj tudi poročilo agencije za kemikalije, ki potrjuje to, kar je EFSA prej trdila.

Številne svetovne agencije govorijo, da ni nevarnosti v glifosatu. Prebral sem tudi to, kar je zdravstvena agencija zapisala. Urad za kemikalije te agencije pravi, da ni rakotvoren glifosat, medtem ko urad za preprečevanje raka pravi, da je v kategoriji skupaj z rdečim mesom in s podobnimi stvarmi.

In sam mislim, da verjamem tu, kar trdi Komisija, mi pa imamo odgovornost, da se pogovarjamo tudi o tem, da bomo, prvič, zagotovili zdravje Evropejcev, da bo obstala kmetijska proizvodnja, da ne bo Evropa postala odvisna od tistih delov sveta, ki uporablja tako glifosat kakor tudi Monsantoove GMO produkte. Sam sem tudi proti tem produktom.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D). – Señor presidente, muchas gracias, señor comisario, por su amplia explicación: casi veinte minutos.

Muchos de los que han intervenido ni le han escuchado a usted ni se quedarán para el final; venían con su posición prefijada, su minuto de gloria, a decir una posición política. Y eso es lo que está sucediendo con esto.

La Agencia Internacional para la Investigación contra el Cáncer dijo que el coformulante que se mezclaba con el glifosato era el que podía tener efectos cancerígenos. Eliminando el coformulante del herbicida, no tendría el glifosato ningún problema cancerígeno.

Usted se comprometió a que con los análisis científicos que le diera la EFSA, se iba a conceder la autorización o no, teniendo en cuenta también la opinión del Parlamento.

Yo confío en las instituciones europeas. Confío en usted, señor comisario. Confío en las agencias que nos dan seguridad alimentaria.

Por tanto, aquí hemos llegado a un punto en el que hay juicios políticos.

Habrà que aclarar muchas circunstancias, también Monsanto. Pero Monsanto se ha convertido en el «caballo de Atila» en una posición frente a los herbicidas en general. Por tanto, hay una gran manipulación política.

Geoffrey Van Orden (ECR). – Mr President, I have listened very intently to this debate, and I just want to say that of course we all want a healthy countryside and a good environment for us all to live in; so do our farmers.

No one in this House has a monopoly on virtue in this particular matter. Our farmers are responsible farmers. I represent the East of England, which is a major agricultural sector in the United Kingdom. Our responsible farmers rely on good scientific, evidence-based information for what they are doing. From what I have heard from the Commission this afternoon, that is exactly what we have. I hope that the Commission will bring an end to all the uncertainty on this, and confirm once and for all the authorisation for glyphosate.

It has been very clear: we are hearing repetitions of the same sort of scaremongering, the same things. Listen again to what the Commissioner had to say, look more closely at what he said to us all. So let us put an end to all this nonsense, and let us give certainty to our farmers – our responsible farmers.

Marijana Petir (PPE). – Gospodine predsjedniče, od institucija čiji rad financiraju porezni obveznici država članica očekujem transparentnost, vjerodostojnost i povjerenje. To se odnosi i na rad Europske agencije za sigurnost hrane i Europske agencije za kemikalije. Te agencije trebaju osigurati građanima Unije visoku kvalitetu života bez rizika za zdravlje od proizvoda koje svakodnevno upotrebljavaju.

Objava korespondencije tvrtke Monsanto u procesima pred sudovima u Sjedinjenim Američkim državama koja posljednjih mjeseci preplavljuju medije, a vezano uz više od 60 tužbi za narušavanje zdravlja i pojave ne-Hodgkinovog limfoma povezanog s korištenjem aktivne tvari glifosata u sredstvima za zaštitu bilja, poljuljalo je vjerodostojnost američkih agencija za nadležnih zaštitu zdravlja i okoliša zbog sumnje u vjerodostojnost određenih studija koje su se koristile u procjeni rizika.

Posebno zabrinjava to što su te studije također bile i podloga za ocjenu sigurnosti glifosata pred europskim institucijama.

Očekujem brz odgovor na postavljena pitanja, te prijedloge za poboljšanja procedura koji bi postupke ocjene sigurnosti biocida učinile vjerodostojnijima.

(Konec zgłoszeń z sali)

Vytėnis Povilas Andriukaitis, Member of the Commission. – Mr President, let me start by thanking all the honourable Members because, ladies and gentlemen, you have put a lot of questions on the table but, as you know, I will not be able to address all those questions and to comment as we do not have enough time. However, may I draw your attention to this WHO report which I have here in my hand, because many of you quote the WHO's International Agency for Research on Cancer (IARC). Here is the IARC report too. I have both reports: from IARC and the WHO joint meeting on pesticide residues.

Two agencies – one and the other – which then decided – because this is the final decision – that glyphosate is unlikely to be carcinogenic. When you speak about the WHO, please read all the documents together, otherwise you will repeat the working group and the very active Professor Portier, who was a chair of the working group. I met him and we discussed this together. I was in Lyons, where we had a lot of discussions. I have visited all the agencies – IARC, EFSA – because I am not responsible to judge on science, colleagues, and I do not think all of you can judge on science.

It must be understood that we have our framework of actions and the framework is law. You mentioned the Monsanto papers but it is enshrined in law that Monsanto is obliged to present a study review, because this is enshrined in law. This law was adopted here in this House together with the Council.

I am responsible for following the law because the rule of law is my basic area in which to act and I would like to say to you, very openly, that we have a very precautionary approach, but do not mix up precautionary approach and precautionary principles. We do the same: we have a precautionary approach and then we use the precautionary principle: we ask EFSA, we ask the ECHA for an analysis.

And then nowadays we have all the agencies at EU level. The 28 EU Member State agencies did the same. ECHA did the same, EFSA did the same. That is all, colleagues. Please, then, do not ask me to present another scientific review. I would like to present you with a scientific view that goes into a very detailed explanation but IARC and WHO are not European Union agencies, they are global agencies, but we take those outcomes into account too. Please tell me: how can I act in this situation? My answer is very simple. I would like to follow only plant protection product legislation. Otherwise I will be in a dangerous situation.

OK, I can show you all the materials I have. I have a lot of meetings with my colleagues from the S&D Group. I have a lot of meetings with the Greens. I know very well that you have your own approach. Here is the Monsanto Tribunal paper. Here you can see the urine test. Here you can see seven reasons why we can ban glyphosate.

Colleagues, this is about politics, it is not about science. But I read it very carefully because some write, quite rightly, that it would be good to ban glyphosate because this would give a very good momentum to promoting organic farming. I am not against promoting organic farming but sorry, it is not about science! It is about your political platform! OK, I respect your political platform but I would like to follow the instruments which are in our hands. I know that scientists have a slightly different approach.

Professor Portier has one approach. John Little sent me a letter today and a lot of their working group people are very active discussing this. OK, we will continue those scientific discussions. I welcome those discussions. It would be good to organise scientific debates and move forward, but we must follow our legal obligations, and I would like to say very openly that I am ready to fulfil my legal obligations.

When I started in 2014 I had doubts because I listened to you and I had doubts about our European Union system. Today I would like to say very openly – let me reiterate this – that I firmly believe that the European Union system concerning the approval of active substances to be used in plant protection products is robust, trustworthy and ensures the highest safety standards for human and animal health and the environment. And this is true, colleagues. I spent two and a half years but I would like to say that today I am a big believer in our European Union safety system. Please follow me. I would like to invite you to organise debates and once again address those issues in a more detailed way.

I don't know who is repeating that I said I can drink glyphosate as a glass of water. Sorry, I never, never, told you such a thing. I would like to mention that glyphosate is, as you know, labelled – this is a hazard classification – as corrosive, causing serious eye damage, hazardous to the environment and toxic to aquatic life, with long-lasting effects. This is on the label. OK, we need to move forward and to see how to manage the situation and how to keep our instruments to guarantee levels – hazard approach, risk approach – and then to fulfil our obligations and of course also finalise our decision. Otherwise it will be very difficult.

Please look, research the consequences of ignoring science and EFSA conclusions in the field of plant health. We now have an entire region infected by Xylella in Puglia. Can you imagine the disaster in Puglia? There is no treatment for this, the only possibility is to remove the trees. Those people who attacked the EFSA proposal to remove those trees did not listen to me – and what is happening today in Puglia? But the scientific advice was clear.

With regard to conclusions about glyphosate, we have today conclusions built by ECHA. Then I have legal obligations, colleagues; six months or until the end of this year. I know that it is only me who will follow the rule of law but I would like to fulfil my obligations.

With regard to the idea to have an inquiry committee, please do it; I will be more than happy to look at your inquiry compared to the Monsanto Papers. Please do it because it will be very good to cooperate with you, and from the Commission side we have no grounds to start with the inquiry procedure but maybe parliamentarians have a bit more space for manoeuvre. Please do it. I will be more than happy to communicate, to coordinate our common knowledge and to present to you the whole picture.

Sorry, friends, but I would like to say that the Commission approach is very clear, based on science, based on precautionary principles. I am a medical doctor, colleagues, and I know how difficult it is to encourage my patients to use medicines in the proper way. You always know how difficult it is to manage medicines but without medicine you have no chance of moving forward.

I know some of you have it in mind to propose glyphosate-free agriculture in the EU. Yes, please do this, please organise a pilot project, encourage farmers to do it; but it is not up to me, it is not up to science. Friends, I am very happy to listen to you very carefully but, sorry, I do not touch all the questions about transparency because I have answers about transparency. I have discussed those issues in a very detailed manner together with EFSA, together with ECHA, together with IARC, together with those working groups and I think we will see possibilities after REFIT. Move forward, but we will do it together. You know, you are also responsible in regard to risk management and risk communication because those messages which are being disseminated today create distrust.

We live in a very difficult society where distrust in science creates a lot of problems. It does not matter what – medicines, vaccinations or plant protection products. Blaming each other is very dangerous. I would be happy to be the scapegoat, the bad guy, but I count on my teams, I count on DG SANTE, I count on our specialists, I count on our scientists around the world – a lot of scientific communities which presented a common picture. And only a few create a lot of problems. Sorry, friends, I would be more than happy to move forward together with you in responding to your questions, but I trust in science.

Przewodniczący. – Panie Komisarzu Andriukaitis! Zwłaszcza ostatnie Pana wystąpienie przekonało nas o tym, że wysłuchał Pan 32 opinii i wypowiedzi. To była prawdziwa debata. Nie wiem, czy wszystkich Pan przekonał, ale niewątpliwie wszyscy czują się usatysfakcjonowani, że uczestniczyli w przyzwoitej wymianie poglądów.

Zamykam debatę.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Beata Gosiewska (ECR), na piśmie. – Glifosat od lat jest powszechnie stosowany jako składnik lub samodzielny środek ochrony roślin i od lat toczą się wokół niego dyskusje, jest bowiem substancją niezwykle kontrowersyjną. Wciąż pojawiają się sprzeczne ze sobą raporty dotyczące szkodliwości glifosatu, a w mojej ocenie istnieją poważne obawy co do jego bezpieczeństwa.

Pozwolenie na używanie glifosatu na terytorium Unii Europejskiej wygasa z końcem roku, co jest dla Komisji Europejskiej znakomitą sposobnością na wprowadzenie całkowitego zakazu jego stosowania. Niestety podjęto próbę kolejnego przedłużenia zezwolenia na jego stosowanie, mimo że ostatnie badania odnotowują kolejne przypadki nowotworowego działania glifosatu, a niemiecki urząd ochrony środowiska udokumentował poważny negatywny wpływ glifosatu na bioróżnorodność.

Rolnictwo ekologiczne w każdym momencie udowadnia, że glifosat nie jest niezbędny dla jego wydajności, a rolnictwo przyszłości winno być oparte na wysokiej bioróżnorodności, dużym zróżnicowaniu upraw oraz na pracy w zgodzie z naturą, a nie przeciwko niej. Dlatego wzywam Komisję Europejską do szczegółowego monitorowania badań dotyczących pestycydów oraz ścisłej współpracy w tym zakresie z Europejskim Urzędem Bezpieczeństwa Żywności oraz Europejską Agencją Chemikaliów.

Момчил Неков (S&D), в писмена форма. – Глифозатът е най-използваният хербицид в света. Той намира широка употреба и в селското стопанство, и в градинарството. В европейските градове той се използва широко в борбата с плевелите и де факто милиони европейци са изложени на този хербицид.

Самата Европейска комисия определя веществото като корозивно, предизвикващо вреда на зрението, токсично за водната флора и фауна и с дългосрочен ефект. Това са достатъчно причини в научните изследвания от страна на частния бизнес да се заложи изработването на заместител, който да преодолява тези опасности.

Подкрепям създаването на анкетна комисия в Парламента, за да се повиши осведомеността по въпрос, който буди все повече притеснения сред гражданите. Смятам, че Европа има достатъчно голям научен и икономически потенциал, за да стимулира европейската индустрия за разработването на вещества, които носят по-малко рискове от тези, разработени преди десетилетия другаде. С това ще се подпомогне европейското производство и Съюзът може да докаже себе си като лидер в прилагането на добри практики и работа с хербицидите с минимален риск за околната среда, здравето на човека, почвите и околната среда.

11. Lage in der Demokratischen Republik Kongo (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest oświadczenie wiceprzewodniczącej Komisji / wysokiej przedstawiciel Unii do spraw zagranicznych i polityki bezpieczeństwa w sprawie sytuacji w Demokratycznej Republice Konga (2017/2703) (RSP)).

Christos Stylianides, Member of the Commission, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Mr President, the draft resolution before this House identifies a number of key issues which I would like to endorse. First, the need to address urgently a serious upsurge in violence and human rights abuses; second, the need to implement in full the political agreement of 31 December 2016, and to create the right political atmosphere for credible, transparent and competitive elections; third, the importance of working closely with the African Union and regional organisations; and fourth, the importance of support to the United Nations.

Regarding the United Nations, I share the deep regret of this House at the assassination of the two members of the United Nations group of experts and their Congolese colleagues in Kasai in March this year. I express my sincere condolences to their families, friends and colleagues. But let me repeat once again that the agreement of December 2016 is the only pathway to a democratic and peaceful transition of power. The Catholic Bishops' Conference provided leadership in facilitating this agreement and they deserve our particular recognition. But for that agreement to succeed, actors on all sides of the political spectrum have to act in the national interest. This is the only way to deliver elections before the end of 2017, and it is the only way to restore full constitutional legitimacy to DRC. Regrettably, it is clear that the inclusivity required for a successful transition has not yet been achieved – this is the reality – in particular as regards the composition of the current government and on the leadership of the National Council for the Monitoring of the Agreement.

The intimidation and arbitrary arrests of opponents and activists, and politically motivated prosecutions, do not contribute to such an environment. I agree with the call made in the resolution for the need to ensure that investigations of violence and killings take place quickly and that they are demonstrably independent and transparent. This is an issue that we will be pursuing bilaterally with DRC, but also at multilateral level, and particularly in the current session of the United Nations Human Rights Council in Geneva.

Freedom of expression, including for the independent media, and freedom of association and assembly, must be guaranteed by the authorities. Now, unfortunately, we see too many restrictions.

As you know, my own responsibility covers humanitarian affairs. We cannot ignore the human impact of the outbreaks of violence in all three Kasai provinces, and the ongoing threats in other parts of the country where armed groups are active. The violence affecting civilian populations has already resulted in over 3.7 million refugees and internally displaced people, including 1.1 million in the Kasai region.

We are in constant contact with the humanitarian actors on the ground, MSF and the Red Cross. ECHO Flight, the EU's humanitarian air services, stands ready to intervene and provide them both with support when needed. We are also in contact with other donors to coordinate the next steps of the response to the growing needs in Kasai. This comes on top of our presence in the rest of the country, where we mobilise EUR 23 million this year for a wide range of humanitarian activities.

In responding to the political crisis and the violence and human rights abuses that it has generated, on 29 May the EU adopted individual restrictive measures against nine individuals. I want to be very clear about the use and context of these sanctions. They are not intended to replace justice – they are a tool intended to encourage a change in policy or in behaviour. Sanctions are reversible – we would be open to lifting them if those concerned were to demonstrate that they had turned away from violence. And sanctions are adaptable: the European Union would consider further listings for those – at any level, including the political level – who would obstruct the way to a peaceful and consensual end of the crisis.

I would like to end on a positive note. We believe there is potential for an African-led solution, in line with UN Security Council Resolution 2348. We are encouraged by the interest shown by the African Union, and by regional organisations such as the Southern African Development Community. We will support them as we also continue to definitely support MONUSCO, insisting on an energetic execution of its mandate. Resolution 2348 must be implemented in full and the DRC authorities should allow MONUSCO to fulfil its entire mandate with the necessary resources. This includes the protection of civilians in the areas most affected by violence. We must also not forget the risks presented to DRC's neighbours and the need for contingency planning.

We will also maintain support to DRC and its people through projects and programmes. And we are, of course, if requested, ready to support the preparation of elections if progress is achieved, such as the successful completion of the voter roll, and a realistic calendar and budget.

Once again, please remain assured that despite the difficult situation, the European Union is ready and willing to take part in political and policy dialogue to the benefit of the rights and aspirations of all Congolese citizens.

Michael Gahler, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, I would like to thank the Commissioner very much for his statement, and I can say for my Group that we share his viewpoints and demands. The situation in the DRC is indeed terrible and it has been this way for quite a while, and I am deeply concerned about the handling of the current issue with regard to the Kasai province. You have rightly said that we have got 3.7 million internally displaced people, including the ones in the province of Kasai. Just three weeks ago, I had the privilege to speak as chair of the Delegation for Relations with the Pan-African Parliament (DPAP) in the Pan-African Parliament in Midrand, and I referred specifically to the situation in Kasai. After me, there were two other speakers from the DRC, and not a single one had the feeling that they would have to address this burning issue. That shows, in my mind, the attitude of those who are in charge there. As we speak, we've had a minister from the DRC, Liyota Ndjoli, who was contacting different MEPs here today, and I'm sure we have all given him the same message: fulfil the agreement of 31 December; prepare the elections properly. There is no way out, and if he says 'well, perhaps a month or two later', I will not accept; I think we should not accept anything unless there's really a broad consensus with all political stakeholders. When it's about one month more at the end I wouldn't bother, but I have the feeling rather that Mr Kabila does not, in real terms, have a true intention to leave his office and his position, where he still sits, so we must keep up our pressure and also apply the sanctions that have been referred to and make it very clear that there is no alternative to fulfilling what has been agreed.

Elena Valenciano, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente. Pues, una vez más, volvemos a hablar de la República Democrática del Congo en esta Cámara para volver a hablar de crisis política, de crisis humanitaria y de crisis de seguridad en la región. Las cifras ya las han dado mis colegas, y también el comisario.

La cuestión es que todo esto tiene un nombre, ya tiene un nombre. Es Kabila. Ya no podemos seguir ignorando que hay una situación que empeora día a día y que tiene mucho que ver con la nula intención de Kabila de dejar el poder. Entonces, nosotros tenemos que hacer algo, además de nuestras manifestaciones y de haber intentado un acuerdo político en diciembre de 2016, que no está funcionando, aunque yo estoy de acuerdo con el comisario en que es el único espacio que tenemos para negociar.

Tal vez, mantener las sanciones; tal vez, incrementarlas. Dar una respuesta a un bloqueo que está produciendo muchísimo sufrimiento en un país que ya sufre desde hace muchísimo tiempo un infierno en muchas de sus regiones y que espera una respuesta de la Unión Europea.

Mayores sanciones probablemente puedan tener mayores efectos.

Charles Tannock, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, when discussing the Democratic Republic of the Congo in this Chamber six months ago, there was some hope that the deal brokered by the Catholic Bishops' Conference would pave the way for elections by the end of this year, ending the political stalemate, and President Kabila's 16 year-long rule.

Today, no progress has been made in implementing the terms of that agreement and the general security situation has actually worsened. This is particularly the case in the Kasai province, where security forces and members of the Kamuina Nsapu militia continue to clash regularly. Reports suggest that in the last five months, 500 people have been killed in the fighting and a further 1.3 million people have fled the area.

In North Kivu province, meanwhile, concerns remain about the activities of rebel groups including the March 23rd Movement and the Islamist militia known as Allied Democratic Forces. The latter has been accused by the government of being responsible for an attack on a prison just a couple of days ago – an attack in which 11 people were killed and over 900 prisoners escaped.

As similar security threats manifest themselves across the country, the urgency for President Kabila to go and to have fresh elections to be called becomes ever more necessary. Certainly, his justification that the country cannot afford elections is frankly ridiculous.

Javier Nart, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señor presidente, gracias señor Stylianides, lo que ha dicho es absolutamente correcto, pero vamos a decir las cosas por su nombre:

Monusco no funciona.

Monusco es una burla; Monusco es un fraude carísimo: 17 000 soldados que no hacen otra cosa que ser turistas-soldado.

A siete kilómetros de Goma, las mujeres son violadas cuando salen del campo de refugiados para ir a buscar agua, porque los soldados de la Monusco, aunque tienen el mandato de neutralizar a los rebeldes y a las fuerzas armadas, son turistas-soldado —que patrullan los ejes principales y están acantonados—, porque sus mandos nacionales les prohíben intervenir.

El mandato existe; lo que es una burla es que cobren y no lo cumplan. Este es el primer problema.

El segundo problema es que las sanciones que se han establecido son para un corto número de personas que se dedican al tráfico, que es la logística de la guerra. Si no se actúa sobre la masa fundamental, sobre los líderes máximos del tráfico, no haremos absolutamente nada.

Y, en segundo lugar, ciertamente, el Gobierno del Congo es un gobierno que se fundamenta en la corrupción, en la violación de los derechos humanos. El acuerdo tomado por el grupo de obispos el 31 de diciembre de 2016 es fundamental. Pero lo que es fundamental es que el Gobierno de Kabila no juegue otra vez con un elemento que consiste, a través de tretas parlamentarias, en retrasar las elecciones —que ya dicen que se celebrarán en el primer trimestre de 2018, cuando tenían que celebrarse antes del 31 de diciembre de 2017—.

Y para que eso funcione, no hace falta legalidad, hace falta apretar las tuercas en los elementos decisivos: sanciones personales y económicas respecto de los activos de estas personas —que están fundamentalmente en el extranjero y en Europa también—, lo que les va afectar decisivamente.

Si no apretamos políticamente al corrupto Gobierno de Kabila, en el año 2018 seguiremos teniendo a Kabila y, aquí, otro debate para nada.

Marie-Christine Vergiat, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Monsieur le Président, c'est notre quatrième débat sur la République démocratique du Congo (RDC) en moins d'un an.

À la fin de l'année dernière, nous avons eu un vent d'espoir, mais la conférence épiscopale elle-même vient de jeter l'éponge et Joseph Kabila reste accroché au pouvoir. Ses récentes déclarations ne peuvent qu'inquiéter. «Il faut des élections parfaites», nous dit-il, et ajoute qu'il n'a rien promis. Nous restons sans voix. Les violations des droits de l'homme ne cessent de s'aggraver, y compris avec l'assassinat, vous l'avez dit, en mars dernier, des experts de l'ONU. Comment s'étonner alors de l'accroissement du nombre de déplacés et de réfugiés?

Nous savons tous, ici, que des entreprises multinationales présentes au Congo sont en partie responsables du financement des groupes armés qui opèrent sur place. Alors, au-delà du soutien de l'ONU et de l'aide humanitaire indispensable, il faut agir en utilisant notamment la législation sur les minerais du sang, même réduite à la portion congrue par le Conseil. Elle constitue un outil que l'Union doit utiliser pour passer des discours aux actes.

Jordi Solé, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, en janvier 2015, des manifestations ont éclaté dans plusieurs villes congolaises contre une tentative de modification de la loi électorale. Vingt-sept personnes ont été tuées. Déjà, à l'époque, l'Union européenne était au courant de la grave crise politique dans le pays, mais la Commission et le Conseil ont attendu presque deux ans pour agir et finalement imposer des mesures ciblées contre certaines autorités congolaises responsables de la répression de l'opposition et de graves violations des droits de l'homme.

En même temps, l'Union européenne s'est félicitée du dialogue national, une initiative visant à aider à l'organisation de l'élection présidentielle, mais qui s'avère plutôt une des nombreuses tentatives du président Kabila de reporter ces élections.

Depuis des années, les autorités congolaises ont violé des dispositions-clés de l'accord de Cotonou. Normalement, cela aurait dû déclencher il y a longtemps des consultations officielles au titre de l'article 86. Qu'est-ce qu'on attend?

Alors que le président Kabila n'a pas encore mis en œuvre les accords du mois de décembre, la situation politique, humanitaire et celle des droits de l'homme s'aggravent de plus en plus.

Il est temps que l'Union européenne s'engage plus activement et fortement au Congo afin d'éviter toute nouvelle escalade et toute nouvelle déstabilisation dans toute la région.

Ignazio Corrao, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, da inizio mandato ci siamo occupati tante volte della Repubblica democratica del Congo e per problemi di diversa entità e natura. Abbiamo leader politici che manipolano la Costituzione – come è capitato, lo possiamo chiamare leader politico – pur di restare in carica. Abbiamo regioni vastissime sotto il controllo dei mercenari armati, una grave e diffusa violazione dei diritti fondamentali, crimini internazionali, materie prime insanguinate. La situazione peggiora a vista d'occhio.

È vero che l'Unione europea non ha poteri cogenti in materia di politica estera, ma potrebbe agire con coerenza nei settori in cui è competente, penso soprattutto alle politiche commerciali. I problemi del Congo sono sicuramente complessi e non tutti riconducibili alle speculazioni messe in opera dalle multinazionali per poter approfittare di ingenti riserve di materiali preziosi a basso costo, ma questo è senz'altro uno dei fattori determinanti dell'instabilità del paese e sono certo che un'azione più decisa dell'Unione europea in materia di responsabilità delle multinazionali consentirebbe sensibili passi in avanti per il Congo e non solo. Il Congo è un paese ricco, signor Presidente, ricco da morire, nel significato però reale del termine.

Jean-Luc Schaffhauser, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, chers collègues, nos résolutions soulignent à raison le bilan humain et humanitaire du conflit en République démocratique du Congo.

Toutefois, je crains qu'elles ne se trompent sur les causes de cette situation qui dure depuis 1998 et qui a déjà tué entre six et huit millions de personnes dans l'ensemble de l'Afrique des Grands Lacs.

En effet, qui a préparé, en Ouganda, l'opération dite «des rebelles»? Pas Joseph Kabila, ni même Laurent-Désiré Kabila, qu'on est allé chercher, mais les puissances occidentales.

Qui est responsable de l'exécution de Laurent-Désiré Kabila? Pas Joseph Kabila, les puissances occidentales.

Qui maintient le désordre pour pouvoir piller les ressources du pays? Pas Joseph Kabila, les puissances occidentales.

Qui laisse Paul Kagamé occuper l'est du pays pour exporter les minerais volés en RDC au Rwanda? Pas Joseph Kabila, les puissances occidentales.

Qui propose de rajouter de la déstabilisation derrière le formalisme démocratique? Toujours les puissances occidentales, pas Joseph Kabila.

Chers collègues, alors qu'une transition douce a été négociée par l'intermédiaire des évêques, certains d'entre vous sont plus intransigeants que l'opposition congolaise, alors que le président Kabila suit la Constitution, par les accords de la Saint-Sylvestre toujours en vigueur.

Vous êtes plus extrémistes que les Congolais en oubliant la finalité de ces accords, à savoir la stabilité, la sécurité de tous les Congolais.

Le 31 décembre, il y aura une transition. J'espère qu'elle se fera en faveur de la paix.

Bogdan Brunon Wenta (PPE). – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Jak już wielu wspominało, sytuacja w Demokratycznej Republice Konga gwałtownie pogorszyła się od zeszłego roku, kiedy prezydent Kabila złożył obietnicę przeprowadzenia demokratycznych wyborów do końca 2017 roku. Ale dzisiaj, po pół roku obiecujących negocjacji między Organizacją Narodów Zjednoczonych a kongijskim rządem, sytuacja w tym kraju daje wiele powodów do niepokoju.

Próby przedłużenia prezydentury przez Josepha Kabilę spowodowały, że życie ludzi staje się niepewne i zagrożone ze strony nie tylko armii, ale także grup rebelianckich czy bojówek. To zresztą często jest tolerowane przez stronę rządową. Oprócz tego kryzysu – o czym zresztą Pan Komisarz mówił – zamiast bezpieczeństwa mamy do czynienia z tragedią humanitarną, która dotyka prawie 7,5 mln mieszkańców tego kraju.

Raporty i doniesienia z Konga przedstawiają nam alarmujący stan, w jakim znalazło się to państwo. W kraju dochodzi do łamania praw człowieka, przestępstw na tle rasowym, etnicznym, wykorzystuje się dzieci w działaniach grup militarnych, dochodzi do przemocy wobec kobiet, itd. Nasz niepokój powodują także ataki na pracowników organizacji świadczących pomoc humanitarną.

Sądzę, że stabilność polityczna w tym regionie jest bardzo ważna i może nam także pomóc w przyszłej pomocy rozwojowej, nie tylko humanitarnej, i nie tylko w tym regionie, ale na całym kontynencie afrykańskim. Dlatego nasze działania i ta rezolucja są bardzo potrzebne i powinniśmy uczestniczyć w tych aktywnych działaniach dążących do powstrzymania kryzysu politycznego w Kongu.

Maria Arena (S&D). – Monsieur le Président, la situation humanitaire et sécuritaire en République démocratique du Congo se détériore fortement. Dans le Kasai, pourtant autrefois pacifique, les violences et les répressions font rage. Depuis août 2016, les exécutions sommaires, les meurtres d'enfants, le recrutement d'enfants soldats, les violences sexuelles frappent les populations civiles.

Ces violences qui impliquent miliciens, soldats et policiers ont fait plus de 400 morts. Plus de 40 fosses communes ont été découvertes, 400 000 enfants risquent la famine, plus d'un million et demi de Congolais ont fui la région.

Cette crise dans le Kasai se joue sur fond de ce qui devrait être une transition politique prévue par l'accord du 31 décembre 2016 et qui peine à voir le jour. Même si l'enrôlement des électeurs semble s'accélérer, l'adoption des lois électorales et la mise en place du Conseil national de suivi de l'accord sont autant de défis auxquels les autorités congolaises doivent répondre par la tenue d'élections libres, transparentes et démocratiques.

Dans un contexte grave, le Parlement européen appelle les autorités congolaises et la communauté internationale à tout mettre en œuvre afin de respecter la totalité des engagements pris dans l'accord de la Saint-Sylvestre, en ce compris la fixation d'un calendrier clair et précis pour la tenue des élections, sans modification de la Constitution.

Par ailleurs, nous appelons à la mise en place d'une enquête internationale sur les violences dans le Kasai afin que les auteurs de ces crimes puissent assumer leurs responsabilités.

Enfin, le Parlement européen soutient également les sanctions ciblées mises en place par l'Union à l'égard des responsables de graves violations des droits de l'homme.

Je rappelle aussi que c'est au gouvernement de garantir la sécurité de sa population et qu'il en a la responsabilité. Par conséquent, nous appelons à la responsabilité du gouvernement Kabila de protéger sa population.

Anna Elżbieta Fotyga (ECR). – Mr President, I share the Commissioner's assessment of the situation. I would like to stress several issues though. Firstly, the necessity to implement a political agenda based on the Accord of December 2016, the strengthening of the MONUSCO performance, full implementation of the UN Security Council mandate without national caveats, as well as the important implementation of an independent investigation of violations of humanitarian and human rights law.

There is one other item as well: the criminal aspects of mining for minerals in Congo, a possible spillover effect and the necessity to strengthen the rules of international trade applied in Congo.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE). – Señor presidente, traemos aquí la preocupante situación de la República Democrática del Congo. Las cifras ya se han dado: más de 7 millones de personas, de las cuales 4,4 millones son niños, necesitan educación, servicios médicos, asistencia y agua potable; casi 6 millones tienen problemas de alimentación y hay muchísimos desplazados tanto interna como externamente por la situación de conflictividad.

Estamos, por lo tanto, ante una situación de máxima urgencia humanitaria y —como ha dicho bien el comisario— en la que se conculcan a diario los derechos humanos. La conflictividad es diaria, hay torturas, hay secuestros, hay violaciones, hay violaciones sexuales y hay una extrema violencia por parte de todos los sectores. Preocupa, y mucho, la desproporción de la actuación de las fuerzas armadas de la propia República Democrática del Congo.

El país está pendiente de elecciones. Es necesario que la Unión Europea fuerce el diálogo para que cuanto antes se pueda tener un Gobierno legitimado democráticamente en la República Democrática del Congo. No podemos ser —y sé que no lo vamos a ser— meros observadores de una situación en la que se conculcan a diario los derechos humanos y en la que nosotros, la Unión Europea, queremos ser los que representen los valores de la paz y la seguridad. Condenamos, por lo tanto, todas esas violaciones y especialmente vemos con preocupación esa violencia y ese uso desproporcionado de ella por parte de los propios órganos estatales.

La falta de libertad de expresión se produce también en Ruanda. Tuvimos una Resolución aquí en la que pedimos la liberación de Victoire Ingabire. Pues lo mismo también para la República Democrática del Congo. Y hay que señalar la necesidad de que se establezca la misión de las Naciones Unidas para que realmente pueda ejercer su mandato y pueda llegar la ayuda humanitaria a todas las zonas.

En definitiva, hay que investigar hasta el final todos los crímenes, identificar a los responsables y llevar a la República Democrática del Congo a un verdadero gobierno democrático.

Cécile Kashetu Kyenge (S&D). – Monsieur le Président, l'article 52 de la Constitution congolaise dispose: «Tous les Congolais ont droit à la paix et à la sécurité.» Pourtant, la violence et l'insécurité se répandent sur l'ensemble du territoire national.

Articles 23 et 24: «Toute personne a droit à la liberté d'expression et d'information.» Pourtant, toute voix qui s'exprime contre le régime en place est violemment réprimée.

Article 15: «La violence sexuelle est érigée en crime contre l'humanité.» Pourtant, des milliers de femmes en RDC n'ont toujours pas trouvé justice.

Article 58: «Tous les Congolais ont le droit de jouir des richesses nationales.» Pourtant, l'État ne garantit aucune redistribution équitable.

Article 47: «Le droit à la santé et à la sécurité alimentaire est garanti.» Pourtant, 400 000 enfants au Kasai sont actuellement victimes d'une catastrophe humanitaire.

Enfin, article 70: «Le mandat du Président de la République est renouvelable une seule fois.» Et pourtant, à ce jour, aucune date pour les élections n'a été décidée.

La RDC doit se réapproprier son avenir et devenir la plus grande nation démocratique et prospère qu'elle aurait dû être depuis longtemps.

La résolution du Parlement européen exige des réponses à toutes ces violations systématiques des principes constitutionnels.

Mark Demesmaecker (ECR). – In maart werden in de Kasai-provincie de lichamen van Zaïda Catalan en Michael Sharp teruggevonden. De 2 VN-experts werden vermoord door militieleden of Congolese militairen. Ze waren er net erop uitgestuurd om aanwijzingen te vinden voor het pas opgelaaide geweld. Intussen werden 20 massagraven ontdekt en spreken bronnen van 1 500 doden. Het had ook helemaal anders kunnen zijn voor de burgers in Kasai. De mogelijkheden om een welvarend stukje Afrika te worden zijn enorm. Kasai is rijk aan mineralen en vruchtbaar landbouwgebied. De doden van Kasai zijn een symptoom van het echte probleem. Congo is een stuurlaarschip met een graaiende elite, een verdeeld leger en een onzichtbare president die zich wel vastklampt aan zijn positie. De massale ontsnapping uit de gevangenis van Bukavu in Zuid-Kivu afgelopen zondag is daar nog maar eens het bewijs van. Het politieke systeem in Congo heeft gefaald. Het is failliet, net als de internationale gemeenschap. Die kijkt toe. Die reageert af en toe maar is voor het overige volledig verdeeld en dus machteloos. Het volk van Kasai heeft niets aan internationale veroordelingen zonder gevolgen.

Teresa Jiménez-Becerril Barrio (PPE). – Señor presidente, esta Resolución es la voz firme de este Parlamento que se une a los gritos de dolor de tantas mujeres y niñas violadas, niños utilizados como soldados y personas desplazadas que huyen de la violencia que afecta a la República Democrática del Congo desde hace más de veinte años.

Poco ha durado la esperanza del acuerdo político firmado entre Kabila y la oposición. El acuerdo no avanza; lo que sí avanza es el miedo de una población que huye de la violencia, provocada por quienes deberían evitarla. Estamos hablando de crímenes de guerra, cometidos por quienes arrebatan los niños a sus familias para utilizarlos como soldados. También estamos hablando de miles de mujeres y niñas violadas.

Congo es conocido como la capital mundial de las violaciones. Muchísimas son las madres que pasan las noches en vela para salvar a sus hijas de los violadores que las marcarán para el resto de sus vidas. Nadie defiende los derechos de las víctimas porque la corrupción generalizada y el difícil acceso a la justicia hacen que madres, como la de una pequeña violada, terminen acusadas de haber entregado a su hija a los violadores.

Conozco testimonios mucho más atroces, pero necesitaría una hora y no un minuto para citarlos.

En defensa de una población que agoniza, la Unión Europea debe seguir presionando. Quienes tenemos la fortuna de vivir en libertad, debemos luchar por aquellos que, como en el Congo, viven en la esclavitud del miedo. Las condenas, señor comisario, son necesarias, pero la acción y las sanciones lo son aún más.

Pier Antonio Panzeri (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, si sono riaffacciati i vecchi fantasmi in Congo, in preda a violente tensioni interne che stanno sfociando in un conflitto aperto. Da una parte lo stallo della situazione politica, dall'altra gli scontri nella provincia del Kasai, con la scoperta di numerose fosse comuni. In mezzo i civili, l'umanità dolente di un popolo che non ha mai conosciuto una transizione pacifica del potere e che non usufruisce delle grandi ricchezze del sottosuolo.

Quello spiraglio di dialogo con l'accordo di San Silvestro si è chiuso. Sei mesi dopo quell'intesa è su un binario morto e ciò ha prodotto violenze nel Kivu e nel Nord, nell'Ituri fino al ricchissimo Katanga, nel Sud, per arrivare al dramma del Kasai. Violenze assurde e diritti umani calpestati che reclamano verità. Non è più tollerabile questa situazione. Io spero che ci sia consapevolezza nell'Unione europea e nella comunità internazionale che è necessario oggi, rapidamente più che mai, mettere in atto le azioni per garantire una transizione politica. Il Congo ha bisogno di questo.

Soraya Post (S&D). – Mr President, from a feministic point of view, I would like to stress that the sexual violence in the Democratic Republic of Congo remains extremely serious due to its scale and systematic nature. The victims, in the majority women and children, endure rapes often associated with other atrocities, such as mutilation, forced participation of family members in rape, gang rape and sexual slavery. Conflict-related sexual violence contributes to an increase in the levels of gender-based violence in general, and this lasts for generations if appropriate action is not taken. Therefore, I support the mandate of the UN to protect the population from armed groups and women from rape and other sexual violence. I call on the Congolese Government to end the impunity of the perpetrators of sexual violence. I ask for an end to the violations of human rights in Congo.

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhor Presidente, com a manutenção forçada no poder por parte de Kabila, apoiada na controversa decisão do Tribunal Constitucional, a violência voltou à República Democrática do Congo e estamos a assistir a um deteriorar das condições de vida e da segurança no país. Desde 2016, mais de um milhão de pessoas foram obrigadas a deslocar-se da sua residência. Este número é superior ao número de refugiados na Síria. Toda esta instabilidade criou uma crise de segurança generalizada.

Em simultâneo, o surto de ébola regressou ao Congo, generalizando o terror e o medo de contágio desta doença mortífera, que assolou alguns países de África no passado recente. A comunidade internacional e, particularmente, a União Europeia devem ter um papel preponderante e firme na defesa do Acordo de São Silvestre, firmado em dezembro de 2016 sob a égide dos bispos, permitindo chegar a novembro com condições para que se realize um processo eleitoral livre, transparente e sem incidentes.

Temos de estar vigilantes para não sermos cúmplices, por omissão, de mais uma crise humanitária em África.

Neena Gill (S&D). – Mr President, I welcome the fact that the EU has imposed sanctions against many of those responsible for violence in the DRC, but the rest of the world, as we have heard, is standing by while mass grave after mass grave is being uncovered in Kasai.

Just three questions. Firstly, three million people are displaced in the DRC, half a million children are at risk of malnutrition, where is the global outrage? The UN is struggling to raise 60 million in emergency funds. How can we ensure that funding targets are met and humanitarian access is secured?

Secondly, accountability. We do need to assist in gathering evidence and building cases to bring those responsible for murdering civilians to justice.

Thirdly, addressing the root causes is crucial, not just in Kasai, but the entire DRC is mired in crisis. President Kabila, as we have heard, is part of the problem and we need serious international pressure to kick-start the electoral process.

I urge you to put this on the agenda of the Foreign Affairs Council on the 19th and deliver a strategy to tackle the crisis, together with our international partners. Failing this, destabilisation of the entire Central African region will force its way up the agenda in a matter of mere months.

Zgłoszenia z sali

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, Caros Colegas, a disputa pelo controlo dos imensos recursos naturais do país e a violência étnica na República Democrática do Congo geraram uma das piores crises humanitárias da nossa história recente que não podemos silenciar.

O balanço é dramático: mais de 5 000 000 de mortos, 3 700 000 de deslocados internos, campos de refugiados sobrelotados e centenas de milhares de pessoas vítimas de fome, doenças e epidemias, incluindo, agora, o regresso do flagelo do ébola.

As mulheres e as crianças são, como na maioria dos conflitos, as principais vítimas do terror da vida quotidiana naquele país. A violação e o assassinato de mulheres converteram-se em algo habitual. Meio milhão de menores de cinco anos padecem de desnutrição aguda e milhares de outras crianças sacrificam a sua infância, tornando-se meninos-soldados.

A inação e o silêncio do Presidente Joseph Kabila face a estas atrocidades contra o seu próprio povo e o aumento de raptos e ataques contra os trabalhadores e caravanas de ajuda humanitária são inadmissíveis.

A União Europeia deve, por isso, prorrogar a aplicação de sanções contra os responsáveis por estas graves violações de direitos humanos, como, aliás, referiu o Sr. Comissário, e pela sabotagem do processo democrático na República Democrática do Congo e apelar ao Presidente Kabila para que acelere o cumprimento da sua promessa e convoque eleições presidenciais até ao final deste ano, assegurando as condições para que este ato eleitoral seja livre, transparente e credível.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Mr President, I am gravely concerned about the growing violence and political instability in the Democratic Republic of Congo. It is a situation that is having a terribly bad influence in all the neighbouring countries, and I call on the EU to take the necessary measures and action for the de-escalation of tensions in that country.

The Congolese authorities must work to address the current security and humanitarian crisis, ensuring political stability and full respect for human rights in the Congolese Constitution. A peaceful, transparent, smooth and timely conducting of the next presidential and legislative elections are vital for the security of the Great Lakes region. We must recall the commitments made by the Democratic Republic of Congo under the Cotonou Agreement to respect democracy, the rule of law and human rights. These things are not happening, unfortunately. I strongly believe that respect for democracy, peace and the peaceful transfer of power must now be a priority for all political forces in the Democratic Republic of Congo.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η δραματική κατάσταση που επικρατεί στη Λαϊκή Δημοκρατία του Κονγκό δημιουργεί όλο και περισσότερες ανησυχίες. Είναι ένα θέμα το οποίο έχουμε συζητήσει επανειλημμένα εδώ στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο και κάθε φορά που συζητούμε το ζήτημα, η κατάσταση χειροτερεύει. Παραβιάσεις ανθρωπίνων δικαιωμάτων, διώξεις κατά των αντιφρονούντων, δολοφονίες, συλλήψεις, απαγόρευση της ελευθερίας του λόγου και της ελευθερίας του συνέρχεσθαι, τεράστιες ανθρωπιστικές επιπτώσεις. Έχουμε πλέον τρισημίσι εκατομμύρια πρόσφυγες, ενάμισι εκατομμύριο στο Κασάι, και υποσιτισμό των παιδιών. Πολλά παιδιά πλέον έχουν μετατραπεί σε στρατιώτες, γεγονός το οποίο αποτελεί, βεβαίως, και ποινικό αδίκημα. Από εκεί και πέρα, αυτή η κατάσταση θα συνεχίζεται διότι ο Καμπιλά είναι γαντζωμένος στην εξουσία, παραβιάζει τη Συμφωνία του Κοτονού, δεν θέλει να κάνει εκλογές και για αυτό δημιουργείται αυτή η κατάσταση, η οποία χειροτερεύει, διότι οι ίδιες οι εξορυκτικές εταιρείες είναι πλέον κράτος εν κράτει, μια και είναι τεράστιος ο πλούτος στη Λαϊκή Δημοκρατία του Κονγκό. Χρειάζονται αποφασιστικές παρεμβάσεις, κύριε Επίτροπε.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, cosa resta ormai dell'RDC? Mi viene da dire solo la geografia, visto che di repubblica e di democratico ormai nell'RDC c'è rimasto veramente ben poco. Questa crisi in realtà ha un nome e un cognome preciso, quello di Joseph Kabila, e la sua pretesa di violare la Costituzione rinviando le elezioni, insieme al suo entourage, con ogni mezzo, per restare al potere e continuare a sfruttare le immense risorse di un paese ricchissimo e al tempo stesso poverissimo.

L'accordo del 31 dicembre 2016 deve essere attuato, ma purtroppo i colloqui sono ancora in fase di stallo, mentre il paese sprofonda in un inferno di violenza, di negazione dei diritti e delle libertà fondamentali, di bambini soldato, stupri di massa, denutrizione, crimini di guerra e contro l'umanità. Chiediamo che venga finalmente applicato l'accordo di Cotonou, anche il suo articolo 96, che resta spesso un accordo di parole e non di fatti.

L'Unione deve fare la sua parte come mediatore e deve fare la sua parte con ogni forma di pressione diplomatica affinché si garantisca una transizione politica e pacifica vera verso elezioni che siano anche credibili. Il grido di dolore del popolo congolese non può e non deve essere per noi soltanto un'eco lontana.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Christos Stylianides, *Member of the Commission, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Mr President, we had a very rich exchange and I am very grateful to the honourable Members for their valuable interventions. It bears testimony to the EU attachment to the resolution of the crisis in the DRC.

The European Union's link with the DRC is a link between citizens, between families and between communities. We care about the situation in this great country at the heart of Africa, so we want to do whatever we can using the tools at our disposal. First, to accompany the Congolese people through the current crisis; secondly, to support them and build accountable institutions that will stand the test of time; and third, to help them deliver good governance and, of course, a sustainable democracy.

From this debate, I conclude that we all share a common interest in engaging with the DRC authorities in order to carry the transition forward until the elections, provided that there is increased respect for human rights and fundamental freedoms. If this is not the case, we will draw the consequences. So we will continue following closely the situation in the DRC in every dimension.

I completely agree with you that one of the most important issues is humanitarian access. I know this issue well because of my responsibility in my mandate, my portfolio, and as I discussed with some of you, I will try hard to find ways to reach vulnerable people in all regions of the DRC. This is why I have humanitarian access as a top priority, because it is the only way to provide humanitarian assistance to all people of the DRC. At the same time, I completely agree with you that we must keep up our pressure in every dimension in order to see as soon as possible democratic elections. It is the only pathway in order to see a better future for the Congolese people. At the same time, I greatly appreciate Parliament's essential role in keeping the DRC on the international agenda. I can assure you that we will continue to use all tools at our disposal to assist in bringing a durable solution to the current crisis, and I engage to keep you fully informed on developments, in particular on humanitarian access. Thank you very much for this very rich exchange.

Przewodniczący. – Dziękuję bardzo, Panie Komisarzu. Jak Pan odnotował, nieczęsto się zdarza, by wypowiedź zamykająca spotkała się z brawami, a to się zdarzyło dzisiaj. Gratuluję Panu.

Otrzymałem sześć projektów rezolucji złożonych zgodnie z art. 123 ust. 2 Regulaminu.

Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się w środę 14 czerwca 2017 r.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto.* – La situazione politica e sociale nella Repubblica democratica del Congo, è seriamente preoccupante. Essa risente della repressione politica e dei continui conflitti, che si sono reiterati nel tempo. Negli ultimi anni sono stati riportati numerosi casi di violazione dei diritti umani, riguardanti soprattutto le libertà di espressione, di riunione e di manifestazione, l'aumento dei processi per motivi politici e l'uso della forza, durante manifestazioni pacifiche. È assolutamente necessario, che venga istituita una commissione d'inchiesta indipendente, che faccia luce sui terribili fatti avvenuti in passato e faccia pressione sul governo congolese, affinché rispetti, promuova e tuteli le libertà fondamentali, quale fondamento della democrazia.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), in writing. – I support the call for the EU to ensure free and fair elections by the end of the year. In accordance with the Congolese Constitution, elections should have taken place in 2016, but President Kabila has made every possible effort to postpone these elections. The Constitution states that a president cannot serve for more than two terms; as such President Kabila is not permitted to serve a third term. I express deep concern over the mass graves discovered in the Grand Kasai region and the resurgence of violence in the northern and eastern parts of the DRC. I firmly condemn all acts of violence and human rights abuses in the country, regardless of the perpetrator, and call for the launch of an independent international investigation.

12. Humanitäre Lage in Jemen (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest oświadczenie wiceprzewodniczącej Komisji / wysokiej przedstawiciel Unii do spraw zagranicznych i polityki bezpieczeństwa w sprawie sytuacji humanitarnej w Jemenie (2017/2727 (RSP)).

Christos Stylianides, Member of the Commission, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Mr President, honourable Members of the European Parliament, you know well that for over two years, the war in Yemen has devastated the country's infrastructure and undermined its social fabric. Yemen was already one of the least developed nations in the world. After years of hostilities, we are now facing a daunting catastrophe where millions of lives are at stake, and this is now unfortunately aggravated by a severe cholera outbreak.

As you know, the war in Yemen has caused one of the worst humanitarian crises – perhaps the very worst. According to the UN, one child is dying of hunger in Yemen every 10 minutes – a shocking number. Some 20 million people face the grim prospect of famine. The European Union, and now the Member States, recently pledged EUR 430 million in humanitarian aid, out of a total of over EUR 1 billion pledges at the Geneva pledging Conference in April. I was there; I represented the European Union, and I saw the fatigue of the international community regarding the humanitarian crisis across the world, but again the European Union was the biggest donor in this crisis.

I agree totally with the UN Secretary-General that it is now time for urgent action. These pledges must be translated immediately into the concrete action that the people of Yemen need and deserve.

Humanitarian access remains an issue for the international community. For this reason, we have reached out to the warring parties to push for facilitated access to the populations in need, while requesting an end to all violations of International Humanitarian Law. But the EU cannot act alone; there must be a truly concerted international effort, and we will continue to actively promote it. We have always maintained, and we continue to believe, that there can be no military solution to this crisis. It is an illusion. As clearly stated in the EU Foreign Affairs Council Conclusions on Yemen of April 2017, we aim to continue to work with all parties towards a sustained cessation of hostilities. This is the first step. This should be monitored by the United Nations, and would serve as a first step towards the resumption of peace talks under the leadership of the UN.

We offer, as the European Union, our full support to the efforts to relaunch the political negotiations. We are ready to do all we can to create the conditions that would enable both sides to de-escalate and move towards a solution. The European Union has been involved in sponsoring a number of Track II and peacebuilding initiatives, and will step up its efforts in this regard. But it is essential that all international and regional actors engage constructively and in a coordinated manner.

We have been providing considerable humanitarian assistance. Although there is no peace deal yet, the European Union and other development actors are already preparing the ground for early recovery and reconstruction in areas where access is possible. There are people in need who cannot wait until the war is over, as always. To complete this, we need to reactivate our development cooperation and prepare for the necessary future intervention. If we want peace, we must prepare for it. In this manner, we will be ready to effectively contribute to the re-building of Yemen when the moment comes. We will need to focus on sustainable job creation and improved livelihoods.

The war in Yemen is no longer a domestic or even a regional affair. We believe that the gradual destruction of the country's infrastructure and social fabric is a major destabilising factor for the international community as a whole. Vast areas are already controlled by terrorist groups such as al-Qaeda and Da'esh. Crucial maritime routes are endangered by the hostilities, and there is a real danger that piracy will re-emerge. The nature of the conflict is being exploited to fan the flames of sectarianism. These are all threats to international security that the European Union is determined to tackle, together with likeminded partners. You know very well the new development in the region: the new dispute between Qatar and other regional countries. Federica Mogherini, the High Representative, has involved the whole college – this is something very important in order to evaluate the situation in the new current circumstances.

IN THE CHAIR: ILDIKÓ GÁLL-PELCZ

Vice-President

Cristian Dan Preda, *au nom du groupe PPE*. – Madame la Présidente, des milliers de morts et de blessés, des attaques sans merci contre les civils, une situation humanitaire désastreuse, avec des cas de malnutrition, de famine, de choléra, voici en quelques mots la triste réalité du Yémen aujourd'hui.

Les Yéménites vivent une guerre civile terrifiante et assistent à l'effondrement de leurs institutions. Nous savons tous que ce vide du pouvoir est un terrain fertile pour l'implantation des organisations terroristes. Je pense, ici, à la montée en force d'Al-Qaïda au Yémen, mais également aux organisations terroristes chiites.

Au-delà du Yémen, la stabilité de toute la région est en péril, car, comme nous le savons tous, il s'agit d'une guerre par procuration entre l'Iran et l'Arabie saoudite, une confrontation de plus en plus compliquée avec l'évolution récente au Qatar.

Que pouvons-nous faire? L'aide humanitaire de l'Union est indispensable, mais la situation humanitaire ne pourra s'améliorer tant que le conflit restera ouvert. L'Union et ses États membres devraient peser davantage sur le plan diplomatique en facilitant notamment le processus de paix sous l'égide des Nations unies. Nous devons coordonner nos efforts avec d'autres acteurs, et les pays du Golfe sont inévitables dans ce contexte. Puis, nous devons nous concentrer, d'un autre côté, sur plusieurs axes: un arrêt des combats, ainsi que le rétablissement du fonctionnement de l'aéroport de Sanaa et du port de Hodeïda, car ce sont des points d'accès essentiels pour permettre le passage de l'aide humanitaire.

Elena Valenciano, *en nombre del Grupo S&D*. – Señora presidenta, en torno a dieciocho millones de personas, dos tercios del país, sufren hambre en Yemen y requieren ayuda humanitaria urgente, porque la hambruna lo es sin precedentes. Dos millones y medio de niños y niñas sufren malnutrición aguda. Enfermedades fácilmente prevenibles están acabando con la población, el cólera arrecia y la situación es completamente desesperada para la infancia.

Hoy Yemen es el país del mundo con más vidas en peligro y, sin embargo, no se habla de Yemen. La pregunta es por qué no se abren los informativos europeos con noticias sobre Yemen. Es por eso por lo que el Grupo socialista ha querido traer este debate a esta Cámara. Porque ya era hora de que habláramos de Yemen. Un país que se está debatiendo entre la catástrofe total y la tragedia, algo que es perfectamente evitable, porque catástrofe y tragedia en Yemen están hechas por la mano del ser humano. No vienen de la naturaleza.

El país está atrapado en intereses de potencias regionales que usan Yemen como tablero para su propia partida geopolítica, que se está complicando cada día más. Es un enorme fracaso de la diplomacia internacional y será una gran vergüenza en los libros de Historia. Si no reaccionamos urgentemente, también será nuestra responsabilidad.

Queremos que la Unión Europea sea más activa e influyente en la búsqueda de una solución a esta tragedia. Y queremos que se anime al diálogo intrayemení, también para reconstruir la confianza entre las partes.

Hay pocos actores en el mundo con la capacidad de la Unión Europea para poder tratar de resolver la terrible situación por la que está atravesando ese país, y debemos comprometernos todos a actuar.

Marietje Schaake, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, the suffering of people in Yemen is unbearable. I had hoped never again to see images of children dying of malnutrition and cholera, especially not in 2017. So much of this war and starvation is man-made, yet women and children suffer disproportionately.

The violence that has broken out has devastating consequences and will not likely lead to a clear outcome. Instead, everything must be done to find a negotiated solution, not only in the interest of the Yemeni people, but also to avoid a spillover into an already fragile and explosive region and to avoid a breeding ground for more violent extremism. It is high time – and this is a real appeal to the European External Action Service (EEAS) and the Member States – that the EU develops a common position vis-à-vis Yemen, and at least that Member States stop exporting weapons to Saudi Arabia, which, together with the coalition, continues to indiscriminately bomb civilians and block the ports of Hodeidah, which in turn exacerbates the humanitarian situation.

Of course, the Iranian side must also stop fighting a proxy war in Yemen. Last year, this House called for an arms embargo to Saudi Arabia because of its role in Yemen. It is a very important signal that we must repeat, and at least the call of last year is still very valid if we look at the incredible and unnecessary suffering of millions and millions of people. I think the EU must do more, develop a shared position and step up its efforts to end this disgusting war and the humanitarian suffering in Yemen.

Ángela Vallina, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señora presidenta, Yemen es un polvorín y actualmente sabemos que hay 18,8 millones de personas —más del 70 % de la población— que necesitan ayuda humanitaria; 6,8 millones sufren hambruna y 10 millones de niños, según Unicef, necesitan ayuda humanitaria.

Ya van dos años de guerra civil con miles de muertos, heridos o mutilados, con dos millones de desplazados, ataques contra la población civil y personal de ayuda humanitaria, violaciones, uso de niños soldados y un largo etcétera de crímenes que deberían ser investigados de forma independiente.

La única solución posible es el diálogo, un diálogo entre las partes que debe ser auspiciado por las Naciones Unidas.

Pero aquí no vale la doble moral. Y cuando digo esto me refiero principalmente al papel de la Unión Europea. Condenamos estos días la situación en Yemen al mismo tiempo que sabemos que países como el Reino Unido, España —mi propio país—, Francia, Italia o Alemania siguen vendiendo armas a Arabia Saudí. No digamos ya los Estados Unidos, que están detrás —y todos lo sabemos— de ataques indiscriminados contra la población civil de Yemen.

El fin de las hostilidades no va a venir con intervenciones unilaterales, con la continuidad de la venta de armas ni con la instrumentalización de las diferencias religiosas para instigar crisis políticas y guerras sectarias que alimentan intereses bastante espurios, hay que decirlo. Solo se podrá lograr reforzando la diplomacia y el multilateralismo.

Barbara Lochbihler, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Seit der bewaffnete Konflikt im Jemen 2015 eskaliert, hat sich die humanitäre Katastrophe dramatisch verschärft. Sieben Millionen Menschen sind akut von einer Hungersnot bedroht. Mehr als zwei Millionen Kinder leiden an Unterernährung. Eine Choleraepidemie breitet sich aus. Angesichts dieser sich zuspitzenden Katastrophe begrüße ich es sehr, dass die Europäische Union auf der Jemen-Geberkonferenz beschlossen hat, weitere Hilfsmaßnahmen in Höhe von 116 Millionen zu geben.

Der Hunger im Jemen ist kriegsbedingt. Daher reicht aber die humanitäre Hilfe nicht aus. Die EU muss entschiedener handeln, um den bewaffneten Konflikt zu beenden. Ganz konkret bedeutet dies, dass es keine Waffenlieferungen an die Konfliktparteien einschließlich Saudi-Arabien geben darf.

Das Europäische Parlament hat sich bereits im Februar 2016 für ein Waffenembargo gegen Saudi-Arabien ausgesprochen. Trotzdem liefern zahlreiche EU-Staaten weiterhin Waffen an den Golfstaat. Damit muss Schluss sein! Wer Waffen an Kriegsparteien liefert, riskiert eine Mitschuld an Kriegsverbrechen. Die EU muss eine politische Lösung unter Führung der UN unterstützen. Sie, Herr Kommissar, haben zahlreiche solche Initiativen aufgeführt.

Abschließend möchte ich auf eine massive Repression gegen die Zivilgesellschaft hinweisen: So sind seit zwei Jahren zehn Journalisten in Gefangenschaft von Huthi-Kämpfern, und auch hier muss sich die EU für deren sofortige Freilassung einsetzen.

Fabio Massimo Castaldo, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, il presidente Trump che chiude un accordo di vendita di armi con l'Arabia Saudita per un totale di 320 miliardi di euro. Una nuova epidemia di colera che ha colpito più di 80 000 persone, causando 676 morti, e la prospettiva che fino a 200 000 persone vengano contagiate nei prossimi mesi.

I continui bombardamenti di una coalizione di Stati, guidati proprio dall'Arabia Saudita – 320 quelli verificati dall'ONU –, bombardamenti indiscriminati, spesso e volentieri anche su obiettivi civili, con bombe comprate anche dalle industrie belliche di alcuni Stati membri dell'Unione, tra cui quella italiana, della quale l'Arabia Saudita è il sesto cliente a livello mondiale. L'ultimo di questi bombardamenti ha colpito proprio un centro di trattamento per i pazienti affetti da colera, domenica notte, uccidendo e ferendo un numero imprecisato di persone. Un bambino muore ogni dieci minuti, dato confermato sempre dall'ONU. I dati sono spaventosi: 3 milioni di rifugiati interni, 10 000 morti e 44 000 feriti dall'inizio delle ostilità. Si tratta della più grande crisi umanitaria di questo secolo, con oltre 9,6 milioni di bambini che necessitano di assistenza umanitaria.

Questo è quello che avviene in Yemen: una guerra per procura, un massacro sotto silenzio. Forse perché non è implicata la Russia, forse perché i rifugiati, a differenza di altri casi che ben conosciamo, sono tutti interni, bloccati dalla geografia del paese, incastonato tra deserto e oceano, e quindi per qualcuno ci riguardano meno. Lo Yemen è un paese a pezzi, distrutto. Quello che era uno dei più antichi centri di civiltà del mondo intero, dove nacque e morì il Regno di Saba, ormai è soltanto macerie. Di questa situazione soffrono i civili e ne approfittano i terroristi, che come un virus prendono potere e si allargano nel paese.

Abbiamo stanziato 116 milioni di euro, ma ne servirebbero oltre 2 miliardi. Fare di più, quindi, ma soprattutto questo non basta. Abbiamo votato l'anno scorso, a febbraio, un embargo sugli armamenti verso l'Arabia Saudita. Questo è l'unico vero segnale forte e necessario, uno dei pochi strumenti che abbiamo a disposizione per mostrare che siamo seri, ma anche qui molti vogliono il *business as usual* e allora si diventa complici.

Noi chiediamo una soluzione politica, l'unica accettabile sebbene estremamente difficile, e i bambini invece continuano a morire, uno ogni dieci minuti. E quelle bombe sono anche bombe europee.

Charles Tannock, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, two years since the conflict began, Yemen is suffering from an extreme humanitarian crisis. Two million people have been displaced, and over half of the country's population lacks access to safe drinking water or sufficient food supplies. Last month, as has been mentioned, saw the outbreak of a cholera epidemic which has already affected upwards of 100 000 people and claimed the lives of another 800. With humanitarian assistance already struggling to reach those in need, there is continued concern that the Houthi-held port of Hodeidah may be the target of an attack on the Saudi-led coalition. Given that approximately 75% of Yemen's food supplies enter the country via this port, the devastating consequences of its destruction cannot be underestimated. The campaign continues to be marked by the disproportionate level of civilian casualties and very poor targeting of Saudi ordinance in their air campaign. The growing footprint of al-Qaeda in the Arabian Peninsula (AQAP) in parts of Yemen is also of grave concern, as are reports that suggest that the Saudi coalition has coordinated its attacks against the Houthis alongside AQAP. This is particularly worrying given the new US Administration's continued hints that it may seek to play a more decisive role in supporting the Saudi-led coalition.

José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra (PPE). – Señora presidenta, señor comisario, señorías. La verdad es que no hay palabras para describir la situación que se está viviendo en Yemen. Las cifras son terribles: miles de muertos y, especialmente, la situación de los niños. Dos millones de niños desplazados; quinientos mil niños faltos de nutrición, utilizados como niños soldados. Verdaderamente es una situación horrible, complicada, además, con una pandemia de cólera.

¿Qué podemos hacer nosotros, como Parlamento Europeo, ante esta situación?

Pues, aparte de aprobar resoluciones, creo que -como decía el comisario- tenemos que incentivar la acción de la Unión Europea, apoyar los esfuerzos del enviado especial del secretario general de las Naciones Unidas y aliviar el sufrimiento de las partes.

Pero es importante que atendamos también las causas del conflicto y, sobre todo, instar al cese de la violencia, monitorizado también por las Naciones Unidas, y apoyar claramente esos esfuerzos en favor de la paz.

Y, señora presidenta, no deberíamos olvidar la impunidad en las graves violaciones de los derechos humanos que se están produciendo en Yemen. Y quisiera recordar la importancia que tiene para todos nosotros un Yemen seguro, estable y pacífico, precisamente para combatir la violencia y para combatir el extremismo en la región.

Victor Boştinaru (S&D). – Madam President, the conflict in Yemen has devastated the lives of millions of people and turned into a major humanitarian crisis. The country is slipping into famine, and this can only get worse as the conflict continues. And as you rightly mentioned before, now we have the cholera outbreak – another major tragedy; a blow into the eyes of humanity. The most important thing to emphasise here is that the two sides are starving because of the war; this is a manmade disaster, and it is very brutal on civilians. Both parties are turning starvation into a war instrument – just a war weapon. In addition, I have – and we have – the uncomfortable feeling that the international community and public opinion are turning their eyes from that dramatic conflict, attracted by other major global events.

It is a civilian war that is fuelled and supported by regional actors, a bloody image of a Shia-Sunni conflict in the Middle East. Why it is important today to underline this fact? Because this conflict can be ended with goodwill and with the support of other major regional and global actors, including the European Union, and it's right to mention that Iran and Saudi Arabia – both being more or less our partners – should pay attention and should assume their regional responsibilities, because the responsibility there is bearing on their shoulders. It's equally important to mention that they can destroy and they can devastate the whole region if the conflict will only continue.

It is dangerous today to take a side and, at the end of the day, the only thing which we should care about is human life. For that reason, I call first for pressure to be put on the two sides to stop the conflict immediately and to allow the humanitarian and medical aid; secondly, for full funding for the humanitarian response to be assured; and finally, the European Union should have a more important role in the political transition of Yemen.

Bas Belder (ECR). – De eurocommissaris heeft terecht gewezen op het feit dat in deze oorlogschao in Jemen al-Qaeda en ISIS zich breed maken, en zich steeds breder maken. En gezien de geografische ligging van Jemen en de lange arm van deze terreurorganisaties raken ook Europese veiligheidsbelangen hier rechtstreeks bij betrokken. Eén punt heb ik eigenlijk gemist bij de eurocommissaris, namelijk dat Rusland een steeds belangrijkere plaats inneemt op het strijdtoneel. Rusland ruikt zijn kans, is vredesmakelaar voor alle partijen, drukt zelfs de munt, de geldeenheid van de nominale Jemenitische regering. Met andere woorden, wat is het perspectief voor een bijlegging van het conflict als Rusland er ook nog komt? Ik ben buitengewoon sceptisch, en ik vraag ook aandacht van de Europese Unie voor deze rol van Rusland, ook daar, want het leidt alleen maar – kijk naar Syrië – tot meer destabilisering.

James Carver (EFDD). – Madam President, the fact that we are only now having this debate is a shameful indictment of the foreign policy values of this place. Not only is a humanitarian crisis a disaster for the people of Yemen, but also the wider region. The inability to act decisively brings instability to the rest of the world. With the Saleh Houthi regime refusing to negotiate with the UN special envoy, we are no nearer a solution to the crisis; thus, we can expect more bombings and suffering.

One ray of hope is the rise of the Southern Movement. It is possible that we can encourage peace and stability in the south by working with them towards a federal solution, even – as I've been saying for the past three years – if it threatens the integrity of the Yemeni state, which in my opinion is already a busted flush. We must listen to the south Yemenis' peaceful call for a say in their future. Surely it is better than sitting back and continuing to let Yemen be a battleground for wider Saudi and Iranian interests.

Michèle Alliot-Marie (PPE). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, le Yémen, nous le voyons, cristallise aujourd'hui la plupart des tensions et des rivalités au Moyen-Orient.

La situation humanitaire, alimentaire, sanitaire y est dramatique. Les nouvelles tensions dans la région, ainsi que l'embargo imposé au Qatar par certains de ses voisins n'arrangent rien.

Ces mesures affaiblissent la coalition des pays du Golfe qui s'était créée autour du Yémen et elles renforcent la fragilité du pays.

Vous nous parliez, il y a un instant, de la nécessité d'être coordonné. Comment coordonner une aide quand ceux qui doivent intervenir sont eux-mêmes divisés? Comment peut-il y avoir une aide quand on voit bien qu'un embargo, qui pèse toujours sur les plus fragiles, tend aussi à fragiliser les moyens économiques?

Il est urgent de faire baisser la tension dans cette région, parce qu'elle est amie avec tous les pays.

L'Europe a un rôle essentiel à jouer. Alors, Monsieur le Commissaire, quelles mesures, quelles initiatives comptez-vous prendre dans les prochains jours pour faire baisser cette tension qui menace directement le Yémen, la stabilité de la région, mais également la sécurité et la stabilité de notre propre région?

Josef Weidenholzer (S&D). – Frau Präsidentin! Heute haben wir schon viel über die unvorstellbar triste humanitäre Situation in Jemen gesprochen. Und darauf kann auch gar nicht oft genug hingewiesen werden, weil es skandalös ist, dass die internationale Gemeinschaft noch immer nicht die notwendigen Mittel aufbringt, weil es skandalös ist, dass die saudisch geführte Militärkoalition alle Versuche, die notleidende Bevölkerung mit Hilfsgütern zu erreichen, blockiert und hintertreibt. Und es ist skandalös, dass die westliche Staatengemeinschaft – allen voran die USA, aber auch viele Mitgliedstaaten – das saudische Regime mit Waffenlieferungen versorgt. Diese Geschäfte sind unmoralisch und kurzsichtig, weil sie zur Prolongierung der katastrophalen Situation beitragen.

Leider wurde die Entschließung des Europäischen Parlaments vom Februar letzten Jahres, eben aus diesen Gründen ein Waffenembargo zu verhängen, bislang erst von wenigen Staaten umgesetzt. Es sollte uns allen klar sein: Die beste humanitäre Hilfe für Jemen ist der Verzicht auf Profite durch den Waffenhandel.

Pier Antonio Panzeri (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, come detto, lo Yemen è dilaniato da una guerra civile, all'interno della quale agli interessi nazionali si sono sommati quelli internazionali. Come sempre, le spese più aspre del conflitto sono pagate dai cittadini che si trovano coinvolti contemporaneamente in un conflitto e in una crisi migratoria con l'esplosione di un'epidemia di colera. Nei primi mesi del 2017, la crisi umanitaria ha visto coinvolti 27 milioni di persone. A rincarare la dose e ad aggravare ulteriormente questa crisi il colera che ha mietuto quasi 800 vittime.

A marzo ho avuto modo di incontrare il ministro yemenita per i diritti umani e come oggi anche allora avevo espresso la mia profonda preoccupazione per il paese che sta attraversando una difficile crisi. Ora dobbiamo parlarci chiaro. L'unica soluzione che io vedo è il cessate il fuoco condiviso e duraturo. Non vi è alcuna possibilità di mitigare, tanto meno di risolvere la crisi umanitaria né di controllare l'espansione dell'epidemia senza un solido e duraturo cessate il fuoco, di cui abbiamo assolutamente la necessità. L'Unione europea deve lavorare per raggiungere questo obiettivo.

Ana Gomes (S&D). – As violações do direito humanitário e crimes de guerra que marcam a guerra civil no Iémen, um dos países mais pobres do mundo, são acabrunhantes. Fome, desnutrição, a par de ataques aéreos indiscriminados, matam cegamente, designadamente crianças. Os hospitais destruídos e onde nada chega estão incapazes de fornecer serviços básicos. A violência de todo o tipo, incluindo sexual, prevalece nas ruas.

As consequências estão longe de se circunscrever às fronteiras do Iémen. Enquanto, a norte, as forças rebeldes lutam, a comunidade internacional divide-se na guerra por procuração entre o Irão e a Arábia Saudita, com a cumplicidade dos Estados Unidos e de alguns Estados-Membros da União Europeia, designadamente o Reino Unido e a França.

Organizações terroristas, como a AQAP e o DAESH, esfregam as mãos de contentes, conquistando território no sul do país e intensificando ataques. A solução para o conflito tem que ser política, não é militar. A pressão internacional para uma solução em que todas as partes envolvidas cheguem a acordo tem que existir, não pode tardar. É a nossa segurança que está também em causa.

„Catch the eye” eljárás

José Inácio Faria (PPE). – Senhora Presidente, Senhor Comissário, no Iémen 14 milhões de pessoas passam fome e 3 milhões de iemenitas são deslocados internos em consequência da guerra civil que, desde março de 2015, opõe as forças leais do Governo do presidente Mansur Hadi aos rebeldes huthis. Na nação mais pobre do mundo, árabe, esta guerra fez disparar em 200 % a taxa de subnutrição infantil e dois terços da população dependem da assistência externa para sobreviver. À terrível crise humanitária junta-se o reforço da presença das filiais do DAESH e da Al-Qaeda no sul e sudoeste do país que, aproveitando a situação caótica, fomentam o terrorismo em toda a região.

A União Europeia deve continuar a apoiar o retorno das negociações ao Iémen e colaborar com as Nações Unidas, quer apoiando a decisão do Conselho de Segurança de prorrogar o atual regime de sanções sobre o Iémen, quer mantendo os seus compromissos financeiros para ajuda humanitária num momento em que a Agência para os Refugiados apenas recebeu 1 % dos valores solicitados a doadores internacionais para socorrer pessoas vulneráveis durante este ano. Como disse a Sra. Embaixadora da União Europeia no Iémen, Antonia Calvo, não podemos deixar que Sana se converta noutra Aleppo.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Madam President, dear colleagues, Commissioner, the situation in Yemen is extremely worrying. Yemen has been plucked by years of instability, war, poor governance, lack of the rule of law, underdevelopment, environmental decline and widespread poverty. Millions of people are in acute need and urgently require, immediately, life-saving assistance in at least one sector.

Moreover, there is a number of serious allegations of violations of international humanitarian law and human rights law committed by all sides. The humanitarian situation is likely to deteriorate further in 2017. Without urgent action including full funding for the humanitarian response plan, steps by parties to end the war and to facilitate the resumption of commercial food and other imports and full access to all people in need, the crisis will worsen.

It is absolutely essential that the parties to the conflict respect international humanitarian law, allow the importation of food, medical supplies and other necessary goods into Yemen and guarantee unhindered movement of humanitarian actors to reach those in need of assistance.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κυρία Πρόεδρε, η Υεμένη αποτελεί μια περίπλοκη περίπτωση εμφύλιας σύγκρουσης, όπου οι σίτες αντάρτες Χούτι μάχονται κατά του σουνιτικού συνασπισμού υπό τη Σαουδική Αραβία. Η πάλη εξουσίας μεταξύ των διαφορετικών εκδοχών του Ισλάμ στοχοποιεί τον άμαχο πληθυσμό, ενώ υπάρχουν ενδείξεις τέλεσης εγκλημάτων κατά της ανθρωπότητας. Τα αποτελέσματα της σύγκρουσης είναι καταστροφικά. Τουλάχιστον δέκα χιλιάδες άνθρωποι έχουν σκοτωθεί σε συγκρούσεις, ενώ εκατομμύρια έχουν εκτοπιστεί. Ο αποκλεισμός και η εμφύλια σύγκρουση με διεθνή διάσταση έχει οδηγήσει τις περισσότερες ιατρικές υποδομές να υπολειπούνται, δύο εκατομμύρια παιδιά να βρίσκονται εκτός εκπαίδευσης και την πλειονότητα των πολιτών να ζουν σε κατάσταση επισιτιστικής ανασφάλειας, δίχως πρόσβαση σε ασφαλές πόσιμο νερό ή στοιχειώδεις υπηρεσίες αποχέτευσης. Ειλικρινά, δεν πιστεύω και δεν περιμένω λύση από τη διεθνή κοινότητα, όταν πρόσφατα οι Trump, Merkel και May επισκέφθηκαν τη Σαουδική Αραβία εξασφαλίζοντας δισεκατομμύρια δολάρια από πωλήσεις όπλων. Ο θεμιτός αγώνας κατά της τρομοκρατίας, που μας αφορά άμεσα, δεν μας επιτρέπει να εδελουφλούμε έναντι της επικείμενης ανθρωπιστικής κρίσης.

Marijana Petir (PPE). – Gospodo predsjednice, Jemen je jedna od najsiriromašnijih arapskih država na svijetu, a rat koji ne jenjava dalje produbljuje već ionako neizdrživo stanje u državi. Izravne posljedice oružanog konflikta velikih su razmjera i ukoliko se nešto ne poduzme, izravna su prijetnja čitavom stanovništvu. Naime, ovom ratom pogođenom stanovništvu prijeti još veća katastrofa u obliku raznih bolesti, a posebno pojavom kolere.

Pojava i širenje kolere izravno prijeti milijunima ljudi koji već žive u očajnim uvjetima. Samo u zadnjih mjesec dana, više od 100 000 ljudi podleglo je ovoj pošasti, a izvješća brojnih humanitarnih grupacija ističu kako svakih sat vremena u Jemenu jedna osoba umre od kolere. Zastrašujuća je činjenica da oboljeli uopće nisu u mogućnosti zatražiti pomoć medicinskog osoblja ili utočište naći u bolnicama, jer bolnice nisu u stanju pružiti skrb žrtvama kolere zbog broja ratnih stradalnika.

Stabilizacija ovog područja više nije samo prioritet koji ne trpi moratorij, nego je pojavom kolere dobila alarmantnu važnost i iziskuje ekstremnu brzinu djelovanja.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Επίτροπε, όπως επισημάνετε και εσείς, λόγω της ανθρωπιστικής κρίσεως στην Υεμένη, κάθε δέκα λεπτά πεθαίνει και ένα παιδί. Αυτό είναι όντως ένα σοκαριστικό γεγονός. Θεωρείτε όμως ότι η οικονομική βοήθεια που παρέχει η Ευρωπαϊκή Ένωση – που είναι όντως σημαντική – είναι σε θέση να λύσει το πρόβλημα; Ακόμη δε περισσότερο, είναι σε θέση να καλύψει τις ευθύνες της ίδιας της Ευρωπαϊκής Ενώσεως, η οποία ευθύνεται για την εξέλιξη αυτή; Τι έκανε η Ευρωπαϊκή Ένωση όταν η Σαουδική Αραβία επενέβη στην εμφύλιο αυτή σύρραξη, υποστηρίζοντας τις κυβερνητικές δυνάμεις; Αλλά και τώρα ακόμη, που η Σαουδική Αραβία έχει εμπλακεί στην άλλη κρίση με το Κατάρ, τι κάνει η Ευρωπαϊκή Ένωση; Παρατηρεί, απλά, τα γεγονότα και η Υπάτη Εκπρόσωπος, η κυρία Mogherini, απλά καταγράφει τις καταστροφές. Έχει τη θέληση και τη δύναμη η Ευρωπαϊκή Ένωση να επιβάλει στη Σαουδική Αραβία να παύσει τις εχθροπραξίες, αφού άλλωστε και από στρατηγικής απόψεως είναι σε δυσχερή θέση, ούτως ώστε να πάει εκεί η ανθρωπιστική βοήθεια; Αν δεν το κάνει αυτό, εκείνο το οποίο θα συμβεί θα είναι να παρατηρούμε για μια ακόμη φορά, και συνεχώς, τους θανάτους των παιδιών και να εκφράζουμε, υποκριτικά, την αποτροπή μας.

Jiří Pospíšil (PPE). – Já jsem velmi pozorně poslouchal celou rozpravu, která zde proběhla. Snažím se sledovat dění v Jemenu dlouhou dobu a musím říci, že to, co zde zaznívalo a na čem se asi shodujeme, je to, že občanskou válku v této zemi nevyřešíme, pokud se mocnosti z daného regionu budou do této země vměšovat a hájit tam svoje mocenské pozice.

Tedy si myslím, pane komisaři, že je velká možnost pro mezinárodní působení EU tlačit na země, jako je Saúdská Arábie, jako je Írán a snažit se při jednání s nimi otázkou Jemenu jasně dávat na stůl. Třeba zmiňovaná Saúdská Arábie je naším významným obchodním partnerem. V případě Íránu jsme uzavřeli dohodu, paní Mogheriniová často hovoří o zlepšení vztahů s touto zemí a přitom Írán hraje, podle mého názoru, velmi negativní roli při vměšování do Jemenu.

Takže já moc prosím, pane komisaři, buďme v této věci mezinárodně aktivnější a tlačme na země v okolí Jemenu.

A „catch the eye” eljárás vége.

Christos Stylianides, Member of the Commission, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Madam President, our discussion has been a very useful exchange and I thank my dear colleagues for their constructive speeches. From this debate, I gather first of all that we all share a common sense of urgency, and, at the same time, a strong commitment in the spirit of the Conclusions on Yemen that were adopted by the Foreign Affairs Council, aiming to step up the European Union's role in assisting the warring parties to find, without delay, an urgent solution to the crisis, and of course to find ways to reach a peaceful agreement – not now, not tomorrow, but yesterday.

I conclude from our debate that EU engagement must be based on a comprehensive approach – this is High Representative Federica Mogherini's approach, because she knows well all the implications in the region – while at the same time encompassing all our diplomatic tools and political commitment combined with our development assistance and of course continued delivery of the much needed humanitarian relief. I know well, as Commissioner for humanitarian aid, the major problems for humanitarian access. I would like to say here that we try hard to find new ways for humanitarian access to meet vulnerable people, but on the ground I have to admit that sometimes it is very difficult, and sometimes it is impossible.

Likewise, you have been clear in stating that Member States should fully support the EU in this common endeavour through their bilateral actions and initiatives. I would like to give you some details about our humanitarian assistance and development in more detail in terms of funding. My service, ECHO, has allocated EUR 70 million for 2016, for specific humanitarian projects in the humanitarian field alone. The total ECHO allocations since the beginning of the conflict is EUR 120 million. A new pledge of EUR 123 million was announced this year, as I said at the pledge conference in Geneva. Meanwhile, DEVCO has allocated EUR 52 million in 2015, and now we are preparing EUR 200 million for the period 2018-2020, focusing on resilience, stabilisation, health, and food security.

I would like to close by signalling once again my appreciation for the role of this political body, Parliament, in keeping this often forgotten crisis on the international agenda. I remember that many times, in many international fora, when we tried to raise awareness about the Yemen crisis, sometimes as the European Union we were alone. So I am sure that your attention in particular to the Yemen crisis, in these conditions, in these circumstances, is quite important to maintain this crisis on the international agenda.

Elnök asszony. – Hét állásfoglalásra irányuló indítványt juttattak el hozzám.

A vitát lezárom.

A szavazásra 2017. június 15-én, csütörtökön kerül sor.

Írásbeli nyilatkozatok (162. cikk)

Urmas Paet (ALDE), kirjalikult. – Jeemenis valitsev humanitaarolukord on katastroofiline. Olukord halveneb järjest, muu hulgas kannatavad inimesed alatoitumise all ja haiguste käes. Jätkub sõjaline tegevus, humanitaarabi ei ole võimalik kohale toimetada ning abitöötajad ei pääse abistama. Jätkuv sõjategevus on muutnud riigi ebastabiilseks ning seda on varmad ära kasutama terrori- ja äärmusorganisatsioonid. Lahendus saab tulla ainult läbirääkimiste kaudu. Selleks on ELi ja ÜRO jätkuv toetus samuti oluline. Lisaks on oluline, et riigid oma lubatud humanitaarabi vahendid ka tegelikult ÜROle eraldaksid.

13. Bewertung der Umsetzung der Menschenrechtsleitlinien der EU in Bezug auf die Freiheit der Meinungsäußerung – online und offline (Aussprache)

Elnök asszony. – A következő pont a Bizottság alelnökének és az Unió külügyi és biztonságpolitikai főképviselőjének nyilatkozata: Az online és offline véleménynyilvánítás szabadságáról szóló uniós emberi jogi iránymutatások végrehajtásának értékelése (2017/2728 (RSP)).

Johannes Hahn, Member of the Commission, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. –Madam President, these last three years since the Council adopted the Human Rights Guidelines on Freedom of Expression Online and Offline have been particularly difficult for journalists and bloggers all around the world. Press freedom and freedom of expression are under attack. In several parts of the world violations and abuses have become more frequent, even in democratic states and societies, including in our own region.

The European Union will not accept this situation as the new normal. Over the years we have continued to support the freedom of journalists and bloggers with public statements or, where necessary, with quiet action behind the scenes. In recent weeks we have raised our voice on a number of specific cases, from Turkey to Egypt, from Mexico to Belarus, just to name a few.

Since the adoption of the Guidelines in May 2014, the Council Working Party on Human Rights (COHOM) has organised three discussions on implementation of the Guidelines. These exchanges constituted an opportunity to evaluate with Member States the general state of play of freedom of expression but also the actions taken by the EEAS, the Commission and Member States to implement the Guidelines.

In addition to these regular exchanges, COHOM has also engaged with civil society on freedom of expression and media freedom. The latest exchange at COHOM took place last November with Member States and Commission services. It was an opportunity to discuss the state of play of our policies in support of freedom of expression.

The European Union's commitment to freedom of expression online and offline has been renewed in the new EU Action Plan on Human Rights and Democracy (2015-2019), including its regular reporting on implementation. In practical terms, freedom of expression continues to be raised on a regular basis in human rights dialogues and the consultations with partner countries. I can mention Laos, Azerbaijan and Bangladesh as the most recent examples.

Let me also emphasise that the EEAS and the Commission organise regular specific training sessions on freedom of expression for EU and Member States' staff, including EU delegations, with the active participation of representatives of civil society. In addition the EEAS and the Commission have regular contact with relevant civil society organisations active on freedom of expression, in Brussels as well as in the context of human rights dialogues with third countries.

I would like to recall that civil society organisations were associated from the beginning with the drafting of the Guidelines and took part in the 2014 December NGO Human Rights Forum, dedicated to freedom of expression online and offline.

This work has changed the lives of many journalists and bloggers. In some cases it has been a true life-saver. The European Instrument for Democracy and Human Rights, through its emergency support mechanism, provides protection to journalists both professional and non-professional. We counted more than 200 interventions since 2015 to support people threatened for their defence or practice of freedom of expression.

Since January 2017, a new technical assistance programme, financed by the Instrument for Democracy and Human Rights, assists EU delegations in the implementation of the Guidelines. Our aim is to build on best practices and enhance the capacity of EU delegations to work more intensely and creatively.

Looking ahead, the Estonian Presidency of the Council has chosen freedom of expression as one of its human rights priorities. This will give COHOM the opportunity to further evaluate the implementation of the Guidelines, in close cooperation with Estonia.

An informal COHOM will take place on 19-20 October 2017, including a discussion on the lessons learned from implementation of the Guidelines. This discussion will include different stakeholders, such as representatives of EU institutions, international organisations and civil society.

Press freedom and freedom of expression are central to the European way of life and to whom we are. We Europeans will not get used to the violations. We will continue to act quietly or vocally, depending on the situation, for everyone's rights to report, to criticise and to speak up.

Andrzej Grzyb, w imieniu grupy PPE. – Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzu! Chciałbym podziękować Panu za te informacje, ale jednocześnie też podziękować następnej prezydencji za to, że chce podjąć ten temat, który jest ważny z wielu względów. Bowiem, jak słusznie Pan zauważył, wiele elementów wskazuje na to, że w obszarze wolności wypowiedzi w ostatnim okresie nastąpiło ogromne zaostrzenie działań licznych państw, licznych reżimów wobec ludzi mediów, wobec ludzi, którzy mają prawo do wypowiadania się nie tylko we własnym imieniu, ale również w imieniu całego społeczeństwa. Prawo do publicznego wyrażania własnego zdania to podstawowe prawo człowieka i nic nie jest w stanie tego zmienić.

Po drugie, jest to też prawo do ludzkiej godności, gdyż człowiek mający prawo wypowiedzi jest jednocześnie szanowany i pod tym względem. Bezpłatne i różnorodne media są niezbędne w każdym społeczeństwie do ochrony wolności opinii, prawa wypowiedzi oraz innych praw człowieka. Podążając za literą Traktatu o Unii Europejskiej i Karty praw podstawowych, należy stwierdzić, że Unia Europejska potwierdza swoją determinację w promowaniu w zewnętrznej polityce tego prawa, z którego może i powinna korzystać każda jednostka. Zdajemy sobie sprawę, że zarówno instrumenty polityczne, jak i finansowe – jak wspomniany tu EIDHR – mogą pomóc w zgodnym, terminowym i spójnym przełamaniu naruszania tych praw.

Chciałbym jeszcze zaznaczyć, że obszar ten mogą wspomagać również inne instrumenty i fundusze, jak choćby Europejski Fundusz na rzecz Demokracji, który stanowi unikalne narzędzie zwiększania wolności wypowiedzi online i offline.

Pier Antonio Panzeri, *a nome del gruppo S&D*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, tra le considerazioni generali scritte nelle linee guida si sottolinea che il diritto alla libertà di opinione e di espressione si applica in modo uguale e a tutte le persone e deve essere protetto dovunque e garantito a tutti, indipendentemente da chi siano le persone e da dove vivano.

Nonostante la chiarezza di queste affermazioni, resta la consapevolezza di una necessaria implementazione di queste linee guida affinché possano essere utili non solo all'interno dei nostri confini, ma possono anche incoraggiare i paesi terzi a mettere in atto azioni decise per garantire un ambiente sicuro a chi desidera esprimere la propria opinione. Ogni volta che un individuo è costretto ad autocensurarsi oppure è vittima di intimidazioni e vessazioni, l'intera società a cui appartiene si indebolisce e la diretta conseguenza è un restringimento dello spazio civile.

Esempi di violazione arrivano da tutto il mondo, dalla vicina Turchia, dove una folta schiera di giornalisti, professori e filosofi sono costretti a scegliere tra l'espressione delle loro opinioni e la loro incolumità, oppure dalla Russia, dove l'attivista Alexei Navalny lunedì è stato nuovamente arrestato. Di fronte a questi scenari, di cui noi siamo tristemente testimoni, dobbiamo tenere sempre presente che l'Unione europea è dotata di strumenti potenzialmente efficaci, quali gli accordi commerciali, per fare delle pressioni affinché questi diritti vengano rispettati anche al di fuori dei propri confini. Sebbene sia vero anche che all'interno dei confini dell'Unione europea queste violazioni esistono, noi dobbiamo ergerci al ruolo di garanti dei diritti umani nel mondo.

Monica Macovei, *în numele grupului ECR*. – Doamnă președintă, majoritatea presei și serviciilor online din România aparține unor oameni de afaceri controversați, mulți acuzați de corupție, de fraudă și de alte infracțiuni serioase. Unii dintre ei sunt conectați politic sau unii dintre ei sunt chiar politicieni. Identificarea proprietarilor este uneori dificilă, pentru că se pierde într-un labirint de companii offshore.

Reporteri fără frontiere scrie în raportul din 2017: „în presa românească activează așa-numiți jurnaliști care nu scriu în interesul publicului, ci în cel al patronilor”. Desigur, ca român, pot să vă spun că în toate trusturile sunt și jurnaliști onești, care rezistă cu greu, dar rezistă.

Să dăm câteva exemple dintre acești patroni care au probleme penale sau de altă natură și dictează politica editorială. Fondatorul și finanțatorul trustului Antena 3, care cuprinde mai multe televiziuni, radiouri și ziare, a fost condamnat la zece ani de închisoare și declarat colaborator al Securității de către judecători. Un alt exemplu: România TV, al cărui patron a fost trimis în judecată pentru trei infracțiuni, în trei dosare și a fugit din țară. Televiziunea Digi24 este investigată pentru spălare de bani și evaziune fiscală. Ziarul Ziua a avut ca acționar un condamnat penal și, mai departe, lista poate continua.

Practic, acești oameni impun agenda lor personală drept agendă publică. Iată de ce o parte dintre jurnaliștii de la aceste instituții atacă zi de zi justiția și lupta împotriva corupției.

Marietje Schaake, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, blocking websites, shutting down the internet and tracking and tracing human rights defenders via surveillance software is intensifying.

While hopes were high that democracy could go viral because of the open internet and new technologies, instead it seems that technology amplifies relations of power. Dictators are using sophisticated technologies to repress, while individuals are joining forces to make their voices heard. And the key question for us is how to make sure that the European Union stands with people who are facing repression, and how we can further facilitate the enjoyment of universal human rights – online and offline.

It is more important than ever that we, in Europe, take the lead in advancing and defending the right to freedom of expression, access to information and the right to privacy. We can do this by coming to the defence of journalists or bloggers who are intimidated and silenced, by ensuring encryption is used widely to secure information, and by pushing back at the highest political level when websites are blocked or speech is silenced. The 2014 guidelines on freedom of expression online and offline were adopted after a clear push and demand from this House. It was a welcome step, but three years is like a century in light of the rapid technological developments that we see.

If we want to continue to do what is needed, we have to stay up-to-date and up-to-speed. We must build on best practices and make key improvements, based on the lessons learned of the use of these guidelines. I have one specific question to the Commissioner: can he reflect on what is the status of the no-disconnect strategy? It was part of the plan to stop the blocking of websites and the silencing of bloggers, and it has been a bit silent. So it would be good to get an update on that as well.

Marie-Christine Vergiat, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Madame la Présidente, la liberté d'expression va mal. La situation se dégrade dans les deux tiers des pays répertoriés par Reporters sans frontières (RSF), y compris dans les pays dits démocratiques. L'Europe est même la zone géographique qui a connu la plus forte dégradation de son indice global.

D'un point de vue mondial, une centaine de journalistes ont perdu la vie en 2016, près de 350 d'entre eux sont emprisonnés, un tiers pour la seule Turquie, un autre tiers pour la Chine, l'Iran et l'Égypte, lequel est particulièrement symbolique de cette détérioration. Une cinquantaine de journalistes sont également pris en otage, principalement au Moyen-Orient, zone la plus dangereuse du monde. On peut aussi parler des coupures d'internet avant les élections ou lors des mouvements sociaux et là, c'est le continent africain qui semble avoir la palme de la régression ou encore de la répression des blogueurs.

L'adoption par l'Union européenne de ses lignes directrices en 2014 a donc été une bonne nouvelle, à condition toutefois que cela serve à quelque chose. Or, sur ce sujet comme sur d'autres, nous avons vraiment l'impression que les dirigeants européens se gargarisent plus que jamais de mots et que cela ne se traduit guère dans la réalité des politiques.

Si je devais prendre quelques exemples, je citerais la Turquie, l'Égypte ou la Tanzanie. Dire, c'est bien, consulter la société civile aussi, mais c'est encore mieux quand la mise en pratique touche l'ensemble des partenaires de l'Union européenne, quels qu'ils soient.

Barbara Lochbihler, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Es ist gut, dass wir heute im Plenum über die Umsetzung der Leitlinien zur Meinungsfreiheit diskutieren, und es wäre auch gut, wenn der Rat und der EAD sich regelmäßig mit den Umsetzungsergebnissen aller thematischen Menschenrechtsleitlinien und auch mit der Leitlinie zum internationalen humanitären Recht befassen würden.

Das Recht auf Meinungsfreiheit wird in allen Regionen der Welt verletzt. Gerade wenn Kritik an Regierungshandeln öffentlich geäußert wird, kommt es oft zu Diffamierungen, zur Verfolgung und Bedrohung der Kritiker durch staatliche Stellen. Davon konnte ich mir auf meiner jüngsten Reise nach Singapur, Bangkok und nach Kambodscha ein konkretes Bild machen.

Im Paragraph 50 der Leitlinie heißt es, dass willkürliche Einschränkungen der Meinungsfreiheit und Gewalt gegenüber Journalisten und anderen Medienschaffenden zu bewerten sind, wenn es darum geht, EU-Kooperationen auszusetzen, oder um das Aussetzen von finanziellen Hilfen.

Ich frage nun: Wie häufig und in welchen Ländern ist dieser Paragraph 50 angewandt worden? Und konkret an einem Länderbeispiel frage ich Sie, Herr Kommissar Hahn: Wie kann es sein, dass in Ägypten, wo einheimische Journalisten nicht frei und unabhängig arbeiten können, ohne bedroht und verfolgt zu werden, die finanzielle Hilfe aufgestockt und die EU-Kooperationen intensiviert wurden – also in krassem Widerspruch zu den Vorgaben der Leitlinien zur Meinungsfreiheit stehen?

Bill Etheridge, *on behalf of the EFDD Group*. – Madam President, freedom of expression and public discourse has always been, and always will be, the enemy of the status quo of the state – whatever that state may be. We see attempts in repressive regimes to clamp down upon that, but even in free western civilised nations we now start to see efforts by the state to clamp down on freedom. And whilst in the past that freedom of discourse might have been in the pub or in a public area, now, of course, it moves to the internet. The very concept of social media being clamped down on by the state – often using fear as the excuse – is completely against all concept of freedom, and I address this as well to the British Government, who have spoken very much about trying to clamp down on these things, using fear of terror as a reason. The one thing I will say, though, is that the idea of guidelines imposed from the European state upon freedom of

expression on social media is in itself something of a contradiction. Free the airwaves, free social media, let's all speak as we wish.

Udo Voigt (NI). – Frau Präsidentin! Meinungsfreiheit: Heute Morgen wurde mein Freund Horst Mahler mit 81 Jahren in Ungarn von ungarischen Behörden an deutsche Polizeibeamte ausgeliefert, damit er wieder ins Gefängnis, in die Justizvollzugsanstalt Brandenburg, verbracht werden kann. Was war sein Verbrechen? Er wurde 2009 wegen seiner Meinung, die er geäußert hatte, zu zwölf Jahren Haft verurteilt. Im Gefängnis hat man ihm dann 2015 den linken Fuß amputiert. Und er wollte nicht im Gefängnis sterben, er wollte in Freiheit sterben – deswegen ist er nach Ungarn gegangen.

Wissen Sie eigentlich, Herr Kommissar, dass es in Deutschland jährlich 12 000 Ermittlungsverfahren wegen freier Meinungsäußerung gibt? Dass derzeit an die 400 Bürger rechter Gesinnung auf der Flucht sind und sich dem Strafvollzug entzogen haben, nur weil sie ihre freie Meinung geäußert haben? Setzen Sie sich dafür ein, dass diese Menschenrechtsleitlinien in Bezug auf die freie Meinungsäußerung – online und offline – für alle Bürger der EU gelten!

Josef Weidenholzer (S&D). – Frau Präsidentin! *(Der Redner spricht ohne Mikrofon.)* ... Sonntagsreden die Bedeutung der Menschenrechte für die europäische Außenpolitik hervor. Mit Recht, weil nur Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte Stabilität schaffen. Es war daher positiv, dass der Rat im Mai 2014 Leitlinien zur Freiheit der Meinungsäußerung beschlossen hat. Schon damals wurde auch auf die Bedeutung der Onlinemedien verwiesen. Das Dokument ist heute noch aktuell, das ist in diesem Bereich eigentlich etwas sehr Seltenes. Es spricht wichtige Bereiche wie *hate speech* oder den Datenschutz an. Es ist enttäuschend, dass es bislang noch nicht zu einer systematischen Evaluierung, wie in Artikel 71 der Leitlinien vorgesehen, gekommen ist. Ich habe auch im Menschenrechtsbericht 2015 auf die Bedeutung einer systematischen und mit den Stakeholdern diskutierten Umsetzungsstrategie hingewiesen. Gerade im letzten Jahr hat sich gezeigt, dass Onlinemedien nicht nur die Situation der Meinungsäußerung in einzelnen Ländern beeinflussen, sondern immer mehr auch zu einem Mittel internationaler Auseinandersetzungen werden – Stichwort „*fake news*“.

Wenn die Union ihre Leitlinien wirklich ernst nimmt, dann müsste sie alles daran setzen, diesen Dialog auf einer breiten Basis konsequent und mutig durchzuführen. Ich setze meine Hoffnung auf die estnische Präsidentschaft, dass da endlich etwas in Gang kommt.

Marek Jurek (ECR). – Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzu! Panie i Panowie Posłowie! Mówimy o całym świecie, o naruszeniach wolności słowa w najdalszych miejscach od Europy, a nie widzimy, że w samym sercu naszego kontynentu, Unii i naszych państw, we Francji, podjęto w tym roku tak zwaną ustawę o zakazie przeciwdziałania aborcji, która dopuszcza kary więzienia dla dziennikarzy działających w internecie, która dopuszcza wysokie, niszczące media, grzywny finansowe i mimo apeli o zajęcie stanowiska w tej sprawie, tak naprawdę do tej pory władze Unii Europejskiej milczą. Bardzo często chwalimy się naszą *soft power*, tym że nasza opinia ma wagę w świecie, że przez słowa, mówienie prawdy można rzeczy zmieniać. Panie Komisarzu! To jest dla Pana dzisiaj bardzo ważna okazja – wymieniał Pan inne państwa – proszę o zajęcie stanowiska wobec tego, co się stało we Francji, dlatego że jeszcze nie jest za późno, nasz głos może mieć swoje znaczenie.

Kaja Kallas (ALDE). – Madam President, there has been a lot of talk about limitation of freedom of expression elsewhere, but we also have to look into the European Union and what are we doing here. Many decision makers see the online world as this scary place where no rule applies and it is full of hate speech and an incitement to terrorism. But as much as the internet can do bad, it can also do good.

Despite – or maybe thanks to – the scale of the internet, where everything is amplified, freedom of expression matters as much online as it does offline. There is much to be done to educate people as regards to their behaviour online, but one important thing is to understand that if you make it easy to block and take down content, you make it easy to commit censorship. The current discussions are all about how fast a company take down content, how to make it faster. However, I believe that if we are serious about protecting freedom of speech online, we need to take a big step back and ask ourselves if making companies the police, the prosecutor and the judge is the right answer.

Francisco Assis (S&D). – Senhor Comissário, caras e caros Colegas, as orientações da União Europeia em matéria de direitos humanos, que estamos hoje aqui a discutir, não têm, como sabemos, nem poderiam ter, aliás, um caráter legal coercitivo. Todavia, a União Europeia, tendo em vista fundamentalmente os seus próprios valores fundacionais, tem a obrigatoriedade moral de pugnar pela sua aplicação e criar as condições para que, com a sua influência política e capacidade negocial, elas possam ser respeitadas e concretizadas em múltiplas situações.

Sabemos que nem sempre assim é. Por todo o mundo vemos, com uma frequência inaudita, ataques à liberdade de expressão que vão dos menos graves até àqueles que só se podem considerar como absolutamente inaceitáveis, como os assassinatos de jornalistas que têm ocorrido no México ou a detenção e a acusação de dezenas de membros de órgãos de comunicação social, que se têm verificado num país nosso vizinho como é a Turquia.

É fundamental que a União Europeia continue a utilizar todos os instrumentos ao seu dispor para combater estes e outros casos de ataques à liberdade de expressão, e creio que, nesse domínio, temos um instrumento fundamental que são os acordos comerciais que estabelecemos com vários países do mundo.

Zdzisław Krasnodębski (ECR). – Pani Przewodnicząca! Jak wiadomo, grupa robocza ds. praw człowieka uznała, że nie ma potrzeby dokonywania oceny wytycznych w dziedzinie wolności wypowiedzi online i offline. A ten dokument, jak wiemy, powinien wyznaczać kierunek postępowania przedstawicieli UE i państw członkowskich w relacjach z państwami trzecimi. Można się jednak zastanawiać, czy ta powściągliwość w dokonywaniu oceny nie ma związku z tym, że w samej Europie mamy duże problemy z oceną tego, co jest wolnością opinii i wypowiedzi, a co jest mową nienawiści, którą należy eliminować ze sfery publicznej. Jak już mówili koledzy, przede wszystkim kolega Jurek, problem, który widzimy i staramy się piętnować w państwach trzecich, z coraz większą siłą występuje w krajach Unii Europejskiej. Oczywiście nikt w Europie nie zamyka dziennikarzy i ich nie torturuje, natomiast eliminowanie ze sfery publicznej, marginalizacja i zastraszanie są również na porządku dziennym i przykład podany przez...

(Przewodnicząca odebrała posłowi głos)

Ana Gomes (S&D). – É necessário que a União Europeia faça muito mais para proteger jornalistas e bloguistas de todo o mundo e para pressionar outros países a reduzir o fosso digital e facilitar o acesso à informação e à comunicação, incluindo o acesso não controlado à Internet.

É preciso criticar e denunciar ao mais alto nível governos como os da Turquia, Azerbaijão, Bielorrússia, Etiópia, Egito, China, onde são presos bloguistas e jornalistas e se censura o espaço *online*. Por exemplo, o regime angolano, além de reprimir e intimidar jornalistas e *bloguers*, acaba de impedir a transmissão de canais portugueses de televisão, SIC e SIC Notícias, por terem ousado organizar reportagens e debates sobre os direitos humanos naquele país.

Muitos destes regimes, repressivos, importam de empresas europeias material eletrónico de vigilância em massa dos seus cidadãos. A proliferação da monitorização da vigilância da censura e das tecnologias de filtragem representa uma ameaça crescente para os ativistas e defensores de direitos humanos, da democracia e da luta contra a corrupção.

Os nossos Estados-Membros e as nossas empresas têm que ser responsabilizados pelos que fazem e pelo que deixam fazer.

„Catch the eye” eljárás

Csaba Sógor (PPE). – Elnök Asszony, az emberi méltóság védelmének szempontja sok esetben ellentétbe kerül a véleménynyilvánítás szabadságával. Ma már az offline térben is bonyolult összeegyeztetni ezeket az alapelveket, az online világ térhódítása azonban teljesen átalakította az emberi kapcsolatok jellegét és azt a közeget, amelyet nyilvános térként fogunk fel. Mégis azt gondolom, hogy meg kell próbálnunk érvényesíteni a liberális szólásszabadság eszméjének eredeti meghatározását: mindenki szabadsága addig terjed, ameddig tetteivel, tevékenységével vagy éppen véleményének kifejezésével mást nem korlátoz szabadságában. Ebben az értelemben igenis mérlegre kell tennünk a véleménynyilvánítás szabadságát az emberi jogi iránymutatások tükrében, hiszen mindenkinek ugyanannyira fontos a szabadsága: annak is, aki véleményét fejezi ki, de annak is, akit ez a vélemény méltóságában, értékeiben, életvitelében sért.

Νότης Μαρτιάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η νέα τεχνολογία πλέον έχει υποταχθεί στην εξουσία και στους κατά τόπους ολιγάρχες. Στην Τουρκία, φιμώνονται οι δημοσιογράφοι. Στις αραβικές χώρες, το ίδιο. Στο Μπανγκλαντές, το πουλέν των ευρωπαϊκών πολυεθνικών όπου κερδίζουν εκατομμύρια, έχει καταργηθεί η ελευθερία του τύπου. Ελευθερία όμως έκφρασης σημαίνει και δικαίωμα των πολιτών, των βουλευτών και των ευρωβουλευτών να έχουν ίση μεταχείριση και πρόσβαση στα μέσα μαζικής ενημέρωσης. Το έχω ξανακαταγγείλει και το λέω, στο Στρασβούργο, εδώ, κάθε μήνα Έλληνες δημοσιογράφοι έρχονται με έξοδα του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, χρησιμοποιούν τα στούντιο και τις εγκαταστάσεις του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, μαγνητοσκοπούν εκπομπές και συστηματικά αποκλείουν την Ομάδα ECR και εμένα από τις εκπομπές αυτές, που γίνονται εδώ, στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο. Θα υπάρξει μια αντίδραση στο θέμα αυτό; Θα βάλει τάξη και το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο στα του οίκου του; Θα επιτρέψει να συνεχίζεται αυτή η διακριτική μεταχείριση κατά της Ομάδας ECR και κατά του ομιλούντος από τους Έλληνες δημοσιογράφους που χρησιμοποιούν εδώ τα μέσα του ίδιου του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου;

Ilhan Kyuchyuk (ALDE). – Madam President, as we all know well, human rights are not only one of the founding values of the EU, but they are also among the guiding principles and objectives of its actions on the international arena. In this context, the EU human rights guidelines on freedom of expression online and offline aims to provide legal protection to whistleblowers, citizens' privacy and freedom of opinion. However, since its adoption back in 2014, the EU human rights guidelines of freedom of expression offline and online have not managed to provide adequate protection for journalists, bloggers or citizens around the world.

To evaluate the current situation of freedom of expression, it is necessary just to mention the case of Sakharov Laureate Raif Badawi, who has been flogged for blogging. Unfortunately, nowadays there is a record number of journalists in jail globally, and internet freedom has been limited in many countries. Working from this perspective, I call on the EU to increase dramatically the funding for internet and human rights protectors.

Krisztina Morvai (NI). – Elnök Asszony, a szólásszabadság és véleménynyilvánítási szabadság elválaszthatatlan a demokrácia fogalmától, hiszen egy demokráciában az érvek, ellenérvek összecsapásában, csatájában, szabad vitájában születnek meg a demokratikus döntések. Döbbenet nekünk, magyaroknak, akik közel ötven évig szocializmusban vagy kommunizmusban éltünk, látni azt, hogy Nyugat-Európában hogy szűnik meg bizonyos területeken a szólás és véleménynyilvánítás szabadsága. Ilyen például a migráció. Büntetőjogi eszközökkel nyomják el azokat, akik úgymond migrációellenesek, kritikusak a tömeges bevándorlással szemben. Büntetőeljárást indítanak ellenük, börtönbe zárják őket, munkajogi szankciókat érvényesítenek, kidobják az embereket a munkahelyükről. Mi, magyarok ötven éven keresztül tapasztaltuk a szólás- és véleménynyilvánítás, és ezáltal a demokrácia hiányát. Ne próbálják ránk kényszeríteni ezt, ezen próbálkoznak, de nem lesznek sikeresek, mi meg fogjuk őrizni az értékeinket.

Stanislav Polčák (PPE). – Já souhlasím se všemi svými předřečníky, pokud jde o hodnocení mezinárodní situace právě v oblasti svobody projevu, ale myslím si, že bychom si měli tzv. zamést i před vlastním prahem. Situace v Evropě se zhoršuje, v tom rovněž souhlasím s kolegyní Macovei, která toto pronesla.

V ČR jsme svědky jakési koncentrace moci ekonomické, politické a mediální. To tedy nejen pouze v ČR, u nás to vyřešil zákon o střetu zájmů, který zapovídá vlastnictví těchto vymezených nástrojů, které v demokratické společnosti jsou důležité, ale koncentrace do jedné rukou skutečně může být potenciálně velmi nebezpečná.

Myslím si, že bychom se tomu měli věnovat i na poli EU, protože tato svoboda projevu je absolutním základem našich evropských hodnot, a o její dobrý rozvoj bychom měli pečovat i v budoucím období.

(A „catch the eye” eljárás vége.)

Johannes Hahn, Member of the Commission, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Madam President, this has been a very useful exchange and I would like to thank the honourable Members for the interventions. I wanted to answer Ms Schaake but she is no longer there, so maybe we will have another opportunity to clarify this.

Frau Lochbihler, Sie haben mich wegen Ägypten gefragt. Also ich kann Ihnen nur sagen: Ich weiß nicht, woher Sie die Annahme haben, dass Ägypten mehr Geld bekommt. Fakt ist, dass wir mit Ägypten sehr intensive Gespräche wegen der Menschenrechtssituation haben, wegen der Situation der Zivilgesellschaft. Es gibt eine spezielle Budgetlinie, die sich zusätzlich zu den üblichen Zahlungen an Ägypten mit der Unterstützung in Migrationsfragen beschäftigt. Das ist aber etwas, das Teil der generellen finanziellen Unterstützung nordafrikanischer Staaten ist.

Umgekehrt kann ich berichten, dass es verschiedene Programme gibt, etwa OPEN Media Hub oder MedMedia-Programme. Das sind Programme, die auch dazu dienen, etwa in Ägypten unabhängigen Journalisten und *media outlets* zu helfen, ihrer Arbeit nachzukommen und sich auch persönlich professionell zu qualifizieren.

Finally, let me stress that COHOM is committed to ensuring the effectiveness of the guidelines and will hence continue its yearly evaluation of guidelines. We remain committed to continuing to engage and work with the European Parliament on the implementation of this guideline.

It was not the last, and it will not be the last, discussion on Human Rights guidelines on freedom of expression online and offline; this is something which will stay with us, unfortunately. I think we all should be sensitive and alert on this subject, and should have a regular exchange about the state of play in this area.

Elnök asszony. – A vitát lezárom.

14. Bericht 2016 über Serbien (Aussprache)

Elnök asszony. – A következő napirendi pont David McAllister által a Külügyi Bizottság nevében készített, a Bizottság Szerbiáról szóló, 2016. évi jelentéséről szóló jelentésről folytatott vita. (2016/2311(INI)) (A8-0063/2017)

David McAllister, rapporteur. – Madam President, after the United Kingdom decided to leave the European Union, people not only in Europe but throughout the whole world have heard and read a lot about Article 50, which sets out the *précis* of how a Member State may withdraw from the European Union. I believe that we should scroll back one paragraph and focus on Article 49, which provides the legal basis for any European state to join the European Union. That said, the message of our debate tonight on the European Parliament's report on Serbia should be clear: Serbia doesn't only have a European perspective; Serbia has a European future. This country is clearly moving towards the European Union – so far, eight chapters have already been opened in the negotiation process, while two have already been provisionally closed. I strongly welcome that Commissioner Hahn – who I would once again like to thank for his outstanding commitment and engagement in the region – announced this week in Belgrade that two more chapters will be opened this month. There are three points which are of utmost importance on Serbia's path towards the European Union that I would like to mention.

Firstly, the rule of law: I would like to use this opportunity to recall that Serbia's progress on the rule of law Chapters 23 and 24 remains essential for the overall pace of the negotiation process. Judicial independence has to be assured in practice, because corruption and organised crime still remain an obstacle – not only to Serbia, but to all western Balkan countries' democratic, social and economic development. On another point, I agree with the European Commission and the Council that, to guarantee unhindered exercise of the freedom of expression and media, shortcomings in this area should be addressed as a matter of priority.

Secondly, Serbia's economy. The criteria for membership are intended to help Serbia to stand on its own feet and become fit for our common market and for the global economy in general. Serbia made progress with regards to the budget deficit and restructuring of publicly owned enterprises. The government in Belgrade is implementing an impressive economic and structural reforms agenda which has already yielded results in terms of growth prospects and the reduction of domestic and external imbalances. Moreover, this country has demonstrated its commitment to the EU connectivity agenda, which we aim to enhance further at the Trieste summit in July.

Thirdly, regional cooperation and good neighbourly relations: the government in Belgrade has made very important symbolic, but also substantial, steps to contribute to a better understanding and cooperation in the region. We all know that Serbia's EU accession process is closely linked to the normalisation of relations with Kosovo. It is not only about concluding agreements; it is more about implementing them. As soon as Serbia has a new prime minister, and as soon as Kosovo has a stable government, both parties should continue to move forward with the full implementation of all the already reached agreements, and that in good faith and in a timely manner. Both sides, Pristina and Belgrade, should now take clear steps to show their commitment and credibility.

A final remark: I am convinced that this resolution is able to find the right balance between praising Serbia for adopting important reforms and pointing out what remains to be done. As we are having our political discourse, we should not forget that we are talking about changes that demand a lot from the Serbian citizens. I am well aware that this process goes far beyond the purely economic transformation – it is a truly social transformation – but I am convinced that this reform process is worth every effort.

Helena Dalli, *President-in-Office of the Council*. – Madam President, honourable Members, on behalf of the Presidency it is my great pleasure to address this Parliament to discuss the 2016 report on Serbia. As you know, the Western Balkans featured on the agenda of the European Council in March, where Member States reconfirmed the EU's engagement with the region, including through deepening political and economic ties.

The European Council discussions in March also clearly reaffirmed the unequivocal support for the European perspective on the Western Balkans. In this spirit the Presidency remains committed to advancing the enlargement process in full respect of the basic principles of conditionality and own merits. Serbia has made significant progress in 2016 and the accession negotiations have advanced at a steady pace. The rule of law chapters were opened in July 2016, enabling the EU and Serbia to engage closely on this decisive area.

I am particularly happy to say that we have managed to keep the momentum in Serbia's accession negotiations under the Maltese Presidency with an accession conference at ministerial level held on 27 February.

On this occasion we were in a position to open Chapter 20 – Enterprise and Industrial Policy – as well as to open and provisionally close Chapter 26, Education and Culture. These chapters cover important economic and social aspects which are of interest to Serbia's businesses, youth and citizens in general. Reforms strive to meet the expectations of the Serbian citizens and not only those of the EU. Work on further negotiating chapters is currently being finalised in the Council preparatory bodies. Once all Member States give their agreement, the Presidency stands ready to convene another accession conference next week. Progress in the accession negotiations is an acknowledgment of Serbia's reform efforts, but it should also serve as an encouragement to the new Serbian Government, once in place, to remain committed to pursuing this reform path.

Many areas requiring further reform efforts are rightly spelled out in your draft report. In this regard, let me again underline the particular importance we also attach to key areas such as the rule of law, fundamental rights, public administration reform and economic governance.

The rule of law continues to be at the heart of the enlargement process. Serbia needs to continue to make progress under the rule of law chapters opened last July, guided by the respective action plans and interim benchmarks. To this end, Serbia should intensify reform efforts and focus on effective implementation, which can make a significant contribution to the good results produced by Serbia's economic reforms.

In the area of fundamental rights, Serbia needs to address shortcomings in the freedom of expression as a matter of priority and ensure respect and protection of minorities.

Likewise, the normalisation of relations with Kosovo will also remain essential for the overall pace of the negotiations, especially the further implementation of agreements reached within the Belgrade-Pristina dialogue.

In this context, Serbia's commitment to remaining constructively engaged in the dialogue and to continuously work on a further normalisation of relations needs to be acknowledged. Important steps in the dialogue, such as Serbia's implementation of the telecommunications agreement and the resumption of works on the Mitrovica bridge, should serve as an encouragement to take the process forward.

We look forward to the continued engagement of all involved and urge Serbia to swiftly implement in good faith its part of all past agreements.

In the area of regional cooperation we welcome Serbia's constructive engagement and encourage it to continue its efforts to strengthen good neighbourly relations as well as to remain committed to preserving peace and stability in the region.

Full cooperation with the International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia remains essential.

On various occasions the Council has also reiterated its call on Serbia to progressively align with the EU common foreign and security policy, including on restrictive measures in the period up to accession. Let me again underline the growing importance of further deepening cooperation on foreign policy issues.

I will conclude by again welcoming the continued progress in Serbia's EU accession negotiations and the continued good cooperation with the EU and with the region.

Let me also recall our appreciation for the constructive contribution of the European Parliament, and in particular of your rapporteur, David McAllister, to advance Serbia's accession process to the EU. I can assure you that we pay particular attention to the views of the Parliament in this regard.

VORSITZ: ALEXANDER GRAF LAMBSDORFF

Vizepräsident

Johannes Hahn, *Member of the Commission*. – Madam President, I would first and foremost like to congratulate David McAllister for his resolution on the 2016 report on Serbia. This is a balanced and accurate assessment of Serbia's focus on its path to the European Union. From our point of view, it is overall in line with the findings of our own report of November 2016 and the Commission's assessment since then.

I share your view that Serbia has made good progress towards EU membership, which remains Serbia's strategic objective. This has been repeatedly outlined by the Serbian authorities and President Vučić. Serbia's ambitious economic and structural reform agenda is already delivering results. Serbia has shown its commitment to peace and stability in the region: good neighbourly relations, regional cooperation and the continuation of the dialogue with Pristina. This is encouraging for the Western Balkans connectivity agenda and the next Trieste summit in July.

Serbia has also made progress in the reform of its public administration, and has started implementing its ambitious action plans on the rule of law, and Serbia is indeed to be commended for its efforts to address the refugee and migration crisis, which continued EU support. This hard work has paid off with eight chapters opened now, two provisionally closed, and a number of other chapters being prepared for opening. Serbia should now build on its progress and move decisively ahead with reforms, in particular on the rule of law and the protection of the most vulnerable groups and minorities. It is equally important that Serbia continues playing its part in the normalisation of its relations with Kosovo.

Together with you, I regret that some developments have not been of help in this direction, and I look forward to the resumption of the dialogue. I am also encouraged by President Vučić's willingness to launch a domestic dialogue on Kosovo. I also share your views that strategic communication to ensure public support and understanding of the benefits and obligations of EU accession is of key importance for EU supporters in Serbia. The EU is Serbia's number one partner, including on assistance – EUR 2 billion in grants since 2007, and way ahead of any other global partners – and this deserves to be known.

From our side, we are making every effort to strengthen our public diplomacy, and I was in Serbia only last weekend with that in mind. I can only encourage you to support our efforts in this direction.

Now that the Serbian presidential elections are behind us, I am confident that all energy in Serbia will be devoted to the implementation of the reform agenda. Whatever the difficulties – and they are real – Serbia should not lose sight of its EU membership goal and should continue to act accordingly, doing its part of the job with continued EU support. I appreciate that the European Parliament is, in that respect, on the same page.

Cristian Dan Preda, în numele grupului PPE. – Domnule președinte, aş vrea în primul rând să îl felicit pe David McAllister pentru raportul pe care l-a redactat şi, mai ales, pentru angajamentul său personal în ideea de a ajuta Serbia în parcursul de integrare europeană. E un obiectiv pe care îl împărtăşim mai mulţi membri ai acestui Parlament.

Ne dorim ca Serbia să continue reformele care o pot apropia de Europa. Nu poate decât să ne bucure faptul că negocierile de aderare progresează şi sunt, la rândul meu, cum a spus şi David mai devreme, bucuros, pentru că l-am auzit pe comisarul Hahn spunând că noi capitole vor fi deschise cu Serbia în viitorul imediat. E un mesaj pozitiv pentru toate ţările din regiune, care sunt îngrijorate de o potenţială stagnare a procesului de lărgire a Uniunii noastre.

Desigur, Serbia mai are foarte multe de făcut, începând cu promovarea unor dezbateri serioase despre Uniune, despre instituţiile sale şi despre implicaţiile aderării. E un lucru foarte util, pentru a evita tensiunile înainte şi după aderare. Apoi, Serbia trebuie să continue să îşi alinieze progresiv politica externă cu cea a Uniunii, mai ales referitor la Rusia, unde e mult de lucru. Accelerarea eforturilor anticorupţie, a celor de consolidare a statului de drept, aplicarea coerentă a legislaţiei privind minorităţile pe întregul teritoriu şi evitarea tratamentelor discriminatorii sunt alte domenii în care ne dorim progrese semnificative.

În fine, vreau să salut angajamentul autorităţilor sârbe în favoarea cooperării regionale, însă, ca raportor pentru Bosnia şi Herţegovina, sunt preocupat de participarea unor oficiali sârbi la celebrarea zilei Republicii Srpska, pentru că era o aniversare împotriva statului de drept din Bosnia şi Herţegovina. Sper să nu se mai întâmple asta.

Tanja Fajon, on behalf of the S&D Group. – Mr President, first of all, I congratulate rapporteur McAllister for a balanced report and good cooperation. Since the beginning of the negotiations with the European Union, Serbia has certainly achieved good progress. Negotiation chapters are being opened and closed and just yesterday, as we heard, Commissioner Hahn has announced the opening of new chapters later this month.

On paper and in the report in front of us, the development in Serbia seems pretty much business as usual. But what I hear when I talk to Serbian citizens shows the contrary. Young Serbs tell me that it is almost impossible to get a job without a party membership card or paying a certain amount of the money to a party official, and NGO reports show continuous decline in the rule of law and unresolved cases such as Savamala prove this in practice.

Media representatives are threatened, investigative journalists are turned away and some of them are even physically attacked. I ask myself, and you: is this the Serbia which we want as part of our European family? Is this what we want to achieve with negotiating chapters 23 and 24? I am afraid not. Serbia should do much more to reach our European standards of democracy, rule of law and the respect for human rights.

I am sure that if we continue to practice constructive criticism and turn a blind eye to the real state of play, we will once again prove that we are doing something wrong. As an important player in the region, I wish for Serbia to develop into a prosperous, economically and socially stable country where democracy is a way of living not a word on paper, where rules, as opposed to the interests of those who hold power in their hands, prevail. This is the Serbia we want to help and support on its path to our European family.

Ivo Vajgl, v imenu skupine ALDE. – Dovolite, da izrazim zadovoljstvo s sodelovanjem s poročevalcem za Srbijo Davidom McAllistrom, ki je vložil veliko truda in kreativnosti v ta tehten in uravnotežen dokument.

Srbija je na dobri poti proti članstvu v Evropski Uniji in Unija, da bi dosegla stabilnost in splošni napredek, mora sprejeti Srbijo in odpreti evropsko in evroatlantsko perspektivo vsem državam jugovzhodne Evrope.

Na pozitivni strani poročilo izpostavlja solidne rezultate Srbije na gospodarskem področju in izboljšane standarde demokratičnega vladanja, večjo pripravljenost, a ne še zadostno za sodelovanje s civilno družbo, in odgovoren pristop k potrebnim reformam.

Na kritični strani ni mogoče spregledati tendence občasnega zaostrovanja – zlasti verbalnega – odnosov s sosedi v regiji, taktiziranja med proevropsko in prorusko usmerjenostjo. Pri tem je v pogojih, ko država deklarira svojo nevtralnost, sodelovanje v vojaških manevrih Rusije in njenih tesnih zaveznic sporno.

Ko gre za medije v Srbiji velja, da ustrezna zakonodaja ni dovolj, če so v praksi dovoljeni politična kontrola in pritiski na medije, redukcija medijev na vlogo propagandistov vladajočih strank in osebnosti.

Na poti do kredibilne države prava bo treba odpraviti tudi vmešavanje politike v pravosodje.

Srbija je ključna država regije, ki mora prav zaradi tega samoomejevati svoje ambicije pri promociji svojih interesov v sosednjih državah. Skupaj z drugimi državami v regiji si mora Srbija prizadevati za spravo in umiritev tega dela Evrope.

Evropska perspektiva vseh držav in narodov tega področja je ključ do miru, stabilnosti in napredka.

Jaromír Kohlíček, za skupino GUE/NGL. – Srbský stát byl vždy centrální částí Balkánu. Srbové celá staletí čelili útokům Turků a snahám o likvidaci nezávislosti. Ani Rakousko-Uhersko nemělo zájem o dobré sousedské vztahy. Jugoslávie se stala pokusem o prosazení mírového soužití a rozvoje všech vzájemně propletených národů na Balkáně.

Krvavá odplata, které se dostalo na začátku 90. let 20. století Srbům, následovaná odtržením jednotlivých částí a naposledy protiprávním vznikem Státu Kosovo, ukazují snahu o rozbití celé centrální části Balkánu na co nejmenší jednotky. Drastické bombardování ukázalo, že NATO nebylo a nikdy nebude garantem míru. Pokrytectví vedoucích činitelů EU ukazují mimo jiné body 24 a 30 projednávané zprávy.

Jak si mohou dovolit ti, kteří nevidí pošlapávání menšinových práv v řadě zemí EU, vyzývat Srbsko k důslednému projednávání právních předpisů na ochranu menšin? Jinou ukázkou je výzva, aby srbské orgány podporovaly ústavní reformy v Bosně a Hercegovině. Nechápu, proč podobnou výzvu neadresuje zpráva podporovatelům srbsko-chorvatské muslimské části země. Vrcholem těchto požadavků, mimochodem formulovaných stejnými silami, které zrušily plán Bulharska a Srbska na vybudování plynovodu Southstream, je zdůraznění, že „Srbsko musí rozvíjet svá propojení rozvodných soustav zemního plynu a elektřiny se sousedními zeměmi“.

Není divu, že v důsledku těchto a dalších kroků Evropské komise, která se snaží vměšovat do vnitřních záležitostí Srbska, považují tuto zprávu za jeden z dosavadních vrcholů pokrytectví v integračním procesu zemí Balkánu do EU. Skupina GUE/NGL...

(Předsedající odebral řečníkovi slovo.)

Ulrike Lunacek, on behalf of the Verts/ALE Group. – Mr President, I am speaking on behalf of the Greens/EFA shadow, Mr Igor Šoltes, who is just returning from Kosovo at the moment, as he was the head of the EP delegation to the legislative elections in Kosovo.

First of all, let me say all the positive things we have in the report. I would like also to thank the rapporteur, Mr McAllister, and all the other shadows for their very good cooperation on the topic. There has been continuous progress of Serbia in the EU integration process, which I am very glad to say, and I am also very glad that the Commissioner has announced that new chapters will be opened. This is important to show also that the EU is progressing with Serbia to move ahead. There has also been progress, for example, on the issue of a functioning market economy, especially when it comes to small- and medium-sized enterprises, and I hope this will continue.

Nevertheless, there are several issues of concern, some of which have been raised already by colleagues: the issue of the strong rhetoric used during the presidential campaign by government officials against other presidential candidates, and other issues of irregularities that have been found. One area of strong concern is the Savamala district in Belgrade, where for one year there has not really been an investigation into the demolition of private property which took place there, and that should be done. Another issue that has been raised by Tanja Fajon, Ivo Vajgl and others is the issue of freedom of the media, which really is of concern and is worsening. I hope also that, in the dialogue with Kosovo and Serbia, progress will be made on implementation.

Edouard Ferrand, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, chers collègues, nous saluons l'arrivée d'un nouveau président en République de Serbie.

Cependant, nous attirons l'attention du Parlement européen sur le fait qu'aujourd'hui, la Serbie est soumise par l'Union européenne à la doctrine Brejnev. Une doctrine de politique extérieure, qui vise trois points, malheureusement.

Premièrement, conditionner l'adhésion à l'Union européenne à l'adhésion à l'OTAN: je rappelle les massacres que l'OTAN a perpétrés en 1999 en Yougoslavie. Deuxièmement, conditionner l'adhésion de la Serbie au renoncement de ses minorités – je pense notamment à la République serbe de Bosnie et au Kosovo –, conditionner l'adhésion également à la rupture des liens étroits qui existent entre la Serbie et la Russie.

C'est pourquoi je pense que nous devons nous rendre compte que la Serbie n'a aucun intérêt à vouloir adhérer à l'Union européenne, qui est un piège tendu contre les intérêts du peuple serbe.

Krisztina Morvai (NI). – Elnök Úr, legfontosabb üzenetemet írásban is megfogalmaztam. Meg kell vétózni, meg kell akadályozni Szerbia európai uniós csatlakozását mindaddig, amíg nem biztosít önrendelkezést, ideértve a teljes körű és valós, tényleges autonómiát a közel háromszázezer vajdasági magyarnak. Vannak erre tökéletesen működő modellek Európában, Dél-Tirol vagy Baszkföld, ez a kollektív emberi jogoknak a modern felfogása, ezt tessék megkövetelni Szerbiától. Ezeknek az embereknek joguk van a szülőföldjükön magyarként élni. Ez most nem így van. Kérdezem kedves Képviselőtársaimtól és a Bizottság tagjaitól, megkapták-e azokat a dokumentumfilmeket, amiket Önöknek küldtem arról, hogy ...

(Az Elnök megvonta a képviselőtől a szót.)

José Ignacio Salafrañca Sánchez-Neyra (PPE). – Señor presidente, Señorías, quisiera agradecer el trabajo hecho por el ponente, el señor McAllister, en la preparación de este informe, en el que se acoge con satisfacción la voluntad de Serbia de integrarse en la Unión Europea y, sobre todo, de expresar este espíritu constructivo en el proceso negociador como manifestación firme de voluntad política.

Yo creo que el informe tiene dos partes muy claras. En una de ellas se subrayan los esfuerzos y los avances que ha realizado Serbia en el contexto de la política económica.

Hemos seguido, señor comisario, su discurso en Belgrado, hace tan solo unos días, en el ámbito de la cooperación judicial y policial y también de las relaciones con terceros países —en el caso de Albania—, y también el camino que queda por recorrer en lo que se refiere sobre todo a la libertad de expresión y a la lucha contra la corrupción política.

Me gustaría detenerme, señor presidente, en un punto y es el relativo a la aproximación de Serbia a la política exterior y de seguridad común y a las relaciones con Rusia en un momento en el que el presidente de Serbia, en su discurso de toma de posesión, dijo que tenían tres prioridades fundamentales, una que era claramente la de situar a su país en el camino de la Unión Europea, después contribuir a la estabilidad regional y, sobre todo, reforzar sus relaciones con China y con Rusia.

Hoy la Comisión Europea ha aprobado su documento sobre la política de defensa y hemos tenido en la Comisión de Asuntos Exteriores a la ministra de Defensa de Alemania. Por eso, señor presidente, me parece particularmente relevante, dentro de este informe, el llamamiento que hace el ponente, el señor McAllister, a la necesidad no solo de avanzar en los capítulos de la negociación —y todos nos felicitamos por ello—, sino de alinear su política con la política exterior y de seguridad de la Unión Europea.

Creo que este es un dato fundamental del dossier. Estamos hablando de política y, por eso, señor presidente, quiero volver a felicitar al ponente por el informe y llamar la atención sobre este importante hecho de su trabajo.

Victor Boștinariu (S&D). – Mr President, I would like to thank the rapporteur, Mr McAllister, and our shadow, Tanya Fajon, for the fair and balanced draft report.

Today, we in our Group reiterate our commitment to the enlargement process. The accession of the Western Balkan countries and of Serbia remains one of our main priorities. A lot has been achieved in Serbia, notably for the improvement of the overall economic situation, the fight against organised crime and the regional cooperation. This report carefully and fairly acknowledges this.

But I also have a lot of concerns about the status of democracy in Serbia, including the way in which in the recent presidential campaign has been fuelled with populist and nationalist rhetoric and the way in which the freedom of media has been repeatedly undermined. Alleged irregularities in the elections are still awaiting an investigation.

Now some critical remarks, including one on you, Mr Commissioner. Stability in the Western Balkans is important, but we should not sacrifice our values for stability: both have to go hand in hand when negotiating. In playing with the so-called stabilocracy we might lose what is the most important – Serbian citizens and their commitment towards democracy. We have to pay attention to the way the opposition and the freedom of the media are respected and be certain that the civil society concerns are listened to, because the implementation of the reforms matters for its citizens.

In a time of global uncertainty, within the Union and in the Western Balkans in particular, with regional and global actors becoming more and more active in the region, the European Union has to signal its real commitment to enlargement and for the countries in the region, including Serbia, to have unequivocal choices.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedniče, nisam zadovoljna napretkom Srbije, ako se to uopće može nazvati napretkom. Kozmetički se stvari možda mijenjaju, ali suštinski ne. To će naposljetku dovesti do rasta nepovjerenja Europske unije u Srbiju, ali i građana Srbije u Europsku uniju.

Još sam nezadovoljnija stajalištem Komisije koja dozvoljava da se cijeli niz otvorenih pitanja koje Srbija ima s Hrvatskom, a tiču se ljudskih prava, prava vlasništva i poštivanja međunarodnih ugovora i konvencija, izostavi iz ovih pregovora. Od svih tih pitanja samo je granični spor pravo bilateralno pitanje u koje se Komisija i ne treba miješati.

Također, ne vidim nikakvu potrebu za osnivanjem regionalne komisije za utvrđivanje činjenica o ratnim zločinima i drugim teškim povredama ljudskih prava. Iza nas su dva desetljeća suđenja za ratne zločine i činjenice se znaju jako dobro, samo što ih Srbija uspješno ignorira. Ova bi komisija unijela nered i dala dodatan povod Srbiji za neispunjavanje obaveza.

Илхан Кючюк (ALDE). – През миналата година Сърбия постигна значителен напредък в цялостното прилагане на реформите и политиките по пътя си към Европейския съюз. Успехите на Сърбия в процеса на интеграция са ясен знак за европейската ориентация на страната и желанието ѝ да се присъедини към Съюза.

Въпреки това няма как да не отбележим с притеснение, че страната продължава да води външна политика, която не е в пълно съответствие с тази на Европейския съюз, имайки предвид сложната геополитическа обстановка в региона. Действително, липсата на синхрон между външната политика на Сърбия и Европейския съюз е предпоставка за дестабилизиране на Балканите.

Ето защо призовавам сръбските власти да проявят необходимата политическа воля и да преведат своята външна политика в съответствие с тази на Европейския съюз. Необходимо е също така да покажат решителност за нормализиране и задълбочаване на добросъседските отношения, в частност с Косово, защото само тогава сигурността, мирът и европейската перспектива на региона ще бъдат гарантирани.

Jean-Luc Schaffhauser (ENF). – Monsieur le Président, chers collègues, ce rapport est très proche, dans sa rédaction, du rapport de l'année dernière, présenté par le même rapporteur. Il n'est pas entièrement négatif. Il reconnaît que la Serbie a une vocation européenne. Toutefois, à quel prix lui reconnaît-on cette dimension? La Serbie doit nier son histoire quand on lui demande de traiter le Kosovo en égal partenaire alors que cette entité, islamisée et gérée par la criminalité organisée, lui fut arrachée par les bombardements de l'OTAN, au mépris du droit international.

La Serbie doit passer sous la domination de la «société ouverte» de M. Soros, qui influence ce Parlement, et gérer les conséquences de la politique migratoire folle que ce monsieur a préparée et que le gouvernement allemand a repris.

La Serbie doit renoncer à son rôle naturel de pont entre la Russie et l'Europe et elle doit suivre une Union européenne au bord de l'abîme, une Union qui en est – excusez-moi du ridicule – à applaudir l'entrée du Monténégro.

En fait, ce que nous demandons à la Serbie, c'est de renoncer à son identité et à sa souveraineté.

Eduard Kukan (PPE). – Vážený pán predsedajúci, najprv sa chcem poďakovať spravodajcovi Davidovi McCallisterovi za dobre pripravenú správu.

Máme pred sebou text, ktorý objektívne odráža vývoj integrácie v Srbsku za predchádzajúce obdobie. Srbsko prešlo v tomto období niekoľkými politickými zmenami. Som rád, že prezidentské voľby, ktoré sa konali v apríli, mali pokojný priebeh a verím, že nový prezident bude pokračovať v proeurópskom smerovaní Srbska.

Srbsko napreduje v integračnom procese. Otváranie nových kapitol je jasným signálom toho, že krajina je dobre pripravená na prístupové rokovanie. Treba pripomenúť, že v kľúčových oblastiach, ako je právny štát, nezávislosť súdnictva či boj s korupciou, by malo Srbsko preukázať väčšiu politickú vôľu v riešení páľčivých otázok. Ide hlavne o kapitoly 23 a 24, kde očakávame jasný politický signál, reformy a rozhodné riešenie.

Čoraz častejšie sa ku nám dostávajú aj informácie týkajúce sa pretrvávajúcich problémov slobody médií, útokov na novinárov a taktiež problémov týkajúcich sa občianskych slobôd a zmenšujúceho sa priestoru pre občiansku spoločnosť. Hoci sa táto tendencia prejavuje vo všetkých krajinách regiónu, neskrývame si to, mali by sme byť na tieto otázky veľmi citliví a jasne na ne upozorňovať. Iba takto môžeme prehlbovať dôveru srbskej spoločnosti v európske hodnoty.

Na záver by som chcel povzbudiť srbských politikov v pokračovaní zodpovednej a konštruktívnej politiky v regióne. Srbsko, ako jeden z regionálnych lídrov, má zodpovednosť za stabilitu a rozvoj celého regiónu. Pevne verím, že túto novú rolu bude využívať na stimuláciu spolupráce v celom regióne.

Ďakujem pekne.

Tonino Picula (S&D). – Gospodine predsjedniče, čestitam kolegi McAllisteru na izvješću o napretku Srbije koji je ona ostvarila u protekloj godini. Svakako treba spomenuti otvaranje prvih osam poglavlja, primjetan gospodarski rast i poboljšanje općeg zakonodavnog okvira. Međutim, u mnogim područjima i ove godine svjedočimo manjku napretka, čak i pogoršanju, unatoč izmjenama zakonodavstva.

Prije svega, danas je u Srbiji ugrožena sloboda medija, nedovoljno je učinkovita borba protiv korupcije i organiziranog kriminala, ne bilježi se potrebno jačanje vladavine prava, kao i implementacija nedavno usvojenog akcijskog plana o poštivanju prava manjina i ljudskih prava, nedostaje puna suradnja s međunarodnim sudom u Haagu te bolje usklađivanje s vanjskom politikom Europske unije. Sve je to dio „to do“ liste koju Srbija treba skratiti.

Pored toga, bilo bi nepotpuno govoriti o utjecajnim događajima u Srbiji, a ne spomenuti nedavne prosvjede uglavnom mladih ljudi nakon predsjedničkih izbora. Razlozi njihovog nezadovoljstva izazivaju zabrinutost. Tvrdi kako su rezultati izbora donijeli tek formalnu promjenu funkcija.

Od iznimne važnosti u procesu napretka Srbije je i adekvatan doprinos boljim odnosima sa susjedima i rješavanje preostalih bilateralnih pitanja, poput utvrđivanja sudbine nestalih ili sukcesije. Za Srbiju je od osobitog značenja napredak u procesu normalizacije s Kosovom u kojem ima previše oscilacija i zastoja. Nema sumnje da bi rješavanje problema iz prošlosti otvorilo prostor suradnji na pitanjima zajedničke europske budućnosti.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, Srbija zasluhuje jasnu i sigurnu europsku perspektivu. Srbija je učinila niz koraka koji su pozitivni i to treba uvažiti. Podržavam ovaj izvještaj, podržavam ono što čini povjerenik Hahn i vjerujem da je to na dobrobit i stabilnost svih zemalja na Balkanu, jer Srbija je itekako važan faktor u svemu tome.

Ali, želim istaknuti da su predsjednički izbori donijeli novoga predsjednika. Treba mu čestitati na izboru, ali treba uvažiti činjenicu da je poslije toga bilo niz prosvjeda koji pokazuju prije svega nezadovoljstvo u Srbiji. Pametna vlast otvorit će dijalog. Problemi pravosuđa, problemi slobode medija, problemi manjina, potrebna regionalna suradnja su sve elementi onoga što očekujemo od Srbije.

I na kraju, nemojmo imati iluzije, većina građana Srbije jeste za Europsku uniju, ali velika većina građana Srbije nije za NATO. I usklađivanje sigurnosne politike biti će u tom kontekstu vrlo teško.

László Tőkés (PPE). – Elnök Úr, köszönjük McAllister előadó kiváló munkáját. A volt Jugoszlávia felbomlását követő balkáni háború nyomán megteremtett béke és stabilitás fenntartásában és megszilárdításában meghatározó szerep jut az Európai Uniónak. A nyugat-balkáni országok számára az európai integráció jelenti a kibontakozás és a jövő útját. Éppen ezért az Uniónak nem szabad magára hagynia őket sokrétű válságukban. Ennek tudatában az Európai Uniónak biztosítania kell ezen országok számára a mihamarabbi csatlakozás reális lehetőségét, az integráció útjára lépett feleknek viszont az eddigieknél sokkal nagyobb erőfeszítéseket kell tenniük a velük szemben támasztott követelmények, illetve saját vállalásaik teljesítésére. Úgy tűnik, hogy ezen kívánalmak szempontjából Szerbia jó úton halad.

A szerbiai országjelentésbe foglalt eredmények és hiányosságok vonatkozásában ez alkalommal kizárólag az etnikai kisebbségek ügyére térek ki. A jelentésből hiányolom a kisebbségi autonómia kifejezett megfogalmazását, ennek kapcsán pedig a nemzeti tanácsokról, valamint a nemzeti kisebbségek jogairól szóló törvények egyre halogatott elfogadásának a meghagyását. A dokumentumban szintén elsikkad a kisebbségi közösségi-egyházi vagyonok visszaszolgáltatásának a megkövetelése. Az is tarthatatlan, hogy az egyébként dicséretes kisebbségvédelmi joganyag előírásai általában papíron maradnak, életbe léptetésük notórius módon elmarad. A szövetséges Magyarország képviselőjeként a szerbiai magyar közösség önkormányzati és emberi jogaiért külön is felelem a szavam.

Andrzej Grzyb (PPE). – Panie Przewodniczący! W tym roku minie 22 lat od zawarcia układu w Dayton, 18 lat od zakończenia wojny o Kosowo. To sprawozdanie, które w bardzo dobry sposób prezentuje ówczesne i obecne zadania dla Serbii, zarówno postępy, jak i to, co jest przed Serbią w zakresie negocjacji w sprawie członkostwa, buduje pewien – że tak powiem – optymizm. Przewodniczący Buzek powiedział kiedyś, że udało nam się zapobiec powrotom konfliktów na Bałkanach Zachodnich w sposób zaskakujący i zarazem prosty, bo państwa regionu ustawiły się w kolejce do Unii Europejskiej. To było ważne stwierdzenie, ale zarazem to jest niewystarczające: my też musimy dokonywać wielu wysiłków. To jest wartość, że Unia – i o tym musimy pamiętać – ma tę siłę przyciągania. Nie brakuje oczywiście głosów krytykujących, podważających wartość Unii, ale wydaje mi się, że warto przy okazji tej debaty, mówiąc o Serbii, o tym przypomnieć.

Sprawozdanie powinno być nie tylko zachętą dla rządu Serbii, ale przede wszystkim powinno być też swoistą zachętą dla obywateli Serbii, że warto kontynuować, trudne czasami i czasami być może nawet niezrozumiałe na danym etapie, reformy. Wydaje się, że chociażby wskazanie przez komisarza Hahna, że ponad dwa miliardy euro przekazaliśmy na wsparcie tych procesów jest warte odnotowania. Jest wiele postępu w obszarze gospodarki i demokratyzacji, otwarto również nowe rozdziały – ale też wiemy, że jest wiele potrzebnych zmian w zakresie praw człowieka, wolności mediów, wymiaru sprawiedliwości czy zaleceń dotyczących chociażby zmiany niektórych przepisów konstytucyjnych. Chcę podkreślić też ważną rolę, którą mogą odegrać Rzecznicy Praw Obywatelskich. W ubiegłym roku zorganizowaliśmy taką konferencję – szczyt rzeczników Europy Wschodniej, krajów Partnerstwa Wschodniego z udziałem Rzeczników Praw Obywatelskich z Bałkanów Zachodnich. Myślę, że warto tę pracę również kontynuować.

Gunnar Hökmark (PPE). – Mr President, I would like to thank the rapporteur and the Commissioner. I think it is obvious that Serbia is making progress, even though there are still some problems to deal with. But I think some of the best arguments for proceeding with membership of Serbia to the European Union have come here tonight from those who are arguing against membership, because it is very clear that they would like the old conflicts, the old hostilities, the old tensions, to rule over the future of Serbia. They are demonstrating exactly the reasons why we should proceed. And I think it is important to remember – and I think that is a message to all Serbian citizens from here tonight – that, when we are discussing the problems, we are not raising hindrances or obstacles. We are clarifying what needs to be sorted out in order to be prepared for membership of the European Union. And I would like to say that this development is not a sacrifice, because when we discuss all these chapters, it is a way of making Serbia a better society – rule of law, the fight against corruption, an open economy, prosperity. It is not a sacrifice, it is a step forward anyway. I think we need to understand that when some people talk about the costs of enlargement, the policy of enlargement has been one of the main success stories for the European Union. And we shall never forget the cost of non-enlargement: we saw that in history, and we will avoid it in the future.

Dubravka Šuica (PPE). – Gospodine predsjedniče, želim se zahvaliti gospodinu McAllisteru na ovom uravnoteženom i objektivnom izvješću. Svi se večeras slažemo da Srbija jest postigla određeni napredak u procesu pristupanja Europskoj uniji, ali za područja kao što je vladavina prava, neovisnost pravosuđa, može se reći da još uvijek nisu zaživjela u praksi.

U svakom slučaju, još uvijek su vidljivi nedostaci. Potrebno je još više napora u borbi protiv korupcije i organiziranog kriminala, koji su i dalje prepreka ekonomskom i socijalnom razvoju, ali ugrožena je i sloboda medija. Stalno ponavljamo da je neophodna normalizacija odnosa s Kosovom, gdje se očekuje veći angažman Srbije, a osim toga vrlo je važno da Srbija uskladi svoju vanjsku i sigurnosnu politiku s politikom Europske unije. Posebice ovdje mislim na njihov odnos prema Rusiji.

Što se tiče dobrosusjedskih odnosa, bilateralna pitanja vezana uz druge zemlje, posebno uz Hrvatsku moraju se što prije riješiti. Potrebno ih je hitno riješiti kako bi regionalna suradnja bila moguća i kako bi Srbija nastavila graditi svoju europsku budućnost. Srbija jednostavno mora prilagoditi svoju vanjsku politiku europskoj politici, produbiti dijalog s Kosovom i povećati napore u rješavanju svih preostalih bilateralnih pitanja.

Slažem se s gospodinom Hökmarkom da moramo raspravljati i da je puno bolje omogućiti Srbiji da otvara poglavlje i da se na taj način približava Uniji, nego je prijeći. Naravno, da se u tome slažemo, svjesni onoga što je Hrvatska prošla na svom putu, ali tražimo pravedne kriterije i ispunjavanje kriterija, kao što smo to napravili mi.

Andor Deli (PPE). – Elnök Úr, nagyon örülök annak, hogy végre vitára került McAllister képviselőtársam jól megfogalmazott és kiegyensúlyozott jelentése. A leírtakból egyértelmű, hogy Szerbia jó úton halad, és hogy a régió stabilitásának megőrzésében Szerbiának meghatározó szerepe van. Természetes az is, hogy a csatlakozási folyamatban van még tennivaló, a jogállamiság a kisebbségi jogok, a nemzeti tanácsok, a részarányos foglalkoztatás vagy a kisebbségi oktatás terén is. Szerbia ezekre vonatkozóan pontos akcióttervet fogadott el, és bízom abban, hogy Szerbia teljesíti is az abban foglaltakat. De ugyanúgy bízom abban is, hogy az EU is teljesíti saját vállalásait, és hogy konkrét, a szerbiai polgárok számára is érezhető gesztusokat fog tenni. Ezalatt nem csak újabb tárgyalási fejezetek megnyitását értem, hanem ennél sokkal kézzelfoghatóbb lépésekre van szükség, amelyek azt sugallják, hogy az EU őszintén elkötelezett a további bővítést illetően.

Željana Zovko (PPE). – Gospodine predsjedniče, poštovani povjereniče, na početku bih željela čestitati kolegi Davidu McAllisteru na jednom izvrsno izbalansiranom izvješću u kojem je uočen napredak Srbije ka članstvu u Europskoj uniji i njezinim vrijednostima kao jedinom putu i garanciji mira, stabilnosti i sigurnosti na cijelom području zapadnog Balkana. U izvješću, što je izvjestitelj i istaknuo, osim navedenog napretka uočene su i slabosti koje je potrebno otkloniti kako bi Srbija ispunila kriterije za članstvo u Europskoj uniji. Tu mislim na provedbu ključnih reformi na području vladavine prava, neovisnog pravosuđa i slobodnih medija te borbe protiv korupcije i organiziranog kriminala.

Osim ispunjavanja kriterija važnih za članstvo u Europskoj uniji, potrebno je rješavati otvorene bilateralne sporove sa susjednim državama, prije svega mislim na rješavanje sporova s Republikom Hrvatskom. Pitanje nestalih osoba za vrijeme rata, otvaranje arhiva, rješavanje graničnih pitanja te pitanje regionalne jurisdikcije Srbije neka su od otvorenih pitanja koje treba riješiti. Posebno bih se osvrnula i na rješavanja pitanja školovanja na materinjem jeziku hrvatske nacionalne manjine u Srbiji te omogućavanja udžbenika na hrvatskom jeziku i sadržaja koji će njima biti prilagođen.

Smatram kako je to nužan preduvjet za očuvanje identiteta i prava manjina, a što je i jedan od temeljnih uvjeta za ulazak Srbije u Europsku uniju. Rješavanja otvorenih bilateralnih pitanja nisu tu da bi se Srbiju sprječavalo ili blokiralo na njezinom putu u Europsku uniju, već njihovo rješavanje stvorit će pretpostavku za trajne dobrosusjedске odnose i stabilnost odnosa između Hrvatske i Srbije.

Franc Bogovič (PPE). – Čestitke David tebi, tvojim poročevalcem v senci za odlično poročilo, ki daje objektivno sliko o napredku Srbije v zadnjem letu.

Širitveni proces Evropske unije je tudi zame eden največjih uspehov, to vemo tudi tisti, ki sedaj ob zaključku največ govorimo iz Slovenije, Hrvaške, ki smo del tega širitvenega procesa.

Urejena demokracija rabi politično kulturo, rabi spoštovanje prava, rabi boj proti korupciji, rabi tudi medijsko svobodo. S tem se ukvarjajo tudi države, ki so že članice Evropske unije, in če tega ni v državah, je v državah tudi v nadaljevanju težava. Zato mislim, da je prav, da so ta opozorila, ki so v poročilih, sprejeta dobronamerno in da se popravijo te napake.

Zagotovo pa je veliko dobrega v poročilu o Srbiji, najprej gospodarski napredek, reforme, ki se izvajajo, kajti to je odgovor na to, da se bo demografska slika v Srbiji izboljšala, kajti to, kar beležimo sedaj, da je, ne vem 65 000 rojstev letno, 105 000 mrtvih, govori o slabi situaciji v državi.

Srbija je tudi za garant za stabilnost na Balkanu, kot pa vemo iz zgodovine, je Balkan tudi večkrat bil povzročitelj številnih nemirov v Evropi.

Zato upam in želim, da se najprej Srbija in pa njene sosede vzdržijo nepotrebnih provokacij in da v dobrih sosedskih odnosih gradijo mir in blaginjo v tem delu Evrope.

Der Präsident. – Meine Damen und Herren! Das war der letzte reguläre Redner. Gemäß Artikel 162 Absatz 6 der Geschäftsordnung kann der Präsident ein *Catch-the-eye*-Verfahren durchführen. Wir sind weit über unsere Redezeit hinaus, und wir haben viel zu viele Wortmeldungen. Ich werde deswegen nur einem Redner das Wort geben, der vorher aus logistischen Gründen nicht da sein konnte: Igor Šoltes hat für eine Minute das Wort.

Catch-the-eye-Verfahren

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Torej to, kar so povedali že moji kolegi, dodajam tudi sam, da pravzaprav je v Srbiji bil narejen določen napredek na poti vključevanja, vključno z odpiranjem posameznih poglavij.

Predvsem pa seveda je jasno, da je pred Srbijo še zelo zahtevno obdobje, zlasti seveda tudi pojmovanje tako imenovane demokracije.

In mislim, da niso tako iz trte izvita tudi nekatera opažanja nevladnega sektorja, tako imenovanih NGO, ki opozarjajo na to, da je seveda Srbija tudi pred težko preizkušnjo, kako pravzaprav zagotoviti pluralen prostor za svobodno izražanje mnenj, svobodo medijev in zatorej to, da so slišane tudi manjšine vseh vrst.

Zato mislim, da seveda moramo na to biti pozorni tudi pri prihodnjih poročilih, predvsem pa odpreti prostor za diskusijo.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Johannes Hahn, Member of the Commission. – Mr President, honourable Members, thank you for this very interesting debate, which reflects the importance of the enlargement process and of our relations with Serbia as a driving force in the region. I fully understand the sensitivity of bilateral issues. Clearly further efforts will be needed to overcome the legacy of the past. At the same time, we should ensure that bilateral issues do not hamper the firm prospect of EU membership, which continues to drive transformation and anchor stability and security in Serbia and elsewhere in the region. This is more important than ever at a time when our EU's commitment to Serbia and the region's EU path are questioned by some people.

At the same time, of course, we should focus on good neighbourly relations, democratic values and the respect of the rule of law, protection of national minorities, freedom of expression and of the media, ability to address the legacy of the past and war crimes issues. Those are core European values and are simply not negotiable. This is why they are key conditions on Serbia's EU path and I can reassure you that the Commission is committed to continue monitoring Serbia's focus in this respect under our Chapter 23 negotiations and to continue supporting Serbia's efforts.

Helena Dalli, President-in-Office of the Council. – Mr President, Commissioner, honourable Members, I wish to thank you for the very useful debate. I have listened carefully to the views expressed and we look forward to continuing this constructive dialogue and engagement.

I would like to assure you that when moving ahead on the accession process with Serbia, we will closely monitor its progress, paying particular attention to the areas of the rule of law, the Belgrade-Pristina dialogue and other important issues mentioned here today. In this regard the Presidency hopes to hold an accession conference this coming week on 20 June.

David McAllister, Berichterstatter. – Herr Präsident Graf Lambsdorff, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich bei allen Rednern in der Debatte heute Abend herzlich bedanken. Ich glaube, das war eine gute, durchaus kritische, aber zugleich auch konstruktive Debatte über die politische Lage in Serbien. Die serbische Botschafterin bei der Europäischen Union, Frau Ana Hrustonavic, die ich herzlich auch auf der Tribüne begrüße, hat sicherlich auch sehr aufmerksam allen Argumenten zugehört. Mein besonderer Dank gilt den Schattenberichterstattern der einzelnen Fraktionen für die einmal mehr gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Ich glaube, es ist uns gemeinsam gelungen, diesem Europäischen Parlament einen Bericht vorzulegen, der ein realistisches Bild von Serbien zeichnet. Und ich glaube, die Botschaft der Debatte heute Abend war – trotz manch unterschiedlicher Auffassung zu Details der serbischen Innenpolitik: Die riesengroße Mehrheit hier im Parlament unterstützt Serbien auf dem Weg in unsere Gemeinschaft von Nationen in Europa.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet morgen, Mittwoch, 14. Juni 2017, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Νότης Μαρίας (ECR), γραπτώς. – Κανείς φυσικά δεν ξχνά ότι η ΕΕ και ιδιαίτερα η Γερμανία και η Αυστρία με την εξωτερική πολιτική που ακολούθησαν κατά τη δεκαετία του 1990 φέρουν τεράστια ευθύνη για τον διαμελισμό της Γιουγκοσλαβίας και τον πόλεμο που ξέσπασε τότε στην περιοχή με χιλιάδες νεκρούς. Μετά από μια δεκαετία πολέμων και νατοϊκών βομβαρδισμών που στόχευαν τη Σερβία, η χώρα αυτή βρέθηκε να έχει απωλέσει σημαντικά εδάφη στα οποία κατοικούσαν σερβικοί πληθυσμοί. Απώλεσε την πρόσβαση της στη θάλασσα αλλά και το λίκνο του σερβικού πολιτισμού, δηλαδή το Κόσσοβο, ενώ σημαντικές υποδομές της καταστράφηκαν. Σε μια κοινωνία που βρίσκεται έκτοτε σε καθεστώς οικονομικής ανασφάλειας, έρχεται η ΕΕ και με τον πλέον υποκριτικό τρόπο της ζητά, εδώ και τώρα, απόλυτη προσαρμογή στα δυτικοευρωπαϊκά πρότυπα οργάνωσης του κράτους. Και σαν να μην έφτανε αυτό, η ΕΕ ζητά την *de facto* αναγνώριση του Κοσόβου εκ μέρους του Βελιγραδίου, γεγονός που πέραν των άλλων ενισχύει τον αλβανικό εθνικισμό. Τέλος, αφού επισημανθεί ο θετικός ρόλος της Σερβίας στο προσφυγικό θα πρέπει να παρατηρήσουμε ότι η θέση της ορθόδοξης Σερβίας είναι στην Ευρώπη και ο ελληνικός λαός στηρίζει την ευρωπαϊκή πορεία της Σερβίας.

Marijana Petir (PPE), napisan. – Drago mi je da ovo Izvješće poziva Srbiju da uloži dodatne napore u rješavanje problema opsega, provedbe i učinaka Zakona o organizaciji i nadležnosti državnih organa u postupku za ratne zločine kojim si je Srbija uzela ulogu malog Haaga. Taj Zakon predstavlja opasnost za hrvatske branitelje koji su na crnoj listi Srbije ali i za bivšeg premijera Kosova Ramusha Haradinaja.

Ipak, žao mi je što ukidanje spornih članaka zakona nije postavljeno kao uvjet Srbiji za otvaranje pregovora te stoga pozivam Komisiju da tijekom pregovora o poglavlju 23. inzistira na ukidanju članaka 2. i 3. ovog Zakona. Još jednom upozoravam na sustavnu diskriminaciju Hrvata u Srbiji i osporavanje njihovih manjinskih prava poput osiguravanja obrazovanja i medijskih programa na hrvatskom jeziku.

Također, fizički napadi na temelju nacionalne pripadnosti, a i javna retorika u Srbiji koja sadrži elemente ekstremizma i govora mržnje u suprotnosti su s europskim vrijednostima.

15. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll

16. Bericht 2016 über das Kosovo (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Ulrike Lunacek im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten über den Bericht 2016 der Kommission über das Kosovo (2016/2314(INI)) (A8-0062/2017).

Ulrike Lunacek, *rapporteur*. – Mr President, Minister, Commissioner, colleagues, let me say first of all there has been some progress in Kosovo over the last year on issues that concern the relationship between the European Union and Kosovo. A stabilisation and association agreement finally has come into force, and that has included the European reform agenda and something we voted recently in the plenary: the participation of Kosovo in EU programmes. So various things were re-signalled – and that is supported by this report – strongly signalled to Kosovo, and to Kosovo citizens: your future is in the European Union.

Nevertheless, we also have to see that, over the last year, things have not progressed as much as Kosovo citizens and also as we here in the European Parliament would have liked them to go. The extreme polarisation of the political landscape (and I will come to the elections of last Sunday at the end), but also no progress here in the European Union. We still – and I have been rapporteur for Kosovo since 2009 — do not have progress with five EU Member States recognising the independence of the Republic of Kosovo. This is harming progress also. This does not give Kosovo citizens the idea that we really want them and that they are part of Europe – they should be part of the European Union. So this report also regrets that still five Members are not recognising Kosovo, and you know, to those of you who come from those five Member States, sometimes I wonder, when you then criticise corruption – organised crime in Kosovo, yes, which exists, like in other parts of the region and also inside the EU – then why do you not want to allow Kosovo to become part of Europol and Interpol? Because that would help. So there is a contradiction in the position of those five Member States, and I hope we will see progress in the next year.

But let me come to some other points. In the normalisation process between Kosovo and Serbia we also have had mostly stalemates. We have had one progress: Kosovo now has a telephone code of its own and not any more the Monaco one or the Slovenian one. It can be still be used, but there is this independent international telephone code.

But nevertheless, so many things have been agreed between the two governments of Kosovo and Serbia, but implementation is still lacking on both sides. Also from Serbia we have had signs that were simply not helpful. The Serbian nationalist train from Belgrade to northern Kosovo with signs on it: 'Kosovo is Serbia'. This simply is not the reality any more, and people in Serbia know that and the Serbian Government knows it. It simply does not help to develop good neighbourly relationships if things like that are supported. And as I said, what is lacking really is implementation.

In Kosovo itself, still administration of justice remain slow and inefficient. Lack of progress has been made in regard to the protection of freedom of expression and media freedom, and several other issues. When I talk about gender-based violence, still women's full rights need to be enjoyed, although there has been some progress as well.

Now let me come to the elections on that weekend. Yes, finally, and it is good that these elections were passed peacefully. There have not been any disruptions. But we still have problems there. There are still voting lists that were not been totally accurate; the electoral system still not functioning well sometimes and financing of political parties were problems. So I think it would be very important also because we have had intimidation against Kosovo Serbs who would not want to vote for the *Socijalistička*.

There I would like to end with asking, as it is said in the report as well, that the leaders of the Kosovo Serb community should take full ownership of them being part of Kosovo and not always referring to Belgrade.

Helena Dalli, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, on 9 March 2017, the European Council discussed the situation in the Western Balkans. The heads of state or government stressed the EU's commitment to the region and reaffirmed their unequivocal support for the European perspective of the Western Balkans, in full respect of the basic principles of conditionality and own merits.

Today we focus on Kosovo's progress in 2016. However, more generally, I would like to stress the importance of Kosovo's stability and of its continuous efforts to advance further on the European path. We welcome the entry into force of the Stabilisation and Association Agreement (SAA) with Kosovo and the first Stabilisation and Association Council, which both took place last year. The EU-only agreement, which is without prejudice to Member States' positions on status, provides the contractual framework for cooperation between the EU and Kosovo.

It is important for Kosovo to implement the comprehensive reforms to meet its obligations under the SAA in order to fully benefit from the opportunities it brings. We welcome the launch of the European Reform Agenda in November 2016. The Kosovo leadership is responsible for ensuring its thorough implementation, with the objective of improving the rule of law, socio-economic development and building a track record of SAA implementation.

It is key that Kosovo further intensifies its efforts to improve the rule of law, including judicial independence. It also needs to further advance its fight against organised crime and corruption. We welcome the steps taken to increase the number of high-level corruption and organised crime cases being investigated and prosecuted. We encourage further progress in strengthening a solid track record of convictions. We also note progress in fighting radicalisation, extremism and terrorism, and we encourage further efforts.

Effective promotion and protection of human rights throughout Kosovo should be pursued, including the full protection of cultural and religious heritage. Furthermore, the Kosovo authorities should address the inclusion and protection of persons belonging to minorities. This includes additional efforts to ensure a safe environment and the safeguarding of their property rights, as well as the strengthening of social cohesion.

Progress in the process of normalisation of relations with Serbia is essential and underpins the development of relations and cooperation between the EU and Kosovo. We urge Kosovo to swiftly implement in good faith its part of all past agreements achieved in the EU-facilitated dialogue, in particular the establishment of the Association/Community of Serb-majority Municipalities, and to engage constructively with Serbia in formulating and implementing future agreements. We concur with you in welcoming the recent agreements on the implementation of freedom of movement and telecoms. We look forward to a swift appointment of judicial personnel into the Kosovo system in order to ensure the functioning of an integrated judiciary. We also look forward to the opening of the Mitrovica Bridge, as agreed between the two sides.

The Council will continue to monitor closely Kosovo's continued engagement towards visible and sustainable progress so that Kosovo and Serbia can continue on their respective European paths. Neither should block the other in these efforts, and both should be able to fully exercise their rights and fulfil their responsibilities. The High Representative played a key role in promoting additional progress in the dialogue.

We also welcome the agreement reached over the extension of the EULEX mission until June 2018. We urge Kosovo to continue to cooperate closely and effectively with EULEX, and to contribute actively to the full and unhindered execution by EULEX of its mandate. We welcome the fact that Kosovo met its remaining obligation on the establishment of the Specialist Chambers and Specialist Prosecutor's Office to investigate allegations of international crimes committed during and after the 1999 conflict. All authorities in Kosovo should comply with their requests for assistance.

Kosovo has made significant progress in meeting the requirements of its visa roadmap, which led to a proposal by the Commission, in May 2016, to transfer Kosovo to the Schengen visa-free list. As rightly noted in your resolution, such a decision can only be taken if Kosovo meets the two remaining requirements: the ratification of the border/boundary agreement with Montenegro, and the continuation of the strengthening of its track record in the fight against organised crime and corruption.

We share your concern about the incidents of violence in the Assembly throughout 2016. It is important that, following early general elections, all political parties and local stakeholders show responsibility and ownership and engage in a constructive dialogue with parliament, as the key forum for political debate.

Finally, we very much welcome the signature of the Framework Agreement on the general principles for the participation of Kosovo in Union programmes. It is of utmost importance for Kosovo to take full advantage of these programmes. We are looking forward to the European Parliament's consent for the conclusion of this agreement.

Johannes Hahn, *Member of the Commission*. – Mr President, Minister, honourable Members, first of all, I would like to thank the Parliament, in particular the rapporteur Ulrike Lunacek, for the report on Kosovo. We believe that this is a balanced report and is in line with the main findings of our 2016 Commission report.

Last Sunday was a crucial day for Kosovo and its democratic development. I would like to thank this House and especially Alojz Peterle for its strong support for the EU election observation mission. This observation mission was deployed in record time. The European Parliament has significantly contributed to making it possible. In most of Kosovo, the election day passed calmly and peacefully. It is a sign of Kosovo's democratic maturity that people generally were able to cast their ballots freely and without hindrance.

However, we do share chief election observer Peterle's concerns about several aspects of the elections. Any incidents of intimidation and pressure as witnessed during the electoral campaign are unacceptable. It will be essential for Kosovo's democratic development that the findings of the observation mission are taken seriously and implemented as a matter of priority. Now that elections are over, Kosovo has no time to lose. Based on the democratic will of the people, we expect a new government to be formed and begin work without delay. A new governing coalition will face huge expectations and challenges. The dialogue with Belgrade needs to move ahead. The people of Kosovo expect decisions on visa liberalisation. The rule of law, economic development and education need to be given the highest priority. Broad societal consensus on the EU reforms will be necessary to navigate through these various challenges. One of the most important priorities the government will have to tackle immediately is delivery on the conditions for visa liberalisation. Kosovo has made progress on its track record of high-level corruption and organised crime cases. This must be a continuous process and one in which momentum must be maintained at all times.

I can assure you that we know how contentious the border demarcation agreement with Montenegro has become. It will now be for Kosovo's new government and parliament to deliver on the expectations of its people. We are ready to support Kosovo every step of the way. Once Kosovo has fulfilled these conditions, the Commission will give its green light to the European Parliament and Council.

Beside these political challenges, Kosovo's priorities should remain the rule of law, economic development and education. Kosovo needs to become an attractive place for business, provide citizens with high quality education and reduce the very high unemployment levels, in particular amongst young people. The incoming government will need to show strong commitment to addressing the systemic weaknesses in the rule of law, as we have frequently pointed out in our reports.

The Commission is providing strong support for the implementation of these priorities through substantive financial assistance and technical advice. For its part, Kosovo needs to keep pace with the rest of the region, to promote economic growth and foster political stability, which is essential for the security of the Western Balkans as a whole. To achieve this, we have jointly agreed programmes with Kosovo: the European Reform Agenda and the Economic Reform Programme. These should serve as guidelines for concrete deliverables. This is the priority for now and the immediate future.

Lars Adaktusson, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, the Commission progress report is issued at an important time for Kosovo, but also for the whole region. Recent events have shown the need for responsible action by the governments and lawmakers of both Kosovo and Serbia, not only for enabling the normalisation between Belgrade and Pristina, but also to convince this Parliament that there is a genuine will for European integration. We as the European Union indeed welcome the progress that has been made, not least in the fight against corruption. Now we are awaiting convictions and not just indictments of high-level individuals. The EPP hopes that visa liberalisation will become a reality. At the same time, we strongly emphasise that a successful fight against corruption and organised crime is a requirement and that the issue is in the hands of the decision-makers of Kosovo.

After the elections last Sunday, we all certainly hope for a new Kosovar government to be formed as soon as possible. We hope that the issues which have been troubling domestic Kosovar politics will be settled through a determined government and a responsible and Europe-oriented political assembly. The resolution we are debating tonight reflects the general view of this Parliament. It is balanced and well drafted by the rapporteur, Ms Lunacek, and I would like to thank you for good cooperation. In order to support the people of Kosovo on their significant path towards the European Union and show that Kosovo belongs in Europe, we will vote 'yes' to the resolution tomorrow.

Pier Antonio Panzeri, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio la collega Lunacek per il lavoro svolto. Questa relazione, oltre a descrivere la situazione dei nostri rapporti, è utile soprattutto a concentrare la nostra attenzione sui diversi punti cruciali che ancora impediscono al Kosovo una completa integrazione.

Il risultato delle importanti elezioni di domenica scorsa ha visto la cosiddetta ala di guerra, come la chiamano i media locali, composta da una coalizione guidata da Haradinaj, ottenere il maggior numero di voti che non sembrerebbero però sufficienti a sostenere un governo senza alleanze con altre forze politiche. Le nostre aspettative sono naturalmente quelle di vedere nascere un governo che garantisca al paese la stabilità necessaria per continuare il processo di stabilizzazione politica e di integrazione del Kosovo nel contesto europeo.

Tuttavia, dobbiamo essere consapevoli che la vittoria di Haradinaj non renderà semplici i rapporti con la Serbia, paese che, come sappiamo, ha emesso un mandato d'arresto internazionale contro l'ex comandante dell'esercito di liberazione del Kosovo. Sarà importante il ruolo dell'Unione europea in questo quadro.

Come giustamente sottolineato nella relazione, resta alta la preoccupazione in merito alla corruzione e alla criminalità organizzata, due fattori che affliggono con una certa pesantezza il paese. Inoltre, nonostante l'apprezzabile miglioramento economico e l'aumento del gettito fiscale, è indispensabile promuovere riforme economiche e sociali strutturali, soprattutto per quanto riguarda il lavoro e per quanto riguarda l'istruzione.

Infine, io invito a riflettere sul fatto che il mancato riconoscimento del Kosovo da parte di cinque Stati membri di fatto ostacola il processo di integrazione. Un cambio di rotta potrebbe essere utile e permetterebbe il miglioramento dei rapporti tra il Kosovo e la Serbia. Penso che sia necessario che il Parlamento europeo mostri più coraggio, perché ciò aiuterebbe ancor di più l'azione politica dell'Unione europea in Kosovo e nei Balcani.

Ангел Джамбазки, *от името на групата ECR*. – Поздравления първо за вас, г-жо Луначек за доклада, който направихте. Тази неделя бях част от наблюдателната мисия на Европейския парламент в изборния процес в Косово и мога да ви уверя, че демокрацията в страната или поне изборите, както бяха направени, най-вероятно са по-добри и по-добре подготвени, отколкото от някои от нашите държави.

Разбира се, както и в други държави от предприєдинителния процес, и там са налице проблеми в съдебната система, висока корупция, организирана престъпност, независимост на медиите, а стои огромният въпрос и с ислямските фундаменталисти. Но искам да ви обърна внимание на факта, че в Косово се сблъскват интересите и влиянията и на съседни държави, например Русия и Сърбия, които се опитват всячески да развият своето влияние на тази територия.

Турция завладява религиозно и икономически страната и по този начин за нас остава само възможността да сме донори на средства, без видима политическа полза. Именно липсата на видимо присъствие на Европейския съюз кара много косовари да мислят, че Европейският съюз ги е забравил. Затова, уважаеми колеги, Косово има подкрепа повече от всякога сега.

Jozo Radoš, *u ime kluba ALDE*. – Gospodine predsjedniče, kolegice i kolege, prošle nedjelje su održani izbori za skupštinu Kosova i ja bih ovdje želio naglasiti činjenicu da je odaziv bio samo 41 %. Ako znamo da je nezaposlenost na Kosovu vrlo visoka, među mladima i viša od 50 %, te dvije činjenice upućuju na opasnost, ne samo gubitka povjerenja u domaću političku strukturu, što svakako nije dobro. Mala sudjelovanja građana otežavaju kvalitetne politike, ali jednako tako opasnost od gubitka povjerenja u Europsku uniju.

Jesu li rezultati izbora, koji su, sa svim poteškoćama o kojima je govorila gospođa Lunacek kao izjaviteljica, uglavnom provedeni korektno, ali jesu li rezultati izbora takvi da omogućavaju lakše rješavanje problema s kojima se Kosovo suočava unutar sebe i vanjskih problema, ostaje, naravno, pitanje.

Dakle, i tu uz sve napore koje poduzima kosovska Vlada, odnosno jednako tako i Europska unija, napredak u mnogim područjima je vrlo slab ili gotovo da ne postoji, što prijeti opet opasnošću da se i ovdje u Europskoj uniji, u zemljama članicama, u biračkom tijelu, u Europskom parlamentu, također izgubi podrška pristupanju Kosova i ostalih zemalja zapadnog Balkana Europskoj uniji.

Dakle, radi se o vrlo delikatnoj situaciji. Ja plediram na Europsku komisiju, na kolege zastupnike da ne gube ritam, da ne gube povjerenje i uz sve ove programe koje je Komisija razvila, program povezivanja, energetske veze, pozivam Komisiju da razvije i druge programe zajedničke suradnje zemalja zapadnog Balkana.

Javier Couso Permuy, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor presidente. No hemos variado nuestra postura sobre la declaración unilateral de independencia de Kosovo, un Estado artificial creado bajo cobijo de una intervención militar, fuera de la legalidad internacional y de las Naciones Unidas, con el apoyo, además, de grupos que han violado gravemente los derechos humanos.

No es baladí recordar que se vulneran los principios de soberanía e integridad territorial garantizados por el Acta de Helsinki y que existe una Resolución del Consejo de Seguridad, la 1244, que no se puede poner por un acto unilateral. Hoy ochenta y dos países de las Naciones Unidas, cinco de ellos de la UE, no reconocen esta declaración unilateral de independencia.

La Unión no puede utilizar el Derecho internacional como un traje a medida. El ingreso kosovar en organismos y organizaciones internacionales no es la vía de la solución. La solución pasa por acompañar el diálogo entre las dos partes dentro de la legalidad internacional.

Dominique Bilde, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, chers collègues, entre 1999 et 2004, 150 églises et monastères du Kosovo ont été pillés, détruits ou incendiés. Manifestement, la société kosovare actuelle rejette l'histoire du territoire sur lequel elle se trouve. On aurait connu mieux comme moyen de manifester son attachement à l'histoire de l'Europe. Songez au signal que vous envoyez en tendant la main à ceux qui veulent faire disparaître notre histoire.

L'Unesco, antichambre des Nations unies, ne s'est pas trompée en rejetant l'adhésion du Kosovo. Elle sait bien qu'il est impensable de confier aujourd'hui le contrôle des quatre sites de l'Église orthodoxe serbe classés au patrimoine mondial de l'humanité à ceux qui les pillaient hier. Suivons son exemple, renonçons à cette intégration.

En plus d'être un danger pour la culture européenne, l'entêtement à vouloir intégrer le Kosovo se fait au péril de notre sécurité. Dans un même article, la rapporteure révèle le trafic de stupéfiants, la traite des êtres humains ainsi que le commerce et la possession illégale d'armes, et se félicite de la proposition de la Commission de libéraliser le régime des visas. Plus que de l'indulgence, c'est de la complaisance.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, όπως προκύπτει όχι μόνο από την έκθεση της Επιτροπής, αλλά κυρίως από τη γνώση της πραγματικότητας, το Κοσσυφοπέδιο είναι ίσως η πλέον διεφθαρμένη χώρα της Ευρώπης. Υπάρχει διαφθορά σε όλα τα κλίμακα της διοίκησης, οργανωμένο έγκλημα, καταπάτηση ανθρωπίνων δικαιωμάτων, διακίνηση σκληρών ναρκωτικών, εμπόριο οργάνων, ενδοοικογενειακή βία, ξένοι μαχητές στο ISIS και πολιτική πόλωση στη χώρα. Πέραν αυτού, το Κοσσυφοπέδιο δεν πληροί τους όρους της καλής γειτονίας, διότι αρνείται να επικυρώσει τη συμφωνία χαράξεως των συνόρων του με το Μαυροβούνιο και θέλει να ενωθεί με την Αλβανία, η οποία εκφράζει ευθέως επεκτατικές βλέψεις εναντίον όλων των γειτονικών χωρών στα πλαίσια της δημιουργίας της Μεγάλης Αλβανίας. Ιδιαίτερα προκλητική είναι κατά της Ελλάδος. Κάτω από αυτές τις προϋποθέσεις, δεν είναι δυνατόν να εφαρμοστεί η Συμφωνία Σταθεροποίησης και Συνδέσεως του Κοσσυφοπεδίου με την Ευρωπαϊκή Ένωση διότι, όταν σε μια χώρα δεν έχει εδραιωθεί το κράτος δικαίου, πώς είναι δυνατόν αυτή να συμμετέχει στους διεθνείς οργανισμούς;

David McAllister (PPE). – Herr Präsident Graf Lambsdorff, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst Ulrike Lunacek ein herzliches Wort des Dankes sagen für ihre engagierte Arbeit. Ich finde, wir sollten schon anerkennen, dass es diesem Land gelungen ist, die dritten Wahlen seit der Unabhängigkeit im Jahr 2008 einmal mehr frei und fair abzuhalten. Das Ergebnis darf jedoch nicht zu einer politischen Blockade führen. Und das bereitet mir angesichts des Wahlergebnisses und der Zusammensetzung des Parlaments durchaus Sorge. Eine Regierungsbildung in Pristina mit neun Monaten Vorlaufzeit, wie es nach der letzten Parlamentswahl der Fall war, sollte vermieden werden. Die neue Regierung in Pristina sollte sich im Interesse aller Kosovaren proeuropäisch ausrichten und eine belastbare Strategie für die Zukunft des Landes haben.

Aus meiner Sicht sind in drei Bereichen besondere Fortschritte notwendig. Erstens – es ist bereits betont worden: Das Kosovo ist das einzige Land im westlichen Balkan, welches nach wie vor keine Visafreiheit genießt. Das führt natürlich zu Frustration bei den Menschen. Die neue Regierung in Pristina und das Parlament sollten endlich die Kriterien für die Visafreiheit erfüllen. Dazu gehört zuallererst die Ratifizierung des Grenzabkommens mit Montenegro.

Zweitens: Die neue Regierung sollte wichtige Wirtschaftsreformen und ebenso Reformen zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit verabschieden. Die Fortschritte im Kampf gegen Korruption, Bestechlichkeit und organisierte Kriminalität sind natürlich logische und wichtige Voraussetzungen auf dem Weg in die Europäische Union, aber sie sind auch gleichzeitig die Grundvoraussetzung für weitere Investitionen aus anderen Ländern, beispielsweise aus Deutschland.

Drittens: Der Dialog mit Serbien sollte fortgeführt und vertieft werden, bereits getroffene Vereinbarungen müssen umgesetzt werden. Dazu gehört auch die Errichtung eines serbischen Gemeindeverbands im Norden Kosovos. Den Beziehungen zu Serbien kommt eine Schlüsselfunktion sowohl für die Beziehung zur EU als auch für die Stabilität in der gesamten Region zu.

Tonino Picula (S&D). – Gospodine predsjedniče, čestitam izvjestiteljici Urlike Lunacek na predanom radu na ovom izvješću kao i na odličnoj suradnji s izvjestiteljima u sjeni. Usvajanje ove Rezolucije odgođeno je zbog raspisivanja izvanrednih parlamentarnih izbora, što govori o političkoj dinamici u najmlađoj europskoj državi. Kosovo je izraziti primjer postkonfliktnog društva gdje ključni protagonisti ne uspijevaju razriješiti nagomilane točke sukoba. Prošle godine je čak i u važnim institucijama demokratskog poretka, poput Parlamenta, politička polarizacija znala imati nasilan karakter.

Na stanje na Kosovu velik utjecaj imaju loše socijalne i gospodarske prilike, osobito visoka nezaposlenost mladih, slabost pravosudnog sustava podložnog političkim pritiscima, pritisci na medije kao i nedovoljno efikasna borba protiv organiziranog kriminala i korupcije. Međutim, sva ta opterećenja mogu vremenom biti otklonjena ako kosovske vlasti budu aktivno koristile mogućnosti Sporazuma o stabilizaciji i pridruživanju i budu ispunjavale obveze iz Europske reformske agende. Europska budućnost Kosova bit će određena i odnosom politike, ali i cijelog društva, prema događajima iz nedavne prošlosti kojima će se baviti haški Ured posebnog istražitelja za ratne zločine počinjene u vrijeme agresije na Kosovo.

Pred vlastima u Prištini je također izazov produktivnijeg nastavka razgovora s Beogradom. Obje pregovaračke strane moraju prevladati međusobne animozitete kao i unutarnje otpore procesu koji zapravo nema alternativu. Odnosno, bolje je o njoj ne razmišljati. Kao predsjednik Zajedničkog parlamentarnog izaslanstva s Kosovom, želim naglasiti kako se političke podjele nisu odrazile na naš rad. Štoviše, svi članovi izaslanstva dali su svoj puni doprinos te smo bez većih poteškoća usvojili zajedničke preporuke.

Na temelju toga dozvoljavam sebi nadu da će biti ispunjeni uvjeti za ukidanje viza za građane Kosova te da ćemo u Europskom parlamentu konačno ratificirati odluku o njihovom slobodnom kretanju Europskom unijom. Kosovo zasluži nepodijeljenu europsku podršku, a njen najbolji izraz bilo bi priznanje preostalih članica koje to još nisu napravile.

Ελένη Θεοχάρους (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η έκθεση της κυρίας Lunacek σωστά επικεντρώνεται στις προσπάθειες εκδημοκρατισμού του Κοσσυφοπέδιου και επίλυσης του προβλήματος με τη Σερβία, θέτοντας ως προϋπόθεση την κατοχύρωση των μειονοτικών δικαιωμάτων των Σέρβων του Κοσσυφοπέδιου. Δυστυχώς, δεν γίνεται καμία αναφορά στο ψήφισμα 1244 του Συμβουλίου Ασφαλείας. Όπως τονίζεται στην έκθεση, στην περιοχή επικρατεί πολιτική αστάθεια, διαφθορά, ανεπάρκεια δημοκρατικών θεσμών και δικαστικής εξουσίας, και επικίνδυνη διακίνηση ναρκωτικών. Η Κυπριακή Δημοκρατία, σεβόμενη το διεθνές δίκαιο και την κυριαρχία των κρατών, δεν μπορεί να αναγνωρίσει το Κοσσυφοπέδιο ως ανεξάρτητη αρχή ή κράτος. Βεβαίως, στην έκθεση παραγνωρίζονται οι θέσεις των κρατών μελών που δεν αναγνωρίζουν το Κοσσυφοπέδιο και που δεν έχουν καμία σχέση με τη διεύρυνση της Ευρωπαϊκής Ένωσης στα Δυτικά Βαλκάνια. Ελπίζουμε σε γρήγορη ομαλοποίηση των σχέσεων Σερβίας-Κοσσυφοπέδιου στη βάση των αρχών της Ευρωπαϊκής Ένωσης και του διεθνούς δικαίου, για να προωθηθεί το πλαίσιο συνεργασίας που προβλέπει το Σύμφωνο Σταθεροποίησης και Σύνδεσης. Τονίζουμε ότι, αν η Ευρωπαϊκή Ένωση δεν λάβει σοβαρά υπόψη τις εξτρεμιστικές τάσεις που υπάρχουν σε μερίδα του αλβανικού πληθυσμού και την επιρροή ατάκτων κύκλων της Αλβανίας, θα βρεθούμε μπροστά σε τρομακτικές συνέπειες που θα επηρεάσουν κυρίως τα Σκόπια και θα ανοίξουν τον ασκό του Αϊόλου στα Βαλκάνια. Ας μην επαναλάβουμε, κύριε Πρόεδρε, το λάθος που κάναμε με την Τουρκία.

Jasenko Selimovic (ALDE). – Mr President, I would like to thank Mrs Lunacek for her excellent work and Mr Šoltes for leading our observation mission. Kosovo's path to the EU is to be welcomed, but problems need also be mentioned.

The reason for the snap elections was said to be governmental inability to make reforms in Kosovo. However, none of the questions that caused stalemate were put to the voters to decide, so there is a risk that we will see a replay of this situation. This deadlock, which is actually Kosovo's biggest problem, is indeed caused by the difficult government coalitions and the unwillingness of some parties to put Kosovo's best interests before those of the party, a simple unwillingness to cooperate if that will cost them voters. This is not unusual for young traditional democracies, but I still believe that we have to demand from whoever forms the government speedy reforms, primarily on the fight against corruption. Sensitive questions like the demarcation line, the Association of Serbian Municipalities, etc. should not be used for political games since they are in the interests of Kosovars. Enlargement is needed. We want it to happen, but all of us want to secure the process and demand reforms.

Mario Borghezio (ENF). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la relazione riconosce che non vi è libertà di espressione o almeno che si procede lentamente in questa direzione, con le minacce ai giornalisti, corruzione sistemica, paese di deposito e transito per droghe pesanti, basso tasso di condanne nei casi contro la tratta di essere umani, paese di transito e destinazione per donne e minori vittime della tratta, presenza di gruppi armati, coinvolgimento in attività criminali organizzate. Insomma, la descrizione di quello che normalmente si chiama uno Stato canaglia.

Tuttavia, la relazione sostiene, come Alice nel paese meraviglie, che il Kosovo ha compiuto sforzi nel contrastare l'estremismo alla legalizzazione, pur ammettendo che molti *foreign fighters* sono già tornati in Kosovo e non sono monitorati e perseguiti. Quindi mi pare una forte contraddizione.

La portavoce dell'Unione europea, per canto suo, continua a promettere la liberalizzazione dei visti per un paese di questo genere, che esporta soprattutto criminalità e terroristi islamici e rappresenta un pericolo per l'Europa, un pericolo per tutti noi.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η πραγματικότητα είναι ότι εντείνονται οι αντιθέσεις ανάμεσα στις αστικές τάξεις στα Δυτικά Βαλκάνια, όχι μόνο στο Κοσσυφοπέδιο αλλά και στην ΠΓΔΜ, την Αλβανία, το Μαυροβούνιο, τη Σερβία, σε συνδυασμό με τους ανταγωνισμούς ανάμεσα σε NATO-Ευρωπαϊκή Ένωση-Ηνωμένες Πολιτείες και Ρωσία-Κίνα για τον έλεγχο αγορών και δρόμων ενέργειας. Η Ευρωπαϊκή Ένωση, το NATO και οι Ηνωμένες Πολιτείες βομβάρδισαν και διαμέλισαν την πρώην Γιουγκοσλαβία αλλάζοντας σύνορα και μακελεύοντας λαούς. Όπως και στο Κοσσυφοπέδιο, χρηματοδότησαν και στήριξαν μηχανισμούς, κυκλώματα, κάθε είδους εθνικιστικές και αντιδραστικές δυνάμεις, ως δήθεν απελευθερωτές, για να εξυπηρετήσουν τα συμφέροντά τους, να στήσουν στρατιωτικές βάσεις και να εξυπηρετήσουν τα συμφέροντα ελέγχοντας την περιοχή. Οι λαοί να εναντιωθούν στα σχέδια των αστικών τάξεων και των κυβερνήσεών τους και, σε σύγκρουση με την εμπλοκή Ευρωπαϊκής Ένωσης και NATO, να χαράξουν δρόμο προς το δικό τους συμφέρον, ενάντια στον εθνικισμό και τα συμφέροντα των μονοπωλίων. Να απαιτήσουν κλείσιμο ξένων στρατιωτικών βάσεων, να ανοίξουν δρόμο για να περάσει η εξουσία και η οικονομία στα δικά τους χέρια.

Elmar Brok (PPE). – Herr Präsident, Frau Ratspräsidentin, Herr Kommissar, Kolleginnen und Kollegen! Mit Sicherheit gilt immer noch die Zusage von Thessaloniki 2003, dass die Staaten des Westbalkans Zugang zur Mitgliedschaft zur Europäischen Union haben. Und gleichzeitig gilt auch der Grundsatz, dass sie die Bedingungen erfüllen müssen. Wir wissen, dass wir in mancher Hinsicht Rücksicht nehmen, weil neue Einflüsse aus dem islamischen Bereich kommen, weil auf dem Balkan Russland tätig ist und weil aus geostrategischen Gründen ein hohes Maß an Geduld aufgebracht werden muss. Dies darf jedoch kein Grund dafür sein, dass man nicht die notwendigen Fortschritte macht.

Ich danke Ulrike Lunacek, dass sie sich erneut in dieser engagierten Weise um das Kosovo verdient macht, aber wir sagen immer: Es müssen Fortschritte gemacht werden – bei der Korruptionsbekämpfung, bei der Rechtsstaatlichkeit und so weiter und so fort. Das heißt übersetzt: Es gibt immer noch Korruption, es besteht immer noch keine volle Rechtsstaatlichkeit, und so weiter und so fort.

Wir haben uns eine Sprache angewöhnt, die, was die wirklichen Umstände in diesen Ländern angeht, an Schönheit nicht zu überbieten ist, und dann kann man verstehen, dass manche dabei über das, was da abläuft, die Geduld verlieren. Deswegen möchte ich auch Wert darauf legen, dass in der ganzen Region Gefahren der Explosion existieren und Sorgen, die wir in dieser Weise in der Vergangenheit nicht gehabt haben, dass aber dennoch darauf geachtet werden soll, dass bestimmte Prinzipien eingehalten werden. Visaerleichterungen kann es nur geben, wenn die Bedingungen erfüllt sind.

Deswegen möchte ich die zukünftige Regierung und mögliche Koalitionspartner der Regierung der stärksten Partei bitten, nur Koalitionsverträge zu machen, bei denen das Grenzabkommen mit Montenegro akzeptiert wird, und sonst bitte nicht in Geschäfte einer Koalitionsbildung einzugehen. Als Bedingung dafür bitte ich darum, die Integrationsgespräche mit Serbien und der serbischen Gemeinschaft zu führen, sonst wird das nichts.

Tanja Fajon (S&D). – Mr President, I congratulate Ulrike Lunacek for an extensive and good report on Kosovo. Snap elections have just taken place and we received the reports from the observation mission, and it seems that elections went smoothly. Now I expect the government to be formed as soon as possible. Every day without government means a day lost in facing various challenges: strengthening democracy, rule of law and the institutions and especially creating better living conditions for all citizens of Kosovo, youngsters in the first place.

As a rapporteur for a visa-free regime for Kosovo, I wish Kosovar politicians would reach an agreement. The deal on the demarcation agreement with Montenegro and improved track record in fighting organised crime and high-level corruption are in the hands of future politicians in Kosovo, the leaders and the government. And the ball is thus clearly in Kosovo's court. I will continue to support Kosovo towards the EU and a visa-free regime, but at the same time I would really like to see some more responsibility from Kosovo's authorities. What we heard about the recognition of Kosovo and the dialogue with Serbia, these are a very crucial questions for a well-functioning state.

We certainly want to see Kosovo committed to the European part as a good neighbour and healthy democracy, free of corruption and organised crime, and a place where young people see their future.

Franz Obermayr (ENF). – Herr Präsident! 60 % der Kosovaren gingen bei den jüngsten Parlamentswahlen nicht wählen, da sie kein Vertrauen in ihre Demokratie hatten, und die wenigen, die wählten, entschieden sich für radikale Kräfte – stimmten mehrheitlich für einen mutmaßlichen Kriegsverbrecher. Der Wahlsieger und designierte Regierungschef Haradinaj soll unter anderem für Entführungen, Mord, Raub, Vergewaltigung und Organhandel verantwortlich sein. Und nachdem neun der zehn Zeugen Attentaten zum Opfer fielen, zog der zehnte offensichtlich seine Aussage zurück, und Haradinaj wurde freigesprochen.

Der Bericht zählt korrekterweise die schwierigen Probleme des Kosovo auf – Korruption, Geldwäsche, Drogenhandel und nicht entschädigte Vergewaltigungsopfer aus der Zeit des Krieges. Es ist für mich daher völlig unverständlich, warum Frau Kollegin Lunacek angesichts der desolaten Verhältnisse im Kosovo eine Empfehlung für eine Visaliberalisierung gibt. Haradinaj gab ja das Wahlversprechen einer 90-tägigen Visabefreiung für die Union. Es ist für mich absurd und unvorstellbar, dass wir nun helfen sollen, dieses Wahlversprechen einzuhalten.

Tunne Kelam (PPE). – Mr President, Kosovo's state is less than ten years old, but its internal situation is still fragile. Joining the EU is the only answer to internal, as well as a regional, conflicts in the Western Balkans. This needs to be clearly understood by all stakeholders, including the EU, and I would like to commend Commissioner Hahn for his dedication and commitment to the Western Balkans.

When we say that the Serbian accession progress is linked to good bilateral relations in the region, the same applies to Kosovo. For that, the normalisation of Serbia-Kosovo relations is crucial. For visa liberalisation to be realised, Kosovo has to fulfil all relevant criteria, including ratification of the agreement with Montenegro. The internal political climate and frustration of a great part of the population in the democratic procedure is deeply alarming. Last Sunday, almost 60% of voters abstained from voting. This provides a dangerous playing ground for radical and nationalist forces.

One political development is that reducing corruption and organised crime and making the judiciary more efficient has been assessed as good by the Commission. On the other hand, no improvement on freedom of expression and economic criteria could be noticed, and, after all, as our rapporteur, Ms Lunacek, said, the key to all solutions is implementation. Ten weeks ago, the Stabilisation and Association Agreement (SAA) entered into force. Kosovo now needs, more than ever, national unity, regional reconciliation and credible implementation of the SAA.

Julie Ward (S&D). – Mr President, along with four other Members, I have just returned from the Election Observation Mission in Kosovo, where we heard from many reliable sources about significant interference and provocation from Belgrade, including intimidation of candidates and voters during the campaign period, leading in some cases to violence, including inter-ethnic conflict between different Serbian interests. The organisation of buses and trains from Serbia to Kosovo bearing nationalistic slogans in January and carrying likely bought voters last weekend, is also to be deplored.

Outside of the political arena, I witnessed the deep yearning, commitment and action of many Balkan young people who simply want to live side by side in peace, and whose vision shames the old order. Whilst old warlords and vested interests, both Serbs and Albanians, continue to prevaricate, slowing down the accession process, young people of all ethnicities crossed the Mitrovica bridge as part of the Musicians without Borders Rock School.

Eduard Kukan (PPE). – Mr President, I would like to thank the rapporteur Ulrike Lunacek and to congratulate the people of Kosovo for the orderly and peaceful elections conducted last Sunday.

Now it is of the essence to move forward on forming a government and starting to address much-needed reforms. We need to see the improvement of both the rule of law and the fight against corruption. It has been over a year since the Stabilisation and Association Agreement entered into force, and more tangible progress on EU approximation needs to be seen. Kosovo cannot afford to lose more time, as seen in the first half of 2016 during the impasse in the Kosovo Assembly. That is why I urge all political parties to participate constructively in the daily political life of the parliament.

Kosovo's role in the region also remains very important. I hope that the new government will play a positive role in the regional reconciliation. Strong political will and good faith to implement agreements, including the setting up of the Association of Serbian Municipalities, will be a much appreciated gesture from Kosovo to all its neighbours and to its own population. This needs a tough political determination. I hope that the incoming government will possess the political capital to do this.

László Tőkés (PPE). – Elnök Úr, Magyarország a nyugat-balkáni térség stabilitásában és országainak európai integrációjában érdekelt. Éppen ezért komoly eredménynek tartjuk a tavaly áprilisában hatályba lépett EU–Kosovó stabilizációs és társulási egyezmény gyakorlatba ültetését előirányzó nemzeti stratégia elfogadását. Magyar szempontból külön is nagyra értékeljük, hogy az ország törvényei szerint a 120 tagú pristina-i parlamentben húsz hely illeti meg az etnikai kisebbségeket. Ez az elv követendő jó gyakorlatnak számít az egész nyugat-balkáni térségben. Aggodalomra ad okot azonban az a belpolitikai instabilitás, mely a múlt heti előrehozott parlamenti választásokhoz vezetett. A kicsiny országot megosztó, kiélezett politika ellentétek oda juttatták Kosovót, hogy a kivívott függetlensége kínálta lehetőségekkel nem tud élni, sőt, az eddig elért eredményeit is rendre lerombolja. A pártos viszálykodás leküzdésére és kölcsönös megegyezésen alapuló elkötelezett politikai akaratra van szükség ahhoz, hogy Kosovó eleget tegyen demokratikus vállalásainak, és végre célgyenesbe kerüljön az európai integráció útján.

Dubravka Šuica (PPE). – Gospodine predsjedniče, zahvaljujem izjaviteljici Lunacek na ovom izvješću. Sporazum o stabilizaciji i pridruživanju s Kosovom stupio je na snagu 1. travnja prošle godine i svakako je pozitivan korak u procesu priključenja Kosova Europskoj uniji. To je također prvi ugovorni odnos između Europske unije i Kosova. Iako je Kosovo donijelo mnoge zakonodavne reforme, vladavina zakona, konkretna i učinkovita provedba ostaju upitni.

Komisija je u svom izvješću o napretku, između ostalog, istaknula polarizirano političko okruženje i prekide u parlamentarnim aktivnostima. Zastoj u Parlamentu spriječio je Kosovo u ratificiranju sporazuma o razgraničenju s Crnom Gorom, što je jedan od uvjeta koje je Europska unija postavila za liberalizaciju viznog režima. Dakle, potrebni su daljnji naponi. Kosovo je još u ranoj fazi pripreme u mnogim područjima, kao što su reforme javne uprave, pravosudnog sustava, borba protiv korupcije i razvoj funkcionalnog tržišnog gospodarstva.

Zato smatram da ovo izvješće Europskog parlamenta može biti dobar poticaj novoj kosovskoj Vladi za nastavak pregovora s Europskom unijom. Koristim ovu prigodu kako bih pozvala ostale članice Europske unije koje nisu priznale Kosovo da priznaju Kosovo kako bi na taj način dali poticaj europskim integracijama i europskoj budućnosti i perspektivi Kosova.

Franz Bogovič (PPE). – Pridružujem se čestitki gospe Lunaček za poročilo o Kosovu, ki je uravnoteženo.

Poročevalci se trudijo najti predvsem dobre strani, ki se zgodijo v državi v zadnjem letu. Kar na nek način sem imel občutek, da je imela gospa Lunaček kar malce težav pri tem, kajti srečevali smo se z blokado v parlamentu na Kosovu, srečevali smo se celo z nasiljem v parlamentu in dogovarjanje znotraj Kosova je zelo težko.

Težko je tudi dogovarjanje v regiji in tudi ta apel, ki je skozi to poročilo, k boljšemu sodelovanju s Srbijo, Črno goro, je zagotovo na mestu in daje na nek način bodočo politično in tudi gospodarsko perspektivo.

Na področju vladavine prava sta še vedno problem korupcija, organiziran kriminal, tudi radikalizem, nenazadnje borci so iz Kosova odhajali tudi v ISIS.

Želim novi vladi, da najde odgovore na ta vprašanja, kakor tudi na vprašanja na gospodarskem področju, kajti stopnja brezposelnosti, predvsem brezposelnosti med mladimi, in beg ljudi s Kosova je velik problem in odgovori so zelo težki in res jim želim veliko sreče na tej poti.

Pri viza liberalizaciji bo zagotovo potrebno na Kosovu izpolniti pogoje, ki so povezani ravno z vladavino prava, prav tako pa tudi s pogoji na področju političnega sodelovanja in politične kulture v regiji.

Catch-the-eye-Verfahren

Marijana Petir (PPE). – Gospodine predsjedniče, izražavam jasnu podršku europskom putu Kosova pri čemu je prvi korak učinjen stupanjem na snagu sporazuma o stabilizaciji i pridruživanju u travnju 2016. godine. Pred Kosovom je još puno posla, potrebno je provesti reforme, i Kosovu je potrebna podrška na tom putu. U prvom redu podršku bi im trebala dati Srbija, koja im predstavlja najveći uteg. Republika Srbija mora se suzdržati od uplitanja u unutarnja državna pitanja Kosova te izazivanja provokativnih aktivnosti kao i upotrebe ekstremne i provokativne retorike.

Rezultati prijevremenih parlamentarnih izbora održanih prije dva dana na kojima je pobjedu odnijela koalicija na čelu s bivšim premijerom Ramušem Haradinajem, nad kojim je Srbija izdala uhiđbeni nalog temeljem Zakona o organizaciji i nadležnosti državnih organa, nedvojbeno pokazuju volju građana Kosova. To je i poruka Srbiji da prestane zloupotrebljavati sporni zakon. Srbija i Kosovo moraju pronaći zajednički jezik i kanale za suradnju i to mora biti uvjet europskog puta za obje zemlje.

Νότης Μαρτιάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, το Κοσσυφοπέδιο, σύμφωνα με έρευνες αλλά και δημοσιεύματα, έχει μετατραπεί σε μία σφηκοφωλιά των τζιχαντιστών, και αυτό είναι δεδομένο. Επομένως, μου κάνει ιδιαίτερη εντύπωση πώς θα προχωρήσει η Ευρωπαϊκή Ένωση σε κατάργηση της βίζας, όταν αυτή τη στιγμή είναι αποδεδειγμένο ότι υπάρχουν τρομοκράτες τζιχαντιστές στο Κοσσυφοπέδιο, όταν γίνεται εκπαίδευση. Αντιλαμβάνεστε, λοιπόν, ότι αυτό θα είναι ιδιαίτερα επικίνδυνο για την ασφάλεια της ίδιας της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Το δεύτερο είναι ότι αξιοποιείται το Κοσσυφοπέδιο από τους αλβανικούς πληθυσμούς, συνολικά για την προώθηση της ιδέας της Μεγάλης Αλβανίας, μια ιδέα αλυτρωτική, μια ιδέα που αμφισβητεί ακόμη και εδάφη εντός της ελληνικής επικράτειας. Επίσης, το δικαίωμα αναγνώρισης ενός τρίτου κράτους είναι δικαίωμα ανέλεγκτο, δικαίωμα που ανήκει σε κάθε κράτος μέλος της Ένωσης, και, ως εκ τούτου, ορθώς τα κράτη που δεν αναγνωρίζουν το Κοσσυφοπέδιο διατηρούν αυτό το δικαίωμα.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Prvo torej iskrena hvala kolegici Ulrike Lunaček za res odlično poročilo in za njen dolgoletni trud za krepitev Kosova in seveda za njegovo uveljavitev v enakopravni družini držav.

Vsekakor so tudi zadnje volitve pokazale, da seveda bo pred Kosovom kar težko obdobje sestavljanja nove vlade. Zaskrbljujoča je samo 41 % volilna udeležba in pravzaprav veliko veliko število tako imenovanih praznih glasovnic, kar kaže na nek način nek tihi protest ljudi, ker dokler ne bo seveda odločnega boja proti korupciji, dokler seveda ne bo tudi zahtev po in uresničitve po neodvisnem sodstvu, napredka ne bo.

In mislim to je tudi naloga Evropskega parlamenta, da pri tem, kolikor se da, aktivno pomaga kolegum tudi v novo izvoljenem parlamentu Kosova.

Csaba Sógor (PPE). – Elnök Úr, meglehetősen furcsa annak a helyzetnek a fenntartása, hogy öt EU-tagállam még mindig nem ismerte el Koszovó függetlenségét. A Romániai Magyar Demokrata Szövetség volt az egyetlen a román parlamentben, amely a függetlenség kikiáltása után Koszovó elismerése mellett szavazott, sajnos a román külügy álláspontja azóta sem jutott erre a döntésre. Az elismerés nemcsak az ország kezdeti európai integrációs lépéseinek megtételéhez elengedhetetlen, de a Szerbia és Koszovó közötti közeledésnek is kedvező környezetet teremtené. Arról nem is beszélve, hogy az EU közös külpolitikái megközelítésének szerezne hitelességet és tekintélyt. Meggyőződésem, hogy a nyugat-balkáni államok integrációs erőfeszítéseit jutalmaznunk kellene, mivel vannak olyan nemzetközi szereplők, amelyek szintén aktívak a térségben, és sok esetben a tartós békével ellentétes célokat követnek. Hosszú az út Koszovó EU-csatlakozásáig, de a célnak egyértelműen ennek kell lennie, mert az egész Nyugat-Balkán helye az EU-ban van.

Krisztina Morvai (NI). – Elnök Úr, hogyan lehetséges a következő helyzet? Koszovóban van egy őshonos, tehát ott született százötvenezer szerb közösség. Ennek a közösségnek az Európai Unió és persze a szerb anyaország kipréselt, kikövetelt egy régi értelemben vett területi autonómiát, teljes körű, tényleges autonómiát. Az előbb tárgyalt Szerbiában van egy háromszázézer, vagy közel háromszázézer őshonos magyar közösség, akiknek nincsen területi autonómiájuk, nincs teljes körű és tényleges autonómiájuk. A kérdésemben persze benne van a válasz, amit úgysem szoktam soha megkapni, mert ez nem szokás itt, ebben a Parlamentben, de azért kérdezem Lunacek asszonyt, és kérdezem a Bizottságot. Benne van a válasz: ott az anyaország – és itt most nem pártkérdésekről beszélek – az anyaország kiharcolta, kikövetelte és az Európai Unió is kikövetelte.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedniče, Kosovo se nalazi u kritičnoj fazi svoje državnosti. Država postoji, priznata je od 111 država članica UN-a i mora svim svojim građanima pružati sve one usluge koje se od države očekuju. S druge strane, postoje stalni udari na državnost Kosova, prvenstveno iz Srbije i to ovoj mladoj državi jako otežava razvoj.

Odnos Europske unije prema Kosovu duboko je nepravedan, jer mu obećavamo europsku perspektivu, a nismo mu osigurati ni međunarodno priznanje od svih država članica Unije. Ako pojedine članice Kosovo ne priznaju kao samostalnu državu, kako će ga primiti u Uniju?

Na taj način šaljemo i krivu poruku Srbiji, koja će dati sve od sebe da postane članica unije i bez priznanja Kosova. Dopustimo li to, uvest ćemo jedan veliki problem u ovu zajednicu. Mislim da ih imamo sasvim dovoljno i ovaj treba riješiti prije nego što ove dvije države postanu članice.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Johannes Hahn, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, Frau Minister, liebe Ulrike Lunacek! Ich hoffe, der Umstand, dass die meisten Mitglieder des Parlaments nach ihrer Wortmeldung den Saal verlassen haben, ist kein Symbol für die Haltung gegenüber dem Kosovo. Er verdient jedwede Aufmerksamkeit. Ich bedanke mich aber im Großen und Ganzen für die kritischen, aber doch überwiegend positiven Stellungnahmen zur Situation im Land.

Die Wahlen haben gezeigt – und das ist schon hinreichend heute diskutiert worden –, dass das Ergebnis vermutlich nicht dazu führen wird, dass es schnell zu einer Regierungsbildung kommen wird. Das Gegenteil ist zu befürchten. Ich hoffe, es dauert nicht wieder neun Monate. Aber die Rhetorik im Vorfeld hat dazu geführt, dass es jetzt wieder einzementierte Positionen gibt und es schwer sein wird, hier Koalitionen zu finden. Ich hoffe, man zieht seine Lehren daraus und versteht, dass Demokratie eben auch heißt, Kompromisse zu finden und nicht in Schwarz-Weiß-Kategorien zu denken und zu handeln.

Ich kann nur versichern: Die Europäische Kommission ist *committed* zur europäischen Perspektive des Kosovo. Wir tun alles, wir haben auch im Vorjahr geliefert, nicht nur das Stabilisierungs- und Assoziierungs-Agreement, sondern auch die europäische Reformagenda. Es liegt jetzt wirklich an den Autoritäten im Land, diese Möglichkeiten zu nutzen. Die Bürgerinnen und Bürger des Kosovo wollen das. 75 % Prozent – eine satte Dreiviertelmehrheit – sind für die europäische Integration.

Auch was die Visaliberalisierung anbelangt, liegt es an den Verantwortlichen, zu liefern. Es ist nicht Aufgabe der Europäischen Union oder anderer hier, die Ergebnisse, die Beschlüsse herbeizuführen. Es ist ein internes Problem.

Wie gesagt: Wir stehen an der Seite des Kosovo, seiner Bürgerinnen und Bürger. Sie verdienen es, diese europäische Perspektive zu haben. Wir erwarten aber auch, dass die neue Regierung ein klares Bekenntnis zur europäischen Perspektive abgibt, und ich sage ganz offen: nicht nur in Worten, sondern auch in Taten.

Helena Dalli, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, Commissioner, honourable Members, I wish to express my sincere gratitude for the excellent work and commitment of the rapporteur of the European Parliament on Kosovo, my friend Ulrike Lunacek.

The EU will continue to assist Kosovo, including through its strengthened presence on the ground. However, the primary responsibility for progress lies with Kosovo: its leaders, institutions and civil society. Reforms are crucial and will require the political leaders to live up to their responsibilities for the good of Kosovo and of its citizens. Key EU-related reforms are essential: not to please the EU but because they are in the interest of Kosovo itself.

Ulrike Lunacek, *rapporteur*. – Mr President, let me first of all thank our colleagues for all the positive remarks and support that I got from so many of them, including from the Council and the Commission. Let me also – before I forget – welcome the Ambassador of Kosovo to the European Union, Bernard Nikaj, up there with Valëza Oruçi. I am glad he is here.

Let me also address the few – I think hardly any of them are still here – who have been very critical of Kosovo. These are the non-recognisers and those from the far left and the far right. First of all, there was a verdict from the International Court of Justice in 2010, which said that the unilateral declaration of independence was in accordance with international law, and this was confirmed by the UN General Assembly. So stop saying that this is against international law. Secondly, you will not be able to turn back history. The Republic of Kosovo exists and is recognised by 114 UN Member States. We will all continue to struggle to make Kosovo part of that European Union in a very positive way.

Turning back to what now has to be done in Kosovo, a new government has to be formed, and I hope this will happen swiftly. We cannot wait another nine months as happened last time. This is because of Kosovo's citizens: they will not do it for us. It is not for us here in the Parliament or for the European Union that a government should be formed; it is for delivering on the promises that the candidates have made to the people, and it is for delivering what people expect: for example, visa liberalisation.

It is sure that the new Assembly now has to ratify, as swiftly as possible, the border demarcation with Montenegro – there is no way around that – and deliver on the track record of convictions against organised crime and corruption. That has to be done by the government. Without that, progress will not be possible and citizens will not believe that there is a new government that is theirs. That is important.

We have the support, and I hope we will have a good vote tomorrow for this report in the interest of Kosovo's citizens.

Der Präsident. – Als Erklärung an den Kommissar: Die meisten der Abgeordnetenkollegen haben Besuchergruppen aus den Wahlkreisen da, und die erwarten, ihre Abgeordneten abends zu sehen, damit sie den Bürgerinnen und Bürgern europäische Politik erklären. Ich vermute, das ist der Grund, und nicht die Haltung zum Kosovo.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet morgen, Mittwoch, 14. Juni 2017, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Először is szeretném örömet kifejezni, hogy a 2016-os koszovói országjelentés a szerb ország jelentéssel napirendre került. Magyarország számára prioritás a Nyugat-Balkán stabilitása, ezért támogat minden olyan kezdeményezést, amely a megbékéléshez vezet, továbbá igyekszik ösztönözni a régió országai között a szorosabb gazdasági és politikai együttműködést, amelyben az EU-nak vezető szerepet kellene vállalnia.

A régió stabilitása nagyban függ a Szerbia és Koszovó között zajló normalizációs folyamatoktól, az úgynevezett brüsszeli egyezség következetes végrehajtásától. Belgrád részéről az egyezség több pontjában is láthattunk előrehaladását (energetika, telekommunikáció, stb.), viszont Pristina hosszú ideje nem hajlandó megteremteni a feltételeket a Szerb Községek Közösségének megalapításához. Úgy gondolom, hogy az EU ebben a kérdésben következetesebben kell, hogy eljárjon. A vasárnapi előrehozott választások kapcsán szeretném reményemet kifejezni, hogy az európai értékek és a megbékélés iránt elkötelezett kormány fog alakulni, amely többek között kisebbségi önkormányzatiság és autonómia megteremtését is prioritásként fogja kezelni. Köszönöm, hogy meghallgattak.

Jaromír Kohlíček (GUE/NGL), *písemně*. – Celá zpráva je poznamenána oprávněným úsilím Srbska o neuznání jednostranného odtržení Kosova. Z tohoto postoje logicky plynou ve zprávě kritizované kroky Srbska. Jde zejména o zabránění účasti na práci mezinárodních organizací a propojení energetických sítí. Zpráva konstatuje, že 90 % obyvatel se obává nezaměstnanosti, přitom podporou malého a středního podnikání se vláda příliš nezabývá. S drzostí sobě vlastní se autorka zprávy v bodě 8 domnívá, že je důležité, aby bezpečnostní politika Kosova byla v souladu se společnou zahraniční a bezpečnostní politikou EU. Experti připravující podklady ke zprávě zřejmě mají patent na rozum. Kroky Srbska směřující k odsouzení válečných zločinců zpráva kritizuje, ale zároveň požaduje vyšetření a odsouzení válečných zločinnů. Znepokojení nad nedostatkem ochrany svobody projevu a svobody médií stejně jako hluboce zakořeněná korupce, existence ozbrojených skupin zapojených do organizované trestné činnosti s přeshraničním rozměrem aktivit. Praktická neexistence zabavování majetku, obstavování aktiv pocházejících z trestné činnosti. Chybějící účinná strategie pro sledování a stíhání navrátilých se zahraničních bojovníků, to vše jsou další argumenty poukazující na praktickou neexistenci konsolidovaného státu. Zpráva žádá řešení otázky zaručení návratu a znovu začlenění vysídlených osob, včetně dodržování občanských svobod všech komunit. Jelikož v posledních volbách v Kosovo zvítězily síly spojené UCK, velkou naději na zlepšení situace zde nevidím.

Kati Piri (S&D), *schriftelijk*. – Terwijl Kosovo net verkiezingen achter de rug heeft, wil ik de aandacht vestigen op het volgende probleem: de mogelijke sluiting van het International Business College van Mitrovica. Op 31 juli aanstaande dreigt het International Business College van Mitrovica gesloten te worden. Voor de helft van de 174 leerlingen brengt dit grote problemen met zich mee. Circa 80 studenten zijn afkomstig uit minderheidsgroepen en de continuïteit van hun onderwijs staat op het spel. Zij kunnen niet worden overgeplaatst naar andere universiteiten, omdat nergens anders in het Engels of Servisch wordt onderwezen.

Donorfinanciering was beschikbaar tot begin dit jaar. Kosovo had 1,5 miljoen euro geïnvesteerd en landen als Zweden, Denemarken, Zwitserland, het Verenigd Koninkrijk en Nederland – maar ook de EU – hebben gezamenlijk 13,5 miljoen euro gedoneerd. Het is doodzonde dat het succes van deze multi-etnische school ten onder dreigt te gaan aan een gebrek aan gevoel voor urgentie bij de Kosovaarse overheid.

Vandaar mijn verzoek aan de Europese Commissie om politieke druk uit te oefenen op de minister-president en de minister van Onderwijs om zo spoedig mogelijk een verzoek voor noodfinanciering voor deze school op te stellen en hiermee een oplossing te creëren voor de continuïteit van deze school.

17. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

18. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

19. Schluss der Sitzung

(Die Sitzung wird um 23.00 Uhr geschlossen.)

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 14. JUNI 2017

(C/2024/2817)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2017-2018

Sitzungen vom 12. bis 15. Juni 2017

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	4
2. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll	4
3. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Billigung) (Artikel 69c GO): siehe Protokoll	4
4. Änderung der Tagesordnung: siehe Protokoll	4
5. Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 22./23. Juni 2017 (Aussprache)	4
6. Beschluss von Präsident Trump über den Rückzug der USA aus dem COP21-Klimaschutzabkommen (Aussprache)	21
7. Feierliche Sitzung – Côte d'Ivoire	39
8. Abstimmungsstunde	44
8.1. Verbindliche Jahresziele für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Übereinkommen von Paris (A8-0208/2017 - Gerben-Jan Gerbrandy) (Abstimmung)	44
8.2. Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität von Rolandas Paksas (Artikel 150 GO) (Abstimmung)	44
8.3. Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität von Mylène Troszczynski (Artikel 150 GO) (Abstimmung)	44
8.4. Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität von Jean-Marie Le Pen (Artikel 150 GO) (Abstimmung)	44

Inhalt	Seite
8.5. Einwände gegen einen delegierten Rechtsakt: Ökologisierungszahlung (Abstimmung)	44
8.6. Notwendigkeit einer EU-Strategie zur Beendigung und zur Vermeidung des geschlechtsbedingten Rentengefälles (A8-0197/2017 - Constance Le Grip) (Abstimmung)	44
8.7. Bericht 2016 über Serbien (A8-0063/2017 - David McAllister) (Abstimmung)	44
8.8. Bericht 2016 über das Kosovo (A8-0062/2017 - Ulrike Lunacek) (Abstimmung)	45
8.9. Bericht 2016 über die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien (A8-0055/2017 - Ivo Vajgl) (Abstimmung)	45
8.10. Lage in der Demokratischen Republik Kongo (RC-B8-0397/2017, B8-0397/2017, B8-0398/2017, B8-0399/2017, B8-0400/2017, B8-0401/2017, B8-0402/2017) (Abstimmung)	45
8.11. Stand der Umsetzung des Nachhaltigkeitspakts in Bangladesch (B8-0396/2017) (Abstimmung) .	45
9. Stimmerklärungen	45
9.1. Verbindliche Jahresziele für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Übereinkommen von Paris (A8-0208/2017 - Gerben-Jan Gerbrandy) .	45
9.2. Notwendigkeit einer EU-Strategie zur Beendigung und zur Vermeidung des geschlechtsbedingten Rentengefälles (A8-0197/2017 - Constance Le Grip)	47
9.3. Bericht 2016 über Serbien (A8-0063/2017 - David McAllister)	49
9.4. Bericht 2016 über das Kosovo (A8-0062/2017 - Ulrike Lunacek)	51
9.5. Bericht 2016 über die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien (A8-0055/2017 - Ivo Vajgl)	52
9.6. Lage in der Demokratischen Republik Kongo (RC-B8-0397/2017, B8-0397/2017, B8-0398/2017, B8-0399/2017, B8-0400/2017, B8-0401/2017, B8-0402/2017)	53
9.7. Stand der Umsetzung des Nachhaltigkeitspakts in Bangladesch (B8-0396/2017)	54
10. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	54
11. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	55
12. Mittelübertragungen: siehe Protokoll	55
13. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	55
14. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll	55
15. Wiederaufbau eines Europas, das auf Werten beruht, in wirksamen demokratischen Institutionen verankert ist und eine blühende Wirtschaft in einer fairen und auf Zusammenhalt gegründeten Gesellschaft fördert (Aussprache über ein aktuelles Thema)	55

Inhalt	Seite
16. Folgemaßnahmen zu den Panama-Papieren und Rechtsstaatlichkeit in Malta (Aussprache)	67
17. Durchführung des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (Aussprache)	89
18. Ausländische Investitionen in strategischen Bereichen (Maßnahmen der EU) (Aussprache)	108
19. Kinderarmut (Aussprache)	113
20. Europäische Agenda für die kollaborative Wirtschaft – Online-Plattformen im digitalen Binnenmarkt (Aussprache)	124
21. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll	139
22. Zusammensetzung der Ausschüsse und der Delegationen: siehe Protokoll	139
23. Besteuerung von Häfen (Aussprache)	139
24. Statut und Finanzierung europäischer politischer Parteien und Stiftungen (Aussprache)	146
25. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	150
26. Schluss der Sitzung	150

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 14. JUNI 2017

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Presidente

1. Eröffnung der Sitzung

(La seduta è aperta alle 9.05)

2. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

3. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Billigung) (Artikel 69c GO): siehe Protokoll

4. Änderung der Tagesordnung: siehe Protokoll

5. Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 22./23. Juni 2017 (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione sulle dichiarazioni del Consiglio e della Commissione in vista della preparazione del Consiglio europeo del 22 e del 23 giugno (2017/2625(RSP)).

Helena Dalli, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, President Juncker, Commissioner, honourable Members, the 28 Heads of State and Government will be meeting in Brussels next week. They have a very dense agenda which will be spread over two days.

The first item on the agenda is migration. The Eastern Mediterranean route and the Western Balkans route are largely under control. The most pressing issue today is the Central Mediterranean route. In February, leaders agreed on a list of measures to address the situation. Member States and institutions have followed up on this guidance and significantly increased their engagement. Still, the magnitude of the crisis and the harrowing numbers of lives lost at sea remind us every day that more is needed – more efforts and more coordination to implement what has been decided.

The European Council will review the state of play and look at how to improve the effectiveness of our action. Leaders will also revert to the reform of the Common European Asylum System. The European Council is expected to give a steer for further work to continue under the Estonian Presidency.

Second on the agenda is security and defence. In the light of recent tragic attacks, notably in Manchester and London, leaders will again speak out firmly against terrorism, hatred and violent extremism and will look at what more the EU can do. As concerns external security and defence, leaders established a comprehensive work programme in December. Since then more progress has been achieved than in the last ten years. Building on this new momentum, leaders will discuss further steps on some issues, for instance, permanent structured cooperation, EU battle groups or the industrial dimension of EU defence.

Turning now to jobs, growth and competitiveness, which is the third item on the agenda, a year ago leaders set the deadline of 2018 to complete the Single Market in all its dimensions. They will therefore look at what has been achieved, and where we are lagging behind. This deadline should remain a strong driver to make headway at all levels, including in interinstitutional negotiations. Furthermore, in the light of recent developments, the European Council will return to trade policy. Leaders are expected to reaffirm the EU strong commitment to our trade policy. They will also discuss how the EU can make sure trade remains free and fair for all.

To conclude, I would like to mention two other important topics. First, leaders will show their strong and continued support to the Paris Agreement on climate change. This is an important point, and we will discuss this here later on in the morning and I think that we should expect some strong language on this issue. Second, in preparation for the Estonian Presidency, leaders will encourage a broader outlook on the digital dimension of Europe. As demonstrated by recent cyber attacks, digital issues go beyond the Digital Single Market. They have a bearing on many if not all other EU policies. So for now, I thank you for your attention.

Jean-Claude Juncker, *President of the Commission*. – Mr President, Minister, honourable Members, since we last met here one month ago, Europe has again seen its way of life attacked through cowardly acts of terrorism. In Europe, determination will always triumph over fear. These attacks will not undermine our resilience. They do, however, bring into sharper focus the discussions on defence and security that we will have at this month's European Council. Europeans expect their Union to keep them safe from threats, whether they be from within or without, and whatever their nature. That was recognised by EU leaders in Bratislava and in Rome when they pledged to step up their defence cooperation. They highlighted defence as one of the key issues for our Union when moving forward.

To support that, and faithful to what I told this Parliament last September in the State of the European Union speech, the Commission last week published a reflection paper on the future of European defence, showing how far we can go depending on the level of ambition and political will of our Member States.

We have all the tools we need in the Treaties to make it happen, including permanent structured cooperation, the sleeping beauty of the Lisbon Treaty. But now is the time to decide, and this House must play a full role in that debate. Whichever road we go down, our ever closer partnership with NATO will remain the cornerstone of Europe's defence and security. On defence, the European Union and NATO are like twins. We are part of the same family, and rivalry is not an option. Within NATO there is a great deal the European Union can do to improve its own cooperation. The simple truth is that No European country alone can tackle the scale and complexity of the challenges we face, nor can we rely on any foreign power to do it for us. We cannot outsource our own security.

That starts with the need to invest in a more efficient way. The United States already spends twice as much as all European countries combined, while Russia and China have dramatically stepped up their defence budgets in recent years. And 90% of the money we invest in defence, research and technology in Europe is spent without any kind of coordination at all. That leads to inefficiencies and duplication that could easily be avoided. That is why the European Defence Fund that the Commission proposed last week will support Member States' budgets and facilitate cooperation on joint research and purchasing of equipment and technology. We have earmarked EUR 590 million to support defence by 2020, and have proposed to allocate at least EUR 1.5 billion each year after that. The fund is both an investment boost to our industry and a statement of intent to our citizens, who expect us to do more to protect them.

I was encouraged to see already vocal support for our proposals at last week's high-level conference on security and defence which I hosted with Prime Minister Sobotka in Prague, but also the Franco-German announcement for the development of a European drone programme and the joint training of officers. We are not talking about the militarisation of the European continent. It is about doing more together for the stability and peace of our continent.

Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs, il est normal que l'Union européenne s'implique fortement dans tout ce qui relève de la sécurité et de la défense. Mais la sécurité mondiale exige bien plus que les seuls efforts en matière de dépenses militaires.

La stabilité européenne comme la stabilité mondiale dépendent aussi de nos efforts dans les domaines de la coopération au développement et de la lutte contre les changements climatiques, dont nous savons à quel point ils redessinent notre planète et sont source d'instabilité.

Notre terre et tous ses peuples en subiront les effets. La montée des eaux n'a jamais été aussi rapide: elle menacera la côte du Bengale, comme la côte de Floride et certaines côtes européennes.

Tous les peuples ne sont pas égaux face aux conséquences des changements climatiques. La partie la plus pauvre du monde, qui n'est responsable que de 7 % des émissions de CO₂, est la plus vulnérable.

Cette fois-ci, nous ne pourrions pas prétendre que nous ne savions pas. À travers le monde, le nombre des catastrophes naturelles liées au climat a plus que triplé depuis le début des années 60.

Chaque année, ces catastrophes ont provoqué plus de 60 000 décès, principalement, mais non exclusivement, dans les pays en développement.

Les épisodes de sécheresse deviennent de plus en plus nombreux et de plus en plus graves, provoquant de véritables situations de famine, comme c'est actuellement le cas en Afrique de l'Est.

Réduire les budgets de l'aide au développement ou remettre en cause les engagements pris à la COP 21, c'est porter une lourde responsabilité en nuisant gravement à la stabilité mondiale. Ce message, l'Union européenne doit continuer et continuera à le porter. Vous pouvez compter sur moi et le monde comptera sur nous.

Nous avons connu, ces dernières années, le plus important afflux de réfugiés depuis la Deuxième Guerre mondiale, mais nous devons aujourd'hui prévenir une crise bien plus grave encore. Agissons sans perdre un seul instant, car ne pas tenir aujourd'hui les engagements de l'accord de Paris, c'est risquer de jeter, d'ici à 2050, jusqu'à 250 millions de réfugiés climatiques sur les routes de l'exil.

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben eigentlich jetzt schon eine Vorreiterrolle bei der Reform des europäischen Asyl- und Migrationssystems eingenommen. Auch wenn die öffentliche und die veröffentlichte Meinung oft behaupten, die Europäische Union komme in der Flüchtlingskrise nicht voran, entspricht dies nicht ganz der Wirklichkeit. Das belegt unser aktuelles Migrationspaket, das die Kommission gestern an den Europäischen Rat geschickt hat. Wir sehen mehr Solidarität als zuvor, aber wir sehen noch nicht genug Solidarität. Und wir sehen, dass unsere Außengrenzen besser geschützt sind als je zuvor.

Die Union und die Mitgliedstaaten unterstützen Griechenland und Italien; wir haben 20 000 Flüchtlinge aus diesen beiden Ländern umverteilt. Das zeigt: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Und wir haben vor Ort zentrale Aufnahmestellen eingerichtet, für die wir EU-Beamte, Mitarbeiter von EU-Agenturen und Experten aus allen Mitgliedstaaten entsandt haben. Gleichzeitig haben wir den Schutz unserer gemeinsamen Außengrenzen in unser aller Verantwortung überführt. Dank der Europäischen Grenz- und Küstenwache können wir heute die am stärksten gefährdeten Grenzabschnitte besser absichern. Zurzeit sind bereits – aber niemand sagt das – 1 600 europäische Grenzschützer im Einsatz, die die nationalen Grenzbeamten unterstützen: 967 in Griechenland, 402 in Italien, 168 in Bulgarien und 65 in Spanien. Zusätzlich steht ein Pool von 1 500 Grenzschutzbeamten sofort einsatzbereit.

Wir zeigen Solidarität nicht nur innerhalb der Union, sondern auch denjenigen Staaten gegenüber, die einen Großteil der Flüchtlinge aufnehmen. Dazu gehört die Türkei. Bei meinem jüngsten Treffen mit Präsident Erdoğan Ende Mai haben wir beide bekräftigt, dass wir weiterhin an der erfolgreichen Umsetzung der EU-Türkei-Flüchtlingsvereinbarung arbeiten wollen. Die EU steht zu ihrem Wort, und auch die Türkei steht zu ihrem Wort. Denn heute kommen 98 % weniger Flüchtlinge von der Türkei nach Griechenland, als dies vor dem Abkommen der Fall war.

Aber natürlich werden wir uns nicht auf dem Erreichten ausruhen. Unsere Berichte zeigen deutlich, wo noch Mängel bestehen und wo die Mitgliedstaaten sich noch weiter anstrengen müssen. Hier geht es um ganz praktische Fragen, wie zum Beispiel die noch fehlende Ausrüstung für den Europäischen Grenz- und Küstenschutz. Es geht aber auch um grundlegende Fragen, nämlich wie Mitgliedstaaten EU-Recht umsetzen. Nach ganzen zwölf Berichten, in denen wir immer wieder angemahnt haben, dass einige Länder mehr tun müssen, um ihren Verpflichtungen bei der Umverteilung nachzukommen, gibt es immer noch drei Länder – Polen, Ungarn, Tschechische Republik –, die entweder keinen einzigen Flüchtling aus Italien und Griechenland aufgenommen haben oder aber seit über einem Jahr niemanden mehr aufnehmen. Das lässt uns keine andere Wahl, als heute deshalb die Vertragsverletzungsverfahren gegen diese Länder einzuleiten.

Ich möchte dies unterstreichen: Hierbei geht es nicht um Sanktionen, sondern es geht darum, deutlich zu machen, dass getroffene Entscheidungen geltendes Recht sind, selbst wenn man dagegen gestimmt hat. Die Kommission ist Hüterin der Verträge, und wir müssen unserer Pflicht nachkommen, so wie wir es heute in 137 weiteren Vertragsverletzungsfällen gegen insgesamt 27 Mitgliedstaaten tun. Man soll aufhören, zu behaupten, die Einleitung von Vertragsverletzungsverfahren sei mit Sanktionen gleichzusetzen. Es geht hier um die Einhaltung des europäischen Rechts, und wer darauf drängt, dass europäisches Recht eingehalten wird, der sanktioniert nicht.

(Beifall)

Die europäische Solidarität darf keine Einbahnstraße sein; der Verkehr muss sich in beide Richtungen bewegen. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass sich der europäische Geist, die europäische Vernunft und unsere europäischen Werte am Ende durchsetzen werden und wir diese Frage der Solidarität nicht vor dem Gerichtshof lösen müssen. Europäische Solidaritätsfragen müssen nicht vor Gericht gelöst werden, sondern schreien nach einer sofortigen politischen Antwort. Solidarität kann man allerdings nicht mit der Brechstange erzwingen; sie muss von Herzen kommen, vor allem, wenn es um Menschenleben geht. Ich werde die Mitgliedstaaten anlässlich des nächsten Europäischen Rates intensiv daran erinnern.

(Beifall)

Manfred Weber, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, I want to start with a topic which is not officially on the agenda next week, but which will surely overshadow the whole debate – namely, the general election in the UK. Let me start with a frank analysis from our side: I do not think it is a good result, because we were asking London for clear orientation and stability, and what we see today is a situation of disorientation – some are calling it a chaotic situation – in London. Theresa May gambled and she lost, and the country is deeply divided. Twelve months after the Brexit result, when we look at the political landscape all over Europe, we now see clear leadership in France, Spain is stable, Italy is stable, Germany is stable, and so is Dublin. So Europe is united, but we are seeing a lot of problems on the table in London. So the main message for people in the European Union is that it is better to reform the European Union, if needed, than to destroy it or to leave it.

(Applause)

One inspiring element of this election is that the youth is back. They abstained in the Brexit decision, and now they have gone to vote and have taken their destiny into their own hands. That is a very promising thing, because they are in favour of partnership and in favour of Europe. A hard Brexit was what Theresa May offered, and I have to say that there is no majority for this option. In Great Britain, people are rethinking their priorities, and today they are mainly discussing jobs: that is what we should also focus on. Let us talk about jobs, let us talk about the economy, and about people's daily lives. That is one thing.

The second thing is the official agenda: there, the most important thing is that we have had enough papers on the table and we have had enough talks on the issues. It is now time to act. That is what people all over Europe expect from our leaders. On defence, it is obvious we have the Commission's very good papers – Jean-Claude Juncker's papers – on the table, and we have the Bratislava decision on the table. So let us now start with cyber war, with drones, and with action in the Sahel Zone. It is now up to us simply to do it, and that is what we expect from the Council.

On migration, for the EPP Group, the precondition for all further measures was always that we need strong border control. We have to protect our borders. When we listen to our Commission President, this is now much better organised and works much better than it has done in recent years. Now we can go a step further. I want to underline that on the question of solidarity it is not Europe which is failing, because Brussels – I should say the Commission – is offering a clear proposal, and we in Parliament have a clear majority in favour of practicing solidarity in the European Union. It is not Europe that is failing, but for the moment it is national egoism which is failing and not bringing results. That is why we should move. Let us go on and let us show leadership. With Brexit in mind, the most convincing thing that our leaders can do now is act.

(Applause)

Presidente. – Prima di dare la parola al presidente Pittella, volevo dirvi che oggi non sarà possibile concedere domande «cartellino blu» perché i tempi sono molto stretti e abbiamo due ospiti importanti che parteciperanno alla nostra giornata di lavoro.

Volevo altresì inviare un messaggio di solidarietà da parte del Parlamento europeo alla città di Londra per il grave incendio che sta distruggendo un grattacielo in cui ci sono feriti e dispersi. Quindi siamo vicini alla città di Londra, ancora una volta colpita da un evento drammatico.

Gianni Pittella, a nome del gruppo S&D. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, una dedica alla signora May con una frase: chi vuole stravincere è sempre sul punto di perdere tutto. E un ringraziamento al leader del partito laburista britannico Jeremy Corbyn per la grande vittoria ottenuta, che è una vittoria del coraggio nella proposta politica e programmatica e anche una vittoria di una concezione giusta di Brexit, né *hard* né *soft* ma *right* e *fair*.

Una battuta sul terrorismo: se vogliamo essere seri, la prima cosa che dobbiamo fare è rafforzare la cooperazione dei servizi di intelligence, il resto è propaganda. Sui rifugiati e sull'immigrazione, bene la sorveglianza delle frontiere esterne e bene le procedure d'infrazione, seppur tardive, perché alcuni Stati membri da tempo stanno bloccando lo schema di ricollocazione dei rifugiati.

Mi spiace – devo dirlo al Consiglio e non alla Presidenza maltese, che ringrazio molto – che nel Consiglio giace, come un libro chiuso e nemmeno sfogliato, la proposta della Commissione europea sulla revisione del sistema di Dublino. È grave e vergognoso che quella proposta non sia stata degnata nemmeno di un'apertura di discussione, mentre il Parlamento ha alacremente lavorato e sta alacremente lavorando.

Il problema non è solo quello dei rifugiati, Presidente Juncker, lei lo sa bene e lo sa anche il Commissario Avramopoulos. C'è un problema grande che riguarda i flussi di immigrati irregolari e dobbiamo metterci in testa una cosa: se vogliamo ridurre la irregolarità dei flussi dobbiamo garantire la legalità dei flussi, cioè aprire canali legali per l'immigrazione. Questa è la strada maestra, insieme all'altra che quella di un partenariato serio con l'Africa, non il baratto – noi diamo alcuni soldi, pochi, all'Africa e in cambio loro accettano il ritorno, il rimpatrio – ma una vera partnership politica, economica e sociale che consenta di risolvere le grandi sfide che ha l'Africa.

Ne ha parlato Juncker, con riferimento al cambiamento climatico, al tema dell'educazione e al tema della democrazia. Fin quando l'Africa è terreno di preda di multinazionali che intascano proventi giganteschi e non danno nessun ritorno ai cittadini africani, fin quando non c'è democrazia e noi non li aiutiamo a costruire un sistema democratico e uno sviluppo autonomo e autoctono, noi non risolveremo il tema degli immigrati irregolari, perché lì hanno due strade: o vengono da noi o vanno con i terroristi di Boko Haram, altra strada non c'è per quei giovani, per quelle ragazze. Noi dobbiamo offrire una prospettiva. Se offriamo questa prospettiva all'Africa, noi offriamo anche una prospettiva migliore all'Europa.

Syed Kamall, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, the agenda for this Summit highlights some of the big challenges ahead: security, migration and asylum, Turkey, as well – as others have said – as some discussions on the Brexit negotiations. Topics we have discussed before and no doubt topics that we will discuss again; but each time we have to ask ourselves: are we any closer to solutions and real action?

If you will allow me, let me start with the British general election. An election in which the Conservative party lost seats but not enough to lose power, and where the opposition gained seats but not enough to gain power and ended up 56 seats behind, and just as in any other country, for example the Netherlands at the moment, the largest party will seek to form a government with support from a smaller party. But the UK Government expects to begin negotiations later this month, for we have kept you waiting long enough.

Just as in this Parliament, the largest party will need to build wider coalitions in order to pass legislation. Now if that means addressing concerns over civil liberties while drafting new laws to tackle the threat of terrorism, to my mind a wider coalition is not necessarily a bad thing.

Can I also take this opportunity to thank colleagues from across the political spectrum for their messages of condolences and solidarity after the recent terrorist attacks in both Manchester and my home city of London. We may be divided on our politics but we are united in not wanting to allow the terrorists to win.

(Applause)

I hope the Council will understand the importance of tackling terrorism at different levels. At the international level: military cooperation without undermining NATO, better data sharing between national law enforcement agencies; at the national level: upholding the rule of law, our shared values and the security of our citizens, as well as making sure that any shared intelligence is actually acted upon; and at a local community level: encouraging local projects to tackle radicalisation at its roots.

But security is just one of the issues facing us. The migration crisis continues as does the EU-Turkey deal, and the ECR believes that the EU should focus on a new relationship based not on the false promise of membership, but on an honest relationship based on cooperation. Because while the deal with Turkey appears to be holding for now, the Council must seek consensus from all Member States to effectively tackle the migrant crisis, in case that agreement breaks down, by getting the basics right – processing asylum applications quickly and efficiently, returning those who do not qualify to their country of origin, agreeing clear criteria for qualification, based on the Geneva Convention – and by not continuing to pursue a struggling relocation scheme without the full support of all Member States.

Our discussions on the challenges will continue way beyond this Summit and future ones, but how many times do we have to discuss them before our voters see real progress? While others will call for new rules, the ECR Group calls for the EU to make what we already have work better. While others will call for more agencies, the ECR Group calls for more action and while others will call for further political integration, the ECR Group calls for political cooperation for a reformed EU which does less, but does it better.

Guy Verhofstadt, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, for once I have to contradict Manfred Weber. He said that there is at least one positive outcome of the British election: the disappearance of UKIP and of those who want not only Britain out of Europe, but who want to destroy the European Union from inside.

I think that it is true that there will be a lot of items on the agenda in the European Council next week, but the main point on the agenda is whether we can now start the negotiations on Brexit. It is three years since the start of the debate, a year since the outcome of the British referendum and three months since the triggering of the notification, and we are not still not in a position to start negotiations, because there is – for the moment anyway – no clear position from the new government in the United Kingdom – if there is already a new government, because every day I read that there is a deal, but then six hours later there is no deal and they are still discussing it.

But there are five pressing questions that need to be answered on a short-term basis. Mr Kamall, maybe you can help the government to respond to them. First: is the British position still that of the letter of 29 March, or will the new government take into account the outcome of the election, which was a little different from the hard talk of the letter of the 29th? The second question is: will it be the opinion of the Tories or the position of the whole nation? Party interest or national interest? Because this is not about the Tories leaving the European Union but about the UK leaving the European Union. The third question: what about the Good Friday Agreement? What is the proposal so that the Good Friday Agreement can be kept in place and that no hard border will be created between the Republic on the one hand and Northern Ireland on the other hand? The fourth question: will the British government – as we do on the European side – one hundred per cent guarantee the current rights of EU citizens living in Britain, like we are ready to guarantee the current rights of British citizens living on the continent? Finally, the fifth question: is it still the opinion of the UK government to leave the single market and the customs union? Is the populist illusion of limiting free movement in Europe really more important than the prosperity and fortune of British workers, British industry, British companies and the British economy? Because let us face reality. This Brexit has already had a negative impact on everybody in Europe, and especially on Britain. Zero growth in the first quarter in Britain; for the moment it is three times less than in the last quarter of last year. And because of what? Because of the uncertainty that has been created.

So I think the time is now right for us to receive from the British side clear answers to these five questions so that these negotiations can start. I know that yesterday Emmanuel Macron, the new French President, spoke about an open door. He said that, if Britain is changing its mind, it will find an open door. I do not disagree with him but, like in Alice in Wonderland, all doors are now the same. It will be a brand new door with a new Europe: a Europe without rebates, without complexity, with real power and with unity. That is the door towards Europe. For me, Jean-Claude, the most important thing now is the reform of our Union, and for this reform not to be bogged down in these Brexit talks. Brexit talks for the moment look more like the Echternach Procession – you are from Luxembourg and maybe you can explain to everybody what the procession of Echternach is – namely two steps forward and one step back. That is typical Echternach.

I am very grateful to the Commission for the different reflection papers that they have put on the table, but the Commission is more than a think tank. I think the moment is now there, when we start these Brexit talks, to have also legislative proposals on the reform of the European Union, on defence – as you have done – and on economic and monetary union. But not only reflection papers: we also need legislative proposals. Do not leave the space open for the Council. It is not for the Council to fill in the space; it is the Commission that will have to do it with legislative proposals. We have now a new president in France who is pro-European, and we will have German elections. That is the moment to go forward. We always say do not waste a good crisis. Well, do not waste a good election cycle either.

Gabriele Zimmer, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es sind aus meiner Sicht drei Themen, die sehr aktuell sind und die sowohl offiziell als auch inoffiziell bei der Ratstagung sicher eine Rolle spielen müssen: Das ist zum einen die Migrationskrise, auf die ich gleich nochmal zurückkomme, der Brexit, aber eben auch die Situation in Griechenland.

Ich möchte Sie auffordern, dass auch der Rat mit Blick auf die kommende Tagung der Gläubiger und der Eurozonenfinanzminister Stellung nimmt, um deutlich zu machen: Jetzt muss endlich Schluss sein mit der Erpressung. Jetzt muss endlich Geld gezahlt werden. Jetzt muss aber auch endlich mit den Verhandlungen zu einem Schuldenschnitt begonnen werden. Wie wollen Sie im Radio über Jobs und *growth* sprechen, wenn Sie Teile der Europäischen Union einfach wegbrechen lassen und nicht dafür sorgen, dass dort wieder Bedingungen entstehen, die Jobs und *growth* überhaupt erst einmal möglich machen? Das ist der eine Punkt.

Zum Brexit möchte ich nur eine Bemerkung machen, weil schon viel gesagt worden ist: Theresa May versorgt sich mit der Unterstützung der DUP. Ich möchte Sie noch einmal darauf aufmerksam machen, dass allein mit diesem Fakt die im Mandat vorhandene Forderung, dass das *Good Friday Agreement* in all seinen Teilen gewahrt bleiben muss, schon verletzt wird. Die britische Regierung ist zur Neutralität zwischen den beiden regierenden Kräften im Norden Irlands und auch zur Unparteilichkeit verpflichtet. Ich bitte hier wirklich sehr um Aufmerksamkeit.

Wenn es dann darum geht, die Frage der Migrationskrise anzusprechen, möchte ich Sie noch einmal daran erinnern: Bitte sorgen Sie dafür, dass legale und sichere Wege aufgemacht werden! Die Toten im Mittelmeer erlauben nicht, dass wir uns weiter vor dieser Entscheidung drücken. Sie erlauben aus meiner Sicht auch nicht, dass wir als Europäische Union Deals mit Sudan und mit Libyen organisieren. Beides sind Regime – es sind zum Teil gescheiterte Staaten. Wir finanzieren direkt im Sudan Kräfte, die zu denen gehörten, die massiv gegen Migranten aus anderen Regionen, aus anderen Ländern Afrikas vorgegangen sind, diese wieder abschieben oder verantwortlich für unmenschliche Behandlung, für Folter, für Diebstähle, für alles mögliche sind. Wir wissen, dass die libysche Küstenwache unterwegs ist, um beispielsweise auch Seenotrettung zu behindern.

Wir kennen den Brief, den „Sea-Watch“ und auch „Ärzte ohne Grenzen“ an die Bundeskanzlerin geschrieben haben, in dem sie sie auffordern, dem endlich Einhalt zu gebieten, endlich dafür zu sorgen, dass wir diese Gelder – zum Beispiel die 140 Millionen an den Sudan für die Finanzierung dessen, dass der Sudan mit seinen Kräften die Flüchtlinge zurückhält – gefälligst in die Länder stecken, aus denen die Flüchtlinge kommen. Wir müssen all jenen Ländern in Afrika endlich konkret und auch langfristig helfen; ansonsten sind auch die Forderungen nach geschlossenen Grenzen einfach inhuman, weil sie dazu führen, dass wir die Leute immer wieder zurücksetzen.

Sie, Herr Juncker – und das ist meine letzte Bitte hier heute an dieser Stelle – sprachen davon, dass die Union Griechenland und Italien hilft: Gehen Sie bitte in die Hotspots! Ja, es gibt Hilfe, aber andererseits gibt es gleichzeitig Bemühungen, beispielsweise die Familienzusammenführung zu behindern und eben auch Migranten wieder nach Griechenland und Italien zurückzuführen. Das können wir nicht zulassen.

Solidarität ist keine Freiwilligkeit in der Europäischen Union. In der Frage haben Sie Recht, und da unterstützen wir Sie. Vertragsverletzungsverfahren gegen jene, die nicht mitmachen, sind richtig. Sanktionen in dem Sinne, dass Gelder gekürzt werden – darum kann es nicht gehen. Es geht wirklich darum, Solidarität zu einem Pflichtbestandteil der Europäischen Union zu machen.

Ska Keller, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, I share the calls of some of our colleagues for more solidarity on the refugee issue. I think it is super disappointing that the Council has dropped any progress on the issue of solidarity from the agenda, and I am afraid that if you cannot even solve that task, then I really have a hard time imagining how there can be progress in other areas – at least not in a way that will be satisfactory. I think the reason for that is that for solving problems you would actually need to tackle their root causes. You would have to look at the root cause for why people have to flee, and do something about that. You would have to look at the root causes for conflict and not just spend more money, and also look at the root causes of radicalisation and terror.

Your answer to conflicts and violence worldwide is just to push for more military spending. You want to actually take money away from SME funding and from structural funds and put it into the weapons industry. But I do not really think that that particular industry really needs that extra bit of help, but what we are actually doing here – or what we would be doing here – is actually to make a 29th or 28th sort of defence policy. But rather than doing that and wasting a lot of money, we should make pooling and sharing the rule, and not the exception. This sort of cooperation could actually save us something like EUR 100 billion every year: money that is actually urgently needed to tackle all the root causes of conflicts, for example, in the world.

On terrorism we also urgently need answers, but I do not think that your recipe of simply collecting more and more data is going to do it. Rather, we need more policewomen and policemen on the ground. We need to strengthen the exchange of data on actual suspects and unknown risk persons, so that the tools that we already have today actually serve the security of our citizens. And yes, of course we need to prosecute those who pose a real threat to us and our way of life – absolutely – but we also need to look further into the root causes of radicalisation so that fewer people become a threat to our security and to our freedom. I wish the Presidency good luck with their discussions, and I hope that it will defy my low expectations and actually dare to look into the root causes and come up with solutions that actually solve something.

Nigel Farage, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, I know that a lot of the people here are very pleased with the result of the UK general election and view it as a victory for the EU. Let me give you a sense of perspective: in the 2015 general election, just 13% of voters voted for parties – namely UKIP, which was the only one – that wanted to leave the European Union. Last Thursday, over 85% of British voters voted for parties on a manifesto not just of leaving the European Union, but of leaving the single market as well. In fact, on the morning of the general election, 70% of the British public – whichever way they had voted in the referendum – simply wanted the government to get on and complete and conclude Brexit.

I know that Theresa's terrible campaign has cast a bit of doubt on this, and I saw that Emmanuel Macron yesterday – a call echoed by Mr Verhofstadt this morning – said that there is still time for the United Kingdom to change its mind; that it does not have to leave. Let me tell you that the only certainty in this mess is that we will be leaving. But that has not stopped a parade of former prime ministers and of former European Commissioners from lining up and attempting to get the British Government to backslide on its commitments. There is now a big push, a big drive, for us to opt for a Norway-style option, and I have to confess that your chief negotiator, Mr Barnier, is right: it took Theresa May nine months to trigger Article 50, and by the time the talks start it will be nearly four months since it was triggered, so I do accept that we go into this, as a British Government, with a British Prime Minister in a very weak position. And she is caught in a bit of a pincer movement, because the political class would like us to stay in the customs union and to stay in the single market, but the people have made it perfectly clear they want us to leave both of those things. And I would say this: that unless Theresa May — and it is difficult for her, because she never really believed in Brexit — stands up at the summit next week, in those negotiations, and makes it absolutely clear that she is not giving an inch — that we are leaving the single market — then her own party will get rid of her, and then yet more time will be lost in the Article 50 process.

Marcel de Graaff, *namens de ENF-Fractie*. – De Raad spreekt op 22 juni onder andere over EU-defensie, brexit en migratie. Laat ik direct duidelijk zijn.

Over EU-defensie: wij willen geen EU-leger, maar samenwerking van soevereine staten binnen de NAVO. Dat heeft ons de Koude Oorlog doorgelopen. Er is geen enkele noodzaak tot een bureaucratisch geldverslindend EU-leger.

Over brexit: Engeland verlaat de EU omdat de EU een mislukt project is dat zich ontwikkelt tot een tweede Sovjet-Unie. Dus ik wil geen miljardenrekening voor Engeland. De EU moet stoppen en plaatsmaken voor economische samenwerking tussen soevereine staten.

Over migratie: de EU blijkt niet in staat om ngo's te stoppen die met gehuurde boten al tienduizenden migranten hebben opgehaald uit Libië in plaats van ze terug te slepen. Bij dezen spreek ik mijn steun uit voor Hongarije en de andere Visegrad-landen in hun strijd tegen islamisering. Laat de Raad dit voorbeeld volgen.

Krisztina Morvai (NI). – Mr President, colleagues, citizens in Europe and overseas, I am also asking for solidarity, but in this case solidarity with my homeland: Hungary. As you all know, we resist mass migration and we keep defending our borders and the borders of Europe. The European Union wants to push us on our knees. Now they started infringement proceedings against us; they want to punish us hard, they want to weaken our economy, and I ask for your solidarity and support around the world.

Please write letters of dissent to this odd, strange man Mr Juncker, and moreover make Hungary and Hungarian goods and services trendy. Lots of you are now deciding where to go for a holiday: come to our safe country which is still European, come to Hungary; we have fantastic thermals spas, you can get your health back; we have a fantastic beautiful capital – Budapest; buy Hungarian products; if you go to see friends, bring a bottle of Hungarian wine or some good Hungarian food; show that you support Hungary and we will not give up.

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID-MARIA SASSOLI

Vicepresidente

Herbert Reul (PPE). – Meine Herren Präsidenten, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir haben eben wieder von so einem Sprücheklopfer gehört, wie toll der Brexit ist. Das Ergebnis des Brexit ist schlicht und einfach: Hier gibt es eine Regierung, die nicht mehr verhandlungsfähig ist, die Menschen schlittern in eine ungewisse Zukunft, und im Rest Europas gibt es wieder mehr Begeisterung für Europa. Das ist die Wahrheit, das ist das Ergebnis.

Ich finde, wir müssen das Ergebnis für uns jetzt als Chance nutzen und die Gelegenheit nutzen. Und da ist auch der Rat gefordert – der in den letzten Jahren ja nicht immer so handlungsfähig war, wie wir uns das gewünscht haben –, die Chance zu nutzen, jetzt auch das Beste daraus zu machen. Übrigens gehört dazu auch, Frau Kollegin, dass Regeln, die verabredet werden, von allen eingehalten werden. Wenn sie nicht eingehalten werden, dann kriegt man Kritik. So ist das im Leben. Wenn ich falsch parke, kriege ich auch ein Problem. Regeln sind dafür da, dass sie eingehalten werden, und zwar in allen Fragen – in allen Fragen, auch bei der Staatsverschuldung.

Der zweite Punkt ist: Wenn der Rat sich jetzt trifft und die Chance nutzen will, dann, finde ich, ist die Vorlage der Kommission insbesondere im Themenbereich Sicherheit und Verteidigung doch außerordentlich interessant und gut. Nehmt doch einfach mal zwei, drei Sachen daraus – es muss ja nicht alles gemacht werden –, nehmt mal zwei, drei Sachen daraus und setzt einen ersten Punkt und zeigt den Leuten in Europa, die jetzt wieder auf die Straße gehen und sagen: „Europa ist toll, ist wertvoll“. Wir können das lösen, wir kümmern uns um die Probleme, die anliegen, und wir schaffen auch ganz konkrete Konzepte. Mehr Zusammenarbeit – konkret, nicht allgemein, sondern praktisch etwas tun im Bereich von Cyberkriminalität, etwas tun im Bereich von Drohnen, umsetzen, Realitäten liefern. Das ist das Allerbeste. Und insofern hat der Kommissionspräsident Juncker ja eben etwas Wichtiges vorgetragen. Vielleicht erklären wir das viel zu wenig.

Natürlich, Frau Keller ist das Thema Flüchtlinge nicht erledigt. Wer glaubt denn das? Aber wir können ja zumindest sagen: Es liegt noch ein großes Stück Arbeit vor uns, aber wir haben auch eine Menge geschafft. Es ist doch wahr, dass diese Abkommen mit der Türkei erfolgreich waren, auch wenn mir nicht alles passt, was da in der Türkei passiert. Aber die Ergebnisse sind so schlecht nicht. Die Zahlen sind geringer geworden, Umsiedlungen klappen – viel zu wenig, aber zum Teil. Es klappt nicht, dass alle Staaten sich beteiligen, jawohl. Ich kann auch all das erzählen, was nicht klappt. Aber wäre es jetzt nicht intelligent, in einer Zeit, in der die Menschen in Europa wieder Spaß, Hoffnung, Interesse an Europa haben, auch von den Erfolgen zu berichten? Ich lade Sie ein: Machen Sie einfach mit!

Maria João Rodrigues (S&D). – *(inaudible)* version just suffered a big blow: the 27 are, in fact, more united in implementing the roadmap adopted in Rome. And, once and for all, the European Union needs to assert itself as a political entity and a strong pillar of the multilateral system. So the defence package just presented by the Commission is certainly a very important move, and we need to be prepared to have that discussion about the package, but we know that lasting peace also depends a lot on permanent systemic action for development worldwide, starting with Africa. We know this very well.

We also need to be prepared to open a new generation of trade agreements, pushing for sustainable development all over the world. At the same time, we also need to build much more powerful instruments to cope with citizens' concerns.

There is a lot of hard work to be done. We have just now the revision of the European Fund for Strategic Investments and we need to make sure that this fund will become more powerful, pushing for real, additional, strategic investment projects. We need to make sure that the upcoming pillar of social rights will prepare the labour market in Europe to provide better jobs, particularly for young people, and we need to make sure that our eurozone will start working for real convergence. So this is a very demanding internal agenda.

Helga Stevens (ECR). – De Europese Raad zal zich binnenkort opnieuw buigen over het probleem van de irreguliere migratie van economische migranten uit Libië naar Italië. Naast de 200 miljoen euro die we investeren in menswaardige opvang in Libië en omstreken is het tijd om werk te maken van een terugkeerbeleid vanuit de EU, gebaseerd op onze ervaringen met de EU-Turkijedeal.

Deze deal resulteerde in snelle asielprocedures in Griekenland, zodat alle vluchtelingen die al veilig in Turkije waren naar dat land konden worden teruggestuurd. Hiermee kregen we de vluchtelingenstroom onder controle.

Ik vraag mij af waarop wij wachten om dezelfde soort samenwerking op poten te zetten met alle landen in Noord-Afrika. Waarom moeten we bij die ene EU-Turkijedeal blijven? Het is immers legaal om migranten terug te sturen naar een veilige haven. Volgens de Commissie zelf is dat een plaats waar mensenlevens niet worden bedreigd, waar in elementaire behoeften wordt voorzien en waar ook vervoer naar toe kan worden geregeld. Buiten Turkije komen hier zeker nog andere Noord-Afrikaanse landen voor in aanmerking.

Ik roep alle Europese leiders dan ook op te onderzoeken welke juridische mogelijkheden er zijn om bijvoorbeeld tot een EU-Libiëdeal te komen. Alleen zo kunnen we drama's op zee met dodelijke afloop vermijden.

David Coburn (EFDD). – Mr President, I have just noticed something and wondered if everybody else had noticed the same thing: that all the leaders today are speaking in English. They do not normally speak in English. This is extremely strange, and I thought my good friend President Jean Claude Juncker here had said that English was no longer the language of the European Parliament. Is there something I have missed here, ladies and gentlemen?

Presidente. – Grazie ma non è ai sensi del regolamento. Mi scusi.

Josu Juaristi Abaunz (GUE/NGL). – Señor presidente, pensaba hablar de la externalización de los controles migratorios y del asilo, proceso que diluye las responsabilidades a favor de un marco jurídico impreciso y de débiles o nulos controles democráticos, un proceso que tiene consecuencias irresponsables. Pero he escuchado atentamente al señor Juncker y, aunque no espero un cambio en las políticas, sí me gustaría instarle a que cuidemos la terminología.

¿Qué mensaje enviamos a la sociedad cuando insistimos en la idea de defender mejor nuestras fronteras? Aludimos, sin citarlo, a un peligro del que debemos defendernos, a un enemigo; y, Señorías, ese enemigo son personas que simplemente necesitan, buscan y merecen un futuro para sus hijos. Esa terminología no es inocente, porque alimenta mensajes y posiciones xenófobas y de extrema derecha.

Señorías, miremos al Mediterráneo central, por favor: está muriendo mucha más gente de lo que pensamos y están ocurriendo hechos muy graves, como *maydays* lanzados por ONG a doce millas de la costa libia que no están siendo respondidos ni atendidos por barcos europeos.

Laura Ferrara (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'Italia sta pagando caramente il fallimento della gestione europea dei flussi migratori. Sono stati 181 436 gli arrivi nel 2016 e circa 64 000 dall'inizio del 2017. Per l'immigrazione l'Italia ha previsto 4,6 miliardi di spesa in quest'anno, un miliardo in più rispetto al 2016. Gli aiuti dell'Unione europea sono irrisori: l'ultimo stanziamento di 58 milioni corrisponde a circa il 3 % dei 4,6 miliardi. Dunque una mortificazione al principio di equa ripartizione delle responsabilità previsto dai trattati, pur essendo l'Italia un contribuente netto, vale a dire che l'Italia dà all'Unione europea più di quanto riceve.

Il regolamento di Dublino, pur essendo stato dichiarato morto, costringe ancora a rimandare in Italia più migranti di quanti ne sono stati ricollocati dall'Italia stessa in altri Stati membri. La volontà del Consiglio di bloccare la revisione fornisce così il desolante quadro di un'Europa incapace di trovare soluzioni efficaci e condivise. Se il Consiglio continuerà ad essere espressione degli egoismi nazionali, a fallire non sarà solo la riforma del sistema comune europeo di asilo ma l'intero progetto europeo.

Edouard Ferrand (ENF). – Monsieur le Président, mes chers collègues, le prochain Conseil européen sera en marche vers plus d'immigration, de submersion migratoire devrait-on dire. Le président français nouvellement élu semble vouloir imposer une de ses marottes des plus nocives, à savoir le droit d'asile européen commun. Il y a fort à parier que celui-ci a pour objet de se substituer aux législations nationales.

Le droit d'asile, depuis l'origine des États, est une prérogative exclusive de ces derniers. Comme le fait d'accorder ou non l'asile doit être étudié au cas par cas.

Nous refusons totalement une telle dérive qui accentuerait encore plus la pression migratoire sur nos pays, leur ôtant de surcroît toute possibilité décisionnelle.

Steven Woolfe (NI). – Mr President, today in this Chamber the political elites are gloating and cheering. They have overseen the resistance parties failing to take power in Austria and France, UKIP decimated and a Conservative Brexit government weakened. Political elitism is a doctrine of servitude, but its forces are strong, determined and well financed and it is attacking and destroying its enemies one by one.

They infiltrated UKIP; they isolated, ignored and removed true conservative party Brexiteers; they attacked and removed the voices of resistance from our radio and TV stations. They attack and abuse the President who was elected in the United States of America, yet celebrate the globalist placeman they installed in France. Those who love freedom: patriots, Democrats, Brexiteers, must say no more. We must regroup and return fire. We must fight for a true Brexit, not a fake Brexit.

Janusz Lewandowski (PPE). – Panie Przewodniczący! W programie Rady Europejskiej znajdują się obecnie kwestie, które przesądzą o wiarygodności Unii Europejskiej: kontrola migracji, poczucie bezpieczeństwa, obniżenie zagrożeń terrorystycznych, Brexit. To są gorące tematy debaty europejskiej w dzisiejszych czasach. Tu rodzą się ludzkie lęki, a z tych lęków czerpie moc antyeuropejski populizm, który jeszcze je podsyca. Rzeczywiście jest to sprawdzian mocy sprawczej i użyteczności Unii Europejskiej w oczach zwykłych obywateli.

Jeśli chodzi o migrację, oczywistym wyzwaniem jest dzisiaj szlak wiodący przez Libię i Morze Śródziemne z uwagi na rozpad państwowości libijskiej i powstanie zorganizowanego przemysłu przemytu ludzi. Należy wdrażać przyjęte już zobowiązania, nie ma czasu na deklaracje (mówił o tym Manfred Weber). Trzeba wdrożyć deklarację maltańską i zreformować europejski system azylowy.

Jakby mało było tych wyzwań, po raz pierwszy mamy nieprzewidywalnego partnera po drugiej stronie Atlantyku, i dlatego ma sens organizowanie własnej europejskiej polisy ubezpieczeniowej. O ile jednak trudno będzie znaleźć wspólny język z prezydentem Stanów Zjednoczonych w kwestiach klimatu czy światowego handlu, to wymiar obronny Unii Europejskiej powinien powstawać w pełnej synergii z NATO, nie wykluczam bowiem, że prezydent Trump potwierdzi amerykańskie zobowiązania w Polsce, gdzie przyjedzie w dniu 6 lipca. Inspiracją powinna być także wspólna deklaracja Unii Europejskiej i NATO przyjęta w zeszłym roku w Warszawie.

Tanja Fajon (S&D). – Vsak vrh se ukvarja z migracijami, a ljudje še vedno ne morejo računati na nas. Države ne izpolnjujejo obvez o premeščanju iskalcev azila iz Grčije in Italije.

Predsednik Juncker, omenili ste na stotine milijonov podnebnih beguncev, ki bodo lahko posledica neizvajanja podnebnega sporazuma. Žal tudi v tej hiši ni posluha za uvedbo jasnih kriterijev, ki bi omogočili mednarodno zaščito podnebnim beguncem.

V pismu smo s kolegi opozorili voditelje evropskih vlad na dramo z otroki brez spremstva. Vrnili sem se iz Grčije. Brez ambiciozne reforme Dublina bo situacija v Grčiji in Italiji neobvladljiva. Razprave v Svetu se radikalno odmikajo od stališč v Parlamentu.

Gradimo varnost na evropskih mejah, kolegi, ne gradimo pa varnosti tam, od koder ljudje bežijo. In z nečloveškimi schengenskimi ukrepi na mejah, z notranjim nadzorom med, denimo, Slovenijo in Avstrijo, koder že mesece ni nezakonitih prehodov, dejansko ne bomo uspeli rešiti te situacije.

In veliko več pozornosti bi morali nameniti borbi proti kriminalnim združbam, ki tihotapijo z ljudmi, proti nasilju nad ženskami in otroki.

Skratka, odgovornost je na nas, dragi kolegi, da rešimo to situacijo. Državljeni to pričakujejo.

Franck Proust (PPE). – Monsieur le Président, le message que nous devons envoyer aux chefs d'État ou de gouvernement en amont du prochain Conseil européen doit être le suivant: le temps de la clarté est venu.

Les événements politiques majeurs, du Brexit jusqu'à la sortie des États-Unis de l'accord de Paris, avec la décision inconsciente de Donald Trump, nous offrent une occasion unique d'être clair sur ce que nous sommes et sur ce que nous défendons.

L'Europe change et son avenir se construit chaque jour, dans notre travail et sur des priorités: l'Europe sociale et juste, avec la révision de la directive sur le détachement des travailleurs, qui n'a d'ailleurs pas attendu le volontarisme récent de la France pour que des députés européens se saisissent du dossier; le renforcement de la zone économique et monétaire; l'Europe de la défense; la politique commerciale au service du juste échange et de la protection de nos intérêts économiques et de nos emplois.

Les responsables européens doivent avoir le courage de la fermeté et surtout la volonté de l'unité. Fermeté avec la Turquie, par exemple, qui doit enfin comprendre qu'aucune adhésion à notre Union n'est envisageable. Unité, ensuite, pour montrer aux États-Unis de M. Trump ou à la Russie de M. Poutine que l'Europe est de retour pour construire un bloc protecteur de ses citoyens et fort sur la scène internationale. Unité, enfin, pour que les vingt-sept États membres soient soudés dans les négociations sur le Brexit aux côtés de la Commission et de Michel Barnier.

Il faudra faire comprendre à M^{me} May, clairement affaiblie par les récentes élections au Royaume-Uni, que l'on ne peut pas gagner sur tous les tableaux et que l'appartenance à notre communauté de destin ou la sortie de cette communauté n'est et ne sera jamais un simple jeu.

Josef Weidenholzer (S&D). – Herr Präsident! Vergleicht man die Situation der Union mit der Lage von vor einem Jahr, dann lässt sich ohne Zweifel feststellen, dass es Anzeichen für eine Stabilisierung gibt. Nicht nur die wirtschaftliche Lage verbessert sich, vielmehr haben wir nach Brexit und Trump auch an Zuversicht gewonnen. Im Bereich der Migrations- und Flüchtlingspolitik allerdings ist die Lage viel komplizierter. Zwar sind die Zahlen deutlich zurückgegangen, aber wir haben es immer noch nicht geschafft, die langfristigen Weichenstellungen vorzunehmen: eine Reform des Dublin-Systems oder die Schaffung legaler Zuwanderungsmöglichkeiten. Und noch immer ist der *Relocation*-Prozess nicht abgeschlossen, noch immer sitzen Zehntausende Menschen in Griechenland und auf dem Westbalkan fest und werden zu einem Sicherheitsproblem für die Region. Und noch immer sind wir nicht in der Lage, rechtzeitig ausreichende Mittel für die Herkunftsregionen zur Verfügung zu stellen. Im Zusammenhang mit der Befreiung Mossuls und Rakkas bereitet sich bereits eine neue Tragödie vor.

Esteban González Pons (PPE). – Señor presidente, quiero empezar recordando a las víctimas de los últimos atentados en Inglaterra, en especial al joven español Ignacio Echeverría, que murió ayudando a la policía luchando con su monopatín.

Compartimos los mismos principios. Por eso nos atacan, no por nuestro pasaporte. No nos atacan por nuestras fronteras sino porque compartimos los mismos valores. Y los compartimos. Los valores nos unen. En los últimos atentados en Inglaterra las víctimas no eran solo del Reino Unido. También eran de Australia. También eran de Canadá, de Francia. También eran de España. No estamos solos frente al terrorismo. Ningún país de la Unión Europea puede afrontar solo los retos de la globalización. Nadie es más inteligente ni mejor que los demás como para encontrar las soluciones por sí mismo, sin colaborar todos contra aquello que nos ataca, contra aquello que nos espera en el futuro.

Por eso, el *brexit* es un paso atrás. El *brexit* es caminar de espaldas. Y ayer precisamente celebrábamos el aniversario del programa Erasmus, que es lo contrario del *brexit*: cuatro millones de jóvenes europeos moviéndose —doscientos mil británicos por la Unión Europea y prácticamente el mismo número de jóvenes del resto de la Unión Europea por el Reino Unido, entre ellos mi hija María—; casi un millón de niños nacidos de los Erasmus, niños que tienen cuatro lenguas maternas, la primera generación de europeos de la historia. El programa Erasmus pone de manifiesto que Europa se hace a partir de nuestras diferencias. Nuestra diferencia y nuestra tolerancia es nuestra ventaja.

Por eso, entre Erasmus y *brexit* elijamos siempre Erasmus, porque Erasmus significa generosidad, y *brexit*, egoísmo.

Ramón Jáuregui Atondo (S&D). – Señor presidente, yo creo que es importante destacar que hay un horizonte para la Unión Europea más positivo, más optimista que hace unos años: hay crecimiento económico, hay creación de empleo y se está derrotando políticamente a los populismos. Me parece importante destacar este horizonte.

En segundo lugar, me gustaría recordar que, ayer mismo, el presidente francés, el señor Macron, anunció su posición favorable a que el impuesto sobre las transacciones financieras pueda establecerse en la Unión Europea. Me parece una idea que deberíamos considerar, porque necesitamos un recurso financiero propio para la Unión Europea, para atender tantos problemas como tenemos por delante.

Tenemos, por supuesto, una necesidad financiera en materia de migraciones; tenemos necesidad de una financiación de la seguridad y de la defensa frente al terrorismo porque, por primera vez en la historia de la Unión Europea, la seguridad interior depende de la seguridad exterior; y tenemos necesidades importantes para poner en marcha el pilar social o para poner en marcha el cambio climático, como el señor Macron proponía.

Vamos a avanzar en esa dirección, señorías.

Elisabetta Gardini (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, vorrei dire ai colleghi che domenica scorsa milioni di italiani si sono recati alle urne per eleggere il loro sindaco e che è accaduto, per esempio, che la sindaca di Lampedusa, che era diventata il simbolo dell'accoglienza, premiata dall'Unesco e portata da Renzi alla Casa Bianca di Obama, abbia perso le elezioni, e come lei tanti altri sindaci. Allora che cosa succede? Dobbiamo dire che gli italiani non sono più solidali? No, gli italiani sono solidali, sono quel popolo che voi plaudite per la generosità e l'accoglienza, e dobbiamo continuare a farlo.

Però, per spiegarvi cosa sta accadendo, uso le parole di Carlo Nordio, un magistrato italiano che ha attraversato da protagonista tutti i momenti, anche bui, del nostro paese fin dagli anni Settanta. Lui dice che sembra che finalmente si sia scoperta l'inesorabile logica dei numeri, che prescinde dalle utopistiche aspirazioni solidali. Quando una stanza è piena non può entrarci più nessuno. Ed è questo che sta accadendo in Italia. Quindi, la stragrande maggioranza dei comuni rifiuta nuova accoglienza, a prescindere dall'appartenenza politica degli amministratori.

Aggiunge poi che questo fenomeno migratorio, ormai banalmente definito epocale, è in realtà frutto di una strategia elaborata a tavolino dalle organizzazioni criminali, e quindi chiede che per affrontare questa situazione si metta in campo una politica organica e unitaria, chiara, seria e severa. Sento da questi banchi troppa inutile e vuota retorica, che rischia di diventare solidarietà per queste criminali organizzazioni di trafficanti di esseri umani. Basta!

Cécile Kashetu Kyenge (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, esprimo solidarietà alla sindaca Giusi Nicolini.

Sono tanti i punti all'ordine del giorno del prossimo Consiglio europeo. Mi limiterò ad alcune osservazioni sul fenomeno migratorio. La Presidenza maltese ha ricordato il dramma che ogni giorno si verifica nella rotta del Mediterraneo centrale e il Presidente Juncker ha illustrato i risultati raggiunti sulle questioni migratorie, peraltro resi possibili grazie al ruolo di colegislatore del Parlamento, chiamando tutti gli Stati membri alle loro responsabilità, pena la procedura di infrazione, peraltro già lanciata nei confronti di tre Stati membri. Alle misure punitive vanno associate iniziative politiche lungimiranti come il partenariato con l'Africa.

La Presidenza maltese deve ricordare al Consiglio europeo la procedura che si applica alla riforma del sistema europeo comune di asilo, vale a dire la procedura legislativa ordinaria. Spero quindi che i leader europei discutano le proposte legislative sulle quali le nostre commissioni stanno lavorando con grande senso di responsabilità. Non c'è spazio per la fantasia. Non c'è spazio per soluzioni alternative.

Procedura «catch-the-eye»

Mairead McGuinness (PPE). – Mr President, at next week's Council there will be a new Irish face around the table – and a new face of Ireland, perhaps. Today, the taoiseach Enda Kenny hands over that office to Leo Varadkar, and I take this opportunity to wish our new taoiseach, our new party leader, well in his work ahead, and also to acknowledge the great work of Enda Kenny as leader of our country in very difficult times.

Yesterday there were tributes paid to him, and the most remarkable comments were the simplest and nicest ones – about his sunny disposition, his optimism in dark times, and how that is so needed in politics today. That disposition was undented by six years in office, as I say, in very difficult times. He spoke about the honour that he had of leading our country, and I hope that our new leader will carry that same optimistic disposition and work for a united Europe.

His last call was to Theresa May to warn her about a Brexit that would damage the Good Friday Agreement. We should honour his words, his commitment to peace and his commitment to Europe. I salute his work, and I wish our new leader every success.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor presidente. Telegráficamente. Seguridad y lucha contra el terrorismo. Homenaje a Echevarría. Ignacio Echevarría, un héroe español caído en un acto salvaje de terrorismo en Londres, defendiendo con dignidad la contribución de los ciudadanos europeos a la causa de los valores europeos.

Defensa. No es cuestión de más gasto, sino de coordinación y de solidaridad entre los Estados miembros. Puesta en común de los recursos defensivos. Haría un cambio y una diferencia fenomenal en la capacidad defensiva del conjunto de la Unión Europea.

Rutas migratorias. He escuchado decir que están bajo control. ¿Y están bajo control los Estados miembros clamorosamente incumplidores? No solo procedimientos de infracción, sino también, y sobre todo, sanciones.

Y, finalmente, cambio climático. Voz única de toda la Unión Europea contra la decisión disparatada y populista del presidente Trump de retirar a los Estados Unidos de los acuerdos de la COP 21, desentendiéndose de la suerte de sesenta mil víctimas anuales de los desplazamientos climáticos y de los quinientos millones de desplazados que se esperan en los próximos treinta años como consecuencia de la sequía, la desertización y la subida del nivel del mar.

Marek Jurek (ECR). – Panie Przewodniczący! Dzisiaj po raz kolejny pan przewodniczący Juncker odpowiedzialność za katastrofalne błędy własnej polityki zrzucał na państwa Europy Środkowej – na Polskę, Węgry i Czechy. Ale solidarność, o której mówił, nie polega na odpowiedzialności za cudze błędy. Solidarność polega na pomocy w niezawinionej potrzebie. Jeżeli prowadzi się złą politykę, to trzeba tak naprawdę wyciągnąć z niej wnioski. Przewodniczący Juncker mówi o prawie. Prawo to również odpowiedzialność polityczna. Te władze Unii Europejskiej powinny podać się do dymisji, dlatego że nawet deklaracje o walce z nielegalnym przemytem ludzi nie zostały w pełni wykonane. Wszyscy doceniamy to, co nasi marynarze robią w ramach operacji SOPHIA. To jest ratowanie ludzi na morzu. Ale tak naprawdę przemysł nielegalnej imigracji ciągle działa i niszczy Europę, a ci którzy przyglądali się temu biernie, pouczają tych, którzy nie przyjmują konsekwencji tej sytuacji.

Diane James (NI). – Mr President, since the United Kingdom voted to leave the European Union, the response from the EU has been 'more Europe'. It has announced its intention to speed up the Capital Markets Union. It has increased the size of the Juncker fund by a staggering EUR 185 billion and announced the formation of a common defence fund. There are also suggestions that EU funding in the future will be contingent upon national acceptance of the European Public Prosecutor's Office and that non-eurozone members will have to adopt the single currency.

This is staggering authoritarianism and control-freakery in terms of a political system. It is all very well suggesting that the so-called populist parties across Europe are now in demise; I would suggest and ask the EU to very, very seriously consider whether some of the announcements that they have made and the demands that are now being placed on Member States will actually be counterproductive to what they want to do in terms of stopping populism.

(Fine della procedura «catch-the-eye»)

Helena Dalli, President-in-Office of the Council. – Mr President, thank you so much for this useful exchange which I will convey to the President of the European Council.

Let me use these concluding remarks to make a more general comment. Recently, a tangible sense of unity, urgency and responsibility has been added to our actions. This should also encourage us, Parliament and the Council to deliver results more rapidly, united by the same objective and showing that we are able to meet the challenges that the EU is facing.

The Presidency needs your ideas and your energy. It needs your flexibility and your sense of responsibility to deliver on the guidance provided by the European Council. We have had many achievements in the past five months, but there is much more work to be done ahead of us. So let us keep this sense of urgency alive.

Presidente. – La discussione è chiusa.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Lorenzo Cesa (PPE), per iscritto. – Siamo probabilmente alla vigilia del Consiglio della svolta! All'ordine del giorno del summit figurano per l'ennesima volta, i temi scottanti di attualità, che sono l'immigrazione, la sicurezza e la difesa. Ma questa volta ci auguriamo che alle discussioni senza risultato ed ai passi indietro in tema di integrazione, seguirà finalmente un salto di qualità. La revisione del sistema di asilo ed il superamento del Trattato di Dublino, sono decisioni ormai imprescindibili. Serve solidarietà e lungimiranza. Gli egoismi nazionali hanno fallito e questo Parlamento lo ha già dimostrato. Esiste una forte maggioranza che istituisca una difesa e sicurezza comune tra gli Stati europei. L'Unione deve dotarsi finalmente, di una capacità d'intervento e di un fondo proprio, dal quale attingere per le spese militari. Il Consiglio della settimana prossima non può disattendere le aspettative dei cittadini su questi temi, che attendono dall'Europa, un nuovo concreto slancio.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Le retrait des États-Unis de l'accord de Paris rappelle la primauté de la souveraineté nationale et concrétise un engagement de campagne du candidat à la Maison Blanche. Nous le déplorons néanmoins, tant le développement durable doit fédérer au-delà des clivages partisans. Les conséquences de cette décision, qui ne prendrait effet qu'en 2020, c'est-à-dire dans la foulée du prochain scrutin présidentiel américain, sont à nuancer, notamment au regard du poids de 14 % des États-Unis dans les émissions mondiales. Par contraste, la Chine en représente 29 % et est, néanmoins, astreinte à des obligations moins strictes par cet accord. Pour les Européens, le retrait américain ouvre une brèche. La Chine, qui a détrôné depuis 2015 les Européens, notamment l'Allemagne, dans le secteur photovoltaïque, ne saurait avoir seule la main sur l'innovation dans le domaine des énergies renouvelables. Par des mesures protectionnistes en cas de concurrence déloyale et par un soutien à la recherche et développement, les industries européennes durables doivent retrouver leur place de leaders mondiaux. Au-delà du projet industriel, il s'agit de tenir les promesses faites aux Européens au sujet de la transition énergétique: celles d'un nouveau modèle économique, porteur de croissance et d'emplois.

Maria Grapini (S&D), *în scris*. – Ședința Consiliului de săptămâna viitoare are multe puncte pe ordinea de zi. Aici multe lucruri de cuvânt s-au referit la migrație, securitate, apărare. Sunt puncte importante desigur. Eu vreau să mă refer la problema legată de locuri de muncă, creștere economică, competitivitate. Doamnă ministru, ați spus că veți discuta despre politica comercială, despre cum rămâne liberă și echitabilă. Mi-aș dori ca aceste puncte să nu fie trecute superficial. Europa va fi puternică dacă vom asigura cu adevărat un comerț echitabil, nu așa cum este acum, fără politici de apărare eficiente. Va fi puternică dacă tinerii nu vor mai pleca pentru o viață mai bună în SUA. Trebuie să creștem locurile de muncă printr-o politică de reindustrializare și acorduri comerciale echitabile.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – Aunque el horizonte para la Unión Europea en materia económica y de creación de empleo es más positivo y más optimista que hace unos años y que se está derrotando políticamente a los populismos, la preocupación por las cuestiones migratorias y las relacionadas con la seguridad y la defensa frente al terrorismo no cesan de aumentar. Por primera vez en la historia de la Unión, la seguridad interior depende de la seguridad exterior y la puesta en común de los recursos defensivos y una mayor coordinación son más que nunca necesarias. Además, en materia de inmigración, es necesario afrontar solidariamente los enormes desafíos existentes y pasar de los procedimientos de infracción a las sanciones para aquellos Estados miembros que no cumplen con sus compromisos con el reparto de refugiados. En relación al cambio climático y a la decisión de Trump de retirar a los Estados Unidos de los acuerdos de la COP 21, debemos asumir el liderazgo mundial no solo en temas medioambientales, sino también comerciales y de derechos sociales. Por último, los Estados concernidos deben dar el impulso final necesario para la aprobación del impuesto sobre las transacciones financieras como un nuevo recurso público para afrontar todas estas urgencias.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραφτώς*. – Κύριε Γιούνκερ, στην ομιλία σας σήμερα, αναφερθήκατε αρκετές φορές στη σημασία της ευρωπαϊκής αλληλεγγύης και της τήρησης των ευρωπαϊκών Συνθηκών. Παρόλα αυτά, στις 25 Μαΐου 2017, στην συνάντησή σας με τον Ερντογάν παραδώσατε έγγραφο με οδικό χάρτη δεσμεύσεων της ΕΕ προς την Τουρκία, που περιλαμβάνει την έναρξη διαπραγματεύσεων για εκσυγχρονισμό της Τελωνειακής Ένωσης της Τουρκίας περί το τέλος του έτους και για νέα Σύνοδο Κορυφής ΕΕ-Τουρκίας για την άνοιξη του 2018. Αυτός ο οδικός χάρτης με δεσμεύσεις δόθηκε χωρίς τη σύμφωνη γνώμη των κρατών-μελών, παρακάμπτοντας το Ευρωπαϊκό Συμβούλιο ως το αρμόδιο όργανο. Είναι αυτή η στάση σας σεβασμός των Συνθηκών της ΕΕ; Την ίδια στιγμή, η Τουρκία παραβιάζει την κυριαρχία ενός κράτους μέλους της ΕΕ και απειλεί ευρωπαίους πολίτες της Κύπρου, αλλά η αλληλεγγύη σας δεν ισχύει για την ευρωπαϊκή Κύπρο; Ως εκλεγμένος ευρωβουλευτής αντιπροσωπεύω ευρωπαίους πολίτες προς τους οποίους θα ήθελα απλά να εξηγήσετε τους λόγους της συμπεριφοράς σας.

Miapetra Kumpula-Natri (S&D), *kirjallinen*. – Kokouksessa on mukana isoja aiheita, joista haluaisin lyhyesti kommentoida yhteistä turvallisuus- ja puolustuspolitiikkaa. Kannatan lämpimästi Euroopan puolustusyhteistyötä ja katson, että kokouksessa on pohdittava sen uusia suuntia sekä periaatteellisella että konkreettisella tasolla. Tässä maailmanpoliittisessa tilanteessa EU-maat ovat toistensa paras turva. Pooling & sharing vapauttaisi varoja sinne, missä EU:n kannalta tärkein turvallisuustyö tehdään: uhkien ennaltaehkäisyyn. EU:n laajuisista puolustusta ei voi järjestää samalla periaatteella kuin kansallisvaltion puolustusta, joten tarvitaan uudenlaista ajattelua, ei kansallisvaltioilta matkittua EU-armeijaa. Nykyaikaista turvallisuuden kasvattamista tarvitaan esimerkiksi kyberturvallisuuden parantamisessa, eikä sekään ole halpaa. Myös siinä jäsenmailla on yhteistyöstä konkreettista lisätietoa! Puolustusmenojen pakollinen kasvattaminen ei sovi Suomelle kuten ei monelle muullekaan maalle. Samoin esillä ollut ajatus 500 miljoonan aseteollisuuden tutkimuskäytöön korvamerkitystä rahasta on mahdoton perustella kansalaisille ja tiedeyhteisölle. Hyvä, toimiva, eurooppalainen turvallisuusyhteistyö on paras keino varautua sekä ulkoisiin että sisäisiin uhkiin.

Sergei Stanishev (S&D), *in writing*. – The EU asylum system is currently in shambles. The Dublin regulation is legally alive but politically dead. The terms we all so commonly use – ‘solidarity’ and ‘shared responsibilities’ – have lost their meaning. Meanwhile, Council is dragging its feet. Now, more than ever, we need commitment and real actions. Because, let’s not forget, as somebody recently pointed, a vision without actions is simply a hallucination. Being a Member State is not a matter of cherry picking. It is not just about benefiting from European funds or protecting your national interests, but also contributing to collective efforts for tackling common challenges. It was Greece, Portugal and Spain who were most affected by the economic crisis. Today it is Greece and Italy struggling to cope with the migration inflow to Europe. Shall we just ‘duck and hide’ today and expect a helping hand tomorrow when the next crisis hits? Solidarity is a two-way street. The recipe for success is simple: listen to the European citizens. And what the vast majority want is common solutions to the migration crisis, joint approach to security and defence and shared efforts on the social dimension.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Bár az EiT mostani ülésén is több olyan, az EU jövőjét meghatározó fontos kérdés szerepel, mint az európai szemeszter, vagy a közös biztonságpolitika, az európai polgár ezúttal is – még mindig – elsősorban a menekültválság megoldását várja az állam- és kormányfőktől. Egy tartós, működőképes menekült-befogadási szabályrendszerrel való megállapodás már nem odázható tovább, ezt a felelősségüket a tagállamok politikai vezetői immár nem kerülhetik meg.

Megítélésem szerint ennek legfontosabb elemei: véget vetni az embercsempészetnek és a Földközi-tengeri katasztrófáknak, biztosítani a menekültekkel való humánus, élhető jövőt ígérő elbánást, az EU határain jelentkező migránsok emberséges, egységes és átlátható szabályok szerinti kezelését, befogadását, átirányítását vagy visszatoloncolását. Legalább ennyire sürgető – és csakis a csúcsvezetők szintjén elvégezhető – feladat a szolidaritás alapeszméjének visszahozása az uniós migrációs politika jogrendjébe és gyakorlatába. Közös kihívást kell intézniük a menekült-elosztás közösen elfogadott rendjét megtagadó kormányokkal, mindenekelőtt Orbánéval szemben.

Ehhez új támpontot ad az a döbbenetes fejlemény, hogy Orbán legutóbbi parlamenti beszédében az Unió létét, alapértékeit támadta, kijelentve, hogy „az EU a terroristák pártján áll”, mert sokan a magyar határon tiltakozó menekült tízéves börtönbüntetését kifogásolták – többek között – ebben a Parlamentben is. Mindezek kapcsán elvárom Elnök úrtól, hogy az EiT-en elhangzó beszédében határozottan adjon hangot az EP közel egységes álláspontjának.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Em 2015, na UE28, um recente relatório da UNICEF denunciava que 27% das crianças e jovens, 25,3 milhões, vivem na pobreza. As políticas de austeridade da UE impuseram aos Estados-Membros cortes nos apoios e prestações sociais com as famílias e as crianças e nas prestações substitutivas de rendimentos de trabalho, quando estes mais eram necessários.

As políticas de direita e de austeridade impuseram cortes na saúde, na educação, e noutros serviços públicos, ao mesmo tempo que impuseram cortes em salários, desemprego, degradação das relações laborais, aumentando as desigualdades e a pobreza. São políticas de exploração e de miséria da UE que alimentam a realidade que não se pode esconder hoje em inúmeros países: milhares de crianças sinalizadas nas escolas com fome, necessidades básicas como vestuário, habitação e cuidados de saúde por suprir, crianças vítimas do abandono e insucesso escolar, do trabalho infantil, da mendicância, da prostituição juvenil, do abandono.

Infelizmente, nenhuma destas questões será discutida no próximo Conselho. A UE não tem solução a não ser a sua dissolução para dar lugar a um novo modelo de cooperação.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE), *na piśmie*. – W ciągu ostatniego roku znacznie przybliżyliśmy się do tego, by Unia Europejska stała się istotnym narzędziem służącym zwiększaniu nakładów na badania nad technologiami obronnymi, jak również poprawie zdolności, którymi dysponują siły zbrojne państw członkowskich. Propozycje Komisji dotyczące Europejskiego Funduszu Obrony, jak również ustanowienie między innymi Military Planning and Conduct Capability (MPCC), które ma za zadanie planowanie i prowadzenie nieofensywnych misji o charakterze militarnym, są krokami w dobrym kierunku.

Jednak, mimo że pewne działania są proponowane przez instytucje europejskie, konkretne i namacalne decyzje leżą w gestii państw członkowskich. Parlament Europejski wielokrotnie potwierdzał swoje poparcie dla wzmacniania współpracy obronnej i w zakresie bezpieczeństwa. Stanowił miejsce konstruktywnych dyskusji w tym zakresie. Jednak to państwa członkowskie muszą potwierdzić swoją gotowość do kolektywnego działania. Czas na konkretne działania. Plany są gotowe. Pomysły przeanalizowane. Myślę, że więcej wezwań do działania już nie potrzeba. Jedyne, czego brakuje, to wola polityczna. Mam nadzieję, że w końcu ta wola zostanie wyrażona jednoznacznie podczas najbliższego szczytu Rady Europejskiej.

(La seduta è sospesa per alcuni minuti)

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Presidente

6. Beschluss von Präsident Trump über den Rückzug der USA aus dem COP21-Klimaschutzabkommen (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the Council and Commission statements on President Trump's decision to withdraw the US from the COP 21 Climate agreement (2017/2729(RSP)).

The Paris Agreement has been a historic achievement of the international community, the first ever global commitment to address climate change and its consequences. While we regret the decision taken by the United States of America's administration to withdraw from this agreement, our long-standing commitment and determination to lead global action on climate change must not relent. We Europeans will not miss the opportunity that the Paris Agreement represents for our citizens, for our planet and for our economy.

Tackling this global challenge also entails working with our industry for new investments, new technologies and more sustainable growth and jobs. The European Parliament has been at the forefront of climate action within the European Union, and today there is an important vote on this. Our overwhelming vote in favour of this agreement made possible its ratification and entry into force. We must be proud of this achievement and we must also continue to work with the United States, its companies, states and cities on this and other fronts. We have set ourselves the most ambitious target in the world. We have the most advanced legislation, which we are strengthening now, showing our continuous commitment.

We were fundamental to this global agreement, as we were able to forge a strong alliance between developing and developed countries. This multilateral spirit was fundamental to the success of the COP 21, and for this I want to thank Commissioner Cañete and the Commission for their strong engagement in this issue in which the nations of the world, big and small, united to defend a higher cause.

Today we have the honour to have with us Mrs Hilda Heine, President of the Republic of the Marshall Islands and Chair of the High Ambition Coalition. Madam President, you know very well the effects that climate change can have, especially on the most vulnerable. Your testimony today is of the utmost importance for us. Madam President, you have the floor.

Hilda Heine, President of the Marshall Islands. – Mr President, I bring warm greetings from the people and government of the Republic of the Marshall Islands. It is indeed a great honour and privilege to address you today.

I come from a country whose beauty is as breathtaking as its vulnerability. Our ancestors refer to our islands as 'jolet jen Anij' or 'Gifts from God'. Midway between Australia and the United States, the Marshall Islands comprises more than 1 000 islands dotted within 29 different atoll chains, often no wider than a road. While our territory, mostly ocean, is vast, our population is about 50 000 – far smaller than this beautiful city.

It would seem that my country and yours could hardly be further apart or more different but there is much that we have in common. On a personal level, some of my ancestry is European, German to be specific. On a national level, we are strongly committed to liberal democracy, to human rights and the rule of law. Like the European Union, my country also believes deeply in a multilateral approach to solving global problems. The gravest of these is the battle against climate change.

We are all vulnerable to climate impact. No one can escape, but the Marshall Islands is on the front-line. Wherever you stand in my country you see the ocean. With an average elevation of two metres above sea level, we have nowhere to run and nowhere to hide. King tides and droughts have become more regular and frequent with disaster often hitting us in different ways in different parts of the country at the same time.

One of my first acts as President was to declare a state of disaster because of an unseasonal and prolonged drought. We had less than three weeks of fresh water left. At the very same time we were on high alert for widespread inundation. The drought lasted seven months and cost us nearly EUR 3.5 million. The year before that, a typhoon wiped away more than 3% of our economy and the year before, that many of our people were left homeless by a single king tide.

Climate change is not a hoax. This is what the everyday struggle against climate change looks like. For us and our Pacific island cousins the ocean that has been our lifeblood risks becoming the cause of our nightmares and through no fault of ours. Unless the world keeps its promise to pursue efforts to limit global temperature rise to no more than 1.5 degrees Celsius my country and others like Tuvalu and Kiribati risk becoming completely uninhabitable before the century ends.

But the current geopolitical situation would seem to make achieving the 1.5°C limit more challenging than this time last year. In the 18 months or so since the historic Paris Agreement was reached the world seems to have been turned upside-down more than once. The leader of the world's largest historical contributor to climate change has announced that he wants to leave the Paris Agreement. In my view, that decision was, at best, misguided. It was also disappointing and confusing for those of us that have long believed in the importance of US global leadership. This is particularly so for my country, a long-time committed ally and friend.

In the coming three years before the US can legally withdraw, we all have a duty to work together to convince President Trump of the importance of climate action. We have compelling arguments and evidence to help change hearts and minds. Because of that, I am cautiously optimistic and so are my people.

I have come here today to explain why and to ask for your help. The Paris Agreement that we all fought so hard to achieve is a balanced, fair and durable agreement. It is a ringing endorsement of multilateralism. It will stand the test of time. The Agreement gives countries flexibility to determine their own contributions towards fighting climate change in the context of collective science-based goals. The Agreement will bring countries together every five years to take stock of progress towards achieving those goals with a view to raising ambition. The Agreement provides for transparency and accountability and sets out provisions relating to means of implementation, adaptation, and loss and damage. Importantly, the Agreement recognises that the national circumstances of countries must be considered in its implementation.

It took us well over 20 years to achieve the Paris Agreement. We cannot do better and we do not have the luxury of more time. The Agreement is not open to renegotiation. Almost 150 countries have now joined the Agreement; some 50, including more than a quarter of the G20 since the US election. No one else is walking away. In fact, they are doing the opposite. Some have joined in the last few days.

I have been overwhelmed in recent weeks by the widespread global support and commitment to the Paris Agreement, including leaders, governments, cities, regions and business community and individuals. I commend Italy for its climate leadership in the G7 and expect no less of Germany in the G20. Such collective acts of leadership are critical and must not fall by the wayside.

Apart from the moral case for climate action, the economic case is undeniable. A recent OECD report highlights in no uncertain terms that any delay in climate action is bad for the economy. Growing numbers of decision-makers at all levels see this. Real world climate action is accelerating and exceeding national targets.

Who could have predicted only a few years ago that renewable energy would increasingly be the cheapest option? Climate action simply makes sense at every level. This realisation is resulting in new countries emerging as climate champions, including India and China.

We are also seeing countries coming together to find new ways to push the boundaries of climate ambition. The High Ambition Coalition, which my country established with the European Union and others, was key to reaching the deal in Paris. That Coalition, which bridges traditional economic and geo-political divides is now working towards the full implementation of the Paris Agreement and the creation of the political space needed for deeper and faster climate action.

In September next year my country will take over leadership of the Climate Vulnerable Forum – a group of 48 developing countries that has pledged to go 100% renewable by 2050. If we can do that, so can you!

At the sub-national level we are seeing an unstoppable groundswell of collective commitment to climate action. Initiatives include the Under2 Coalition, the 2050 Platform, Mission 2020, the C40 Group of Cities and the We Mean Business Coalition. Statements of commitment from US states, cities and businesses in the last week is to be welcomed and so is the direct engagement of European nations with them.

As the UN Secretary-General recently said, the climate action train has truly left the station. But for a country like mine, there is an urgent time imperative. A cost effective path to achieving the 1.5°C limit requires peaking global emissions before 2020 and a rapid acceleration of climate action before 2020 so as to set the world towards net-zero emissions in the second half of this century. The International Energy Agency (IEA) has confirmed this rapid decarbonisation is possible but requires unprecedented levels of leadership.

So once again the world is looking to Europe. Thankfully you have a good track record. From the Kyoto Protocol and delivering on its implementation to securing the Durban mandate that led to the Paris Agreement, and ensuring the success of Paris itself, including bringing it into force in record time, Europe has been at the centre of it all. Indeed, in Paris, it was the Marshall Islands and the European Union that marched arm-in-arm with others into the historic or final plenary.

With that in mind, I pay tribute to President Juncker, Commissioner Arias Cañete and other European leaders and ministers over the years for their commitment. They are true climate warriors, as are many of you who grace this Chamber and others around the world.

Domestically, Europe is demonstrating that economic growth and reducing emissions of greenhouse gases are both possible and mutually reinforcing. Your ground-breaking legislation and policies are being emulated by others around the world. Leadership must increasingly be about implementation. You are turning rhetoric into reality and beginning to put in place what is needed to deliver on your Paris promises.

The EU and its Member States together provide about 40% of all global public climate finance. The EU is also the biggest provider of technical climate assistance to developing countries. An important example is the MPC partnership. In my country EU support has on its own helped solarise more than 90% of our outer islands. Every penny is being put to good use. For all of this, I say thank you for your leadership and for your example.

Going forwards, what must climate leadership from Europe look like? First, Europe must urgently communicate a 2050 strategy to reduce emissions, consistent with the 1.5°C limit and net-zero emissions in the second half of this century. I have already committed my country to doing so.

Second, in 2018 the world will come together to consider progress and inform countries in coming forward with new or revised Nationally Determined Contributions in 2020. The EU must approach this dialogue open to the possibility of raising its ambition as a result. We will not stay within 1.5°C unless Europe and others move before 2020 to raise ambition.

So I am pleased to see President Macron has already committed France to doing even more and I welcome similar statements by Prime Minister Modi of India and others. This is exactly the race to the top we need.

The 2018 dialogue, together with the climate action summit which California plans to host next September and the UN Secretary-General's climate summit of world leaders in 2019 are the three biggest political moments we have before the end of this decade to push the cause of increased climate ambition. Europe must be at the centre of these, working with countries and others around the world to ensure further and faster climate action by all.

Third, I urge you to move to five-year international targets. Ten-year targets risk lacking in low ambition and are less responsive to the latest science and technological developments.

Fourth, the European Union must continue to push ambitious climate action in all relevant fora and sectors, including on shipping emissions and ensuring environmental integrity in reducing aviation emissions. It will also be important to push for the Kigali amendment on HFCs to enter into force as soon as possible. My country has already ratified the amendment. I acknowledge the sustained leadership of the Federative States of Micronesia to this important cause.

The EU must also lead the world in mainstreaming climate action to deliver the sustainable development goals including in relation to oceans. I pay tribute to our Pacific cousins from Fiji, as well as to Sweden for their leadership. All Pacific islands are also extremely proud that Fiji will represent us when it leads the world at COP 23, the first island climate summit.

Finally, ongoing leadership of the EU on climate finance, in particular for the most vulnerable countries, will be critical. Support for implementation by developing countries is a crucial part of the Paris Agreement. Sadly, the US decision to stop Green Climate Fund (GCF) funding presents a problem and one we hope the EU and its allies can address.

Bilateral assistance will also continue to be viable for countries like mine. An even greater focus by the EU on the Pacific region is urgently needed.

In concluding, I note that some people, maybe even some in this room, think that it is impossible to achieve the goals we agreed in Paris; that is to say that my country cannot be saved. It is impossible to explain how it feels as the leader of my people to see reports or commentaries that apparently forecasts the oblivion of our home land, our 'jolet jen Anij'.

I have seen and experienced the forced relocation and migration of my fellow citizens to other parts of the Marshall Islands and beyond as a consequence of the testing of nuclear weapons. So, the responsibility my generation has to leave to our children, and to their children and grandchildren, the Marshall Islands as a secure place to call home weighs heavily. Failure is not an option. As our young climate warriors eloquently put it 'we are not drowning, we are fighting'. I think I speak for all of my Pacific sisters and brothers when I say that.

By working together, the Marshall Islands, the European Union and many others have achieved the impossible before and we will achieve it again because we must. For your leadership, past, present and future, I say 'Kommooltata' – thank you very much!

(Sustained applause)

President. – The President of the Marshall Islands will stay with us because I think it is also important for her to know our position. We want to be at the centre of the debate on climate change.

Helena Dalli, *President-in-Office of the Council.* – Mr President, the recent announcement by President Donald Trump to withdraw the United States from the Paris Agreement on climate is a highly regrettable step. The announcement is in line with previous actions on environmental regulation by the new US Administration, such as the rolling-back of existing climate programmes and the weakening of international climate commitments. The decision to withdraw has been taken in the face of many convincing arguments in support of the new international framework and its architecture that have been voiced by the international community, businesses and other stakeholders. Unfortunately, at this point the details of the US approach are still unclear.

However, what has become evident now is the fact that the US withdrawal adds to the global responsibility held by the European Union as the key supporter of a rules-based multilateral system. Let me stress here that the EU is committed to leading with ambitious climate policies and through our committed support for the poor and the vulnerable.

The Paris Agreement is fit for purpose. It is ambitious, yet not prescriptive. With its flexible architecture it constitutes an international framework which encourages countries to widen the array of options contributing to the goals of preventing climate change, which threatens global development, peace and stability.

Therefore the Council is committed to ensuring that the EU significantly contributes to the optimisation of the Paris Agreement and to the design of all the elements of the Paris outcome. Our goal should be to minimise the consequences of the US decision on the effectiveness and credibility of the climate framework. The EU will also continue to support the convergence between intergovernmental negotiations and the implementation agenda. This includes conversion of countries' Nationally Determined Contributions goals into concrete policies and actions.

The Council is continuing its work on the completion of the internal legislative and regulatory framework of the Union, which is necessary to deliver our Paris target of reducing economy-wide emissions by at least 40% by 2030. On 19 June the Environmental Council will hold an exchange of views on the effort-sharing and the land-use change and forestry emissions proposals. We hope to swiftly finalise the Council's position and to start our interinstitutional negotiations as soon as possible. The EU position following President Trump's decision to withdraw the US from the COP 21 climate agreement will also be discussed during the Foreign Affairs Council meeting on 19 June.

Jean-Claude Juncker, *President of the Commission*. – Mr President, when I addressed the Paris Conference in November 2015 I saw the world united around a simple goal: to hand over to future generations a healthier planet, more stable and fairer societies, and more prosperous and modern economies. Thanks to the negotiations, and in particular to the chief negotiator of the European Union, my good friend Miguel Cañete, a historic deal was made. The world agreed to save its one and only home.

Doing justice to its traditional name, 'gifts from God', the Marshall Islands took action, becoming one of the first to ratify the Paris Agreement. The testimony of President Heine is a reminder of the need for action. It is a matter of survival. Here is a fact: every morning, international datelines set that the day begins at the Marshall Islands. President Heine, we will work to help your country continue to mark the beginning of our days. We will not allow the denial of the very few to be the end of the days of the Marshall Islands.

Unfortunately, not everyone in the world sees the truth of the facts. The withdrawal of the United States from the Paris Agreement is more than a sad event; it is a sign of abdication from common action in dealing with the fate of our planet. We are disappointed and we regret that decision, but the abandonment of Paris by the US Administration will not mean the end of the Agreement. I am convinced that it will make the rest of the world more united and determined to work towards the full implementation of the Paris Agreement. The European Union will not renegotiate the Paris Agreement.

(Applause)

The 29 articles of the Agreement must be implemented and not renegotiated.

Climate action does not need more distractions. We have spent 20 years negotiating; now is the time for action and now is the time for implementation.

I see a strengthened resolve from all those who care about the future of the planet and who see the opportunities of a modern economy. This includes partners within the United States, such as the states of California, Washington, New York, which, taken together, would be the world's fourth economy. As the European Union, we will step up our climate diplomacy and collaboration with other partners. For example, climate action was a key topic of the EU-China Summit on 2 June. In September, Miguel Cañete will co-host a major gathering with his Chinese and Canadian counterparts to implement the Paris Agreement and accelerate the clean energy transition. We are also reaching out to our partners in the African Union and the ACP countries. We adopted joint statements expressing our common resolve and we will work hard to have a clear message coming out of the G20 Summit, or at least from 19 of its members, in July. In Paris, the world committed to helping vulnerable countries adapt to the consequences of climate change. The decision of the US to go back on its pledge to the Green Climate Fund leaves a major void. From our side, we stand firm to our commitments and we will work with third countries to mobilise the right public and private investments.

You can count on the efforts of the Commission to keep the momentum going on the implementation of the Paris Agreement. In return, we hope to count on your support to make the European Union's commitments a reality and make swift progress on all Commission proposals related to that goal. When we ratified the Paris Agreement in record time, this House showed its commitment to climate action. We need to keep the same spirit, more than ever.

Manfred Weber, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich möchte zunächst zum Ausdruck bringen, dass wir durch Ihre Anwesenheit und durch Ihre Rede geehrt sind. Ein herzliches Willkommen!

Bei der Frage, wie wir mit den Entscheidungen von Donald Trump umgehen, steht zunächst eine ganz banale Frage im Raum, nämlich die Frage: Wie halten wir es mit Fakten, wie gehen wir mit Tatsachen um? Die großen amerikanischen Universitäten – Harvard, Stanford, Georgetown, Yale – und sogar 82 % der amerikanischen Bürger bringen zum Ausdruck, dass für sie klar ist, dass Klimawandel eine Realität ist. Für uns ist es genauso klar: Der Wandel kommt, er wird groß, er wird dramatisch, und es geht nur noch um die Frage, wie stark wir ihn mit gemeinsamen Anstrengungen begrenzen können. Wir als Europäer dürfen stolz sein, dass wir mit anderen gemeinsam die *driving force* waren, vorangegangen sind und den Paris-Vertrag erst möglich gemacht haben. Die Europäer werden deswegen den Ausstieg Amerikas nicht akzeptieren und dem nicht folgen.

Die emotionale Frage, die im Raum steht, ist: Wie reagiert man darauf? Zunächst natürlich mit etwas Frustration ob der Entwicklung in den Vereinigten Staaten. Aber dann, wenn man ein paar Sekunden darüber nachdenkt, auch mit umso mehr Entschiedenheit, die hervorkommt – wegen der Verantwortung für die folgenden Generationen und auch wegen des Wissens, dass die Frage des Klimawandels auch einen Modernisierungsschub für unsere Wirtschaft anstoßen wird. Selbst amerikanische Konzerne wie Exxon sprechen sich ja dafür aus, dass man die Klimaziele nicht aufgibt, weil sie erkennen, dass darin auch eine große Chance besteht, wenn wir es mit der Wirtschaft anpacken, diesen Wandel anzustoßen.

Donald Trump negiert die Fakten, Donald Trump entscheidet sich gegen den Willen seiner eigenen US-Bürger, Donald Trump wird keine neuen Jobs mit diesen Entwicklungen, mit dieser Entscheidung schaffen. Und deswegen begeht Donald Trump mit dieser Entscheidung einen großen, einen historischen Fehler. „America First“ ist Egoismus. „America First“ ist bezogen auf den Abbruch von Beziehungen. Vielleicht sollten wir dem ein „Europe First“ entgegenstellen. „Europe First“ ist der Ansatz von Partnerschaft, von Miteinander, davon, gemeinsam Probleme lösen zu wollen. Insofern braucht Europa weniger „America First“ und mehr „Europe First“.

Gianni Pittella, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signora Heine, grazie innanzitutto. La bellezza e la vulnerabilità delle Isole Marshall sono la cifra del nostro pianeta e sono le direzioni opposte verso le quali possiamo andare, grazie alle nostre scelte o a causa delle nostre scelte. Possiamo andare verso la bellezza, la salute e la sicurezza del pianeta, ma possiamo andare anche verso il disastro.

Un tweet – lui ama i tweet – a Donald Trump. Non pensavo che ci potesse essere un Presidente degli Stati Uniti peggiore di George Bush, ma devo ricredermi perché non c'è mai limite al peggio. Ha raggiunto l'apice del peggio, spero non lo superi, e sta conducendo verso il disastro il pianeta, ma noi lo fermeremo. Noi, insieme alle forze progressiste del mondo, noi come forze europee, ma insieme a tutte le grandi realtà sociali, politiche, istituzionali, associative e associative non governative, noi insieme fermeremo il disastro di Trump. L'Europa deve fare l'Europa, come ha fatto nel corso degli anni quando ha costruito il mercato unico. Era un grande obiettivo, e oggi questo deve essere il grande obiettivo.

Non siamo ingenui. Trump fa questo non solo perché è un po' così, ma perché vuole ridurre i costi delle produzioni americane. Questa è competizione sleale e noi dobbiamo prendere le contromisure, che significa anche pensare a dazi. Pensiamoci, ma certamente, se si fa competizione sleale, noi dobbiamo saper rispondere. Abbiamo un dovere, quello di preservare la prospettiva di vita, di bellezza e di salute per i nostri figli, per i nostri nipoti, per il mondo intero.

Julie Girling, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, I would like to thank very much President Heine for coming here today and for her clear leadership and inspiration to the High Ambition Group.

For those of us who have struggled perhaps a little bit with how to address Donald Trump, what tone to adopt towards him – after all, he is a legitimately elected world leader – he has now solved my problem, because I am very happy to publicly and loudly say that this, and his action, is reckless. It is myopic and it is totally irresponsible.

It is made even more contemptible by the fact that we now know that he has decided that climate change is real. He has stopped his denying of it. He says it is real and indeed his ambassador to the UN, Nikki Haley, has confirmed that for us. So that makes his decision even more contemptible. He is not even pretending any more that he does not believe in climate change.

We can also see that he has a complete misunderstanding of the Paris Agreement and what the US's obligations are under that Agreement. He seems to think that it will be giving US industry an extremely unfair position and totally ignoring the fact that actually it gives the US a huge amount of flexibility in how they deal with making sure that they stand up for their obligations.

And given the modest commitments that the US is being asked to make – let us face it, for many people what the US is being asked under Paris is actually still way underperforming Europe and many of the Member States in Europe – it seems even more the case that 'the Donald' should be asked exactly where he gets his information and his advice from, because with higher per capita emissions than the world average, the US has a moral duty to significantly reduce its emissions and ensure that global average temperatures remain below 2 degrees C.

Maybe we should say that the next human-caused climate disasters should be called Hurricane Donald, Super Drought Pruitt, or Tropical Cycle Bannon, because that is going to be his legacy.

Catherine Bearder, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, President Trump is not the only threat to our global environment and the beautiful island states such as yours, President Heine, and thank you for coming to talk to us. Climate change sceptics in the UK also threaten European global protection. The British elections delivered a disastrous result for our Prime Minister, and Ms May battles on – she has appointed a new Environment Secretary, Mr Michael Gove. Gove has a shocking record. When he was Education Secretary, Gove wanted to get climate change off the school curriculums. He voted to sell off all of England's publicly-owned and protected forests and woodlands. He has voted 12 times against measures to prevent climate change, including opposing limits on greenhouse gas emissions. He supports fracking and he supports drilling in national parks. He has opposed refitting homes to stop carbon loss. To quote a past colleague of this House, Caroline Lucas, who is now an MP: 'Michael Gove is an environmental disaster waiting to happen'. During the Brexit referendum campaign, Gove stated that he had enough of experts. Well, frankly, the experts and the public have had enough of him, too, just as they have had of President Trump.

Colleagues, please be tough during the Brexit negotiations when it comes to the environment, as you will be with Mr Trump. Climate deniers like Gove need to know they have international treaty commitments that they cannot evade. He will try to slip and slide on environmental agreements. So, given the election results last week, it remains to be seen whether the UK will actually leave the EU. But if we do, the UK, just like the US, must fulfil its international environmental obligations. Environmental challenges do not stop at borders. Our environment, our planet, is interlinked, especially when it comes to the most vulnerable states on the planet. We must work together to protect it in the UK, in the US, and of course driven here by the European Union.

Kateřina Konečná, *za skupinu GUE/NGL*. – Drazí kolegové a především vážená paní prezidentko, děkuji, že jste dnes mezi nás přišla a děkuji také za Vaše slova.

Donald Trump se rozhodl odstoupit od klimatické dohody z Paříže. Zjevně by se tak rád vrátil do středověku, kde bylo popírání vědecky ověřitelných faktů na denním pořádku. Bohužel i přes všechny jeho tweety je změna klimatu nezadržitelná. Jak jsme dnes měli možnost slyšet, celé národy a státy jsou ohroženy tímto procesem, který s sebou přináší vzrůstající hladiny moře i drtivá sucha. Klimatické změny taktéž způsobené člověkem mohou v dalších letech způsobit migrační vlnu takových rozměrů, že současná krize bude v jejím porovnání pouhou banalitou. Co chce s tímto vším pan Trump dělat, neřekl. Zjevně by mu vyhovovala role neomezeného vládce pustiny.

Kam až vede bezohledné využívání zdrojů a nedbání na ochranu životního prostředí nám dnes a denně ukazuje např. situace okolo palmového oleje v Indonésii. Dnes více než jindy musíme ukázat světu svoji jednotu, odhodlání a správnou cestu.

Ska Keller, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident! Vielen Dank, Frau Präsidentin, dass Sie heute hier sind, dass Sie uns nochmal vor Augen führen, was es eigentlich heißt, was die Auswirkungen des Klimawandels für die Menschen in den meistbetroffenen Gebieten bedeuten. Ich kann Ihnen nur versichern: Wir Grüne werden uns weiter dafür einsetzen, dass wir mehr gegen den Klimawandel tun, und ich freue mich sehr, dass viele Kolleginnen und Kollegen, die heute schon gesprochen haben, auch gesagt haben: Ja, sie unterstützen das Pariser Abkommen, und sie finden die Entscheidung von Trump falsch.

Aber es reicht nicht, Trump zu kritisieren und uns dann auf dem *moral high ground* zu sehen und zu sagen: Wir sind besser dran. Nein! Die Ziele, die wir bis jetzt vorgegeben haben, von der Kommission hier verabschiedet haben, sind auf einem optimistischen Szenario aufgebaut. Sie werden uns nicht garantieren, dass wir noch nicht einmal zwei Grad einhalten werden. Aber für Inseln wie die von Frau Präsidentin Heine reicht das nicht. Wir müssen auf unter zwei Grad bleiben. Wir sollten maximal 1,5 Grad anpeilen – nur dann haben diese vielen Inseln eine Möglichkeit zu überleben. Wir müssen also jetzt mehr tun – wir als Europäerinnen und Europäer.

Wir sind der drittgrößte Verursacher von CO₂-Emissionen, aber wir als Europäische Union haben auch die Kraft und die Technologie, etwas gegen den Klimawandel zu tun. Wir sind nicht eine der ärmsten Nationen der Welt. Wir haben die Möglichkeiten, und wir müssen vorangehen. Wir können hier wirklich Führungskraft zeigen, wir können vorangehen, und wir können dazu beitragen, dass es mit dem Klima weitergeht. Und gerade wenn Trump aussteigt, können wir nicht sagen: Na gut, die USA machen jetzt nichts, dann machen wir jetzt auch nichts mehr, sondern wir müssen diesen Verlust der USA kompensieren. Denn wenn wir später von zukünftigen Generationen gefragt werden: Ja warum habt ihr nicht mehr getan? Dann können wir nicht sagen: Ja der Trump wollte nicht mehr. Sondern wir müssen unseren eigenen Anteil steigern – wir hier im Parlament, aber auch die Regierungen.

Wenn ich dann sehe, wie zum Beispiel die Bundesregierung in Deutschland sich zwar immer für ein Familienbild vor dem Gletscher aufstellt, aber gleichzeitig den größten Verschmutzern bei der Vergabe von CO₂-Zertifikaten entgegenkommt oder den harten CO₂-Normen bei Autos im Wege steht, dann geht das einfach nicht zusammen. Das passt nicht zur Führungsrolle Europas, und das passt nicht zum Kampf gegen den Klimawandel.

Dabei haben wir wirklich eine Chance, mit dem Kampf, mit Energieeffizienz und mit erneuerbaren Energien gute neue Jobs mit echter Zukunftsperspektive zu schaffen. Es liegt allein am politischen Mut – den müssen wir aufbringen. Der Planet wartet nicht auf uns, der kann auch ohne uns – aber wir nicht ohne ihn und wir nicht ohne ein verträgliches Klima. Wir können es schaffen – wir müssen es nur wollen, daran denke ich.

President. – The President of the Marshall Islands and I are leaving the plenary. Madam President, thank you for your engagement and for your speech. Thank you for your cooperation with the European Union. The European Union and the European Parliament will support your position.

(Applause)

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

Rosa D'Amato, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, secondo alcuni calcoli, l'uscita degli Stati Uniti dagli accordi di Parigi porterebbe ad un aumento teorico di circa 1,4 milioni tonnellate di CO₂ per anno fino al 2025 e comporterebbe danni seri all'economia e all'agricoltura.

Stiamo parlando di numeri abnormi davanti ai quali non possiamo far finta di nulla. Nell'era della quarta rivoluzione industriale dell'economia circolare, dell'attuazione dell'Agenda 2030 e dell'Accordo di Parigi, questa è la sede ideale dove programmare un futuro più sostenibile.

L'Unione europea ha delle responsabilità non solo verso le proprie popolazioni ma anche verso i paesi meno sviluppati del pianeta tutto. È arrivato il momento di riprendere una posizione centrale nello scenario scientifico e tecnologico e di incrementare gli investimenti nel settore. Ma se questa Europa è la stessa del Dieselgate e dei finanziamenti alle fonti fossili per mezzo dell'EFSI e della BCE, allora è evidente che per cambiare clima occorre prima di tutto un cambiamento del clima politico.

Harald Vilimsky, im Namen der ENF-Fraktion. – Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Man glaubt gar nicht, wie viele edle Retter des Weltklimas hier vorhanden sind, wenn man durch die Garage des Hauses geht und die vielen sechszylindrigen und achtzylindrigen Fahrzeuge sieht mit einem entsprechend hohen Ausstoßvolumen. Man glaubt es auch nicht, wenn man sich das Besuchsprogramm des Hauses, des Europäischen Parlaments ansieht, wo Mandatäre in die entlegensten Winkel der Welt fliegen, um über wichtige Themen wie Gender Mainstreaming und anderes zu diskutieren. Es ist aber alles recht und alles gut, wenn es um USA-Bashing geht, wenn es um Trump-Bashing geht; da sind der Scheinheiligkeit keine Grenzen gesetzt.

Schauen wir uns dieses Klimaabkommen, das Sie so hochjubeln, einmal im Detail an. Monsanto ist am Verhandlungstisch gesessen, die Nuklearlobby ist am Verhandlungstisch gesessen. In Wahrheit ist es ein Kniefall vor der Atomlobby. Und das wahre Ziel, nämlich erneuerbare Energien zu fördern, das wurde verabsäumt. Und daher kann ich nur an Sie appellieren: Seien Sie ehrlich in der Frage des Klimaschutzes, des Naturschutzes, und beenden Sie Ihre Scheinheiligkeit!

Bruno Gollnisch (NI). – Madame la Présidente, la décision du président Trump de retirer les États-Unis de l'accord de Paris a soulevé un tollé mondial. Même le président de Goldman Sachs, qu'on ne savait pas si soucieux de la planète, y est allé de sa petite condamnation.

Pour ma part, je ne dramatiserai pas cette décision. D'abord, parce que l'accord de Paris est très peu contraignant juridiquement, quoi que l'on en ait dit, et que rien ne permet de forcer son application par ses signataires. Il est avant tout un engagement politique. Ensuite, le retrait des États-Unis ne sera effectif qu'en 2020, et beaucoup d'autorités infrafédérales aux États-Unis – les États, les grandes villes – ont déclaré vouloir mener des politiques conformes aux accords. Enfin, parce que les Américains ont le sens des affaires: s'il s'avère lucratif d'investir dans l'économie verte et les secteurs économiques qui vont avec, ils le feront.

Mon inquiétude porte plutôt sur la perspective d'une surenchère européenne que, sous prétexte de compenser les effets supposés de ce retrait, l'on imposerait à notre économie.

Je remarque que M. Pittella est devenu favorable aux droits de douane pour conjurer la concurrence déloyale quand il s'agit des États-Unis. J'espère qu'il le sera autant dans d'autres circonstances.

Françoise Grossetête (PPE). – Madame la Présidente, personne aujourd'hui ne pourra dire qu'il ne savait rien du changement climatique: la répétition des catastrophes naturelles, de plus en plus violentes, touchant des territoires déshérités et donc des populations pauvres, en les appauvrissant un peu plus, la montée des eaux, qui menace les côtes et les îles, la sécheresse enfin, responsable de la famine en Afrique de l'Est, sont malheureusement une réalité et risquent à terme de pousser à l'exode des milliers, voire des millions de personnes, sans parler de notre biodiversité, mise en péril aussi.

Le président Trump a retiré les États-Unis de l'accord de Paris. C'est là une décision irresponsable qui «ringardise» son propre pays, en empêchant les Américains d'entrer dans la modernité.

La protection assumée de notre environnement et la révolution technologique qu'elle entraîne, c'est cela la modernité.

Nos entreprises ont bien compris cet enjeu, elles qui investissent pour accéder rapidement aux technologies les plus efficaces. Elles défendent leurs emplois et elles ont notre soutien.

L'accord de Paris fut un succès mondial. L'Europe s'est engagée sur une voie claire et visionnaire pour défendre le climat. Certains, ici dans cette enceinte, trouvent que notre législation va trop loin, mais non, nous sommes tout simplement ambitieux et responsables pour les générations futures.

Kathleen Van Brempt (S&D). – Madam President, President Trump made his announcement to leave the Paris Agreement, ironically, in the rose garden, and the question is: how should we react? We can be very angry, we can be frustrated – but let us not be afraid, and let us stand united. We have heard many of our political leaders in Europe say that we will keep up the engagements in the Paris Agreement. It is nice to give good speeches, but the proof of the pudding is in the eating, and the first thing we need to do in Europe is implement the Paris Agreement in full. When we have a vote on the Effort Sharing, when we discuss renewable energy, when we discuss energy efficiency, let us move up and make it more ambitious. That is our goal.

Second, we always say that Europe is divided – with two speeds, or three speeds. Well, we can also say that in the United States we have more than one speed: we have the Trump administration, but we also have states, cities, mayors, companies that have said they will implement the Paris Agreement and that they will keep on track with it. Let us not turn our back on the United States and their people, but work together with these cities and states. I think that is also what the European Commission should do: to make sure that at international level we keep up with China, India, but also with the citizens of the United States. Rest assured, Trump is not the rightful representative of the people in the United States, because they do stand with the Paris Agreement and with combating climate change.

Hans-Olaf Henkel (ECR). – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In seiner Fernsehserie verabschiedete der Unternehmer Trump seine Kandidaten meistens mit dem Satz: „*You are fired.*“ Nun meint er ja, er müsste sein Land so führen wie ein Unternehmen. Als jemand, der sein Leben immer in der Industrie verbracht hat, kann ich Ihnen sagen: Er führt sein Land nicht so, wie man sein Unternehmen führen sollte. Statt neue Produkte zu entwickeln, setzt er auf alte Technik. Statt auf den Rat seiner eigenen Forscher zu hören, setzt er auf alternative Fakten. Statt sich um die langfristige Gesundheit seines Unternehmens zu kümmern, setzt er es für kurzfristige Ziele aufs Spiel.

Wenn ich Aufsichtsratsvorsitzender dieses Unternehmens wäre, würde ich Herrn Trump morgen sagen: „*You are fired.*“

Marisa Matias (GUE/NGL). – Senhora Presidente, o facto de Donald Trump ter abandonado o Acordo de Paris é uma má notícia para todos nós, mas, se concordamos com isto, temos de ser coerentes e, por isso, quero aqui deixar um apelo.

Ainda há poucos dias votámos na comissão ITRE a posição deste Parlamento sobre o dossiê LULUCF e ganhou o *lobby* do negócio da floresta. Este primeiro voto que fizemos no Parlamento não põe apenas em causa o Acordo de Paris, como faz recuar a própria legislação europeia em matéria de combate às alterações climáticas.

É por isso que apelo a este Parlamento, à Comissão Europeia e ao Conselho, para que façam a transposição do Acordo de Paris como deve ser, sem truques na contabilização das emissões e sem hipocrisia. Não podemos contar apenas as árvores que são plantadas e ignorar aquelas que são cortadas.

Ainda estamos a tempo de emendar a mão. Apelo a este Parlamento, ao Conselho e à Comissão. O LULUCF deve ser um dossiê que transpõe o Acordo de Paris e não que nos faz recuar em matéria de alterações climáticas.

Bas Eickhout (Verts/ALE). – Madam President, I would like to thank everyone for these heart-breaking speeches on climate change. It is really great to hear how everyone is involved in it and concerned and, well, let us see, in half an hour you can vote and you will add loopholes to our own climate legislation watering down our targets for 2030. There might be some inconsistency with some of you guys, but I am sure you are going to work on that.

I also want to thank the Council for being here because you have been listening to the Marshall Islands. I know that you are even worse on the effort-sharing regulation. You are playing for more loopholes all over the place. I really hope when the Environment Council is meeting next week, you still have in your mind the speech by the President of the Marshall Islands, and act accordingly. I think that is important.

And to the Commission I would say: one of the clear demands we got from the Marshall Islands is to come now, before 2018, with your 2050 road map. Are you going to do that? Or is this going to be for the next Commission, postponing, postponing? I shall be silent now because I am going to listen to Mr Helmer and, if I understand *The Guardian* correctly, you are going to step down in July; so if this is your final speech I am happy to listen to it.

Roger Helmer (EFDD). – Madam President, may I, from this Hemicycle, send congratulations to President Trump for his wisdom and courage in pulling America out of the climate agreement in Paris and resisting the pressure from the green lobby, of which we have heard so much today. In fact, he has given America a huge competitive advantage in terms of industry and exports, which will be damaging to Europe if we cling to the outmoded climate passion that we have heard in this Hemicycle.

Some colleagues will be familiar with the peer-reviewed paper published recently by Danish statistician Bjørn Lomborg, in which he estimates the cost of Paris at USD 100 billion by the end of the century, when the impact on climate will be 0.17 °C. In other words, an eye-watering amount of money for virtually no return. This is pure virtue signalling and gesture politics; we should be ashamed of ourselves.

Janice Atkinson (ENF). – Madam President, last month colleagues from across six nations this side of the House wrote to President Trump, urging him to pull out of the Paris climate agreement – and he did. He is putting American jobs first. He is fighting against global interests; he is protecting the nation state; he is trying to protect his citizens from terror. He is a president that has the guts to stand up to the global elites and their green hobbies. He puts American people first, instead of virtue signalling with other people's money.

Trump's policies, like Brexit, have really challenged the status quo in this place, and that is why you are all so frustrated now. So good luck, President Trump. I wish you well, along with Steve Bannon, your chief strategist. You are winning, and we are winning, despite the rhetoric that goes on – and despite Ms May really messing up. But I am sure all my colleagues across this House would like to join me in wishing President Trump a very happy birthday.

(Applause from some quarters)

Peter Liese (PPE). – Frau Präsidentin! Ich hatte die große Ehre, an der Delegation des Europäischen Parlaments bei der Klimakonferenz in Marrakesch teilzunehmen. Und da gab es natürlich einen Schock, als bekannt wurde, dass Präsident Trump die Wahl gewonnen hat, weil wir natürlich mit der jetzigen Entwicklung rechnen mussten. Aber es war schon in Marrakesch ganz klar: Der Rest der Welt wird sich nicht beirren lassen und an Paris festhalten. Ich danke Jean-Claude Juncker und Miguel Arias Cañete für ihre klaren Aussagen in dieser Beziehung. Und auch das Parlament wird nicht nur reden, sondern handeln.

Bas Eickhout geht jetzt leider gerade raus. Er sprach von *loopholes*. Aber er sollte nicht verschweigen, dass wir heute Mittag über das *effort sharing* abstimmen, und die EVP stimmt dem Kompromiss zu, der eine ambitionierte Umsetzung von Paris vorsieht – gleichzeitig realistisch, aber ambitioniert. Und ich bin froh, dass wir nach Diskussionen mit meiner Fraktion zu dieser Zustimmung kommen. Klimaschutz bedeutet eine Chance für die Wirtschaft, und Trump wird den USA das meiste Leid zufügen, weil er die Zukunft verpasst.

Miriam Dalli (S&D). – Qieghda hawnhekk nirrappreżenta dawk iċ-ċittadini li huma mhassba u li jridu li tittiehed azzjoni, bis-serjetà, biex nindirizzaw it-tibdil fil-klima – anke mill-istituzzjonijiet Ewropej u anke minn din il-Kamra. U xi kultant nibda nisma' d-diskorsi u lanqas nemmen lil widnejja, għaliex għandna nies li lanqas biss qeghdin jirrealizzaw li, jekk l-ekosistemi tad-dinja se jmutu, l-ekonomiji se jikkollassaw għal kollox.

U bir-rispett kollu, meta konna qeghdin nitkellmu u ninnegozjaw il-Ftehim ta' Pariġi, hassejt li kien hemm kunsens li stajna nahdmu lkoll flimkien biex insalvaw il-futur tal-pjaneta tagħna. U kont qed nittama li din kienet il-bidu ta' rivoluzzjoni li se twassal għal tibdil li jsir fi żminijietna. Id-deċiżjoni tal-President Amerikan li jirtira mill-Ftehim ta' Pariġi, irridu nammettu, hija daqqa ta' harta. Però dan l-ostakolu mhux se jnaqqas mid-determinazzjoni tagħna li naġixxu. Irridu mmexxu, irridu nispiraw u rridu nempawerjaw. Għaliex dan huwa ż-żmien li għandna niehdu azzjoni b'saħħitha: il-mument fejn niddeċiedu bħala kontinent wiehed magħqud fuq liema naħa tal-istorja rridu nkunu.

U dan huwa sugġett b'impatt dirett fuq id-drittijiet tal-bniedem. Qeghdin nitkellmu, kif smajna wkoll, dwar id-dritt għall-ikel, id-dritt għall-ilma nadif, id-dritt għas-saħħa, id-dritt għall-edukazzjoni, id-dritt għas-sigurtà tal-bniedem. Huma proprju dawn in-nies, li huma l-aktar vulnerabbli li lanqas qeghdin jikkontribwixxu għat-tibdil fil-klima, u s-solidarjetà trid tkun magħhom.

Jadwiga Wiśniewska (ECR). – Pani Przewodnicząca! Porozumienie paryskie daje każdej stronie możliwość wykorzystania swoich uwarunkowań. Nie zakłada dekarbonizacji, docenia rolę lasów w bilansie emisji CO₂, stawia na zrównoważony rozwój. Po wycofaniu się Stanów Zjednoczonych z porozumienia paryskiego unijna polityka klimatyczna powinna być zrewidowana. Przestrzegam jednak przed bezmyślną reakcją polegającą na jednostronnym zawyżaniu europejskich ambicji, które miałyby wypełnić lukę po Stanach Zjednoczonych. Nasze samotne wysiłki nie uratują świata, wręcz przeciwnie, spowodują, że europejski przemysł będzie jeszcze mniej konkurencyjny. Apeluję, Panie Komisarzy, o to, aby porozumienie paryskie było fundamentem europejskiej polityki klimatycznej niezakładającej dekarbonizacji, doceniającej rolę lasów w bilansie emisji CO₂ i stawiającej na zrównoważony rozwój.

Yannick Jadot (Verts/ALE). – Madame la Présidente, quelle belle unanimité dans ce Parlement contre Donald Trump. Effectivement, la décision du président américain est irresponsable et criminelle.

Mais, franchement, si les discours sur le climat et sur l'environnement avaient dû sauver la planète, ça se saurait. La crédibilité d'une diplomatie climatique, la crédibilité d'un *leadership*, c'est la crédibilité de l'action climatique qui est posée. Trop souvent, la Commission européenne comme le Conseil, comme la droite de ce Parlement, à force de trop écouter les lobbies du nucléaire, du pétrole, du gaz, de l'agriculture intensive, de l'exploitation forestière et du transport ne voient pas toutes les PME, les chercheurs, les start-up, les collectivités et les citoyens qui veulent faire plus en faveur du climat et qui construisent aujourd'hui le monde de demain.

S'il y a un beau projet pour l'Europe, c'est de nous réconcilier avec l'avenir, avec le climat. C'est de créer les emplois. Et là, nous réconcilierons les Européens avec l'Europe et nous réconcilierons l'Europe avec le reste du monde. Alors, agissez, agissez, agissez!

Marie-Christine Arnautu (ENF). – Madame la Présidente, dans cet hémicycle climatisé à outrance et empli de députés venus par avion des quatre coins de l'Europe, cette énième condamnation du président des États-Unis me semble aussi hypocrite que celle des Saoudiens dénonçant le soutien du Qatar au mouvement djihadiste.

Sa décision est pourtant celle d'un chef d'État démocratiquement élu, qui n'a jamais caché son climato-scepticisme et qui n'a qu'un but, protéger les emplois américains. Vous feriez mieux d'en prendre exemple, vous qui êtes incapables de lutter contre le chômage ou le terrorisme, mais qui prétendez agir sur le climat.

Il est urgent, pourtant, de se préoccuper des emplois menacés de nos travailleurs, ceux que les conséquences de vos politiques n'ont pas encore jetés au chômage et dont les entreprises subiront désormais une nouvelle baisse de compétitivité face à leurs redoutables concurrentes américaines.

M. Trump a un grand tort en effet, celui de ne pas faire semblant de vouloir respecter un accord, non contraignant juridiquement, mais au contraire d'affirmer officiellement ce qu'il croit être bon pour ses concitoyens.

Mais cela vous est tellement difficile de l'admettre, tant cela est différent de votre façon de penser et d'agir.

Adina-Ioana Vălean (PPE). – Madam President, I think it is fair to say that there is an agreement in this House that we need to continue to fulfil our commitments to the Paris Agreement, and I hope this will be seen in the vote which is following on effort sharing, which I hope will have the support of this House.

The problem still exists in the support that the Member States are giving to the Paris Agreement targets, because even if we adopt policies with ambition, then we have to have the support of the Member States – we need to implement this. This House cannot have a very good say. We need the Member States to put the money where they promised they would put the money and to implement these policies we are agreeing upon.

The weakness of the agreement lies in its voluntary nature, so the implementation will depend very much on how the global economy will fare. The Paris Agreement, we need to say, makes economic sense, because it will create more jobs, more prosperity and sustainable growth in our economy. This is something President Trump needs to find out.

Gilles Pargneaux (S&D). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, l'Union européenne doit apporter deux réponses au président Trump.

Tout d'abord, à l'occasion de la COP23, qui aura lieu à Bonn, du 7 au 16 novembre prochain: prenons ce *leadership* pour permettre au monde, derrière les propositions concrètes de l'Union, de combattre cet attentisme ou cette décision ridicule du président américain.

Puis, bien évidemment, on le sait aujourd'hui, en Amérique, les réactions négatives à l'égard de M. Trump sont importantes: de nombreuses entreprises et villes, mais aussi

trente États sur cinquante condamnent son attitude.

Par conséquent, Monsieur le Commissaire, prenons contact avec ces États, avec ces entreprises américaines et avec ces villes pour installer une coopération avec l'Union dans les mois à venir à l'occasion de la COP23.

Ivo Belet (PPE). – Wat de positie van de Verenigde Staten ook is, we zijn de weg ingeslagen van een CO₂-arme en energie-efficiënte economie en er is geen weg terug. Dat is uiteraard de juiste keuze, ook en vooral omdat ze ons minder afhankelijk maakt van onbetrouwbare olie- en gasleveranciers.

Dus ambitie, zeker ook in de hervorming rond de verdeling van de inspanningen, waar we straks over stemmen. Maar ook: niet naïef zijn. Kijk naar de hervorming van het ETS, waarin we maatregelen willen om de koolstoflekkage tegen te gaan.

En tegelijkertijd verder werken aan die hervorming van het ETS, dat systeem robuuster maken en het vooral koppelen aan systemen zoals in Californië. Want we hebben sterke bondgenoten in de Verenigde Staten. Laten we ook verder werken aan een systeem, aan een gelijk speelveld voor industriële producenten die voor Europa willen produceren. Daarvoor kunnen we het ETS ook succesvol inzetten.

Jeppe Kofod (S&D). – Madam President, we just had our 80th Transatlantic Legislators' Dialogue (TLD) with our American counterparts in Congress after Trump announced his withdrawal from the Paris Agreement. I have to say with our American counterparts in Congress, it was a difficult conversation with them, but it is needed and what Trump did is actually disrespectful not only to his own people, but to people all over the world and for the 194 States that are there and committed to fighting climate change.

I also have to say that this withdrawal is actually placing a lot of question marks over the US government; it has further implications for the US. Can the US be trustworthy when it has to do negotiations and new global and international deal in the future? That is a question we have to ask ourselves. It is weakening our position to take collective action on a very important issue. But as others have said, there is a coalition: cities, States, people all over the world, including in the United States, that want change and they will continue despite Trump's decision. Let us stand together and work together and we will succeed.

Francesc Gambús (PPE). – Señora presidenta, señor comisario. Gracias también a la presidenta Heine por su testimonio y su inspiración.

El presidente de los Estados Unidos, Donald Trump, ha demostrado la incapacidad de su administración para participar en el liderazgo de la lucha contra el cambio climático. La Unión Europea, que ya había liderado las negociaciones previas del Acuerdo de París, debe hacerse mayor y tomar el mando para liderar esta transición hacia una economía hipocarbónica.

Hoy, el 20 % del presupuesto de la Unión es destinado a acciones de lucha contra el cambio climático. Estamos en pleno desarrollo de actualización del mercado de comercio de emisiones y en el establecimiento de una economía circular, y debemos hacer todavía más. Y necesitamos, a su vez, una política industrial que sea sostenible, con la misma ambición en sus tres pilares: económico, de creación de empleo, social y medioambiental.

Y en este sentido —y termino— quiero preguntarle, señor comisario: ¿Qué medidas ha tomado o piensa tomar la Comisión para proteger la economía europea, la industria europea y sus empleos, ante un más que posible *dumping* ambiental por parte de los Estados Unidos?

Jo Leinen (S&D). – Frau Präsidentin! Der Klimaschutz ist nicht nur eine politische, sondern auch eine moralische Pflicht – das hat die Rede der Präsidentin der Marshallinseln gezeigt. Es wäre völlig unverantwortlich, dass ganze Staaten von der Bildfläche verschwinden, wenn wir die Erderwärmung nicht begrenzen können. Der Schutz des Klimas wird die größte Transformation der Ökonomie seit der ersten industriellen Revolution. Der Abschied von fossilen Energien und hin zu erneuerbaren Energien schafft auch völlig neue Chancen.

Wir in Europa müssen aufpassen, dass wir die neuen Produkte nicht nur kaufen, sondern auch selber produzieren. Die meisten Photovoltaikanlagen werden in China produziert. Die meisten Elektroautos werden demnächst in China produziert. Grüne Städte und Gebäude werden in China produziert. Also, Europa muss sich anstrengen, damit wir den Anschluss nicht verlieren.

Herr Kommissar, ich habe es bedauert, dass beim EU-China-Gipfel keine Erklärung für den Klimaschutz und die gegenseitige Kooperation zustande gekommen ist, denn der globale Klimaschutz braucht *leadership*. Und das muss Europa in Zusammenhang mit China sein.

Catch-the-eye procedure

Giovanni La Via (PPE). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora Presidente, il suo discorso è stato molto toccante e incisivo. Siamo tutti vulnerabili, ma soprattutto lo sono le Isole Marshall che sono, con mille isole e 50 000 persone, a rischio quotidiano.

Nonostante le decisioni di Trump, cresce in tutto il mondo una voce critica con annunci di alleanze tra grandi città e Stati federali americani, con le dichiarazioni del resto del mondo e dei cittadini e con l'Europa pronta a giocare un ruolo leader.

Il mondo guarda all'Europa e noi abbiamo già raggiunto obiettivi importanti, a partire dalla rapidissima ratifica dell'accordo di Parigi che ho avuto l'onore di guidare a nome del Parlamento, ma ci impegneremo a fare ancora di più, non dimenticando la necessità di assicurare la competitività del nostro mondo industriale. È ormai dimostrato che la transizione verso la nuova economia sostenibile è anche una strategia vincente da un punto di vista della crescita economica e della creazione di nuovi posti di lavoro, ed è questa la direzione in cui dobbiamo andare.

Signora Presidente, e credo di parlare con la grande maggioranza di noi, sappia che il Parlamento europeo è con voi e l'Europa è con voi.

Maria Grapini (S&D). – Doamnă președintă, domnule comisar, decizia președintelui Trump de a retrage SUA din Acordul privind schimbările climatice i-a creat Uniunii Europene o problemă majoră și trebuie să recunoaștem acest lucru. Unul dintre cei mai mari poluatori ai planetei, SUA, nu dorește să participe la măsurile legate de protecția mediului.

Toți de aici cred că dorim să contribuim la protecția mediului. Există și alt poluator major, China. Uniunea Europeană consideră că nu poate prelua singură sarcina salvării planetei. Ce vor face Comisia, Consiliul privind relațiile politice și economice cu cei doi mari poluatori? Vom continua să umplem piața de produse care vin dintr-un mediu poluant și vom dezindustrializa mai departe Europa? Vom distruge locuri de muncă? Vom lăsa tinerii fără locuri de muncă? Eu cred că instituțiile europene, inclusiv noi, Parlamentul, trebuie să ne asumăm responsabilitatea de a negocia orice acord în favoarea cetățenilor europeni. Protejarea climei este vitală pentru planetă și acest lucru trebuie folosit în toate negocierile.

Νεοκλής Σουλκιώτης (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, η αποχώρηση των ΗΠΑ από τη συμφωνία του Παρισιού δεν πρέπει να ξαφνιάζει. Ο Trump ενίστε επέκρινε τη συμφωνία χαρακτηρίζοντάς την ως φάρσα που έχει στόχο την αποδυνάμωση της αμερικανικής βιομηχανίας. Λογικό, αφού η νεοφιλελεύθερη πολιτική του Trump θέτει τα συμφέροντα των πολυεθνικών πάνω από την προστασία του περιβάλλοντος. Η αποχώρηση αυτή δεν πρέπει να καταστεί δικαιολογία για τη μη τήρηση των συμφωνηθέντων και από τους υπόλοιπους. Αντιθέτως, η καταστροφική για την ανθρωπότητα πορεία των ΗΠΑ επιβεβαιώνει πως απαιτείται ακόμη μεγαλύτερη δράση από εμάς. Οι δραματικές κλιματικές αλλαγές εκπέμπουν σήμα κινδύνου. Δεν αρκεί λοιπόν να καταδικάζεται η αποχώρηση των ΗΠΑ. Η Ευρωπαϊκή Ένωση, σε συνεργασία με την Κίνα και άλλα κράτη, πρέπει να αναπτύξει πρωτοβουλίες, ώστε να στηρίξει έμπρακτα τις αναπτυσσόμενες χώρες, και να αναπτύξει ολοκληρωμένο σχέδιο δράσης για την καταπολέμηση της κλιματικής αλλαγής, για τον τερματισμό της αλόγιστης χρήσης των φυσικών πόρων και για τη μείωση των εκπομπών αερίων του θερμοκηπίου. Εάν δεν τεθούν άμεσα δεσμευτικοί ουσιαστικοί στόχοι, δεν θα μπορέσουμε να σταματήσουμε την καταστροφή του πλανήτη.

Piernicola Pedicini (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, io devo dire che ho apprezzato moltissimo le parole che sono state dette per lo più in quest'Aula su questo dibattito, in particolare quelle pronunciate dal presidente Pittella in merito a questa scelta scellerata da parte di Donald Trump di uscire dall'accordo di Parigi.

Pittella ha parlato anche di salute, ha parlato di bellezza dei territori. Il problema è che il presidente Pittella milita in un partito che ha deciso di raddoppiare le stazioni petrolifere in Italia, devastando di fatto i nostri territori e i nostri mari. Allora io chiedo: come pensate che si fermi il riscaldamento globale se siete alleati con i petrolieri? La mia domanda è: come pensate di combattere i cambiamenti climatici, se poi quello che dite è esattamente il contrario di ciò che fate?

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κυρία Πρόεδρε, ανεξαρτήτως των κινήτρων και των δικών μας απόψεων, ο Πρόεδρος Trump, στον βαθμό της αρμοδιότητος που του αναλογεί, έχει το έννομο δικαίωμα να αποσύρει τις ΗΠΑ από τη συμφωνία του Παρισιού. Η ηθική διάσταση της απόφασης αυτής παραμένει, βέβαια, αμφίβολη. Βέβαια, έχει ήδη συντελεστεί η μεταστροφή σε επιλογές πιο φιλικές προς το περιβάλλον. Χρειάζονται όμως περαιτέρω δράσεις και κανονιστικές ρυθμίσεις. Οι αλλαγές που προβλέπονται στη συμφωνία θέτουν τόσο προκλήσεις όσο και ευκαιρίες, οι οποίες όμως δεν κατανέμονται αναλογικά μεταξύ των κρατών. Το ίδιο ισχύει και για τα αποτελέσματα της κλιματικής αλλαγής. Η λήψη νομικά δεσμευτικών δράσεων έναντι των στόχων είναι απαραίτητη, παράλληλα με την ενίσχυση της καινοτομίας. Κανόνες που πρέπει να λαμβάνεται αμελλητί είναι «όποιος ρυπαίνει τιμωρείται». Ειδάλλως, οι συνέπειες της αδράνειας θα είναι ευρύτερες του κόστους οποιασδήποτε προσαρμογής. Το ζητούμενο είναι η επιβίωση της ανθρωπότητας. Όμως, παρά την επείγουσα διάσταση του ζητήματος, δεν θα γίνει αποδεκτό το όποιο ιδιοτελές συμφέρον, που επιβάλλει συμφέροντα ή υπονομεύει κάποιο κράτος, υπό το κάλυμμα ρυθμιστικών πλαισίων.

Elmar Brok (PPE). – Frau Präsidentin, Frau Ratspräsidentin, Herr Kommissar, meine Damen und Herren! Nur kurz zwei Punkte – erstens: Ich glaube, dass Herr Trump da eine Mauer gegen die Migration zu Mexiko bauen will und sich die Zahl der Migranten durch die Verhinderung des Kampfes gegen den Klimawandel noch erhöhen wird. Für uns ist es auch eine existenzielle Frage, dass, wenn wir die Lebensbedingungen in Afrika sichern wollen, der Klimawandel gestoppt wird, weil es sonst Völkerwanderung geben wird. Und deswegen ist Klimawandel auch in diesem Sinn eine wichtige Frage.

Und der zweite Punkt, den ich erwähnen möchte: Wer seine Wirtschaft auf Kohle und Zement stellen will, der muss sehen, dass die innovativen Unternehmen seines Landes dagegen sind. Deswegen sollten wir die Nerven behalten. Die amerikanischen Unternehmungen werden diese rückschrittliche Politik auf Dauer nicht akzeptieren. Trump ist hier dabei, sein eigenes Land in eine ökonomische Katastrophe zu führen.

José Blanco López (S&D). – Señora presidenta, Trump ha cumplido su amenaza. Los Estados Unidos, su administración -no el país- no serán un aliado de la lucha contra el cambio climático, pero no es esta la única amenaza. De un lado, el negacionismo de gente como Trump. De otro lado, la falta de ambición.

Valoro la defensa hecha por la Comisión de los Acuerdos de París, pero las buenas palabras no pueden ocultar la falta de ambición, por ejemplo, en el paquete de energía limpia. Si queremos que el Acuerdo de París sea algo más que un mal recuerdo de lo que pudo haber sido y no fue es hora de comprometerse a lo grande y dar un salto de gigante en los objetivos europeos. Por ejemplo, en materia de energía renovable, aumentando la ambición y haciendo que los objetivos sean vinculantes para los Estados miembros.

Ahí quiero ver a esta Cámara, como otras veces: con ambición, con compromiso, con luces largas.

(End of catch-the-eye procedure)

Miguel Arias Cañete, Member of the Commission. –Madam President, all the House has listened to the passionate speech of the President of the Marshall Islands calling on us for ambition and action.

The best answer we can give is, first of all, to confirm that we will not renegotiate the Paris Agreement and that we will make all the efforts needed to provide the political momentum behind the Paris implementation. The implementation of the Paris Agreement domestically requires that this House gives full support in moving ahead on making the European Union's commitment a reality.

The European Union is showing the world the way with our cutting-edge climate policy and there is no stronger statement we can make than swift progress on the ETS, the effort-sharing regulation, the land-use legislation as well as on the Clean Energy for all European Package. When we ratified the Paris Agreement in record time this House showed its commitment to climate action and we need to provide the same spirit now, more than ever.

Internationally we will have to implement the Paris Agreement by working closely with all our allies with ambition and determination. And as Ms Van Brempt and some others clearly stated, we have to keep working with the United States, which is much more than the Federal Government. In the United States the decision to withdraw also strengthened the resolve of those who care for the future of the planet and who understand the economic opportunities of a low-carbon transition.

Hundreds of United States mayors, governors, state attorneys-general, CEOs and others pledged to the United Nations to achieve and eventually exceed America's commitment to the Paris Agreement in a declaration entitled 'We Are Still In' and they will submit a Societal Nationally Determined Contribution to the United Nations, aggregating action by different stakeholders and building upon the Global Covenant of Mayors for Climate and Energy.

The states of California, Washington and New York founded the United States Climate Alliance, now joined by nine other states. So it is clear that we will continue to have great partners within the United States even if the Federal Government decides to stay on the side of the road.

We will also step up our climate diplomacy. Climate action was a key topic of the European Union-China Summit on 2 June and our cooperation on the ground with China is stepping up a gear. In September the European Union will host a major ministerial gathering with ministers here from China and Minister McKenna from Canada to advance in the implementation of Paris and accelerate their transition.

Finally, my last remark to his House is that the world's reaction to President Trump's action proved that the European Union is on the right side of history. Our task ahead is clear. Let's keep our resolve.

Helena Dalli, *President-in-Office of the Council*. – Madam President, I thank everyone for their interventions, and despite the US decision to leave, I am encouraged by their support for full implementation of the Paris Agreement and our continuous leadership at international level. We will continue our work on this and on the current climate legislative proposals. I thank you all very much.

Chair. – The debate is closed.

Written statements (Rule 162)

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – Los socialistas españoles estamos a favor de la reducción de las emisiones de gases de efecto invernadero como primera medida urgente a adoptar para mitigar los devastadores efectos del cambio climático. Tras el anuncio de la retirada de los Estados Unidos del Acuerdo de París, la Unión Europea ha de liderar el proceso y redoblar sus esfuerzos como región referente a seguir. Los socialistas queremos evitar que el incremento de la temperatura media global del planeta supere los 2 °C respecto a los niveles preindustriales y defenderemos acometer esfuerzos adicionales para que el calentamiento global no supere los 1,5 °C. De la misma forma defendemos el compromiso de la UE y de sus Estados miembros de continuar en el Acuerdo de París, reconociendo la necesidad de que las emisiones globales toquen techo lo antes posible y asumiendo que esta tarea llevará más tiempo en países en desarrollo. En este sentido apoyamos las contribuciones al Fondo Verde para el Clima, dirigido a que países en vías de desarrollo reduzcan sus emisiones y aumentar la resistencia a las consecuencias del cambio climático. Para ello, los socialistas queremos mantener el objetivo de movilizar 100 000 millones de dólares al año en 2020 y ampliar esta medida hasta 2025.

Eugen Freund (S&D), *schriftlich*. – Das politische Klima zwischen der EU und den USA hat sich seit dem Amtsantritt von Donald Trump verschlechtert; nun macht der US-Präsident auch noch deutlich, was er vom globalen Klima und dessen Schutz hält. Die Ankündigung Trumps, aus dem Pariser Klimaabkommen auszusteigen, ist ein Rückschritt für die internationalen Bemühungen, den Klimawandel in den Griff zu bekommen. Eine der größten Herausforderungen unserer Zeit ist es, den nachfolgenden Generationen einen sauberen und lebenswerten Planeten zu übergeben. In dieser Hinsicht ist es erschreckend, wie leichtfertig Trump das mühsam errungene Pariser Klimaabkommen aufs Spiel setzt. Auch wenn Trump glaubt, er könne im Hinblick auf den Klimawandel jegliche wissenschaftliche Erkenntnisse außer Acht lassen, so wird die Entscheidung am Ende erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt und die internationalen Beziehungen haben.

Jetzt sind die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten gefragt. Die EU darf sich von der kurzsichtigen Politik des amerikanischen Präsidenten keinesfalls negativ beeinflussen lassen. Wir Europäerinnen und Europäer müssen jetzt mit Führungskraft vorangehen. Denn Klimaschutz muss trotz Trump weiter verfolgt und – soweit nur irgend möglich – mit ehrgeizigeren Zielen weiter ausgebaut werden. Es muss klar sein: Diese Ankündigung bedeutet auch, dass Europa mit dem unberechenbaren US-Präsidenten auch in einer so bedeutenden Frage wie dem Kampf gegen die Erderwärmung nicht mehr rechnen kann.

Arne Lietz (S&D), *schriftlich*. – Präsident Trump hat sich für den Ausstieg der USA aus dem Pariser Klimaabkommen entschieden. Damit manövriert er sein Land ins klimapolitische Abseits. Zugleich erhöht er damit indirekt den Druck auf Europa und die anderen Unterzeichnerstaaten, ihre Verpflichtungen einzuhalten und zukünftig noch ambitionierte Ziele festzulegen. Als globale Wirtschaftsmacht steht die EU mehr denn je in der Pflicht, eine Führungsrolle beim internationalen Klimaschutz einzunehmen. Hierfür brauchen wir eine europäische Klimadiplomatie-Strategie. Das Europäische Parlament kann und muss bei der Ausarbeitung dieser Strategie wichtige Impulse geben. Ich setze mich seit einem Jahr dafür ein, dass es einen Initiativbericht zum Thema Klimadiplomatie im Ausschuss für Auswärtiges geben sollte. Beispielsweise plädiere ich dafür, dass unsere parlamentarischen Ausschüsse und Delegationen auf ihren weltweiten Reisen systematisch ihre Gesprächspartner nach der Umsetzung der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) und ihrer nationalen Klimaschutzziele im Rahmen von COP21 befragen. Das gilt auch für unsere EU-Vertretungen in der Welt. Der Europäische Auswärtige Dienst in Brüssel muss finanziell und personell in die Lage versetzt werden, Europa als zentralen Player in der Klimadiplomatie zu stärken.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – Los socialistas españoles estamos a favor de la reducción de las emisiones de gases de efecto invernadero como primera medida urgente a adoptar para mitigar los devastadores efectos del cambio climático. Tras el anuncio de la retirada de los Estados Unidos del Acuerdo de París, la Unión Europea ha de liderar el proceso y redoblar sus esfuerzos como región referente a seguir. Los socialistas queremos evitar que el incremento de la temperatura media global del planeta supere los 2 °C respecto a los niveles preindustriales y defenderemos acometer esfuerzos adicionales para que el calentamiento global no supere los 1,5 °C. De la misma forma defendemos el compromiso de la UE y de sus Estados miembros de continuar en el Acuerdo de París, reconociendo la necesidad de que las emisiones globales toquen techo lo antes posible y asumiendo que esta tarea llevará más tiempo en países en desarrollo. En este sentido apoyamos las contribuciones al Fondo Verde para el Clima, dirigido a que países en vías de desarrollo reduzcan sus emisiones y aumentar la resistencia a las consecuencias del cambio climático. Para ello, los socialistas queremos mantener el objetivo de movilizar 100 000 millones de dólares al año en 2020 y ampliar esta medida hasta 2025.

Javi López (S&D), *por escrito*. – Los socialistas españoles estamos a favor de la reducción de las emisiones de gases de efecto invernadero como primera medida urgente a adoptar para mitigar los devastadores efectos del cambio climático. Tras el anuncio de la retirada de los Estados Unidos del Acuerdo de París, la Unión Europea ha de liderar el proceso y redoblar sus esfuerzos como región referente a seguir. Los socialistas queremos evitar que el incremento de la temperatura media global del planeta supere los 2 °C respecto a los niveles preindustriales y defenderemos acometer esfuerzos adicionales para que el calentamiento global no supere los 1,5 °C. De la misma forma defendemos el compromiso de la UE y de sus Estados miembros de continuar en el Acuerdo de París, reconociendo la necesidad de que las emisiones globales toquen techo lo antes posible y asumiendo que esta tarea llevará más tiempo en países en desarrollo. En este sentido apoyamos las contribuciones al Fondo Verde para el Clima, dirigido a que países en vías de desarrollo reduzcan sus emisiones y aumentar la resistencia a las consecuencias del cambio climático. Para ello, los socialistas queremos mantener el objetivo de movilizar 100 000 millones de dólares al año en 2020 y ampliar esta medida hasta 2025.

József Nagy (PPE), *írásban*. –Húsz hosszú éven keresztül folytak a tárgyalások a párizsi egyezményről. Végül egy történelmi megállapodás született, amelyben a nemzetközi közösség elkötelezte magát az éghajlatváltozás okainak és következményeinek kezelése mellett. A párizsi egyezmény erős szövetséget képvisel a fejlődő és fejlett országok között, hiszen a világon mindössze két állam nem járult hozzá aláírásával, mégpedig Szíria és Nicaragua. Éppen ezért volt mindannyiunk számára megdöbbentő Trump elnök bejelentése, miszerint az Amerikai Egyesült Államok nem kíván tovább a párizsi egyezmény részese maradni. A vitán a Marshall-szigetek elnöke, Hilda Heine is részt vett, így első kézből hallottunk az éghajlatváltozás által jelentett fenyegetésekről és az ellenük való mindennapi küzdelemről.

Olyankor tudatosítjuk csak igazán, hogy milyen szerencsés is a földrajzi elhelyezkedésünk, amikor a 7 hónapos aszály komoly következményeire, egy tájfun elsöprő erejére vagy a dagály miatt otthon nélkül maradt emberekre gondolunk. A Marshall-szigeteknek pedig ezek közül minden évre jutott egy. Az Európai Uniónak vezető szerepet kell vállalnia a párizsi egyezményben kitűzött célok teljesítése érdekében azért, hogy a következő generációnak egy egészséges bolygót adhassunk át. A megállapodás hosszú távon hozzájárul a gazdasági fejlődéshez és a társadalom jólétéhez is. A kötelezettségekre pedig akár lehetőségekként is tekinthetünk, melyek ambiciózus, modern technológiai vívmányok fejlesztésére ösztönzik a tagállamokat.

Indrek Tarand (Verts/ALE), *in writing*. – Although President Trump's decision to withdraw the United States from the COP 21 Climate agreement baffled European countries and other signatories of the agreement, I believe that in the future, when we look back, we can thank President Trump, whose actions have pushed Europe and the rest of the world more together, in order to take climate change much more seriously and to actually take concrete steps to enforce agreements. We have even seen how several US states have gone against President Trump's decisions, by pledging to fulfil COP 21 commitments voluntarily. We welcome such action, as this is a great example of how unified work of individuals and businesses at a grass-roots level can have an effect on important matters, even if the leaders of the country think otherwise. Climate change is a global challenge, and we need to tackle it, even if we are met with resistance.

Elena Valenciano (S&D), *por escrito*. – Los socialistas españoles estamos a favor de la reducción de las emisiones de gases de efecto invernadero como primera medida urgente a adoptar para mitigar los devastadores efectos del cambio climático. Tras el anuncio de la retirada de los Estados Unidos del Acuerdo de París, la Unión Europea ha de liderar el proceso y redoblar sus esfuerzos como región referente a seguir. Los socialistas queremos evitar que el incremento de la temperatura media global del planeta supere los 2 °C respecto a los niveles preindustriales y defenderemos acometer esfuerzos adicionales para que el calentamiento global no supere los 1,5 °C. De la misma forma defendemos el compromiso de la UE y de sus Estados miembros de continuar en el Acuerdo de París, reconociendo la necesidad de que las emisiones globales toquen techo lo antes posible y asumiendo que esta tarea llevará más tiempo en países en desarrollo. En este sentido apoyamos las contribuciones al Fondo Verde para el Clima, dirigido a que países en vías de desarrollo reduzcan sus emisiones y aumentar la resistencia a las consecuencias del cambio climático. Para ello, los socialistas queremos mantener el objetivo de movilizar 100 000 millones de dólares al año en 2020 y ampliar esta medida hasta 2025.

(The sitting was suspended for a few moments)

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Presidente

7. Feierliche Sitzung – Côte d'Ivoire

Le Président. – Monsieur le Président de la République, soyez le bienvenu au Parlement européen.

C'est un honneur et un plaisir pour moi de vous recevoir aujourd'hui à Strasbourg.

Il y a un mois, cher Président, nous recevions M. Moussa Faki Mahamat, le président de la commission de l'Union africaine. Votre venue s'inscrit donc dans le cadre du rapprochement et du renforcement de notre partenariat avec, d'une part, l'Union africaine et, de l'autre, les États membres qui la composent.

Je tiens à saluer le travail extraordinaire que vous avez effectué dans votre pays: sortir d'une guerre civile, renforcer les institutions et l'État de droit, redresser, dynamiser et diversifier l'économie en créant une base industrielle, et améliorer les indicateurs sociaux.

La Côte d'Ivoire se classe parmi les économies à fort taux de croissance dans le monde, avec une estimation de 8 % cette année. Elle peut et doit servir d'exemple à d'autres pays du continent africain, en particulier en Afrique de l'Ouest. Cependant, beaucoup de choses restent à faire: la lutte contre la pauvreté, les infrastructures, l'éducation, la santé, l'accès à l'eau potable ou encore à l'électricité.

Sachez que nous n'oublions pas que la Côte d'Ivoire, tout comme l'Europe, a été frappée par des attaques terroristes, notamment à Grand-Bassam. Il s'agit là d'un fléau que nous ne pourrions pas résoudre seuls. Nous devons coopérer dans ce domaine, avec l'aide d'organisations régionales, comme la Cedeao ou l'Union africaine.

L'Europe et l'Afrique partagent le même défi également sur la gestion des flux migratoires. Il faut agir à la racine du problème en investissant plus et mieux dans le cadre d'une vraie diplomatie économique pour créer croissance et emploi.

La venue ce matin de la présidente de la République des Îles Marshall nous rappelle l'importance d'agir pour le développement durable et le climat. La Côte d'Ivoire subit aussi les effets du changement climatique, avec la sécheresse, des inondations ou encore l'érosion côtière. De plus, la jeunesse et l'emploi, la paix, la sécurité, les droits de l'homme ou encore la gestion des crises sont des domaines concrets que nous traiterons sans doute à la fin du mois de novembre dans votre pays, à Abidjan, lors du sommet Afrique-Union européenne.

Monsieur le Président, votre présence ici est très importante et nous nous réjouissons de vous compter parmi nous, aujourd'hui. Sachez, Monsieur le Président, que nous voulons regarder l'Afrique avec des lunettes africaines et non pas européennes.

Voilà pourquoi notre coopération est et sera cruciale pour la paix, pour la stabilité, pour l'engagement contre le terrorisme, contre l'immigration illégale et contre le changement climatique.

Monsieur le Président, encore une fois, un grand merci.

(Applaudissements)

Alassane Ouattara, *Président de la République de Côte d'Ivoire.* – Monsieur le Président du Parlement européen, cher Antonio Tajani, Mesdames et Messieurs les Députés européens, je voudrais tout d'abord vous remercier pour l'occasion que vous me donnez de prendre la parole, ce matin, devant le Parlement européen réuni en séance plénière.

C'est un honneur et un privilège pour moi, pour mon pays, d'être ici car, vous qui êtes les représentants élus de plus de 500 millions de citoyens européens, vous constituez, en raison de votre diversité culturelle, de vos engagements politiques ainsi que de votre grande expérience, un auditoire exceptionnel et prestigieux.

Je souhaiterais donc saisir cette occasion d'aborder avec vous les grands défis que l'Afrique doit relever au cours des prochaines décennies. Je vous parlerai ensuite de mon pays, la Côte d'Ivoire, qui est engagée sur le chemin de l'émergence, comme vous le savez.

Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les Députés, le 25 mars 2017, l'Union européenne a célébré, dans la Ville éternelle, le soixantième anniversaire de la signature des traités de Rome. Ces traités ont tracé les sillons d'une solidarité agissante entre des nations autrefois en guerre.

Les pères fondateurs du traité de Rome ont eu l'idée ingénieuse de mettre ensemble les ressources et les intelligences au service de l'édification d'un espace de paix, de sécurité et de prospérité partagées. L'Europe constitue en cela une source d'inspiration pour le monde, et plus particulièrement pour le continent africain.

Au moment où l'on observe, hélas, un repli identitaire dans plusieurs régions du monde, je suis convaincu qu'ici, dans cette noble assemblée, vous saurez puiser en vous l'énergie nécessaire à la poursuite de l'esprit de solidarité, d'ouverture et de paix prôné par vos devanciers.

Cette conviction se fonde sur le fait que depuis sa création, l'Union européenne n'a cessé de communiquer à l'humanité sa foi inébranlable en un monde de paix, de stabilité et de progrès. Le prix Nobel de la paix, qui vous a été décerné en 2012, en est bien sûr une remarquable illustration.

Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, l'avenir de l'humanité dépendra des politiques, des actes et des programmes que nous définirons ensemble, dans nos pays, nos continents et à l'échelle mondiale. En d'autres termes, le monde deviendra ce que nous voulons qu'il soit.

À cet égard, je voudrais relever aujourd'hui trois défis majeurs qui auront un impact important sur l'avenir de notre planète et sur les relations entre l'Europe et l'Afrique. Je sais que le président de la Commission, M. Juncker, a évoqué avec vous la question de la paix et de la sécurité, donc je ne voudrais pas le répéter.

Les trois défis dont je voudrais parler concernent le réchauffement climatique, les flux migratoires et l'expansion démographique.

Je commencerai par le réchauffement climatique.

Le 12 décembre 2015, les dirigeants du monde se sont réunis à Paris pour adopter un accord historique sur le climat. Cet accord, qui a été ratifié par la très grande majorité des États, y compris la Côte d'Ivoire (qui a d'ailleurs déjà déposé les instruments de ratification à l'ONU), constitue pour notre planète une occasion unique de contenir le réchauffement climatique dans des limites raisonnables.

Aujourd'hui plus que jamais, il est urgent de mettre en œuvre cet accord, afin que les effets néfastes du réchauffement climatique sur l'homme et l'écosystème soient maîtrisés.

À cet égard, l'Europe, comme cela a toujours été le cas face à de grands enjeux mondiaux, peut montrer la voie.

L'Europe doit, en particulier, continuer à mobiliser les opinions, les financements et les technologies indispensables à la transition énergétique afin que l'accord de Paris soit irréversible. Oui, l'accord de Paris nous a donné une occasion historique, nous devons maintenant en faire une réalité.

Aujourd'hui, au moment où je vous parle, des pluies diluviennes, qui sont les conséquences des perturbations climatiques, font des dégâts importants dans plusieurs régions de mon pays.

De même, de nombreuses régions en Afrique font face à des vagues de sécheresse d'une ampleur inouïe, qui causent la mort et la désolation au sein de plusieurs communautés et provoquent des déplacements massifs de populations.

Mesdames et Messieurs les Députés, je voudrais donc vous encourager à continuer de faire du climat une priorité, afin que s'arrêtent les tragédies que nous observons de par le monde.

Il existe en effet plusieurs possibilités de continuer de tracer les chemins vers une croissance verte qui utilise peu de CO₂. Ces possibilités incluent une gestion rationnelle des ressources naturelles et des écosystèmes tout en tirant parti de leur valeur pour le développement économique.

Nous devons, ensemble, encourager la résilience au sein des communautés en réduisant toutes les formes de discrimination, notamment celles à l'égard des femmes.

Nous devons tous œuvrer à mettre en place des politiques de redistribution plus efficace et plus équitable de la richesse.

Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, le second défi que je voudrais aborder et auquel notre planète est confrontée est celui des flux migratoires non régulés et de l'emploi des jeunes.

Lors du sommet de La Valette sur la migration en novembre 2015, j'ai indiqué aux chefs d'État participants que les événements dramatiques qui causent la mort de milliers de personnes dans les eaux de la Méditerranée et dans le Sahel nécessitent davantage de solidarité et de concertation entre l'Europe et l'Afrique.

Pour ce faire, nous devons agir dans la durée et sur l'ensemble des facteurs à l'origine de cette situation.

À cet égard, il est urgent de ramener la paix et la sécurité dans la bande sahélo-saharienne et d'encourager une solution politique consensuelle au conflit en Libye.

Toutefois, il faut reconnaître que les conflits et la criminalité organisée n'expliquent pas à eux seuls les mouvements migratoires vers l'Europe constatés au cours de ces dernières années. À ces facteurs, il faut ajouter la pauvreté, je dirais même la misère, le chômage et le déficit de démocratie dans de nombreux pays.

C'est pourquoi, le lundi 12 juin 2017, lors de la conférence du G20 à Berlin sur un partenariat avec l'Afrique, nous avons suggéré la mise en place d'un plan qui aurait pour objectif de faciliter des investissements massifs en Afrique en vue de créer des emplois, notamment pour les jeunes. Cela contribuera à la réduction des flux migratoires illégaux vers l'Europe. Compte tenu de l'engagement de la chancelière allemande pour cette noble cause et de l'importance de cette perspective, beaucoup d'entre nous avons suggéré que ce plan puisse s'appeler le «plan Merkel».

Nous avons cependant fait remarquer que les mouvements migratoires intra-africains sont nettement supérieurs, en nombre, à ceux que l'on observe entre l'Afrique et l'Europe.

À titre d'exemple, la Côte d'Ivoire accueille près de 5,5 millions de ressortissants étrangers sur son territoire, soit une proportion de 26 % de sa population totale d'environ 24 millions d'habitants. Les transferts de cette diaspora africaine vers ses pays d'origine représentent chaque année près de 1 % du PIB de la Côte d'Ivoire. C'est dire à quel point l'hospitalité et la générosité ivoiriennes apportent une bonne contribution au développement des pays voisins.

(Applaudissements)

Mon pays continuera de faire preuve de solidarité envers toutes ces populations. Il est donc important qu'il soit soutenu afin qu'il continue à créer des emplois lui permettant de demeurer une terre d'accueil et d'hospitalité.

Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, cette jeunesse africaine qui est tentée par l'aventure européenne est souvent victime de réseaux mafieux et d'organisations terroristes qui se nourrissent de leur vulnérabilité et de leurs frustrations. Nous devons donc agir envers ces jeunes en les éduquant, en les informant et en leur faisant prendre conscience qu'ils sont mieux en Afrique qu'ailleurs. Ils doivent également être traités dans le respect de leur dignité.

Nous devons garder en mémoire l'article premier de la Déclaration universelle des droits de l'homme, adoptée par l'Assemblée générale des Nations unies le 10 décembre 1948 à Paris, au Palais de Chaillot, je cite: «Tous les êtres humains naissent libres et égaux en dignité et en droit. Ils sont doués de raison et de conscience et doivent agir les uns envers les autres dans un esprit de fraternité.»

C'est dans cet état d'esprit d'ouverture à la coopération sur de nombreuses questions d'intérêt mondial que la Côte d'Ivoire exercera son mandat au sein du Conseil de sécurité des Nations unies pour la période 2018-2019. À ce propos, Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, je voudrais remercier tous vos pays pour le soutien massif que vous nous avez apporté à l'occasion de notre élection au Conseil de sécurité des Nations unies. Ce mandat, qui débute le 1^{er} janvier prochain, sera placé sous le signe de la paix, que les Ivoiriens ont érigée en seconde religion.

Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, le dernier défi que je voudrais évoquer est celui de l'expansion démographique.

Selon les projections de la Division de la population de l'ONU, la population mondiale, qui est d'environ 7,4 milliards d'individus actuellement, dont 1,2 milliard d'Africains, dépasserait 10 milliards en 2056.

Dans cet ensemble, l'Afrique connaîtra la croissance la plus forte, qui représentera 50 % de la croissance démographique mondiale d'ici 2050. Ainsi, l'Afrique pourra rattraper la population des régions les plus développées, telles que l'Amérique du Nord et l'Europe. Le Nigeria deviendra, en 2050, le cinquième pays le plus peuplé, devant le Brésil, les États-Unis, l'Indonésie et le Pakistan, et la République démocratique du Congo et l'Éthiopie remplaceront la Russie et le Mexique dans la liste des dix pays les plus peuplés au monde. C'est dire quelle sera la place de ces trois grands pays au niveau mondial dans quelques décennies.

Cette forte croissance sera encore plus prononcée en ce qui concerne les populations en âge de travailler. En effet, la population active en Afrique subsaharienne passera de 518 millions de personnes aujourd'hui à 1,3 milliard en 2050.

Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, l'Afrique, berceau de l'humanité, continuera, paradoxalement, d'être la région la plus jeune du monde jusqu'à la fin de ce siècle. Ce constat interpelle tous les dirigeants africains, mais aussi les dirigeants du monde entier. En effet, la stabilité de l'Afrique, mais aussi celle du reste du monde, dépendra de la manière dont sera traitée la question de la jeunesse au cours des prochaines décennies.

La prise en compte de l'expansion démographique dans les programmes de développement nécessitera de mettre un accent particulier sur le capital humain, notamment l'éducation, la santé et la formation professionnelle. Des investissements massifs devront par ailleurs être réalisés dans les infrastructures, y compris les grands projets sous-régionaux, les transports, l'électricité, l'éducation et la santé.

Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, je voudrais à présent vous parler des progrès accomplis par mon pays, la Côte d'Ivoire, qui, après plus d'une décennie de crise, est en paix aujourd'hui. Elle a aussi renoué avec la croissance économique.

Ces progrès sont d'abord le résultat de la mobilisation et de la détermination des Ivoiriens. Ils ont aussi été rendus possibles par l'importante contribution technique et financière de nos partenaires dans l'Union européenne, notamment dans le domaine de la gouvernance, de l'agriculture et de l'énergie.

Je voudrais donc saisir cette occasion de saluer et de remercier chaleureusement l'Union européenne pour son accompagnement et son soutien. Le partenariat avec la communauté internationale, et singulièrement l'Union européenne, a permis à la Côte d'Ivoire de réaliser des performances exceptionnelles. Au cours des six dernières années, le taux de croissance moyen de l'économie a été de 9 % par an. Les projections pour la période 2017-2020 s'établissent à environ 7 à 8 % par an. Le taux d'inflation a été contenu au-dessous de 2 % grâce à l'arrimage à l'euro, et le déficit budgétaire a été maîtrisé à environ 3 % du PIB.

Cette année, évidemment, la situation est un peu différente, en raison de la baisse draconienne, de près de 40 % depuis le début de l'année, du prix du cacao, dont nous sommes le premier producteur mondial. Néanmoins, nous continuerons de faire des efforts pour maîtriser le cadrage macroéconomique.

La Côte d'Ivoire demeure le premier producteur mondial de cacao et d'anacarde. Nous sommes également le premier producteur africain d'huile de palme et de caoutchouc.

La Côte d'Ivoire est l'un des premiers réformateurs dans le classement «Doing Business» de la Banque mondiale. Dans le domaine de l'énergie, la Côte d'Ivoire est en voie de devenir un hub énergétique en Afrique de l'Ouest, avec une capacité de 2 000 MW en 2016, qui passera à 4 000 MW en 2020.

Aujourd'hui, la Côte d'Ivoire dispose de l'un des réseaux d'infrastructures les plus denses et les plus diversifiés en Afrique, grâce à ses routes, ports et aéroports.

Enfin, la Côte d'Ivoire a fait des progrès notables dans le domaine de la réforme de la sécurité, y compris dans le désarmement, la démobilisation et la réintégration des anciens combattants, programme auquel l'Union européenne a contribué avec succès. Les récents événements ne remettent pas en cause cette bonne évolution car, aujourd'hui, l'indice de sécurité est au même niveau qu'à Genève ou à New York.

Ces réformes vont se poursuivre et s'intensifier afin de doter la Côte d'Ivoire de forces de défense et de sécurité qui pourront contribuer aux opérations de maintien de la paix.

Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, à quelques années de l'expiration, en 2020, de l'accord de partenariat de Cotonou et au moment où nous devons réfléchir à un nouvel accord entre l'Afrique et l'Europe, je voudrais suggérer quelques idées qui s'inspirent des relations exemplaires que la Côte d'Ivoire a entretenues avec l'Union européenne.

Ces relations doivent être franches, basées sur la confiance mutuelle et, bien évidemment, sur l'appropriation nationale. Elles doivent faire appel à des instruments de financement flexibles et tenir compte des mécanismes nationaux de gestion et de contrôle, qui pourraient être renforcés si cela est nécessaire. Bien entendu, nous aurons l'occasion d'aborder plus en profondeur ces questions d'une grande importance pour mon pays.

Pour terminer, je voudrais inviter tous les pays que vous représentez à prendre part au prochain sommet Union européenne-Afrique, qui se tiendra en novembre prochain à Abidjan. Cette importante rencontre, qui se déroulera dans la pure tradition d'hospitalité ivoirienne, sera l'occasion d'évoquer la coopération internationale nécessaire pour répondre aux nouveaux défis auxquels l'humanité est confrontée, notamment les questions liées à la jeunesse et au développement.

Monsieur le Président, je voudrais vous remercier à nouveau. Mesdames et Messieurs les députés, je vous dis un grand merci, et je remercie M. le Président Antonio Tajani pour son invitation.

Je suis impressionné par votre accueil chaleureux et par votre participation importante, qui m'ont donné l'occasion de vous présenter les défis auxquels nous faisons face, non seulement en Côte d'Ivoire, mais aussi dans tout le continent africain, et de vous parler de l'évolution de la Côte d'Ivoire.

Je vous remercie. Merci à chacune et à chacun de vous.

(Applaudissements)

Le Président. – Merci beaucoup, Monsieur le Président, pour votre discours.

Le Parlement européen sera un protagoniste du dialogue avec votre pays et avec l'Afrique.

Nous partageons les mêmes défis: chômage des jeunes, lutte contre le terrorisme, contre l'immigration illégale et contre le changement climatique.

Vous avez souligné l'importance de la croissance démographique. Voilà pourquoi l'Europe doit s'engager beaucoup plus chez vous si nous voulons résoudre nos problèmes et vous aider, en travaillant ensemble pour essayer de réduire le chômage et donner un espoir à tous les jeunes Africains. Nous avons le devoir d'empêcher que le rêve des jeunes Africains de vivre chez eux soit détruit à cause de différents problèmes.

Nous voulons être à vos côtés à tous, et le Parlement jouera un rôle très important dans ce domaine.

Merci encore une fois d'être ici avec nous. Vous avez ici des amis, et notre porte vous sera toujours ouverte.

ΠΡΟΕΔΡΙΑ: ΔΗΜΗΤΡΙΟΣ ΠΑΠΑΔΗΜΟΥΛΗΣ*Αντιπρόεδρος*

Beatrix von Storch (EFDD). – Herr Präsident! Ich beziehe mich auf Artikel 31 der Geschäftsordnung. Sie haben am Montag im Präsidium einen Bericht diskutiert, der das Gebäude des Parlamentes in Brüssel für so marode und nicht mehr terrrorsicher hält, dass das Gebäude möglicherweise abgerissen werden soll. Dieser Bericht liegt vielen Zeitungen vor – nur uns Abgeordneten nicht.

Ich will gar nicht sagen, dass ich gegen den Abriss des Gebäudes bin, aber ich finde, als Mitglied dieses Hauses haben wir einen Anspruch, auch diesen Bericht einzusehen.

8. Abstimmungsstunde

Πρόεδρος. – Το επόμενο σημείο στην ημερήσια διάταξη είναι η Ώρα των ψηφοφοριών.

8.1. Verbindliche Jahresziele für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Übereinkommen von Paris (A8-0208/2017 - Gerben-Jan Gerbrandy) (Abstimmung)

— Μετά από την ψηφοφορία:

Adina-Ioana Vălean (Chair of the ENVI committee). – Mr President, I would like to ask colleagues to refer the matter back to the Committee for starting the interinstitutional negotiations. This is based on Rule 59(4.4).

(εγκρίνεται αίτημα αναπομπής σε επιτροπή)

8.2. Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität von Rolandas Paksas (Artikel 150 GO) (Abstimmung)**8.3. Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität von Mylène Troszczynski (Artikel 150 GO) (Abstimmung)****8.4. Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität von Jean-Marie Le Pen (Artikel 150 GO) (Abstimmung)****8.5. Einwände gegen einen delegierten Rechtsakt: Ökologisierungszahlung (Abstimmung)****8.6. Notwendigkeit einer EU-Strategie zur Beendigung und zur Vermeidung des geschlechtsbedingten Rentengefälles (A8-0197/2017 - Constance Le Grip) (Abstimmung)****8.7. Bericht 2016 über Serbien (A8-0063/2017 - David McAllister) (Abstimmung)**

8.8. Bericht 2016 über das Kosovo (A8-0062/2017 - Ulrike Lunacek) (Abstimmung)**8.9. Bericht 2016 über die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien (A8-0055/2017 - Ivo Vajgl) (Abstimmung)****8.10. Lage in der Demokratischen Republik Kongo (RC-B8-0397/2017, B8-0397/2017, B8-0398/2017, B8-0399/2017, B8-0400/2017, B8-0401/2017, B8-0402/2017) (Abstimmung)****8.11. Stand der Umsetzung des Nachhaltigkeitspakts in Bangladesch (B8-0396/2017) (Abstimmung)**

Πρόεδρος. – Η Όρα των ψηφοφοριών έληξε.

9. Stimmerklärungen**9.1. Verbindliche Jahresziele für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Übereinkommen von Paris (A8-0208/2017 - Gerben-Jan Gerbrandy)**

Προφορικές αιτιολογήσεις ψήφου

Petras Auštrevičius (ALDE). – Mr President, I fully support the rapporteur's stance on amending the Commission's proposals on climate action regulation implementing the Paris Agreement. The amended proposal focuses on long-term predictability and energy efficiency, and aims to provide sufficient flexibility for the Member States.

You know that, to achieve a proper implementation of the Paris climate change agreement, it is very important to think beyond the 2030 target, which is precisely what the amended regulation proposes by setting out a long-term objective towards at least 80 % greenhouse gas emissions reductions by 2050.

Although, I would be glad to see a bit more flexibility in terms of encouraging Member States' contribution to climate action in terms of agriculture and forestry activities.

Adam Szejnfeld (PPE). – Panie Przewodniczący! Cóż, żyjemy w czasach, w których być może pierwszy raz w historii ludzkości decydujemy nie tylko o własnym losie, ale o losie, przyszłości nie tylko naszych dzieci czy wnuków, ale ludzi, którzy będą żyli za pięćdziesiąt czy sto lat na Ziemi. Niestety nie wszystkie kraje europejskie podzielają ten pogląd, co gorsza nie wszystkie kraje na świecie – w tym, wiemy od niedawna, także Stany Zjednoczone. Jest to natomiast państwo, które odpowiada za 15 % emisji CO₂ w skali globu, zajmuje niechlubne drugie miejsce po Chinach, które emitują 30 % CO₂. W sytuacji, w której się znaleźliśmy, powinniśmy więc chyba przemyśleć jeszcze raz strategię dochodzenia do celów z porozumienia paryskiego.

Daniel Hannan (ECR). – Mr President, I am in favour of the Paris Agreement. I cannot help noticing the sudden change in tone, though, of its other supporters. A year ago, they were telling us that it was a bare minimum, that it was inadequate, and suddenly, the moment Donald Trump pulled out, it became central to the survival of human civilization. But we will leave that to one side. It seems to me sensible to have countries working voluntarily on this kind of issue.

What is not sensible is to defend it – as so many in this House have been doing – as an economic project, the idea that it is all about creating green jobs and so on. To see what is wrong with that argument, consider Frédéric Bastiat's example of the broken glass. If somebody went round smashing windows, that would – on exactly the same argument – create lots of jobs, because there would be lots of jobs needed for glaziers, people to drive the new glass, people to install them and all the rest of it; but of course we can all see that we would still be worse off. If we are prepared to pay an economic price, fine – that is a perfectly valid convincing argument. But for heaven's sake, let us not insult people's intelligence by claiming that this is somehow going to boost global growth.

Mairead McGuinness (PPE). – Mr President, what we are talking about is the contribution that agriculture, transport and construction have to make to climate change. The issue is how much of a contribution can be made, particularly by agriculture, because the Council conclusions of 2014 recognise the low mitigation potential of the sector and, indeed, the Paris Agreement talks about the food security issue and the vulnerability of agriculture to the adverse impacts of climate change.

I was concerned about the targets that Ireland, in particular, would have to reach under this agreement, but I supported the report because of the overall thrust of its direction: that all sectors have to contribute. I count on the negotiations to take out the most difficult aspects of this from an Irish point of view, so that we can keep forging ahead with a sustainable food supply chain, supplying our EU customers and global customers.

Deirdre Clune (PPE). – Mr President, it is important that we meet the Paris objectives, particularly in light of the statements recently by President Trump, and I do not think anybody disputes our commitment under the Paris Agreement to binding annual greenhouse gas emissions and how we are going to reduce those. As a member of the Committee on Transport and Tourism, I was involved on behalf of the PPE in preparing our input into today's important vote. But I think we should take note of the different positions that Member States have, the different structures of their economies and their varying capacity to meet those targets. I therefore supported amendments, that unfortunately were not accepted, seeking to ensure we have a more flexible and less punitive approach towards the greenhouse gas emissions reductions, and I acknowledge the many difficulties that many countries face after the financial crisis. The agricultural sector is particularly sensitive for Ireland and we have raised this objection today, but overall I support the report and its implementation as we aim to meet our Paris climate change objectives.

Jadwiga Wiśniewska (ECR). – Panie Przewodniczący! Ja głosowałam przeciwko przyjęciu sprawozdania dotyczącego sektorów nieobjętych ETS, ponieważ konsekwencją przyjęcia proponowanych regulacji będzie pogłębienie dysproporcji rozwojowych pomiędzy państwami członkowskimi. Proponowane rozwiązania promują państwa bogatsze poprzez niesprawiedliwy przydział jednostek rocznych limitów emisji. Ponadto wyznaczenie punktu odniesienia na lata 2016-2018 jest niekorzystne dla państw biedniejszych. Aby zachować ciągłość polityki, konieczne jest wyznaczenie poziomu emisji, który rozpocznie się z końcem obecnego okresu, a więc w 2020 r.

Nie zgadzam się także z podniesieniem poziomu ambicji redukcyjnych poprzez wyznaczanie trajektorii dla ich obniżania od 2018 r. Jeśli zaś chodzi o proponowaną rezerwę dla mniej zamożnych państw członkowskich, to w minimalnym stopniu zrekompensuje ona ich dodatkowy wysiłek. Zalecam powrót do fundamentu polityki klimatycznej, jakim powinno być porozumienie paryskie.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, trebuie să spun că sunt lucruri bune în raport, amendamente pe care le-am votat, așa cum este de exemplu articolul 7 legat de asigurarea de stimulente pentru IMM-uri și pentru exploatații agricole de dimensiuni mici. Aș fi vrut să susțin acest raport în totalitate, dar trebuie să fim realiști: sunt foarte multe lucruri în raport care vor afecta în principal statele mai mici și cele mai puțin dezvoltate, așa cum sunt articole în care se prevăd exemplu introducerea de acte delegate suplimentare și nu știm ce vor conține aceste acte delegate. Cred că vor avea de suferit cetățenii care au cea mai mare nevoie de susținere.

Reducerea de emisii de gaze este o necesitate, dar țintele propuse trebuie să fie raționale și în concordanță cu posibilitățile fiecărui stat, pentru că și așa avem o criză a locurilor de muncă, și așa avem probleme cu disparități regionale și cu venituri pe cap de locuitor foarte diferite. Așadar, m-am abținut și sper ca acest raport să fie îmbunătățit, pentru că da, avem nevoie de o reducere de emisii, dar avem nevoie și de locuri de muncă și de venituri pe cap de locuitor mai mari.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, like my colleagues, I am totally in favour of the Paris Agreement and EU targets for 2030. However, we have a huge difficulty with the 2020 target setting, which was implemented here in Parliament. For that reason, I tabled a split vote on that. It means that rather than starting on actual emissions, we had to start with a target which was not reachable, was not practical and which will now probably cost the Irish taxpayer EUR 1 billion to purchase compliance. We are starting a non-compliance method.

This is not fair to us, and we have to make a stand on it and ensure that this is rectified in due course. It was only in the last minute, I think, that somehow the rapporteurs etc. got this point where Ireland and other countries are concerned. Starting in a non-compliant way, like we are, is like starting a 100 metres race where one person has to start 20 metres behind. It makes no sense, it is not fair, and it has to be amended. That is our biggest issue; we want that message to get across; we are totally in favour of reaching the 2020 targets otherwise.

Marian Harkin (ALDE). – Mr President, it was a very difficult decision for me to abstain on this report and not to support it, because it contains many good proposals on the reduction of greenhouse gases. However, what has happened here is that we have let the best become the enemy of the good, in particular by setting a starting date of 2018 and not 2020, as proposed by the European Commission. The starting point is critical, and pushing it back to 2018 could, as my colleague Seán Kelly has said, ensure an additional liability of EUR 1 billion for Ireland, and I simply could not support that proposal, because it is a bad proposal. I think what we have done here is to run counter to the Paris Agreement and the October 2014 Agreement, which recognised the low mitigation potential of agriculture and that food production and food security are important elements in any proposal on climate change. I hope that in the negotiations the start date will be moved back to 2020 and we can get a good overall outcome.

Michaela Šojdrová (PPE). – Dovolte, abych vysvětlila, proč jsem v konečném hlasování podpořila stanovisko EP k návrhu nařízení o závazném každoročním snižování emisí skleníkových plynů.

Myslím, že je to důležitý signál EP právě v době, kdy Donald Trump ohlásil odstoupení Spojených států od Pařížské dohody. Tato legislativa vychází převážně z metodiky a principů nastavených předchozím rozhodnutím Rady a zároveň ze zkušeností získaných v minulém období. Jedná se také o určitá administrativní zjednodušení a posílení flexibility.

Já jsem hlasovala pro pozměňovací návrh tak, aby nebyl výchozí trajektorií pro snižování emisí rok 2018, což je návrh EP. Původní návrh Evropské komise byl rok 2021. Já souhlasím s výhradami, které zde přednesli kolegové z Irska, ale toto rozhodnutí může zvrátit Rada a doufám, že tak učiní.

Peter Jahr (PPE). – Herr Präsident! Natürlich ist es wichtig und richtig, dass sich das Europäische Parlament zum Pariser Abkommen und zur Reduzierung der Treibhausgase bekennt – gerade in der jetzigen Zeit, wo sich die Vereinigten Staaten offensichtlich von dieser Vereinbarung wieder entfernen wollen. Trotzdem ist mir die Zustimmung nicht ganz leicht gefallen, und bei mir bleiben mindestens noch drei Wünsche offen.

Der erste Wunsch: Ich würde alle bitten, dass wir die europäische Landwirtschaft nicht als Problem, sondern als Lösung des Problems betrachten.

Zweitens wünsche ich mir bei allen unseren Beschlüssen eine globale Sichtweise. Es bringt überhaupt nichts, wenn wir in der Europäischen Union viele Verbesserungen erzielen und dann die schlimmen Dinge im Rest der Welt geschehen.

Und der dritte Wunsch: Natürlich sollten wir bei allen Dingen, die wir machen, darauf achten, dass es umsetzbar ist und auch unbürokratisch erfolgt, denn schlussendlich müssen es die Menschen und die mittelständischen Unternehmen dann auch anwenden können.

9.2. Notwendigkeit einer EU-Strategie zur Beendigung und zur Vermeidung des geschlechtsbedingten Rentengefälles (A8-0197/2017 - Constance Le Grip)

Προφορικές αιτιολογήσεις ψήφου

Jadwiga Wiśniewska (ECR). – Panie Przewodniczący! W Unii Europejskiej kobiety otrzymują średnio emerytury o 30 % niższe. Jest to spowodowane efektem skumulowania nierówności i barier. Tych barier, które na swoich ścieżkach zawodowych napotykają kobiety. Otrzymują one niższe wynagrodzenie za tę samą pracę, znacznie częściej niż mężczyźni podejmują pracę w niepełnym wymiarze czasu, korzystają z urlopów w związku z potrzebą łączenia życia zawodowego z życiem rodzinnym. Kobiety podejmują duży wysiłek społeczny, opiekując się dziećmi i członkami rodzin, co nie ma niestety ekonomicznego odzwierciedlenia w świadczeniach, które otrzymują. Kobiety nie mogą być ekonomicznie karane za pełnienie roli matki. Ich niedoceniony wkład w społeczeństwo ma wielką wartość. Dlatego zgadzam się, że istnieje pilna potrzeba podjęcia priorytetowych działań mających na celu wyeliminowanie luki emerytalnej. Uważam, że sprawozdanie było wyważone i jego zakres nadaje dobry kierunek zmian. Niestety znalazło się w nim kilka sprzecznych zapisów, dlatego wstrzymałam się od głosu.

Urszula Krupa (ECR). – Panie Przewodniczący! Nie głosowałam za sprawozdaniem w sprawie potrzeby unijnej strategii mającej na celu wyeliminowanie różnic w emeryturach, gdyż Unia Europejska nie posiada kompetencji w dziedzinie krajowej polityki emerytalnej i powinna pozostawiać rodzicom wolność wyboru między życiem zawodowym a rodzinnym. Jednak wstrzymałam się od głosu z uwagi na problem dotyczący w szczególności matek, które rodzą i wychowują dzieci, co ma wpływ na wysokość ich emerytur. Stąd potrzeba wskazania państwom członkowskim kierunku wyjścia. Gdzie było to możliwe, składałam poprawki w celu zredukowania nierówności w wysokości emerytur, co w pewien sposób zostało w sprawozdaniu uwzględnione poprzez zachęcanie do wprowadzenia punktów składkowych oraz rent rodzinnych i wdowich jako wyrównania za określaną jako niewidoczna wartościową i nie do przecenienia działalność w postaci prac domowych i opieki nad członkami rodziny lub za formalne okresy opieki takie jak urlopy macierzyńskie.

Tania González Peñas (GUE/NGL). – Señor presidente, me he abstenido en la votación de este informe porque no es posible prevenir y poner fin a la brecha de género en pensiones si no se atacan las causas profundas que están ayudando a incrementarla, como pueden ser las reformas que está proponiendo a la Comisión para debilitar los sistemas públicos de pensiones frente al segundo y tercer pilar, el incremento de la edad de jubilación y los años cotizados necesarios, o la actualización de la pensión vinculándola a la esperanza de vida y no al IPC.

Teníamos una oportunidad de oro con este informe. Sin embargo, la ponente, la señora Le Grip, decidió rechazar una buena parte de la opinión de la Comisión de Empleo, que hacía referencia a las causas estructurales de la discriminación laboral de la mujer que multiplica sus efectos llegada la edad de jubilación.

Al contrario, en lugar de analizar estas causas estructurales, el informe de la señora Le Grip pone un énfasis creciente en la importancia de las pensiones del segundo y tercer pilar o hace referencias negativas como, por ejemplo, que las mujeres viven más y se gasta, por lo tanto, más en ellas.

Este es el motivo por el que me he abstenido y considero que hay elementos fundamentales que están fuera del informe.

Deirdre Clune (PPE). – Mr President, I supported the report on the need for an EU-wide strategy to end and prevent a gender pension gap against the background that we have of an ageing population and the gap that already exists in the labour market and wages between men and women. Women do need more financial security, particularly in their later years.

As we know, there is a wage gap of about 15% – or 14%, depending on the country – which manifests itself in terms of pension payments of 34%. So it needs to be addressed, and I am encouraged that the report manages to respect that there is a subsidiarity issue here but outlines a number of recommendations that need to be acted on. We need to look at statistical tools to clearly determine the reasons for the gap, focus on inequalities and the ability to make pension contributions and, of course, look at opportunities to create labour market conditions that are favourable for women to participate at work, also encouraging the Member States to look at repercussions and the way in which their pension systems are organised.

All in all, I think it is a balanced report, putting forward the need to ensure that we do have an EU strategy to address the gender pay gap.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, am susținut acest raport. Eu cred că este un raport important și, spre deosebire de ce spuneau unii colegi, faptul că este subsidiaritate, asta nu înseamnă că noi nu trebuie să fim preocupați, noi la nivel european. Raportul prevede foarte clar împărțirea unor exemple de bună practică din alte țări.

Există decalaje, evident, între sistemul de pensii dintr-o țară și alta, dar aici vorbim de faptul că există decalaj între pensia femeilor și a bărbaților și s-a vorbit în raport despre cauză. De exemplu, faptul că femeile sunt mult mai adesea nevoite să-și întrerupă serviciul pentru creșterea copiilor și evident că atunci cotizația pentru pensie este mai mică și pensia va fi mai mică. Cred foarte tare că este nevoie să avem un asemenea raport, mai ales întrucât că raportul propune statelor membre să mărească investițiile, să mărească investițiile pentru serviciile dedicate copiilor, pentru că, sigur că, dacă vor fi în fiecare țară locuri unde copiii pot să crească în siguranță, mamele pot să-și continue cariera. De aceea, am susținut raportul și felicit raportarea.

Ramón Jáuregui Atondo (S&D). – Señor presidente. Creo que es muy importante que hayamos votado este informe hoy, porque realmente toca una de las materias más inaceptables de nuestro mundo laboral y de nuestro mundo social. Que, en el siglo XXI, haya una diferencia del 40 % en las pensiones entre hombres y mujeres es sencillamente indecente.

Pero el origen de este problema está en gran parte en los salarios. Es decir, que lo grave es que esta brecha no se va a resolver en poco tiempo si los salarios entre hombres y mujeres no se igualan. Y, desgraciadamente, esto no está siendo así. Todavía hoy la diferencia salarial entre hombres y mujeres asciende aproximadamente, como media, a un 25 %, y esto da lugar a que las carreras de cotización estén lastradas por esta diferencia.

Creo que el informe está bien. Podría haber sido mejor. El Grupo socialista ha presentado más enmiendas. Algunas no han sido aprobadas. Con todo, es un paso adelante que queremos destacar.

Marian Harkin (ALDE). – Mr President, I, too, was happy to support this report on the gender pension gap. In particular, I support the call for the Commission to include pension reforms in the country-specific recommendations, and these reforms should include measures that relate to women's participation in the workforce: work-life balance and the care of children and dependants, because that will help to reduce the gender pension gap. The Commission's own proposals on work-life balance, which include a directive on carers' leave, on parental leave, and also on flexibility in the workplace, will help to ensure work-life balance, and that in turn will help to narrow the gender pay gap and the gender pension gap, which stand at approximately 14% and 34% respectively in Ireland. Crucially, I also support the need for measures to ensure that women's pay and entitlements, including pensions, are in line with the principle of equal pay for equal work or work of equal value for men and women. That taken with the work-life balance, I think will help to make significant inroads into the gender pension gap.

9.3. Bericht 2016 über Serbien (A8-0063/2017 - David McAllister)

Προφορικές αιτιολογήσεις ψήφου

Petras Auštrevičius (ALDE). – Mr President, I voted in favour of this report, and we can agree that Serbia, as an aspiring country to EU membership, has been committed towards the continuous reform process necessary for successful integration. Serbia has shown progress in terms of economic reforms and institutional reforms by continuing to implement the Stabilisation and Association Agreement.

However, there is still a lot to be done in terms of tackling corruption, ensuring judiciary independence and freedom of media and improving Serbia's relations with all its neighbours, as well as establishing a properly functioning legal framework for the protection of the minorities in the country.

Moreover, I fully support the call on Serbia to take serious steps to align its foreign policy to the EU line, and I have serious questions on the real aims behind the so-called Slavic Brotherhood and whom exactly this brotherhood is directed against.

Krisztina Morvai (NI). – Elnök Úr! Kedves délvideki magyar testvéreink! Belekerült azért a szerbiai országjelentésbe néhány nagyon fontos és kedvező rendelkezés. Követelem azonban, hogy az Európai Unió ezeknek a végrehajtását folyamatosan ellenőrizze, és ellenőrizze persze a magyar kormány, mint anyaország is, és a délvideki magyar közösség is.

Mikről van itt szó? Például, és szeretném, hogyha röpcéduláktól kezdve, Facebookon át, akár hangosbemondókig, a nyolcvan százalékban magyar Zentán terjesztenék ezeket a rendelkezéseket és felszólításokat. A nemzeti kisebbségek jogai és ezek védelme, előremozdítása az uniós csatlakozás alapvető előfeltétele, mondja az EU. Ismételten felhívja Szerbiát, hogy biztosítsa a kisebbségek védelméről szóló jogszabályok egész országban történő következetes végrehajtását, különös figyelmet fordítva a nemzeti kisebbségekkel szembeni megkülönböztetésmentes bánásmódra, 24. cikk. Többek között az oktatással, nyelvhasználatával, igazságszolgáltatással... (Az elnök megvonta a szót a képviselőtől.)

Ангел Джамбазки (ECR). – Не подкрепих този доклад, защото представлява една нереална и изкривена представа на случващото се в района на Западните Балкани и намесата на Сърбия в него, и затова не мога да се съглася с такъв подход.

На първо място искам да отбележа, че сръбската политика на асимилация на националните общности и опитите за влияние и потискането им, включително на българското признато малцинство в района на Западните български покрайнини, продължава. Продължава да се бави и писането и издаването на български учебници съгласно споразумение, което Сърбия подписа, а издадените такива са пълни с грешки и фалшифицират исторически факти.

Не мога да не отбележа, че сръбската държава продължава да работи за фрагментирането и разделянето на всички национални общности и продължава да се намесва във вътрешните работи на съседни държави. Последният пример са изборите в Косово.

Наскоро се навършиха сто години от сръбския погром в Босилеградско. По поръчка на местните хора в Западните български покрайнини беше изработена паметна плоча с имената на жертвите. Властите в Босилеград и Враня не позволиха тя да бъде поставена.

За мен пътят на Република Сърбия минава през изчистване на отношенията на страната и добри отношения на първо място със съседите ѝ.

Zoltán Balczó (NI). – Elnök Úr! A Vajdasági Magyar Diákszövetség évek óta harcol azért, hogy az Újvidéki Egyetem Jogtudományi Kara a hatályos szerbiai jogszabályoknak megfelelően, tegye lehetővé a magyar nyelven történő felvételt. Ennek ellenére az egyetem megtagadja ezt a törvényben biztosított lehetőséget. A diákszövetség azt kérte az illetékes bíróságtól, hogy mondja ki, jogellenes a magyar nyelvű felvételi tiltása. Az újvidéki legfelsőbb bíróság megdöbbentő módon a hatályos rendelet ellenére elutasította a keresetet.

A történetek ismét fölvetik a kérdést: vajon mennyiben igaz a folyamatosan hangoztatott állítás, mely szerint Szerbia példaértékű nemzetiségi politikát folytat? Ez a jelenlegi, említett eset azt bizonyítja, hogy ez nem felel meg a valóságnak. A jelentésnek nem az uniós csatlakozáshoz szükséges jogszabályok meglétét, hanem azok gyakorlati érvényesülését kellene vizsgálnia. Nem ezt tette, ezért nem támogattam az elfogadását.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Já si myslím, že vedle kritiky Srbska bychom měli také ocenit jeho obrovské úsilí a pokrok na cestě k demokratizaci. Měli bychom ocenit jeho přístup třeba k migrační krizi, kde Srbsko bylo platným členem a snažilo se udělat maximum pro to, aby se snažilo zajistit pro lidi, kteří přes něj proudili, třeba základní zdravotní péči, hygienu, bydlení nebo stravu.

Měli bychom ocenit také Srbsko, které se snaží právě i vycházet vstříc různým menšinám. Vy jste tu již zmiňovali maďarskou menšinu, ale já můžu zmínit českou menšinu a česká menšina dlouhodobě se necítí v Srbsku utlačována. Srbsko povoluje český rozhlas, povoluje češtinu a myslím si, že Srbsko má nakročeno do EU, a já věřím, že EU bude vůči Srbsku velmi vstřícná.

Jasenka Selimovic (ALDE). – Mr President, Serbia's path to the EU must be welcomed, but the problems have to be mentioned as well. Firstly, nationalism is often used for electoral purposes. Ahead of every general election, you send a train to Kosovo if it gives you votes. This practice is not unknown in other countries, but it has to stop since it obliges you to be nationalist even outside the election campaign. Secondly, Serbia wants to have two mothers: one the EU, and the other – stepmother – Russia. Therefore, the country has allowed Russia to take over an enormously large part of its energy infrastructure. The problem is, of course, that if Serbian foreign policy can be blackmailed by Russia through energy, the EU would be blackmailed as well.

I believe the enlargement is needed. I want to see Serbia in the EU, but we want a modern, non-nationalistic Serbia that does not get involved in the internal affairs of Bosnia or Kosovo, and a Serbia free to create and join EU foreign policy independent of Russia. I hope to see that Serbia joining the EU soon.

Jiří Pospíšil (PPE). – Já jsem podpořil tuto zprávu. Vnímám z mého pohledu velmi silný geopolitický zájem, aby se Srbsko přibližovalo k EU. Jsem přesvědčen, že pokud EU nebude aktivní vůči Srbsku a pokud necháme Srbsko tzv. na holičkách, pak zkrátka bude v Srbsku posilovat ruský vliv. To já považuji i z pohledu zájmu ČR, kterou zde zastupuji, za špatný postup.

Proto jsem tuto zprávu podpořil. Je samozřejmě třeba upozorňovat na problémy, které jsou v Srbsku. Je třeba upozorňovat na oblasti, ve kterých Srbsko ještě není připraveno na vstup do EU, ale je třeba také podporovat strukturální reformy, např. reformu justice, policie, větší boj proti korupci, proti závažným formám hospodářské trestné činnosti. To jsou věci, které ta zpráva kriticky popisuje. Je to podle mého názoru tak správné, ale neměli bychom zapomenout, že je v našem zájmu, aby se Srbsko dlouhodobě přibližovalo k EU.

Csaba Sógor (PPE). – Elnök Úr! A Szerbiáról szóló jelentésében kellő fontossággal jelenik meg a kisebbségek tiszteletben tartásának és védelmének kérdése, külön kiemelve a nemzeti kisebbségek jogainak érvényesítésére vonatkozó cselekvési terv és a nemzeti kisebbségeket támogató alap létrehozásáról szóló rendeletet. Ugyanakkor kitér a nyelvhasználat, az oktatás, a közigazgatás, a helyi és regionális testületek, valamint a média és az egyházak kérdéskörére is. Kiemeli a szöveg azt, hogy megfelelő hangsúllyal kell kezelni a nemzeti kisebbségek kérdéskörét, továbbá a Vajdaság önállóságának és soknemzetiségű voltának fenntartása mellett is kiáll.

A nemzeti kisebbségek védelme kapcsán örömmel látnánk hasonló megállapításokat EU-tagállamok vonatkozásában is, hiszen a problémák nem oldódtak meg a csatlakozással, sőt, az EU-ban élő nemzeti kisebbségek mintha kevesebb figyelmet kapnának, mint a tagjelölt államok kisebbségei. Reméljük, hogy Szerbia esetében ez a következetes figyelem fennmarad a csatlakozás után is. Egyébként egy tagállam is, vagy egy csatlakozni kívánó ország is, amikor arról beszél, hogy példaértékűen tiszteletben tartják a kisebbségek jogait, ott mindig gond van.

9.4. Bericht 2016 über das Kosovo (A8-0062/2017 - Ulrike Lunacek)

Προφορικές αιτιολογήσεις ψήφου

Jasenka Selimovic (ALDE). – Mr. President, I welcome the enlargement process and Kosovo's steps towards the EU, but in order to make these steps faster, Kosovo has to solve its biggest problem, illustrated by the election this weekend that I among others have observed. The reason for this snap election was said to be coalition governmental inability to make reforms. However, none of the questions that caused stalemate were put before the voters. So there is a risk we will see a continued stalemate. This deadlock is Kosovo's biggest problem and it is indeed caused by the difficult government coalitions and their partners' unwillingness to put Kosovo's best interests in front of their party's. This has to stop; we need to see speedy reforms, primarily on the fight against corruption, and questions like the demarcation line, the Association of Serbian Municipalities, etc. should not be used for political gain since they are in interest of Kosovars. Enlargement is needed, we want it to happen, but we all have to speed up the process.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE). – Mr President, I voted in favour of this report because it presents how much progress Kosovo has made, but I also warmly welcome the EU-Kosovo Stabilisation and Association Agreement that came into force last year, because it represents the very first step in the process of the integration of Kosovo into the EU. The Stabilisation and Association Agreement will help Kosovo to implement much-needed reforms and will create trade and investment opportunities. From this perspective, I call on the Kosovar authorities to continue to show clear political will and determination to implement the agreement, because the path towards European Union integration requires a strategic long-term vision and sustained commitment in the adoption of the necessary reforms.

In conclusion, I want to focus on the recent general election in Kosovo, where the Self-Determination Movement won. The future government should not fail to close the border demarcation deal with Montenegro and further complicate relations with Serbia. All political parties in the country have to create the conditions for a fruitful solution and a result-orientated dialogue with their neighbours.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Já jsem pro tuto zprávu hlasoval, ale samozřejmě můj postoj ke kosovské vládě, který je velmi kritický, i nadále trvá. Kosovo bohužel nedokázalo a nedokazuje nás přesvědčit, že dokáže bojovat s organizovanou kriminalitou, že třeba svoboda projevu a nepronásledování novinářů je něco, co vnímá tamní vláda, ať už ta minulá, tak už ta budoucí, jako jednu ze svých hlavních priorit.

Já si myslím, že je potřeba, abychom z EU tuto skutečnost velmi kritizovali. Evropská komise nedávno řekla, že umožní občanům Kosova cestovat do EU bez víza. My bychom měli říci ano, umožníme, ale až kosovská vláda a Kosovo provede určité reformy. A bohužel ta síla a ochota na straně Kosova je velmi malá.

Ангел Джамбазки (ECR). – Гласувах в подкрепа на този доклад, защото съм убеден, че Западните Балкани трябва да бъдат окужени в техния път към Европейския съюз и НАТО, и защото трябва да бъдат изтръгнати от орбитата на влияние на съседни вредни и опасни за този регион и за всички държави – членки на Европейския съюз, сили.

В края на миналата седмица бяхме с колегата Селимович на наблюдателна мисия в Косово от името на Европейския парламент и ви уверявам, че изборите бяха проведени по начин, който вероятно е по-демократичен от изборите, които се провеждат в част от нашите държави по отношение на технологията. Разбира се, има много проблеми – проблеми с корупцията, проблеми с върховенството на закона, проблеми с функционирането на политическите партии и тяхното финансиране, но те трябва да бъдат ясно посочени и решавани един по един.

Искам да ви обърна внимание на факта, че в Косово се сблъскват интереси и влияния на много съседни държави. Това е Русия посредством Сърбия. Това, разбира се, е и Турция, която също има своите интереси на Балканите. Ние като европейски държави трябва да направим така, че Косово и неговите граждани да изберат своя път и той да бъде част от Европейския съюз.

Jiří Pospíšil (PPE). – Já jsem podpořil také tuto zprávu, platí, co jsem říkal u předchozí zprávy. Je zkrátka třeba balkánské země přibližovat EU, nikoliv vytvářet bariéru.

U Kosova zde již někteří kolegové popsali problémy, které tuto zemi sužují. Já bych k tomu přidal ještě další problémy, jako je třeba narůstající islámská radikalizace. Mnoho obyvatel Kosova odchází v řadách Islámského státu bojovat do Sýrie. To já považuji za další problém, který je zde třeba zmínit, ale přesto všechno jsem rád, že vstoupila v platnost asociční dohoda dne 1. dubna 2016 a že tedy byl zahájen proces přibližování vůči EU.

Musíme být vůči Kosovu stejně jako vůči jiným kandidátským zemím kritičtí, ale kritičtí konstruktivně, tzn. s jasnou nabídkou, že pokud se situace zlepší a vyřeší, pak členství v EU tuto zemi nemine.

9.5. Bericht 2016 über die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien (A8-0055/2017 - Ivo Vajgl)

Προφορικές αιτιολογήσεις ψήφου

Jasenko Selimovic (ALDE). – Mr President, Macedonia was given EU candidate status in 2005, and it is time the country made progress on its way to the EU by implementing the needed reforms. In recent years, however, we have seen a decline in the stability of the institutions that maintain democracy: an independent media, the judiciary, the rule of law and minority rights. But the recent political crisis has only just finally come to an end. I sincerely hope that a new era in EU-Macedonia relations is about to start. I very much welcome the new government, which clearly demonstrates a pro-European orientation and commitment to the EU reform process. The EU also needs to remain a credible partner in this process. Twelve years have been lost, and the membership perspective has to remain in strong focus. I wish the new Macedonian Government the strength and decisiveness to take on the task of leading the country closer to the EU. That is why I strongly voted for this balanced report.

Ангел Джамбазки (ECR). – Подкрепих този доклад, защото въпреки многото проблеми в Република Македония тази братска за нас държава има своето място в европейското семейство. Трябва да подчертая, че според нас разширяването на Европейския съюз на Западните Балкани трябва да се случи, но, разбира се, са необходими и съответните промени.

Изразявам остро несъгласие със становището на г-н Хан, който критикува България и Гърция за това, че били против започването на преговорния процес. Но в доклада на г-н Вайгл точно е подчертано, че от огромно значение при приключването на преговорите е именно договорът за добросъседство и приятелство с България. Ние желаем да бъде спрял езикът на омразата от медии и институции, които създават изкуствен конфликт на Балканите.

Смятам, че трябва да подкрепим бъдещото приобщаване на Република Македония към европейското семейство и трябва да бъдат спрени фалшификациите и кражбите на история от страна на скопските историци. Смятам, че това трябва да се промени. Тогава, разбира се, Република Македония трябва да стане част от Европейския съюз.

Илхан Кючюк (ALDE). – Гласувах за доклада, защото е време Македония да зачеркне този тежък период от своята история и да отвори нова страница в демократичното си развитие. С огромен ентузиазъм приветствам формирането на ново правителство в страната и желанието на новата власт да работи за бързото присъединяване към НАТО и Европейския съюз.

Не бива обаче да забравяме факта, че след дълъг етап на политическа нестабилност Македония има нужда от ускорени реформи, които да спомогнат за нормализирането на политическия и етническият климат в страната. Това е възможно само ако новото правителство служи в интерес на гражданите и се основава на принципите на прозрачност, равенство и върховенство на закона.

Премиерът Заев трябва да прояви необходимата политическа воля и отговорност, за да стартира така необходимите реформи, за да насърчи културата на толерантност и приобщаване между различните етнически, национални и религиозни общности.

Не на последно място, призовавам Европейския съюз да демонстрира силна политическа подкрепа за европейската перспектива на Македония, защото само така ще можем да съхраним мечтите на два милиона граждани живи.

Μαρία Σπυράκη (PPE). – Κυρίες και κύριοι συνάδελφοι, καταψήφισα την έκθεση που αναφέρεται στην ενταξιακή πορεία της πρώην Γιουγκοσλαβικής Δημοκρατίας της Μακεδονίας, διότι είναι τουλάχιστον πολιτικά απαράδεκτο να επιχειρείται να αποδοθεί στην Ελλάδα η ευθύνη για το γεγονός ότι το Συμβούλιο δεν δίνει ημερομηνία έναρξης ενταξιακών διαπραγματεύσεων στα Σκόπια εξαιτίας της διαφοράς για το όνομα. Το ψήφισμα δεν λαμβάνει υπόψη τα γεγονότα που διαφεύδουν κατάφωρα αυτό τον ισχυρισμό. Σήμερα, έχουμε επίσκεψη του νέου Υπουργού Εξωτερικών της πρώην Γιουγκοσλαβικής Δημοκρατίας της Μακεδονίας στην Αθήνα. Από τις δηλώσεις της νέας κυβέρνησης, είναι προφανές ότι αναγνωρίζεται πως η πρώην Γιουγκοσλαβική Δημοκρατία της Μακεδονίας αυτοεγκλωβίστηκε στην αδιαλλαξία και τον αλτρωτισμό που καλλιέργησαν οι ηγεσίες. Το ζήτημα της ονομασίας των Σκοπίων μπορεί να λυθεί μόνο στο πλαίσιο του Οργανισμού των Ηνωμένων Εθνών με αμοιβαία αποδεκτή ονομασία με την Ελλάδα, με μία ονομασία έναντι όλων. Ο ευρωπαϊκός δρόμος πρέπει να ανοίξει για την πρώην Γιουγκοσλαβική Δημοκρατία της Μακεδονίας υπό την προϋπόθεση ότι πληρούνται όλα τα κριτήρια της Κοπεγχάγης.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Já jsem tuto zprávu na rozdíl od své řecké kolegyně podpořil, protože vidím obrovský pokrok, který tato bývalá jugoslávská republika za poslední roky udělala.

Chápu postoj Řecka a chápu to, co dlouhodobě říká, nicméně nemůžeme blokovat a nadále prostě nevést dialog o tom, že Bývalá jugoslávská republika Makedonie by měla být součástí EU a že je potřeba tuto zemi nějakým způsobem, ať už politicky nebo přísliby členství, podpořit v jejím demokratickém procesu.

Já si myslím, že i v oblastech, kde EU měla poměrně řadu výhrad, třeba v oblasti migrace, ukázala právě Makedonie, že je platným a spolupracujícím členem Evropského společenství.

9.6. Lage in der Demokratischen Republik Kongo (RC-B8-0397/2017, B8-0397/2017, B8-0398/2017, B8-0399/2017, B8-0400/2017, B8-0401/2017, B8-0402/2017)

Προφορικές αιτιολογήσεις ψήφου

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, caro Colega, votei favoravelmente esta proposta resolução sobre a situação na República Democrática do Congo porque entendo que a União Europeia não pode deixar de prorrogar a aplicação de sanções contra os responsáveis pelas graves violações dos direitos humanos e pela sabotagem do processo democrático na República Democrática do Congo.

A verdade é que a inação e o silêncio do Presidente Joseph de Kabila face a estas atrocidades contra o seu próprio povo e ao aumento de raptos e ataques contra trabalhadores e caravanas de ajuda humanitária são inadmissíveis.

Esta proposta de resolução que acabamos de votar hoje constitui mais um forte apelo ao Presidente Kabila para que, respeitando o entendimento alcançado com a mediação da Igreja Católica, convoque até ao final deste ano eleições presidenciais, assegurando, para tanto, as condições necessárias para que este ato eleitoral seja livre, transparente e credível.

9.7. Stand der Umsetzung des Nachhaltigkeitspakts in Bangladesch (B8-0396/2017)

Προφορικές αιτιολογήσεις ψήφου

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, votei a favor desta resolução porque considero que a União Europeia, enquanto cliente de 60 % das exportações de roupa produzidas no Bangladesh, tem para com aquele país responsabilidades acrescidas na promoção de forma éticas de produção e de consumo sustentável.

Não esquecendo que o sector têxtil é um dos pilares económicos e sociais daquele país, que emprega diretamente quatro milhões de trabalhadores, a União Europeia deve apelar às empresas para que adotem códigos de conduta que efetivamente garantam os direitos sociais e laborais dos seus trabalhadores, incluindo o direito a remunerações e a condições de segurança dignas e justas, deve exortar as autoridades do Bangladesh para que cumpram as suas obrigações internacionais em matéria de liberdade sindical e deve apoiar todos os esforços das Nações Unidas para a criação de um tratado vinculativo que clarifique as obrigações das empresas no campo dos direitos humanos.

No passado dia 24 de abril comemorou-se o quarto aniversário da Rana Plaza, a terrível morte daquelas 1 138 pessoas, na sequência desabamento das oficinas de costura em que trabalhavam. Mostrou ao mundo a face oculta da terceirização das grandes marcas têxteis ocidentais e tornou impossível que continuássemos a fingir ignorar as condições de semiescravidão dos milhões de operários têxteis do Bangladesh.

Termino, Sr. Presidente, dizendo que é à memória desses mortos e de todos aqueles que todos os anos morrem em condições semelhantes que devemos prestar homenagem e agir em defesa dos seus direitos.

Πρόεδρος. – Οι αιτιολογήσεις ψήφου περατώνονται.

10. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(Η συνεδρίαση διακόπτεται στις 14.15 και επαναλαμβάνεται στις 15.00)

VORSITZ: ALEXANDER GRAF LAMBSDORFF

Vizepräsident

11. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

12. Mittelübertragungen: siehe Protokoll

13. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

14. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll

15. Wiederaufbau eines Europas, das auf Werten beruht, in wirksamen demokratischen Institutionen verankert ist und eine blühende Wirtschaft in einer fairen und auf Zusammenhalt gegründeten Gesellschaft fördert (Aussprache über ein aktuelles Thema)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über ein aktuelles Thema (Artikel 153a GO) mit dem Titel „Wiederaufbau eines Europas, das auf Werten beruht, in wirksamen demokratischen Institutionen verankert ist und eine blühende Wirtschaft in einer fairen und auf Zusammenhalt gegründeten Gesellschaft fördert“ (2017/2706(RSP)).

Ich will hier gleich alle vorab davon in Kenntnis setzen, dass es bei einer Aussprache unter Artikel 153a kein *Catch-the-eye*-Verfahren gibt und auch keine blauen Karten.

Sophia in 't Veld, author. – Mr President, there is a wind of change sweeping through the European Union. 2016 and 2017 will go down in the history books as the years of unprecedented turmoil and renewal, with a steep rise of nationalist forces, but no breakthrough. Instead, we see the first signs of a European spring, not summer yet, but after years marked by tensions and discontent there is a breeze of optimism, expectation and hope in the air. Who did not feel the excitement when President Macron met with Trump and Putin and represented a self-confident and proud Europe? And colleagues, who did not feel proud when we voted today on our commitment to the Paris climate agreement, making Europe the world leader where others withdraw?

Values are the key to the refoundation of the European Union. Election campaigns in recent years focused not just on traditional material issues of jobs and social security, but very much on values, culture and identity. The world order is changing at a breath-taking speed, and people are worried and anxious about loss of identity and loss of community. Nationalist parties have responded by sowing distrust, hatred and fear, or by promising to go back to an imaginary past. We reject that, but we have to recognise that our own response to the clear questions on values, identity and culture have not been adequate. The European Union is a deeply political union, but most politicians are wary of explaining this to their voters. They prefer to present the European Union as a technocratic entity that can be summed up in terms of economic benefits or costs.

If people are worried about loss of identity, abolishing roaming charges will not reassure them. If they are afraid their culture is threatened, cutting red tape will not allay their fears. If they are unsure about the shared values of our community, they will not find comfort in trade agreements, but we should not leave the monopoly of defining our shared values and our identity to the nationalists. In these current times of great uncertainty, insecurity and societal turbulence, it is not easy to defend our shared values; but we have not defined our shared values for fair-weather conditions only. It is when conditions are rough that our convictions are put to test.

The European Union is not only an economic powerhouse, but it has great moral authority in the world. We can be proud. Our values have inspired many around the world, and many people dream of living in the kind of free, fair, stable and democratic society we have in Europe, so much so that others see our values as a threat, something they seek to destroy.

Populist parties worldwide have an agenda based on nationalism, xenophobia, homophobia and sexism. They agitate against secularism and parliamentary democracy and above all they reject pluralism. They claim there is one people, one voice, one truth only, but clearly recent elections have proved them wrong. Europeans will not be reduced to a one-dimensional caricature. If we wish to make Europe strong we must therefore promote the opposite and embrace European integration, diversity, equality, pluralism.

And against that backdrop, I think the tweet last week by Manfred Weber, who unfortunately is not here, was a bit misguided when he wrote that: 'Europe's identity is above all Christian. Anyone who denies this is denying reality'. But, dear colleague Weber, the reality is that the true soul of Europe lies in its diversity and the freedom to choose what to believe, and who you are.

Democracy, the rule of law and fundamental rights are not just ideals: they are essential for the functioning of the European Union in all policy areas. Social justice is a precondition for a stable climate for investment and development. Respect for fundamental rights is vital for common migration policies and police cooperation, and the rule of law is absolutely essential for the internal market and investor confidence. In short, values are the key to a strong European Union, and that is why the Alliance of Liberals and Democrats for Europe puts values first.

Helena Dalli, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, I would like to thank you for the opportunity to speak today in this timely topical debate. This is indeed a time of deep reflection for all of us on the future of the EU. I am happy to be here today to listen to your views.

The title of this debate paints the picture of an EU which appeals to us all, one in which our values are placed at centre stage. One with effective and democratic institutions, one in which we pursue our genuine goal of improving the life and prosperity of our citizens, not just for the lucky few but across all of our society. This description is not such a far cry from the EU we have today and it certainly is in line with the EU's clear ambitions. However, until only a few months ago, the EU's efforts in this regard were largely ignored or discredited, either because the EU was perceived as doing too little or because it was seen as doing too much. But in recent months there seems to have been a shift in perception of the EU: rather than being considered as the source of many of our woes, the EU is seen as part of the solution.

We are seeing some positive signs of renewed trust and more support for the EU. This may be because as the world around us changes, the alternative options to the EU are slowly losing their shine. We may start realising that populist rhetoric oversimplifies very complex issues and is beginning to show its limitations. We may also be recognising that working together on global challenges like trade, climate and terrorism is preferable to going it alone.

Perhaps most importantly, the more we feel our values come under attack, the stronger our wish to uphold them. This should serve to fuel our prospects and indeed give us an impetus to work even more eagerly towards our goals.

However, only with a common vision of the EU's future can we collectively pursue these common goals. In examining what future path to take, the EU cannot impose its vision on its citizens. It cannot come up with revolutionary designs if it does not have their support and backing. The EU needs to involve them in this debate. They need to feel that they are being heard and that their views matter.

That is why the Council very much welcomes the Commission's White Paper process. It is a remarkable effort to steer an honest reflection and prompt a broad debate. I also commend you, the European Parliament, for your constant efforts to ensure that the views of citizens are safeguarded and upheld. I understand that, along with the Commission, you will be hosting a series of Future of Europe debates across Europe.

As for the Council and the European Council, as you know, leaders already began an honest reflection exercise after the UK referendum vote to leave the EU. At their informal meeting in Bratislava last September, leaders set out a concrete roadmap with specific measures to address the most pressing concerns for citizens. This included tackling as a matter of urgency issues relating to migration, terrorism and economic and social insecurity. As work progressed on that front, the 60th anniversary of the Rome Treaties in March this year was another occasion to reflect on our common future. The Rome Agenda that resulted from this is a clear pledge to pursue our most important objectives over the next ten years. The European Council has since then framed its work across these main priorities. It has focused largely on delivering tangible results and delivering on its promises.

Looking forward in relation to the White Paper process, the Council is taking careful note of the Commission's follow-up papers and is ensuring that they provide a valuable contribution to our discussions. So for instance the white paper on globalisation provides perspectives for a debate on trade or on globalisation at the next European Council.

I would just like to say one word on the concrete result of this process. Reflecting on the future of Europe is a drawn-out process. It requires time and building trust, neither of which can be rapidly glossed over. We do not want to run the risk of having to offer results prematurely and thus falling short of expectations. The Council and the European Council will continue to focus on achieving concrete results, demonstrating that added value of the EU in very practical terms. In that spirit, the Future of Europe debates will provide further impetus for the Council to deliver on various key policies, rather than develop a new theoretical frame.

Frans Timmermans, *First Vice-President of the Commission*. – Mr President, I would like to use the three minutes allotted to me to reflect on what Mrs in 't Veld said in her introduction because I believe she touched upon the issue of fundamental values in a very concise and precise way. She also dismissed the solutions offered by nationalists, extremists and xenophobes, but then the question remains: why do so many Europeans still feel attracted to these political movements? I maintain that these political movements have assured quite strong support in the European Union and will probably continue to get quite strong support unless we address the reasons why they feel attracted to these movements. I believe many of our citizens are worried because they fear a loss of position. This is the first generation that fears that their children might be in a worse position than they are. They are worried because of the threat of Jihadist terrorism and see that some people want to attack our freedoms and take away our identities. They are worried because they see global developments in terms of peace and security, where they do not feel empowered enough to stand up for their values and their way of life.

So I think that, if we want to rekindle the feeling for our fundamental values, we need to do something about these fears, and the Commission's starting point is that we can only do something about these fears if we stand together as Europeans. So rekindling our values starts with advocating European approaches to European problems, European approaches to global problems, and with making clear to our citizens that we can only do this if we stick together. This is difficult at a time where identity politics roam across Europe. This is difficult at a time when the other is presented as an adversary, and as somebody who is out there to take away what you have. If we redefine the European Union only in terms of an internal market or a common currency and present these, or the cutting of red tape or whatever you want, as the goals of our cooperation – these are important instruments, but they only have meaning if they are based on our common values, and we do not talk enough about these values.

The interesting thing is that the people who Mrs in 't Veld was, rightly, attacking because of their lack of solutions and the, to say the least, wobbly morality of their propositions, do have a moral approach to it. They start from their values. We should mirror that by starting from our values, the values that have made Europe great: democracy, the rule of law and full respect for human rights. This is the tripod upon which our European cooperation is built, and modernising that in the fourth industrial revolution to show that we can create a society where diversity creates more ambition with people, creates more opportunity for people, and recreates the economy in the fourth industrial revolution, is the way forward for Europe. But it will only happen if it is done on the basis of our values.

That is the basis for the White Paper the Commission has written. That is the basis for all the analyses we have written, and we put them on the table as a starting point for debate with Parliament, but also with the Member States in the hope that the members of the Council will use the paper to have a debate in their Member States about where Europe needs to go in the future.

Let me end on this. We have seen a sort of moment of awakening of a new generation in Europe. We saw it in the British election the other day, we have seen it in the French election in many ways, and we see it in the women's marches in the United States and across Europe. Why? Because we understand now that, although our values are clear and eternal and cannot be questioned, they can be destroyed. The fact that we have now discovered is that, although our values are clear and are the basis of our cooperation, we now see that across the world these values are not unbreakable but need maintenance and that, if you want these values to survive, you need to stand up for them. You need to speak out for them. That is what I saw in recent elections. This is no longer about left or right. This is about whether you choose an open society with room for everyone, where no one is left behind, or you fall into the trap of thinking that your brother is your enemy. Europe should be for an open society where everybody counts and no one is left behind.

Rosa Estaràs Ferragut, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor presidente, hace poco más de sesenta años, el 25 de marzo de 1957, los europeos firmaron el Tratado de Roma y plantaron la semilla de la Unión. Ha sido, sin duda, la etapa de mayor paz, prosperidad y estabilidad al eliminar todas las divisiones y violencia del pasado.

Quedan todavía y están en vigor las palabras de Robert Schuman, cuando decía que Europa no se haría de una sola vez ni con una obra de conjunto, sino que se haría poco a poco, con pequeñas realizaciones que fueran cultivando el valor de la solidaridad.

En aquel momento, los padres fundadores tenían claro cuál era el objetivo: no tenían planos para construir Europa, pero tenían un retrovisor muy potente con el que nos enseñaron quiénes eran los jinetes del apocalipsis europeo: el nacionalismo, el genocidio, el racismo, la xenofobia, las guerras, el totalitarismo.

Hoy, Europa ha cambiado; ha envejecido. Recibimos más gente, pero también despedimos a otros. El mercado laboral tiene la cara del paro, que preocupa muchísimo. Hay retos como la inmigración, la seguridad, la energía, la economía, la defensa...

Es una Europa compleja y una Europa llena de contrastes; tenemos el reto de lo que supone la riqueza de la diversidad al mismo tiempo que el desafío de la integración social.

Y hoy el reto es estar unidos y el reto es que dotemos a los valores de la democracia, la libertad y el progreso de verdadero contenido, ese contenido del que los dotaron los padres de Europa.

Pero para eso hay que creérselo, no solamente decirlo. Hay que hacerlo con palabras y con hechos.

Tanja Fajon, *v imenu skupine S&D*. – Naslov današnje razprave je – ponovno utemeljiti Evropsko unijo. Kar pomeni, da se zavedamo, da nam razpada glavni in osnovni temelj naše hiše, to je demokracija, enakopravnost in spoštovanje.

Spoštovani podpredsednik Timmermans, opozorili ste na nevarno populistično retoriko, na vsesplošno jezo naših državljanov. In razpadajo nam torej duhovni gradniki in to pomeni, da v Uniji se zelo lepo kaže v primeru neupoštovanja kvote delitve beguncev. Odločitve, ki jih sprejemamo na ravni Evropske unije, nekatere države preprosto ne spoštujejo.

Zato močno pozdravljam tudi današnjo odločitev Komisije glede sprožitve pravnih postopkov zoper države članice, ki nočejo sodelovati pri porazdelitvi beguncev.

Včeraj smo obravnavali poročilo o Srbiji in Kosovu, državah v EU čakalnici. Strogo nadzorujemo, kaj se tam dogaja, kritiziramo spoštovanje kopenhagenskih kriterijev. Če državi ne bosta izpolnjevali, ne bosta nikoli članici. In to bo verjetno pravična kazen.

Vendar, ali je še prav in pravično, da o tem sodi Evropska unija, v kateri so države, ki same več ne izpolnjujejo številnih od teh kriterijev? In kakšna bo njihova kazen?

Omenjene in podobne anomalije, ki si jih nekateri mirno in celo ponosno privoščijo, niso ne demokracija ne spoštovanje ne solidarnost ne odgovornost ne svoboda, pa tudi ne red in pravičnost in še manj disciplina.

V socialistih in demokratih smo že pred časom podprli zasnovo o izgradnji t.i. scoreboarda o demokraciji, zaslona oziroma odseva naših indikatorjev vrednot. Strinjam se s predlogi. A sočasno jaz in mi vsi vemo, da stanje pravzaprav poznamo, saj je že merjeno, da pa se pravzaprav ne bo nič spremenilo, dokler kršitelji ne bodo redno in resno kaznovani. Ni res, da nimamo mehanizmov – samo uporabiti jih vse prepogosto nečemo.

Roberts Zīle, ECR grupas vārdā. – Priekšsēdētāj! Ja es nolasītu šodienas debates nosaukumu, man laiks jau būtu beidzies, un pilsoņiem, redzot šādu nosaukumu, diez vai Eiropas Savienības vērtības kļūs tuvākas. Tas, ko grib redzēt pilsonis Polijā, Ungārijā, Latvijā, Grieķijā, ir tas, lai Eiropas institūciju darbība viņam būtu saprotama un izprotama, lai tās daudzās piesauktās Eiropas vērtības patiešām nebūtu pretrunā viņa izpratnei par savas valsts nacionālā patriota vērtībām, ko viņš sagaida. Jo mēs ikdienas dzīvē sastopamies ar cilvēka izpratnē pretrunīgas informācijas plūsmām, kas bieži vien rada neizpratni. Tā ka mums vajadzētu pārdomāt arī pašiem šo pārskatu par šīm vērtībām mazliet no šodienas izpratnes un daudz dziļāk, pirms mēs uzsākam reformēt Eiropu.

Par sociālo kohēziju runājot, cilvēki grib konkurēt. Nevar nākt katru brīdi likumdošana, kas kaunina daudzas mazāk attīstītas dalībvalstis par to, ka tās nodarbojas ar sociālo dempingu.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz, en nombre del Grupo ALDE. – Señor presidente, Señorías, colegas, señor Timmermans, yo soy ligeramente optimista como la señora in 't Veld, porque los nacionalistas y populistas ya no son una novedad y empezamos a entender sus vulnerabilidades y las fortalezas del faro de la utopía razonable que nosotros construimos después de la Segunda Guerra Mundial.

Ahora bien, en un mundo globalizado, en un mundo convulso, hay tanta niebla que, en algunos momentos, parece que ese faro europeo no termina de dar luz. Bien, es el momento de hacer verdad lo primero que usted ha dicho: esos valores. Y para eso los tenemos que aplicar con valentía, con integridad —para que nos crean los ciudadanos— y con coherencia entre lo que decimos y lo que hacemos.

De otra manera, no podremos incorporar a la pasión que necesitamos para Europa a todos esos jóvenes que nos están diciendo que quieren un futuro, que quieren oportunidades y a los que, en los últimos años, hemos fallado.

Les necesitamos, necesitamos especialmente a los jóvenes, necesitamos que tengan empleo, igualdad de oportunidades y pasión por Europa, igual que nosotros mismos. E integridad.

Martina Anderson, on behalf of the GUE/NGL Group. – Mr President, Brexit was a wake-up call. The EU must reform to survive. We need a social EU based on democracy, human rights and national progressive sovereignty; but I have concerns that the powers that be are not listening. Instead we hear much talk of a multi-speed Europe, deeper integration, austerity and an EU army, and I believe that is a mistake. The last thing we need, I believe, is more integration with EU funds skewed towards military research. People do want more participation, more solidarity and more democracy, not guns and corporate bail-outs. The north of Ireland voted against Brexit, but our democratic vote has been ignored despite an international agreement, a Good Friday agreement that is lodged at the United Nations and which must be protected in all of its parts.

Sinn Féin believe that Ireland, north and south, belongs in Europe, but we want a Europe of equals, a Europe that will cherish all the children of the nation equally, and where no one will be ignored. You could do yourself a great service, if many people here have not already done so, by reading and perhaps adopting the Irish Proclamation.

Raymond Finch, on behalf of the EFDD Group. – Mr President, I would like to say to the Commissioner that you talk about a refoundation in Europe based on values anchored in effective democratic institutions which will promote a prosperous economy and a fair society. We, in the UK, will continue our journey to independence which will give us all of these. The vision of the EU is precisely the opposite. It is a vision based on opportunism, corporatism and neo-colonialism. It is anchored in institutions which are profoundly anti-democratic and which have delivered poverty, hopelessness and division in many of your constituent nations. One only has to look at the utter destruction wrought upon the economies of southern Europe. Do you think that the damage caused, such as 48% youth unemployment in Greece can be repaired by a Euro rail ticket? This is so blatantly insane. It is comparable to using a sticking plaster on a bullet wound. The only way the nations of the EU can achieve stability, growth and fairness is to follow the UK out of the European Union.

Auke Zijlstra, namens de ENF-Fractie. – Wat Europese waarden zijn, daar denken de lidstaten en hun bevolking heel anders over dan Brussel. Van Brussel mag Polen geen kritische rechters benoemen, mag Hongarije geen invasie stoppen en mag Slowakije veiligheid niet verkiezen boven migratie.

De Europese Commissie ziet censuur als een goede manier om populisme te bestrijden en om de mening van het publiek te beïnvloeden. En Brussel lijkt positiever over het moordende Turkije dan over Groot-Brittannië nu dat laatste land uit de EU wil.

Dit kan zo niet doorgaan. Vanzelfsprekend hebben we een nieuwe grondslag nodig voor Europese samenwerking. Een samenwerking die alleen succesvol kan zijn als de lidstaten weer leidend worden door hun veto terug te krijgen en als de nationale parlementen daarmee weer de baas zijn.

Groot voordeel is dat het Europees Parlement dan kan worden opgeheven. Dat scheelt dan weer een half miljard aan nieuwbouwkosten voor een Brussels paleis.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, είναι πλέον απαραίτητη η σύγκληση συνεδρίου αναμόρφωσης και επαναθεμελίωσης με εντολή τη μεταρρύθμιση της Ένωσης και το κοινό μέλλον εθελοντικά συνεργαζόμενων κυρίαρχων κρατών, με στόχο την ανακατανομή και τον επαναπροσδιορισμό αρμοδιοτήτων. Έως τότε, ο τρόπος λήψεως αποφάσεων στο Ευρωπαϊκό Συμβούλιο, εάν δεν προβλέπεται ομοφωνία, πρέπει να ενισχυθεί σημαντικά στη βάση της διπλής ενισχυμένης πλειοψηφίας ως προς τον αριθμό κρατών μελών και του συνολικού πληθυσμού της Ένωσης. Επιπλέον, όσον αφορά στην Επιτροπή, πρέπει να αντιμετωπιστεί το εγγενές δημοκρατικό έλλειμμα υπό την ισχύουσα διαδικασία της «επιτροπολογίας» δια της συμμετοχής των αρμοδίων υπουργών και της δημοσιοποίησης των θέσεων και των ψήφων τους. Η μελλοντική Ένωση πρέπει να είναι λειτουργική, βιώσιμη και δημοκρατικά αποδεκτή και όχι ένα ξέπλυμα του σημερινού αναποτελεσματικού και αδιαφανούς μοντέλου. Με διακυβερνητικές διαδικασίες και λαμβάνοντας υπόψη τις εθνικές ανάγκες των κρατών μελών, να επικεντρωθεί σε ζητήματα με πραγματικά διευρωπαϊκό διασυνοριακό πρόσημο, όπως η κλιματική αλλαγή ή η αποτροπή μετακίνησης εκατομμυρίων λαθρομεταναστών από την Υποσαχάρια Αφρική και την Ασία προς την Ευρώπη.

Carlos Coelho (PPE). – Senhor Presidente, caros Colegas, Putin regressou à Guerra Fria: envenena as nossas opiniões públicas e militariza a fronteira. Trump torna imprevisível uma relação que devia ser indestrutível. Face às incertezas, os populismos ganharam apoios, mas foram sendo derrotados: da Holanda à Áustria, passando pela escolha firme dos franceses e até nas últimas eleições britânicas.

E porquê? Como dizia Robert Schuman, um dos nossos pais fundadores, citados por Rosa Esterás, a Europa faz-se de «realizações concretas». E a nossa Europa é mais do que uma construção económica. É um projeto de cidadania.

A Europa é o programa Erasmus, cujos 30 anos assinalámos ontem aqui: uma geração inteira que reforçou a ideia da sua cidadania partilhada. A Europa é o Acordo de Paris, que é a prova do compromisso da União com o futuro comum da Humanidade. A Europa é Schengen: a liberdade de circulação transforma um retalho de países num mar de oportunidades com centenas de milhões de pessoas. A Europa é o Horizonte 2020: o maior programa de apoio à ciência e à inovação e também a utilização da tecnologia para salvar vidas, como faz com o E-call.

Esta é a Europa em que acredito: a Europa das pessoas, a Europa dos cidadãos. Para a defender não precisamos de refundação, mas de afirmação. A Europa não é uma escolha ou uma alternativa. A Europa é a nossa circunstância. A circunstância do nosso compromisso com os direitos fundamentais, com a paz e com a prosperidade. Um compromisso que é oportuno debater e que é importante afirmar, mas, sobretudo, que é urgente defender.

Péter Niedermüller (S&D). – Elnök Úr! Európa ma tanácstalannak látszik, számos korábról nem ismert kihívással, konfliktussal kell szembenéznie. Ma azt gondolom, Európa, mindannyiunk jövője a tét. Hiszen látnunk kell, fordulóponthoz érkezett Európa. Vége a többé-kevésbé homogén nemzetállamokra, ipari kapitalizmusra, jól tagolt társadalmi osztályokra épülő Európának. Az új ipari forradalom, a társadalmi osztályok fragmentálódása, a kulturális sokféleség, a globalizáció olyan új világot teremtett, amelyekben a régi válaszok, a megszokások már nem segítenek.

Újra kell terveznünk, újra kell alkotnunk Európát. Az új Európának meggyőződésem szerint a progresszióra és a szolidaritásra, a szabadságra és a biztonságra kell épülnie. Úgy kell alakítanunk Európát, hogy abban ne legyen helye a gyűlöletnek, a megfélemlítésnek, a diszkriminációnak. Befogadó, nyitott Európát akarunk, olyan Európát, ahol mindenki otthonra találhat, ahol a jövő nem félelmet, hanem reményt és esélyt jelent.

Ryszard Czarnecki (ECR). – Panie Przewodniczący! Jesteśmy politykami i powinniśmy mówić otwartym tekstem. Co było podstawą sukcesu Europejskiej Wspólnoty Węgla i Stali i EWG? A no to, że te państwa, najpierw sześć, potem dziewięć, dziesięć, dwanaście, piętnaście wypracowały pewien konsensus, one uzgadniały pewne minimum i uzgadniały i działały razem – właśnie solidarnie – ale tam nikt nikogo nie przegłosowywał na siłę. Ja przypominę taki słynny spór Francja kontra pięciu innych założycieli w sprawie polityki rolnej, wtedy były to jeszcze początki EWG, i w końcu uznano to, że lepiej będzie dla wspólnego działania, aby żadne jedno państwo nie czuło się pokrzywdzone. W związku z tym myślę, że podstawą sukcesu naszego wspólnego europejskiego projektu będzie to, że będziemy działać solidarnie w tym sensie, że będzie to konsensus, a nie będziemy się przegłosowywać w kwestiach fundamentalnych, bo to jest droga donikąd, to jest równia pochyła.

Cecilia Wikström (ALDE). – Herr talman! Senaste EU-barometern visar att det finns ett starkt stöd nu bland våra medborgare över EU-samarbetet. Jag gläds över att allt fler människor talar väl om EU och vill se ett fördjupat och förmerat samarbete. Medborgarnas framtidstro, hopp och inspiration är någonting som borde vara en ledstjärna nu för oss politiker i vårt arbete omkring detta. Efter många fina, positiva valframgångar, inte minst Macron i Frankrike, ser vi nu hur en positiv, framtidsorienterad mittenpolitik kan växa sig stark.

Arbetet med att utveckla, förbättra och förändra unionen måste fortsätta. Vi kan inte acceptera att vi står stilla. Nu måste vi ta nästa steg för gemensamma nutidsanpassade lösningar på de gränsöverskridande problem som vi ser på område efter område. Samma undersökning som jag hänvisade till visar att vi ska ta ett gemensamt ansvar i migrationsfrågan, ett gemensamt ansvar för klimatfrågan och för terroristbekämpning. Det handlar om att säkra framtiden för våra medborgare. Det kan vi bara göra tillsammans.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, η ιδρυτική Συνθήκη προβλέπει ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση βασίζεται στις αξίες της ελευθερίας, της δημοκρατίας, της ισότητας, του κράτους δικαίου και του σεβασμού των ανθρωπίνων δικαιωμάτων, ενώ διακηρυγμένος σκοπός της είναι να προάγει την ειρήνη και την ευημερία των λαών της. Στην πραγματικότητα, όμως, η Ένωση ανέχεται την παραβίαση των αρχών του κράτους δικαίου στην Ουγγαρία και την Πολωνία. Παράλληλα, η πολιτική λιτότητας που έχουν επιβάλει οι ισχυροί της ευρωζώνης οδηγεί σε συρρίκνωση θεμελιωδών κοινωνικών δικαιωμάτων, όπως τα δικαιώματα στην υγεία, την κοινωνική ασφάλιση, τη συλλογική διαπραγμάτευση, τις δικαίες συνθήκες εργασίας και τη δημιουργία οικογένειας, ιδίως στις χώρες του Νότου, όπως η Ελλάδα. Αν θέλουμε να αποκτήσει το εγχείρημα της ευρωπαϊκής ενοποίησης μακροπρόθεσμη προοπτική, πρέπει να αποδείξουμε στην πράξη τον σεβασμό μας στις αξίες και τους σκοπούς της Ένωσης, και πρέπει να το αποδείξουμε τώρα, αλλάζοντας πολιτικές πριν να είναι πολύ αργά.

Peter Lundgren (EFDD). – Herr talman! Ett Europa byggt på värderingar är temat för dagens debatt. Ansvar för skattebetalarnas pengar borde vara en av grundstenarna när det gäller detta ämne. Vi har nu börjat få signaler från parlamentet om nödvändigheten av att renovera eller bygga helt nytt i Bryssel. Den byggnaden färdigställdes 1993 till en kostnad av 10 miljarder svenska kronor. Plenisalen i Paul-Henri Spaak-byggnaden genomgick dessutom en omfattande renovering som var klar så sent som 2014.

Detta är också en del, det ska man komma ihåg, av Klaus Welles vision, som han har uttalat sig om tidigare: Att göra Europaparlamentet mer likt USA:s kongress. Handlar det alltså om att tillståndet för byggnaden är så himla dåligt eller är det en vision om Europas förenta stater man vill uppfylla? Den uppskattade kostnaden för nybyggnationen beräknas internt att vara 4,3 miljarder svenska kronor. Uppgifter som samtidigt sipprar ut talar om att det råder mindre panik eftersom det kan sluta med att man signerar ett beslut som i slutändan kan visa sig vara tre gånger så dyrt. Drygt 13 miljarder svenska kronor.

Tror ni att detta är vad Europas medborgare önskar se sina skattepengar användas till? Att bygga ännu ett nytt palats i Bryssel? Det, kan jag lova, är det sista de vill se sina pengar gå till, så ta nu för en gångs skull en nypa verklighetskontroll. Hantera skattepengarna på ett ansvarsfullt sätt och sluta kasta ut pengar på dessa vansinniga visioner. En byggnad med 25 år på nacken, den är knappast klar för att rivas. Att löpande göra renoveringar och underhåll, det är en självklarhet, men att riva och bygga nytt är totalt vansinne och det kommer aldrig att tas väl emot av Europas medborgare.

Georg Mayer (ENF). – Herr Präsident! Europäische Werte – was genau soll das denn eigentlich sein? Wer definiert denn, was europäische Werte sind? Glauben Sie, dass wir das hier definieren können? Das können nur die Menschen draußen in Europa für sich selbst definieren, und da gibt es schon riesige Unterschiede in ganz Europa. Und, geschätzte Kollegen, da gibt es Vielfalt. Schätzen Sie doch diese Vielfalt, statt sich vor ihr zu fürchten!

Effektive demokratische Institutionen – ja, das kann ich sofort unterschreiben. Aber zu einer effektiven demokratischen Institution gehört auch eine effektive Opposition. Und wenn man der Frau Kollegin in't Veld vorher zugehört hat, dann fürchtet sie sich eher vor einer Opposition, als dass sie diese schätzt.

Manchmal habe ich hier wirklich den Eindruck, Sie würden sich gerne alle gegenseitig das Gleiche erzählen und sich für das auch noch gegenseitig beklatschen. So funktioniert das nicht. Fürchten Sie sich nicht, geschätzte Kollegen!

Zoltán Balczó (NI). – Elnök Úr! In't Veld asszony a bevezetőjében az általa nacionalistának nevezett pártokról beszélt, azt állítva, hogy számukra egy hang, egy igazság létezik. Nem önök azok, akik számára az európai országoknak csak egyetlen útja létezik? A még mélyebb integráció? És akik lazább együttműködést akarnak, azokat önök Európa-ellenesnek minősítik, és ez a legfinomabb jelző? Manfred Weber néppárti frakcióvezető üzenetében arra hivatkozott, hiszen értékekről vitatkozunk most, hivatkozott a keresztény gyökerekre, mint az értékrend alapjára. Ezzel szemben itt elhangzik, hogy itt is diverzitásra van szükség.

Önök annyiszor idézik itt az alapító atyákat, most én is idézek Robert Schumantól két kijelentést: „Európát nem lehet valamely közös szerkezet kialakításával integrálni”, amit önök akarnak, és a másik: „Európa vagy keresztény lesz, vagy nem lesz”. Ezt is alapító atya mondta, csak önök szelektálnak az ő kijelentéseik között.

Csaba Sógor (PPE). – Mr President, I am not among those who believe that we need to rebuild the European Union from the ground up. We do not need a revolution. Many of the ills attributed to the EU are either not its fault in the first place, or are exaggerated, as is the case of the famous democratic deficit issue. I can definitely say that the EU legislative process is considerably more transparent, accountable and inclusive than the one from my country. That said, there is room to be more effective, resilient and more capable of addressing citizens' expectations. Already now, the current Treaties offer most responses to these issues, but these responses are often ignored. Considering the extent of its title, no one could call our debate unambitious.

Allow me to insist on the 'value' part, as they are set out in Article 2 of the Treaty. We all know that the European Union is supposed to be founded, among other things, on the value of equality, non-discrimination and respect for diversity. Still, we have a long way to go to ensure the effective protection of these values. In the particular area of national, autochthonous or language minorities, the EU has not been able to prevent discriminative practices having a negative impact on the language and culture of persons belonging to such groups and ultimately to the intra-EU diversity we are supposed to cherish. More than 60 million citizens expect acknowledgement of their existence by the EU institutions.

Jo Leinen (S&D). – Herr Präsident! Die EU ist mehr als ein großer Markt. Sie ist eine politische Gemeinschaft, und die Grundlage sind die Werte Europas, die über Jahrhunderte erkämpft wurden. Es wäre an der Zeit, dass die EU das politische Profil sichtbarer und auch vorzeigbarer macht. Und deshalb, Herr Vizepräsident, ist es richtig, dass wir für diese Werte kämpfen und einschreiten, wenn Demokratie, Meinungsfreiheit oder Solidarität verweigert wird. Wir unterstützen Sie, wenn Sie Rechtsstaatsverfahren gegen Mitgliedsländer einleiten; das ist notwendig, und die Bürger unterstützen das auch, wenn einige sich verweigern, während andere ihre Arbeit machen.

Die EU muss natürlich nützen und schützen, und oft hatte man den Eindruck, sie ist kraftlos und hilflos. Das gilt beim Steuerdumping, das gilt bei unfairer Wettbewerb, das gilt bei grenzüberschreitender Kriminalität. Wir haben viele Politiken, die wir jetzt wirklich schärfen müssen, und ich hoffe, dass die fünf Szenarien im Weißbuch Ende des Jahres zu einem einheitlichen Programm für die nächsten Etappen der europäischen Einigung zusammenwachsen.

Ulrike Trebesius (ECR). – Herr Präsident! Wiederaufbau eines Europas, das auf Werten beruht, in wirksamen demokratischen Institutionen verankert ist und eine blühende Wirtschaft in einer fairen und auf Zusammenhalt gegründeten Gesellschaft fördert – wenn ich das lese, denke ich an weidende Einhörner und an tanzende Elfen. Allein die Tatsache, dass wir heute hier darüber reden, dass erst ein Wiederaufbau zu diesen Ergebnissen führen soll, ist doch ein Eingeständnis des Scheiterns. Wichtige Elemente der EU und der Eurozone funktionieren nicht; unsere Gesellschaften sind am Limit beim Thema Euro, bei Migration und multikultureller Gesellschaft; Rechtsbrüche auf höchster EU-Ebene sind nicht die Ausnahme, sondern die Regel – etwa bei den Dublin-Verträgen oder beim Eurosystem.

Statt einmal innezuhalten, fordern viele der Vertreter dieser EU ,diesen Weg, der bisher eingeschlagen wurde, noch weiter zu vertiefen – mehr Zentralisierung, mehr staatliche Wirtschaftsplanung, mehr Vergemeinschaftung, mehr Behörden, mehr Bürokratie und Paternalismus; weniger Eigenverantwortung, weniger Leistungsorientierung, weniger gewachsene Tradition, weniger Vielfalt, weniger Kreativität. Ist das wirklich der Weg, den wir einschlagen sollten?

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL). – Señor presidente. Esta Unión Europea está basada en unos principios neoliberales, en el control del déficit, en la liberalización de servicios, con un banco europeo perverso, con instituciones antidemocráticas y, sobre todo, fue construida con un objetivo claro: el mercado común.

Esto no se cambia con cuatro reformas, con un poco de maquillaje o con un Libro Blanco y, menos aún, con los mismos que nos han llevado al *brex*it, al auge de la extrema derecha o que con sus políticas han hecho que aumente la desigualdad.

La Unión Europea del CETA, del TTIP, del euro, de las fronteras contra las personas migrantes, de Maastricht no puede dar respuesta a las necesidades de la mayoría.

Pero eso no significa que queramos romper con Europa, más bien al revés. Ustedes quieren esta Unión Europea de las multinacionales; nosotras queremos construir una Europa para las clases populares y la queremos construir con los trabajadores y trabajadoras de Alemania, de Francia, de Grecia, de Portugal: todas juntas.

Beatrix von Storch (EFDD). – Herr Präsident! Die Debatte heute heißt „Wiederaufbau eines Europas, das auf Werten aufbaut und eine auf Zusammenhalt gegründete Gesellschaft fördert“. Wiederaufbau setzt voraus, dass etwas zusammengebrochen ist. Diese Selbsterkenntnis ist auf jeden Fall schon mal sehr gut. Wir müssen etwas wieder aufbauen.

Herr Timmermans sprach von den Werten Europas: Demokratie und Rechtsstaat. Niemand hier im Hause ist gegen Demokratie oder Rechtsstaat. Das Problem ist, dass Sie – genau, jetzt lachen Sie natürlich – diejenigen, die für nationale Souveränität eintreten, für antidemokratisch und für Befürworter eines Unrechtsstaates halten. Und genau das ist absurd, das treibt dieses Land auseinander.

Und dann müssen wir uns erinnern: Demokratie und Rechtsstaat müssen ausgefüllt werden mit Werten, die dahinter stehen. Ich erinnere daran, dass wir in der Grundrechtecharta, im Verfassungsvertrag und im Lissabon-Vertrag ausdrücklich keinen Bezug auf das christliche Erbe Europas haben. Das sind die Werte, auf die Europa gebaut ist. Dessen müssen wir uns bewusst werden und wieder klar werden. Das sind Werte. Demokratie und Rechtsstaat ist Technik; dazu sagen wir alle Ja. Aber die Werte müssen wir wieder klar bekommen.

Marco Zanni (ENF). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, credo che il titolo scelto per questo dibattito sia azzeccato al cento per cento per far capire le problematiche che stiamo vivendo oggi. Innanzitutto si usa il termine «rifondazione», ed è chiaro che quando si chiede una rifondazione vuol dire che qualcosa è stato distrutto. Qui l'Europa è stata distrutta dalle politiche imposte dall'Unione europea. Si usa il termine Europa e non Unione europea, ed è ora di far capire ai cittadini che questi sono due concetti differenti: l'Europa è una cosa, l'Unione europea è un'altra. Smettiamola con questa retorica e smantelliamo questa retorica del «there is no alternative» di chi ci vuol far credere che il futuro dell'Europa può essere solo l'Unione europea.

Poi si elencano tre punti fondamentali in cui l'Unione europea oggi ha fallito: nei valori, perché i trattati sono basati su valori completamente sbagliati; nel garantire istituzioni democratiche, visto che oggi la gran parte delle istituzioni dell'Unione non sono democratiche, e la Banca centrale europea ne è un esempio; e infine nel proporre un'economia prospera. È chiaro che l'Unione europea ha fallito nel progresso economico.

L'unico modo di rifondare l'Europa, a mio avviso, è abbandonare questi trattati, che hanno fallito, e rifondare l'Europa su una cooperazione egitaria tra Stati sovrani. Questo è l'unico modo, perché prima o poi il conflitto enorme che esiste tra il modello sociale proposto dai trattati e il modello sociale proposto dalle costituzioni nazionali emergerà. I trattati parlano di concorrenza, di mercato, di profitto, di lavoro merce – concetto tipico del modello sociale dei trattati che è il lorde liberismo mercantilista tedesco. La Costituzione italiana, ad esempio, nei primi articoli, dove si espone il suo modello sociale, parla di lavoro e di tutela del lavoro come elemento fondamentale della produzione.

Questo oggi nell'Unione europea non sta succedendo. È chiaro che se vogliamo andare avanti l'unico modo è smantellare questa Unione europea perché è il coronamento di due progetti molto pericolosi: l'imperialismo tedesco e la disciplina dei mercati e dei sindacati attraverso il vincolo esterno tipica delle élite dei paesi periferici.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, domnule comisar, eu nu o să mă iau de titlu. Este important să analizăm fondul. Nu suntem sinceri cu noi dacă nu reconsiderăm și nu resetăm Europa. Avem nevoie să reconstruim o Europă bazată într-adevăr pe valori, o Europă unită, domnule comisar. Vreau să nu mai dați scenarii și să nu mai alimentați euroscepticii. Sunt pro-european și am intrat în politică exact pentru că vreau și în țara mea și în Uniunea Europeană ca totul să fie construit pe valoare. Dar dacă acum, când țara mea e de zece ani aici, încă se află în afara unui spațiu, avem mai multe spații: spațiul Schengen, non-Schengen, avem drepturi diferite, noi cetățenii.

Cetățenii trebuie să înțeleagă că, pentru a fi uniți au acces și ei la lucrurile care, valorile despre care vorbim și cred, domnule comisar, că trebuie să investim mai mult în educație, pentru ca oamenii să înțeleagă. Liderii politici sunt aleși, și ca cetățenii să poată să aleagă corect, trebuie să fie oameni educați, să avem un set de valori după care să ne ghidăm când ne stabilim liderii. Și, în final, spun că și liderii naționali și liderii europeni au o responsabilitate maximă acum. Într-adevăr am construi o Europă bazată pe valori.

Peter van Dalen (ECR). – In verscheidenheid verenigd. Dat is het motto van de Europese Unie. Kern van dat motto is dat je dus rekening met elkaar houdt, dat je elkaar respecteert, dat je geen karikatuur van elkaar maakt, dat je elkaar niet wegzet in een bepaald *frame*.

Helaas zie ik dat de vertegenwoordigers van de ALDE-fractie, de fractie die dit debat heeft aangevraagd, dat regelmatig wel doen. Bijvoorbeeld als er vanuit de samenleving kritiek is op het pushen voor nóg meer EU, dan wordt die kritiek vaak weggezet als populisme, zonder dat serieus wordt nagegaan of die kritiek ook hout snijdt. Het niet serieus nemen van die kritiek heeft mede geleid tot de brexit.

Ik vind het goed en nodig dat we met elkaar nadenken over wat anders en wat beter moet, zeker. Maar juist van de ALDE-fractie vraag ik dan ook begrip en respect voor de opvattingen van anderen.

Pedro Silva Pereira (S&D). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, apesar das notícias mais positivas destes últimos tempos, não tenemos ilusões: o projeto europeu vive ainda uma séria crise de resultados cujas causas são bem conhecidas. Por um lado, as deficiências estruturais na construção do euro e, por outro, uma política de austeridade que constituiu uma resposta errada à crise.

São estas as causas profundas da divergência que se agrava e que mina os alicerces do projeto europeu. Mas a crise do projeto europeu é uma crise, essencialmente, de valores, que começa no valor da solidariedade. Se o valor da solidariedade não voltar a bater no coração do ideal europeu, então não haverá solução para nenhum dos nossos problemas.

Os cidadãos estão a dizer-nos, nos últimos atos eleitorais, que querem dar uma nova oportunidade ao projeto europeu. Pois essa oportunidade só pode ser agarrada com uma resposta solidária que enfrente os nossos problemas em comum e que realmente permita reconquistar a confiança dos cidadãos europeus.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR). – Panie Przewodniczący! W tej debacie wracają ojcowie założyciele, powracamy do źródeł Europy, to jest całkowicie zasadne i ze względów aksjologicznych i zasad integracji. Ojcowie Europy mieli poczucie, że prawa człowieka, prawa rodziny, dobro wspólne, demokracja są na fundamencie kultury chrześcijańskiej. Ja w przeciwieństwie do pani poseł Sophia in 't Veld doskonale rozumiem wpis Manfreda Webera, nie można rozumieć kultury europejskiej bez tożsamości chrześcijańskiej. Natomiast nie mogę zaakceptować traktowania religii, która dała siłę i żywotność cywilizacji europejskiej, ze wstydem bądź jej cenzurowania.

Drugą kwestią jest obrona integralności rynku – to było bardzo silnie obecne w myśli ojców założycieli i dzisiaj wrogiem integralności rynku jest przede wszystkim protekcjonizm, i to często protekcjonizm państw bogatych reprezentowanych przez rządy, które zamykają rynki kosztem konkurencji i kosztem przyszłości gospodarki europejskiej.

Tibor Szanyi (S&D). – Elnök Úr! Bizonyos politikai erők Európa egyre több részén távolodnak el, vagy értelmezik újra illetve félre az alapértékeinket, úgy mint a demokráciát, a jogállamiságot, miközben az egyenlőség és a szolidaritás is egyre inkább háttérbe szorulnak. Az elmúlt időszakban számos választást tartottak Európa-szerte, és kivétel nélkül, minden alkalommal azért kellett szorítanunk, hogy nehogy a szélsőséges, Európa-ellenes erők kerüljenek ki győztesen.

Volt, hogy félelmeink végül szerencsére nem váltak valóra, de nem mindegyik tagállam ilyen szerencsés. Magyarország sajnos jó példa erre. Az illiberális demokrácia zászlaját lengetve, egyre távolodik az európai értékektől, és ennek megfelelően alakul a magyar emberek élete is. Hatalmas szakadék tátong az Orbán-kormány oligarchái és az igazi magyar valóság között, miközben az egyre növekvő orosz befolyásnak köszönhetően most már biztonsági kockázatot is jelent a putyini minta szerint eljáró Orbán kormány. Bár az uniós pénzek felhasználásának szigorú felügyeletével némileg tudja az EU kontrollálni a helyzetet, de igazi változást csak a választók tudnak elérni.

Patrizia Toia (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io sono convinta che per pensare al futuro dell'Europa bisogna avere ben chiaro quali sono le fondamenta della nostra costruzione. Tanto più vacilla questa costruzione, tanto più devono essere solidi i riferimenti alle nostre radici, che sono i valori di democrazia, di pace e di giustizia. Non si pensi che sono valori archiviati o inutili, perché la democrazia in Europa è tanto più necessaria quando abbiamo derive autoritarie in alcuni Stati membri. La pace è necessaria quando vediamo il conflitto all'esterno dell'Unione, con punte anche di conflittualità all'interno. E la giustizia sociale è tanto più necessaria quando vediamo che, in questi ultimi anni soprattutto, sono aumentate le disuguaglianze e le difficoltà di molte parti della popolazione.

Allora sono fondamenta che, se hanno garantito un successo di integrazione, devono essere rafforzate di fronte a una situazione di crisi come quella che abbiamo. Nel Libro bianco Juncker ci mette davanti ad alcune ipotesi, ma io penso che noi non possiamo scegliere quale Europa, magari in uno Stato membro un tipo di Europa e in un altro un'altra Europa. Non abbiamo cinque alternative, ne abbiamo due: o vincere insieme o perdere separati.

Frans Timmermans, First Vice-President of the Commission. – Mr President, just a few reflections on the basis of what I have heard in the debate. As a teenager, I went to Spain. It was coming out of dictatorship, and as a young man coming from the Netherlands I was shocked to see the abject poverty in Spanish rural areas. Not just the poverty in economic terms; also the poverty in moral terms. Domestic violence was endemic. Children did not go to school, or very badly to school. Girls especially were not even encouraged to go to school. Then look at Spain today. Look at what has been achieved. Surely I am not claiming this for the European Union – it was the Spanish people who did that. But they could not have done that, I believe, in this measure without becoming members of the family of free European nations in the European Union.

As a soldier, I was trained to fight the Eastern bloc. In 1989 the Wall came down, which is without any doubt the most important political event in my lifetime. At that time, Poland was in worse economic shape than Ukraine. Look at Poland today where it is. I think the economy is five or six times bigger than the Ukrainian economy. Surely I do not claim that as a result of the European Union – it is the Polish people who did that. But I am sure the European Union helped in achieving that, especially in terms of the rule of law. It is not just about the economy: it is about the independence of courts. It is about the predictability of jurisdiction, it is about the fight against corruption. So if people today say the European Union is just a big shambles and a mess, they must have been blind over the last 40 years. Let us not lose track of our historic achievements; that would be my first point. And if you know what we can achieve coming out of this crisis, where the number of jobs in Europe now is higher than ever before – I know we still have many things to overcome – but let us have a bit more self-confidence that we can overcome this. Look at what our parents and grandparents overcame. We can do so much better and so much more. We should not talk ourselves down

in this.

And let me stress this one thing. The values the European Union is based upon, enshrined in Article 2 of the Treaty, have been signed and ratified by every single nation member of the EU, and yes, there are cultural differences and all sorts of differences. But Article 2 is binding on every single Member State and every single actor in that Member State, and you cannot get rid of that responsibility simply by arguing along cultural lines. I believe the reason why we talk about re-foundation today is because we have understood that our Union is not unbreakable. As long as you think it cannot be broken anyway, you do not care so much about fundamental values – they will be all right.

But now that we see that our fundamental values are under threat, under fire, we know that we have to stand up for them and speak up for them more than ever before.

I just want to say one thing about the Christian foundations of Europe, and I say this as a Christian. Yes, of course, Christianity has a huge role in how we developed our values, but I would feel very uncomfortable as a Christian, if another Christian claimed the copyrights on European values as exclusively Christian. We would not be here without the humanists, we would not be here without the Enlightenment. It was my own church that needed to be enlightened. The Spanish Inquisition was not invented by atheists, so let us all take responsibility for what we contributed. But let us respect the diversity and the fact that the sources of our values are manifold and cannot be claimed only by one denomination or one political vision.

Helena Dalli, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, I thank the honourable Members for their valuable comments, of which obviously I have taken good note, and you can rest assured that reflection on the future of Europe will continue to be one of our top priorities. In exploring avenues for the EU to take in the future, we should perhaps bear in mind two things: one, that the EU cannot swiftly resolve all problems as if by magic; and two, that we have to balance our ideas with some practical constraints. These may sometimes limit us in our ambitions. So we need to be realistic about what we can and what we cannot do.

Der Präsident. – Damit ist die Aussprache geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Нуждата от реформа на Европейския съюз е очевидна. Всички ние осъзнаваме това. Смятам, че сегашният модел на управление на Европа е грешен. Ако искаме Европа да просперира, да бъде силна, то ние трябва да разберем, че пътят за създаване на един федеративен съюз е грешка.

Гражданите на Европа показват, че желаят промяна. Според мен, реформата на Европа трябва да бъде в посока на по-силни национални парламенти, по-силни национални институции. Европейските граждани показаха нееднозначно, че искат по-малко европейска бюрокрация, облекчени режими за бизнеса, данъчна конкуренция между държавите членки. Според мен, Европа трябва да се откаже от прилагането на общ подход, защото всяка една държава е различна по устройство, има различни норми и установен ред.

Виждаме, че се очертава ясно разделение между Германия и Франция, от една страна, и държавите от Централна и Източна Европа, от друга. Това разделение е породено от двойните стандарти и лицемерието на западните политици. Европа трябва да се върне към първоначалния модел на съюз между суверенни държави, които си сътрудничат в условията на общ пазар.

Laura Ferrara (EFDD), *per iscritto*. – Il dibattito di oggi, ha ad oggetto, la rifondazione di un'Europa, basata su valori. Ebbene, quando si parla di valori, in questo contesto, io credo che non si possa fare a meno di pensare alla Carta dei diritti fondamentali, che io credo, sia alla base dell'esistenza stessa dell'Unione europea. Al di là delle tante belle e condivisibili dichiarazioni di intenti, espresse dal Parlamento per la salvaguardia dei diritti fondamentali, un po' ovunque nel mondo, da alcuni anni assistiamo a casi di mortificazione, se non addirittura di sistematica violazione, di principi sanciti nella Carta, in alcuni Stati membri. Purtroppo, però, alle denunce più volte sollevate dal Parlamento – vorrei ricordare l'unica istituzione pienamente democratica dell'Unione, in quanto eletta direttamente dai cittadini – non hanno fatto seguito adeguate azioni, da parte delle altre istituzioni. Ad oggi l'art. 7 del Trattato non è stato mai attivato e non si riesce a capire quali possano essere le misure alternative, per prevenire le violazioni dei diritti fondamentali all'interno dell'UE. Da questo punto di vista, dunque, non posso condividere l'ottimismo nei confronti di questa Europa, troppo spesso bloccata nell'empasse, di un Consiglio in cui sembrano, prevalere l'egoismo degli interessi nazionali.

Alfred Sant (S&D), *in writing*. – Soulsearching about European values has become a prevalent mood because, since 2008, certain basic tenets about what the EU stood for, and on which its soft power rested, have been downgraded. Among these was the belief that Europe stood for a social market system that would promote the free market while guaranteeing social rights, in the context of economic stability or growth. Today, when stability or growth are lacking or threatened, in order to reacquire competitiveness and growth under existing structures of European integration, the only way out is to restrain social conditions. There has emerged a contradiction between the social rights that the EU proclaims, and the options available to it to achieve desired outcomes. Indeed, it has become questionable whether the three objectives that are fundamental to the European Union as of now, can be kept all three of them together: free market policies under conditions of increasing globalisation and oligopolisation; an ongoing commitment to further European integration; and a total commitment to safeguard and enhance existing social rights in Europe. Before this dilemma is satisfactorily addressed, a sentiment of angst about the real import of European values will prevail.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Refundar a Europa sim, mas não podemos permitir que se jogue com as palavras. Vocês não estão para refundar nada. O que propõem, um dia sim e outro também, é seguir aprofundando esta União Europeia neoliberal e insolidária; com as políticas de austeridade estão a aumentar o desemprego, o empobrecimento e a precarização das classes trabalhadoras e do conjunto das classes populares. A refundação de uma Europa baseada em valores e assente em instituições democráticas significa construir uma nova Europa, começando por respeitar o direito de decidir dos povos, por colocar os direitos humanos antes dos interesses do «mercado livre» e do capital e por abandonar a agenda neoliberal.

Para isso, devem retirar as propostas contidas no documento dos «Cinco presidentes», entre elas a de avançar para a União Económica e Monetária. Devem pôr fim, também, aos projetos de União da Defesa, que vão utilizar milhares de milhões de euros dos orçamentos, tanto da União Europeia, como dos Estados, para avançar na construção de um aparato militar para continuar a impor pela força os interesses desta União Europeia neoliberal e em detrimento das políticas de emprego, das políticas sociais e da manutenção dos serviços públicos.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Európska únia v posledných troch rokoch čelí bezprecedentnému tlaku zo strany Ruska a bojuje s migračnou krízou. Okrem toho sme svedkami vzniku rôznych protieurópskych hnutí, ktoré sú výdatne podporované takzvanými alternatívnymi médiami. Výsledkom je pokles dôvery nielen v spoločný európsky projekt, ale aj v štát a jeho inštitúcie. Túto dôveru môžeme obnoviť len takou politikou, ktorá je založená na našich prirodzených hodnotách a rieši reálne problémy občanov.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D), *în scris*. – În actualul context, valorile reprezintă cheia refondării Uniunii, care se confruntă cu pierderea identității și a comunității, cu riscuri sociale, economice, culturale, de siguranță și de securitate ridicate, cu incertitudine și nesiguranță. Nu trebuie uitat faptul că Uniunea Europeană nu este doar o uniune politică, ci, mai ales, culturală și identitară (unitate în diversitate). Valorile UE sunt amenințate în prezent de cei ce nu le înțeleg și de cei care se tem de ele. Viitorul UE depinde de plasarea valorilor Uniunii în centrul tuturor politicilor, acțiunilor și măsurilor europene. Ancorarea în instituții democratice, eficiente și eficace face ca abordarea tuturor problemelor europene sau mondiale să fie făcută dintr-o perspectivă europeană, o perspectivă democratică, a statului de drept, prosperă și echitabilă. Astfel, terorismul, migrația, insecuritatea economică, alimentară și socială își pot găsi rezolvarea. Însă valorile pe care se întemeiază UE, conform articolului 2 din Tratatul privind Uniunea Europeană (TUE), și anume respectarea demnității umane, libertatea, democrația, egalitatea, statul de drept, precum și respectarea drepturilor omului, inclusiv a drepturilor persoanelor care aparțin minorităților, trebuie să fie promovate, protejate și susținute permanent, mai ales în rândul celor tineri.

16. Folgemaßnahmen zu den Panama-Papieren und Rechtsstaatlichkeit in Malta (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärungen des Rates und der Kommission zu Folgemaßnahmen zu den Panama-Papieren und zur Rechtsstaatlichkeit in Malta (2017/2694(RSP)).

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Presidente

Helena Dalli, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, (*inaudible few words*) Presidency of the Council. As you know, the fight against tax evasion, fraud and avoidance is a common EU goal that has been constantly highlighted by the European Parliament, the European Council, the Council and the Commission. Our Presidency has placed this issue amongst our top priorities for the Council's agenda.

To summarise our achievements in a nutshell, let me mention the following: the Council has completed work on Anti-Tax Avoidance Directive 2, as well as on defining criteria to establish a list of non-cooperative jurisdictions.

Agreement has also been reached on double taxation dispute resolution mechanisms. All these last years represent important cornerstones of EU action in the area of fighting tax evasion, fraud and avoidance. Going into more detail as regards the particular pieces of legislation, let me stress that Anti-Tax Avoidance Directives 1 and 2 provide for a comprehensive framework of anti-abuse measures aimed at ensuring that taxation will occur where value is created. As a result, the anti-base erosion and profit-shifting measures which have also been given an impulse by the G20 and the OECD are now translated in the EU into a binding instrument. In several aspects the Council went even further than the basic OECD recommendations.

Furthermore, the work of the Code of Conduct Group on business taxation is continuing at considerable pace. One of its current main tasks is to finalise the process of establishing the EU list of non-cooperative jurisdictions for tax purposes. We also reached an agreement last month on the directive on double taxation dispute resolution mechanisms, which will considerably enhance tax certainty by making alternative dispute resolution mechanisms binding, faster and more efficient. Finally, transparency and exchange of information have also been considerably improved. Within just one year the Council revised the Directive on Administrative Cooperation twice. These revisions are aimed to ensure the obligation for multinational companies to report key tax information on the amount of revenue, on profit before income tax and on income tax paid in each country where they do business.

They also now allow tax authorities to access the information in relation to money laundering. I thank you very much for your attention.

Joseph Muscat, *Prime Minister of Malta*. – Mr President, I would like to start by expressing my government's solidarity with the British people on this morning's fire and also our solidarity with our American colleagues following the shootings in Virginia just some time ago. Thank you for being so kind to invite me over to this debate. I will structure my intervention two-fold: I will start by, at the start of this debate, making some points on the progress on the rule of law which has been achieved in Malta over the past few years, then I will be looking forward into devoting most of the time later on into answering questions that colleagues will be putting over.

Let me refer to a few points on the rule of law at the beginning of this debate. To brief you on the improvements that have been made in my country over the past few years, one of the first bills which we presented as a government was that which removed the time-barring that existed on acts of corruption by politicians and those holding public office. We were the first government in Malta that introduced such legislation, which will hold all politicians and public officers to account, not only today but throughout our whole life-time, should any shred of evidence crop up linking any politician – past, present or future – to acts of corruption. As such, no politician will be able to escape the long arm of justice throughout their life-time. I believe that is a unique piece of legislation at EU level.

Another piece of legislation we put forward and enacted was the Whistleblowers Protection Act. This has been deemed by a number of Members of this House, like Benedek Jávor and Julia Reda – champions in the fight to protect whistleblowers – as a benchmark for other European Union Member States and a good basis for a future European whistleblowers directive. Since the law came into force in 2013, we had no less than 29 reports that have been lodged under the protection of the Maltese Whistleblowers Act.

Also, after years of damning reports by the Council of Europe's Group of States against Corruption (Greco) putting Malta on the blacklist of political party financing, we introduced an act regulating party financing, which was not only important but necessary and in our national interest. Our law was introduced in 2015 and led Greco to certify that Malta shifted from a country contravening the institution's recommendations on fighting corruption to one of those in line with its main recommendations.

In 2016 we also change the method of appointment of members of the judiciary, becoming the first government to forgo such powers. The executive is now bound to make appointments to the bench from a pool of lawyers that have been previously approved by a judicial appointments committee, rather than having government appoint magistrates and judges directly, without the need of any prior consultation. The judicial appointments committee is made of eminent persons, including the Chief Justice, the Attorney General and the President of the Chamber of Advocates, amongst others.

Mr President, we did all this in just four years, but we intend to do even more. In fact, one of our pledges over the next five years is that of discussing the removal of any parliamentary immunity in Malta, introducing a transparency register at national level – following our work as presidency – to introduce a European Transparency Register, and the introduction of a new code of conduct for all those holding public office.

As I said in the beginning, I am not going to make a long introductory speech; I am interested in listening to the criticism and the points raised by the Members of this House – my former colleagues – and then I will answer accordingly.

Pierre Moscovici, *membre de la Commission*. – Monsieur le Président, Madame la Présidente du Conseil, Monsieur le Premier Ministre, Mesdames et Messieurs les députés, il y a un an, les «Panama Papers» s'ajoutaient aux scandales précédents et confirmaient l'existence d'un système d'évasion fiscale offshore d'ampleur mondiale.

Ces révélations ont suscité, à juste titre, une indignation publique et une condamnation politique. À l'époque, la Commission et moi-même vous avons fait une promesse, qui était de profiter de l'élan créé par ces révélations pour faire reculer l'évasion fiscale. J'ai tenu parole, la Commission a tenu parole, le Conseil nous a accompagnés.

Le président Juncker l'a souligné devant vous il y a deux semaines: nous avons réalisé des progrès sans précédent sur ce front en un temps record. Nous l'avons fait avec votre appui constant, exigeant, et ces succès sont donc aussi les vôtres.

Des révélations récentes concernant des systèmes fiscaux dans plusieurs États membres ne font que confirmer l'absolue nécessité de l'action que nous avons mise en œuvre et que nous continuons à mettre en œuvre pour que la fiscalité dans l'Union européenne et dans le monde soit plus transparente, plus juste, plus efficace.

Le paysage qui émerge, aujourd'hui, à l'issue de ces deux ans d'activisme en matière fiscale est profondément refaçonné. La coopération automatique entre États membres sur les rescrits fiscaux et sur les informations fiscales des multinationales est aujourd'hui la règle. Le secret bancaire a disparu en Europe, y compris chez nos voisins hors de l'Union européenne.

Nous avons créé un filet de protection contre l'évasion fiscale avec l'adoption de directives sur la lutte contre l'évasion fiscale (ATAD 1 et ATAD 2).

Nous disposons désormais de mesures contraignantes pour lutter contre les formes les plus courantes d'optimisation et de planification fiscales agressives, ainsi que d'une nouvelle stratégie extérieure pour que la bonne gouvernance fiscale soit également respectée au-delà de notre marché unique.

Le chemin parcouru, vous le voyez, est absolument considérable. En l'espace d'un an seulement, nous avons proposé le renforcement des règles sur la lutte contre le blanchiment de capitaux, relancé le projet d'assiette commune consolidée pour l'impôt sur les sociétés, obtenu l'accord du Conseil sur les procédures de règlement des différends fiscaux – merci à la présidence maltaise –, et lancé le processus pour créer une liste européenne de paradis fiscaux – nous y avons également bien travaillé avec le ministre des finances Edward Scicluna.

La transparence des informations sur les bénéficiaires effectifs constitue une priorité cruciale pour lutter contre le blanchiment d'argent, la corruption et l'évasion fiscale. Nous avons proposé d'améliorer l'accès aux informations sur les bénéficiaires effectifs en Europe et nous poussons cette priorité au niveau international.

Avec votre indispensable appui, l'Europe devrait aussi avoir bientôt un mécanisme de publication d'informations pays par pays, avec l'idée que les multinationales rendraient publics leurs activités, leurs gains et l'impôt payé pays par pays, en Europe.

Mesdames et Messieurs les députés, Madame la Présidente du Conseil, Monsieur le Premier ministre, ces progrès doivent à présent être confortés et approfondis.

Il est temps de passer à l'étape suivante: quelle est-elle?

Premièrement, je proposerai de renforcer nos moyens de défense contre les abus en matière fiscale: ce sera l'objet de ma proposition sur les intermédiaires, que je sais très attendue par cette assemblée. Certains de ces intermédiaires, les banques, les avocats, les conseils, les consultants – il ne s'agit pas de mettre ces professions en accusation –, encouragent, dans une partie de leurs activités, les abus, en tirent un profit ou les facilitent.

Les «Panama Papers» ont mis en lumière le rôle central de l'optimisation fiscale. La commission PANA, qui travaille ici au Parlement européen de manière remarquable, met aussi l'accent sur ce point.

Faire refluer l'évasion fiscale implique de faire la lumière sur ce secteur.

Ma proposition sera fondée sur des principes simples – transparence, coopération, échange d'informations – que nous avons mobilisés lors de nos précédentes propositions. Vous les connaissez bien à présent.

Avec cette initiative, les arrangements transfrontaliers d'optimisation fiscale devront être portés à la connaissance des États membres bien avant qu'ils ne puissent affecter leurs recettes fiscales, et ainsi les administrations fiscales seront en position de détecter ou de bloquer tout abus éventuel.

D'autre part, même si ce n'est pas le cas pour Malte, beaucoup de scandales récents en matière d'évasion fiscale ou dans d'autres domaines ont été révélés grâce au courage des lanceurs d'alerte. Ils ont mis en péril leur carrière, leur mode de vie, leur liberté parfois. Ils doivent être protégés. La Commission étudie les pistes d'actions possibles en vue d'une initiative dans ce domaine. Je sais que le Parlement européen le souhaite.

La deuxième initiative que je prendrai s'attaquera à la fraude à la TVA: c'est un enjeu majeur. Cette fraude représente, pour la TVA transfrontalière, 50 milliards d'euros de pertes par an pour nos Trésors publics. La tâche n'est pas terminée, nous avons fait des efforts ces deux dernières années. Ce Parlement en a parfaitement conscience. Une étude récente de la commission PANA révèle qu'Europol aurait identifié 388 dossiers dans les «Panama Papers» qui seraient connectés à des opérations de fraude à la TVA. On parle ici d'une fraude massive, portée qui plus est par des réseaux criminels et servant peut-être au financement du terrorisme.

Aujourd'hui, la fraude à la TVA, pour ainsi dire, c'est un jeu d'enfant, c'est ce qu'on appelle la fraude carrousel. Les failles du système TVA combinées à la facilité déconcertante de drainer les fonds détournés vers des comptes bancaires hors de l'Union européenne rendent cette ressource fiscale extrêmement vulnérable à la fraude, et c'est le cas en particulier, je l'ai dit, pour les opérations transfrontalières.

La solution que nous allons proposer, c'est d'aller vers un régime définitif de TVA, en laissant les opérations intra-Union européenne être traitées exactement comme les transactions nationales dans l'État membre de destination à travers un guichet unique, ce qui permettra de réduire drastiquement la fraude transfrontalière mais aussi de simplifier les obligations de TVA pour les entreprises, parce que, bien sûr, c'est une mesure de simplification qui permet aux entreprises de travailler de manière plus efficace.

Dans ce contexte, je souhaite aussi vous annoncer que des actions importantes sont en préparation pour lutter contre la fraude à la TVA, donc dans le domaine de la justice pénale européenne, après la finalisation de la nouvelle directive sur les infractions portant atteinte aux intérêts financiers de l'Union européenne, qui incrimine également la fraude à la TVA.

Le 8 juin dernier, nous sommes parvenus à un accord politique du Conseil sur la création – et c'est majeur – du Parquet européen en coopération renforcée, soutenu par 20 États membres et que d'autres pourront rejoindre plus tard.

J'espère pouvoir compter encore une fois sur le soutien sans faille du Parlement européen pour cette initiative. J'ai coutume de dire que nous sommes vraiment du même camp dans ce combat, que je sais très largement transpartisan et partagé sur tous les bancs de cette assemblée.

En effet, ces initiatives viennent compléter les instruments que nous avons mis en place ensemble depuis deux ans pour faire reculer la fraude et l'évasion fiscales, ce qui reste un objectif partagé. Cela contribuera à ce que l'Union et ses États membres continuent d'être à l'avant-garde de cette bataille pour une fiscalité plus juste, qui est une bataille mondiale menée dans le cadre du G20 et de l'OCDE.

Enfin – et j'en termine là –, il est important que la justice puisse faire son travail en toute sérénité et en toute indépendance, et vous comprendrez donc que je ne puisse faire aucun commentaire sur les enquêtes en cours, qui sont du ressort de la justice.

Voilà, Mesdames et Messieurs les députés, Monsieur le Président, Monsieur le Premier Ministre, Madame la Présidente du Conseil, ce que je voulais vous dire au sujet de notre combat toujours renouvelé contre les abus en tous genres en matière fiscale.

Je remercie encore une fois le Parlement de son soutien qui nous est indispensable à tous les instants dans ce très difficile, mais très important dossier.

Manfred Weber, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, I welcome you, Prime Minister Muscat, and first of all as a democrat I want to congratulate you on your re-election. There was strong, tough, democratic competition in Malta, you won, and I wish you all the best in the interest of the country and in the interest of our European Union.

In the interest of the European Union you showed that you are from time to time ready for change, ready to rethink your own position. I bring to our mind again that you were not previously in favour of Malta becoming a member of the European Union. Today you know that membership is important for Malta and contributes to the interests of Malta. Malta is benefiting from this and today it is obvious that this is a success story. This example shows that you are ready to rethink your position from time to time.

But in today's debate, whose subject is the Panama papers linked to Malta, the question is not so much what we are doing against fraud and what we are doing for the rule of law; the most important question is: why is there still a minister in your cabinet, the only minister in the European Union, who is named on the Panama list? That is the substance of the debate today. That is what we want to ask you, because we have a lot of discussion points where we can really work together for the future of Europe, but that is the substance of the debate. You won the election, but the questions are still on the table and what we ask from you, in your capacity as today's President of the European Council, as the presidency of the Council of the European Union, is clarification of this open question.

You said a lot about what you did on paper on legislation to guarantee the rule of law in Malta. I was hoping that you would come back today to Strasbourg to the European Parliament and could show us what the result of this legislation is, what are you doing to create really strong and independent structures, and what the outcome of this is. Legislation, what is on paper, is one thing, but implementation is something else. What does this mean in reality? What is the outcome of these activities? I did not think that you showed a real readiness to give us an opening, an inside look into what is happening in your party, in your government. I would ask you to do so. I think that is a chance for you, in your second approach here in the Parliament, to clarify these points. Democracy means that people must have full trust

in their institutions. That is the base for democracy, and that is what we fight for.

(Applause from the PPE Group)

Jeppe Kofod, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, I would first of all like to congratulate Prime Minister Muscat on his victory in the election, which was very impressive indeed.

The Panama Papers have given rise to a number of scandals in EU countries. Some are open-and-shut cases, while others are merely hearsay and conjecture. In a democratic society built on the rule of law there is only one response to such allegations: where there are allegations, there must be investigation and, where there is investigation, there must be a conclusion, a judgement and a ruling. In the specific case of Malta, so far only two of these are present: the accusations and the formal investigation, which is well underway.

This being the case, the plenary chamber of the European Parliament is not the proper forum to deal with these accusations. I ask my honourable colleagues whether they really question the very foundation of democracy in Malta, a Member State that has recently achieved a 92% voter turnout and is a sound democracy. As a co-rapporteur of the PANA Committee, I am perhaps the keenest to get to the bottom of all cases linked to the Panama Papers and I will insist on having facts, not merely accusations. I refuse to be drawn in to questioning a fundamental societal pillar, the rule of law in Malta, even before the ongoing formal investigation is completed.

However, I do seriously question if the EU as a whole is capable of responding effectively to the revelations of the Panama Papers. Vital EU anti-tax evasion measures continue to be held up in the Council. If we are to make any positive difference at all in the fight against tax fraud, tax evasion and tax havens, we must channel all of our efforts into building European solutions. As such, I ask the Members of this Parliament who take the floor whether they are ready to reform the Code of Conduct Group to ensure public scrutiny. Can you help to bring your own governments to responsibility for the actions taken by this group? I think this is very important. We also need to do more at a European level. Together with my former co-rapporteur, Michael Theurer, in the TAXE 2 report, I ask for the Union Tax Policy Coherence and Coordination Centre to strengthen our fight against tax evasion and tax fraud in the EU. We also want to see a Tax Europol that can bridge the gap between national authorities in these highly complex international tax cases.

Bernd Lucke, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben in der Tat viele Fragen bezüglich der Vorwürfe, die gegenüber Malta und der maltesischen Regierung geäußert werden. Aber es gibt auch Fragen, die wir an das Europäische Parlament richten müssen, zum Beispiel die Frage, warum diese Debatte jetzt nach den Wahlen stattfindet. Es hat ja den Vorschlag des Panama-Ausschusses gegeben, den Premierminister von Malta vor den Wahlen einzuladen. Und was wäre denn demokratischer, als dem Volk, das in Wahlen seine politische Meinung äußert, die Gelegenheit zu geben, auch die Fakten zur Kenntnis zu nehmen, die Befragung der maltesischen Regierung durchzuführen, bevor das Volk sich ein Urteil bildet?

Man muss an die Konferenz der Präsidenten die Frage richten: Warum wurde denn diesem Vorschlag des Panama-Ausschusses nicht Folge geleistet? Warum haben wir hier meines Erachtens gegen elementare demokratische Prinzipien verstoßen, indem wir erst jetzt eine Debatte führen, nachdem die Wahlen gelaufen sind? Ich glaube, es ist kein gutes Beispiel für Demokratie, das wir hier gegeben haben, und da sollten wir uns vielleicht auch einmal selbstkritisch an die Nase fassen.

Petr Ježek, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, I do not mean to import Maltese internal politics here but I was a member of the former Touch 1 and Touch 2 committees, now I am a co-rapporteur on the PANA Committee and therefore I have some issues to raise.

The PANA Committee had a mission to Malta and many intermediaries named in the Panama papers are based in Malta; and also their possible ties to politically exposed persons there are very worrying. On the face of it, it seems EU law has somehow been implemented but its enforcement, strong and independent institutions including the Financial Intelligence Unit, and more generally the rule of law, are questionable.

In Brussels it seems Malta is fighting EU efforts to move towards more transparency, be it within the anti-money laundering directive, country by country reporting, or a common consolidated corporate tax base. This cannot imply anything other than it has a lot to hide.

It has nothing to do with the size of the country, but I am glad that the EU was reformed in the way that it now has a permanent president of the European Council. I am afraid that if you, Prime Minister, presided over the European Council now it would weaken the standing of the European Union.

Fabio De Masi, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident! Die Regierung Maltas und damit die aktuelle EU-Präsidentschaft wird in der Öffentlichkeit bedauerlicherweise mit krimineller Energie in Verbindung gebracht.

Kabinettsmitglieder tauchen in den Panama Papers auf, EU-Visa werden an chinesische Geschäftsleute verhökert, mit dem Rabattsystem können Unternehmen Steuersätze auf fünf Prozent der Gewinne drücken. In meiner Heimatstadt Hamburg nutzen Kreuzfahrtschiffe gar die maltesische Flagge und deutsches Steuerrecht, um die Steuern auf null zu drücken. Malta ist ein Paradies für Geldwäsche der italienischen Mafia. Ohne diplomatische Floskeln: An dem Geld, das Malta schützt, klebt daher auch Blut.

Gleichwohl haben die Malteser die sozialdemokratische Regierung bestätigt. Das überrascht nicht; es gab ja keine realistische Alternative – auch die Konservativen in Malta haben ihr Sündenregister. Im Wahlkampf mit dem Finger auf Malta zu zeigen, aber in Brüssel vor Steuertricks und Geldwäsche einzuknicken, wäre allerdings zu billig – so etwa Konservative und Liberale, die mit Ausnahmeregelungen beim *country-by-country reporting* kürzlich verhinderten, dass Konzerne lückenlos über Gewinne und gezahlte Steuern Land für Land berichten müssen.

Die EU muss jetzt liefern, auch gegen Malta. Rat und Kommission müssen mit uns Schlupflöcher in der Geldwäscherichtlinie, etwa für Scheindirektoren von Briefkastenfirmen, schließen. Die schwarze Liste der Steueroasen muss auch um EU-Staaten wie Malta erweitert werden. Wir brauchen Quellensteuern für unkooperative Staaten. Europa braucht Glaubwürdigkeit, keine faulen Deals mit der Steuermafia.

Und ich möchte Sie, Herr Muscat, fragen: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass wir zum Mehrheitsprinzip in der *code-of-conduct group* kommen? Und werden Sie vor dem Panama Paper-Untersuchungsausschuss, dessen stellvertretender Vorsitzender ich bin, erscheinen? Es ging Ihnen eine Einladung des Vorsitzenden zu. Werden Sie das nachholen?

Sven Giegold, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, first of all, our group asked for this debate because we are seriously concerned with the state of the rule of law in Malta. We have found that the Financial Intelligence Unit has investigated several cases of serious wrong-doing in the field of money laundering, as well as in the field of bank licensing and doubtful procedures in banks. These have unfortunately not led to the opening of prosecution processes. These three known reports of the Financial Intelligence Unit have leaked to the media, but still prosecution processes seem not to be on the way and therefore, we call on the Police Commissioner to immediately open respective prosecution procedures.

Secondly, for the financial institutions involved, there should be consequences. There is a financial supervisor and there is something peculiar in Malta because the head of the financial supervisor MFSA, Joseph Bannister, is at the same time the Vice President of Malta Finance. There is a strong conflict of interest between the role of supervisor and that of the Development Authority which brings financial investment to Malta. We think the supervisor should take action against Pilatus bank and next year BT, to look at their licenses after the findings in the Panama Papers as well as in the reports of the FIU.

Furthermore, we believe that the key persons who were involved in the Panama Papers, including Mr Schembri as well as Brian Tonna and Kazimi as well as Mr Zammit who was found in the Swiss Leagues, should appear before the Panama Papers committee; so far they have failed to do so. Reuters and Der Spiegel have revealed lax supervision in the online gaming sector.

Lastly, it is imperative that a thorough investigation be started. We have written today to the Commission to start investigations regarding Treaty violation procedures concerning money laundering legislation and bank licensing practices. It is high time for Malta to defend its reputation. Your island needs to be based on the thorough rule of law; and you can do it, you have in your hands to really reveal to the public the truth about all these things and have fair and tough investigations. These are not replaced by elections.

David Coburn, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, until the end of June, Malta holds the incumbent Presidency of the Council of the European Union. For many politicians, it seems to be a good moment to attack this small republic. This debate is linked to the Panama Papers committee working on tax avoidance, tax evasion and money laundering. The Maltese financial services sector has come under increasing pressure from abroad, especially after the reappointment of Keith Schembri and Konrad Mizzi in the Maltese Government – both of them appear in the Panama papers. Nevertheless, it is not the European Parliament that should interfere in the investigation of a sovereign nation state. Many MEPs in this House are exploiting this debate to push forward their agenda to ban economic competition between countries. By using outdated buzz words like ‘fair tax competition’ and talking about a ‘level playing field’, these EU federalists are trying to cover up their real aspirations – creating a big supranational taxation union. This debate shows to the people of the UK why it is so important for Britain to leave the EU by way of a hard Brexit, which means no membership of the single market, no membership of a political union, and no membership of this socialist taxation union.

Barbara Kappel, *im Namen der ENF-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar, hohe Ratspräsidentschaft! 5 % Wirtschaftswachstum, 4,7 % Arbeitslosigkeit und eine Staatsverschuldung von 58,3 % im letzten Jahr – das hat Malta zu einem der Top Performer in der Europäischen Union gemacht, und das wird wahrscheinlich auch ein Grund sein, warum Sie, Herr Ministerpräsident, von den Wählern wieder bestätigt wurden. Ich gratuliere Ihnen dazu.

Die Panama Papers warfen allerdings ein Schlaglicht auf den Finanzplatz Malta, und die Malta-files runden dieses Schlaglicht ab. Die gute makroökonomische Performance Malτας basiert aber in erster Linie auf den Einnahmen aus den Finanzdienstleistungen. Das umfasst auch die erheblichen Steuervorteile, die sich zum Beispiel aus der Sechs-Siebtel-Regelung über die Rückerstattung von Gewinnsteuern ergeben. Gemeinhin wird Malta als Steueroase bezeichnet, wobei Malta weder auf der Blacklist der OECD noch der FATF aufscheint. Der Panama-Untersuchungsausschuss war in Malta und hat festgestellt, dass die Aufklärung von Steuerflucht und Geldwäsche behindert wird.

Allerdings haben Sie im Rahmen der Ratspräsidentschaft sehr gute Arbeit geleistet zum Thema Bekämpfung der Steuerflucht, insbesondere für mehr Transparenz, und ist es Ihnen gelungen, das OECD-Abkommen für die Bekämpfung der Steuerschlupflöcher, das BEPS-Abkommen, zu unterzeichnen. Dafür gebührt Ihnen Dank. Das ist ein guter Schritt und ein Schritt in die richtige Richtung.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε, κύριε Πρωθυπουργέ, η διαφθορά αποτελεί μια μεγάλη πληγή της Ευρωπαϊκής Ενώσεως και, φυσικά, δεν αφορά μόνο τη Μάλτα. Στη συγκεκριμένη περίπτωση, έχουμε πράγματι τα ονόματα δύο στελεχών της μαλτεζικής κυβερνήσεως στα περίφημα «Panama papers». Αρχικά, αυτό δεν αποδεικνύει τίποτα παραπάνω εκτός από πιθανή φοροαποφυγή. Πράγματι, θεωρώ αναγκαίο η δικαιοσύνη στη Μάλτα να ερευνήσει την υπόθεση και, αν αποδειχθούν παρανομίες, να τιμωρηθούν οι υπαίτιοι. Όμως αυτό δεν είναι υπόθεση του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, το οποίο δεν είναι σε θέση να παριστάνει τον δικαστή. Ειδικά, μάλιστα, από τη στιγμή που πολλές υπόνοιες και υποψίες σχετικά με τη διαχείριση των οικονομικών αφορούν μέλη του. Επιπλέον, ας λάβουμε υπόψη μας πως ο λαός της Μάλτας επέλεξε πάλι την ίδια κυβέρνηση με σημαντική μάλιστα πλειοψηφία. Δεν αντιπροσωπεύουν τον λαό οι διάφορες υποκινούμενες και μη ελεγχόμενες Μη Κυβερνητικές Οργανώσεις ή η φερόμενη ως κοινωνία των πολιτών, αλλά αντίθετα, ο λαός εκφράζεται στις εκλογές. Τέλος, σε μια Ευρωπαϊκή Ένωση που σαν επικεφαλής της Επιτροπής έχει τον πρώην Πρωθυπουργό του Λουξεμβούργου, καλύτερα να μην κατηγορούμε τους άλλους για φοροαποφυγή.

PRESIDE: RAMÓN LUIS VALCÁRCEL SISO*Vicepresidente*

David Casa (PPE). – Aktar minn sena ilu, permezz tal-Panama Papers, inkixfu pjanijiet ta' korruzzjoni fuq skala kbira u hasil ta' flus min-nies li jokkupaw karigi gholja fil-Gvern Malti.

Bhalissa f'Malta qed isiru numru ta' investigazzjonijiet kriminali. Il-Prim Ministru ta' Malta reġa' nghata çans iehor mill-elettorat, u dan ahna nirrispettawh. Imma l-vot tal-gimgha li ghaddiet ma jahfirx id-dnubiet tal-politici korrotti. It-tieni çans tal-Prim Ministru ma tantx beda fuq nota tajba. Fil-kabinett tieghu reġa' appunta nies korrotti u li jahslu l-flus.

Issa l-Prim Ministru ghandu ghażla: jew li jibqa' mnizżel fl-istorja bhala l-Prim Ministru korrott ta' Malta, jew jista' jagħzel li jirrangha t-tahwid. Jekk jagħzel dan, jien ser inkun hemm biex nghinu. Nghinu jerġa' jibni r-reputazzjoni ta' Malta. Nghinu jiddefendi s-settur finanzjarju tagħna.

Prim Ministru, thalli lil hadd jattakka, pereżempju, il-whistleblower tal-FIAU. Qeghdin hawn illum biex nitolbuk ma tarmix it-tieni opportunità li ghandek. Jien inhobb lil Malta.

U ghax inhobb lil Malta ser nibqa' niġi hawn nitkellem kontra l-korruzzjoni. Jien inhobb lil Malta u ghax inhobb lil Malta ser nibqa' nitkellem meta l-istituzzjonijiet tagħna jkunu dgħajfa. Prim Ministru, ghandek tieqa żghira ta' opportunità biex tillimita l-hsara li hloqt. Użaha. Ara fiex għibt lil pajjiżna.

Prim Ministru tibqax tapprova l-korruzzjoni, izda nappellalek biex ilkoll flimkien, ahna u intom, nahdmu biex neqirdu l-korruzzjoni u l-kriminali li ghandna f'pajjiżna.

Alfred Sant (S&D). – Mr President, Members of this Parliament wishing to criticise the Maltese Government might say it has adopted policies with which they disagree. Yet under Dr Muscat's administration, the Maltese economy has reached unprecedented growth rates, at the top of the EU league. It is delivering prosperity to all segments of the Maltese population; reforms have been implemented very quickly on social liberalisation, on LGBT rights, on access to education, on the reduction of poverty. Progress has been rapid. The government has declared it will correct any mistakes made. Critics of the Maltese administration have no basis to claim that the rule of law is being undermined. That rule is as alive and well in Malta as anywhere else in the EU. Currently, four magisterial inquiries are investigating allegations of improprieties in public management. They are proceeding in total independence, in accordance with the rule of law. The Maltese Prime Ministers has committed to respect their conclusions. Some might dislike the fact that Malta is excelling in financial services, yet the sector operates in full conformity with EU and OECD rules. Individual cases are being wrongly generalised by people in this Parliament. The grounds for this debate are non-existent. If they are given credence, future statements we might make about the rule of law anywhere will risk becoming undermined and devalued.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Csaba Sógor (PPE), blue-card question. – Mr Sant, over a year ago you expressed your view that Minister Mizzi should resign. How do you feel about the fact that he has been reinstated after the Maltese elections?

Alfred Sant (S&D), blue-card answer. – *(inaudible)* for a prime minister to respect the verdict of the people. I note that this has been done in this case as well.

Pirkko Ruohonen-Lerner (ECR). – Arvoisa puhemies, kun harvalukuiset tutkijat ja kansalaisaktivistit pitivät ääntä veroparatiiseista, laittomasta veronkierrosta ja laillisesta mutta kyseenalaisesta veronvälttelystä kymmenisen vuotta sitten, se leimattiin suoraan haihatteluksi. Tänään ei kukaan ajattele näin, ja se on hienoa.

PANA-tutkintavaliokunnan tyyppisten elinten suurin arvo on siinä, että ne kirittävät sekä EU:n komissiota että jäsenmaita parantamaan toimintaansa ja tekemään kunnianhimoisempia aloitteita. Olemme PANA- ja TAXE-valiokunnissa tentanneet lukuisia valtiovarainministereitä, muita poliitikkoja sekä kansainvälisten järjestöjen ja yritysten edustajia, mukaan lukien myös Malta.

Tapahtunut kehitys on esimerkki siitä, että maailmaa voidaan muuttaa, kun saadaan mukaan oikeat ihmiset, riittävät resurssit ja vahva tahto muutokseen. Tätä työtä täytyy tukea myös tulevaisuudessa kaikilla tasoilla. Toivon, että käynnistettyjä hankkeita pystytään seuraamaan ja arvioimaan. Tässä myös median, tutkijoiden ja kansalaisjärjestöjen työllä on erittäin suuri arvo.

Michael Theurer (ALDE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, Herr Premierminister! Die TAXE-Berichte haben ganz eindeutig gezeigt: Seit vielen Jahren ist bekannt, wo Steuerschlupflöcher herkommen: durch die Kombination von überkomplexen nationalen Steuersystemen. Die konnten nicht geschlossen werden. Die Finanzminister, die Regierungschefs wissen seit vielen Jahren von diesem Problem, aber sie konnten sich nicht einigen.

Mit Panama kommt jetzt ans Tageslicht, dass das vielleicht einen ganz anderen Grund hat: weil nämlich Vertreter des Showbusiness, auch hochkarätige Sportler und zum Teil möglicherweise auch Politiker an diesen Geschäften beteiligt sind. Jedenfalls steht der Verdacht im Raum, und deshalb ist es nicht gleichgültig, was in diesen Panama Papers steht. Deshalb wollen wir das hier als Parlament auch aufklären, denn wir verabschieden Gesetze gegen Steuervermeidung und Steuerhinterziehung und vor allem auch gegen Geldwäsche – das ist EU-Recht. Und dann hat man den Eindruck, dass die nicht umgesetzt werden.

Was macht dann die Kommission? Naja, die wendet sich an die nationalen Regierungen. Aber wenn dann vielleicht Minister in den Panama-Papieren auftauchen, dann besteht ja der öffentliche Verdacht, dass die Regierung deshalb nicht handelt, weil einige Beteiligte davon selber profitieren können. Das ist doch eine schreckliche Situation – da muss doch aufgeräumt werden! Das ist ja dann so, als wenn die *Beagle Boys*, die Panzerknacker, im Grunde genommen mit dem Schutz vor Einbrechern beauftragt werden.

Deshalb haben die Bürgerinnen und Bürger ein Recht darauf zu erfahren: Sind tatsächlich Regierungsmitglieder in Malta betroffen? Wann kommt endlich eine unabhängige Untersuchung? Wird der Rechtsstaat hier durchgesetzt, wenn die Namen genannt sind? Wenn vielleicht sogar die Frau des Premierministers hier in der Öffentlichkeit als letzte Berechtigte genannt wird? Dann muss hier dringend dafür gesorgt werden, dass entweder gezeigt wird, dass an den Vorwürfen nichts dran ist – dann ist es ausgeräumt –, oder aber der Rechtsstaat muss entsprechend zur Wirkung gebracht werden. Und die Kommission, Herr Präsident, ist hier auch gefordert, denn ansonsten macht sie sich zum Komplizen.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Alexander Graf Lambsdorff (ALDE), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Herr Präsident! Nein, ich habe eine Frage an den Kollegen Theurer. Das hat zu tun mit dem Europäischen Staatsanwalt. Ist es zutreffend – das frage ich jetzt als Mitglied des Untersuchungsausschusses –, dass Malta sich dem Europäischen Staatsanwalt nicht unterworfen hat, und wie bewertest du das? Warum ist es offenbar der maltesischen Regierung nicht möglich oder warum ist sie nicht willens, die Unterstützung für die Behörden zu leisten an Stellen, wo gegen die finanziellen Interessen der Europäischen Union verstoßen wird? Ist das ein ernstes Problem, und wenn ja, was soll man tun?

Michael Theurer (ALDE), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Herr Kollege Lambsdorff! Das Europäische Parlament fordert seit vielen Jahren die Einrichtung einer Europäischen Staatsanwaltschaft, damit eben auch Betrugsdelikte von Seiten der Europäischen Union grenzübergreifend in den Mitgliedstaaten geahndet werden können. Es gibt jetzt im Zusammenhang mit der verstärkten Zusammenarbeit einen ersten Gang von einigen Mitgliedstaaten. Nach den mir vorliegenden Informationen hat sich aber Malta bisher nicht bereit erklärt, die Europäische Staatsanwaltschaft zu unterstützen und ebenfalls einzuführen. Aber hier müsste dann der Premierminister erklären, warum Malta diesen Europäischen Staatsanwalt, den das Europäische Parlament seit vielen Jahren fordert, nicht unterstützt.

Eva Joly (Verts/ALE). – Monsieur le Président, Monsieur le Premier ministre maltais, vous pensez avoir répondu aux accusations de corruption pesant sur votre entourage en convoquant des élections anticipées dans votre pays. Mais une réélection ne permet pas d'écarter les soupçons. Seule une enquête sérieuse de l'autorité de poursuite le peut.

Vous engagez-vous, ici, à garantir de véritables enquêtes policières indépendantes? De la même manière, se cacher derrière l'appartenance à l'Union européenne pour réfuter le fait que Malte puisse être un paradis fiscal n'est pas une réponse sérieuse. Comment qualifier alors un pays qui fait perdre chaque année 2 milliards d'euros de recettes fiscales aux autres États membres, d'après les révélations des «Malta Files»?

Tant que les États membres ne seront pas pris en compte dans la liste noire européenne des paradis fiscaux, non, Monsieur Muscat, faire partie de l'Union européenne ne suffira pas à écarter la qualification de paradis fiscal. Il est temps que nos gouvernements prennent conscience des dégâts causés par ces pratiques fiscales.

Le ministre français de l'économie, Bruno Le Maire, ne semblait pas non plus en avoir pris la mesure, puisqu'il a considéré comme tout à fait légal le fait que Renault et PSA éludent 119 millions d'euros d'impôts en installant des filiales à Malte. Non, ce que certains appellent de l'optimisation fiscale est en réalité de l'évasion fiscale par abus de prix de transfert, et est donc frauduleux.

Mario Borghezio (ENF). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Presidente Muscat, le elenco due o tre argomenti che emergono dai Malta Papers: emergono i traffici della 'ndrangheta, della mafia calabrese, emergono i nomi dei più grossi personaggi del clan di San Luca, protagonista del traffico mondiale di cocaina, emergono traffici di armi, emerge un personaggio come Mohsen Rezaian, un personaggio di rilievo internazionale nel traffico di armi, tra l'altro affiliato a Hezbollah, con due società, l'America Holding e la Serafiner Trading, entrambe di diritto maltese.

Non sono parole generiche. Sui giornali si parla di La Valletta oggi – una città e un paese che ho imparato ad amare in questo semestre – come di una seconda Tripoli. Questo è un atto d'accusa, è una vergogna, al centro di tutti i traffici di armi e di quant'altro fra Italia e Libia, il peggio che ci sia. Siete coinvolti e non vi siete fatti mancare neppure i traffici delle ONG che favoriscono i traffici dei clandestini, come denunciato ultimamente persino dalla guardia libica. E lei ci viene a parlare genericamente di impegni? Lei avrebbe dovuto venire qua a dirci che cosa sta facendo contro queste realtà, non queste accuse generiche, queste realtà, documentate con nomi e cognomi, emerse dall'inchiesta di questi ...

(Il Presidente interrompe l'oratore)

Steven Woolfe (NI). – Mr President, the Panama Papers have given rise to many scandals and corruption, and it is quite right that we create laws to prevent such waste and deal with those scandals. So why doesn't the Commission deal with the biggest scandals of all: the waste of the European Union of the taxpayers of Europe? Take, for example, the Parliament building in Brussels, built in 1993 for EUR 1 billion, and now we are told today that it's potentially about to fall down and needs rebuilding for EUR 393 billion. Or the new Wilfried Martens building built for EUR 125 million – 15% more than ordinary buildings of the type would have been built. The European house of history: EUR 60 million. The parliamentary building: EUR 422 million. And now we have our own MEPs' cocktail bar for EUR 1.9 million as well – there is the scandal, ladies and gentlemen. Thank goodness we in Britain are going to leave the European Union, so that we don't have to deal with those costs and waste anymore.

Werner Langen (PPE). – Herr Präsident! Herr Premierminister, Sie haben gesagt, welche Fortschritte Sie in den letzten vier Jahren in der Rechtsstaatlichkeit gemacht haben. Was nutzen diese Fortschritte auf dem Papier, wenn der demokratische Selbstreinigungsprozess in Ihrer Regierung nicht funktioniert, wenn Sie Herrn Mizzi erneut als Minister berufen haben, ohne die Konsequenzen zu ziehen, ohne eine Untersuchung?

Dann kann ich nur sagen: Das tut mir leid – Sie, als ehemaliger Kollege, haben auch zu verantworten, dass das Parlament, der Untersuchungsausschuss – ich nehme den Finanzminister aus, aber von den anderen, deren Namen aufgetaucht sind – in extremem Maße ignoriert wurde. Wir haben auf unsere Fragen vom November keine Antwort erhalten. Wir haben keine Antwort bekommen auf unsere Einladung. Herr Schembri hat auf der Straße in Malta ein Kuvert aus dem Büro des Ministerpräsidenten überreichen lassen.

Das ist ein Umgang mit dem Parlament, den ich von einem ehemaligen Parlamentarier nicht für möglich gehalten hätte! Und Sie sind Vorsitzender des Rates in diesem Jahr – also, eine solche Rats-Ignoranz gegenüber dem frei gewählten Europäischen Parlament ist mir bisher noch nicht begegnet. Da müssen Sie in Ihrem eigenen Land aufräumen!

Wir werden dahinter bleiben, wir werden darauf bestehen, dass Ihr eigener Fall aufgeklärt wird – da können Sie lachen. Wir werden darauf bestehen, dass das nicht durchgeht, und das Panama-Untersuchungskomitee wird – wenn nichts geschieht, wenn Sie da so weitermachen wie bisher – auch der Frage nachgehen, ob bei dieser Wahl Stimmen gekauft wurden, wie in Malta öffentlich behauptet wird.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Nuno Melo (PPE), *Pergunta segundo o procedimento «cartão azul»*. – Meu caro Deputado Langen, é presidente da Comissão Panamá Papers. Por minha solicitação, esta comissão chamou o Secretário de Estado português, Rocha Andrade, a Bruxelas. Nessa audição, o Secretário de Estado não esclareceu sobre um acordo secreto para retirar o Panamá da lista negra e confessou não ter pedido um parecer à autoridade tributária para retirar da lista negra os *offshores*, paraísos fiscais, de Jersey, Man e Uruguai.

Principalmente, depois desta omissão, soube-se em Portugal que havia um parecer negativo quanto à retirada do Uruguai da lista negra nacional. Ou seja, este é um facto muito importante, um esclarecimento que não foi dado, que foi negado à comissão pelo Secretário de Estado português, Rocha Andrade. Eu já requeri novamente que o Secretário de Estado português, Rocha Andrade, comparecesse na missão a Portugal da Comissão Panamá Papers. Como presidente da Comissão Panamá Papers pergunto-lhe se considera ou não importantes estes novos esclarecimentos? Pessoalmente, considero-os muito importantes.

Werner Langen (PPE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Herr Kollege! Wir haben über die Frage der schwarzen Liste auch mit dem Kommissionspräsidenten diskutiert. Er hat gesagt: Bis Jahresende wird die vorgelegt, aber er hofft, dass kein einziger Mitgliedstaat oder keine einzige Jurisdiktion innerhalb der EU darauf sein wird. Diese Aussage werden wir nicht akzeptieren.

Es gibt 33 Steuerparadiese innerhalb der Europäischen Union. Und einige Mitgliedstaaten haben Wert darauf gelegt, dass sie außen vor bleiben, und haben dafür auch andere Staaten herausgenommen, wie Uruguay. Dieses System werden wir überprüfen, und nach meiner Überzeugung muss das Steuererstattungssystem von Malta für ausländische Firmen in diese Liste aufgenommen werden.

Miriam Dalli (S&D). – Interessanti kif il-Partit tal-Popolari Ewropej, li taghhom il-Partit Nazzjonalista Malti huwa membru, ressu s-sugġett ghad-dibattitu biex jaghtu l-impressjoni li l-principju legali tad-dritt ma jżistix f'Malta.

Qed jippruvaw jifgħu lil Malta fl-istess keffa tal-Ungerija mmexxija minn membru tal-familja politika taghhom. Li mhux qed jgħidu huwa li l-Partit Nazzjonalista li jagħmel parti mill-Popolari Ewropej għamel għinghat shah jagħmilha ta' prosekutur, ta' gurat, ta' imħallef, jgħid lil min se jiffa' l-habs u lil min irid inehhi ghaliex ma jaqbilx magħhom. Jagħmel pressjoni fuq l-istituzzjonijiet u jimmina lill-istess istituzzjonijiet. U jibqa' għaddej b'allegazzjonijiet bla bazi li smajt jiġu ripetuti hawnhekk.

Għalija, dik hija l-attitudni ta' min ma jemminx fil-principju bażiku tar-rule of law. Ir-realtà hi li kellu jkun Gvern Laburista biex nehha l-preskrizzjoni għall-politiċi b'akkużi ta' korruzzjoni, li introduċa l-liġi għall-finanzjament tal-partiti u li dahhal liġi li tipproteġi lill-whistleblowers. Gvern li ma jharisx il-principju tad-dritt ma jdahhalx dawn il-miżuri.

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, Panama Papers au dezvăluit și au declanșat un scandal de corupție în care este implicat inclusiv premierul Maltei, prezent aici cu noi în sală. Scandalul de corupție trebuie investigat până la capăt, la fel ca toate scandalurile de corupție și evaziune fiscală pe care Panama Papers le-au dezvăluit. Pentru lupta împotriva corupției, evaziunii și spălării banilor, este obligatoriu să eliminăm toate acțiunile la purtător din toate statele membre, inclusiv din țara mea, România. Acțiuni la purtător sunt cecuri în alb, nu conțin numele proprietarului, nu lasă urme, nu există control și sunt anonime. Când acțiunile se mută dintr-o mână în alta se schimbă și proprietarul, fără urme. Repet, prin spălarea de bani, circa trei trilioane de dolari sunt pierduți în fiecare an în lume, din care doar 1% sunt recuperați. Suntem datori să-i recuperăm pe toți, pentru oameni.

Nils Torvalds (ALDE). – Herr talman! Vi har under tidigare diskussioner kring Malta försökt att också visa lite förståelse för landet. Förståelsen bygger på att det kan vara ganska svårt att hitta en fungerande ekonomi om man är liten sten mitt ute i Medelhavet och det inte finns ett stort förråd av naturresurser att använda. Samtidigt är vi lite oroad just nu av den process vi ser i samband med penningtvättsdirektivet. Vi har hållit på i samband med penningtvättsdirektivet att försöka hitta regler som ska hålla, och då visar det sig att det maltesiska ordförandeskapet inte riktigt klarar av att fatta klara och enkla beslut om den verkliga ägaren. Den centrala punkten i våra försök att hitta kryphålen i beskattningspolitiken handlar om att vi hittar den verkliga ägaren. Om Maltas ordförandeskap inte vågar ta upp den frågan väcker det misstankar – misstankar som handlar om att det inte alltid sköts på det sätt som det borde skötas på. Det finns också andra indicier. En annan fråga som kommer upp i penningtvättsdirektivet handlar om vem som är en politiskt utsatt personlighet och den frågan har inte heller skötts.

Gilles Lebreton (ENF). – Monsieur le Président, l'Union européenne cherche à se présenter comme l'Europe des valeurs. Elle n'est que l'Europe des affairistes.

Nous avons déjà Jean-Claude Juncker, grand architecte de l'évasion fiscale, à la tête de la Commission, nous avons maintenant Malte, paradis fiscal, à la tête du Conseil européen. C'est assez savoureux quand on sait que, pour redorer son blason, le Parlement européen a créé depuis un an une commission d'enquête sur le scandale des «Panama Papers», au sein de laquelle j'ai l'honneur de siéger.

Une enquête menée par un réseau international de journalistes vient de révéler que Malte, petit État de moins de 500 000 habitants, prive ses partenaires de l'Union de deux milliards d'euros de recettes fiscales par an. Face à ce scandale, l'Union ne fait rien!

Je l'accuse de laisser délibérément des multinationales, des banques et des responsables politiques bénéficier de cette évasion fiscale. J'appelle les Européens, et plus particulièrement les Français, à ouvrir les yeux sur la véritable nature de l'Union.

Dariusz Rosati (PPE). – Mr President, during our work in the committee of inquiry on the so-called Panama Papers, the word 'Malta' has come up very often. I would like to say to the Prime Minister that this was mostly in the context of very worrying information about high officials from his country being involved in various activities that raise suspicion of being linked to money laundering and corruption. Given this information, we decided to organise a fact-finding mission to Malta, during which we met with representatives of intermediaries as well as with journalists and some government officials.

Prime Minister, unfortunately, your Chief of Staff, Mr Schembri, whose name appeared in the Panama Papers, refused to meet with us, while another member of your Cabinet, whose name was also exposed in the Panama Papers, Minister Konrad Mizzi, failed to convince us of his innocence. We find it absolutely unacceptable that a high government official from an EU Member State refuses to appear before the parliamentary committee of inquiry to testify. Moreover, we also find it very worrying that you, as Prime Minister, have not suspended both Mr Schembri and Minister Mizzi from their government duties until the legal investigation in their cases is completed.

The failure to do so, Prime Minister, has seriously undermined the credibility of your country and yourself personally at the crucial time when Malta holds the Presidency of the European Union. It has also sent a bad signal to European public opinion. I am sure you agree with me that winning elections does not allow you or your government to sweep such problems under the rug. Here in this House, we all expect that you will make sure that an honest investigation into these two cases will take place without delay.

Ramón Jáuregui Atondo (S&D). – Señor presidente. Los papeles de Panamá no han puesto únicamente en cuestión a Malta. Quiero empezar por recordar que son muchos los países, los entramados, los bancos, los asesores fiscales, los abogados que están relacionados con los papeles de Panamá.

Es importante, sin embargo, que recordemos que este país, Malta, tiene la firme voluntad de trabajar por la transparencia y por la cooperación leal en la lucha contra la evasión fiscal. Esto es lo que nosotros pensamos de usted, señor Muscat. Nosotros tenemos confianza plena en su trabajo. Le respetamos, le felicitamos por su triunfo y esperamos que, efectivamente, Malta sea uno de los países punteros en esta lucha por la justicia fiscal y por la lucha contra los paraísos fiscales.

Pero, señorías, no hablamos solo de Malta. Porque quiero recordar que se han cruzado cuarenta mil personas, relacionadas con la Unión Europea, con los papeles de Panamá y la OLAF ha decidido investigar a varias personas. Por ejemplo, a la antigua comisaria Kroes o, por ejemplo, al actual comisario Cañete, por sus relaciones con los papeles de Panamá. Hablemos claro.

No acusemos solo a Malta, sino que exijamos ejemplaridad y exijamos, efectivamente, una investigación plena de los responsables. Porque, ciertamente, también la Comisión, también la Unión Europea tienen que dar credibilidad suficiente a su trabajo y no acusar únicamente a un país, sino ponernos todos al frente de una lucha que debemos librar todos juntos.

Ангел Джамбазки (ECR). – Няма съмнение, досиетата „Панама“ са един от най-големите скандали, на които сме били свидетели през последните години. Впечатляващо е, че отнема повече от година, за да бъдат изяснени твърденията за корупция на високо ниво.

С обвиненията през април миналата година главно към Вас, уважаеми министър-председател, както и към Вашия началник-щаб, министър на енергетиката и членове на Вашето семейство, забелязваме, че това важно досие се проточва изключително дълго. Това мога да го видя и като член на комисията за досиетата „Панама“. Още повече, че в момента Вашата страна е председател на Съвета на Европа по време на текущото разследване.

Очевидно е и е видимо възпрепятстването от страна на ключови държавни органи в малтийската политическа и правоприлагаща сфера, както се съобщава най-вече в местните медии. Само девет месеца след като Вие, съвместно с „Прозрачност без граници“, подписахте изявление относно подход за борба с корупцията и нулева толерантност, „Прозрачност без граници“ заяви в официално съобщение от 9 август 2016 г., че Malta трябва да се изчисти от корупцията преди да се отправи към Съвета на ЕС следващата година.

Такъв случай на корупция в Европейския съюз трябва да бъде изяснен възможно най-бързо.

Roberta Metsola (PPE). – Ghal min verament iħobb lil Malta mhux ta' pjaċir li llum ninsabu hawn f'din id-diskussjoni. Il-Gvern seta' evita dan kollu imma ma riedx. F'pajjiżi hemm diversi inkjesti magisterjali li qed isiru fuq esponenti ewlenin tal-Gvern li huma involuti f'allegazzjonijiet ta' ħasil ta' flus f'kontijiet sigrieti.

Hawn min, għaliex hekk jaqbillu biex isikkitna, jgħid li jekk tiddefendi lil pajjiżek, tkun qed tittradixxi lil Malta. Min jgħid hekk, żbaljat. Inkunu qed nittradixxu lil Malta jekk niddefendu lil min jipproteġi lil dak li qed jiġi investigat. Jiena kburiġa li jiena Maltija u kburiġa li niddefendi lil pajjiżi f'Malta u anke hawnhekk.

Jien ukoll kontra min qed juża dak li ġara bħala skuża biex idgħajef is-settur tas-servizzi finanzjarji f'Malta. Il-ħażin li għamlu dawn in-nies m'għandhomx jehlu bih il-haddiema u s-servizzi finanzjarji. Għalhekk, jiena nappella, li fuq naha, għandna nibqgħu impenjati li nsahhu l-istituzzjonijiet ewlenin tagħna f'pajjiżna, inkluzi dawk li jgħassu kontra attivitajiet illegali, u fuq in-naha l-oħra, għandna nirreagixxu għal kull min juża dak li għamel il-Gvern bħala skuża fuq is-suċċess li kisbet Malta f'dan is-settur fis-snin li għaddew.

Bil-kliem kulhadd jista' jghid li huwa Ewropew imma dak li ghandu jiddefinixxina bhala Maltin u Ewropej huma l-valuri taghna kif inwettquhom. Li niddefendu u nahdmu fl-interess ta' pajjiżna hu obbligu taghna u juri l-kobor taghna, ghaliex il-kobor taghna ma jigix mill-pożizzjoni jew id-daqs ġeografiku imma mill-hila taghna li nwettqu l-valuri Ewropej.

Jiena nwiegħed li, flimkien mal-kollegi tiegħi, ser nibqa' dejjem niddefendi lil pajjiżna u lil dak li nemmnu fih, kullimkien.

Marlene Mizzi (S&D). – Dan id-dibattitu li qatt ma missu sar hu instigat biss għal skop partigjan bil-hsieb li jimmina x-xogħol tal-Gvern Malti u jtebba' isem Malta. Qegħdin niddiskutu affarijiet ta' Stat demokratiku li misshom jiġu indirizzati internament u mingħajr indhil.

Qegħdin niddiskutu wiehed mill-Istati Membri li l-aktar għamlu suċċess ekonomiku, fejn id-demokrazija u r-rule of law qatt ma kienu dubjużi. Waqt li għall-Panama Papers hemm il-PANA Committee, id-dibattitu tal-lum huwa biss skuża meskina biex din il-Kamra tinkludi agenda partigjana ta' nies li, kull meta tkellmu bl-iskop li jattakkaw il-Gvern, għamlu kemm setghu deni lil pajjiżhom, speċjalment waqt li Malta għandha l-presidenza. Nies li stqarru li jistħu li huma Maltin.

L-iskop ta' dan id-dibattitu mhux veru biex niddiskutu r-rule of law. Tant hu hekk, li dawn riedu li dan id-dibattitu jsir qabel l-elezzjoni ġenerali biex b'hekk jiehdu vantaġġ politiku partigjan. Dawn huma tattiċi tal-misthija, tattiċi tal-bullying. Malta hi pajjiż demokratiku, progressiv u ta' suċċess. Pajjiż zġħir imma nazzjon kbir. Tippruvawx tkunu bullies magħna għax ma nhallukomx.

Markus Ferber (PPE). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Nachdem ich auch das besondere Vergnügen hatte, im TAXE-1-, TAXE-2- und im Panama-Untersuchungsausschuss sein zu können, muss ich doch feststellen, dass es sehr, sehr schwierig ist, in dieses Kartell des Schweigens, das der Rat leider auch mit Unterstützung der Kommission aufgebaut hat, Licht zu bringen und Informationen zu beschaffen.

Erstens: Herr Kommissar, Sie haben mir einen Brief geschrieben, es gäbe in der Europäischen Union keine Steueroasen. Dieser Brief hat in meinem Büro einen Ehrenplatz bekommen, und ich schaue ihn mir immer wieder sehr gerne an, weil die tägliche Arbeit auch im Untersuchungsausschuss zeigt, dass das Gegenteil der Fall ist.

Und, Herr Premierminister, es ist doch interessant, dass ein Land wie das Ihrige wirklich das *Who is Who* der europäischen Wirtschaft im eigenen Land ansiedeln kann, ohne dass da groß Produktion stattfindet. Auch das sind interessante Dinge, die wir in TAXE-1 und TAXE-2 aufbereitet haben.

In Panama geht es darum, wie individuelle Steuerpflichtige ihre Vermögen vor der Besteuerung in Sicherheit bringen. Und dass selbst maltesische Staatsbürger in hoher Verantwortung die maltesischen Steuersätze fürchten, ist ja doch ein beredtes Beispiel für das, was da stattfindet.

Das Ganze wird noch dadurch gekrönt, dass die Zusammenarbeit mit dem Rat – Entschuldigung – unter aller Kanone ist. Wir haben jetzt gelernt, welche Möglichkeiten des Einschwärzens von Dokumenten es gibt, als wir die Unterlagen anschauen wollten. Manche schwärzen ganze Seiten, manche schwärzen Absätze, manche schwärzen Worte. Aber wir kriegen keine Informationen, wir bekommen nur schwarze Seiten.

Sehr geehrter Herr Premierminister, da hätten Sie viel tun können, um mehr Glaubwürdigkeit in Europa zu schaffen. Wer Wirtschaftswachstum nur auf dem Rücken anderer Staaten schafft, der handelt nicht rechtmäßig.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Tibor Szanyi (S&D), Kékkártyás kérdés. – Elnök Úr! Mindenekelőtt hadd mondjak egy szót Miniszterelnök úrnak is, hogy magyar képviselőként, magyar állampolgárként irigylem az ön problémáit. Ugyanis mindazok a vádak, amik egyébként a korábbiakban elhangzottak, meg Ön is utalt rá. Tisztelettel kérdzem, hogy ugyanezt a beszédet Ön hajlandó lenne-e Orbán Viktor-nak is elmondani, aki százszorosát követi el mindazoknak, amivel most a máltaiakat vádoljuk?

Markus Ferber (PPE), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Also, auch bei intensiver Lektüre der Panama-Papers ist der Name Orbán nicht auffindbar gewesen. Deswegen kann ich ihm die Fragen nicht stellen.

Paul Tang (S&D). – Mr President, we are having a debate and there is not a lack of opinions and even accusations, but there is a lack of facts. I have been part of the PANA delegation to Malta; we had discussions, but it was very difficult for us also by the nature of this mission to uncover this fact. I think the European Parliament, before entering this debate should get the facts, and take itself seriously by gathering facts and not just have opinions and accusations – that is not enough.

Let me talk about one topic. This is the opportunity where we do have facts and a lot of evidence – the evidence for tax competition. We now see for example that small firms pay 30% more taxes than large corporations: that is a fact. Malta has, to put it in a neutral way, a very different tax system, with the ultimate tax burden of about 5% in many cases. There is nothing wrong with being different and having a different tax system, but I would implore the Prime Minister to join the investigation into loopholes that are unintended and join international cooperation to close these loopholes. I expect that from Malta. I would also implore the Prime Minister, especially as he is from the social democratic family, that he join efforts to introduce the Common Consolidated Corporate Tax Base, because that is the European response for making the tax system efficient and fair and I also count on Malta on this.

As I said, there is nothing wrong with being different, but I hope the Maltese Prime Minister will join with the European Parliament and fight for fair and efficient taxation in Europe.

Paulo Rangel (PPE). – Senhor Presidente, Senhor Primeiro-Ministro, Senhor Comissário, penso que é preciso sublinhar três pontos a este respeito.

O primeiro é que é vergonhoso o que se passa em Malta há muito tempo e, portanto, em particular, a forma como isto veio a público, através dos Panamá Papers, mostra que nós não podemos manter, no espaço da União Europeia, este tipo de regulação que dá azo a manobras menos transparentes.

Em segundo lugar, devo dizer que não é apenas Malta e, portanto, nós temos de combater esta competição fiscal ao nível de toda a União Europeia e, por isso, a harmonização fiscal é uma prioridade porque há vários outros sítios que se prestam a este tipo de práticas menos transparentes.

E, finalmente, dizer aqui que me associo por completo àquele grito ou àquele manifesto do meu colega Nuno Melo, quando em Portugal, de forma totalmente ilegal, se retiraram da lista negra dos *offshores* a Ilha de Man, Jersey e o Uruguai. Portanto, queria também dar nota disto porque isto deve ser investigado pela Comissão Panamá Papers.

Intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»)

Nuno Melo (PPE). – Senhor Presidente, não é normal um membro de um governo de um Estado omitir informação relevante de uma comissão de inquérito do Parlamento Europeu, mas foi isso que fez o Secretário de Estado português Rocha Andrade. Não explicou um acordo secreto para retirar o Panamá da lista negra num tempo em que fazia parte de um governo. Confessou não ter pedido parecer à Autoridade Tributária portuguesa para retirar três *offshores* de uma lista negra contra a legislação nacional e omitiu um parecer negativo das Finanças que era contra a retirada do Uruguai da lista negra.

Exatamente por isto, solicitei do Presidente da Comissão de Inquérito que o Sr. Secretário de Estado Rocha Andrade pudesse, na próxima missão a Portugal, ter uma nova oportunidade e esclarecer aquilo que omitiu no Parlamento Europeu. É importante saber como é que, contra a lei, contra pareceres das Finanças, se retiraram da lista negra *offshores* em Portugal. Sobre isso, espero que compareça na próxima missão a Portugal.

Ana Gomes (S&D). – Senhor Presidente, vai manter Keith Schembri e Konrad Mizzi, ambos expostos nos Panama Papers, no seu Governo? Se sim, vai continuar vulnerável, apesar de ter ganho eleições. E o pior é que vulnerabiliza, assim, mais a reputação do seu país, já abalada por assentar prosperidade e desenvolvimento em indústrias de serviços financeiros e de eGaming que servem a criminalidade organizada e servem a corruptos do mundo inteiro para branquear capitais e fugirem a pagar impostos.

Ainda recentemente, o semanário *Expresso*, publicado no meu país, Portugal, expôs a forma como o seu país é utilizado por pessoas politicamente expostas e empresários para criarem empresas de fachada que servem de plataforma para disfarçar a origem ilícita do património e, a partir de Malta, investirem no sistema financeiro europeu, beneficiando de chorudos benefícios fiscais.

O programa de venda de cidadania e de residência para pessoas ou empresas, que vem publicitado na revista da Air Malta, é a ilustração do esquema descarado de *dumping* fiscal e de facilitação de branqueamento em que, desgrazadamente, Malta não está sozinha entre os Estados-Membros da União Europeia.

Temo que, no relatório da Comissão de Inquérito sobre os Panama Papers, Malta não se destaque por trabalhar por valores europeus, nem, muito menos, valores socialistas e trabalhistas, mas sim por parecer e ser um paraíso fiscal europeu, entre outros. Temos que acabar com eles.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, στη ζούγκλα όλα τα ζώα είναι ίσα, αλλά το λιοντάρι είναι λίγο πιο ίσο. Δεν υπάρχει κανένας που δεν μπορεί να καταγγείλει ότι δεν πρέπει να επιτρέπεται ο παράνομος χρηματισμός, είτε αυτό αναφέρεται στη Μάλτα, είτε στην Κύπρο, είτε σε οποιοδήποτε άλλο κράτος. Αλλά να μην «πετάξουμε το μωρό μαζί με τη μπανιέρα». Σε μια συζήτηση στην επιτροπή για τα «Panama papers», που είμαι μέλος, λέχθηκε ότι μια εταιρεία φυλάει παράνομο χρήμα σε 60 σημεία στον πλανήτη και βρήκαμε ότι μόνο σε ένα σημείο κρύβει 70 δισεκατομμύρια. Και τον μέσο όρο να βάλεις, βγάζεις 1 τρισεκατομμύριο, και δεν ασχολήθηκε κανένας με αυτό το ζήτημα. Ένα τρισεκατομμύριο σώζει την παγκόσμια οικονομική κρίση και ταΐζει όλο τον ανθρώπινο πληθυσμό που πεινά. Λοιπόν, να εξεταστεί και η Μάλτα, να εξεταστούν και άλλα κράτη, να εξεταστεί και το Jersey και το Guernsey, γιατί η απομόνωση δίνει την εντύπωση ότι δεν είμαστε καθαροί στο πώς αντιμετωπίζουμε το ζήτημα.

Romana Tomc (PPE). – Lahko sprejmemo tisoč zakonov, pa z njimi ne bomo preprečili korupcije. Lahko imamo tisoč institucij, pa te ne bodo odkrile kriminala. Vse je odvisno od tega, ali so zakoni pisani za izbrance, ki na ta način celo legalizirajo svoja dejanja.

In ali so institucije, ki naj bi bile neodvisne, zares neodvisne?

Afera Panama Papers je zbudila veliko pozornosti in kar nekaj vrzeli za davčne utaje smo zaprli zaradi tega, vendar to je seveda šele začetek. Vsak dan se pojavi kakšna nova afeta.

Samo nekaj dni nazaj je izbruhnila tudi afeta v zvezi z največjo slovensko banko, za katero obstaja sum, da je sodelovala pri pranju iranskega denarja.

Vsi govorimo o vladavini prava, tudi premier Muscat, in obsojamo korupcijo. Dobro bi bilo seveda, da ne bi samo govorili, ampak bi se tega tudi držali.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor presidente. Hace un rato debatíamos aquí, en este Pleno del Parlamento Europeo, sobre una Europa basada en valores, la que echamos de menos cuando vemos los incumplimientos en materia migratoria, cuando vemos la falta de unión para hacer frente al populista en jefe Donald Trump cuando se retira del cambio climático con una diplomacia humanitaria que dé una respuesta humanitaria a la crisis, pero también cuando luchamos contra la evasión fiscal y contra el fraude fiscal.

Primer ministro Muscat: por supuesto, saludamos su compromiso.

Pero, comisario Moscovici: es muy importante que los trabajos de la Comisión de Investigación sobre Blanqueo de Capitales y Elusión y Evasión Fiscales no se centren ni en Nevada ni en Hong Kong, sino en la desigualdad tributaria aquí, en la Unión Europea, dentro de la Unión Europea. Porque las resoluciones fiscales, el papel de los abogados, de los asesores fiscales y de los bancos están pidiendo a gritos un esfuerzo de armonización fiscal en Europa y desde Europa.

Por eso, la comisión de investigación tiene que empedrar el camino hacia una nueva legislación que acabe con las lagunas, los agujeros legales y los muchos trucos que permiten que los defraudadores se sigan saliendo con la suya.

Tibor Szanyi (S&D). – Elnök Úr! Engedjék meg, hogy egy pillanatra visszautaljak a korábbi kérdésemre kapott válaszra. Valóban, itt most Málta van a porondon, ezzel együtt szerintem ez a vita azért mégiscsak az Európai Unióról kell, hogy szóljon. Azok a jelenségek, amiket mi itt most szóvá teszünk, ezek Európa nagyon sok országában vannak, és elképesztő milliárdokat von el az európai fejlődéstől, az európai adófizetőktől. Én éppen ezért tartom nagyon-nagyon fontosnak, hogy ennek a mai vitának legyen az a fontos tanulsága, hogy nem csak egy országot kinézünk, és akkor ott minden vádat el lehet mondani, hanem az egész problémát összességében kell kezelni, mert amint mondtam, hogy Orbán Viktor Magyarországon százszor annyi disznóságot csinál, mint amit itt vádként egyébként a teremben hallottunk, ez tény. Például az állampolgársági program, amit Orbán kormánya folytat kizárólag és szigorúan offshore műveletek tárgya. Na, ezek azok, amiket nem hagyhat egy európai közösség.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Mr President, I welcome the fact that the PANA inquiry committee in the European Parliament has been taking the Maltese case seriously and organised a fact-finding mission to Valletta in February 2017. It seems that on the one hand the Maltese tax system is in line with current international EU standards as regards harmful tax competition, but that, nonetheless, the system provides for advantages, making it highly attractive for business and wealthy individuals to settle there. Moreover, a high number of intermediaries from Malta were involved in the Panama papers, with some intermediaries having worked with politically-exposed persons.

It is regrettable that Keith Schembri refused to appear to be before PANA, and that institutions in charge of implementing and enforcing rules as regards tax fraud and money laundering were highly politicised. This must be condemned by all means.

And the other side, last but not least, allow me to praise the successful activity of Malta leading the EU Council.

(Fin de las intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»))

Pierre Moscovici, membre de la Commission. – Monsieur le Président, Monsieur le Premier Ministre, Mesdames et Messieurs les députés, merci de m'avoir invité et d'avoir invité la Commission à participer à ce débat, qui m'a donné l'occasion de rappeler tout ce que la Commission et l'Union ont fait pour rendre la fiscalité plus transparente, plus efficace et plus juste dans l'Union européenne.

La Commission est au courant, bien sûr, des liens établis entre les «Panama Papers» et Malte, qui font l'objet d'enquêtes judiciaires à Malte. La raison pour laquelle nous ne nous sommes pas prononcés est très simple, c'est que la Commission ne peut pas commenter des enquêtes en cours. Il y a un principe qui existe dans toutes nos démocraties: celui de la séparation des pouvoirs et de l'indépendance du pouvoir judiciaire, que nous ne pouvons évidemment pas remettre en cause.

M. Giegold a déclaré qu'une lettre a été envoyée aujourd'hui à la Commission. Celle-ci en prendra connaissance et y répondra.

Je veux simplement insister sur trois points. Le premier, c'est que plusieurs d'entre vous nous ont expliqué que nous avons une vision restrictive des paradis fiscaux lorsque nous considérons qu'il n'y a pas de paradis fiscaux dans l'Union européenne. Cela ne signifie en rien que nous ignorons qu'il peut y avoir des problèmes et des pratiques dommageables dans l'Union européenne, qui font l'objet d'enquêtes, mais un paradis fiscal, c'est autre chose, si nous voulons raisonner en toute rigueur. Pourquoi? Un paradis fiscal, c'est un pays qui ne respecterait pas les normes internationales et, au-delà, les règles en matière de transparence et de lutte contre l'évasion fiscale qui sont maintenant inscrites dans le droit européen. J'ai parlé de *leadership* européen parce que, grâce à l'action déterminée que nous menons, le droit européen va bien au-delà des normes internationales. Tous les pays européens ont d'ailleurs adopté ces règles de droit. Ils les mettent tous en œuvre et ils montrent qu'ils ont la nécessité et la volonté de respecter ces engagements.

Il y a eu aussi plusieurs mécanismes, que j'appellerai le *soft law*, comme la mise en place d'un code de conduite sur les pratiques dommageables en matière fiscale. Il est donc absolument nécessaire de prendre des mesures fortes pour lutter contre les pratiques fiscales injustes dans l'Union. Mais qualifier pour autant tel ou tel État membre de paradis fiscal en soi n'est pas, selon moi, une démarche intellectuellement satisfaisante ou rigoureuse. Par conséquent, la Commission ne la proposera pas.

En ce qui concerne l'action contre le blanchiment d'argent, la Commission considère que la transparence et l'accès à l'information sur les bénéficiaires effectifs sont des points très importants pour lutter contre le blanchiment d'argent et contre l'évasion et la fraude fiscales. La Commission défend sa proposition, parce que nous la considérons comme proportionnée et équilibrée entre, d'une part, la nécessité de doter les autorités d'instruments nécessaires pour lutter contre la fraude fiscale et le blanchiment d'argent et, d'autre part, l'efficacité, qui est aussi indispensable.

Enfin, je réponds notamment à M. Ferber, qui affiche les lettres que nous pouvons lui adresser. Je lui en enverrai d'autres qui, j'espère, seront également affichables et qui seront également suivies d'effets. Sur les demandes d'accès aux documents, la Commission, à travers ses différentes directions générales, notamment DG TAXUD, DG JUST et DG FISMA, travaille dur – je le dis aussi au président Langen – pour accéder aux demandes légitimes de la commission PANA (commission d'enquête chargée d'examiner les allégations d'infraction et de mauvaise administration dans l'application du droit de l'Union en matière de blanchiment de capitaux, d'évasion fiscale et de fraude fiscale) concernant l'accès aux documents.

Monsieur le Président, vous pouvez porter témoignage que nous avons déjà remis des centaines de documents à cette commission, avec laquelle je me réjouis de pouvoir travailler dans les meilleures conditions. En particulier, je vais citer deux choses. À l'étape où nous sommes, plus de 850 documents ont été chargés sur la plateforme internet ouverte dans le cadre de la commission PANA. En outre, pas moins de 697 autres documents confidentiels (dont 375 pour la DG TAXUD, dont j'ai la responsabilité) ont été procurés à la commission PANA dans une chambre de lecture sécurisée. On comprendra qu'on doit aussi respecter un certain nombre d'informations personnelles sur des contribuables. En tout cas, il ne nous revient pas de les rendre publiques. Mais je veux que cette action de transparence soit menée jusqu'au bout, et vous savez bien – je m'adresse ici aux députés au Parlement européen – que s'il y a des lacunes, ici ou là, ce n'est pas le fait de la Commission, mais davantage celui des États membres, qui doivent également coopérer.

Voilà ce que je voulais dire dans le cadre de ce débat dont je mesure l'importance. Ce débat ne doit esquiver aucune situation. Il doit respecter en même temps la séparation des pouvoirs et doit faire justice aux États membres et à leur action pour intégrer de nouvelles réglementations européennes dans leur propre droit national. Il doit également continuer une lutte ardente, sans faiblir, contre la fraude et l'évasion fiscales.

Nous avons obtenu, au cours des dernières années, des résultats extrêmement importants. D'ailleurs, nombre d'affaires dont nous parlons sont des affaires qui découlent de failles ou de lacunes dans la législation précédente. Elles ne pourraient pas se reproduire à l'avenir. Ce n'est pas une raison pour ne pas considérer qu'il faille aller jusqu'au bout des enquêtes, mais c'est une raison pour la Commission de poursuivre son action législative en la matière jusqu'au bout et de demander aux États membres de ne pas faiblir, de ne pas faillir et d'être à nos côtés dans ces avancées que votre Parlement, je le sais, soutient et promeut avec nous, et même plus ardemment que nous.

Joseph Muscat, Prime Minister of Malta. – Mr President, I expect some of you would be expecting me to be angry after this debate. Actually I am not: I am very happy to be here; I consider this as a natural second home for me, and I do understand the spirit of this debate. I do understand the political narrative of it all. So allow me to reply in kind and to be tongue and cheek in my replies and very candid and very open in the way I try to address the concerns that you have put forward.

I do understand, as a politician, the timing of the debate, and I do appreciate that a majority in this House did not agree to the fact that such a debate takes place during an electoral campaign. This is a much more serene setting for such a debate. I welcome, first of all, Mr Weber's wishes. I thank him for his contribution to our campaign back in Malta. He said that the only politicians mentioned in the Panama Papers were Maltese – I am sorry, it is not true. We have a Commissioner from the EPP family who is mentioned in those papers – his own family. No one is saying anything about that.

(Mr Langen, I have not interrupted you: please listen to me, hear me out.)

No one said anything about that, so I do believe that that was the first incorrect fact. But, really and truly, there are three ways in which this debate has gone: there is the debate on the Panama Papers, there is the debate on the issue of taxation, and there is then an outright lie that has been said.

Let's start with the debate on the Panama papers, with many Members asking why there is not an investigation. I think Ms Metsola said quite clearly: there are four investigations taking place in court by independent judges, and they will decide whether there is room for prosecution. There already has been a commitment that, if there is such room for prosecution, resignations would be in order. I am amazed that this basic fact was not taken into consideration. There are four independent judicial investigations taking place. That is the most basic fact that, I am sorry, quite a number of Members got wrong. I do believe the problem is that most of the time, Members and colleagues are sourcing their facts simply from the social media and not trying to dig little bit deeper to try to ascertain the veracity of fact.

Secondly, I do believe, and I do bring to your attention, the fact that some of the conclusions that you were referring to were really and truly denied by the same independent institutions that are being quoted, including the Financial Intelligence Analysis Unit. I must say that I will keep on mentioning a number of facts that I think need to be ascertained. Let me start with our tax system. Malta's imputation tax system is quite unique in Europe, that's true. It has not been invented or put in during the past 4 or 10 years. It has been there since World War II. It has been scrutinised by the Commission prior to our joining the European Union more than 11 years ago. It is OECD-compliant. Some might not like it; some might say it is competitive. The fact is that it has undergone all levels of scrutiny by all organisations.

I also believe that there are two ways in which we can go on the taxation element. On one I agree with this House, and I will show how, in practice, we as a government and also as a presidency have gone to lengths not only not to obstruct the advancement of dossiers in this area but actually to conclude dossiers that are quite thorny: ATAD II – the anti-tax avoidance directive, the second recast; BEPS – the erosion of profits, profit shifting. These are all issues that have been concluded or where progress has been achieved under the Maltese Presidency. I think that is a fact that should be taken into consideration.

I must also stress the fact that our government and also as a whole, we are part of the OECD exchange of information. Some mentioned the 'Malta files'. There is nothing secret. The people who have companies back at home are publicly available on the internet. The only exercise that was made was a consolidation of elements where, instead of searching a company, one searches a name. I invite you to take a look at the Tax Justice Network's Financial Secrecy Index. You will find at least five Member States – and not necessarily the usual suspects – who are ranked lower than Malta when it comes to secrecy and transparency. We have done away with banking secrecy more than a decade and a half ago. We are not the last people to come to join this fight against avoidance and evasion. The point where we disagree is where Member States should not be let and left to decide their own tax levels. That is something that I totally disagree with the majority of this House about. I might remain in a minority on this, but that is something that I believe is fundamental and is also fundamental for a number of other Member States, irrespective of the composition of our economy. It is not true that our economy is dependent on financial services: that shows a lack of knowledge about the structure of the smallest Member State's economy. Maybe it is not too much important for some of you over here, but if you look at the basic numbers, our main exports are microchips. In almost all your mobile phones, you will find a microchip proudly made in Malta. We are not a mailbox economy; we are an economy that produces value added. Trying to put a caricature of all this – I can accept it in a tabloid, but really and truly, I expect a more informed debate in such a House.

Let me move on to some other issues. I said the independence of institutions, but also the way in which we source our information and the way in which we direct debates. Yes, quite a number of you relied on reports that were on media. None of you – I am surprised – referred to the Moneyval reports. I believe that we all trust Moneyval. It is an institution that is not political. It is an institution that sees each and every jurisdiction, makes recommendations and is very tough. Moneyval has a positive report about our country.

FSAP – let's refer to the facts. It is not about who tweets and who posts on the internet. It is about experts telling us what to do in the same way that Greco, the Council of Europe, told us: 'you guys don't have a system of party financing, we don't know who is financing your political parties'. Guess what? We introduced the system. Guess what? We are now totally compliant with the system and we are implementing it. It is not a law just there for the sake of being there. Unfortunately the opposition does not like it, but fortunately enough we are all compliant with it.

Which brings me to some other points which I would like to make, which is really the third point, which some of you have referred to. I am really sorry that Mr Langen is no longer here, or at least I do not see him. Some people in this House have referred to a story – a totally outright lie – that has been directed against me, my wife and my family, namely that I have some sort of structure – account, funds – that I took from some contract: this is an outright lie. Whenever I ask someone to tell me the source of all this, everyone points at the same blog and report, which is unsubstantiated. And you know what? We respect so much the rule of law that, as Prime Minister, I went to court and I asked the court – an independent institution, where I have already as Prime Minister divested myself of the right enjoyed by my predecessors to nominate people to the bench (but now people come to the bench after being vetted by independent lawyers and prosecutors) – to appoint a magistrate to investigate these allegations. I said more than that; I said that, not only if there is some evidence that is put forward but if there is a shred of truth, I will immediately resign. I put myself on the line, for the simple reason I know it is totally untrue. Those who made the allegations, I asked them: 'would you want to pledge your political career if what you are saying is false?' No, they did not take up the challenge. Maltese people judged also based on this fact. What politician would pledge his whole career totally on one statement, on one assertion? I do not even bat an eyelid doing that, because I know I am saying the truth. I marvel at the idea that some extremely knowledgeable Members of this House have taken this thing, this fake news, and repeated it here just like that.

So my point to Mr Langen and to some colleagues is: 'why aren't you coming to the PANA Committee?' I said about a month, a month and a half ago, I am coming to the PANA Committee. If you do not get this basic fact right, I am sorry, please check your press reviews or fire the people who are making them for you. I said I would be coming. I said I would be coming once the judge comes out with the independent investigation – one of the four independent investigations – to be able to present to the PANA Committee not what the Prime Minister of Malta is saying, but facts ascertained by the judiciary. And I am amazed that such a basic fact has been overlooked when there is such – what I deem to be – a serious debate, or which should have been a serious debate.

I will conclude, Mr President. The second part of the topic for discussion is the rule of law. Let me take some time to say what we do back at home about the rule of law. May I remind you, The Economist classifies Malta as one of the few countries which is a full democracy. Some other Member States are not full democracies, but I will not judge them.

What have we done? First of all, we have a totally independent National Audit Office that criticises government whenever it deems needs to criticise the government; a government that, when it has reports, takes corrective action. We have an ombudsman, who is critical of all institutions and of all governments, irrespective of which party forms that government; a Public Service Commission that is made up of representatives from all sides of the House. We have an independent judiciary which, even during the last legislature, decided that the opposition should have two extra seats; we disagreed with that ruling, but we said: yes, we will implement that ruling, because we observe the rule of law. We have an Attorney General, who was not changed after the election. We kept the same Attorney General who was nominated by the previous government, and now this person of high integrity gets attacked because some people in the opposition do not like the way in which he is giving advice. We have the Chair of our Financial Services Regulatory Authority, who was appointed by the previous administration. We kept him in office.

We have removed time-barring on issues of corruption. I mentioned a number of other facts, such as the removal of parliamentary immunity, and very soon the implementation of a commissioner for public standards. We will be having, for the first time, hearings in our Parliament for appointing regulators. We have enacted a Freedom of Information Act. We have relaxed media laws in a way that now they are one of the most, if not the most, liberal in Europe. Not only did we not put constraints on journalists, we have even relaxed the way in which journalists are required to put forward issues related to sources. And we have removed criminal libels in order to prevent journalists from being put in prison – laws that have been there even after we joined the European Union, and we managed to remove them.

In doing all this, then, we managed to achieve success, and I do believe that there might be some people who are not too keen on our economic success and social success. We not only have the best-performing economy in the Eurozone – and that is not because of financial services and gaming alone, it is about tourism, manufacturing, the services industry; it is about the honest, busy people that go to work each and every day. We have increased our pensions; we have increased the minimum wage; we have introduced universal free childcare; we have put Malta from number 20-whatever on the ILGA list for LGBTIQ rights to number one in Europe.

This is prosperity with a purpose; this is the sort of debate I would love to have in this House. I do not have a problem in having the debate that we just had. I do hope that, when I appear in front of the PANA Committee with the facts – and I assure Mr Langen that I will appear in front of the Committee; I am not a Volkswagen that says one thing but does another – I keep my word. I will be here to present facts, and those facts, hopefully, will show how misguided some colleagues, unfortunately, have been. Having said that, I love this institution and I will continue to stick up for this institution.

Helena Dalli, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, I mentioned earlier the ongoing efforts in the Council on the different files in the area of the fight against tax evasion, fraud and avoidance, and I can assure you that in the weeks before the end of our presidency we will do our utmost to achieve all the progress possible on these files. I am also confident that our Estonian colleagues will pursue this work in the coming months in this area, which is a priority for the Council.

El Presidente. – Se cierra el debate.

Declaraciones por escrito (artículo 162 del Reglamento)

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – Los llamados papeles de Panamá han puesto de relieve por un lado que las normas europeas por exigentes que sean, no bastan sin la cooperación de países terceros, en concreto por la plena adopción de estándares más fuertes en el marco de la OCDE, y por otro la existencia de complejos esquemas de planificación fiscal agresiva y elusión en la que participan al alimón jurisdicciones terceras, como es el caso de Panamá, y determinados Estados miembros, como Holanda, Luxemburgo y Malta. Así, es típico crear una sociedad sin actividad económica real en Panamá, Gibraltar o un país similar, y después abrir la cuenta bancaria donde se encuentran los activos de dicha sociedad en Luxemburgo. El intercambio automático de información, y los registros de sociedades con identificación de los beneficiarios finales son instrumentos fundamentales en la lucha contra la elusión, pero también necesitamos normas que controlen a los intermediarios, asunto en el que la Comisión está trabajando, y poner fin a la planificación fiscal agresiva por el lado de la demanda, es decir, la llamada especialización de determinadas jurisdicciones, incluyendo Estados miembros, en la creación y registro de sociedades y en la gestión de grandes fortunas.

Marco Valli (EFDD), *per iscritto*. – Per anni l'UE ha sempre chiuso un occhio sulla presenza dei paradisi fiscali al suo interno, nei quali sono state trasferite ingenti risorse, a danno di altri paesi europei, spesso gli stessi, su cui veniva imposto un duro regime di austerità. Tra il 2012 e 2015, Malta avrebbe sottratto ad altri paesi UE circa EUR 14 miliardi in mancato gettito fiscale, grazie a un sistema fiscale distortivo, basato su un'aliquota effettiva sui profitti d'impresa del 5% e l'assenza di tassazione su interessi e royalty. I Panama Papers avevano rivelato collegamenti tra personalità del gabinetto del Primo Ministro maltese, tuttora in carica, e alcune società clienti di Mossak Fonseca. Eppure, l'UE continua ad ostacolare l'adozione di ambiziose misure di trasparenza e di contrasto alle pratiche fiscali dannose, a partire dall'indispensabile lista nera dei paradisi fiscali all'interno dell'Unione, al fine di realizzare una reale cooperazione per contrastare la grande elusione internazionale e la criminalità finanziaria. Dai «Malta Files» emergono ora ulteriori criticità, legate al riciclaggio di denaro sporco, proveniente da attività mafiose, realizzato attraverso alcune società registrate sull'isola; nonché il ruolo di Malta come crocevia per il traffico illegale di armi. Uno scandalo legato alle persistenti lacune della legislazione anti-riciclaggio, su cui, Commissione e soprattutto Consiglio, non intendono fare concreti passi avanti.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), por escrito. – El debate de hoy podría titularse: «Papeles de Panamá y Estado de Derecho en España», pues Panamá es uno de los paraísos fiscales favoritos de la derecha española. Ministros y exministros del PP, como los señores Rato y Soria, aparecen en los Papeles. Incluso el fiscal jefe de Anticorrupción, favorito del actual ministro de Justicia, tuvo que dimitir cuando la prensa reveló sus sociedades panameñas. Según el Gestha, la dejadez de Hacienda permite que tres de cada cuatro delitos fiscales queden sin investigar. Y dados los lazos del actual Gobierno del PP con corruptos y corruptores, nada cambiará si la UE no toma cartas en el asunto. La UE pierde hasta 237 000 millones al año por la evasión fiscal a Panamá, un 3,4 % de su gasto público, del dinero para hospitales, escuelas y viviendas que los ricos esquilmán a la clase trabajadora. Por ello le pido que no sea cómplice y que actúe catalogando de una vez a Panamá como paraíso fiscal.

Evelyn Regner (S&D), schriftlich. – Die Panama Papers haben einiges aufgedeckt: Briefkastenfirmen, Geheimniskrämerei und Gewinnverschiebungen über fragwürdige Unternehmenskonstrukte. Im Untersuchungsausschuss haben wir aber vor allem auch gelernt, dass wir Europa gar nicht verlassen müssen, um Offshore-Konstrukte, Briefkastenfirmen, Geldwäscherei und aggressivste Steuerplanung zu finden. Bevor wir unseren Blick also nach Panama werfen, müssen wir auch dringend bei uns selbst aufräumen. Vorschläge für Steuergerechtigkeit liegen bereits auf dem Tisch, etwa die öffentliche länderweise Berichterstattung von Multis. Anstatt die Lehren aus Panama zu ziehen, wollen die Konservativen Panama aber lieber wieder verhüllen. Am Montag haben die konservativen Kräfte den Vorschlag für Public CBCR, also echte Steuertransparenz, mit ihren Emmentaler Amendments stark verwässert. ECR, ALDE und die EVP sind Protektionisten der globalen Multis. Der Kampf für echte Steuertransparenz geht aber weiter, und ich erwarte mir Unterstützung im Plenum und im Rat. Es darf nicht sein, dass sich alle über Panama & Co echauffieren, aber nicht handeln, wenn konkrete Vorschläge auf dem Tisch sind.

17. Durchführung des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (Aussprache)

El Presidente. – El punto siguiente en el orden del día es el debate sobre el informe de José Manuel Fernandes, en nombre de la Comisión de Presupuestos, y de Udo Bullmann, en nombre de la Comisión de Asuntos Económicos y Monetarios, sobre la ejecución del Fondo Europeo para Inversiones Estratégicas (2016/2064(INI)).

José Manuel Fernandes, relator. – Senhor Presidente, queria saudar os Caros Colegas e as Caras Colegas que aqui estão, também a Comissão, e dizer que o FEIE, o Fundo Europeu de Investimentos Estratégicos, está a cumprir os objetivos na janela de investimentos e inovação. Está de acordo com o plano traçado na janela das pequenas e médias empresas. Vai mesmo ao de lá das melhores previsões.

A prova é que já foram mobilizados na União Europeia mais 190 000 000 de euros e foram apoiadas mais de 420 000 pequenas e médias empresas. É desta forma, promovendo o investimento, que conseguimos mais emprego, que conseguimos, em simultâneo, também mais competitividade para a nossa economia, sem nunca esquecer a coesão social, económica e territorial.

No entanto, o Fundo Europeu de Investimentos Estratégicos não tem a visibilidade que merecia face aos resultados que tem produzido. É necessário melhorar a comunicação, é necessário também melhorar a visibilidade deste Fundo.

A prova do sucesso é que, já hoje, estamos a negociar o alargamento do Fundo Europeu de Investimentos Estratégicos a 500 000 000 de euros e a sua extensão até 2020. Isto não significa que este fundo, a sua execução e, nomeadamente, a execução por parte de um ator essencial que é o Banco Europeu de Investimento não possam e não devam ser melhorados.

Desde logo, conhecendo os projetos que não são pré-selecionados, e aqui há uma atitude que pode ser discriminatória no Direito, mas uma atitude que se encontra no poder do Banco Europeu de Investimento. É importante que se tenha conhecimento, no mínimo, dos projetos que não foram introduzidos no sistema, dos projetos que não foram pré-selecionados.

É também importante e essencial termos uma melhor distribuição geográfica, um melhor equilíbrio geográfico, no que diz respeito aos projetos. Também é importante que haja uma diversificação setorial. Os pequenos projetos não podem ser excluídos deste fundo que exige proatividade dos territórios e aí a execução de plataformas de investimento é essencial para este objetivo, para poderem englobar pequenos projetos.

Também a necessidade de termos plataformas para os projetos transfronteiriços é algo que tem de ser atendido. A união digital é importante, a união da energia é essencial e também desta forma, para além de promovermos o mercado interno, para além de promovermos a interconetividade e a eficiência, estaríamos a contribuir para objetivos de toda a União Europeia.

Este fundo é um fundo adicional, é um fundo também ele complementar, mas é importante e as plataformas são um meio onde tal pode ser concretizado, para que possa ser melhor utilizado, em conjunto com os Fundos Estruturais, os fundos, nomeadamente, da política de coesão. É importante que o aspeto adicional seja reforçado e seja respeitado.

É ainda essencial que as regiões menos desenvolvidas e as regiões que estão, por exemplo, em dificuldades possam ter a sua situação económica tida em conta na seleção dos projetos.

Por fim, o *advisory hub* é essencial para promovermos melhores projetos para ajudar a estruturar plataformas de investimento.

Termino, agradecendo a todos os grupos políticos, a todos os relatores-sombra, o trabalho que tem sido executado e, de uma forma especial, ao correlator Udo Bullmann. Temos feito um trabalho no sentido de promovermos o crescimento, de promovermos e melhorarmos a competitividade da União Europeia e de darmos melhor qualidade de vida aos cidadãos. E vamos continuar com este objetivo em mente.

Udo Bullmann, Berichterstatter. – Herr Präsident, Herr Kommissar, meine werten Kolleginnen und Kollegen! Ich kann diesen Dank erwidern an José Manuel Fernandes, meinen Ko-Berichterstatter, an alle Schattenberichterstatterinnen und —berichterstatter, wie auch an die vielen fleißigen Hände und Köpfe im *staff*, die an unserer Arbeit beteiligt sind.

Wir haben die Gesetzgebung zu EFSI sehr schnell durchgezogen. Wir sind jetzt befasst mit einer legislativen Beratung für den neuen Vorschlag der Kommission – auch das werden wir effizient und schnell durchführen. Aber wir müssen uns bei dieser Gelegenheit natürlich auch mit einem Resümee, mit einem Fazit auseinandersetzen: Was haben wir erreicht? Was muss noch erreicht werden?

Zunächst einmal: Warum überhaupt dieser Fonds für strategische Investitionen? Die Kommission sagt uns: 200 bis 300 Milliarden pro Jahr fehlen in der europäischen Investitionspolitik. Wir haben eine Investitionslücke insbesondere bei Transport, insbesondere bei Breitbandnetzen und bei erneuerbaren Energien. Wir, das Europäische Parlament, die Fraktionen, die hinter diesem Beschluss stehen, den wir gefasst haben, wollen uns nicht damit abfinden.

Wir glauben an die Zukunft der europäischen Wirtschaft. Wir wollen den Jugendlichen, die in vielen Ländern viel zu oft und viel zu häufig arbeitslos sind, eine Chance geben. Es muss ein nachhaltiges Wachstum geben. Wir wollen die Konversion in die Zukunft der Wirtschaft schaffen. Deswegen müssen wir diese Investitionslücken schließen.

Ja, wir stehen zu diesem Programm. Ja, wir unterstützen das Programm. Aber wir wollen schauen: Wo sind noch Defizite auszumerzen? Wo können noch Verbesserungen vorgenommen werden? Wir müssen uns fragen: Was ist erreicht worden? Ja, die Volumina fließen, die Zahlen sind gut. Aber finanzieren wir wirklich die Projekte, die wir finanzieren wollen? Oder ist nicht zu häufig auch eine Situation gegeben, in der Projekte finanziert werden, die ohnehin Kapital bekommen – seien es private oder öffentliche Finanziers, die dahinter stehen?

Warum gibt es immer noch zu wenige Partnerschaften – Partnerschaften, die kleine und mittlere Projekte unterstützen, Partnerschaften mit regionalen Förderbanken, mit nationalen Förderbanken, die über Know-how verfügen, das wir dringend benötigen? Kommt das Geld wirklich in den Regionen an, wo wir es am meisten brauchen? Oder sind nicht die Regionen bevorzugt, die bereits eine intakte Infrastruktur haben – eine Infrastruktur der Beratung, eine Infrastruktur der Projektplanung – und deswegen vielleicht weniger auf unser Geld angewiesen sind? Entsteht bereits die positive Dynamik, die wir uns in den Modernisierungssektoren wünschen? Oder geben wir vorrangig Geld aus, damit Geld ausgegeben wird?

Das sind kritische Fragen, um die wir uns nicht herumdrücken dürfen, und deswegen unterstreicht unser Bericht die Vorzüge, das Erreichte. Er macht aber auch klar, wo die Defizite sind. Wir wollen eine klarere Definition der Zusätzlichkeit erreichen. Wir wollen, dass die Instrumente zur Auswahl der Projekte geschärft werden und, bitte schön, auch so angewendet werden, wie sie in der ersten Legislation verankert sind. Wir wollen mehr Transparenz. Wir wollen mehr Kooperation. Und wir haben das Gefühl, das Gewicht des Europäischen Parlamentes ist erforderlich, um diese Ziele besser zu erreichen.

Wir setzen auf die Kooperation, natürlich insbesondere auf die Kooperation mit der Kommission, die wir unterstützen, aber auch mit dem bevorzugten Partner, der Europäischen Investitionsbank – auch hier wollen wir erreichen, dass die Zusammenarbeit noch besser wird. Und wir wollen den Rat davon überzeugen, dass wichtige Schritte im Hinblick darauf unternommen werden müssen.

VORSITZ: ULRIKE LUNACEK

Vizepräsidentin

Marian-Jean Marinescu, *Raportor pentru aviz Comisia pentru industrie, cercetare și energie*. – Doamna președintă, așa cum s-a spus, în prezent se negociază EFSI 2. Cred că este pozitivă această prelungire, însă cred că colegii noștri care negociază în acest moment trebuie să țină cont de concluziile acestui raport de implementare.

Sunt într-adevăr rezultate bune, însă trebuie să ținem cont totuși și de unele lucruri: sumele prezentate ca realizate nu cuprind realitatea, adică banii care au ajuns la beneficiari. Plafoanele de credit date la bănci nu cred că au ajuns încă la beneficiari și trebuie ținut cont de acest lucru: doar 60% din bani sunt bani privați. Deci trebuie să existe mai multă transparență în ceea ce privește aceste sume, în ceea ce privește motivele de refuz. EFSI nu trebuie să înlocuiască granturile, EFSI trebuie, împreună cu fondurile structurale, să contribuie la investiții și este nevoie de mult mai multă promovare a EFSI în toate statele membre.

Inés Ayala Sender, *ponente de opinión de la Comisión de Transportes y Turismo*. –

Señora presidenta. La verdad es que ha sido difícil evaluar el FEIE 1 después de tan solo un año y medio.

Aun así, con todos los estudios y evaluaciones, hemos visto que aunque los resultados cuantitativos eran, en principio, positivos, sin embargo se mantenían insuficiencias sustanciales en la calidad de los proyectos, en la no clara prueba de adicionalidad de los mismos, en su concentración geográfica, en la falta de determinados sectores o incluso en la falta de transparencia en la selección.

En el caso del transporte, nos hemos encontrado con una paradoja bastante cruel, puesto que del Mecanismo «Conectar Europa» se sacaron 2 200 millones —es decir, más del 25 % de lo que era el FEIE 1— y, sin embargo, en los proyectos que se han conseguido solo hemos encontrado un 13 % de proyectos para el transporte. Y lo que es peor: en la propuesta del FEIE 2 resulta que la Comisión —y no es usted, señor Moscovici, ya lo sé— llega con un «no carreteras para nada».

Por lo tanto, querríamos que en el FEIE 2 se tenga en cuenta que si se nos sigue exigiendo dinero de los transportes, que haya por supuesto un interés específico para la adicionalidad de los proyectos del MCE.

Dominique Riquet, *rapporteur pour avis de la commission des transports et du tourisme*. – Madame la Présidente, nous avons soutenu, bien sûr, l'initiative du Fonds européen pour les investissements stratégiques (EFSI), et l'on constate que cette initiative est globalement un succès.

C'est un succès parfait dans les petites et moyennes entreprises pour le Fonds européen d'investissement (FEI).

C'est également un succès quantitatif, mais nous avons quelques remarques et, au titre de la commission des transports et du tourisme (TRAN), comme ma collègue vient de le dire, quelques déceptions.

En effet, le transport a été considéré, pour la partie infrastructure, comme un élément essentiel, doté d'ailleurs d'un pourcentage minimum.

Ensuite, on a considéré que qualitativement, ces projets devaient avoir une valeur européenne ajoutée. Or, on peut constater qu'à la fois la quantité et la qualité n'y sont pas et qu'à ce titre, le transport est d'autant plus frustré qu'il a fait l'objet d'une ponction, cela vient d'être dit, sur un mécanisme de fonds qui, lui, fonctionne parfaitement, qui est d'ailleurs déjà épuisé par son succès, à savoir le mécanisme pour l'interconnexion en Europe. Je ne veux pas croire d'ailleurs que l'on ira jusqu'à le ponctionner une deuxième fois.

Je veux conclure en disant que la Banque européenne d'investissement (BEI) n'est pas une banque. La BEI, c'est d'abord une institution de l'Union, et à ce titre, l'additionnalité, la garantie des premières pertes et l'appui aux politiques européennes doivent être reconsidérés; cela sera – je pense – l'objet du règlement EFSI 2, qui porte nos espoirs.

Pierre Moscovici, *membre de la Commission*. – Madame la Présidente, Mesdames et Messieurs les députés, chers rapporteurs, il y a exactement un an, la Commission était ici pour discuter avec vous de l'examen à mi-parcours du plan européen d'investissement, le plan Juncker, et pour annoncer aussi son intention d'étendre ce Fonds européen pour les investissements stratégiques.

À cette époque, nous avons constaté que nous avions à peu près 65 projets: des projets d'infrastructures et des projets d'investissements industriels qui avaient déjà obtenu des financements de l'EFSI. En complément de ceux-ci, et, de manière encore plus importante, 185 accords ont été conclus entre le Fonds européen d'investissement et des banques intermédiaires, entre ce Fonds et des banques privées, tout ceci pour financer des petites et moyennes entreprises.

Aujourd'hui, on peut dire qu'on va beaucoup plus loin, avec 224 projets et 275 accords avec des intermédiaires. Aussi, je suis fier de dire, au nom de Jyrki Katainen, que l'EFSI est maintenant bien sur les rails pour remplir ses promesses d'investissement, car il s'agit bien de combler le déficit d'investissement en Europe.

Il y a, je crois, un consensus très large sur le succès et sur l'utilité de l'EFSI. Les deux dernières années, il a démontré qu'il était un instrument puissant pour soutenir l'investissement dans l'Union européenne. Ont déjà été mobilisés 194 milliards d'euros d'investissement total dans les États membres, qui bénéficient à 420 000 petites et moyennes entreprises ou start-up. Le Groupe BEI, que je veux saluer, a soutenu des projets et des petites entreprises dans de nombreux secteurs et de nombreuses régions dans, évidemment, tous les pays de l'Union; tout ceci au profit de la croissance et de l'emploi en Europe.

I am also pleased to inform you that some of the shortcomings or imbalances rightly singled out in your report have in the meantime been reduced. EFSI now covers – that was of course of high importance – all EU 28 Member States. Compared to GDP, the investment mobilised currently is highest in Estonia, Spain, Bulgaria, Portugal and Finland, which balances the initial geographic concentration. Investment platforms are developing, even if in the beginning slower than we would have hoped for.

But of course, more needs to be done, and we are determined to make EFSI a success for everyone and everywhere. In your report you point to a potential contradiction between the quantitative and the qualitative goals of EFSI. Here, let me again refer to the statement the Commission made in this Chamber last year that demonstrates how much we are in the same logic and how much we share the same concerns. The main issue in this is to focus on addressing market failure. The main issue is not to make it larger. One thing on which we have to be very careful is to provide financing for new innovations which will strengthen sustainable development of our economies in social and environmental terms, for instance financing through investments which will promote the circular economy. Here I quote the speech of last year: «Honourable Members, dear colleagues, three main issues are identified as falling short of expectations in your implementing report: additionality, transparency and geographical diversification». These are precisely the items we decided to address through the EFSI 2.0 Regulation. I am therefore pleased to perceive a large convergence of views between the Commission and the European Parliament on the areas for improvement. Though divergences appear in the means put forward to overcome EFSI's initial weaknesses or defects, most of them relate to the level of ambition for EFSI 2.0.

The Commission does not believe that this is the time for a complete overhaul, because it would cost time and also damage investor confidence – but we are not looking for a quick fix either. You can be assured that the Commission does not put quantity over quality – I insist on that – and is as vigilant regarding the appropriate use of the EU guarantee as the European Parliament. We share the same view. It is precisely because we consider the improvements in terms of additionality and transparency so important that we want them to be implemented as quickly as possible. While we might disagree on some proposals for the immediate way forward, let me underline that the Commission looks with great interest at some of the medium-term reflections you formulate for a potential EFSI 3.0.

La Commission accueille très favorablement l'appel du Parlement pour des propositions qui aillent plus loin afin de voir comment nous pouvons, de manière permanente, soutenir l'investissement en Europe, le relancer, le doper et le muscler.

Tout cela démontre que le Parlement européen a une ambition, un engagement pour ce plan d'investissement, le plan Juncker.

Je veux vous assurer, à toutes et à tous, que vos réflexions, vos rapports seront une source de réflexions, une source d'actions, une source de pensées dans le cadre de nos propres pensées et réflexions sur le futur cadre financier pluriannuel, qui sera notre tâche très importante.

À mon sens et au sens de la Commission, il est tout à fait crucial que le prochain budget de l'Union européenne soit un budget avant tout centré sur l'investissement, parce que l'investissement est la clé de l'innovation et que l'innovation est aussi la clé de notre avenir commun.

Emmanuel Maurel, *rapporteur pour avis de la commission du commerce international*. – Madame la Présidente, le commissaire Moscovici vient de le dire, il peut y avoir des désaccords entre nous, des différences d'appréciation, mais je pense qu'à ce stade, chacun s'accorde d'abord pour reconnaître le bien-fondé d'un grand plan d'investissement dans une Union européenne qui continue à souffrir d'un déficit chronique d'investissement public et privé. Je rappelle que nous sommes 15 % en deçà du niveau de 2008.

C'est vrai que nous voudrions enrichir l'EFSI. Il y a bien sûr l'intensification de la diversité thématique (je pense notamment aux questions de transition écologique) et il y a la dimension régionale des projets financés: je continue à croire qu'il est anormal que la Grèce n'ait encore qu'un accès limité à ce fonds.

Au nom de la commission du commerce international (INTA), dont j'étais rapporteur pour avis, je voudrais souligner deux points. Le premier concerne les petites et moyennes entreprises. C'est vrai que le volet du fonds consacré au financement des PME a bien fonctionné, mais nous voudrions qu'il y ait aussi une mission d'aide à l'internationalisation des petites et moyennes entreprises.

Le deuxième point porte sur la conditionnalité fiscale, et je remercie les rapporteurs d'y avoir été sensibles. Un certain nombre de porteurs de projets ont été liés à des paradis fiscaux, ce qui, à mon avis, va à l'encontre de la doctrine fiscale extérieure de l'Union. Il serait opportun d'y remédier.

Hannu Takkula, *talousarvion valvontavaliokunnan lausunnon valmistelija*. – Arvoisa puhemies, on erittäin hyvä, että tätä ESIR-ohjelmaa on lähdetty toteuttamaan. Mutta aivan niin kuin täällä on noussut esille, tätä ohjelmaa pitää tehostaa. Meillä on ollut jonkun verran investointipulaa. Erittäin tärkeää on juuri tämä alueellistaminen.

Täytyy muistaa, että tämän ohjelman tarkoitus on tuoda lisäarvoa ja tukkia tavallaan niitä aukkoja, jotka ovat nyt syntyneet muiden ohjelmien kautta, eli synnyttää lisäarvoa ja sitä kautta nostaa eurooppalaista osaamista ja eurooppalaisia innovaatioita. Kansainvälistymisaspekti on tässä erittäin tärkeä asia.

Kun täällä on puhuttu määrä- ja laatusuhteista, niin ilman muuta meidän täytyy mennä laatu edellä. Mutta niin kuin sanoin, toivon mukaan kuitenkin tämä laatu ei vain keskity johonkin päin Eurooppaa, vaan se voisi palvella laajasti koko Euroopan unionin aluetta. On erittäin tärkeää, että nämä investoinnit tuovat pitkällä ja keskipitkällä aikavälillä uutta lisäarvoa koko eurooppalaiseen kenttään.

Romana Tomc, *pripravljalnica mnenja Odbora za zaposlovanje in socialne zadeve*. – O pripravi mnenja na Odboru za zaposlovanje smo se osredotočili predvsem na vpliv EFSI na zagon delovnih mest, kar je predvsem pomembno za regije, kjer je zaposlenost nizka in kjer je te depopulacija visoka.

Izpostavili smo tudi pomen dostopnosti EFSI za majhna in srednja podjetja in seveda moramo zagotoviti, da bodo lažje dostopala do finančne podpore. Pa ne le to, pomembno je tudi svetovalno okolje, predvsem v tehničnem oziru.

Prav tako smo poudarili, da ko gre za EFSI, v ospredju ni regionalni oziroma sektorski pristop, in predlagali okrepljeno sodelovanje s strukturnim skladom. Pomembno pa je tudi, da imamo ves čas na voljo podatke o uspešnosti izvajanja EFSI, kajti samo preko evalvacije so mogoče nadaljnje izboljšave.

Za konec pa naj povem oziroma poudarim še to, da nobeni napor na ravni EU ne bodo dovolj, če države članice ne bodo storile vse, kar je v njihovi moči na nacionalni ravni.

Nicola Danti, *relatore per parere della commissione per il mercato interno e la protezione dei consumatori*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, il Fondo europeo per gli investimenti strategici rappresenta sicuramente una delle iniziative politiche che maggiormente hanno caratterizzato l'attuale Commissione. Possiamo affermare che il Fondo è stato avviato con successo e ha ottenuto risultati concreti, contribuendo al rilancio degli investimenti in Europa in una fase particolarmente difficile.

La commissione per il mercato interno ha sottolineato l'importanza che il Fondo garantisca una maggiore addizionalità, sia vocato a sostenere progetti con alti livelli di rischio e garantisca un efficace coordinamento con gli altri fondi. Il Fondo può essere uno strumento importante per il miglior funzionamento del mercato unico e da qui sottolineiamo la necessità di rafforzare il terzo pilastro per rendere il contesto normativo dell'Unione europea più certo, omogeneo e favorevole agli investimenti. I progetti nel settore delle infrastrutture, della banda larga, dell'alta velocità e delle piattaforme del digitale dovranno essere centrali per far crescere la nostra economia e per completare il mercato unico.

Mercedes Bresso, *relatrice per parere della commissione per lo sviluppo regionale*. –

Signora Presidente, onorevoli colleghi, la commissione REGI ritiene che molti siano gli aspetti positivi di EFSI, tra cui le risorse immobilizzate, il supporto concreto a moltissime imprese e cittadini sui territori, la riattivazione di canali di finanziamento che avevano sofferto la crisi facendo crollare gli investimenti in molte parti d'Europa.

Abbiamo anche presentato alcune proposte per migliorarlo e per migliorarne l'impatto sull'economia reale, per esempio tramite una migliore sinergia e un coordinamento più efficace con i fondi strutturali. Riteniamo che la politica di coesione rimanga la principale fonte di investimento europeo e che dovrà essere preservata e aggiornata. La politica di coesione lavora però per programmi, mentre EFSI lavora per progetti. Quindi riteniamo che entrambi potranno ottenere risultati ancora più importanti se sarà fatto in modo che possano lavorare coerentemente insieme anche tramite piani integrati coprendo meglio tutto il territorio europeo.

È importante anche ricordare il lavoro positivo delle banche nazionali d'investimento che hanno molto aiutato le piccole e medie imprese, soprattutto nel supporto tecnico e amministrativo.

Jill Evans, *rapporteur for the opinion of the Committee on Culture and Education*. – Madam President, the lack of awareness of EFSI is a problem. I know this very well from my constituency in Wales. It is a particular issue in the cultural sector, a sector which makes an increasing contribution to the economy. This report recognises that sectors such as social infrastructure, health and education are under-represented, receiving only 4% of approved EFSI financing. Culture and education represent a tiny percentage of that 4%.

I am pleased that the Commission has already announced that it is frontloading the Creative Europe Guarantee Facility through EFSI. But concern was expressed in the Committee on Culture and Education that funding had been diverted away from the Horizon 2020 budget and, despite being assured that the money would still reach the university sector through EFSI, this has not happened. So that must be put right and the funding restored.

Brian Hayes, *on behalf of the PPE Group*. – Mme President, today in Ireland a new Irish taoiseach was elected, Leo Varadka, and I want to wish him every success. One of the key issues he has highlighted for Ireland is this investment gap, which is so evident across many Member States but especially in Member States that have gone through a financial crisis – a gap of about 20% in Ireland. I want to agree with Commissioner Moscovici when he said very clearly that EFSI must be a success for every Member State in every part of our European Union, and we must do much more to promote the opportunities that EFSI can advance in economies right the way across the European Union.

In Ireland, because of this investment gap, we need to do much more in drawing down funds and lending opportunities from EFSI. Last year about EUR 800 million was lent by the EIB to Ireland, but only a small percentage of that was in EFSI. I believe the Irish government should set a very clear target of being able to get lending opportunities of over EUR 5 billion over the course of the EFSI plan for new lending opportunities in Ireland, and I also think we should look again at how we use the pillar banks to obtain lending opportunities to small businesses, especially in Ireland. The key aspect of EFSI, its genius, is the idea that we can underscore and underwrite the risk factor that frequently does not allow investment to go into new business and to new lending opportunities. That is what makes EFSIs so useful, and that's what we need to continue to support for jobs, investment and growth.

Eider Gardiazabal Rubial, *en nombre del Grupo S&D*. – Señora presidenta, ha pasado ya año y medio desde que aprobamos este plan de inversiones y yo creo que es un buen momento para hacer balance y, sobre todo, para aprender para el futuro y mejorar esa segunda parte del plan, que ya tenemos encima de la mesa.

No se puede negar que el plan está funcionando y que se han movilizado, hasta la fecha, 195 000 millones de euros. Pero no nos podemos deslumbrar por la cantidad, sino que también la calidad es importante. Y, en este caso, hay muchas cosas que son susceptibles de mejorarse. Por ejemplo, la verdadera adicionalidad de los proyectos, porque, en ciertos casos, no está del todo claro que ese criterio se haya cumplido y hemos visto algunos proyectos con el sello FEIE que nos dejan muchas dudas de si no se podían haber financiado en los mercados.

Se tiene que mejorar también la complementariedad con otros fondos y también tenemos que delimitar claramente los objetivos para que no haya ni competencia ni duplicidades con otras partidas como Horizonte 2020 o COSME. Necesitamos también mayor transparencia en la valoración de los proyectos, porque a veces no conocemos por qué sí o por qué no se ha financiado un proyecto. Y esta transparencia nos permitiría, además, poder valorar la verdadera adicionalidad de los proyectos.

Hay que mejorar también la distribución geográfica y, sobre todo, la sectorial, fomentando las inversiones en infraestructuras sociales. Tenemos que asegurar una mejor participación de los bancos nacionales y regionales de promoción, porque su conocimiento en el terreno es esencial. Tenemos que adaptar también los instrumentos financieros a las necesidades de los proyectos con productos financieros de mayor riesgo, como la financiación subordinada o instrumentos de mercado de capital.

Y, por último, hay que desarrollar plenamente el centro de asesoramiento, porque es uno de los pilares del plan. Tiene que ser proactivo, tiene que salir a buscar promotores y tiene que incidir en los sectores y en los países donde de verdad se necesita más la utilización de este plan de inversiones.

En definitiva, para el futuro, más, sí, pero mejor, también.

Roberts Zīle, *ECR grupas vārdā*. – Priekšsēdētāj! Mani gandarī Eiropas Parlamenta izvērtējums par EFSI I, kurā nav tikai veiksmes stāsts, bet arī norādījumi uz trūkumiem, par ko jau šeit tika minēts. Šis ģeogrāfiskais disbalanss ir acīmredzams. Komisāra kungs minēja, ka nupat šī situācija mainās un tas ģeogrāfiskais disbalanss pazūd, bet, ja mēs pavērtējam pēdējā laikā EIB apstiprinātos projektus, īpaši infrastruktūras jomā, tad Austrumu un Centrāleiropas valstīs jūs pamatā redzat, ka publiskā nauda simtprocentīgi aizvieto šo riska naudu, kas bija domāta privātā nauda, īpaši transporta projektos, jo tur nav neviena eiro privātās naudas, kas nāk šajos projektos — tā ir pašvaldību nauda tiešā vai netiešā veidā.

Un visbeidzot — ja mēs pārāk, manuprāt, idealizēsim šo EFSI pieeju un mēģināsim nākošajā septiņu gadu daudzgadu budžetā aizvietot Kohēzijas fonda principu, grantu principu ar šo EFSI principu, tad mēs radīsim ļoti lielas atšķirības Eiropas Savienības nākotnē — lielākas, nekā tās ir tagad.

Nils Torvalds, för ALDE-gruppen. – Fru talman! Till den gemensamma europeiska kulturskatten hör berättelsesamlingen som går under namnet Tusen och en natt, och den finns på alla tänkbara europeiska språk. I den samlingen av sagoberättelser hittar vi också trollformeln "sesam öppna dig". Det var väl avsikten att Efsi-fonden skulle framstå som "sesam öppna dig" för att avhjälpa det investeringsunderskott som drabbat Europa. Nu vet vi inte riktigt; vi ser att ekonomin går uppåt, men vi vet inte riktigt hur det hänger ihop, om det var Efsi som öppnade här eller om det var någonting annat. Här skulle vi egentligen behöva en hyggligare bedömning.

Det som stör oss lite i det här sammanhanget är också beslutsprocessen. Om man har en beslutsprocess som kräver enhällighet råkar man ut för risken att den dummaste, den mest ignoranta eller den lataste i ledningsgruppen dikterar besluten. Därför tror jag inte att beslutsprocessen så som den utformades var bra.

Den andra frågan vi har råkat ut för handlar om riskbedömning. Här tror jag att en del av ledningsgruppen också hamnat på dåliga vägar. Vi vet att tyska motorvägar kan vara mycket riskfyllda, men riskfylldheten beror inte på investeringarna utan på hur man kör där. Men ännu en gång tillbaka till berättelsen om Tusen och en natt. Berättelsen där de magiska orden "sesam öppna dig" finns, det är berättelsen om Ali Baba och de 40 rövarena, men nu är det på det sättet att rövarens antal inte är 40, rövarens antal är 28. Under hela den här processen har medlemsländerna visat total oförmåga att riktigt förstå hur det här går till. Om de läste den europeiska kulturskatten skulle de ha en lite bättre förutsättning.

Liadh Ní Riada, thar ceann an Ghrúpa GUE/NGL. – A Uachtarán, cé go gcuirim fáilte roimh infheistíocht chun fostaíocht a chruthú, táim buartha go bhfuil an baol ann go mbeidh EFSI 2 chomh lochtach leis an gcéad cheann. Anois agus sinn ag lorg geallúint ar tuairim is 10 mbilliún breise as an mbuiséad, cé hiad na daoine is mó a bhainfidh buntáiste as so? Cinnte tá na focail chearta á n-usáid: infheistíocht níos mó i dtíortha go bhfuil géarchéim eacnamaíochta acu, an plean a bheith trédhearcach, díriú ar na gnéithe sóisialta. Ach an bhfuil an baol ann nach bhfuil iontu ach focail? Cá bhfuil an luach sóisialta? Bhí deis againn difríocht a dhéanamh anso ach tá ag teip orainn an difríocht sin a dhéanamh. Ag sodar i ndiaidh na hinfeistíochta príobháidí, ag freastal ar thíortha go bhfuil na hacmhainní acu chun an ciste a riaradh agus gan ach 4% don chiste ag dul i dtreo gnéithe sóisialta.

Má táimid dáiríre i dtaobh aghaidh a thabhairt ar fhadbanna dífhostaíochta, éagothromaíocht shóisialta, géarchéimeanna tithíochta agus aire a thabhairt don ghlúin óg, caithfear treo nua ar fad a chur i bhfeidhm. Ní féidir bheith ag díriú ar son an mhionlaigh amháin, beidh buiséad laghdaithe againn gan dabht tar éis Brexit agus an baol ann nach mbeidh sé inbhuanaithe. Tugadh gealltanais sa chéad EFSI go mbeadh infheistíocht ar fáil do chomharchumainn shóisialta; bhí sé seo mar aidhm agus do theip glan air. Níl sé seo sásúil. Ní haon ionadh is dócha nach bhfuil aon mhuinín ag an pobal insan Eoraip seo ná i gcóras na mbanc. Brabús do na bodairí móra agus an tsochaí ag díol go daor as.

Mar sin, cathain a bheidh Eoraip shóisialta á cruthú againn? Is é an nualíobrálachas atá i réim go soléir anso agus táim anois ag glaoch ar thacaíocht do na comharchumainn shóisialta sin arís.

Bas Eickhout, on behalf of the Verts/ALE Group. – Madam President, it is great to see that everyone now agrees that Europe has an investment gap and that we need an investment programme to work on that. That is very good. I am also happy that the Commission changed to a more realistic tone when we discussed the Juncker investment plan. A year ago it seemed that the Commission was selling it as a success, no matter what. It is good to see that there are still some issues that we need to solve, because if you look at the additionality, is EFSI really supporting those projects that otherwise would not have happened? If you look at the geographical imbalance, is it really going to those regions where there is an investment gap? If you look at the scoreboard use, is it really that those projects that score well on sustainability and jobs get the higher scores? It has all been very unclear until now. That is why we are now also working on improvement to the legislation: it is great to have a nice initiative report where the text is good, but in the end it is the legislation that counts, and we are in the dialogues. We are not there yet, so let us change it: EFSI is important, but needs to deliver better.

Marco Valli, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, io credo che il programma EFSI invece non sia riuscito a colmare quello che è il *gap* degli investimenti dell'Unione europea, proprio perché c'è una crisi fortissima della domanda e questo è legato ai vincoli che sono stati introdotti nei nostri trattati, che andrebbero rivisti.

A proposito, a breve ci sarà la discussione sull'introduzione, nel regolamento UE, del *Fiscal Compact*, e bisognerebbe andare contro questa introduzione, proprio perché incentiverebbe delle politiche d'austerità depressive per l'economia e depressive per gli investimenti. Abbiamo bisogno di più investimenti pubblici.

Sul Piano Juncker, nello specifico, analizziamo come molti dei progetti abbiano avuto uno scarso impatto dal punto di vista ambientale, economico e sociale. Mi spiace, non c'è questa addizionalità che la Commissione ha promesso perché, andando sul sito di EFSI, vediamo come molti dei progetti siano in infrastrutture ad alto impatto di CO₂, quindi raffinerie, gas e autostrade, e quindi mi chiedo anche come i Verdi possano sostenere questo tipo di progetti.

Jean-Luc Schaffhauser, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, lorsque nous avons lancé ce projet, en 2012, d'une agence d'investissement, nous avons le souci de régler le problème de la disparité Nord-Sud par la création monétaire. Non pas par la récession et le chômage, mais en injectant de la véritable monnaie dans des projets rentables. Permettre au Sud de créer plus de richesses pour qu'il ne soit pas obligé de rétablir ses comptes par la récession et le chômage.

Alors, il faudra quand même qu'on m'explique comment, avec 21 milliards, on fait 315 milliards et comment on a réglé le problème, ce qui est aujourd'hui absolument indispensable, de la croissance de l'activité et de l'emploi en France, en Espagne, en Italie, mais aussi dans quelle mesure il y a eu un résultat positif?

Il faut mettre en place une agence d'investissement, il faut investir de la véritable monnaie. Ainsi, les 1 400 milliards avec lesquels on a acheté des bons du Trésor auraient plutôt dû être investis dans l'économie réelle.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, πιστεύω ότι αξίζουν σήμερα συγχαρητήρια δύο αγαπητοί και εκλεκτοί συνάδελφοι, ο φίλος José Manuel Fernandes και ο κύριος Udo Bullmann, που θεωρώ ότι, με την μαχητικότητα τους, αλλά και με την σωστή δουλειά τους μαζί και με την Επιτροπή, με τον κύριο Juncker, μπορούν να θεωρηθούν ότι είναι και στυλοβάτες αυτού του σημαντικού επενδυτικού εγχειρήματος της Ευρωπαϊκής Ένωσης, που θεωρώ ότι είναι το μεγαλύτερο επενδυτικό εγχείρημα από την ίδρυση της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Για όσους θεωρούν και αφήνουν αμφιβολίες για αυτό το σχέδιο, ένα έχω να πω: οι αριθμοί είναι συγκλονιστικοί. 190 δισεκατομμύρια, σήμερα, επενδύσεις με προοπτική 500 δισεκατομμύρια το 2020, ήδη 420.000 μικρομεσαίες επιχειρήσεις με ό,τι αυτό συνεπάγεται σε απασχόληση, σε ανάπτυξη, σε δημιουργία προοπτικής και δυναμικής για την οικονομία και με πολλές άλλες θετικές ενέργειες που ουσιαστικά εμπερικλείουν τη δυναμική εκείνη που όλοι εμείς αναζητούσαμε. Θα ανέμενα από τους επικριτές να ακούσω και μια άλλη, διαφορετική πρόταση. Ποιο είναι το άλλο, διαφορετικό, οραματιζόμενο επενδυτικό σχέδιο για την Ευρωπαϊκή Ένωση; Πιστεύω ότι αυτό το επενδυτικό σχέδιο, αυτή τη στιγμή, εξυπηρετεί τους στόχους και τους σκοπούς τους οποίους η Ευρωπαϊκή Ένωση έθεσε ως προτεραιότητες. Όμως, μπροστά σε αυτούς τους αριθμούς, πρέπει να εκφράσω και τη λύπη, γιατί δεν υπήρξε η ευκαιρία και η δυνατότητα όλα αυτά τα εκατομμύρια να φτάσουν και στη μικρή μου πατρίδα, την Κύπρο, ούτε ένα ευρώ. Για αυτό, θα καλέσουμε τον κύριο Επίτροπο, τον κύριο Moscovici, μαζί με τον κύριο Katainen, να επισκεφθούν την Κύπρο και να δώσουν το μήνυμα ότι αυτό το επενδυτικό σχέδιο θα φτάσει και στη δική μου την πατρίδα. Θα μπορέσουν και εκεί να γίνουν επενδύσεις, που είναι τόσο πολύ αναγκαίες.

Pedro Silva Pereira (S&D). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, o Fundo Europeu de Investimento Estratégicos tem dado, sem dúvida, um contributo positivo para superar o grave défice de investimento que se regista na economia europeia. O grupo socialista que reivindicou este instrumento vê naturalmente com satisfação o progresso feito. Mas, ao fim de ano e meio, tem de reconhecer-se que o Plano Juncker, apesar das recentes melhorias, está ainda muito aquém das necessidades e, sobretudo, foi muito mal distribuído.

Os dados disponíveis revelam ainda uma elevadíssima concentração geográfica que beneficia as economias mais poderosas e está a agravar ainda mais a divergência no interior da União Europeia. Isso acontece, sobretudo, nos projetos de investimento em infraestruturas e inovação, que concentram quase dois terços do apoio do investimento em três Estados-Membros.

Este é um problema muito sério, que precisa de ser corrigido, com a revisão das regras, dos critérios e dos procedimentos. O Plano Juncker só será um projeto verdadeiramente europeu se se transformar num instrumento a favor da convergência na Europa e, para isso, muita coisa ainda vai ter de mudar.

Stanisław Ożóg (ECR). – Pani Przewodnicząca! Półtora roku po wprowadzeniu EFIS można powiedzieć, że wyniki jego działania są dość satysfakcjonujące. Jednak nie tak do końca. Zdecydowanie większy nacisk należy położyć na jego komplementarność z innymi funduszami europejskimi. Ta komplementarność da szansę na większy wzrost gospodarczy. Słusznie też zauważono w projekcie rezolucji, że wsparcie z EFIS nie jest równomierne, dlatego należy podjąć działania, ażeby te niekorzystne zjawiska wyeliminować. Ma to szczególnie duże znaczenie dla krajów słabiej rozwiniętych. Chcę wierzyć, że w krajach tak zwanej nowej Unii EFIS w realny sposób pomoże wdrożyć projekty o wyższym stopniu ryzyka i wzmocni unijną politykę spójności oraz proces wyrównywania szans gospodarczych między naszymi krajami i regionami, co przecież od lat pozostaje jednym z priorytetów polityki społeczno-gospodarczej Unii.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE). – Madam President, first of all I would like to thank the two rapporteurs, Mr Bullmann and Mr Fernandes, for the huge amount of work they have done. I hope we will be able to finish it in the next few weeks.

I hope that the new EFSI projects will be chosen more on their merits than on their proximity to political power because we have had some experience in some countries where this was the case. We should not repeat this mistake as there is the possibility that EFSI will have a real impact on the economy. I am also happy to see that we are going into a more decentralised form of EFSI. I hope that we will continue the path of new associations in this spirit.

I will conclude by saying that taking decisions closer to the people and the real economy seems to be the best way to make a real success of EFSI.

Miguel Viegas (GUE/NGL). – Senhora Presidente, o Fundo Europeu para os Investimentos Estratégicos representa, hoje, o espelho das contradições existentes no seio da União Europeia: uma contradição entre os grandes objetivos proclamados pela Comissão Europeia e pelo Conselho e a falta de meios financeiros para promover a recuperação económica e a coesão territorial. Desta forma, em vez de um amplo plano de investimento público destinado a estimular o investimento privado, avançou-se com este Plano Juncker que não responde aos verdadeiros desafios do presente e do futuro.

Nada nos move contra o investimento privado. O que criticamos é esta promiscuidade destas parcerias público-privadas onde o privado investe e fica com os lucros, enquanto o público assume os riscos e as perdas eventuais.

Este plano tem pouco mais de um ano de existência. As avaliações disponíveis confirmam as críticas que realizámos, seja no aspeto adicional, seja na repartição geográfica automática.

Estamos, portanto, perante uma operação de transferência direta de fundos públicos para o setor privado, sem qualquer controlo democrático e cuja repercussão no défice de investimento permanece por provar. Em Portugal, para além do empréstimo do BEI de 50 000 000 de euros à Câmara de Lisboa, nada temos de palpável no terreno.

Prolongar este plano e alargar o seu âmbito para outras áreas como a defesa é reincidir no mesmo erro. O problema não se irá resolver implementando mais uma apertada direção central nas escolhas do investimento privado. Coloquemos, antes, o nosso conhecimento e a nossa experiência ao serviço de um plano de investimento público, ao serviço da coesão, do desenvolvimento e da qualidade de vida das populações.

Jordi Solé (Verts/ALE). – Señora presidenta, el Fondo Europeo para Inversiones Estratégicas es una buena idea cuya implementación debe mejorar. En el informe, que creo que es un buen informe, hemos señalado en qué aspectos, y uno de ellos es la selección de proyectos, porque nos hemos encontrado con alguna sorpresa, y pondré un ejemplo concreto.

Bankia fue elegida en octubre del año pasado para llevar a cabo un proyecto de mejora de su plataforma digital por 50 millones de euros.

Bankia, una entidad financiera que fue presidida por el exministro Rato —para quien la Fiscalía pidió ayer cinco años de cárcel por haber ocultado a los inversores la quiebra de la entidad—, que fue rescatada con dinero público con un coste estimado de 12 000 millones de euros, marcada por el escándalo de las tarjetas «black» —con las que sus consejeros se apropiaron de hasta 2,7 millones de euros—, que ha sido condenada por la venta de preferentes a una anciana con Alzheimer.

¿Ustedes creen que una entidad con un pasado reciente así merece la confianza del BEI y de la Comisión? ¿Que merece más apoyo público?

Esta no es la manera de generar confianza entre las instituciones europeas y una ciudadanía que ha visto cómo a algunos bancos, gestionados de manera inepta e incluso ilegal, la crisis les ha salido muy barata.

Gabriel Mato (PPE). – Señora presidenta, el FEIE es el elemento central del plan de inversiones de la Comisión y aunque ya ha cumplido casi dos años y está dando sus frutos, no debemos conformarnos.

Confío en que los objetivos marcados por la Comisión —objetivos ambiciosos, sin duda alguna— se cumplan y se logren movilizar, hasta 2020, los 500 000 millones de euros previstos en inversiones adicionales en la economía real.

Hasta hoy se han financiado todo tipo de proyectos —energía, transporte, digital, agricultura, medio ambiente, eficiencia energética, I+D+i, infraestructuras...—, pero a mí me gustaría destacar uno de ellos. Hablo de Canarias, una región ultraperiférica de Europa que necesita de todo nuestro apoyo y también necesita que el FEIE pueda adaptarse a sus peculiaridades, y hablo de un proyecto: la línea de autobús —«guaguas» decimos nosotros— de Las Palmas, un proyecto aprobado y firmado, que va a crear más de mil puestos de trabajo durante la fase de construcción antes de que entre en funcionamiento en 2021. Creo que es una buena noticia.

Todas las iniciativas tendentes a mejorar el impacto del FEIE, su transparencia y la complementariedad con otros fondos europeos son bienvenidas, pero lo importante también es su impacto sobre las pymes, que son el principal motor económico de la Unión.

Por otra parte, quiero destacar que, para explotar plenamente el potencial de la Garantía del FEIE y evitar distorsiones en los mercados, resulta imperativo que el BEI colabore activa y lealmente con los bancos nacionales de promoción y los inversores privados. Solo así el instrumento FEIE servirá como instrumento de verdadero *crowding* y así evitar los fenómenos de mera sustitución de fuentes de financiación en los proyectos a favor del BEI.

Jean-Paul Denanot (S&D). – Madame la Présidente, lancé en 2016, le Fonds européen pour les investissements stratégiques, que nous appelons de nos vœux, visait à mobiliser jusqu'à 315 milliards d'euros d'investissement en Europe à l'horizon de la mi-2018.

Force est de constater que, malgré des résultats chiffrés significatifs, l'EFSI n'a pas apporté la preuve de son additionnalité. La nature des projets soutenus interpelle sur les choix effectués et sur l'effet d'aubaine qu'ont su saisir un certain nombre d'autorités nationales.

Comment expliquer que l'Europe doit investir davantage pour redonner la confiance en soutenant les secteurs d'avenir? Les besoins sont nombreux: l'infrastructure, notamment le haut débit, l'économie «décarbonée», le soutien aux PME, le soutien à la recherche, la lutte contre le chômage des jeunes, etc.

Alors, allons plus loin et accompagnons ces projets d'avenir par des investissements publics. A minima, demandons à la BEI de faire un effort sur les taux et les conditions de prêt pour que les projets labellisés EFSI se distinguent davantage, plus clairement en tout cas, des actions classiques de la BEI.

Sander Loones (ECR). – Het oude continent, zo staat de Europese Unie bekend, terwijl wij alles in huis hebben om ook internationaal aan de top te staan. Maar daarvoor zullen we meer moeten hervormen, meer moeten besparen, zodat we met dat bespaarde geld verstandige, slimme investeringen kunnen doen. Ik denk oprecht dat het Europese EFSI-fonds daarbij kan helpen.

De ambitie is zeer hoog: in drie jaar tijd 315 miljard euro aan extra investeringen in innovatie, in infrastructuur, in kmo's. Vandaag evalueren we de eerste fase van dat EFSI-fonds. En wat is de conclusie? We halen onze cijfers. Dat is een goede zaak.

Aan de andere kant stellen we vast dat de kwaliteit van de investeringen beter moet, omhoog moet. Want EFSI moet niet doen wat de gewone bank of een gewoon beleggingsfonds ook al kan. Van EFSI mogen we meer verwachten, zodat we kunnen investeren in meer innovatie, in kwaliteitsvolle projecten, in meer risicovolle projecten. Dat moet onze prioriteit zijn: investeren in excellentie, Europa opnieuw op de kaart zetten, niet kiezen voor nivellering naar beneden, maar wel kiezen voor echte vooruitgang.

Γεώργιος Κύρτσος (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, το Ευρωπαϊκό Ταμείο Στρατηγικών Επενδύσεων, με την αποτελεσματική λειτουργία του και τη χρονική επέκταση της, συμβάλλει στην κάλυψη του επενδυτικού ελλείμματος σε ευρωπαϊκό επίπεδο αλλά και στην Ελλάδα, η οποία έχει το μεγαλύτερο πρόβλημα. Οι επενδύσεις στην Ελλάδα αναλογούσαν το 2016 στο 11,4% του Ακαθάριστου Εγχώριου Προϊόντος, ενώ στις χώρες της ευρωζώνης το ανάλογο ποσοστό ήταν κατά μέσο όρο 20,1% του Ακαθάριστου Εγχώριου Προϊόντος. Αυτό σημαίνει ότι, για να ανέβει το επίπεδο των επενδύσεων στην Ελλάδα στο επίπεδο του μέσου όρου της ευρωζώνης, πρέπει να αυξηθούν κατά 15-16 δισεκατομμύρια ευρώ τον χρόνο. Όσο δεν καλύπτεται αυτό το έλλειμμα, θα επικρατούν οι απόψεις του Διεθνούς Νομισματικού Ταμείου, σύμφωνα με τις οποίες η ελληνική οικονομία είναι περίπου καταδικασμένη και οι ευρωπαίοι εταίροι δεν θα πάρουν ποτέ πίσω τα χρήματα που δάνεισαν στο ελληνικό Δημόσιο. Αντί λοιπόν να αναρωτιόμαστε για το ποιος τελικά θα επιβαρυνθεί το χρέος του ελληνικού Δημοσίου, καλά θα κάνουμε να στραφούμε στην αναζήτηση μιας ολοκληρωμένης επενδυτικής στρατηγικής, που θα απελευθερώσει τις παραγωγικές δυνάμεις της Ελλάδας από την υπερφορολόγηση και θα κινητοποιήσει ξένες επενδύσεις και πρόσθετη ευρωπαϊκή χρηματοδότηση υπέρ της ελληνικής οικονομίας. Είναι ο ασφαλέστερος τρόπος για να επιτύχουμε σταθερή και δυναμική ανάπτυξη, ποιοτικές θέσεις απασχόλησης και βιωσιμότητα του χρέους του ελληνικού Δημοσίου.

Hugues Bayet (S&D). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, vous l'avez dit, l'EFSD est un projet qui a connu une certaine réussite, notamment au niveau de la quantité de projets que l'Europe a pu soutenir. Mais c'est un plan de relance qui est loin de satisfaire toutes nos attentes. La qualité des projets retenus présente des lacunes importantes et des insuffisances.

Je pense notamment qu'il faut aller dans le sens d'une meilleure répartition géographique des projets, de leur diversification sectorielle, d'un renforcement de la transparence de la procédure de sélection et d'un financement propre, sans puiser dans les budgets d'autres initiatives.

Je voudrais, Monsieur le Commissaire, vraiment insister sur l'importance des investissements publics, productifs, dirigés vers l'économie réelle.

Je pense que c'est vraiment une nécessité pour les autorités, notamment les autorités locales, de pouvoir investir dans des projets qui soient productifs, comme des travaux d'isolation de bâtiments publics, parce que les conséquences sont positives pour l'économie, génératrices d'emplois locaux qui, eux, sont non délocalisables et en phase avec les critères environnementaux.

Monsieur le Commissaire, je voudrais vous rappeler avec force que la règle d'or, ce n'est pas un projet de société, c'est une méthode de travail. Comme les traités le prévoient, je pense qu'il est plus que temps de retravailler sur la flexibilité de la comptabilisation de nos investissements publics si on veut recréer de la croissance et de l'emploi.

Zbigniew Kuźmiuk (ECR). – Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzu! W debacie dotyczącej wdrażania EFIS po półtora roku jego funkcjonowania należy podkreślić, że szacowana kwota uruchamianych inwestycji wynosi około 160 mld euro, czyli ponad 50 % całkowitej kwoty inwestycji, jaka ma być uruchomiona do 2018 r. Niestety bardzo nierównomierny terytorialnie jest rozkład inwestycji finansowanych w ramach EFIS. Do końca 2016 r. aż 90 % środków było skierowanych do starej „piętnastki”, a zaledwie 10 % do trzynastu nowych krajów członkowskich. Na przykład w obszarze infrastruktury i innowacji trzy kraje, Wielka Brytania, Włochy i Hiszpania, były wręcz monopolistami w korzystaniu ze środków EFIS, otrzymały ich bowiem blisko 65 %. Z kolei w obszarze małych i średnich przedsiębiorstw Włochy, Francja i Niemcy otrzymały ponad 36 % środków.

Zdając sobie sprawę, że zamożniejsze państwa członkowskie mają większą łatwość w sięganiu po środki z funduszy działających na zasadach rynkowych takich jak EFIS, chcę podkreślić, że w kolejnych latach te proporcje korzystania z EFIS muszą być zdecydowanie przesunięte na rzecz trzynastu nowych krajów członkowskich.

Siegfried Mureşan (PPE). – Madam President, EFSI is without any doubt a successful programme. It is on track to achieve its ambitious target of generating an additional EUR 315 billion of investment in the EU Member States. But now let us use this debate also to reflect on what we can improve and how we can make EFSI even better in the future.

One element which we can improve is the geographical distribution. We said at the very beginning that we do not want to allocate certain quotas to Member States and I think that that was the correct approach. We should not change that but should continue to finance the best projects irrespective of the country they come from.

However, we are seeing that 73% of the projects are concentrated in five Member States, particularly countries in which the investment gap is below average. So what we should do is advise: use the advisor we have to help assist those countries that have not yet benefited from EFSI and use this advisor we have to help those countries in particular which do not have developed financial markets to create a level playing field so that all 28 Member States can benefit equally from this project.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Tibor Szanyi (S&D), Kékkártyás kérdés. – Elnök Asszony, Képviselő Úr! Valóban Ön előtt is már mások utaltak arra, hogy egy földrajzi egyenlőtlenség van ebben az egész felosztásban, és egyetértek Önnel abban is, hogy a hatékonyság és a jó projektek kellenek. De vajon Ön észleli-e azt is, hogy aránytalanságok nem csak kelet-nyugati, észak-déli szinten vannak, hanem vidék-város között is, és a rurális területek gyakorlatilag kiestek ebből?

Siegfried Mureşan (PPE), blue-card answer. – So what we should do to help these countries and these regions is promote EFSI, not only in the urban areas but also in the rural areas. Encourage the advisor we have, the EIB, to provide assistance to people who want to write projects, and create also a level playing field in terms of financial market developments, particularly to assist the countries which do not have promotional banks in the establishment of promotional banks. This will help create a level playing field and give all beneficiaries equal opportunities and equal chances vis à vis EFSI.

Eva Kaili (S&D). – Madam President, EFSI was primarily designed to help us bridge the investment gap of Europe, but it has not worked as expected. Being a supply side instrument, we understand that it's difficult to create its own demand, especially in the structure and innovation window because it was not included in incentives like that for the creation of this demand and the facts are clear: very few of the projects were additional; the diverse risk premium-the pricing of the programme caused more disincentives than incentives to apply for it; and lack of institutional framework to enable blending with other EU financial resources made it more difficult for the Member States that need it more.

Now we are looking forward to address and fix this problem with the dialogues of EFSI 2, but the ambitious elements that could incentivise the creation of demand are still not enough: 91% of VS 9, 15 Member States VS 13. It doesn't seem that it will change dramatically. I do believe that there is urgent need for economic relevance in the EU and EFSIs are potentially headed toward the correct direction. But its structure as designed does not address the realities and the lesson is that for EFSI 1 supply side mechanisms with weak demand will not produce significant results.

Congratulations to Mr Bullmann and Mr Fernandes for the efforts made to change this Direction.

Othmar Karas (PPE). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, meine Damen und Herren! Wir müssen schon einmal festhalten, dass der EFSI eineinhalb Jahre alt ist. Und in diesen eineinhalb Jahren hat er immerhin 194 Milliarden Euro an Investitionen angeschoben, von denen 425 000 und mehr kleine und mittelständische Unternehmen profitieren. Wir haben ihn nach diesen eineinhalb Jahren evaluiert und haben gesagt: Wir müssen ihn verlängern bis 2020, und wir brauchen mehr Geld, mehr Investitionsvolumen, das angestoßen wird, und wir erhöhen es auf 500 Milliarden. Und wir haben die Schwächen erkannt und gesagt: Der EFSI muss in die *high-risk* Champions League. Er muss die Förderbanken der anderen Mitgliedstaaten ausbauen.

Alles, was hier gesagt wird, ist Teil unseres Trilogs. Wir diskutieren heute den Initiativbericht als Antwort auf die Evaluierung, aber wir haben auch einen Legislativbericht, der unser Arbeitsprogramm für die Verhandlungen ist, wo wir ihn verbessern können. Wir sagen nicht: *more of the same*, aber länger, sondern wir sagen: verbessern, aber auch verlängern, weil er Gutes bewirkt hat.

Aber der EFSI ist nicht alleine dafür da, um die Investitionslücke zu schließen. Wir müssen die Strukturreformen fortsetzen. Wir müssen den Binnenmarkt stärken. Wir müssen die Wirtschafts- und Währungsunion vertiefen. Wir benötigen ein stärkeres Investitionsklima in Europa, und wir brauchen Innovation, weil wir die Lücke noch nicht geschlossen haben – aber wir sind auf einem guten Weg.

Daniele Viotti (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, l'EFSI, il Piano Juncker, è entrato in vigore nel 2015, a fine 2016 aveva già concesso garanzie per 21,5 miliardi di euro e a maggio di quest'anno ha già raggiunto i 200 miliardi di euro. Non si tratta soltanto di cifre fredde ma di infrastrutture, reti ferroviarie moderne, fibra ottica nelle nostre case, edifici più rispettosi dell'ambiente, nuove tecnologie.

Abbiamo fatto molto, ma non è ancora sufficiente. Con il rinnovo del Piano dobbiamo impegnarci ancora di più. Dobbiamo garantire un'addizionalità reale, impegnandoci perché i criteri di ammissibilità dei progetti siano davvero votati agli investimenti più rischiosi, ma utili per i cittadini, facilitando l'accesso agli strumenti dell'EFSI per le piccole e medie imprese soprattutto, in particolare sostenendo l'ottimo lavoro che è stato fatto fino ad ora dalle banche di promozione nazionale e, infine, consentendo l'intervento anche ai paesi terzi, qualora ci siano chiari vantaggi in termini di efficienza o di economia di scala.

In chiusura, permettetemi una nota di merito al mio paese, l'Italia, che con 3,7 miliardi di investimento risulta il primo paese beneficiario della garanzia EFSI, naturalmente un orgoglio ma anche una responsabilità per il nostro governo.

Lambert van Nistelrooij (PPE). – Madam President, I think that the EFSI and the whole Juncker Plan came at the right moment and that we are seeing good results. Money is needed in the real economy.

Let me make three remarks. First, we should have a better guarantee and a better look at the additionality. Financing roads in France, Germany or the Netherlands is not high risk, so what are we doing? Second, on the geographical balance: of course, it cannot be Europe that is standing on one leg in the more developed country; the winner takes all. There we have to support these countries so they have a better capacity to take it up, quality to make projects and investment banks, as my colleague has said.

Third, as the coordinator of the regional committee in the PPE Group, I think we should move much more to combining the funds from the regional funds, the structural investment funds, and the EFSI. This would not mean blending, putting them all together in a big blender, but having these shared management funds in the Member States to give them – this is already possible in the regulations – the possibility of having a higher risk and more loans and guarantees in the real economy. We now have the Omnibus. We come with this simplification and I see a big future for the EFSI Fund. It is a compliment to the rapporteurs and also to the Commission.

Georgi Pirinski (S&D). – Madam President, the Fernandes-Bullmann report highlights major concerns that EFSI does not provide complementary financing for high-risk projects and that small projects are deterred from applying for EFSI financing. There is no procedure for tackling conflicts of interest, while there are cases where the EIB has been pushing to support projects structured using firms in tax havens! No wonder then that the EU 15 have received 91% of EFSI support while the EU 13 only 9%.

Article 7(2) of the EFSI Regulation stipulates that it is the steering board that shall determine the strategic orientation of EFSI, its operating policy, procedures and rules and the risk profile of EFSI. Under the same Article, three out of the four board members are appointed by the Commission. Therefore, what are the urgent and specific measures that the Commission shall undertake in order to gain the trust of Parliament and the Council to grant authorisation for EFSI 2?

Catch-the-eye-Verfahren

Michaela Šojdrová (PPE). – Evropský fond pro strategické investice existuje 1,5 roku a přesto se dá říci, že je úspěšný alespoň v některých regionálních oblastech.

Dá se říci, že už vidíme i jeho nedostatky. Předchůdci zde vyjmenovali řadu konkrétních návrhů na jeho zlepšení. Já bych připomněla potřebnost větší transparentnosti, lepší zacílení fondu a také lepší řízení. Objevují se určité pochybnosti o střetu zájmů v řídicích orgánech a to je velmi špatné.

Hovořilo se zde hodně o regionální disproporci. Já bych dokonce řekla, že se jedná o marginalizaci, jestliže 13 zemí čerpá pouze 9 % z celého fondu, pak bych řekla, že se přímo jedná o marginalizaci určitých oblastí. Já jsem se schválně podívala, jak to vypadá v ČR, tam se jedná o rozšíření záruk dvou bank pro malé a střední podniky. Myslím, že závěr z toho je jasný. Je dobré nejen pokračovat, ale zlepšovat.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, l'EFSI è attivo da un anno e mezzo, un tempo sufficiente per un primo bilancio e per cogliere le indicazioni registrate finora al fine di migliorare le modalità di attuazione del Piano. I problemi principali sembrano essere la differenziazione degli obiettivi e delle condizioni di finanziamento dell'EFSI da altre fonti di finanziamento analoghe, che di fatto determina una concorrenza con altri fondi.

Esiste un reale valore aggiunto all'uso complementare dell'EFSI e dei fondi SIE, ma le questioni normative complicano questa complementarità. La distribuzione geografica dei progetti presenta limiti di uniformità, cui va posto rimedio. Così come va superata la grave difficoltà nella creazione delle piattaforme di investimento, dove l'esigenza di finanziamento di progetti di dimensioni minori non riceve risposte adeguate.

Occorre infine intensificare gli sforzi nel contesto del polo europeo di consulenza sugli investimenti per fornire un'adeguata assistenza tecnica e rafforzare la comunicazione dell'EFSI così da poter migliorare anche la cooperazione.

Ruža Tomašić (ECR). – Poštovana predsjednice, primarna svrha Europskog fonda za strateška ulaganja bila je zajamčiti dodatnost odgovaranjem na nedostatke tržišta ili nedovoljne razine ulaganja. Moram priznati da mi od prvog dana nije bilo jasno kako Komisija misli osigurati da javne investicije pojačaju učinak privatnih ako prije toga nije osigurala povoljniju klimu za privatne investicije.

Kako to obično biva kad se planira velika injekcija novca poreznih obveznika u ekonomiju, dogodilo se to da je dosta projekata moglo biti financirano i bez jamstava Unije i da je donošenje odluka prilično netransparentno.

Zabrinjavajuća je i zemljopisna rasprostranjenost investicija jer je do kraja lipnja 2016. čak 91 % sredstava dodijeljeno zemljama iz skupine EU-15.

Ovakve stvari ruše kredibilitet Unije i njezinih programa jer stvaraju dojam da dio članica profitira na račun drugih. Mislimo li izbjeći takva tumačenja i podići ugled Europske unije, provedba Europskog fonda za strateška ulaganja mora biti puno bolja.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κυρία Πρόεδρε, το περιβόητο σχέδιο των 315 δισεκατομμυρίων ευρώ, σε βάθος τριετίας, δεν έχει διαφάνεια. Υπάρχει έλλειψη λογοδοσίας, είναι αναποτελεσματικό, δεν καλύπτει επενδυτικά κενά. Η Ευρωπαϊκή Τράπεζα Επενδύσεων σκιωδώς δεν παρέχει επαρκή πρόσβαση σε πληροφορίες σχετικά με το εν λόγω σχέδιο. Υπάρχει πλήρης έλλειψη στατιστικών δεδομένων και συγκρίσιμων μεγεθών χρηματοοικονομικής αποδοτικότητας όλων των έργων που έχουν χρηματοδοτηθεί μέχρι τώρα. Ο κίνδυνος υπερτίμησης του πολλαπλασιαστικού αποτελέσματος δεν είναι απλά ορατός, αλλά αποδεικνύεται υπαρκτός. Επισημαίνεται από το ίδιο το Ελεγκτικό Συνέδριο, το οποίο τονίζει ότι οι αναφερόμενοι στόχοι και τα αποτελέσματα είναι προβολές που δεν έχουν επιβεβαιωθεί από απτά, συγκεκριμένα, σαφή και επίκαιρα δεδομένα. Οι πέντε κορυφαίες οικονομίες της Ένωσης έχουν κατά βάση επωφεληθεί από το συγκεκριμένο σχέδιο, δημιουργώντας έτσι περαιτέρω αποκλίσεις και ανισότητες μεταξύ των κρατών μελών. Συμπερασματικά, αυτό δεν είναι επενδυτικό σχέδιο, είναι σχέδιο εξαπάτησης και χειραγώγησης των ευρωπαίων πολιτών.

Krzysztof Hetman (PPE). – Pani Przewodnicząca! Europejski Fundusz na rzecz Inwestycji Strategicznych jest niewątpliwie bardzo ważnym narzędziem mającym realne przełożenie na zwiększenie inwestycji w Europie. Mimo iż jego efektywność nie może być jeszcze w pełni oceniona, aktualne dane pozwalają na optymizm, pokazując jednocześnie obszary wymagające poprawy. Po pierwsze, ważne jest, aby fundusz ten był wykorzystywany przez wszystkie państwa członkowskie. Należy więc zastanowić się, w jaki sposób można wesprzeć państwa, które do tej pory z niego nie korzystały lub korzystały w niewielkim stopniu. Po drugie, ważne jest, by fundusz ten działał w synergii z europejskimi funduszami strukturalnymi i inwestycyjnymi w celu zapewnienia ułatwienia finansowania. Po trzecie, należy pamiętać, iż celem funduszu Junckera jest wspieranie inwestycji ryzyka, które bez tego finansowania nie mogłyby powstać. Należy więc unikać wspierania projektów, które zgodnie ze swoją naturą powinny uzyskać wsparcie z innych programów i funduszy unijnych.

Tibor Szanyi (S&D). – Elnök Asszony! Tisztelt Biztos úr! Itt a vitában hallhatunk különböző számokat, hogy miként oszlik el a fölhasználás a stratégiai fejlesztési alap tekintetében, és én már egy kérdés során említettem, hogy a vidéki, a rurális területek azok igenis hátrányban vannak, nem nagyon éri utol őket ez a lehetőség. Ezzel együtt azért hívom föl még egyszer a figyelmet erre az aspektusra, mert éppen ma szavazott meg az Európai Parlament megint egy csomó olyan – amúgy környezetvédelmi szempontból indokolt – megszorítást, ami a vidéki, mezőgazdasági területeket még nehezebb szabályozási környezetbe viszi. Én úgy gondolom, hogy ez az EFSI ezt hivatott lenne ellensúlyozni.

Ivana Maletić (PPE). – Gospodo predsjednice, EFSI ispunjava svoj cilj, a to je podizanje razine ulaganja. Međutim, mi želimo više od toga. Želimo rast, razvoj i to visoke stope rasta i razvoja u Europskoj uniji i nova radna mjesta. Za to nam trebaju i dva druga stupa plana ulaganja za Europu. Prvi stup je razaznavanje dobrih i kvalitetnih projekata koji su inovativni i rizični. Financiramo li mi u ovom trenutku takve projekte i jesmo li pronašli upravo te za financiranje iz EFSI-ja?

A drugi stup koji je još preostao je jačanje jedinstvenog tržišta i stvaranje povoljnog okruženja za naše poduzetnike i investitore. Europska komisija to ne može nikako učiniti sama. Za to su potrebni koordinacija i rad s državama članicama i zato pozivam Komisiju da ojača svoje veze i povezanost s državama članicama kako bi plan ulaganja za Europu zaista zaživio u praksi.

Maria Grapini (S&D). – Doamnă președintă, domnule comisar, vreau de la bun început să felicit raportorii. Au făcut o radiografie exactă a ceea ce s-a întâmplat cu EFSI 1 și vreau să reamintesc aici, așa cum spunea și domnul Bullmann, că nu a fost suficient de bun, am spus de la bun început, criteriul „primul venit primul servit”.

Să fim foarte clari, să nu ne furăm căciula: zonele rurale, zonele mai sărace, nu au capacitatea administrativă pentru a scrie proiecte și nu vor fi niciodată primele. Eu cred că alte criterii trebuie să folosim, dacă dorim într-adevăr ca acest fond strategic de investiții să ducă și la coeziune socială și la dezvoltarea zonelor mai sărace. De aceea, cred că raportorii au prezentat foarte bine. IMM-urile nu ajung, mai ales întreprinderile mici. Conduc intergrupul și constat că IMM-urile se plâng pentru că nu au cu ce garanta ca să poată să ajungă la acest fond. Cred că EFSI 2 are avantajul că are experiența lui EFSI 1 și putem să corectăm și mă bazez foarte mult pe raportori și pe Comisie, evident, pentru corectarea (președintă întrepre oratorul).

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Pierre Moscovici, *Member of the Commission*. – Madam President, thank you for the numerous comments, questions and remarks. EFSI might not be perfect. It certainly is not a magical weapon that can, on its own, close the investment gap we suffer from: create growth and jobs and put our economy on a sustainable and inclusive track. But our debate and the reports prove that it is a valuable instrument in pursuit of this aim. I hear all the expectations in terms of job creation, ambition as regards macroeconomic impact, vigilance in the face of potential crowding out of other investors and fears of cannibalisations of other EU instruments. I understand them all and I share this impatience.

But let us discuss on the basis of actual results, and focus on positive messages. EFSI delivers, and we are in the midst of negotiations to extend it and also to make it better.

Je voudrais, à cet égard, répondre à quelques questions ou remarques.

On m'a demandé si l'EFSI était censé remplacer les fonds de cohésion. La réponse est non. Nous attachons une importance majeure à la politique de cohésion. L'EFSI et la politique de cohésion peuvent coexister et peuvent se renforcer mutuellement. Tous deux partagent un objectif, qui est d'augmenter le niveau d'investissement au profit de la croissance et de l'emploi. Il s'agit de développer les synergies entre l'EFSI et les fonds de cohésion, en aucun cas de les opposer ou de les exclure.

Plusieurs remarques ont été faites sur tel ou tel pays et sur la façon dont ils sont desservis par les fonds de cohésion. À cet égard, bien sûr, nous avons des statistiques.

Je mentionnerai simplement deux pays. D'abord, Chypre. C'est vrai que, pendant longtemps, il n'y avait aucun projet, mais un accord a été signé en décembre 2016 sur le volet PME entre le Fonds européen d'investissement et la banque RCB. En ce qui concerne la Grèce, il y a eu plusieurs interventions. Pendant longtemps, c'est vrai qu'il n'y a pas eu de projet en Grèce. Une équipe du *hub* a été envoyée pour prêter assistance à la structuration de projets et, aujourd'hui, la Grèce, écoutez bien, est le huitième pays à bénéficier de fonds EFSI. Par conséquent, il y a eu plus qu'un rattrapage en la matière.

Je saisis cette occasion pour dire à quel point je souhaite que, demain, lors de l'Eurogroupe qui se tiendra à Luxembourg, on parvienne à trouver un accord pour la Grèce qui permette de déboursier les fonds prévus dans le cadre du troisième programme et de dessiner les paramètres de mesure des dettes à moyen terme, tout cela sur fond d'une politique qui doit privilégier la croissance et l'emploi dans ce pays. Parce qu'après la crise, après les efforts, il est temps que le peuple grec voie le résultat de tout ce à quoi il a consenti. Mon collègue de la Commission, Valdis Dombrovskis, faisait hier cette présentation à mes côtés, lors du collège, et la Commission sait qu'elle a déjà fait beaucoup pour la croissance et l'emploi en Grèce. À travers l'EFSI aussi, nous voulons faire plus. Il faut faire plus. C'est fondamental.

Mon collègue Katainen et moi-même sommes prêts à revenir dans ce Parlement d'ici un mois peut-être, avant la coupure de l'été, pour discuter du résultat des trilogues. Le président Juncker a présenté l'EFSI 2 dans son discours sur l'état de l'Union, en septembre 2016. Soyez sûrs qu'en un an, nous avons déjà fourni des résultats dans cette direction au bénéfice de nos citoyens européens.

Par conséquent, mon message est simple: l'EFSI est un instrument perfectible, critiquable, comme tout instrument, mais qui est aussi remarquable. Alors perfectionnons-le ensemble. C'est ce que nous pouvons faire et c'est toute l'utilité de nos échanges d'aujourd'hui.

José Manuel Fernandes, *relator*. – Senhora Presidente, Senhor Comissário, Caras e Caros Colegas, é claro que o Fundo Europeu de Investimentos Estratégicos não vai, não pode, substituir a política de coesão e, por isso, não tem quotas geográficas. O Fundo Europeu de Investimentos Estratégicos exige proatividade dos seus beneficiários e proatividade por parte dos territórios. Isso não significa que não se deva procurar a coesão territorial, a coesão geográfica, a distribuição dos projetos. Deve procurar-se.

E, por isso, o Parlamento insiste no *advisory hub*, na plataforma de aconselhamento para ajudar à estruturação de projetos e a projetos de maior qualidade, para ajudar à criação de plataformas, para contribuir também para a complementaridade, que queremos que exista e que se reforce entre este Fundo e os fundos da política de coesão. Insistimos no *advisory hub*, nesta plataforma de aconselhamento para que este objetivo seja conseguido.

Fica claro que este Fundo Europeu de Investimentos Estratégicos tem contribuído para o emprego; tem contribuído também para as empresas e, sobretudo, as pequenas e médias empresas, e também para o empreendedorismo, para a inovação, para o reforço da competitividade da União Europeia.

É também evidente que o aspeto adicional tem de ser reforçado e também a seleção dos projetos deve ter em conta o local onde o projeto vai ser concretizado. O mesmo projeto não tem o mesmo impacto económico em termos da criação de emprego numa região menos desenvolvida ou numa região mais desenvolvida. E, por isso, é necessário que as regiões menos desenvolvidas tenham uma atenção especial, ainda que, insisto, este Fundo nunca poderá ser confundido com a política de coesão.

Udo Bullmann, Berichterstatter. – Frau Präsidentin! Ich danke den Kolleginnen und Kollegen für eine – wie ich finde – äußerst engagierte Diskussion. Die Berichterstatter haben zugehört; wir nehmen die Anregungen mit. Aber ich darf auch sagen: Wir fühlen uns bestätigt in der Richtung, in der wir weiter voranschreiten wollen, um EFSI besser zu machen.

Ich bitte die Kommission – von der ich wahrnehme, dass sie die Probleme nicht wirklich anders sieht als wir –, Verständnis zu haben. Ich bitte – ich wende mich an den Rat –, Verständnis dafür zu haben, dass wir EFSI dort loben, wo Gutes erreicht worden ist, dass wir aber auch die Probleme benennen, wo wir sie sehen. Und eines mehr: Natürlich wollen wir die Probleme nicht nur benennen, wir wollen sie beheben. Und deswegen setzen wir auf die gute Kooperation mit beiden Institutionen, damit wir in der laufenden Gesetzgebung auch zügig zum Ende kommen, um EFSI-2 noch besser zu machen.

Ich würde mich gerne noch einmal an den Rat wenden, weil das eines der Themen ist, die wir gegenwärtig diskutieren. Ich glaube, dass Kommissar Moscovici völlig Recht hat, wenn er von EFSI-3 spricht – der großen Herausforderung, der wir gegenüberstehen, jetzt über die Phase hinaus zu denken, die wir gegenwärtig beplanen. Natürlich ist es eine Daueraufgabe, uns im Hinblick auf eine nachhaltige Wirtschaft international wettbewerbsfähig zu machen. Trotzdem müssen wir über diesen Gedanken streiten. Und ich bitte Sie, sich doch einmal sehr genau anzuschauen – um nur einen großen Wettbewerber zu nennen –, was die chinesischen Staatsfonds gerade in der Mittelmeerregion unternehmen oder was sie bei ihrem großen Seidenstraßenprojekt unternehmen.

Ist es wirklich so – und ich wende mich an den Rat –, dass unsere Mitgliedstaaten nicht verstehen, was die Stunde geschlagen hat und dass wir uns endlich einigen müssen, auch gerade im Hinblick auf die mittelfristige Finanzplanung, dass wir jetzt schon die Weichen stellen? Ich hoffe, wir finden die Kraft dafür. Das Europäische Parlament wird alles tun, was nötig ist, um in diese Richtung zu gehen.

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Thursday, 15 June 2017.

Written statements (Rule 162)

Monika Flašíková Beňová (S&D), písomne. – Európsky fond pre strategické investície je základom Investičného plánu pre Európu, ako jedného z nástrojov vytvorených na vyrovnanie sa s dôsledkami hospodárskej krízy. Jedným z jej prejavov bol totiž výrazný pokles miery investícií, čomu mal tento tzv. Junckerov balík zabrániť. Pôvodný zámer bol, že má pomáhať predovšetkým projektom s veľkým inovačným potenciálom, ktoré sú však investične stále pomerne rizikové. Zameriavať sa tiež mal najmä na malé a stredné podniky ako hnací motor európskej ekonomiky. Výsledkom mala byť obnova dôvery na trhu a následné znásobenie takto investovaných finančných prostriedkov. Po roku a pol fungovania sa ukazuje, že o tieto peniaze je značný záujem. Nie vždy však smerujú do projektov striktnie orientovaných na inovácie, ktoré by reagovali na budúce potreby rozvoja európskeho hospodárstva. Distribúcia týchto zdrojov v rámci Európskej únie je navyše pomerne nerovnomerná. Drvivá väčšina z nich zatiaľ smerovala do tzv. starých členských štátov. V budúcnosti budú musieť tieto členské štáty oveľa aktívnejšie vystupovať, aby predmetné financie získali. Podpora malých a stredných podnikov je existenčne dôležitá pre napredovanie a konkurencieschopnosť európskej ekonomiky, najmä pri neustále sa zvyšujúcej úrovni medzinárodnej konkurencie.

Danuta Jazłowiecka (PPE), na písmie. – Priorytetem naszych prac w Komisji Zatrudnienia i Spraw Socjalnych nad opinią ws. Europejskiego Funduszu na rzecz Inwestycji Strategicznych było to, aby współfinansowane projekty generowały nowe miejsca pracy. W tym celu wnioskowaliśmy o odpowiedni monitoring wpływu na rynek pracy. Niestety pomimo faktu, iż minęło półtora roku od uruchomienia projektu, nie mamy żadnych informacji na temat tego, ile nowych miejsc pracy powstało w wyniku inwestycji wspartych z jego środków. Komisja Europejska w swoim sprawozdaniu nie przedstawiła tych informacji, bowiem w ogóle nie gromadzi takich danych. Nie świadczy to oczywiście o tym, że nowe miejsca pracy nie powstają. Sam fakt, iż znaczna część środków z funduszu jest kierowana do sektora małych i średnich przedsiębiorstw pozwala przypuszczać, że przyczyniają się one do wykreowania nowych stanowisk pracy.

Niemniej jednak trudno jest obecnie oszacować wpływ Funduszu na zatrudnienie w Europie. Dlatego też apeluję do Komisji Europejskiej o gromadzenie takich danych!

Chciałabym zwrócić także uwagę na kolejną ważną kwestię. Analizując wykorzystanie Funduszu, widzimy wyraźną koncentrację geograficzną inwestycji. Połowa państw członkowskich dostała ponad 90% zainwestowanych środków. Warto się nad tym zastanowić i przeanalizować, czy pieniądze trafiają faktycznie tam, gdzie są najbardziej potrzebne.

Karol Karski (ECR), na piśmie. – Wyniki działalności EFIS są satysfakcjonujące. Jednak musimy zadbać o to, aby móc w pełni korzystać z tego instrumentu oraz usprawnić jego działanie. Uważam, że dla lepszego korzystania z EFIS trzeba położyć duży nacisk na jego komplementarność zarówno z europejskimi funduszami strukturalnymi i inwestycyjnymi, jak i innymi funduszami UE. Taka synergia pozwoliłaby sprawniej wypracować trwały wzrost gospodarczy.

Chciałbym także zwrócić uwagę na dużą koncentrację terytorialną do tej pory wypłaconych środków. Powinniśmy poznać przyczyny takiej alokacji i sprawić, by w przyszłości regiony słabiej rozwinięte potrafiły lepiej wykorzystać środki z EFIS. Dlatego też należy postarać się o to, by zwiększono wiedzę ekspercką i pomoc techniczną dla tych regionów. W szczególności trzeba położyć nacisk na sprawne działanie Europejskich Centrów Doradztwa Inwestycyjnego, które powinny korzystać także z wiedzy lokalnej poprzez współpracę z odpowiednimi instytucjami krajowymi.

Jestem zdania, iż wyżej wymienione kwestie pomogą w skuteczniejszym wykorzystywaniu środków, a także wspomogą wprowadzanie zarówno projektów o wysokim ryzyku, jak i tych innowacyjnych w krajach, które do tej pory gorzej wykorzystywały środki z EFIS. Działania takie pomogą jednocześnie w realizacji jednego z nadrzędnych celów polityki UE, jakim jest wyrównanie szans gospodarczych pomiędzy państwami.

Андрей Ковачев (PPE), в писмена форма. – През първите почти 2 години от създаването си Европейският фонд за стратегически инвестиции постигна осезаеми резултати, но географското разпределение на проектите продължава да бъде причина за сериозно безпокойство. Поради по-слабо развитите си финансови пазари, липса на административен капацитет, както и опит в прилагането на финансови инструменти, някои държави продължават да срещат трудности при участието в ЕФСИ.

Едва около 10% от мобилизираните по фонда инвестиции са в Централна и Източна Европа. Това е особено притеснително, като се вземе предвид, че повечето по-слабо развити региони се намират в тази част на ЕС. Затова е от изключително значение при продължаването на ЕФСИ да бъдат взети мерки за географска диверсификация на проектите, така че да се гарантира допълняемост с традиционните инструменти на кохезионната политика.

ЕФСИ трябва да подпомага преодоляването на регионалните различия и да не е в противоречие с усилията на някои държави да наваксат своето изоставане. В тази връзка е правилна стъпка да бъдат променени критериите за допустимост, така че и по-малки проекти да могат да се възползват от финансиране. Трябва да бъдат подобрани също така възможностите за осигуряване на техническа помощ и консултантски услуги при подготовката и структурирането на проекти, особено в страните с по-слабо развити финансови пазари.

Claude Rolin (PPE), par écrit. – J'invite mes collègues, je vous invite à voter en faveur de ce rapport qui demande une initiative de la Commission en vue de contrôler, à l'échelle de l'Union européenne, les investissements étrangers dans les secteurs européens stratégiques, d'autant plus lorsque les pays d'où émanent ces investissements limitent ou empêchent l'accès à leur marché aux investisseurs européens. Il est à mes yeux indispensable que l'Union européenne identifie les secteurs et industries-clés qu'elle doit protéger et pour lesquels elle doit, le cas échéant, empêcher des acquisitions ciblées par des investisseurs étrangers. À l'heure actuelle, et je l'ai souvent relayé, il y a un problème évident de réciprocité (surtout avec la Chine) et des risques majeurs pour l'Europe, parce que des secteurs stratégiques tels que la robotique, la défense, les hautes technologies et le secteur aéropoutuaire, sont visés. Le risque, ce sont des transferts de technologies vers un pays tiers qui, à terme, menace les intérêts européens. Plus que jamais, il faut une politique industrielle stratégique: nous devons protéger nos industries clés.

Pirkko Ruohonen-Lerner (ECR), kirjallinen. – Mietintö on liioitteleva pitäessään ESIR:iä onnistuneena, sillä näytöksi tarjotaan lähinnä rahan käyttöä. Mietinnöstä käy ilmi, että ESIR syrjäyttää muita EU:n rahoituslähteitä, koska se on yrityksille edullisempi. Mietinnössä annetaan ymmärtää, että luokittelu Euroopan investointipankin erityisiin toimiin takaisi täydentävyyden. Samalla kuitenkin raportissa todetaan, etteivät kaikki projektit ole olleet edes osittain aidosti täydentäviä. Työllisyys- ja talouskasvuvaikutusten arviointi on yleensäkin vaikeaa, sillä ne edellyttävät tietoja täydentävyydestä ja ulkoisvaikutuksista. Jatkossa ESIR ei kilpaile, vaan tekee yhteistyötä muiden EU:n rahoituslähteiden kanssa. Sen seurauksena talous- ja työllisyyskasvuvaikutusten arviointi vaikeutuu entisestään, koska yksittäisten rahastojen mahdollisia vaikutuksia ei pystytä kohdistamaan. Näin emme voi nähdä mahdollista onnistumista tai sitä, että samat tulokset olisi voitu saavuttaa olemassa olevilla rahoitusinstrumenteilla.

Janusz Zemke (S&D), na piśmie. – Europejski Fundusz na rzecz Inwestycji Strategicznych (EFIS) został utworzony w celu uruchomienia w Unii Europejskiej inwestycji o wartości 315 mld EUR, m.in. poprzez zapewnienie gwarancji dla finansowania – ważnych gospodarczo i społecznie – projektów realizowanych przede wszystkim przez sektor prywatny. Po upływie półtora roku funkcjonowania Funduszu jego działalność jest oceniana generalnie dobrze, chociaż pojawiają się także oceny, że zamiast promować innowacyjne projekty, gwarancje unijne były wykorzystywane do promowania także takich przedsięwzięć, w przypadku których istnieją wątpliwości, co do ich zgodności z ustanowionymi kryteriami wyboru. Mając to na uwadze, uważam, że w przyszłości powinno się bardziej dbać o to, by inwestycje realizowane dzięki wsparciu Funduszu prowadziły do wzrostu zatrudnienia, a także generowały trwały wzrost gospodarczy i przyczyniały się do pogłębiania spójności ekonomicznej, terytorialnej i społecznej. Przywiązując ponadto dużą wagę do rozwoju inwestycji w ramach Unii Europejskiej – uważam, że niezależnie od tego, jak wysoki będzie budżet UE w perspektywie 2021-2027, szczególnie chronione powinny być inwestycje strategiczne.

(The sitting was suspended for a few moments)

PRÉSIDENCE DE MME Sylvie GUILLAUME

Vice-présidente

18. Ausländische Investitionen in strategischen Bereichen (Maßnahmen der EU) (Aussprache)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le débat sur les déclarations du Conseil et de la Commission sur les investissements étrangers dans des secteurs stratégiques (actions de l'UE) (2017/2730(RSP)).

Helena Dalli, President-in-Office of the Council. – Madam President, my intervention will be brief, given that the subject of foreign investment in strategic sectors has not been discussed as such in the Council yet. Consequently, there is No - Council position. Indeed, there is not even a Commission proposal on the table. That being said, I would like to underline that Europe is open for business and that foreign investment remains a key principle for the EU. We need investment as an engine for growth and job creation. We encourage others to invest in the European Union and our investors are very successful abroad.

But clearly in the last year some reasons for concern have emerged and these are related to the sharp increase in foreign acquisitions of significant value in key EU economic sectors. I am thinking of industrial machinery and equipment, ICT, utilities, infrastructure or energy. The surge in foreign investment appears less as a result of market forces and more as a consequence of strategic industrial policies by other states. This could compromise fair competitive conditions across the EU and put into question our access to technological know-how. As such, these acquisitions could be deemed not to be in the EU's long-term interest. In this regard, we welcome the debate launched in February by the Economic Ministers of Germany, France and Italy, who in their joint letter to EU Commissioner for trade, Cecilia Malmström, outlined their concern that partner countries do not match the EU level of market openness when it comes to investment and public procurement. They pointed out that the EU was losing its advantage in technological expertise due to mass acquisitions from non-EU investors. The three countries asked for more scope to investigate individual takeovers and, where applicable, to block them.

We have also noted with interest the proposal for a Union act on the screening of foreign investment in strategic sectors, which was tabled by Mr Weber, Mr Caspary and eight other EPP Members in March this year, calling for intervention at EU level when direct investments by third countries do not comply with market rules or are facilitated by state subsidies, resulting in a likely market disturbance.

Finally, the Commission, in its reflection paper on harnessing globalisation, also noted the concerns recently voiced about foreign investors, notably state-owned enterprises, taking over European companies with key technologies for strategic reasons. In its reflection paper the Commission further underscored that EU investors often do not enjoy the same rights to invest in the country from which the investment originated. It is very clear that the way we address investments in strategic sectors will require necessary attention in the future. In the Council we will follow the developments on this subject with interest and remain ready to carefully examine any proposal the Commission puts on the table.

Pierre Moscovici, *Member of the Commission*. – Madam President, let me start by stating the obvious: investment is a major source of growth in the EU and a contributor to economic and social prosperity. We have always welcomed foreign direct investment and openness to investment has always been a key principle of our trade policy.

As a consequence, the US is the most favourable framework for investment in the world and is a major promoter of open, transparent and predictable conditions for investment worldwide. This policy has positioned the EU as the biggest source destination of foreign direct investment in the world.

The Commission however, is also well aware of the growing concerns regarding the perceived rapid increase of acquisitions of European strategic and high-tech companies by companies originating from countries that do not share the same open framework for investments as we do, which maintain important restrictions on foreign investment. The Commission in its recent reflection paper that you mentioned, Madam President, on harnessing globalisation, noted that concerns have recently been voiced about foreign investors, notably state-owned enterprises, taking over European companies with key technologies for strategic reasons. EU investors often do not enjoy the same rights to invest in the country from which the investment originates. These concerns need careful analysis and appropriate action.

We are therefore assessing the real scope of this phenomenon, and trying to be clear about what the real issues are. This may represent a new challenge to EU policy and we need to assess whether we have the appropriate tools to respond to it. This may be particularly relevant at a time when the Commission is proposing a reflection on foreign investment in sensitive defence-related technologies and the opportunity to introduce some control.

The Commission is convinced that an important part of the solution to some of the concerns related to the lack of a level playing field for EU investments abroad should come from our trade agenda, which aims at securing the best possible market access and transparent and non-discriminatory conditions for new investors operating in third countries; but the nature of the concerns requires also to look wider and deeper. Therefore, we are currently analysing the effectiveness of EU policies on foreign direct investment in close coordination with Member States, which are maintaining their own foreign investments screening measures to see if the current framework provides sufficient flexibility to respond to the challenges we are facing.

In taking this word forward, we should avoid as much as possible to introduce unnecessary barriers to trade and investment, bearing in mind that the EU economy continues to need more investment, both domestic-that's the previous debate-and foreign. The Commission is ready to engage in further discussions with Parliament on these important issues. It goes without saying that such a discussion will need to take due account of the legal framework established under the EU Treaties and under the EU and Member State international commitments.

Daniel Caspary, im Namen der PPE-Fraktion. – Frau Präsidentin! „China will keep its door wide open and not close it“, sagte der chinesische Präsident Xi Jinping in Davos Anfang dieses Jahres. Die Realität ist leider eine andere. Europäische Investitionen in China gehen zurück – von zehn Milliarden Euro im Jahr 2015 auf gerade noch acht Milliarden Euro 2016. Wir haben dort große Probleme. Und China investiert immer mehr in der Europäischen Union – im letzten Jahr 35 Milliarden Euro, davon fast die Hälfte in unsere Schlüsseltechnologien. Und sie ziehen gnadenlos ihre Strategie „China manufacturing 2025“ durch.

Auf der anderen Seite gibt es viele Probleme für europäische Investoren in China: Eingeschränkt, um nur einige Beispiele zu nennen, ist die Frage der Produktion von Kraftfahrzeugen und Motorrädern, wertvolle Metalle, Banken, Versicherungen, Telekommunikation; verboten sind Investitionen bei Seltenen Erden, im Verlagswesen etc. Wir wollen das ändern, und wir müssen da härter spielen. Wir sind überzeugt, dass es offene Märkte braucht, aber die brauchen auch klare Regeln. Wir wünschen uns durch unsere Initiative, die wir eingebracht haben, dass wir als Europäische Union Schlüsselindustrien identifizieren, in denen wir uns schützen wollen, und dass wir dann eine Möglichkeit haben, gezielte Akquisitionen dort zu verhindern.

Wir müssen ja unserer Industrie für die Zukunft eine Chance geben, und deswegen mein Aufruf an den chinesischen Präsidenten: Schaffen Sie faire Bedingungen, ansonsten müssen wir handeln! Und damit er das auch versteht, auf Chinesisch: [chinesische Sprache auf Tonband eingespielt].

Bernd Lange, im Namen der S&D-Fraktion. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, an die Ratspräsidentschaft! Ja, wir brauchen in der Tat Investitionen in Europa – wir haben gerade in dem Tagesordnungspunkt davor darüber diskutiert – und natürlich auch Investitionen aus allen möglichen Partnerländern dieser Erde – wie wir auch in anderen Ländern investieren. Und deswegen müssen wir das Prinzip der Reziprozität, der Gleichwertigkeit der Bedingungen, in unseren Verhandlungen herausstellen. Ich habe überhaupt keine Probleme zu sagen, dass, wenn in einem Land Restriktionen gegenüber unseren Investitionen stattfinden, wir dann auch in Europa die gleichen Restriktionen anpacken.

Aber ich kann mir nicht vorstellen, dass wir in die Richtung von Protektionismus gehen und generell Investitionstätigkeiten in Frage stellen, weil es letztendlich doch darauf ankommt, wie Investoren sich verhalten. Halten sie sich an vernünftige Bedingungen? Halten sie sich an Arbeitnehmerrechte? Halten sie sich an Umweltstandards? Das muss das Kriterium sein, ob wir Investitionen gutheißen können oder nicht.

Insofern gehe ich davon aus, dass wir uns vom Prinzip der Gleichwertigkeit der Regeln leiten lassen sollten und insofern auf Restriktionen unserer Investitionen im Ausland mit gleichen Restriktionen antworten können, damit wir hier ein faires Spielfeld haben, ohne von vornherein in eine Richtung der Protektion zu gehen.

Liadh Ní Riada, *thar ceann an Ghrúpa GUE/NGL*. – A Uachtarán, mar thoradh ar Bhreatamach, is léir go bhfuil tréimhse neamhchinnteachta maidir leis an ngeilleagar i ngach Ballstát os ár gcomhair amach.

Tá sé rithabhachtach dúinn ar fad a chinntiú go bhfuil cobhsaíocht neartaithe maidir leis an ngeilleagar go háirithe sa mheántearma. Cé nach mbeinnse ná mo pháirtí sásta, bearta eacnamaíochta cosantach a chur chun cinn, tá sé tábhachtach go mbeadh grinnscrúdú fairsing deánta ar aon mholadh chun infheistíocht eachtrach a chur i gcrích. Caithfidh sé bheith mar aidhm na hinfeistíochtaí seo a bheith réadúil le buntaistí tugtha don earnáil phoiblí agus nach mbeadh stát coigríche ábalta a straitéisí cosantacha a chur i bhfeidhm anseo.

Caithfidh tionscail straitéiseacha, cumhacht an eolais agus leibhéil oideachais fhorbartha fanacht faoi smacht na mBallstát. Caithfidh siad fanacht faoi smacht na mBallstát tríd an earnáil straitéiseach atá ann faoi láthair chun cinntiú a dhéanamh ar fhorbairt teicneolaíochta, fás inár ngeilleagair agus, mar thoradh air sin, níos mó poist mhaithe a chruthú.

Reinhard Bütikofer, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Frau Präsidentin, liebe Kollegen! Lassen Sie mich mit den Tatsachen anfangen. Tatsache ist, dass ausländische Staatskonzerne in strategisch interessanten Branchen hier in Europa investieren, weil sie zu Hause in einem Maß mit Subventionen gefüttert werden, die hier in Europa für europäische Unternehmen illegal sind. Tatsache ist, dass unsere offenen Investitionslandschaften von Ländern genutzt werden, die zu Hause bestimmte Märkte gegen europäische Investitionen immer mehr abschotten. Tatsache ist, dass wir nicht genau genug hinsehen, wenn Kronjuwelen europäischer Hightech-Entwicklung aufgekauft werden, die mit Forschungsgeldern aus Steuermitteln entwickelt wurden, und Tatsache ist, dass viele dieser Investitionen viel weniger ökonomisch sind als vielmehr geostrategisch.

Deswegen brauchen wir eine strategische Industriepolitik Europas, die sagt: Wir wollen die europäische Industrie schützen, ohne Protektionismus zu betreiben. Und dazu brauchen wir einen Plan der Kommission bis zum Ende dieses Jahres. Herr Moscovici, es reicht nicht, wenn Sie bereit sind zu diskutieren – Sie müssen bereit sein zu handeln!

Bruno Gollnisch (NI). – Madame la Présidente, l'Europe est devenue un vaste supermarché de l'investissement, où nos entreprises, les stratégies et les autres, sont en libre-service pour des intérêts prédateurs étrangers.

À la demande de certains États membres, la Commission prépare des mesures permettant de contrôler ces investissements, éventuellement de les bloquer en invoquant la sécurité économique ou l'atteinte à la prospérité économique.

Il n'est malheureusement pas sûr que les traités lui permettent de le faire, puisqu'ils laissent aux États, heureusement, la définition et la défense de leurs intérêts essentiels.

D'ailleurs, à supposer qu'on puisse définir ces notions au niveau européen, faut-il confier à la Commission la surveillance de ces investissements, elle qui est incapable, notamment vis-à-vis de la Chine, de garantir la réciprocité, de dénoncer la concurrence déloyale des entreprises ultrasubventionnées ou même de prendre rapidement des mesures fortes de protection commerciale?

Je n'ai pas plus confiance, il faut le dire et le reconnaître, dans mon pays, où M. Macron réclame de nouvelles compétences, mais quand il était ministre de l'économie, il n'a jamais utilisé les possibilités du décret Montebourg. Il a laissé General Electric s'emparer d'Alstom et le finlandais Nokia, d'Alcatel-Lucent.

Tokia Saïfi (PPE). – Madame la Présidente, Madame la Ministre, Monsieur le Commissaire, les investissements étrangers contribuent à notre croissance et nous devons continuer à les attirer. Mais, à l'inverse, dans certains pays tiers, nos entrepreneurs se heurtent régulièrement à des obstacles qui les empêchent de se développer. C'est pourquoi il est crucial que la réciprocité devienne enfin le pivot de la politique d'investissement de l'Union européenne. Nous devons obtenir de nos partenaires étrangers qu'ils nous ouvrent, eux aussi et à niveau égal, leur marché.

Enfin, nous devons surtout répondre à une situation préoccupante: certains investisseurs étrangers peuvent, en accédant au marché européen, prendre le contrôle de secteurs stratégiques, notamment la sécurité ou l'énergie. L'Europe doit rapidement se doter d'outils efficaces afin de pouvoir contrôler ce type d'investissement. C'est le respect de règles équitables par tous qui permettra un commerce juste et loyal.

Par conséquent, nous appelons la Commission à agir et à faire une proposition rapidement.

Emmanuel Maurel (S&D). – Madame la Présidente, ce débat est absolument fondamental, et nous sommes obligés, comme cela vient d'être fait à l'instant, de partir d'exemples concrets.

Concrètement, en quatre ans, les investissements chinois en Europe ont été multipliés par cinq et, dans le même temps, les autorités chinoises imposent des conditions de plus en plus strictes pour empêcher les opérateurs européens de s'implanter sur leur marché. Oui, évidemment, il y a un problème de réciprocité et des risques majeurs pour l'Europe, parce que nos secteurs stratégiques, comme la robotique, la défense, les hautes technologies et le secteur aéroportuaire, sont visés. Le risque, ce sont des transferts de technologies vers un État étranger qui, à terme, menace évidemment nos intérêts européens.

Certains États membres ont pris des dispositions. Je pense notamment à la France, mais je suis d'avis que toute l'Union européenne aurait intérêt à le faire, d'autant plus que, dans ce domaine des investissements étrangers, comme d'ailleurs dans le domaine de l'accès aux marchés publics, les autres États industrialisés, eux, se défendent.

Regardez ce que fait le Canada, ce que fait le Japon, ce que font les États-Unis, ce que fait l'Australie. Bref, nous ne pouvons pas rester les bras ballants à expliquer que tous les investisseurs sont les bienvenus, sans jamais défendre nos entreprises et nos États membres.

Je vous rappelle tout de même que l'administration Obama avait décidé arbitrairement, et sans possibilité de recours judiciaire, de rejeter tous les projets d'investissements étrangers qui étaient jugés contraires aux intérêts américains.

Je pense que l'Europe doit agir et s'inspirer de ces politiques de fermeté aussi bien sur les marchés publics que sur les investissements étrangers. En conséquence, j'appelle la Commission à agir.

Andreas Schwab (PPE). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal freue ich mich, dass wir heute Abend die Gelegenheit haben, über dieses Thema zu sprechen, und ich bin dem Kollegen Caspary und den anderen Kollegen außerordentlich dankbar, dass wir die Initiative ergriffen haben, hier im Plenum mit der Kommission über dieses wichtige Thema zu sprechen.

Ich glaube, zunächst einmal darauf hinweisen zu müssen, dass das Thema weit über China hinausgeht. Es ist eine Grundsatzfrage, wie es uns auf Dauer gelingt, unsere Unternehmen im europäischen Binnenmarkt tatsächlich einheitlich in eine Situation zu bringen, dass Investitionen in diesem Binnenmarkt den gleichen Regeln folgen müssen, wie wir sie heute schon innerhalb der Europäischen Union über das europäische Beihilferecht, über das europäische Wettbewerbsrecht und über viele andere Regeln haben. Wir schaffen momentan eine ungleiche Wettbewerbssituation für Unternehmen aus Europa, die Unternehmen aus Europa kaufen wollen, im Verhältnis zu Unternehmen von außerhalb. Das kann nicht in unserem Interesse liegen.

Wir wollen dafür sorgen, dass der Binnenmarkt zusammenwächst, dass sich Unternehmen in Europa verbünden, um auf globaler Ebene miteinander wettbewerbsfähig zu sein, und nicht Dritte von außen schwierige Entscheidungen gegen unsere Interessen treffen. Die Frage bleibt allerdings: Kann die Kommission tatsächlich in kommender Zeit mit einer Definition dessen kommen, was wir so landläufig als „europäische Kronjuwelen“ definieren, ohne genau zu wissen, was damit gemeint ist? Denn häufig ist es eben so, dass das eine Land eine Kronjuwelle ganz anders definiert als ein anderes. Das wird nicht gelingen, wenn wir einen einheitlichen europäischen Ansatz haben wollen. Und das ist das, was wir brauchen. Deswegen bitte ich Sie, lieber Herr Kommissar, dass die Kommission tatsächlich mit konkreten Vorschlägen um die Ecke kommt.

Interventions à la demande

Franck Proust (PPE). – Madame la Présidence, les investissements de nos entreprises peuvent-ils être stratégiques? Bien sûr.

Les investissements étrangers en Europe peuvent-ils être stratégiques? Bien sûr.

Y a-t-il aujourd'hui une menace pour notre savoir-faire industriel due au rachat des entreprises stratégiques européennes? Bien sûr.

Le manque de réciprocité dans les investissements crée-t-il une distorsion de concurrence? Bien sûr.

Certains États membres, comme la France, se protègent-ils d'investissements qu'ils considèrent comme hostiles? Bien sûr.

Court-on un risque de ne pas avoir le même niveau de protection s'il n'y a pas de coordination entre les États membres? Bien sûr.

Vous le voyez, Monsieur le Commissaire, je n'ai pas besoin de vous poser la question de savoir s'il est nécessaire que la Commission se saisisse de la coordination et de la protection de nos entreprises face à des investissements étrangers hostiles. Bien sûr qu'il le faut, et le temps presse car nous ne sommes plus dans la phase d'anticipation, nous sommes déjà en train d'en subir les conséquences.

(Fin des interventions à la demande)

Pierre Moscovici, membre de la Commission. – Madame la Présidente, Mesdames et Messieurs les députés, je crois qu'il s'agit avant tout d'un premier échange tout à fait constructif sur cette question absolument décisive.

Il faudra apporter des réponses précises aux questions des uns et des autres, notamment dans le cadre de la commission du commerce international (INTA).

L'Union européenne a besoin de politiques qui nous permettent de mesurer ce que la mondialisation a de positif et de moins positif, et de répondre ainsi aux préoccupations de nos concitoyens.

La Commission analyse les défis qui sont liés aux acquisitions, par des entreprises étrangères, d'entreprises européennes, elles-mêmes opérant dans des secteurs stratégiques liés à des considérations de politique industrielle. Nous devons aussi être particulièrement vigilants quand cela émane de pays qui appliquent des restrictions aux investissements directs – c'est le principe de réciprocité – et quand il n'y a justement pas de conditions de concurrence équitables pour nos propres investisseurs.

Je voudrais vous assurer que toutes les préoccupations liées à de tels investissements seront scrupuleusement et soigneusement analysées et que nous allons examiner avec vous la définition de tous les instruments possibles pour remédier à ces situations.

La Commission est, bien sûr, prête à travailler étroitement avec le Parlement et avec les autres institutions pour développer et mettre en œuvre les politiques qui permettront de faire face à tous les risques qui peuvent affecter la durabilité et la prospérité dans l'Union. Nous devons être un espace ouvert, bien sûr, mais sans naïveté et avec le souci de la réciprocité.

Helena Dalli, *President-in-Office of the Council*. – Madam President, it has been a pleasure to participate in this plenary debate regarding the formulation of an EU approach on foreign investments in strategic sectors-a topic which will be of growing relevance in the coming months.

It is vital to regularly reassess whether we have all the tools to respond to the changing landscape of globalisation. In this context, the EPP proposal and a letter by the three Member States are an important contribution to the discussion. The Council is of course prepared to act once a proposal has been tabled by the Commission.

La Présidente. – Le débat est clos.

19. Kinderarmut (Aussprache)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le débat sur les déclarations du Conseil et de la Commission sur la pauvreté des enfants (2017/2731(RSP)).

Helena Dalli, *President-in-Office of the Council*. – Madam President, I would like to thank Members for the opportunity to speak on the topic of child poverty. It is a very wide-ranging issue that must remain on our European agenda. The challenges are common to all Member States. However, their extent, dimension and context differ from one Member State to another. This is why the actions to be taken at national and local level vary accordingly.

The most recent Eurostat data from 2015 speaks for itself. Children are most disproportionately affected by poverty. They are the age group at the highest risk of poverty or social exclusion. An estimated 27% of children in the EU 28 are concerned, as compared to about 25% of adults and around 17% of the elderly. The causes of child poverty are diverse and often multiple. The five main factors are: type of household, monetary poverty, the level of education, a migrant background, and living conditions.

But, despite Member States' commitment to the Europe 2020 poverty reduction target and despite steps being taken to fulfil this target, two further drivers have triggered a general increase in poverty and social exclusion. I am referring to the economic crisis and the phenomenon of inherited poverty. Therefore the fight against child poverty needs to be tackled in its largest possible scope. This means combating exclusion and fighting inequalities in the spirit of the EU Charter of Fundamental Rights.

What measures have been, and should be, taken? Let me first state what is self-evident: no child deserves to be left behind. In our actions we should be led by the overarching concept of investing in children. Our responses need to be multidimensional.

In December 2015, this House adopted the written declaration on investing in children and, in February 2016, you followed up on this initiative with a stocktaking exercise. In this context, the Council adopted a set of conclusions on an integrated approach for combating poverty and social exclusion including child poverty. Furthermore, the new Commission initiative on the European Pillar of Social Rights encourages us to further reflect on the provision which sets out a right for children to be protected from poverty.

These issues are very much on the agenda in the Council and will be discussed tomorrow in the Council's Youth Working Party. The Council is also looking forward to the launch and implementation of a preparatory action on a child guarantee as announced in the Social Pillar framework. In this context, I would like to thank Parliament for its continuous commitment to maintaining the issue of child poverty on the agenda.

Pierre Moscovici, *Member of the Commission*. – Madam President, I share your concerns about child poverty, even though since 2010 the proportion of children at risk of poverty or social exclusion in the EU has decreased slightly from 27.5% in 2010 to 26.9% in 2015. However these figures remain worrying, I would say, unacceptable.

That means that more than a quarter of all children in the EU, around 25 million, are growing up in a household which either earns less than 60% of the median income, suffers from material deprivation or is a quasi-jobless household. Child poverty is a multi-faceted issue that demands an integrated and, to the extent possible, preventive approach looking at both the employment situation of the household and the rights of the child.

As you know, fighting child poverty is primarily the responsibility of the Member States. However, the Commission and my colleague Marianne Thyssen support their efforts through all the instruments that are at our disposal.

First, policy guidance, including through the European Semester's country-specific recommendations, and second, our EU financial instruments; the European Social Fund (ESF), the European Regional Development Fund (ERDF), and the Fund for European Aid to the Most Deprived (FEAD).

Of the latter, the funding possibilities for children in the existing EU financial instruments have been significantly strengthened. For the current programming period, approximately EUR 21.2 billion of the total ESF allocation was earmarked for social inclusion measures, of which EUR 3.9 billion has been set aside for access to services, including childcare and EUR 8 billion was earmarked for measures to prevent early school leaving.

Moreover, around EUR 11 billion of ERDF funding is planned for measures promoting social inclusion and combating poverty, while around EUR 6 billion are planned for investment in educational infrastructure. The EU funds are also supporting healthy nutrition for children with the EU School Fruit Scheme: EUR 150 million to ensure the distribution of fruits and vegetables in schools in 2015 and 2016.

All these financial interventions are extremely important for preventing and breaking inter-generational transmission of poverty and social inclusion, which is of course the major factor.

Moreover, the newly adopted European Pillar of Social Rights puts children at the forefront of social Europe. It acknowledges the need to improve children's life chances and to enhance children's rights in the European Union. Principle 11 of the Pillar recalls that children have the right to protection from poverty and that children from disadvantaged backgrounds have the right to specific measures to enhance equal opportunities. It also recognises that children have the right to affordable early childhood education and care of good quality.

The Commission trusts that Parliament will join together with the Council in the proclamation of the Pillar by the end of this year. This builds upon many of the policy instruments' elements contained in the 2013 'Recommendation on investing in children: breaking the cycle of disadvantage', in particular those on parents' access to adequate resources, activation and quality services

On 26 April the Commission published a Staff Working Document to take stock of the progress achieved by Member States in implementing this Recommendation. The experiences collected throughout the last four years show the areas in which good progress has been made and those where there is still room for improvement. Therefore, it should provide a useful guidance for further action at local, national and EU level in the field.

Moreover, underpinning the relevant principles of the Pillar, the Commission has adopted an initiative on work-life balance, which should contribute to a larger and fairer participation of women in the labour market, which is also a key factor since, ultimately, the employment status of parents is one of the key determinants of child poverty. This initiative will continue to reduce the number of children who live in households at risk of poverty.

One last word about the preparatory action for a child guarantee proposed by this Parliament. We will launch a study that should initially analyse the possibilities of such an action to improve the situation of particularly vulnerable children in the European Union, i.e. children in institutions, children left behind by parents working in another EU country, disabled children and children of migrants and refugees.

Let me once again assure you in conclusion that this Commission is committed to addressing child poverty across the EU by restoring economic growth and upward social convergence, fostering job creation and ensuring social fairness. For the 40% of children in some of our Member States that live in households at risk of poverty, we need to come with effective solutions to foster employment of their parents and to ensure their full participation in society. Child poverty and social exclusion not only have a negative imprint on a child's future but are also a huge waste of potential that our ageing societies cannot afford. We must on the contrary build on our children.

Claude Rolin, *au nom du groupe PPE*. – Madame la Présidente, tous les rapports le montrent, depuis 2008, le niveau de pauvreté infantile augmente dans une bonne partie des États membres.

Dans mon pays, la Belgique, qui est loin d'être le plus touché, ce sont effectivement 25 % des jeunes qui sont au bord de la pauvreté. C'est inacceptable. Il n'est pas possible, en plus, d'isoler les situations de pauvreté infantile du niveau plus global de pauvreté.

La lutte contre la pauvreté doit être et doit rester une priorité de l'Union européenne.

Cette pauvreté qui touche les enfants est d'autant plus inacceptable qu'elle va les frapper durablement.

Les répercussions sont dramatiques sur les plans de la santé, de l'éducation, de l'insertion, elles vont marquer l'enfant et l'inscrire dans un parcours qui va le handicaper durant toute sa vie d'adulte.

Combattre la pauvreté infantile, intervenir rapidement pour casser cette spirale négative, c'est permettre d'éviter, plus tard, de devoir consacrer des moyens importants à des politiques d'insertions, mais c'est surtout permettre à chaque être humain de vivre dans la dignité, cette dignité qui doit être celle de notre société toute entière.

Vilija Blinkevičiūtė, *S&D frakcijos vardu*. –Ir šiandien tikrai neatsitiktinai vaikų skurdo klausimas yra mūsų plenarinio posėdžio darbotvarkėje. Klausiausi įdėmiai ir ponios pirmininkaujančios valstybės atstovės, ir komisaro P. Moscovici, ir iš tikrųjų iš jūsų kalbų supratau, kad tiek Taryba, tiek Komisija puikiai suvokia, kad vaikų skurdas Europos Sąjungos valstybėse yra didžiulė problema – 27 proc. vaikų skursta Europos Sąjungos valstybėse. Ir ką mes galim pasakyti, ką mes padarėm? Ar situacija gerėja? Ne, situacija negerėja. Vadinasi tos priemonės, kurias naudoja valstybės narės, tos priemonės, kurios yra europinio lygmens, yra nepakankamos.

Mūsų S&D frakcija ne kartą ragino Komisiją pateikti europinę vaikų garantiją ir tai tikrai būtų konkreti priemonė su konkrečiu finansavimu. Taip, yra daug europinių fondų, galima vardinti milijonus, tačiau ar jie pasiekia vaikus? Ar nuo to padėtis pasikeitė? Ne, situacija iš tikrųjų nepasikeitė, ji netgi blogėja. Vadinasi, aš tikrai labai sveikinu, kad pirmininkaujančios Maltos atstovė pasakė, kad socialinių teisių ramsty yra paminėta vaikų garantija, europinė vaikų garantija. Tai gal Komisija iš tikrųjų pateiks konkretų siūlymą? Kad vaikai turėtų tiesioginę prieigą prie sveikatos priežiūros, tinkamą būstą, tinkamą maitinimą, švietimą tinkamą. Nes pažiūrėkit, mes turime jau europinę jaunimo garantiją, bet argi tai ne tas pats užburtas ratas? Mums gi neužtenka pradėti investuoti vėlesniu laiku. Mes turime investuoti jau nuo pat pradžių į vaikus, kad jie negyventų, neatsidurtų tame užburtame skurdo rate.

Aš labai prašau iš visos širdies, žmonės pavargo nuo kalbų, mums reikia veiksmų, reikia europinės vaikų garantijos.

Jadwiga Wiśniewska, *w imieniu grupy ECR*. – Pani Przewodnicząca! Według Eurostatu w 2015 roku w Unii Europejskiej ponad jedna czwarta dzieci była zagrożona ubóstwem bądź wykluczeniem społecznym. Najtrudniejsza sytuacja występuje w rodzinach niepełnych, w których prawie połowa dzieci narażona jest na ubóstwo; bardzo trudna jest także sytuacja w rodzinach wielodzietnych. Dane te jasno wskazują, że osłabienie instytucji rodziny odbija się szczególnie negatywnie na sytuacji materialnej dzieci. Dlatego priorytetem naszych działań powinno być wzmocnienie rodziny. Doświadczenie mojej ojczyzny, Polski pokazuje, że inwestycje w rodzinę przynoszą wymierne korzyści. W 2016 roku uruchomiliśmy program Rodzina 500 plus, który objął 55 % dzieci. Dzięki temu programowi ubóstwo zmalało o 48 %, a ubóstwo skrajne wśród dzieci aż o 94 %. Zatem aby skutecznie niwelować biedę i wykluczenie społeczne wśród dzieci, konieczne jest wspieranie rodziny jak i adekwatna pomoc socjalna.

Enrique Calvet Chambon, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señora presidenta, como miembro del Grupo ALDE y como economista no me gusta mucho que se fraccione ni se fragmente la pobreza. Que si es energética, que si es rural, y la de los niños. Pero, dicho esto, y dicho que, probablemente, la gran mayoría de los niños pobres lo son porque están en una familia pobre, habrá que solucionar eso.

Sí es cierto que, como liberal y como ser humano, me fastidia mucho más la pobreza de los niños, en el sentido de que rompe definitivamente –decía Bernie Sanders «condena a una muerte por pobreza desde el inicio a los niños»– y sobre todo el principio fundamental de nuestras democracias liberales, que es la igualdad de oportunidades. Y, en ese sentido, sí que creo que hay que hacer un sobreesfuerzo para la tragedia de la pobreza infantil.

Y ese sobreesfuerzo se justifica tanto más como que hay que admitir que es un problema europeo y necesitado de impulso europeo y necesitado de solidaridad europea. Porque igual que hay distintas zonas bancarias con distintos niveles de crisis, o distintas zonas rurales, también la pobreza afecta a distintas zonas de Europa, pero al final es un problema europeo y una tragedia para Europa, inadmisible en una zona tan rica.

Por lo tanto, la Comisión tiene la facultad y el deber moral de organizar no solo *benchmarking* y hacer propuestas a los Estados miembros. No hablemos de principio de subsidiariedad. Hablemos de eficacia en conjunción con medidas concretas y asesoradas, para ver realmente los efectos en la reducción de la pobreza infantil.

João Pimenta Lopes, *em nome do Grupo GUE/NGL*. – Senhora Presidente, um recente estudo da Unicef afirmava que as desigualdades sociais se aprofundaram com a crise e com as políticas de austeridade e afetaram particularmente as crianças. Em 2015, na UE-28, 27 % das crianças e jovens, 25,3 milhões, vivem na pobreza. As políticas de austeridade da UE impuseram aos Estados-Membros cortes nos apoios e prestações sociais e nas prestações substitutivas de rendimentos do trabalho quando estes mais eram necessários. Políticas de direita e de austeridade que impuseram cortes na saúde, na educação e noutros serviços públicos, ao mesmo tempo que impuseram cortes em salários, desemprego, degradação das relações laborais, aumentando as desigualdades e a pobreza.

São as vossas políticas de exploração e de miséria que alimentam a realidade que não se pode hoje esconder em inúmeros países: milhares de crianças sinalizadas nas escolas com fome, necessidades básicas, como vestuário, habitação e cuidados de saúde por suprir, crianças vítimas do abandono e insucesso escolar, do trabalho infantil, da mendicidade, da prostituição juvenil, do abandono.

A pobreza infantil exige respostas multidimensionais, só possíveis no quadro de uma rutura com as políticas da União Europeia: entre outros, o aumento do emprego, o combate à precariedade, o aumento de salários e a redistribuição da riqueza, proteger rendimentos familiares, o reforço das funções sociais do Estado e das prestações sociais, a garantia de serviços públicos gratuitos e de qualidade, como a saúde, a educação, mas também redes públicas de creches e pré-escolares.

Jean Lambert, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, I would agree with much of what our colleague there has just said: that if we look at the UK, for example – and this is supposed to be one of the world's strongest economies at the moment – we have 30% of children classified as poor, and two-thirds of them are in working households. So there's something to be said about the wage level which is not actually allowing families to live and children to be properly cared for.

So when we're looking at the Commission's recommendation and the Council's buy-in, we know that they recognised – as Parliament does; we see it in our development aid policies – that those first thousand days of life are critical. And yet we look at some of the measures we take, and the Fundamental Rights Agency has reported more than once that the link between national child poverty rates, the country-specific recommendations formulated and the measures suggested in the national reform programmes are not always clear. So can we join up our thinking to make sure we have the effect that we want?

Laura Agea, a nome del gruppo EFDD. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, gli effetti della crisi economica che imperversa in Europa da dieci anni hanno una vittima silenziosa: i bambini. Vittime innocenti crescono in contesti di emarginazione, in famiglie che non hanno i mezzi per soddisfare i loro bisogni essenziali, all'ombra di società dove i valori si sono capovolti e rovesciati e dove certi abomini vengono semplicemente classificati come danni collaterali.

Sono più di 20 milioni i bambini poveri di questa inerte Europa che, invece di occuparsi della loro felicità, soddisfa ben altri interessi. I bambini di oggi saranno gli adulti di domani, venduti in nome di politiche austere che li privano di sogni, speranze e prospettive. E mentre il nostro ruolo di voce degli ultimi si perde nel rumore del nulla, si spengono le loro risate. Ogni istante che perdiamo, ogni occasione che manchiamo per difenderli ci rende complici di aver derogato al nostro compito più importante, quello di prenderci cura dei nostri figli, non solo di quelli che ci aspettano a casa nel conforto di una vita sicura, ma molto di più di quelli per i quali la nostra azione può determinare la sopravvivenza o la condanna. Colleghi, ricordiamoci che il mondo cambia con il nostro esempio e con il nostro lavoro, non con le nostre chiacchiere, e forse sarebbe utile andare a scuola di povertà per contenere il disastro che la ricchezza sta producendo.

Michaela Šojdrová (PPE). – Jedna třetina dětí v Evropě je ohrožena chudobou. Jak vlastně vzniká dětská chudoba? Jsou to většinou chudé děti, které se stávají chudými rodiči, a tak tedy lékem proti této reprodukci chudoby je především dostupné a kvalitní vzdělání pro všechny děti a také podpora jejich rodin.

Jsou to členské státy, které se musí rozhodnout. My zde v EP je můžeme vyzvat a je také správně, že EU vyzývá členské státy, aby s chudobou dětí něco udělaly. Je v jejich zájmu, aby podpořily rodiny s dětmi, především zaměstnaností, růstem mezd, důstojným bydlením, daňovým zvýhodněním a oceněním rodičů, kteří se o děti starají.

Kolegyně a kolegové, nezapomínejme, že není jen chudoba materiální, ale je také chudoba citová. Zním děti, které jsou chudé, ale jsou šťastné u svých rodičů, kteří se o ně láskyplně starají. Zním děti, které navzdory svému bohatství jsou nešťastné a neúspěšné. Bez láskyplné a moudré výchovy rodičů se děti šťastnými nestanou.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D). – Señora presidenta, es una experiencia personal. Yo soy concejal de mi ayuntamiento y hace unos años visitábamos las casas de algunos vecinos. Llamamos a una puerta y nos abrió una madre que tenía dos hijos de cinco y siete años. El más pequeño, cuando vio una barra de pan que llevaba la concejal que me acompañaba, se abalanzó a coger la barra de pan porque llevaba varios días comiendo solo agua y azúcar. La madre, llorando, nos preguntó: ¿Qué clase de Estado garantiza un pupitre en una escuela para mi hijo y no garantiza una barra de pan? Y tiene razón.

Yo creo que tenemos que tener claro que la sociedad decente que hemos construido en Europa con el Estado del bienestar tiene que garantizar lo más básico, y lo más básico no se garantiza haciendo denuncias, como la que estamos realizando hoy, se hace con políticas. Creemos en las políticas.

Y, por lo tanto, a la Comisión Europea yo lo que le pido es que, para combatir la pobreza infantil, apueste y apoye una directiva sobre rentas mínimas para que los Estados miembros se vean en la obligación de poner dinero público para que las familias con necesidades básicas puedan satisfacer las de sus hijos y acabar, de una vez por todas, con algo que no nos define como sociedad.

Margot Parker (EFDD). – Madam President, according to statistics released in March 2017, child poverty in the UK has risen by over 400 000 since the Conservatives took power. Twenty-nine per cent of children in my own constituency of the East Midlands live under these conditions. The situation is similar throughout Europe, and indeed is even worse in many places.

What are we doing? How can any child in Europe be left behind so badly? For all the hot air of politicians throughout this continent and all the failed policies, we continue to fail our young people. It is simply not good enough. GDP growth and statistics mean nothing if children have nothing on the dinner table. We cannot go on like this, and we must ensure real change before we fail an entire generation.

Elena Gentile (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, l'Europa, così come continuiamo ad immaginarla, non può non farsi carico del capitale umano più prezioso, i nostri bambini, infatti. I numeri sono drammaticamente veri. Ma quali e quante facce ha la povertà? Garantire la ricchezza di opportunità significa offrire strumenti utili per sconfiggerla. Non basta rifugiarsi dentro la comoda lettura delle responsabilità legate alla crisi e alle sue ricadute, in particolare alla contrazione della spesa pubblica e alla crisi del lavoro, in un tempo in cui le paure spengono speranze e cancellano il futuro.

È questo il tempo in cui la politica deve assumersi tutta intera la responsabilità di restituire opportunità. Servono risorse, certo, ma queste devono essere orientate alla promozione di un nuovo sentimento di comunità, di coesione sociale. Insomma, investire avendo chiara l'idea di promuovere un modello di comunità educante, che leghi la filiera pubblica agli attori del territorio per ripensare i luoghi della vita e i modelli educativi e formativi e per rispondere alla domanda di accessibilità e di opportunità di una nuova agenda dei diritti.

Julie Ward (S&D). – Madam President, the Commission has already acknowledged that austerity has increased inequalities, social injustice and poverty in Europe. Children are among the most impacted and remain the group at the highest risk of poverty and social exclusion. We need, therefore, to have decisive political action so as not to exclude a great part of the next generation.

As a member of the Intergroup on Children's Rights, I am proud that my political group is pushing hard for the creation of a child guarantee, in line with the Investing in Children Recommendations, ensuring that every child in Europe at risk of poverty – including refugees – has access to free healthcare, free education, free childcare, decent housing and adequate nutrition.

Children must also play a role in decision-making that concerns them, and the Children's Commission on Poverty in the UK involves young people investigating peer poverty and making concrete policy recommendations at all levels. The NUJ and the Church Action on Poverty have also worked with young people to produce excellent guidelines, which will end the demonisation of the poor by the right-wing media.

Interventions à la demande

José Inácio Faria (PPE). – Senhora Presidente, caros Colegas, a recente crise económica e a consequente austeridade penalizaram as famílias com filhos, em especial as mais numerosas, as monoparentais e as dos imigrantes, e atingiram em cheio as crianças. Entre 2008 e 2014, a pobreza infantil aumentou em dois terços dos países europeus, atingindo a mais alta taxa de pobreza de entre todos os grupos etários. Na União Europeia, uma em cada quatro crianças está em risco de pobreza ou de exclusão social.

No meu país, Portugal, em 2015, um ano após o fim do programa de assistência económica e financeira, 536 mil crianças, quase 30 %, corriam esse risco. Estas crianças que crescem na pobreza e em condições de exclusão social são crianças amputadas nos seus direitos. Têm menos probabilidade de ter sucesso escolar, de gozar de boas condições de saúde ou de conseguir um posto trabalho em adultas, perpetuando, assim, um ciclo de exclusão social através de gerações e tornando a pobreza um problema estrutural.

Se a Estratégia Europa 2020 visa retirar pelo menos 20 milhões de pessoas da situação de pobreza de risco, a luta contra a pobreza infantil deve ser a prioridade número 1 de todas as políticas sociais europeias. Ontem celebrámos nesta Casa os 30 anos do sucesso da geração...

(A Presidente retira a palavra ao orador)

Caterina Chinnici (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, povertà ed esclusione sociale sono due parole che vanno pronunciate insieme. La prolungata recessione ha ampliato il numero delle famiglie che versano in condizioni di povertà ed ha aumentato la forbice delle disuguaglianze nella nostra società. A soffrire delle condizioni di povertà sono soprattutto i bambini.

Nel 2015 in più di 400 deputati abbiamo firmato la dichiarazione scritta «Investing in Children» nella quale, tra le altre cose, chiedevamo l'inclusione di un indicatore specifico e vincolante sul numero di bambini a rischio di povertà o di esclusione sociale e sottolineavamo l'esigenza di investire a livello europeo sull'infanzia e non solo in termini economici, ma anche attraverso l'accesso alle cure e la partecipazione alla vita sociale e l'educazione, per offrire a tutti i minori, in tutti i paesi, le stesse opportunità.

Ora più che mai serve una dimensione sociale dell'Europa. Dal nuovo pilastro sociale, signor Commissario, ci attendiamo molto per superare le disuguaglianze e per assicurare condizioni di vita dignitose a tutti i bambini.

Arne Gericke (ECR). – Frau Präsidentin! Kinderarmut ist Elternarmut. Kinder sind die Zukunft der Gesellschaft. Doch während die Rente vergesellschaftet wurde, werden die Kosten der Kindererziehung weitgehend nur von den Eltern getragen. Dadurch entstehen den Eltern Nachteile von der Zeit der Kindererziehung bis in das Rentenalter, vor allen Dingen Müttern. Kindererziehung und Kinderbetreuung, das ist Familienarbeit – Arbeit, die der Arbeit im Berufsleben gleichzusetzen ist. Zahlung eines steuer- und sozialversicherungspflichtigen Erziehungsgehalts ist die Lösung.

Wir brauchen nicht nur eine Rentenkasse, wir brauchen auch eine Familienkasse, wo das Geld prozentual auf das Gehalt belastet wird. Die Höhe des Erziehungsgehalts richtete sich in 28 Ländern an Gehältern für Krippe und Kindergarten und Kinderheimen als Empfehlung. Dadurch hätten wir mehr Kinder, Frauen und Alleinerziehende sind finanziell abgesichert, kein Kind in Armut, Sozialsysteme bleiben finanzierbar, und wir hätten keine Abtreibung aus sozialen Gründen.

Malta, ich wünsche nochmal einen Sprung nach vorne gegen Elternarmut.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL). – Señora presidenta, los niños y las niñas tienen derecho a la protección contra la pobreza infantil, según el pilar social europeo. Un derecho fundamental, cuando uno de cada cuatro niños europeos y uno de cada tres niños españoles viven por debajo del umbral de la pobreza.

La pobreza infantil se debe a los insuficientes ingresos de los padres, a la precariedad, el desempleo y la falta de cobertura de la protección social. Por tanto, luchar contra la pobreza infantil es luchar contra la desigualdad social.

La Carta Social Europea nos indica qué estándares sociales mínimos son necesarios. Un SMI al 60 % del salario mediano y una renta garantizada al 60 % del ingreso mediano para niños y adultos con rentas inferiores. Asuntos que deben desarrollarse mediante instrumentos legislativos como una directiva marco. No bastan recomendaciones hipócritas en instrumentos como el Semestre Europeo, pues es incompatible fortalecer la protección social y exigir, al mismo tiempo, recortes en el gasto público.

Hagan una apuesta bastante más ambiciosa que la que han hecho hasta el momento.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, σύμφωνα με έκθεση της UNICEF, μέχρι το 2030, 167 εκατομμύρια παιδιά θα ζουν στη φτώχεια. Δυστυχώς, αυτή η απαράδεκτη κατάσταση ισχύει και για τα παιδιά της Ελλάδος, η οποία έχει καταστραφεί οικονομικά από τα μνημόνια που της έχουν επιβληθεί. Το 25% του εργατικού δυναμικού της χώρας είναι άνεργο, με αποτέλεσμα 686.000 παιδιά να υποσιτίζονται και να αντιμετωπίζουν ακόμη και τον θάνατο από ασιτία. Αυτό, όπως αντιλαμβάνεστε, είναι απαράδεκτο. Ευτυχώς, οι δεσμοί της οικογένειας στην Ελλάδα είναι ακόμη ισχυροί και έτσι αντιμετωπίζεται μερικώς αυτή κατάσταση με την πενιχρή σύνταξη του παππού και της γιαγιάς. Όμως, οι ανάλητοι δανειστές, μεταξύ των οποίων είναι και η Ευρωπαϊκή Ένωση, επιβάλλουν μείωση και αυτών των χαμηλών συντάξεων. Έτσι, μία γενιά νέων παιδιών στην Ελλάδα απειλείται με γενοκτονία. Ο ηγετικός κύκλος της Ευρωπαϊκής Ένωσης πρέπει πάραυτα να σταματήσει αυτήν την απαράδεκτη κατάσταση και να πάψει να χύνει υποκριτικά δάκρυα για τη φτώχεια των παιδιών ανά τον κόσμο.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospođo predsjednice, djeca su jedna od onih ranjivih skupina o kojima zrelo društvo mora posebno brinuti. Prema podacima Eurostata iz prosinca 2016. svako je četvrto dijete izloženo riziku od siromaštva ili društvene marginalizacije. Istraživanje dječjeg siromaštva i strategija nošenja sa siromaštvom kućanstava u Hrvatskoj pokazuje da je stopa relativnog siromaštva djece u našoj zemlji za oko 7 % veća od prosjeka Europske unije.

Podaci su alarmantni, ali ne smijemo dozvoliti da nas upute tek na donošenje novih skupih socijalnih politika, već se primarno moramo pobrinuti za to da stvorimo preduvjete za zapošljavanje i otvaranje dobro plaćenih radnih mjesta, kako bismo ostvarili veću zaposlenost roditelja i rast njihovih plaća. To je nemoguće uz veliki porezni pritisak koji je potreban da bi se financirale skupe socijalne politike i zato moramo paziti da ne upadnemo u tu klopku. Djeca mogu dostojanstveno živjeti samo ako roditelji ostvaruju pristojne prihode od svoga rada.

Romana Tomc (PPE). – Revščina nasploh je v današnji razviti Evropi nesprejemljiva, seveda pa je še toliko manj sprejemljiva revščina otrok.

Čprav se gospodarske razmere izboljšujejo, je pa očitno, da naša prizadevanja za zmanjšanje revščine ne dajejo rezultatov oziroma jih dajejo zelo počasi. Zato bi se morali vprašati, kaj vendarle delamo narobe.

Prav gotovo so socialni transferji, ki jih dajemo na ravni Evrope ali pa vsaka posamezna država članica, pomembni, vendar denar ni vse. Izobraževanje pa je zanesljivo eden izmed tistih dejavnikov, ki daje zelo dobro osnovo za to, da se otroci, ki izhajajo iz revnih družin, izvijejo iz tega primeža revščine.

Zato se mi zdi zelo pomembno, da več pozornosti namenimo temu, da imajo vsi otroci enako možnost obiskovati šole in na ta način povečati svoje možnosti za boljše ekonomsko in bolj neodvisno življenje.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, milioni di bambini nel mondo sono privati della propria infanzia e del loro diritto di crescere, imparare e giocare. Secondo un recente rapporto di *Save the Children*, più di 16 000 minori sotto i cinque anni muoiono ogni giorno per malattie facilmente curabili, 156 milioni di bambini soffrono di problemi legati alla crescita a causa della malnutrizione, 168 milioni sono coinvolti nel lavoro minorile e 28 milioni fuggono da guerre e persecuzioni. Sono dati ingiustificabili.

Anche in Europa sono ancora tantissimi i bambini a rischio povertà o esclusione sociale. La percentuale di minori che non può permettersi di mangiare carne o pesce per due giorni consecutivi è drammaticamente raddoppiata dal 2008. L'Europa e gli Stati membri devono impegnarsi concretamente per contrastare la povertà infantile, aumentando l'efficacia del sostegno sociale. I bambini di oggi sono gli uomini di domani. Einstein, che di progresso se ne intendeva, diceva: non c'è, a questo mondo, grande scoperta o progresso che tenga, fintanto che ci sarà anche un solo bambino triste.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, the European Union is all about peace and prosperity, and we have thankfully had peace on the continent for 60 years now. Prosperity has come in fits and starts: the recession obviously meant that an awful lot of people went below the poverty threshold. It is very sad for that to happen, especially in relation to young people.

As has been pointed out, the consequences of child poverty is that a child does not get the opportunity to reach their potential. All of us here have had the opportunity to reach our potential; many, many children in Europe, and indeed across the world, do not have that opportunity. So it is incumbent on us – and it is good that we are debating this tonight – to ensure that we can do whatever we can to give them that opportunity. Maybe, in 30 years' time, when we have another display out here on Erasmus, many of the children who are in poverty now might be lifted out of it and benefit from the Erasmus programme as well.

Olga Sehnalová (S&D). – Nejvíce ohrožení chudobou jsou bohužel ti, kteří své postavení mohou nejméně ovlivnit – děti a mládež. Pokud se dítě narodí do prostředí, kde mnohdy nemá ani základní podmínky k žití, natož k učení, bude mít mnohem těžší dosahovat lepších výsledků ve škole, pokračovat ve studiu a snad získat i lépe placené zaměstnání.

Právě vzdělání rodičů a jejich situace na trhu práce přitom patří mezi hlavní příčiny dětské chudoby. Výsledkem je začarovaný kruh, kde se chudoba bohužel dědí a je velmi těžké se z ní vymanit. Neměli bychom proto přijímat jen opatření na omezení chudoby dětí, ale zaměřit se i na situaci jejich rodičů. Je velmi důležité podporovat vzdělání dětí, stejně důležité je ale podporovat i zaměstnávání jejich rodičů, dodávám, za důstojné mzdy.

Existuje mnoho rodin, kdy pád do chudoby může způsobit jenom jeden nečekaný větší rodinný výdaj. Zlepšení životních podmínek celých rodin tak může počet dětí ohrožených chudobou snížit.

(Fin des interventions à la demande)

Pierre Moscovici, *membre de la Commission*. – Madame la Présidente, Mesdames et Messieurs les députés, comme je l'ai dit dans mon intervention initiale, la pauvreté des enfants est un phénomène qui a des causes multiples que la Commission et les États membres s'efforcent de traiter.

Nous avons, je le crois, les instruments et les outils financiers adéquats au niveau européen et notre responsabilité, c'est d'agir ensemble aux niveaux local, régional, national et, bien sûr, européen.

J'ai évoqué, tout à l'heure, le socle des droits sociaux européens. Il y a une ambition qui prouve que cette Commission met l'avenir des enfants au cœur de ses priorités. J'ai entendu vos préoccupations. J'ai aussi entendu une sensibilité partagée sur tous les rangs de cette assemblée, et je peux vous assurer que nous prenons tout ce qui a été dit ici au sérieux. J'ai dit que nous souhaitons nous préoccuper de l'avenir des enfants, et c'est pour une raison simple: c'est parce que les enfants sont, par définition, l'avenir de l'Europe et que nous ne pouvons pas, aujourd'hui moins que jamais, créer des discriminations ou laisser cela de côté.

Nous n'avons aucun droit à l'indifférence. Nous avons tous les devoirs de la mobilisation.

Helena Dalli, *President-in-Office of the Council*. – Madam President, let me just recall the conclusions adopted by the Council in March: reducing child poverty and breaking the cycle of poverty and social exclusion across generations require integrated strategies that combine prevention and support. These strategies should aim at supporting parents' access to the labour market and enhancing preventive approaches through early intervention and increased support to families.

Thank you once more for this debate; it has shown again the multifaceted and persistent nature of this problem. Further efforts are evidently needed from all sides involved.

La Présidente. – Le débat est clos.

Déclarations écrites (article 162)

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Num tempo em que o desenvolvimento científico e tecnológico atinge níveis nunca vistos, a pobreza infantil é uma das mais revoltantes expressões da incapacidade de a formação económica e social dominante à escala global – o capitalismo – satisfazer as mais básicas necessidades humanas, apesar dos meios ao seu dispor.

Um recente estudo da UNICEF afirmava que as desigualdades sociais aprofundaram-se com a crise e afetaram particularmente as crianças, concluindo da absoluta necessidade de proteger rendimentos familiares através de políticas sociais.

Em 2015, na UE28, 25,3 milhões de crianças e jovens viviam na pobreza. As políticas da UE impuseram aos Estados-Membros cortes nos apoios e prestações sociais a famílias e crianças e nas prestações substitutivas de rendimentos de trabalho, quando estes mais eram necessários. Cortes na saúde, na educação, e noutros serviços públicos. Cortes nos salários, desemprego, degradação das relações laborais, aumentando as desigualdades e a pobreza. O resultado: fome nas escolas, necessidades básicas, como vestuário, habitação e cuidados de saúde, por suprir, crianças vítimas do abandono e insucesso escolar, trabalho infantil, mendicidade, prostituição juvenil.

São necessárias respostas que implicam uma rutura com as políticas da UE. Combate à precariedade, aumento de salários, redistribuição da riqueza, reforço das funções sociais do Estado, serviços públicos gratuitos e de qualidade.

Kinga Gál (PPE), írásban. – Elnök Úr! 2006 elején a tavaszi Európai Tanács kötelezettséget vállalt arra, hogy „megtegye a szükséges intézkedéseket a gyermekszegénység gyors és jelentős csökkentése érdekében, esélyegyenlőséget biztosítva valamennyi gyermek számára, tekintet nélkül szociális hátterükre.” Ennek ellenére mind a mai napig minden negyedik gyereket fenyegeti a szegénység az EU-ban. Ezzel a problémával komolyan foglalkozni kell, megoldását csak konkrét programoktól remélhetjük. Legyen szó társadalmi összefogásból származó helyi kezdeményezésekről, mint a „Minden gyerek lakjon jól!” vagy állami programokról. Úgy gondolom, hogy Magyarország élen jár ezen a téren. Az iskolai étkeztetés már nem csak a tanév során elérhető, hanem mind a négy iskolai szünetben, így a nyári szünetben is meleg ételhez juthatnak a hátrányos helyzetű családok gyermekei. 2015 óta országszerte 208 000 hátrányos és halmozottan hátrányos helyzetű gyermek részesül napi egyszeri ingyenes meleg ételben. Fontosnak tartom, hogy ezekről a fontos, példaértékű programokról is essen szó itt az Európai Parlamentben.

Ádám Kósa (PPE), írásban. – Magyarország a családok támogatásában és megerősítésében érdekelt. Magyarország a saját útját járva folyamatosan egyre többet fordított (2018-ban már a GDP több mint 4,5%-át) családtámogatásra, ami az OECD-átlag közel kétszerese. Az EUROSTAT módszertanán alapuló felmérések szerint a szegénység vagy társadalmi kirekesztettség kockázatának kitettek aránya 2012 óta egyre javuló tendenciát mutat hazánkban. Ez a javulás legnagyobb arányban épp a 18 év alatti korosztályt érintette, több mint 40 000 gyermeket. A gyermekszegénység elleni küzdelemben Magyarországon nemcsak a leghátrányosabb helyzetű, hanem valamennyi hátrányos helyzetű gyermek fontos, és ők a gyerekesély programok révén jutnak támogatáshoz. A Biztos Kezdet Gyerekházak száma – ahol a gyermekek és szülők együtt kapnak szolgáltatásokat hátrányosabb településeken – már bőven meghaladja a százat országszerte (2012 óta több mint kétszeresére nőtt a számuk).

Magyarország a kötelező óvodába járás terén is az élen jár, hiszen a gyermekek 3 éves koruktól kezdve az EU-átlag majdnem kétszeresét meghaladó arányban járnak óvodába. A magyar állam 2010 óta 250%-kal többet fordít gyermekétkeztetésre, és már az iskolai (évközi) szünetekben is biztosítanak napi egy meleg ételt a hátrányos helyzetű gyermekek részére. Külön célzott uniós forrásból pedig három megyében (Szabolcs-Szatmár-Bereg, Hajdú-Bihar és Borsod-Abaúj-Zemplén) egy mintaprogram keretében a háromévesnél fiatalabb korosztály is kap ételcsomagot, amely kb. 12 ezer hátrányos helyzetű gyermeknek segít.

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz (PPE), na piśmie. – Z zadowoleniem przyjęłam fakt, że Komisja Europejska oraz Rada UE podjęły tematykę ubóstwa wśród dzieci. Choć przyczyny ubóstwa najmłodszych są różnorakie – wynikają nie tylko z problemów finansowych rodziny, ale i poziomu wykształcenia, warunków życia czy przeszłości migracyjnej – wyzwania w tej dziedzinie są wspólne dla wszystkich państw członkowskich i powinny zostać podjęte nie tylko na poziomie krajowym, ale także europejskim.

Najnowsze dane Eurostatu z 2015 roku są alarmujące – wskazują, że niemal we wszystkich krajach Unii ubóstwo w większym stopniu dotyka dzieci niż ogółu populacji. Szacuje się, że problem ten dotyczy około 27% najmłodszych w porównaniu do 25% dorosłych i 17% osób w podeszłym wieku. Należy pamiętać, że ubóstwo gospodarstw domowych w sposób szczególny uderza w wychowujące się w nich dzieci, ponieważ zagraża ich zdrowiu, prawidłowemu rozwojowi i socjalizacji, utrudnia zdobycie wykształcenia, co w oczywisty sposób przekłada się na późniejsze trudności na rynku pracy i w wyjściu z ubóstwa w dorosłym życiu. Dlatego też niekorzystna sytuacja dzieci w Europie powinna znaleźć odbicie we wzmożonych działaniach na ich rzecz. Problem wymaga podejścia wielotorowego, konieczne są inwestycje w rynek pracy, który nie jest na tyle wydajny, aby w pełni chronić rodziny przed ubóstwem, w system edukacji, aby ułatwić dostęp do wykształcenia dzieciom z ubogich rodzin, oraz system opieki społecznej, aby bardziej efektywnie wspierał rodziny zagrożone wykluczeniem społecznym.

Verónica Lope Fontagné (PPE), por escrito. – Uno de cada cinco de los europeos afectados por la pobreza y exclusión social es un niño. 25 millones. Cifra que amenaza el modelo de solidaridad y convergencia económica y social en la que se basa la UE. Es importante que la UE muestre un apoyo sincero y apoye acciones locales y nacionales para acabar con la pobreza infantil, contando con el apoyo y consejo de ONG especializadas y de las propias organizaciones de personas que viven en situación de pobreza. Por ello, considero importante actuar con una estrategia basada en un doble enfoque:

— a corto plazo, mediante medidas de inclusión social y laboral y de mitigación de la pobreza existente, por ejemplo a través del FSE, del FEAD dando respuesta a necesidades de privación material.

— a largo plazo y para luchar contra ese componente intergeneracional y su consiguiente círculo vicioso, tenemos que acabar con los estereotipos existentes hacia las comunidades más desfavorecidas, garantizar unos servicios públicos asequibles y de calidad y sobre todo a través de la educación y de la formación, evitando el abandono escolar prematuro, ya que sin formación es difícil encontrar un empleo de calidad y por lo tanto de salir de la pobreza.

Czesław Adam Siekierski (PPE), na piśmie. – Jednym z celów unijnej strategii „Europa 2020” jest zmniejszenie liczby osób dotkniętych ubóstwem o co najmniej 20 mln do roku 2020. Rzadko jednak w tym kontekście mówi się o konkretnych grupach ludzi, nad którymi trzeba się pochylić w sposób szczególny. Ubóstwo dotyczące dzieci stanowi nie tylko doraźny problem społeczny, ale czynnik rzutujący na całe ich życie oraz przyszłość ich rodzin. Należy zwrócić uwagę, że w przypadku dzieci z gospodarstw domowych o niskiej intensywności pracy prawdopodobieństwo zagrożenia ubóstwem lub wykluczeniem społecznym jest o 56,7% wyższe. Niemniej jednak zagrożenie ubóstwem dzieci utrzymuje się również w rodzinach o wysokiej intensywności pracy, m.in. w krajach takich jak Rumunia, Litwa, Portugalia, Hiszpania czy Grecja. Ponadto kobiety są bardziej zagrożone ubóstwem niż mężczyźni, a zwalczanie ubóstwa wśród kobiet ma również zasadnicze znaczenie w wysiłkach na rzecz ograniczenia ubóstwa wśród dzieci. Coraz więcej jest dzieci cierpiących z powodu niedożywienia, co prowadzi do coraz częstszego pojawiania się chorób, które zostały w znacznym stopniu wyeliminowane w UE, takich jak chociażby krzywica. W niektórych krajach rośnie odsetek dzieci, których nie stać na spożywanie zalecanych ilości określonych produktów spożywczych.

Csaba Sógor (PPE), írásban. – A gyermekszegénység problémájának kezelése a hátrányos helyzetű csoportok felzárkóztatásának kulcskérdése. A szociális kirekesztettségben, súlyos nélkülözések mellett felnövő gyermekek körében sokkal nagyobb az iskolaelhagyás jelensége, általános értelemben is jelentősen rosszabb iskolai teljesítményre képesek, így a munkaerőpiacon is nehezebb az elhelyezkedésük és a kör bezárul. A kelet-közép-európai államok roma közösségeiben a legsúlyosabb gond a gyermekszegénység, amelynek leküzdése nélkül a felzárkóztató programok is sokkal kisebb eséllyel próbálnak változtatni a mai elkésztő helyzeten. Elsősorban a gyermekszegénység kísérőjelenségeit, az iskolaelhagyást, a családon belüli erőszakot, a lakhatási gondokat kell pontosabban látnunk ahhoz, hogy azonosítani tudjuk a hatékony beavatkozási területeken és módszereket. A terepen sokkal nehezebb önfenntartó programokat elindítani és működtetni, mint a tervezőasztal mellett, ezért fontos lenne a működő jó gyakorlatok cseréje és természetesen bátorság a tagállamok és a helyi önkormányzatok részéről, hiszen a beavatkozási lehetőség elsősorban az ő kezükben van.

Claudia Tapardel (S&D), in writing. – Every child in Europe deserves to live free from poverty. Nevertheless, one in four children in the EU is at risk of poverty or social exclusion. As a member of the Socialists and Democrats Group in the European Parliament, I strongly support creating a European Child Guarantee that protects every child in the EU. Fighting the root causes of child poverty should become a top priority for the European institutions. In the EU, only five EU Member States, including Romania, have seen a slight reduction in the number of children at risk of poverty and social exclusion. I am proud to see my country on the right track, but a lot needs to be done still. The only way to ensure stable societies and prosperous economies is by investing in education and reducing inequality. If we do not act as soon as possible so that every child can have access to free healthcare, free education, free childcare, decent housing and adequate nutrition, we run the risk of losing a whole generation of children in Europe.

Ángela Vallina (GUE/NGL), por escrito. – La Unión Europea vive en una contradicción permanente. Por un lado, se ha instituido como principio combatir la exclusión social y la pobreza, al mismo tiempo que promueve medidas en el marco del Semestre Europeo que van encaminadas a la reducción del gasto público como vía para la recuperación económica. Recuperación económica imposible si se desposee a las administraciones públicas de recursos para implementar correctas políticas públicas que den a la población educación pública de calidad, o sanidad accesible para todas y todos. Recordemos por último que el tiempo se acaba y el indicador de reducción de la pobreza, en especial la infantil, marcado dentro de los objetivos Europa 2020, no sólo no se reduce lo que se quisiera, sino que aumenta, alcanzando los 25,3 millones de menores pobres. En definitiva, sin un cambio drástico en las políticas económicas y financieras cualquier declaración de la Comisión Europea o del Consejo es absolutamente innecesaria y vacía.

20. Europäische Agenda für die kollaborative Wirtschaft – Online-Plattformen im digitalen Binnenmarkt (Aussprache)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle la discussion commune sur l'économie numérique avec le rapport de Nicola Danti, au nom de la commission du marché intérieur et de la protection des consommateurs, sur l'agenda européen pour l'économie collaborative (2017/2003(INI) (A8-0195/2017) et le rapport de Henna Virkkunen et Philippe Juvin, au nom de la commission de l'industrie, de la recherche et de l'énergie, sur les plateformes en ligne et le marché unique numérique (2016/2276(INI) (A8-0204/2017).

Nicola Danti, relatore. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, oggi è ancora difficile definire l'economia collaborativa. Eppure si muove, cresce, trasforma la nostra società, i nostri modi di vivere e lavorare. Costruisce opportunità straordinarie e, allo stesso tempo, rischia di minare categorie giuridiche e sociali consolidate.

Grazie alla rivoluzione digitale e alle piattaforme on line, possiamo con un clic affittare una camera in ogni parte del mondo, condividere un viaggio in macchina con qualcuno, acquistare un pasto da un vicino, trovare un giardiniere per tagliare la siepe. Opportunità che i consumatori apprezzano e utilizzano in modo crescente.

L'economia collaborativa nasce, da una parte, dall'innovazione tecnologica, ma, dall'altra, dall'esigenza sempre più diffusa di un miglior utilizzo delle risorse, con l'effetto di stimolare la biodiversità delle forme economiche della società. Un mosaico di esperienze diverse che vedono protagonisti grandi piattaforme, ormai vere e proprie multinazionali, e piccole start-up fortemente radicate sul territorio e nelle comunità di riferimento.

In questi anni l'economia collaborativa si è sviluppata in Europa più con le sentenze dei tribunali e con le norme nazionali e regionali, spesso contraddittorie, che sulla base di una strategia condivisa, consegnandoci un mercato frammentato e disposizioni di difficile interpretazione da parte degli operatori. Per questo è da apprezzare il tentativo della Commissione di definire un approccio comune con la sua comunicazione.

La nostra relazione ha l'ambizione di andare oltre, ritenendo indispensabile una strategia europea. Anzitutto, invitiamo la Commissione ad esaminare il quadro giuridico esistente, valutando l'opportunità di introdurre principi generali e norme specifiche che possano favorire uno sviluppo armonico. L'obiettivo deve essere quello di evitare che regole diverse si applichino a servizi analoghi tra economia tradizionale e collaborativa, sia per quanto riguarda l'accesso al mercato che per quanto riguarda il prelievo fiscale, garantendo così una concorrenza leale tra operatori online e offline nonché tra questi e i cosiddetti *prosumers*.

Proprio la distinzione tra professionale e non professionale rappresenta un punto essenziale per definire regole giuste ed equilibrate. Valutare i criteri di accesso al mercato può rappresentare una straordinaria opportunità per semplificare le regole anche per gli operatori dei servizi tradizionali. Inoltre, riteniamo che un quadro giuridico comune possa favorire la crescita di piattaforme europee, che vedono oggi nell'incertezza e frammentazione delle regole e nella indisponibilità di capitali di rischio i principali ostacoli ad una crescita su scala globale. Ciò è dimostrato dal fatto che tra le prime dieci piattaforme che producono valore economico in Europa solo una è europea.

Le piattaforme online, motore dell'economia collaborativa, non potranno prescindere dall'assunzione di maggiori responsabilità nei confronti dei consumatori, attraverso informazioni chiare, nei confronti dei fornitori di servizi, garantendo l'affidabilità dei rating, e verso le autorità pubbliche tramite una leale cooperazione fiscale. L'economia collaborativa può infine rappresentare uno stimolo verso nuova occupazione, in particolare per le fasce di popolazione con minore tasso di occupabilità. Tuttavia, non è immaginabile che in questo settore i lavoratori, dipendenti o autonomi che siano, abbiano minori diritti e tutele rispetto a tutti gli altri.

Permettetemi di concludere con il ringraziare tutti i relatori ombra, i relatori delle commissioni per parere, per la collaborazione ottima avuta in questi mesi, non priva anche di un franco e approfondito dibattito, che ritengo sia stato fruttuoso per la stesura di questa relazione finale.

Henna Virkkunen, esittelijä. – Arvoisa puhemies, alustatalous kasvaa nyt todella nopeasti maailmassa, mutta meidän eurooppalaisten haasteena on se, että Euroopan osuus verkkoalustojen markkina-arvosta on todella pieni. Nyt on tärkeintä luoda Euroopasta alue, joka kannustaa yrityksiä innovoimaan ja investoimaan Eurooppaan ja kasvattamaan ja kehittämään liiketoimintaansa täällä. Meillä oli varjoesittelijöiden ja eri ryhmien kanssa hyvin laaja yhteisymmärrys siitä, että meidän on luotava reilu kilpailu ja reilu, kannustava markkinaympäristö koko Eurooppaan.

Tiedämme, että alustatalous on hyödyttänyt erittäin paljon niin kuluttajia kuin yrityksiäkin. Se on tuonut aivan uuden markkinapaikan tavaroille, palveluille ja digitaalisille sisällöille. Alustojen rooli tänä päivänä on hyvin keskeinen myös uutisten, mainonnan ja kulttuurisen sisällön jakelussa sekä ilman muuta ihmisten välisessä sosiaalisessa kanssakäymisessä.

Pienyrityksille ja startup-yrityksille verkkoalustat ovat tuoneet aivan uuden markkinapaikan, jossa ne voivat tarjota omia tuotteitaan ja palveluitaan ympäri maailmaa. Ne ovat tuoneet paljon uusia liiketoimintamalleja myös meidän ulottuville. Samalla tavalla ne ovat tuoneet uusia työpaikkoja ja pystynyt edistämään näin uuden yritystoiminnan muodostumista. Kuluttajille digitaalinen alustatalous on tuonut lisää valinnanmahdollisuuksia, hintakilpailua ja vertailtavuutta. Edessämme on erittäin paljon positiivisia mahdollisuuksia.

Mutta toisaalta meillä on myös isoja haasteita siinä, miten nimenomaan Eurooppaa voidaan kehittää paikkana, missä kannattaa kasvattaa omaa liiketoimintaansa ja mistä nousee myös kukoistavia verkkoalustoja. Tärkeintä tässä on pystyä nyt luomaan tasapuolisemmat toimintaedellytykset koko Eurooppaan, lisää reilua kilpailua ja läpinäkyvyyttä ja sellainen innovaatiostävällinen toimintaympäristö, joka kannustaa ideointiin. Totta kai meidän päättäjien on huolehdittava siitä, että meillä on hyvä digitaalinen infrastruktuuri, joka ottaa nyt huomioon tulevaisuuden vaatimukset ja sen, kuinka paljon verkkopalveluiden kysyntä jatkuvasti kasvaa.

Isona haasteena on poistaa sisämarkkinoilta sellaiset esteet sekä teknisissä että taloudellisessa mielessä, jotka vielä rajoittavat koko Euroopan laajuisia toimintaa. Tiedämme, että jäsenmaiden välillä on tässä edelleen isoja eroja. Ajankohtaisia haasteita ja vaikeita kysymyksiä, joista mietinnön valmistelun yhteydessä keskustelimme hyvin paljon eri edustajien ja eri ryhmien kanssa, liittyy nimenomaan siihen, tarvitaanko alustoille erillistä säätelyä vai riittääkö sektorikohtainen lainsäädäntö ja onko se parempi vaihtoehto, ja toisaalta siihen, soveltuuko sähköisen kaupankäynnin direktiivi ja kilpailulainsäädäntö riittävän hyvin myös nykyiseen digitaaliseen maailmaan ja mikä on välittäjien vastuu sisällöstä ja palveluista, joita näillä alustoilla jaetaan.

Itse pidän sääntelyn osalta tärkeänä sitä, että emme saa sortua ylisääntelyyn Euroopassa. On parempi lähestyä verkkoalustoja nimenomaan sektorikohtaisesti ja lähteä samalla tavalla täällä online-maailmassa kuten offline-maailmassakin nimenomaan sektoreittain tarkastelemaan lainsäädäntöä ja toimintaedellytyksiä. Parhaillaan hyvin monen lainsäädännön osalta tehdään tarkastelua, miten hyvin laki sopii nykyiseen digimaailmaan. Tähän on kannustettava nyt kaikkia jäsenmaita ja myös komissiota. Usein tiedämme, että meillä on jo lainsäädäntö olemassa, mutta sitä ei ole pantu riittävän hyvin täytäntöön. Tässä meillä on tehostamista koko Euroopassa.

Välittäjien vastuun osalta meillä on laittoman sisällön osalta sähköistä kaupankäyntiä koskeva direktiivi ja välittäjän rajoitettua vastuuta koskevia järjestelmiä, ja ne toimivat erittäin hyvin silloin, kun kyse on tavarakaupasta. Mutta meillä on myös paljon uusia haastavia ilmiöitä, kuten vihapuhe ja valeutiset, jotka ovat tuoneet uusia haasteita. Tässä tarvitaan nyt komissiolta uusia toimintaohjeita, jotta alustat tietäisivät paremmin sen, miten ilmoitus- ja poistamismenettelyjä tulee soveltaa. Niiden on saatava myös lisää tietoa vapaaehtoisista keinoista, joilla laittomaan ja epäsopevaan sisältöön voidaan puuttua.

On selvää, että alustat eivät voi, eivätkä halua ottaa totuuskomission roolia, mutta on löydettävä oikea tasapaino siihen, miten estämme laittomuudet ja kuitenkin turvaamme samaan aikaan ilmaisunvapauden. Tässä on tärkeää, että alustat toimivat tiiviissä yhteistyössä lainsäätäjien kanssa, jotta löydämme hyvän tasapainon. Uskon, että kuluttajien luottamus on kukoistavan alustataloudenkin kannalta aivan sen peruspilari.

Haluan lämpimästi kiittää kaikkia kollegoja ja kaikkia varjoesittelijöitä hyvästä yhteistyöstä tässä hyvin haastavassa kahden valiokunnan yhteistyössä ja samoin haluan kiittää komissiota myös hyvästä yhteistyöstä ja niistä esityksistä, joita olette jo valmistelleet tähän mennessä ja joita on nyt valmistelussa.

Philippe Juvin, *rapporteur*. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, mes chers collègues, on a beaucoup parlé jusqu'ici dans ce débat des plateformes et de l'économie numérique. Je partage évidemment tous les éléments qui ont été dits.

La question concernant les plateformes est à la fois simple et compliquée. Les plateformes sont la clé de l'économie moderne. Elles présentent des avantages considérables pour les consommateurs, qui peuvent comparer, qui peuvent acheter et qui ont une liberté qu'ils n'avaient pas auparavant. Elles sont une chance extraordinaire pour l'éducation et l'accès à la connaissance. On se souvient de l'époque où nous étions étudiants, quand nous n'avions pas ces plateformes et que nous devions passer des heures en bibliothèque. Tout cela est révolu.

Toute notre société est en train d'évoluer grâce aux plateformes. Elles sont un outil positif et formidable. En même temps, la question que nous posons à la fois au Parlement et à la Commission européenne, c'est de savoir si ces plateformes doivent faire l'objet d'un certain nombre de règles communes dans tous les États de l'Union européenne.

La première question est celle de l'homogénéisation des règles européennes. Il est évident que si nous voulons un marché unique numérique, nous devons avoir des règles et des définitions communes dans tous les États de l'Union. Nous devons parler partout de la même chose. Si nous ne faisons pas cet effort d'homogénéisation du droit européen, y compris sur les définitions, nous nous soumettons soit à une fragmentation du droit et donc à une fragilisation des plateformes et de l'économie européenne, ou nous nous soumettons à la bonne volonté du juge qui, par la jurisprudence, fera évoluer le droit, ce que nous ne voulons pas.

Le deuxième point, qui est un point clé, c'est la question de la responsabilité des plateformes. Vous savez qu'aujourd'hui, les plateformes voient leur responsabilité engagée selon des règles qui ont été édictées il y a plus de quinze ans. Le monde a changé en quinze ans. À l'époque, on parlait d'hébergeur actif et d'hébergeur inactif. Très clairement, cette distinction ne rend plus compte de la réalité. Nombreuses sont désormais les plateformes qui ne se contentent plus de stocker les données mais qui les sélectionnent, les recommandent, les référencent, les monétisent. Nos vieilles règles ne sont plus adaptées, il faut modifier les règles de responsabilité des plateformes.

Le troisième point est la question de la protection des utilisateurs de ces plateformes en ligne. Il faut absolument acquérir la confiance de ces utilisateurs, c'est-à-dire qu'il faut de la transparence, des conditions de concurrence équitables et un haut niveau de protection des données. On se souvient de l'affaire de la mise sur liste noire, par un grand hébergeur, d'une société britannique, qui n'arrivait plus à être visible sur le marché parce que ce grand hébergeur, qui est une plateforme, avait décidé de favoriser sa propre entreprise, qui avait la même activité économique. Il doit y avoir de la transparence et les règles doivent être loyales et partagées.

Le quatrième point concerne la question de la fiscalité des plateformes. C'est quelque chose de fondamental. Pour aller vite dans un sujet complexe, nous souhaitons que les choses soient simples – et le Parlement, j'espère, soutiendra cette proposition demain à travers son vote sur notre rapport. Les plateformes doivent payer des impôts en Europe, là où elles ont leurs clients ou leurs utilisateurs.

Puis, évidemment, se pose la question de la TVA. La TVA est un vieil impôt très intelligent, sauf qu'il est totalement inadapté à l'économie numérique, et en particulier à l'économie des plateformes. Il faut inventer une nouvelle fiscalité qui permette de dynamiser cette nouvelle économie.

Enfin, il y a la question des relations B2B. On voit très bien qu'il faut tout faire pour éviter que les plateformes qui dominent des marchés très souvent concentrés imposent des pratiques déloyales aux entreprises entrantes. Nous voulons éviter cela. Le marché ne peut pas tout réguler et nous attendons que la Commission nous fasse des propositions.

Vous l'avez compris, mes chers collègues, la vraie question que nous nous posons, avec Henna Virkkunen, c'est de savoir si nous voulons un marché unique numérique, si nous voulons une véritable souveraineté numérique européenne, si nous voulons voir émerger des champions européens, si nous voulons tout simplement participer à l'évolution d'une nouvelle économie à travers de nouvelles définitions et de nouvelles règles pour les plateformes.

Joachim Schuster, *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten*. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Kommissar! Online-Plattformen bergen ein großes wirtschaftliches Potenzial und wachsen dynamisch. Sie bieten Chancen für neue Arbeitsplätze, und gerade deshalb müssen wir dafür sorgen, dass Wettbewerbsvorteile der Plattformwirtschaft gegenüber der traditionellen Ökonomie nicht auf Lohntarif- oder Sozialdumping beruhen.

Wir müssen dafür Sorge tragen, dass Mindestlohn und Tarifverträge auch hier gelten und Online-Beschäftigte in die sozialen Sicherungssysteme einbezogen werden. Dazu sind Klarstellungen auf europäischer Ebene erforderlich. Sämtliche Arbeit in der Plattformwirtschaft wird entweder von abhängig Beschäftigten oder von Selbständigen erbracht. Und ob es sich um abhängig Beschäftigte handelt, muss auf der Basis von Fakten festgestellt werden. Auf dieser Basis müssen dann die gleichen sozialen und Arbeitsrechte gelten wie in der traditionellen Wirtschaft. Zudem brauchen wir stärkere Anstrengungen zur Bekämpfung von Scheinselbständigkeit, und weiterhin müssen auch Selbständige in der Plattformökonomie die Möglichkeit erhalten, sich gewerkschaftlich zu organisieren und Tarifvereinbarungen abzuschließen. Die Kommission ist aufgefordert, in diesem Sinne Initiativen zu ergreifen.

Dario Tamburrano, *relatore per parere della commissione per l'industria, la ricerca e l'energia*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio il relatore e i colleghi perché il testo al voto è ottimo e include molti messaggi del parere della commissione ITRE che ho seguito come relatore.

Tra questi c'è il riconoscimento del crescente ruolo dell'economia collaborativa nell'autoproduzione, autoconsumo e distribuzione di energia rinnovabile a livello locale, da parte dei *prosumer* delle comunità locali dell'energia, nonché del potenziale delle *distributed ledger technologies* che abilitano e certificano gli scambi di energia tra pari senza intermediari.

È importante che la Commissione tratti al meglio questa intersezione tra economia collaborativa, economia digitale e nuovi modelli energetici, affinché il cittadino sia davvero al centro dell'unione dell'energia e sia messo nelle condizioni di poter contribuire attivamente alla transizione verso un sistema energetico più sostenibile, democratico e resiliente.

Sottolineo infine l'importanza del ruolo che hanno avuto e avranno l'*open software*, l'*open hardware* e i *Creative Commons* nello sviluppo dell'economia collaborativa, così come espresso a larga maggioranza dalla commissione ITRE. Per questo invito i colleghi a considerare gli emendamenti presentati dalla mia commissione.

Pierre Moscovici, *Member of the Commission*. – Madam President, the digital economy and society of today is marked by a revolutionary set-up, new services which have changed everyone's life. Almost every part of our lives has been transformed by these new technologies: the way we communicate, access information and media, the way we book a hotel, navigate around a city or order our dinner. Almost exactly one year ago, the Commission set out its thoughts on online platforms in general and on the collaborative economy more specifically. I welcome the opportunity given today to respond to Parliament's report by MEPs Mr Danti, Mr Juvin and Ms Virkkunen in response to our communications shaping the debate at EU level.

First on a collaborative economy: the Commission welcomes MEP Danti's report. It provides a balanced view on current developments in the collaborative economy. We agree with Mr Danti that to facilitate the development of the collaborative economy, we need legal clarity and we should avoid regulatory fermentation in the single market. We need to ensure that the collaborative economy is not unduly restricted.

I would like also to recall that the Commission adopted a Communication in June 2016 providing legal guidance and policy recommendations on how to ensure the balanced development of the collaborative economy. The Commission will continue working with Member States and stakeholders on this matter. We also agree with you that peers offering services on a private and occasional basis are different from professional services providers' thresholds, although precisely defining them is difficult. Identifying peers can contribute to establishing a clear and proportionate regulatory framework.

The Commission takes note of your call for a level playing field. We think that it is for consumers, not regulators, to choose which service they prefer. EU law requires that national regulation is justified and proportionate. This means taking into consideration the specificities of the collaborative economy whilst not favouring one business model over another.

I want to acknowledge the need to ensure social protection for the self-employed, as you do, under the European pillar of social rights. This topic will be subject to consultation with social partners.

Finally, I wish to call upon Parliament, Member States and stakeholders to work together to enable users and consumers to choose the service they want and to seize the opportunities that the collaborative economy offers.

Secondly, on platforms. The platform economy is now a major feature of the digital transformation across the entire world. More than two billion people are using social networks, a number expected to reach three billion by 2020. The report by MEPs Mr Juvin and Ms Virkkunen rightly acknowledges the positive impact of online platforms and reaffirms the need to further promote the emergence of new online platforms in Europe. The report supports the Commission approach – that is how I read it – of first looking at better enforcement of existing instruments before resorting to designing new rules, which should be targeted to specific problems.

As part of the digital single market strategy, the Commission undertook to carry out an in-depth assessment of the role of online platforms. The Commission's Communication on the digital single market mid-term review, adopted recently on 10 May, announces a number of actions that will tackle some of the main issues raised in your report. We need to safeguard a fair, predictable, trusted business environment in the online economy. Sellers should benefit fully from platforms and at the same time, platform businesses should be able to start up and grow in Europe. This is why I warmly welcome your strong support for the Commission's ongoing work on platform-to-business ('PtoB') trading practices, impact assessment for action still to be proposed in 2017 and intermediary liability.

The Commission will make sure that any possible policy intervention is first targeted, i.e. specific to online platform ecosystems; secondly, problem-driven, that means addressing clearly identified problems; and thirdly, with a light touch i.e. without laying down detailed sector-specific rules in EU legislation.

Finally, the Commission can echo your conclusion that the intermediary liability regime is a crucial pillar for the EU's digital economy. The Commission remains committed to keeping a balanced and predictable liability regime and it is currently working on guidance to eliminate certain flaws in its enforcement, including to allow online platforms to comply with their responsibilities, and the rules on liability enhance legal certainty and increase user confidence.

Tania González Peñas, *ponente de opinión de la Comisión de Transportes y Turismo*. – Señora presidenta, para entender las transformaciones en el mundo del trabajo en el siglo XXI tenemos que distinguir entre economía colaborativa, que incluye formas solidarias y altruistas, y plataformas de servicios en línea, que es un sector empresarial como cualquier otro. Esta distinción considero que no está lo suficientemente clara en el informe y corremos el riesgo de camuflar una cosa como si fuera la otra.

Desde la Unión Europea tenemos que incidir en la necesidad de un marco regulatorio con garantías que ponga fin a las vulneraciones dentro de un sector que, con grandes perspectivas de crecimiento, lo que está haciendo es camuflar empleo precario y empleo desprotegido en una especie de oportunidades de trabajo juvenil o de emprendimiento. Que se ofrezcan servicios a bajo coste, ahorrando costes laborales y fomentando la precariedad y la competencia desleal, no es una buena estrategia ni ofrece garantías al consumidor ni a quien trabaja.

Las plataformas en línea deben cumplir las mismas reglas laborales que los competidores tradicionales. Pedir esto, pedir una regulación laboral, considero que no es pedir el cielo, es pedir igualdad, seguridad y derechos.

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

Axel Voss, *rapporteur for the opinion of the Committee on Legal Affairs*. – Madam President, I am speaking on behalf of Ms Constance Le Grip, who was the rapporteur for the opinion in the Committee on Legal Affairs for online platforms.

Online platforms are key players for the future of the global economy. They offer great opportunities by fostering access and relationships, but pose a lot of economic and legal challenges as well. As rapporteur for the opinion, Constance Le Grip welcomes the result of the report voted in the Committee on Industry, Research and Energy and the Committee on the Internal Market and Consumer Protection and the fact that the contribution from the opinion on the Committee on Legal Affairs was very much valued within the text, which will be voted in plenary tomorrow.

The report states key aspects fully in line with our opinion about the way Europe should deal with platforms: clarify platforms' responsibility so that no regulatory frameworks are bypassed because of the digital nature of their activities, and further enforce and protect copyright and intellectual property rights online. This should be translated in encouraging the transfer of value towards rights holders for the exploitation of the works online, and in proceeding to a revision of the Intellectual Property Rights Enforcement (IPRE) Directive to strengthen the fight against counterfeiting online, ensure fair competition and practices in the platform economy, both for B2B and B2C, and promote the emergence of European players in the field.

Anna Maria Corazza Bildt, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, the shared economy offers endless opportunities for everyone to enter the labour market. Breaking traditional schemes, it provides flexible forms of employment and empowers consumers. The collaborative economy goes hand-in-hand with the circular economy, creating sustainable ways of using goods and services and allowing a better allocation of resources.

We are moving towards a society where fewer people own what they use and more people share what they need, creating communities. Online platforms, with their feedback system, offer increased traceability of transactions, strengthening both consumer protection and the fight against illegality. Trust is the new currency of the digital single market, and it is smart, creating entrepreneurs that are in the driving seat – not politicians. We need to be humble to keep up with digital innovation, and overregulation is not a solution. We should instead be enablers and help to boost cross-border growth and facilitate our start-ups to become global champions.

At EU level, we need to overcome fragmentation, removing hurdles and hindrance to free movement to create a level playing field. At this stage, we do not need new EU legislation, but rather the full enforcement of existing rules. The important issues of tax and labour compliance and liability are instead better dealt with at national level. In any case, rules should be clear, technology-neutral and future-proof. I understand that there is concern, but protectionism can never be a solution. We should embrace innovation.

Sergio Gutiérrez Prieto, *en nombre del Grupo S&D*. – Señora presidenta, la economía digital nos obliga a los poderes públicos a cuatro cosas: a regular para evitar una competencia desleal entre operadores que prestan el mismo servicio, con independencia de si lo hacen a través de los medios digitales o a través de la economía tradicional; a formar, para que no se produzcan desigualdades desde el punto de vista de la igualdad de oportunidades; a invertir para reducir las brechas digitales ya existentes; y, sobre todo y también, a apoyar a los sectores que se puedan ver afectados en esta transición digital en la que vivimos.

Pero tenemos que regular precisamente para evitar una doble realidad legal en el mundo digital con respecto al mundo tradicional. Aquellos que pretenden un mercado de trabajo paralelo, amparados en la economía digital, están profundamente equivocados: la digitalización no puede venir de la mano de una mayor precarización del empleo.

Y, para eso, tenemos que garantizar que las personas que trabajan a través de las plataformas en línea tengan los mismos salarios, la misma protección social, la misma seguridad social y la misma cobertura que los trabajadores en los medios tradicionales.

Tenemos que garantizar la fiscalidad, porque es el sustento del Estado del bienestar en una economía cada vez más creciente, y las plataformas en línea tienen que pagar sus impuestos allá donde generan la actividad económica.

Tenemos también que garantizar la protección del consumidor, la protección de la seguridad de los datos, y también clarificar la responsabilidad de las plataformas, que no son simples intermediarios, sino que son agentes activos en la economía y en la sociedad.

Por lo tanto, hay que regular para evitar esas zonas grises que desprotegen a los trabajadores y al conjunto de los ciudadanos ante los retos de la economía digital.

Daniel Dalton, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, the rapporteur has tried very hard, but for us the platform report is far too restrictive, so we have tabled an alternative motion giving our more open, flexible vision.

Let us remember that the aim of the Digital Single Market is to help European companies to scale up in the same way that American companies do: an innovation-friendly environment. For that, there cannot be a one-size-fits-all approach to the sharing economy – especially for platforms. No two platforms are the same. You would not regulate banks and gardening centres in the same way, so why are we doing that with platforms?

Platforms are disruptive, but that is good. They offer new flexible employment options and better choice for consumers. The sharing economy matches unmet demand with unused resources; it is an economist's dream. We want European platforms, but consumers do not care where the platform comes from. They want a good service, and the sharing economy empowers consumers in a way that has never been seen before. It also empowers workers. If platforms lose trust, they lose business and they lose their workers, so we need to be very careful in how we go forward with this. We have got a huge opportunity to shape a new vision, and we should get on with it and not restrict it.

Dita Charanzová, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, the collaborative economy is a good thing. It is good for consumers, it is good for growth and jobs, and it is good for the environment. The collaborative economy will be worth more than EUR 85 billion to Europe by 2025: this is only eight years away. This is to prove that, if we empower consumers, it is to benefit all of us. I believe this is a message supported by the majority in this House, but for this to work, we need to focus on removing hurdles and creating a business-friendly environment.

My Group has great concerns about the lack of clarity about applicable rules, but we are even more worried by the risk of market fragmentation when we see protectionist measures and anti-single market policies adopted in some Member States and by some individual cities. So we call on the Commission to ensure that both the Member States and regional and local authorities respect the rules set down in the Service Directive, including market access rules.

The time has come to embrace the digital revolution. We should not attempt to protect traditional service providers from this transformation, and instead should let competition force them to modernise. If we do not embrace this fact, not only will we be holding back Europe, we will be keeping our citizens from a world of better service, lower prices and more choice. So let us have the courage to give consumers what they want, and say 'no' to those self-interested groups that try to stand in the way.

Curzio Maltese, a nome del gruppo GUE/NGL. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, tutti noi sappiamo che la rivoluzione delle piattaforme si è compiuta in questi anni in un quadro di norme vecchio e inadeguato. Un'occasione di crescita per tutti si è in questo modo ridotta in un affare per pochi. In questo selvaggio West il risultato è un mercato sleale, dove pochi *player* concentrano risorse, danneggiando il pluralismo dei media, settori produttivi e diritti dei consumatori.

Questo testo ha l'indubbio merito di fotografare questa situazione e di segnalare le storture del mercato, ma a me sembra troppo debole nel suggerire soluzioni. Bisogna chiedere con più forza protezione dei consumatori, soprattutto dei minori, e tutela dei lavoratori, e reclamare una piena responsabilità editoriale per le piattaforme online. Per far questo bisogna mettere mano a una direttiva sull'*e-commerce*, che è ormai vecchia di diciassette anni e quindi del tutto superata.

Igor Šoltes, v imenu skupine Verts/ALE. – Torej, ko govorimo o digitalnih platformah in kolaborativni ekonomiji, vstopamo seveda na pot tudi določene nepredvidljivosti, čeprav seveda ta oblika ekonomije postaja stvarnost.

In ravno zaradi tega, ker gre za neke vrste tudi *sui generis* pojava, ga je treba obravnavati skozi mnoge njegove vplive. Vplive na seveda konkurenčnost, tudi na tako imenovano pošteno in nefer konkurenco, vpliv na okolje, vpliv tudi na socialne in delavske pravice.

Tu je seveda tudi varstvo potrošnikov in vprašanje odgovornosti. Zato seveda mislim, da je potrebno tudi ta sistem ustrezno regulirati za zaščito vseh teh pojavov, na katera lahko ta sistem digitalnih platform in kolaborativne ekonomije vpliva.

Jasno pa je, da če razvoju te kolaborativne ekonomije ne bo sledil tudi razvoj in prilagoditev s področja delavskih in socialnih pravic, se bo seveda vse skupaj potem spremenilo v popolno prekarnost, kar zmanjšuje potem tudi pravno prožnost in pa socialno varnost delavskih pravic.

Mislim pa seveda, da ravno zaradi tega je potrebno predvsem opredeliti, da tudi v teh razmerjih kolaborativne ekonomije, razmerja med tistimi, ki dajejo, ponujajo možnost delovanja, in tistimi, ki sprejmejo, ne sme delovati kot storitev, ampak predvsem potem tudi kot delovno razmerje.

Marco Zullo, a nome del gruppo EFDD. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la visione di società che abbiamo mette al centro di tutto il cittadino e quindi vanno sostenute quelle piattaforme online di economia collaborativa che fanno lo stesso. Per questo serve un quadro normativo che non generalizzi ma che si sappia adattare alle diverse categorie settoriali.

È indispensabile, inoltre, distinguere tra attività commerciali e attività non commerciali. Mettere a disposizione il proprio appartamento qualche giorno l'anno è ben diverso da metterlo a disposizione in modo sistematico per tutto l'anno o da mettere a disposizione più appartamenti. Quindi bisogna creare le condizioni per aiutare l'economia locale, evitando gli abusi e la concorrenza sleale. Sono questo tipo di economia e questo tipo di servizio che vanno favoriti. E questo significa mettere il cittadino al centro, sostenuto da un'economia sana.

Mylène Troszczynski, au nom du groupe ENF. – Madame la Présidente, l'économie collaborative et l'utilisation des plateformes numériques constituent une véritable révolution pour de nombreux secteurs économiques déjà fortement déstabilisés.

Une analyse équilibrée et non partisane aurait dû faire l'inventaire des débouchés offerts par ce nouveau modèle économique, mais aurait surtout dû porter une attention particulière aux risques immenses qu'il fait prendre à des millions de personnes.

Les préoccupations des rapporteurs sont de façade. Ils ne s'alarment au premier chef que de la fragmentation du marché unique, qu'ils pensent menacé par les réponses juridiques non coordonnées des États membres pour tenter de réguler le secteur.

L'économie collaborative est avant tout le fruit de la dérégulation économique organisée, d'une contraction de l'économie réelle et des salaires, de l'explosion du chômage et du matraquage fiscal. Monétiser des biens privés n'est pas un choix, mais devient la plupart du temps une nécessité économique.

Les solutions avancées n'auront donc aucune utilité autre que politique. Elles tendent ainsi à ne garantir qu'une seule chose: le respect du calendrier de la Commission européenne sur le marché unique numérique.

Les véritables enjeux de fond sont oubliés: l'indépendance numérique et la sécurité des réseaux, la stabilité de l'économie réelle et du marché du travail, la protection des consommateurs et des entreprises, et la lutte contre le dumping fiscal.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, η κοροϊδία και η εκμετάλλευση της αγωνίας των ανέργων για να επιβιώσουν είναι εργασιακά μοντέλα, όπως η ψηφιακή, η συνεργατική ή η αλληλέγγυα οικονομία, οι κοινωνικές συνεταιριστικές επιχειρήσεις και άλλα εύηχα αλλά πολύ επικίνδυνα αντεργατικά που προωθεί η Ευρωπαϊκή Ένωση. Κουκουλώνουν την ανεργία, γενικεύουν την ευέλικτη απασχόληση χωρίς δικαιώματα, όπως την ασφάλιση, με μισθούς πείνας ή καθόλου, αφού οι εργαζόμενοι θεωρούνται επιχειρηματίες, μέτοχοι ή εθελοντές σε επιχειρήσεις προορισμένες να κλείσουν ή να απορροφηθούν από μεγαλύτερα ψάρια. Είναι δούρειος ίππος για ιδιωτικοποιήσεις σε υγεία, πρόνοια, παιδεία, ύδρευση, ενέργεια, κ.λπ. Εργαλείο εξαπάτησης των εργαζόμενων, όπως η επιχείρηση ΕΝΚΛΩ στην Ελλάδα που ένα κερδοσκοπικό fund, για να την επαναλειτουργήσει, εκβιάζει τους απολυμένους ότι θα σαπίσουν στην ανεργία αν δεν ξεχάσουν τις απαιτήσεις τους από δεδουλευμένα και αποζημιώσεις, μετατρέποντάς τα σε μετοχές μιας πτωχευμένης εταιρείας προς όφελος τραπεζών και πρώην ιδιοκτητών. Οι εργαζόμενοι να μην διαχωριστούν αλλά να ανατρέψουν τη βαρβαρότητα διεκδικώντας τις σύγχρονες ανάγκες τους με την ενωμένη ταξική πάλη τους.

Andreas Schwab (PPE). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst mal allen, die an der Erarbeitung dieser Berichte beteiligt waren, herzlich danken, weil das Ergebnis bei dieser über die Grenzen der Ausschüsse hinausgehenden Zusammenarbeit sehr zufriedenstellend ist.

Erstens muss man sagen, dass wir massive Veränderungen erleben, die wir bislang alle nur sehr unvollständig verstehen, und dass wir uns einig sind, dass die digitalen Möglichkeiten unsere Lebensgewohnheiten schon erheblich verändert und unser Leben insgesamt an vielen Stellen vereinfacht haben.

Zweitens sind allerdings auch viele Regeln, die für analoge Märkte geschaffen worden sind, nicht alle so geeignet, um im digitalen Bereich die gewünschten Effekte in gleicher Weise zu erzielen. Ich möchte meinen Wortbeitrag hier vor allem auf jene Plattformen richten, die eine sogenannte *Gatekeeper*-Funktion innehaben und damit für alle Unternehmen zwingend Voraussetzung sind als Eintrittsbarriere in diesen Binnenmarkt.

Diese *Gatekeeper*-Plattformen gehorchen aber bisher nur ihren eigenen Regeln und selbstgesetzten Prinzipien, was es vielen Start-ups in Europa schwer möglich macht, in dem Maße zu wachsen, wie sie wachsen könnten, die Innovationen so zu nutzen, wie sie sie erfunden haben. Deswegen müssen wir hier unter wettbewerbsrechtlichen Gesichtspunkten dringend nachsteuern, weil wir sicherstellen müssen, dass auch im digitalen Zeitalter die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft so gelten, wie dies im analogen Zeitalter der Fall war.

José Blanco López (S&D). – Señora presidenta, la economía digital ofrece grandes posibilidades a Europa: ahí nos jugamos nuestro futuro.

Si queremos una economía digital próspera, debemos establecer un marco regulador claro, que aporte seguridad y certidumbre a ciudadanos y empresas, que genere empleo de calidad y no precariedad.

La clave está en la formación, en la mejora continua y constante de las competencias digitales de los trabajadores presentes y futuros para evitar la exclusión. La clave está en un marco regulador claro y en su cumplimiento, atajando las rendijas por las que se cuelan quienes dicen venir a modernizar la economía y solo vienen a vulnerar los fallos en sus normas sin aportar valor.

La clave está en un régimen de protección social y laboral que proteja a los trabajadores por igual, que evite viejas formas de explotación con nuevos ropajes. La clave está en que se paguen los impuestos, como se ha dicho, allí donde se generan los beneficios.

La clave, por tanto, está en hacer de la economía en la red una economía para avanzar hacia una sociedad más justa y sin nuevas ni viejas exclusiones.

Anneleen Van Bossuyt (ECR). – Beste collega's, morgen stemmen we over twee verslagen in verband met de digitale economie, die veel kansen biedt, zowel voor de consumenten als voor de bedrijven. Wij hebben als taak om problemen op te lossen waar ze zich stellen. Soms denk ik echter dat de slinger hier in dit halfroond een beetje doorslaat naar de andere kant. Soms creëren we nieuwe problemen voor nieuwe initiatieven en innovatie. De reden waarom veel grote platformen van buiten de Europese Unie komen, is niet door een gebrek aan regels, maar juist door een teveel eraan. Daarom vind ik dat vergelijkbare online en offline diensten, het is hier al aangehaald, gewoon onderworpen moeten worden aan dezelfde regels.

Wat betreft de aansprakelijkheid en de consumentenrechten ben ik heel tevreden te zien dat de Commissie een reeks workshops organiseert met de lidstaten en met de sector, en ik denk dat het goed zou zijn om het Europees Parlement hier ook bij te betrekken. Dan zouden de collega's misschien zien dat sommige van de regels die nu voorliggen overbodig zijn.

Kaja Kallas (ALDE). – Madam President, many colleagues talk about the collaborative economy, but I will focus on the online platforms. It has become quite trendy that, when something bad happens in society or the economy, the online platforms are blamed. When there is a terrorist attack, then the circus starts: we blame the internet; governments ask for action and require companies to remove content faster.

When do we stop? At what point do we understand that you can take down content, but it will reappear somewhere else – that no filtering technology is able to make moral judgment of what is right and what is wrong? Maybe sometimes it is better that the private companies – especially not European – take a bit more time to decide how to silence free speech.

The European Commission is to be criticised for not proposing anything in the past 15 years on the notice and take-down procedure, but any colleague who thinks that they have found a perfect scapegoat in the internet needs to think more about what is right or what is wrong.

Michel Reimon (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Es scheint eine breite Übereinstimmung darüber zu geben, dass wir Online-Plattformen, digitale Wirtschaft fördern wollen. Aber ich habe manchmal den Eindruck, dass Ziel und Mittel schon durcheinander kommen. Das Ziel, das öffentliche Interesse, das wir damit verfolgen, kann ja ein mehrfaches sein. Wir wollen die hochwertigen Arbeitsplätze in Europa haben, wir wollen die Daten und den Datenschutz in Europa haben, wir wollen natürlich auch die Umsätze, die Gewinne und die Steuerzahlungen in Europa haben – das sind öffentliche Interessen. Und so sollten wir die Förderung der digitalen Wirtschaft gestalten.

Ich habe manchmal den Eindruck, dass die Förderung der digitalen Wirtschaft an sich – Hauptsache, diese Unternehmen sind hier, auch wenn es schlechte Jobs werden, auch wenn sie keine Steuern mehr zahlen, auch wenn wir beim Datenschutz nachgeben – schon zum Ziel für sich wird. Dann würden wir uns mit Deregulierungen mehr schaden als nutzen.

Ich plädiere hier für einen sehr ausgewogenen Zugang. Nicht bei allen Änderungsanträgen sehe ich den gegeben. Ich sehe sogar Anträge, die etwas in Richtung, ja, Zensur, Überwachung und so weiter gehen und dort die einzigen Einschnitte erlauben. Das geht in die falsche Richtung. Wir werden uns genau anschauen, wie die Abstimmungen ausgehen.

Petr Mach (EFDD). – Já musím říci, že mám velkou obavu z nastupující cenzury na internetu. V téhle zprávě o digitálním trhu se po Facebooku chce, aby zintenzivnil boj proti škodlivému obsahu. Chce se tam po EU, aby přijala opatření proti šíření falešných zpráv. Má se bojovat proti on-line šíření nenávistných projevů.

Nedávno jste vydali Marine Le Penovou k trestnímu stíhání za to, že jejím údajným zločinem mělo být, že sdílela na Facebooku fotky ukazující zločiny Islámského státu, a dnes jste jejího otce vydali k trestnímu stíhání za to, že v rádiu měl v rozhovoru říci, že 90 % kriminality páchají migranti nebo potomci migrantů.

Vzpomeňte si prosím na Voltaira, který řekl: „Nesouhlasím s tím, co říkáte, ale do smrti budu bránit vaše právo to říkat“. Neberte lidem svobodu projevu, nesnažte se zregulovat internet. Je to místo, kde se, aspoň v mé zemi v ČR, ještě smí svobodně vyjadřovat názory.

Anne Sander (PPE). – Madame la Présidente, l'économie collaborative recèle un énorme potentiel, et l'Europe a les atouts pour devenir leader dans ce domaine. Cette nouvelle économie numérique permet en effet à de nombreux retraités, jeunes, chômeurs, étudiants ou salariés précaires de trouver un emploi et de compléter leurs revenus.

Nos entrepreneurs inventent tous les jours de nouveaux services et nous devons encourager le développement de ces start-up. Cependant, la question du droit applicable à ces plateformes doit être clarifiée.

L'adjectif collaboratif ne peut pas être un slogan de marketing qui cache, en réalité, un contournement massif des règles sociales, une concurrence déloyale pour nos artisans et nos PME, une tromperie des consommateurs et un évitement de l'impôt. Un cadre équitable est donc nécessaire, et nous attendons avec impatience les mesures concrètes que la Commission proposera à cet égard.

Josef Weidenholzer (S&D). – Frau Präsidentin! Die heutige Diskussion ist eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen des digitalen Binnenmarktes – eines der bedeutendsten und ambitioniertesten Vorhaben der gegenwärtigen Kommission, dessen Umsetzung entscheidend für die wirtschaftliche Zukunft Europas sein wird. Die kollaborative Wirtschaft ist dafür ein treibender Motor. Nicola Danti hat einen umfangreichen und fundierten Bericht vorgelegt.

Für uns Sozialdemokraten sind folgende Punkte besonders wichtig: Es braucht einen Rechtsrahmen, der die Entwicklung dieses Sektors fördert und das Vertrauen der Verbraucher verdient. Das gilt für alle Anwendungsbereiche gleichermaßen – egal ob ich ein Zimmer reserviere, eine Autofahrt buche oder einen Text downloade.

Die kollaborative Ökonomie ist aber nicht nur eine Geschäftsmöglichkeit; vielmehr könnte sie auch als Chance für eine Renaissance der Gemeinwohlökonomie verstanden werden. Vor allem muss sie aber im Einklang mit den legitimen Schutzbedürfnissen der Beschäftigten entwickelt werden und eine faire Entlohnung sicherstellen.

Francesc Gambús (PPE). – Señora presidenta, señor comisario. Hoy es el último día del *roaming*. Hago referencia a ello porque avanzar en la integración del mercado de telecomunicaciones es un camino que va paralelo al mercado único digital. Son hechos que nos entrelazan más como europeos, que hacen más cercano y palpable el proyecto europeo.

El mercado único digital es una oportunidad, sin duda, para la innovación empresarial en Europa. Pero, para ello, debe ir acompañado de un *corpus* legislativo que aporte las mismas normas para todos. Nuestras pequeñas empresas, medianas empresas, nuestros autónomos, es lo único que nos piden: seguridad jurídica y un marco de competencia justa y leal.

La digitalización y las nuevas tecnologías continuarán transformando las formas de comunicación, el acceso a la información y el comportamiento de los ciudadanos y las empresas, y tanto los modelos de negocio tradicionales como los basados en las nuevas plataformas en línea deberán estar atentos no solo a las exigencias tecnológicas sino a todas las nuevas exigencias de los ciudadanos europeos.

Isabella De Monte (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, l'economia collaborativa, se promossa e sviluppata in maniera responsabile, potrà creare nuove opportunità per i consumatori e gli imprenditori e contribuire in modo significativo alla crescita economica dell'Unione europea. Negli ultimi anni questo fenomeno ha conosciuto una rapida crescita in termini di utenti, transazioni e ricavi, ridefinendo le modalità in cui vengono forniti prodotti e servizi in molti settori. Vari sono i modelli imprenditoriali che operano in questo mercato, consentendo lo scambio di beni o servizi in tutto il mondo. Purtroppo la legislazione in materia è ancora frammentata e molto spesso le regolamentazioni delle piattaforme collaborative dipendono da normative locali e nazionali. Occorre quindi sviluppare una strategia europea sulla *collaborative economy* per definire un quadro giuridico che sia chiaro e armonizzato e assicurare il rispetto degli obblighi in materia fiscale. Sarà infine molto importante elaborare norme internazionali più rigorose in materia di protezione sociale e della privacy.

Michał Boni (PPE). – Madam President, I would first like to thank the rapporteurs very much. For some, online platforms represent one of the biggest regulatory challenges. They fall under existing EU regulations such as consumer protection, competition, data protection and e-commerce. I believe this is sufficient.

We do not need one-size-fits-all solutions, because online platforms take various forms: internet search engines, purchasing platforms, platforms for cooperation or sharing of certain goods and services, social media sites. The key issues for the report are transparency, the use of information, the relation between platforms and their suppliers, the conditions of switching between comparable services offered by platforms, and a model of the liability of online intermediaries, including ways to tackle illegal content. But be careful about redundant expectations. Companies cannot play the role previously held by national courts and legislators in judging what is or is not illegal or bad. In a digitally changing world the functions of platforms can be changed every day, so we have to monitor the current situation, checking whether any new rules are needed or not.

Christel Schaldemose (S&D). – Fru formand! Ja, platformsøkonomien rummer et kæmpe potentiale både i forhold til forbrugerne, til udnyttelse af ressourcerne, som er godt for miljøet, og for virksomhederne. Og i vores betænkning fra Danti fremhæver vi da også de mange muligheder, som den digitale økonomi giver os. Men vi socialdemokrater har også sikret, at vi i betænkningen også forholder os til faldgruberne i den digitale økonomi. Den digitale økonomi må ikke blive til et eldorado for virksomheder, som ikke vil betale skat. Platformsøkonomi må ikke blive til et helle for de virksomheder, som vil undgå at beskytte forbrugerne og arbejdstagerne. Ordentlige arbejdsvilkår, fair konkurrence og skattebetaling er noget, vi bliver nødt til at regulere i den digitale økonomi. Det har vi gjort i den analoge, derfor skal vi også gøre det i den digitale. Så vi opfordrer Kommissionen og medlemsstaterne til at turde tage fat på dette. Regulering er den eneste måde at sikre, at den digitale økonomi bliver god for alle.

Michaela Šojdrová (PPE). – Regulace on-line platformů soukromých společností s globálním pokrytím a ekonomickým i politickým vlivem je nesmírně komplexním problémem, se kterým se naše společnost bude potýkat ještě roky, ostatně zpráva kolegů Virkkunenové a Juvin to jasně uvádí.

Šíření falešných zpráv a nenávistných projevů, rozvoj digitální propagandy a současně ekonomické ztráty novinářů a dalších tvůrců kulturního a kreativního obsahu ukazují, že tyto otázky musíme řešit. Vítám proto návrh směrnice o audiovizuálních službách, která se týká i platform na sdílené video, která po platformách vyžaduje rychlé odstraňování škodlivého obsahu. Mladí lidé se dnes na televizi dívají o polovinu méně času než jejich rodiče. Proto je třeba, aby požadavky, které platí pro tradiční televizní vysílání, byly rozšířeny i na platformy digitální. Do budoucna bych také uvítala, aby Evropská komise připravila konkrétní pokyny pro identifikaci a odstraňování škodlivého obsahu.

Catch-the-eye procedure

Seán Kelly (PPE). – Madam President, on the day when we see the end of roaming, it is good to be discussing the digital economy and the next steps forward to make Europe the world leader into the future in this whole area. Having been involved as a rapporteur for the Data Protection Regulation, I am slightly worried that we might go too far and not get the balance right. I am just looking at some of the proposals in the Privacy Directive, and I think they are gold-plating some of the balanced proposals we had in the General Data Protection Regulation (GDPR). The same goes for platforms: we have got to get this right so that the economy can grow and so that consumers are protected, and all the other things mentioned by colleagues, like paying tax, B2B, etc., all have to be done properly, because the Digital Single Market is our way forward in Europe. If we can get it right, maybe the United Kingdom might want to stay, or at least come back in again.

Caterina Chinnici (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la *sharing economy* è una realtà cresciuta rapidamente che può ormai considerarsi un volano per un'economia europea competitiva e che, applicata a prodotti e servizi, può offrire indubbie opportunità per consumatori, lavoratori e imprese. Opportunità cui però si accompagnano una serie di sfide e criticità alle quali occorre far fronte. Infatti, come spesso accade di fronte a nuovi fenomeni, la reazione è stata individuale piuttosto che collettiva. Alcuni Stati, a differenza di altri, hanno tentato di normare il fenomeno a livello regionale o locale, ma questa frammentazione normativa rischia di produrre potenziali distorsioni e fenomeni di concorrenza sleale nell'ambito del mercato unico europeo. È evidente quindi la necessità di un quadro giuridico coerente, che definisca norme minime in materia di difesa della concorrenza, di tutela del consumatore e dei diritti dei lavoratori, di fiscalità e di responsabilità sociale delle imprese. Chiare regole comuni potranno permettere all'economia collaborativa di crescere e dare i suoi frutti a livello occupazionale e sociale.

Stanislav Polčák (PPE). – Souhlasím s tím, co zde bylo řečeno v oblasti digitální ekonomiky, že je to obrovská příležitost do budoucna. Příležitost pro naše podniky a pro spotřebitelé rovněž, ale nesouhlasím s tím, aby byla připravována přílišná regulace tohoto prostředí, protože ta skýtá spoustu rizik.

Vím, že jedna část té legislativy má vlastně již dvě desítky let za sebou, je tudíž poměrně stará v digitálním věku, je to jako 200 let. Na druhou stranu, bojím se toho, abychom skutečně důkladně zvážili, jaké konkrétní předpisy se budeme snažit do té legislativy vtělit, tzn. jaké konkrétní povinnosti.

U autorského práva bych chtěl zdůraznit, že bychom se měli především zaměřit na možnost vypořádání práv pro celý vnitřní trh, ale neměli bychom příliš zasahovat do toho vlastního obsahu. U digitálních médií, tiskovin to je vlastně nemožné. Já se stavím rozhodně proti tomu, aby ty povinnosti byly stejné jako u např. těch terestrických médií.

Claudia Tapardel (S&D). – Doamnă președintă, domnule comisar, dragi colegi, în primul rând doresc să-i felicit pe raportori pentru realizarea unui text consistent și echilibrat. Există deja un consens că economia colaborativă aduce beneficii legate atât de diversificarea ofertei de servicii, cât și de flexibilizarea pieței muncii.

În transporturi, economia colaborativă a avut un efect pozitiv asupra decongestionării și a scăderii tarifelor, iar turismul a cunoscut o adevărată revoluție, în special prin creșterea numărului de tranzacții intermediare de platformele online.

Rămân însă câteva chestiuni care necesită o intervenție rapidă pe plan european. Sunt o mare susținătoare a tuturor oportunităților aduse mediului de afaceri european de către economia colaborativă, dar și o susținătoare a unui mediu concurențial corect. Este nevoie astfel ca economia colaborativă să nu fie folosită ca o modalitate de a evita obligațiile fiscale. Este nevoie de transparență și de colaborare între autoritățile competente și platformele colaborative privind conformitatea cu dispozițiile fiscale și colectarea taxelor. De asemenea, noile oportunități profesionale nu ar trebui să ducă la erodarea aspectelor sociale, iar cadrul legislativ european trebuie să ofere o protecție adecvată tuturor celor care lucrează în cadrul economiei colaborative, indiferent de statutul lor.

Olga Sehnalová (S&D). – Zpráva kolegy Dantiho představuje první krok směrem ke komplexní a vyvážené strategii EU v oblasti ekonomiky sdílení.

Zodpovědný rozvoj sdílené ekonomiky může občanům a spotřebitelům přinést řadu výhod. Zároveň ale není pochyb o tom, že ekonomika sdílení může mít významný dopad na zavedené modely podnikání v mnoha odvětvích, jako je doprava či ubytování, které podléhají pravidlům. Podnikatelé, spotřebitelé, ale ani dozorové orgány dnes často nemají jasno, jak v některých oblastech uplatňovat stávající právní předpisy. Je proto nezbytné zabývat se šedými zónami v oblasti regulace, zamezit vyhýbání se daňovým předpisům a zajistit vysokou úroveň ochrany spotřebitelů. Podporuji také návrhy na posílení aspektů sociálních otázek, včetně ochrany pracovníků, sociálního zabezpečení či výzvy k užšímu zapojení sociálních partnerů.

(End of catch-the-eye procedure)

Pierre Moscovici, Member of the Commission. – Madam President, the Commission welcomes the Parliament's own-initiative reports on the collaborative economy and platforms debated today under the digital economy. This debate, as you know, is only a first step in what should be a continuous and joint effort between the institutions to credibly respond to the many and decisive emerging and future challenges that the rise of the platform-intermediated economy will raise.

Having said that, we cannot forget that platforms do not operate in a legal vacuum, and that an effective enforcement of existing legal instruments should be the default course of action. An innovation-friendly approach is clearly in the interests of existing as well as new platform firms. Consumer protection, competition, law and data protection legislation are particularly important in this regard. This is why I welcome your timely deliberations, exchanges and reports.

Nicola Danti, relatore. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, grazie ai colleghi che sono intervenuti, grazie al Commissario per l'attenzione che ha dimostrato la Commissione, ma soprattutto per un punto che lui ha detto e che vorrei sottolineare. Bene, cominciamo subito a lavorare su un tema specifico, su un tema importante, quello della definizione e della distinzione netta tra operatori professionali e operatori non professionali. È un primo tema su cui potremmo immediatamente lavorare e trovare delle linee guida che servano a orientare il dibattito, a orientare giuridicamente il quadro europeo.

Io penso che dobbiamo evitare un dibattito tra chi è per un eccesso di regolazione e chi pensa che il libero mercato possa garantire e basta. Io penso che dobbiamo invece lavorare a un quadro europeo perché, se le regole che abbiamo oggi fossero state sufficienti, non ci saremmo trovati oggi con 28 legislazioni nazionali, con 100 legislazioni regionali, con ogni città che decide come meglio crede rispetto ai temi e alle sfide che l'economia collaborativa, in alcuni settori in particolare, mette in evidenza.

Allora io penso che dovremmo ragionare su questo, su come noi possiamo aiutare l'economia collaborativa a essere un punto di forza dello sviluppo dell'Unione europea. Noi abbiamo delle peculiarità nella nostra economia collaborativa, abbiamo delle piattaforme piccole molto radicate sul territorio. Facciamo di questo un punto di forza, diamogli la forza di potersi sviluppare. Questa passa sicuramente da un quadro normativo più omogeneo e passa anche da risorse e da capitale di rischio che noi dovremo mettere in campo.

Questa è la sfida che abbiamo. È una sfida difficile. Alle piattaforme europee non mancano né l'intelligenza, né la creatività, né l'innovazione, né le capacità tecnologiche. Serve la fiducia delle istituzioni europee, serve uno stimolo per fare meglio e per affermarsi nel mondo intero.

Henna Virkkunen, esittelijä. – Arvoisa puheenjohtaja, haluan kiittää kaikkia kollegoja ja valiokuntien edustajia sekä erityisesti tietysti kanssaesittelijää Juvinia tästä työstä ja hyvästä keskustelusta.

Täällä aika moni puheenvuoroissaan vaati ja edellytti uutta lainsäädäntöä. On aivan selvää, että digitaalinen talous tuo meille uudentyyppisiä haasteita, mutta välttämättä oikea ratkaisu ei ole aina lisätä lainsäädäntöä, vaan on tärkeää arvioida olemassa olevaa lainsäädäntöämme ja varmistaa, että se toimeenpannaan asianmukaisesti eri jäsenmaissa.

Esimerkiksi kilpailulainsäädäntö on erittäin tärkeä väline silloin, kun puhutaan isoista verkkoalustoista, mutta sen toimeenpanoa on nopeutettava ja näiden tapausten ratkaisua on nopeutettava digitaalisessa maailmassa. Tässä komissio on toiminut ihan oikeaan suuntaan. Toinen erittäin tärkeä direktiivi meille on sähköisen kaupankäynnin direktiivi, jossa jo nyt selkeästi määritellään, että jos sisältö on laitonta, alustojen on poistettava se. Tässä täytyy nyt huomioida se, että eri jäsenmaissa vähän erilaiset asiat on määritelty laittomaksi. Esimerkiksi tällä hetkellä iso haaste meillä on vihapuhe. Sen määrittely eri jäsenmaissa on osoittautunut hyvin erilaiseksi, ja alustoillekin on hyvin vaativa tehtävä muutamassa tunnissa tehdä ratkaisu, mikä on vihapuhetta, mikä ei. Tässä meidän täytyy löytää oikea tasapaino, ettemme vaaranna sananvapautta, mutta kuitenkin varmistamme luotettavan ja oikean sisällön. Tässä myös alustat voivat ottaa itselleen paljon vastuuta ja arvioida omia toimintatapojaan.

On selvää, että kuluttajia täytyy suojella asianmukaisesti, mutta uskon, että ennen kaikkea meidän täytyy satsata siihen, että kansalaisilla on hyvät valmiudet toimia myös digitaalisessa maailmassa. Se tarkoittaa sitä, että koulutuksemme pitää olla hyvällä tasolla, niin että ihmisillä on kyky arvioida niitä tuotteita ja palveluja, joita heille tarjotaan niin digitaalisessa maailmassa kuin muutoinkin, ja että heillä on mahdollisuus aidosti valita ja tehdä ratkaisuja. Tässä totta kai myös verkkoalustojen oma läpinäkyvyys on tärkeässä roolissa. On tärkeää, että löydämme hyvän tasapainon sen välillä, missä tarvitaan lainsäädäntöä ja mitkä asiat voidaan puolestaan ratkaista hyvällä yhteistyöllä verkkoalustojen kanssa.

Philippe Juvin, rapporteur. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, en 1911, à Paris, il y a eu une grève des cochers de fiacre. Ils se sont mis en grève parce qu'ils ont vu des taxis automobiles arriver sur le marché. Selon eux, le monde s'écroulait, parce que cela allait ruiner tout le monde. Eh bien, non! Aujourd'hui, il y a une industrie automobile en Europe. Les cochers de fiacre avaient tort.

Quand j'ai entendu tout à l'heure M^{me} Troszczynski, députée du Front national, qui est d'ailleurs partie – elle est venue 60 secondes aujourd'hui et elle est déjà partie, mais je vais quand même lui répondre –, nous expliquer que les plateformes Google ou Facebook, c'est la barbarie – c'est le nom qui a été utilisé par un autre de ses collègues – et que cela ne peut plus fonctionner ainsi, elle n'a rien compris. Pardon, mais les plateformes sont la clé de l'économie moderne. Il n'en reste pas moins que notre rôle, aujourd'hui, est de faire en sorte qu'il y ait des règles.

Monsieur le Commissaire, permettez-moi de ne pas être tout à fait d'accord avec vous. C'est vrai, vous avez raison quand vous dites qu'il n'y a pas de vide juridique, il y a des lois, heureusement, mais il me semble qu'un certain nombre de ces lois, aujourd'hui, ne fonctionnent pas. Aujourd'hui, si vous tapez Dar al-Islam sur Google, en première page, vous avez le journal de Daech qui vous explique comment on tue quelqu'un, comment on fait un attentat, etc. Au mois d'octobre, j'ai écrit à Google pour qu'ils retirent cette page – pardonnez-moi, ce n'est pas de la censure – et la page existe toujours.

Par conséquent, je pense qu'il y a un problème et qu'il faut trouver des solutions. Ces solutions, je ne les connais pas, mais, comme l'a dit Henna Virkkunen, il faut au moins que nous évaluions l'efficacité de nos législations actuelles. La plupart sont inadaptées. Nous ne voulons pas forcément légiférer, mais nous voulons des règles. Ce sera peut-être de l'autorégulation, mais il faudra en tout cas quelque chose d'intelligent.

Je partage aussi les préoccupations des uns et des autres. M. Kelly a eu raison tout à l'heure de dire: «surtout pas de surréglementation». Il ne faut pas passer d'un système avec une législation inadaptée à un système qui créerait des usines à gaz. Il a raison. Il ne faut pas de surréglementation, mais il faut trouver des solutions parfois législatives à des sujets qui sont fondamentaux.

Si nous ne faisons pas cela, nous n'aurons pas de marché unique numérique européen, nous aurons loupé une étape en Europe, nous n'aurons pas de champions européens. C'est tout simplement cela l'objet de ce rapport.

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Thursday, 15 June 2017.

Written statements (Rule 162)

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Il concetto di «economia collaborativa» è quanto mai multiforme e mutevole, pur basandosi su due criteri fondamentali ben noti: il libero scambio di beni e servizi e l'utilizzo di internet. Ma tale modello economico, nelle forme della sharing economy on demand, del consumo collaborativo e del capitalismo basato su crowdfunding, essendo legato indissolubilmente, alla economia dello scambio ed alla tecnologia, mette ormai in comunicazione offerta e domanda in tempo più che reale ed agevola sì le transazioni, ma ne resta influenzato da pregi e difetti, connaturati in tali strumenti. È indubitabile infatti, che ci spostiamo verso un modello di economia predittiva, nella quale il consumatore finale è chiamato – direi per necessità – ad adottare sistemi di collaborazione, nei quali crede di ritrovare il senso di maggiore fiducia nell'accesso al mercato finanziario e fiscale. Ancora una volta, quindi, questi nuovi fenomeni economici, che si spingeranno presto fino al barter trading più spinto, denotano rifiuto e diffidenza verso l'Unione bancaria, che non ha ancora risolto le sfide cruciali di sicurezza, privacy dei dati, tutela dei consumatori e concorrenza leale.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), *in writing*. – I support the enhancement of the collaborative economy, as it provides citizens with further possibilities for flexible working arrangements and additional sources of income, which are very important mainly for young people, part-time workers, seniors and other workers threatened by exclusion.

However, the business models of collaborative platforms must be unquestioningly in compliance with the existing legal framework. Although I see a rapid growth and increasing importance of the collaborative economy, I am not convinced our legislation entirely responds to the challenges of this sector. Therefore I call for further optimisation of the legislation, in order to maintain the high level of protection of all stakeholders involved. Moreover, we need a clear system of rules that would prevent risks of tax avoidance and unfair competition towards traditional sectors and incumbent actors.

On the other hand, in order to fully benefit from the potential of the collaborative economy, the EU should promote a culture of sharing and assist providers of collaborative platforms to gain the trust of mass markets. The collaborative economy leads to more effective usage of resources. For example, shared car rides do not just help to reduce traffic jams and tackle the problem with parking in cities, but are also more eco-friendly.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Nie ulega żadnej wątpliwości, iż w ostatnich latach nastąpił niezwykle dynamiczny rozwój gospodarki dzielenia się, co doprowadziło do istotnej zmiany sposobu dostarczania produktów i usług. Ten typ gospodarki stwarza wiele możliwości dla europejskich konsumentów, którzy odnoszą korzyści z większej konkurencji, usług dostosowanych do potrzeb, większego wyboru i niższych cen. Jednocześnie jednak tak zwana współkonsumpcja stała się wyzwaniem dla modeli gospodarczych o ugruntowanej pozycji w wielu sektorach takich jak transport, zakwaterowanie, gastronomia, usługi, sprzedaż detaliczna i finanse. W związku z tym pojawiły się żądania jak najszybszego stworzenia szczegółowych regulacji dla gospodarki dzielenia się.

W moim przekonaniu konieczna jest jednak przede wszystkim refleksja nad tym, w jaki sposób z jednej strony zachować uczciwe warunki konkurencji wszystkich podmiotów na wolnym rynku, a z drugiej strony nie doprowadzić do ograniczenia czy nawet likwidacji współkonsumpcji. Warto również pamiętać, że gospodarka dzielenia się w Europie ma szereg specyficznych cech związanych m.in. ze strukturą europejskiego biznesu złożonego w głównej mierze z mikroprzedsiębiorstw i MŚP. Dlatego przestrzegam przed konsekwencjami zbyt rygorystycznej regulacji nowych modeli biznesowych, które dla mniejszych podmiotów byłyby niezwykle trudne do udźwignięcia.

Jarosław Wałęsa (PPE), *na piśmie*. – Szybki rozwój gospodarki dzielenia się (ang. collaborative economy), nazywanej również gospodarką społecznościową lub konsumpcją społecznościową, zmienił sposób funkcjonowania rynku w zakresie dostarczania produktów i usług. Pojęcie gospodarki społecznościowej jest bardzo szerokie i obejmuje zakres działań oparty na różnych modelach biznesowych opartych na współpracy, także na zasadach niekomercyjnych. Skutkiem tego jest zatarcie się tradycyjnej granicy między konsumentem a dostawcą, pracownikiem a osobą samozatrudnioną, a także profesjonalnym i nieprofesjonalnym świadczeniem usług. Stanowi to wyzwanie dla prawodawstwa unijnego w wielu aspektach. Jednym z pozytywnych wpływów gospodarki dzielenia się jest zrównoważony pod względem środowiskowym i społecznym rozwój ekonomiczny. Aby utrzymać taki rozwój konieczne jest zapewnienie ochrony konsumentów niezależnej od poziomu profesjonalizacji dostawcy usługi. Równie ważna jest ochrona pracowników przedsiębiorstw, którzy ze względu na nietypowy charakter prawny wykonywanej działalności mogą dotychczas nie podlegać odpowiednim prawom pracowniczym. Należy ustanowić jednolite normy prawne w zakresie prawa podatkowego, aby uniknąć możliwości powiększania się szarej strefy i nieuczciwej konkurencji z podmiotami działającymi na rynku w sposób legalny.

Odpowiedzialne rozwijanie gospodarki społecznościowej może przynieść wiele korzyści konsumentom, którzy skorzystają na zwiększonej konkurencji, jak również pracownikom dzięki powstaniu nowych miejsc pracy. Dlatego ważne jest, aby zapewnić temu sektorowi możliwość dostępu do kapitału niezbędnego do rozwoju i konkurencji transgranicznej.

21. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll

22. Zusammensetzung der Ausschüsse und der Delegationen: siehe Protokoll

23. Besteuerung von Häfen (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the Commission statement on the taxation of ports (2017/2704(RSP)).

Pierre Moscovici, *membre de la Commission*. – Madame la Présidente, Mesdames et Messieurs les députés, la Commission est d'accord avec le Parlement, l'investissement dans les ports est crucial pour notre économie. Les règles relatives aux aides d'État facilitent ce processus plus qu'elles ne s'y opposent.

Tout d'abord, je tiens à clarifier un point important, à savoir que les règles relatives aux aides d'État s'appliquent aux aides qui faussent la concurrence. Par conséquent, le contrôle exercé par la Commission se limite à l'activité économique des ports. La Commission n'a ni le pouvoir, ni l'intention d'empêcher les États membres de dédommager les ports pour le coût des missions relevant des prérogatives de la puissance publique. Cela s'applique par exemple à la sécurité ou – c'est dans le sens de mon portefeuille – aux activités liées aux contrôles douaniers ou à la police. Une telle compensation n'est tout simplement pas une aide d'État.

Cependant, même lorsque l'aide concerne des activités économiques, les règles relatives aux aides d'État permettent de faciliter l'investissement. Récemment, la Commission a défini, dans le règlement général d'exemption par catégorie, des critères clairs qui permettent aux États membres de soutenir la réalisation de certains investissements dans les ports sans demander l'autorisation préalable de la Commission. Le nouveau règlement s'applique indifféremment à tous les ports, qu'ils soient sous le contrôle d'actionnaires privés ou d'actionnaires publics. Il se fonde sur la pratique décisionnelle bien établie de la Commission en matière d'aide à l'investissement dans les ports.

Dans tous les cas qu'elle a traités à ce jour, la Commission a approuvé l'aide d'État, après avoir vérifié qu'elle était limitée au strict nécessaire pour générer l'investissement.

Le nouveau règlement procure maintenant aux États membres davantage de clarté et aussi davantage de souplesse lors de l'octroi d'aides aux ports. Les États membres peuvent effectuer des investissements publics à hauteur de 150 millions d'euros dans les ports maritimes et jusqu'à 50 millions d'euros dans les ports intérieurs, avec une sécurité juridique désormais totale. Les autorités publiques peuvent également financer les coûts de dragage, ainsi que les voies navigables d'accès.

Le règlement sur les services portuaires, qui est entré en vigueur le 24 mars dernier, a introduit, en outre, une exigence de transparence financière, qui a facilité l'inclusion des investissements portuaires dans le règlement général d'exemption par catégorie que je mentionnais.

Vous le voyez, la Commission a donc récemment beaucoup facilité les investissements dans les ports dans le cadre des règles relatives aux aides d'État, mais, vous le savez, elle est dans son rôle quand elle fait en sorte de garantir des conditions de concurrence équitables, une concurrence loyale, dans ce secteur économique qui est tout à fait significatif. C'est pourquoi la Commission effectue un examen plus attentif des exonérations de l'impôt sur les sociétés pour les ports publics et privés.

Ces exonérations sont très différentes des aides à l'investissement que la Commission facilite. En effet, elles ne sont pas ciblées sur le financement de certains investissements, de certains coûts. Elles ne sont pas transparentes, pas plus qu'elles ne poursuivent un objectif d'intérêt général, tel que la promotion de la mobilité ou du transport multimodal. En fait, l'économie d'impôt – et c'est bien là le problème – peut être utilisée pour tout type d'activité.

Ces exonérations, d'après nous, ne sont pas non plus adaptées aux besoins, étant donné qu'elles ne sont pas limitées à ce qui est nécessaire pour réaliser l'investissement qui, encore une fois, est l'aspect vertueux de l'économie portuaire.

Au contraire, les exonérations de l'impôt sur les sociétés sont proportionnelles aux bénéfices. Cela a d'ailleurs un effet tout à fait paradoxal, qui est que les petits ports déficitaires, ces ports qui ont vraisemblablement le plus besoin de soutien, sont privés de tout avantage, tandis que les grands ports, qui sont les plus rentables, en retirent le plus grand bénéfice. C'est un peu le monde à l'envers, et cela ne semble ni justifié, ni équitable.

En tant que gardienne des traités, la Commission doit précisément garantir des conditions de concurrence équitables dans le marché intérieur. C'est la raison pour laquelle nous étudions les exonérations de l'impôt sur les sociétés pour les ports de manière plus détaillée.

Bien entendu, la Commission traite tous les États membres sur un pied d'égalité lorsqu'elle applique les règles relatives aux aides d'État. Les enquêtes, qui ont commencé en 2013, ont montré que la plupart des États membres soumettent les activités économiques de leurs ports au régime normal de l'impôt sur les sociétés. La Commission étudie actuellement le régime fiscal dans plusieurs États membres où ce n'est pas le cas.

Ces enquêtes n'en sont pas toutes au même stade. La raison en est que la Commission n'a pas été informée en même temps des mesures fiscales dans les différents États membres. Par exemple, elle a pris connaissance des dispositions fiscales aux Pays-Bas à l'occasion d'une enquête plus large portant sur l'exonération fiscale pour les entreprises publiques, quelques années avant qu'elle n'ait connaissance de mesures similaires s'appliquant aux ports dans d'autres États membres.

La Commission a également concentré son action sur les États membres dans lesquels des problèmes de concurrence justifiaient une action rapide. Elle a bien progressé dans ses enquêtes sur les ports français et belges. Elle a également avancé dans le cadre de l'examen des éventuels avantages fiscaux en faveur des ports dans d'autres États membres. Aucune décision finale n'a encore été adoptée dans ces affaires.

Je suis parfaitement conscient, ainsi que ma collègue Margrethe Vestager, que je représente ici, des demandes de ce Parlement appelant la Commission à divulguer les réponses des États membres à nos questions sur les ports et la fiscalité. Je tiens à souligner que les informations que les États membres fournissent à la Commission au cours des enquêtes relatives aux aides d'État sont protégées et confidentielles, en particulier tant que la Commission n'a pas mis un point final auxdites enquêtes.

Bien entendu, la Commission reste déterminée à expliquer l'approche qu'elle applique aux ports à ce Parlement, comme je le fais aujourd'hui. Elle informera le Parlement européen dès qu'elle aura achevé les enquêtes complémentaires sur les exonérations fiscales en faveur des ports. Elle se tient aussi prête à vous expliquer comment elle facilite les investissements dans les ports, comme elle l'a fait dans le règlement général d'exemption par catégorie, ainsi que dans de nombreuses affaires d'aides d'État.

C'est pourquoi je vous remercie d'avoir soulevé cette question, qui, je pense, permet d'apporter toutes les clarifications utiles, en tout cas toutes celles qui sont possibles à ce stade, et j'attends bien sûr avec beaucoup d'intérêt le débat qui va suivre.

Wim van de Camp, *namens de PPE-Fractie*. – De dag loopt ten einde, maar we moeten nog even een taai stukje kost verwerken op dit moment. Ik dank de commissaris voor zijn tussenantwoord – zo zou ik het willen omschrijven – want ik begrijp dat we nadere informatie krijgen. Toch ben ik wel een beetje in de war. Aan de ene kant zegt hij: we zijn niet klaar, maar we hebben al wel een procedure gestart tegen Nederland, België en Frankrijk. Op wat voor grond is dat dan gebeurd? De resultaten van de enquête uit 2013 die kennen wij niet, die zijn ook vertrouwelijk. Dat begrijp ik tot op zekere hoogte, hoewel het voor het Parlement dan erg moeilijk is om te kunnen beoordelen wat er precies gebeurt. En voorzitter, ik begrijp best dat staatssteun aan havens een gevoelig onderwerp is. We zijn daar nu eigenlijk al decennia lang mee bezig: wat mag wel en wat mag niet? Wij als EVP-fractie zijn op zich verheugd dat de algemene uitzondering is vergroot, dat er dus minder snel sprake is van staatssteun, maar ik heb wel zeer grote behoefte aan het totaaloverzicht en daarom nogmaals mijn vraag: waarom al wel gestart met drie procedures, terwijl het onderzoek in totaliteit nog niet klaar is? Dank u zeer.

Kathleen Van Brempt, *namens de S&D-Fractie*. – Commissaris, allereerst bedankt voor uw antwoord, hoewel ik toch een beetje op mijn ... blijf zitten. Het landschap van de havens in Europa is enorm divers. Je hebt grote havens, je kleine havens, je hebt ook grote havens in kleine lidstaten, je hebt ook kleine havens in grote lidstaten. Je hebt havens in handen van het publiek, dus van de overheid, private havens, en alles wat daar tussen zit en ook heel veel verschillende fiscale systemen. Dat is de diversiteit van ons havenlandschap en ik heb alle begrip voor de Commissie die absoluut haar taak moet volbrengen om ervoor te zorgen dat er geen oneigenlijke staatssteun is, dat er een level playing field is, maar dan moet je dat ook wel echt toepassen. Vandaag, zoals mijn collega al zei, een inbreukprocedure tegen Frankrijk, België en Nederland, die niet gebaseerd is op een level playing field en een goede discussie waar het nu echt om gaat, en dat is niet oké. Dus ik denk dat het belangrijk is dat de vragenlijst die de Europese Commissie gestart is, leidt tot een heel breed onderzoek, en dat we een echte discussie hebben over de vraag hoe we onze havens willen runnen. Ik denk dat het ongelofelijk belangrijk is dat we ons niet op een paar lidstaten richten, maar dat we alle havens op een zelfde niveau behandelen en dat we ervoor zorgen dat er ook andere criteria aan de orde zijn, met name ecologische, sociale criteria, ervoor zorgen dat we een heel goed logistiek systeem hebben. Ik denk dat de Commissie de inbreukprocedure tegen die drie lidstaten op een andere manier moet bekijken en dat zij nu moet zorgen voor een echt level playing field in het debat.

Mark Demesmaeker, *namens de ECR-Fractie*. – Dank u, meneer Moscovici, ik heb heel goed naar u geluisterd, maar ik moet mij voor een groot deel aansluiten bij de vorige sprekers. De Commissie heeft zich, met de collega Vestager op kop, altijd een fervent verdedigster getoond van een vrije markt met eerlijke concurrentie. Als een echte “Iron Lady of Danmark” ging mevrouw Vestager het gevecht aan met multinationals, met kartels, met oneerlijke bedrijven. Maar vandaag, in dit dossier, stel ik vast dat haar ijver het omgekeerde effect heeft. In een procedure tegen drie lidstaten meent ze dat de lidstaten de haveninstellingen moeten belasten alsof het louter commerciële bedrijven waren. Dat is een kwalijke beslissing die tewerkstelling, groei en investeringen in onze Vlaamse en Europese havens fnuikt. En ik vraag me af of dit een heimelijke strategie is om zich te kunnen mengen in de fiscaliteit van de lidstaten of dat het echt de bedoeling is om onze havens ten grond te richten. Onze havenbedrijven voeren wel degelijk publieke taken uit en daarom kunnen de staatssteunregels niet zonder meer worden toegepast. Met die houding brengt u de internationale concurrentiepositie van onze havens in het gedrang ten voordele van Shanghai, van Singapore, Hongkong enz. En dat u drie landen bestraft voor een praktijk die in de hele EU wordt toegepast, is selectief en anti-Europees.

Gesine Meissner, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Herr Kommissar, vielen Dank für Ihre Vorstellung. Es ist tatsächlich so: Was lange währt, wird endlich gut. Wir haben längere Zeit, mehrere Jahre über das Dienstleistungspaket für die Häfen in Europa gesprochen und über das sogenannte *port package 3*, das wir vor Kurzem abgeschlossen haben. Und es ist tatsächlich so, dass eine Bedingung vom Parlament gewesen ist, dass wir gesagt haben: Es muss bitte die Gruppenfreistellungsverordnung kommen. Es müssen die Häfen freigestellt werden – alles andere wäre schlecht für unsere Wettbewerbsfähigkeit. Übrigens geht es hier um alle europäischen Häfen, nicht nur um niederländische. Man könnte nach den ersten drei Sprechern, die alle aus den Niederlanden kommen, fast meinen, es geht hier nur um die Niederlande, die natürlich viele Häfen haben, vollkommen klar – aber haben wir in Deutschland auch. Ich finde, es ist sehr gut gelungen, was jetzt gekommen ist – ich rede jetzt ganz bewusst nicht über die Steuern, sondern über die Gruppenfreistellungsverordnung, die wir nun wirklich angestrebt haben.

Ich finde gut, dass man jetzt genau weiß, was die öffentliche Hand in welcher Höhe in die Infrastruktur investieren kann, ohne irgendwelche Konzessionen einholen zu müssen, und das ist festgelegt: 150 Millionen Euro können das pro Jahr in Seehäfen und 50 Millionen in Binnenhäfen sein – die sind auch erfasst, das erleichtert die Sache ungeheuer und ist wirklich ein Stück Bürokratieabbau.

Ich finde es auch gut, dass man nicht mehr unterschieden hat zwischen Erstausbaggerung und Unterhaltsbaggerung. Natürlich spielt auch eine große Rolle – oder ist wichtig und begrüßenswert –, dass man jetzt nicht mehr bestraft und es auch freistellt, wenn Wasserwege in die Häfen oder von den Häfen ausgebaggert werden, ebenso wie auch Investitionen in den Anfang der Hafen-Hinterlandanbindung, nämlich zum Beispiel Schienen und Autobahnen, die direkt aus den Häfen herausführen.

Ich finde es außerdem auch noch begrüßenswert, dass in diesem Fall die Infrastruktur für alternative Kraftstoffe und Investitionen, die man dort tätigen will für Schiffe, für Landstrom zum Beispiel oder auch für LNG, ebenfalls von der Freistellung erfasst ist. Was ich schade finde, ist, dass man in diesem Fall immer noch keine Abgrenzung zwischen öffentlicher und allgemeiner Infrastruktur bei den Beihilfen getätigt hat. Das ist nach wie vor unklar, das würde die Sache noch mehr erleichtern. Aber insgesamt ist die Wettbewerbsfähigkeit unserer Häfen entscheidend gestärkt.

João Pimenta Lopes, *em nome do Grupo GUE/NGL*. – Senhora Presidente, é em nome da mirífica concorrência e da liberalização do mercado único que a Comissão assume protagonismo intervencionista sobre decisões que só aos Estados competem, na definição daquilo que devem ser as suas políticas de desenvolvimento soberano.

Mais do que a discussão sobre aquelas decisões, o que deveria motivar o debate são as consequências e os prejuízos para os Estados que decorrem da privatização de um setor estratégico para a economia, a atividade portuária, ou as nefastas consequências dessa concorrência no contexto nacional, ou o assalto que os senhores promovem às condições laborais dos trabalhadores dos portos, nomeadamente da estiva, impondo a precariedade, roubando direitos e salários, ao mesmo tempo que as empresas que aí operam acumulam lucros para os acionistas, que não são reinvestidos no desenvolvimento do país.

Bem pode querer a Comissão assumir-se como um paladino da justiça: sabemos as responsabilidades que tem na imposição das políticas de austeridade, das privatizações, da destruição dos aparelhos produtivos dos países e do assalto aos direitos dos trabalhadores.

Karima Delli, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Madame la Présidente, M. Moscovici est parti, j'espère que vous prenez note, parce que ce que je vais dire est important.

La Commission reproche aux Pays-Bas, à la Belgique et à la France d'avoir un régime fiscal trop favorable à leurs ports, puisque ces trois pays les exonèrent de l'impôt sur les sociétés. Jusque-là – je m'adresse à la Commission –, vous faites votre travail: appliquer la législation européenne, soit! Mais vous aviez adressé des questionnaires aux États membres pour établir, pour chacun d'entre eux, un état des lieux concernant la soumission des ports à l'impôt sur les sociétés. C'est là que commence le problème. Pourquoi refuser à tout prix d'en communiquer les résultats? Nous sommes le Parlement. Pourquoi un tel manque de transparence? Ce silence n'est pas sans conséquence, car il attise les suspicions.

Pourquoi commencer par les Pays-Bas, puis la Belgique, puis la France et pas les autres? Surtout, pourquoi ne pas opter pour une démarche plus politique en mettant tous les États membres concernés autour de la table afin de réfléchir ensemble à ce que devrait être la fiscalité des ports? Tout simplement parce que, Messieurs, je vous le dis, les ports, ce ne sont pas des entreprises comme les autres, tout simplement.

Angelo Ciocca, *a nome del gruppo ENF*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, almeno alle dieci di sera mi auguro che quest'Aula possa rendere semplici le cose semplici e non renderle sempre complicate.

Per rispettare il valore storico mercantile ed economico dei porti servono ovviamente azioni concrete. Provo a dirne tre. Sicuramente serve difendere i nostri porti, cioè dire stop all'utilizzo dei nostri porti italiani come portone di accoglienza alla clandestinità. Serve anche aprire un'inchiesta in virtù di quanto ha attestato la Corte dei conti europea sul porto di Rotterdam; vorrei ricordare l'audit 23 del 2016 che dice che nel porto di Rotterdam non vengono applicati i controlli necessari sulle merci in arrivo, e quindi su questo serve aprire un'inchiesta, lo dico la Commissione. L'altro tema è: lasciare le tasse a chi? Lasciare le tasse ovviamente dei porti al porto per i servizi di quel porto. Non è pensabile spremere, saccheggiare la virtù, ad esempio del porto di Genova, a svantaggio del porto per distribuire su altri porti meno efficaci, meno capaci.

(The sitting was suspended for a few moments)

Ivo Belet (PPE). – Ik ga in het Nederlands spreken. Ik ben al – nee, nog maar – vijf seconden kwijt. Bij dezen.

Commissaris, havens en havenbedrijven zijn, denken we, geen economische spelers zoals andere bedrijven en hebben wel degelijk en bredere opdracht. Het zijn publieke bedrijven die wel degelijk tot doel hebben het algemeen belang te behartigen, zonder winst oogmerk. Ik denk dat we alles op alles moeten zetten om onze Europese havens – de grote en de kleine, ook in Nederland en Frankrijk en ook in België – nog sterker te maken.

Intussen denk ik, als ik dat even mag vermelden, dat we ook oog moeten hebben voor andere evoluties in het havendomein die momenteel aan de gang zijn. Kijk, mijnheer de commissaris, wat er in Griekenland gebeurt met de haven van Piraeus: die is onlangs voor meer dan de helft overgenomen door een Chinees overheidsbedrijf. Het zou dus goed zijn dat de Commissie ook dergelijke dossiers onder handen neemt en zich concentreert op dergelijke toestanden waarbij vitale overheidsinfrastructuur in Europa, in Europese transportbedrijven, in handen komt van niet-Europese overheden. In het recente beleidsdocument van de Europese Commissie over de globalisering kondigt de Commissie maatregelen aan in deze zin. We zouden graag hebben, commissaris, dat de Commissie zich ook daarop zou concentreren, dat ze, zoals hij zelf zei, de nodige souplesse aan de dag zou leggen en er alles aan zou doen opdat onze havens internationaal zo sterk mogelijk staan.

Bogusław Liberadzki (S&D). – Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzu! Nie jestem Holendrem, nie będę ubolewał szczególnie, że trwa dochodzenie w sprawie portów holenderskich, belgijskich czy francuskich. Natomiast niewątpliwie będzie mniej interesować metodologia zastosowana przez Komisję, w jaki sposób przebiega dochodzenie, co należy ustalić, jakie będą ustalenia, dlaczego.

Zgadzam się tutaj z kolegami przedmówcami, że port morski to nie jest czysty żywy biznes. To są usługi, to jest obiekt, który reprezentuje ogólny interes gospodarczy. Po drugie, jest to część składowa systemu transportowego, a my chcemy rozwijać łańcuchy transportowe morze-ląd; co więcej, poprzez autostrady morskie chcielibyśmy część tego systemu przenieść na morze. W związku z tym inwestycje w portach morskich interesują mnie przede wszystkim z punktu widzenia infrastruktury. Infrastruktura nie jest tym najbardziej wymarzonym czynnikiem przynoszącym wielkie zyski, infrastruktura ma być dostępna za rozsądną cenę, gdyż służy ona podwyższeniu konkurencyjności gospodarki. Przecież taka jest misja transportu: zwiększać konkurencyjność gospodarki Unii Europejskiej. Chciałbym także, żeby w naszej polityce w kwestii opodatkowania zwracano uwagę na równowagę geograficzną i potrzeby słabszych regionów.

Renaud Muselier (PPE). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, les ports – vous le savez, tout cela a été dit sur tous ces bancs – ne sont pas des entreprises comme les autres. En réalité, ce ne sont pas des entreprises.

Du fait de leur emplacement stratégique, les autorités portuaires françaises soutiennent des missions de service public en remplissant des missions régaliennes cruciales. Dans cet hémicycle, d'ailleurs, tout le monde est d'accord: aménagement du territoire, police de la navigation, lutte contre le terrorisme, garantie d'accès pour les opérateurs de transport, via le dragage, notamment. Toutes ces activités propres à la puissance publique ne sauraient être effectuées par des entreprises.

C'est d'ailleurs pourquoi les cosignataires, dont je fais partie, avec des Français, des Belges et des Néerlandais, ont déposé une question orale sur la fiscalité des ports le 13 mars. Nous attendons aujourd'hui une réponse de votre part qui aille dans notre sens et, malheureusement, ce n'est pas le cas.

Pour nous, les exonérations de l'impôt sur les sociétés dont bénéficient les ports européens sont légitimes et souhaitables. Sur la méthode de travail de la Commission, comme sur le fond, tout est à revoir.

Monsieur le Commissaire, pourquoi ne pas publier le résultat des questionnaires envoyés aux autorités fiscales françaises, belges et néerlandaises? Pourquoi ne s'intéresser qu'au sort de trois États membres sur les vingt-huit, sans plus de justification? Demain, ce sera le tour de l'Espagne, puis de l'Italie?

Voilà ma réponse: sur les quatre plus grands ports, trois, qui représentent à eux seuls 72 % de parts de marché, sont concernés par l'enquête. Un seul État sort indemne de cette histoire. Lequel? L'Allemagne, avec le port de Hambourg.

Le président Juncker avait annoncé au début de son mandat que la Commission serait plus politique et plus pragmatique. En effet, je constate que la Commission vient de prendre une décision éminemment politique, basée sur une technocratie au service de l'Allemagne.

Vous avez mené une enquête à charge, et je vous demande de revoir votre copie. Je viens d'ailleurs de saisir le président de la République française et les ministres concernés, dont un est cosignataire de cette question orale.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, I come from the island of Ireland, and we have many great ports in my own constituency. We have ports like Rosslare, Waterford, Cork and Shannon Foynes, which is one of the most naturally deep-water ports in the world. Our ports have a huge role to play as our economy develops into the future, and also indeed in even tackling climate change, where you should utilise them more to carry cargo and get it off the roads.

I think the Commissioner has some worries about taxation and some ports across Europe. I was pleased to hear him say that the information he has gathered so far is confidential – that is the way it should be. It is very important that this will be broadened, that there will be discussion with the Member States involved and that all ports across Europe may be looked at so that we establish a level playing field and that one does not feel discriminated against the other – that is a very important issue. Gathering all the information across Europe and then making it available would be the best way to progress.

Franck Proust (PPE). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, je souhaite d'abord saluer les avancées récentes concernant les aides d'État pour les ports et les aéroports. Je rappelle par exemple qu'un euro investi dans un aéroport, c'est 20 euros de retombées sur le territoire. Les aides publiques à l'investissement ne sont donc pas vaines.

Nous parlons ce soir des ports, outils nécessaires aux échanges entre l'Europe et le monde.

Après avoir interrogé les États membres sur les régimes d'imposition des systèmes portuaires en juillet 2013, la Commission a engagé, sans véritable transparence, des procédures contre la France, la Belgique et les Pays-Bas.

Selon la Commission, l'exonération de l'impôt sur les sociétés serait une aide d'État. Or, il faut comprendre, comme viennent de le dire mon collègue Renaud Muselier et d'autres collègues, que les ports ne sont pas des entreprises comme les autres, car ils accomplissent aussi des missions régaliennes de service public.

À la suite de notre question avec demande de réponse orale, soutenue par de nombreux parlementaires français, belges ou néerlandais, nous sommes réunis, non pas pour donner ou recevoir des leçons, mais pour proposer des solutions.

Pour privilégier le réalisme, nous proposons donc que la Commission suspende ses procédures et qu'elle réunisse les États portuaires et leurs acteurs du secteur, pour que l'écoute, la compréhension des enjeux et surtout la recherche de solutions durables soient enfin au premier plan.

Catch-the-eye procedure

Stanislav Polčák (PPE). – Já bych chtěl podpořit své kolegy, pokud se jedná o volání po přerušení toho řízení, které vede Komise. Je to, řekl bych, nad veškerou pochybnost, že v rámci transparentnosti by bylo vhodné nejprve asi pracovat s údaji, které jsou komplexní, tak jak řekl můj předřečník.

Chtěl bych naši pozornost upnout i na důležitost té vnitrozemské vodní cesty, protože k tomu zde nebylo hovořeno. Já jsem přesvědčen, že právě důležitost těch vnitrostátních nebo vnitrozemských přístavů by neměla být opomíjena. Víím, že je zde stanoven limit 50 milionů EUR na jejich podporu. Podle mého názoru je tento limit nedostatečný. Právě on měl přispívat k přesunutí toho nákladu na vodní cesty tam, kde je to účelné.

Tudíž bych se přimlouval za to, aby se podařilo ještě s tím limitem pohnout, a za druhé, abychom tímto přispěli při podpoře vnitrozemské plavební cesty právě i k environmentálním hlediskům a naší odpovědnosti vůči klimatickým změnám.

(End of catch-the-eye procedure)

Pierre Moscovici, membre de la Commission. – Madame la Présidente, je tiens à remercier le Parlement pour ce débat.

À la base, il est clair que nous sommes d'accord sur le fait que les ports sont d'une importance cruciale dans l'Union européenne. La Commission continuera à faire ce qui est nécessaire pour faciliter les investissements et pour assurer une concurrence loyale et transparente dans ce secteur.

Comme je l'ai dit précédemment, la Commission s'engage à informer le Parlement dès qu'elle aura achevé les enquêtes en cours dans le domaine des exonérations de l'impôt sur les sociétés pour les ports.

Elle s'est également engagée à expliquer au Parlement comment elle facilite les investissements dans les ports, comme elle l'a fait dans le règlement général d'exemption par catégorie dans de nombreuses affaires d'aides d'État. Je pense que vous reconnaîtrez qu'il y a là des progrès substantiels.

J'ai bien entendu vos remarques diverses. Je veux vous assurer que la Commission n'est à la solde de personne et qu'elle fait son travail en toute indépendance. À propos de la transparence, vous pouvez demander les informations aux États. Il se trouve que l'accord interinstitutionnel entre le Parlement européen et la Commission couvre la situation, mais il y a une question de confiance entre les États et la Commission. Par conséquent, je pense que vous pouvez directement vous adresser à ceux-ci.

Il y a une deuxième question qui a été posée, c'est le hiatus entre, d'une part, la France et la Belgique et, d'autre part, les Pays-Bas, qui tient au fait, comme j'ai tenté de l'expliquer, que les informations n'ont pas été disponibles au même moment. Elles ont été disponibles bien en amont aux Pays-Bas, à savoir dès les années 2000.

Enfin, la question des missions régaliennes a été évoquée. Je veux qu'il n'y ait aucune forme d'ambiguïté sur ce point. En la matière, les États font ce qu'ils veulent: les missions régaliennes ne sont pas soumises au régime des aides d'État.

Je pense en tout cas que nous devons continuer à dialoguer pour faire la clarté sur ce sujet, dans les limites du contrat de confiance que j'évoquais à l'instant et qui fait aussi partie de nos règles et de nos méthodes de fonctionnement.

President. – The debate is closed.

24. Statut und Finanzierung europäischer politischer Parteien und Stiftungen (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the Commission statement on statute and funding of European political parties and foundations (2017/2733(RSP)).

Pierre Moscovici, *membre de la Commission*. – Madame la Présidente, je me réjouis une nouvelle fois de cette occasion qui nous est offerte aujourd'hui de débattre de la question des partis et des fondations politiques européens.

La Commission a pris bonne note des points soulevés au cours du débat que nous avons eu à ce sujet au mois de mars. À l'époque, nous avons fait part de notre volonté de collaborer avec vous pour voir comment les nouvelles règles fonctionnaient dans la pratique.

Comme nous l'avions souligné alors, le règlement de 2014 recourt à d'importantes innovations, notamment aux garanties renforcées visant à assurer le respect des valeurs fondamentales européennes par tous les partis enregistrés dans le système. Mais même les bonnes règles peuvent être améliorées.

La Commission a pris bonne note des suggestions de nouvelles modifications qui pourraient être apportées au règlement, formulées par certains des partis existants, par certaines fondations et par cette assemblée. Elle croit savoir que l'expérience du fonctionnement du système actuel au cours des derniers mois requiert de nouvelles améliorations avant même les prochaines élections de 2019. Il s'agit là d'un objectif ambitieux, qui ne peut être atteint que si les modifications sont soigneusement ciblées et si le terrain politique est bien préparé de manière à recueillir un soutien suffisant, tant de votre assemblée que du Conseil. Certaines des modifications que nous examinons aujourd'hui, telles que la réduction du taux de cofinancement, ont déjà été présentées par la Commission dans le passé mais n'ont pas obtenu le soutien des États membres.

Il sera important, pour tous ceux qui prônent le changement, de le défendre également dans les capitales nationales, parce que c'est là que réside, vous le savez, la clé de beaucoup de décisions ou de blocages de décisions.

Le débat d'aujourd'hui et la résolution que vous envisagez d'adopter à son issue alimenteront utilement la réflexion de la Commission. Cette dernière apprécierait toute possibilité offerte par le Parlement européen de continuer à recueillir les points de vue d'experts externes, notamment dans le cadre d'auditions.

Je ne saurais préjuger, aujourd'hui, de la décision que le Collège pourrait prendre sur des propositions de changement spécifiques, mais je peux vous garantir que nous nous employons activement à examiner ces questions.

La Commission ayant déjà exprimé sa position sur vos suggestions spécifiques lors de la plénière du mois de mars, je tiens juste à souligner à nouveau qu'elle est un fervent partisan de partis politiques énergiques et dynamiques, représentatifs au niveau européen, et qu'elle s'affaire activement à examiner les meilleures options pour continuer à affiner encore le système, à lui donner davantage de moyens de rencontrer la ferveur citoyenne.

J'attends avec intérêt le vote sur votre résolution dans le même état d'esprit.

Rainer Wieland, im Namen der PPE-Fraktion. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! In meinem Land bekommen die Parteien eine Wahlkampfkostenerstattung, gemessen an ihrem Erfolg bei Wahlen. Und wenn Parteien Spenden bekommen, dann legt der Staat auch noch etwas dazu. Das Bundesverfassungsgericht hat gesagt: Jawohl, funktionierende Demokratien brauchen auch funktionierende Parteien. Aber dafür gibt es enge Grenzen. Und die wurden in meinem Land gesetzt, was nicht heißt, dass nicht auch gelegentlich dagegen verstoßen wird. Es wird dann aber auch streng geahndet.

Wir brauchen europäische Parteien, und wir sind froh, dass ein erster Schritt gemacht worden ist durch die existierenden Regelungen. Aber wir haben gesehen, dass diese Regelungen nicht ausreichen. Wir haben uns ganz offensichtlich nicht vorstellen können, mit welcher Energie manche nach Schlupflöchern suchen. Wir halten es für eine Fehlentwicklung, dass Abgeordnete, die auf Listen gewählt worden sind von Parteien, die keine europäische Parteifamilie haben, einzeln jeweils einzelne Strukturen gründen, Gelder beantragen, sie ganz offensichtlich dann falsch ausgeben, und wenn wir kontrollieren und die Gelder zurückfordern, dann sind die Parteien insolvent oder schon gar nicht mehr da. Diesen Praktiken müssen wir Riegel vorschieben.

Ich will auch ausdrücklich sagen, dass ich nichts dagegen hätte, dass nicht nur der Schaden ersetzt werden muss, sondern dass auch Strafzahlungen etabliert werden. Jedenfalls müssen wir Schlupflöcher schließen und dürfen uns nicht die Zeit bis 2018 nehmen, die wir uns ursprünglich vornehmen wollten, sondern müssen jetzt agieren.

Mercedes Bresso, au nom du groupe S&D. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, je crois que nous sommes tous d'accord pour affirmer que la démocratie européenne a besoin de démocrates pour la faire vivre vraiment. Il est donc évident que nous devons trouver les moyens d'aider notre démocratie à se développer.

Comme vous l'avez dit, les partis et les fondations politiques jouent un rôle essentiel. Nous avons la responsabilité de les encadrer, de les aider dans leur développement, mais aussi de faire en sorte que leurs actions correspondent aux principes fondamentaux de l'Union, notamment la transparence de leur financement, mais aussi les questions que mon collègue Wieland a rappelées.

La résolution que les quatre groupes politiques ont cosignée va dans ce sens et demande à la Commission de se saisir du sujet, en abordant des questions comme le niveau de cofinancement, le multipartisme des députés, les abus éventuels relatifs à l'utilisation des fonds de manière contraire aux règles fondamentales de la démocratie européenne.

Nous savons que vous avez amorcé une réflexion et nous vous suggérons de proposer des modifications le plus vite possible pour répondre aux exigences des citoyens européens et de la démocratie européenne. Nous vous demandons de faire vite, car les élections approchent à grands pas.

Jan Zahradil, on behalf of the ECR Group. – Madam President, I speak as a leader of one of those European political parties, the Alliance of European Conservatives and Reformists, whose group here in the European Parliament is the third largest, the ECR Group. I can say that we support some of the new provisions being debated, for instance a reduction in the 15% co-financing obligation, or limiting contributions, or raising the requirement to be represented by three or five MEPs. However, there is one concern, namely that closer scrutiny, to determine whether European political parties respect the fundamental values of the EU, might be misused for a political fight and possibly to make an argument against those parties that do not share the federalist orthodoxy. I can tell you that we have very recently experienced some strange behaviour from the EP administration which might strengthen that feeling. I hope that this will not happen and that, once the provision has been adopted, everything will be OK, transparent, objective and fair.

Helmut Scholz, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Vor drei Monaten haben wir diese Debatte bereits geführt, und seit damals gibt es keine neuen Entwicklungen. Somit bleibt wohl allein die Absicht, den Druck auf die Kommission beizubehalten. Ich kann deshalb bereits Gesagtes wiederholen: Wir haben 2014 eine Verordnung beschlossen, die sich der geänderten Verantwortung an die europäischen politischen Parteien stellt und verbesserte Regelungen darstellt und definiert. Wir haben den Parteien einen klaren Rechtsstatus gegeben, ihre Rechte und Pflichten definiert und deutlich bessere finanzielle Rahmenbedingungen geschaffen. Es stellt sich die Frage, warum Abgeordnete einiger Parteien seit Monaten darauf drängen, diese Verordnung zu überarbeiten, denn die Verordnung selbst ist noch nicht voll umgesetzt. Und gerade diese Parteien haben damals deren jetzige konkrete Ausrichtung bestimmt. Zugleich wird der Öffentlichkeit nicht gesagt, worum es geht.

Warum sollte plötzlich das Verbot des Gewinnzwecks definitorisch aufgeweicht werden? Wenn man fordert, weniger Eigenmittel bereitzustellen, bedeutet dies in der Konsequenz weniger Gesamtmittel. Warum sagt man nicht, wie man diese entstehende Lücke kompensieren will? Und wir sind dafür, erst einmal umzusetzen und ab Mitte 2018 — das heißt, quasi morgen — genauer hinzuschauen, was langfristig gegebenenfalls nicht tragfähig ist, inklusive der Schlupflöcher.

Josep-Maria Terricabras, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, our Group is clearly committed to transparency and accountability, especially in the use of public funds. But we are also committed to the idea of a pluralist democracy. Some Groups defended in the past the need to increase the threshold to have access to European funds. They said, and I quote: ‘One should reflect if a one-man party really contributes to expressing the political will of citizens of the Union’.

A party represented by one MEP still needs to be represented in at least a quarter of the Member States in order to be registered. And secondly, no democratic system cuts the funds to a party that has parliamentary representation just because it is represented by one Member. This dangerously undermines a pluralist legitimate debate. Therefore, we welcome the good cooperation at this stage in finding a solution that does not harm the essential dimensions of every functioning democratic society.

Jonathan Arnott, *on behalf of the EFDD Group*. – Madam President, when you state subsidise something, you encourage more of it. Farmers set aside land more regularly, because the European Union pays them to do so. We pay child benefit because it is socially desirable to encourage people to have children. This debate concerns European political parties. You will, I am sure, recall the old joke suggesting that the word ‘politics’ derives from the Greek ‘poly’, meaning ‘many’, and ‘ticks’, meaning ‘blood sucking insects’. The irony of an MEP saying this is not lost on me, but we are subsidising politicians.

European political parties do not appear on ballot papers; they do not form governments; they do not even correspond to the political groups in this place. They exist because we subsidise them. If we actually needed them, they would exist without subsidy. Let us save the taxpayers’ money and find out whether or not we really need them, shall we?

Pavel Svoboda (PPE). – Budu mluvit především o poměru finančních prostředků, které jsou politické strany povinny vygenerovat a podílet se tak na financování svého rozpočtu.

Pokud nám jde o efektivní fungování evropských politických stran a zvýšení jejich možnosti přispívat k prosazování evropských hodnot, měli bychom uvažovat realisticky a snížit aktuální závazek 15 % na polovinu. 7,5 % je realistické číslo, které umožní věnovat se skutečně důležitým aspektům činnosti politických stran ve veřejném prostoru.

Za podobně zásadní považuji návrh na zvýšení počtu poslanců EP, kterými musí politická strana disponovat, aby mohla být financována z rozpočtu EU. Nebezpečí zneužití dosavadní úpravy, která hovoří pouze o jednom poslanci, je bohužel v dnešní době příliš velké a měli bychom na něj reagovat a v důsledku tak chránit prostředky evropských daňových poplatníků.

Claudia Țapardel (S&D). – Doamnă președintă, domnule comisar, dragi colegi, am pledat în repetate rânduri în fața Comisiei Europene pentru ca aceasta să vină cu o revizuire a Regulamentului privind statutul și funcționarea partidelor și finanțarea partidelor politice.

Prin această rezoluție, atragem atenția asupra faptului că în regulamentul în vigoare există o serie de neajunsuri și lacune care pot avea un impact negativ asupra democrației la nivel european. Din păcate, aspectele nesoluționate din trecut rezonează până în prezent și pot afecta viitorul construcției europene.

De câțiva ani, partidele extremiste s-au infiltrat printre grupurile politice ale Parlamentului European și pun în pericol credibilitatea acestei instituții și valorile europene per ansamblu. Tocmai de aceea trebuie să ne asigurăm că avem la dispoziție instrumentele democratice necesare și că acestea lucrează pentru consolidarea demersului european. Aspectele ce țin de cofinanțarea activităților partidelor europene și criteriile de apartenență la mai multe partide sunt elemente-cheie care trebuie revizuite cât mai curând pentru a preveni scenariile populiste. Aducând modificări prevederilor problematice din acest regulament, cred că putem obține o scenă politică cu adevărat europeană și un Parlament European care să reprezinte interesele Uniunii și ale cetățenilor săi într-un mod responsabil și asumat.

György Schöpflin (PPE). – Madam President, we can start from the basic proposition that there does indeed exist a European level of politics: the institutions of the European Union, the Member States and the citizens interact in a variety of ways to make this European political system operative. Let me make it clear that, in many ways, this political system is quite different from what is to be found in a Member State. Then there is the question of European-level political parties and their role in the system, and, in this connection, how these parties should be financed. This financing raises a number of issues. First of all, do they exist, these parties? Well, obviously, the answer is yes, they do. Secondly, should they exist? Well, if we have European-level elections for the European Parliament – as we do – then logic dictates the answer: yes. Thirdly, if these European political parties exist, then can they function in any way that makes sense without adequate finance? Again, logic says that they need financing.

At the same time, the system as it exists – and others have referred to this – can be gamed. Virtual parties, cross-party memberships, ad-hoc groups, etc., have been known to gain access to financing. The regulation should ensure that this practice comes to an end. Both these issues should be resolved in the regulation, and resolved speedily.

Catch-the-eye procedure

Stanislav Polčák (PPE). – Já bych k tématu uvedl následující. Podle mého názoru je na razantní změny již příliš pozdě, ale rád se budu mýlit. Dovolil bych si upozornit na dva aspekty, které jsou podle mého názoru velmi podstatné. Paní Bresso zde řekla, co se mi velmi líbí, že evropská demokracie potřebuje demokraty. Já někdy nestačím tak trochu zírat nad tím, jaké militantní projevy zde jsou pronášeny proti EU, proti ženám. Samozřejmě nelze předepsat plné sdílení hodnot, ale já pokládám za naprosto absurdní, že z peněz EU jsou placeny strany, jejichž cílem je rozbít EU. Tomu opravdu nedokážu porozumět, ani to vysvětlit svým voličům.

Druhá věc, pokud jde o financování národních politických stran. Pod svícem je největší tma a je naprosto jednoznačné u mnoha, možná až desítek stran, že jsou placeny z ruských zdrojů, a tuto věc, financování národních politických stran, které sem vysílají své zástupce, necháváme zcela bez povšimnutí. Podle mého názoru je to trestuhodné.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, τα ευρωπαϊκά πολιτικά κόμματα είναι πολιτικοί φορείς, η ύπαρξη των οποίων συμβάλλει στην έκφραση της θέλησας των πολιτών της Ευρώπης και στη διαμόρφωση της Ευρωπαϊκής συνειδήσεως. Τα κόμματα αυτά, πολλά από τα οποία έχουν υποστηριχθεί και από εκατομμύρια ακόμη ψηφοφόρους, αποτελούν με την ύπαρξή τους την καλύτερη έκφραση της συμμετοχικής και της αντιπροσωπευτικής δημοκρατίας. Για αυτούς τους λόγους, πρέπει να χρηματοδοτούνται από κονδύλια της Ευρωπαϊκής Ενώσεως, ούτως ώστε να λειτουργούν απερίσπαστα και να μην αναζητούν χρηματοδότες έξω από την Ευρωπαϊκή Ένωση. Επίσης, θα πρέπει να μην εφευρίσκονται διάφορα προσχήματα, ούτως ώστε να περιορίσουμε τη χρηματοδότηση των κομμάτων αυτών σύμφωνα με κάποιες επιθυμίες, τις οποίες θέλουμε να θέσουμε και τις οποίες δεν πρέπει να υπηρετούμε.

(End of catch-the-eye procedure)

Pierre Moscovici, membre de la Commission. – Madame la Présidente, Mesdames et Messieurs les députés, je tiens à vous remercier pour ce débat intéressant.

J'ai pris bonne note des points de vue qui se sont exprimés. La Commission, je le redis, croit très fermement en la nécessité de la présence de partis politiques qui soient actifs et forts au niveau européen et nous sommes tout à fait disposés à coopérer avec vous à cette fin. De nombreuses suggestions, remarques et propositions ont été faites qui vont dans cette direction.

La résolution que votre assemblée prévoit d'adopter demain sera une contribution importante et tout à fait bienvenue à notre réflexion sur les meilleures options pour continuer à affiner le cadre régissant les partis politiques au niveau européen.

Par conséquent, je pense que ce débat va dans la même direction que celle que nous souhaitons. C'est la bonne direction pour la démocratie européenne.

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Thursday, 15 June 2017.

Written statements (Rule 162)

Birgit Collin-Langen (PPE), schriftlich. – Ich unterstütze die Entschließung, denn ich befürworte eine Überarbeitung der Verordnung über das Statut und die Finanzierung europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen. Möglichkeiten des Missbrauchs und der Beeinflussung müssen beseitigt und durch ein transparentes Verfahren ersetzt werden.

25. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

26. Schluss der Sitzung

(The sitting closed at 22.45)

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 15. JUNI 2017

(C/2024/2818)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2017-2018

Sitzungen vom 12. bis 15. Juni 2017

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	4
2. Humanitäre Lage in Jemen (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll	4
3. Aufbau einer ambitionierten industriepolitischen Strategie der EU als strategische Priorität für Wachstum, Beschäftigung und Innovation in Europa (Aussprache)	4
4. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)	16
4.1. Der Fall des aserbaidshanischen Journalisten Äfqan Muxtarlı	16
4.2. Pakistan, insbesondere die Lage von Menschenrechtsaktivisten und die Todesstrafe	23
4.3. Lage der Menschenrechte in Indonesien	29
5. Erklärungen des Präsidenten	35
6. Zusammensetzung der Ausschüsse: siehe Protokoll	37
7. Abstimmungsstunde	37
7.1. Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität von Marine Le Pen (Abstimmung)	37
7.2. Der Fall des aserbaidshanischen Journalisten Äfqan Muxtarlı (RC-B8-0414/2017, B8-0414/2017, B8-0415/2017, B8-0416/2017, B8-0417/2017, B8-0418/2017, B8-0420/2017) (Abstimmung)	37

Inhalt	Seite
7.3. Pakistan, insbesondere die Lage von Menschenrechtsaktivisten und die Todesstrafe (RC-B8-0419/2017, B8-0419/2017, B8-0421/2017, B8-0422/2017, B8-0423/2017, B8-0427/2017, B8-0429/2017)	38
7.4. Lage der Menschenrechte in Indonesien (RC-B8-0424/2017, B8-0424/2017, B8-0425/2017, B8-0426/2017, B8-0428/2017, B8-0430/2017, B8-0431/2017)	38
7.5. Durchführung des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (A8-0200/2017 - José Manuel Fernandes, Udo Bullmann) (Abstimmung)	38
7.6. Europäische Agenda für die kollaborative Wirtschaft (A8-0195/2017 - Nicola Danti) (Abstimmung)	38
7.7. Online-Plattformen im digitalen Binnenmarkt (A8-0204/2017 - Henna Virkkunen, Philippe Juvin) (Abstimmung)	38
7.8. Humanitäre Lage in Jemen (RC-B8-0407/2017, B8-0407/2017, B8-0408/2017, B8-0409/2017, B8-0410/2017, B8-0411/2017, B8-0412/2017, B8-0413/2017) (Abstimmung)	38
7.9. Statut und Finanzierung europäischer politischer Parteien und Stiftungen (B8-0405/2017, B8-0406/2017) (Abstimmung)	38
8. Stimmerklärungen	38
8.1. Durchführung des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (A8-0200/2017 - José Manuel Fernandes, Udo Bullmann)	39
8.2. Europäische Agenda für die kollaborative Wirtschaft (A8-0195/2017 - Nicola Danti)	40
8.3. Online-Plattformen im digitalen Binnenmarkt (A8-0204/2017 - Henna Virkkunen, Philippe Juvin)	41
8.4. Humanitäre Lage in Jemen (RC-B8-0407/2017, B8-0407/2017, B8-0408/2017, B8-0409/2017, B8-0410/2017, B8-0411/2017, B8-0412/2017, B8-0413/2017)	41
8.5. Statut und Finanzierung europäischer politischer Parteien und Stiftungen (B8-0405/2017, B8-0406/2017)	42
9. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	43
10. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	43
11. Große Anfragen (Aussprache)	43
11.1. Begehung des Internationalen Tags der Familie 2017: Förderung der Rolle der Eltern bei der Sicherstellung einer hochwertigen Bildung für ihre Kinder	43
11.2. Videoplattformen und redaktionelle Verantwortung	48
12. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll	52
13. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	53
14. Petitionen: siehe Protokoll	53

Inhalt	Seite
15. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll	53
16. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll	53
17. Unterbrechung der Sitzungsperiode	53

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 15. JUNI 2017

VORSITZ: ULRIKE LUNACEK

Vizepräsidentin

1. Eröffnung der Sitzung

(Die Sitzung wird um 9.00 Uhr eröffnet.)

2. Humanitäre Lage in Jemen (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

3. Aufbau einer ambitionierten industriepolitischen Strategie der EU als strategische Priorität für Wachstum, Beschäftigung und Innovation in Europa (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als erster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission über den Aufbau einer ambitionierten industriepolitischen Strategie der EU als strategische Priorität für Wachstum, Beschäftigung und Innovation in Europa von Patrizia Toia, Martina Werner, Dan Nica, Kathleen Van Brempt, Krišjānis Kariņš, Anne Sander, Jerzy Buzek, Massimiliano Salini im Namen der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament und der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) (O-000047/2017 - B8-0319/2017) (2017/2732(RSP)).

Patrizia Toia, autore. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissario, l'industria europea costituisce la principale attività economica e fa dell'Europa il primo esportatore al mondo. Nell'industria si concentra l'80 % dell'investimento in ricerca e sviluppo e nascono lì molte scoperte e molte ricerche che hanno applicazione in tanti altri campi.

Sappiamo che il settore manifatturiero continentale ha subito negli anni della crisi un forte calo di produttività e si è abbassato il tasso di occupazione. Intere regioni della nostra Europa sono state deindustrializzate e sono entrate in crisi. Solo recentemente c'è una ripresa della quota del settore industriale rispetto al PIL europeo. Ma oggi l'industria è al bivio, tra innovazione e perdita di competitività, e l'Unione europea deve fare la sua parte, deve rilanciare una propria specifica politica industriale.

Questo è il senso e lo scopo dell'interrogazione. Chiediamo una politica industriale europea più specifica e più coraggiosa, con un piano di azione coerente e olistico che vada proprio nella direzione che si sta percorrendo ma che ha bisogno di un impulso ulteriore per sostenere la competitività delle nostre imprese, con un sostegno attivo della Commissione e anche degli Stati membri, sulla base di alcuni assi prioritari.

Il primo è l'innovazione. La rivoluzione industriale sta investendo, sostenendo e scuotendo l'intero settore industriale. L'industria 4.0 è un indispensabile passaggio, soprattutto per le PMI, per le piccole realtà produttive che da sole non ce la fanno. Allora bisogna lavorare a fianco delle imprese. *Smart manufacturing* è il tema forte di questa *policy*. Le ricerche mostrano con evidenza che le aziende che hanno un *digital manufacturing* elevato e avanzato hanno anche un premio di produttività e di fatturato più elevato. Dunque c'è un nesso molto stretto tra *smart manufacturing* e capacità produttiva delle imprese.

L'UE deve incentivare anche la convergenza tra i diversi sistemi nazionali. Non possiamo avere un'Europa con 27 industrie 4.0. Occorre un quadro di convergenza, un quadro comunitario, perché oggi c'è una diversità di performance in questo campo troppo forte. C'è un paese che è *front runner* e gli altri che arrancano, ma questa divergenza non fa bene all'intera economia europea. Ha bisogno l'economia europea di una maggiore convergenza, dunque di far sì che in tutti gli Stati nasca una capacità di *smart manufacturing* più avanzata.

Ma *digital innovation* non è solo innovazione tecnologica, è cambiamento dei modelli di business, è cambiamento del mondo del lavoro. Quindi la politica industriale deve andare anche di pari passo con una politica di formazione, di preparazione delle competenze digitali necessarie.

Il secondo punto sono gli investimenti. Noi abbiamo molti strumenti che sono stati messi in campo. Ma io penso che ci sia bisogno, innanzitutto, di rafforzare quelli che hanno dato più successo, più risultati, e poi di renderli più complementari. Penso ai fondi strutturali, penso a Horizon. Il pilastro industriale di Horizon – lo dico alla Commissaria perché certamente è sensibile a questo – deve essere più gestito anche dall'industria, più forte in termini anche di risorse dedicate, perché ha dimostrato che funziona bene. E poi penso anche al Piano Juncker. Il nuovo piano Juncker, se vuole mettere in campo investimenti significativi per la trasformazione dell'industria europea e dell'economia europea, deve dare molto di più per le piccole e medie imprese e per la loro capacità di innovazione.

Infine l'internazionalizzazione. Qui non basta sostenere gli stimoli all'esportazione, occorre sostenere il rafforzamento delle imprese perché si posizionino all'interno della catena globale di valore, che ormai è europea e internazionale. Ci vuole una politica commerciale più equilibrata nel senso anche di aprirsi, di avere un'economia aperta, ma attenta alla reciprocità e ai mutui vantaggi, sapendosi anche difendere – lo diciamo alla Commissaria che si occupa di commercio internazionale – con più capacità difensiva rispetto alla nostra industria, soprattutto dove ci sono paesi che hanno una sovraccapacità produttiva molto forte.

Il tema della *green economy* e della economia digitale non ho il tempo di trattarlo. Chiudo solo dicendo che c'è tempo e c'è bisogno per un nuovo Consiglio europeo della ricerca.

Françoise Grossetête, auteure. – Madame la Présidente, Madame le Commissaire, chers collègues, l'industrie manufacturière ne représente aujourd'hui que 13 % du PIB en Europe, soit deux fois moins qu'en 1980. Cela veut dire que nous vivons une profonde crise de compétitivité.

Beaucoup d'emplois ont été menacés, ils sont toujours menacés, car nous n'avons pas su anticiper la révolution industrielle. Pendant longtemps, nous avons oublié notre industrie. Résultat: nous devons aujourd'hui nous pencher à son chevet, car nos entreprises ont subi de plein fouet la concurrence internationale et la perte de leur compétitivité.

Le renouveau de l'industrie européenne est une priorité, car notre industrie contribue largement à la recherche et développement. Sans industrie, il n'y a pas d'innovation et il n'y a pas de croissance.

Certaines régions d'Europe, anciennement industrielles, ont vu naître leur premier hub technologique et deviennent des régions où les start-up côtoient les universités. Ce nouveau souffle, c'est l'espoir d'un redéveloppement de l'emploi et d'une nouvelle attractivité pour les investisseurs. Mais nous avons besoin d'une politique industrielle vraiment intégrée. Nous devons faire émerger des champions européens qui exportent à l'étranger. La politique européenne de concurrence ne doit pas venir entraver la création de ces champions. On ne peut pas traiter la politique industrielle avec une vision étiquée. Il est donc indispensable de donner du sens à chacun des outils que nous mettons en œuvre. Je ne vais pas les détailler, ma collègue, M^{me} Toia, en a parlé.

Enfin, notre industrie a besoin de visibilité et de stabilité, fiscale et juridique, afin de pouvoir mener des investissements à long terme. Nous devons aussi pour cela former nos jeunes générations aux métiers de demain, en particulier dans le numérique. Ce sera la condition sine qua non de l'avenir de l'industrie européenne.

Elżbieta Bieńkowska, *Member of the Commission*. – Madam President, I am very happy to have this opportunity for some further discussion of European industrial policy and grateful that European industry is thus being put in the spotlight as – I am quite sure – a major driver of growth, employment and innovation in Europe. The recent Commission reflection paper on harnessing globalisation likewise underlined the need for a strong industrial base in Europe.

Some facts, very briefly: European industry provides 50 million direct jobs, equivalent to 20% of our European workforce. Europe is the global leader in many industrial sectors which supply high-value jobs, such as engineering, chemicals, pharmaceuticals, aeronautics and automotives, and European companies play a leading role in markets for future technologies. The Commission, as you know, has taken a novel approach from the outset to supporting industrial competitiveness and transformation of the EU economy. In every single initiative that we take, we consider the impact on our industry and on jobs.

What have we done so far? For a start, we have been investing in innovation, and, of course, I mean here the opportunities being created by the investment plan and the Horizon 2020 programme. What, I think, is even more important is that direct investment for innovation is improving the climate for private investors. Then there was, for instance, our work last month on the European venture capital funds, added to which are the revamped tax and regulatory environment, the initiatives – over 200 – for further reduction and simplification under the regulatory fitness programme, and, of course, all of the measures under the single market strategy that we are working on.

We are also focusing on skills. Last year we took a radically new approach in our new Skills Agenda for Europe. In this way, for the first time really, as industry is very well placed in our new Skills Agenda, skills have come to the centre of the industrial policy agenda. In addition, we are focusing our policies on new technologies and new approaches. Let me just mention the Circular Economy Package, in which we are now providing very practical ways for industry to turn recycling of resources into strong real business opportunities.

Similarly, we are very clear about the fact that the future is digital. We are deploying all means across the policy agenda. We work from financing research to facilitating standard setting. For example, we want to ensure that our industries make a successful transition to this new digital age and we will soon be reviewing our policy on key enabling technologies. I think that this point should also be stressed because the policy dates from 2008 and a lot has changed since then – 3D printing and autonomous cars were unknown at that stage, so it is high time for a review.

Finally, we are providing sector-specific solutions when needed, from cars to steel, from space to defence. So I personally think, and I know that you know this, that we are now ready and very well prepared, as Ms Toia said, for a coherent 'holistic European industrial strategy'.

This Commission is 100% committed to fostering a strong industrial base in Europe to face both the challenges of globalisation and, of course, the fourth industrial revolution. Our approach is result oriented. We need to take concrete actions to modernise the economy at the EU's different levels – EU, national and regional. And we will coordinate national industrial strategies, in particular those related to digitalisation. One way of doing so is to continue the dialogue with industry and with the Member States, so on the last day of February I inaugurated the first European Industry Day, an event at which we all agreed to explore the priority areas, in other words people, territory and technologies.

Let me just refer briefly to each of them. As regards people, given the major transformation in the EU economy, we really need massive upskilling and reskilling of our workforce to avoid widening social gaps. Regarding territory, industrial transformation really happens at regional and local level, so we need to empower regions and to respond to the challenges that we are facing and, of course, make the best of the opportunities. And as far as technologies are concerned, more needs to be done to accelerate the spread of technology in order to close the productivity gap. That is the major issue here. The recent Commission reflection paper on harnessing globalisation picked out exactly the same three areas and points for Europe's response to globalisation.

In its most recent discussion, last month, the Competitiveness Council adopted conclusions on industry and for the first time in many years showed that there is wide agreement among Member States on the importance of industry and the need for a European industrial strategy. Not a single country was against this, so that was really a very strong signal from the Member States as well. As they say, we are all friends of industry now.

The European Commission is the force for strengthening industrial competitiveness. Our efforts have to be bolstered by the Member States. And we also need Parliament's support to put in place a legislative framework to facilitate industrial modernisation. We need to have an open debate on how Europe, working together, could do more for European industry. Finally, I also want to underline that when measuring our results, the results of our policies and activities, we could look far beyond the 20% target for manufacturing in our economy.

So once again, I would like to thank Parliament for today's discussion. I am quite convinced that we need a common vision for the future of European industry, and your contribution and support are vital to that end.

Massimiliano Salini, *a nome del gruppo PPE*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissario, io in un minuto e mezzo non voglio ricordare ancora una volta il valore numerico dell'industria europea. Parleremo tutti durante questa discussione di numeri importanti, di piccole e medie imprese, di grandi aziende e quant'altro. Io farò un'unica sottolineatura: il sostegno che abbiamo deciso di dare qualche anno fa, ribadendolo, in modo chiaro, a partire dalla Commissione, a partire da quanto sostenuto dal suo predecessore, che oggi è il Presidente del Parlamento europeo, Antonio Tajani.

Ci siamo dati come obiettivo di raggiungere il 20 % del prodotto interno lordo derivante da industria, ma questa cosa è rimasta teorica. Oggi siamo al 2017 e siamo al 15 %. Allora, cerchiamo di essere onesti. Se ci diamo degli obiettivi vincolanti, giustissimi, ad esempio nell'ambito delle politiche di tutela ambientale in ordine alla grande emergenza dei cambiamenti climatici, ma non ci diamo obiettivi vincolanti sul settore industriale, facciamo un danno sia alle politiche climatiche che all'industria, perché significa che, se quelli sono vincolanti e questi non lo sono come obiettivi, significa che quelli non hanno l'obiettivo di tutelare l'ambiente, ma di modificare e di indebolire l'industria.

Allora, siccome noi come europei sosteniamo un modello di sviluppo economico in cui l'uomo è protagonista e conta più di un fungo, perché genera valore e genera capacità anche di tutela climatica, rendiamo gli obiettivi industriali vincolanti quanto quelli, e questo sarà un atto di grande sincerità e onestà, industriale e culturale.

Martina Werner, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, Kolleginnen und Kollegen! Bisher hatte ich eigentlich immer das Gefühl, dass wir beim Dialog mit der Europäischen Kommission immer aneinander vorbeigeredet haben. Für mich geht es bei der Industriepolitik nämlich nicht um die Aufzählung, was alles direkt oder indirekt die industrielle Entwicklung beeinflusst. Stattdessen soll eine EU-Industriestrategie Ziele definieren und Maßnahmen benennen, wie sie erreicht werden können.

Der Mainstreamansatz der Kommission kommt in einer Zeit an seine Grenzen, wo Herausforderungen die Stabilität der europäischen Industrie auf den Prüfstand stellen. Das sind der enorme internationale Wettbewerbsdruck und die Digitalisierung. Wenn wir über Industriepolitik reden, müssen wir aber auch zwei Dimensionen im Blick haben – die äußere und die innere.

Im ersten Fall müssen wir die Industriepolitik noch viel stärker mit der Handelspolitik verzahnen. Die Amerikaner profitieren vom Austausch mit der EU – das wird dann auch irgendwann Trump verstehen –, und die Chinesen sind noch auf ausländisches Know-how angewiesen. Diese Hebel sollten wir nutzen. Die chinesische Rhetorik vom freien Handel müssen wir beim Wort nehmen und auf Gegenseitigkeit beim Marktzugang und den Schutz des geistigen Eigentums drängen.

Wenn wir auf Europa schauen, ist es mir besonders wichtig, dass Wettbewerbs-, Umwelt-, Sozial- und Handelspolitik besser ineinandergreifen. Eine stärkere Verzahnung von Politikbereichen heißt aber auch, dass wir auch viel mehr auf die gesellschaftliche Akzeptanz achten müssen, und die gibt es nur in einem Dialog mit Gewerkschaften und Arbeitgebern. In Deutschland arbeitet zum Beispiel das Bündnis Zukunft der Industrie erfolgreich, und ich bin sicher, dass es ähnliche Foren auch in anderen Mitgliedstaaten gibt.

Aus einem europäischen Dialog heraus kann eine Industriestrategie entstehen, die branchenübergreifende und sektorale Elemente sinnvoll miteinander verbindet. Sie muss Antworten finden auf Fragen: Wie halten wir die Wertschöpfung und Know-how in Europa, und welche Zukunftsfelder sind eigentlich entscheidend? Und erst danach macht es Sinn, den Rechtsrahmen anzupassen oder etwa die Schwerpunkte für die Forschungs- und Infrastrukturförderung nach 2020 festzulegen. Deswegen ist jetzt der richtige Zeitpunkt für eine Reflektion über die Industriepolitik, und dafür, dass die Kommission dann endlich einen Vorschlag dazu macht.

Evžen Tošenovský, *za skupinu ECR*. – Paní předsedající, v globalizovaném světě je velmi důležité udržet konkurenceschopnost našeho průmyslu. EU potřebuje strategický přístup k průmyslové politice a v tomto smyslu nás rovněž zajímá, co dokázala a na čem pracuje Evropská komise.

EU ale především potřebuje rozumný přístup v širším kontextu evropských politik. Při neustále se zvyšujících omezeních, ať již jsou založena na snižování emisí a dalších normách či předpisech sociální ochrany, se samozřejmě zvyšují fixní náklady oproti zemím, kde nejsou tak přísná pravidla jako v EU.

Pokud se vrátím k průmyslové politice v užším smyslu, ta musí být založena na podpoře výzkumu, co nejrychlejší uplatňování inovací a zrychlení vývoje nejmodernějších technologií a jejich aplikace v samotné výrobě. Využití ohromného potenciálu v digitálních technologiích, v chemickém výzkumu, ve špičkovém strojírenství, v nanotechnologiích a v kosmických technologiích dává naději na budoucí růst průmyslu v členských zemích EU.

Enrique Calvet Chambon, *en nombre del Grupo ALDE*. – Excelentísima señora comisaria, excelentísima señora presidenta. Vamos a ver, por fin, por fin parece que se toma en serio una política industrial para Europa. Pero, dicho esto, debo decir con todo respeto que me ha desilusionado un poco la postura de la señora comisaria.

De nuevo, volvemos a hablar de la innovación. Está muy bien. Por supuesto, ¿quién no va a ir a por la innovación? Y, sobre todo, ligada al medio ambiente. Está muy bien. De nuevo, volvemos a hablar, en las soluciones, de la economía circular, que, por supuesto, el Grupo ALDE apoya, etcétera.

No, mire usted, eso sigue siendo echar balones fuera. Porque sí podemos decir «mire usted lo que innovan los Estados Unidos». Sí, pero los Estados Unidos tienen diez portaviones paseándose por el mundo con toda la flota acompañante. Y no hay, no hay gran complejo económico que tenga su independencia, su fuerza negociadora, la prosperidad y la libertad de su pueblo si no tiene un amplio complejo industrial o militar con investigación. Y de eso estamos hablando. Y de eso hablaba el señor Tajani cuando era comisario de Industria, de ese 20 %.

Lo que hay que hacer es tomarse muy en serio que la libertad, la prosperidad, el futuro en independencia o interdependencia teniendo palabra en el mundo radica en tener una fuente política industrial que fabrica cosas, no solo que innova. Y eso depende de que la Comisión se lo tome como prioridad, palabra clave de nuestra pregunta. Como prioridad, invirtiendo en racionalizar la política de competencia, invirtiendo en empleo de calidad, estable, con enorme valor añadido. Las pymes se van a beneficiar, porque viven en perfecta simbiosis con las grandes empresas y los grandes planes industriales. Estabilidad. Queremos estabilidad.

Y, al final, hay que explicarle a la gente que todo ese esfuerzo económico será para su libertad, como, por ejemplo, Galileo.

Paloma López Bermejo, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señora presidenta. Una política industrial ambiciosa debe basarse necesariamente en cuatro aspectos: la intervención pública, la cohesión territorial, los derechos sociales y un nuevo marco para el comercio global.

Sin regulación, la industria se convierte en el rehén de las finanzas y los rentistas, como el oligopolio eléctrico, pendiente solo de sus beneficios y no del desarrollo productivo del país. Por lo tanto, el objetivo del 20 % del PIB industrial no puede conseguirse si estos sectores no se ponen al servicio del interés general.

Nuestra organización aboga por la nacionalización de la energía y de la banca, pero incluso en el marco actual precisamos de reformas para abaratar los costes industriales.

Pensemos en los contratos bilaterales entre generadores e industria o dentro de los polígonos industriales, posibilidades muy poco explotadas, por ejemplo, con gobiernos de países como España.

Asimismo, necesitamos luchar contra las asimetrías en el seno de la Unión Europea: mientras algunos países acumulan superávit comerciales, otros tenemos una industria anémica, lo que nos impide desarrollar un modelo productivo y nos condena al paro y la precariedad. Solo un auténtico plan de inversión dirigido a aquellas regiones menos industrializadas asegurará que estas se desarrollen a largo plazo.

Hablemos también de los derechos laborales: relocalizaciones, externalizaciones y subcontratas industriales se multiplican para debilitar al movimiento obrero. Si queremos una industria fuerte, tenemos que adaptar la legislación para reforzar la negociación colectiva. Si Europa quiere liderar la transición industrial, tiene que hacerlo desde la productividad y no desde la precariedad.

Finalmente, necesitamos otra visión del comercio global. Está en manos de este Parlamento y del Consejo decidir si aceptan la liberalización unilateral de los intercambios con China o si quieren acelerar la destrucción del empleo industrial a través de acuerdos comerciales como el TTIP.

Necesitamos nuevas formas para el comercio global, normas que protejan los estándares sociales, medioambientales y que luchen contra el *dumping*.

Reinhard Bütikofer, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich sehr über diese Diskussion und möchte mich ausdrücklich bedanken bei den Kollegen, die das initiiert haben.

Frau Bieńkowska, wenn Sie gut zugehört haben, sollten Sie aus dieser Diskussion jetzt schon eine Lehre ziehen: Hören Sie auf, sich selbst auf die Schulter zu klopfen, als würden Sie schon alles richtig machen! In einer Zeit, in der eine Revolution unterwegs ist, muss man großen Gestaltungsehrgeiz an den Tag legen, wenn man nicht in der Sackgasse landen will. Diesen Gestaltungsehrgeiz sehe ich bei Ihnen noch nicht.

Sechs Grundsätze sehe ich notwendig für diese industriepolitische Initiative, um die es hier geht. Erstens: Wir brauchen eine europäische Strategie, nicht nur eine Agglomeration von nationalen Strategien. Zweitens: Innovation muss im Zentrum stehen. Das sagen hier alle. Drittens: Wir brauchen eine Querschnittspolitik statt der Addition von versäulten Versuchen. Viertens: Wir brauchen Inklusivität, und Inklusivität bezieht sich sowohl auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, von denen Frau Werner gesprochen hat, als auch auf die Regionen, von denen wir keine abhängen dürfen. Fünftens: Wir brauchen einen holistischen Ansatz, wie Frau Toia gesagt hat.

Holistischer Ansatz heißt aus meiner Sicht auch, dass wir Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit zusammennehmen müssen; das hat dieses Parlament schon mal beschlossen. Bei Ihnen, Frau Bieńkowska, kommt das Wort gar nicht vor. Das einzige Mal, wo Sie überhaupt in die Richtung gehen, reden Sie vom Klima, aber nur von Investitionsklima. Da ist ein großes Loch in Ihrer Vision! Sie sehen gar nicht, was die Basis für eine erfolgreiche europäische Industriepolitik der Zukunft ist, nämlich die Kombination von Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit, die Kombination von Digitalisierung und Ökoeffizienzstrategien.

Und sechstens: Wir brauchen auch Rahmenbedingungen. Wir haben gestern über die Frage von ausländischen Direktinvestitionen in sensiblen Bereichen diskutiert. Wir müssen über Wettbewerbsrecht diskutieren.

Das alles gehört zusammen – ich freue mich darauf.

Raymond Finch, *on behalf of the EFDD Group*. – Madam President, all the talk here has been about what the EU can and should do to enable growth, employment and innovation in Europe. I have an idea that to all of you might seem strange and against all precedent, but will, I think, work. Do nothing. In fact, stop what you are doing now. Roll it back. Let our nation-states do what they think is best for their peoples. Every nation is different, every nation has different strengths, circumstances and psyches. Your overarching one-size-fits-all strategies simply do not work and will only cause more hardship across our continent. Stop trying to harmonise everything. All your big plans do is give influence to the tens of thousands of lobbyists and their paymasters in tax-eating mega businesses and NGOs which infest your corridors of power and restrict innovation.

Let nations set their own tax rates. Let them do what they think best. Let national governments and their peoples again have the freedom they need to innovate and to create employment. This incessant desire to do something is actually a drag on innovation and employment. Do not follow the five-year plan mentality of social cooperative-style ideology. You cannot legislate yourselves into prosperity. Step back. Stop piling administrative burdens onto businesses and governments and let people work in their own enlightened economic self-interest. Innovation happens only when people have the freedom to innovate. Forcing people into your perception of what they should do is not only morally wrong: it is counterproductive. Resist the prescriptive urge. That is the only path to prosperity.

This constant desire to do something, anything, merely brings into existence a boa constrictor that chokes life and spirit from free peoples. Resist it. Let small businesses breathe. Take your fingers off your legislative trigger and burn some of the red tape you have already created. We will all be much happier for it.

(The speaker declined to take a blue-card question from Massimiliano Salini)

Barbara Kappel, *im Namen der ENF-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin Bieńkowska! Die Finanzkrise hat uns gezeigt, dass eine starke Realwirtschaft und eine starke industrielle Basis wesentlich sind, um Wachstum und Beschäftigung zu schaffen. Länder mit einer starken industriellen Basis haben die Krise viel schneller überwunden als andere, und deshalb ist es auch umso wichtiger, eine ambitionierte und zukunftsweisende Industriestrategie zu entwickeln, eine Industriestrategie, die mittel- und langfristige Ziele konkret festlegt und auch einen Aktionsplan mit Maßnahmen, wie diese Ziele umgesetzt werden können, dazu festlegt.

Es bedarf dazu eines *efforts* der Kommission gemeinsam mit den Mitgliedstaaten, denn viele Faktoren, die die Wettbewerbsfähigkeit und die Nachhaltigkeit der Industriebeschäftigten beeinträchtigen, sind dieselben. Es sind dies zu wenige Investitionen, Schwierigkeiten beim Zugang von Finanzmitteln und Märkten, hohe Energiepreise, hoher Administrations- und Verwaltungsaufwand und, heute mehr als je zuvor, insbesondere im Bereich der Digitalisierung, fehlende Ausbildungsinhalte.

Die Mitgliedstaaten sind besonders gefordert, die steuerlichen Rahmenbedingungen für die Unternehmen bereitzustellen, mit einer modernen Unternehmensbesteuerung administrative Hürden abzubauen, in Forschung und Entwicklung zu investieren und das zu fördern, die Verkehrs-, Energie- und Kommunikationsinfrastruktur auszubauen – insbesondere die digitale Infrastruktur für Industrie 4.0 –, Strukturreformen umzusetzen und eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik zu führen.

Die Kommission hat eine sehr wichtige Rolle, insbesondere was den Zugang zu Finanzierungsoptionen betrifft, neben Bankfinanzierungen auch den Zugang zu bankunabhängigen Finanzierungen – „Kapitalmarktunion“ ist das Stichwort. Auch bei der Handelspolitik – es wurde schon angesprochen – ist es ganz wesentlich, diese europäische Handelsstrategie in einem globalen Kontext zu sehen und auch den europäischen Unternehmen den Zugang zu sichern, Rohstoffversorgung zu gewährleisten – ebenso eine gemeinsame Klima- und Energiestrategie sowie eine digitale Strategie.

Wenn wir das Ziel erreichen wollen, einen 20 %igen Anteil am BIP der Industrie zu erreichen oder vielleicht mehr als 20 %, wie Sie es sagten, Frau Kommissarin – sehr gerne. Aber dann muss es diesen gemeinsamen *effort* geben, dann brauchen wir diese gemeinsame Industriestrategie, und dann müssen alle – die Kommission, der Rat und auch das Parlament – an einem Strang ziehen.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κυρία Πρόεδρε, δυστυχώς η βιομηχανική παραγωγή στην Ένωση βαίνει διαρκώς μειούμενη. Ειδικά σε ορισμένες χώρες έχει επέλθει σχεδόν πλήρης εξαφάνιση της βιομηχανικής δραστηριότητας. Στην Ελλάδα, η Επιτροπή συμμετέχει ενεργά στην επιβολή ενός ασφυκτικού φορολογικού και ασφαλιστικού πλαισίου, το οποίο καταστρέφει τόσο τις εμπορικές επιχειρήσεις όσο και τις βιομηχανίες και βιοτεχνίες. Μέσω των συμφωνιών που προωθεί η Ένωση με τις αδασμολόγητες εισαγωγές και το ελεύθερο εμπόριο από τρίτες χώρες, δίνει το τελειωτικό χτύπημα σε έναν ήδη πληγωμένο τομέα της οικονομίας, ο οποίος μπορεί να δημιουργήσει μαζικά θέσεις εργασίας, ενώ τα δικαιώματα των εργαζομένων είναι σχετικά ευκολότερο να διασφαλιστούν στις μεγάλες βιομηχανίες σε σχέση με τις μικρές και δύσκολα ελεγχόμενες επιχειρήσεις. Επίσης, με την απαξίωση της βιομηχανικής παραγωγής, τίθεται σε κίνδυνο η έρευνα και ανάπτυξη νέων τεχνολογιών. Απαιτείται μία άμεση αλλαγή της πολιτικής της Ενώσεως με σκοπό τη δημιουργία ενός δικαίου οικονομικού και φορολογικού υπόβαθρου για τις βιομηχανίες, οι οποίες μπορούν και πρέπει να αποτελέσουν την ατμομηχανή της ανάπτυξης. Ταυτόχρονα, θα πρέπει να εξασφαλιστεί και εκ μέρους των βιομηχανιών η προστασία των δικαιωμάτων των εργαζομένων και του περιβάλλοντος.

Herbert Reul (PPE). – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Industrie ist wichtig für den Wohlstand und das Wohlergehen der Menschen in Europa. Offensichtlich läuft es nicht gut – das ist der Bestand. Der Industrieanteil in der Welt geht zurück, der europäische Anteil wird weniger. Also muss da etwas getan werden. Deswegen kann auch nicht alles richtig gewesen sein. Und jetzt gibt es darüber Streit, was das Richtige ist. Die einen sagen: noch einen Dialog, noch ein Gespräch; manche haben sogar gesagt: noch mehr Gesetze; andere haben gesagt: mehr Geld.

Ich glaube, das ist alles verkehrt. Ich glaube – das haben einige Kollegen hier auch vorgetragen –, Industrie in Europa hat dann eine Chance, wenn wir an den Stellen helfen, wo wir helfen können, aber der Industrie auch die Möglichkeiten geben, sich selbst entwickeln zu lassen.

Der Schlüssel ist Innovation – ja klar! Was machen wir bei Horizon? Wir kürzen. Super, super Beitrag. Strukturreformen realisieren in den Ländern: Da sind die Mitgliedstaaten zuständig. Da, wo Mitgliedstaaten nicht richtig vorankommen, helfen wir, machen wir Druck – halbherzig. Halbherzig – nicht immer ergreift die Kommission die Möglichkeiten, die da sind.

Den Handel vorantreiben, internationale Handelsbeziehungen vorantreiben: Wir streiten uns darüber, ob CETA richtig ist, ob TTIP richtig ist – die Hälfte der Veranstaltung hier im Saal will das gar nicht.

Ja, und dann geht es um die Frage: Hat die Industrie, haben die Unternehmen auch Spielräume, wo sie sich entwickeln können, natürlich innerhalb von vorgegebenen Regulierungen? Und da beschließen wir munter weiter Regulierung. Die Wahrheit ist: Wir beschließen einen Großteil der Belastungen, die die europäische Industrie zu ertragen hat, wenn Sie den ganzen Bereich von Industrie, Klimaschutz, Energiepolitik und Sonstigem angucken. Und das macht keinen Sinn so. Es geht nicht ums Prinzip, sondern es geht um das Ausmaß. Und wir übertreiben maßlos.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Reinhard Bütikofer (Verts/ALE), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Herr Kollege Reul! Da Sie gerade so scharf kritisiert haben, dass wir ständig Belastungen auf die Industrie häufen, würde ich Sie bitten aufzuzählen: Welche Belastungen hat dieses Parlament auf Initiative der Juncker-Kommission seit 2014 beschlossen, die Sie so hart kritisieren?

Herbert Reul (PPE), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Gerne. Sie wissen doch, dass bei der Frage Emissionshandel meines Erachtens übertrieben wird. Da haben wir versucht, als Parlament noch zu korrigieren. Ich bin mal gespannt, was rauskommt. Sie und Ihre Fraktion sind doch locker dabei, immer höhere Anforderungen bei Energieeffizienz, bei höheren Anteilen von erneuerbaren Energien zu haben. Das treibt die Kosten in die Höhe.

Das sind nur zwei kleine Beispiele, die ich nenne. Ich hätte noch ein paar mehr, aber ich darf nicht länger reden.

Edouard Martin (S&D). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, heureux de vous revoir, j'étais inquiet, j'ai même failli lancer une alerte enlèvement, car vous êtes aux abonnés absents.

Depuis votre audition de 2014, vous annoncez vouloir faire passer le poids de l'industrie à 20 % du PIB européen, vous voulez redevenir leader sur un certain nombre de segments, etc. Certes, vous avez habilement surfé sur l'héritage de vos prédécesseurs, je pense notamment à Galileo, mais vous, qu'avez-vous engagé vous-même?

Le compte n'y est pas. Il est donc plus que temps que vous mettiez sur la table une feuille de route pour atteindre l'objectif que nous nous sommes collectivement fixé. Cela ne peut pas se limiter à l'organisation de réunions de haut niveau ou autres réunions de pince-fesses, cela ne fait en rien avancer la cause. Cette feuille de route ne saurait être non plus la simple addition de politiques sectorielles que vous vantez régulièrement, mais dont, bien souvent, les leviers vous échappent.

Nous avons besoin d'une véritable stratégie pour redonner un avenir à l'industrie européenne. Nous, les socialistes, la déclinons sous trois aspects.

D'abord, une industrie durable. Il ne suffit pas de se gargariser de la COP21. Nous pouvons maintenir l'activité industrielle, y compris lourde, sur le territoire européen, à condition de faire de la durabilité le premier élément de compétitivité. Le gavage de quotas de CO₂, malheureusement, promeut le non-investissement. Il faut aussi accélérer les politiques comme l'économie circulaire. Vous en avez parlé, nous attendons des actes.

Ensuite, une concurrence équitable à l'international. Cela touche à la fois au commerce international, ce que d'aucuns appellent le protectionnisme intelligent ou, du moins, la fin de la naïveté européenne (je pense notamment à l'exemple chinois), au droit à la concurrence et à la réévaluation du marché pertinent, prenant en compte la réalité de la mondialisation et une plus grande souplesse quant à l'émergence de champions européens.

Enfin, nous avons besoin d'une industrie riche de ses savoirs et respectueuse du dialogue social. Il ne peut y avoir d'industrie européenne sans travailleurs bien formés, correctement protégés contre les aléas d'une économie de plus en plus financiarisée et en mesure de jouer pleinement leur rôle, en bons connaisseurs de leur outils de travail, dans la bonne gestion et les décisions stratégiques de leur entreprise.

Bronis Ropė (Verts/ALE). – Iš tikrųjų manau, kad klausimas yra pakankamai svarbus ir nevienodas atskirose valstybėse – vienoms valstybėms jis mažiau svarbus, kitoms – daugiau svarbus, bet jis turi spręsti tuos klausimus, kurie šiandien yra užsienėje, ypač tose šalyse, kur yra žemas užimtumo lygis ir mažos pajamos. Ne tik turi kurti darbo vietas, bet tos darbo vietos turi būti ir pakankamai normaliai apmokamos. Priešingu atveju mes neišspręsim skirtumo tarp regionų atskirose šalyse ir skirtumų tarp šalių Europoje. Jeigu mes nespręsim kartu ir šitų klausimų, tai migracijos procesų – tiek vidinių migracijos procesų, tiek išorinių migracijos procesų – nesuvaldysime. Ir aš matau dar vieną įrankį – tai daugiau įtraukti vietos valdžios organus, būtent į pramonės plėtrą, ir susieti naudą, kurią gauna pramonė, kad ją gautų ir vietos valdžia, vietos gyventojai, kad jie būtų tuo suinteresuoti.

Dominique Bilde (ENF). – Madame la Présidente, cela fait plus de vingt ans que les États membres de l'Union se désindustrialisent. Pour les États appartenant à la zone euro, exception faite de l'Allemagne, où l'euro est fort et maintenu, la désindustrialisation se fait encore plus vite.

La doctrine européenne de l'économie de la connaissance a contribué depuis le début des années 2000 à la perte de compétitivité de nos industries face aux pays émergents. L'Union n'a pas su innover, se laissant distancer par les pays asiatiques et les États-Unis faute d'investissements suffisants. Elle n'a pas su davantage se prémunir de la concurrence des régions n'ayant pas nos normes sociales. Ce sont là les véritables raisons des délocalisations progressives, parfois même quand les usines tournent bien. Ce n'est pas un hasard si la part de l'industrie européenne dans le PIB mondial a régressé de 30,4 % en 2008 à 23,8 % aujourd'hui.

Les déclarations d'intention de la Commission européenne face à cette réalité semblent frappées du sceau de l'hypocrisie et de l'incompétence. Le report à 2030 de l'objectif de porter à 20 % la part de l'industrie dans le PIB de l'Union d'ici à 2020 en est la preuve.

La Commission cherche à calmer les colères dues aux multiples fermetures d'usines et au démantèlement de pans entiers de notre industrie, alors qu'elle est grandement responsable de l'absence totale de contrôle et de la mondialisation, en ressassant inlassablement l'idée de la concurrence libre pendant que nos concurrents développent des systèmes protecteurs.

Les cas Alstom et Caterpillar illustrent de manière exemplaire les errements d'une économie européenne incapable de fixer une stratégie et de se défendre. Pourquoi continuer à cautionner des politiques qui nous ruinent?

Il est temps que nous retrouvions la maîtrise de notre destin et de nos instruments de souveraineté. Vous voulez être ambitieux? Alors, ayez le courage de renoncer à vos idéaux et, enfin, de défendre notre industrie. C'est maintenant qu'il faut le faire. Après, il sera trop tard.

Anne Sander (PPE). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, nous le savons, la politique industrielle de l'Union européenne n'a jamais été véritablement ambitieuse. En privilégiant les services au détriment de l'industrie, nous avons laissé de côté des pans entiers de notre économie, ce qui a conduit à la suppression de 3,5 millions d'emplois industriels entre 2008 et 2014. Cette absence de stratégie pose des problèmes majeurs d'emploi, d'innovation, ainsi que de cohésion sociale et territoriale.

Aujourd'hui, au-delà des approches sectorielles, il nous faut un cadre, une vision, une feuille de route à moyen et long terme. Il nous faut absolument une articulation cohérente entre les politiques commerciales, environnementales, énergétiques, d'investissement, de concurrence et d'emploi.

L'Europe dispose d'atouts industriels importants, avec des leaders mondiaux dans les domaines de la pharmacie, de l'automobile, de la chimie, de la sidérurgie ou encore dans le ferroviaire.

Ne laissons pas nos concurrents nous distancer en étant trop naïfs ou trop timides.

Bernd Lange (S&D). – Frau Präsidentin! Frau Kommissarin, wir haben Ihnen fünf relativ konkrete Fragen gestellt. Ich habe aber keine Antworten gehört. Das häufigste, was Sie in Ihrer Rede formuliert haben, ist „man müsste“ oder „wir müssten“, und das ist keine Antwort auf eine Frage – weil wir in der Tat erwarten, dass wir auf die Entwicklung reagieren.

Wenn man sich das anguckt: Da fährt ein Schnellzug, getrieben von Globalisierung, getrieben von Digitalisierung, und wir gucken, was die alte Dampflok macht, und versuchen, an der einen oder anderen Stellschraube zu drehen. Das ist keine Lösung! Wir brauchen, wie Frau Toia gesagt hat, eine integrierte Strategie innerhalb der EU und innerhalb der unterschiedlichen Sektoren. Deswegen brauchen wir Antworten auf die Frage, wie Sie den Innovationsvorsprung halten wollen, wie Sie die Teilhabe von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sichern wollen, wie Sie sichern wollen, dass der europäische Anteil an globalen Wertschöpfungsketten gestärkt wird. Also nicht „man müsste“, sondern „wann?“ und „was?“!

Markus Pieper (PPE). – Frau Präsidentin! Die Aufträge der Industrie und ihre Exporte bringen Einkommen in die Region. Daraus entstehen Arbeitsplätze und Kaufkraft, daraus entstehen Steuereinnahmen, daraus finanzieren wir soziale Errungenschaften. Das ist ein Teil des sozialen Europas – der wohl wichtigste Teil. Wir sollten die Industrie deshalb hüten wie unseren Augapfel und Warnzeichen ernst nehmen.

Erstens: Investitionen bei energieintensiven Betrieben im Inland sind geringer als Abschreibungen – das ist schleichende Deindustrialisierung. Wir sind Klima- und Umweltweltmeister – überdrehen wir diese Schraube weiter, machen andere Regionen unser Business. Verlierer sind Klima und Arbeitsplätze. Deshalb muss unsere Klimapolitik endlich wieder die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft im Auge haben.

Zweitens: Die großen Datenfirmen kommen nicht aus Europa – von der Automobilindustrie bis zum Ladenbau. Wer aber die Daten zum Kundenverhalten heute kennt, bestimmt die Produkte von morgen. Deshalb müssen wir auf Digitalisierung und Breitband setzen. Deshalb sind aber auch Daten mehr Rohstoff als Gefahrenquelle. Das muss mehr ins Bewusstsein unserer Politik.

Pilar del Castillo Vera (PPE). – Señora presidenta, señora comisaria, hoy es un día en el que demostramos cuál es el camino por el que tiene que avanzar la Unión Europea. El camino de las realizaciones concretas. Insisto, el camino de las realizaciones concretas. Como el fin del *roaming*, que ha empezado hoy. Una realización concreta que beneficia a más de quinientos millones de personas y a toda la industria europea, en especial a las pequeñas y medianas empresas, y que supone un paso importante en el desarrollo del mercado único digital.

La competitividad de la industria europea necesita avanzar por ese camino de realizaciones concretas. Y en esa dirección es urgente contar con las infraestructuras de redes fijas y de banda ancha para desarrollar la mejor conectividad, que permita a su vez, desarrollar el 5G y, con ello, tener un instrumento para que la industria europea se beneficie de tecnologías digitales como el internet de las cosas, que constituyen una extraordinaria oportunidad para la competitividad global de la industria de manufacturas.

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní komisařko, já jsem velmi pozorně poslouchal vaše vystoupení a musím říct, že mě také zklamalo. Po třech letech, kdy funguje Komise, říkat pouze obecné věty, to podle mě evropskému průmyslu příliš nepomůže. Já si stejně jako někteří moji kolegové myslím, že je nutné vytvářet lepší podmínky pro evropský průmysl, ale že to určitě není cestou regulací. Naopak bourání regulací je to, co je třeba ze strany Evropské komise dělat. Je třeba zlepšovat a zkvalitňovat vnitřní trh. Mnohokrát zde byla zmiňována digitální agenda. Kdyby alespoň v této oblasti se podařily konkrétní kroky ještě v tomto volebním období, pak by to průmyslu určitě pomohlo. Určitě je nutné hovořit o konkrétních investicích do inovací a do výzkumu, to je také důležitá věc. Já bych chtěl ještě zmínit v tom krátkém čase, který mám, mezinárodní obchodní politiku Evropské unie. Výrazně pomáhají smlouvy o volném obchodu, o tom jsme se mohli přesvědčit například u smlouvy s Jižní Koreou, kterou jsme nedávno vyhodnocovali.

Catch-the-eye-Verfahren

Seán Kelly (PPE). – Madam President, I listened to Mr Reul's answer to the question by Mr Bütikofer and I think it made sense, because there is a tendency – especially in this mandate – for Parliament, whenever the Commission makes a proposal, to have to change it, be it good or bad. We have to go either above or below what the Commission says. Sometimes this does not make sense, and I think we have to look at it, especially if we want to grow industry in Europe, to do what is practical, and not to be overburdening them with all sorts of regulations, etc., that are unnecessary.

The second point I would make is that talent is vital as well. Recently, BorgWarner in the town where I live, close to Tralee in Ireland, expanded. They said that the reason they did so was that the local institute of technology (IT) was producing the talent they needed. We have to support the ITs in particular, in order to bring the talent that is needed for the industries of the future.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, l'Unione europea deve dotarsi di una strategia di politica industriale in grado di proteggere gli interessi degli Stati membri, una strategia improntata al mantenimento della competitività dell'industria europea a livello globale. La Commissione ha più volte sottolineato l'obiettivo di riportare la quota dell'industria rispetto al PIL dell'Unione europea al 20 % entro il 2020, obiettivo difficilmente realizzabile se non mettiamo in campo una maggiore ambizione puntando maggiormente su innovazione e sostenibilità.

Occorre una strategia di politica industriale olistica, in grado di guidare la politica industriale integrando l'obiettivo del 20 % di PIL con gli obiettivi in materia di clima ed energia per il 2030. La *green economy* è la via della nuova rivoluzione industriale. Solo se avremo il coraggio e la capacità di puntarci seriamente determineremo un vantaggio competitivo per il nostro sistema. L'azione va incentrata sulle piccole e medie imprese, favorendo la collaborazione produttiva attraverso la gestione intelligente dei canali distributivi, la gestione integrata della logistica in rete e l'interoperabilità dei sistemi informativi.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κυρία Πρόεδρε, η ανάπτυξη της βιομηχανίας στηρίζεται στην ικανότητά της να προσαρμόζεται και να καινοτομεί. Όμως, η έλλειψη ενωσιακής στρατηγικής και οι άστοχες φορολογικές πολιτικές έχουν επιφέρει καταστροφικά αποτελέσματα. Η μείωση των δαπανών παραγωγής δεν στηρίχθηκε στη βελτίωση της ενεργειακής και τεχνολογικής απόδοσης, αλλά μετατοπίστηκε στην αντίστοιχη μείωση του μισθολογικού κόστους και των συνταξιοδοτικών εισφορών. Η έλλειψη επαρκούς πρόσβασης σε κατάλληλη χρηματοδότηση και η αποτυχία περιορισμού της γραφειοκρατίας και των διοικητικών διατυπώσεων επιβαρύνουν υπέρμετρα τις μικρομεσαίες βιομηχανικές επιχειρήσεις και τις εξαναγκάζουν στη φοροαποφυγή. Η επιδίωξη υψηλής εξειδίκευσης έχει εγκαταλειφθεί. Η διασύνδεση της ερευνητικής κοινότητας με τη βιομηχανία συνεχώς εξασθενεί, ενώ τα μέτρα έναντι αθέμιτων εμπορικών πρακτικών και η έλλειψη στρατηγικής αυτονομίας σε κρίσιμους τομείς, όπως αυτός της άμυνας, κρίνονται επεικώς ανεπαρκείς. Η ανάπτυξη της βιομηχανίας δεν επιτυγχάνεται με την παγκοσμιοποίηση και το ελεύθερο εμπόριο. Επιτυγχάνεται με την έμπρακτη στήριξη των βιομηχανικών επιχειρήσεων, τον περιορισμό των γραφειοκρατικών δυσχερειών και τη συνδεσιμότητα της βιομηχανίας με τους λοιπούς τομείς της έρευνας και της τεχνολογίας.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Madam President, I believe that it is essential for the Commission to outline what concrete results have been achieved by mainstreaming industrial competitiveness into EU policy. In the light of, on the one hand, the decline in the role of industry in the overall economy and, on the other hand, of the critical challenges facing Europe, we should be aware of the Commission's possible reactions and know what action will it take to deal with the factors impacting the global competitiveness of European Union industry.

I believe that the Commission should respond to the calls to provide an assessment of the impact of mainstreaming industrial policy into the EU strategic initiatives and to submit a holistic EU industrial policy strategy together with a corresponding action plan. This is a must, Commissioner, and it should include an initiative in the Commission's 2018 work programme.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Elżbieta Bieńkowska, Member of the Commission. – Madam President, first I would like to thank you for this discussion. I think that, for me especially, it was very valuable. I share most of your views. I also think that the time has come that we need a holistic, as you call it, coherent European industrial strategy.

But what I cannot agree with is that we have in a way – of course nobody has said it – that we have wasted these two and a half years. I will still defend our approach so far. With our communication on smart industry, on clean industry, in our work on the circular economy, with mainstreaming industrial policy through all of our documents and our projects, with our Industry Day which I want to repeat every year, I think we have a very good base now to have the coherent strategy.

I also agree that it is quite difficult, much more difficult, to use existing instruments if we do not have such a common approach, but definitely those two and a half years were not wasted. We are prepared quite well, but we need the support of everyone and every actor to have and to start the work on such a strategy.

I also want to assure you, and especially Mr Martin – I am happy that I made you happy – that I have not disappeared. I have prepared two major industrial strategies: the space strategy that was adopted last December and the European defence action plan with very concrete actions, very concrete money and a very detailed programme for European industry in this sector. In addition of course, to all of our activities in the single market strategy: services package, goods package, compliance package and public procurement. So I can assure you that with this portfolio I will not be able to disappear!

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die gemäß Artikel 128 Absatz 5 GO einzureichenden Entschließungsanträge werden zu einem späteren Zeitpunkt bekannt gegeben.

Die Abstimmung findet während der nächsten Tagung statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

András Gyürk (PPE), írásban. – Vannak divatos policy-témák, amelyekről sok szó esik. Az a benyomásom, hogy az európai közös ipari stratégia nem tartozik ezek közé. Holott a tét nagy: munkahelyek, tudás és hagyomány. Nem kérdés, hogy az európai ipar sikerének záloga a minőség, a kitűnő ár-érték arány. Ezért két pillérre érdemes koncentrálni: az innovációra és a versenyképes árra. Először is, megfelelő szabályozással elő kell segíteni a kutatás-fejlesztési kiadások növelését, technológiásemleges módon. Másodszor, minden segítséget meg kell adnunk az ipar szereplőinek ahhoz, hogy termékeiket a globális piacon is versenyképes áron tudják értékesíteni. Az energaintenzív iparágak esetében az energiaárak szintje meghatározó jelentőségű. Az egységes energiapiac kialakításával elindultunk az energiaárak csökkenésének irányába. Azonban még mindig van néhány olyan függő energiapolitikai ügy, amely negatívan hathat a piacok fejlődésére. Erre kitűnő példa az Északi Áramlat gázvezeték bővítésének engedélyezése, amely néhány tagállamban hozzájárulhat az energiaárak növekedéséhez. Felhívom a Bizottság figyelmét, hogy a felsorolt szempontokat – innováció és versenyképes energiaár – kiemelt fókusszal kezeljék az ipari stratégia további kidolgozása során.

Carolina Punset (ALDE), por escrito. – La modernización de la industria debe asumir los compromisos climáticos. Hoy por hoy no puede desarrollarse ninguna técnica industrial que no busque satisfacer las necesidades de la ciudadanía, como el bienestar o el empleo, pero, sobre todo, la política industrial debe estar en sintonía con la reducción de emisiones de gases de efecto invernadero en todo el proceso productivo, desde la innovación hasta la distribución. La población exige cada vez más elementos de consumo respetuoso con el medio ambiente y el desarrollo de la economía verde es una oportunidad que Europa no debe desechar. En las evaluaciones de impacto de la Comisión Europea sobre el desarrollo de la industria de generación de energías renovables y sobre las mejoras del sector de la construcción en eficiencia energética, se calcula, entre otras estimaciones, que se crearán más de 800 000 empleos en ambos sectores industriales. A pesar de las trabas legislativas, sabemos que países como Dinamarca o España son referentes mundiales en el desarrollo de aerogeneradores. La descarbonización de la economía, cada vez más demandada por los consumidores, es una oportunidad para la industria europea: debemos contemplarla como una oportunidad para producir, en clara distinción con otras economías que no apuestan por el futuro.

4. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)

4.1. Der Fall des aserbajdschanischen Journalisten Äfqan Muxtarlı

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt folgt die Aussprache über sechs Entschließungsanträge zum Fall des aserbajdschanischen Journalisten Äfqan Muxtarlı (2017/2722(RSP)).

Charles Tannock, author. – Madam President, the alleged abduction of Azerbaijani citizen Afgan Mukhtarli on Georgian soil is an extremely concerning and serious case, particularly given his background as a journalist who has fled there in search of a safe haven from persecution by the Azerbaijani authorities. Allegations that the Georgian security services may have in some way been complicit with these events is also of deep concern, and I welcome the calls in the resolution today for a full investigation of these claims.

Investigative journalism that seeks to uncover corruption and abuses of justice is vital in all countries, but especially so in countries such as Azerbaijan, which are marked by distinct deficiencies in the democratic processes and the rule of law. Incidents such as this undermine the efforts to encourage journalists such as Mukhtarli to continue their work in freedom, and to believe that sanctuary can be found if necessary. I hope, as investigations into the affair proceed, that we will at the very least see the release of Mukhtarli, and that all charges filed by the Azerbaijani authorities against him in this regard are dropped.

Rebecca Harms, Verfasserin. – Frau Präsidentin, sehr geehrte Kollegen! Herr Tannock hat die Situation sehr gut beschrieben. Das Erschreckendste an diesem Fall des Journalisten Äfqan Muxtarlı ist aber, dass die Unrechtsjustiz offensichtlich nicht nur in Aserbajdschan funktioniert, sondern dass der Arm aus Aserbajdschan bis Georgien reicht. Und uns ist sehr wichtig, dass dieser Fall insgesamt aufgeklärt wird und dass unabhängige Untersuchungen dazu nicht nur in Aserbajdschan, sondern auch in Georgien stattfinden.

Ich hoffe sehr, dass wir mit unserer Entschließung Äfqan Muxtarlı helfen können. Ich setze darauf, dass Kommissar Hahn, der morgen in Baku sein wird, dazu verhandeln wird. Und ich hoffe, dass auch alle anderen Fälle von Unrechtsjustiz Thema sein werden für die Beziehungen zwischen den europäischen Institutionen und Aserbaidtschan. Unsere Entschließung fordert nicht nur die sofortige Freilassung von Äfqan Muxtarlı, sondern von Dutzenden anderen Journalisten und Menschenrechtlern, die in Aserbaidtschan zu Unrecht im Gefängnis sind und die auch gefoltert werden.

Soraya Post, author. – Madam President, on 29 May 2017 the Azerbaijani journalist Afgan Mukhtarli disappeared from his exile in Tbilisi, Georgia. He was abducted and, according to his own account, beaten up and thrown into a car. The next day he was in Baku, Azerbaijan. Mukhtarli has since then been sentenced to prison.

We are happy that the European Union has a broad cooperation with Azerbaijan, and we would like to deepen that. But let us be very clear that to breach the sovereignty of other countries to abduct, beat up and imprison journalists and critics of the government is completely unacceptable. We utterly condemn what has happened to Mr Mukhtarli and call on the Georgian Government to ensure a prompt investigation. We call on the Azerbaijani Government to immediately drop all the bogus charges against Afgan Mukhtarli and release him from prison and, with him, let all the political prisoners go.

Petras Auštrevičius, author. – Madam President, we all – and people of Azerbaijan in particular – need a democracy and value-based partnership, but not an illusion of it. Only full respect of basic freedoms and the rule of law will enable us to build solid and lasting political and trade relations. Otherwise, this partnership will be simply doomed, as it proved to be in the cases of Russia and Turkey, among others.

Therefore, the abducted journalist Afgan Mukhtarli must be immediately released and officially pardoned by Baku. Prompt and transparent investigation must be conducted in both Georgia and Azerbaijan.

Finally, the release and rehabilitation of all political prisoners must be at the core of the partnership agreement. This is where the EU must stand firm. Today, we have to repeat it once again: Baku and Tbilisi must be partners in the investigation, and we have to receive all and final information on this case, otherwise there are many doubts about future partnerships.

Helmut Scholz, Verfasser. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte einer Verschiebung der Abstimmung über die Entschließung zum Fall Äfqan Muxtarlı, wie es diskutiert wird, ausdrücklich zustimmen. Wie so oft üben wir den Spagat zwischen den Erwartungen eines in seinen Rechten Verletzten und der Suche nach einem geeigneten Weg, universellen Rechten zum Durchbruch zu verhelfen. Der Dialog – egal auf welcher Ebene er geführt wird – ist hierbei tausendmal besser als eine im Kern sprachlose Konfrontation.

Vor wenigen Tagen konnte ich im südlichen Kaukasus selbst beobachten, wie komplex die gesellschaftlichen Transformationsprozesse in der Region verlaufen, wie groß der Bedarf an gemeinsamen gesellschaftlichen Lernprozessen und Verabredungsprozessen ist. Die menschenrechtlichen Forderungen unserer Entschließung ordnen sich hier klar ein. Äfqan Muxtarlı ist umgehend freizulassen, und die Anklage gegen ihn ist aufzuheben, denn am Ende kann nirgendwo Recht gesprochen werden, welches auf einem fundamentalen Unrecht basiert. Die so offensichtliche Entführung eines vor Verfolgung Geflohenen und seine Überstellung an das Land, aus dem er floh, ist Unrecht. Es gilt auch unsere Forderung: Das Land, welches vorgab, ein sicherer Fluchtort zu sein, muss widerspruchsfrei nachweisen, dass es mit der Entführung nichts zu tun hat.

Aserbaidtschan hat sich in Bezug auf die Menschenrechte widersprüchlich entwickelt. Wir lernen erneut daraus, dass unsere Forderungen nur dann nachhaltig umgesetzt werden können, wenn sich an den Systemen der Machtausübung etwas verändert. Die Kriminalisierung von Kritik und Kritikern wird immer weiter gehen, wird sie am Ende nicht selbst unter Strafe und Strafverfolgung gestellt. Waffengleichheit in Konflikten zwischen Staat und Individuum kann es ebenso nicht geben, wird dieses nicht per Gesetz garantiert.

Wir sind bereits in der Phase der intensiven Vorbereitung des nächsten Gipfels zur östlichen Nachbarschaft. Ich möchte der Kommission im Kontext dieser Diskussion mit auf den Weg geben, auch darüber nachzudenken, wie die EU ihre entsprechenden Instrumente weiterentwickelt. Das Europäische Parlament ist daran interessiert, weniger Donnerstag-Entschlüsse zu produzieren und viel mehr zu realen Veränderungen in unseren Partnerländern zu kommen.

Željana Zovko, *author*. – Madam President, the joint motion for a resolution relates to the case of the Azerbaijani journalist Afgan Mukhtarli, who was subjected to forced disappearance in Georgia, resurfaced in Baku a few hours later, and ended up in prison. We spoke to his wife this morning. The text produced by several groups is a solid one and critical of Azerbaijan as well as Georgia. As regards Azerbaijan we criticise the human rights situation and the ongoing crackdown on NGOs, human rights activists and journalists. We demand the immediate release of Mr Mukhtarli as well.

However, we have been requested by Commissioner Hahn to postpone the vote on the resolution. He will be in Baku on Friday. The adoption of the resolution, as he said, will make his mission virtually impossible. As saving face is usually very important for the Azerbaijani side, the Commissioner might encounter additional difficulties in Baku. Indeed, postponing the vote could serve as additional leverage for the Commission.

I strongly support postponing the vote and silent diplomacy instead of having this resolution adopted today.

Cristian Dan Preda, *au nom du groupe PPE*. – Madame la Présidente, je condamne, comme mes collègues, l'enlèvement et la détention du journaliste Afgan Mukhtarli, c'est une atteinte à la liberté de la presse qui est, comme on le sait, une valeur non négociable pour nous.

Je sollicite donc la libération immédiate d'Afgan Mukhtarli ainsi que des investigations approfondies et honnêtes sur son enlèvement, à la fois en Azerbaïdjan et en Géorgie.

En février, quand le président Ilham Aliev est venu à Bruxelles, nous avons montré notre ouverture à renforcer la coopération avec l'Azerbaïdjan dans divers domaines, qui vont de l'énergie au commerce, mais aussi à discuter plus souvent du fondement sur lesquels cette coopération doit être bâtie: le respect des libertés fondamentales.

J'invite donc nos partenaires azerbaïdjanais à discuter avec nous de manière ouverte, notamment dans le cadre de notre coopération parlementaire, sur les meilleures façons de mettre en œuvre ces valeurs, les seules sur lesquelles la prospérité et la stabilité peuvent se fonder.

Je suis certain que la présence du commissaire Hahn à Bakou, la semaine prochaine, enverra ce même message: notre volonté de coopérer, mais aussi l'importance que nous accordons aux valeurs de liberté.

Kati Piri, *namens de S&D-Fractie*. – Op klaarlichte dag ontvoerd worden in Tbilisi, de Georgische hoofdstad, je plots aan Azerbeidzjaanse grens bevinden en de volgende dag wakker worden in een gevangenis. Het overkwam onderzoeks-journalist Afgan Mukhtarli, die 2 weken geleden onder valse voorwendselen werd opgepakt en nu uitzicht heeft op een langdurig politiek gemotiveerd proces in Azerbeidzjan. De situatie past in een reeks zorgwekkende ontwikkelingen, waarbij de regering in Bakoe critici het zwijgen oplegt, van verzonnen strafbare feiten tot onderdrukkende wetgeving en bureaucratische regels voor maatschappelijke organisaties. Het resultaat? Vandaag de dag zitten ruim 100 politieke gevangenen vast zonder uitzicht op ook maar iets wat op een eerlijk proces lijkt. Maar de repressie kent nu een nieuwe fase. Nu zijn ook politieke vluchtelingen in buurlanden kennelijk niet meer veilig. Volgens Mukhtarli spraken zijn ontvoerders Georgisch. Dat roept ernstige vragen op over de mogelijke betrokkenheid van de Georgische veiligheidsdiensten. Daarom moet dit ook tot op de bodem worden uitgezocht. Het maakt namelijk dat honderden Azerbeidzjanen die in ballingschap in Georgië leven, zich plotsklaps zorgen moeten maken over hun veiligheid.

Let me say the last words in English so that we can have the debate here in the Parliament. There is this proposal to postpone, for the first time, a vote on a matter of urgency. I think the word "urgency" says it all: we are talking here about an individual human rights case, and this Parliament should not postpone a vote on such a severe situation, because it will set a precedent which we should not want. I hope today we can go to a vote on a very good resolution which has been negotiated.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Reinhard Bütikofer (Verts/ALE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Frau Kollegin Piri! Würden Sie den Vorschlag auch machen, wenn Herr Kommissar Hahn ein Sozialdemokrat wäre?

Kati Piri (S&D), *blue-card answer*. – I'm sorry, but I think this is a very crazy question: we don't make judgments about who does the request. We make judgments on the case itself. All the groups were in favour of having this resolution because of its seriousness. All the groups negotiated a request. This is not a political colour question, and I find your question, to be honest, actually very disgraceful.

Anna Elżbieta Fotyga, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, as a friend of both Georgia and Azerbaijan, I am most concerned by the case of Afgan Mukhtarli. His abduction, allegedly by Georgian services, is a serious blow to the reputation of that country. The triggering mechanism and unfortunate violent finish was somewhere in Azerbaijan. The investigation, as energetic as possible, should be carried out in both countries, and we have to support the silent diplomacy of Commissioner Hahn, postponing the vote on the resolution.

Pavel Telička, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, we all agree on the substance of the evaluation, so where we differ on is what the best approach is in order to release Mr Mukhtarli. Now the question is [...]

Colleagues, I listened to you; Mr Bütikofer, it is not easy if you are shouting a few metres away from me. I do apologise, Madam President.

Once again, we differ on how to proceed, and what the best tactics are. If we were dealing with a different government with a different regime, I could understand the appeal of Mr Hahn, but the abduction happened a few days after a European Parliament high-ranking delegation spoke for an hour and a half with the President of the country, Mr Aliyev – so that is the message.

The other message would be that if we postpone it today and Mr Hahn goes, what is the message that we are sending? For the first time, we have postponed an urgency resolution, and we are not united. I disagree with Mr Hahn, because I think that he can go to Baku and have behind him a resolution which puts pressure on him. For me, in that current situation with this regime, with the disrespect to Parliament that Mr Aliyev has shown, it is the only possible way.

Heidi Hautala, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, however we are going to decide on this, it is clear that this is an unforeseen, unprecedented case. Two friendly countries, two EU eastern neighbours, and what happened was that there was a reported abduction from the territory of an independent country. I fully see why the President Margvelashvili of Georgia has said that this is not only a question of upholding human rights and freedom of the media, but it is also about defending Georgian statehood. That is why we all have reason to believe that Georgia is conducting a totally transparent and independent investigation into what happened. We are faced with two completely different stories on what happened and we need to get this right, because this should never happen again.

The main thing is that, whatever we decide today about voting today or in three weeks' time, the Commission has to do their utmost to get Mr Afgan Mukhtarli free.

Krzysztof Hetman (PPE). – Pani Przewodnicząca! Nie kłóćmy się dzisiaj na tej sali o to, w jakim terminie powinniśmy głosować nad tą rezolucją. Mówmy o wolności słowa, która jest niewątpliwie jedną z najważniejszych wartości, wyjątkowo bliską każdemu Europejczykowi. Dlatego zdecydowanie powinniśmy sprzeciwiać się wszelkim formom jej naruszania. Szczególnie nie wyrażamy zgody na tak brutalne formy jej tłumienia, jak ma to miejsce w przypadku Afgana Mukhtariego, który, będąc niezależnym dziennikarzem otwarcie krytykującym działania rządu azerbejdżańskiego, został porwany w Gruzji, siłą przewieziony do Azerbejdżanu i aresztowany pod wątpliwymi zarzutami. Należy także podkreślić, że przypadek A. Mukhtariego nie jest odosobniony. Dlatego podkreślam z całą mocą, że nie może być zgody Unii Europejskiej na więźniów politycznych, i wzywamy rząd Azerbejdżanu do ich uwolnienia. Sądzę, że postulat ten musi być także jednym z punktów negocjowanej od lutego tego roku umowy o partnerstwie między Unią a Azerbejdżanem.

Kosma Złotowski (ECR). – Pani Przewodnicząca! Aresztowanie Afgana Mukhtariego to zdarzenie budzące niepokój u wszystkich osób, którym na sercu leży pokój i stabilizacja w regionie południowego Kaukazu. Jeśli potwierdzą się ostatecznie wątpliwości co do miejsca i przebiegu jego aresztowania oraz postawionych mu zarzutów, nie będzie to z pewnością korzystne dla wzmacniania obustronnej współpracy między Unią Europejską, Azerbejdżanem oraz Gruzją, której służby również, zdaje się, odegrały w tej sprawie niechlubną rolę. Cieszę się jednak, że wspólny tekst rezolucji mówi także o tym, co udało się osiągnąć w ostatnim czasie, szczególnie w zakresie współpracy w ramach Zgromadzenia Parlamentarnego Euronest. Budowa demokratycznego państwa w tak trudnych warunkach geopolitycznych to ogromne wyzwanie, z którym zмага się wiele krajów w obszarze postradzieckim. Bez wątpienia musimy robić więcej, aby ten proces wspierać, także w wymiarze gospodarczym.

Wracając do sprawy Afgana Mukhtariego: jeśli istnieje choćby cień szansy na powodzenie misji komisarza Hahna, powinniśmy to głosowanie odłożyć.

Norica Nicolai (ALDE). – Doamnă președintă, vorbesc în calitatea mea de raportor al Parlamentului pentru Azerbaidjan. Am urmărit cu foarte mare atenție luările dumneavoastră de poziție și un lucru mi-a atras atenția: mulți dintre dumneavoastră vorbiți în termenii „dacă ar fi adevărate acestea alegeri, ar putea să fie complice”. Cred că un parlament are obligația să se pronunțe printr-o rezoluție de urgență pe chestiuni foarte clare.

În momentul de față se fac două anchete: una la Baku și una la Tbilisi. Dacă Azerbaidjanul știm foarte bine cu toții că nu este o țară care să aibă performanțe în protejarea drepturilor omului, cred că nimeni din această sală nu are îndoieli cu privire la Georgia. Cred că demersul comisarului Hahn este unul legitim, corect și coerent din punctul de vedere al politicii Parteneriatului estic. Întâi avem obligația să clarificăm o situație și apoi să reacționăm cu toate mijloacele pe care Parlamentul și Uniunea le au. Pornind de la astfel de alegeri, riscăm să tensionăm foarte mult relațiile în zonă. Pentru mine este foarte important să avem o abordare solidă și serioasă și să amânăm acest vot, după ce vom avea o percepție foarte clară a Comisiei.

Ivo Vajgl (ALDE). – Madam President, dear colleagues, two weeks ago an official delegation of the Committee on Foreign Affairs (AFET), with seven Members, visited Azerbaijan, Armenia and Georgia. We met the highest State representatives from civil society and diplomacy. After a long period of interrupted dialogue with Baku, caused by over-sensitive reactions to a similar urgency resolution some years ago, we received assurances of a strong interest in closer cooperation based upon common strategic interests and values. The delegation paid a visit to two places which symbolised the complexity of history and the present day: a camp for refugees from occupied Nagorno Karabakh near Baku, and an Armenian memorial for genocide in Yerevan. The EU is offering to all countries of the Caucasus a partnership based upon human rights, the rule of law and freedom of expression. This means that one single journalist or human rights defender in jail is one too many. Negotiations with Azerbaijan on the comprehensive Partnership Agreement has been started. Open issues from these resolutions should be dealt with in this framework. I believe in active politics and diplomacy, therefore I cannot support this resolution, which still has too many question marks.

Catch-the-eye-Verfahren

José Inácio Faria (PPE). – Senhora Presidente, no passado dia 29 de maio, o jornalista Afgan Mukhtarli foi raptado por homens não identificados que, alegadamente, envergavam uniformes da Polícia Judiciária da Geórgia, para mais tarde vir a ser solto às mãos das autoridades do Azerbaijão. Afgan Mukhtarli foi espancado e conduzido à fronteira do Azerbaijão com uma avultada soma em dinheiro, com o único propósito de permitir às autoridades azerbaijanas instaurarem-lhe um processo-crime por atravessamento ilegal da fronteira e por contrabando.

As provas foram manipuladas por forma a permitir a sua detenção e condenação a uma pena de prisão de vários anos. A verdade, caros Colegas, é que esta prática de intimidação, repressão e perseguição, é aplicada recorrentemente no Azerbaijão a dirigentes de organizações não-governamentais, a defensores de direitos humanos, a membros da oposição e a jornalistas.

Num momento em que decorrem as negociações para a implementação da nova parceria entre a União Europeia e o Azerbaijão, o Parlamento Europeu deve condenar, de forma inequívoca, a prisão arbitrária do jornalista Afgan Mukhtarli e exigir a sua imediata libertação.

Entendo que a União Europeia não pode pactuar com regimes que descarada e reiteradamente desrespeitam os direitos humanos e as liberdades fundamentais e tudo deve fazer para que as violações da lei internacional sejam devidamente sancionadas.

Maria Grapini (S&D). – Doamnă președintă, doamnă comisar, sigur, aici s-a dezbătut o situație, așa cum spunea și colega noastră Norica Nicolai, în care nu avem totuși toate datele relevante. Cred că trebuie să fim un Parlament responsabil. Și eu fac parte din Adunarea Parlamentară Euronest. Cunoaștem problemele din Azerbaidjan și din celelalte țări. Știm că Azerbaidjanul este important în Euronest și are o agendă legată de Uniunea Europeană, dar și eu cred că trebuie să amânăm această rezoluție, pentru a ne documenta și pentru a veni cu lucruri extrem de precise. Este vorba, sigur, de viața unui om. Este vorba de libertatea presei. În același timp, trebuie să avem toate argumentele, înainte de a lua decizii, și asta este punctul meu de vedere.

(Vorbitorul a acceptat să răspundă unei întrebări adresate în conformitate cu procedura „cartonașului albastru” (articolul 149 alineatul (8) din Regulamentul de procedură))

Heidi Hautala (Verts/ALE), blue-card question. – I would like to ask my good colleague, Maria Grapini, whether she would look into the resolution again, because it's precisely asking for an investigation. So it's not that we want to postpone the investigation; we want to have a serious, independent, transparent investigation on what actually happened, and this is the point in the resolution. Both sides of the border.

Maria Grapini (S&D), răspuns la o întrebare adresată în conformitate cu procedura „cartonașului albastru”. – Am înțeles întrebarea colegei și o apreciez foarte mult. De altfel, am toată aprecierea față de colega noastră. Îi știu activitatea în Parlament și în comisie. Da, sigur, am citit rezoluția. Spuneam doar că nu e nevoie de o rezoluție, ci că, din punctul meu de vedere, este pript să facem atât de rapid o rezoluție, fără a aștepta, așa cum spunea și comisarul, o documentare mai aprofundată. Nu e nevoie. Susțin că este nevoie să avem o rezoluție pentru Azerbaidjan, dar nu acum.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, Afgan Mukhtarli il 29 maggio passeggiava tranquillamente per le vie di Tbilisi, dopo una serata con i suoi colleghi, fino a quando alcuni uomini con una divisa della polizia criminale georgiana lo fermano, lo incappucciano, lo spingono in macchina, lo picchiano e lo depositano oltre il confine con l'Azerbaigian, con 10 000 euro in tasca.

Adesso Afgan è a Baku, in custodia della polizia frontiera, e davanti a lui pendono le accuse di contrabbando, attraversamento illegale della frontiera e violenza contro le autorità di polizia. Afgan è un coraggioso giornalista d'inchiesta come sua moglie. Era già scappato in Georgia nel 2015, temendo per la propria incolumità, pur continuando a investigare sulle holding della famiglia del Presidente azero Aliyev, e si sa che chi vuole curiosare troppo negli affari del Presidente azero non ha mai vita facile nel suo paese.

La domanda è: come si può sparire a Tbilisi e a ritrovarsi a Baku? Chiediamo un'inchiesta veloce e trasparente, ma non possiamo accettare che l'Azerbaigian da un altro lato faccia sempre un passo avanti e due indietro. Devono essere liberati i prigionieri politici, si deve smettere di perseguire i giornalisti...

(Il Presidente toglie la parola all'oratore)

Michaela Šojdrová (PPE). – Já si velmi vážím toho, že EP se systematicky zabývá dodržováním lidských práv zemí Východního partnerství. Toto naše usnesení reaguje na konkrétní informaci o únosu Afgana Muchtarliho z Tbilisi do Baku, kde je vězněn. Skutečnou příčinou jeho věznění je to, že působil v nezávislém médiu – rádio *Free Europe* – a je znám jako kritik ázerbájdžánského režimu. Bohužel takových politických vězňů je v Ázerbájdžánu více a naše usnesení je zmiňuje, všechny je vyjmenovává.

EP vyzývá k jejich propuštění, včetně novinářů. Tento poslední případ zatčeného novináře silně připomíná diktátorské praktiky, které dobře známe z komunistických režimů. Proto podporuji stanovisko EP, aby propuštění politických vězňů, novinářů a konec jejich pronásledování byly jasnou podmínkou další dohody mezi EU a Ázerbájdžánem. Oceňuji zejména politickou shodu na tomto usnesení.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, the disregard for the fundamental right of freedom of expression demonstrated by the Azerbaijani Government, as evidenced in the case of Afgan Mukhtarli, is an issue of great concern to both my colleagues and me in the European Parliament, as is evidenced by this resolution and the speeches made by colleagues here this morning. Afgan Mukhtarli's abduction and imprisonment is a clear violation of international law, and it is crucial that the Azerbaijani Government be held accountable. The alleged involvement of Georgian officials in this case must also be scrutinised in terms of respect for fundamental rights and the integrity of government, especially as he fled there and finished up in Baku. That was some safe haven in Tbilisi. Looking forward, the safeguarding of freedom of the press and freedom of expression should be prioritised as a central facet to the future of EU-Azerbaijani relations.

Dá bhrí sin, a Uachtaráin, caithfidh gach iarracht a dhéanamh chun an sprioc sin a bhaint amach agus brú níos mó a chur ar rialtas na hAsarbaiseáine chun Mukhtarli a ligean saor láithreach bonn agus más féidir sin a dhéanamh, beidh jab maith déanta againn.

Ana Gomes (S&D). – Apesar da libertação de ativistas dos direitos humanos no Azerbaijão nos últimos dois anos, repressão aos *media* independentes, ataques à liberdade de expressão têm-se tornado cada vez mais brutais, incluindo prisão, acusações criminais fabricadas, vigilância intimidatória, tortura e até a morte sob custódia do Estado, como aconteceu com o *blogger* Mehman Huseynov em abril passado. Intolerável é também a recusa do Governo do Azerbaijão em acatar julgamentos do Tribunal Europeu dos Direitos Humanos.

Condenamos firmemente o sequestro de Afgan Mukhtarli na Geórgia, a sua transferência forçada para uma prisão do Azerbaijão. Quem esteve envolvido neste sequestro tem de ser investigado e levado a tribunal na Geórgia, país que deve acolher todos os requerentes de asilo que escapam a perseguição política nos países vizinhos, como o Azerbaijão, a Turquia ou a Rússia. Afgan Mukhtarli e todos os outros prisioneiros políticos devem ser libertados de imediato no Azerbaijão e as acusações pendentes devem ser retiradas.

Espero que as diligências do Comissário Johannes Hahn em Baku sejam atendidas pelo governo do Azerbaijão já, e não daqui a meses. Aqui, neste Parlamento, há muitos de nós que não trocamos direitos humanos por petróleo nem por subornos da cleptocracia que oprime o povo do Azerbaijão.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Elżbieta Bieńkowska, Member of the Commission. – Madam President, the EU observes attentively the narrowing of space for exercising fundamental freedoms in Azerbaijan. We have taken careful note of the arrest and sentencing of the number of persons who have criticised the authorities, as well as systemic measures to curb freedom of expression, such as a decision to permanently block five online media outlets or increase criminal penalties for insulting the President.

The number of government critics behind bars has increased rapidly since last summer. The charges are not always related to the exercise of freedom of expression, but range, of course, from drug-related charges to liberal and financial irregularities. What these cases have in common is the ease with which the arguments of the defence have been dismissed. On 30 May, the EU reacted immediately to the apparent abduction of a journalist in another country in order to imprison him in Azerbaijan, recalling that civil rights and due process of law must be respected.

These developments ran counter to the broader renewal of recent positive engagement between the EU and Azerbaijan following a number of positive developments since 2015, including the release of several high-profile human rights defenders, activists and journalists. Positive interparliamentary cooperation has also resumed and the visit by the Committee on Foreign Affairs to Azerbaijan in May was welcomed as a part of this renewed engagement. We will step up our diplomatic effort to return to this path. In a statement on 4 June, the spokesperson for the High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy/Vice-President of the Commission called for an immediate review of the case and the release of all individuals detained as a result of exercising their fundamental freedoms.

The issue will also be raised by Commissioner Hahn, as you noticed, who will be visiting Baku as of tomorrow, including with President Aliyev. The EEAS has also raised this point in a meeting with their counterparts. Our main tool for steering our relationship with Azerbaijan is, of course, the new agreement that is currently being negotiated. The latest round took place earlier this week and human rights were again one of the main issues discussed. We will pursue relentlessly an agreement that puts respect for human rights at the core of our relationships.

PRZEWODNICTWO: RYSZARD CZARNECKI

Wiceprzewodniczący

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się w czwartek 15 czerwca 2017 r.

4.2. Pakistan, insbesondere die Lage von Menschenrechtsaktivisten und die Todesstrafe

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest debata nad sześcioma projektami rezolucji w sprawie Pakistanu, w szczególności sytuacji obrońców praw człowieka i stosowania kary śmierci(2017/2723(RSP)).

Branislav Škripek, author. – Mr President, I am very glad that this debate is taking place. The situation regarding human rights in Pakistan is very difficult. Ethnic and religious minorities experience huge difficulties if they are different from – or think differently to – the government or the majority of the Pakistani people. Several minority people have been killed or persecuted because they were not protected by the government.

One issue I want to highlight in particular is the so-called blasphemy laws. I would like to ask the High Commissioner to urge the Government of Pakistan to review these laws or, even better, to abolish them. These laws are wide open to misuse as tools for setting personal vendettas and oppressing minorities. The Pakistani Government therefore also should make sure that, until the laws are revised, people will not suffer as a result of them for false purposes.

Soraya Post, author. – Mr President, these days many of us have written something on social media that we have later come to regret. That can be a worry – not least if you are a politician. In some places, however, it can mean that you put your life at stake. A man has just been sentenced to death in Pakistan for insulting the prophet on Facebook. Of 50 Muslim-majority countries around the world, only 13 – including Pakistan – have a death penalty for blasphemy. Islam is a religion of peace, not of death. We welcome the Pakistani Government's decision to adopt the Human Rights Action Plan; we call on them to repeal capital punishment for blasphemy and immediately release all prisoners held under these charges. Only a country that allows people to speak out freely can truly be called righteous.

Jozo Radoš, autor. – Gospodine predsjedniče, smrtna kazna i zakon o blasfemiji u Pakistanu osobito pogađaju, naravno, novinare i borce za zaštitu ljudskih prava i jednako tako pripadnike manjina. Posebno zabrinjava da su među žrtvama takve politike i tih odredbi zakona u Pakistanu maloljetnici, dakle, osobe koje nisu punoljetne.

Želim posebno naglasiti, skrenuti pozornost i izraziti zabrinutost zbog pritiska pakistanskih vlasti prema internetskim platformama, Facebooku i Twitteru, da se otkrije identitet korisnika tih platformi kako bi se moglo progoniti ljude zbog blasfemije i eventualne prijetnje smrtnom kaznom.

Pozdravljam donošenje Akcijskog plana za ljudska prava u Pakistanu i nadam se da će taj Akcijski plan pomoći da se poboljša stanje ljudskih prava u Pakistanu i riješi pitanje smrtne kazne i zakona o blasfemiji.

Miguel Urbán Crespo, *Autor*. – Señor presidente, desde el trágico atentado de diciembre de 2014, en el que murieron más de cien personas —la mayoría niños y niñas—, el Gobierno de Pakistán ha activado el Plan de acción nacional para combatir el terrorismo. Entre otras cosas, este plan incluye la ejecución de sentencias de muerte para encausados por terrorismo.

Por desgracia, hemos podido comprobar cómo, dentro del paraguas de la acusación de terrorismo, el Gobierno de Pakistán está incluyendo todo tipo de casos, sobre todo para perseguir a la oposición política y social. Especialmente significativo es el caso del activista Baba Jan y otros doce manifestantes pacíficos, condenados a cadena perpetua en 2014 por el Tribunal Antiterrorista. Desde aquí les mandamos un fuerte saludo y abrazo.

Esta situación es un claro paso atrás desde la moratoria de 2008, que alivió parcialmente la ejecución de civiles. Pero desde comienzos de 2015 esta moratoria ha finalizado completamente para todos los sentenciados por delitos capitales.

Desde aquí queremos exigir no solo juicios justos y con garantías y la libertad para los activistas políticos encarcelados de manera injusta en Pakistán como Baba Jan, sino que queremos levantar nuestra voz por la abolición global de la pena de muerte.

En nuestra opinión, esta situación muestra, una vez más, las vergüenzas de una Unión Europea y, en particular, de la Comisión que permiten que Pakistán sea uno de los ocho países que se benefician del Sistema Generalizado de Preferencias —el SPG—, por el que se obtienen tarifas preferenciales a cambio del compromiso de respetar los derechos humanos, que Pakistán no respeta.

A día de hoy, el sistema de monitoreo y el propio SPG quedan claramente en entredicho, una vez más. Seguramente, este sistema ha contribuido mucho a impulsar muchos negocios. Sabemos, por ejemplo, que muchas empresas europeas importan productos textiles manufacturados de Pakistán y seguramente se benefician de este marco.

Lo que es intolerable es que a cambio de esto, de esos negocios, la Comisión haya mirado a otro lado ante la violación sistemática de los derechos humanos en Pakistán. Esto no puede seguir así.

Tunne Kelam, *author*. – Mr President, Pakistan is an important partner for the EU. However, this Parliament is seriously concerned about the human rights situation, especially about the number of executions after Pakistan reinstated the death penalty. Most alarming is the use, or rather misuse of the so-called blasphemy law, which carries a mandatory death penalty. On 10 June 2017, the Pakistani court passed a death sentence to Taimoor Raza for committing blasphemy on Facebook.

We call on the Pakistani authorities to introduce some immediate measures that could reverse this present trend, first on all executions on any offense other than intentional killing. Second, stop executing juvenile offenders. Third, provide a moratorium on executions on those whose appeals are pending. Fourth, reinstate a moratorium on all executions as soon as possible and provide also maximum state guarantees for normal work of journalists, NGOs and human rights defenders.

Jiří Pospíšil, *za skupinu PPE*. – Já chci velmi výrazně podpořit toto usnesení, které kritizuje to, jak je trest smrti zneužíván v Pákistánu.

Já jsem celoživotní odpůrce trestu smrti a jsem velmi rád, že EU má tuto filozofii a kritizuje využívání a zneužívání trestu smrti v jednotlivých státech celého světa. Je třeba říci nejen to, že Pákistán odstoupil od moratoria z roku 2015 a trest smrti opět využívá. On ho původně chtěl využívat pouze proti nejzávažnějším trestům, jako je terorismus, vraždy atd., ale již moji předchůdci jasně řekli, že v tuto chvíli je tento trest zneužíván, a to v zásadě za i politické činy, jako je tzv. rouhačství.

Je třeba kritizovat vedle trestu smrti zákon proti rouhačství, který zde také byl několikrát zmiňován. Je to jasně zaměřeno, trest smrti, proti svobodě projevu, svobodě slova a my bychom měli Pákistánu jasně říci, že pokud chce být do budoucna partnerem EU a mít privilegované postavení, tak nemůže takto zneužívat trest smrti a nemůže takto ohýbat lidská práva ve své zemi.

Neena Gill, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, in 2014 the EU allowed Pakistan access to GSP+, an exceptional tool to help kick-start the economy, and which, crucially, encourages progress on improving human rights. It has proved its value in many countries, but I question whether this is the case in Pakistan. A Parliament delegation visited Pakistan in April and, from our meetings with government officials and civil society, it became glaringly clear that a lack of the rule of law permeates Pakistani society, and human rights are violated instead of advanced. In March 2017, military courts that can try civilians were reinstated for two more years. The basic rights of foreigners brought to trial are

trampled on, with no access to consular rights. People who work for NGOs face harassment, arrest or, worse, death. How many people are on death row under the vague blasphemy laws? We do not know, because there is no transparency. Anyone going about their business can be accused of blasphemy and then lynched by mobs. Those who belong to vulnerable groups like the Ahmadis live their lives in fear, with no democratic rights, yet the government fails to protect them. It is high time to see real progress on human rights and the strengthening of the civil judiciary in Pakistan. If not, GSP+ has to be reviewed.

Sajjad Karim, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, our non-legislative and non-binding resolutions quite often lead to complaints from third countries of factual inaccuracies. Today, I intend to concentrate only on one aspect of what is in the resolution and do not in any way seek to take away from some of the very accurate comments that have been made by colleagues, whilst recognising that there are various inaccuracies as well.

Any consideration by an independent and informed eye of this resolution actually betrays an acceptance that external and externally sponsored internal actors in Pakistan are facilitating the terrorist targeting of innocent civilians. The people of Pakistan have carried a very heavy burden on behalf of the international community for a very long time – sometimes on very weak shoulders. But it remains the case that our EU policy to support Pakistan and the people of Pakistan in facing the challenges of terrorism remains the right approach.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Maria Grapini (S&D), *întrebare adresată în conformitate cu procedura „cartonaşului albastru”*. – Stimate coleg, mă bucur că aţi vorbit de poporul pakistanez, pentru că, de foarte multe ori, noi confundăm cetăţenii dintr-o ţară cu deciziile unor lideri. Însă această rezoluţie consider că este necesară şi vă întreb: se poate pune ceva în balanţă cu viaţa oamenilor? Avem acolo încă pedeapsa cu moartea. Sunteţi de acord să existe în Pakistan încă pedeapsa cu moartea şi să riscăm ca oameni nevinovaţi să ajungă să îşi piardă vieţile, pentru o decizie a unor temporari conducători?

Sajjad Karim (ECR), *blue-card answer*. – When a certain mind-set of individuals attack, maim and kill European citizens in Paris we all say that is wrong, but I say this to you, colleagues: when that mind-set of individuals attack us, they attack us for our values, and it is that same mind-set that then attacks innocent children in Peshawar. If we have the right to stand by our values, we must also stand by those innocent children when they are attacked.

Fabio Massimo Castaldo, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, come sappiamo ormai in Pakistan è finita la moratoria sulla pena di morte da tempo e il Pakistan si ritrova ad avere una delle più importanti popolazioni al mondo nel corridoio della morte, oltre 8 000 persone. Contestualmente, ancora esiste l'articolo 295 del Codice penale, la famosa legge sulla blasfemia, che in realtà, molto spesso, è invocata per punire questioni tutt'altro che religiose e invece per perseguire innocenti e addirittura per tenere sotto schiaffo le minoranze religiose dissidenti e organizzazioni non governative.

Il bando dei *social media* è oltretutto un'ulteriore pagina nera nella storia del paese, da quando il premier Nawaz Sharif ha ordinato alle autorità di rimuovere tutti i contenuti blasfemi dalle pagine Internet e assicurare i responsabili alla giustizia, con uno studente di giornalismo di ventitré anni, Mashal Khan, che si è ritrovato addirittura ad essere linciato da parte dei suoi compagni di università per aver offeso l'Islam durante una discussione.

Il Pakistan è per noi un partner commerciale fondamentale e deve comportarsi come tale. Chiediamo quindi che si ritorni finalmente alla moratoria sulla pena di morte e che venga finalmente rivista una legislazione sulla blasfemia che ha troppi buchi e troppe pagine nere.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, το Πακιστάν είναι μία από τις χώρες με τις οποίες συνομιλεί και συνεργάζεται η Ευρωπαϊκή Ένωση στα πλαίσια ενός πενταετούς σχεδίου. Επίσης, η χώρα έχει περιληφθεί στο ενισχυμένο Σύστημα Γενικευμένων Προτιμήσεων. Παρ' όλα αυτά, η κυβέρνηση της χώρας παραβιάζει τα ανθρώπινα δικαιώματα, διώκει τους υπερασπιστές τους, διάφορες ΜΚΟ, δημοσιογράφους, συντάκτες ιστολογίων και, γενικώς, καθέναν που την επικρίνει. Ακόμη χειρότερο, έχει στη νομοθεσία της τη θανατική ποινή, την οποία εφαρμόζει μετά και από προβληματικές ακόμη δίκες και σε εφαρμογή του νόμου περί βλασφημίας. Το Πακιστάν έχει το θλιβερό προνόμιο να είναι η χώρα εκείνη στον κόσμο που έχει τις περισσότερες θανατικές καταδίκες. Δυστυχώς, εκτελεί ακόμη και ανηλικούς και ανθρώπους διανοητικά ανάπηρους. Αυτή η κατάσταση είναι απαράδεκτη. Η Ευρωπαϊκή Ένωση οφείλει να πιέσει την κυβέρνηση του Πακιστάν να αφαιρέσει από τη νομοθεσία της τη θανατική καταδίκη και να σέβεται τα ανθρώπινα και τα εργασιακά δικαιώματα. Οφείλει να της επισημάνει ότι, αν δεν συμμορφωθεί και αν δεν εφαρμόσει τις 27 διεθνείς συνθήκες, όπως έχει δεσμευτεί, και τις αρχές της σωστής διακυβέρνησης, θα της αφαιρεθεί το δικαίωμα να συμμετέχει στο καθεστώς του ενισχυμένου Συστήματος Γενικευμένων Προτιμήσεων.

Pavel Svoboda (PPE). – O situaci v Pákistánu jsme zde již hovořili několikrát. Vždy jsme museli konstatovat, že ochrana lidských práv v Pákistánu je ve velmi špatném stavu a jejich obránci čelí pronásledování, nespravedlivým soudům nebo jsou dokonce zabíjeni či mizí.

Tolikrát kritizované obnovení trestu smrti trvá, stejně jako zákon o rouhání, jehož obětí je již také 7 let uvězněná Asia Bibi, která je odsouzena k trestu smrti. Za její případ jsme také několikrát intervenovali. Naposledy jsem žádal, aby byl pozastaven 5letý akční plán ve vztahu k Pákistánu, nebude-li Asia Bibi propuštěna. V listopadu se konalo vyhodnocení tohoto plánu a zdá se, že se v něm bude pokračovat přesto, že jsou lidská práva v Pákistánu stále pošlapávána a dokonce jsou zde i snahy o zrušení nevládních organizací.

Žádám proto znovu, dokud nebude Asia Bibi propuštěna, dokud nebude na znovu zavedený trest smrti uvaleno moratorium, neuzavírejte tento akční plán s Pákistánem znovu.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Mr President, even though I understand the Pakistani position and Pakistan's peculiar situation, I still believe that the current situation is not acceptable. The death penalty is a cruel and inhumane punishment that fails to act as a deterrent, and risks irreversible miscarriages of justice. I strongly support the call for the universal abolition of capital punishment, and the call on Pakistan to reinstate a full moratorium on the death penalty.

The Pakistani authorities should also launch an investigation into the credible concerns of individuals with mental or intellectual disabilities or disorders who have been sentenced to the death penalty. I support the creation of a public prosecutor to investigate and prosecute attacks against journalists in Pakistan. Finally, I believe the Pakistan authorities should grant access to international observers and human rights organisations to monitor their inappropriate use of military courts. Last, but not least, I would like to mention – and also to underline – the importance of EU relations with Pakistan.

Amjad Bashir (ECR). – Mr President, the urgent resolution on Pakistan is regrettable, misguided and misleading. I stand against abuse of human rights, wherever it may arise, but such grave allegations as these should be based on fact, not fantasy. The despicable crimes detailed are just that: crimes, against the law of the land. They are repugnant to the majority of Pakistani people and condemned by the government.

To suggest that the State is behind them, has condoned them or turns a blind eye to them is simply not true. And this Parliament will demean itself if it supports the resolution. Interestingly, the text makes no mention of the delegation of the Committee on Foreign Affairs (AFET) to Pakistan last April, when we were welcome to raise any thorny issue we chose in the presence of senior government authorities, opposition parties, NGOs, think tanks and civilians, unlike similar trips to India.

Pakistan relies on our help to deliver on human rights and the rule of law, as a genuine ally and economic partner of the EU and the West. This resolution sends the wrong signals altogether.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Maria Grapini (S&D), întrebare adresată în conformitate cu procedura „cartonaşului albastru”. – Domnule preşedinte, stimate coleg, o să fiu foarte scurtă. Nici nu folosesc cele 30 de secunde. Scurt: dumneavoastră consideraţi o fantezie faptul că există pedeapsa cu moartea şi că sunt oameni care sunt pedepsiţi să li se ia viaţa? Consideraţi asta o fantezie? Pentru că aţi spus că rezoluţia este o fantezie.

Amjad Bashir (ECR), blue-card answer. – I am against the death penalty. But if you mention the death penalty, how many times have you criticised one of the biggest proponents of the death penalty: the United States of America?

Zgłoszenia z sali

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, caros Colegas, há três dias o paquistanês Taimoor Raza foi condenado à pena de morte por ter publicado diversos comentários no Facebook, nos quais terá blasfemado o profeta Maomé e as suas mulheres.

Desde que o Governo aprovou a abolição da moratória sobre a execução da pena de morte, há três anos, o Paquistão tornou-se num dos países que atualmente mais a aplicam. Mas esta é a primeira vez que ela recai sobre um acusado de cometer blasfémia nas redes sociais. Esta condenação representa também mais um triste exemplo da total instrumentalização da lei da blasfémia para a repressão das minorias religiosas, para o silenciamento de intelectuais e defensores dos direitos humanos e para o incentivo da vingança violenta contra os acusados e contra as suas famílias e defensores.

O linchamento de Mashal Khan, há dois meses, pelos seus colegas universitários mostra-o bem. A onda crescente de repressão no país, incluindo a exercida contra os grupos de ajuda humanitária e organizações não-governamentais, não pode ser ignorada pela União Europeia na próxima cimeira bilateral e deve condicionar os progressos na implementação do plano de cooperação estratégica.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, in Pakistan, oltre ad una vera e propria emergenza umanitaria – dal 2014 sono morti 1 340 bambini a causa della malnutrizione –, ci troviamo di fronte anche ad una grave e compromessa situazione sotto il profilo del rispetto dei diritti umani.

Il Pakistan, secondo un rapporto di Amnesty International, è uno dei cinque paesi al mondo dove si comminano più condanne a morte. Nel paese sono sempre più sotto attacco attivisti, avvocati e tutti coloro che difendono i diritti umani, permangono leggi odiose, come quella sulla blasfemia, e non si sono fatti passi in avanti riguardo alla moratoria della pena di morte.

È chiaro che l'Europa non ha fatto tutto quello che poteva. È però giunto il momento di fare maggiori pressioni su paesi come il Pakistan, affinché pongano fine alla repressione nei confronti di tutti quelli che sono impegnati contro la pena di morte e per la difesa dei diritti fondamentali.

Bas Belder (ECR). – Ik heb een concrete vraag aan de Commissie. Mij bereikte uitvoerige documentatie over intolerantie in het Pakistaanse onderwijssysteem: haatpreken tegen minderheden en vooral tegen christenen. Mijn vraag is: is u dat bekend? En bovenal: gaan er Europese financiën naar het Pakistaanse onderwijssysteem, wat zou betekenen dat het publiek onderwijssysteem en vooral de islamitische madrassa's, in feite christenen discrimineren en eigenlijk wegzetten? Ik wil graag hier de invloed van de EU duidelijk maken via de Commissie. Graag een reactie.

Stanislav Polčák (PPE). – Já nejsem obecně příznivcem toho, aby EU vyvážela celý svůj katalog práv. Naše pojetí charty je poměrně široké a myslím si, že je určeno pro náš prostor, ale pokud jde o trest smrti – to patří do železného základu katalogu lidských práv a tento je skutečně nepřijatelný.

Myslím si, že bychom měli trvat na tom moratoriu, které bylo donedávna platné, a má-li být naše politika účinná a nemá-li být tedy bezzubá, tak by skutečně Pákistán měl reagovat na naše zásadní připomínky.

Takže já bych byl velmi rád, kdyby se nám podařilo i díky činnosti Komise protlačit jak moratorium na trest smrti, tak samozřejmě i zrušení zákona o rouhačství nebo jeho nejpalcivějších částí. Rovněž by bylo dobré, aby každý z nás ve svém vlastním přístupu reagoval na tu situaci, tzn. v rámci *fair trade* nenakupoval zboží, které prostě jde z těchto oblastí, kde se zásadním způsobem porušují lidská práva. Je to i o každém z nás, o našem osobním přístupu.

Jean-Paul Denanot (S&D). – Monsieur le Président, chers collègues, on ne connaît que trop bien les erreurs dramatiques qui ont pu découler de l'utilisation de la peine de mort. Or, non seulement le Pakistan a recours à la peine de mort, mais en plus, il en fait une utilisation dénuée de tout encadrement.

On ne peut tolérer qu'une telle sentence soit utilisée contre des mineurs, et il est inacceptable qu'elle soit mise en pratique avant même que soit prononcé un jugement définitif. Il y a eu des cas d'exécutions effectuées avant que le procès ne soit terminé.

L'absence de garde-fou total à un instrument aussi dangereux et inhumain fait peser une menace terrible sur tous les citoyens, la peine de mort étant d'ailleurs prononcée pour des infractions qui, dans d'autres pays, ne font pas l'objet d'une telle qualification. Le cas du blasphème, qui a été évoqué à plusieurs reprises, en est un exemple.

Nous devons donc fermement condamner les dérives du gouvernement pakistanais et exiger qu'il cesse d'avoir recours à une telle sentence. La coopération de l'Union européenne avec le Pakistan nous y oblige.

Marijana Petir (PPE). – Gospodine predsjedniče, problem kršćana posljednjih godina je u stalnom porastu kao i broj zemalja u kojima se događa. Vijesti o novim progonima sada dobivamo sa svih kontinenata. Već drugu godinu za redom, kršćani su najprogonjenija skupina na svijetu. Tragična je činjenica da je preko 100 000 ljudi život izgubilo zbog svoje gorljive vjere u Krista u samo godinu dana u 2016. godini.

Postoje države koje se ne nalaze tako daleko od sigurnosti naših europskih domova, a gdje je biti kršćanin najopasnija stvar na svijetu. Jedno od takvih mjesta je i Pakistan. Naime, Pakistan je prema Ustavu islamska država koja islam smatra načinom života i kaznenim zakonom predviđa smrt optuženih i osuđenih za blasfemiju, što postaje oružje novih kako bi prstom uprli upravo u kršćane.

Optužbe, kao i osude za blasfemiju, su najčešće arbitrarne i zlonamjerne, a posljedice tragične. Kršćani cijelog svijeta, a posebno u Pakistanu, posebno na Bliskom istoku, u potpunosti će biti istrijebljeni ukoliko udruženim snagama ne stanemo u njihovu obranu.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Elżbieta Bieńkowska, Member of the Commission. – Mr President, we consider Pakistan as a key player in the region and we are committed to strengthening our dialogue on many issues. I could just mention they are areas as diverse as peace and security, the rule of law, good governance, human rights, migration, trade and investment, sustainable development, climate change, energy, education, culture, science and technology.

This is the reason why we aim at deepening our partnership with Pakistan through a strategic engagement plan which is currently under preparation. Still, despite some progress made in the GSP+ process, the gap between the institutional human rights framework and the situation on the ground in Pakistan continues to be significant.

In all its contacts with Pakistan the EU continues to stress the importance of reintroducing the moratorium on executions. The number of executions has been reduced in the second half of 2016 and the first half of this year. We hope that this trend will lead to a definitive stop of executions and hope that this will set a direction towards finally abolishing the death penalty and towards the full respect of all international human rights obligations by Pakistan.

Yet, the extension of the military courts for another two years really constitutes a worrying element and the EU has been repeatedly calling for a comprehensive judicial reform. We are equally very concerned about the situation of human rights defenders in Pakistan. Apart from pressure and intimidation by the authorities, human rights defenders are also subject to threats, violence and even murder by extremist militant groups, and an even more worrisome trend is that allegations of blasphemy are being used to silence human rights defenders.

Yet Pakistan has established a national commission for human rights. It has adopted a human rights action plan and introduced legislation for the protection of women and children. However, there are big differences among the provinces of Pakistan as well as strong resistance against any change from religious political parties.

The EU is supporting several projects to improve human rights awareness and protection in Pakistan with a total amount of EUR 97 million. We therefore encourage Pakistan to improve its human rights record and we stand ready to continue working together with Pakistan in addressing this challenge, and of course, I will pass all of your questions to the Vice-President/High Representative Ms Mogherini.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się w czwartek 15 czerwca 2017 r.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – In Pakistan, il governo sta attuando una politica di repressione gravissima. Sono all'ordine del giorno persecuzioni, intimidazioni e torture, nei confronti di difensori dei diritti umani, oppositori politici e membri delle minoranze religiose. La pena di morte è tra gli strumenti più usati dalle autorità pakistane, per mettere a tacere veri e presunti oppositori, e tutti coloro che sono accusati di blasfemia. Di fronte a questa situazione, sono molto preoccupata per la vita di tutte quelle persone innocenti, che subiscono la repressione del governo di Islamabad. Come può l'Unione europea tollerare questa situazione? Ricordo che l'azione dell'Unione europea con i paesi terzi, si fonda proprio sull'opposizione alla pena capitale e sul rispetto dei diritti umani.

Per questi motivi, la Commissione ha il dovere di sollecitare il Pakistan, ad abolire la pena di morte e a ripristinare uno stato di democrazia e rispetto dei diritti della popolazione pakistana. Ritengo fondamentale che l'Unione europea faccia particolare attenzione nei negoziati presenti e futuri con il Pakistan, per non scendere a compromessi sul rispetto dei diritti umani da parte del governo di questo popoloso paese asiatico, che conta quasi 200 milioni di persone.

Luigi Morgano (S&D), *per iscritto*. – Ho votato in favore della risoluzione sulla situazione dei diritti umani e della pena di morte in Pakistan, poiché l'UE non può rimanere indifferente alle violazioni dei diritti umani e a chi li difende. In particolare, nella risoluzione è riportato il drammatico caso di Asia Bibi: a tale riguardo ritengo doveroso che l'UE esorti con fermezza il governo pakistano a risolverlo, e a non consentire che possa ripetersi. Asia Bibi, la donna pakistana cristiana che nel 2010 era stata dichiarata colpevole di blasfemia, da un tribunale pakistano e condannata a morte per impiccagione, nonostante la sospensione dell'esecuzione, si trova tutt'ora in carcere e la sua famiglia costretta a vivere in un luogo nascosto. Peraltro, in caso di esecuzione della sentenza, Asia Bibi sarebbe la prima donna a essere giustiziata «legalmente» in Pakistan, per blasfemia. Sono convinto che il governo del Pakistan, dovrebbe fare tutto il possibile, per garantire la sicurezza di Asia Bibi e della sua famiglia, anche alla luce del trattamento riservato «storicamente» alle vittime di accuse di blasfemia e ai loro difensori, come nel caso dell'assassinio del ministro delle minoranze cristiane Shahbaz Bhatti e del politico musulmano Salmaan Taseer.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Pagarba žmogaus teisėms ir teisinės valstybės principams turi būti kiekvienos valstybės prioritetas. Todėl labai svarbu, kad Pakistanas darytų konkrečią pažangą ir laiku bei tinkamai įgyvendintų savo priimtą Veiksmų planą žmogaus teisių srityje. Atkreiptinas dėmesys į tai, jog šalyje stiprėja religinė netolerancija. Šventvagystės įstatymas stiprina diskriminaciją bei kursto neapykantą ir prievartos taikymą. Be to, mirties bausmės už šventvagystę taikymas pažeidžia tarptautinius Pakistano įsipareigojimus gerbti ir ginti žmogaus teises, įskaitant tikėjimo ir žodžio laisvę. Atsižvelgiant į tai, labai svarbu, kad Pakistano vyriausybė nedelsiant imtųsi veiksmų, kad nacionalinių teisių aktų nuostatos dėl mirties bausmės būtų suderintos su tarptautine teise ir standartais ir būtų padaryta matoma pažanga šioje srityje.

4.3. Lage der Menschenrechte in Indonesien

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest debata nad sześcioma projektami rezolucji w sprawie sytuacji w zakresie praw człowieka w Indonezji (2017/2724(RSP)).

Bas Belder, *Auteur*. – Mevrouw de commissaris, een uur geleden belde ik een christen, een theoloog in Jakarta, en tijdens dat langdurige gesprek merkte ik hoe diep christenen in Indonesië getroffen zijn, geraakt zijn door de blasfemie-zaak en ook de veroordeling uiteindelijk van de oud-gouverneur van Jakarta Ahok. Dus een urgente vraag: is er nu nog wel vrijheid van godsdienst in Indonesië? Ik hoop dat de Europese Commissie de Indonesische regering ook zal blijven aanspreken op vrijheid van geloof en zeker op het feit dat christenen, laat staan dubbel gediscrimineerde Indonesische staatsburgers, christenen en Chinees, momenteel monddood worden gemaakt door fanatieke moslims, die bovendien ook de gematigde moslims nog bedreigen. Gelukkig moet ik zeggen dat uit mijn contacten blijkt dat er wel degelijk gematigde moslims zijn die het opnemen voor christenen. Een voorbeeld voor Europa.

Barbara Lochbihler, *Verfasserin*. – Herr Präsident! In Indonesien ist Homosexualität bisher nicht verboten. Allerdings wird seit Januar 2016 vom Verfassungsgericht eine Petition geprüft, die die Kriminalisierung von sexuellen Beziehungen zwischen Homosexuellen wie auch von jeglichen einvernehmlichen sexuellen Beziehungen außerhalb der Ehe beabsichtigt.

Im vergangenen Jahr gab es einen nie dagewesenen Anstieg an Diskriminierung, an Einschüchterungen und an verbalen Angriffen gegen LGBTI-Personen, ein Trend, der sich 2017 fortgesetzt hat. Es war deshalb sehr positiv, dass Präsident Joko Widodo sich im vergangenen Oktober öffentlich gegen diese Diskriminierung ausgesprochen hat. Nun ist es notwendig, dass konkrete Maßnahmen zum Schutz von LGBTI-Personen vor Intoleranz und Menschenrechtsverletzungen ergriffen werden.

In der unabhängigen Provinz Aceh gilt Schariarecht. Dort werden gleichgeschlechtliche Beziehungen sogar noch mit Peitschenhieben bestraft – eine Strafe, die der Folter gleichkommt. Diese demütigende und inhumane Praxis muss umgehend beendet werden. Letztlich ist Homosexualität auch in Aceh zu legalisieren.

Soraya Post, *author*. – Mr President, during the night of 28 March 2017, men forced their way into a private home in Banda Aceh. Two young men were beaten and insulted, then taken to the police and convicted for consensual same-sex relations. They were punished with 83 lashes in front of a jeering crowd.

Such humiliating, degrading and inhuman treatment is an outrageous breach of their human rights. It may amount to torture under international law. LGBTI people in Indonesia are experiencing grave violations of their human rights. Discrimination, abuse, police raids, mandatory HIV retesting, and directives against 'LGBTI propaganda'.

The situation is particularly severe in the Aceh region of Indonesia, governed by Sharia law. The Indonesian government must take immediate action to safeguard their LGBTI citizens' human rights and human dignity.

Hilde Vautmans, *Auteur*. – Indonesië is een prachtig land. Vorig jaar gingen 16 miljoen toeristen het bezoeken voor de prachtige eilanden, de adembenemende natuur, de gastvrijheid van de mensen. Maar vandaag zijn wij hier vooral bezorgd over alle beelden en gegevens die ons vandaag bereiken. Vorige week een filmpje op het internet waarin mannen zweepslagen krijgen, gewoon omdat ze de liefde met elkaar hadden bedreven. Dat gebeurt op dit ogenblik in het prachtige Indonesië. Het is niet alleen in de provincie Atjeh, het is ook in de rest van het land dat LGBTI-personen gediscrimineerd worden, vervolgd, uitgejouwd. Dat moeten we een halt toeroepen. Ook de vrouwen en de meisjes zijn slachtoffers. Weet u dat op dit ogenblik de helft van de meisjes jonger dan 14 jaar besneden wordt in dat prachtige Indonesië? Mevrouw de commissaris, collega's, laten we vanuit Europa de lead blijven nemen. Wij moeten mensenrechten voorop stellen. Wij moeten vragen dat die gruwelpraktijken stopgezet worden.

Marie-Christine Vergiat, *auteure*. – Monsieur le Président, l'Indonésie est un grand pays, longtemps décrit comme un modèle de tolérance, notamment religieuse, si l'on excepte la période de Suharto, qui fit au moins 500 000 victimes, parmi lesquelles de nombreux militants communistes ou supposés tels.

Il serait temps de traduire en justice les responsables des crimes de 1965, qualifiés par le président de la République lui-même de crimes contre l'humanité, comme le demande la commission des droits de l'homme des Nations unies depuis 1972. La répression contre l'athéisme dans ce pays est le plus souvent un triste reliquat de cette période.

Le pays évolue mal sur de nombreux sujets. La peine de mort est de plus en plus utilisée dans la lutte contre le trafic de drogue, y compris à l'égard des étrangers. Le cas du français Serge Atlaoui en est un exemple.

Les atteintes à la liberté de la presse, y compris à l'égard de journalistes étrangers, se multiplient. Ainsi, Franck Escudié et Basile Longchamp, journalistes français, ont été expulsés le 17 mars dernier.

Même chose pour la répression politique que subissent notamment les militants pacifistes papous. Au moins 2 200 d'entre eux ont été arrêtés entre avril et septembre 2016.

Même chose pour le blasphème, accusation dont le gouverneur Ahok a été victime.

En outre, les violences à l'égard des LGBTI sont de plus en plus nombreuses, aggravées par des discours politiques d'une violence inouïe. L'arrestation de 141 personnes dans un club gay, au motif de pornographie, le 21 mai dernier, en est un triste exemple, comme les deux hommes fouettés en public, accusés de sodomie.

Cette dégradation inquiétante de la situation ne peut rester sans conséquence dans les relations de l'Union avec l'Indonésie. Il est temps d'agir et de réagir en utilisant tous les moyens qui sont à notre disposition, notamment pour demander l'abrogation des dispositions pénales qui permettent ces incriminations.

Il faut aussi obtenir la libération de tous ceux qui sont victimes de ces législations d'un autre âge et l'abandon de toutes les poursuites contre eux.

Jeroen Lenaers, *author*. – Mr President, Indonesia is a longstanding and important partner of the EU, and this is a partnership that is based on the shared values of human rights, democracy and the rule of law. It is against this background that we share our concerns here today. Concerns about what seems to be a growing intolerance against religious, ethnic and sexual minorities in Indonesia; concerns about the rising number of people that are prosecuted and imprisoned under the blasphemy laws; concerns and outrage about the situation in Aceh where two young men were publicly lashed for the simple reason that they were in love with each other.

We cannot stress enough the need to protect all human rights, and particularly those of minorities. Therefore, this resolution of the European Parliament is not only criticism, it is not only concerns; it is also an open invitation to the Indonesian authorities and to our colleagues in the Indonesian Parliament to strengthen our relations and to discuss these issues with each other in a very open and frank manner.

Tomáš Zdechovský, *za skupinu PPE*. – Přestože je Indonésie muslimskou zemí, žijí zde oficiálně hned zástupci šesti rozdílných náboženství, křesťanství nevyjímaje. Přestože se zde hodně hovořilo o lidských právech, málo se tady hovořilo o tom, že Indonésie byla vnímána jako země, kde je stabilně zaručena náboženská svoboda.

Bohužel v posledních měsících můžeme vidět, že právě na těchto menších náboženstvích jsou páhány různé zločiny. Zástupci těchto náboženských menšin, především křesťané, jsou brutálně napadáni. To vše se děje, přestože se Indonésie hlásí ke stejným hodnotám jako EU, tj. lidská práva a demokracie. Je pro to nutné, aby se vysoká představitelka EU proti těmto praktikám ozvala a vyzvala Indonésii k nápravě. Nerad bych, aby se Indonésie zařadila na seznam zemí, které nemohou být partnerem EU, protože se odklonily od našich hodnot.

David Martin, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, Indonesia and the EU do enjoy very good relations, and, as the trade rapporteur, I am working to strengthen our trade and economic relations with Indonesia. However, it is important – as Mr Lenaers said – that friends speak openly and honestly to each other. The jailing of the Governor of Jakarta for blasphemy, the public flogging of two homosexual men and the other negative developments taking place in Indonesia seriously undermine our relationship.

I urge the Indonesian Government to review its blasphemy law, which puts religious minorities under threat and encourages persecution. I also urge it to review the application of Sharia law, which I think is being abused even under its own terms and is certainly being used by certain sections of society to discriminate against LGBTI persons. That has no place in a modern democracy. Indonesia should act to keep itself a safe country and to keep good relations with the Western world, including the European Union.

Marek Jurek, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! W Indonezji w ciągu ostatnich lat spalono pięćset kościołów. Jeszcze niedawno dochodziło do gwałtownych wystąpień przeciwko budowie kościoła w samym sercu kraju, w Dżakarcie. Bardzo symboliczny, jeżeli chodzi o nienawiść antychrześcijańską, był proces gubernatora Dżakarty Ahoka, który został skazany na dwa lata więzienia za to, że powiedział, że muzułmanie mogą wybrać na urząd publiczny chrześcijanina. To proste stwierdzenie, że społeczeństwo ma prawo wybrać kompetentnego polityka, uznano za bluźnierstwo przeciwko Koranowi, czyli – jakbyśmy powiedzieli w naszym języku – za islamofobię.

Proszę Państwa! Czas naprawdę, żeby ten parlament stwierdził istnienie w różnych częściach świata nienawiści antychrześcijańskiej, żeby nazwał ją po imieniu. To jest również moja zachęta do tego, żeby pani komisarz – w momencie podsumowywania debaty – skorzystała z okazji i potępiła *expressis verbis* nienawiść antychrześcijańską, którą widzimy tam i w bardzo wielu innych miejscach świata.

Dita Charanzová, on behalf of the ALDE Group. – Mr President, for the last week, the world has been retweeting this photo of Indonesian football players: all praying together in harmony. A Hindu, a Christian and a Muslim – a sign of unity and tolerance. The Indonesian Government would do well by following this example.

Unfortunately, there are still many serious human rights abuses which involved the recent spike in the intolerance, harassment and violence towards various minority groups in Indonesia. The verbal attacks and acts against other religions, such as convicting and jailing the Christian Governor of Jakarta for blasphemy, must stop. The cruel punishment of sexual minorities through Sharia law by regional governments must stop. The government must put an end to discrimination by condemning and investigating all verbal and physical attacks on minority groups. Blasphemy laws must be urgently revised.

Given our even closer partnership, the EU should actively help Indonesia to fulfil its human rights obligations.

Ignazio Corrao, on behalf of the EFDD Group. – Mr President, the European Union is negotiating a new economic partnership agreement with Indonesia, a country that has so far benefited from an ever-closer relationship in various fields, especially the economic and commercial ones. Over the last decade, the Indonesian economy has more than tripled, and this is largely due to the European Union's contribution, which is the preferred destination of Indonesian exports, as well as one of the largest investors. In addition to that, Indonesia benefits from the Generalised Scheme of Preferences (GSPs).

In this context, there is a wave of growing intolerance towards ethnic, religious and sexual minorities and, in general, we have not seen the protection of human rights and the respect of international obligations. Therefore, as long as this situation persists, I strongly believe that we cannot make a new agreement. There cannot be future arrangements as long as the Indonesian Government resorts to the death penalty and fundamental freedoms of citizens are injured. An agreement will be possible only if we see concrete action and real change in government legislation.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η Ινδονησία είναι ένα πολλούς συνεργαζόμενο κράτος που αλληλεπιδρά με την περιφερειακή και διεθνή κοινότητα και επιτρέπει οικειοθελώς την επιθεώρηση ζητημάτων από τρίτα κράτη και οργανισμούς, αν και επικρατεί μισαλλοδοξία κατά των χριστιανών. Κατ' αρχήν, τα θεμελιώδη δικαιώματα που θεωρητικά διέπουν την κοινωνία μας, τα δέχεται μερικώς και η Ινδονησία. Προφανώς, παρά την αντίστοιχη πρόοδο, υπάρχει περιθώριο σημαντικής βελτίωσης, ιδίως σε θέματα θρησκείας. Η Ένωση, αν σκοπεύει να φανεί χρήσιμη και επίκαιρη, δίχως να υπερβαίνει την εντολή της, πρέπει να επικεντρωθεί σε υποστηρικτικές δράσεις έπειτα από κυρίαρχη απόφαση και πρόσκληση των νόμιμων αρχών. Άλλωστε, όταν παραβιάζονται τα ανθρώπινα δικαιώματα και τελούνται εγκλήματα κατά της ανθρωπότητας, τότε κινητοποιούνται διεθνείς μηχανισμοί με νομικά δεσμευτικές αποφάσεις και κατάλληλα μέσα λήψης δράσεων. Ο ρόλος της Ένωσης, εξ ορισμού, περιορίζεται στην επισήμανση των παραβιάσεων ανθρωπίνων δικαιωμάτων. Μπορεί να ηγηθεί δια του παραδείγματος, εφαρμόζοντας όσα υποτίθεται πως πρεσβεύει στους λαούς των κρατών μελών, εξασφαλίζοντας την ευημερία των πολιτών της και την επίλυση των εσωτερικών ζητημάτων. Η Ένωση δεν αρκεί να δηλώνει πρωτοπόρος στα ανθρώπινα δικαιώματα, οφείλει και να το αποδεικνύει στην πράξη.

Csaba Sógor (PPE). – Mr President, the blasphemy laws of the world's largest Muslim-majority democracy represent an unlawful restriction on the freedom of expression, which disproportionately target persons belonging to religious minorities, traditional religions, non-believers and political dissidents.

Of great concern are also the serious actions against the freedom of the media, the physical abuse of journalists and general growing intolerance against minorities, which are increasing together with the influence of fringe Islamist groups.

I sincerely hope that, for the sake of promoting a tolerant society, Indonesia will repeal all legal provisions unduly restricting fundamental freedoms and human rights, which go beyond the provisions of the international human rights obligations it subscribed to.

Ana Gomes (S&D). – Democracia de maioria muçulmana no quarto país mais populoso do mundo, sociedade diversa e aberta: esta é a Indonésia que mantém relações fortes com a União Europeia. E, por isso, como amigos e parceiros da Indonésia, estamos preocupados com a prisão do governador Ahok por blasfémia e com crescentes incidentes de intolerância contra minorias étnicas, religiosas e sexuais e de restrição das liberdades da maioria dos cidadãos, que são as mulheres, fomentadas, do exterior, por correntes fundamentalistas financiadas pela Arábia Saudita e outros países do Golfo e, do interior, por agentes nostálgicos do regime militarista e repressiva de Suharto.

Esta resolução visa encorajar o presidente Widodo e todas as autoridades indonésias a prosseguir e redobrar esforços para combater tentativas de restringir as liberdades democráticas e o respeito pela diversidade que é inerente ao moto nacional «*bhineka tunggal ika*» e à filosofia de tolerância religiosa do Pancasila. É inaceitável que a *sharia* no Aceh sirva para oprimir as mulheres e as minorias LGBTI e violar outras liberdades básicas duramente conquistadas com a democracia, na Indonésia. É intolerável que práticas medievais de flagelação pública sejam introduzidas a pretexto de uma versão pseudorreligiosa pervertida que não tem nada a ver com a forma exemplarmente tolerante como o Islão é praticado pela maioria dos muçulmanos na Indonésia.

Zgłoszenia z sali

Jiří Pospíšil (PPE). – Já se chci přihlásit k tomuto návrhu usnesení a vyjádřit mu podporu, protože si myslím, že je správné, že v navrženém usnesení upozorňujeme na to, že v Indonésii narůstá nesnášenlivost vůči menšinám – etnickým, náboženským a sexuální – a že zvláště upozorňujeme na problémy, které v poslední době zažívá sexuální menšina v Indonésii. Vrcholem je pak samozřejmě situace v provincii Aceh, kde platí právo šaría a kde je homosexualita jako taková trestná a je tam dokonce už vykonáván trest několik desítek ran za tuto formu sexuálního projevu.

Je tedy správné, abychom v rámci obhajoby hodnot lidských práv a svobody a demokracie upozornili Indonésii, která je naším klíčovým partnerem, na to, že takovýmto způsobem se k menšinám není možné chovat, a abychom to při všech jednáních s Indonésií permanentně opakovali.

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, depois da abertura democrática que a queda do regime autoritário de Suharto representou na Indonésia, assistimos, hoje, a um preocupante retrocesso na garantia dos direitos humanos naquele que é o maior país muçulmano do mundo.

Neste país, a mulher ainda é colocada em situações de submissão extrema e metade das meninas são vítimas de mutilação genital, os homossexuais e LGBTI sofrem todo o tipo de maus-tratos, detenções e prisões arbitrárias e a lei da blasfémia tem sido pretexto para a violação da proteção constitucional de que gozam as várias minorias religiosas hindu, budista e, sobretudo, cristãs.

A União Europeia não pode deixar de condenar estas violações e de condicionar as negociações do acordo de comércio livre com a Indonésia ao cumprimento das obrigações internacionais em matéria de direitos humanos que vinculam aquele país, incluindo o restabelecimento da moratória à pena de morte com vista à sua abolição e ao respeito pelo próprio lema do escudo indonésio que nós, europeus, também partilhamos: «unidos na diversidade».

Jean-Paul Denanot (S&D). – Monsieur le Président, nous pouvons effectivement nous féliciter des progrès réalisés en matière économique et sociale en Indonésie, grâce notamment au partenariat avec l'Union européenne. Mais nous devons rester très vigilant sur les questions des libertés et droits de l'homme.

Nous devons notamment récuser toutes les atteintes aux libertés religieuses et aux préférences sexuelles. Chacun doit, en effet, pouvoir vivre selon ses aspirations et ses orientations personnelles.

La montée de l'intolérance, notée d'ailleurs par de nombreux observateurs internationaux, est particulièrement préoccupante.

Nous devons donc exhorter le gouvernement central à la vigilance sur ces questions de droits et de libertés et lui demander avec force de revoir les législations liberticides d'un autre âge. La séance de torture d'Aceh doit l'inciter à surveiller particulièrement ce qui se passe dans ses provinces. Et puis, en Indonésie comme ailleurs, nous ne pouvons accepter que la liberté d'expression soit bafouée et que des journalistes soient emprisonnés.

L'Union européenne doit peser sur l'Indonésie pour que ce pays revienne à la raison.

Stanislav Polčák (PPE). – Indonésie je demokratickou zemí, nicméně zemí, v níž narůstají projevy nesnášenlivosti. Byť tato země učinila nepopíratelný pokrok v oblasti ekonomického rozvoje, zajištění řekněme sociálních jistot pro své občany, tak pokud jde o náboženskou svobodu, násilí na ženách anebo dokonce tedy vůči sexuálním menšinám, tak ta situace se vyvíjí skutečně nedobře, tragicky.

Několik desítek ran, které jsou trestem pro osoby, které žijí svůj privátní vztah s druhou osobou stejného pohlaví, tak to si myslím, že je naprosto nepřijatelné. Dokáží pochopit to, pokud stát reguluje jakési veřejné projevy, ale pokud někdo v privátní sféře žije svůj vlastní život, ať náboženský nebo sexuální, tak to si myslím, že by mělo zůstat v jeho svobodě, a proti takovému trestání bychom se měli jednoznačně ozvat.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Elżbieta Bieńkowska, Member of the Commission. – Mr President, as many Members noted, the European Union has friendly and close relations with Indonesia based on the solid framework of our EU-Indonesia Partnership and Cooperation Agreement. We value our close partnership with this country. The EU has always had the highest regard for Indonesia's tradition as a pluralist, diverse and tolerant society but we acknowledge incidents that might call this tradition into question now.

Members of this House have raised a number of human rights issues in Indonesia, including the situation of the LGBTI community, media freedom, the application of the blasphemy law, the rights of the minorities, women's rights and Christians' rights. The EU has established a constructive and cooperative engagement on human rights in the form of a regular human rights dialogue with Indonesia, which allows for an exchange also on very sensitive subjects. We had the sixth Human Rights Dialogue last June and we are planning for the next meeting later in this year.

We also use other available opportunities to discuss human rights issues, through traditional diplomatic tools. The EU has encouraged Indonesia to abide by its international human rights commitments under the International Covenant on Civil and Political Rights (ICCPR) and to ensure that national and regional laws, both in their formulation and implementation, do not discriminate against any of its citizens.

In regard to LGBTI persons, we welcome the statement by President Joko Widodo last October, when he said the police must act, that there should be no discrimination against anyone and that protection should be ensured.

The right to freedom of religion or belief is guaranteed in Indonesia's constitution. The European Union has consistently stated that laws that criminalise blasphemy can, when applied in a discriminatory manner, have a serious inhibiting effect on freedom of expression and on freedom of religion or belief. We note that the Constitutional Court reviewed the blasphemy law in 2010 but found it not to be in violation of the constitution. We note renewed debate about the law in Indonesia, where the EU has made its voice very hard.

Let me add that several projects are funded under the European Initiative on Democracy and Human Rights, on freedom of religion and belief and protection of minority groups. Be assured that the EU will continue to use every opportunity, including the next EU-Indonesia Human Rights Dialogue, to continue to raise the relevant issues with our Indonesian counterparts.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się w czwartek 15 czerwca 2017 r.

(Posiedzenie zostało zawieszone o godz. 11.40 i wznowione o godz. 12.00)

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

*Presidente***5. Erklärungen des Präsidenten**

Presidente. – Dopo le barbarie degli attentati terroristici delle ultime settimane, un'altra orrenda tragedia ha colpito la città di Londra. Abbiamo di nuovo assistito tutti quanti a scene drammatiche: un grattacielo in fiamme, con molti morti, purtroppo, con molti dispersi. Sono scene che non vorremmo mai vedere. Purtroppo rischiamo che la situazione peggiori e che ci siano altre vittime. Questa vicenda rappresenta un dramma per la città di Londra, un dramma per il Regno Unito, un dramma per tutti quanti noi.

A nome del Parlamento europeo, voglio ringraziare tutti coloro che si sono impegnati nelle operazioni di soccorso, centinaia e centinaia di vigili del fuoco, donne e uomini della polizia. Persone che hanno rischiato la vita per salvare la vita di altri.

Cari colleghi, per questo vi chiedo, ancora una volta, di unirvi a me in un minuto di silenzio per ricordare le vittime innocenti della tragedia di Londra.

(Il Parlamento, in piedi, osserva un minuto di silenzio)

Una notizia positiva non può certamente cancellare il dolore che colpisce il popolo britannico e le famiglie delle vittime anche, pare, di altri paesi dell'Unione europea.

Però, oggi, mi sento orgoglioso di ricordare che si chiude l'epoca del *roaming* nell'Unione europea. Si tratta di un grande risultato.

(Applausi)

I cittadini, gli studenti, chi viaggia per lavoro e i turisti potranno muoversi in tutta l'Unione senza costi aggiuntivi per le loro chiamate o per l'utilizzo della rete Internet. Realizziamo un altro importante tassello del nostro mercato unico, del nostro essere europei.

Ringrazio il Parlamento per aver portato a positiva conclusione una battaglia durata anni, se pensiamo che la prima volta che quest'Aula si è espressa contro i costi eccessivi del *roaming* è stata nel lontano 2005. Da allora ci siamo battuti ottenendo una loro costante diminuzione, fino ad arrivare alla completa abolizione del *roaming* che possiamo verificare a partire da oggi.

Vorrei ringraziare per nome tutti coloro che hanno contribuito a questo straordinario risultato nel corso dell'ultimo decennio, ma la lista sarebbe troppo lunga. Tuttavia, permettetemi una menzione dei colleghi che in questo Parlamento hanno condotto a buon fine questa lunga battaglia: del Castillo, Kumpula-Natri, Toia, Ford, Rohde, Harbour, Matias, Reimon, Tamburrano, Rübig, Tošenovský, Ferreira, Borrelli, Fontana.

(Applausi)

E una menzione particolare alla nostra collega, nonché vicepresidente della Commissione europea Viviane Reding, a cui tutti noi siamo riconoscenti per il suo grande contributo.

(Applausi)

Merci beaucoup, Viviane, pour ton engagement et pour ton travail.

Quand j'étais vice-président de la Commission, j'étais à tes côtés et je peux témoigner de ton travail sur le roaming.

Merci beaucoup.

(Applaudissements)

Ringrazio quest'Aula per la forza e la tenacia nel portare avanti per anni una battaglia giusta. Mi auguro che gli Stati membri applichino le norme concordate in modo serio e diligente. Posso confermare, credo a nome di tutti voi, che il Parlamento europeo vigilerà affinché da oggi tutti possano davvero godere di questo beneficio. È un altro importante passo per un'Unione più forte e più vicina ai nostri cittadini. Vi ringrazio.

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

President. – Mr Gollnisch has raised a point of order, and then I will give you the floor, bear with me.

Bruno Gollnisch (NI). – Madame la Présidente, mon rappel a trait à l'article 150 de notre règlement.

Je suis un membre, hélas, déjà très ancien de ce Parlement et je dois dire que j'observe avec beaucoup d'inquiétude la diminution des garanties que représente l'immunité parlementaire, dont la seule finalité légitime est de garantir la liberté d'expression politique du député lorsqu'il est poursuivi par des adversaires politiques ou lorsque, membre de l'opposition, il est poursuivi par un gouvernement ou par des autorités administratives hostiles qui agissent par parquets interposés.

Ceci n'est plus le cas. Il est tout à fait scandaleux que dans un Parlement comme le nôtre, qui se dit garant des libertés publiques et de la présomption d'innocence, l'intéressé n'ait pas la possibilité de s'exprimer en séance, que la commission juridique soit convoquée dans des conditions absolument chaotiques, qui sont indignes de notre règlement, que ce ne soient pas les mêmes députés qui assistent à l'audition de l'intéressé et qui prennent la décision, ce qui évidemment vicie la décision en question...

(La Présidente retire la parole à l'orateur)

President. – Please, colleagues, may I have order? Mr Gollnisch, I will close your microphone now and I will respond. Mr Gollnisch, please listen to the Chair.

Mr Gollnisch is referring to our first vote, which we will get to presently. I will reply to your concerns. Mr Ehler, you have a point as well. Please raise it now.

Christian Ehler (PPE). – Frau Präsidentin, meine Kollegen! Die meisten von Ihnen werden es wissen: Gestern ist es zu in Washington einem schweren Anschlag auf Kollegen des amerikanischen Kongresses gekommen. Im Vorfeld einer Benefizveranstaltung auf einem Sportfeld ist der *majority leader* des amerikanischen Kongresses durch einen Bauchschuss schwer verletzt worden. Auch andere Abgeordnete sind durch Schüsse verletzt worden. Polizeibeamte haben das Schlimmste verhindert, haben ihr Leben gerettet und sind selber verletzt worden.

Ich glaube, es ist Ausdruck unserer transatlantischen Solidarität und unserer guten Beziehungen zum amerikanischen Kongress, dass wir den Schwerverletzten unsere Besserungswünsche übermitteln und dass wir diesen Anschlag aufs Tiefste verurteilen und den Polizeibeamten, die das Leben der Abgeordneten gerettet haben, um parlamentarische Freiheit und Sicherheit zu garantieren, danken.

President. – Thank you, Mr Ehler. We all support your kind and important remarks.

I refer now to the question about immunity and I will read the rules. Rule 9(6) provides that the Member concerned is given the opportunity to be heard by the committee responsible and the Member concerned – and we will vote shortly – was invited twice to appear before the committee, but did not accept either of those invitations.

6. Zusammensetzung der Ausschüsse: siehe Protokoll

7. Abstimmungsstunde

President. – The next item is the vote.

(For the results and other details of the vote: see Minutes)

7.1. Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität von Marine Le Pen (Abstimmung)

7.2. Der Fall des aserbaidischen Journalisten Äfqan Muxtarlı (RC-B8-0414/2017, B8-0414/2017, B8-0415/2017, B8-0416/2017, B8-0417/2017, B8-0418/2017, B8-0420/2017) (Abstimmung)

— *Before the vote:*

Cristian Dan Preda (PPE). – Madame la Présidente, dans le débat que nous avons eu aujourd'hui, des membres de différents groupes politiques, celui dont je fais partie, le groupe socialiste et le groupe libéral, ont exprimé le désir de reporter le vote.

Par conséquent, je vous invite à mettre ce souhait au vote.

President. – The proposal is to postpone the vote. Would anyone like to speak against the proposal?

Charles Tannock (ECR). – No, just to confirm that the ECR Group will endorse and support the position of the EPP in asking for a delay in the vote, as suggested by Commissioner Hahn.

President. – I am asking whether there is anyone in the Chamber who wishes to speak against. You have the floor.

Pavel Telička (ALDE). – Madam President, in fact we had a debate today in the plenary, and it was consensual in terms of the assessment of the situation; there was not a single voice that would evaluate the abduction in a different way. So the question is, what is the best tactic? Some of the colleagues have proposed postponement for one reason, and that is that Commissioner Hahn will have an opportunity, travelling to Baku, to raise the issue – or he has already travelled – but the point is, we have considered this an urgency and all political groups have agreed. Everyone knows, including the person detained, as well as the Azerbaijani Government, that we are discussing and eventually postponing it on the request of Mr Hahn, for the reason that he would like to be in a better position. That is not correct. My assessment is different. If we postpone it, that basically means that we accept the disrespect of President Aliyev in that a few days before the abduction he received for an hour and a half an EP high ranking delegation discussing human rights, and then this is done. I do not believe that that will achieve the goal.

A final remark – what will achieve the goal is if the Commissioner has in hand a well-balanced wording of a resolution that will help to strengthen his position in order to release the gentleman.

(The proposal to postpone the vote was rejected)

— *Before the vote on the motion for a resolution.*

Heidi Hautala (Verts/ALE). – Madam President, it is important to check all the possible facts and mistakes, and there is one factual mistake in paragraph 8. In fact, the body of Mehman Galandarov, the blogger and activist who died in the custody of Azerbaijani authorities on 28 April this year was returned to his family, so can I propose as an oral amendment that we delete the last part of paragraph 8 which is as follows 'and whose body was not returned to his family?'. It was returned.

(The oral amendment was accepted)

7.3. Pakistan, insbesondere die Lage von Menschenrechtsaktivisten und die Todesstrafe (RC-B8-0419/2017, B8-0419/2017, B8-0421/2017, B8-0422/2017, B8-0423/2017, B8-0427/2017, B8-0429/2017)

7.4. Lage der Menschenrechte in Indonesien (RC-B8-0424/2017, B8-0424/2017, B8-0425/2017, B8-0426/2017, B8-0428/2017, B8-0430/2017, B8-0431/2017)

7.5. Durchführung des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (A8-0200/2017 - José Manuel Fernandes, Udo Bullmann) (Abstimmung)

7.6. Europäische Agenda für die kollaborative Wirtschaft (A8-0195/2017 - Nicola Danti) (Abstimmung)

7.7. Online-Plattformen im digitalen Binnenmarkt (A8-0204/2017 - Henna Virkkunen, Philippe Juvin) (Abstimmung)

7.8. Humanitäre Lage in Jemen (RC-B8-0407/2017, B8-0407/2017, B8-0408/2017, B8-0409/2017, B8-0410/2017, B8-0411/2017, B8-0412/2017, B8-0413/2017) (Abstimmung)

7.9. Statut und Finanzierung europäischer politischer Parteien und Stiftungen (B8-0405/2017, B8-0406/2017) (Abstimmung)

President. – That concludes the vote.

PRZEWODNICTWO: RYSZARD CZARNECKI

Wiceprzewodniczący

8. Stimmerklärungen

Przewodniczący. – Zgodnie z Państwa sugestią odczekaliśmy chwilę, aby wszyscy zainteresowani udziałem w debacie zostali, a ci, którzy nie są nią zainteresowani, wyszli. Apeluję do kolegów, którzy jeszcze są na sali, a nie zabierają głosu, żeby przenieśli swoje dyskusje wewnętrzne poza salę obrad.

Przechodzimy do wyjaśnień do głosowania.

8.1. Durchführung des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (A8-0200/2017 - José Manuel Fernandes, Udo Bullmann)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Момчил Неков (S&D). – Европейският фонд за стратегически инвестиции е в сила от близо две години. Разделението изток-запад в него обаче все още е силно видимо. Към 30 юни 2016 г. от подкрепата от ЕФСИ държавите от ЕС-15 са получили 91% от фонда, докато държавите от ЕС-13 са получили едва 9%.

С притеснение разбрах, че вместо да бъде в подкрепа на по-различни проекти, Европейската инвестиционна банка използва гаранцията на Европейския съюз за насърчаване на проекти, които пораждаат съмнения относно това дали са в съответствие с установените критерии за подбор на проекти.

Бих искал да допълня, че вече над година чуваме от представители на ГЕРБ как с помощта на този фонд в България щял да се финансира проект за интерконектор с Гърция. Това обаче все още остава само на думи и обещания. Този проект най-накрая трябва да получи приоритет, а не да бъде използван само в PR кампании, защото е в интерес на националната сигурност.

Rosa D'Amato (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'oste ci ha detto che ha del vino buono ma ci faremmo molto male se ci ubriacassimo con i numeri che continua a dare. Sono state intessute le lodi dell'EFSI stando ai dati forniti da chi l'EFSI l'aveva progettato. Non c'è stata alcuna valutazione indipendente e ci siamo bevuti la narrativa di un piano di successo per gli investimenti che sostiene le piccole e medie imprese, che ha un valore aggiunto e che spinge la crescita e l'occupazione. Invece, nulla di tutto ciò, mancano dati disaggregati sui benefici reali, l'effetto moltiplicatore è stato sopravvalutato, non ci sono informazioni sui posti di lavoro creati, le modalità operative sono opache e le cifre talvolta risultano segrete.

Persino la Corte dei conti europea ha detto chiaramente che l'EFSI ha un impatto limitato. Non solo, molti progetti hanno elevate emissioni impattanti. Ci sono molti interventi per fonti fossili come petrolio e gas e si fa davvero poco per le rinnovabili e per sostenere l'autoproduzione energetica. Nel frattempo si moltiplicano gli strumenti finanziari a elevato rischio per un'EFSI che ammicca alle banche e agli intermediari finanziari, ma che rischia di essere una bomba a orologeria per le economie reali. Per questo motivo abbiamo votato contro.

President. – Ms D'Amato, your metaphor about wines was very interesting!

Daniel Hannan (ECR). – Mr President, it is always about the money, is it not. How much time we spend in this Chamber talking about transfers of cash! We never think about the debilitating effect it can have on individuals, on whole professions, consultants and contractors, and the people who have learned how to make a living out of the Brussels institution, even on whole nations who are encouraged to look beyond their borders for every rise in life.

We have evolved a whole special vocabulary to talk about how we keep the money going round. For example, the word 'greed' is always used for somebody who has a claim on somebody else's money. It is never used for somebody who wants to keep his own resources. The word 'solidarity' is used when we European politicians arrange a transfer.

I would make one warning, one note of caution. If you vote for politicians who have promised to give you somebody else's money, do not complain when they take your money to spend on somebody else, or indeed to spend on themselves.

Andrejs Mamikins (S&D). – Mr President, I would like to draw your attention to the fact that the European Fund for Strategic Investments has benefited mainly those countries that do not have big investment gaps and it creates an unequal geographical distribution of funded projects. Now the competition is going on: which comes first? The positive result of cohesion and investment policies for the Latvian economy or huge demographic change in Latvia.

Many people have left the country because they are tired of waiting for the Latvian economy to reach western and Nordic EU economy levels. They prefer to emigrate with their families. The shrinking working-age population will not offer any prospects for those who remain in the country. As a result, we will see a beautiful but empty country with a small, old and poor population.

The Latvian economy needs investment from the European Fund for Strategic Investments, and distribution should be made without any discrimination. I support the report and especially the idea of providing technical assistance to those countries and regions which have benefited less from the European Fund for Strategic Investments.

Anna Záborská (PPE). – Vážený pán predseda, podporila som uznesenie k správe o vykonávaní Európskeho fondu pre strategické investície, pretože ide o jeden zo spôsobov, ako zvýšiť investície v Európskej únii na projekty, ktoré by mohli zvyšovať zamestnanosť a prosperitu. Táto iniciatívna správa obsahuje mnoho dobrých návrhov ako zlepšiť fungovanie tohto nového nástroja a zlepšiť komunikáciu smerom k občanom aj podnikateľom. Chcem však zdôrazniť, že zlepšenie investičného prostredia nemôže byť len otázkou verejných investícií, ale predovšetkým súkromných zdrojov.

Ďakujem.

8.2. Europäische Agenda für die kollaborative Wirtschaft (A8-0195/2017 - Nicola Danti)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Tibor Szanyi (S&D). – Elnök Úr! Szavazatommal támogattam a közösségi gazdaságra vonatkozó európai menetrendről szóló jelentést. A jelentéshez hasonlóan üdvözlöm, hogy a közösségi gazdaság fellendülése fokozza a versenyt, ugyanakkor azt is helyeslem, hogy a munkaerőpiacra és a munkavállalók jogaira gyakorolt hatással is foglalkozik a szöveg. Szavazatomat szintén pozitívan befolyásolt a tény, hogy a jelentés több ponton is kitért a vidéki területek igényeire. Egyetértek azzal, hogy a közösségi gazdaság számottevő lehetőséget teremthet a belső perifériák, a vidéki térségek és a hátrányos helyzetű területek számára.

Andrejs Mamikins (S&D). – Mr President, the collaborative economy creates new opportunities for our societies and would make an important contribution to jobs and growth in the European Union. but the main challenge is to find a proper definition of what the term ‘collaborative economy’ means. An answer should be found for some important issues related to consumer protection, employment relationships, tax rules and other issues. The collaborative economy enables people to work according to flexible arrangements. This makes it possible for them to become economically active where more traditional forms of employment are not suitable.

But at the same time we should be careful. Sometimes new platforms and technologies are only used to avoid labour and tax legislation. This creates unfair advantages and puts pressure on other market participants to do the same. As a result, we see a race to the bottom that can have a very unpleasant and unpredictable economic, social and political outcome. I think this report is a step in the right direction.

Lucy Anderson (S&D). – Mr President, the collaborative economy in areas such as travel and leisure has had a large potential to enhance the everyday lives of citizens and to create quality jobs. But it must be regulated responsibly to protect from exploitation workers and consumers involved in or relying upon these new business models. Equally, it is essential to ensure that taxation and other public policy priorities are regulated by this and are dealt with properly in the collaborative economy.

The text of this report reflects these concerns and I was pleased to vote for it.

Anna Záborská (PPE). – Vážený pán predseda, podporila som predloženú správu o kolaboratívnom hospodárstve, aj keď s určitými rozpakmi. Až do jej prečítania som si totiž myslela, že medzi kolaboratívnym a trhovým hospodárstvom nie je rozdiel. Som preto rada, že iniciatívne správy, ako je táto, rozširujú aj môj myšlienkový obzor a dávajú mi príležitosť pozrieť sa na známe javy, akými je napríklad deľba práce, špecializácia a následne nevyhnutná spolupráca pri výmene tovarov a služieb, celkom novými očami. Pravdepodobne však uplynie ešte veľa času, kým sa diskurz o kolaboratívnej ekonomike dostane aj do európskej legislatívy.

Ďakujem.

8.3. Online-Plattformen im digitalen Binnenmarkt (A8-0204/2017 - Henna Virkkunen, Philippe Juvin)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Момчил Неков (S&D). – Разпокъсаността на цифровия пазар на Европейския съюз отслабва значително неговата конкурентоспособност на световно ниво. Липсата на финансиране на новите пазарни технологии, както и правната несигурност, представляват сериозна пречка пред европейските стартиращи предприятия.

Малкият и среден бизнес представлява гръбнакът на европейската икономика и трябва да осигурим необходимите стимули за неговото развитие. Призовавам Европейската комисия да продължи да насърчава растежа на онлайн платформите в Европейския съюз, защото те осигуряват така необходимите предимства на малките и средните предприятия като достъп до световните пазари и възможност за растеж.

Също така трябва да отбележим, че осигуряването на онлайн достъп за стартиращите предприятия (startups) им спестява непосилните инвестиции в цифрова инфраструктура, като им осигурява широко разпространение. И още повече, изглежда ми безумно, че говорим за разпространение на 5G мрежи, докато в същото време в повечето селски райони в България, например, няма 3G и 4G покритие. Поради тези причини дадох подкрепата си за доклада.

Tibor Szanyi (S&D). – Elnök Úr! A jelentés számos megfontolandó, az online platformokat és a digitális egységes piacot érintő javaslatot tett. Ezek közül az egyik legfontosabb a nagysebességű szélessávú hálózatok, és az egyéb digitális infrastruktúra kiterjesztésére szánt, megfelelő mértékű beruházás biztosítására vonatkozó felhívás. Külön üdvözlöm, hogy az infrastruktúrába való beruházás tekintetében a jelentés kitért a vidéki területekre is, valamint, hogy felszólalt a technológiákhoz való egyenlőtlén hozzáférés ellen.

A tagállamoknak aktívan kell tenniük az ellen, hogy szakadékok alakuljanak ki a digitális készségek hiánya, vagy a technológiákhoz való egyenlőtlén hozzáférés következtében. Támogatom, ezentúl a szociális dimenziók fejlesztésére vonatkozó felhívást, valamint szintén szorgalmazom, hogy a tagállamok gondoskodjanak az önálló vállalkozók megfelelő szociális biztonságáról. Egyetértek továbbá a hamis hírek terjesztése elleni fellépés fontosságát, a személyes adatok védelmét, valamint a fogyasztók tájékoztatását érintő megállapításokkal.

Seán Kelly (PPE). – I voted in favour of this report in the light of the hard work that the rapporteurs, Ms Virkkunen and Mr Juvin, have done to evaluate the issues central to the consolidation of online platforms and a digital single market in the European Union.

I welcome the report's thorough appraisal of innovative opportunities and regulatory challenges in this sphere. Essentially, the report also evaluates the digital transformation of Europe in terms of the collaborative economy and the transparent processing of data across digital platforms. By identifying the means of responding to these challenges we can bolster the digital single market and the competitiveness of our markets for the future. I wish to note the vital contributions of my colleagues in the Committee on Industry, Research and Energy towards the finalisation of this report. I am pleased to voice my support, and I am expecting SMEs and citizens to benefit as we create a digital single market.

8.4. Humanitäre Lage in Jemen (RC-B8-0407/2017, B8-0407/2017, B8-0408/2017, B8-0409/2017, B8-0410/2017, B8-0411/2017, B8-0412/2017, B8-0413/2017)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Andrejs Mamikins (S&D). – Mr President, conflict in Yemen is not a popular theme of discussion in European media. This is leading to our usual European problem: selective blindness. One part of this blindness exists because of a lack of concentration in European society. The problem exists only if people see the emotional stories on TV or in social media. If not, the problem does not exist in people's minds at all. As a result, politicians are free to do nothing to resolve this bloody conflict.

Many European politicians are not being frank about the situation in Yemen. The political elite of some EU countries are silent because of the interest in the arms trading deal with Saudi Arabia. Money has no smell. We Europeans are also responsible for the victims of this ongoing conflict because of our silence, and are fuelling this war by selling weapons to groups in the conflict zone. We in the European Parliament like to criticise other countries, but we are not critical of ourselves.

I supported all the amendments of the GUE Group and the Greens in this resolution.

8.5. Statut und Finanzierung europäischer politischer Parteien und Stiftungen (B8-0405/2017, B8-0406/2017)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Tibor Szanyi (S&D). – Elnök Úr! Szavazatommal támogattam az európai politikai pártok és alapítványok jogállásáról és finanszírozásáról szóló állásfoglalási indítványt, amelyhez hasonlóan úgy vélem, hogy a számos hiányosság miatt szükség van az 1141/2014. számú rendelet átdolgozására. Főleg a társfinanszírozás szintjét, illetve a képviselők több pártban való tagságának lehetőségét tekintve. Éppen ezért az indítvánnyal egyetértve szorgalmazom, hogy a Bizottság tanulmányozza a hiányosságokat, és tegyen javaslatot a rendelet felülvizsgálatára.

Michaela Šojdrová (PPE). – Já jsem dnes podpořila usnesení EP o financování politických stran a nadací na evropské úrovni. Domnívám se, že potřebujeme větší transparentnost. Evropská demokracie potřebuje demokraty, svobodné a odpovědné občany, protože jedině tak bude životaschopná.

Myslím, že je chybou, že současný systém financování politických stran parazituje. Na tomto systému parazitují uskupení prosazující protievropskou agendu. Proto jsme dnes také vyzvali Komisi, aby co nejdříve stávající nařízení přezkoumala a předložila jeho revizi, která bude proti zneužívání veřejných prostředků.

Osobně podporuji zejména transparentnost při úpravě podmínek financování, zvednutí povinného limitu členství poslanců EP v evropské politické straně z jednoho alespoň na tři poslance a požaduji jasnou politickou příslušnost poslanců EP.

Anna Záborská (PPE). – Vážený pán předseda, Európsky parlament vo svojom uznesení požaduje, aby Komisia pripravila novelu pravidiel pre financovanie európskych politických strán a nadácií. V istom zmysle súhlasím s navrhovateľmi v tom, že nejaké zmeny sú asi potrebné.

Rozumiem však obavám malých politických strán a nadácií, pre ktoré by niektoré typy zmien mohli mať priam likvidačné dôsledky. Aj preto som presvedčená, že tak Komisia, ako aj tento Parlament, by mali v tejto veci postupovať citlivo a uvažlivo. My, ako poslanci Európskeho parlamentu, musíme sledovať tento proces, musíme ho pripomienkovať a musíme byť aktívni. Nemôžeme čakať až do finálneho textu, keď už nebude možné veľa zmeniť. Rovnako trvám na tom, že ak by sme v budúcnosti mali meniť pravidlá, mali by byť účinné až od začiatku nového volebného obdobia.

Ďakujem.

Branislav Škripek (ECR). – Mr President, every few years this House tries to change the rules governing European parties. Apart from entailing a lot of work in each successive debate, this is not good for stable democracy in the EU. That is my opinion. The proposal raising the number of MEPs needed to create a European party is unhelpful for the much-needed dialogue between the EU institutions and citizens in the EU. It gives a strong impression that you need to be inside the Brussels bubble in order to become part of it.

If you need three to five MEPs to create a European party, that will close the door to any initiative from the bottom up, the kind of initiative that the EU now needs most. Not all small and new parties are anti-EU. This measure will not stop far right groupings, but it will be undemocratic, as it closes the doors on basically all new parties in the future. That is not the message which we should send to our citizens.

Przewodniczący. – Niniejszym zamykam wyjaśnienia dotyczące głosowania.

9. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(Posiedzenie zostało zawieszone o godz. 13.00 i wznowione o godz. 15.00)

VORSITZ: EVELYNE GEBHARDT

Vizepräsidentin

10. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

11. Große Anfragen (Aussprache)

11.1. Begehung des Internationalen Tags der Familie 2017: Förderung der Rolle der Eltern bei der Sicherstellung einer hochwertigen Bildung für ihre Kinder

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Große Anfrage gemäß Artikel 130b der Geschäftsordnung von Beatrix von Storch, Daniela Aiuto, Kristina Winberg, Joëlle Bergeron im Namen der EFDD-Fraktion über die Begehung des Internationalen Tags der Familie 2017: Förderung der Rolle der Eltern bei der Gewährleistung einer hochwertigen Bildung für ihre Kinder (O-000030/2017/rév.1 - B8-0315/2017) (2017/2736(RSP)).

Beatrix von Storch, Verfasserin. – Frau Präsidentin! Anlass für diese Aussprache heute ist der internationale Tag der Familie, und die Vereinten Nationen haben dafür eine Handreichung herausgegeben. Danach sind Mutter und Vater der wichtigste Bezugspunkt im Leben der Kinder und insbesondere der Kleinkinder, sagen die Vereinten Nationen. Die Sozialisierung von Kleinkindern findet am besten in der Familie statt – innerhalb der Familie und nicht außerhalb der Familie, sagen die Vereinten Nationen. Und je mehr sich Väter und Mütter um ihre Kinder selber kümmern, umso besser läuft es im Leben der Kinder, sagen die Vereinten Nationen. Die Erziehungsleistungen von Eltern sind messbare Leistungen, die wirtschaftlich und gesellschaftlich relevant sind und die deswegen gefördert werden müssen, sagen die Vereinten Nationen. Zusammengefasst sagen die UN: Das Wichtigste für Kinder in ihrem Leben sind Vater und Mutter – ihre Eltern –, und nicht ein Ganztageskindergarten oder die Fremdbetreuung.

Sie merken, das ist das exakte Gegenteil von dem, was hier in diesem Hause Religion zu sein scheint. Die Europäische Union fördert am liebsten Wochenkrippen wie im Ostblock und wie in der DDR. Mütter sollen sich nicht um ihre Kleinkinder kümmern, sondern sie sollen sich an der Werkbank verwirklichen, denn nur das ist wahre Leistung und Karriere. Und im Bericht Noichl haben wir doch tatsächlich beschlossen, dass Ehe – natürlich nur die traditionelle Ehe und nicht die Homoehe – und die Rolle als Vater und Mutter gesundheitsgefährdend sind. Das ist wahrscheinlich auch der Grund dafür, dass heute nicht die zuständige Kommissarin Jourová hier sitzt, sondern der Kommissar für Gesundheit. Familie ein Gesundheitsrisiko. Die EU will die Bedeutung der Familie und die Rolle von Vater und Mutter einfach nicht anerkennen, obwohl es das Wichtigste im Leben eines Kindes ist.

Aber es gibt Mitgliedstaaten, die auf dem richtigen Weg sind. Ungarn beispielsweise hat kürzlich einen Demografiegipfel abgehalten unter der Regierung Orbán. Sie hatten zuvor eine Reihe von familienpolitischen Maßnahmen auf den Weg gebracht, die genau das tun – die Förderung von Vätern und Müttern für ihre Kinder und für die frühkindliche Erziehung. Es gibt sie also, diese Mitgliedstaaten, die den richtigen Weg eingeschlagen haben, und ich wünsche mir für Deutschland und auch für die Europäische Union, aber insbesondere natürlich für mein Land Deutschland, dass wir diesen ungarischen Weg in Sachen Familienpolitik einschlagen. Und das bedeutet, dass wir uns vollständig entfernen müssen von dem Weg, der hier in diesem Hause gegangen wird, und uns hinwenden zu dem Weg, den die Vereinten Nationen beschreiben: Das Wichtigste im Leben für ein Kind sind Vater und Mutter und Familien und nicht der Staat als Oberinstanz; das ist der Glaube hier, das ist grundverkehrt.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Stanislav Polčák (PPE), otázka položená zvednutím modré karty. – Mě poměrně vyprovokoval projev paní kolegyně, byl v mnohém zajímavý, ale já se chci zeptat paní kolegyně, zda vzhledem k jejímu politickému zařazení projev znamená, že chce, aby věci, které souvisí s rodinou, byly regulovány, resp. upravovány z evropské úrovně. Rozumím tomu správně, že tímto způsobem chcete vlastně vstupovat, podle mého názoru, do docela svébytného postavení členských států EU?

Beatrix von Storch (EFDD), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Vielen Dank für diese Frage. Das ist natürlich genau nicht der Fall, auf gar keinen Fall. Die Familien sollen ohne staatliche Eingriffe und insbesondere ohne Eingriffe von der Europäischen Union sein. Es ist überhaupt nicht die Zuständigkeit der Europäischen Union, sich irgendwo einzumischen. Aber was wir tun aus diesem Hause – wir mischen uns ein, wir machen Sensibilisierungskampagnen und Kampagnen für alle möglichen Lebensformen und so weiter, gegen Väter, gegen Mütter. Das sollen wir genau unterlassen.

Also, erstens mischen wir uns ein und dann auch noch in der falschen Weise. Keine Einmischung, nationale Zuständigkeit – das ist eine ganz klare Ansage.

Vytienis Povilas Andriukaitis, Member of the Commission. – Mr President, I will not repeat questions, but simply say 'question 1', etc. Let me stress that EU Member States may observe the International Day of the Family in their capacity as United Nations members. Observing the day offers a good opportunity to discuss the role of families and the impact of family-oriented policies in promoting overall well-being in Europe and worldwide, and in the world of work more generally.

As you know, Member States are, first and foremost, responsible for social policies addressed to families. Nevertheless, the Commission has been supporting Member States through political guidance in the context of the European Semester. European Union financial support is also available through the European Social Fund, the European Regional Development Fund and the Fund for European Aid to the Most Deprived. Concerning the roles of families in educating their children, the Commission reiterated in our recent communication on school development and excellent teaching that the cooperation of educational institutions and parents is key. We will continue to use the tools under the Education and Training 2020 Strategy and the Erasmus Plus programme to support Member States who wish to develop school policies that deepen parental involvement.

Second question: we share your view on the important role played by families in the welfare of our societies, in particular when it comes to providing care for children and other dependent family members. This is precisely why the European Pillar of Social Rights adopted on 26 April 2017 recognises the role of family members as caregivers and states that parents and people with caring responsibilities have the right to suitable leave, flexible working agreements and access to care services.

As a concrete deliverable of the Pillar, our new initiative on work-life balance for parents and carers aims to modernise the way in which work-life balance policies are designed to improve the daily lives of many parents and carers. In addition to supporting the provisions of formal care services, we intend to update the European Union legal framework in the areas of family-related leave and flexible working arrangements in order to enable working parents and carers to better reconcile their professional and caring responsibilities.

In addition, the Pillar includes the right to affordable early childhood education and care of good quality. It also states the right to protection from poverty and the right to specific support measures to enhance equal opportunities for children from disadvantaged backgrounds. Early childhood education and care is precisely such a specific measure which helps to break the cycle of disadvantage. This is why the Commission supports Member States in improving access to, and the quality of, early childhood education and care. We acknowledge that family is the first and most important place for children to grow and develop. At the same time, the Commission sees early childhood education provision and the family's role in education as complementary. Participating in early education is in the best interests of children and their families. It is in these formative years that we can lay the foundations for a successful life, social integration and employability. The Commission therefore considers that the provision of early childhood education is an indispensable part of an efficient and modern social infrastructure.

We are also monitoring the implementation of the 2013 recommendation on investing in children. In the context of the European Semester, the Commission has provided targeted, country-specific recommendations to those Member States with the biggest challenges, and we are supporting the exchange of good practices in the area of child and family policy through the European Platform for Investing in Children and the Erasmus+ programme. The Commission also provides financial support to various NGOs, including Eurocarers, the Confederation of Family Organisations in the EU, Eurochild and the European Network on Independent Living. The actions undertaken by these NGOs substantially contribute to raising awareness of issues related to the work of family members.

Third question: we share your concern regarding the invisible or unpaid work of working parents and carers. This is why the Commission put forward this new initiative on work-life balance for working parents and carers. This sets out a comprehensive package of complementary legal and policy measures which will enable both parents to care for their children, thus enhancing their children's cognitive development and well-being.

As regards European Union funds, the funding possibilities for children in the existing EU financial instrument have been significantly strengthened in the current 2014-2020 programming period. Approximately EUR 21.2 billion of the total European Social Fund's allocation was earmarked for social inclusion measures, of which EUR 3.9 billion is set aside for access to services, including childcare, and EUR 8 billion was earmarked for measures to prevent early school leaving. Moreover, around EUR 11 billion from the European Regional Development Fund is planned for measures promoting social inclusion and combating poverty, while around EUR 6 billion are planned for investment in educational infrastructure.

Michaela Šojdrová, za skupinu PPE. – Myslím, že všichni si uvědomujeme primární roli rodičů ve výchově dětí. Rodiče mají a musí mít i nadále svobodnou volbu a také odpovědnost za výchovu a vzdělávání svých dětí.

Chceme, aby rodiče byli pro školu partnerem. Všichni jsme upozornili na riziko ohrožení chudobou, ve které žije dnes stále ještě téměř jedna třetina dětí v Evropě. Mezi ty nejohroženější patří ty, které žijí s jedním rodičem nebo dokonce bez stabilního rodinného zázemí.

Přestože se podařilo snížit průměr nedokončeného středního vzdělání, stále více než 10 % dětí nedokončí vzdělání a jsou ohroženy životním neúspěchem. Úloha rodičů i prarodičů je nezpochybnitelná. Stejně jako je nezpochybnitelná kompetence členských států v rodinné a vzdělávací politice.

EU by jim v tom poslání měla pomáhat. Společnost Evropy stárne a bude stárnout, pokud si neuvědomíme, že dítě je investicí. Proto bychom měli zde z EP vyzdvihnout rodičovskou péči o děti jako tu nejdůležitější lidskou práci, které si vážíme, a musíme ji také finančně ocenit. Apeluji na Komisi i na členské státy. Vytvořme rodičům podmínky, aby mohli a chtěli mít a vychovávat děti. Je to ta nejlepší investice do naší budoucnosti.

Urszula Krupa, w imieniu grupy ECR. – Pani Przewodnicząca! Chciałam także zauważyć, że niestety wiele działań nie do końca sprzyja rodzinie, która – jak wiemy – jest naturalnym środowiskiem wychowania dziecka. Cele barcelońskie zachęcają kobiety do pracy, mimo że według badań znaczna część pragnie osobiście opiekować się dzieckiem po jego urodzeniu. Tymczasem proponuje się, aby większość dzieci była objęta edukacją przedszkolną.

Według norweskich badań poziom stresu u dzieci w żłobkach jest aż o 30 % większy niż u pozostających w domu. Szczególnie u małych dzieci długotrwały stres ma bardzo negatywny wpływ na rozwój, zwłaszcza mózgu. Dowiedziono, że im więcej czasu dzieci spędzają w żłobku, tym więcej wykazują postaw antyspołecznych, a nastolatki wychowywane w żłobkach po przekroczeniu piętnastego roku życia częściej sięgają po alkohol, papierosy czy narkotyki.

Osobiście jestem także przeciwna wprowadzaniu szczególnych zachęt dla ojców, aby zamiast matki wychowywali noworodki, gdyż te potrzebują osobowości delikatniejszej, opiekuńczej i wrażliwej na potrzeby nowonarodzonego.

W prawidłowym rozwoju ogromną rolę odgrywa okres dzieciństwa, kiedy to do drugiego roku życia dziecko nieświadomie identyfikuje się z matką. Potem dla dziecka płci żeńskiej matka nadal pozostaje wzorem, natomiast dla chłopców w trzecim roku życia rozpoczyna się identyfikacja z ojcem. Odmienność zainteresowań dzieci płci męskiej i żeńskiej jest zauważalna od najwcześniejszych chwil życia, co świadczy o tym, że zróżnicowanie płciowe jest wbudowane w proces poznawczy w łonie matki.

Ivan Jakovčić, u ime kluba ALDE. – Gospođo predsjednice, vrlo mi je drago da je ova točka danas na dnevnom redu našeg Parlamenta jer želim potpuno jasno reći da je jako dobro da obilježavamo Međunarodni dan obitelji, jer je obitelj svakako jedan od temelja društva. Međutim, s druge strane želim jasno reći da ne dozvoljavam monopol na obitelj nekome tko dolazi samo s desnog političkog spektra, obitelj pripada svima nama. Ja ovdje govorim i kao ponosan otac troje uspješne djece, koja već imaju svoju djecu, dakle imam i unuke, i vrlo sam radostan i sretan zbog toga.

Uvjeran sam s druge strane, kao čovjek koji nije isključiv, da sve ono što može učiniti naša šira zajednica, javne ustanove za odgoj i obrazovanje djeteta, također nema alternativu. Ono što roditelji mogu napraviti, nema alternativu. Ali ono što javne ustanove mogu napraviti sa znanjem i iskustvom koje imaju ljudi koji rade u javnim ustanovama, ne smijemo podcijeniti. Ono što još želim naglasiti jest da naravno nemamo uvijek i svugdje samo sretne brakove, imamo i niz problema, prema tome moramo i o tome razgovarati. Moramo razgovarati i o činjenici postojanja istospolnih brakova, to je tema koju ne smijemo odbaciti i ne smijemo odbaciti djecu koja su odgajana u takvim brakovima.

Podržavam ovu raspravu, mislim da je ona dobrodošla, ali isto tako, očekujem od Komisije da također usmjeri ovu raspravu na jedan balansirani i prihvatljiv način za sve nas koji smo u ovom Parlamentu.

Jean-Luc Schaffhauser, au nom du groupe ENF. – Madame la Présidente, chers collègues, la famille est la cellule de base de la société. Elle repose sur la complémentarité naturelle hommes-femmes, sur l'accueil de la vie dès la conception, sur l'éducation, qui se fait par les familles et non par les États, qui doivent aider les familles.

Peut-on cependant dire que ce Parlement ou cette Commission sont du côté des familles? Non, malheureusement non. Peut-on parler de familles et d'aidants face à la politique d'austérité qui a détruit les budgets familiaux de nombreux États membres, qui détruit et réduit l'espérance de vie, comme en Italie, avec l'hiver démographique dont souffrent nos nations, particulièrement dans le sud?

Peut-on parler de famille quand nous tenons à imposer aux États membres des modèles familiaux minoritaires à travers la propagande agressive LGBT et du genre, chaque fois répétée, répétée et répétée dans n'importe quelle motion?

Peut-on parler de famille lorsqu'on laisse des milliers d'Européens sans espoir d'un avenir meilleur pour leurs enfants et quand on ouvre à l'immigration, alors que nous avons déjà 50 % de chômage dans nos zones, les politiques, selon les termes des Nations unies?

Madame, j'ai deux minutes.

(La Présidente retire la parole à l'orateur)

Anna Záborská (PPE). – Vážená pani predsedajúca, diskusiou o vplyve európskej politiky na rodinu by mala začínať a končiť každá schôdza Európskeho parlamentu. Čelíme problémom spojeným s nízkou pôrodnosťou a zvyšujúcim sa priemerným vekom obyvateľstva. No stále odmietame vidieť nielen neplatenú prácu, ktorú vykonávajú ženy-matky v oblasti starostlivosti o deti, členov rodiny a domácnosť, ale aj významnú úlohu rodičov pri zabezpečovaní kvalitného vzdelávania a výchovy detí.

Náš pracovný trh aj dôchodkové systémy trestajú otcov aj matky, ktorí sa rozhodnú vychovávať deti. Čas, ktorý im venujú, je prekážkou pre zamestnávateľov a vedie k nižšiemu platu a dôchodkom. Byť rodičom sa neoplatí.

Riešením nie je individualizácia politík, ale family mainstreaming. Každá politika má dopad na rodinu, a ten treba kvantifikovať dopredu. Len tak môžeme robiť politické rozhodnutia, ktoré povedú k zlepšeniu situácie rodín a omladeniu Európy a udržateľnej prosperite.

— Madam President, allow me to say one remark to the Commissioner. Mr Commissioner, I would like to ask you not to use „reconciliation of private and professional lives“; it is „family and professional life“. Private and professional is not the same.

Die Präsidentin. – Herr Schaffhauser! Ich habe das noch einmal nachprüfen lassen. Ihre Fraktion hat zwei Minuten insgesamt – eine Minute für Sie und eine Minute für Frau D’Ornano. Bitte, Frau D’Ornano, Sie haben das Wort.

Mireille D’Ornano (ENF). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, cette journée de la famille intervient alors que cette structure sociale fondamentale est menacée, si l’on en juge par la multiplication des familles monoparentales et le déclin de la natalité.

Le rappel du rôle de la famille dans l’éducation des enfants est essentiel, d’autant plus à l’heure où l’on confie trop souvent cette mission à l’école, qui est déjà chargée de l’instruction.

Pour autant, de nombreuses études confirment le lien entre environnement familial favorable et réussite scolaire. Il est donc indispensable de protéger l’enfant en lui garantissant l’équilibre familial auquel il a droit.

Je soutiens, bien évidemment, la prise en compte du travail invisible accompli par les mères et les pères. Néanmoins, comme l’énonce la résolution des Nations unies, citée à l’appui de ce texte, le respect de la diversité des systèmes sociaux des États membres justifie des mesures au niveau national.

Catch-the-eye-Verfahren

Maria Grapini (S&D). – Doamnă președintă, domnule comisar, dați-mi voie mai întâi să spun „la mulți ani” tuturor familiilor din lume. Sunt o familistă convinsă, tocmai am împlinit patruzeci de ani de căsătorie.

Trebuie să recunoaștem aici că există două cauze pentru care avem probleme cu copiii în familii. Pe de o parte, sărăcia, unde familiile nu pot nici să-și întrețină, nici să facă educație și, acolo, în mediul rural, avem nevoie de creșe, grădinițe, dar trebuie, în același timp, să creștem nivelul de trai, încât copiii să stea lângă părinți.

A doua cauză: eu am identificat-o în multe țări și recent este cazul din Finlanda. Există porțițe prin care, prin legislațiile naționale, există un exces de zel în a prelua copiii de lângă părinți, pe un motiv sau altul. Avem cazul acelei doctoressă din Finlanda, în care cei doi copii, chiar acum când noi vorbim, sunt separați de mamă, mama fiind medic și putând să îi îngrijească. Niciunde copiii nu pot să simtă dragostea și liniștea, doar lângă părinți și eu cred că aici trebuie să acționăm.

Există subsidiaritatea, dar cred că putem să intervenim ca, pe de o parte, să nu fie excese în luarea copiilor din familie și instituționalizarea lor și, pe de altă parte, să vedem cum investim în educație, în posibilitatea de a crește veniturile familiilor, pentru ca să se recunoască, de exemplu, la pensie, concediile de maternitate să fie într-un cuantum mai mare, încât să și motivăm, pentru că nu stăm bine cu demografia.

Tibor Szanyi (S&D). – Elnök Asszony! Három dolgot szeretnék röviden említeni. Ebből legalább egyet Biztos úr figyelmébe is ajánlanék, éspedig azt, hogy Magyarországon, bár a kormány nagyon dicsekszik azzal, hogy rendkívül sok családbarát intézkedést hoz, ezt mind az adórendszeren keresztül teszi, magyarul a tehetősebb családok élvezhetik a családtámogatási kedvezményeket, a munkanélküliek vagy alacsonyabb jövedelműek pedig kiesnek ebből.

Én szeretném, hogyha Biztos úr segítene abban, hogy olyan szabályozás születessen európai szinten, ami hátrébb sorolja ezt a gyakorlatot. A másik, amit szeretnék szóba hozni, és ez egy nagy fájdalom Magyarországon, hogy nagyon sok menekült család is van, akik például a magyar határon szó szerint börtönbe vannak rakva, mindaddig, amíg a vizsgálat, a menedékkérelmük elbírálása tart, és hogyha valaki fölemeli ez ellen a szavát, akkor Orbán Viktor azt mondja, hogy az Európai Unió a terroristákat támogatja. Na, ezeket kéne megszüntetni.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Vytenis Povilas Andriukaitis, *Member of the Commission*. – Madam President, first of all I would like to congratulate all in this room and all around the walls on International Family Day. I am a father of three children and grandfather of three grandchildren. I am a medical doctor; I have spent a lot of time doing my job, and know all about the complexity.

Of course we must all agree about all human rights, about family lives, about children's lives; of course we must seek balance and how to move forward with progress, and of course our common goals remain to improve the life chances of every family and every European Union citizen. This is why we put forward ambitious proposals such as the European pillar of social rights and the work-life balance package. This can address issues with work and life at home and what you mentioned about private and other things.

This is an agenda which needs to fully engage all stakeholders, in particular Member States. Of course, it must be in line with the subsidiarity principle, because we have no chance to intervene in the Member States' area of responsibility: absolutely, it is crystal clear. We must also look at the situation of proportionality. We are ready to play our part, but the centre of gravity of social policies such as family-oriented policies is – and will remain – with national, and especially local, authorities, because they are very close to families.

The primary responsibility for making social rights a reality lies with national governments, national parliaments and social partners, and we will continue in this way of cooperation and support and see how we can move forward.

Die Präsidentin. – Dankeschön, Herr Kommissar.

Lassen Sie mich bitte auch mal etwas Persönliches loswerden: Meine Eltern waren beide immer erwerbstätig, und ich bin in einer sehr glücklichen Familie aufgewachsen. Dafür bin ich auch sehr, sehr dankbar.

Die Aussprache ist damit geschlossen.

11.2. Videoplattformen und redaktionelle Verantwortung

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Große Anfrage gemäß Artikel 130b der Geschäftsordnung von Curzio Maltese, Martina Michels im Namen der GUE/NGL-Fraktion über Videoplattformen und redaktionelle Verantwortung (O-000035/2017 - B8-0318/2017) (2017/2737(RSP)).

Curzio Maltese, *autore*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, dovendo discutere di piattaforme online, mi aspettavo di discutere con un altro Commissario, ma la ringrazio della sua presenza.

Vorrei anche impostare il discorso in modo che riguardi la salute e anche la famiglia, che sta a cuore a tutti noi. Per esempio, noi avremmo potuto essere i genitori di una ragazza italiana di Napoli, Tiziana, che un anno fa si è uccisa perché i filmati dei suoi rapporti sessuali erano finiti in rete, su Facebook, per una vendetta del suo ex fidanzato ed erano diventati virali. La ragazza non ha più potuto uscire di casa, è stata vittima di persecuzioni, molestie, di una specie di stupro collettivo, finché si è impiccata. Per molti mesi i video della ragazza morta hanno continuato a circolare su Facebook, in una macabra ascesa di audience, finché una sentenza di un tribunale italiano li ha bloccati.

Ma i legali di Facebook in Irlanda, che curano gli interessi di Facebook in Italia per non pagare le tasse in Italia, hanno ottenuto che comunque l'azienda non subisse nessuna sanzione e si sono appellati per questo alla normativa europea. Non so se vi sembra giustizia questa, a me non pare. Noi abbiamo una direttiva sull'*e-commerce* che esclude le piattaforme online dalla responsabilità editoriale. Una direttiva che è vecchia di diciassette anni, quando l'*e-commerce* non esisteva, le piattaforme erano appena nate ed erano davvero un puro veicolo di condivisione di contenuti e informazioni, e in più le tecnologie non permettevano di controllare ex ante i contenuti immessi in rete.

Oggi il mondo è cambiato, lo sapete tutti. L'*e-commerce* è il più grande *business* in espansione del pianeta, le piattaforme sono dei *players* globali, dei colossi economici che divorano interi settori produttivi, concentrano quantità di risorse e potere, minacciano il pluralismo dei media. Per fortuna, però, i progressi della scienza ci permettono oggi, con degli algoritmi sempre più sofisticati, di controllare i contenuti in rete in un tempo rapidissimo.

Nonostante questo, Facebook e Google, che sono in grado di distruggere in un'ora la reputazione di una persona o di influenzare il risultato di una campagna elettorale, ospitando campagne di *fake news*, continuano a essere meno responsabili rispetto a una piccola emittente locale, un piccolo giornale di provincia, che per una causa possono rischiare la chiusura.

Ma il tratto più grave riguarda proprio noi come genitori, perché l'elemento più debole di questo mercato sleale e malato solo i minori, sono i ragazzi, i bambini, che sono esposti a un bombardamento di pubblicità ingannevoli attraverso pubblicità ingannevoli del *product placement*, sono esposti a un bombardamento di cattive abitudini, come *junk food*, e naturalmente sono vittime di altri preoccupanti fenomeni in espansione sulla rete come i discorsi d'odio o la pedopornografia.

Invece di fare retorica sulla famiglia, cerchiamo di difendere i nostri figli da questi rischi. Allora non pensa la Commissione che questo mercato sleale ormai vada finalmente regolamentato con criteri equi e moderni, che proteggano i consumatori, soprattutto i più deboli, soprattutto i minori, mettendo mano al più presto alla revisione della direttiva sull'*e-commerce* come cominciano a chiedere molti paesi europei a cominciare dall'Italia?

Vytėnė Povilaitis Andriukaitis, *Member of the Commission*. – Madam President, the Commission shares broadly the problem analysed and presented by the honourable Member. One of the main objectives of the European Union is to protect vulnerable groups, including minors, consumers and citizens in general through harmonisation of laws. The Commission is fully committed both to safeguarding freedom of expression and protecting vulnerable viewers – children in particular – from harmful content, and all citizens against hate speech.

Article 14 of the e-commerce directive needs to be interpreted on a case-by-case basis. While the e-commerce directive prohibits Member States from imposing a general monitoring obligation on providers, it requires providers to act upon obtaining actual knowledge of illegal activity in order to avoid liability.

The Commission believes that progress can be made without reopening the e-commerce directive, which has been a major contributor to innovation and societal benefits. The European Union has proposed targeted measures to ensure that platforms take action against specific problems, such as illegal hate speech and terrorist propaganda.

The Commission has also initiated and strongly supported co-regulatory efforts. The Commission communication on the mid-term review of the Digital Single Market of 10 May 2017 announced a better coordination of dialogues with platforms, focusing on the mechanisms and technical solutions for the removal of illegal content. This communication also announced the Commission's guidelines on two topics: first, coherent procedural aspects such as the notification and removal of illegal content; second, on liability rules and support to platforms on voluntary measures taken by the platform when they work proactively to remove illegal content, acting in good faith. The Commission is currently reflecting on the most appropriate form for such guidance.

The issue of protection of minors and hate speech on video-sharing platforms is addressed by the proposals of a review of the Audiovisual Media Service Directive adopted on 25 May 2016, which is currently under discussion by the Council and Parliament. The Commission proposal foresees a limited extension of its scope to video-sharing platforms, for example YouTube. The proposed system seeks to keep the balance between the fundamental right of freedom of expression and important public interest objectives, such as the protection of minors against harmful content and the protection of all citizens against hate speech.

According to the proposals, only those rules that are necessary to protect the viewers from the most harmful content will apply to video-sharing platforms. Member States should ensure that video-sharing platforms put in place measures to 1) protect minors from harmful content, access to which would have to be restricted, and 2) protect all citizens from incitement to hate.

The measures consist, where appropriate, in establishing and operating flagging and reporting mechanisms, age verification systems, systems to read the content by the uploaders or users, or parental control systems. It is important to stress that none of the measures included in the proposal entail a general obligation to monitor or ex-ante control; it is fully in line with the e-commerce directive.

Member States are encouraged to implement the new rules via co-regulation. The involvement of the industry will ensure that measures are future-proofed and that platform is built on what they are already doing on a voluntary basis. Some platforms are indeed already making great efforts to protect minors online and citizens from hate speech. Through the implementation via co-regulation, we are aiming to a building on the work already done. However, there are services that do not have such measures in place. Now all video-sharing platforms will be obliged to take measures. The Audiovisual Media Service Directive would provide regulators with a regulatory backstop in case there is no action from platforms. In addition, video-sharing platforms today apply their own standards when it comes to assessing what is harmful for minors or what constitutes hate speech. The Commission proposal aims that they have to comply with the Audiovisual Directive standards in this field.

The Commission believes that the proposed rules will ensure a better protection of viewers in online services. The Commission is also looking forward to the upcoming trilogues, and hopes to secure the adoption of the revised Audiovisual Media Service Directive as soon as possible, as this is a priority file and identified by the institutions.

Stanislav Polčák, za skupinu PPE. – Já bych chtěl pouze úvodem říci, že jsem se hlásil i na *catch-the-eye* k minulému bodu a byly uděleny slova pouze 2 kolegům z jiné frakce. Nestěžuji si, pouze se chci tímto přihlásit do *catch-the-eye* v tomto bodu, kde bych přednesl svůj projev a vyjádřil se i k této řešené otázce.

Já bych chtěl poděkovat kolegovi Maltesovi za to, že předložil tento bod. K tomu zraňujícímu příkladu, který přednesl on, bych přidal ještě jeden. V ČR byla skutečně policejně ověřena existence hry pro mladé děti, dospívající mládež – Modrá velryba, která je měla nutit k sebevraždě. Tento naprosto šokující příklad jen dokládá to, jak je nezbytné skutečně regulovat i obsah těchto informací, které jsou v digitálním věku šířeny naprosto nepřehledně a mají na svobodném internetu vlastně prostor k tomuto šíření.

Já vím, že je velmi složité zasahovat do svobody internetu. To je vždy kritický okamžik. Na druhou stranu v okamžiku, kdy máme na zřeteli takto zranitelné skupiny dětí a dospívající mládeže, si myslím, že bychom měli postupovat, jak naznačil pan komisař. To hledání té rovnováhy je velmi důležité.

Tibor Szanyi, az S&D képviselőcsoport nevében. – Elnök Asszony! Országunként eltérő súlyossággal és tartalommal, de Európa-szerte közös tapasztalatunk, hogy a fiatal generációk újfartózkodnak az emberi gyűlölet és az intolerancia különböző megjelenési formáival, a szélsőséges nacionalizmus, a rasszizmus, az antiszemitizmus, az idegenellenesség mérgével. A jelenséget különösen jól ismerjük Kelet- és Közép-Európában, ahol rendre az antiszemitizmus azon veszélyes válfaja üti fel a fejét, a legfiatalabb, szinte még gyermekkorú lakosság körében, amely még jóval születésük, sőt szüleik születése előtt vezetett milliók kiirtásához, egész népek, generációk felmérhetetlen szenvedéséhez és pótolhatatlan veszteségeihez.

E rémisztő tendencia okait kutatva elsőként a politikai szélsőség leggátlástalanabb képviselőire bukkanunk, akik a fiatalok szellemi mérgezésétől, vagy hatalmi pozícióból annak eltűnésétől sem riadnak vissza, obskurus politika céljaik elérése érdekében. Nem kerülhető meg az oktatásért felelős kormányzati, és egyéb tényezők felelőssége sem abban, hogy nem vétezik fel kellőképpen a fiatal generációkat történelmünk ordas eszméinek visszatérésével szemben, sőt arra is van példa, hogy magában a tananyagban, vagy éppen a hivatalos kormánypolitikában bukkannak föl ennek jelei.

Ez utóbbira sajnos immár globális dimenzióban jelentkező példa, a Putyin Oroszországa által folytatott kiberháború és szervezett hírhamisítás. Az eszközöket vizsgálva pedig ma azok adják a legnyilvánvalóbb, s talán legkevésbé átlátható és ellenőrizhető teret ennek a veszélyes jelenségnek, amelyekre a gyermek- és fiatalkorúak a legfogékonyabbak, köztük is elsőként a mai vitánk tárgyát képező videómegosztó platformok. Ezért olyan fontos a mai közös gondolkodásunk, amelynek szerintem a rövid időn belül közös és hatékony uniós akcióban kellene tárgyasulni.

Annak ellenére, hogy európai demokrataként magam is irtózom az információ- és szólásszabadság bármiféle korlátozásától, gyűlölöm a cenzúra minden nyílt vagy bújtatott formáját, gyermekeink és unokáink védelme, az embertelenség, a rasszizmus, az antiszemitizmus mindenkor terjesztése ellen, konkrétan a szolgáltatók felelősségének európai normák, és közösen kialakított, átlátható és ellenőrzött szabályok szerinti pontosabb és szigorúbb érvényesítése aligha tekinthető cenzúrának, még a leginkább szabadságszerető, akár a cenzúra átkát a valóságban is megtapasztalt európai polgár szemében sem.

Jozo Radoš, u ime kluba ALDE. – Poštovana predsjednice, najprije bih želio zahvaliti kolegi Maltezeu na otvaranju ovog važnog pitanja.

Prema današnjim pravilima, odnosno ovoj Direktivi o kojoj govorimo, davatelji usluga nisu dužni pratiti sadržaje koje objavljuju, a nisu odgovorni ako nemaju spoznaje o tome da je neki sadržaj protuzakonit. U isto vrijeme, države članice mogu dobiti informacije o pružateljima usluga, dakle identificirati tko je to, ali to posredno znači njihovu obvezu da one prate sadržaje, što zapravo govori o tome da postoji velika odgovornost država članica i vjerojatno nemogućnost praćenja tog cijelog procesa, a minimalna odgovornost pružatelja usluga.

To stanje svakako nije dobro i zato pozdravljam spremnost Komisije da prilikom promjene ove Direktive i ostalih sličnih direktiva, radi na zaštiti svih građana, a posebice onih koji su najslabiji, a to su djeca i starije osobe.

Isabella Adinolfi, a nome del gruppo EFDD. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, confesso che affrontare dei temi così complessi in un solo minuto è veramente difficile. Conosco sia il caso di Tiziana Cantone – io vengo dalla stessa regione – sia il caso della balena blu, che ha menzionato prima un collega. Però, in questo caso, stiamo parlando di reati e mi permetto di dissentire.

Nella direttiva sull'e-commerce non c'è scritto che le piattaforme non sono responsabili. Se poi vogliamo dire che l'articolo 14, comma 3, non sta funzionando, sono d'accordo e se siamo disposti a riaprire la direttiva per trovare un modo più stringente per proteggere i cittadini europei sono perfettamente d'accordo. Però, dall'altra parte, questi sono reati e dobbiamo anche pensare alla libertà di espressione. Davvero siamo convinti che la soluzione più semplice sia quella di dare ai privati un potere che invece spetta all'autorità giudiziaria? Spesso questi privati sono delle *big company*, sono spesso o quasi sempre non europei, e hanno una condizione di monopolio. E quindi mi chiedo dove inizia il limite e dove finisce la libertà di espressione.

Un altro discorso a parte riguarda la pubblicità. Io credo che l'ultima forma di tutela per i bambini sia veramente garantita dall'abolizione della pubblicità che a loro spetta. Le regole chiare e precise delle comunicazioni commerciali dovrebbero essere contenute invece in un atto legislativo ad hoc, che riguardi la pubblicità su tutti i mezzi. Infine, investiamo nell'educazione civica e nell'educazione digitale per i cittadini europei.

Die Präsidentin. – Ich weiß, dass eine Minute bei manchen Themen eine Zumutung ist. Aber Ihre Fraktion hat Ihnen leider nur eine Minute gegeben. Deswegen kann ich die Zeit auch nicht einfach laufen lassen. Tut mir leid.

Michaela Šojdřová (PPE). – Média, internet, ochrana dětí – to je téma, které považujeme za zásadní, a já se dívám, kde jsou kolegové, kteří volali po zásadní odpovědnosti rodičů. Jistě, odpovědnost rodičů za ochranu svých dětí, to je jejich prioritou, ale myslím si, že jestliže internet nezná hranic, musíme se také ptát, jaké jsou legislativní podmínky.

Já se domnívám, že povinné odstraňování ilegálního obsahu, to není cenzura. Myslím, že jde o zneužívání důvěry dětí, které jsou zranitelné. Internet, jak už jsem řekla, nemá hranic a patří to tedy na půdu EP a já děkuji panu komisaři, který zde zmínil audiovizuální směrnici, která je v legislativním procesu a zavádí odpovědnost poskytovatelů internetových platform za odstranění škodlivého nelegálního obsahu. Myslím, že to je zásadní opatření, které musíme přijmout.

Maria Grapini (S&D). – Doamnă preşedintă, domnule comisar, sigur, rezultă clar din puţinele luări de cuvânt de aici, pentru că e păcat că suntem puţini, că trebuie făcut ceva. Trebuie să existe o responsabilitate a deţinătorilor de platformă. Nu putem să avem ştiri false. Nu numai că distrug imaginea unei persoane sau chiar familia, dar avem probleme de viaţă aici. Sunt copii care, aşa cum a fost arătat aici – şi la noi, în ţara mea, e acel joc stupid, cu balena albastră – mor copiii. Nu se poate. Sigur, suntem în era de digitalizare. Mă bucur că, doamnă preşedintă, sunteţi o susţinătoare a drepturilor consumatorului. Aici intervine şi acest drept al consumatorului, să fim protejaţi, şi trebuie urgent să intervenim cu o reglementare de responsabilitate: să răspundă fiecare pentru informaţia falsă. Asta nu înseamnă că nu vrem libertatea presei, dar vrem responsabilizarea celor care circulă informaţii pe platformele online. Până la urmă, noi am discutat şi în Comisia IMCO foarte mult, doamnă preşedintă, acest comerţ online şi offline trebuie să aibă aceleaşi condiţii, aceeaşi protecţie pentru consumatori, aceleaşi condiţii.

Stanislav Polčák (PPE). – Já bych chtěl doplnit k tomu, co řekla paní kolegyně Šojdřová. Skutečně je velmi zásadní role rodičů, to si musíme asi všichni uvědomit a v tomto smyslu bychom měli i rodinu a rodiče podporovat.

Tím se chci vyjádřit i k té předchozí závažné interpelaci. Bohužel, podle mého názoru platí nepřímá úměra. Čím více mluvíme o reálné podpoře rodin, tím méně se reálné podpory rodinám dostává. Já jsem si vědom toho, že toto téma je především odpovědností členských států. Samozřejmě musíme o tom hovořit. Jsem rád, že se na jednání tento týden dostaly témata, jako je rovná mzda za stejnou práci, ale i otázka důchodu, který podle mého názoru by měl být založen na zásadě zásluhovosti. Ten, kdo vychovává děti, kteří jsou potom plátcí do toho systému, z něhož se čerpají důchody, tak by měl být rovněž po zásluze odměněn tím, že se mu v rámci důchodu nebude dostávat méně důchodu.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Vytenis Povilas Andriukaitis, Member of the Commission. – Madam President, we have had a very interesting exchange of views, and, as the honourable Members have rightly mentioned, this is a very complex issue. We need not only to do something, but we need to take the concrete actions which the Commission presented and see how to move forward.

The Commission is fully committed to protecting minors and to ensuring freedom of speech. This debate will certainly help us in our internal work to prepare targeted measures to ensure that platforms take action against hate speech or content which is harmful to minors. I also welcome this debate in the context of the upcoming dialogue for the adoption of the Audiovisual Media Services Directive. We look forward to the rapid adoption of this directive and future work between the institutions to respond to the challenges of the platforms' economy. I would like to say once again that we need to have good collaboration and quick reactions and a good dialogue, and to see how to move forward in more concrete ways, keeping account of all the questions which have been raised.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist damit geschlossen.

12. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll

13. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

14. Petitionen: siehe Protokoll

15. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll

16. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll

17. Unterbrechung der Sitzungsperiode

Die Präsidentin. – Ich erkläre die Sitzungsperiode des Europäischen Parlaments für unterbrochen.

(Die Sitzung wird um 15.55 Uhr geschlossen.)

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



MITTEILUNG DER KOMMISSION

Leitkriterien und Grundsätze für das Konzept der wesentlichen Verwendung in EU-Rechtsvorschriften, die Chemikalien betreffen

(C/2024/2894)

1. EINLEITUNG

Das Engagement der Kommission für die Bewältigung des Klimawandels sowie der Umweltverschmutzung und des Verlusts an biologischer Vielfalt, die die entscheidenden Aufgaben dieser Generation sind, wurde im Rahmen des europäischen Grünen Deals ⁽¹⁾ angekündigt. Die meisten Güter und Technologien, die für den grünen Wandel benötigt werden, sind für ein breites Spektrum verschiedener Funktionen auf Chemikalien angewiesen. Chemikalien stehen im Mittelpunkt der wichtigsten Wertschöpfungsketten Europas, darunter Verbraucherprodukte, Elektronik, Verkehr einschließlich Batterien für Elektrofahrzeuge, Baustoffe und darüber hinaus.

Gleichzeitig gibt es in Europa zahlreiche Beispiele dafür, dass weithin verwendete Chemikalien erhebliche Gesundheits- und Umweltschäden verursacht haben. Die weitverbreitete Verwendung dieser Chemikalien, insbesondere im industriellen Bereich, veranschaulicht die Komplikationen, mit denen wir im Verlauf des ökologischen und digitalen Wandels konfrontiert sind; bei den schädlichsten Chemikalien kann es sich um technisch nützliche und vielseitige Stoffe handeln, die zum Teil wichtige Funktionen im Rahmen umweltfreundlicher Technologien erfüllen, die aber auch für die Gesundheit und Sicherheit äußerst problematisch sind und die in der gesamten EU und weltweit im Menschen und in vielen Umweltmedien in Konzentrationen vorkommen, die weiter steigen werden, wenn das Problem nicht angegangen wird. Vor dem Hintergrund dieser Dilemmata rückt das in der Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit ⁽²⁾ angekündigte Konzept der „wesentlichen Verwendung“ in den Vordergrund, das dazu beizutragen soll, die Vorgaben des Null-Schadstoff-Ziels für eine schadstofffreie Umwelt im Rahmen des europäischen Grünen Deals ⁽³⁾ zu erreichen.

Um die Widerstandsfähigkeit der chemischen Industrie in der EU zu stärken und sie in die Lage zu versetzen, ihre Rolle beim grünen Wandel zu erfüllen, sind Klarheit und Berechenbarkeit unter Berücksichtigung all dieser Aspekte des Wandels erforderlich, um Investitionen in Innovationen Vorrang einzuräumen. Ziel dieser Mitteilung ist es, das Konzept und die einschlägigen Kriterien näher zu erläutern und Orientierung für seine mögliche Verwendung, auch in künftigen Rechtsvorschriften über Chemikalien ⁽⁴⁾, zu geben. Bislang gibt es keine EU-Rechtsvorschriften, in denen die wesentlichen Verwendungszwecke von Stoffen definiert sind.

Als Grundlage für die Ausarbeitung dieser Mitteilung wurde im Frühjahr 2022 eine umfassende Konsultation mit einem breiten Spektrum von Interessenträgern aus den Behörden der Mitgliedstaaten, der Industrie, nichtstaatlichen Organisationen und dem Hochschulbereich in Form von Workshops, Erhebungen und gezielten Befragungen durchgeführt. ⁽⁵⁾

1.1 Ziel des Konzepts der wesentlichen Verwendung

Gefährliche Chemikalien können schwerwiegende Auswirkungen haben und die menschliche Gesundheit und die Umwelt erheblich schädigen. Zur Vermeidung und Verhinderung dieser Schäden, aber auch von Kosten, die der Gesellschaft aufgrund von Krankheiten und der Beseitigung der Umweltverschmutzung entstehen, und zur Förderung von Innovationen für schadstofffreie Materialkreisläufe und zur Verwirklichung einer sauberen Kreislaufwirtschaft kündigte die Kommission in der Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit an, dass die schädlichsten Stoffe ⁽⁶⁾ bei nicht wesentlichen Verwendungszwecken, insbesondere in Verbraucherprodukten, schrittweise abgeschafft und bei allen Verwendungszwecken so wenig wie möglich verwendet und, soweit möglich, substituiert werden sollten. Bestimmte Verwendungszwecke solcher Stoffe können für die Gesellschaft von wesentlicher Bedeutung sein, z. B. für den Klimaschutz, den digitalen Wandel, den Gesundheitsschutz, die Sicherheit und die Verteidigung, und somit für die Verwirklichung zentraler politischer Ziele der EU wie des europäischen Grünen Deals und des digitalen Wandels erforderlich sein. Die Chemikalienstrategie enthält insbesondere die folgenden Verpflichtungen:

⁽¹⁾ COM(2019) 640 final.

⁽²⁾ COM(2020) 667 final.

⁽³⁾ COM(2021) 400.

⁽⁴⁾ Die Mitteilung berührt nicht das Initiativrecht der Kommission im Hinblick auf die Vorlage neuer Legislativvorschläge. Sie hat weder den Zweck noch die Wirkung einer Auslegung derzeit geltender Rechtsakte.

⁽⁵⁾ Europäische Kommission, Generaldirektion Umwelt, Bougas, K., Flexman, K., Keyte, I. et al., *Supporting the Commission in developing an essential use concept: final report*, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2023, <https://data.europa.eu/doi/10.2779/529713>.

⁽⁶⁾ Siehe Begriffsbestimmung in Abschnitt 2.2.

„[...] Festlegung von Kriterien für wesentliche Verwendungszwecke, um sicherzustellen, dass die schädlichsten Chemikalien nur dann eingesetzt werden dürfen, wenn ihre Verwendung für die Gesundheit oder Sicherheit erforderlich oder für das Funktionieren der Gesellschaft kritisch ist und es keine ökologisch und gesundheitlich tragbaren Alternativen gibt. Diese Kriterien werden für die Anwendung des Begriffs der wesentlichen Verwendungszwecke in allen einschlägigen EU-Rechtsvorschriften sowohl für allgemeine als auch für spezifische Risikobewertungen maßgeblich sein“

Das übergeordnete Ziel des Konzepts der wesentlichen Verwendung besteht darin, **die Entscheidungsfindung zu erleichtern und die Regulierungseffizienz zu erhöhen, um einen raschen Ausstieg aus der Verwendung der schädlichsten Stoffe bei nicht wesentlichen Verwendungszwecken zu erreichen und gleichzeitig Verwendungszwecke zuzulassen, die für die Gesellschaft und für die kontinuierliche Verfügbarkeit von Produkten, die den gesundheitlichen Bedürfnissen von Mensch und Tier dienen, noch wesentlich sind.** Für Verwendungszwecke, die für die Gesellschaft wesentlich sind, erhalten Unternehmen durch das Konzept die Gewissheit, dass Stoffe, aus deren Verwendung ansonsten ausgestiegen werden soll, weiterhin verwendet werden können, um gesellschaftlichen Bedürfnissen gerecht zu werden, bis Alternativen zur Verfügung stehen. Das Konzept ist ein Instrument, mit dessen Hilfe **bestimmt werden kann, wann die Verwendung eines besonders schädlichen Stoffes aus gesellschaftlicher Sicht gerechtfertigt ist.** Über die Rechtsvorschriften zur Festlegung der Regeln für den Zugang zum EU-Markt hinaus kann dieses Konzept auch ein Instrument sein, um Anreize im Rahmen freiwilliger Systeme wie eines nachhaltigen Finanzwesens und möglicherweise anderer Initiativen zur Förderung und Belohnung des Übergangs zu sicheren und nachhaltigen Produkten und Verfahren zu schaffen.

Die Umsetzung des Konzepts der wesentlichen Verwendung sollte die Unternehmen dazu anhalten, bei dem Ausstieg aus der Verwendung der schädlichsten Stoffe proaktiv vorzugehen und sich bei Forschung und Innovation auf sichere und nachhaltige Alternativen ⁽⁷⁾ zu konzentrieren, wobei die EU-Industrie als globaler Vorreiter auf der Grundlage des großen EU-Binnenmarkts mit einer hohen Verbrauchernachfrage nach sichereren, schadstofffreien Produkten gefördert wird. Das Konzept der wesentlichen Verwendung kann gleichermaßen sowohl auf in der EU hergestellte als auch auf eingeführte Produkte angewandt werden und somit gleiche Wettbewerbsbedingungen für EU-Unternehmen gewährleisten.

Das Konzept der wesentlichen Verwendung hat nur dann Rechtswirkung, wenn es in spezifische Rechtsvorschriften aufgenommen wird. Bevor das Konzept in einen bestimmten Rechtsakt aufgenommen wird, muss sorgfältig geprüft werden, ob es durchführbar ist, einschließlich des Kriteriums der „tragbaren Alternativen“, wobei auch die Ziele, Anforderungen und einzigartigen Aspekte der anwendbaren sektorspezifischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigen sind. So muss beispielsweise bei Human- und Tierarzneimitteln, Medizinprodukten und In-vitro-Diagnostika der strategischen Autonomie der Union und der Verfügbarkeit von Stoffen, die bei der Herstellung von Produkten für Gesundheitsanwendungen verwendet werden, gebührende Priorität eingeräumt werden.

Das Konzept der wesentlichen Verwendung soll die Industrie in der EU als wertvolles Instrument zur Erleichterung von Ausnahmeregelungen für Verwendungen unterstützen, die eindeutig gesellschaftlichen Bedürfnissen dienen. Dies kann wiederum zur Schaffung eines Umfelds beitragen, das einer umweltfreundlichen und nachhaltigen Herstellung von Waren in der EU förderlich ist.

1.2 Politischer Hintergrund

Im Jahr 2019 verabschiedete der Rat die Schlussfolgerungen mit dem Titel „Auf dem Weg zu einer Strategie der Union für eine nachhaltige Chemikalienpolitik“, in denen er die Kommission auffordert, einen Aktionsplan zur Beseitigung aller nicht wesentlichen Verwendungen von PFAS ⁽⁸⁾ auszuarbeiten. ⁽⁹⁾ Im Jahr 2021 verabschiedete der Rat die Schlussfolgerungen mit dem Titel „Strategie der Union für nachhaltige Chemikalien: Zeit für Ergebnisse“ ⁽¹⁰⁾, in denen er hervorhebt, dass das Konzept der „wesentlichen Verwendungszwecke“ ein Schlüsselement bei der Umsetzung der Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit ist, dem vorrangige Aufmerksamkeit gewidmet wird, damit es unverzüglich angewandt werden kann.

Im Jahr 2020 nahm das Europäische Parlament eine Entschließung zur Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit ⁽¹¹⁾ an, in der es die Kommission unter anderem aufforderte, den Begriff der „wesentlichen Verwendung“ gefährlicher Chemikalien zu definieren und entsprechende Kriterien dafür festzulegen, damit ein harmonisierter Ansatz für regulatorische Maßnahmen in Bezug auf nicht wesentliche Verwendungen geschaffen wird.

⁽⁷⁾ Empfehlung der Kommission vom 8.12.2022 zur Schaffung eines europäischen Bewertungsrahmens für „inhärent sichere und nachhaltige“ Chemikalien und Materialien (C(2022) 8854 final).

⁽⁸⁾ Per- und Polyfluoralkylsubstanzen.

⁽⁹⁾ Schlussfolgerungen des Rates vom 26. Juni 2019 zum Thema „Auf dem Weg zu einer Strategie der Union für eine nachhaltige Chemikalienpolitik“, <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2019/06/26/council-conclusions-on-chemicals>.

⁽¹⁰⁾ Schlussfolgerungen des Rates vom 15. März 2021 zum Thema „Strategie der Union für nachhaltige Chemikalien: Zeit für Ergebnisse“, <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/03/15/council-approves-conclusions-on-the-eu-chemicals-strategy-for-sustainability/>.

⁽¹¹⁾ Entschließung des Europäischen Parlaments vom 10. Juli 2020 zu der Nachhaltigkeitsstrategie für Chemikalien, https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0201_DE.html.

Mit dem Montrealer Protokoll ⁽¹²⁾, einem multilateralen Umweltübereinkommen, wurde bereits 1992 ein Konzept der wesentlichen Verwendung eingeführt und es wurden Chemikalien, die zum Abbau der Ozonschicht der Erde führen, mit Ausnahme bestimmter wesentlicher Verwendungszwecke erfolgreich abgeschafft. Die Einführung eines Konzepts der wesentlichen Verwendung als Instrument für das Chemikalienrisikomanagement für ein breiteres Spektrum von Chemikalien, insbesondere PFAS, wurde in Wissenschaft und Politik zunehmend diskutiert ⁽¹³⁾, und in mehreren wissenschaftlichen Veröffentlichungen wird erörtert, wie ein Konzept der wesentlichen Verwendung im Rahmen eines Risikomanagements eingesetzt werden könnte. ⁽¹⁴⁾ ⁽¹⁵⁾

2. DAS KONZEPT DER WESENTLICHEN VERWENDUNG

In diesem Abschnitt werden die Kriterien für die wesentliche Verwendung, die Grundsätze des Konzepts der wesentlichen Verwendung und die wichtigsten Begriffe des Konzepts festgelegt.

2.1 Kriterien für die wesentliche Verwendung

Die Verwendung eines besonders schädlichen Stoffes ist für die Gesellschaft wesentlich ⁽¹⁶⁾, wenn die beiden folgenden Kriterien erfüllt sind:

- 1) Ihre Verwendung ist für die Gesundheit oder Sicherheit erforderlich oder für das Funktionieren der Gesellschaft kritisch
und
- 2) es gibt keine tragbaren Alternativen.

Mit dieser Mitteilung soll Klarheit über diese Kriterien sowie über ihre Umsetzbarkeit in allen Rechtsvorschriften geschaffen werden. Ziel ist es, ihren kumulativen Charakter in einfachen Worten zu vermitteln und gleichzeitig den Besonderheiten einzelner Rechtsvorschriften (z. B. in Bezug auf ihren Begriff der Alternativen) Rechnung zu tragen, auf die das Konzept anwendbar sein könnte.

Ein früher Vorreiter bei der Anwendung dieses Konzepts war das Montrealer Protokoll über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen, ein internationaler Vertrag, dem die EU als Vertragspartei angehört. In dem Protokoll wird das zweite Kriterium wie folgt definiert: „Es gibt keine unter Umwelt- und Gesundheitsaspekten tragbaren, technisch und wirtschaftlich realisierbaren Alternativen oder Ersatzstoffe.“

Wie einige Beispiele im Anhang dieser Mitteilung zeigen, werden unterschiedliche Begriffe verwendet, um die Alternativen im EU-Recht zu bestimmen. Gemäß den meisten EU-Rechtsvorschriften erfolgt im Rahmen der Bewertung von Alternativen eine Bewertung der technischen und/oder wirtschaftlichen Durchführbarkeit: So reicht es beispielsweise in der REACH-Verordnung nicht aus, das Bestehen einer Alternative in abstracto, unter Laborbedingungen oder unter außergewöhnlichen Bedingungen nachzuweisen. Im Anhang sind einige dieser Beispiele aufgeführt. Wenn die Kommission vorschlägt, das Konzept der wesentlichen Verwendung in einem solchen Rechtsbereich einzuführen, beabsichtigt sie damit nicht, bestehende Verweise auf eine Bewertung der technischen und/oder wirtschaftlichen Durchführbarkeit zu ändern. Die Kommission wird abwägen, ob solche Verweise auf den rechtlichen Kontext angemessen sind, wenn sie die Einführung des Konzepts der wesentlichen Verwendung in anderen Bereichen in Erwägung zieht. In den folgenden Abschnitten werden die Kriterien für die wesentliche Verwendung näher erläutert und präzisiert.

2.2 Begriffe, die dem Konzept der wesentlichen Verwendung zugrunde liegen

Tabelle 1 enthält eine nicht erschöpfende Erläuterung der wichtigsten Begriffe für das Konzept der wesentlichen Verwendung, um Orientierung für ihre Anwendung in den einschlägigen EU-Rechtsvorschriften zu geben, soweit dies erforderlich ist.

⁽¹²⁾ The Montreal Protocol on Substances that Deplete the Ozone Layer (Montrealer Protokoll über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen) | Ozon-Sekretariat (unep.org).

⁽¹³⁾ Madrid Statement on Poly- and Perfluoroalkyl Substances (PFAS) (Madrider Erklärung zu Per- und Polyfluoralkylsubstanzen (PFAS)), <https://ehp.niehs.nih.gov/doi/10.1289/ehp.1509934>.

⁽¹⁴⁾ Siehe u. a. Cousins, Ian T., et al., 2019 „The concept of essential use for determining when uses of PFASs can be phased out“, in *Environmental Science: Processes & Impacts* 21.11, 2019: 1803–1815 (<https://doi.org/10.1039/C9EM00163H>).

⁽¹⁵⁾ Cousins, Ian T. et al., 2021 „Finding essentiality feasible: common questions and misinterpretations concerning the „essential-use“ concept“, in *Environmental Science: Processes & Impacts* 23.06, 2021 (<https://doi.org/10.1039/D1EM00180A>).

⁽¹⁶⁾ Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit: Für eine schadstofffreie Umwelt (COM(2020) 667 final).

Tabelle 1. Begriffe für das Konzept der wesentlichen Verwendung.

Schädlichste Stoffe	Die schädlichsten Stoffe haben eine oder mehrere der folgenden Gefahreigenschaften ⁽¹⁷⁾, ⁽¹⁸⁾, ⁽¹⁹⁾: — Karzinogenität Kat. 1A und 1B — Keimzellmutagenität Kat. 1A und 1B — Reproduktions-/Entwicklungstoxizität Kat. 1A und 1B — Endokrine Störung Kat. 1 (menschliche Gesundheit) — Endokrine Störung Kat. 1 (Umwelt) — Sensibilisierung der Atemwege Kat. 1 — Spezifische Zielorgan-Toxizität – wiederholte Exposition (STOT wdh.) Kat. 1, einschließlich Immuntoxizität und Neurotoxizität — Persistent, bioakkumulierbar und toxisch/sehr persistent und sehr bioakkumulierbar (PBT/vPvB) — Persistent, mobil und toxisch/sehr persistent und sehr mobil (PMT/vPvM) ⁽²⁰⁾ — Die Ozonschicht schädigend Kat. 1 ⁽²¹⁾
Erforderlich für die Gesundheit oder Sicherheit	Die Verwendung eines besonders schädlichen Stoffes ist aus Gründen der Gesundheit oder Sicherheit erforderlich, wenn die Verwendung und die technische Funktion des Stoffes bei dieser Verwendung erforderlich sind, um — Krankheiten und ähnliche gesundheitliche Probleme zu vermeiden, zu überwachen oder zu behandeln — grundlegende Bedingungen für das Leben und die Gesundheit von Mensch oder Tier aufrechtzuerhalten — gesundheitliche Krisenfälle und Notlagen zu bewältigen — die persönliche Sicherheit zu gewährleisten — die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten Diese Elemente sind in Abschnitt III.b Tabelle 2 des Anhangs beschrieben.
Kritisch für das Funktionieren der Gesellschaft	Die Verwendung eines besonders schädlichen Stoffes ist für das Funktionieren der Gesellschaft kritisch, wenn die Verwendung und die technische Funktion des betreffenden Stoffes bei dieser Verwendung kritisch sind für — die Bereitstellung von Ressourcen oder Dienstleistungen, die für das Funktionieren der Gesellschaft aufrechterhalten werden müssen (z. B. Sicherstellung der Versorgung mit Energie und kritischen Rohstoffen oder der Widerstandsfähigkeit gegenüber Versorgungsunterbrechungen) — die Bewältigung gesellschaftlicher Risiken und Auswirkungen von Naturkatastrophen und Krisen

⁽¹⁷⁾ Empfehlung der Kommission vom 8.12.2022 zur Schaffung eines europäischen Bewertungsrahmens für „inhärent sichere und nachhaltige“ Chemikalien und Materialien (C(2022) 8854 final).

⁽¹⁸⁾ Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen.

⁽¹⁹⁾ Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen (COM (2022) 748 final).

⁽²⁰⁾ Die Aufnahme aller PMT- und vPvM-Stoffe in die Untergruppe der schädlichsten Stoffe wird einer weiteren Bewertung unterzogen.

⁽²¹⁾ Das Konzept der wesentlichen Verwendung ist bereits relevant für Stoffe, die gemäß dem Montrealer Protokoll die Ozonschicht schädigen.

	— den Schutz und die Wiederherstellung der natürlichen Umwelt — das Betreiben wissenschaftlicher Forschung und Entwicklung — den Schutz des kulturellen Erbes Diese Elemente sind in Abschnitt III.b Tabelle 3 des Anhangs beschrieben.
Tragbare Alternativen	Tragbare Alternativen sind Stoffe, Materialien, Technologien, Verfahren oder Produkte, die aus gesellschaftlicher Sicht (i) in der Lage sind, die Funktion und das Leistungsniveau zu gewährleisten, die für die Gesellschaft als ausreichende Erbringung der erwarteten Leistung tragbar sind, UND (ii) sicherer sind (ihre chemischen Gesamtrisiken für die Gesundheit von Mensch und Tier sowie für die Umwelt während des gesamten Lebenszyklus sind im Vergleich zum schädlichsten Stoff geringer). Die Tragbarkeit von Alternativen ist aus einer gesellschaftlichen Perspektive heraus zu betrachten. Das Konzept der „tragbaren Alternative“ wird in der Regel durch spezifische Anforderungen in jeder Rechtsvorschrift definiert und umfasst in den meisten Rechtsvorschriften auch eine Bewertung der technischen und/oder wirtschaftlichen Durchführbarkeit. Diese bestehenden Definitionen (z. B. technische und/oder wirtschaftliche Durchführbarkeit) sollten berücksichtigt werden, falls und wenn das Konzept der wesentlichen Verwendung in diesen Bereichen angewandt wird.
Verwendung eines Stoffes	Verarbeiten, Formulieren, Verbrauchen, Lagern, Bereithalten, Behandeln, Abfüllen in Behälter, Umfüllen von einem Behälter in ein anderes, Mischen, Herstellen eines Erzeugnisses oder jeder andere Gebrauch.
Technische Funktion eines Stoffes (bei der Verwendung)	Die Rolle, die der Stoff bei seiner Verwendung spielt, d. h. was er in einem Prozess, Gemisch oder Erzeugnis bewirkt. Technische Funktionen sind z. B. Extraktionslösungsmittel, Entfettungsmittel, Korrosionshemmer usw.
Endprodukt	Ein Produkt (Stoff als solcher, ein Gemisch, ein Erzeugnis oder ein komplexes Produkt), das von Verbrauchern oder industriellen oder gewerblichen Nutzern verwendet wird. Ein besonders schädlicher Stoff kann zur Herstellung des Endprodukts verwendet werden (während er im Endprodukt selbst nicht vorhanden ist) und/oder im Endprodukt enthalten sein.
Dienstleistung	Den/die Zweck(e), den/die das Endprodukt für seinen Nutzer oder Empfänger erfüllt (eine Tätigkeit oder Funktion, kein physischer Gegenstand).

2.3 Grundsätze des Konzepts der wesentlichen Verwendung

Die Grundsätze des Konzepts der wesentlichen Verwendung lauten wie folgt:

- Ziel des Konzepts ist es, den Schutz der Gesundheit und der Umwelt zu verbessern, indem **der schrittweise Ausstieg aus der Verwendung der schädlichsten Stoffe, die nicht wesentlich sind, beschleunigt wird und dort, wo diese wesentlich sind, Zeit für ihre Substitution bereitgestellt wird.**
- Mit diesem Konzept soll **festgestellt** werden, ob es **für die Gesellschaft wesentlich** ist, einen besonders schädlichen Stoff mit **einer bestimmten technischen Funktion** zu verwenden, wobei der Stoff entweder in einem Endprodukt vorhanden ist oder zur Herstellung dieses Produkts oder zur Erbringung einer Dienstleistung verwendet wird. In jedem Fall müssen **der Kontext der Verwendung** des Endprodukts und die Dienstleistung oder der Zweck, die bzw. den es für die Gesellschaft und die Nutzer (z. B. Verbraucher) erfüllt, **berücksichtigt werden**. Die Verwendung eines Stoffes kann in einem Kontext für das Funktionieren der Gesellschaft kritisch oder für die Gesundheit oder Sicherheit erforderlich sein, in einem anderen Kontext aber nicht (z. B. kann die Notwendigkeit, den Stoff mit einer bestimmten technischen Funktion in einer Lampe für die Chirurgie in einem Krankenhaus zu verwenden, sich von der Notwendigkeit unterscheiden, ihn für eine Lampe zu Hause oder in einem Geschäft zu verwenden).
- Mit dem Konzept soll **weder bestimmt werden, ob ein bestimmter Stoff, ein bestimmtes Produkt, eine bestimmte Produktgruppe oder eine bestimmte Dienstleistung für sich genommen für die Gesellschaft wesentlich ist, noch soll bestimmt werden, ob ein einzelner Verbraucher oder ein Unternehmen die Verwendung für sich selbst für wesentlich hält.**

- Eine **Bewertung der Verwendung** und ihres Kontexts ist erforderlich. Spezifische Verwendungszwecke der schädlichsten Stoffe in einem beliebigen Sektor könnten entweder das erste Kriterium erfüllen oder nicht (z. B. Verwendung eines Stoffes in einem Flugzeugmotor, der eine für die Sicherheit erforderliche technische Funktion erfüllt, verglichen mit der technischen Funktion in einem Flugzeugsitz oder Teppichboden, die rein dekorativer Natur ist).
- **Damit die wesentliche Bedeutung einer Verwendung nachgewiesen werden kann, müssen beide Kriterien in Abschnitt 2.1 erfüllt sein.** Um die Bewertung gegebenenfalls **zu vereinfachen und ihre Effizienz zu erhöhen**, können die zu bewertenden Verwendungen mitunter breitere Produktkategorien umfassen, und die Bewertung der Kriterien kann strukturiert (einzeln) erfolgen.
- Für Anwendungen, die sich als wesentlich erweisen, sollten in der Regel **Bedingungen** festgelegt werden, um die **Emissionen und die Exposition** von Mensch und Umwelt zu **minimieren**, insbesondere um die Exposition von gefährdeten Personengruppen wie Kindern, Schwangeren und älteren Menschen, die empfindlicher auf die Exposition gegenüber schädlichen Chemikalien reagieren, zu vermeiden oder zu minimieren.
- **Die wesentliche Bedeutung einer Verwendung ist nicht statisch**, sondern entwickelt sich im Laufe der Zeit aufgrund neuer Informationen über Gefahren, neuer gesellschaftlicher Herausforderungen und Bedürfnisse sowie der Herausbildung neuer, innovativer Alternativen. Im Interesse eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen angemessenen Investitionshorizonten, Anreizen für Innovationen im Bereich sichererer Alternativen durch die Aussicht auf eine spätere Marktdurchdringung und dem allgemeinen Ziel, die Verwendung der schädlichsten Stoffe, insbesondere in Verbraucherprodukten, zu minimieren, ist es in den meisten Fällen sinnvoll, eine Frist festzulegen und die Genehmigungen für wesentliche Verwendungszwecke zum geeigneten Zeitpunkt zu überprüfen.
- Um diesem evolutiven Charakter wesentlicher Verwendungszwecke Rechnung zu tragen, könnten **Substitutionspläne mit Verpflichtungen, Zeitplänen und Schritten für den Übergang zu Alternativen** für die Verwendung von Stoffen, die als wesentlich erachtet werden, erforderlich sein, und eine mögliche Einbeziehung in Forschungs- und Innovationsagenden könnte ebenfalls in Betracht gezogen werden.

3. SCHLUSSFOLGERUNGEN

Diese Mitteilung soll Orientierung für Überlegungen zur Einführung des Konzepts der wesentlichen Verwendung in die EU-Rechtsvorschriften über Chemikalien bieten. Bei der Einführung des Konzepts müssen gegebenenfalls die Besonderheiten der einzelnen Rechtsinstrumente berücksichtigt werden. In diesen Rechtsvorschriften müssen die Verfahren, Akteure und Einrichtungen benannt werden, die an der Bewertung und Entscheidungsfindung in Bezug auf wesentliche Verwendungszwecke beteiligt sind.

Mit diesen Grundsätzen soll durch die Schaffung von Klarheit für die Kommission, für die anderen EU-Organe, die an der Annahme von Rechtsvorschriften beteiligt sind, sowie für ihre Adressaten ein gemeinsamer Rahmen geschaffen werden, der die Vorhersagbarkeit und Kohärenz verbessern und es der EU-Industrie ermöglichen kann, den Übergang zum Null-Schadstoff-Ziel und zu einer schadstofffreien Umwelt als wichtige Bestandteile der umfassenderen politischen Agenda der EU, insbesondere der Verwirklichung des Grünen Deals, rasch voranzubringen.

ANHANG

I. ÜBERBLICK ÜBER DAS KONZEPT DER WESENTLICHEN VERWENDUNG IM MONTREALER PROTOKOLL

Das Montrealer Protokoll ist ein globales Übereinkommen, das 1989 in Kraft trat, um aus der Verwendung von Chemikalien, die zum Abbau der Ozonschicht der Erde führen, schrittweise auszusteigen. Dieser internationale Vertrag führte zum erfolgreichen Ausstieg aus den Verwendungszwecken ozonabbauender Stoffe, die für die meisten Emissionen verantwortlich sind, mit Ausnahme bestimmter wesentlicher Verwendungszwecke. Es wurde eingeräumt, dass der Ausstieg für einen kleinen Teil der Verwendungszwecke mehr Zeit in Anspruch nehmen würde und daher getrennt von dem vereinbarten Ausstiegszeitplan behandelt werden muss. Im Jahr 1992 beschlossen ⁽¹⁾ die Vertragsparteien des Montrealer Protokolls daher, dass die Verwendung eines Stoffes nur dann als „wesentlich“ eingestuft werden sollte, wenn

- a) die Verwendung für die Gesundheit und Sicherheit erforderlich oder für das Funktionieren der Gesellschaft (einschließlich kultureller und intellektueller Aspekte) kritisch ist und
- b) es keine technisch und wirtschaftlich realisierbaren Alternativen oder Ersatzstoffe gibt, die aus Sicht des Umwelt- und Gesundheitsschutzes vertretbar wären.

Darüber hinaus beschlossen die Vertragsparteien, dass Produktion und Verbrauch gegebenenfalls nur zulässig sein sollten, wenn alle wirtschaftlich durchführbaren Schritte ergriffen wurden, um die wesentliche Verwendung und die damit verbundenen Emissionen des Stoffes so gering wie möglich zu halten, und der Stoff nicht in ausreichender Quantität und Qualität aus Lagerbeständen unverbrauchter oder recycelter Stoffe vorhanden ist.

Unter die wesentlichen Verwendungszwecke im Rahmen des Montrealer Protokolls fielen Stoffe in Arzneimitteln, insbesondere Asthma-Inhalatoren, Labor- und Analysezwecke sowie Verwendungen als Verarbeitungshilfsstoffe, in der Brandbekämpfung und als Lösungsmittel in der Luft- und Raumfahrt. Zur Minimierung dieser wesentlichen Verwendungszwecke wurden unterschiedliche Methoden und Bedingungen angewandt. Die Kriterien für die wesentliche Verwendung im Montrealer Protokoll sind jedoch weder im Protokoll noch in Leitlinien näher definiert.

Das Montrealer Protokoll wird häufig als eines der erfolgreichsten multilateralen Umweltübereinkommen angesehen. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass es relativ wenige Chemikalien erfasst und weltweit anwendbar ist. Dennoch sind die im Montrealer Protokoll verwendeten Kriterien für die wesentliche Verwendung nicht allgemein genug, um in allen einschlägigen EU-Rechtsvorschriften über Chemikalien umsetzbar zu sein.

II. WELCHE BESONDERE VERWENDUNG IST ZU BEWERTEN?

Die Bestimmung der besonderen Verwendung einer Chemikalie und ihres Anwendungsbereichs bildet den Ausgangspunkt jeder Bewertung auf der Grundlage der folgenden Elemente:

- **Hauptmerkmale der Verwendung und des Verfahrens**, dem die besondere Verwendung dient (z. B. worin besteht die Verwendung und wie und von wem wird sie durchgeführt);
- **technische Funktion** des Stoffes bei der Verwendung – die Rolle, die der Stoff erfüllt, wenn er für sich genommen, in einem Gemisch, in einem Erzeugnis oder im Rahmen eines Herstellungsverfahrens verwendet wird; z. B. Verarbeitungshilfsstoffe, Extraktionslösungsmittel, Entfettungsmittel, Korrosionshemmer, Weichmacher, Antioxidationsmittel, Farbstoffe u. a.

Das ECHA-System der Verwendungsdeskriptoren ⁽²⁾ für die Registrierung von Stoffen im Rahmen der REACH-Verordnung kann als Grundlage für die Beschreibung technischer Funktionen dienen, aber die Verwendungsbeschreibung muss möglicherweise durch detailliertere Informationen ergänzt werden, insbesondere über die technischen Merkmale und Eigenschaften des Stoffes bei der Verwendung (z. B. Reinigungsmittel, das Eigenschaften hat, die die Oberflächenspannung von Flüssigkeiten verringern).

- **Kontext der Verwendung**, insbesondere:
 - welche(s) **Endprodukt(e) oder welche Dienstleistung(en) aus der Verwendung** des Stoffes **resultieren**;
 - die **Notwendigkeit des Stoffes** bei der Verwendung (z. B. ob das Endprodukt oder der Prozess dem Nutzer gegenüber seine Dienstleistung ohne den Stoff erbringen kann);

⁽¹⁾ Entscheidung IV/25 der Vertragsparteien des Montrealer Protokolls: <https://ozone.unep.org/treaties/montreal-protocol/meetings/fourth-meeting-parties/decisions/decision-iv25-essential-uses>.

⁽²⁾ Anlage R.12.4 der Leitlinien zu Informationsanforderungen und Stoffsicherheitsbeurteilung, Kapitel R.12: Verwendungsbeschreibung Fassung 3.0 – Dezember 2015.

- die **Notwendigkeit der technischen Funktion des Endprodukts** und wie sie von der *technischen Funktion eines* zur Herstellung dieses Produkts verwendeten *Stoffes* beeinflusst wird, wenn bestimmt wird, ob diese Verwendung des Stoffes für die Gesundheit oder Sicherheit erforderlich oder für das Funktionieren der Gesellschaft kritisch ist (z. B. ob es auf dem Markt andere Produkte gibt, die die gleiche Dienstleistung ohne den Stoff oder ohne die technische Funktion des Stoffes erbringen können);
- eine Reihe von **Merkmale** (z. B. Bedingungen, Anforderungen, technische Leistungsfähigkeit) **für die Verwendung und/oder das Endprodukt, um die Bewertung von Alternativen und der Substitution** durch eine Alternative zu gestalten (z. B. eine Reihe von Anforderungen, durch die die Dienstleistung und die Funktion, die durch die Verwendung des Stoffes erbracht werden, auf dem erforderlichen und für die Gesellschaft annehmbaren Niveau bereitgestellt werden können). Der Anwendungsbereich sollte hinreichend eng definiert werden, damit das Fehlen von Alternativen nachgewiesen werden kann;
- Einzelheiten zur Art und Weise der Verwendung des Stoffes und zu den verschiedenen **Tätigkeiten/Aufgaben** im Zusammenhang mit der Verwendung, einschließlich Expositionsszenarien und der entsprechenden Risikomanagementmaßnahmen und Betriebsbedingungen (aus Sicht der menschlichen Gesundheit und der Umwelt).

Sobald der Anwendungsbereich der besonderen Verwendung definiert wurde, sollte er in einer **Verwendungsbeschreibung** mit hinreichender Ausführlichkeit berücksichtigt werden, um feststellen zu können, ob die Kriterien für die wesentliche Verwendung erfüllt sind. Es wird empfohlen, dass die Verwendungsbeschreibung folgende Elemente enthält:

- Beschreibung der Verwendung in Bezug auf das Endprodukt oder die Dienstleistung, die aus der Verwendung resultiert;
- Beschreibung der Verwendung in Bezug auf ihre Notwendigkeit für die Gesundheit oder Sicherheit oder Kritikalität für das Funktionieren der Gesellschaft (z. B. technische Funktion und Notwendigkeit für das Endprodukt, einschließlich des Kontexts der Verwendung);
- Beschreibung der Verwendung in Bezug auf eine Analyse von Alternativen (z. B. Merkmale für die Verwendung und das/die Endprodukt(e), Gestaltung der Analyse von Alternativen);
- Beschreibung der Verwendung in Bezug auf Expositionsszenarien (z. B. bestimmte Teile der Verwendung in einem geschlossenen System), ergänzt durch die entsprechenden Maßnahmen zur Minimierung der Verwendung, der Exposition und der daraus entstehenden Emissionen.

III. BEWERTUNG, OB EINE VERWENDUNG FÜR DIE GESELLSCHAFT WESENTLICH IST

Dieser Abschnitt enthält Leitlinien zur Durchführung der Bewertung anhand der Kriterien für die wesentliche Verwendung. Wenn das Konzept in eine bestimmte Rechtsvorschrift aufgenommen wird, müssen in dieser Rechtsvorschrift die Verfahren, Einrichtungen und Akteure benannt werden, die an der Bewertung und Entscheidungsfindung in Bezug auf wesentliche Verwendungszwecke beteiligt sind. Die beiden in Abschnitt 2.1 genannten Kriterien für die wesentliche Verwendung sollten zwar getrennt bewertet werden, können aber voneinander abhängig sein. Die Bewertung der Notwendigkeit für die Gesundheit oder Sicherheit oder der Kritikalität für das Funktionieren der Gesellschaft könnte die Art der Bewertung von Alternativen beeinflussen und umgekehrt. Die Festlegung der Bedingungen für eine Verwendung, die sich als wesentlich erwiesen hat, wird in Abschnitt IV beschrieben.

a. Herausfiltern nicht wesentlicher Verwendungszwecke

Der kumulative Charakter der Kriterien für die wesentliche Verwendung und ihre strukturierte Bewertung (Kriterium für Kriterium) bieten die Möglichkeit, bei jedem Schritt die als nicht wesentlich eingestufteten Verwendungszwecke herauszufiltern, ohne dass eine umfassende Bewertung aller übrigen Kriterien erforderlich wäre. Dadurch kann das Vereinfachungs- und Effizienzpotenzial dieses Konzepts voll ausgeschöpft werden (siehe nachstehende Übersicht).

Grundsätzlich genügt es, dass die Verwendung eines der beiden kumulativen Kriterien nicht erfüllt, um zu dem Schluss zu gelangen, dass die Verwendung nicht wesentlich ist. Verwendungszwecke, die ein einzelnes Kriterium nicht erfüllen, können herausgefiltert werden, und auf die weitere Bewertung des verbleibenden Kriteriums kann verzichtet werden, was zu Effizienzgewinnen und Vereinfachungen führen kann. Gleichzeitig sollte die Schlussfolgerung, dass die Verwendung nicht wesentlich ist, mit hinreichender Sicherheit getroffen werden. Wenn beispielsweise das erste bewertete Kriterium die Notwendigkeit für die Gesundheit oder Sicherheit oder die Kritikalität für das Funktionieren der Gesellschaft ist und wenn es eindeutig nicht erfüllt wird, ist es nicht erforderlich, das Kriterium des Fehlens von Alternativen zu bewerten, um zu dem Schluss zu gelangen, dass die Verwendung nicht wesentlich ist. Wenn das erste geprüfte Kriterium das Fehlen tragbarer Alternativen ist und leicht nachgewiesen werden kann, dass für diese besondere Verwendung tragbare Alternativen vorhanden sind, ist eine Bewertung des Kriteriums der Notwendigkeit für die Gesundheit oder Sicherheit oder der Kritikalität für das Funktionieren der Gesellschaft ebenfalls nicht erforderlich, um zu dem Schluss zu gelangen, dass die Verwendung nicht wesentlich ist.

Vielmehr kann eine Verwendung nur dann als wesentlich nachgewiesen werden, wenn beide Kriterien erfüllt sind, sodass das Ergebnis, dass nur ein Kriterium erfüllt ist, nicht ausreicht, um zu dem Schluss zu gelangen, dass die Verwendung für die Gesellschaft wesentlich ist.

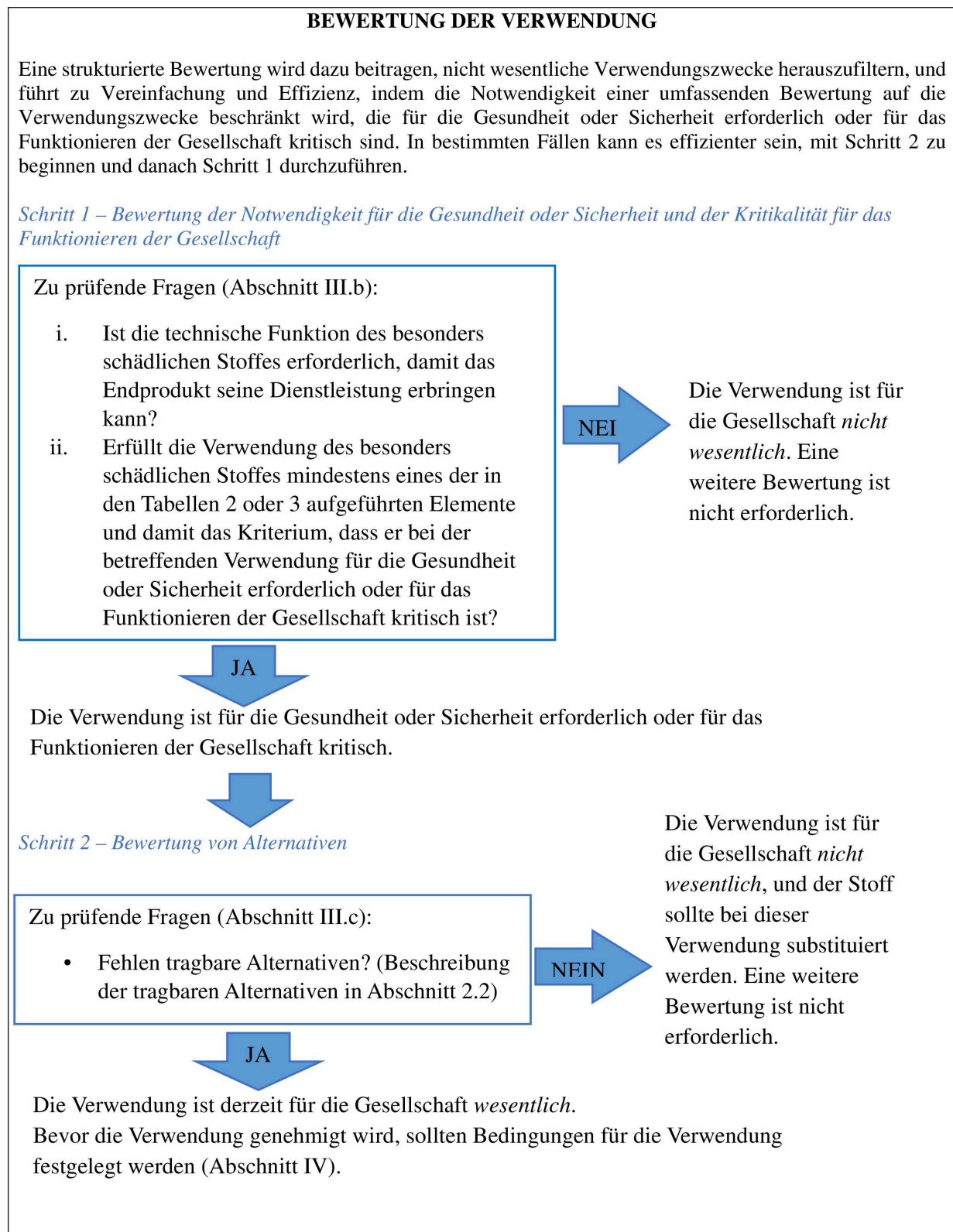


Abbildung 1: Bewertung, ob die Verwendung eines Stoffes für die Gesellschaft wesentlich ist.

b. **Bewertung der Notwendigkeit für die Gesundheit oder Sicherheit und der Kritikalität für das Funktionieren der Gesellschaft**

Die unter dieses Kriterium fallenden gesellschaftlichen Bedürfnisse werden durch die Notwendigkeit einer **technischen Funktion** erfüllt, die der besonders schädliche Stoff **durch eine bestimmte Verwendung und durch den Kontext dieser Verwendung bietet**. Der Schwerpunkt sollte darauf gelegt werden, was für die Gesundheit oder Sicherheit **erforderlich** oder für das Funktionieren der Gesellschaft **kritisch** ist, d. h.:

- Nur Verwendungen der schädlichsten Stoffe, die erforderlich sind, um ein hohes Maß an Schutz der Gesundheit, der Sicherheit und/oder der Umwelt zu gewährleisten, oder deren Nichtverwendung untragbare Folgen für die Gesellschaft hätte, sollten als erforderlich für die Gesundheit oder Sicherheit oder als kritisch für das Funktionieren der Gesellschaft betrachtet werden.
- Technische Funktionen der schädlichsten Stoffe, die dem Nutzer des Endprodukts nur Eigenschaften im Zusammenhang mit Bequemlichkeit, Freizeit, Dekoration oder Luxus bieten, sollten in der Regel nicht als für die Gesundheit oder Sicherheit erforderlich oder für das Funktionieren der Gesellschaft kritisch betrachtet werden.

Für unterschiedliche Verwendungszwecke müssen möglicherweise unterschiedliche Ebenen der Kontextualisierung berücksichtigt werden. Manchmal reicht es aus, nur die technische Funktion des Stoffes bei der Verwendung zu bestimmen, um zu dem Schluss zu gelangen, dass die Verwendung nicht wesentlich ist, aber oft muss auch der Kontext berücksichtigt werden, in dem das Endprodukt verwendet wird und seine Dienstleistung erbringt. Damit eine Verwendung als für die Gesundheit oder Sicherheit erforderlich oder für das Funktionieren der Gesellschaft kritisch betrachtet werden kann, muss die Antwort auf die beiden nachstehenden Fragen „Ja“ lauten:

- i. Ist die technische Funktion des besonders schädlichen Stoffes erforderlich, damit das Endprodukt seine Dienstleistung erbringen kann?
- ii. Erfüllt die Verwendung des besonders schädlichen Stoffes mindestens eines der in den Tabellen 2 oder 3 aufgeführten Elemente und damit das Kriterium, dass er für die Gesundheit **ODER** Sicherheit erforderlich **ODER** für das Funktionieren der Gesellschaft kritisch ist? (D. h. mindestens einer der drei Teile dieses Kriteriums muss erfüllt sein.)

Die grundlegende Überlegung für die Frage lautet, ob die technische Funktion des Stoffes bei der Verwendung für die Erbringung der Dienstleistung des Endprodukts oder für die technischen Merkmale des Produkts, die für seine Dienstleistung relevant sind, überhaupt erforderlich ist. Ist dies nicht der Fall, ist die Verwendung weder für die Gesundheit oder Sicherheit erforderlich noch für das Funktionieren der Gesellschaft kritisch.

Ist die technische Funktion erforderlich, damit das Endprodukt seine Dienstleistung erbringen kann, besteht der nächste Schritt darin, die Bewertung fortzusetzen, um festzustellen, ob die Verwendung des besonders schädlichen Stoffes für die Gesundheit oder Sicherheit erforderlich oder für das Funktionieren der Gesellschaft kritisch ist. Bei dieser Bewertung muss in der Regel auch ein breiterer Kontext berücksichtigt werden, wobei das spezifische Umfeld zu berücksichtigen ist, in dem die Verwendung oder Dienstleistung des Endprodukts stattfindet (z. B. Verwendung in Krankenhäusern im Vergleich zur Verwendung in Wohnhäusern oder zur Verwendung in industriellen Umgebungen).

In den nachstehenden Tabellen werden Elemente genannt, anhand derer nachgewiesen und überprüft werden kann, ob eine Verwendung für die Gesundheit oder Sicherheit erforderlich (Tabelle 2) oder für das Funktionieren der Gesellschaft kritisch ist (Tabelle 3). Die Beschreibung der einzelnen Elemente zielt darauf ab, Orientierung und Leitlinien für die Bewertung vorzugeben, um die Vorhersagbarkeit zu erhöhen und die Kohärenz innerhalb der und zwischen den Rechtsvorschriften zu gewährleisten.

Tabelle 2. Nicht erschöpfende Liste von Elementen, die das Kriterium „für die Gesundheit oder Sicherheit erforderlich“ beschreiben und Orientierung für die Beschreibung der für die einzelnen Elemente infrage kommenden Verwendungszwecke bieten.

Elemente	Beschreibung
Die Verwendung eines besonders schädlichen Stoffes ist für die Gesundheit oder Sicherheit erforderlich im Hinblick auf eines oder mehrere der folgenden Elemente:	
Behandlung von Krankheiten und vergleichbaren Gesundheitsproblemen	Die technische Funktion des besonders schädlichen Stoffes bei der Verwendung ist für die Gesundheit oder Sicherheit erforderlich, z. B. für — die Gewährleistung von Hygiene und Reinigung in Krankenhäusern und ähnlichen Umgebungen und Situationen, in denen eine besonders effektive Desinfektion erforderlich ist, z. B. im Zusammenhang mit chirurgischen Eingriffen (unter normalen Bedingungen, z. B. in Haushalten, würde die Verwendung eines besonders schädlichen Stoffes für Hygiene und Reinigung nicht als erforderlich für Gesundheit oder Sicherheit gelten),

Elemente	Beschreibung
	— die Verhütung der Übertragung und die Bekämpfung von Krankheiten (einschließlich Zoonosen), — die Bereitstellung der Gesundheitsversorgung und die Vorbeugung schwerer Krankheiten, einschließlich psychischer Erkrankungen. „Krankheiten und ähnliche gesundheitliche Probleme“ sind Erkrankungen, die sich negativ auf die Lebensqualität und die tägliche Leistungsfähigkeit auswirken und/oder deren Symptome und Behandlungen belastend sind. Die Notwendigkeit der Verwendung eines besonders schädlichen Stoffes zur Verhütung, Überwachung oder Behandlung von Krankheiten und ähnlichen gesundheitlichen Problemen sollte sorgfältig geprüft werden, da die Verwendung selbst schädliche Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit oder die Umwelt haben könnte.
Erhaltung der grundlegenden Bedingungen für das Leben und die Gesundheit von Mensch oder Tier	Die technische Funktion des besonders schädlichen Stoffes bei der Verwendung ist für die Gesundheit oder Sicherheit erforderlich, z. B. für — die Gewährleistung ausreichender und sicherer Lebens- und Futtermittel, z. B. Verwendungen bei der Herstellung, Verarbeitung, Lagerung, Verteilung und Abgabe von Lebensmitteln für den menschlichen Verzehr, Verwendungen bei der Herstellung von Pflanzenschutzmitteln, Bioziden und Diagnosegeräten, die im Zusammenhang mit dem Schutz der Tiergesundheit verwendet werden, — die Gewährleistung von ausreichendem und sauberem Wasser, — die Gewährleistung von sauberer Luft, — die Gewährleistung von Wärme und Unterkünften zum Schutz vor der Umgebung. Die Notwendigkeit der Verwendung eines besonders schädlichen Stoffes zur Erhaltung der grundlegenden Bedingungen für das Leben und die Gesundheit von Mensch oder Tier sollte sorgfältig geprüft werden, da die Verwendung selbst schädliche Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit oder die Umwelt haben könnte.
Bewältigung von gesundheitlichen Krisenfällen und Notlagen	Die technische Funktion des besonders schädlichen Stoffes bei der Verwendung ist für die Gesundheit oder Sicherheit erforderlich, z. B. für — die Eindämmung der Auswirkungen von gesundheitlichen Krisenfällen und Notlagen, — die Gewährleistung des Funktionierens der Notfalldienste, einschließlich Krankenwagen und Feuerwehr. Die Verwendung des besonders schädlichen Stoffes sollte in direktem Zusammenhang mit den Krisen und Notfalleinsätzen stehen.
Gewährleistung der persönlichen Sicherheit	Die technische Funktion des besonders schädlichen Stoffes bei der Verwendung ist für die Gesundheit oder Sicherheit erforderlich, z. B. für — die Gewährleistung des Funktionierens der persönlichen Sicherheitsausrüstung, z. B. Verwendung in Sicherheitsgurten, persönlicher Schutzausrüstung am Arbeitsplatz, kugelsicheren Westen, Rettungswesten, Helmen, Feueralarmanlagen, — die Gewährleistung der Sicherheit von Produkten, Ausrüstungen und Werkzeugen, z. B. Schmierung in Fahrzeugbremsen, Feuerwiderstand von Produkten, die voraussichtlich auf eine Temperatur erhitzt werden, bei der eine Selbstentzündung auftreten könnte, oder Verwendung für den Korrosionsschutz von Produkten, die in Umgebungen verwendet werden, in denen dies erforderlich ist.

Elemente	Beschreibung
Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit	Die technische Funktion des besonders schädlichen Stoffes bei der Verwendung ist für die Gesundheit oder Sicherheit erforderlich, z. B. für — die Gewährleistung der Sicherheit der Infrastruktur, wie Straßen-, Schienen- und Luftsicherheit, sowie der Gebäudesicherheit (Verwendung in Aufzügen, Feueralarmanlagen und Brandbekämpfungsausrüstung), — die Gewährleistung des Funktionierens der Notfalldienste zur Verhütung von Gefahren für die Öffentlichkeit, wie Militär, Polizei, Terrorismusbekämpfung, Brandschutzdienste und Cybersicherheit, — Zollkontrollen, Küstenwache. Die Verwendung des besonders schädlichen Stoffes sollte in direktem Zusammenhang mit den Sicherheitsmaßnahmen stehen.

Tabelle 3. Nicht erschöpfende Liste von Elementen, die das Kriterium „Kritisch für das Funktionieren der Gesellschaft“ beschreiben und Orientierung für die Beschreibung der für die einzelnen Elemente infrage kommenden Verwendungen bieten.

Elemente	Beschreibung
Die Verwendung eines besonders schädlichen Stoffes ist für das Funktionieren der Gesellschaft kritisch im Hinblick auf eines oder mehrere der folgenden Elemente:	
Bereitstellung von Ressourcen oder Dienstleistungen, die für das Funktionieren der Gesellschaft aufrechterhalten werden müssen	Die technische Funktion des besonders schädlichen Stoffes bei der Verwendung ist für das Funktionieren der Gesellschaft kritisch, z. B. für — die Ermöglichung der Installation, Instandhaltung und Übertragung von Infrastruktur und Dienstleistungen, die für die Gesellschaft kritisch sind, wie Energieumwandlung, -speicherung und -versorgung (z. B. erneuerbare Energien, Strom, Öl, Gas), Mobilität und Verkehr (z. B. Straßen, Schienen, Luftverkehr, Wasserwege, Schifffahrt und Häfen), Wasseraufbereitung und Wasserversorgung, Abfallbehandlung, digitale Kommunikation und Gesundheitsinfrastruktur ⁽³⁾, — die Ermöglichung des Funktionierens unverzichtbarer digitaler Infrastrukturen, Technologien und Dienstleistungen wie Datenverarbeitung, Navigation und Erkundung, — die Ermöglichung der Gewinnung, der Umwandlung, des Recyclings und der Lagerung kritischer Rohstoffe ⁽⁴⁾ oder der Widerstandsfähigkeit gegenüber Unterbrechungen bei der Versorgung mit solchen Rohstoffen, — die Ermöglichung von Analysen, Messungen und Testsystemen für Ressourcen und Dienstleistungen, die für die Gesellschaft kritisch sind, — die Ermöglichung der Herstellung, Lieferung, Wartung und des Recyclings von Schlüsselausrüstungen und -komponenten für die Ressourcen und Dienstleistungen, die für die Gesellschaft kritisch sind ⁽⁵⁾. „Ressourcen oder Dienstleistungen, die für das Funktionieren der Gesellschaft aufrechterhalten werden müssen“ zeichnen sich dadurch aus, dass ihr Ausfall oder ihre Verschlechterung eine erhebliche Störung der öffentlichen Sicherheit oder andere dramatische Folgen nach sich ziehen würde. Solche Ressourcen oder Dienstleistungen können öffentlich oder privat sein und müssen im Kontext der Frage betrachtet werden, was die Verwendung eines besonders schädlichen Stoffes auf gesellschaftlicher (und nicht auf individueller) Ebene bedeutet. Die Verwendung des besonders schädlichen Stoffes sollte in direktem Zusammenhang mit den Dienstleistungen und Infrastrukturen selbst stehen.

⁽³⁾ Richtlinie (EU) 2022/2557 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 über die Resilienz kritischer Einrichtungen und zur Aufhebung der Richtlinie 2008/114/EG des Rates.

⁽⁴⁾ Vorschlag der Kommission für eine Verordnung zur Schaffung eines Rahmens zur Gewährleistung einer sicheren und nachhaltigen Versorgung mit kritischen Rohstoffen (COM(2023) 160 final).

⁽⁵⁾ Siehe z. B. die Verordnung (EU) 2023/1781 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. September 2023 zur Schaffung eines Rahmens für Maßnahmen zur Stärkung des europäischen Halbleiter-Ökosystems und zur Änderung der Verordnung (EU) 2021/694 (Chip-Gesetz).

Elemente	Beschreibung
Bereitstellung von Ressourcen wie Infrastruktur und Ausrüstung zur Gewährleistung von Verteidigung und Sicherheit für die Gesellschaft angesichts konventioneller, nicht konventioneller und hybrider Bedrohungen	Die technische Funktion des besonders schädlichen Stoffes bei der Verwendung ist für das Funktionieren der Gesellschaft kritisch, z. B. für — die Ermöglichung der Installation und Instandhaltung von Verteidigungs- und Sicherheitsinfrastruktur, — die Ermöglichung der Herstellung, Lieferung, Instandhaltung und des Recyclings von Schlüsselausrüstung und -komponenten für Verteidigung und Sicherheit. „Ressourcen wie Infrastruktur und Ausrüstung zur Gewährleistung von Verteidigung und Sicherheit für die Gesellschaft angesichts konventioneller, nicht konventioneller und hybrider Bedrohungen“ zeichnen sich dadurch aus, dass ihr Ausfall oder ihre Verschlechterung die Fähigkeit der Europäischen Union oder ihrer Mitgliedstaaten, sich oder ihre Bevölkerung vor solchen Bedrohungen zu schützen, beeinträchtigen würde. Die Verwendung des besonders schädlichen Stoffes sollte in direktem Zusammenhang mit den Ressourcen wie Infrastruktur und Ausrüstung selbst stehen.
Bewältigung gesellschaftlicher Risiken und Auswirkungen von Naturkatastrophen und Krisen	Die technische Funktion des besonders schädlichen Stoffes bei der Verwendung ist für das Funktionieren der Gesellschaft kritisch, z. B. für — die Verhinderung oder Behebung von Schäden an der Infrastruktur infolge von Naturkatastrophen wie Überschwemmungen, Bränden und Erdbeben. Die Verwendung des besonders schädlichen Stoffes sollte in direktem Zusammenhang mit den Krisenbewältigungsmaßnahmen stehen.
Schutz und Wiederherstellung der natürlichen Umwelt	Die technische Funktion des besonders schädlichen Stoffes bei der Verwendung ist für das Funktionieren der Gesellschaft kritisch, z. B. für — die Verringerung und Eindämmung von Treibhausgasemissionen, z. B. die Verwendung für Technologien für erneuerbare Energien und emissionsfreie Verkehrstechnologien, — die Verringerung von Wasser-, Boden- oder Luftschadstoffen, z. B. die Verwendung in Reinigungstechnologien und ähnliche Verwendungen, — den Schutz der Ökosysteme und der biologischen Vielfalt, z. B. die Verwendung zur Bekämpfung invasiver Arten, — die Analyse und Überwachung von Schadstoffen, — die Beseitigung von Schadstoffen in der Umwelt. Die Gesellschaft ist auf den Schutz und die Wiederherstellung der natürlichen Umwelt angewiesen. Die Kritikalität der Verwendung eines besonders schädlichen Stoffes zum Schutz der natürlichen Umwelt, einschließlich zur Bekämpfung der Umweltverschmutzung, sollte sorgfältig geprüft werden, da die Verwendung selbst zur Verschmutzung beitragen könnte. Zum Nachweis der Kritikalität sollten stichhaltige Beweise dafür gesammelt werden, inwieweit die Verwendung zur Einhaltung von EU-Rechtsvorschriften und internationalen Verträgen beitragen könnte.
Wissenschaftliche Forschung und Entwicklung	Die technische Funktion des besonders schädlichen Stoffes bei der Verwendung ist für das Funktionieren der Gesellschaft kritisch, z. B. für — die Durchführung von Laboranalysen, Messungen und Tests, die unter kontrollierten Bedingungen zum Zwecke der wissenschaftlichen Forschung oder Entwicklung durchgeführt werden, — die Durchführung von Laborversuchen, die unter kontrollierten Bedingungen in Hochschuleinrichtungen (Universitäten) und Forschungsinstituten durchgeführt werden.

Elemente	Beschreibung
Schutz des kulturellen Erbes	Die technische Funktion des besonders schädlichen Stoffes bei der Verwendung ist für das Funktionieren der Gesellschaft kritisch, z. B. für — den Schutz des kulturellen Erbes, insbesondere von Denkmälern, im Sinne der operativen Leitlinien für die Umsetzung des Welterbeübereinkommens ⁽⁶⁾: a) <i>Denkmäler: Werke der Architektur, Großplastik und Monumentalmalerei, Objekte oder Überreste archäologischer Art, Inschriften, Höhlen und Verbindungen solcher Erscheinungsformen, die aus geschichtlichen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Gründen von außergewöhnlichem universellem Wert sind;</i> b) <i>Ensembles: Gruppen einzelner oder miteinander verbundener Gebäude, die wegen ihrer Architektur, ihrer Geschlossenheit oder ihrer Stellung in der Landschaft aus geschichtlichen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Gründen von außergewöhnlichem universellem Wert sind;</i> c) <i>Stätten: Werke von Menschenhand oder gemeinsame Werke von Natur und Mensch sowie Gebiete einschließlich archäologischer Stätten, die aus geschichtlichen, ästhetischen, ethnologischen oder anthropologischen Gründen von außergewöhnlichem universellem Wert sind.</i> Der Begriff „Schutz des kulturellen Erbes“ sollte so verstanden werden, dass ein besonderer Schwerpunkt auf die Erhaltung des kulturellen Erbes gelegt werden muss. In bestimmten Fällen können Aspekte der Dekoration oder des ästhetischen Werts als von bedeutendem kulturellem Wert (z. B. durch die Aufnahme in das UNESCO-Welterbe) sowie als immaterielles Kulturerbe gemäß der Definition der UNESCO ⁽⁷⁾ anerkannt werden (z. B. das von der UNESCO anerkannte traditionelle Handwerk ⁽⁸⁾). Das Kulturerbe aller soziodemografischen Gruppen sollte gleichermaßen geachtet und objektiv bewertet werden. Die Verwendung eines besonders schädlichen Stoffes zum Schutz des Kulturerbes darf nicht zu einer Exposition von Kindern oder anderen gefährdeten Gruppen führen. Die Verwendung des besonders schädlichen Stoffes sollte in direktem Zusammenhang mit den Erhaltungsmaßnahmen stehen, andere Verwendungen würden für das Funktionieren der Gesellschaft nicht als kritisch betrachtet werden.

c. Bewertung des Fehlens tragbarer Alternativen

Die Erfüllung dieses Kriteriums für die wesentliche Verwendung setzt voraus, dass es keine tragbaren Alternativen gibt, was durch eine Analyse der Alternativen nachgewiesen werden sollte. Dementsprechend sollte die Bewertung dieses Kriteriums mindestens die beiden folgenden Aspekte umfassen ⁽⁹⁾:

- i. **Ermittlung möglicher Alternativen** für die Verwendung, wobei zu prüfen ist, ob die Verwendung des Stoffes, der bewertet wird, durch alternative Stoffe, Materialien, Produkte, Verfahren oder Technologien ersetzt werden kann (d. h. welche möglichen Alternativen können die technische Funktion, die das Endprodukt für die Erbringung der erwarteten Dienstleistung benötigt, in ausreichendem Maße bereitstellen). Der Begriff der „Alternative“ wird in der Regel in der jeweiligen Rechtsvorschrift definiert; **UND**
- ii. Bewertung ihrer **Tragbarkeit**.

Tragbare Alternativen müssen in der Lage sein, die Funktion und das Leistungsniveau zu gewährleisten, die die Gesellschaft als ausreichende Erbringung der erwarteten Dienstleistung akzeptieren kann, und sie müssen sicherer sein. Wie in Abschnitt 2.2 dieser Mitteilung beschrieben, wird die Bewertung von Alternativen in der Regel durch spezifische Anforderungen in der jeweiligen Rechtsvorschrift definiert, und bei den meisten Rechtsvorschriften umfasst sie auch eine Bewertung der technischen und/oder wirtschaftlichen Durchführbarkeit. Wie bereits erwähnt, beabsichtigt die Kommission nicht, bestehende Verweise auf eine Bewertung der technischen und/oder wirtschaftlichen Durchführbarkeit zu ändern, wenn sie vorschlägt, das Konzept der wesentlichen Verwendung in einem solchen Rechtsbereich einzuführen. Die Bewertung sollte sich nicht auf den einzelnen Nutzer beschränken, der die Verwendung umsetzt, sondern sich auf die Verwendung auf

⁽⁶⁾ UNESCO. Operative Leitlinien für die Umsetzung des Welterbeübereinkommens. Abgerufen am 29.3.2023 unter <https://whc.unesco.org/en/guidelines/>.

⁽⁷⁾ Übereinkommen zur Erhaltung des immateriellen Kulturerbes, MISC/2003/CLT/CH/14.

⁽⁸⁾ UNESCO-Listen des immateriellen Kulturerbes und Register guter Praxisbeispiele. Abgerufen am 29.3.2023 unter <https://ich.unesco.org/en/lists>.

⁽⁹⁾ Bei der Definition dieses Kriteriums und den Vorschlägen für seine Bewertung wurden die einschlägigen Teile der Kriterien des Montrealer Protokolls für die wesentliche Verwendung sowie die Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit berücksichtigt.

Marktebene beziehen und gesellschaftliche Bedürfnisse berücksichtigen. Folglich sollten bei der Bewertung nicht nur mögliche Alternativen mit demselben Leistungsniveau berücksichtigt werden, sondern auch jede Alternative mit einer Funktion und einem Leistungsniveau, die die Gesellschaft als ausreichende Erbringung der erwarteten Dienstleistung akzeptieren kann. Daher müssen folgende mögliche Alternativen in Betracht gezogen werden:

- auf dem Markt befindliche Produkte derselben Produktkategorie, in denen der besonders schädliche Stoff nicht verwendet wird;
- die Alternativen mit geringerer Leistung, sofern dies aus gesellschaftlicher Sicht tragbar ist ⁽¹⁰⁾;
- Alternativen, die eine ähnliche technische Funktion und ein ähnliches Leistungsniveau bieten wie der besonders schädliche Stoff oder eine Kombination mit dem besonders schädlichen Stoff.

Nachstehend sind einige Beispiele dafür aufgeführt, wie die Bewertung von Alternativen in bestehenden EU-Rechtsvorschriften gestaltet ist.

In der REACH-Verordnung ((EG) Nr. 1907/2006) ⁽¹¹⁾ ist der Rahmen für die Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe festgelegt. Im Rahmen von Zulassungen und Beschränkungen wird eine Bewertung der Alternativen durchgeführt. Bei Entscheidungen über Beschränkungen auf der Grundlage von Artikel 68 Absatz 1 muss berücksichtigt werden, ob Alternativen zur Verfügung stehen. Die Bewertung stützt sich auf Informationen über Alternativen, einschließlich ihrer Verfügbarkeit sowie ihrer technischen und wirtschaftlichen Durchführbarkeit. ⁽¹²⁾ Für das Zulassungsverfahren schreibt die REACH-Verordnung eine Bewertung der „Eignung“ von Alternativen zur Verwendung des besonders besorgniserregenden Stoffes vor, einschließlich ihrer technischen und wirtschaftlichen Durchführbarkeit. Diese Begriffe sind in der REACH-Verordnung nicht definiert. Im Bereich der Zulassung werden sie von der einschlägigen Rechtsprechung bestimmt. ⁽¹³⁾ Aus dieser Rechtsprechung geht Folgendes hervor:

- Der Begriff „geeignet“ bezweckt, die Anzahl der infrage kommenden Alternativstoffe auf diejenigen zu beschränken, die „weniger bedenklich“ sind, d. h. auf Stoffe oder Technologien, von deren Verwendung ein geringeres Risiko ausgeht als von der Verwendung des besonders besorgniserregenden Stoffes.
- Darüber hinaus bedeutet der Begriff „geeignet“, dass die Alternative „wirtschaftlich und technisch tragfähig“ ⁽¹⁴⁾ sein muss. Seine Bedeutung beschränkt sich nicht auf das Bestehen einer Alternative, die nur abstrakt unter Laborbedingungen oder unter außergewöhnlichen Bedingungen existiert.
- In Bezug auf die Verfügbarkeit technisch und wirtschaftlich durchführbarer Alternativen muss die Analyse der Alternativen unter dem Gesichtspunkt der Produktionskapazitäten für die Alternativstoffe und der Durchführbarkeit alternativer Technologien sowie unter Berücksichtigung der rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen an ihr Inverkehrbringen durchgeführt werden.

Mit der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 ⁽¹⁵⁾ wird der Rahmen für die Bereitstellung auf dem Markt und die Verwendung von Biozidprodukten wie Desinfektionsmitteln, Schutzmitteln, Rodentiziden, Insektiziden u. a. festgelegt, die zur Bekämpfung von Organismen bestimmt sind, die für Menschen, ihre Tätigkeiten oder die Produkte, die sie verwenden oder herstellen (einschließlich Verbraucherprodukten), oder für Tiere oder die Umwelt schädlich sind. In der Verordnung werden Ausschlusskriterien für Wirkstoffe mit bestimmten Gefahreneigenschaften (CMR-Kategorien 1A und 1B, endokrine Disruptoren mit Wirkung auf die menschliche Gesundheit, PBT und vPvB) festgelegt, die normalerweise nicht zugelassen werden. Ausnahmegenehmigungen können auf der Grundlage von Artikel 5 Absatz 2 der Verordnung erteilt werden, der neben anderen Kriterien einige Elemente enthält, die dem Konzept der wesentlichen Verwendung ähneln, insbesondere folgende:

- Der Wirkstoff ist nachweislich *unbedingt erforderlich*, um eine ernsthafte Gefahr für die Gesundheit von Mensch oder Tier oder für die Umwelt zu vermeiden oder zu bekämpfen;

⁽¹⁰⁾ Bei der Bewertung der Alternativen sollten jedoch die Gesamtdienstleistung und die relevanten Funktionen, die von dem Produkt mit dieser Verwendung erbracht werden, berücksichtigt werden, wenn alternative Produkte, Materialien und Technologien in Betracht gezogen werden.

⁽¹¹⁾ Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH), zur Schaffung einer Europäischen Chemikalienagentur, zur Änderung der Richtlinie 1999/45/EG und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 793/93 des Rates, der Verordnung (EG) Nr. 1488/94 der Kommission, der Richtlinie 76/769/EWG des Rates sowie der Richtlinien 91/155/EWG, 93/67/EWG, 93/105/EG und 2000/21/EG der Kommission (ABl. L 396 vom 30.12.2006, S. 1).

⁽¹²⁾ Anhang XV der REACH-Verordnung.

⁽¹³⁾ Urteil des Gerichts der EU vom 7. März 2019 in der Rechtssache T-837/16, Rn. 71-74.

⁽¹⁴⁾ Im Sinne des Artikels 55 der REACH-Verordnung.

⁽¹⁵⁾ Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2012 über die Bereitstellung auf dem Markt und die Verwendung von Biozidprodukten (ABl. L 167 vom 27.6.2012, S. 1).

- für die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung ist die Verfügbarkeit geeigneter und ausreichender alternativer Stoffe bzw. Techniken ein ausschlaggebender Faktor;
- und bei der abweichenden Verwendung sind geeignete Risikominderungsmaßnahmen zu treffen, um sicherzustellen, dass die Exposition von Menschen, Tieren und der Umwelt auf ein Mindestmaß beschränkt wird.

Die Kommission kann es einem Mitgliedstaat auch gestatten, ein Biozidprodukt, das einen nicht genehmigten Wirkstoff enthält, zuzulassen, wenn der betreffende Wirkstoff zum Schutz des kulturellen Erbes ⁽¹⁶⁾ *unbedingt erforderlich* ist und keine geeigneten Alternativen zur Verfügung stehen (Artikel 55 Absatz 3).

Die Taxonomie-Verordnung über nachhaltige Investitionen (Verordnung (EU) 2020/852) ⁽¹⁷⁾ enthält den allgemeinen Rahmen, anhand dessen bestimmt wird, ob eine Wirtschaftstätigkeit auf der Grundlage ihres Beitrags zu den sechs in der Verordnung festgelegten Umweltzielen ⁽¹⁸⁾ als ökologisch nachhaltig einzustufen ist. In den Kriterien für die „Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen“ im Bereich der Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung ⁽¹⁹⁾ ist als Anforderung festgelegt, dass eine Tätigkeit nicht zur Herstellung, Verwendung oder zum Inverkehrbringen von Stoffen führen darf, die die Kriterien für eine der in Artikel 57 der REACH-Verordnung genannten Gefahrenklassen oder Gefahrenkategorien erfüllen, es sei denn, es wird von den Betreibern festgestellt und dokumentiert, dass auf dem Markt keine anderen geeigneten Alternativstoffe oder -technologien verfügbar sind, und die Stoffe werden unter kontrollierten Bedingungen verwendet.

Die Quecksilberverordnung ((EU) 2017/852) ⁽²⁰⁾ gestattet die Herstellung und das Inverkehrbringen neuer, mit Quecksilber versetzter Produkte und die Verwendung neuer Herstellungsprozesse, bei denen Quecksilber oder Quecksilberverbindungen verwendet werden, nur dann, wenn eine Bewertung ergibt, dass mit der neuen Verwendung von Quecksilber erhebliche Vorteile für Umwelt oder Gesundheit erzielt würden, dass mit ihr keine erheblichen Risiken für die Umwelt oder die Gesundheit des Menschen verbunden sind und dass keine technisch praktikablen, quecksilberfreien Alternativen zur Verfügung stehen, die solche Vorteile erbringen würden.

IV. MIT DER ENTSCHEIDUNG ÜBER EINE WESENTLICHE VERWENDUNG VERBUNDENE BEDINGUNGEN

Bei einer gezielten Bewertung des Risikos für die menschliche Gesundheit und die Umwelt sollte **festgestellt werden, ob Risikomanagementmaßnahmen und Betriebsbedingungen** für die Verwendung zu Emissionen und Expositionen von Mensch und Umwelt führen, die so gering wie technisch und praktisch möglich sind. Ist dies nicht der Fall, sollten je nachdem, was für jede einzelne Rechtsvorschrift angemessen ist, Bedingungen festgelegt werden, um dieses Ziel zu erreichen.

Grundsätze für die Festlegung der Bedingungen für Verwendungen, die sich für die Gesellschaft als wesentlich erwiesen haben:

- Minimierung der Exposition von Mensch und Tier sowie der Emissionen in die Umwelt während der Herstellung, der Verwendung, der Rücknahme und des Recyclings, einschließlich Bedingungen zur Begrenzung der Menge des Stoffes bei der Verwendung ⁽²¹⁾, insbesondere um die Exposition von gefährdeten Personengruppen wie Kindern, Schwangeren und älteren Menschen, die empfindlicher auf die Exposition gegenüber schädlichen Chemikalien reagieren, zu vermeiden oder zu minimieren.
- Schaffung von Anreizen für Innovationen in Bezug auf sichere und nachhaltige Alternativen und Substitution
 - Bedingungen mit der Verpflichtung zur Substitution und zur Überwachung der Fortschritte bei der Substitution (Substitutionspläne) und
 - für Abweichungen von Beschränkungen und zugelassenen Verwendungen sollte in der Regel eine Frist gesetzt werden.

⁽¹⁶⁾ Bislang wurde nur eine Art einer solchen Ausnahme beantragt, für gerechtfertigt befunden und gewährt: der Schutz von Kulturgütern in Museen durch die Verwendung von in situ erzeugtem Stickstoff.

⁽¹⁷⁾ Verordnung (EU) 2020/852 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2020 über die Einrichtung eines Rahmens zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen und zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/2088 (ABl. L 198 vom 22.6.2020, S. 13).

⁽¹⁸⁾ Klimaschutz, Anpassung an den Klimawandel, nachhaltige Nutzung und Schutz von Wasser- und Meeresressourcen, Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft, Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung, und Schutz und Wiederherstellung der Biodiversität und der Ökosysteme.

⁽¹⁹⁾ Delegierte Verordnung (EU) 2023/2485 der Kommission vom 27. Juni 2023 zur Änderung von Anlage C des delegierten Rechtsakts zur EU-Klimataxonomie ((EU) 2021/2139).

⁽²⁰⁾ Verordnung (EU) 2017/852 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2017 über Quecksilber und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1102/2008 (ABl. L 137 vom 24.5.2017, S. 1).

⁽²¹⁾ Z. B. Richtlinie 2004/37/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Exposition gegenüber Karzinogenen, Mutagenen oder reproduktionstoxischen Stoffen bei der Arbeit.

- Gewährleistung der Verfügbarkeit von Informationen über die Verwendung in der Lieferkette sowie für Verbraucher und Abfallunternehmen.



C/2024/2895

26.4.2024

**Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die
Arbeitsweise der Europäischen Union**

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

SA.108510

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/2895)

Datum der Annahme der Entscheidung	6.3.2024	
Nummer der Beihilfe	SA.108510	
Mitgliedstaat	Rumänien	
Region	Rumänien	
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	TCTF/RRF: Contracts for Difference support scheme for the production of renewable electricity from onshore wind and solar photovoltaic	
Rechtsgrundlage	1. Article 6 paragraph (d) of Law 123/2012 on electricity and natural gas issued by Parliament on 10 July 2012. Draft Government Decision regarding the approval of the general legal framework for the implementation and functioning of the Contracts for Difference support mechanism for low carbon technologies3. Draft Ministry Order regarding the approval of a Contracts for Difference scheme for the production of electricity from renewable sources of onshore wind and solar photovoltaic energy 4. Draft Ministry Order regarding the initiation of an auction for a CfD scheme for the production of electricity from renewable sources of onshore wind and solar photovoltaic energy	
Art der Beihilfe	Regelung	N/A
Ziel	Erneuerbare Energien	
Form der Beihilfe	Sonstige	
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 15 222 000 000 RON Jährliche Mittel: 15 222 000 000 RON	
Beihilfehöchstintensität	Die Maßnahme stellt keine Beihilfe dar	
Laufzeit	bis zum 31.12.2025	
Wirtschaftssektoren	Elektrizitätserzeugung	
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Ministry of Energy 39-41 Academiei Street, 010013 Bucharest, Romania	
Sonstige Angaben		

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



C/2024/2971

26.4.2024

BESCHLUSS DES KOLLEGIUMS DER EUROPÄISCHEN STAATSANWALTSCHAFT
vom 7. Februar 2024
über die Änderung und Ergänzung der Geschäftsordnung der Europäischen Staatsanwaltschaft
(C/2024/2971)

Das Kollegium der Europäischen Staatsanwaltschaft („EUSTa“) –

gestützt auf die Verordnung (EU) 2017/1939 des Rates vom 12. Oktober 2017 zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit zur Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft („EUSTa“) ⁽¹⁾ (im Folgenden „EUSTa-Verordnung“), insbesondere auf Artikel 21,

auf Vorschlag des Europäischen Generalstaatsanwalts,

in Erwägung nachstehender Gründe:

1. Fast drei Jahre nach Aufnahme der Tätigkeit und unter Berücksichtigung ihrer einzigartigen Struktur wurde ein neues Organisationsdiagramm der EUSTa angenommen, wobei unter anderem ein Sekretariat des Kollegiums eingerichtet wurde.
2. Nach der Annahme des Organisationsdiagramms der EUSTa müssen Anpassungen an der Geschäftsordnung vorgenommen werden, insbesondere im Hinblick auf das neu eingerichtete Sekretariat des Kollegiums.
3. Zudem muss in der Geschäftsordnung die Möglichkeit festgelegt werden, Arbeits- und Beratungsgruppen für das Kollegium/den Europäischen Generalstaatsanwalt einzurichten.
4. Das detaillierte Verfahren für die Ernennung der Delegierten Europäischen Staatsanwälte und die Verlängerung ihrer fünfjährigen Amtszeit ist in dem Beschluss des Kollegiums über die Beschäftigungsbedingungen für die Delegierten Europäischen Staatsanwälte geregelt –

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Änderungen

Der Beschluss 003/2020 des Kollegiums der Europäischen Staatsanwaltschaft über die Geschäftsordnung der Europäischen Staatsanwaltschaft in der durch die Beschlüsse 085/2021 und 026/2022 des Kollegiums der EUSTa geänderten und ergänzten Fassung wird wie folgt geändert und ergänzt:

1. Artikel 13 wird wie folgt geändert:

„Artikel 13

Das Sekretariat des Kollegiums

1. Das Kollegium wird bei der Vorbereitung der Sitzungen des Kollegiums von einem Sekretariat unterstützt, das seine Tätigkeiten in Absprache mit dem Europäischen Generalstaatsanwalt ausführt.
2. Das Sekretariat des Kollegiums nimmt unter anderem an den Sitzungen des Kollegiums teil, führt die Protokolle der Sitzungen des Kollegiums, erstellt Zusammenfassungen der Sitzungsergebnisse und führt umfassende Aufzeichnungen über die Tätigkeiten des Kollegiums.
3. Die Leitung des Sekretariats des Kollegiums wird von dem Sekretär/der Sekretärin wahrgenommen, der/die vom Kollegium ernannt wird.“

⁽¹⁾ ABl. L 283 vom 31.10.2017, S. 1.

2. nach Artikel 14 wird ein neuer Artikel 14a mit folgendem Inhalt hinzugefügt:

„Artikel 14a

Arbeitsgruppen

1. Das Kollegium und der Europäische Generalstaatsanwalt können Arbeits- und Beratungsgruppen einrichten, die das Kollegium bzw. den Europäischen Generalstaatsanwalt beraten und mit ihrem Fachwissen unterstützen.
2. Das Mandat, die Zusammensetzung und die praktische Arbeitsweise der in Absatz 1 genannten Gruppen werden in dem entsprechenden Beschluss des Kollegiums oder des Europäischen Generalstaatsanwalts über die Einsetzung der jeweiligen Arbeits- bzw. Beratungsgruppe festgelegt.“
3. In Artikel 24 wird der dritte Absatz wie folgt geändert
„3. wird weder von einem ständigen Mitglied der Ständigen Kammer noch von dem die Aufsicht führenden Europäischen Staatsanwalt innerhalb einer vom Vorsitz bestimmten Frist Einspruch erhoben, so gilt der Beschluss als gefasst.“
4. Artikel 33 wird wie folgt geändert:

„Artikel 33

Ernennung der Delegierten Europäischen Staatsanwälte und Verlängerung ihrer fünfjährigen Amtszeit

Das Kollegium entscheidet über die Ernennung der Europäischen Delegierten Staatsanwälte und die Verlängerung ihrer fünfjährigen Amtszeit auf der Grundlage eines Vorschlags des Europäischen Generalstaatsanwalts gemäß Artikel 17 der EUSTa-Verordnung und den Bestimmungen des Beschlusses des Kollegiums über die Beschäftigungsbedingungen für die Delegierten Europäischen Staatsanwälte.“

Artikel 2

Inkrafttreten

Dieser Beschluss tritt am Tag seiner Annahme in Kraft.

Geschehen zu Luxemburg, 7. Februar 2024.

Im Namen des Kollegiums
Laura Codruța KÖVESI
Europäische Generalstaatsanwältin



C/2024/2976

26.4.2024

**Bekanntmachung der Kommission gemäß Artikel 17 Absatz 5 der Verordnung (EG) Nr. 1008/2008
des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Vorschriften für die Durchführung
von Luftverkehrsdiensten in der Gemeinschaft**

**Ausschreibung für die Durchführung von Linienflugdiensten aufgrund gemeinwirtschaftlicher
Verpflichtungen**

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/2976)

Mitgliedstaat	Frankreich
Betroffene Flugstrecke	Brive–Paris (Orly)
Laufzeit des Vertrags	27. Oktober 2024 bis 26. Oktober 2028
Frist für die Einreichung von Zulassungsanträgen bzw. für die Angebotsabgabe	26. Juni 2024 (12.00 Uhr Ortszeit Paris)
Anschrift, bei der der Text der Ausschreibung und sonstige einschlägige Informationen und/ oder Unterlagen im Zusammenhang mit der öffentlichen Ausschreibung und den gemein- wirtschaftlichen Verpflichtungen angefordert werden können	Syndicat Mixte pour la Création, l'Aménagement et la Gestion de l'Aé- rodrome Brive Souillac
	vertreten durch: Julien BOUNIE, Präsident Anschrift: Mairie de Brive Place Jean Charbonnel BP 80433 19312 Brive CEDEX Tel. +33 555181880 E-Mail: smabs@brive.fr Beschafferprofil: https://www.centreofficielles.com



C/2024/2985

26.4.2024

**Bekanntmachung der Kommission gemäß Artikel 17 Absatz 5 der Verordnung (EG) Nr. 1008/2008
des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Vorschriften für die Durchführung
von Luftverkehrsdiensten in der Gemeinschaft**

**Ausschreibung für die Durchführung von Linienflugdiensten aufgrund gemeinwirtschaftlicher
Verpflichtungen**

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/2985)

Mitgliedstaat	Italien
Flugstrecke	Cagliari – Rom Fiumicino – Cagliari
Laufzeit des Vertrags	27. Oktober 2024 bis 25. Oktober 2025
Ablauf der Angebotsfrist	62 Tage ab dem Datum der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung
Anschrift, bei der der Text der Ausschreibung und andere einschlägige Informationen und/oder Unterlagen im Zusammenhang mit der öffentlichen Ausschreibung und den gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen angefordert werden können	Weitere Auskünfte erteilt: Regione Autonoma della Sardegna Assessorato dei trasporti Direzione Generale dei Trasporti Servizio per il trasporto marittimo e aereo e della continuità territoriale Via XXIX Novembre 1847, 41 09123 Cagliari ITALIEN Tel. +39 0706067318 Fax +39 0706067308 Internet: http://www.regione.sardegna.it E-Mail: trasporti@pec.regione.sardegna.it trasp.osp@regione.sardegna.it



C/2024/2986

26.4.2024

**Bekanntmachung der Kommission gemäß Artikel 17 Absatz 5 der Verordnung (EG) Nr. 1008/2008
des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Vorschriften für die Durchführung
von Luftverkehrsdiensten in der Gemeinschaft**

**Ausschreibung für die Durchführung von Linienflugdiensten aufgrund gemeinwirtschaftlicher
Verpflichtungen**

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/2986)

Mitgliedstaat	Italien
Flugstrecke	Cagliari – Mailand Linate – Cagliari
Laufzeit des Vertrags	27. Oktober 2024 bis 25. Oktober 2025
Ablauf der Angebotsfrist	62 Tage ab dem Datum der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung
Anschrift, bei der der Text der Ausschreibung und andere einschlägige Informationen und/oder Unterlagen im Zusammenhang mit der öffentlichen Ausschreibung und den gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen angefordert werden können	Weitere Auskünfte erteilt: Regione Autonoma della Sardegna Assessorato dei trasporti Direzione Generale dei Trasporti Servizio per il trasporto marittimo e aereo e della continuità territoriale Via XXIX Novembre 1847, 41 09123 Cagliari ITALIEN Tel. +39 0706067318 Fax +39 0706067308 Internet: http://www.regione.sardegna.it E-Mail: trasporti@pec.regione.sardegna.it trasp.osp@regione.sardegna.it



C/2024/2987

26.4.2024

**Bekanntmachung der Kommission gemäß Artikel 17 Absatz 5 der Verordnung (EG) Nr. 1008/2008
des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Vorschriften für die Durchführung
von Luftverkehrsdiensten in der Gemeinschaft**

**Ausschreibung für die Durchführung von Linienflugdiensten aufgrund gemeinwirtschaftlicher
Verpflichtungen**

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/2987)

Mitgliedstaat	Italien
Flugstrecke	Alghero – Mailand Linate – Alghero
Laufzeit des Vertrags	27. Oktober 2024 bis 25. Oktober 2025
Ablauf der Angebotsfrist	62 Tage ab dem Datum der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung
Anschrift, bei der der Text der Ausschreibung und andere einschlägige Informationen und/oder Unterlagen im Zusammenhang mit der öffentlichen Ausschreibung und den gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen angefordert werden können	Weitere Auskünfte erteilt: Regione Autonoma della Sardegna Assessorato dei trasporti Direzione Generale dei Trasporti Servizio per il trasporto marittimo e aereo e della continuità territoriale Via XXIX Novembre 1847, 41 09123 Cagliari ITALIEN Tel. +39 0706067318 Fax +39 0706067308 Internet: http://www.regione.sardegna.it E-Mail: trasporti@pec.regione.sardegna.it trasp.osp@regione.sardegna.it



C/2024/2988

26.4.2024

**Bekanntmachung der Kommission gemäß Artikel 17 Absatz 5 der Verordnung (EG) Nr. 1008/2008
des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Vorschriften für die Durchführung
von Luftverkehrsdiensten in der Gemeinschaft**

**Ausschreibung für die Durchführung von Linienflugdiensten aufgrund gemeinwirtschaftlicher
Verpflichtungen**

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/2988)

Mitgliedstaat	Italien
Flugstrecke	Olbia – Mailand Linate – Olbia
Laufzeit des Vertrags	27. Oktober 2024 bis 25. Oktober 2025
Ablauf der Angebotsfrist	62 Tage ab dem Datum der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung
Anschrift, bei der der Text der Ausschreibung und andere einschlägige Informationen und/oder Unterlagen im Zusammenhang mit der öffentlichen Ausschreibung und den gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen angefordert werden können	Weitere Auskünfte erteilt: Regione Autonoma della Sardegna Assessorato dei trasporti Direzione Generale dei Trasporti Servizio per il trasporto marittimo e aereo e della continuità territoriale Via XXIX Novembre 1847, 41 09123 Cagliari CA ITALIEN Tel. +39 0706067318 Fax +39 0706067308 Internet: http://www.regione.sardegna.it E-Mail: trasporti@pec.regione.sardegna.it trasp.osp@regione.sardegna.it



C/2024/2989

26.4.2024

**Bekanntmachung der Kommission gemäß Artikel 17 Absatz 5 der Verordnung (EG) Nr. 1008/2008
des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Vorschriften für die Durchführung
von Luftverkehrsdiensten in der Gemeinschaft**

**Ausschreibung für die Durchführung von Linienflugdiensten aufgrund gemeinwirtschaftlicher
Verpflichtungen**

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/2989)

Mitgliedstaat	Italien
Flugstrecke	Olbia – Rom Fiumicino – Olbia
Laufzeit des Vertrags	27. Oktober 2024 bis 25. Oktober 2025
Ablauf der Angebotsfrist	62 Tage ab dem Datum der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung
Anschrift, bei der der Text der Ausschreibung und andere einschlägige Informationen und/oder Unterlagen im Zusammenhang mit der öffentlichen Ausschreibung und den gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen angefordert werden können	Weitere Auskünfte erteilt: Regione Autonoma della Sardegna Assessorato dei trasporti Direzione Generale dei Trasporti Servizio per il trasporto marittimo e aereo e della continuità territoriale Via XXIX Novembre 1847, 41 09123 Cagliari ITALIEN Tel. +39 0706067318 Fax +39 0706067308 Internet: http://www.regione.sardegna.it E-Mail: trasporti@pec.regione.sardegna.it trasp.osp@regione.sardegna.it



C/2024/2990

26.4.2024

**Bekanntmachung der Kommission gemäß Artikel 17 Absatz 5 der Verordnung (EG) Nr. 1008/2008
des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Vorschriften für die Durchführung
von Luftverkehrsdiensten in der Gemeinschaft**

**Ausschreibung für die Durchführung von Linienflugdiensten aufgrund gemeinwirtschaftlicher
Verpflichtungen**

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/2990)

Mitgliedstaat	Italien
Flugstrecke	Alghero – Rom Fiumicino – Alghero
Laufzeit des Vertrags	27. Oktober 2024 bis 25. Oktober 2025
Ablauf der Angebotsfrist	62 Tage ab dem Datum der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung
Anschrift, bei der der Text der Ausschreibung und andere einschlägige Informationen und/oder Unterlagen im Zusammenhang mit der öffentlichen Ausschreibung und den gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen angefordert werden können	Weitere Auskünfte erteilt: Regione Autonoma della Sardegna Assessorato dei trasporti Direzione Generale dei Trasporti Servizio per il trasporto marittimo e aereo e della continuità territoriale Via XXIX Novembre 1847, 41 09123 Cagliari ITALIEN Tel. +39 0706067318 Fax +39 0706067308 Internet: http://www.regione.sardegna.it E-Mail: trasporti@pec.regione.sardegna.it trasp.osp@regione.sardegna.it



C/2024/3014

26.4.2024

MITTEILUNG DER KOMMISSION

Leitlinien der Kommission für Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen zur Minderung systemischer Risiken in Wahlprozessen gemäß Artikel 35 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2022/2065

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/3014)

1. EINLEITUNG

1.1. Zweck und Rechtsgrundlage

1. Online-Plattformen und -Suchmaschinen sind zu wichtigen Anlaufstellen für die öffentliche Debatte, die öffentliche Meinungsbildung und die Herausbildung des Wählerverhaltens geworden. Mit der Verordnung (EU) 2022/2065 (im Folgenden „Gesetz über digitale Dienste“ oder „DSA“) werden Anbieter sehr großer Online-Plattformen (VLOPs) und sehr großer Online-Suchmaschinen (VLOSEs) ⁽¹⁾ dazu verpflichtet, besondere Risikobewertungen durchzuführen und angemessene, verhältnismäßige und wirksame Risikominderungsmaßnahmen zu ergreifen, auch in Bezug auf „alle tatsächlichen oder absehbaren nachteiligen Auswirkungen auf die gesellschaftliche Debatte und auf Wahlprozesse“ ⁽²⁾.
2. Nach Artikel 35 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2022/2065 kann die Kommission Leitlinien zu den Risikominderungsmaßnahmen herausgeben, die Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen in Bezug auf spezifische Risiken ergreifen sollen. In solchen Leitlinien können insbesondere bewährte Verfahren vorgestellt und mögliche Maßnahmen empfohlen werden, wobei die möglichen Auswirkungen der Maßnahmen auf die in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (im Folgenden „Charta“) verankerten Grundrechte aller Beteiligten gebührend zu berücksichtigen sind.
3. Es gibt ein breites Spektrum von Erscheinungen im Zusammenhang mit Online-Plattformen und -Suchmaschinen, die ein erhöhtes Risiko für die Integrität von Wahlen bergen. Dazu gehören unter anderem die massenhafte Verbreitung illegaler Hetze im Internet, Bedrohungen im Zusammenhang mit der Manipulation von Informationen und der Einmischung aus dem Ausland (*Foreign Information Manipulation and Interference*, „FIMI“) sowie das umfassendere Phänomen der Desinformation, die Verbreitung (gewalt)extremistischer und ähnlicher Inhalte mit der Absicht, Menschen zu radikalisieren, sowie die Verbreitung von Inhalten, die mithilfe neuer Technologien wie generativer künstlicher Intelligenz (KI) ⁽³⁾ erzeugt werden. Angesichts mehrerer Wahlen, die in der EU in den kommenden Monaten anstehen, einschließlich der bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament 2024, enthält das vorliegende Dokument Leitlinien, mit denen Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen dabei unterstützt werden sollen, ihrer etwaigen Verpflichtung zur Minderung besonderer Risiken im Zusammenhang mit Wahlprozessen nachzukommen. Diese Leitlinien werden im Allgemeinen auch nach diesen Wahlen weiterhin gültig bleiben.
4. Maßnahmen, die sehr große Online-Plattformen und sehr große Online-Suchmaschinen im Einklang mit der Verordnung (EU) 2022/2065 ergreifen, einschließlich aller in diesen Leitlinien genannten Maßnahmen zur Minderung negativer Auswirkungen auf Wahlprozesse, sollten stets unter besonderer Berücksichtigung des Schutzes der in der Charta verankerten Grundrechte, darunter des Rechts auf Menschenwürde und auf Achtung des Privat- und Familienlebens, des Schutzes personenbezogener Daten, der Meinungs- und Informationsfreiheit, einschließlich der Freiheit und des Pluralismus der Medien, der Vereinigungsfreiheit und der unternehmerischen Freiheit, getroffen werden. Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen sollten den möglichen Auswirkungen der Maßnahmen auf die Grundrechte aller Beteiligten, einschließlich schutzbedürftiger Gruppen, im Hinblick auf die Barrierefreiheit und Inklusivität der Maßnahmen gebührend Rechnung tragen.

⁽¹⁾ Nach Artikel 33 DSA handelt es sich dabei um Unternehmen, die von der Kommission als Anbieter mit einer durchschnittlichen monatlichen Zahl aktiver Nutzer in der Europäischen Union (EU) von mindestens 45 Millionen benannt worden sind.

⁽²⁾ Artikel 34 Absatz 1 Buchstabe c DSA.

⁽³⁾ Künstliche Intelligenz, die mithilfe generativer Modelle Texte, Bilder oder andere Medien erzeugen kann.

5. Die künftigen Verpflichtungen, die Anbietern sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen durch die Verordnung (EU) 2024/900 über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung (im Folgenden „Verordnung über politische Werbung“) ⁽⁴⁾ und die künftige Verordnung zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz (im Folgenden „KI-Gesetz“) ⁽⁵⁾, die derzeit von den EU-Gesetzgebern verabschiedet wird, auferlegt werden, sowie die freiwilligen Verpflichtungen, die Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen im Rahmen des KI-Pakts ⁽⁶⁾ eingegangen sind, wonach die im KI-Gesetz festgelegten Verpflichtungen schon vor dessen Anwendungsbeginn eingehalten werden sollen, sind in diesen Leitlinien bereits berücksichtigt worden. Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen müssen diese verbindlichen Vorschriften einhalten, sobald sie anwendbar werden und soweit sie für sie gelten.
6. Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen müssen ihren Verpflichtungen aus der Verordnung (EU) 2022/2065 nachkommen. Diese Leitlinien sollen Anbietern sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen dabei helfen, ihre Verpflichtung gemäß Artikel 35 der genannten Verordnung in Bezug auf Risiken für Wahlprozesse einzuhalten. Zusätzlich zur Erfüllung der Verpflichtung, angemessene, verhältnismäßige und wirksame Risikominderungsmaßnahmen in Bezug auf Wahlprozesse zu ergreifen (Artikel 35 der Verordnung (EU) 2022/2065), müssen Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen auch allen anderen rechtlichen Verpflichtungen aus der Verordnung (EU) 2022/2065, die für Wahlen relevant sein können, nachkommen. Dies betrifft unter anderem Artikel 14 und 17 über allgemeine Geschäftsbedingungen und Begründungen, Artikel 27 und 38 über Empfehlungssysteme, Artikel 36 und 48 über Krisenreaktionsmechanismen und -protokolle, Artikel 15, 24, 37 und 42 über Transparenz und unabhängige Prüfungen, Artikel 26 und 39 über die Transparenz von Online-Werbung und Artikel 40 über Datenzugang und Kontrolle.
7. Systemische Risiken für Wahlprozesse können sich auch in der Verstärkung und potenziell raschen und weiten Verbreitung von Inhalten offenbaren, die nach europäischem Recht oder dem nationalen Recht der Mitgliedstaaten illegal sind, z. B. von Drohungen, gewaltextremistischen und terroristischen Inhalten, illegaler Hetze oder Cybermobbing gegen politische Kandidaten oder Amtsträger, Journalisten, Wahlhelfer oder andere am Wahlprozess beteiligte Personen. In dieser Hinsicht sind die Artikel 9, 10, 16 und 22 der Verordnung (EU) 2022/2065 über illegale Inhalte, die das Vorgehen gegen rechtswidrige Inhalte und die Bereitstellung von Informationen sowie Melde- und Abhilfeverfahren und die Bestimmung über vertrauenswürdige Hinweisgeber betreffen, von besonderer Bedeutung.

1.2. Beiträge zu diesen Leitlinien und damit verbundene politische Initiativen

8. Diese Leitlinien bauen auf einer Reihe von Dialogen über den Schutz der Integrität von Wahlen auf, die die Kommission mit mehreren Anbietern sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen in Zusammenarbeit mit den zuständigen nationalen Behörden geführt hat, nachdem die Verordnung (EU) 2022/2065 Ende August 2023 für die ersten 19 benannten Dienste anwendbar wurde ⁽⁷⁾. Zur Ausarbeitung der endgültigen Fassung dieser Leitlinien organisierte die Kommission eine Sondierungskonsultation ⁽⁸⁾, die vom 8. Februar 2024 bis zum 7. März 2024 lief, sowie gezielte Konsultationen in Form von Rundtischgesprächen zu einem Entwurf der Leitlinien, an denen unter anderem Organisationen der Zivilgesellschaft und Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen teilnahmen. Außerdem arbeitete die Kommission bei der Fertigstellung der Leitlinien mit den Koordinatoren für digitale Dienste zusammen, und zwar im Rahmen von Sitzungen des Europäischen Gremiums für digitale Dienste.

⁽⁴⁾ EU führt neue Vorschriften über Transparenz und Targeting politischer Werbung ein – Consilium (europa.eu).

⁽⁵⁾ <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/news/commission-welcomes-political-agreement-artificial-intelligence-act>

⁽⁶⁾ <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/ai-pact>

⁽⁷⁾ Um Informationen über bestehende Verfahren und Ad-hoc-Maßnahmen zur Bewältigung wahlbedingter Risiken zu sammeln, organisierte die Kommission Ad-hoc-Sitzungen mit Anbietern sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen, die sowohl bilateral stattfanden als auch in Anwesenheit nationaler Behörden aus Mitgliedstaaten, in denen gerade Wahlen abgehalten wurden.

⁽⁸⁾ Zu der Konsultation gingen 77 Beiträge ein. Eine Zusammenfassung findet sich in: Öffentliche Konsultation zum Entwurf von Leitlinien für Anbieter sehr großer Online-Plattformen (VLOPs) und sehr großer Online-Suchmaschinen (VLOSEs) zur Minderung systemischer Risiken in Wahlprozessen: Zusammenfassung und Analyse der Beiträge.

9. Soweit dies für die Einhaltung der Verordnung (EU) 2022/2065 durch sehr große Online-Plattformen und sehr große Online-Suchmaschinen von Bedeutung ist, schlagen sich in den Leitlinien auch mehrere Verpflichtungen und Maßnahmen zur Eindämmung der Verbreitung von Desinformation im Internet nieder, die im Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation⁽⁹⁾ enthalten sind, dem weltweit ersten unter Federführung der Branche aufgestellten Rahmen im digitalen Bereich, der auch als Quelle für bewährte Verfahren der Branche beim Umgang mit Desinformation gilt. In die Leitlinien ist auch die Arbeit der EU-Organe und der Mitgliedstaaten in Bezug auf die Manipulation von Informationen und Einmischung aus dem Ausland („FIMI“) eingeflossen, insbesondere der umfassende Rahmen des EU-FIMI-Instrumentariums und der jüngste Bericht des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) über FIMI-Bedrohungen⁽¹⁰⁾, in denen es vor allem um Reaktionen auf Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland im Zusammenhang mit Wahlen geht.
10. Diese Leitlinien ergänzen die Politik der Kommission zugunsten der Demokratie und freier, fairer und stabiler Wahlen, die unter anderem auch den Europäischen Aktionsplan für Demokratie⁽¹¹⁾ von 2020, das von der Kommission 2021 vorgelegte Paket zum Schutz der Integrität von Wahlen⁽¹²⁾ und das kürzlich vorgestellte Paket zur Verteidigung der Demokratie⁽¹³⁾ von 2023 sowie die Arbeit des Europäischen Kooperationsnetzes für Wahlen⁽¹⁴⁾ zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen den nationalen Wahlkooperationsnetzen der zuständigen Behörden umfasst. Das Paket zur Verteidigung der Demokratie enthält unter anderem umfangreiche Empfehlungen an die Mitgliedstaaten sowie an nationale und europäische politische Parteien, politische Stiftungen und Wahlkampforganisationen in Bezug auf inklusive und widerstandsfähige Wahlprozesse in der EU und die Verbesserung des europäischen Charakters und der effizienten Durchführung der Wahlen zum Europäischen Parlament⁽¹⁵⁾. Wie in diesen Empfehlungen dargelegt, wird die Kommission über den Ablauf der Wahlen zum Europäischen Parlament Bericht erstatten. Die Mitteilung der Kommission über die Verteidigung der Demokratie enthält auch eine Bewertung der Risiken für Wahlprozesse und den gesellschaftlichen Diskurs im Hinblick auf die Umsetzung des Europäischen Aktionsplans für Demokratie und sollte daher ebenfalls berücksichtigt werden⁽¹⁶⁾.

1.3. Überblick

11. Diese Leitlinien sind wie folgt gegliedert:
 - a) Abschnitt 1 gibt Aufschluss über den Zweck und die Rechtsgrundlage, über Zuarbeiten und andere einschlägige politische Initiativen sowie die Struktur dieser Leitlinien.
 - b) In Abschnitt 2 wird der Anwendungsbereich dieser Leitlinien dargelegt.
 - c) Abschnitt 3 enthält die wichtigsten inhaltlichen Leitlinien für Risikominderungsmaßnahmen zur Bewältigung systemischer Risiken im Zusammenhang mit Wahlprozessen. In besonderen Unterabschnitten wird eingegangen auf die Stärkung interner Prozesse, Risikominderungsmaßnahmen für Wahlprozesse, Risikominderungsmaßnahmen im Zusammenhang mit generativer KI, die Zusammenarbeit mit EU-Einrichtungen und nationalen Behörden, unabhängigen Sachverständigen und Organisationen der Zivilgesellschaft, den Prozess der Einführung von Risikominderungsmaßnahmen während und nach einer Wahl, besondere Leitlinien für die Wahlen zum Europäischen Parlament.
 - d) Abschnitt 4 enthält das weitere Vorgehen und das Fazit.

2. ANWENDUNGSBEREICH DIESER LEITLINIEN

12. Die Leitlinien richten sich an Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen, deren Dienste aufgrund ihrer Gestaltung, Funktionsweise und Nutzung im Sinne des Artikels 34 der Verordnung (EU) 2022/2065 das Risiko tatsächlicher oder absehbarer negativer Auswirkungen auf Wahlprozesse bergen. Laut Artikel 35 Absatz 1 der Verordnung müssen Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen angemessene, verhältnismäßige und wirksame Risikominderungsmaßnahmen, die auf die ermittelten besonderen systemischen Risiken zugeschnitten sind, ergreifen.

⁽⁹⁾ <https://disinfocode.eu/introduction-to-the-code/>

⁽¹⁰⁾ https://www.eeas.europa.eu/eeas/2nd-eeas-report-foreign-information-manipulation-and-interference-threats_en

⁽¹¹⁾ https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/new-push-european-democracy/protecting-democracy_de

⁽¹²⁾ https://commission.europa.eu/publications/reinforcing-democracy-and-integrity-elections-all-documents_en

⁽¹³⁾ https://commission.europa.eu/publications/defence-democracy_en

⁽¹⁴⁾ https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/policies/justice-and-fundamental-rights/eu-citizenship-and-democracy/democracy-and-electoral-rights/european-cooperation-network-elections_en

⁽¹⁵⁾ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:32023H2829>

⁽¹⁶⁾ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:52023DC0630>

13. Artikel 35 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2022/2065 enthält eine nicht erschöpfende Liste von Risikominderungsmaßnahmen, die Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen ergreifen können, um den bei ihrer Risikobewertung ermittelten systemischen Risiken zu begegnen, die von ihren Diensten und den damit verbundenen Systemen, einschließlich algorithmischer Systeme, ausgehen oder die sich aus der Nutzung ihrer Dienste ergeben. In diesen Leitlinien wird diese Liste weiter präzisiert, es werden bewährte Verfahren dargelegt und Risikominderungsmaßnahmen speziell für Risiken im Zusammenhang mit Wahlprozessen empfohlen.
14. Die in diesen Leitlinien vorgestellten Maßnahmen stellen keine erschöpfende Liste aller Empfehlungen an Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen für alle möglichen Fälle dar. Welche Risikominderungsmaßnahmen sich am besten eignen, hängt von dem konkreten Dienst und den spezifischen systemischen Risiken ab, die gemäß Artikel 34 der Verordnung (EU) 2022/2065 ermittelt wurden.
15. Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen sollten diese Leitlinien auf Wahlprozesse in den Mitgliedstaaten anwenden, was sowohl nationale Wahlen als auch Wahlen zum Europäischen Parlament einschließt. Dazu gehören Maßnahmen vor, während und nach der Wahl⁽¹⁷⁾. Risikominderungsmaßnahmen sollten auch bei Regional- und Kommunalwahlen oder Volksabstimmungen angewandt werden, falls Risikobewertungen ergeben haben, dass es tatsächliche oder absehbare negative Auswirkungen auf diese Wahlprozesse gibt.
16. Diese Leitlinien betreffen die Anwendung von Artikel 35 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2022/2065. Nach Artikel 35 Absatz 2 muss das Gremium in Zusammenarbeit mit der Kommission einmal jährlich ausführliche Berichte über die Ermittlung und Bewertung der auffälligsten wiederkehrenden systemischen Risiken, die von Anbietern sehr großer Online-Plattformen oder sehr großer Online-Suchmaschinen gemeldet werden oder aus anderen Informationsquellen ermittelt wurden, veröffentlichen.
17. Nach Erwägungsgrund 103 der Verordnung (EU) 2022/2065 können diese Leitlinien auch anderen Anbietern von Online-Plattformen oder -Suchmaschinen als Anregung dienen, die nicht als sehr große Online-Plattformen oder sehr große Online-Suchmaschinen benannt wurden, deren Dienste aber ähnliche Risiken bergen. Ebenso können sie als Grundlage für die fortlaufende Erforschung und Analyse der Wirksamkeit von Risikominderungsmaßnahmen gegenüber den Risiken im Zusammenhang mit Wahlprozessen dienen. Wenn die in diesen Leitlinien empfohlenen Risikominderungsmaßnahmen und bewährten Verfahren auf Wahlprozesse im Allgemeinen Anwendung finden, können Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen auch in Erwägung ziehen, diese Maßnahmen und Verfahren gegebenenfalls beizubehalten, um die öffentliche Debatte auch außerhalb von Wahlprozessen zu schützen, wobei aber zu berücksichtigen ist, wie sich dies auf die Grundrechte auswirken kann.

3. SPEZIELLE RISIKOMINDERUNGSMAßNAHMEN FÜR WAHLEN

3.1. Stärkung interner Prozesse

18. Bei der Anpassung ihrer Risikominderungsmaßnahmen an die ermittelten Risiken in Bezug auf Wahlprozesse sollten Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen eine **Stärkung der internen Prozesse** im Einklang mit Artikel 35 Absatz 1 Buchstabe f der Verordnung (EU) 2022/2065 prüfen. Die Risikominderungsmaßnahmen sollten sich unter anderem an Informationen über bestimmte Elemente orientieren wie z. B. Präsenz und Tätigkeit politischer Akteure in dem Dienst, einschlägige Diskussionen auf der Plattform und Nutzung der Plattform im Zusammenhang mit Wahlen, Zahl der Nutzer in einem Mitgliedstaat, wenn eine bestimmte Wahl in diesem Mitgliedstaat stattfindet, und Hinweise auf frühere Fälle der Anwendung von Taktiken, Techniken und Verfahren der Manipulation von Informationen.

⁽¹⁷⁾ Wahlzyklus des Europarats – Wahlen (coe.int).

19. Durch die internen Prozesse sollten relevante Informationen, Analysen und Daten ermittelt und zur Verfügung gestellt werden, damit Maßnahmen zur Minderung tatsächlicher oder absehbarer Risiken konzipiert und kalibriert werden können, die sich daraus ergeben, dass Informationen über Wahlen mithilfe der von sehr großen Online-Plattformen und sehr großen Online-Suchmaschinen bereitgestellten Dienste gesucht, geteilt oder abgerufen werden. Dies beträfe beispielsweise Informationen über politische Parteien oder Kandidaten, Parteiprogramme, Manifeste oder sonstiges politisches Material oder damit zusammenhängende Informationen sowie die Organisation von Veranstaltungen wie Demonstrationen oder Kundgebungen, Wahlkampf, Mittelbeschaffung oder andere damit zusammenhängende politische Aktivitäten. In den internen Prozessen für die Ermittlung und Weitergabe von Analysen und Daten zur Konzeption und Kalibrierung von Risikominderungsmaßnahmen, die von Anbietern sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen ergriffen werden, müssen die einschlägigen Datenschutzvorschriften ⁽¹⁸⁾ eingehalten werden.
20. Die internen Prozesse sollten gestärkt werden, um sicherzustellen, dass die Konzeption und Kalibrierung von Minderungsmaßnahmen für den besonderen regionalen, lokalen und sprachlichen Kontext, in dem sie eingesetzt werden, angemessen sind. Deshalb sollten Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen unter anderem dafür zu sorgen, dass Informationen und Analysen in Bezug auf **besondere lokale Risiken und besondere Informationen über den Mitgliedstaat**, die auf nationaler, regionaler und/oder lokaler Ebene erfasst werden, den für die Konzeption und Kalibrierung von Risikominderungsmaßnahmen zuständigen Stellen nahtlos zur Verfügung stehen.
21. Ferner wird empfohlen, dass die Anbieter über angemessene Ressourcen für die Moderation von Inhalten mit lokalen sprachlichen Kapazitäten und Kenntnissen des nationalen und/oder regionalen Kontexts und der Besonderheiten verfügen. Darüber hinaus empfiehlt die Kommission den Anbietern, dafür Sorge zu tragen, dass sie über angemessene interne Prozesse verfügen, um **unabhängige Analysen** des Stands der Medienfreiheit und des Medienpluralismus zu berücksichtigen, wie sie z. B. vom Überwachungsmechanismus für Medienpluralismus ⁽¹⁹⁾ erstellt werden, sie aber auch auf Sachkenntnis von Initiativen und Indikatoren für Medienkompetenz und auf Informationen darüber zurückgreifen können, ob es einen geeigneten Raum für die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen an der Politikgestaltung und dem gesellschaftlichen Diskurs gibt. Dabei ist zu berücksichtigen, ob alle einschlägigen Risikominderungsmaßnahmen geeignet sind, im lokalen Sprach- und Wahlkontext wirksam zu funktionieren.
22. Um die internen Prozesse und Ressourcen im Zusammenhang mit bestimmten Wahlen zu stärken, sollten Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen in Erwägung ziehen, vor jedem Wahlzeitraum ein **eigenes, klar erkennbares internes Team** einzurichten (siehe auch Abschnitt 3.5 „Während einer Wahl“). Die Mittelzuweisung für dieses Team sollte in einem angemessenen Verhältnis zu den für die betreffende Wahl ermittelten Risiken stehen, und das eingesetzte Personal sollte besondere Sachkenntnis in Bezug auf den betreffenden Mitgliedstaat (örtliche Verhältnisse, Umfeld und Sprachen) haben. Das Team sollte das gesamte Spektrum einschlägigen Fachwissens abdecken, auch Bereiche wie Moderation von Inhalten, Faktenprüfung, Bedrohungsabwehr, hybride Bedrohungen, Cybersicherheit, Desinformation und FIMI, Grundrechte und Öffentlichkeitsbeteiligung. Außerdem sollte es mit wichtigen externen Sachverständigen, z. B. mit den Zentren der Europäischen Beobachtungsstelle für digitale Medien (EDMO) und mit unabhängigen Faktenprüforganisationen, zusammenarbeiten ⁽²⁰⁾.
23. Die Kommission empfiehlt, dass Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen den Zeitraum festlegen, in dem Vorkehrungen und Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, die speziell auf die Minderung von Risiken für den Wahlprozess ausgerichtet sind. Je nach dem Risiko, das von einem bestimmten Anbieter ausgeht, und den Besonderheiten der betreffenden Wahl dürften bestimmte Risikominderungsmaßnahmen wie etwa zusätzliche interne Prozesse oder besondere Teams nur während eines bestimmten Wahlzeitraums erforderlich sein.
24. Darüber hinaus sehen einige Mitgliedstaaten in ihrem nationalen Recht einen bestimmten Zeitraum für den Wahlkampf vor, andere dagegen nicht. Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen sollten dies berücksichtigen. Im Einklang mit den im 2. Bericht des EAD über Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland (FIMI) ⁽²¹⁾ dargelegten Erkenntnissen bezüglich der während der Wahlen zu erwartenden Zunahme der Bedrohungen empfiehlt die Kommission, dass – in Abhängigkeit von der Risikobewertung für die jeweilige Wahl und unter Berücksichtigung der geltenden Wahlverfahren – mindestens einen bis sechs Monate vor der Wahl Risikominderungsmaßnahmen getroffen werden und wirksam funktionieren sollten und dass diese Maßnahmen noch mindestens einen Monat nach den Wahlen andauern sollten.

⁽¹⁸⁾ Dazu gehört auch die Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung).

⁽¹⁹⁾ <https://cmpf.eui.eu/media-pluralism-monitor/>

⁽²⁰⁾ Siehe Abschnitt 3.4 „Zusammenarbeit mit nationalen Behörden, unabhängigen Sachverständigen und Organisationen der Zivilgesellschaft“.

⁽²¹⁾ 2nd EEAS Report on Foreign Information Manipulation and Interference Threats, Januar 2024 (europa.eu).

25. In Abhängigkeit von den konkreten Gegebenheiten sollten die Risikominderungsmaßnahmen normalerweise in der Zeit vor den Wahlen intensiviert werden, wobei die nationalen Wahlvorschriften, ein erhöhtes Bedrohungsrisiko und die Notwendigkeit der Bereitstellung richtiger Informationen über die Wahlverfahren zu berücksichtigen sind.

3.2. Risikominderungsmaßnahmen für Wahlprozesse

26. Maßnahmen zur Minderung systemischer Risiken in Wahlprozessen sollten sich insbesondere auf Branchenstandards stützen, wie sie durch den Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation und andere einschlägige Verhaltensregeln der EU-Branche wie den Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Hassreden im Internet festgelegt wurden. Überdies sollen sie auf bestehenden bewährten Verfahren aufbauen, beispielsweise denen des EU-Internetforums, den bewährten Verfahren, wie sie im inhaltsneutralen Wahlintegritätsrahmen für Online-Plattformen (*Content-Agnostic Election Integrity Framework for Online Platforms*) ⁽²²⁾ und dem vom Integrity Institute aufgestellten Programm für die Integrität der Wahlen (*Election Integrity Programme*) ⁽²³⁾ dokumentiert sind, sowie auf Empfehlungen aus der Zivilgesellschaft, wie denen der Union für bürgerliche Freiheiten für Europa (*Civil Liberties Union for Europe*) und der Europäischen Partnerschaft für Demokratie (*European Partnership for Democracy*) ⁽²⁴⁾.

3.2.1. Konkrete Risikominderungsmaßnahmen

27. Konkrete Risikominderungsmaßnahmen, die auf die Bewältigung systemischer Risiken in Wahlprozessen abzielen, könnten Maßnahmen in folgenden Bereichen umfassen:
- a) **Zugang zu amtlichen Informationen über den Wahlprozess.** Um die Wahlbeteiligung zu steigern und die Verbreitung von Falschangaben, Desinformation und FIMI in Bezug auf den Wahlprozess selbst zu verhindern, besteht das bewährte Verfahren für Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen darin, den Zugang zu amtlichen Informationen über den Wahlprozess zu erleichtern. Dazu gehören auch offizielle Bekanntmachungen der Wahlbehörden der betreffenden Mitgliedstaaten darüber, wie und wo die Stimmabgabe erfolgen kann. Dies könnte beispielsweise mithilfe von Informationstafeln, Bannern, Pop-ups, Eingriffen in Suchergebnisse, Links zu Websites der Wahlbehörden, speziellen Wahlinformationsabschnitten oder einem besonderen Teil der Plattform geschehen. Im Hinblick auf die Konzeption und Umsetzung solcher Risikominderungsmaßnahmen empfiehlt die Kommission, dass Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen bestimmte Grundsätze wie die der Inklusivität und der barrierefreien Zugänglichkeit berücksichtigen.
 - b) **Initiativen zur Förderung der Medienkompetenz.** Ein bewährtes Verfahren für Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen besteht darin, sich an der Gestaltung, Finanzierung und Durchführung von Initiativen und Kampagnen zur Förderung der Medienkompetenz zu beteiligen, deren Schwerpunkt auf Wahlen liegt, um kritisches Denken zu fördern und die Fähigkeiten der Nutzer zur Erkennung von Desinformations- und Manipulationstechniken zu verbessern – auch im Zusammenhang mit generativer KI. Dies könnte durch Folgendes erreicht werden:
 - i) Zusammenarbeit mit **lokalen Medienkompetenzorganisationen** sowie einschlägigen Verbänden, Gruppen und Netzwerken, Finanzierung, Verbreitung und Integration wahlbezogener Initiativen und Kampagnen auf der Plattform, auch durch Entwicklung gemeinsamer Initiativen. Lokale Medienkompetenzorganisationen sind eine wertvolle Ressource wegen ihres Wissens über örtliche Gegebenheiten und Zielgruppen. Die Kommission empfiehlt den Rückgriff auf das EDMO-Netz und die EDMO-Zentren sowie die Expertengruppe der Kommission für Medienkompetenz, um einschlägige Organisationen in den Mitgliedstaaten ausfindig zu machen;

⁽²²⁾ *Democracy By Design – Accountable Tech.*

⁽²³⁾ *Elections Integrity Program – Integrity Institute.*

⁽²⁴⁾ *DSA: New Risk Assessments to Protect Civic Discourse and Electoral Processes* (liberties.eu).

- ii) Entwicklung und Anwendung von **Inokulationsmaßnahmen**, mit denen durch Information und Vorbereitung der Nutzer vorbeugend Widerstandsfähigkeit gegen mögliche und erwartete Desinformationsnarrative und Manipulationstechniken aufgebaut wird. Solche Maßnahmen sollten dem spezifischen lokalen Kontext, in dem sie durchgeführt werden, Rechnung tragen und durch andere Maßnahmen ergänzt werden, die den Nutzern verlässliche Informationen liefern. Inokulationsmaßnahmen können verschiedene Formen annehmen, z. B. spielerische Interventionen wie die Teilnahme an Online-Spielen zur Generierung von Desinformation, um zu einer kritischen Reflexion über die Taktiken zur Beeinflussung anzuregen⁽²⁵⁾, aber auch Videos oder andere Arten von Inhalten⁽²⁶⁾. Sie sollten, soweit möglich, innerhalb von Apps umgesetzt werden, um den Zugang zu erleichtern;
 - iii) Es wird empfohlen, dass Anbieter sehr großer Online-Plattformen oder sehr großer Online-Suchmaschinen bei der Gestaltung von Kampagnen zur Förderung der Medienkompetenz konkrete Narrative sowie Taktiken, Techniken und Verfahren berücksichtigen, die wahrscheinlich zu den vor, während und nach einer Wahl auftretenden systemischen Risiken beitragen werden, und zwar im Einklang mit dem Ansatz, Risikominderungsmaßnahmen an die jeweiligen **nationalen Gegebenheiten und Zielgruppen** anzupassen.
- c) **Maßnahmen zur Bereitstellung von mehr Hintergrundinformationen** über die Inhalte und Nutzerkonten, mit denen die Nutzer interagieren. Beispiele sind unter anderem:
- i) **Faktenprüfzeichen** auf erkannten Desinformations- und FIMI-Inhalten, die von unabhängigen Faktenprüfern und Faktenprüfteams unabhängiger Medienorganisationen angebracht werden. Die Faktenprüfung sollte sich auf die gesamte EU und mit allen ihren Sprachen erstrecken, was unter anderem durch eine verstärkte Zusammenarbeit mit lokalen Faktenprüfern in Wahlzeiträumen, die Einbeziehung und Präsentation wahlbezogener Faktenprüfinhalte sowie den Einsatz von Mechanismen zur Steigerung der Publikumswirksamkeit erreicht werden kann. Faktenprüfzeichen sollten barrierefrei sein und in leicht verständlicher Sprache abgefasst werden;
 - ii) **Aufforderungen und Anstöße** an die Nutzer, Inhalte zuerst selbst zu lesen und zu beurteilen, bevor sie diese an andere weitergeben;
 - iii) eindeutige, gut sichtbare und nicht täuschende **Kennzeichnung von offiziellen Konten** und von Konten, die verlässliche Informationen über den Wahlprozess bereitstellen, wie z. B. Konten der Wahlbehörden, mit Angabe der Grundlage, auf der solche Überprüfungen vorgenommen werden. Die Kriterien für die Kennzeichnung eines Kontos als „offiziell“ sollten leicht zugänglich sein und in leicht verständlicher Sprache erläutert werden, um zu verhindern, dass derartige Angaben anderen Konten Glaubwürdigkeit verleihen, die sich als amtliche Konten, wie z. B. die von Wahlbehörden, ausgeben;
 - iv) eindeutige, gut sichtbare und nicht täuschende **Kennzeichnung von Konten**, die der Kontrolle von Mitgliedstaaten, Drittländern oder Einrichtungen unterliegen, die ihrerseits von aus Drittländern finanzierten oder gesteuerten Einrichtungen kontrolliert werden;
 - v) **Werkzeuge und Informationen, die Nutzern helfen, die Vertrauenswürdigkeit von Informationsquellen zu beurteilen**, wie z. B. Vertrauenssiegel, die sich vor allem auf die Integrität der Informationsquelle beziehen, auf transparenten Methoden beruhen und von unabhängigen Dritten entwickelt werden;
 - vi) **andere Werkzeuge zur Beurteilung der Herkunft**, der Bearbeitungsvorgänge, der Echtheit oder der Richtigkeit digitaler Inhalte. Sie helfen den Nutzern, die Echtheit zu überprüfen oder die Herkunft oder Quelle von Inhalten im Zusammenhang mit Wahlen herauszufinden;
 - vii) Einführung wirksamer interner Maßnahmen zur **Bekämpfung des Missbrauchs** der oben genannten Verfahren und Werkzeuge, insbesondere des Missbrauchs des Überprüfungsverfahrens für geprüfte Konten und Inhalte.

⁽²⁵⁾ Traberg, C. S., Roozenbeek, J., van der Linden, S. (2022), *Psychological Inoculation against Misinformation: Current Evidence and Future Directions*. *The Annals of the American Academy of Political and Social Science*, 700(1), 136-151, <https://doi.org/10.1177/00027162221087936>.

⁽²⁶⁾ Jon Roozenbeek u. a., *Psychological inoculation improves resilience against misinformation on social media*. *Science Advances* 8.34 (2022), DOI:10.1126/sciadv.abo6254.

- d) **Empfehlungssysteme** können eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der Informationslandschaft und der Bildung der öffentlichen Meinung spielen, wie es in den Erwägungsgründen 70, 84, 88 und 94 sowie in Artikel 34 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/2065 anerkannt wird. Um die Risiken zu mindern, die von solchen Systemen in Bezug auf Wahlprozesse ausgehen können, sollten Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen Folgendes in Erwägung ziehen:
- i) Gewährleistung, dass Empfehlungssysteme so konzipiert und angepasst werden, dass die Nutzer eine sinnvolle Auswahl und Kontrolle in Bezug auf ihre Nachrichten- und Meinungsquellen unter gebührender Berücksichtigung der Vielfalt und des Pluralismus der Medien haben;
 - ii) Maßnahmen zur Verringerung der Herausstellung von Desinformation im Zusammenhang mit Wahlen auf der Grundlage klarer und transparenter Verfahren, z. B. in Bezug auf täuschende Inhalte, die von Faktenprüfern als falsch eingestuft wurden oder die von Konten stammen, von denen nachweislich und wiederholt Desinformation verbreitet wurde;
 - iii) Maßnahmen zur Begrenzung der Verstärkung täuschender, falscher oder irreführender KI-generierter Inhalte über ihre Empfehlungssysteme im Zusammenhang mit Wahlen;
 - iv) regelmäßige Bewertung der Leistung und der Auswirkungen von Empfehlungssystemen und Behandlung neu auftretender Risiken oder Probleme im Zusammenhang mit Wahlprozessen, unter anderem durch Aktualisierung und Verfeinerung der verwendeten Strategien, Verfahren und Algorithmen;
 - v) Maßnahmen zur Gewährleistung der Transparenz hinsichtlich der Gestaltung und Funktionsweise von Empfehlungssystemen, insbesondere in Bezug auf die Daten und Informationen, die bei der Gestaltung von Systemen, die Medienpluralismus und inhaltliche Vielfalt fördern sollen, verwendet werden, um eine Kontrolle und Untersuchung durch Dritte zu erleichtern;
 - vi) Einbeziehung externer Parteien in kontradiktorische Tests und Angriffssimulationen (*Red Teaming*) bei solchen Systemen, um potenzielle Risiken zu ermitteln, wie sie sich z. B. aus Verzerrungen, Manipulationsanfälligkeit oder aus der Verstärkung von Fehlinformationen, Desinformation, FIMI oder anderen schädlichen Inhalten ergeben können.
- e) **Politische Werbung.** Anbietern sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen wird empfohlen, sich auf das Inkrafttreten der Verordnung (EU) 2024/900 über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung („Verordnung über politische Werbung“) vorzubereiten und dabei insbesondere darauf zu achten, dass die Bestimmung über Nichtdiskriminierung (Artikel 5 Absatz 1) umgesetzt wird, die 20 Tage nach der Veröffentlichung der Verordnung am 20. März 2024 anwendbar wird⁽²⁷⁾. Alle Anbieter von Online-Plattformen sind dafür verantwortlich, dass diese Bestimmung eingehalten wird. In dieser Verordnung wird politische Werbung definiert als die Ausarbeitung, Platzierung, Förderung, Veröffentlichung, Zustellung oder Verbreitung von Botschaften durch oder für einen politischen Akteur oder in seinem Namen, es sei denn, sie sind rein privater oder rein kommerzieller Natur, oder die geeignet und darauf ausgerichtet sind, ein Abstimmungsverhalten oder das Ergebnis einer Wahl oder eines Referendums, oder einen Rechtsetzungs- oder Regulierungsprozess auf EU-Ebene, auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene zu beeinflussen. Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen werden dazu angehalten, die in der Verordnung enthaltenen Begriffsbestimmungen bei der Anwendung dieser Leitlinien zu berücksichtigen. Wenn ein Anbieter einer sehr großen Online-Plattform oder einer sehr großen Online-Suchmaschine die Möglichkeit bietet, in seinem Dienst politische Anzeigen zu platzieren, empfiehlt die Kommission, dass solche politische Werbung in Erfüllung der in Artikel 26 der Verordnung (EU) 2022/2065 festgelegten Verpflichtungen und im Einklang mit der künftigen Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung in **klarer, hervorgehobener und eindeutiger Weise** und in Echtzeit gekennzeichnet wird, damit die Nutzer verstehen können, dass die angezeigten Inhalte politische Werbung enthalten. Außerdem sollten die angebrachten Label beibehalten werden, wenn die Inhalte von Nutzern auf derselben Plattform geteilt werden. Darüber hinaus empfiehlt die Kommission, dass Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen ihre Regeln an die Verordnung über politische Werbung noch vor deren Inkrafttreten anpassen, denn diese ergänzt die rechtlichen Verpflichtungen aus den Artikeln 26 und 39 der Verordnung (EU) 2022/2065 insbesondere in folgender Hinsicht:

⁽²⁷⁾ https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=OJ:L_202400900. Artikel 3 und Artikel 5 Absatz 1 sind ab dem 9. April 2024 anwendbar. Die übrigen Bestimmungen der Verordnung gelten ab dem 9. Oktober 2025.

- i) **Information** der Nutzer über die politische Anzeige, die sie sehen, z. B. **Identität des Sponsors** und gegebenenfalls der Stelle, die den Sponsor letztlich kontrolliert, Zeitraum, in dem die politische Anzeige veröffentlicht, zugestellt oder verbreitet werden soll, **aggregierte Beträge bzw. aggregierter Wert** anderer Vorteile, die die Anbieter politischer Werbedienstleistungen erhalten haben, aussagekräftige Informationen über die wichtigsten Parameter zur Bestimmung der Nutzer, denen die Werbung angezeigt wird;
 - ii) Führung eines öffentlich zugänglichen, durchsuchbaren **Archivs politischer Anzeigen**, das möglichst in Echtzeit aktualisiert wird. Darin sind zumindest die Gesamtzahl der erreichten Nutzer und gegebenenfalls aggregierte, nach Mitgliedstaaten aufgeschlüsselte Zahlen für die Nutzergruppe(n), auf die die Werbung ausgerichtet ist, gemäß Artikel 39 der Verordnung (EU) 2022/2065 zu erfassen. Zudem könnten auch z. B. die aggregierten Beträge bzw. der aggregierte Wert anderer von den Anbietern erhaltener Vorteile, die Anzahl der Seitenaufrufe und die geografischen Gebiete, in denen die Werbung angezeigt wurde, erfasst werden;
 - iii) wenn sie keine politische Werbung in ihren Diensten zulassen, müssen sie über wirksame **Überprüfungssysteme** verfügen und die erforderlichen Maßnahmen treffen, damit dies angemessen durchgesetzt wird;
 - iv) Gewährleistung geeigneter Strategien und Systeme zur **Verhinderung des Missbrauchs von Werbesystemen** für die Verbreitung irreführender Informationen, Desinformation und FIMI in Bezug auf Wahlprozesse sowie täuschender KI-generierter Inhalte.
- f) **Influencer** können eine erhebliche Wirkung auf die Wahlentscheidungen der Nutzer erzielen, da sie zunehmend an der Förderung der politischen Debatte im Internet beteiligt sind. In dieser Hinsicht und zur Erhöhung der Transparenz sollten Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen
- i) Funktionen bereitstellen, damit Influencer erklären können, ob die von ihnen bereitgestellten Inhalte politische Werbung sind oder enthalten, und die Möglichkeit haben, den Sponsor und gegebenenfalls die Stelle, die den Sponsor letztlich kontrolliert, zu nennen, den Zeitraum anzugeben, in dem die politische Werbung veröffentlicht, zugestellt oder verbreitet werden soll, die aggregierten Beträge bzw. den aggregierten Wert anderer Vorteile anzugeben, die die Anbieter politischer Werbedienstleistungen erhalten haben, den Anzeigezeitraum zu nennen und aussagekräftige Informationen über die wichtigsten Parameter zur Bestimmung der Nutzer, denen die Werbung angezeigt wird, zu geben;
 - ii) sicherstellen, dass andere Nutzer in klarer, hervorgehobener und eindeutiger Weise und in Echtzeit, auch durch eine deutlich herausgestellte Kennzeichnung, erkennen können, dass die bereitgestellten Inhalte politische Werbung sind oder enthalten, wie in der Erklärung des Influencers dargelegt.
- g) **Demonetisierung von Desinformationsinhalten.** Die Kommission empfiehlt, dass Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen gezielte Strategien und Systeme haben sollten, damit die Platzierung von Werbung keine finanziellen Anreize für die Verbreitung von Desinformation und FIMI in Bezug auf Wahlprozesse sowie von hasserfüllten, (gewalt)extremistischen oder radikalisierenden Inhalten bietet, mit denen Einzelpersonen bei ihren Wahlentscheidungen beeinflusst werden könnten.
- h) **Integrität der Dienste.** Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen sollten geeignete Verfahren für die rechtzeitige und wirksame Aufdeckung und Unterbindung von Manipulationen in ihren Diensten einrichten, wenn diese Gefahr von ihnen unter Beachtung der besten verfügbaren Erkenntnisse als relevantes systemisches Risiko ermittelt wurde. So können sie beispielsweise in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen besondere Regeln gegen das Einrichten von unechten Konten oder von Botnets (die automatisierte, teilautomatisierte oder nicht automatisierte Konten umfassen können) oder gegen die täuschende Nutzung eines Dienstes festlegen.
- i) Die Kommission empfiehlt Anbietern sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen, ihre Regeln so aufzustellen und durchzusetzen, dass eine Täuschung durch Nachahmung von Kandidaten, den Einsatz täuschender manipulierter Medien, gefälschte Interaktionen, intransparente bezahlte Botschaften oder intransparente Werbung durch Influencer wie auch durch eine Koordinierung der Erstellung unauthentischer Inhalte oder Verhaltensweisen verhindert wird.
 - ii) Die Kommission empfiehlt eine Zusammenarbeit zwischen den betreffenden Teams verschiedener Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen, um gemeinsame Bedrohungen zu erkennen und plattformübergreifenden Desinformationskampagnen, FIMI-Aktivitäten oder hasserfüllten, (gewalt)extremistischen oder radikalisierenden Aktivitäten, mit denen Einzelpersonen bei ihren Wahlentscheidungen beeinflusst werden können, sowie einer Abwanderung böswilliger Akteure auf andere Plattformen entgegenzuwirken (siehe Abschnitt 3.4 „Zusammenarbeit mit nationalen Behörden, unabhängigen Sachverständigen und Organisationen der Zivilgesellschaft“).

28. Angesichts der Weiterentwicklung des Verständnisses systemischer Risiken in Wahlprozessen sollten Risikominderungsmaßnahmen mit einer strengen und kritischen Analyse, Erprobung und Überprüfung ihrer beabsichtigten und potenziell unbeabsichtigten Auswirkungen verknüpft werden. Deshalb sollten wirksame Risikominderungsmaßnahmen stets auf den besten verfügbaren Informationen und wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen. Die Kommission empfiehlt Anbietern sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen, konzeptionell gültige Leistungsparameter für die Wirksamkeit von Risikominderungsmaßnahmen proaktiv zu konzipieren, zu bewerten und zu optimieren, z. B. durch A/B-Tests von Funktionen und Entwurfsentscheidungen. Diese Leistungsparameter sollten als Teil des Risikomanagementrahmens der Anbieter analysiert werden und dazu dienen, bei einer bestimmten Wahl den Erfolg der betreffenden Risikominderungsmaßnahmen zu messen. Diese Parameter sollten SMART (spezifisch, messbar, erreichbar, relevant und terminiert) und sowohl qualitativ als auch quantitativ sein.

3.2.2. Kontrolle, Untersuchung und Datenzugang durch Dritte

29. Die **Kontrolle und Untersuchung von Risikominderungsmaßnahmen durch Dritte** ist wichtig, denn sie hilft Anbietern sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen, sicherzustellen, dass die von ihnen ergriffenen Maßnahmen wirksam sind und dass die Grundrechte sowie die demokratischen Grundsätze geachtet werden. Ein stabiler und zuverlässiger Datenzugang für die Kontrolle durch Dritte ist gerade in Wahlzeiträumen von größter Bedeutung, um Transparenz zu gewährleisten, Einblicke zu vermitteln und zur Weiterentwicklung der Risikominderungsmaßnahmen im Zusammenhang mit Wahlen beizutragen. Die Kommission empfiehlt, dass Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen – zusätzlich zur Erfüllung ihrer rechtlichen Verpflichtungen nach Artikel 40 der Verordnung (EU) 2022/2065 – einschlägigen Dritten freien Zugang zu Daten gewähren, damit diese die Risiken im Zusammenhang mit Wahlprozessen untersuchen können, nötigenfalls auch zu solchen Daten, die nicht über die Schnittstelle der sehr großen Online-Plattform oder sehr großen Online-Suchmaschine abrufbar sind. Generell wird eine Ad-hoc-Zusammenarbeit empfohlen, wenn es darum geht, Risikominderungsmaßnahmen in Bezug auf Wahlprozesse zu konzipieren und erforderlichenfalls rasch anzupassen. Entsprechend den dokumentierten bewährten Verfahren könnten verschiedene Maßnahmen in Betracht gezogen werden, um solche Tätigkeiten mit Dritten aufzunehmen.
30. Zusätzlich zu den Instrumenten und anderen Zugangsregeln, die zur Einhaltung von Artikel 40 Absatz 12 der Verordnung (EU) 2022/2065 eingerichtet wurden, können diese Maßnahmen auch zusätzliche und maßgeschneiderte Instrumente oder Merkmale umfassen, einschließlich solcher, die erforderlich sind, um KI-Modelle zu untersuchen und zu prüfen, sowie visuelle Dashboards, zusätzliche Datenpunkte, die zu bestehenden Instrumenten hinzugefügt werden, oder die Bereitstellung spezifischer Datensätze. Der Zugang zu solchen Instrumenten oder Merkmalen könnte über die nach Artikel 40 der Verordnung (EU) 2022/2065 in Betracht kommenden Forschenden hinaus auf ein breiteres Spektrum Dritter ausgeweitet werden.
31. Im Bereich der politischen Werbung empfiehlt die Kommission, dass die betreffenden Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen dafür sorgen, dass die Instrumente und Anwendungsprogrammierschnittstellen (APIs), die eine Forschung in ihren Archiven für politische Anzeigen⁽²⁸⁾ ermöglichen, zweckmäßig sind und eine sinnvolle Erforschung von Desinformation, FIMI-Kampagnen und hasserfüllten, (gewalt) extremistischen oder radikalisierenden Inhalten ermöglichen, die verbreitet werden, um Einzelpersonen während der Wahlen – einschließlich der Wahlen zum Europäischen Parlament – bei ihren Wahlentscheidungen zu beeinflussen, wobei die Anforderungen des Unionsrechts, einschließlich des Schutzes personenbezogener Daten, zu beachten sind. Dies sollte eine Reihe von Mindestfunktionen und Suchkriterien umfassen, die es Nutzern und Forschenden ermöglichen, während des Wahlzeitraums Daten möglichst in Echtzeit abzufragen (z. B. Suche nach Werbetreibenden oder Kandidaten, Wahl, geografischen Gebiet oder Land, Sprache).
32. Zusätzlich zu den in Artikel 42 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2022/2065 genannten Berichten empfiehlt die Kommission, dass Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen in Bezug auf die Gestaltung, Funktionsweise und Durchführung von Risikominderungsmaßnahmen im Zusammenhang mit Wahlprozessen gegenüber der Öffentlichkeit so **transparent** wie möglich sein sollten, um eine öffentliche Kontrolle zu ermöglichen, die sich wiederum auf die Gestaltung wirksamer Risikominderungsmaßnahmen auswirken kann. Während der Wahlzeiträume ist es besonders wichtig, dass Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen nachweisen, dass durch ihre Entscheidungen über die Moderation von Inhalten die Gleichheit der Kandidaten nicht beeinträchtigt wird und dass Stimmen, die bestimmte (polarisierte) Ansichten vertreten, nicht in unverhältnismäßiger Weise bevorzugt oder gefördert werden.

⁽²⁸⁾ Siehe die Empfehlung in Abschnitt 3.2.1 Buchstabe e, wonach Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen ihre Regeln an die Verordnung über politische Werbung noch vor deren Inkrafttreten anpassen sollten.

3.2.3. Grundrechte

33. Risikominderungsmaßnahmen gemäß Artikel 35 der Verordnung (EU) 2022/2065 sollten unter gebührender Berücksichtigung des Schutzes der in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankerten **Grundrechte**, insbesondere der Meinungs- und Informationsfreiheit, einschließlich der Freiheit und des Pluralismus der Medien, ergriffen werden. Im Einklang mit Erwägungsgrund 47 der genannten Verordnung sollten Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen die einschlägigen internationalen Menschenrechtsnormen wie die Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte gebührend beachten. Bei der Gestaltung und Durchsetzung von Risikominderungsmaßnahmen können auch einschlägige unabhängige Berichte ⁽²⁹⁾ berücksichtigt werden.
34. Bei der Minderung systemischer Risiken für die Integrität von Wahlen empfiehlt die Kommission, auch den Auswirkungen von Maßnahmen zur Bekämpfung illegaler Inhalte wie der öffentlichen Aufstachelung zu Gewalt und Hass gebührend Rechnung zu tragen, soweit solche illegalen Inhalte in der demokratischen Debatte andere Stimmen hemmen oder zum Schweigen bringen können, insbesondere Stimmen, die schutzbedürftige Gruppen oder Minderheiten vertreten. So können beispielsweise gewisse Formen von Rassismus, geschlechtsspezifischer Desinformation und geschlechtsspezifischer Gewalt im Internet, auch im Zusammenhang mit gewaltextremistischen oder terroristischen Ideologien, oder aber gegen die LGBTQ+-Gemeinschaft ⁽³⁰⁾ gerichtete FIMI einen offenen und demokratischen Dialog und eine offene Debatte untergraben und die soziale Spaltung und Polarisierung weiter verstärken. In diesem Zusammenhang kann der Verhaltenskodex für die Bekämpfung illegaler Hassreden im Internet als Anregung dienen, wenn geeignete Maßnahmen erwogen werden.
35. Zusätzlich zur Einbeziehung einschlägiger Akteure in die Risikobewertung nach Erwägungsgrund 90 der Verordnung (EU) 2022/2065 empfiehlt die Kommission, dass Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen die im Zuge ihrer Risikobewertungen durchgeführten Folgenabschätzungen zu den Grundrechten, sobald sie abgeschlossen sind, d. h. möglicherweise früher als nach Artikel 42 Absatz 4 der genannten Verordnung vorgeschrieben, den Organisationen der Zivilgesellschaft, insbesondere jenen, die in diesem Prozess konsultiert wurden, zur Verfügung stellen. Dadurch könnte Raum für einen konstruktiven offenen Dialog über mögliche bewährte Verfahren und mögliche Verbesserungen geschaffen werden.

3.3. Risikominderungsmaßnahmen im Zusammenhang mit generativer KI

36. Die jüngsten technischen Entwicklungen im Bereich der generativen KI haben die Schaffung und weitverbreitete Nutzung von Systemen der künstlichen Intelligenz ermöglicht, die Texte, Bilder, Videos oder andere synthetische Inhalte erzeugen können. Solche Entwicklungen bringen zwar möglicherweise viele neue Chancen mit sich, sie können jedoch im Zusammenhang mit Wahlen zu spezifischen systemischen Risiken führen. Insbesondere kann generative KI missbraucht werden, um Wähler in die Irre zu führen oder Wahlprozesse zu manipulieren, indem unauthentische, verzerrte und irreführende synthetische Inhalte (einschließlich Text, Audioaufnahmen, Bildern und Videos) in Bezug auf politische Akteure, falsche Darstellungen von Ereignissen, Wahlbefragungen, Zusammenhängen oder Narrativen erstellt und verbreitet werden. Generative KI-Systeme können auch falsche, inkohärente oder erfundene Informationen (sogenannte „Halluzinationen“) ausgeben, die die Realität falsch darstellen und die Wähler in die Irre führen können.
37. Gemäß Artikel 35 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2022/2065 sollten Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen systemische Risiken wie die oben genannten im Zusammenhang mit Wahlen bewerten und – je nach Art ihres Dienstes – angemessene, verhältnismäßige und wirksame Risikominderungsmaßnahmen ergreifen, die auf die Risiken im Zusammenhang mit der Erstellung und Verbreitung KI-generierter Inhalte zugeschnitten sind. Bewährte Verfahren, die in die einschlägigen Risikominderungsmaßnahmen einfließen können, können bereits jetzt aus dem KI-Gesetz und dem KI-Pakt abgeleitet werden. Besonders relevant sind in diesem Zusammenhang die im KI-Gesetz vorgesehenen Verpflichtungen für Anbieter von KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck, einschließlich generativer KI, sowie Anforderungen im Hinblick auf die Kennzeichnung von „Deepfakes“ und die Verpflichtung der Anbieter generativer KI-Systeme zur Verwendung

⁽²⁹⁾ Beispielsweise das Strategiepapier von Access Now und European Center for Not-for-Profit Law, Towards meaningful fundamental rights impact assessments under the DSA, Dänisches Institut für Menschenrechte, Guidance on Human Rights Impact Assessment of Digital Activities, Julian Jaurisch, Josefine Bahro, Asha Allen, Claire Pershan und Katarzyna Szymielewicz, DSA risk mitigation: Current Practices, ideas and open questions.

⁽³⁰⁾ FIMI targeting LGBTQ+ people: Well-informed analysis to protect human rights and diversity | EEAS (europa.eu).

modernster technischer Lösungen, um sicherzustellen, dass durch generative KI geschaffene Inhalte in einem maschinenlesbaren Format gekennzeichnet werden und als solche erkennbar sind, sodass sie durch Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen erkannt werden können. Die Kommission empfiehlt, dass Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen ihre Regeln im Einklang mit dem KI-Pakt schon vor dem Inkrafttreten des KI-Gesetz an dessen Bestimmungen anpassen.

38. Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen sollten Risikominderungsmaßnahmen im Zusammenhang mit generativer KI anwenden, soweit dies technisch machbar ist, wobei den Auswirkungen solcher Maßnahmen auf die durch die Charta geschützten Grundrechte besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist. Die Kommission empfiehlt ferner eine branchenübergreifende Zusammenarbeit, um wirksame Risikominderungsmaßnahmen für generative KI im Zusammenhang mit den Verhaltenskodizes für KI-Modelle mit allgemeinem Verwendungszweck weiterzuentwickeln, und die Verbesserung der Transparenz KI-generierter Inhalte im Rahmen des KI-Gesetzes.
39. Ausgehend von den ermittelten spezifischen tatsächlichen oder absehbaren Risiken für Wahlprozesse empfiehlt die Kommission, dass Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen, deren Dienste für die Erstellung täuschender, verzerrter, falscher oder irreführender KI-generierter Inhalte genutzt werden können, folgende Risikominderungsmaßnahmen ergreifen, soweit dies technisch machbar ist und dem aktuellen Stand der Technik entspricht:
- a) Sicherstellung, dass mithilfe generativer KI erzeugte Inhalte und andere Arten synthetischer und manipulierter Medien nachweisbar sind, insbesondere durch die Verwendung hinreichend zuverlässiger, interoperabler, wirksamer und belastbarer Techniken und Methoden, wie **Wasserzeichen**, Metadatenidentifizierungen, kryptografische Methoden zum Nachweis der Herkunft und Authentizität des Inhalts, Protokollierungsmethoden, Fingerabdrücke oder andere Techniken je nach Sachlage, wobei bestehende Normen zu berücksichtigen sind. Dies ist besonders wichtig für mithilfe generativer KI erzeugte Inhalte, die Kandidaten, Politiker oder politische Parteien betreffen. Wasserzeichen und Metadaten können auch für Inhalte verwendet werden, die auf ursprünglich authentischen Aufnahmen (z. B. Videos, Bildern oder Audioaufnahmen) beruhen, die dann anschließend mithilfe generativer KI verändert wurden;
 - b) Anstrengungen, um sicherzustellen, dass die von KI-Systemen generierten **Informationen** im Zusammenhang mit Wahlen **so weit wie möglich auf zuverlässigen Quellen** wie offiziellen Informationen der zuständigen Wahlbehörden beruhen und dass Zitate oder Verweise der Systeme auf externe Quellen korrekt sind und den zitierten Inhalt nicht falsch darstellen, wodurch die Auswirkungen von „Halluzinationen“ begrenzt werden;
 - c) Warnung der Nutzer vor potenziellen Fehlern in Inhalten, die von generativen KI-Systemen verursacht werden, und Empfehlung, dass sie **maßgebliche Quellen konsultieren** sollten, um die Richtigkeit solcher Informationen zu überprüfen, sowie Vorkehrungen, um die Erstellung falscher Inhalte zu verhindern, die ein großes Potenzial zur Beeinflussung des Nutzerverhaltens haben könnten;
 - d) Durchführung und Dokumentation von **Angriffssimulationen** und Tests mit besonderem Schwerpunkt auf Wahlprozessen, sowohl mit internen Teams als auch mit externen Sachverständigen, bevor generative KI-Systeme öffentlich freigegeben werden, und gestaffelte Freigabe, um unbeabsichtigte Folgen besser zu beherrschen;
 - e) Festlegung geeigneter Leistungsparameter, auch für die Sicherheit und sachliche Richtigkeit der Antworten auf Fragen zu Wahlinhalten, und fortlaufende **Überwachung der Leistung generativer KI-Systeme** sowie erforderlichenfalls Ergreifen geeigneter Maßnahmen;
 - f) Integration von Vorkehrungen für generative KI-Systeme, die ihre **Sicherheit** erhöhen, wie z. B. Prompt-Klassifikatoren, Moderation von Inhalten und andere Filter, um Prompts (Anfragen) zu erkennen und zu unterbinden, die gegen die Nutzungsbedingungen des Anbieters einer sehr großen Online-Plattform oder sehr großen Online-Suchmaschine in Bezug auf Wahlprozesse verstoßen; Ergreifen anderer geeigneter Maßnahmen, um den Missbrauch des generativen KI-Systems für illegale, manipulative und Desinformationszwecke im Zusammenhang mit Wahlprozessen zu verhindern;
 - g) insbesondere bei Textinhalten nach Möglichkeit Angabe der **konkreten Quellen der als Eingabedaten verwendeten Informationen** in den erzeugten Ergebnissen oder Bereitstellung anderer Mittel, die es den Nutzern ermöglichen, die Zuverlässigkeit zu überprüfen und die Informationen weiter einzuordnen.
40. Ausgehend von den ermittelten spezifischen tatsächlichen oder absehbaren Risiken für Wahlprozesse empfiehlt die Kommission, dass Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen, deren Dienste für die Verbreitung täuschender, falscher oder irreführender KI-generierter Inhalte genutzt werden können, folgende Risikominderungsmaßnahmen erwägen, soweit dies technisch machbar ist und dem aktuellen Stand der Technik entspricht:

- a) Anpassung ihrer **allgemeinen Geschäftsbedingungen** und Sicherstellung ihrer Durchsetzung, um die Reichweite und Wirkung der mithilfe generativer KI erzeugten Inhalte, die Desinformation oder Fehlinformationen über den Wahlprozess (wie etwa Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen) enthalten, erheblich zu verringern.
 - i) Die Kommission empfiehlt, dass Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen der Öffentlichkeit klare Informationen darüber bereitstellen, welche internen Verfahren und Risikominderungsmaßnahmen – wie Kennzeichnung, Markierung, Herabstufung oder Entfernung – zur Durchsetzung dieser Strategien bestehen.
 - ii) Die Kommission empfiehlt, dass Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen zusammenarbeiten und mit Faktenprüfern Informationen über solche täuschenden Inhalte austauschen, um das Risiko einer Verstärkung auf anderen Plattformen so gering wie möglich zu halten;
 - b) **klare Kennzeichnung** oder anderweitige Kenntlichmachung (mithilfe hervorgehobener Markierungen) synthetischer oder manipulierter Bilder, Audioaufnahmen oder Videos, die wirklichen Personen, Gegenständen, Orten, Einrichtungen oder Ereignissen merklich ähneln oder Ereignisse als real darstellen, die nicht stattgefunden haben, oder diese falsch darstellen und die einer Person fälschlicherweise als echt oder wahrhaftig erscheinen würden (d. h. **Deepfakes**).
 - i) Die Kommission empfiehlt, dass Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen ihren Nutzern leicht zu benutzende Standard-Schnittstellen und -Instrumente bereitstellen, um KI-generierte Inhalte zu kennzeichnen.
 - ii) Bei der Kennzeichnung KI-generierter Inhalte empfiehlt die Kommission, dass Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen wirksame Kennzeichnungen anbringen, die von den Nutzern leicht erkannt werden können, wobei Aspekte wie Grafik, Position und zeitliche Vorgaben zu berücksichtigen sind, und sich dabei auf wissenschaftliche Forschungsarbeiten zur Wirksamkeit der Kennzeichnungen⁽³¹⁾ stützen. Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen sollten zudem die Wirksamkeit solcher Kennzeichnungen schon vor der Veröffentlichung testen und sie auf der Grundlage von Rückmeldungen und Erfahrungen anpassen und verbessern.
 - iii) Die Kommission empfiehlt, dass Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen dafür sorgen, dass die markierten KI-generierten Inhalte ihre Kennzeichnung auch dann behalten, wenn sie von anderen Nutzern auf der Plattform geteilt werden.
 - c) Die Kommission empfiehlt, dass Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen ihre Werbesysteme anpassen, indem sie Werbetreibenden beispielsweise Möglichkeiten bieten, **Inhalte, die mithilfe generativer KI erstellt wurden, in Werbeanzeigen** oder beworbenen Posts eindeutig zu kennzeichnen, und in ihrer Werbepolitik verlangen, dass diese Kennzeichnung verwendet wird, wenn die Werbung KI-generierte Inhalte enthält.
 - d) Um diese Vorgaben durchzusetzen, sollten Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen ihre **Prozesse und algorithmischen Systeme zur Moderation von Inhalten** so anpassen, dass KI-generierte oder manipulierte Inhalte mithilfe von Wasserzeichen, Metadatenidentifizierungen, kryptografischen Methoden zum Nachweis der Herkunft und Authentizität des Inhalts, Protokollierungsmethoden, Fingerabdrücken oder anderen Techniken erkannt werden können.
 - i) In diesem Zusammenhang sollten Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen mit Anbietern generativer KI-Systeme zusammenarbeiten und Maßnahmen nach dem neuesten Stand der Technik befolgen, damit solche Wasserzeichen, Metadatenidentifizierungen, kryptografische Methoden zum Nachweis der Herkunft und Authentizität des Inhalts, Protokollierungsmethoden, Fingerabdrücke oder andere Techniken auch zuverlässig und wirksam erkannt werden; ferner wird ihnen empfohlen, neue technische Innovationen zu unterstützen, um die Wirksamkeit und Interoperabilität solcher Instrumente zu verbessern.
 - e) Die in Abschnitt 2 genannten **Maßnahmen zur Medienkompetenz** sollten sich auch auf generative KI-Systeme erstrecken, um beispielsweise zu erklären, wie die Technik funktioniert und wie sie missbraucht werden kann.
41. Gemäß Artikel 35 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2022/2065 sollten Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen, wenn sie sich mit legalen, aber schädlichen Formen KI-generierter Inhalte befassen, die das Verhalten der Wähler beeinflussen können, besonders berücksichtigen, welche Auswirkungen ihre Strategien und Maßnahmen auf die Grundrechte haben können, insbesondere auf das Recht auf freie Meinungsäußerung, einschließlich der politischen Meinungsäußerung, Parodie und Satire. Eine solche Folgenabschätzung in Bezug auf die Grundrechte ist insbesondere erforderlich, wenn Strategien dazu entwickelt werden, welche Art täuschender KI-generierter Inhalte ein Anbieter einer sehr großen Online-Plattform oder einer sehr großen Online-Suchmaschine in seinem Dienst nicht zulässt und aus diesem entfernen wird.

⁽³¹⁾ Siehe z. B. Tom Dobber, Sanne Kruijkemeier, Fabio Votta, Natali Helberger, Ellen P. Goodman (2023), *The effect of traffic light veracity labels on perceptions of political advertising source and message credibility on social media*, *Journal of Information Technology & Politics*.

42. Da KI-generierte Inhalte besondere Risiken bergen, sollten sie einer verstärkten Kontrolle unterliegen, auch durch die Entwicklung von Ad-hoc-Instrumenten und Technologien, z. B. zur Durchführung von Forschungsarbeiten zur Ermittlung und zum besseren Verständnis spezifischer Risiken im Zusammenhang mit Wahlprozessen. Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen werden ermutigt, die Einrichtung spezieller Instrumente für den Zugang zu KI-generierten Inhalten, deren konkrete Identifizierung und Analyse für Forschende in Erwägung zu ziehen.
- 3.4. **Zusammenarbeit mit nationalen Behörden, unabhängigen Sachverständigen und Organisationen der Zivilgesellschaft**
43. Ein Beitrag zum Schutz der Integrität einer bestimmten Wahl kann nicht ohne Kenntnis des spezifischen nationalen, rechtlichen, gesellschaftlichen und politischen Kontexts und nicht ohne sofortiges Eingreifen in laufende Entwicklungen, die sich auf die von sehr großen Online-Plattformen oder sehr großen Online-Suchmaschinen ausgehenden Risiken auswirken, geleistet werden. Die Verfahren und Organisationsstrukturen von Wahlen unterscheiden sich von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat und sogar von Wahl zu Wahl. Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen sollten sich der Struktur der geltenden nationalen Wahlordnung für die betreffenden Wahlen und der Rolle der verschiedenen Behörden bewusst sein. Durch ein gutes Verständnis spezifischer nationaler Verfahren wie der Wahlkampfbeschränkungen, des Zeitpunkts der offiziellen Benennung der Wahlkandidaten und der Ruhephase vor den Wahlen können Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen Risikominderungsmaßnahmen unter Berücksichtigung der spezifischen Aspekte des betreffenden Mitgliedstaats konzipieren.
44. Zu diesem Zweck empfiehlt die Kommission, dass Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen regelmäßig und erforderlichenfalls im Eilverfahren Informationen mit den zuständigen nationalen und europäischen Behörden sowie gegebenenfalls der Kommission austauschen und Kontaktstellen für diese einrichten, wobei der Koordinator für digitale Dienste ihres Mitgliedstaats und gegebenenfalls die zuständigen regionalen und lokalen Behörden einzubeziehen sind, um den Informationsaustausch zu erleichtern.
45. Solche Interaktionen zwischen Anbietern sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen und den zuständigen nationalen Behörden sollten auf den Austausch von Informationen beschränkt werden, die als Grundlage für Risikobewertungen und Risikominderungsmaßnahmen in Bezug auf Wahlprozesse oder als Grundlage für Maßnahmen der nationalen Behörden zum Schutz der Integrität von Wahlprozessen dienen können, die in ihre Zuständigkeit fallen. Beispielsweise können die zuständigen nationalen Behörden Anbietern sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen amtliche Informationen über das Abstimmungsverfahren, die in ihre Dienste integriert werden können, und, soweit möglich und angemessen, Informationen über mögliche Risiken für den Wahlprozess zur Verfügung stellen, die in die Risikominderungsmaßnahmen der Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen einfließen können. Im Gegenzug können Informationen über die Risiken, zu deren Minderung Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen in ihren Diensten Maßnahmen ergreifen, für die Arbeit der zuständigen nationalen Behörden zum Schutz der Integrität von Wahlprozessen relevant sein. Soweit ein solches Zusammenwirken nicht in den Anwendungsbereich der Transparenzberichtspflichten gemäß der Verordnung (EU) 2022/2065 fallen, empfiehlt die Kommission, dass die nationalen Behörden und die Anbieter großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen transparent darüber Bericht erstatten, beispielsweise in öffentlichen Dokumenten, in denen die nationalen Behörden den Wahlprozess bewerten, oder in der Transparenzberichterstattung, die sich aus der Verordnung (EU) 2022/2065 ergibt.
46. Die gemäß der Verordnung (EU) 2022/2065 benannten Koordinatoren für digitale Dienste in jedem Mitgliedstaat können als Kontaktstellen für Anbieter sehr großer Online-Plattformen oder sehr großer Online-Suchmaschinen fungieren, wenn nicht klar ist, welche nationale Behörde für Fragen im Zusammenhang mit der Risikominderung bei Wahlprozessen zuständig ist. Da die Koordinatoren für digitale Dienste in Bezug auf alle Fragen im Zusammenhang mit der Anwendung der Verordnung (EU) 2022/2065 in einem Mitgliedstaat als zentrale Kontaktstelle fungieren, empfiehlt die Kommission, dass die Koordinatoren für digitale Dienste in den Austausch zwischen den Anbietern sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen und den zuständigen nationalen Behörden über den Wahlprozess einbezogen werden. Darüber hinaus hat die Kommission den Mitgliedstaaten empfohlen, ihre nationalen Wahlkooperationsnetze zu stärken⁽³²⁾ und ihre Zusammenarbeit mit den einschlägigen Interessenträgern zu erleichtern⁽³³⁾. Diese nationalen Wahlkooperationsnetze können ebenfalls eine wichtige Kontaktstelle für Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen sein.

⁽³²⁾ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:32018H0234>

⁽³³⁾ Empfehlung (EU) 2023/2829 der Kommission vom 12. Dezember 2023 für inklusive und stabile Wahlverfahren in der Union und für die Stärkung des europäischen Charakters und eine effiziente Durchführung der Wahlen zum Europäischen Parlament.

47. Neben der Zusammenarbeit mit den nationalen Behörden wird den Anbietern sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen ferner empfohlen, eine enge Zusammenarbeit mit einschlägigen nichtstaatlichen Akteuren aufzubauen, da auch diese Akteure eine wichtige Rolle beim Schutz von Wahlprozessen spielen. Vor den Wahlen können Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen Treffen organisieren und Kanäle für eine regelmäßige Kommunikation mit nichtstaatlichen Akteuren einrichten, die an Wahlprozessen beteiligt sind, wie Wissenschaftlern, unabhängigen Sachverständigen, Organisationen der Zivilgesellschaft und Vertretern verschiedener Gemeinschaften. Sie können diese Akteure auffordern, ihr unabhängiges Fachwissen sowie ihre Erkenntnisse und Beobachtungen zu teilen, die dazu beitragen können, Risiken zu ermitteln, die möglicherweise Risikominderungsmaßnahmen erfordern, und solche Risikominderungsmaßnahmen zu entwickeln.
48. Die Einrichtung von Kommunikationskanälen mit nichtstaatlichen Akteuren, einschließlich Wahlkampforganisationen und Wahlbeobachtern, während des Wahlkampfs wird den Anbietern sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen dabei helfen, den Kontext der Wahlen besser zu verstehen, um im Notfall rasch reagieren zu können, Maßnahmen zur Risikominderung zu konzipieren und zu kalibrieren und besser nachzuvollziehen, wie ihre Risikominderungsmaßnahmen im lokalen Kontext funktionieren. Die Arbeitsgruppe für Wahlen im Rahmen des Verhaltenskodex – und ihr Krisenreaktionssystem – ist ein gutes Beispiel für ein solches bestehendes aktives Multi-Stakeholder-Forum, an dem sich NRO und Faktenprüfer mit ihren wichtigen wahlspezifischen Erfahrungen beteiligen. Die EDMO-Taskforce für Wahlen, die sich aus unabhängigen Faktenprüfern, Wissenschaftlern und Spezialisten für Medienkompetenz zusammensetzt, sowie die EDMO-Zentren in der gesamten EU können in dieser Hinsicht ebenfalls einen wichtigen Beitrag leisten.
49. Die Verfügbarkeit vertrauenswürdiger Informationen aus pluralistischen Quellen ist für gut funktionierende demokratische Wahlprozesse von entscheidender Bedeutung. Dies erfordert nicht nur einen Schutz vor äußerer Einflussnahme durch Politik und Geschäftswelt, sondern auch vor einer möglichen falschen Anwendung der internen Prozesse sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen, wie in Artikel 17 des vorgeschlagenen Europäischen Medienfreiheitsgesetzes⁽³⁴⁾ anerkannt. Journalisten und Mediendienstanbieter spielen eine wesentliche Rolle bei der Sammlung, Verarbeitung und Weitergabe von Informationen an die Öffentlichkeit und eine noch wichtigere Rolle zu Zeiten von Wahlen. Unabhängige Nachrichtenmedienanbieter und Organisationen mit bewährten internen redaktionellen Standards und Verfahren gelten weithin als vertrauenswürdige Informationsquellen. Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen sollten daher mit unabhängigen Medienorganisationen, Regulierungsbehörden, Organisationen der Zivilgesellschaft und Basisorganisationen, Faktenprüfern, Hochschulen und anderen einschlägigen Interessenträgern zusammenarbeiten, um die Ermittlung vertrauenswürdiger Informationen und den Zugang der Nutzer zu pluralistischen Nachrichtenmedieninhalten im Zusammenhang mit Wahlen aus vertrauenswürdigen Quellen zu verbessern.
50. Angesichts der wichtigen Rolle solcher Organisationen bei der Beurteilung der Richtigkeit der Informationen empfiehlt die Kommission, dass Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen mit unabhängigen Faktenprüforganisationen zusammenarbeiten, die hohe Standards in Bezug auf Methodik, Ethik und Transparenz einhalten, da sie beispielsweise Mitglied des Europäischen Netzes für Faktenprüfstandards (EFCSN)⁽³⁵⁾ sind und dessen Normenkodex einhalten. Die Kommission empfiehlt, diese Zusammenarbeit transparent zu gestalten. So geben beispielsweise einige Unterzeichner des Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation die Faktenprüforganisationen an, mit denen sie Vereinbarungen geschlossen haben.

3.5. Während einer Wahl

51. Während des Wahlzeitraums, in dem Maßnahmen und Ressourcen eingerichtet sein werden, die speziell auf die Minderung von Risiken für den Wahlprozess ausgerichtet sind, empfiehlt die Kommission, dass Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen ihr besonderes Augenmerk auf Risikominderungsmaßnahmen richten, die die Auswirkungen von Vorfällen verringern, die einen erheblichen Einfluss auf das Wahlergebnis oder die Wahlbeteiligung haben können.
52. Dazu gehört es auch, den Nutzern zeitnah Zugang zu zuverlässigen und verständlichen Informationen aus offiziellen Quellen darüber zu geben, wie die Wahl und das Abstimmungsverfahren ablaufen, oder über Maßnahmen gemäß Abschnitt 3.3, um den potenziellen Schaden durch hochwirksame Techniken wie manipulierte Bilder, Sprachaufzeichnungen oder Deepfakes, z. B. in Bezug auf politische Akteure, die zur Wahl stehen, zu verringern. Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen sollten auch dafür sorgen, dass sie in der Lage sind, rasch auf Manipulationen ihrer Dienste zu reagieren, mit denen der Wahlprozess untergraben und versucht werden soll, Wählerinnen und Wähler durch Desinformation und manipulierte Informationen von der Ausübung ihres Stimmrechts abzuhalten.

⁽³⁴⁾ Angenommene Texte – Europäisches Medienfreiheitsgesetz – Mittwoch, 13. März 2024 (europa.eu).

⁽³⁵⁾ Projekt Europäisches Netz für Faktenprüfstandards – European Fact-Checking Standards Network Project.

53. Vorfälle, die während der Wahl auf oder außerhalb der Plattform auftreten, können sich rasch und stark auf die Integrität der Wahlen oder die öffentliche Sicherheit auswirken. Die Kommission empfiehlt daher, dass Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen einen **internen Reaktionsmechanismus für Vorfälle** einrichten, an dem auch die leitende Führungsebene beteiligt ist, sowie eine Bestandsaufnahme der Interessenträger, die innerhalb der Organisation an der Reaktion auf den Vorfall beteiligt sind, durchführen. Dieses Verfahren sollte im Vorfeld eingerichtet, vereinbart und getestet werden, auch durch Angriffssimulationen, damit es rasch aktiviert werden kann. Darüber hinaus muss dieses Verfahren kohärent, wiederholbar und überprüfbar sein und gut dokumentierte Entscheidungen und Ergebnisse hervorbringen, damit Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen ihre Reaktionen nach hochwirksamen Ereignissen überprüfen können.
54. In Anbetracht der Notwendigkeit einer raschen Anwendung von Risikominderungsmaßnahmen empfiehlt die Kommission auch, dass Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen eine Zusammenarbeit und einen raschen und effizienten Informationsaustausch mit einschlägigen nichtstaatlichen Akteuren, die über Kenntnisse und Fachwissen verfügen, die für Wahlen relevant sind, aufbauen; zu diesen Akteuren könnten Interessenträger aus Organisationen der Zivilgesellschaft, aus Hochschulen und Forschung, unabhängigen Medien und anderen Bereichen gehören. Angesichts des plattformübergreifenden Charakters illegaler und/oder schädlicher Inhalte sowie von Desinformation und FIMI-Aktivitäten ist die Zusammenarbeit zwischen sehr großen Online-Plattformen und sehr großen Online-Suchmaschinen untereinander zum Austausch einschlägiger Informationen sowie mit kleineren Plattformen und Diensten von wesentlicher Bedeutung, um diese Risiken wirksam zu mindern. Dies wird Anbietern sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen helfen, schneller auf neu auftretende Probleme und Vorfälle zu reagieren, den Kontext besser zu verstehen, ihre Risikominderungsmaßnahmen anzupassen und die Wirksamkeit ihrer Maßnahmen zu bewerten. Es ist besonders wichtig, dass diese Zusammenarbeit und dieser Informationsaustausch effizient erfolgen, da auf solche Ereignisse zeitnah reagiert werden muss. Sie sollten daher Reaktionen von Anbietern sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen sowie aussagekräftige Rückmeldungen an einschlägige nichtstaatliche Akteure innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens umfassen, die eine Bewertung der Effizienz und der Auswirkungen dieser Zusammenarbeit und dieses Austauschs ermöglichen.
55. Das von den Unterzeichnern des Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation einzurichtende Krisenreaktionssystem ist ein gutes Beispiel für ein solches Forum für die Zusammenarbeit bei Wahlen, das in die Mechanismen der Plattformen für die Reaktion auf Vorfälle einfließt. Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen sollten gemeinsam mit den anderen Unterzeichnern den Verfahrensrahmen für die Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen ihnen während der Wahlen festlegen, einschließlich eines Mechanismus für schnelle Rückmeldungen, um eine rasche, effiziente und angemessene Weiterverfolgung durch die Plattformen zu ermöglichen.
56. Ein weiteres Beispiel für die Organisation der Arbeit im Zusammenhang mit Reaktionen auf FIMI und Desinformation findet sich im zweiten EAD-Bericht über Bedrohungen durch Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland ⁽³⁶⁾, in dem ein „Reaktionsrahmen“ vorgeschlagen wird, der Analysen wirksam mit faktengestützten Reaktionen verknüpft und gleichzeitig die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Interessenträgern hervorhebt. Als Anregung könnten auch Initiativen wie das Zentrum für die Informationsweitergabe und -analyse im Hinblick auf Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland (FIMI-ISAC) ⁽³⁷⁾ dienen. Ein solches FIMI-ISAC soll den Informationsaustausch zwischen allen Interessenträgern über Ursachen, Vorfälle und Bedrohungen sowie den Austausch von Erfahrungen, Wissen und Analysen fördern.
57. Eine rechtzeitige Reaktion auf Vorfälle ist oft entscheidend. Die Kommission empfiehlt daher, dass Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen ein Rund-um-die-Uhr-Betriebsmodell in Betracht ziehen, bei dem Büros auf der ganzen Welt alle Zeitzonen abdecken können.
58. Um rechtzeitig reagieren zu können, sollten Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen ihre mögliche Zusammenarbeit mit den Wahlbehörden und einschlägigen nichtstaatlichen Akteuren in ihre Reaktionsmechanismen für Vorfälle integrieren.

⁽³⁶⁾ 2nd EEAS Report on Foreign Information Manipulation and Interference Threats, Januar 2024 (europa.eu).

⁽³⁷⁾ <https://fimi-isac.org/>

3.6. Nach einer Wahl

59. Nach einer Wahl empfiehlt die Kommission, dass Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen eine **Überprüfung nach der Wahl** durchführen, einschließlich einer Bewertung der Wirksamkeit der in diesem Zusammenhang ergriffenen Risikominderungsmaßnahmen, um die Maßnahmen erforderlichenfalls anzupassen. In diesem internen Bericht sollte bewertet werden, ob die internen Leistungsparameter und andere Bewertungskriterien vor, während und nach den Wahlen eingehalten wurden, welche Erkenntnisse gewonnen wurden und in welchen Bereichen Verbesserungsbedarf besteht.
60. Die Kommission empfiehlt, dass Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen bei der Wahlüberprüfung spezifische Beiträge von unabhängigen Forschenden, Organisationen der Zivilgesellschaft und unabhängigen Faktenprüfern zu den Auswirkungen der Risikominderungsmaßnahmen sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen berücksichtigen. Darüber hinaus können Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen mit etablierten unabhängigen Wahlbeobachtergruppen zusammenarbeiten, die möglicherweise Informationen über die Nutzung und die Auswirkungen ihrer Dienste in diesem Zusammenhang bereitstellen können.
61. Der Bericht nach der Wahl sollte insbesondere Informationen über die durchschnittliche Reaktionszeit auf Verstöße gegen die allgemeinen Geschäftsbedingungen und deren Verteilung, über die durchschnittliche Reaktionszeit auf von Nutzern und nichtstaatlichen Akteuren gemeldete Inhalte und deren Verteilung, über die durchschnittliche Reichweite von und Interaktion mit Inhalten, auf die reagiert wurde, und deren Verteilung, über die Anzahl der Verstöße gegen bestimmte Regeln im Zusammenhang mit Wahlen, über Fälle von Informationsmanipulation und die Reichweite bestimmter Maßnahmen wie Initiativen zur Medienkompetenz und autoritative Initiativen enthalten. Die Kommission kann verlangen, dass solche Berichte vertraulich behandelt werden ⁽³⁸⁾.
62. Die Kommission empfiehlt, dass Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen eine öffentliche Fassung solcher Unterlagen zur Überprüfung nach der Wahl veröffentlichen. Diese Fassung sollte Informationen über die vom Anbieter sehr großer Online-Plattformen oder sehr großer Online-Suchmaschinen ergriffenen Maßnahmen und über etwaige Vorfälle sowie Angaben zur Zusammenarbeit und zum Informationsaustausch mit einschlägigen nichtstaatlichen Akteuren während der Wahl enthalten. Sie sollte ferner Einzelheiten über die ergriffenen Maßnahmen, die Effizienz und die Aktualität dieser Zusammenarbeit beinhalten. Ziel ist es auch, Rückmeldungen der Öffentlichkeit darüber einzuholen, wie die bestehenden Risikominderungsmaßnahmen verbessert oder erfolgreiche Maßnahmen an andere Anbieter weitergegeben werden können. Als weiteres Beispiel für die Berichterstattung im Zusammenhang mit Wahlen haben die Unterzeichner des Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation eine Vorlage für die Berichterstattung entwickelt, mit der sie vor und nach den Wahlen über die von ihnen ergriffenen Maßnahmen und die einschlägigen Parameter in Bezug auf ihre Wirkung berichten.

3.7. Besondere Leitlinien für die Wahlen zum Europäischen Parlament

63. Wie in der Mitteilung im Rahmen des Pakets zur Verteidigung der Demokratie ⁽³⁹⁾ dargelegt, wird die anstehende Wahl zum Europäischen Parlament ein entscheidender Testfall für die Stabilität unserer demokratischen Prozesse sein, auch angesichts hybrider Bedrohungen, die nicht nur Desinformation und FIMI, sondern auch Cyberangriffe umfassen. In diesem Zusammenhang und aufgrund ihres einzigartigen grenzüberschreitenden Charakters wird Anbietern sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen empfohlen, für die Wahlen zum Europäischen Parlament, die vom 6. bis 9. Juni 2024 stattfinden, robuste Risikominderungsmaßnahmen zu ergreifen.
64. Dies bedeutet, dass Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen dafür sorgen sollten, dass **ausreichende Ressourcen** und Risikominderungsmaßnahmen zur Verfügung stehen und in einer Weise **verteilt** werden, die in einem angemessenen Verhältnis zu den Risikobewertungen steht; dies umfasst auch den Zugang zu einschlägigem nationalem Fachwissen in der gesamten EU – sowohl auf EU-Ebene als auch auf Ebene der Mitgliedstaaten.
65. Für die Wahlen zum Europäischen Parlament ist kein Wahlkampfzeitraum im Voraus festgelegt worden. Das bedeutet, dass der entsprechende Wahlkampf in den Mitgliedstaaten zu unterschiedlichen Zeitpunkten beginnen und enden kann. Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen werden dazu angehalten, dies bei der Planung ihrer Risikominderungsmaßnahmen für die Wahlen zum Europäischen Parlament zu berücksichtigen und bei ihrer Vorbereitung auf diese Wahlen mit den Mitgliedstaaten zusammenzuarbeiten.

⁽³⁸⁾ Artikel 84 DSA.

⁽³⁹⁾ Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über die Verteidigung der Demokratie, COM(2023) 630 final.

66. Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen sollten bei der Zuweisung angemessener Mittel zur Risikominderung auch die **einzigartige grenzüberschreitende und europäische Dimension dieser Wahlen** berücksichtigen. Die Wahlkampagnen werden nicht nur auf nationaler Ebene stattfinden, und die Debatte wird über Grenzen hinweg geführt. Neben der Kontaktaufnahme mit den zuständigen nationalen Behörden empfiehlt die Kommission, dass Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen vor den Wahlen auch den Kontakt mit den EU-Behörden suchen. Das Europäische Parlament spielt eine Schlüsselrolle bei der Europawahl und sollte im Vorfeld dieser Wahlen ein wichtiger Ansprechpartner für sehr große Online-Plattformen und sehr große Online-Suchmaschinen sein. EU-weite Netze nationaler Sachverständiger für Desinformation, FIMI, Wahlen und Cybersicherheit wie das EU-Schnellwarnsystem, das Europäische Kooperationsnetz für Wahlen und die NIS-Kooperationsgruppe könnten im Falle grenzüberschreitender Vorfälle, einschließlich hybrider Vorfälle, die eine rasche Reaktion und den Einsatz von Risikominderungsmaßnahmen erfordern, während der Wahlen für Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen relevant sein.
67. Gerade bei Risikominderungsmaßnahmen, die möglicherweise auch damit verbundenen Bedrohungen unterschiedlicher Art Rechnung tragen müssen, die darauf abzielen, die demokratischen Prozesse zu destabilisieren oder zu diskreditieren, einschließlich Cyberangriffen, sollte eine angemessene Zusammenarbeit in diesen Bereichen sichergestellt werden. Im Hinblick auf cybergestützte Desinformations- oder FIMI-Aktivitäten werden Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen angehalten, angemessene Kontakte zu den nationalen Cybersicherheitsbehörden herzustellen; wenn solche Aktivitäten die EU als Ganzes oder die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU betreffen, sollten Kontakte zur Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit (ENISA) und zum IT-Notfallteam für die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU (CERT-EU)⁽⁴⁰⁾ in Betracht gezogen werden. Darüber hinaus empfiehlt die Kommission im Einklang mit den Vorschlägen für nationale Wahlen, im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament gleichberechtigte Kontakte zur Verwaltung des Europäischen Parlaments und den europäischen politischen Parteien herzustellen und entsprechende Kommunikationskanäle zu öffnen.
68. Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen, die den Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation unterzeichnet haben, sollten sich uneingeschränkt an der Arbeit im Zusammenhang mit den Wahlen zum Europäischen Parlament beteiligen, unter anderem durch eine wirksame Teilnahme am Krisenreaktionssystem und am Rückmeldungsmechanismus mit geeigneten und zeitnahen Folgemaßnahmen. Darüber hinaus sollten sie – vor und nach den Wahlen – gezielte Berichte über die Maßnahmen vorlegen, die ergriffen wurden, um die Verbreitung von Desinformation sowie Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland im Zusammenhang mit den Wahlen zum Europäischen Parlament zu verringern, einschließlich einschlägiger Parameter in Bezug auf deren Wirkung (auf der Grundlage der Verpflichtungen 37.2 und 42). Sie sollten – auf der Grundlage der Beiträge von Faktenprüfern und Unterzeichnern aus der Zivilgesellschaft – nach den Wahlen eine Bestandsaufnahme der gewonnenen Erkenntnisse vornehmen und dabei auch die Effizienz und Aktualität der Zusammenarbeit bewerten, um die Effizienz des Systems für künftige Wahlen zu verbessern.
69. Abschnitt 3.6 über die Überprüfung nach der Wahl gilt auch für die Wahlen zum Europäischen Parlament und sollte dem besonderen Charakter dieser Wahlen Rechnung tragen.
70. Die Kommission empfiehlt, dass Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen insbesondere mit der EDMO-Taskforce für die Europawahlen Kontakt aufnehmen und zusammenarbeiten, um ihre Risikominderungsmaßnahmen für die Wahlen zum Europäischen Parlament anzupassen. Für die Wahlen zum Europäischen Parlament 2024 wird diese Taskforce Berichte erstellen und regelmäßig über die wichtigsten Desinformationstrends, Herausforderungen und Entwicklungen informieren. Dies sollte in die Risikominderungsmaßnahmen der Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen einfließen.

4. WEITERES VORGEHEN UND FAZIT

71. Die Kommission ist entschlossen, die Verordnung (EU) 2022/2065, auch im Bereich der Wahlen, strikt durchzusetzen. Diese Leitlinien helfen Anbietern sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen bei der Anwendung des Artikels 35 der genannten Verordnung, insbesondere in Bezug auf die Bewertung und Minderung systemischer Risiken für Wahlprozesse, die sich aus ihrem Dienst oder dessen Nutzung ergeben. Angesichts der zahlreichen bevorstehenden Wahlen – und nicht zuletzt der Wahlen zum Europäischen Parlament – fordert die Kommission die Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen nachdrücklich auf, diese Leitlinien rasch und umfassend umzusetzen, und begrüßt, dass die Wirksamkeit der von den Anbietern dieser sehr großen Online-Plattformen und sehr großen Online-Suchmaschinen in der EU ergriffenen Risikominderungsmaßnahmen durch Forschende und Organisationen der Zivilgesellschaft bewertet wird.

⁽⁴⁰⁾ <https://cert.europa.eu/>

72. Gleichzeitig ist die Kommission insbesondere angesichts des frühen Stadiums der Durchführung der Verordnung (EU) 2022/2065 und der besonderen Art der systemischen Risiken für Wahlprozesse bereit, mit Anbietern sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen hinsichtlich der Gestaltung und Funktionsweise ihrer Dienste und der damit verbundenen Systeme zusammenzuarbeiten, um sicherzustellen, dass die Wahlprozesse in der EU nicht beeinträchtigt werden.
73. In diesem Zusammenhang ist die Kommission bereit, eine regelmäßige Überprüfung der von Anbietern sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen ergriffenen Risikominderungsmaßnahmen auf freiwilliger Basis zu erleichtern. Dies könnte in Form einer **Ex-ante- und Ex-post-Überprüfung** nach bestimmten Wahlen erfolgen. Die Rückmeldungen der Kommission in diesem Zusammenhang würden sich auf die von den Anbietern sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen bereitgestellten Informationen stützen und keine umfassende Bewertung der von ihnen ergriffenen Befolgungsmaßnahmen darstellen. Sie würden daher die Untersuchungs- und Durchsetzungsbefugnisse der Kommission gemäß der Verordnung (EU) 2022/2065 unberührt lassen.
74. Gemäß Artikel 64 der Verordnung (EU) 2022/2065 wird die Kommission weiterhin Sachkenntnis und Kapazitäten zu systemischen und neu auftretenden Problemen in der gesamten EU entwickeln. Informationen von sehr großen Online-Plattformen und sehr großen Online-Suchmaschinen sind in dieser Hinsicht unverzichtbar. Die Kommission erwartet, dass die Anbieter solcher Dienste im Rahmen der Durchsetzung der Verordnung (EU) 2022/2065 im Zuge von Dialogen über den Schutz der Integrität von Wahlen und in anderen Kooperationsstrukturen, die von den für die Durchsetzung der Verordnung (EU) 2022/2065 zuständigen Kommissionsdienststellen zu diesen Zwecken eingerichtet wurden, mit der Kommission zusammenarbeiten, damit sie rasch auf dringende Auskunftsverlangen, insbesondere zu neu auftretenden Problemen und Vorfällen, die sich erheblich auf das Wahlergebnis oder die Wahlbeteiligung auswirken können, reagieren können. Dies schließt die Beteiligung an anderen möglicherweise bestehenden Kooperationsmechanismen oder -protokollen nicht aus.
75. Wie in Abschnitt 1.1 ausführlicher dargelegt, stützen sich die in diesen Leitlinien genannten Risikominderungsmaßnahmen auf frühere Dialoge über den Schutz der Integrität von Wahlen, die mit Anbietern sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen geführt wurden, auf die Erfahrungen mit dem Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation und dem EU-FIMI-Instrumentarium, auf die Sondierungskonsultation, verschiedene Rundtischgespräche und Beiträge der Koordinatoren für digitale Dienste. Daher können die hierin dargelegten Maßnahmen zum gegenwärtigen Zeitpunkt als bewährte Verfahren betrachtet werden.
76. Das Ziel dieser Leitlinien besteht darin, Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen bei der Einhaltung ihrer Verpflichtungen gemäß Artikel 35 der Verordnung (EU) 2022/2065 zu unterstützen. Das Verständnis der Kommission in Bezug auf die Fragen, um die es bei der Auslegung und Anwendung des Artikels 35 der genannten Verordnung geht, kann sich jedoch mit weiteren Erfahrungen möglicherweise weiterentwickeln.
77. Darüber hinaus sind die sich rasch entwickelnde Landschaft, in der Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen tätig sind, und die Taktiken böswilliger Akteure von ständigen Änderungen geprägt und erfordern kontinuierliche Aktualisierungen und Anpassungen, um auf die sich ständig wandelnden und neu auftretenden Herausforderungen zu reagieren. Außerdem dürfte der Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation nach seiner Bewertung durch die Kommission und das Europäische Gremium für digitale Dienste als Verhaltenskodex in den Rechtsrahmen der Verordnung (EU) 2022/2065 eingebunden werden. Vor diesem Hintergrund erwartet die Kommission, dass die Unterzeichner ihre im Rahmen des Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation diesbezüglich eingegangenen Verpflichtungen weiterhin einhalten. Gleichzeitig sollen in den kommenden Monaten weitere EU-Rechtsvorschriften in Kraft treten, die diese Verordnung durch spezifische für den Gegenstand dieser Leitlinien relevante Vorschriften ergänzen, insbesondere die Verordnung über politische Werbung und das KI-Gesetz (deren Inhalte in diesen Leitlinien berücksichtigt wurden, vor allem wenn sie bereits jetzt bewährte Verfahren in einem bestimmten Bereich darstellen).
78. Die Kommission wird diese Leitlinien möglicherweise im Hinblick auf die gewonnenen praktischen Erfahrungen und die Geschwindigkeit der technologischen, gesellschaftlichen und rechtlichen Entwicklungen in diesem Bereich **überprüfen**. Bei einer solchen Überprüfung kann die Kommission auch beschließen, diese Mitteilung zurückzuziehen oder zu ändern. Die Kommission ruft die Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen, die Koordinatoren für digitale Dienste, die Forschungsgemeinschaft und Organisationen der Zivilgesellschaft auf, zu diesem Prozess beizutragen.